

383.05
GERR
v.52

THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS

LIBRARY
383.05
GERR
v. 52

THE UNIVERSITY

OF ILLINOIS

LIBRARY

383.05

GERR

v. 52

Archiv
für Post und Telegraphie



Zweiundfünfzigster Jahrgang

Berlin 1924

Gedruckt in der Reichsdruckerei

25253
LIBRARY
POSTAL HISTORY
BERLIN

1717
JANUARY
1717

1717

1717



1717

1717

1717

Inhaltsverzeichnis*).

A. Einteilung nach dem Stoffe der Aufsätze.

I. Postwesen und gemeinsame Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens.

	Seite
Das Postgebührenwesen nach dem 1. April 1923	1
Zum Reichspostfinanzgesetz	16
Das Reichspostfinanzgesetz	41
Die Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr	55
Gegenwartsfragen des Postzeitungsvertriebs	61
Zum 50jährigen Bestehen des Weltpostvereins	81
Ein Rückblick auf die Arbeiten des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium	94
Herstellung und Vertrieb der Postwertzeichen während der Zeit der großen Geldentwertung	100
* Ein Briefträger mit einem Bestellgang von 380 Kilometer	130
Die Post in alter und neuer Zeit (La poste dans les temps anciens et modernes. Stockholm. Förlag: P. Hæurgren.)	141
Die Post in der Rheinpfalz seit 1900	184

II. Telegraphen- und Fernsprechwesen, drahtlose Telegraphie, Elektrotechnik.

Zur Änderung des Telegraphenweggesetzes vom 13. Februar 1924	48
Die Abgeltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen der Beamten im Telegraphenbaudienst seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie	100
Die Ruhmerischen Hochfrequenzapparate für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin	123
* Ein Kreistelegramm rund um den Erdball	130
* Hörerlinsen (Belinde)	131
* Funktelegraphische Gedankenübertragung	131
Die Rechtstellung der Funkendgesellschaften (Unterhaltungsrundfunk, drahtloser Wirtschaftsrundspruchdienst)	152
Die neuzeitliche Entwicklung des Fernsprechämterbaus für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland	161
Die Verwendung der Funktelegraphie im internationalen Nachrichtenverkehr Deutschlands	176

III. Eisenbahnwesen, Schifffahrt einschließlich der Luftschifffahrt, Kanäle und sonstige Verkehrseinrichtungen.

Die Flugpost in Kolumbien	67
* Das größte Flugzeug der Erde	71
Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart	149
* Das Flettner-Rotorschiff	187

IV. Volkswirtschaft, Rechts- und Staatswissenschaften.

Aus dem Beamtenrecht. (Ein Postanwärter, der vom Truppenteil zur Probepflichtleistung im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Zivildienst-einkommens.)	23
Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechrecht 30, 76, 137,	194
Aus dem Beamtenrecht. (§ 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 begründet keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Der Rechtsweg ist unzulässig.)	128
Aus dem Verwaltungsrecht. (Der Kraftpostbetrieb unterliegt nicht der Zuweisung an die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften.)	129
Zur Haftung der Post für Sendungen mit leicht entzündlichem Inhalt.	186
Aus dem Beamtenrecht. (Zum Begriff der Kosten des Heilverfahrens im Sinne der Beamten-Unfallfürsorgegesetze.)	187

V. Aufsätze und Mitteilungen sonstigen Inhalts.

* Der Erfinder der Schreibmaschine	70
* Heuschreckenschwärme als Verkehrshindernis	71
* Frauenhaare als Nebelsignal	130

VI. Bücherschau.

Ambrosius, J. Kapazität und Selbstinduktivität in der Telegraphen- und Fernsprechtechnik	23
Benischke, Prof. Dr. Gustav. Die Schutzvorrichtungen der Starkstromtechnik gegen atmosphärische Entladungen und Überspannungen	24
Bertes, Dr. P. Die drahtlose Telegraphie und Telephonie	24
Brunner, Johann. Bayerns Postwertzeichen 1849—1920	131
Deutsches Beamten-Taschenbuch	72
Hanns Günther. Taten der Technik	71
Hübner, Otto. Geographisch-Statistische Tabellen aller Länder der Erde	72
Lenz, Dipl.-Ing. Die Rechenmaschinen und das Maschinenrechnen	189
Nachweis von Aufsätzen und Mitteilungen über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums 25, 73, 132,	189

*) Die mit einem * bezeichneten Aufsätze usw. sind „Kleine Mitteilungen“. Ein ausführlicher Sachweiser befindet sich am Schlusse des Bandes.

	Seite		Seite
Reugebauer, Ministerialrat Dr. Eberhard.		* Frauenhaare als Nebelsignal	130
Junfacht	188	Junfsenbegefschaften. Die Rechtsftellung der — (Unterhaltungsrundfunk, drahtlofer Wirtschafst-	
Noebels, Schluckebier und Jentsch.		rundfpruchdienft)	152
Handbuch zur Vorbereitung auf die Prüfungen		Junftelegraphie. Die Verwendung der — im	
der Telegraphenbeamten. Fünfte Auflage	25	internationalen Nachrichtenverkehr Deutschlands	176
Polazek, M. Leitfaden für den elektrotech-		* Gedankenübertragung. Junftelegraphische — ...	131
nischen Fachschulunterricht unter besonderer Be-		Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Tele-	
rücksichtigung der Junftelegraphie	25	graphen- und Fernfprechrecht 30, 76, 137,	194
Roscher, Pofttrat Dr. Max. Deutschland in		Haftung. Die — der Post für Sendungen mit	
der Weltwirtschaft	189	leicht entzündlichem Inhalt	186
Schlatterer, Dr. August. Jahrbuch der an-		Herftellung und Vertrieb der Postwertzeichen wäh-	
gewandten Naturwissenschaften 1920—1921 ...	24	rend der Zeit der großen Geldentwertung	100
		* Heufchreckenfwärme als Verkehrshindernis	71
		Hochfrequenzapparate. Die Ruhmerschen — für	
		Mehrfachfernfpochen auf Leitungen im Reichs-	
		postmuseum in Berlin	123
		* Hörertiffen (Belinde)	131
		Kleine Mitteilungen	70, 130, 187
		Nachweis von Auffäßen und Mitteilungen über	
		das Post-, Telegraphen- und Fernfpchewefen	
		aus der Zeifchriftenfammlng der Bücherei	
		des Reichspostministeriums	25, 73, 132, 189
		Post. Die — aus alter und neuer Zeit (La poste	
		dans les temps anciens et modernes. Stod-	
		holm. Förlag: N. Heurgren)	141
		Post. Die — in der Rheinpfalz feit 1900	184
		Postgebührenwefen. Das — nach dem 1. April	
		1923	1
		Postzeitungsvertrieb. Gegenwartsfragen des —	
		Reichspostfinanzgefeg. Das —	61
		Reichspostfinanzgefeg. Zum —	41
		Reichspostfinanzgefeg. Zum —	16
		* Schreibmafchine. Der Erfinder der —	70
		Sparmafnahmen. Die — der Deutfchen Reichs-	
		post und ihre Wirkungen auf den Verkehr	55
		Strafenbahn-Postwagen in Stuttgart	149
		Telegraphenwegegefeg. Zur Änderung des —	
		vom 13. Februar 1924	48
		Verkehrsbeirat. Ein Rückblick auf die Arbeiten des	
		— beim Reichspostministerium	94
		Verwaltungsrecht. Aus dem —. (Der Kraftpost-	
		betrieb unterliegt nicht der Zuweisung an die	
		Zuhilfenahme-Berufsgenoffenfchaften.)	129
		Weltpostverein. Zum 50jährigen Bestehen des —	
			81

B. Einteilung nach der Buchstabenfolge.

Abgeltung. Die — der Koften für dienftliche Auf-	
wendungen der Beamten im Telegraphenbau-	
dienst feit Errichtung der ersten Telegraphen-	
linie	106
Beamtenrecht. Aus dem —. (Ein Postanwärter,	
der vom Truppenteil zur Probendienftleistung im	
Postdienst beurlaubt worden war und infolge	
der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat	
während der Dauer des Kriegsdienstes keinen	
Anfpruch auf Weiterzahlung des Zivildienst-	
einkommens.)	23
Beamtenrecht. Aus dem —. (§ 66 Abs. 1 und 2	
des Reichsmilitärgefeges vom 2. Mai 1874 be-	
gründet keinen Rechtsanfpruch auf Beförderung.	
Der Rechtsweg ift unzuläffig.)	128
Beamtenrecht. Aus dem —. (Zum Begriff der	
Koften des Heilverfahrens im Sinne der Be-	
amten-Unfallfürforgesefeg)	187
* Briefträger. Ein — mit einem Bestellgang von	
380 Kilometer	130
Bücherschau	23, 71, 131, 188
Fernfpchämterbau. Die neuzeitliche Entwicklung	
des — für den Orts- und Fernverkehr in	
Deutschland	161
* Flettner-Rotorschiff. Das —	187
Flugpost. Die — in Kolumbien	67
* Flugzeug. Das größte — der Erde	71

Inhalt: Das Postgebührenwesen nach dem 1. April 1923, S. 1. — Zum Reichspostfinanzgesetz, S. 16. — Aus dem Beamtenrecht, S. 23. — Schriftwerke: Ambrosius, F., Kapazität und Selbstinduktivität in der Telegraphen- und Fernsprechtechnik, S. 23. — Wertes, Dr. P., Die drahtlose Telegraphie und Telephonie, S. 24. — Benischke, Prof. Dr. Gustav, Die Schutzvorrichtungen der Starkstromtechnik gegen atmosphärische Entladungen und Überspannungen, S. 24. — Schlatterer, Dr. August, Jahrbuch der angewandten Naturwissenschaften 1920—1921, S. 24. — Roebels, Schluckebier und Jentsch, Handbuch zur Vorbereitung auf die Prüfungen der Telegraphenbeamten, S. 25. — Polasek, M., Leitfaden für den elektrotechnischen Fachschulunterricht, S. 25. — Nachweis von Auffäßen und Mitteilungen, S. 25. — Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechtecht, S. 30.

Das Postgebührenwesen nach dem 1. April 1923.

Von Posttrat Pfefferkorn in Berlin (Reichspostministerium).

Am Schlusse des im Juniheft des Archivs von 1923 (S. 193 ff.) abgedruckten Aufsatzes über die Weiterentwicklung des Postgebührenwesens von 1920 bis zum 1. April 1923 war schon darauf hingewiesen worden, daß es sich nicht vorhersehen lasse, wie lange der damalige Stand der Gebühren beibehalten werden könne. Die bei den meisten Versendungsarten im Anfang des Jahres 1923 eingetretene langsame Erholung des Verkehrs durfte war als eine günstige Vorbedeutung für die Zukunft angesehen werden. An eine Beständigkeit der derzeitigen Gebührensätze konnte aber nur für den Fall gedacht werden, daß der von der Reichsregierung als Gegenwirkung gegen den Ruhereinbruch unternommene Versuch zur Stützung der Markwährung glückte, und daß die Postverwaltung dadurch und bei stetigem Verkehr in die Lage käme, den Fehlbetrag in ihrem Haushalt nach und nach zum Schwinden zu bringen. Die Wirklichkeit hat es aber anders gefügt: unter dem Einfluß der Vorgänge im Ruhr- und Rheingebiet und der im weiteren Verlauf daraus entstandenen, sich bis in den Monat November hinein immer stärker und stärker fortpflanzenden Entwertung der Mark erwiesen sich die aus den Gebühren fließenden Posteinnahmen gegenüber den gewaltig anwachsenden Ausgaben als völlig unzureichend. Seit dem 1. Juli bis Ende November 1923 mußten deshalb die Postgebühren zusammen 13mal erhöht werden; zuzieht geschah dies in immer kürzeren Fristen, allein im November 1923 wurden die Postgebühren 5mal neu festgelegt. Die den Ausgangspunkt für den Tarifaufbau im Postverkehr bildende Gebühr für den einfachen Fernbrief stieg seit dem 1. April 1923 von 100 M bis Ende November 1923 auf 80 Milliarden M.

Der schnellen Anpassung der Gebühren an den immer stärker und stärker sinkenden Geldwert wirkten zunächst die unvermeidlichen Verzögerungen entgegen, die sich aus der jedesmaligen Mitwirkung des Verkehrsbeirats, des Reichsrats und des zuständigen Reichstagsausschusses ergaben. Durch das weiter unten näher besprochene Gesetz vom 17. August 1923 erhielt die Postverwaltung zwar die Befugnis, die Gebührensätze auf Grund der aus den Personalausgaben hervorgehenden Schlüsselzahlen selbständig festzusetzen. Immer ungestümmer schritt aber die Geldentwertung fort, so daß die Tarife trotz ihrer nun-

mehr erleichterten Inkraftsetzung wieder nicht entfernt Schritt mit ihr halten konnten. Namentlich die Herstellung immer neuer Marken, ihre Versendung und Verteilung auf mehr als 15 000 Postanstalten, die jeweils einen Zeitraum von nahezu 14 Tagen erforderten*), verursachten sehr unerwünschte, nach Lage der Verhältnisse aber unvermeidbare Verzögerungen. Dies hatte in Verbindung mit der raschen Geldentwertung zur Folge, daß die neuen Gebührensätze, wenn sie in Kraft treten konnten, schon weit überholt waren, und daß die Erträge aller vorgenommenen Gebührenerhöhungen in ganz kurzer Zeit auf unbedeutende Summen zusammenschmolzen, während die Ausgaben, den steigenden Preisen entsprechend, stark anwuchsen.

Zum 1. Dezember 1923 konnten die Postgebühren auf wertbeständige Grundlage gestellt werden; die bei diesem Anlaß vollzogene Ausgabe wertbeständiger Freimarken sicherte die laufende Anpassung an den Geldwert. Die Wertbeständigkeit der Gebühren und Marken schon früher durchzuführen, war leider nicht möglich, weil die Reichsdruckerei bis dahin bei den sich überstürzenden Gebührenerhöhungen dauernd mit der Herstellung von Freimarken in immer wechselnden Werten beschäftigt war und erst Druckmaschinen frei gemacht werden mußten, um den Druck der erforderlichen wertbeständigen Postfreimarken sicherzustellen. Außerdem bestanden auch berechtigte Zweifel, ob die Postkasse während der Zeit, in der die Geldentwertung so sprunghaft fortschritt, auch tatsächlich jeweils die entsprechenden Einnahmen erhalten hätte.

Nach dieser kurzen Darlegung der allgemeinen Gesichtspunkte sollen in den folgenden Ausführungen die verschiedenen Gebührenänderungen nach dem 1. April 1923 in Kürze einzeln behandelt werden. Am Schlusse des Aufsatzes ist eine Anlage beigegeben, die — zugleich als Ergänzung zu der Übersicht auf S. 214 ff. des Archivs von 1923 — die Entwicklung der Gebühren im Postverkehr nach dem 1. April 1923 bis jetzt (März 1924) erkennen läßt.

*) Die in ihrer Rückwirkung auf die Gebührenfestsetzungen bedeutungsvolle Frage der Markenherstellung, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, wird der Würdigung in einem besonderen Aufsatz vorbehalten sein.

Verordnung zur Änderung der gesetzlichen Postgebühren vom 18. Juni 1923.

(Reichsgesetzbl. von 1923, I S. 392.)

In Kraft getreten am 1. Juli 1923, für die Zeitungen am 1. Oktober 1923.

Die letzte allgemeine Steigerung der Gebühren hatte am 1. März 1923 stattgefunden auf der Grundlage der Preisverhältnisse, wie sie Anfang Februar bestanden. Der viermonatige Stillstand in der Gebührenerhöhung, der dazu beitragen sollte, die Stützung der Mark zu fördern, hatte die Postverwaltung in ihrer Finanzlage stark zurückgebracht. Der Fehlbetrag im Posthaushalt war für Anfang Juli auf über 4 Billionen *M* zu veranschlagen. Eine Gebührenerhöhung zur völligen Abdeckung dieses Fehlbetrags hätte Tarife ergeben, die bei der Plötzlichkeit ihrer Einführung als maßlos überspannt anzusehen gewesen wären. Nach Verhandlungen mit dem Verkehrsbeirat entschied sich die Postverwaltung deshalb für eine mittlere Linie und behielt sich in grundsätzlichem Einverständnis mit dem Verkehrsbeirat vor, eine neue Erhöhung in kürzester Zeit folgen zu lassen. Nach Vertagung der Vorlage im Reichsrat und Reichstagsausschuß trat die Verordnung am 1. Juli, für die Zeitungen am 1. Oktober in Kraft (Amtsbl. von 1923, S. 187 ff.). Sie brachte folgende wesentliche Änderungen:

- a) Der einfache Fernbrief kam von 100 auf 300 *M* zu stehen.
- b) Der bisherige niedrigere Gebührensatz für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, wurde beseitigt. Der Verkehrsbeirat hielt solche Sondergebühr für Ansichtskarten nicht mehr für angebracht und wollte die Karten der gewöhnlichen Postkartengebühr unterworfen wissen.
- c) Die für nicht- oder unzureichend freigemachte Brieffsendungen nachzuhebende Gebühr, die bisher auf mindestens 1 *M* festgesetzt war, war wegen der Schwierigkeiten, die sich bei ihrer Einziehung wegen Knappheit an kleinen Geldscheinen häufig ergaben, nunmehr auf durch 10 teilbare Markbeträge aufzurunden.
- d) Die Gebührenerhöhung bis 5000 *M* für Wertsendungen fiel weg. Für unversiegelte Wertpakete, deren Wertgrenze auf 500 000 *M* heraufgesetzt wurde, kam die Einschreibgebühr in Wegfall.
- e) Der Höchstbetrag der Postanweisungen erhöhte sich in Anpassung an die weiter fortgeschrittene Geldentwertung eine Heraufsetzung von 100 000 auf 500 000 *M*.
- f) Die Zeitungsgebühren und die Gebühren für Sammelüberweisungen, die allein von allen Postgebühren noch in Pfennigbeträgen festgesetzt waren, was als Ausnahmeumständliche und kostspielige Berechnungen und Buchungen verursachte, nachdem sonst die Pfennigrechnung beseitigt war, wurden auf volle Markbeträge festgesetzt.

Die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief kam von 300 auf 800 *M* zu stehen, woraus sich zwangsläufig für die Postkarte ein Satz von 480 *M* und für die einfache Drucksache ein solcher von 160 *M* ergab. Von der Verdreifachung der Gebühren wie im inneren Verkehr ist

bei den Auslandsgebühren abgesehen worden, um den vielfach geäußerten Wünschen, die Drucksache nach dem Ausland zu schonen, entgegenzukommen.

Die durch die Postordnung festgesetzten Gebühren mußten ebenfalls der Geldentwertung und den Selbstkosten der Post entsprechend erhöht werden. Bei den Gebühren für Bahnhofsbriefe und den Zustellgeld für Zeitungen und Sammelüberweisungen wurden zur Verminderung umständlicher Buchungen die gebotenen Vereinfachungen eingeführt.

Verordnung zur Änderung der gesetzlichen Post- usw. Gebühren vom 12. Juli 1923.

(Reichsgesetzbl. von 1923, I S. 619.)

In Kraft getreten am 1. August 1923.

Bis Anfang Juli hatte sich der Fehlbetrag im Posthaushalt unter der Wirkung der mehrmals notwendigen Neuordnung der Bezüge der Beamten und der Verteuerung des Sachaufwandes auf über 8 Billionen *M* gesteigert. Die allgemeine Finanzlage des Reichs gestattete es nicht, daß die Post mit einem Fehlbetrag von solchem Ausmaß weiter wirtschaftete; es war innerlich wie außenpolitisch nicht vertretbar, daß der Post Zuschüsse von so gewaltiger Höhe aus allgemeinen Reichsmitteln geleistet wurden. Die harte Notwendigkeit zwang daher wie bereits in der Begründung zur Juli-Gebührenverordnung angekündigt war, zu neuen Gebührenerhöhungen, um wenigstens für einen ansehnlichen Teil des Fehlbetrags Deckung zu erlangen. Zu dem Zwecke wurde bei den Postgebühren eine Steigerung im Briefverkehr auf rund das 3 $\frac{1}{2}$ -fache, bei den Paketen auf etwa das 3fache der Juliätze vorgeesehen. Die neuen Gebührensätze blieben, wenn sie an sich auch hoch erscheinen mochten, hinter den Preissteigerungen auf den meisten anderen Gebieten noch beträchtlich zurück und es konnte, ungeachtet der zu befürchtenden und tief zu beklagenden Wirkung auf den Verkehr in kulturellen, sozialen und Familienangelegenheiten, erwartet werden, daß sie angesichts der bestehenden Notlage getragen werden würden. Die Verordnung trat, nachdem ein für diesen einmaligen Zweck eingesetzter Ausschuß des Verkehrsbeirats sowie der Reichsrat und der Reichstagsausschuß zugestimmt hatten, am 1. August in Kraft (Amtsbl. von 1923, S. 245 ff.). Neben den dadurch herbeigeführten Änderungen ist anzuführen:

- a) Der einfache Fernbrief kam von 300 auf 1000 *M* zu stehen.
- b) Der Höchstbetrag der Postanweisungen wurde von 500 000 auf 1 Million *M* erhöht.

Für den einfachen Auslandsbrief mußte die Gebühr auf 3 000 *M* festgesetzt werden. Das war notwendig, weil mit der Entwertung der Mark auf dem internationalen Geldmarkt die in Goldfranken zahlbaren Briefdurchgangskosten in außerordentlichem Maße anwuchsen und deshalb bei niedrigerer Festsetzung der Auslandsbriefgebühr der deutschen Postverwaltung kein ausreichendes Entgelt für die eigenen Leistungen verblieben wäre.

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der gesetzlichen Gebühren wurden auch die durch die Postordnung festgesetzten Gebühren der Geldentwertung und den Selbstkosten entsprechend erhöht. Dabei sind die meisten dieser Nebengebühren in ein bestimmtes zahlenmäßiges Verhältnis zu einem gesetzlichen Gebührensatz (einfache Fernbriefgebühr) gebracht worden. Die Verhältniszahlen können auch bei künftigen Neuordnungen

ungen angewendet werden, solange sie passen. Dieses Verfahren, dem der Reichsrat zugestimmt hat, bedeutet eine wesentliche Vereinfachung und erspart den Dienststellen viele zeitraubende und kostspielige Berichtigungsarbeiten in der Postordnung, den Dienstbehelfen usw.

Verordnung zur Änderung der gesetzlichen Post- usw. Gebühren vom 14. August 1923.

(Reichsgesetzbl. von 1923, I S. 785.)

In Kraft getreten am 24. August 1923.

Die durch die fortschreitende Geldentwertung eingetretene Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage hatte auch auf den Haushalt der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung überaus nachteilig eingewirkt. Schon Anfang August mußte der Fehlbetrag auf mehr als 100 Millionen *M* veranschlagt werden. Durch eine Entschließung des 27. Ausschusses des Reichstags und des Reichsrats war der Reichspostminister zwar ermächtigt worden, die am 1. August in Kraft getretenen Gebühren der weiter fortschreitenden Geldentwertung entsprechend bis zur Verdopplung zu erhöhen. Die Verhältnisse hatten sich seit jener Entschließung aber so ungünstig entwickelt, daß die Verdopplung der Gebührensätze als völlig unzureichend erachtet werden und unbedingt eine wesentlich stärkere Gebührenerhöhung Platz greifen mußte. Hierfür war zunächst eine Erhöhung der vom 1. August an gültigen Gebühren um 400 v. H. in Aussicht genommen. Der rasend fortschreitende Verfall der Mark zwang aber schließlich dazu, über die Verfünfachung der August-Sätze weit hinauszugehen, und so kam die vom Reichsrat und Reichstagsausschuß angenommene Vorlage zustande, die im Briefverkehr eine Steigerung der Gebührensätze auf das Zwanzigfache brachte. Aus der Verordnung, die für Postgebühren am 24. August, für die Zeitungen und Sammelüberweisungen am 1. Oktober in Kraft trat (Amtsbl. von 1923, S. 317ff), ergaben sich nachstehende Änderungen von Bedeutung:

- Der einfache Fernbrief kam von 1000 auf 20 000 *M* zu stehen.
- Die für nicht- oder unzureichend freigemachte Brieffendungen nachzuerhebende Gebühr ist künftig auf durch 100 teilbare Markbeträge aufzurunden.
- Die Wertgrenze für unversiegelte Wertpakete beträgt künftig 50 Millionen *M*.
- Der Meistbetrag der Postanweisungen wurde von 1 auf 50 Millionen *M* erhöht.
- Im Briefverkehr sind durchweg Gebühren angelegt, die auf 1000 auslaufen. Ebenso hat bei den Paketgebühren eine Abrundung auf volle tausend Mark stattgefunden, weil bei der Höhe der Beträge eine Staffelung nach Hunderten nicht mehr zweckmäßig erschien. Auch aus Betriebsrücksichten, namentlich wegen der Markenverwendung, war solche Maßnahme geboten. Infolge der dadurch notwendigen Abrundung und bei gleichzeitiger Wahrung eines einheitlichen Aufbaues des Pakettarifs blieben die Paketgebühren hinter der Zwanzigfachung erheblich zurück.

Für den einfachen Auslandsbrief erhöhte sich die Gebühr von 3 000 auf 60 000 *M*. Daraus ergaben sich die Gebühren für die übrigen Brieffendungen nach dem im Weltpostverkehr geltenden Grundätzen zwangsausfüh.

Die durch die Postordnung festgesetzten Gebühren, die in einem bestimmten zahlenmäßigen Verhältnis zur einfachen Fernbriefgebühr standen, erfuhren eine entsprechende Erhöhung. Die Gebühr für Auszahlungen auf Postkreditbriefe wurde, entsprechend der Herabsetzung der Gebühr für Barauszahlungen im Postscheckverkehr, von 3 auf 2 v. T. ermäßigt.

Das nach der Zeitfolge nun zu behandelnde

Gesetz über Post-, Postscheck- und Telegraphengebühren vom 17. August 1923

(Reichsgesetzbl. von 1923, I S. 797)

bildet einen Markstein auf dem Gebiete des Postgebührenwesens. Die durch die Zeitverhältnisse häufig notwendig gewordene Neuordnung der Gebühren war, wie schon im Eingang angedeutet wurde, bisher regelmäßig hinter der Entwicklung der Geldentwertung zurückgeblieben. Sie konnte ihr zeitlich schon deshalb nicht folgen, weil die Neuordnung der Gebühren durch die beratende Mitwirkung des Verkehrsbeirats und durch die Einholung der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften (Reichsrat und Reichstagsausschuß, früher auch Reichstag selbst) einen längeren Zeitraum beanspruchte. Das Ausmaß der Gebührenerhöhungen richtete sich nach der Tragfähigkeit der einzelnen Verkehrswege, wie sie zur Zeit der Aufstellung der Gebührenvorlage gegeben war. Der neue Tarif war daher meist schon bei seinem Inkrafttreten durch die weiter fortgeschrittene Geldentwertung überholt. Nachdem sich im Sommer 1923 die Wertveränderung der Mark aber in sprunghafter Aufeinanderfolge und in immer größerem Maße vollzog und ihre Wirkung auf die Sach- und Personalkosten den Posthaushalt geradezu ins Wanken brachte, war es für die Postverwaltung ein zwingendes Erfordernis der Selbsterhaltung, für die Einbringung der Gebühreneinnahme ein Verfahren einzuführen, das rechtzeitig eine angemessene Anpassung der Gebühren an den Geldwert und an die tatsächlichen Betriebskosten ermöglichte. Die Vorgänge auf dem Gebiete der Privatwirtschaft und der Festsetzung der Steuerungsbezüge des Personals wiesen darauf hin, auch die Gebühren auf feste Grundzahlen zurückzuführen und daraus die jeweils zu erhebenden Gebühren mit beweglichen Schlüsselzahlen, die sich aus der Entwicklung des Geldwerts und der Ausgabenwirtschaft ergeben, zu berechnen. Auf diese Ziele wurde der Gesetzentwurf abgestellt. Die in der zugehörigen Anlage zusammengestellten Gebührensätze (Grundbeträge) bedeuteten keine materielle Änderung im Aufbau der seiner Zeit geltenden Gebühren, insbesondere wurde an dem Wertverhältnis der einzelnen Gebühren zueinander nichts Wesentliches geändert. Neu war lediglich, daß die Gebühren auf eine Formel gebracht wurden, die die Anwendung einer Schlüsselzahl ermöglichte. Als Schlüsselzahl wäre in erster Linie eine allgemein gültige Reichsindexziffer in Betracht gekommen. Da eine solche aber noch nicht eingeführt war, wurde vorgesehen, die Schlüsselzahl vorerst der Entwicklung der Personalkosten bei der Postverwaltung zu entnehmen. Die aus dieser Entwicklung hervorgehende Schlüsselzahl stellt die obere Grenze dar, über die nicht hinausgegangen werden darf, wohl aber wurde es als zulässig erachtet, die Schlüsselzahl zur Gewinnung verkehrszübllicher und in den Gebührenaufbau passender Ziffern durch Abrundung festzusetzen. Mit der abgerundeten Schlüsselzahl sollten die Grundbeträge vervielfacht und auf diese Weise die einzelnen Gebühren, im Bedarfs-

fall durch Abrundung auf in der Praxis verwertbare Zahlen, ermittelt werden. Der Gesetzentwurf gab dem Reichspostminister die Ermächtigung, nach diesen Grundsätzen die Schlüsselzahl zu ermitteln und danach die Gebühren festzusetzen. Zu sonstigen Änderungen, insbesondere der Grundbeträge, blieb die Zustimmung des Reichsrats und entsprechend der Entwicklung der Gebührengesetzgebung eines Ausschusses des Reichstags vorbehalten.

Der Gesetzentwurf fand die Zustimmung des Verkehrsbeirats und Reichsrats und wurde vom Reichstag in seiner Sitzung vom 15. August angenommen. Auf der dadurch geschaffenen Grundlage sind die Gebühren durch den Reichspostminister nach Verabschiedung des Gesetzes in Anpassung an die Geldentwertung 10mal neu festgesetzt worden; die Einzelheiten hierüber veranschaulicht die nachstehende Übersicht.

Datum der Verordnung	Tag des Inkrafttretens der neuen Gebühren	Die Verordnung ist veröffentlicht im Amtsbl. des RPK Nr. Seite		Der Festsetzung lag zugrunde eine Schlüsselzahl von	Die Gebühr für den einfachen Fernbrief stellte sich danach auf M.
24. 8. 23	1. 9. 23	58	351	750 Tausend	75 Tausend
7. 9. 23	20. 9. 23	64	377	2,5 Millionen	250 Tausend
19. 9. 23	1. 10. 23	69	395	20 Millionen	2 Millionen
27. 9. 23	10. 10. 23	75	421	50 Millionen	5 Millionen
10. 10. 23	20. 10. 23	80	435	100 Millionen	10 Millionen
20. 10. 23	1. 11. 23	84	453	1 Milliarde	100 Millionen
		85	459	2 Milliarden für die Patetgebühren	
27. 10. 23	5. 11. 23	87	465	10 Milliarden	1 Milliarde
6. 11. 23	12. 11. 23	91	477	100 Milliarden	10 Milliarden
15. 11. 23*)	20. 11. 23	93	483	200 Milliarden	20 Milliarden
24. 11. 23*)	26. 11. 23	96	509	800 Milliarden	80 Milliarden

Von sonstigen seit dem 1. September in Verbindung mit den einzelnen Neufestsetzungen der Gebühren eingetretenen Änderungen ist zu erwähnen:

- Die für nicht- oder unzureichend freigemachte Brieffendungen nachzuerhebende Gebühr wurde vom 1. September auf durch 1000 teilbare Markbeträge, vom 1. November auf volle Millionen M aufgerundet.
- Der Meistbetrag der Postanweisungen erhöhte sich auf weitere Heraufsetzungen bis zu 500 Milliarden M; seit dem 12. November ist der Meistbetrag gewöhnlicher und telegraphischer Postanweisungen unbeschränkt.

Auch für die Brieffendungen des Auslandsverkehrs traten entsprechende Erhöhungen der Gebühren ein; vom 26. November an betrug die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief 320 Milliarden M.

Die durch die Postordnung festgesetzten Gebühren wurden im wesentlichen in dem gleichen Verhältnis wie die gesetzlichen Gebühren heraufgesetzt. Die Gebühr für die Ausfertigung des Überweisungstelegramms bei telegraphischen Postanweisungen kam vom 24. Oktober an in Wegfall, dafür wurde die für telegraphische Postanweisungen zu entrichtende Telegraphengebühr neu festgesetzt. Für die Ausfertigung von Bescheinigungen

über gezahlte Ersatzbeträge wurde seit dem 3. November eine Gebühr bis auf weiteres nicht erhoben.

Die gesetzliche Grundlage für die Einführung neuer Postgebühren schuf die

Verordnung über Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren vom 22. November 1923.

(Reichsgesetzbl. von 1923, I S. 1104.)

Im Zusammenhang mit der auf den verschiedensten Gebieten des Verkehrs- und Wirtschaftslebens vor sich gehenden Umstellung der Preisbildung und der Währung auf eine wertbeständige Grundlage sah sich die Reichspostverwaltung veranlaßt, auch ihr Gebührenwesen auf diese Grundlage zu stellen. Die schwierige Lage der Reichshaushalts zwang die Postverwaltung, bei der Gestaltung der Einnahmen schneller als bisher der Geldentwertung zu folgen und in ihrem Haushalt das Gleichgewicht von Einnahme und Ausgabe baldigst herzustellen und dauernd aufrechtzuerhalten. Hand in Hand mit der Einführung wertbeständiger Gebühren mußte die Ausgabe von Wertzeichen auf wertbeständiger Grundlage gehen. Die Notwendigkeit der Bereitstellung der Frankomarken in immer wechselnden Werten und der dabei unvermeidbare Zeitverlust hatten die Post bisher vielfach daran gehindert, bei ihrer Tarifbildung jeweils mit der Entwicklung der Ausgabenwirtschaft und der Geldentwertung Schritt zu halten. Hierin sollte, nachdem die entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten hatten überwunden werden können, durch die Schaffung von wertbeständigen Marken Wandel geschaffen werden. Die Gebühren mußten wiederum auf Grundbeträge abgestellt werden und die Marken ihre auf Grundbeträge lautende Wertzahl aufgedruckt erhalten. Diesen Zwecken sollte die Verordnung dienen, die eine aus dem derzeitigen Bedürfnis hervorgehende Anwendung des § 3 Abs. 1 des Gebührengesetzes vom 17. August 1923 zum Gegenstand hatte. In der ihr beigegebenen neuen Zusammenstellung der Grundbeträge kam die Absicht zum Ausdruck, die Zahl der Grundbeträge zu verringern, sie auf runde leicht zu veranschaulichende Zahlen zu bringen und damit die vorrätig zu haltenden Marken auf tunlichst wenige Sorten zu beschränken. Soweit es angängig erschien, wurden die neuen Grundbeträge den Gebührenätzen vor dem Kriege gleichgestellt oder angenähert. Die Grundlage für die Ermittlung der Schlüsselzahl sollte nicht mehr die jeweilige Regelung der Bezüge des Personals im Vergleich zum 1. Juli 1914 bilden, im § 2 der Verordnung war vielmehr vorgesehen, daß als solche Grundlage, solange von der Reichsregierung keine allgemein gültige Maßzahl festgesetzt ist, der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern (Steuermark) oder der Wert des hauptsächlichsten wertbeständigen Zahlungsmittels dienen kann. Die Zustimmung im § 3 der Verordnung, daß der Reichspostminister von der Ermächtigung zur Festsetzung der Gebühren auch zu anderen Tagen als zum 1. oder 16. eines Monats Gebrauch machen könne, rechtfertigte sich aus der Notwendigkeit, zu jeder Zeit die erforderlichen Änderungen eintreten zu lassen. Die Verordnung erhielt nach eingehenden Beratungen die Zustimmung des Reichsrats und zuständigen Reichstagsausschusses und wurde vom Reichspostminister für die Post- und Postscheckgebühren zum 1. Dezember 1923 in Kraft gesetzt. Aus der zu ihrer Ausführung erlassenen Verordnung vom 23. November (Amtsbl. von 1923, S. 517 ff) seien die wesentlichen

*) Bei der Neuordnung zum 20. und 26. 11. 23 blieb eine Reihe von Gebühren, die an den bezeichneten Stellen des Amtsblatts einzeln aufgeführt sind, aus besonderen Gründen von der Erhöhung ausgeschlossen

chsten Vorschriften und Änderungen hier kurz wiederzugeben:

- a) Die gesetzlich festgelegten Grundbeträge wurden in den für den Dienstgebrauch bestimmten Gebüh-
renübersichten der Einfachheit wegen als
Rentenmark und Rentenpfennig be-
zeichnet, weil nach damaliger Voraussicht die Ren-
tenmark in der nächsten Zeit das den Verkehr beherr-
schende Zahlungsmittel bildete.
- b) Bei der Bezahlung der Gebühren mit Pa-
piermark sind die Rentenmark- (Grund-) Beträge
mit einem Umrechnungssatz zu verviel-
fachen. Das nötigenfalls auf volle Milliarden M
aufzurundende Ergebnis bildet den Betrag, der in
Papiermark zu entrichten ist. Die für die Vervielfachung
anzuwendende Schlüsselzahl ist auch
für die Postgebühren vorerst der den Verkehrsanstalten
jeweils durch Kreistelegamm mitgeteilte Gold-
umrechnungssatz für Reichsteuern
(die Steuermark), und zwar gilt der Mon-
tags bis Freitags bekanntgegebene Umrechnungssatz
immer für den ganzen folgenden Tag, der Umrech-
nungssatz im Kreistelegamm vom Sonnabend im-
mer für die nächsten beiden Tage (Sonntag und
ganzen Montag).
- c) Bei den Briefen im Orts- und Fern-
verkehr wurde die Zahl der Gewicht- und Ge-
bührenstufen von 4 auf 2 (bis 20 g und über 20 bis
500 g) beschränkt.
- d) Bei den Drucksachen und Warenproben
sind die ersten beiden Gewicht- und Gebührenstufen
zu einer Stufe zusammengefaßt, für die letzten bei-
den Gewichtstufen bei den Drucksachen ist ein
Gebührensatz eingeführt worden.
- e) Für Wertsendungen wird die Einschreib-
gebühr allgemein nicht mehr erhoben.
- f) Die Nachgebühr für nicht-oder unzu-
reichend freigemachte Sendungen be-
trägt wie bisher das Eineinhalbfache des Fehlbe-
trags und ist auf volle 10 Rentenpfennig aufzurunden.
- g) Für Blindenschriftsendungen bis zum
Gewicht von 5 kg gilt die Gebühr der ersten Druck-
sachenstufe (3 Pf.).

Die Umstellung auf Grundbeträge erstreckte sich auch
auf die Auslandsbriefgebühren; der einfache
Brief kam auf 30 Pf., die einfache Postkarte auf 20 Pf.
und die Drucksache für je 50 g auf 5 Pf. zu stehen.

Auf dem Gebiet der durch die Postordnung
festgesetzten Nebengebühren traten zahl-
reiche Änderungen ein, die dazu beitragen sollen, die Er-
hebung und Verrechnung zu vereinfachen. Eine Anzahl
von Gebühren, bei denen die Kosten der Erhebung nicht
in Verhältnis zu dem Ertrag stehen, wurde abgeschafft,
und zwar:

- Einziehungsgebühr bei Postaufträgen und Nachnah-
men,
- Gebühr für wiederholte Vorzeigung von Postaufträgen
und Nachnahmen,

Gebühr für die Ausfertigung bei Rückforderung oder
Aufschriftänderung von Postsendungen und Zah-
larten,

Gebühr für die Rückgabe noch nicht abgegangener Sen-
dungen,

Gebühr für die Zurückziehung einer Zeitungsbestel-
lung,

Behandlungsgebühr für Postvollmachten,

Zuschlaggebühr für postlagernde Sendungen oder Zah-
lungsanweisungen,

Gebühr für die Nachfrage nach postlagernden Sendun-
gen außerhalb der Posthalterstunden,

Behandlungsgebühr für Abholungserklärungen,

Behandlungsgebühr für besondere Abkommen wegen
Prüfung der Empfangsberechtigung des Abholers,

Postausgabegebühr für die gewöhnliche Abholung.

Auf andere einfachere Grundlage wurden gestellt die
Gebühren für Auszahlungen auf Postkreditbriefe und für
Hausbriefkasten. Die meisten der übrigen Gebühren
wurden zum mindesten auf die Vorkriegssätze gebracht
oder — soweit sie erst nach dem Kriege eingeführt sind —
zeitgemäß erhöht. In der Gebührenübersicht erfolgte eine
Zusammenfassung der Nebengebühren nach der Höhe der
Beträge (zum Grundbetrag von 10 und 20 Rentenpfen-
nig und zu verschiedenen Grundbeträgen). Das Um-
schreiben einer Zeitung auf den Namen eines anderen
als des ursprünglichen Beziehers unterliegt jetzt der
Gebühr für Zeitungsüberweisungen.

Am 1. Februar 1924 wurde die Vorzeigege-
bühr für Nachnahmesendungen von 20 Pf.
auf den Vorkriegssatz von 10 Pf. ermäßigt. Dies geschah
auf dringende Vorstellungen aus Handelskreisen, die dar-
über klagten, daß der Versand von Paketen mit Nach-
nahme unter der Höhe der Postgebühren zum Erliegen
zu kommen drohe.

Abgesehen von dieser kleinen Änderung konnten die am
1. Dezember 1923 festgesetzten wertbeständigen Postge-
bühren bis jetzt (März 1924) unverändert beibehalten
werden, was als hocherfreulich zu begrüßen ist. Die Ste-
tigkeit im Gebührenwesen in Verbindung mit dem Fort-
fall der Schwankungen im Werte der Mark hat sich sowohl
im Betrieb als auch in ihrer Auswirkung auf die Wirt-
schaftslage der Postverwaltung vorteilhaft geltend ge-
macht und eine gewisse Entspannung herbeigeführt. Vor-
liegende Wahrnehmungen bestätigen, daß nach dem 1. De-
zember allgemein ein Anziehen des Postverkehrs gegen-
über den Vormonaten eingetreten ist. Auch der erheblich
vermindert gewesene briefliche Verkehr in Familienan-
gelegenheiten beginnt sich zu beleben, und der hierfür ver-
suchten Erklärung, daß diese Wendung zum Teil auf das
Wiederaufleben der altgewohnten Gebührensätze und wohl
auch der vertrauten Markfarben zurückzuführen sei,
wird man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen kön-
nen. Hoffen wir, daß es der Postverwaltung beschieden
sein möge, die Stetigkeit in ihrem Gebührenwesen zu er-
halten und dadurch dem Wohle des Vaterlandes zu
dienen.

über über die Entwicklung der Postgebühren

Gegenstand	Gewichtstufen	Gebühr				
		1. 4. 23	1. 7. 23	1. 8. 23	24. 8. 23	1. 9. 23
		<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	Tausend <i>M</i>	Tausend <i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7
A. Gesetzliche Postgebühren.						
Postkarten						
a) im Ortsverkehr	—	20	60	200	4	15
b) im Fernverkehr	—	40	120	400	8	30
Briefe						
a) im Ortsverkehr	bis 20 g	40	120	400	8	30
	über 20 » 100 g	60	180	600	12	45
	» 100 » 250 g	100	300	1 000	20	75
	» 250 » 500 g	120	360	1 200	25	90
b) im Fernverkehr	bis 20 g	100	300	1 000	20	75
	über 20 » 100 g	120	360	1 200	25	100
	» 100 » 250 g	150	450	1 500	30	120
	» 250 » 500 g	180	540	1 800	35	140
Druckfachen						
	bis 25 g	20	60	200	4	15
	über 25 » 50 g	40	120	400	8	30
	» 50 » 100 g	60	180	600	12	45
	» 100 » 250 g	100	300	1 000	20	75
	» 250 » 500 g	120	360	1 200	25	90
	» 500 g bis 1 kg	150	450	1 500	30	110
	» 1 kg » 2 » *)	250	600	1 800	35	140
Ansichtskarten mit 5 Worten auf der Vorderseite						
	—	20	—**)	—	—	—
Geschäftspapiere						
	bis 250 g	100	300	1 000	20	75
	über 250 » 500 g	120	360	1 200	25	90
	» 500 g bis 1 kg	150	450	1 500	30	110
Warenproben						
	bis 100 g	60	180	600	12	45
	über 100 » 250 g	100	300	1 000	20	75
	» 250 » 500 g	120	360	1 200	25	90
Mischsendungen						
	bis 250 g	100	300	1 000	20	75
	über 250 » 500 g	120	360	1 200	25	90
	» 500 g bis 1 kg	150	450	1 500	30	110
Päckchen bis 1 kg						
	—	200	600	2 000	40	150
Pakete						
	1. Zone:					
	bis 3 kg	300	800	2 400	45	180
	über 3 » 5 »	500	1 200	3 600	60	250
	» 5 » 6 »	600	1 400	4 200	70	300
	» 6 » 7 »	700	1 600	4 800	80	350
	» 7 » 8 »	800	1 800	5 400	90	400
	» 8 » 9 »	900	2 000	6 000	100	450
	» 9 » 10 »	1 000	2 200	6 600	110	500
	» 10 » 11 »	1 150	2 500	7 500	130	550
	» 11 » 12 »	1 300	2 800	8 400	140	600
	» 12 » 13 »	1 450	3 100	9 300	150	650
	» 13 » 14 »	1 600	3 400	10 200	160	700
	» 14 » 15 »	1 750	3 700	11 100	170	750
	» 15 » 16 »	1 900	4 000	12 000	180	800
	» 16 » 17 »	2 050	4 300	12 900	190	850
	» 17 » 18 »	2 200	4 600	13 800	200	900
	» 18 » 19 »	2 350	4 900	14 700	210	950
	» 19 » 20 »	2 500	5 200	15 600	220	1 000
Zeitungsapakete						
	bis 5 kg	250	600	1 800	30	125
Pakete						
	2. Zone:					
	bis 3 kg	600	1 600	4 800	90	350
	über 3 » 5 »	1 000	2 400	7 200	120	500
	» 5 » 6 »	1 200	2 800	8 400	140	600
	» 6 » 7 »	1 400	3 200	9 600	160	700
	» 7 » 8 »	1 600	3 600	10 800	180	800
	» 8 » 9 »	1 800	4 000	12 000	200	900
	» 9 » 10 »	2 000	4 400	13 200	220	1 000

*) Nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände. **) Weggefallen 1. 7. 23.

nicht
nach dem 1. April 1923.

G e b ü h r									
20. 9. 23	1. 10. 23	10. 10. 23	20. 10. 23	1. 11. 23	5. 11. 23	12. 11. 23	20. 11. 23	26. 11. 23	1. 12. 23
Tausend M	Tausend M	Millionen M	Millionen M	Millionen M	Millionen M	Milliarden M	Milliarden M	Milliarden M	Geld. (Renten-) Pf.
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
50	400	1	2	20	200	2	4	16	3
100	800	2	4	40	500	5	10	40	5
100	800	2	4	40	500	5	10	40	5
150	1 200	3	6	60	600	6	12	48	}
250	2 000	5	10	100	1 000	10	20	80	
300	2 400	6	12	120	1 200	12	24	96	10
250	2 000	5	10	100	1 000	10	20	80	10
350	2 800	7	14	140	1 400	14	28	112	}
400	3 200	8	16	160	1 600	16	32	128	
450	3 600	9	18	180	1 800	18	36	144	20
50	400	1	2	20	200	2	4	16	}
100	800	2	4	40	400	4	8	32	
150	1 200	3	6	60	600	6	12	48	5
250	2 000	5	10	100	1 000	10	20	80	10
300	2 400	6	12	120	1 200	12	24	96	20
375	3 000	7	15	140	1 500	15	30	120	}
450	3 600	9	18	180	1 800	18	36	144	
250	2 000	5	10	100	1 000	10	20	80	10
300	2 400	6	12	120	1 200	12	24	96	20
375	3 000	7	15	140	1 500	15	30	120	30
150	1 200	3	6	60	600	6	12	48	}
250	2 000	5	10	100	1 000	10	20	80	
300	2 400	6	12	120	1 200	12	24	96	20
250	2 000	5	10	100	1 000	10	20	80	10
300	2 400	6	12	120	1 200	12	24	96	20
375	3 000	7	15	140	1 500	15	30	120	30
500	4 000	10	20	200	2 000	20	40	160	30
600	4 500	12	25	500	2 500	25	50	200	30
900	7 000	18	35	700	3 500	35	70	280	40
1 000	8 000	21	40	800	4 000	40	80	320	45
1 100	9 000	24	45	900	4 500	45	90	360	50
1 200	10 000	27	50	1 000	5 000	50	100	400	55
1 400	11 000	30	55	1 100	5 500	55	110	440	60
1 600	12 000	34	60	1 200	6 000	60	120	480	65
1 800	13 000	38	70	1 400	7 000	70	140	560	70
2 000	14 000	42	80	1 600	8 000	80	160	640	80
2 200	16 000	46	90	1 800	9 000	90	180	720	90
2 400	18 000	50	100	2 000	10 000	100	200	800	100
2 600	20 000	55	110	2 200	11 000	110	220	880	110
2 800	22 000	60	120	2 400	12 000	120	240	960	120
3 000	24 000	65	130	2 600	13 000	130	260	1 040	130
3 200	26 000	70	140	2 800	14 000	140	280	1 120	140
3 400	28 000	75	150	3 000	15 000	150	300	1 200	150
3 600	30 000	80	160	3 200	16 000	160	320	1 280	160
400	3 500	9	15	340	1 700	17	34	136	20
1 200	9 000	24	50	1 000	5 000	50	100	400	60
1 800	14 000	36	70	1 400	7 000	70	140	560	80
2 000	16 000	42	80	1 600	8 000	80	160	640	90
2 200	18 000	48	90	1 800	9 000	90	180	720	100
2 400	20 000	54	100	2 000	10 000	100	200	800	110
2 800	22 000	60	110	2 200	11 000	110	220	880	120
3 200	24 000	68	120	2 400	12 000	120	240	960	130

Gegenstand	Gewichtstufen	G e b ü h r				
		1. 4. 23	1. 7. 23	1. 8. 23	24. 8. 23	1. 9. 23
		<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	Tausend <i>M</i>	Tausend <i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7
	(2. Zone:)					
Nach: Pakete	über 10 bis 11 kg	2 300	5 000	15 000	260	1 100
	» 11 » 12 »	2 600	5 600	16 800	280	1 200
	» 12 » 13 »	2 900	6 200	18 600	300	1 300
	» 13 » 14 »	3 200	6 800	20 400	320	1 400
	» 14 » 15 »	3 500	7 400	22 200	340	1 500
	» 15 » 16 »	3 800	8 000	24 000	360	1 600
	» 16 » 17 »	4 100	8 600	25 800	380	1 700
	» 17 » 18 »	4 400	9 200	27 600	400	1 800
	» 18 » 19 »	4 700	9 800	29 400	420	1 900
	» 19 » 20 »	5 000	10 400	31 200	440	2 000
Zeitungsapakete	bis 5 kg	500	1 200	3 600	60	250
	3. Zone:					
Pakete	bis 3 kg	600	1 600	4 800	90	350
	über 3 » 5 »	1 000	2 400	7 200	120	500
	» 5 » 6 »	1 800	4 200	12 600	210	900
	» 6 » 7 »	2 100	4 800	14 400	240	1 050
	» 7 » 8 »	2 400	5 400	16 200	270	1 200
	» 8 » 9 »	2 700	6 000	18 000	300	1 350
	» 9 » 10 »	3 000	6 600	19 800	330	1 500
	» 10 » 11 »	3 450	7 500	22 500	390	1 650
	» 11 » 12 »	3 900	8 400	25 200	420	1 800
	» 12 » 13 »	4 350	9 300	27 900	450	1 950
	» 13 » 14 »	4 800	10 200	30 600	480	2 100
	» 14 » 15 »	5 250	11 100	33 300	510	2 250
	» 15 » 16 »	5 700	12 000	36 000	540	2 400
	» 16 » 17 »	6 150	12 900	38 700	570	2 550
	» 17 » 18 »	6 600	13 800	41 400	600	2 700
	» 18 » 19 »	7 050	14 700	44 100	630	2 850
	» 19 » 20 »	7 500	15 600	46 800	660	3 000
Zeitungsapakete	bis 5 kg	500	1 200	3 600	60	250
Dringende Pakete	—	dreifache Gebühr	dreifache Gebühr	dreifache Gebühr	dreifache Gebühr	dreifache Gebühr
Zuschlag für sperrige Pakete	—	100 v \mathfrak{S}	100 v \mathfrak{S}	100 v \mathfrak{S}	100 v \mathfrak{S}	100 v \mathfrak{S}
Versicherungsgebühr für Wertsendungen						
a) bei Wertbriefen und versiegel- ten Wertpaketen	—	40 bis 5 000 <i>M</i> Wertangabe, 80	100 für je 10 000 <i>M</i> Wertangabe	100 für je 10 000 <i>M</i> Wertangabe	100 <i>M</i> für je 10 000 <i>M</i> Wertangabe	2 für je 100 000 <i>M</i> Wertangabe
(daneben bis 30. 11. 23 die Einschreibgebühr)		über 5 000 bis 10 000 <i>M</i> Wertangabe, 80 für je weitere 10 000 <i>M</i> Wertangabe				
b) bei unveriegelten Wertpaketen (daneben bis 30. 6. 23 die Einschreibgebühr)	—	die Hälfte	die Hälfte	die Hälfte	die Hälfte	die Hälfte
Postanweisungen	Betragsstufen:					
	bis 1 000 <i>M</i>	60				
	über 1 000 » 5 000 »	90	} 200	} 800		
	» 5 000 » 10 000 »	120	400			
	» 10 000 » 20 000 »	180				
	» 20 000 » 30 000 »	240				
	» 30 000 » 40 000 »	300	} 800	1 000		
	» 40 000 » 50 000 »	360				
	» 50 000 » 100 000 »	450				
	» 100 000 » 200 000 »	—	1 200	1 200		
	» 200 000 » 300 000 »	—	1 800	1 800		
	» 300 000 » 400 000 »	—	2 400	2 400		
	» 400 000 » 500 000 »	—	3 000	3 000		
	» 500 000 » 750 000 »	—	3 600	3 600		
	» 750 000 » 1 000 000 »	—	—	4 200		
	über 1 bis 2 Millionen <i>M</i>	—	—	4 800		
	» 2 » 5 » »	—	—	—	20	40
	» 5 » 10 » »	—	—	—	25	70
	» 10 » 20 » »	—	—	—	30	100
					40	140

[illegible]

Gegenstand	Betragstufen	G e b ü h r				
		1. 4. 23	1. 7. 23	1. 8. 23	24. 8. 23	1. 9. 23
		<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	Tausend <i>M</i>	Tausend <i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7
Noch: Postanweisungen.....	über 20 bis 30 Millionen <i>M</i>	—	—	—	50	180
	» 30 » 50 » »	—	—	—	60	220
	» bis 50 » »	—	—	—	—	—
	über 50 » 70 » »	—	—	—	—	260
	» 70 » 100 » »	—	—	—	—	300
	» bis 100 » »	—	—	—	—	—
	über 100 » 150 » »	—	—	—	—	350
	» 150 » 200 » »	—	—	—	—	400
	» 200 » 250 » »	—	—	—	—	—
	» 200 » 300 » »	—	—	—	—	—
	» 300 » 400 » »	—	—	—	—	—
	» 400 » 500 » »	—	—	—	—	—
	» 250 » 500 » »	—	—	—	—	—
	» bis 500 » »	—	—	—	—	—
	über 500 » 1 000 » »	—	—	—	—	—
	» 1 000 » 2 000 » »	—	—	—	—	—
	» 2 000 » 3 000 » »	—	—	—	—	—
	» 3 000 » 4 000 » »	—	—	—	—	—
	» 4 000 » 5 000 » »	—	—	—	—	—
	» 5 000 » 7 500 » »	—	—	—	—	—
	» 7 500 » 10 000 » »	—	—	—	—	—
	» 10 000 » 20 000 » »	—	—	—	—	—
	» 20 000 » 30 000 » »	—	—	—	—	—
	» 30 000 » 50 000 » »	—	—	—	—	—
	» bis 10 Milliarden <i>M</i>	—	—	—	—	—
	über 10 » 50 » »	—	—	—	—	—
	» 50 » 100 » »	—	—	—	—	—
	» 100 » 300 » »	—	—	—	—	—
	» 300 » 500 » »	—	—	—	—	—
	» bis 1 Billion <i>M</i>	—	—	—	—	—
	über 1 » 3 Billionen <i>M</i>	—	—	—	—	—
	» 3 » 5 » »	—	—	—	—	—
	» 5 » 10 » »	—	—	—	—	—
	über 10 Billionen <i>M</i> (unbeschränkt)	—	—	—	—	—
	für je weitere 10 Billionen <i>M</i>	—	—	—	—	—
	» bis 25 Billionen <i>M</i>	—	—	—	—	—
	über 25 » 50 » »	—	—	—	—	—
	» 50 » 100 » »	—	—	—	—	—
	» 100 » 250 » »	—	—	—	—	—
	» 250 » 500 » »	—	—	—	—	—
	» 500 » 750 » »	—	—	—	—	—
	» 750 » 1 000 » »	—	—	—	—	—
	für je weitere 250 » »	—	—	—	—	—
	Betragstufen in		—	—	—	—
	Papiermarkt Billionen <i>M</i>	Rentenmarkt <i>M</i>	—	—	—	—
	bis 25	bis 25	—	—	—	—
	über 25	über 25	—	—	—	—
	bis 50	bis 50	—	—	—	—
	über 50	über 50	—	—	—	—
	bis 100	bis 100	—	—	—	—
	über 100	über 100	—	—	—	—
	bis 250	bis 250	—	—	—	—
	über 250	über 250	—	—	—	—
	bis 500	bis 500	—	—	—	—
	über 500	über 500	—	—	—	—
	bis 750	bis 750	—	—	—	—
	über 750	über 750	—	—	—	—
	bis 1 000	bis 1 000	—	—	—	—
	für je weitere		—	—	—	—
	250	250	—	—	—	—
	(unbeschränkt)		—	—	—	—

Gegenstand oder Bezeichnung der Gebühr	Gebühr					
	1. 4. 23	1. 7. 23	1. 8. 23	24. 8. 23	1. 9. 23	20. 9. 23
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	Tausend <i>M</i>	Tausend <i>M</i>	Tausend <i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7
B. Durch die Postordnung festgesetzte Gebühren.						
Blindenschriftsendungen bis 5 kg	1	1	1	1 <i>M</i>	1 <i>M</i>	1 <i>M</i>
	für je 1 kg					
Außergewöhnliche Zeitungsbeilagen	4	10	30	0,6	2	7
Bescheinigung über Einlieferung gewöhnlicher Pakete	50	150	500	10	37	125
Einschreibgebühr	80	300	1 000	20	75	250
Postaufträge:						
a) Gebühr für den Postauftragsbrief	wie für einen Einschreibbrief von gleichem Gewicht.					
b) Vorzeigegebühr	50	150	500	10	37	125
c) Gebühr für wiederholte Vorzeigung	50	150	500	10	37	125
d) Einziehungsgebühr von jedem Tausend	1	1	1	1 <i>M</i>	1 <i>M</i>	1 <i>M</i>
e) Protestgebühr bei Postprotestaufträgen	500	1 500	5 000	100	375	1 250
Nachnahmen:						
a) Vorzeigegebühr	50	150	500	10	37	125
b) Gebühr für wiederholte Vorzeigung	50	150	500	10	37	125
c) Einziehungsgebühr von jedem Tausend	1	1	1	1 <i>M</i>	1 <i>M</i>	1 <i>M</i>
Ausfertigung des Überweisungs-Telegramms bei telegraphischen Postanweisungen usw.	50	150	500	10	37	125
Postkreditbriefe:						
a) für die Ausfertigung	entsprechend dem jeweiligen Papierpreis.					
b) Auszahlungsgebühr für je 1 000 <i>M</i>	3	3	3	2 <i>M</i>	2 <i>M</i>	2 <i>M</i>
Eilzustellung bei Vorauszahlung durch den Absender:						
a) für Brieffsendungen im Ortszustellbezirk	120	400	2 000	40	150	500
» » » » Landzustellbezirk	350	1 200	6 000	120	450	1 500
b) für Pakete im Ortszustellbezirk	220	700	3 000	60	225	750
» » » » Landzustellbezirk	450	1 500	8 000	160	600	2 000
Bahnhofsbriefe						
für den Kalendermonat	3 000	9 000	30 000	600	2 250	7 500
für die Woche	1 000	3 000	10 000	200	750	2 500
Zeitungs-Bahnhofsbriefe						
monatlich für jedes Zeitungsstück	10	je 20	je 50	je 1	je 3	je 12
	monatlich für das täglich einmalige					
Mindestgebühr für den Monat	100 †)	—	—	—	—	—
Zustellungsgebühr	80	300	1 000	20	75	250
Rückscheingebühr						
falls bei der Einlieferung verlangt	80	300	1 000	20	75	250
falls nachträglich verlangt	120	500	2 000	40	150	500
Einlieferung von Sendungen durch Straßenbahnbriefkasten	20	20	50	1	3	12
Einsammlungsgebühren für die von den Paketzustellern eingesammelten Pakete	100	300	1 000	20	75	250
Einsammlungsgebühren für die von den Landzustellern eingesammelten Sendungen						
für Einschreibbriefsendungen, Postanweisungen, Wertbriefe, Zahlkarten	20	50	100	2	7	25
für Pakete bis 2½ kg Gewicht	50	150	500	10	37	125
für schwerere Pakete	100	300	1 000	20	75	250
Annahme von Einschreibsendungen usw. außerhalb der Postschalterstunden	100	300	1 000	20	75	250
Zurückziehen und Aufschriständern						
Ausfertigungsgebühr	50	150	500	10	37	125
Rückgabe noch nicht abgegangener Sendungen	30	100	500	10	37	125
Zurückziehen einer Zeitungsbestellung						
wenn bereits weitergegeben	60	200	500	10	37	125
sonst	30	100	250	5	18	60
†) Weggefallen 1. 7. 1923.						

G e b ü h r									Bemerkungen
1. 10. 23	10. 10. 23	20. 10. 23	1. 11. 23	5. 11. 23	12. 11. 23	20. 11. 23	26. 11. 23	1. 12. 23	
Tausend M.	Millionen M.	Millionen M.	Millionen M.	Millionen M.	Milliarden M.	Milliarden M.	Milliarden M.	Gold- (Renten-) Pf.	
8	9	10	11	12	13	14	15	16	
1	0,001	0,001	1	1	0,001	0,001	0,001	3	v. 1. 2. 24 10 Gold- (Renten-) Pf. 20 für je 100 Renten- mark, mindestens 200
bis 5 kg									
60	0,15	0,3	1,5	30	0,3	0,6	2,4	0,5	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	10	
2 000	5	10	50	1 000	10	20	80	20	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	20	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	20	
1 M	1 M	1 M	1 M	1 M	1 M	1 M	1 M	*)	
10 000	25	50	250	5 000	50	100	400	100	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	20	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	20	
1 M	1 M	1 M	1 M	1 M	1 M	1 M	1 M	*)	
1 000	2,5	5	*)						
2 M	2 M	2 M	2 M	2 M	2 M	2 M	2 M	20	
4 000	10	20	100	2 000	20	40	160	30	
12 000	30	60	300	6 000	60	120	480	60	
6 000	15	30	150	3 000	30	60	240	50	
16 000	40	80	400	8 000	80	160	640	100	
60 000	150	300	1 500	30 000	300	600	2 400	1 200	
20 000	50	100	500	10 000	100	200	800	400	
je 100	je 0,25	je 0,5	je 2,5	je 50	je 0,5	je 1	je 4	je 5	
oder selteneres Erscheinen eines Zeitungsstücks sowie für jedes weitere tägliche Erscheinen.									
2 000	5	10	50	1 000	10	20	80	20	
2 000	5	10	50	1 000	10	20	80	20	
4 000	10	20	100	2 000	20	40	160	40	
100	0,25	0,5	2	50	0,5	1	4	5	
2 000	5	10	50	1 000	10	20	80	20	
200	0,5	1	5	100	1	2	8	5	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	10	
2 000	5	10	50	1 000	10	20	80	20	
2 000	5	10	50	1 000	10	20	80	20	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40		
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	*)	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	*)	
500	1,25	2,5	12	250	2,5	5	20	20	

*) Weggefallen 1. 12. 1923. **) Weggefallen 24. 10. 1923.

*) Weggefallen 1. 12. 1923. **) Weggefallen 24. 10. 1923.

Gegenstand oder Bezeichnung der Gebühr	Gebühr					
	1. 4. 23	1. 7. 23	1. 8. 23	24. 8. 23	1. 9. 23	20. 9. 23
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	Tausend <i>M</i>	Tausend <i>M</i>	Tausend <i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7
Umschreiben einer Zeitung auf den Namen eines anderen als des ursprünglichen Bezieher's	60	200	500	10	37	125
Beförderung verschlossener Taschen monatlich	150	500	2 000	40	150	500
Zeitungs Zustellgeld						
bei monatlich einmaligem oder seltenem Erscheinen	3	v. 1. 10. 23	v. 1. 10. 23	v. 1. 10. 23	v. 1. 10. 23	v. 1. 10. 23
bei wöchentlich einmaligem oder seltenem Erscheinen		10	10	0,7	2,5	2,5
für jede weitere Ausgabe in der Woche		6	20	1,4	5	5
Zustellgeld für Sammelüberweisungen von Zeitungen						
beim monatlich einmaligem oder seltenem Erscheinen	3	v. 1. 10. 23	v. 1. 10. 23	v. 1. 10. 23	v. 1. 10. 23	v. 1. 10. 23
bei häufigerem Erscheinen ..	6	2	2	0,140	0,50	0,50
Behandlungsgebühr für Postvollmachten	50	150	500	10	37	125
Zuschlaggebühr für jede postlagernde Sendung	20	20	50	1	3	12
Schreibgebühr für die Ausstellung von						
a) Postausweisarten	150	500	2 000	40	150	500
b) Postlagerarten	75	250	1 000	20	75	250
Nachfrage nach postlagernden Sendungen außerhalb der Posthalterstunden	100	300	1 000	20	75	250
Paketlagergebühr täglich	20	50	100	2	7	25
Höchstjah	1 200	3 000	6 000	120	420	1 500
Behandlungsgebühr für Abholungs-erklärungen	50	150	500	10	37	125
Behandlungsgebühr für besondere Abkommen wegen Prüfung der Empfangsberechtigung des Abholers	50	150	500	10	37	125
Postausgabegebühr für die gewöhnliche Abholung monatlich	200 (jährlich)	100	200	4	15	50
Erhöhte monatliche Postausgabegebühr beim Bestehen eines Abkommens wegen Prüfung der Empfangsberechtigung des Abholenden	500 (jährlich)	250	1 000	20	75	250
Schließfachgebühr monatlich						
a) für ein gewöhnliches Schließfach	1 000 (jährlich)	500	2 000	40	150	500
b) für ein größeres Schließfach	2 000 (jährlich)	1 000	4 000	80	300	1 000
Zeitungsüberweisungsgebühr	60	200	1 000	20	75	250
Unzustellbarkeitsmeldung	120	500	2 000	40	150	500
Laufzettelsgebühr	120	500	2 000	40	150	500
Ausfertigungsgebühr von Doppeln zu Posteinlieferungscheinen, Post- und Zahlungsanweisungen, zu Bescheinigungen über Zeitungsgeld und für Bescheinigungen über gezahlte Ersatzbeträge)	50	150	500	10	37	125
Nachlieferung von Zeitungen	50	150	500	10	37	125
Stundungsgebühr monatlich						
für jede vollen oder angebrochenen 10 <i>M</i>	0,20 (für je 1 <i>M</i>)	2	2	2 <i>M</i>	2 <i>M</i>	2 <i>M</i>
Mindestgebühr	50	150	500	10	37	125

†) Für Bescheinigungen über gezahlte Ersatzbeträge wird seit dem 3. 11. 1923 bis auf weiteres die Gebühr nicht erhoben.

G e b ü h r									Bemerkungen
1. 10. 23 Tausend M	10. 10. 23 Millionen M	20. 10. 23 Millionen M	1. 11. 23 Millionen M	5. 11. 23 Millionen M	12. 11. 23 Milliarden M	20. 11. 23 Milliarden M	26. 11. 23 Milliarden M	1. 12. 23 Gold- (Renten-) Pf	
8	9	10	11	12	13	14	15	16	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	50	
4 000	10	20	100	2 000	20	40	160	50	
v. 1. 11. 23 67	v. 1. 11. 23 0,067	v. 1. 11. 23 0,067	v. 1. 12. 23 2 4	v. 1. 1. 24 40	v. 1. 1. 24 0,4	v. 1. 1. 24 0,4	v. 1. 1. 24 0,4	v. 1. 1. 24 2	
134 134	0,134 0,134	0,134 0,134	0,2 0,2	4 8 4 8	80 80	0,8 0,8	0,8 0,8	4 4	
v. 1. 11. 23 6,7	v. 1. 11. 23 0,0067	v. 1. 11. 23 0,0067	v. 1. 12. 23 0,2 0,4	v. 1. 1. 24 4	v. 1. 1. 24 0,04	v. 1. 1. 24 0,04	v. 1. 1. 24 0,04	v. 1. 1. 24 0,2	
13,4	0,0134	0,0134	0,02	0,4 0,8	8	0,08	0,08	0,04	
monatlich für jedes angemeldete Stück.									
1. 10. 23 1 000	10. 10. 23 2,5	20. 10. 23 5	1. 11. 23 25	5. 11. 23 500	12. 11. 23 5	20. 11. 23 10	26. 11. 23 40	1. 12. 23 —*)	
100	0,25	0,5	2	50	0,5	1	4	—*)	
4 000 2 000	10 5	20 10	100 50	2 000 1 000	20 10	40 20	160 80	50 25	
2 000 200 12 000	5 0,5 30	10 1 60	50 5 300	1 000 100 6 000	10 1 60	20 2 120	80 8 480	—*) 10 600	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	—*)	
1 000	2,5	5	25	500	5	10	40	—*)	
400	1	2	10	200	2	4	16	—*)	
2 000	5	10	50	1 000	10	20	80	300	
4 000 8 000	10 20	20 40	100 200	2 000 4 000	20 40	40 80	160 320	100 150	
2 000 4 000 4 000	5 10 10	10 20 20	50 100 100	1 000 2 000 2 000	10 20 20	20 40 40	80 160 160	50 20 20	
1 000 1 000	2,5 2,5	5 5	25 25	500 500	5 5	10 10	40 40	10 10	
2 M 1 000	2 M 2,5	2 M 5	2 M 25	2 M 500	2 M 5	2 M 5	2 M 5	5 (für je 1 M) 50	
*) Weggefallen 1. 12. 1923.									

Zum Reichspostfinanzgesetz.

Wer unbefangen und unbeeinflusst von langjähriger Gewohnheit die Frage prüft, ob die zahlreichen Bindungen, die nach Verfassung und Reichshaushaltsordnung bei der jetzigen Rechtslage die Leitung und Verwaltung des Riesenunternehmens der Deutschen Reichspost hemmen, zweckmäßig und mit dem oft von der Verwaltung beanspruchten kaufmännischen Geiste vereinbar sind, wird zu einer unbedingten Verneinung gelangen. Gewiß ist es nicht nötig, daß sich der Reichsrat und Reichstag alljährlich im Rahmen des die reinen Hohheitsverwaltungen umfassenden Reichshaushalts in Ausschüssen und in der Vollversammlung mit den zahlreichen Titeln des Posthaushalts beschäftigen. Die Erfahrung lehrt, daß der überwiegende Teil der hiermit aufgewendeten Zeit nicht dem eigentlichen Zweck der Mittelbewilligung, sondern einer eingehenden Kritik tatsächlicher oder auch nur möglicher Maßnahmen der Verwaltung dient. Daß eine solche Aussprache in den gesetzgebenden Körperschaften, sofern man von den vielfach rein örtlichen und persönlichen Wünschen absieht, fruchtbringend ist und die Notwendigkeit solcher Verantwortung das ganze Gebaren der Verwaltung zum Nutzen der Allgemeinheit beeinflusst, ist unzweifelhaft. Ebenso unzweifelhaft ist es aber, daß die Verknüpfung dieser Aussprache mit der Bewilligung der Mittel unnötig und schädlich ist. Sie verzögert die Bewilligung der Mittel, ohne die die Verwaltung nicht funktionieren kann, oft in einer Weise, daß die nötigen Maßnahmen nicht rechtzeitig genug getroffen werden können oder ihre Ausführung kostspieliger wird, als bei Aufstellung des Haushalts angenommen werden konnte. Das macht Nachforderungen und damit neuen Zeitverlust zur Regel. Ähnlich liegt es mit der in der Reichshaushaltsordnung vorgesehenen Mitwirkung des Reichsministers der Finanzen, die im allgemeinen nur mit der Beobachtung des Haushalts, notwendigen Abweichungen von Vorschlägen usw. ihre Begründung findet und nur so lange gerechtfertigt ist, als etwaige Fehlbeträge dem allgemeinen Haushalt des Reichs zur Last fallen.

Mit der Aufstellung des Grundgesetzes, daß die Reichspost ausnahmslos ihre Ausgaben selbst zu bestreiten habe, sind die oben gekennzeichneten Bindungen nicht nur überflüssig, sie sind auch mit der gedeihlichen Entwicklung des Unternehmens unvereinbar. Man darf hierbei nicht einwenden, daß die Reichspost vor dem Kriege dauernd Überschüsse herausgewirtschaftet habe. Es ist wahrscheinlich, daß ohne diese eine kaufmännische Wirtschaftsführung erschwerenden Hemmungen der Verwaltung sich größere Überschüsse hätten erzielen lassen. Ganz unzweifelhaft aber ist es, daß in den jetzigen Zeiten schwankender Wirtschaftskonjunktur, schwankender Währungsverhältnisse usw. der obige Grundsatz der Ausgabenbedeckung unter den erwähnten Bestimmungen der Verfassung und der Reichshaushaltsordnung überhaupt nicht durchzuführen ist.

Die Erkenntnis dieser Tatsache hat zur Aufstellung des Entwurfs zu einem Reichspostfinanzgesetz geführt, das eine freiere Wirtschaftsführung unter Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Kontrolle durch Trennung der Mittelbewilligung von der parlamentarischen Verantwortung des Reichspostministers bezweckt. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, die gesetzliche Festsetzung des Haushaltsplans durch Bildung eines hierzu berufenen Verwaltungsrats zu ersetzen, dem neben dieser Aufgabe

grundsätzlich auch die Beschlußfassung über andere Ausgaben des Reichsrats und Reichstags — Aufbringung der Mittel (Tarife), die Kontrolle der Verwaltung usw. — zufallen muß. Die rechtzeitige Aufbringung der Mittel durch Erhöhung der Einnahmen ist ebenso dringend wie der Voranschlag. An den durch die Verfassung bewirkten Hemmungen ist der notwendige Ausgleich des Posthaushalts bisher gescheitert.

Die Zusammensetzung dieses Verwaltungsrats, dem Mitglieder des Reichsrats und Reichstags angehören müssen, und die unbeschränkt aufrechterhaltene parlamentarische Verantwortlichkeit des Reichspostministers, der als solcher, d. h. als Mitglied der Reichsregierung, Leiter des Unternehmens bleibt, stellen es außer Frage, daß die nach dem Geiste der demokratischen Verfassung gebotenen bisher gegebenen Sicherungen erhalten bleiben. Wie die Begründung (Abs. 4 zu § 2) hervorhebt, darf sogar erwartet werden, daß es den Mitgliedern des Reichsrats und des Reichstags, die dem Verwaltungsrat angehören, mehr als bisher möglich sein wird, einen Einblick in die Geschäftsführung zu gewinnen und somit in ihren Körperschaften durch Interpellationen und Herbeiführung entsprechender Beschlüsse auf die Verwaltung einzuwirken, wenn sie im Verwaltungsrat oder beim Reichspostminister mit ihren Anschauungen nicht durchdringen.

Wenn der Gedanke freierer Beweglichkeit der Verwaltung zur Durchführung gelangen soll, muß freilich verhindert werden, den Verwaltungsrat zu einem kleinen Parlament anwachsen zu lassen, wie es der Verkehrsbeirat inzwischen geworden ist. Not tut, daß der auf eine geringere Zahl von Mitgliedern beschränkte Verwaltungsrat durchweg aus Persönlichkeiten besteht, die gewillt sind, der Deutschen Reichspost mit ihren Erfahrungen auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Verkehrs förderlich zur Seite zu stehen.

Den aus diesem Gesichtspunkt heraus neben den Reichsrats- und Reichstagsmitgliedern und den Kreisen der Wirtschaft selbst entnommenen Mitgliedern sollen aber auch einige erfahrene Beamte und Vertreter der Beamtenschaft sowie ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums dem Verwaltungsrat angehören.

Mancher wird geneigt sein, diese Verbindung von mehr oder weniger an den Geschäften beteiligten Beamten mit Parlamentariern bzw. Männern der Wirtschaft zu bemängeln. Zuzugeben ist, daß der Vorschlag eines Verwaltungsrats in dieser Zusammenstellung neu ist. Wenn man aber im Auge behält, daß die Leitung des Unternehmens »Deutsche Reichspost« aus zwingenden Gründen eine bürokratische bleibt, und daß hier der Versuch gemacht werden soll, dieser Leitung ein leistungsfähiges Organ zu geben, ähnlich wie es größere private Wirtschaftsunternehmen haben, so erscheint die Beteiligung sachkundiger, aber politisch nicht verantwortlicher Beamten nicht nur unbedenklich, sondern zweckdienlich. Dem Aufsichtsrat privater Unternehmungen gehören in der Regel Vertreter des beteiligten Kapitals an. Da das Reich trotz der Absonderung des Postvermögens Eigentümer des dem Betriebe dienenden Vermögens bleibt, ist es natürlich, daß es in dem mit so wichtigen Befugnissen bekleideten Verwaltungsrat stimmberechtigt durch Personen beteiligt wird, die aus langjähriger Berufserfahrung heraus den in dieser Beziehung weniger erfahrenen

anderen Mitgliedern des Verwaltungsrats gegenüber die Belange des Reichs darzulegen und zur Geltung zu bringen vermögen. Gerade diese Vereinigung von Bürokraten und Wirtschaftlern begründet die Aussicht auf ein erfolgreiches Arbeiten des Verwaltungsrats. Da dem Reich die hoffentlich bald wieder erscheinenden Reinerüberschüsse zufließen sollen, ist die Vertretung des Reichsministers der Finanzen ebenfalls geboten. Wie wenig bei diesen Gesichtspunkten der Wunsch einer ausschlaggebenden Beeinflussung maßgebend gewesen ist, ergibt sich aus der geringen Zahl der Beamten, die von den Ministern als Mitglieder vorgeschlagen werden sollen. Der Reichsminister der Finanzen soll einen, der Reichspostminister 5 Beamte zur Ernennung vorschlagen; bei letzteren ist auch an die Vertretung des Personals zu denken. Der Verwaltungsrat besteht aber aus 25 Mitgliedern.

Diesem Grundgedanken haben auch Reichsrat und Reichstag zugestimmt.

Nachstehend bringen wir zunächst den Entwurf des Reichspostfinanzgesetzes, wie er dem Reichsrat zugegangen ist, zum Abdruck. Die von den gesetzgebenden Körperschaften inzwischen beschlossenen Änderungen bleiben einem weiteren Artikel vorbehalten.

Entwurf eines Reichspostfinanzgesetzes.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1

Der Reichs-Post- und Telegraphenbetrieb ist als ein selbstständiges Unternehmen unter der Bezeichnung: »Deutsche Reichspost« vom Reichspostminister unter Mitwirkung eines Verwaltungsrats nach Maßgabe dieses Gesetzes zu verwalten. Das Vermögen des Reichs, das dem Reichs-Post- und Telegraphenbetriebe gewidmet und in ihm erworben ist, und alle öffentlichen wie privaten Rechte und Verbindlichkeiten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung gehen als Sondervermögen auf die »Deutsche Reichspost« über und sind von dem übrigen Vermögen des Reichs, seinen Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten.

Für die Verpflichtungen der Deutschen Reichspost haftet nur das Sondervermögen; es haftet nicht für die sonstigen Verbindlichkeiten des Reichs. Die Bestimmungen internationaler Verträge bleiben unberührt.

§ 2

Der Reichspostminister erläßt unter Berücksichtigung der nach § 6 dieses Gesetzes getroffenen Entscheidungen des Verwaltungsrats die Verordnungen über die Bedingungen und Gebühren für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen. Er bleibt dem Reichstag dafür verantwortlich, daß die Deutsche Reichspost den Gesetzen gemäß und entsprechend den Anforderungen des Verkehrs und der deutschen Wirtschaft verwaltet wird.

Dem Reichstag und Reichsrat ist ein Geschäftsbericht über das abgelaufene Rechnungsjahr mit einer Gewinn- und Verlustrechnung und einer Bilanz vorzulegen, aus denen sich die Finanzlage der Deutschen Reichspost ergibt.

§ 3

Der Verwaltungsrat besteht aus höchstens 25 Mitgliedern, die vom Reichspräsidenten ernannt werden. Je 5 Mitglieder werden vom Reichstag und Reichsrat, 1 Mitglied vom Reichsminister der Finanzen, bis zu 14 Mitglieder vom Reichspostminister, und zwar 9 da-

von im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen, zur Ernennung vorgeschlagen. Die Mitglieder, die der Reichspostminister vorschlägt, sollen aus Beamten der Deutschen Reichspost und die 9 im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen vorzuschlagenden Mitglieder aus Kreisen entnommen werden, denen auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Verkehrs besondere Kenntnisse und Erfahrungen zur Seite stehen. In derselben Weise wird für jedes Mitglied ein Stellvertreter vorgeschlagen und ernannt. Der Verwaltungsrat kann nach Maßgabe der Geschäftsordnung (§ 5) einen Arbeitsausschuß bestellen.

Zum Mitglied des Verwaltungsrats kann ernannt werden, wer zum Reichstag wählbar ist. Die Mitgliedschaft erlischt, wenn das Mitglied die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verliert, oder wenn über sein Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wird.

Verliert ein vom Reichstag oder Reichsrat benanntes Mitglied die Mitgliedschaft in seiner Körperschaft und damit seine Zugehörigkeit zum Verwaltungsrat, so ist von dieser unverzüglich ein neues Mitglied zu benennen. Bei Auflösung des Reichstags bleiben die aus ihm ernannten Mitglieder im Verwaltungsrat, bis der neue Reichstag zusammentritt. Das gleiche gilt sinngemäß bei den vom Reichspostminister und vom Reichsminister der Finanzen vorgeschlagenen Beamten beim Ausscheiden aus ihrer Dienststellung.

Sämtliche Mitglieder scheiden nach drei Jahren aus, sofern sie nicht vom Reichstag benannt sind, Wiederernennung ist zulässig.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats können jederzeit auf die Mitgliedschaft verzichten.

§ 4

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben ihre Obliegenheiten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns zu erfüllen. Bei Verletzung dieser Sorgfalt haften sie der Deutschen Reichspost als Gesamtschuldner für den daraus entstehenden Schaden.

§ 5

Die Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat und die Entschädigung für die Geschäftsführung seiner Mitglieder werden durch die Reichsregierung festgestellt.

Diese bestimmt auch die Grundsätze für die Rechnungsführung der Deutschen Reichspost. Bei ihrer Aufstellung sind die Vorschriften dieses Gesetzes und der Reichshaushaltsordnung zur Richtschnur zu nehmen mit der Maßgabe, daß die Rechnungsführung so einzurichten ist, daß eine ordnungsmäßige Gewinn- und Verlustrechnung jährlich aufgestellt werden kann.

§ 6

Der Verwaltungsrat beschließt über die Feststellung des Voranschlags und die Entlastung der Verwaltung, die Aufnahme von Krediten, die Übernahme von Bürgschaften und ihre Bedingungen, die Höhe der Schuldentilgung, die Grundsätze für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen und für die Gebührenbemessung im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehre, die Grundsätze für die Gestaltung der Lohnsätze der Arbeiter und Angestellten, die allgemeinen Grundsätze für Anlage und Verwendung des Postcheckguthabens.

Eine Erhöhung der Ausgaben über den Vorschlag des Reichspostministers hinaus ohne dessen Zustimmung ist unzulässig.

Die Reichsregierung entscheidet auf Antrag des Reichspostministers, wenn dieser die Ausführung eines Beschlusses des Verwaltungsrats nicht verantworten zu können glaubt.

Der Verwaltungsrat hat den Reichspostminister in der Führung der Geschäfte zu unterstützen und die Beachtung der durch Gesetz und Ausführungsbestimmung aufgestellten Grundsätze zu überwachen. Zu diesem Zwecke ist er in allen wichtigen Fragen der Verwaltung gutachtlich zu hören. Ihm ist auf Verlangen jederzeit über die finanzielle Lage Auskunft zu geben und monatlich eine Nachweisung über Einnahmen und Ausgaben vorzulegen.

§ 7

Die Ausgaben der Deutschen Reichspost sowie die Verzinsung und Tilgung der Schulden sind durch die Einnahmen zu decken. Zuschüsse aus der allgemeinen Reichskasse werden nicht geleistet. Kredite sollen nur aufgenommen werden zur Verstärkung der Betriebsanlagen; auch muß ihre Verzinsung und Tilgung aus Mitteln der Betriebseinnahmen dauernd gewährleistet erscheinen.

§ 8

Es ist eine Rücklage bis zur Höhe von 20 vom Hundert der jährlichen Betriebsausgaben aus einer jährlichen Rücklage von 0,8 vom Hundert der jährlichen Betriebseinnahmen, den Reinüberschüssen und eignen Zinsen zu bilden. Nach Erreichung von 10 vom Hundert der Betriebsausgaben sind die Reinüberschüsse zur Hälfte und nach Erreichung von 20 vom Hundert zum vollen Betrag an die Reichskasse abzuführen. Die Rücklage dient zur Deckung von Fehlbeträgen und ist bar oder in Werten gesichert anzulegen.

§ 9

Die Aufnahme von Krediten und die Bestellung von Sicherheiten bedürfen der vorherigen Verständigung des Reichspostministers und des Reichsministers der Finanzen. Die Schulden der Deutschen Reichspost werden, soweit nicht eine andere gesetzliche Regelung erfolgt ist, nach den für die Verwaltung der allgemeinen Reichsschuld jeweils geltenden Grundsätzen durch die Reichsschuldenverwaltung verwaltet. Befugnisse, die danach dem Reichsminister der Finanzen zustehen, werden von dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichspostminister gemeinsam ausgeübt. Die Ausstellung der Schuldurkunden erfolgt durch den Reichspostminister und die Reichsschuldenverwaltung gemeinschaftlich.

§ 10

Die von der Deutschen Reichspost zu übernehmende Schuld wird für den 1. April 1924 vom Reichspostminister und dem Reichsminister der Finanzen gemeinsam festgesetzt. Sie vermehrt sich um alle nach diesem Zeitpunkt für Zwecke des Reichs-Post- und Telegraphenbetriebs aufgenommenen Schulden.

§ 11

Der Reichspostminister legt dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs die Jahresrechnung nebst Gewinn- und Verlustrechnung zur Prüfung nach Maßgabe der im § 15 aufrechterhaltenen gesetzlichen Bestimmungen vor. Der Rechnungshof übermittelt die geprüfte Rech-

nung dem Verwaltungsrate, der über die Entlastung Entscheidung trifft.

Über die Rechnungsprüfung hat die Deutsche Reichspost mit dem Rechnungshof eine besondere Vereinbarung zu treffen, die dem Bedürfnis einer sachgemäßen Prüfung entsprechen muß.

Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet das Reichskabinett.

§ 12

Die Beamten der Deutschen Reichspost bleiben Reichsbeamte mit ihren Rechten und Pflichten.

Soweit die Dienstbezüge der Beamten der Deutschen Reichspost nicht durch Reichsgesetze geregelt sind, dürfen sie im Vergleiche zu den Dienstbezügen gleichzubewertender Reichsbeamten nur dann günstiger geregelt werden, wenn diese günstigere Regelung zur Aufrechterhaltung eines geordneten und leistungsfähigen Betriebs oder Verkehrs notwendig ist. Das gleiche gilt, wenn die günstigere Regelung eine gedeihliche Fortentwicklung des Post- und Telegraphenwesens zu fördern geeignet ist und der sich aus der günstigeren Regelung ergebende Vorteil die in anderer Hinsicht entstehenden oder zu erwartenden Nachteile überwiegt.

Neue Vorschriften über Dienstbezüge der Beamten der Deutschen Reichspost sind, soweit sie nicht Reichsgesetze sind oder eine reichsgesetzliche Regelung wiedergeben, dem Reichsminister der Finanzen mitzuteilen. Der Reichsminister der Finanzen kann, soweit die Vorschriften nach seiner Auffassung eine günstigere Regelung vorsehen, als nach Abs. 2 zulässig ist, spätestens binnen zwei Wochen nach der Mitteilung beim Reichspostminister Einspruch erheben.

Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 2 Abs. 1, 6 bis 8, 10 Abs. 1, 11 Abs. 1 und 2, 12 und 13 des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung (Besoldungsperrgesetz vom 21. Dezember 1920, Reichsgesetzbl. S. 2117) sinngemäß.

§ 13

Die Staatsverträge mit Bayern und Württemberg nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. April 1920 (Reichsgesetzbl. S. 643) bleiben unberührt. Die Reichsregierung wird jedoch ermächtigt, die in dem § 2 dieser Staatsverträge vorbehaltene nähere Vereinbarung über die Tilgung der Vergütungen von 620 und 250 Millionen Mark bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes zu treffen.

§ 14

Die Enteignung von Grundeigentum, das zu Bauten der Reichspost oder zur Beibehaltung bereits für Zwecke der Reichspost verwendeter Räume erforderlich ist, ist gegen volle Entschädigung zulässig. Die Zulässigkeit der Enteignung im Einzelfalle wird vom Reichspräsidenten festgestellt. Im übrigen bleiben die Landesgesetze maßgebend.

§ 15

Der Verwaltungsrat ist unverzüglich zu bilden und nimmt seine beratende Tätigkeit sogleich auf. Er hat den Haushalt für das Rechnungsjahr 1924 festzustellen. Im übrigen tritt das Gesetz, unbeschadet der im § 13 erteilten, mit der Verkündung des Gesetzes in Kraft tretenden Ermächtigung, am 1. April 1924 in Kraft.

Gleichzeitig treten Abs. 3 und 4 des Artikel 88 der Reichsverfassung außer Kraft. Die Bestimmungen der Artikel 85 bis 87 der Reichsverfassung gelten von dem

gleichen Zeitpunkt ab mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Reichsrats und Reichstags der Verwaltungsrat tritt. Außerdem treten die Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung außer Kraft, soweit sie eine weitere Beteiligung des Reichsfinanzministers, als in diesem Gesetze vorgesehen ist, enthalten.

Mit dem gleichen Zeitpunkt entfällt die in den nachfolgenden Gesetzen vorgesehene Beteiligung des Reichstags, Reichsrats oder ihrer Ausschüsse, nämlich in

§ 50 Abs. 1 und 4 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 (Reichsgesetzbl. S. 347),

§ 3 Abs. 1 des Gesetzes über Post-, Postscheck- und Telegraphengebühren vom 17. August 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 797),

§ 10 Abs. 1 des Postscheckgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1921 (Reichsgesetzbl. S. 247),

Artikel 10 des Eisenbahnpostgesetzes vom 20. Dezember 1875 (Reichsgesetzbl. S. 318),

§§ 4, 13 I des Fernsprech-Gebührengesetzes vom 17. August 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 802),

§ 2 des Gesetzes, betreffend Telegraphen- und Fernsprechgühren vom 6. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. S. 894).

Begründung.

A. Allgemeines.

Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung hatte in den letzten Jahren unter den äußerst schwierigen Verhältnissen infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen, insbesondere unter den Folgen der Geldentwertung, schwer gelitten. Die gesamten Betriebseinkünfte, insbesondere die Telegraphen- und Fernsprechanlagen, waren herabgewirtschaftet und technisch und finanziell erheblich entwertet; das Personal war in seiner Leistungsfähigkeit geschwächt, der Arbeitserfolg durch die Einführung des Achtfundeneinheitsstags gemindert. Dadurch erreichten die Betriebskosten eine beträchtliche Höhe, während die Einnahmen, das sind in der Hauptsache die Gebühren, die aus finanz- und wirtschaftspolitischen Gründen, aus kulturellen und sozialen Rücksichten zum Besten der Allgemeinheit niedrig zu halten sind, wesentlich zurückblieben. Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung konnte unter diesen Umständen nicht mehr wie in der Vorkriegszeit Überschüsse, sondern mußte dauernde Fehlbeträge aufweisen, deren Höhe mit steigender Geldentwertung immer mehr anwuchs. Eine Hauptursache dieser Fehlbeträge ist neben den angedeuteten ungünstigen Verhältnissen auch darin zu finden, daß es der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung infolge der Bindung an die gesetzlichen Bestimmungen — Abhängigkeit vom Reichstag, Reichsrat und zum Teil auch vom Reichsminister der Finanzen — nicht möglich war, ihren Betrieb nach kaufmännisch-wirtschaftlichen Grundsätzen zu leiten und insbesondere die von ihr für erforderlich gehaltenen, den jeweiligen Verhältnissen angepaßten Maßnahmen überhaupt oder schnell genug durchzuführen. Insbesondere konnten aus diesem Grunde die Gebühren bei der immer schneller fortschreitenden Geldentwertung nicht rechtzeitig erhöht werden, auch nachdem im August 1923 die Befugnisse des Reichspostministers hinsichtlich der Gebührenregelung erweitert worden waren. Die Gebühren entsprachen meist schon bei ihrem Inkrafttreten nicht mehr den gestiegenen Betriebsausgaben oder waren wert-

los geworden. Auch die Betriebsausgaben steigerten sich infolge der erwähnten gesetzlichen Hemmung teilweise in größerem Maße, als es den an sich gegebenen Verhältnissen entsprach; z. B. ist die rechtzeitige, durch die Geldentwertung gebotene Ausnutzung alter Ankaufsrechte infolge der Beschränkung der Mittel und der Beobachtung der Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung bei Vertragsänderungen vielfach gescheitert oder wesentlich teurer geworden.

Mitte November 1923, bei Stilllegung der Notendrucke, verlor die Finanzwirtschaft der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung ihren Zusammenhang mit der allgemeinen Finanzwirtschaft des Reichs, von der sie seither keine Zuschüsse mehr erhält. Damit ist die Wirtschaftsführung der Post tatsächlich von der Reichsfinanzverwaltung losgelöst worden, ohne daß zunächst die rechtlichen Grundlagen der Postwirtschaft geändert wurden. Es ist notwendig, daß aus dem tatsächlichen Zustand spätestens mit Beginn des neuen Rechnungsjahrs die rechtlichen Folgerungen gezogen werden. Denn die Aufgabe, die der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung durch die Abtrennung gestellt ist, nämlich ihren Haushalt ganz aus eigenen Kräften in Einnahme und Ausgabe auszugleichen, ist dauernd nur erfüllbar, wenn die Verwaltung für ihre Wirtschaftsführung eine angemessene Bewegungsfreiheit, insbesondere die Möglichkeit rascher, wenn zweckmäßig, kaufmännischer Disposition hat. Es ist z. B. für ein großes Betriebsunternehmen ganz unmöglich, sich an einen Haushalt zu binden, der wegen der Mitwirkung mehrerer Instanzen schon zu einer Zeit aufgestellt werden muß, zu der sich die Vorbedingungen für die Verfahrtsentscheidung in dem folgenden Wirtschaftsabschnitte noch nicht annähernd übersehen lassen. Daraus ergeben sich neben der formellen Mehr- und Doppelarbeit leicht wirtschaftliche Nachteile und ungünstige Rückwirkungen auf den Betrieb. Wenn der Postverwaltung und ihren Organen die volle Verantwortung für eine erfolgreiche Finanzgebarung auferlegt werden soll, so müssen die Hemmungen, die ihre wirtschaftlichen Entschlüsse aufhalten, beseitigt werden.

Bei der Neuordnung kann eine »Privatisierung« der Post- und Telegraphenverwaltung nicht in Frage kommen. Die wichtigen öffentlichen Aufgaben, die der Post und Telegraphie in der Wahrung des Post- und Telegraphengeheimnisses, in der gleichmäßigen Verkehrsbedienung der gesamten Volkswirtschaft, in der Handhabung des öffentlichen Nachrichtenverkehrs, in der Pflege kultureller Belange obliegen, erfordern unbedingt die Beibehaltung des Reichsbetriebs. Aber innerhalb dieses Rahmens muß der Post- und Telegraphenverwaltung zur Erfüllung ihrer vielseitigen Aufgaben und zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Belange die größtmögliche, dem Privatbetriebe bis zu einem gewissen Grade nachgebildete Bewegungsfreiheit und Beweglichkeit verschafft werden. Dieses Ziel soll durch das Reichspostfinanzgesetz erreicht werden. Es bezweckt daher einerseits die Stellung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung gegenüber dem sonstigen Vermögen des Reichs in klarer Abgrenzung selbständig zu gestalten und ihr im besonderen ein die Mitwirkung von Reichstag, Reichsrat und Reichsfinanzministerium zusammenfassendes Verwaltungs- und Kontrollorgan (Verwaltungsrat) zu geben, dessen möglichst kleiner Personenkreis die erforderliche wirtschaftliche Bewegungsfreiheit gewährleistet und beschleunigt. Dabei sind auch die Richtlinien gesetzlich festzulegen, die geeignet sind,

die wirtschaftliche Gesundung und Erstarfung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sicherzustellen.

Ein weiterer, sehr wesentlicher Vorteil der mit dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Steigerung der Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit. Ohne Kredit kann ein Unternehmen von diesem Umfang, das ohne jede Rücklage auf die eigenen, unregelmäßig eingehenden Einnahmen angewiesen ist, nicht bestehen. Dies gilt schon für ganz normale Zeiten, besonders aber für die gegenwärtigen kritischen Zeiten; die plötzliche und unvorhergesehene und nicht vorherzusehende Betriebsmittel nötig machen. Es sind nun genügende Anzeichen und Erfahrungen vorhanden, die diese Hebung der Kreditfähigkeit eines von den sonstigen Verbindlichkeiten des Reichs getrennten Postsondervermögens unzweifelhaft machen. Die allgemeinen volkswirtschaftlichen Vorteile, die mit der Ausnutzung eines solchen Sonderkredits der Post, neben der Entlastung des Anleihebedarfs des Reichs, verbunden sind, liegen auf der Hand.

Die Reichsregierung hat die Zuversicht, daß die Verwirklichung dieses ihres Vorschlags zur baldigen Gesundung der Postfinanzen und in weiterer Folge auch bei fortschreitender Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft dazu führen wird, daß wieder Reiniüberschüsse für die allgemeine Reichskasse erzielt werden können. Dabei muß allerdings zunächst auf die Bildung einer Rücklage Bedacht genommen werden, die Fehlbeträge ausgleichen, kostspieligen Kredit unnötig machen würde und so zur Rentabilität und Festigung der finanziellen Grundlage des Unternehmens beitragen wird.

B. Im einzelnen

regelt der Entwurf im

- § 1..... die Absonderung des Betriebs und des ihm gewidmeten Vermögens,
- § 2..... das Verhältnis der Deutschen Reichs-post zum Reiche und dessen Organen,
- §§ 3—6.... den Verwaltungsrat,
- §§ 7—10... die finanziellen Richtlinien und Grundlagen,
- § 11..... die Kontrolle des Rechnungshofs,
- § 12..... die Beamtenfragen,
- § 13..... das Verhältnis zu Bayern und Württemberg aus den Staatsverträgen, betreffend Übergang ihrer Posten auf das Reich,
- § 14..... das Enteignungsrecht,
- § 15..... das Inkrafttreten und die Änderung der bisherigen Reichsgesetze.

Zu § 1

Die klare Trennung des Vermögens der Reichs-post von dem sonstigen Vermögen des Reichs ist die Vorbedingung für die Schaffung eines selbständigen Unternehmens, das ein solches des Reichs bleibt und dem eine treffendere Bezeichnung als die gewählte: »Deutsche Reichs-post« (DRP) wohl nicht gegeben werden kann. Die Leitung dieses Unternehmens liegt dem Reichs-postminister (RPMin) ob, der dabei jedoch an die Mitwirkung des Verwaltungsrats (WR) gebunden ist.

Es ist erwogen worden, dem Unternehmen und dem ihm gewidmeten Sondervermögen die Eigenschaft einer juristischen Person beizulegen. Hiervon ist abzusehen, weil das Unternehmen Reichsunternehmen bleibt, als Teil des Reichsfiskus die im Verkehr erforderliche Be-

fugnis, Träger eigener Rechte und Pflichten zu sein, ohnehin hat und bei dem Ausspruch eigener juristischer Persönlichkeit die juristische Konstruktion erschwert und verdunkelt werden könnte, weil man bei der gegebenen Sachlage wieder zu dem Begriffe des Obereigentums seitens des Reichs zurückzukehren gezwungen würde.

Das Reich überträgt der DRP als Sondervermögen das gesamte Vermögen, das dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechtbetriebe gewidmet und in ihm erworben ist. Alle öffentlichen und privaten Rechte und Verbindlichkeiten der RPV gehen auf die DRP über. Diese öffentlichen Rechte und Pflichten, einerseits der Postzwang, das Postregal gegenüber privaten Beförderungsanstalten nach der Novelle zum Postgesetze von 1899, die Strafverfolgungsbefugnis bei Gebührenhinterziehungen, wie die aus dem Reichsbesteuerungs-gesetz vom 15. April 1911 (Reichsgesetzbl. S. 187) fließenden Rechte, andererseits die kulturellen Pflichten, die Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses ohne überwiegende Rücksichtnahme auf die örtliche Ergiebigkeit, sind so bedeut-samer Art, daß an eine Privatisierung, wie schon oben angedeutet, nicht gedacht werden kann. Wie die Aktiva, sind die Passiva zu trennen. Infolgedessen haftet für die vor und nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vom Reiche für die RPV oder von der DRP eingegangenen Verpflichtungen nur die DRP mit ihrem Sondervermögen, während eine Haftung des Reichs für seine sonstigen Verpflichtungen sich auf dieses Sondervermögen nicht erstreckt.

Die damit für bestehende Verbindlichkeiten eintretende Einschränkung ist ohne praktische Bedeutung, da schon bisher der Versuch, z. B. eine Klage aus einer Verbindlichkeit der Post gegen das Reich unter der Vertretung eines anderen Ressorts (z. B. des Finanzministers), an dem Einwand mangelnder Vertretungsbefugnis scheitern müßte, andererseits auch die jetzige Vermögenslage der Post Gewähr dafür bietet, daß fruchtlose Vollstreckungen ausgeschlossen sind.

Um zu vermeiden, daß die nach internationalen Verträgen ohne Zustimmung des Gläubigers unzulässige Haftungsbeschränkung zu dem Verlangen nach Gesetzesänderung führt, erscheint der in dieser Beziehung gemachte Vorbehalt zweckmäßig, obwohl er selbstverständlich ist.

Zu § 2

Das für den RPMin unter Befreiung von der Mitwirkung des Reichstags und Reichsrats — aber auch von der des Reichskabinetts und des Reichsministers der Finanzen — hier vorgeschlagene Verordnungsrecht ist bereits im Artikel 88 Abs. 3 Satz 2 RV vorgesehen und enthält, wenn der Reichsrat dem Entwurfe zustimmt, materiell keine Verfassungsänderung. Unberührt bleibt die Zuständigkeit der Gesetzgebung des Reichs nach Artikel 6 Ziffer 7 RV. Weshalb es sich empfiehlt, das Verordnungsrecht zu erleichtern, ist bereits oben begründet worden.

Die Kontrolle, die bisher vom Reichstag und Reichsrat ausgeübt wurde und die nicht zu entbehren ist, soll dem Verwaltungsrate zufallen. Die verfassungsmäßige Verantwortung des RPMin bleibt dabei unberührt, so daß der Reichstag wie der Reichsrat (Artikel 67 RV) die ihm nötig erscheinende Aufklärung des Gebarens der Postverwaltung fordern und Abhilfe für etwaige Mißstände jederzeit erwirken kann.

In finanzieller Beziehung wird die Deutsche Reichs-post von den starren Formen des allgemeinen Haus-

haltsrechts losgelöst. Dem Reichstag und Reichsrat ist ein Geschäftsbericht über das abgelaufene Rechnungsjahr mit einer Gewinn- und Verlustrechnung und einer Bilanz vorzulegen, aus denen die Finanzlage der Deutschen Reichspost festgestellt werden kann. Auch in dieser Beziehung behalten also die gesetzgebenden Körperschaften die Gegenkontrolle über die gesamte Verwaltung.

Dadurch, daß Reichstag und Reichsrat im Verwaltungsrate stimmberechtigt vertreten sind, ist es ihnen mehr als bisher möglich, in die Geschäftsführung im einzelnen Einblick zu gewinnen, den sie bei der parlamentarischen Erörterung postalischer Angelegenheiten voll zur Geltung bringen können. An die Auferlegung einer Schweigepflicht kann selbstverständlich nicht gedacht werden. Die Pflicht der dem Verwaltungsrat angehörenden Beamten der Deutschen Reichspost zur Wahrung des Post- und Telegraphengeheimnisses sowie des Mintsgeheimnisses bleibt indessen unberührt.

Zu § 3

Bei der Natur der Aufgaben, die dem Verwaltungsrate zufallen sollen, ist das Hauptgewicht auf die Wahl besonders hierzu geeigneter und gleichzeitig solcher Persönlichkeiten zu legen, die gewillt sind, der Deutschen Reichspost mit ihren Erfahrungen aus dem Gebiete der Wirtschaft und des Verkehrs förderlich zur Seite zu stehen. Andererseits darf die Zahl der Mitglieder, wenn die erstrebte Beschleunigung der zu fassenden Entschlüsse erreicht werden soll, nicht zu groß sein. Der Entwurf erstrebt unter Berücksichtigung der nötigen Vertretung von Reichstag und Reichsrat eine annehmbare Mittellinie zwischen diesen Erfordernissen zu finden.

Aus diesen Erwägungen heraus wird die Zahl von höchstens 25 Mitgliedern vorgeschlagen, von denen zu fallen je 5 dem Reichstag, Reichsrat und erfahrenen Postbeamten (gedacht ist an leitende höhere Beamte und Vertreter des Personals) sowie 9 Männern der privaten Wirtschaft, denen besondere Sachkunde und Erfahrungen für die hier zu lösenden Aufgaben innewohnt. Daneben muß dem Reichsminister der Finanzen das Vorschlagsrecht für ein Mitglied gewährt werden, um ihn den im Interesse der allgemeinen Reichswirtschaft unbedingt nötigen Überblick über das Gebaren und den Stand der Reichspost zu vermitteln und rechtzeitig die aus diesem Gesichtspunkt erwünschte Einwirkung sicherzustellen.

Zu § 4

Wenngleich bei der im § 3 vorgesehenen Zusammenfassung Zweifel an der pflichtgemäßen Verwaltung der freiwillig übernommenen Verwaltungsratsstelle nicht aufkommen können, möchte es doch zweckmäßig sein, ähnlich wie bei den Mitgliedern der aufsichtführenden und beschließenden Organe der Wirtschaftsgebilde des Privatrechts, eine die Pflichtverletzung in ihren zivilrechtlichen Folgen sicherstellende Bestimmung aufzunehmen.

Zu § 5

Da es sich um einen durchaus neuen Weg handelt, einem in öffentlicher Hand befindlichen, weitverzweigten Unternehmen in Gestalt des vorgeschlagenen Verwaltungsrats ein beratendes, aufsichtführendes und vielfach auch bestimmendes Organ zu geben, empfiehlt es sich nicht, alle die Regelung dieser Aufgaben eingrenzenden Vorschriften gesetzlich festzulegen, um nach Maßgabe der zu erwartenden Erfahrungen und den Wünschen der Mitglieder selbst ohne jeden Zeitverlust die erforderlichen Änderungen und Ergänzungen eintreten lassen zu

können. Andererseits kann die Festlegung dieser Grundsätze weder dem Leiter des Unternehmens noch dem Verwaltungsrate selbst zufallen, sondern einer unparteiischen übergeordneten Stelle. Als solche dürfte nur die Reichsregierung in Frage kommen. Es wird hierbei für die von der Reichsregierung zu treffende Regelung eine Annäherung an kaufmännische Grundsätze in Betracht zu ziehen sein.

Zu § 6

Das Verhältnis des Verwaltungsrats zum RPMin ist dem zwischen dem Aufsichtsrat einer Gesellschaft und deren Vorstand nicht unähnlich. Es fehlt jedoch nach dem Entwurf an dem sogenannten »Obersten Organ«, der Generalversammlung. Eine solche Versammlung auch bei der Deutschen Reichspost einzusetzen, würde aber gerade den Grundabsichten des Entwurfs, die Verwaltung der Deutschen Reichspost möglichst beweglich zu gestalten, widersprechen. Fehlt jedoch die Generalversammlung, so muß eine andere Möglichkeit geboten werden, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verwaltungsrat und dem Leiter der Deutschen Reichspost, dem Minister, eine Entscheidung herbeizuführen. Der Weg hierzu ergibt sich aus der Stellung des Leiters als politisch verantwortlicher Reichsminister von selbst. Es soll dem Reichspostminister in den gedachten Fällen das Einspruchsrecht an die Reichsregierung eingeräumt werden. In allen der Zuständigkeit des Verwaltungsrats als entscheidender Stelle nach § 6 nicht unterworfenen Fragen hat der Reichspostminister nach pflichtgemäßem Ermessen zu handeln, wenn er der aus der Beratung des Verwaltungsrats sich ergebenden Auffassung nicht folgen zu können glaubt. Da dem Verwaltungsrate die Entlastung der Verwaltung bezüglich der vom Rechnungshof geprüften Rechnung zufällt, gibt diese Bewegungs- und Entschlußfreiheit des Reichspostministers zu keinen Befürchtungen Anlaß, sie ist vielmehr gerade im Interesse der Bewegungsfreiheit und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens unbedingt geboten.

Zu § 7 und 8

Es werden hier die Folgerungen aus der Loslösung vom Reichshaushalt nach der Seite der Ausgaben gezogen. Im übrigen darf auf die Ausführungen im allgemeinen Teile der Begründung Bezug genommen werden, wo bereits die Frage der Anleihen und der Rücklage beleuchtet ist. Die Höchstgrenze der Rücklage ist auf 20 v H der Betriebsausgaben, in der Regel des Vorjahrs, festgesetzt. Der Entwurf geht davon aus, daß diese Höchstgrenze selbst bei ungünstigeren Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen ausreichen wird, da ja durch die Beschleunigung der nötigen Gebührenerhöhungen dem ordentlichen Einnahmebedarfe stets rechtzeitig Rechnung getragen werden kann.

Der Satz »Keine Ausgaben ohne Deckung« soll auch für die Deutsche Reichspost oberster Grundsatz sein. Er ist vor allem maßgebend für die Bemessung der Ausgaben und der Höhe der Gebühren. Läßt sich das Gleichgewicht des Haushalts nicht durch Einschränkung der Ausgaben herbeiführen, so müssen die Einnahmen erhöht werden.

Der Haushalt darf nicht schon bei der Aufstellung mit einem Fehlbetrag abschließen. Andererseits läßt sich nichts dagegen einwenden, unter besonderen Umständen, z. B. bei zurückgehendem Verkehr, um weitere Gebührenerhöhungen zu vermeiden, den Ausgleich im Haushalt

durch Einstellung eines Zuschusses aus den Rücklagen (§ 8) schon im Anschlag herbeizuführen. Ergeben sich trotz aller Vorsicht am Jahreschluß unvorhergesehene Fehlbeträge, so sind sie aus der Rücklage zu decken.

Erzielt die DRP nach Deckung aller Verbindlichkeiten und Auffüllung der Rücklage Reinüberschüsse, so sollen sie in Würdigung der in der Begründung zu § 1 dargelegten Verhältnisse der Reichskasse zufließen.

Die getroffene Regelung soll dem Reiche einen angemessenen Anteil an den Erträgen der Deutschen Reichspost erwirken und insoweit die Einführung einer demselben Zwecke dienenden Steuer entbehrlich machen.

Die Aufnahme von Krediten jeder Art soll nur zur Verstärkung der Betriebsanlagen, nicht aber zur Deckung von Fehlbeträgen und Ausgaben des laufenden Betriebs zulässig sein. Der Schlußatz des § 7 enthält für den RPKMin und den Verwaltungsrat einen selbstverständlichen, aber nicht zu entbehrenden Anhalt für die in der Kreditfrage zu treffenden Entschliessungen.

Zu § 9

Über die Aufnahme der Kredite sowie über die Höhe und die Bedingungen, unter denen Kredite aufgenommen werden sollen, ist eine Verständigung mit dem Reichsfinanzminister unerlässlich. Das Gesamtinteresse des Reichs kann eine Einschränkung des Finanzbedarfs der DRP selbst dann fordern, wenn dieser Finanzbedarf in den besonderen Bedürfnissen der DRP an sich begründet erscheint. Die Verständigung mit dem Reichsfinanzminister hat sich auf alle Fragen der Kreditaufnahme zu erstrecken, insbesondere auf Höhe und Art des Kredits (Darlehen, Schatzwechsel, Anleihen), Sicherstellungen, Zins-, Diskont- und Tilgungssätze, Geldgeber, Zeit der Kreditaufnahme, Feststellung des Wortlauts der Anleiheprospekte und der Schuldverschreibungen. Aber nicht nur für die eigentliche Aufnahme der Kredite, sondern auch schon für die Vorbereitungsverhandlungen, insbesondere über die unverbindliche Fühlungnahme mit Dritten, ist ein enges Zusammenarbeiten beider Minister erforderlich. Sollten dabei Meinungsverschiedenheiten entstehen, so wären sie nötigenfalls gemäß Artikel 57 der Reichsverfassung der Reichsregierung zur Entscheidung vorzulegen.

Die Verwaltung der Schulden der DRP wird zweckmäßig der Reichsschuldenverwaltung überlassen, da diese infolge ihrer unabhängigen Organisation und Tätigkeit ein starkes Vertrauen in der Öffentlichkeit genießt. Die Reichsschuldenverwaltung wird jedoch nur die Verwaltung der von der DRP neu aufzunehmenden Anleihen und Schatzanweisungen zu übernehmen haben, da die Anfangsschuld der DRP in einem einheitlichen, von der DRP an das allgemeine Reichsvermögen abzuführenden Betrage bestehen soll, dessen besondere Verwaltung durch eine fremde Stelle nicht in Frage kommt. Die beiden Schlußsätze bezwecken eine Anpassung an die Reichsschuldenordnung.

Zu § 10

Der noch zu errechnende Betrag der Schuld für den 1. April 1924 bildet eine einheitliche Schuld, die von dem Sondervermögen der DRP der allgemeinen Finanzverwaltung zu erstatten ist.

Der besonderen Rechtslage im Saargebiete hinsichtlich des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs wird bei der Festlegung der Schuld angemessene Rechnung zu tragen sein.

Zu § 11

In der Prüfung der Jahresrechnung der DRP durch den Rechnungshof ergibt sich gegenüber dem jetzigen Verfahren keine wesentliche Änderung. Die Prüfung erstreckt sich jedoch künftig auch auf die Gewinn- und Verlustrechnung, die der Jahresrechnung beizufügen ist. Die infolge Wegfalls eines Haushaltsgesetzes nötigen Änderungen des Prüfungsgeschäfts wird der Rechnungshof mit dem Reichspostminister vereinbaren.

Zu § 12

Für die Beamten der DRP, die Reichsbeamte bleiben, gelten auch weiterhin alle beamtenrechtlichen Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes, des Beamtenhinterbliebenengesetzes, des Unfallfürsorgengesetzes, des Reichsbesoldungsgesetzes usw. Eine Änderung der rechtlichen Stellung der Beamten der DRP kann also nicht einseitig durch den Verwaltungsrat in Übereinstimmung mit dem RPKMin vorgenommen werden, sondern einzig und allein im Wege der Reichsgesetzgebung. Was die Möglichkeit einer anderweitigen Regelung der Bezüge der Beamten der DRP, soweit sie nicht durch Reichsgesetz erfolgen muß, betrifft, so erscheint es angezeigt, bestimmte Voraussetzungen dafür aufzustellen, die der Verwaltung innerhalb angemessener Grenzen die mit Rücksicht auf besondere Bedürfnisse des Betriebs und Verkehrs notwendige und in Anlehnung an das Besoldungsperrgesetz mögliche Bewegungsfreiheit läßt.

Zu § 13

Aus den hier angezogenen Staatsverträgen, die ohne Zustimmung der genannten Länder nicht geändert werden können und in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben müssen, schuldet das Reich noch die im Jahre 1920 vereinbarten Abfindungssummen in voller Höhe. Ihre Tilgung ist einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

Es empfiehlt sich, zur Regelung dieser mit der Aufwertungsfrage und auch mit politischen Fragen eng verknüpften Angelegenheit der Reichsregierung die vorgeschlagene Vollmacht zu erteilen. Die Frage der Zustimmung von Reichsrat und Reichstag ist durch § 50 der Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922 (Reichsgesetzbl. 1923 S. 17) geregelt.

Zu § 14

Die Bestimmung des § 14, die sich im Rahmen des Artikel 153 der Reichsverfassung hält, ist erforderlich, um eine gesetzliche Grundlage für die Zuständigkeit des Reichspräsidenten bezüglich der Anordnung des Enteignungsrechts zu schaffen. Das Bedürfnis einer für das ganze Reichsgebiet übereinstimmenden Regelung hat sich bereits geltend gemacht, wenn es auch seltener als bei der Reichsbahn zur Anwendung kommen wird. Das Bestreben, vor langen Jahren nach den besonderen Bedürfnissen der Post errichtete Gebäude ihr wieder zu entziehen, ist bei der Lage des Wohnungsmarkts und der Mieterschutzgesetzgebung zur Zeit besonders empfunden worden. Hierbei treten vielfach neue Bewerber auf, die das Grundstück auf Spekulation kaufen, jedenfalls aber nicht in dem Maße wie die Post als langjährige Mieterin Berücksichtigung verdienen.

Unter Bauten sind nicht nur Wohnbauten, sondern auch technische Anlagen zu verstehen, die z. B. für die Telegraphie, den Funkdienst usw. in Frage kommen können.

Zu § 15

Bis zur Durchführung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1923 — 1. April 1924 — würden die bisherigen verfassungsmäßigen Zuständigkeiten — auch für einen etwaigen Nachtragshaushalt für 1923 — bestehen bleiben.

Im übrigen ist eine schnelle Inkraftsetzung der Bestimmungen zur Gesundung der Post und zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in ihrem Haushalt dringend geboten.

Die Notwendigkeit der Änderung der Artikel 88, 85 bis 87 der Reichsverfassung ist bereits in der Begründung zu § 2 dargelegt. Bei der vorgeschlagenen Zusammensetzung des Verwaltungsrats ist die Beibehaltung

des Verkehrsbeirats (Artikel 88 Abs. 4) nicht erforderlich. Aus der Reichshaushaltsordnung werden von der Änderung namentlich folgende Bestimmungen berührt: §§ 8 Abs. 2, 14 Abs. 2, 19 bis 22, 33 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 letzter Satz, 47 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2, 50 Abs. 1, 51 Abs. 2 Satz 2, 52 und 53.

Die im Abs. 3 angezogenen Bestimmungen bedürfen der Einschränkung, soweit in ihnen eine Beteiligung des Reichstags, Reichsrats oder ihrer Ausschüsse in Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens erforderlich war. Sie sind aber als gesetzliche Grundlage für den Umfang des Ordnungsrechts im Gegensatz zur formellen Reichsgesetzgebung auch fernerhin nicht entbehrlich.

Aus dem Beamtenrecht.

Ein Postanwärter, der vom Truppenteil zur Probefienstleistung im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Zivildienst-einkommens.

Ein Stellenanwärter, der nach Vollenbung einer 12jährigen Militärdienstzeit den Zivildienstschein erworben hatte, wurde am 17. Juni 1914 zum Probefienst als Postanwärter einberufen und zu diesem Zwecke von seinem Truppenteil beurlaubt. Am 1. August 1914 trat er infolge der Mobilmachung zur Truppe zurück. Er behauptete, daß ihm für die Dauer seines Kriegsdienstes gemäß § 66 des Reichsmilitärgesetzes (RMilG) vom 2. Mai 1874 und dem dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 8. Mai 1888 sein volles Diensteinkommen als Postanwärter gebühre, da er als ständig gegen Entgelt zu beschäftigender Reichsbeamter anzusehen sei. Er erhob Klage auf Zahlung von 7 929 M. 70 Pf. nebst Zinsen. Seine Klage wurde in allen Instanzen abgewiesen. Das Reichsgericht begründete die Zurückweisung der Revision durch Urteil vom 9. Oktober 1923 (III. 29/1923) wie folgt.

Das Oberlandesgericht hat die Klage deshalb abgewiesen, weil § 66 des RMilG nebst Ausführungsbestimmungen sich überhaupt nicht auf die noch dem aktiven Heer angehörenden Beamten beziehe, zu denen der Kläger während seiner Probefienstzeit im Postdienst gezählt habe. Dem ist beizupflichten. Die eingeschränkte Bedeutung des § 66 ergibt sich schon aus seiner Stellung im V. Abschnitt des RMilG, der vom Beurlaubtenstand handelt. Sie wird bestätigt durch seinen Wortlaut. Denn eine Einberufung zum Militärdienst, die den Beamten in ihren bürgerlichen Dienstverhältnissen keinen Nachteil bringen soll, kann bei Militärpersonen des Friedensstandes nicht in Frage kommen (vgl. § 38 des RMilG). Jeder beurlaubte Militär-anwärter muß nach Abschnitt A Nr. 5 der Bestimmungen über die Beurlaubung der Militär-anwärter des Heeres vom 1. April 1913 (Anl. L der Anstellungsgrundsätze vom 20. Juni 1907) beim Eintritt einer Mobilmachung unverzüglich, also ohne weitere Einberufung, zu seinem Truppenteil zurückkehren, von dem hier nicht in Frage stehenden Ausnahmefall der sofortigen Übernahme in den Zivildienst abgesehen. Die Nichtanwendung des § 66 des RMilG auf die Angehörigen des aktiven Heeres ist auch sachlich berechtigt.

Daß der Kläger während seiner Probefienstleistung im Postdienst Militärperson des Friedensstandes geblieben ist, hat der Berufsungsrichter zutreffend dargelegt. Seinen Ausführungen ist insbesondere darin zuzustimmen, daß der Kläger zu den im § 38 A Nr. 2 des RMilG genannten Kapitulanten zu rechnen ist. Der Wortlaut dieser Nr. 2 ist zwar insofern zu eng, als er die Mannschaften nicht erwähnt, die nach einer Dienstzeit von 12 Jahren oder länger auf ihren Wunsch auf unbestimmte Zeit im aktiven Dienste verbleiben, ohne daß die Kapitulation erneuert wird. Dem Sinne nach muß die Vorschrift aber auch auf sie bezogen werden. Diese Militärpersonen scheiden, abgesehen von dem Falle der Entlassung (Nr. 12 Abs. 2 Nr. 13 Kap.-Best. vom 13. Juni 1902) erst mit ihrer endgültigen Anstellung im Zivildienst aus der Truppe aus (Abschn. C b 23 Anl. L Anst.-Grunds.). Während ihrer Probefienstleistung im Zivildienst beziehen sie sogar noch aus Militärfonds das sogenannte Militär-anwärter-einkommen (§ 58 Nr. 1 bis 3 Friedensbesoldungsvorschrift vom 26. Oktober 1911), auf das freilich die Einnahmen bei der Anstellungsbehörde angerechnet werden (Nr. 5). Erst wenn sie nach Ablauf des zur Probefienstleistung erteilten Urlaubs nicht zur Truppe zurückkehren, scheiden sie aus dem Etat ihres Truppenteils aus (Nr. 6). Kehren sie von dem Urlaub in die Truppe zurück, so wird ihnen, falls, was zulässig, ihre Stelle inzwischen besetzt ist, die Vöhrnung ihres Dienstgrades über den Etat gewährt (§ 38 Nr. 10 a. a. O.).

Die dem Heere noch angehörenden, zur Probefienstleistung im Zivildienst nur beurlaubten Militär-anwärter erhalten demnach ihre Versorgung weiterhin grundsätzlich aus Heeresmitteln. Dieser Umstand rechtfertigt es, daß ihnen, falls ihr Urlaub durch den Eintritt einer Mobilmachung beendet wird, die Beamtenbezüge nicht fortgewährt werden. Hier liegt auch der Unterschied ihrer Stellung zu der solcher Militär-anwärter, die nach Erlangung des Zivildienstscheins aus dem Heer ausgeschieden sind. Ob diese im Fall ihrer Einberufung zur Probefienstleistung im Zivildienst als »ständig gegen Entgelt beschäftigt« im Sinne von 1 Nr. 2 Ausf.-Best. zu § 66 des RMilG anzusehen sind, mag dahingestellt bleiben. Nimmt man das an, so erklärt sich die Anwendung von § 66 des RMilG auf sie dadurch, daß ihnen eine anderweite Versorgung nicht zusteht, wie sie den im aktiven Heere verbliebenen Militär-anwärtern eben durch diese Zugehörigkeit gewährleistet wird.

Schriftwerke.

Kapazität und Selbstinduktivität in der Telegraphen- und Fernsprechtechnik von J. Ambrosius, Ober-Posttrat in Leipzig und Dozent am Friedrichs-Polytechnikum in Cöthen (Anh.). Mit 87 Abbildungen. Zweite Auflage. 165 Seiten (Gew. 250 g). Preis 5 M. Verlag von Bachmeister & Thal, Leipzig, 1922.

Die gegenüber der 1. Auflage (vgl. Archiv 1913, S. 211) in mehreren Teilen umgearbeitete und erweiterte neue Auflage ist als eine zusammenfassende Einführung in die vielseitige Anwendung von Kondensatoren und Drosselspulen in den Fernmeldeleitungen, als eine nützliche Hilfe zum Verständnis der verwickelten Schaltungen und als wohl geeignet anzusehen, eine Lücke

in der Literatur auszufüllen. In erster Linie für die mittlere Telegraphenbeamtenschaft bestimmt, setzt das Buch in der Mathematik die Kenntnis der Lehre von den Logarithmen und die trigonometrischen Funktionen voraus, führt aber auch kurz und übersichtlich in die für einen schnellen Überblick des zeitlichen Verlaufs der Ströme und Spannungen zweckdienliche Vektoranalysis ein und wendet sie für die Entwicklung der Formeln und für die Rechnung an einigen Stellen an. Durch die Hinzufügung eines Abschnitts über die Eigenschaften der Leitungen und Vorgänge in ihnen und durch den erweiterten letzten Abschnitt über die Verwendung von Kapazität und Selbstinduktion im Betrieb (Wellenlehre, Resonanzerscheinungen, Siebketten usw.) ist der fortgeschrittenen Erkenntnis Rechnung getragen. Die sachlich erschöpfende und gewandte Darstellung, bereichert durch viele im Rechnungsweg ausgeführte Beispiele, die das Interesse am Stoff wach erhalten und die Handhabung der Begriffe und Lehren befestigen helfen, werden dem Buche sicher viele Freunde erwerben.

Die drahtlose Telegraphie und Telephonie. Bearbeitet von Dr. P. Hertel, Assistent am Physikalischen Institut der Universität Frankfurt (Main). Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 48 Textfiguren. 200 Seiten. Preis geh. 3 M., geb. 3 M. 50 Pf. Verlag von Theodor Steinkopf, Dresden und Leipzig, 1923.

Das Buch ist als 4. Band der von Dr. Liesegang herausgegebenen »Wissenschaftlichen Forschungsberichte (Naturwissenschaftliche Reihe)« erschienen, die sich als Hauptziel eine zusammenfassende Berichterstattung über die seit 1914 in den einzelnen Zweigen der Naturwissenschaften im In- und Ausland geleisteten Arbeiten gesetzt haben und daneben »Brücken schlagen wollen zwischen der reinen Wissenschaft, dem oft so exklusiven Forschungsbetrieb der Universitäten sowie dem angewandten Wissenschaft treibenden Praktiker«. Die späteren Neuauflagen der einzelnen Bändchen sollen die künftigen Forschungsergebnisse enthalten und in ihrer Folge »ein Spiegelbild der gesamten Naturwissenschaft in Einzeldarstellungen werden«.

Der vorliegende Band will in Übereinstimmung mit diesen Zielen weder ein Lehrbuch noch eine vollständige Veröffentlichung, sondern ein Führer durch die in- und ausländische radiotelegraphische Literatur seit der Kriegszeit sein. Er behandelt jedoch auch trotz gedrängter Form alle Grundelemente der Theorie ausgiebig genug, um die Zusammenhänge zu wahren. Einteilung und Inhalt ergeben sich aus dem Titel. Der nach einem entwicklungs-geschichtlichen Abriss folgende Abschnitt über die drahtlose Telegraphie, der die physikalischen und elektrotechnischen Grundlagen, die Sender und Empfänger von den älteren bis zu den neuesten, darunter die verschiedenen Entwicklungsformen der Gitterröhren (Kenotron, Pliotron, Dynatron usw.), den Duplex- und Schnellbetrieb bespricht, schließt mit einem Kapitel über die Reichweiten, über den Einfluß des Bodenraums und der Atmosphäre auf die Wellenausbreitung, über Störungen und Maßregeln zu ihrer Fernhaltung ab. Die ein starkes Aufwärtstreben zur technischen Vervollkommenung bekundende drahtlose Telephonie ist der Inhalt des dritten, die Anwendung der drahtlosen Nachrichtsmittel (im Überland-, Übersee-, Küsten- und Flugverkehr sowie in besonderen Dienstzweigen, wie Zeitsignal-,

Wetter- und Wirtschaftsdienst) der Inhalt des vierten Abschnitts, der u. a. die Einrichtungen der Großstationen in den einzelnen Ländern aufzählt. Jedem Unterabschnitt ist ein Verzeichnis der einschlägigen Veröffentlichungen angefügt.

Bei aller Sachlichkeit der Darstellung und Würdigung der fremden Verdienste erwärmt die Hervorhebung der deutschen Erfolge. Dieser Einstellung gegenüber mag es nicht unangebracht erscheinen, in sprachlicher Hinsicht für eine Neuauflage die Ausmerzung des häufig wiederkehrenden und überflüssigen Wortes »diesbezüglich«, der fehlerhaften oder pleonastischen Ausdrücke »mittels Hochsendern«, »zurückreflektiert«, »ein zusammenhängendes Ganze«, »schon bereits« usw. zu empfehlen. Das Buch ist sonst durchweg gut geschrieben und lies sich glatt. In seiner reichen Fülle des Gebotenen, die — soweit zu ersehen — kein irgendwie nennenswertes Vorkommen der Jahre unberücksichtigt läßt, verrät es eine beherrschende Kenntnis der Literatur des In- und Auslandes im drahtlosen Nachrichtenwesen und sollte auf keinem Arbeitstisch eines Forschers oder Praktikers dieses Wissenszweiges fehlen.

Die Schutzvorrichtungen der Starkstromtechnik gegen atmosphärische Entladungen und Überspannungen. Von Prof. Dr. Gustav Benischke. Dritte erweiterte Auflage. Mit 132 eingedruckten Abbildungen. 149 Seiten. Preis geh. 4 M. 50 Pf., geb. 6 M. Druck und Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn Akt.-Ges., Braunschweig, 1923.

Die als erster Band der allgemein sehr geschätzten Sammlung des Verfassers »Elektrotechnik in Einzeldarstellungen« herausgegebene Arbeit behandelt an Hand eigener langjähriger Erfahrungen und unter Benützung der Fragebogen des Elektrotechnischen Vereins die Vorbedingungen für das Entstehen der atmosphärischen Ladungen und der Überspannungen, die Vorbeugungsmittel dagegen, die Schutzvorrichtungen ohne und mit Funkenstrecke, die Hilfsapparate und Schaltungen, die Spannungssicherungen für Niederspannungsstromkreise. Sie bietet auch dem Schwachstromtechniker mannigfache Anregungen und Aufschlüsse für die Konstruktion der Schutzmittel und für die aus den Starkstromnebenherührenden Beeinflussungen der Fernmeldeleitungen. Die Klarheit und Gründlichkeit der Darstellung des immerhin spröden Stoffes lassen Theorie und Praxis gleicherweise auf ihre Rechnung kommen und schaffen im vorliegenden Bande einen gediegenen Führer auf einem umstrittenen Gebiet, wo u. a. durch die unangebrachte Anwendung von Kondensatoren manche zweckwidrige Einrichtung vorgeschlagen und eingeführt wurde. Druck und Zeichnungen wie überhaupt die ganze Ausstattung des Buches sind tadellos, nur auf Seite 20 sind die beiden Zeilen oberhalb und unterhalb der Zeichnung versetzt.

Jahrbuch der angewandten Naturwissenschaften 1920—1921. 32. Jahrgang. Unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben von Dr. August Schlatterer. Mit 127 Bildern auf 20 Tafeln und im Text. 393 Seiten. Herder & Co., G. m. b. H., Verlagsbuchhandlung Freiburg im Breisgau, 1922.

Das Jahrbuch der angewandten Naturwissenschaften dessen Wiederer erscheinen nach fünfjähriger Pause wir in

unserer Zeitschrift (Archiv 1920, S. 237) ankündigten. Erinnert für 1920—1921 in über 300 Abhandlungen die Ergebnisse der Forschungen und ihrer Anwendungen auf den Gebieten des Tief- und Hochbaues, der mechanischen und chemischen Technologie, der Forst- und Landwirtschaft, der Medizin, der Rahn- und Tierheilkunde, der Luftfahrt, Erdkunde, d. h. für diejenigen Fächer, wo beachtenswerte Erfolge erreicht sind oder in Aussicht stehen. So werden behandelt, um nur einige Beispiele herauszugreifen, im Abschnitt Tiefbau die Großschiffahrtsweg und die zahlreichen Entwürfe für Wasserkraftsgewinnung in An- und Ausland, deutsche Brückenbauten in Schweden und Dänemark und amerikanische Riesenbrücken, im Abschnitt Hochbau die seit dem Kriege eingeführten Tragbauweisen, neue Massivdecken und Holzfukbodenbeläge, die als Ersatz der Zentralheizung gedachte einfachere Raumheizung, der als höchstes Massivbauwerk der Erde aus Eisenbeton ausgeführte 205 m hohe Kurenturm in Tokio, aus dem Gebiet der chemischen Technologie neue Herstellungsarten von leicht schmelzbarem, gegen mäßigen Temperaturwechsel beständigem Porzellan für Laboratoriumszwecke und neue Schmelzflüsse für Isolatoren, die für die Ernährung so wichtigen Hilfsmittel, wie Backpulver, Fleischextrakte, Süßstoffe und Fett säuren, ferner die Kunstseide und Stahlfaser, das Tetralin für die Motorindustrie: der Abschnitt Erdkunde bringt u. a. Mitteilungen über Meeres-, Höhlen- und Erdbebenforschungen, über Polarexpeditionen, über die Geologie und Oberflächengestaltung des Norddeutschen Flachlandes und über die Urbarmachung des Savelländischen Busch, über das Alter der Erde und das Leben auf ihr. An ihrer kurzen, stets die Ausnützungspunkte der Entwicklung berücksichtigenden Zusammenfassung vermitteln die Artikel einen guten Überblick über die dargestellten Gegenstände. So gibt insbesondere der Abschnitt Luftfahrt eine treffende Übersicht über den Stand der Entwicklung bis Anfang 1922 im In- und Ausland.

Angefügt sind wieder, wie bisher, ein Abschnitt über die Himmelserscheinungen und eine Totenschau. Den praktischen Bedürfnissen der Benutzerkreise soll fortan ein neuer Abschnitt »Für die Praxis« dienen, der sich diesmal mit der Anmeldung von Patenten, Gebrauchsmustern und Warenzeichen befaßt und u. a. schätzenswerte Hinweise auf vielfach nicht genügend beachtete Vorschriften der Gesetzgebung und für das Verfahren beim Patentamt, auf die daraus sich ergebenden Anstände sowie Ratschläge zu ihrer Erledigung enthält.

Der neue Band ist mit seinem vielseitigen Inhalt und der guten, tadellosen Ausstattung dazu angetan, dem Jahrbuch die alten Freunde zu erhalten und ihre Reihe zu erweitern.

Handbuch zur Vorbereitung auf die Prüfungen der Telegraphenbeamten von Noebels, Schulzebier und Kentisch. Mit 714 Abbildungen im Text und auf drei Tafeln. Fünfte Auflage, bearbeitet von O. Kentisch, Oberpostdirektionspräsident, K. Conrad, Oberpoststrat, O. Endermann, Poststrat. 1124 Seiten. Ladenpreis geb. 45 M., in 9 monatlichen Raten zu je 5 M., Vorzugspreis bei sofortiger Zahlung 37 M. 50 Pf. Verlag von C. Hirtzel in Leipzig, Königsstr. 2, 1924.

Das in den Kreisen der Telegraphenbeamten sowohl für die Vorbereitung auf die Prüfungen wie auch als Nachschlagebuch geschätzte Werk berücksichtigt in seiner

Neuaufgabe alle bis Ende September 1923 auf dem Gebiet des Telegraphenwesens eingetretenen Neuerungen und Änderungen und in einem Anhang die vom 1. Dezember 1923 und 1. Januar 1924 ab gültigen Telegraphen- und Fernspreckgebühren. Es enthält in 8 Abteilungen die gesamten Unterlagen zur Erreichung des von den mittleren Telegraphenbeamten geforderten Wissensstandes und vermittelt in der ersten Abteilung die Kenntnisse der durch die Reichsverfassung, die Beamten- und Telegraphenverkehrsgesetze, im Zivil-, Straf-, prozeß- und Konkursverfahren usw. umrissenen Rechtsverhältnisse einschl. der im Verwaltungsweg und international geregelten Beziehungen. In den Abteilungen 2 und 3 behandelt das Buch die Apparatkunde und Schaltungslehre im Draht- und drahtlosen Betrieb nebst der Meßkunde, den Stromquellen und dem Telegraphenbau, in Abteilung 4 die Vorschriften für den Betriebsdienst, für das Rassen- und Rechnungswesen, in den Abteilungen 5 bis 8 die Geographie, Mathematik, Physik und Chemie.

Der reiche Inhalt, die zusammengefaßte Form der sonst an den verschiedensten Stellen zu buchenden Bestimmungen und Beschreibungen, die ansprechende Darstellung des wohl ausgestatteten Buchs mit dem großen, deutlichen Druck, den klaren Zeichnungen und dem geschmackvollen Einband und nicht zuletzt auch die erleichterten Zahlungsbedingungen werden ihm seinen Platz auf dem Büchermarkt sichern.

Leitfaden für den elektrotechnischen Fachschulunterricht unter besonderer Berücksichtigung der Funktelegraphie von M. Polak, Lehrer für Funktelegraphie an der Seefahrtsschule in Bremen. I. Teil, Elektrotechnik, 106 Seiten. II. Teil, Hochfrequenztechnik, 85 Seiten. Grundpreis 2 M. 70 Pf. Verlag von Hammeisler & Thal, Leipzig.

Das Buch ist als Leitfaden für die Ausbildung im Bordfunkdienst geschrieben, der Lehrstoff in den durch die Prüfungsanforderungen gezogenen Grenzen gehalten, geschickt ausgewählt und im allgemeinen auch leicht verständlich wiedergegeben. Daß indes an einigen Stellen die Anschaulichkeit der Darstellung leidet, ist auf die gedrängte, schon aus den angegebenen Seitenzahlen ersichtliche Kürze zurückzuführen, bei der die grundlegenden Begriffe nicht immer klar genug herauszuarbeiten waren. Hier muß der Vortrag des Lehrers einlezen. Ob die Elektronentheorie in der angewendeten Form auch für den I. Teil notwendig war und nicht besser auf den II. Teil zu beschränken, dann aber in ausgiebigerer Weise zu behandeln gewesen wäre, ist mit Rücksicht auf das dem Verfasser vorschwebende Ziel, ein einheitliches System in die Ausbildung der deutschen Funkoffiziere zu bringen, eine Zweckmäßigkeitsfrage. Überalterte Bezeichnungen, wie Kapazitätsreaktanz, sollten bei einer Neuaufgabe vermieden werden.

Nachweis

von Aufsätzen und Mitteilungen über das Post-, Telegraphen- und Fernspreckwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums.

(Oktober bis Dezember 1923)

A. Liste der Zeitschriften.

1. Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts. Berlin.
2. Amtsblatt der Reichsfinanzverwaltung. Berlin.
3. Annalen der Hydrographie und maritimen Meteorologie. Berlin.

4. Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. München.
5. Annales des Postes, Télégraphes et Téléphones. Paris.
6. Die Arbeiter-Versorgung. Berlin.
7. Archiv des öffentlichen Rechts. Tübingen.
8. Archiv für Eisenbahnwesen. Berlin.
9. Archiv für Post und Telegraphie. Berlin.
10. Bayerische Verkehrsblätter. München.
11. Beamten-Jahrbuch. Berlin.
12. Blätter für Genossenschaftswesen. Berlin.
13. Blätter für Post- und Telegraphie. Zeitschrift der höheren Post- und Telegraphen-Beamten. Berlin.
14. Deutsche Bauzeitung. Berlin.
15. Deutsche Juristen-Zeitung. Berlin.
16. Deutsche Postzeitung. Berlin.
- 16a. Der deutsche Rundfunk. Berlin.
17. Deutsche Verkehrs-Zeitung. Berlin.
18. Deutsches Beamten-Archiv. Berlin.
19. Deutsches Handels-Archiv. Berlin.
20. Eisenbahn- und verkehrsrechtliche Entscheidungen und Abhandlungen (Zeitschrift für Eisenbahn- und Verkehrsrecht von Eger). Berlin.
21. Elektrotechnische Zeitschrift. Berlin.
22. Das Fernnetz. Mitteilungen über Kabelanlagen für den Nachrichtenverkehr im In- und Ausland. Berlin.
23. Finanz-Archiv. Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen. Stuttgart.
24. Finanz-Ministerial-Blatt. Berlin.
25. Gesundheits-Ingenieur. München.
26. Gewerbespiegel. Berlin.
27. Hansa. Hamburg.
28. Heeres-Verordnungsblatt. Berlin.
29. Jahrbuch der drahtlosen Telegraphie und Telephonie, Zeitschrift für Hochfrequenztechnik. Berlin.
30. Internationale P. T. T. Wien.
31. Die Invaliditäts- und Alters-Versicherung im Deutschen Reich. Mainz.
32. Journal Télégraphique. Bern.
33. Justiz-Ministerial-Blatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege. Berlin.
34. Marineverordnungsblatt. Berlin.
35. Ministerialblatt der Preussischen Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Berlin.
36. Ministerial-Blatt für die Preussische innere Verwaltung. Berlin.
37. Mitteilungen aus dem Materialprüfungsamt zu Berlin-Dahlem. Berlin.
38. Mitteilungen der Reichsanstalt für Maß und Gewicht. Berlin.
39. Postalische Rundschau. Berlin.
40. Die Postvarie. Runköln.
41. Das Recht. Rundschau für den deutschen Juristenstand. Berlin.
42. Reichsministerialblatt. Berlin.
43. Reichs-Verkehrs-Blatt. Abteilung A und Abteilung B. Berlin.
44. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Leipzig.
45. Sparkasse. Zeitschrift des deutschen Sparkassen-Verbandes. Hannover.
46. Statistik des Deutschen Reichs. Berlin.
47. Statistik des Deutschen Reichs. Vierteljahrshäfte. Berlin.
48. Statistik, Preussische. Berlin.
49. Telefunken-Zeitung. Berlin.
50. Telegraphen-Praxis. Lübeck.
51. Telegraphen- und Fernsprech-Technik. Berlin.
52. Die Umschau. Frankfurt (Main).
53. L'Union Postale. Bern.
54. Unter dem Reichsadler. Berlin.
55. Die Verkehrsnachrichten für Post und Telegraphie. Berlin.
56. Veröffentlichungen des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung. Berlin.
57. Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts. Berlin.
58. Wasmuths Monatshefte für Baukunst. Berlin.
59. Wirtschaftsdienst. Hamburg.
60. Wirtschaft und Statistik. Berlin.
61. Württembergische Verkehrs-Zeitung. Stuttgart.
62. Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins. Halle (Saale).
63. Zeitschrift für Bauwesen. Berlin.
64. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen.
65. Zeitschrift für Verkehrswissenschaft. Köln.
66. Zeitschrift für Versicherungswesen. Berlin.

67. Zeitschrift für Wohnungswesen. Berlin.

68. Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen. Berlin.

69. Zentralblatt der Bauverwaltung. Berlin.

B. Nachweis der Aufsätze usw.¹⁾

I. Gemeinsame Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens.

- Allgemeines.** Akkordarbeit, Beitrag zur Wirtschaftlichkeit der ... von Jöhrens, Regierungsbaumeister a. D. 14. 410.
- Die Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung der Vereinigungen im Handels- und Verkehrsgewerbe und speziell in der Schifffahrt in Europa und Amerika im Jahre 1922, von Göhring 27. 997.
- Arbeitshaltung und Hygiene, von Dr. Fürst 52. 790.
- Beleuchtung, zur Hygiene der künstlichen ..., von Ing. Zillersperger, techn. Direktor 25. 479.
- Dampferzeugung, die elektrische ..., von Dr.-Ing. Zeulmann, Regierungsrat 52. 807.
- Esperanto als Weltsprache für Handel und Verkehr 17. 306, 50. Jahrg. 3 S. 21.
- Holz, feuerfesteres ... 52. 650.
- Lignostone 52. 804.
- Die Schla-Bauweise, von Dr.-Ing. Steinlein 14. 409.
- Überanstrengung, über berufliche ... und ihre Verhütung, von Dr. Pfeilschmidt 25. 421.
- Umgestaltung, die staatliche ... Europas 60. 646.
- Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Zentralheizung insbesondere der Schwerkrafts-Warmwasserheizung, von Dipl.-Ing. Dr. Wierz, Privatdozent 25. 477.
- Deutschland.** Anspruch eines infolge Gebietsabtretung versetzten Beamten auf das Gehalt seiner früheren Stelle (Entsch. des RG vom 22. Juni 1923) 41. Beil. Nr. 1438.
- Anzeigen an Behörden als Urkunden (Entsch. des RG vom 23. Oktober 1922) 13. Beil. (Rechtspredung) 17.
- Arbeitgeberdarlehen, Grundsätze für die Gewährung von ... zu neu errichteten Wohnungen, die preussischen Staatsbediensteten zur Verfügung gestellt werden 35. 883.
- Keine Aufwertung verspätet ausgezahlter Bezüge 18. Jahrg. 4 S. 37.
- Ausschluß, physio-technischer ... der Deutschen Reichsbahn 68. 677.
- Baupolizeiordnung, zur neuen Berliner ... 69. 517.
- Der Beamte, dem ein staatseigener Winterschuhmantel zur Benutzung überlassen ist, ist schadenersatzpflichtig, wenn er gegen die Bedingungen verstößt, unter denen der Mantel ihm anvertraut und von ihm widerspruchslos angenommen ist (Entsch. des RG vom 26. Juni 1923) 8. 1075.
- Beamtenabbau und Verwaltungsreform, von Capelle, Geh. Oberregierungsrat und Präsident der Deutschen Seewarte 27. 1231.
- Beamtenabbau und wirtschaftliche Schulung der Beamten 11. 270.
- Beamtenbesoldung und Ruhegehalt. Die verfassungsmäßigen Rechte des Beamten werden durch die besonderen Pflichten eingeschränkt, die ihm sein Amt auferlegt; das gilt auch für die Tätigkeit des Beamten als Leiter von Beamtenvertretungen. Der Beamte verletzt die Dienstpflicht, wenn er gewisse Vorgänge des inneren Dienstverkehrs (z. B. Beschwerdeführung gegen die vorgesetzte Behörde) zum Kenntnis weiterer unbeteiligten Kreise bringt 24. 514.
- Beamteneigenschaft, Fortdauer der ... beim Übertritt des Beamten in eine Stellung ohne obrigkeitliche Befugnisse, Ausschluß der Pensionsberechtigung (Entsch. des RG vom 8. Mai 1923) 41. Beil. Nr. 1311.
- Beamtenrecht, Regierung und ... 18. Jahrg. 4 S. 6.
- Beamtenrechtsvorschriften, Vereinbarung über Änderung öffentlich-rechtlicher ... 18. Jahrg. 4 S. 46.
- Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, Ausführungsanweisung des preuß. Ministers des Innern und des preuß. Finanzministers vom 15. November 1923 zu dem Gesetz über die ... vom 10. August 1906 36. 1131.
- Betriebsstilllegung und Kündigung 15. 625.
- Die Bezahlung verspäteter Goldmarkrechnungen, von Dr. jur. Wjzomirski, Gerichtsassessor 68. 808.
- Buchführung, die kaufmännische doppelte ... in der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung 17. 355.

¹⁾ Die fett gedruckten Zahlen bedeuten die Zeitschriften in der Liste unter A, die daneben stehenden Zahlen die Seiten.

- Deutschland.** Diebstahl, kein Schadensersatz für Entwendungen von Privateigentum aus Diensträumen, vorausgesetzt, daß die Verwaltung die nach Lage der Umstände ihr zuzumutenden Vorkehrungen zur Verhütung solcher Entwendungen getroffen hat, Bf des Reichsministers der Finanzen vom 22. November 1923 2. 485, 18. Jahrg. 4 S. 104, 65. 404.
- Dienststrafrecht 17. 340.
- Dienststrafverfahren, Milderung der Strafe im förmlichen ... auch ohne Rechtsmitteleinlegung des Angeklagten (Entsch. des Reichs-Disziplinarhofs vom 15. November 1922) 13. Beil. (Rechtsprechung) 20.
- Das Dienstvertragswesen bei der Deutschen Reichsbahn, von Gotter 8. 942.
- Dienstwohnungen, bei ... liegt kein Mietverhältnis vor (Entsch. des RG vom 17. Juni 1922) 13. Beil. (Rechtsprechung) 22.
- Dienstwohnungen mit Sammelheizung, Einbau von Öfen als Ersatzheizung bei Stilllegung einer Sammelheizanlage 18. Jahrg. 4 S. 41.
- Dienstwohnungen, Räumung beim Übertritt in den Ruhestand 18. Jahrg. 4 S. 35.
- Einsichtnahme in die Personalsache, Erlaß der Reichsregierung vom 2. Oktober 1923 über das Recht der ... 42. 971, 68. 692, 18. Jahrg. 4 S. 79.
- Eisenbahn-Töchterhort, Sitzungen der Stiftung .. 43. Abt. A 382.
- Entlassung. Ein fristlos entlassener Arbeitnehmer kann, nachdem der Schlichtungsausschuß seinen Einspruch gegen die Entlassung für gerechtfertigt erklärt und ihm für den Fall der Ablehnung der Weiterbeschäftigung eine Entschädigung zugesprochen hat, neben dieser Entschädigung nicht auch noch seinen Lohn für die Zeit zwischen der Entlassung und dem Ablauf der Kündigungsfrist verlangen (Entsch. des RG vom 24. Juni 1922) 17. 347.
- Erlasse des Reichsverkehrsministers, betr. Anpassung der Zahlungen für Leistungen und Lieferungen an den wechselnden Geldwert 69. 587.
- Die Finanzlage der Reichsbahn, Eisenbahn-Finanzgesetz, Organisation des Eisenbahnwesens 68. 829.
- Fürsorgepflicht des Reichs für die Gesundheit seiner Beamten, insbesondere auch während des Krieges (Entsch. des RG vom 11. Mai 1923) 41. Beil. Nr. 1294.
- Gehalt. Vorübergehende Aufhebung der Vierteljahrzahlung — Beamtenabbaugesetz 17. 301, 313, 28. 514, 40. 122, 18. Jahrg. 4 S. 22.
- Gehaltspfändung im bargeldlosen Verkehr, von Dr. Friedrich, Justizrat 45. 537.
- Gehalts- und Lohnbezüge, disziplinarische Bestrafung bei vorschriftswidriger Zahlung von ... Bf des Reichsministers der Finanzen vom 19. Oktober 1923 28. 562, 34. 399, 36. 1177, 18. Jahrg. 4 S. 58.
- Hinterbliebenenfürsorge der weiblichen Beamten 54. 177.
- Invalidenversicherung, Abbau der ...? 6. 457. 469.
- Kleiderkassenordnung der Reichszollverwaltung 2. 491.
- Kriegsteuerungszulagen, ein Rechtsanspruch der preuß. Staatsbeamten auf die Zahlung von ... kann für die Zeit nach dem 1. Januar 1919 aus den die Gewährung solcher Zulagen regelnden Vorschriften nicht hergeleitet werden (Entsch. des RG vom 2. Oktober 1923) 41. Beil. Nr. 1439.
- Kündigung, fristlose ... 17. 322.
- Lieferungen. Das ganz außergewöhnliche Recht, wegen Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Leistung zu verweigern, weil sie dem Pfllichtigen nach Treu und Glauben nicht mehr zugemutet werden kann, muß an die Bedingung unüberzüglicher Ausübung geknüpft sein (Entsch. des RG vom 7./28. Juni 1923) 41. Beil. Nr. 1220.
- Lieferungsverzug, Berücksichtigung der Geldentwertung beim ... (Entsch. des RG vom 6. August 1923) 45. 501.
- Die Neuordnung des arbeitsrechtlichen Streitverfahrens, von Dr. Hueck, Privatdozent 15. 594.
- Neuordnung des Beamtenrechts, Entwurf eines neuen Reichsbeamtengesetzes 18. Jahrg. 4 S. 36.
- Normalisierung in der öffentlichen Verwaltung, von Dr. Müller, Bürgermeister 64. Jahrg. 77 S. 570.
- Die Normen über das Verfahren der Staatsorgane, von Dr. Beyer, Regierungsrat 64. Jahrg. 77 S. 447.
- Personalabbau bei der Deutschen Reichsbahn, von Dr. jur. Schen, Ministerialrat 68. 773.
- Personalabbau, Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reichs 17. 325. 355, 18. Jahrg. 4 S. 62. 82, 16. 179, 54. 169.
- Deutschland.** Personalsachen. Ein Beamter, der ohne Erlaubnis seiner vorgesetzten Behörde sich Auszüge aus seinen Personalsachen, die ihm versehentlich zugänglich gemacht sind, anfertigt, um sich Unterlagen für ein Vorgehen gegen seine Vorgesetzten zu verschaffen, macht sich eines Disziplinarvergehens schuldig (Entsch. des preuß. OVG vom 20. Oktober 1912) 17. 334.
- Die Postreklame — ein Finanzproblem 13. 137.
- Prüfungen, formlose ... bei der Deutschen Reichsbahn (für Beamtenstellen der Besoldungsgruppen I bis IV, Arbeiter usw.), Bf des Reichsverkehrsministers vom 23. Oktober 1923 43. Abt. A 391.
- Deutsche Rechtseinheit — deutsche Reichseinheit (Streitfragen zwischen dem Reich und Bayern). Entspannung des Unitarismus, von Prof. Dr. Dr. Kahl, M. d. R.; Weg und Ziele einer föderalistischen Ausgestaltung der Reichsverfassung, von Prof. Dr. Rawlitsky 15. 701.
- Die Reichsbahn und der § 9a des preußischen Kommunal-Abgaben-Gesetzes, von Dr. jur. Hanstein, Regierungsassessor 68. 837.
- Ein Reichsbeamter, der seine Versetzung in den Ruhestand beantragt hat, unterliegt bis zu seinem Ausscheiden der Disziplinalgewalt des Reichs (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs vom 8. Oktober 1923) 68. 819.
- Reichsdiktatur (eine staatsrechtliche Betrachtung), von Dr. rer. pol. Raabe, Postdirektor 13. 144.
- Reichsdisziplinarbehörden, die Neubesetzung der entscheidenden ... von Reßler, Oberpostinspektor 17. 321.
- Reichslohnstarifvertrag, Neuauflage des ... 43. Abt. A 360.
- Sitzungen einer Beamten-Berufsorganisation (Gewerkschaft), Richtigkeit wegen des Streikparagrafen? 18. Jahrg. 4 S. 46.
- Schiedsgerichte, Vereinbarung von ... bei fiskalischen Verträgen (Bf des Reichsministers der Finanzen vom 19. Oktober 1923) 2. 458, 34. 441.
- Schlichtungssprüche, Nachprüfung von ... durch die Gerichte, Streik birgt Kündigung in sich (Entsch. des RG vom 8. Februar 1922) 17. 358.
- Schlüsselzahlen 60. 572.
- Schutzkleidung bei der Reichsbahn (Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 5. Oktober 1923) 43. Abt. A 367.
- Sparsamkeit bei den Ausgaben für Bürobefürfnisse (Bf des Reichsministers der Finanzen vom 20. September 1923) 2. 432.
- Die Statistik als Maßstab der Erfolge im Eisenbahnbildungswesen, von Gotter, Regierungsbaurat 68. 792. 811.
- Stempelpflicht von Bestellungen für Beamte (Bf des preuß. Finanzministers vom 19. Oktober 1923) 24. 495, 36. 1121.
- Streik. Lohnanspruch der Nichtstreikenden bei Teilstreiks (Entsch. des RG vom 6. Februar 1923) 6. 428, 21. 989, 41. Beil. Nr. 1343.
- Streik. Urteil des Reichsdisziplinargerichtshofs vom 14. Dezember 1922 aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks 42. 975.
- Überführung von Staatsbeamten in das Angestelltenverhältnis (Übertragung staatlicher Elektrizitätsanlagen und staatlichen Bergwerkesbesitzes an eine Aktiengesellschaft) 18. Jahrg. 4 S. 2.
- »Unfall des täglichen Lebens« oder Betriebsunfall (Entsch. des RM vom 20. August 1923) 6. 451.
- Unterbringung verletzter Beamten, Bf des Reichsministers der Finanzen vom 8. November 1923 2. 478.
- Unterricht und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und in den Staatsbetrieben, von Gotter, Regierungsbaurat 11. 245.
- Vermögensstrafen und Bußen, Bf des preuß. Justizministers vom 13. Oktober 1923 zu dem Gesetz über ... 33. 666.
- Versetzung eines Beamten in den Ruhestand (angebliches Verschulden des Fiskus durch dienstliche Überbürdung des Beamten und durch Versagung eines erbetenen Urlaubs), Entsch. des RG vom 31. Januar 1922 13. Beil. (Rechtsprechung) 21.
- Versicherung des Reichs gegen Schaden aller Art 9. 427, 2. 520.
- Verwahrung wertvoller Dienstgegenstände (Schreibmaschinen, Stempel usw.), Bf des Reichsministers der Finanzen vom 15. November 1923 2. 483.
- Vorprüfungen für die Zulassung zu einer Beamtenlaufbahn (Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 21. August 1923) 43. Abt. A 291, 33. 746.

Deutschland. Werbungskosten (die von einem Beamten ausschließlich im dienstlichen Interesse bei verständiger Würdigung ihrer Notwendigkeit zur sachgemäßen Dienstleistung gemacht werden besonderen Aufwendungen) 17. 334.

Wirtschafts- und Hauptaufgaben der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung 17. 363, 55. 693, 18. Jahrg. 4 S. 88.

Die Wohnungsfrage und ihre Gesetzgebung (nach dem Vortrag des Stadtbandirektors Dr.-Ing. Gut), 14. 370. 378, 67. 215.

Wohnungsnot, zur Bekämpfung der ..., von Prof. Aufbaum 25. 413.

Wohnungswesen. Die Regelung der Mietzinsbildung und die Förderung der Neubautätigkeit (Dentschrift der Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften) 67. 239.

Zahlung der monatlichen Dienstbezüge am ersten Tage des Monats, Bf. des Reichsministers der Finanzen vom 18. Oktober 1923 28. 556.

Zusammenlegung von Dienstgeschäften der Post- und Eisenbahnverwaltung 68. 761, 17. 359.

Württemberg. Beamtenrecht. Ist der Artikel 2a Abs. 4 des württembergischen Beamtengesetzes vom 1. Oktober 1912 mit Artikel 128 Abs. 2 der Reichsverfassung vereinbar? (Entsch. des RG vom 5. Januar 1923) 11. 258.

Frankreich. Der Achtfundentag bei den französischen Eisenbahnen 68. 681, 8. 749. 893.

Niederlande. Das neue Budget und Ersparnismaßnahmen für die Jahre 1924 und 1925 (Gehaltskürzungen) 59. 968.

Österreich. Beamtenbezüge und Ausstand der Telegraphen- und Fernsprechangestellten 17. 366. 371.

Rußland. Post- und Telegraphengebühren des Inlandverkehrs 17. 324.

Schweiz. Kein Streitrecht der Beamten 17. 372.

Amerika. Vereinigte Staaten von Amerika. Das Beamtentum der Vereinigten Staaten von Amerika, von Dr. jur. Münster 11. 255. 273.

II. Postwesen.

Allgemeines. Auslands-Postverkehr in den Jahren 1920 und 1921 60. 594.

Banknotenfälschung, ein neuer Sicherheitsdruck gegen ... 52. 746.

Beförderung — eine Ware (Die Leistung der Eisenbahnbeförderung von Personen und Gütern gleicht einer Ware, die verkauft wird) 68. 774.

Beleuchtung, die elektrische Beleuchtung der Eisenbahn- und Bahnpostwagen, von Eaniff, Post- und Telegraphen-Ingenieur 5. 1236.

Briefmarken. Prüfung der Markenfarben 52. 634.

Drucksachen und Zeitungen, von Krämer 64. Jahrg. 77 S. 484.

Durchgangsgebühren für die Beförderung von Briefposten im internationalen Verkehr (schiedsrichterliches Urteil nach Artikel 25 des Madrider Weltpostvertrags) 53. 145, 17. 346.

Fallschirme, von Dipl.-Ing. Dr. von Langsdorff (Luftverkehrsdienst) 52. 739.

Fälschung der Poststempel auf Marken und ihre Feststellung durch Photographie, von Hansen 52. 662.

Kleintransportanlagen, elektrische ..., von Förster 69. 523.

Die Kraftstoffe für die Explosions-Motoren der Kraftfahrzeuge 17. 356.

Luftverkehr Spanien-Südamerika 27. 1156, 17. 359.

Eine Luftverkehrslinie Petersburg-Wladivostok 68. 697.

Luftverkehrspläne (internationales Luftverkehrsprogramm) 17. 363.

Post, Geschichte des Begriffs und Begriff der ... nebst einem Anhang über die Entstehungszeit der ..., von Rowinski 9. 377.

Die Internationale Postwertzeichenausstellung in Wien, von Lindenbergh, Oberlandesgerichtspräsident a. D. 17. 313.

Sicherheitsdienst im Luftverkehr 5. 1192.

Vorläufer der Briefmarken 17. 359.

Weltpostkongreß 1924 in Stockholm 17. 359.

Der Zeppelin für Amerika 52. 7.

Deutschland. Der Anspruch aus § 88 der Eisenbahnverkehrsordnung richtet sich auf Zahlung in deutscher Währung, wenn der Ablieferungsort in Deutschland liegt; er verfolgt nicht den Zweck, den Absender zur Wiederanschaffung der Ware instandzusetzen. Ein daneben geltend zu machender Verzugsschadensersatzanspruch muß konkret begründet werden (Entsch. des RG vom 30. Mai 1923) 68. 802.

Deutschland. Aushändigung eines Posteinlieferungsscheins über einbezahltes Geld vor vollendeter Prüfung des Geldebetrags. Gegenbeweis gegen Posteinlieferungsscheine (Entsch. des LG Chemnitz vom 16. Juni 1922) 9. 448.

Auszahlung eines Schadetrags an einen Betrüger, dem der Aussteller des Schecks das Geld vor Feststellung des Betrugs überliefert (Entsch. des LG Chemnitz vom 6. Juli 1922) 9. 447.

Beauftragung, nachträgliche ... eines angeblich beraubten Wertbriefs, von Bahn, Ministerialamtman 17. 364.

Die Behandlung von Goldmarkforderungen durch die Reichsbahn, von Dr. jur. Wyszomirski, Gerichtsassessor 68. 751.

Die Briefaustauschstelle (Basta) des Berliner Anwaltsvereins verstoßt nicht gegen Art. 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 1899 (Entsch. des Preuß. Kammergerichts vom 7. Juli 1922) 20. Bd. 39 S. 256.

Ersatz für die Beschädigung eines Wertpakets 53. 161.

Die Ersatzpflicht der Post für mangelhaft verpackte hochwertige Pakete, von Bahn, Ministerialamtman 17. 339.

Frankierungszwang der Krankenkassen, von Dr. Hoffmann, Wirtl. Geh. Oberregierungsrat 6. 421.

Gebührenablösung für Briefsendungen (Bf. des Reichswehrministeriums vom 26. September 1923) 28. 493, 55. 570, 356. 402, 2. 427.

Haftung des Reichs für irrtümliche Beschlagnahme von Waren (Entsch. des RG vom 16. März 1923) 68. 786.

Kurs und Währung bei Klagen auf Schadensersatz für verlorenes oder gemindertes Frachtgut, von Dr. jur. und Dr. rer. pol. Weinberger, Landesgerichtsrat 20. Bd. 39 S. 211.

Postgesetz. Die Beweislast im Postersatzverfahren, von Dr. Emenius, Postdirektor 13. 130.

Postgesetz, keine Haftung der Post über das ... hinaus (Entsch. des RG vom 1. Juni 1923) 17. 317. 364, 55. 649, 13. Beil. (Rechtsprechung) 19.

Postgesetz. Postzwang. Briefsammelverkehr von Dienststellen derselben Behörde (Entsch. des RG vom 15. Mai 1923) 41. Beil. Nr. 1408.

Postgesetz, Verstoß gegen das ... (Aufstellung von Briefsammelbehältern in den Geschäftsräumen eines Versicherungsvereins zur Beförderung von Nachrichten an die Mitglieder und zum Austausch ungeschlossener Briefe sowie von Postkarten oder Drucksachen unter ihnen (Entsch. des LG Breslau vom 5. Oktober 1923) 66. 386.

Postkraftwagenbetriebe, neue ... (Aufhebung der Posthalterien) 17. 316.

Postrecht. Inwieweit kann der Empfänger einer Postanweisung oder eines Postchecks, deren Betrag trotz Mangels an Deckung ausbezahlt wurde, der Post gegenüber einwenden, daß der Betrag der Anweisung oder des Schecks zur Tilgung einer Forderung des Empfängers gegen den Absender diene? Gemeinschaftliche Haftung von Eheleuten für einen an die Ehefrau zuviel gezahlten Geldebtrag auf eine an den Ehemann gerichtete Zahlungsanweisung (Entsch. des LG München vom 13. Oktober 1922 und des LG Elberfeld vom 29. September/6. Oktober und vom 24. März 1922) 9. 442.

Postcheckwesen. Aufbau!, von Hoffmann, Abteilungsleiter (Postcheckzwang) 17. 310.

Schadensersatzpflicht der Eisenbahn im Falle Unkenntnisses mangelhafter Verpackung (Regelung durch den Reichsverkehrsminister) 68. 796, 20. Bd. 39 S. 235. 238. 269. 273.

Schadensreklamationen in Goldmark bei der Eisenbahn 66. 358.

Streik, Haftung der Eisenbahn für Sendungen im Falle eines allgemeinen ... 68. 749, 20. Bd. 39 S. 258.

Die Überlieferung des General-Postamtspräsidenten v. Seeger nach Preußen (1806—1809), von Rechnungsrat Springer, Oberpostkassenrentant 9. 438.

Unfallversicherung. Runderlaß des Reichsversicherungsamts an die Träger der Unfallversicherung zur Durchführung des Gesetzes über Änderung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 20. August 1923 sowie der 7. und 8. Verordnung über Erhöhung von Zulagen in der Unfallversicherung vom 6. bzw. 20. August 1923 1. 237.

Verpflichtung des Absenders zur nachträglichen Zahlung eines laut Posteinlieferungsscheinigung zu wenig eingezahlten Zahlkartenbetrags (Entsch. des LG Essen vom 12. Dezember 1922) 9. 450.

Deutschland. Wechselstempelmarken. Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 17. Oktober 1923, betr. Zurückziehung nicht mehr gangbarer Einkommensteuer-, Wechselsteuer- und Wechselstempelmarken, staatlicher Stempelmarken und Umsatzsteuermarken aus dem Verkehr 42. 991.

— Zwischenwährung 59. 917.

— **Württemberg.** Der neue Hauptbahnhof Stuttgart und seine Lehren, von Gall, Regierungsrat (Postbahnhof, Bahnpostanlage) 68. 655. 687.

Dänemark. Gesetz über Luftfahrt (Zollordnung vom 1. Mai 1923) 19. 680.

England. Der englische Generalpostmeister über das Pennyporto 17. 359.

Finnland. Geschichtliches vom Postwesen 1638—1920 53. 149. 166.

Frankreich. Beförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als Eisenbahnpatete 68. 664.

Österreich. Grundriss des österreichischen Poststraßrechts, von Dr. Köstler, Professor der Rechte 20. Bb. 39 S. 223.

Rußland. Grundzahlen für Postgebühren 55. 628.

Schweiz. Aus dem Geschäftsbericht der schweizerischen Postverwaltung für 1922 17. 337.

Afrika. Die Sahara-Eisenbahn 69. 573, 68. 841.

Amerika. Vereinigte Staaten von Amerika. Selbständige Herstellung von Briefbeuteln, Taschen, Verschlüssen und Vorfortiertischen durch die Postverwaltung 53. 159.

— Der Luftpostdienst New York-San Francisco 17. 360, 13. 153.

Asien. Ceylon. Das Postwesen der britischen Kolonie Ceylon in den Jahren 1919—1921 53. 152.

— China. Das chinesische Postwesen im Jahre 1921/22 53. 177, 59. 953.

III. Telegraphen- und Fernsprechwesen.

(Mit Ausnahme des drahtlosen Telegraphierens und Fernsprechens [s. unter IV])

Allgemeines. Eine Chiffriermaschine (»Enigma«), von Dr.-Ing. Scherbins 21. 1035, 16a. Jahrg. 1 S. 60.

— Fehlerortsmessungen bei Drahtdiebstählen und anderen Leitungsunterbrechungen, von Fiebler 50. Jahrg. 3 S. 1.

— Fernkabel statt Freileitungen im Fernsprechbetrieb 52. 636.

— Fernkabelnetz, das europäische . . . , von Dr.-Ing. e. h. Graemer, Ministerialrat 22. Heft 4 S. 3, 55. 651.

— Fernsprechkabel, lange . . . in Leitungen des Weitverkehrs, von Höpfer, Oberpostrat 22. Heft 4 S. 40.

— Internationale Fernsprechstatistik für 1921 32. 202.

— Holzmasten hoher Lebensdauer für Freileitungen 21. 1050.

— Induktionsstörungen, über . . . in Mehrfachfernprechkabeln und ihre Beseitigung, von Dr.-Ing. Engelhardt 22. Heft 4 S. 33.

— Leitungsstörungen, Feststellung von . . . 52. 651.

— Der Schnellreiber der Firma Huth nach dem Prinzip Johnsen-Nahbek, von Nagelmann 50. Jahrg. 3 S. 33.

— Schutz der Telegraphen-Unterseekabel 32. 142.

— Schwachstromstörungen durch Wechselstrombahnen 68. 757.

— Telegraphenverbindung Europa-Indien 52. 653.

— Die Verlegungsarten der europäischen Fernkabel, von Dipl.-Ing. Deibel 22. Heft 4 S. 24.

— Der neue Vielsach-Appendruckttelegraph der Western Union Company 32. 197. 217.

— Die Vorzüge des selbsttätigen Fernsprechens, von Langer, Oberingenieur 52. 646.

— Die Zukunft des Weitfernprechverkehrs in Europa 21. 984.

Deutschland. Einziehung der Fernsprechgebühren 17. 307. 333, 50. Jahrg. 3 S. 14.

— Schreckwirkung als Ursache nervöser Störungen usw., Stellungnahme des Hauptbeamtenausschusses zum Gutachten des Professors Dr. Stier bezüglich . . . 54. 176.

— Telegraphengesetz. Ist die Telegraphenverwaltung verpflichtet, an ihrer auf öffentlichem Verkehrswege verlaufenden Telegraphenlinie eine Änderung auf ihre Kosten vorzunehmen, wenn der Anlieger eines Grundstücks nachträglich eine Einfahrt herstellt und die Telegraphenlinie ihn dabei behindert, verneinendfalls ist die TB berechtigt, einen Kostenvorstoß zu beanspruchen? 13. Beil. (Rechtsprechung) 19.

— Verteilung der Fernsprechanlüsse auf die einzelnen Berufsstände und Berufsgruppen sowie Veränderungen im Anschlußbestand anlässlich der am 1. Oktober 1922 eingetretenen Gebührenerhöhungen, von Buttler, Telegrapheninspektor 9. 429.

Deutschland. Wetterschlüssel, zur Einführung des neuen deutschen . . . und der Änderung des täglichen Wetterberichts der Deutschen Seewarte 3. 243.

Portugal. Telegraphen- und Fernsprechwesen im Jahre 1920 32. 187.

Schweiz. Ausbau des Fernsprechdienstes 5. 1466. 1469.

Asien. Siam. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1919/20 32. 189.

Australien. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1920/21 32. 186.

IV. Drahtloses Telegraphieren und Fernsprechen.

Allgemeines. Bordtelegraphie, die Hebung der . . . 27. 1137. 1159.

— Die Eigenarten des Rundfunkdienstes, von Dr. Graf Arco 16a. Jahrg. 1 S. 33.

— Einfluß der Elektronenemission auf die Temperaturverteilung glühender Wolframdrähte in Elektronenröhren, von v. Helms 49. Jahrg. 6 S. 69.

— Eisenbahnzugtelephonie 21. 916, 17. 345.

— Der Empfang von Hochfrequenzschwingungen mit Niederfrequenzmodulation, von Joos und Jened 29. Bb. 22 S. 93.

— Empfangsantenne, eine neuartige . . . (Bandantenne) 52. 666.

— Empfangsintensität, zur Frage nach den Ursachen der Schwankungen in der . . . , von Jilin 29. Bb. 22 S. 122.

— Entwicklung, die historische . . . der Elektronenröhre in der drahtlosen Telegraphie, von v. Bronk 49. Jahrg. 6 S. 7.

— Entwicklung, zur . . . der drahtlosen Telephonie 27. 1201.

— Funktelephonie, transatlantische . . . 16a. Jahrg. 1 S. 13.

— Gasdruckmessungen mit Elektronenröhren als Ionisationsmanometer, von Simon 49. Jahrg. 6 S. 56.

— Das Gebirge als Antennenträger 52. 692.

— Grenzen des Funkverkehrs, von Dr.-Ing. Trautwein 16a. Jahrg. 1 S. 93.

— Hochfrequenzmaschinensender, ein neuer . . . für drahtlose Telegraphie, von Schmidt 21. 910.

— Indikatorermethode, eine neue . . . zur Wellenlängenmessung am Empfänger und ihre Anwendung zur Bestimmung der Betriebswellenlänge einiger Radiostationen, von Alberti und Leithäuser 21. 1027.

— Kompensationsverfahren, ein einfaches . . . zur Untersuchung von Kondensatoren bei niederen und mittleren Frequenzen, von Geyer 29. Bb. 22 S. 155.

— Luftleiter, Winke für den Bau von . . . 16a. Jahrg. 1 S. 76.

— Messungen der Empfangsintensität der atmosphärischen Ionisation und anderer meteorologischer Elemente während der Sonnenfinsternis am 8. April 1921, von Jilin 29. Bb. 22 S. 128.

— Parallelschaltung, über . . . von Röhrensendern, von Semm 29. Bb. 22 S. 117.

— Das Radioamateurwesen, von Dr. Lertze 52. 721.

— Gesetzliche Regelung der drahtlosen Telegraphie in anderen Ländern, Freigabe des drahtlosen Empfangs 16a. Jahrg. 1 S. 12. 47. 62.

— Reißdiagramme von Senderöhren, von Rulop 49. Jahrg. 6 S. 20.

— Richtung, über die . . . atmosphärischer Störungen, von Schindelbauer 29. Bb. 22 S. 163.

— Schaltungen für den drahtlosen Schnellbetrieb, von Nagelmann 50. Jahrg. 3 S. 6. 27.

— Störungen, über atmosphärische . . . 21. 934, 16a. Jahrg. 1 S. 43.

— Telefunken-Röhrentypen 49. Jahrg. 6 S. 51.

— Untersuchung eines Elektronenrelais auf Grund elektrostatischer Ablenkung des Elektronenbündels durch ein Quersfeld, von Gebbert 29. Bb. 22 S. 107.

— Untersuchungen über Hochfrequenztelephonie auf Starkstromleitungen, von Habann 29. Bb. 22 S. 142.

Deutschland. Empfangsanlage, über eine neue . . . der Hauptfunkstelle Norddeich, von Leithäuser und Claßen 29. Bb. 22 S. 167.

— Funkanlagen, private . . . und das Recht, von Dr. jur. Neugebauer 16a. Jahrg. 1 S. 17.

— Funkwesen, das deutsche . . . 16a. Jahrg. 1 S. 2.

— Küstenfunkdienst (Norddeich, Cuxhaven und Swinemünde) 27. 1176.

— Organisation, zur . . . des Reichsfunkdienstes 16a. Jahrg. 1 S. 39. 55.

— Radioamateur, Genehmigungspflichtigkeit von Versuchsfunkanlagen, Begriff der Funkanlage (Entsch. des OLG. Braunschweig vom 19. April 1923 und des Obersten Landesgerichts München vom 12. März 1923) 9. 424, 16a. Jahrg. 1 S. 45. 63, 52. 639. 750, 32. 211, 27. 1080.

Deutschland. Regelung des funktentelegraphischen Seenotmelde-
dienstes an der deutschen Küste 27. 1210.

— Rundfunk, der deutsche ..., von Thurn, Postrat 21.
1093.

— Der Unterhaltungs-Rundfunkdienst 17. 329, 335, 348, 21.
985, 27. 1130, 55. 628, 651, 49. Jahrg. 6 S. 78, 50. Jahrg. 3
S. 46, 16a. Jahrg. 1 S. 19.

England. Bericht des englischen Rundfunkausschusses, Radio-
amateur 16a. Jahrg. 1 S. 5. 24.

Frankreich. Ausrüstung von Schiffen mit drahtlosen Empfangs-
stationen 27. 1049, 1200.

— Frankreichs Radiostationen 50. Jahrg. 3 S. 22.

Italien. Italien und das Funkmonopol 27. 1225.

— Die Radiostation Goltano 21. 1040.

Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprecht.

A. Postrecht.

1. Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegen-
über auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes bei einem
Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Postwagen, der durch
den Ausfall des Postwagens mitverursacht ist. Artikel 8 des
Eisenbahnpostgesetzes gilt nur für Unfälle des Eisenbahn-
postbetriebs.

Reichsgericht, VI. 35, Urteil vom 25. Ok-
tober 1923 — VI. 665. 22.

Am 6. April 1917 stieß ein Postwagen des Klägers, den die
Aushelferin Frau S. lenkte, in B. mit einem Straßenbahnwagen
der Beklagten zusammen. Hierbei wurde der im Innern des
Postwagens befindliche Postschaffner J. mit dem Kopfe gegen die
Wagenwand geschleudert und in seiner Gesundheit geschädigt.
Wie der Kläger behauptet, leidet J. noch immer an den Folgen
des Unfalls, er werde den Kläger wahrscheinlich auf Grund des
Beamtenunfallfürsorgegesetzes vom 18. Juni 1901 in Anspruch
nehmen. J. habe aber auch einen Schadenersatzanspruch auf
Grund des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 gegen Beklagte,
der in Gemäßheit des UZG § 12 in Höhe der vom Kläger dem
J. zu zahlenden Bezüge auf den Kläger übergegangen sei. Um
die Verjährung dieses Anspruchs zu verhüten, sei Feststellungs-
klage geboten. Beide Vorinstanzen haben der Klage stattgegeben
und festgestellt, daß Beklagte verpflichtet ist, dem Kläger im Rah-
men des HPG die Aufwendungen zu ersetzen, die er auf Grund
des Unfallfürsorgegesetzes dem J. oder seinen Hinterbliebenen
aus Anlaß des erwähnten Unfalls im Umfang der Ansprüche
des J. an die Beklagte zu zahlen haben wird. Gegen diese Ent-
scheidung hat Beklagte ohne Erfolg Revision eingelegt. Aus
den Gründen:

»Die Revision bittet um Nachprüfung, ob der Kläger die
Ansprüche des J. geltend machen könne, obgleich seine Ange-
stellte S. den Unfall allein verschuldet habe. Dieses Ergebnis
sei mit der Billigkeit nicht vereinbar. Daß es vom Gesetz be-
wußt gewollt sei, nehme das Berufungsgericht mit Unrecht an,
seine Ausführung, daß die Haftung aus dem HPG und dem
UZG von rein formalen Merkmalen abhängig gemacht sei,
müsse als rechtsirrigen und unschlüssig bezeichnet werden. Wer
im Verhältnis des Staates zu dem Unternehmer einer Eisen-
bahn den Schaden zu tragen habe, wenn feststehe, daß der
Schaden nicht durch die Betriebsgefahr, sondern durch einen
Angestellten des Staates verursacht sei, bestimme das Gesetz
nicht, es greife aber die Einrede der Arglist ein.

Mit diesem Angriff kann die Revision nicht durchdringen.
Das Berufungsgericht stellt fest, daß die S. keine Beamtin
war, sondern eine durch einen Privatdienstvertrag angestellte
Aushelferin, eine Haftung des Reichs für ihr Verhalten aus
§ 1 des Gesetzes über die Haftung des Reichs für seine Be-
amten vom 22. Mai 1910 kommt daher nicht in Frage. Eine
Haftung des Klägers müßte daher aus anderen Rechtsgründen
hergeleitet werden. Von der Beklagten ist geltend gemacht
worden, daß die S. gegen eine Polizeiverordnung vom
25. Januar 1917 dadurch verstoßen habe, daß sie nicht, wie
vorgeschrieben, in großem Bogen, sondern scharf nach links
um die Ecke gebogen sei und dadurch den Zusammenstoß ver-
ursacht habe. Daß ein Verstoß gegen die erwähnte Polizei-
verordnung vorliegt, nimmt auch das Berufungsgericht an, es
findet in dem Verhalten der S. die Verletzung eines Schutz-
gesetzes im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB und eine Trans-

portgefährdung und sagt an anderer Stelle, daß die S. den
Unfall durch ihr Verschulden verursacht habe. Weiter geht
das Berufungsgericht davon aus, daß dem J. auf Grund des
HPG ein Anspruch gegen die Beklagte entstanden ist, Ver-
schulden des J. oder höhere Gewalt kommen nicht in Frage.
Danach ergibt sich, daß dem J. zunächst gegen die Beklagte als
Betriebsunternehmerin der Straßenbahn ein Schadenersatz-
anspruch auf Grund des HPG erwachsen ist, weiter aber
auch ein Anspruch gemäß § 1 des UZG gegen die Postverwal-
tung, wogegen sein Anspruch gegen die Bahn nach § 12 das-
selbst in Höhe der ihm von der Postverwaltung zu gewährenden
Bezüge vorbehaltlich der Bestimmungen des Eisenbahnpost-
gesetzes Art. 8 auf die Postverwaltung überging. Diesen über-
gegangenen Anspruch macht der Kläger geltend. Daß dies
auch im Wege der Feststellungsklage geschehen kann, erscheint
unbedenklich.

Der vorliegende Fall hat nun das Besondere, daß der Un-
fall durch eine Angestellte des Klägers verursacht oder doch
mitverursacht ist. Auf den Anspruch des J. gegen die Beklagte
ist dieser Umstand an sich ohne Einfluß, er gibt wegen der
Vorschrift in § 12 Abs. 2 UZG auch dem J. keine weitergehende
Forderung gegen die Post, als er sie schon nach den Bestim-
mungen des UZG hat (RGZ Bd. 69 S. 350, Bd. 75 S. 10).
Aber auch im Hinblick auf das Verhältnis der Streitparteien zu-
einander kann nicht zugegeben werden, daß der Kläger in der
Verfolgung des auf ihn übergegangenen Anspruchs durch das
Verhalten der S. beeinträchtigt werde. In der vorigen
Instanz hat die Beklagte einen Anspruch gegen den Kläger
wegen des Verhaltens der S. aus § 831 BGB herleiten
wollen. Sofern sie etwa von J. über die ihm gegenüber dem
Kläger zustehende Pension in Anspruch genommen werde, habe
sie gegen den Kläger einen jeweils fälligen Anspruch auf Zu-
rückzahlung, den sie durch Aufrechterhaltung und durch Aus-
übung des Zurückbehaltungsrechts geltend machen könne. Dem-
gegenüber hat das Berufungsgericht ohne ersichtlichen Rechts-
irrtum angenommen, daß der Kläger in Bezug auf die S. den
im § 831 BGB nachgelassenen Entlastungsbeweis geführt habe.
Damit entfällt seine Haftung aus dieser Vorschrift, und es
kann dahingestellt bleiben, ob der von der Beklagten ver-
suchten Konstruktion sonstige Bedenken entgegenstehen. Es
geht im vorliegenden Falle auch nicht an, eine Beschränkung
der Rechte des Klägers daraus herzuleiten, daß die Ansprüche
des J. gegen die Beklagte auf ihn nur vorbehaltlich der Be-
stimmungen des obenerwähnten Art. 8 übergegangen sind.
Nach dieser Vorschrift ist die Postverwaltung verpflichtet, der
Eisenbahn, wenn bei ihrem Betrieb ein im Dienst befindlicher
Postbeamter getötet oder körperlich verletzt worden ist und
die Eisenbahn den ihr gesetzlich obliegenden Schadenersatz ge-
leistet hat, das Geleistete zu ersetzen, falls nicht der Tod oder
die Körperverletzung durch ein Verschulden des Eisenbahn-
betriebsunternehmers oder der im Betrieb verwendeten Per-
sonen herbeigeführt ist. Die Bestimmung des Art. 8 ist aber
auf einen Fall, wie er hier gegeben ist, überhaupt nicht an-
wendbar, setzt vielmehr, wie aus dem Zusammenhang der Ge-
setzsvorschriften zu entnehmen ist, voraus, daß der Post-
beamte bei der dienstlichen Benutzung der im Eisenbahnbetrieb
verwendeten Postwagen oder anderer besonderer Einrichtungen
einen Unfall erlitten hat (vgl. Stenographische Berichte des
Reichstags; zweite Legislaturperiode, dritte Session, 1875 bis
1876, 3. Bd., Anlagen S. 2ff., S. 201). Der Revision kann
auch nicht zugegeben werden, daß es schon an sich gegen die

Billigkeit verstoße oder sogar arglistig sei, wenn der Kläger die ihm gesetzlich zustehenden Rechte geltend macht. Das UZG legt ihm eine von seinem Verschulden unabhängige Verbindlichkeit auf, gibt ihm dafür aber im Anfang dieser Verbindlichkeit den Ersatzanspruch des Verletzten aus dem HPLG. Die Entstehung dieses Anspruchs ist nun zwar von der S. verursacht oder neben der Betriebsgefahr mitverursacht, aber an diesem Erfolg trägt der Kläger, der sich hinsichtlich der S. entlastet hat, keine Schuld. Bei einer solchen Sachlage steht dem Vorgehen des Klägers die Einwendung der Arglist nicht entgegen. Ob anders zu entscheiden wäre, wenn der Entlastungsbeweis nicht geführt und daher ein dem Kläger zur Last fallendes Verschulden anzunehmen wäre, kann dahingestellt bleiben.»

2. Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes in Verbindung mit Artikel 8 Eisenbahnpostgesetzes, wenn ein Postbeamter während seines Überlagers vorzeitig den Bahnpostwagen aufgesucht und bei einem Zusammenstoß des Postwagens mit einem abfahrenden Zuge einen Unfall erlitten hat.

Reichsgericht, VI. BS, Urteil vom 15. Januar 1923 — VI. 153. 1922.

Aus den Gründen:

»Der im Bahnpostdienst beschäftigte Zeuge A. war am 26. November 1913 mit dem Zuge Nr. 24 nachmittags 4 Uhr 6 Minuten auf dem Bahnhof der Beklagten in G. angekommen und sollte mit dem Zuge Nr. 29 abends 7 Uhr 25 Minuten nach G. zurückfahren. In der Zwischenzeit hatte er vor 1/6 Uhr das Postabteil des auf dem Bahnhof stehengebliebenen Packwagens betreten und sich dort nach seiner Angabe mit dienstlichen Arbeiten beschäftigt. Auf demselben Gleis, auf dem der Postwagen stand, war ein Güterzug zusammengestellt worden. Als dieser abfahren sollte, setzte der Lokomotivführer D. in dem irrigen Glauben, die Steuerung der Maschine stehe auf vorwärts, den Zug in Bewegung; daß dieser tatsächlich rückwärts fuhr, merkte er trotz der gegebenen Signale zunächst nicht. Der Zug stieß daher die hinter ihm stehenden Wagen zurück, wobei der Postwagen über den Prellbock hinwegging und in einen am Ende des Gleises vorbeiführenden Graben stürzte. A. wurde gegen eine Tischplatte geschleudert und zog sich eine rechtsseitige Brustquetschung zu, wegen der er vom 27. November bis zum 18. Dezember 1913 dienstunfähig war. Seine Ansprüche aus dem Unfall gegen Beklagte hat A. an den Kläger, die Oberpostdirektion Magdeburg, abgetreten, ferner beruft sich Kläger auf das Unfallfürsorgegesetz vom 18. Juni 1901 (Reichsgesetzbl. S. 211), nach dessen § 12 die dem Verletzten gemäß § 1 des HPLG gegen Eisenbahnbetriebsunternehmer zustehenden Ansprüche auf ihn in Höhe seiner dort näher angegebenen Leistungen vorbehaltlich der Vorschriften des Art. 8 des Eisenbahnpostgesetzes vom 20. Dezember 1875 (Reichsgesetzbl. S. 318) übergegangen seien. In diesem Art. 8 wird bestimmt, daß die Post der Eisenbahn bei der Tötung oder Verletzung eines im Dienst befindlichen Postbeamten den von der Bahn geleisteten Schadenersatz zu erstatten hat, »falls nicht der Tod oder die Körperverletzung durch ein Verschulden des Eisenbahnbetriebsunternehmers oder einer der im Eisenbahnbetriebe verwendeten Personen herbeigeführt ist«.

Daß ein Betriebsunfall vorliegt, kann nicht zweifelhaft sein und wird auch von der Revision nicht bestritten, ebensowenig, daß A. zu den unter § 1 des Gesetzes vom 18. Juni 1901 genannten Beamten der Reichszivilverwaltung gehört. Das Berufungsgericht hat nun erwogen, daß weder ein Fall höherer Gewalt noch eigenes Verschulden des A. oder des Klägers vorliege, der Unfall vielmehr ausschließlich durch die Handlungsweise von D. verursacht worden sei. Hiergegen wendet sich die Revision, die zunächst darauf hinweist, daß die Bahnpostbeamten nach einem zwischen den Parteien getroffenen Abkommen zur Vermeidung von Betriebsunfällen den Bahnpostwagen spätestens eine halbe Stunde nach der Ankunft des Zuges zu verlassen hatten und ihn nicht früher als eine halbe Stunde vor seinem Abgang betreten durften. Danach hätte A.

zur Unfallzeit nicht in dem Postwagen sein dürfen. Der Kläger habe aber seine Beamten dadurch, daß er ihnen keinen Aufenthaltssraum für die dienstfreie Zeit gewährt habe, geradezu veranlaßt, dem Abkommen zuwiderzuhandeln. Von dem Berufungsgericht ist ausgeführt worden, daß ein solches Abkommen durch die Beweisaufnahme nicht völlig bestätigt sei, daß es hierauf aber nicht ankomme, weil weder die Postbeamten noch die Angestellten der Beklagten die Vereinbarung beachtet hätten. Diese letztere Feststellung ist tatsächlicher Art (wird weiter ausgeführt). Es kann aber dahingestellt bleiben, wie es mit der Durchführung des Abkommens auf dem Bahnhof G. gestanden hat, und ob die tatsächliche Nichtbeachtung des Abkommens seitens der beiderseitigen lokalen Beamten ihm jede Rechtsverhehllichkeit nehmen würde, denn die Entscheidung des Berufungsgerichts wird durch seine weitere Erwägung selbständig getragen, daß der Aufenthalt des A. in dem Postwagen außerhalb der nach dem Abkommen zulässigen Zeit überhaupt nicht als Ursache des Unfalls im Rechtsinn angesehen werden könne. Diese findet das Berufungsgericht vielmehr allein in der Tatsache, daß D. mit dem Güterzug rückwärts statt vorwärts fuhr, ohne sich über die richtige Lage der Steuerung zu vergewissern. Dabei weist es darauf hin, daß der Unfall mit dem Rangierbetrieb nichts zu tun habe, vielmehr ganz ebenso eingetreten wäre, wenn sich A. berechtigterweise in dem Wagen aufgehalten hätte, weil etwa der den Postwagen befördernde Zug bereits nach einer halben Stunde hätte abgehen sollen. Diese Erwägung kann die Revision nicht mit der Ausführung beseitigen, das Abkommen habe der Vermeidung von Betriebsunfällen dienen sollen, es sei wie die Unfallverhütungsvorschriften aller Art in erster Linie dazu bestimmt gewesen, im Falle von Ordnungswidrigkeiten schädlichen Folgen vorzubeugen, eine rückläufige Rangierbewegung sei aber nicht einmal ordnungswidrig. Das Berufungsgericht hat den Zweck des Abkommens keinesfalls verkannt, es will vielmehr einen Verstoß gegen dasselbe dann für ursächlich ansehen, wenn bei dem ordnungsmäßigen Bahnbetrieb, etwa bei dem Rangieren eines Zuges, der Postwagen gestoßen worden wäre. Im gegebenen Falle aber würde der Unfall zwar nicht geschehen sein, wenn sich nicht A. entgegen dem Abkommen in dem Wagen aufgehalten hätte, dieser Umstand sei aber gegenüber dem von D. verschuldeten falschen Abfahren des Zuges bedeutungslos. Als rechtsirrig kann diese Auffassung nicht erachtet werden. Von den Umständen, deren Zusammenwirken einen bestimmten Erfolg herbeigeführt hat, kommen als Ursachen im Rechtsinn solche Handlungen in Betracht, deren maßgebende Wirksamkeit für den schädlichen Erfolg nach allgemeiner menschlicher Erfahrung erkennbar war und deshalb auch von dem Handelnden erkannt werden konnte (vgl. auch Kommentar von RGK, Vorbemerkung 5a vor § 823 BGB). Für das falsche Anfahren des Zuges, das mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Unfall führen mußte, trifft das Unbedenklich zu. Wenn nun das Berufungsgericht dieser Tatsache bei dem vorliegenden Sachverhalt eine so überraschende Bedeutung beimißt, daß sie allein als Ursache im Rechtsinn anzusehen sei, der gegenüber die Anwesenheit des A. im Postwagen keine ursächliche Erheblichkeit besitze, so kann dem aus Rechtsgründen nicht entgegengetreten werden. Damit berührt auch die Frage, wie es gekommen ist, daß sich A. in dem Wagen befand, ob ihm das Abkommen bekanntgemacht worden war und es beobachtet wurde, ihre Bedeutung, ebenso brauchte das Berufungsgericht nicht zu prüfen, ob A. den Postwagen beleuchtet hatte, ob seine Anwesenheit dort den Bahnbeamten bekannt war, und ob dem Kläger zugemutet werden darf, daß er seinen Beamten für die Wartezeit einen besonderen Warteraum zur Verfügung stellte. Das Versehen von D. aber hat die Beklagte nach dem oben erwähnten Art. 8 des Eisenbahnpostgesetzes dem Kläger gegenüber zu vertreten. Sollte es aber, wie das Berufungsgericht weiter als möglich ansieht, nach der Einrichtung der Lokomotive, namentlich nach Eintritt der Dunkelheit nicht ohne weiteres zu sehen gewesen sein, wie die Steuerungsscheibe eingestellt war, so würde hierin mit dem Berufungsgericht ein eigenes Verschulden der Beklagten zu erblicken sein, die diesen Mangel hätte beseitigen müssen.»

B. Telegraphenrecht.

1. Keine Haftung der RTB für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 TD).

Reichsgericht, III. BS, Urteil vom 26. Oktober 1923 — III 115. 23.

Die Revision gegen das im Archiv 1923 S. 63 abgedruckte Urteil des OLG Köln vom 30. November 1922 ist vom RG zurückgewiesen worden. Das RG hat damit in dem Streit über die Haftung der RTB für Mängel im Telegraphenbetrieb endgültig zugunsten der RTB entschieden. Aus den Gründen:

»Die Revision wendet nicht ein, daß § 21 TD rechtsunwirksam sei (vgl. Scholz, Post-, Telegraphen- und Fernsprecht § 225 S. 786 und RGZ Bd. 91 S. 644), oder daß § 21 TD die Haftung nur bei technischem Versagen der Einrichtungen, nicht aber bei Versehen der Telegraphenbeamten ausschließe, sondern sie bekämpft unter Berufung auf den Aufsatz des Dr. Herold im Bankarchiv, 22. Jg. S. 206, 207 die dem § 21 vom Berufungsrichter gegebene Auslegung: die dem Beflagten kraft seiner Monopolstellung zustehende und in § 21 erfolgte Freizeichnung beschränke sich nach Wortlaut und Sinn klar und zweifellos auf Verlust, Entstellung und Verspätung, sie sei als Ausnahme von der nach allgemeinen Rechtsregeln bestehenden allgemeinen Haftung eng auszulegen, insbesondere sei es unmöglich, sie auf den Fall der doppelten Abfertigung auszu dehnen, an den die Verfasser der schon seit 1852 bestehenden Vorschrift nicht entfernt gedacht hatten; wenn ein Telegramm drei- oder vier- oder fünfmal zugefertigt werden und trotzdem der Beflagte nicht haften würde, so könnte der Absender ruiniert werden.... Der Auslegung des Berufungsrichters muß beigepröcht werden.

Es handelt sich nicht um Ausdehnung einer Ausnahmever schrift auf rechts ähnliche Fälle (RGZ Bd. 87 S. 286 und 373) und nicht um Ausdehnung einer kasuistischen Ausnahmebestimmung (RGZ Bd. 64 S. 351; Bd. 90 S. 266; Bd. 96 S. 307, 308). Denn der erste Halbsatz des § 21 TD begreift in seiner allgemeinen, gerade nicht kasuistischen Fassung unmittelbar und direkt auch den hier vorliegenden Fall der doppelten Abfertigung. Obwohl der § 21 eine Haftungs beschränkung festlegt, entscheidet der klare Wortlaut und der in demselben ausgeprägte Sinn, und auf die Ansicht und Absicht der Personen, welche diesen Wortlaut seinerzeit geschaffen haben, kommt es nicht an (RGZ 53 S. 302, 305; Bd. 62 S. 291; Bd. 82 S. 357; Bd. 89 S. 187; Bd. 94 S. 242). Das Telegramm ist nicht richtig überkommen, wenn es zweimal zugefertigt wird, unter Umständen, aus denen nicht sofort zweifel frei erhellt, daß die zweite Zufertigung nur eine Wiederholung ist. Mit Recht erblickt der Berufungsrichter in den beiden Zufertigungen einen einheitlichen Vorgang: dieser Vorgang macht die zweite Zufertigung zu einer unrichtigen, insofern sie sich als ein neues selbständiges Telegramm darstellt, während sie in Wahrheit nur eine Wiederholung ist, und er macht zugleich die erste Zufertigung zu einer unrichtigen, insofern sie als das erste von zwei gleichlautenden Telegrammen erscheint, während sie in Wahrheit das einzige nur einmal aufgegebenen Telegramm abgeben soll. Unrichtigkeit ist nicht nur eine Verstümmelung oder Änderung der im Telegramm enthaltenen Buchstaben und Zahlen, sondern jeder Fehler der Überkunft, der das richtige Verständnis der Zufertigung unmöglich macht: die Klägerin behauptete denn auch gerade, daß die empfangende Bank die zweite, also, wie ausgeführt, auch die erste Zufertigung unrichtig verstanden hat und unrichtig verstehen mußte.

Der zweite Halbsatz des § 21 »und hat Nachteile, die durch Verlust, Entstellung oder Verspätung der Telegramme entstehen —, nicht zu vertreten«, ist lediglich ein erläuternder Zusatz, der die allgemeine Tragweite des ersten Halbsatzes keineswegs aufhebt. Die von der Revision unterstellte Möglichkeit einer drei- oder vier- oder fünfmaligen Zufertigung desselben nur einmal aufgegebenen Telegramms kann als über den Rahmen des hier untergebenen Falles hinausgehend dahin-

stehen; könnte sie sich verwirklichen, so würde sich die Frage erheben, ob nicht eine so gehäufte Zustellung genau desselben Wortlauts dem Empfänger offenbar machen mußte, daß ein Fehler unterlaufen²⁾ war.«

2. Keine Haftung der RTB für unrichtige Zustellung eines Telegramms mit unvollständiger Anschrift; Verjüngung des Annahmebeamten um Ergänzung der Anschrift.

LG Dresden vom 25. Mai 1923 — 14. Gg 400. 22.

Die Firma W. gab ein Telegramm an K. in »Schwedt« an. Der Annahmebeamte fragte telephonisch bei der Firma an, welches Schwedt gemeint sei. Auf Grund der Antwort auf seine Anfrage machte er handschriftlich den Zusatz »Kreis Kolberg«. Das Telegramm sollte jedoch nach Schwedt a. D. gehen. Die Firma W. stellte Schadenersatzansprüche wegen falscher Zustellung des Telegramms gegen die OGD Dresden. Die Klage der Firma auf Schadenersatz wurde rechtskräftig abgewiesen. Aus den Gründen:

»Es fragt sich im vorliegenden Falle, was bedeutet überhaupt der Begriff »Überkunft« (§ 21 TD), wann beginnt und wann endet sie. »Überkunft« ist der Übermittlungsakt durch die Telegraphenbehörde von dem Augenblick des ordnungsmäßigen Abschlusses des Telegrammbeförderungsvertrags zwischen der aufgebenden Person und dem Postbeamten an der Telegrammannahme an bis zur ordnungsmäßigen Erledigung der Telegrammbeförderung, z. B. durch Aushändigung des Telegramms an den Empfänger oder durch telephonische Übermittlung des Telegramminhalts an den Empfänger durch die zuständige Postanstalt.

Den Telegrammbeförderungsvertrag hat im vorliegenden Fall ein bei der Klägerin beschäftigtes Mädchen mit dem Zeugen Postsekretär B. bei dem Beflagten abgeschlossen³⁾. In dem Augenblick, wo B. dem Mädchen gegenüber zu erkennen gegeben hat, daß das Telegramm angenommen sei, z. B. durch Setzen eines Annahmevermerks auf das Telegramm oder durch Schließen oder Herunterziehen des Schalterfensters, ist das Telegramm in das Stadium der »Überkunft« eingetreten, d. h. die RTB betrieb von diesem Augenblick an die Übermittlung des Telegramms an den Empfänger.

²⁾ Mit diesem Urteil des RG kann der Streit über die Haftung der RTB für doppelte Zustellung von Telegrammen als abgeschlossen gelten. Als ein weiteres Muster für die sich in gleicher Richtung bewegende Rechtsübung auch der unteren Gerichte mag das Urteil des OLG Berlin-Mitte gegen die OGD Berlin vom 16. Dezember 1921 — 63 C 1071. 21 dienen, das folgende Ausführungen enthält:

»Unter die »Nicht richtige Überkunft« der Telegramme fällt es aber auch, wenn ein Telegramm nicht nur einmal, sondern versehenlich zweimal abgelesen wird. Denn es ist dann eben nicht in der Weise zum Empfänger übergekommen, wie es vom Absender beabsichtigt worden ist. Der § 21 ist nicht dahin auszulegen, daß die Haftung der Telegraphenverwaltung nur für Verlust, Entstellung oder Verspätung ausgeschlossen worden ist, sondern daß »die nicht richtige Überkunft der Telegramme« besagen soll, daß allgemein die Haftung für eine mangelhafte Erfüllung und nur insonderheit bei Verlust usw. mit Rücksicht auf die Billigkeit der Einrichtung und auf die Möglichkeit von Versehen bei der großen Anzahl der Telegramme wegfallen soll.«

Demgegenüber steht das Urteil des OLG Dortmund 2. JA vom 30. Mai 1922 (2 S. 660. 21) vereinzelt da, das annimmt: Der »Telegrammbeförderungsvertrag sei mit der ersten Zustellung erfüllt, die zweite Zustellung sei keine unrichtige Überkunft »des ersten Telegramms«, »sonit« (!) verjüngte § 21 RTD und »demgemäß« (!) hafte die RTB nach den §§ 276, 278 BGB (!)«. — Auf die naheliegende Frage, wie das Rechtsverhältnis der RTB zum Telegrammauslieferer nur hinsichtlich der ersten Zufertigung des Telegramms der RTD unterliegen soll, nicht aber auch hinsichtlich einer nochmaligen Zufertigung genau desselben Telegramms, gibt das OLG Dortmund keine Antwort. Die Unhaltbarkeit dieser rechtlichen Zerreißung der Behandlung eines und desselben Telegramms dürfte mit obigem Urteil des RG wohl nunmehr außer Frage gestellt sein.

³⁾ Das ist falsch. Absender des Telegramms war die Firma W., nicht ihre Botin.

¹⁾ Vgl. dazu die Bemerkung im Archiv 1921, S. 484 Anm. 8 letzter Abs.

Nach der Aussage des Zeugen B. geht das Gericht davon aus, daß dieser das Telefongespräch mit W. erst geführt hat, nachdem er die Urschrift des Telegramms von der Angestellten der Klägerin entgegengenommen und das Telegramm bereits zur Beförderung angenommen hatte. Wenn er dann der Ortsbezeichnung »Schwebt« der Telegrammadresse den Zusatz »Reis Kolberg« hinzufügte, so tat er dies in einem Zeitpunkt, in welchem sich das Telegramm bereits im ersten Abschnitt seiner Beförderung befand. Es kommt also nicht darauf an, ob B. schuldhaft handelte, indem er diesen Zusatz angebracht hat, oder ob er sich auf Grund der telephonischen Rückfrage mit W. für ermächtigt halten durfte, die Worte »Reis Kolberg« hinzuzufügen.

Anders würde nur dann entschieden werden können, wenn das telephonische Gespräch zwischen B. und W. geführt worden wäre zu einer Zeit, zu welcher das Telegramm von der Botin der Klägerin noch nicht zur Beförderung übergeben war.

Die Haftung des Postfiskus ist somit ausgeschlossen. Das entspricht auch der Verkehrsanschauung. Man könnte dem Postfiskus eine Haftung im Umfang des Bürgerlichen Rechts in Fällen wie dem vorliegenden schon aus dem Grunde nicht zumuten, weil der Verkehr weitaus größeres Interesse an einer möglichst billigen Bemessung des Gebührentarifs und einer Beschleunigung des Verkehrs hat als an einer erhöhten Haftung. Letztere würde Kontrollmaßregeln erforderlich machen, die naturgemäß den Gebührentarif erhöhen und die Beförderung verzögern müßten. Diese Erwägungen haben den Gesetzgeber zu der Beschränkung der Haftung des Postfiskus, wie dies in § 21 der TD festgesetzt ist, veranlaßt⁴⁾.

3. Hat der Telegrammauslieferer ein klagbares Recht auf Nennung des Namens von Telegraphenbeamten?

a) OLG Oppeln, 3. RM. Urteil vom 19. September 1923 — 2c D 267. 23.

Die Firma G. gab beim RM Oppeln ein Telegramm an R. auf, wonach R. 35 holländische Gulden verkaufen sollte. Das Telegramm kam verstümmelt an. Der Firma G. entstand dadurch Schaden, sie verlangte von der OGD Oppeln Nennung des Namens des Beamten, der die Verstümmelung verschuldet habe.

Die Firma G. klagte nunmehr gegen die OGD Oppeln mit dem Antrage: den Beklagten zu verurteilen, der Klägerin die Einsicht in die Vorgänge zu gestatten, welche sich auf das Telegramm der Klägerin an R. über den Verkauf von 35 holländischen Gulden beziehe, ev. der Klägerin die Namen der Beamten anzugeben, welche für die Beförderung des Telegramms verantwortlich sind. Die Klage ist rechtskräftig abgewiesen worden. Aus den Gründen:

»Die Kammer schließt sich im wesentlichen der Auffassung an, wie sie in dem Urteil des Oberlandesgerichts in München vom 23. Januar 1914 — L. 775/13 niedergelegt ist⁵⁾. Es kann

⁴⁾ Die treffenden Schlußworte des Urteils werden beeinträchtigt durch den Fehler, den das Gericht bei der Bewertung des Telefongesprächs des Annahmebeamten macht. Für die Anwendbarkeit des § 21 RTD kann es keinen Unterschied machen, ob dieses Gespräch vor oder nach der Annahme des Telegramms stattgefunden hat. Nach § 21 RTD haftet die RTW nicht für die Übermittlung des Telegramms an den richtigen Empfänger. Dies gilt nicht nur dann, wenn die Anschrift des Telegramms richtig und vollständig ist, sondern um vieles mehr auch dann, wenn sie unvollständig ist. Wenn der mit der Annahme des Telegramms befaßte Beamte der RTW Versuche macht, eine als unvollständig erkannte Telegrammanschrift zu ergänzen, so kann die Tatsache, daß diese Versuche ganz erfolglos geblieben sind oder nicht zur Feststellung der richtigen Anschrift geführt haben, nicht die Folge haben, daß die in § 21 RTD ohne jede Einschränkung abgelehnte Haftung der RTW dann eintritt, wenn diese Versuche zufällig noch vor der Annahme des Telegramms liegen. Ein etwaiges Verschulden eines Beamten in diesen Fällen, in denen überhaupt noch kein Beförderungsvertrag hinsichtlich des Telegramms zustande gekommen ist, kann unmöglich eine Haftung des Reichs begründen, wenn ein gleiches Verschulden nach Zustandekommen des Beförderungsvertrags nicht imstande ist, eine Haftung des Reichs zu begründen.

⁵⁾ Das Urteil ist auf S. 34 abgedruckt.

dahingestellt bleiben, ob der Standpunkt der Klägerin richtig ist, daß ihr für den Schaden der schuldige Beamte des Postamts Oppeln haftet, und ob der Schuldige in vorliegendem Fall überhaupt ermittelt oder zu ermitteln ist. Denn selbst wenn in dieser Beziehung das Vorbringen der Klägerin richtig wäre, würde ihr Antrag nicht begründet sein.

1. Was den Anspruch auf Einsicht in die Vorgänge anlangt⁶⁾, so könnte sich dieser Anspruch auf den Beförderungsvertrag oder auf § 810 BGB stützen. Ein sachenrechtlicher Anspruch kommt nicht in Frage, denn das dem Postamt übergebene Ursprungstelegramm ist Eigentum des Reichs geworden, und was die übrigen Vorgänge anlangt, so kommt Sachenrecht an diesem unzweifelhaft nicht in Betracht. Aus dem Beförderungsvertrag folgt ein Recht auf Einsicht nicht. Der Beförderungsvertrag ist in der Telegraphenordnung vom 16. Juni 1904 — Reichszentralbl. S. 229 ff — geregelt. Gemäß § 23 Abs. 1 TD sind Absender berechtigt, sich beglaubigte Abschriften der von ihnen aufgegebenen Telegramme ausfertigen zu lassen, wenn sie Ort und Zeit der Aufgabe genau angeben können und die Urschriften noch vorhanden sind. Damit sind die Rechte der Absender in bezug auf die Telegramm Vorgänge erschöpfend geregelt, ein weiteres Recht auf Einsicht und Gebrauch der Vorgänge ist ihnen aus dem Vertrag nicht gegeben. Auch auf § 810 BGB kann der Anspruch auf Einsicht nicht gestützt werden. Das, was die Klägerin einsehen will, sind die Vermerke der Post und solche Teile der Vorgänge, aus denen hervorgeht, welche Beamten die Beförderung des Telegramms bewirkt haben und wie sie dabei verfahren sind. Gerade diese Teile der Vorgänge aber sind lediglich Sache des inneren Dienstbetriebs der Post, und es ist anerkanntes Recht, daß solche Urkunden nicht unter § 810 BGB fallen.

II. Auch ein Recht auf Nennung des Namens der an der Beförderung beteiligten oder des schuldigen Beamten — falls dieser überhaupt ermittelt sein sollte — besteht nicht⁷⁾. Ein Anhalt dafür, daß der Beförderungsvertrag ein solches Recht gäbe, ist nicht vorhanden, weder im Gesetz noch in der TD. Die Klägerin hat auch selbst nichts Näheres zur rechtlichen Begründung ihres Antrags aus diesem Gesichtspunkt vorgebracht. Aus dem Umstand allein, daß ein etwa bestehender Anspruch der Klägerin nicht verwirklicht werden könnte, weil sie den Namen des haftbaren Beamten ohne Auskunft der Postbehörde nicht ermitteln kann, kann der Anspruch nicht gerechtfertigt werden. Dafür, daß ein solcher Anspruch aus einer unerlaubten Handlung gegeben sein könnte, fehlt jeder tatsächliche und rechtliche Anhalt. Inwieweit etwa ein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf Namensnennung besteht, kann unerörtert bleiben. Denn ein solcher Anspruch könnte nicht zum Gegenstand eines Zivilprozesses gemacht, sondern nur nach Maßgabe der dafür bestehenden Vorschriften des öffentlichen Rechts verfolgt werden.«

⁶⁾ Das Gericht hat die von der RTW erhobene Einrede der Unzulässigkeit des Rechtswegs nur insoweit für begründet erachtet, als der Kläger seinen Anspruch als öffentlich-rechtlichen geltend gemacht hat. Es erachtet dagegen den Rechtsweg für zulässig, soweit der Klageanspruch sich auf sachenrechtliche Rechte, auf die RTD und auf § 810 BGB stützt. Hierbei betont das Gericht, daß die Frage, inwieweit ein Recht auf Auskunftserteilung besteht, in der RTD § 23, I erschöpfend geregelt ist. Folgerichtig hätte dann § 810 BGB nicht in Betracht gezogen werden sollen. Immerhin geht das Gericht bei Prüfung des § 810 BGB selbst nicht fehl.

Auffallen muß der Klageantrag, wonach Nennung des »verantwortlichen« Beamten verlangt wird. Kein Telegrammauslieferer hat das Recht, von der RTW Nachforschungen über die »Verantwortlichkeit« (mithin: über die Schuld) eines Beamten zu verlangen.

⁷⁾ Das Urteil verneint nur die Frage, inwieweit ein klagbares Recht auf Nennung des Beamten besteht. Unberührt bleibt die Frage, wieweit die vorgesetzte Dienstbehörde aus sonstigen Gründen Anträgen auf Nennung des Namens ihrer Beamten stattgeben soll und kann. Jedenfalls bietet auch das öffentliche Recht keinen Anhalt dafür, daß unter gewissen Voraussetzungen ein zwingungsweise durchsetzbares Recht auf Nennung solcher Namen bestände.

b) Urteil des OLG München vom 23. Januar 1914 — S. 715/13.

Ein Bankgeschäft in M. hatte 1912 telegraphisch eine Londoner Firma mit dem Verkauf von 500 Aktien beauftragt. Durch Verschlehen eines Telegraphenbeamten in M. wurde die Zahl 5 000 übermittelt. Das Bankgeschäft behauptete, hierdurch erheblichen Schaden erlitten zu haben, und klagte gegen die Postverwaltung mit dem Antrag:

1. das vollständige Urschrifttelegramm nebst den zur Aufnahme von dienstlichen Vermerken bestimmten Abschnitten dem Kläger zur Einsicht vorzulegen,
2. oder den Namen des Beamten zu nennen, der das bezeichnete Telegramm mit der Zahl 5 000 weitergab,
3. oder 2 902,30 M. nebst Zinsen seit Klageerhebung zu zahlen.

Die Klage wurde in beiden Rechtszügen abgewiesen. Aus den Gründen des OLG:

»Da ein Telegramm aus Bayern nach London freitig ist, so kommt nicht die Bayer. TD vom 29. Juni 1904, sondern in erster Linie der Internationale Telegraphenvertrag von 1875 in der Disaboner Fassung von 1908 samt Ausführungsvereinbarung, hilfsweise aber die RTO zur Anwendung. Das ergibt sich ohne weiteres aus § 23 der Bayer. TD und § 24 der RTO. Über die Haftung bestimmt zunächst Art. 3 des Internationalen Telegraphenvertrags, daß die Vertragsparteien in Bezug auf den internationalen Telegraphendienst keine Verantwortlichkeit übernehmen; diese Ablehnung entspricht inhaltlich genau der gleichen Haftungsablehnung in § 21 RTO, § 20 Bayer. TD. Sie stammt übrigens schon aus den frühesten Zeiten der Anfänge des Telegraphenwesens (vgl. z. B. Bayer. RegBl 1865 Sp. 1425, 1566; 1868 Sp. 2577); ihre Geltung unabhängig von den Landesgesetzen des Absendungs- und Empfangsorts ist niemals bestritten worden und untreibbar, mag man öffentliches oder Vertragsrecht zugrunde legen; denn letzterenfalls bilden der Internationale Telegraphenvertrag und die RTO Grundlage und Bestandteil des Werkvertrags, den die Telegraphenverwaltung mit dem Absender eines Telegramms schließt (vgl. Laband StR Bd. III S. 88). Der Ausschluß jeder Haftung auch für Böswilligkeit der Telegraphenbeamten ist jedenfalls nach Deutschem Bürgerlichen Recht zulässig (§ 278 BGB)^{a)}. Die an Stelle der sachlichen Haftung allein gewährte Gebührenrückzahlung für versäumte Telegramme (Int. Tel. Vertr. Ausf. B LXXI, TD § 21) ist hier nicht in Streit. Über die Haftung der Angestellten der Telegraphenverwaltung gegenüber dem Absender enthalten die eben angeführten Rechtsquellen nichts, in Deutschland wird aber das Bürgerliche Recht zugrunde gelegt, und hat demgemäß das Reichsgericht mehrfach aus § 839 BGB staatliche Telegraphenbeamte wegen fahrlässiger Versäumung oder Verzögerung von Depeschen zum Schadensersatz gegenüber dem Absender oder Empfänger verurteilt, weil die Beachtung der Dienstvorschriften eine ihnen gegenüber dem Absender und dem Empfänger obliegende Amtspflicht darstelle (vgl. RGZ Bd. 37 S. 250; Gruchots Beitr. Bd. 43 S. 500, Bd. 48 S. 929; JW 1912 S. 751; Recht 1904 Nr. 2102, 1911 Nr. 62; Sörgel Rechtspr. 1912 § 839 Nr. 30; Delius, Haftpflicht des Beamten S. 444; Dambach, Postwesen S. 132 ff.; Mischenborn, PostG S. 109 ff.). Unangefochten ist allerdings diese Meinung gerade mit Rücksicht auf die Eigenart des Telegraphendienstes und den darauf beruhenden Haftungsausschluß der Telegraphenverwaltung selbst nicht geblieben (vgl. Reichert in JW 1913 S. 525, insbesondere hin-

sichtlich der Rechtsübung in der Schweiz^{b)}). Privattelegraphenverwaltungen und deren Angestellte kommen im Deutschen Reich zufolge des Telegraphenmonopols nicht in Frage.

In welcher Weise sich der Geschädigte Kenntnis von der Persönlichkeit des schuldigen Beamten zu verschaffen hat, und welche Pflichten etwa der Telegraphenverwaltung ihm gegenüber in diesem Punkte obliegen, darüber enthält weder der Internationale Telegraphenvertrag noch die RTO oder die Bayer. TD ausdrückliche Vorschriften. Zu den von der Klägerin versuchten Mitteln, nämlich Geltendmachung einer Pflicht zur Urkundenvorweisung oder Namensnennung, ist folgendes zu bemerken:

a) Nr. LXX der Ausf. übereink. zum Internationalen Telegraphenvertrag bestimmt:

»Die Urschriften oder die Abschriften der Telegramme dürfen nur dem Absender oder dem Empfänger nach Feststellung ihrer Identität oder auch dem Bevollmächtigten eines von jenen mitgeteilt werden.

Der Absender und der Empfänger eines Telegramms oder deren Bevollmächtigte sind berechtigt, sich beglaubigte Abschriften dieses Telegramms oder der dem Empfänger zugestellten Ausfertigung geben zu lassen, falls die Bestimmungsverwaltung eine Abschrift hiervon aufbewahrt hat. Dieses Recht erlischt nach der für die Aufbewahrung des Telegrammmaterials festgesetzten Zeit (nämlich nach 10 Monaten vom Schluß des Aufgabemonats an gerechnet, vgl. Nr. LXIX).

Der erste Absatz der Internationalen Vorschriften fehlt in beiden TD. Die Bayer. Dienstvorschriften zu § 22 TD, die § 23 RTO gleichlauten, lassen durch ihre Fassung keinen Zweifel, daß das Recht auf Abschrift sich nur auf die vom Absender niedergeschriebenen Worte des Ursprungstelegramms beschränkt, nicht aber die nach § 6 Dienstanw. dieser Urschrift des Ursprungstelegramms beigefügten Dienstvermerke mitumfaßt (Bestimmungs- und Aufgabeanstalt, Telegrammgattung, laufende Nr. der Telegraphenrechnung, Zahl der Tagworte, Aufgabezeit, Angabe der Beförderungszeit, der benutzten Leitung und des befördernden Beamten, Bemerkungen über Verzögerung und Zwischenfälle sowie Gebührenberechnung; vgl. Beilage I zu § 2 Bayer. TD). Es geht daraus ohne weiteres hervor, daß sowohl die RTO als die Bayer. TD. den ersten Absatz der Nr. LXX Intern. Ausf. übereink. dahin auslegen, daß, selbst wenn darin nicht nur ein Verbot der Offenlegung an dritte Personen, sondern auch ein Gebot der Vorzeigung der Urschrift an die Telegrammbeteiligten enthalten sein sollte, dieses Gebot sich jedenfalls auf die vom Absender niedergeschriebenen und der Telegraphenanstalt übergebenen Worte beschränkt. Diese Auffassung stimmt mit dem Begriff des Ursprungstelegramms in § 3 TD und Nr. VI bis XIV Intern. Ausf. übereink. überein. Es beruht dies offenbar auf dem Gedanken, daß die Dienstvermerke lediglich Sache des inneren Dienstbetriebs sind, und diese Auffassung wird durch die Tatsache unterstützt, daß weder der Internationale Telegraphenvertrag noch die TD etwas über die Dienstvermerke bestimmen, insbesondere auch nicht etwa vorschreiben, daß der Name des weitergebenden Beamten auf der Telegrammurschrift vermerkt werden müsse.

Es ist aus diesem Zusammenhang der Vorschriften zu entnehmen, daß der Internationale Telegraphenvertrag und die TD die Frage der Vorzeigung und Abschrifterteilung von Telegrammen schon wegen der Verschiedenheit des Landesrechts und wegen der Eigenart des Telegraphenbetriebs erschöpfend regeln wollten; dies konnten sie insbesondere in Deutschland nach Art. 48 RVerf. ohne formelles Gesetz, und das gleiche ist von jeher in Bayern angenommen worden (vgl. Seydel-Grazmann, Bayer. StR Bd. 2 S. 371 ff., Laband, StR Bd. 3 S. 88). Auch diese Regelung stammt übrigens bereits aus den frühesten Zeiten des internationalen Telegraphenverkehrs. Der Kläger kann sich also für Herausgabe der dem Telegra-

^{a)} Dies ist wieder ganz zivilistisch gedacht. Wer die Zulässigkeit des Haftungsausschlusses in § 21 TD und im Internationalen Telegraphenvertrag aus § 278 BGB beurteilt, wird der Rechtsnatur der TD und des Telegraphenvertrags nicht gerecht. Es handelt sich nicht um Vertragsbedingungen, wie z. B. bei Versicherungsbedingungen einer Versicherungsgesellschaft (vgl. wegen der Rechtsnatur der TD: Rechtsverordnung Postarchiv 1923 S. 64 Anm. 2a). Bei Gestaltung der Vorschriften über die Bedingungen der Benutzung des Telegraphen (§ 2 des Ges. über Telegraphen- und Fernsprechgebühren vom 6. Mai 1920 — RGBl. S. 894) ist der RRM Organ der Reichsgesetzgebung und nicht an das BGB gebunden.

^{b)} Das RG hat die Ansicht Reicherts bereits im Urteil vom 30. April 1912 III 384. 11. JW 1912 S. 751 3. 15 abgelehnt und daran seitdem festgehalten. Vgl. ferner RG vom 18. Februar 1913 Archib 1913 S. 612, 613.

phenant M. übergebenen und zweifellos in das Eigentum des Staates übergegangenen Niederschrift des Ursprungs-Telegramms mit den nachträglich darauf gesetzten Dienstvermerken weder auf den Beförderungsvertrag noch auf die außertragliche Bestimmung des § 810 BGB berufen. Hat er aber auf Offenlegung dieser Dienstvermerke kein Recht, so hat umgekehrt der Beklagte seinerseits das Recht, bei Vorzeigung der ursprünglichen Niederschrift des Klägers — die ihm unbestritten niemals verweigert worden ist — Maßregeln zu treffen, welche die Geheimhaltung der Dienstvermerke wirksam sichern. Eine solche Sicherungsmaßregel stellt auch das Abschneiden der Dienstvermerke und deren Zurückbehaltung bei der Vorzeigung des Telegramms an den Absender dar; denn dadurch wird er ebensowenig in seinem Rechte beeinträchtigt, als wenn ein Stück leeren Papiers seines in das Staatseigentum übergegangenen Telegramms weggeschnitten wird, da der ihm offenzulegende Inhalt seiner Niederschrift dadurch nicht beeinträchtigt wird. Ebenso zulässig ist es, wenn das aufgelieferte Blatt Papier mit der Telegrammniederschrift des Absenders erst auf ein bayerisches Telegrammformular mit dem vorgeschriebenen Vordruck für Dienstvermerke geklebt wurde, diese beiden Stücke wieder voneinander zu trennen. Ganz ähnlich liegt die Sache, wenn, wie hier, das ursprüngliche Telegramm auf ein sogenanntes Reichsformular geschrieben und von der Annahmestation darauf ein Zettel mit dem bayerischen Dienstvordruck geklebt und ausgefüllt war; dann wird eben dieser Zettel wieder entfernt und zurückbehalten.

Alles dies hat mit einem strafrechtlichen Vergehen, insbesondere Vernichtung oder Unterdrückung einer Urkunde (vgl. § 274 StGB mit RGSt Bd. 33 S. 288) nicht das mindeste zu tun, weil eben das Urtelegramm im Staatseigentum steht und dem Absender ein Recht auf die Dienstvermerke nicht zusteht.

b) Ebensowenig besteht ein Recht auf Namensnennung des schuldigen Beamten. Schon das Erstgericht hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Klägerin selbst nicht irgendeine Vertragspflicht dieses Inhalts behauptet. Auch in der Berufungsinstanz hat sie dies nicht versucht, sondern die Pflicht zur Namensnennung lediglich aus der Nichterfüllung der Vorlagepflicht gemäß § 810 BGB und der angeblichen Beschädigung der Urkunde begründet. Da eine Vorlagepflicht hinsichtlich der Dienstvermerke nach dem oben Vorgeführten nicht besteht und deren Abtrennung und Zurückbehaltung ein Recht der Klägerin nicht verletzt hat, fällt der hieraus abgeleitete Anspruch ohne weiteres in sich zusammen. Daß die Benennungsfrage nicht auf §§ 823 oder 831 BGB gestützt werden kann, hat bereits der Erstrichter zutreffend dargelegt; denn für § 823 fehlt es an der Verletzung eines besonderen Rechtsgutes, und § 831 muß schon wegen des allgemeinen Haftungsausschlusses der PB ausscheiden. Nun hat die Klägerin versucht, einen Anspruch aus § 826 BGB dadurch auszugestalten, daß sie das Verschweigen des Namens bei absichtlicher oder fahrlässiger Beschädigung durch den Beamten als den guten Sitten widerstrebend hinstellt. Die Klägerin übersieht hierbei, daß sie die Benennungspflicht nur auf öffentliches Recht (Amtspflicht) gründen kann, weil sie selbst mittelbar zugibt, eine Vertragspflicht bestehe hierfür nicht. Auf Erfüllung öffentlich-rechtlicher Pflichten kann aber eine Zivilklage nicht gestützt werden (vgl. z. B. RGZ Bd. 71 S. 48, Bd. 82 S. 130; Schierlinger Anh. zu Gaupp ZPD S. 133 ff.). Andererseits irrt die beklagte Partei, wenn sie meint, ein Urteil auf Nennung des Namens des schuldigen Beamten wäre nicht vollstreckbar. Ein derartiges Urteil ist ohne weiteres nach § 888 ZPD mit § 15 GG z. ZPD und Art. 9 bayer. VG durch Geldstrafe oder Haft gegen den gesetzlichen Vertreter des Fiskus, hier den Vorstand der einschlägigen Oberpostdirektion, vollstreckbar; denn hier ist nicht eine Geldforderung, sondern ein Anspruch auf Vornahme einer unvertretbaren Handlung in Frage⁴⁰). Es ist aber auch hier ein Benennungsanspruch

zu verneinen. Allerdings spricht Tambach PostG S. 133 von einer Pflicht der PB, auf Verlangen den Namen des schuldigen Beamten zu nennen, ohne sich über die Schuldfrage selbst zu äußern. Es ist aber nicht ersichtlich, ob er damit eine privatrechtliche oder eine öffentlich-rechtliche Pflicht meint. . . . Mischenborn, PostG S. 111 äußert keine eigene Meinung über die Frage, sondern gibt nur die Äußerung des bayerischen Verkehrsministers wieder; das gleiche gilt für Jllmann, Haftpflicht der Postverwaltung (S. 124); Riggel, Postrecht, erwähnt die Streitfrage überhaupt nicht. Letztere beschränkt sich übrigens keineswegs auf den Bereich der PB, sie tritt vielmehr in allen Geschäftszweigen des Staates und der Gemeinden da auf, wo eine Haftung dieser juristischen Personen selbst ausgeschlossen, der schuldige Beamte aber nicht ohne weiteres für den Geschädigten erkennbar ist. Eine grundsätzliche Erörterung ist freilich auch in den einschlägigen Erläuterungen des Beamtengesetzes nicht zu finden. Daß es sich nicht um eine privatrechtliche, sondern nur um eine öffentlich-rechtliche Pflicht handeln kann, zeigt schon die Erwägung, daß bei den Privattelegraphenanstalten zweifellos weder eine Haftung für Angestellte aus § 278 BGB noch aus § 831 BGB besteht, § 839 BGB aber nicht anwendbar wäre. Kann aber die Haftung überhaupt nur auf die Beamteneigenschaft gestützt werden, so könnte auch die Nennungspflicht nur auf dem Beamtenrecht, d. h. also öffentlichem Recht, beruhen, und diese ist nicht im Rechtsweg mittels Erfüllungprozesses verfolgbar. Bemerkte mag aber folgendes sein: . . . Die Klägerin hat sich auf die Äußerungen des Verkehrsministers in der bayerischen Abgeordnetenversammlung berufen; diese Äußerungen im Zusammenhang mit den anderen Rednern spricht aber nicht zugunsten, sondern zuungunsten der Klägerin. . . . Jedenfalls aber muß mangels einer Erfüllungsklage es der Postverwaltung überlassen bleiben, nachzuprüfen, ob für sie als allgemeine Amtspflicht die Notwendigkeit besteht, den Beamten zu nennen. . . . Im übrigen muß jeder Kaufmann, der ein Bankgeschäft führt, wissen, daß eine Haftung der Telegraphenverwaltung nicht besteht, und daß der Telegraphenverkehr, auch abgesehen von Verstößen der Beamten, eine unbedingte Sicherheit für getreue Übermittlung nicht bietet, endlich daß die Inanspruchnahme der Beamten angesichts der Pfändungsbeschränkungen für große Beträge in der Regel nur eine sehr zweifelhafte Sicherheit gewährt. Bestehen hiernach die vom Klageartikel behaupteten Rechtspflichten auf Urkundenherausgabe und Benennung des Beamten nicht, so kann auch nicht von einem Recht auf Geldentschädigung wegen Nichterfüllung dieser Pflicht gesprochen werden. Im übrigen besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Klägerin zu einem erheblichen Teil an ihrem Schaden selbst schuld ist, weil sie trotz der Nichthaftung der Telegraphenanstalt und der leichten Möglichkeit einer unrichtigen Übermittlung (z. B. bei Leitungsstörungen) sich nicht des Mittels der Telegrammvergleichung bedient hat, wodurch die Kosten nur um ein Viertel erhöht worden wären, was angesichts der sonstigen Depeschekosten und des in Frage stehenden Betrags keine Rolle gespielt hätte . . .⁴¹).

4. Nebenkosten und Generalkosten bei Beschädigung von Telegraphenstangen.

LG Altenburg, 2. ZR, Urteil vom 15. Mai 1922 — 3 S. 139. 21.

Der Kraftwagen des E. beschädigte eine Telegraphenstange auf einer Straße. Die Stange wurde ausgetauscht. E. erkannte seine Pflicht zum Ersatz des Schadens an, soweit es sich um die Selbstkosten für das eingebaute Material sowie um

und OLG Königsberg vom 19. März 1920 — Rechtsprechung der OLG 20 S. 370) ergibt sich, wie sehr ein solches Urteil öffentlich-rechtliche Pflichten erzwingen würde und daß deshalb der Rechtsweg eben unzulässig sein muß.

⁴¹) Die Schlusssführungen, besonders darüber, ob ein materieller Anspruch auf Namensnennung besteht, mußten strenggenommen unterbleiben, weil ja der Rechtsweg unzulässig ist.

⁴⁰) Das Gericht will damit seine Ansicht, wonach der Rechtsweg unzulässig ist, unterstützen. Aus der Vollstreckungsmöglichkeit eines auf Namensnennung gehenden Urteils (vgl. wegen § 888 ZPD bei Urteilen gegen den Fiskus auch RGZ 43 S. 305

Löhne und Reisekosten für die Arbeiter handelte. Die Zahlung von Nebenkosten und Generalkosten lehnte S. ab. Der Anspruch der DPD Leipzig auf Zahlung dieser Kosten wurde vom AG und LG anerkannt. Aus den Gründen:

»Nach den §§ 67, 68 RRM VII, 1 sind unter Nebenkosten die Kosten für Hilfsmaterialien, Verpacken, Abzählen, Abwiegen usw. der Materialien, Apparate usw. zu verstehen, unter Generalkosten die der RTB mittelbar entstandenen Kosten, wie Besoldungen der Beamten, Ruhegehälter, anteilige Mietwerte der Diensträume und Materialienlager, anteilige Kosten für Amtsbedürfnisse und Ausstattungsgegenstände, Beiträge der Verwaltung zu den Krankenkassen, zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter usw.

S. glaubt nun, daß er nicht verpflichtet sei, zu diesen Kosten mit beizusteuern, weil sie eine private Firma auch nicht in Ansatz brächte. Die Auffassung ist aber nicht richtig. Es bedarf keiner besonderen Ausführung darüber, daß jeder Geschäftsmann alle diese Kosten ohne weiteres mit einkalkuliert, wenn er Waren verkauft oder Werk- oder Dienstverträge ausführt. Sie erscheinen nur nicht als besondere Posten auf der Rechnung, wie es bei dem Fiskus geschieht. Dieses Verfahren ist aber bei solchen großen Betrieben wie den fiskalischen nicht zu vermeiden. Es ist auch ein Beweis dafür, daß der Fiskus beim Aufstellen seiner Rechnungen mit großer Gewissenhaftigkeit vorgeht.

S. meint weiterhin, daß alle diese Ausgaben für Diensträume, Gehälter, Krankenkassen usw. dem Fiskus auch sonst entstanden wären und daß sie in keinem Zusammenhang mit dem von ihm verursachten Schaden stünden. Diese Ansicht wäre nur dann richtig, wenn der durch S. verursachte Schaden der einzige wäre, den die TB erleidet. Aber es kann wohl angenommen werden, daß bei einem so großen Betrieb, der noch dazu durch seine Beschaffenheit zahlreichen Gefährdungen ausgesetzt ist, häufig derartige Unfälle entstehen. Dies ergibt sich auch schon daraus, daß sich die Notwendigkeit gezeigt hat, zu regeln, was die Beschädigten in solchen Fällen zu erstatten haben (vgl. § 67 Abs. 2). Ein Teil der Beamten, Arbeiter und Angestellten wird also nötig sein ausschließlich zur Wiederherstellung derartiger Schäden. Und bei jedem solchen Schaden werden Diensträume und Materialienlager in Anspruch genommen, ebenso wie Amtsbedürfnisse und Ausstattungsgegenstände: und es müssen Arbeiter, Beamte und Angestellte beschäftigt und befolde werden, sie schädigen ihre Gesundheit und beanspruchen Renten und Ruhegehälter. So, wie dies bei jeder Beschädigung der Fall ist, die im Telegraphenbandienst ausgebeßert werden muß, so ist es auch im Falle S.

Schließlich bemängelt S. noch die Art der Ausrechnung der Prozentsätze, die bei derartigen Schäden in Ansatz gebracht werden. Auch diese Einwendungen sind nicht stichhaltig. Die anteiligen Prozentsätze der General- und Nebenkosten werden vom RRM festgesetzt. In bestimmten Zeiträumen läßt es durch die einzelnen DPD feststellen, wieviel auf je 100 M. Beschaffungskosten für Telegraphenstangen, Porzellandoppelglocken, Eisenmaterialien, Draht usw. in ihren Bezirken Kosten erforderlich sind für das Streichen der Stangen, deren ordnungsmäßiges Lagern, das Aufschrauben der Gloden auf die Stützen, den Hanfverbrauch, Bruch bei Gloden, Röhren, Verpacken, Schichten der Gloden, Diamantfarbe, Leinölfirnis, Streichen der Eisenbaustoffe usw. Gleichzeitig müssen die DPD feststellen, welche anteiligen Gehaltsbezüge die beim Bau beschäftigten, mit der Annahme der Baustoffe beauftragten und in den Büros mit der Bearbeitung der Bauangelegenheiten beschäftigten Beamten erhalten, welche anteiligen Mietwerte für die Diensträume und Baustofflager und welche anteiligen Kosten für die Amtsbedürfnisse und Ausstattungsgegenstände anzusetzen, welche Beiträge der Verwaltung zu den

Krankenkassen und zur Alters- und Invalidenversicherung zu leisten sind.

Aus allen diesen Einzelbeträgen setzt dann das RRM die General- und Nebenkosten zusammen. Dies ergibt sich aus den überreichten Akten.

S. bestreitet nicht, den Telegraphenmast beschädigt zu haben und zum Schadenersatz verpflichtet zu sein (§ 823 BGB). Er bestreitet nur den Umfang der Ersatzpflicht. Wer zum Schadenersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre. Ist wegen Beschädigung einer Sache Schadenersatz zu leisten, so kann der Gläubiger statt der Herstellung den dazu erforderlichen Gelbbetrag verlangen (§ 249 BGB). Von der Befugnis des zweiten Satzes hat der Fiskus hier Gebrauch gemacht. Daß der Gelbbetrag, den er von S. erstattet verlangt, zur Herstellung des Schadens erforderlich war, hat das Gericht im vorstehenden ausgeführt.

5. Keine Haftung der RTB für falsche Auskunft am Schalter.

a) Urteil LG I Berlin vom 15. Januar 1923 — 62 D 264. 22.

Am 19. Mai 1922 lieferte P. ein Telegramm an R. in New York auf. Am 22. Mai teilte ihm das RA mit, das Telegramm sei unbestellbar. Darauf gab P. am 22. Mai dasselbe Telegramm mit einem kleinen Zusatz in der Aufschrift nochmals auf. Am 26. Mai erfuhr er, daß das erste Telegramm inzwischen bestellt worden war. P. verlangte von der DPD Berlin die Erstattung der Gebühren für das zweite Telegramm. Seine Klage wurde rechtskräftig abgewiesen. Aus den Urteilsgründen:

»Der Kläger behauptet, er habe das zweite Telegramm erst aufgegeben, nachdem seine Büroangestellten am Schalter des Postamts die Auskunft erhalten hätten, daß die Unbestellbarkeit des Telegramms die Folge der unvollständigen Anschrift gewesen sei. Die unnötige Wiederholung des Telegramms sei lediglich verursacht worden durch zwei unrichtige Auskünfte der Post, nämlich die erste Meldung, daß das Telegramm vom 19. Mai unbestellbar sei, und die zweite Auskunft am Schalter. Hierin liege ein Verschulden der Beamten des Beklagten, für das der Beklagte einzustehen habe, indem er dem Kläger die diesem erwachsenen Kosten für das zweite Telegramm erstatten müßte. —

Zunächst ist nicht ersichtlich, weshalb in der Meldung, daß das Telegramm vom 19. Mai unbestellbar sei, eine unrichtige Auskunft der deutschen Postverwaltung gelegen haben soll, zumal der Kläger selbst nicht behauptet, daß die Bestellung des ersten Telegramms von vornherein erfolgt ist. Selbst wenn aber angenommen wird, daß die Anschrift des ersten Telegramms zur sofortigen Bestellung ausgereicht hat, so könnte das daraus hergeleitete Verschulden lediglich die amerikanische Radio-Gesellschaft treffen, nicht aber die deutsche Postverwaltung, die die Unbestellbarkeitsmeldung lediglich an den Kläger weitergegeben hat.

Aber auch die der Angestellten des Klägers am Schalter des Postamts erteilte Auskunft vermag — die Richtigkeit ihres vom Kläger vorgetragenen Wortlauts unterstellt — eine Haftung des Beklagten nicht zu begründen. Auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1910 ist eine solche nicht gegeben, weil ein etwaiger durch Verletzung einer Amtspflicht verursachter Schaden nicht in Ausübung einer dem Beamten anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügt sein würde, das Gesetz vom 22. Mai 1910 aber diese Haftungs Voraussetzung aufstellt.

Ebenso wenig kann eine Haftung aus § 831 BGB in Frage kommen. Denn der Schalterbeamte war zweifellos nicht beauftragt, Auskünfte zu erteilen, jedenfalls nicht in einer Anfrage wie der vorliegenden, die er ohne vorherige Nachforschungen nicht einwandfrei beantworten konnte. Das mußte sich der Kläger ohne weiteres selbst sagen und danach den Wert der erhaltenen Auskunft beurteilen. Hier fehlt mithin als Voraussetzung der Haftung, daß der Schadenszufügende von dem Ersatzpflichtigen zu einer Verrichtung, der Auskunftserteilung, bestellt worden ist.

das Gericht mithin zur sachlichen Prüfung der materiellen Berechtigung des Anspruchs nicht zuständig war.

Das Urteil ist zu einem wesentlichen Teil auch in der »Rechtsprechung der DVG« von Mugdan-Zalkmann, Bd. 28 S. 314—317, abgedruckt. (Vgl. auch Scholz, Post-, Telegraphen- und Fernsprechrecht § 225 Anm. 18 S. 786.)

Endlich liegt auch nicht ein Verschulden einer Hilfsperson »bei Erfüllung einer Verbindlichkeit« vor, die eine vertragliche Haftung des Beklagten begründen könnte. Denn der § 278 BGB regelt nur die Haftung des Schuldners aus dem Schuldverhältnis, das erfüllt werden sollte, nicht aber die Haftung des Geschäftsherrn aus selbständigen, nur bei Gelegenheit der Erfüllungshandlung begangenen Handlungen des Gehilfen. Lediglich um eine solche handelt es sich hier aber, wenn der Kläger sich auf die ihm erteilte Auskunft über den Grund der Unbestellbarkeit des aufgegebenen Telegramms beruft. Es bedurfte danach nicht mehr der Prüfung der Frage, ob die in dem ersten Telegramm zur Ermittlung des Adressaten gemachte Angabe den verkehrszüblichen Anforderungen entsprochen hat¹²⁾.

b) Urteil des RG I Berlin, 30. JR, vom 26. Oktober 1922 — 62 D 193. 22.

Im März 1922 gab H. ein Überseefunktelegramm mit bezahlter Antwort zur halben Gebühr auf. Versehentlich berechnete der Annahmebeamte auch die Antwortgebühr nur zur Hälfte. Der Fehlbetrag wurde später nachgefordert und von H. unter Vorbehalt bezahlt. Seine Klage gegen die DDB Berlin auf Rückzahlung des Betrags wurde abgewiesen. Aus den Gründen:

»Auf § 839 BGB in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 22. Mai 1910 kann sich der Kläger nicht berufen, da der Annahmebeamte privatrechtliche Einrichtungen vorgenommen hat, nicht aber staatliche Hoheitsrechte ausübte. Die Beklagte ist ferner nicht ungerechtfertigt bereichert im Sinne des § 812 BGB, da, wie der Kläger nicht bestreitet, die gesetzliche Gebühr dem von der Beklagten eingezogenen Betrag entspricht und die Normen über die Höhe dieser Gebühr den rechtlichen Grund für diese Leistung des Klägers bilden. Ferner ergibt sich die Haftung der Beklagten auch nicht aus dem Gesichtspunkt der §§ 31, 89 BGB; zwar ist der Postbeamte eine juristische Person des öffentlichen Rechts, der Annahmebeamte erscheint aber nicht als verfassungsmäßiger Vertreter der Beklagten, denn seine Tätigkeit ist bei der Berechnung der Gebühr für ein ihm vorliegendes Telegramm lediglich eine mechanische, nämlich die Vornahme einer Multiplikation der Zahl der Telegrammworte mit der Wortgebühr gemäß den gesetzlichen Gebühren, und konnte auch von dem Kläger nicht anders aufgefaßt werden. Schließlich beruft sich der Kläger auch zu Unrecht auf eine sogenannte culpa in contrahendo. Der Kläger wußte über das Tarifsystem Bescheid, wie sich daraus ergibt, daß ihm bekannt war, daß Telegramme unter Umständen zur halben Gebühr befördert werden konnten. Dann mußte er aber erkennen, daß die Gebühr irrtümlich auch für das Antworttelegramm nur zur Hälfte berechnet worden war. Ihn trifft daher, wenn von einem Verschulden des Annahmebeamten überhaupt gesprochen werden kann, überwiegendes Mitverschulden im Sinne des § 254 BGB¹³⁾.«

¹²⁾ Die Begründung des Urteils gibt zu Bedenken Anlaß. Die geltenden Bestimmungen über Gebühren im Telegrammverkehr, darunter auch die TD, sehen nicht die Möglichkeit vor, die vorgeschriebenen Gebühren für Leistungen, die die RTB auf Antrag nachweislich ausgeführt hat, dann ganz oder teilweise zu erstatten, wenn der Aufseherer sich im Irrtum über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit seines Antrags befunden hat und dieser Irrtum auf Mitteilungen von Beamten der RTB zurückzuführen ist. Inwieweit Gebührenerstattungen im Telegrammverkehr zulässig sind, ist ausschließlich und erschöpfend in § 21 II TD geregelt. Darüber hinaus unter Heranziehung von Vorschriften des bürgerlichen Rechts Gebührenfreiheiten für die auftragsgemäß nach dem Antrag des Aufseherers ausgeführten Leistungen der RTB zu gewähren, verstieße gegen das Gesetz über die Aufhebung der Gebührenfreiheit vom 29. April 1920 (RGBl. S. 678) und wäre auch aus diesem Grunde unzulässig. Die Motive, aus denen jemand sich der Anlagen der RTB bedient, müssen für die Gestaltung des Rechtsverhältnisses zwischen RTB und dem Benutzer ihrer Anlagen ganz ausreichen.

¹³⁾ Das Urteil ist nicht ganz klar.

1. Die Ausführungen des Urteils, wonach das Reichsgesetz vom 22. Mai 1910 nicht in Betracht kommt, sind im Ergebnis richtig, nicht aber im Gedankengang der Begründung. Das

6. Klage auf Herstellung eines Fernsprechanchlusses.

Urteil RG I Berlin vom 24. Mai 1923 — 62 D 485. 22.

M. beantragte am 5. September 1922 die Herstellung eines Fernsprechanchlusses und zahlte am 14. September auf Verlangen der RTB 130 M. Am 6. Oktober 1922 verlangte die

Gesetz vom 22. Mai 1910 bestimmt eine Haftung des Reichs für Handlungen seiner Beamten, die in Ausübung öffentlicher Gewalt gehandelt haben. Der Gegensatz zur Ausübung öffentlicher Gewalt ist nicht die Vornahme privatrechtlicher Einrichtungen. Es gibt vielmehr öffentlich-rechtliche Einrichtungen, die nicht Ausübung öffentlicher Gewalt sind. Dies hat das Urteil nicht erkannt. Der Postbeamte, der Wechsel protestiert oder eine Pfändung gemäß § 25 PG (§ 12 FGG) vornimmt, handelt insoweit in Ausübung öffentlicher Gewalt. Der Annahmebeamte am Schalter dagegen übt bei Annahme von Postsendungen keine öffentliche Gewalt im Sinne des Gesetzes vom 22. Mai 1910 aus (vgl. so auch RG I Berlin vom 15. Januar 1923 — 62 D 264. 22 — oben S. 12 und vom 3. Oktober 1921 — in Egers Entscheidungen Bd. 39 S. 107 — Verkehrsrechtliche Rundschau I S. 158), aber er schließt auch keine privatrechtlichen Rechtsgeschäfte mit den Auslieferern. Seine Tätigkeit gehört vielmehr dem öffentlichen Recht an, wenn auch nicht dem engeren Rahmen der Tätigkeiten in Ausübung »öffentlicher Gewalt«. Deshalb ist die Ablehnung des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1910 im obigen Urteil durchaus richtig. Im übrigen liegt die Sache doch so: Besteht eine rechtliche Verpflichtung des Klägers zur Zahlung der Gebühren nach der TD, so ist damit jeder Berufung des Klägers auf Vorschriften über Ersatz von Schäden auf Grund unerlaubter Handlung (z. B. §§ 839, 823, 31, 89 BGB) unbegründet. Das Urteil hätte daher zunächst prüfen sollen, ob der Kläger auf Grund der TD zur Zahlung verpflichtet war. Diese Prüfung stellt das Urteil erst in zweiter Linie bei § 812 BGB an, im Ergebnis richtig. Die Rechtslage ist im übrigen ähnlich zu beurteilen wie im vorstehenden Fall, Anm. 12.

2. Die Heranziehung der Grundsätze über die sogenannte »culpa in contrahendo« überrascht etwas. Es handelt sich dabei um folgendes: Die Rechtspflege des RG erkennt im bürgerlichen Recht eine vertragliche Haftung für Verschulden beim Vertragsschluß — auch für Verschulden des Vertragspartners — in den Fällen an, in denen ein Vertrag gültig geschlossen wird und eine Partei Umstände, von denen sie wußte oder sich sagen mußte, daß sie für den Willensentschluß des anderen Teils von wesentlicher Bedeutung seien, fahrlässigerweise verschwiegen oder darüber unrichtige Angaben gemacht hat (vgl. RGZ Bd. 103 S. 50 mit weiteren Urteilsangaben). Dieser Grundsatz ist auf dem Boden des reinen Privatrechtsverkehrs entwickelt worden und greift nur dann ein, wenn schon vor Abschluß des Vertrags bei den Vorverhandlungen zwischen den Parteien gewisse haftungsbegründende Verpflichtungen gegeneinander bestanden haben, die durch jenes fahrlässige Verschweigen und die unrichtigen Angaben verletzt werden (vgl. RGZ Bd. 103 S. 50 und RG in JW 1915 S. 240 Ziff. 3). Es ist nicht ersichtlich, welche hier nach zur Begründung einer Haftung wegen sogenannter culpa in contrahendo ausreichenden Pflichten der RTB dem Telegrammaufseher gegenüber noch vor der Auslieferung seines Telegramms bestanden haben könnten. Die besonderen Pflichten des privaten Geschäftsverkehrs beim Abschluß privater Verträge müssen hier außer Betracht bleiben. Der Schalterverkehr der öffentlich-rechtlichen Verkehrsanstalt der RTB vollzieht sich nicht nach Privatrecht, sondern nach Normen des öffentlichen Rechts. Zwischen Schalterbeamten und Publikum können Abweichungen von den durch Gesetze oder Verordnungen des Post-, Telegraphen- und Fernsprechts bestimmten Beförderungsbedingungen und -gebühren nicht vereinbart werden. (Vgl. so auch Aschenborn, PostG S. 75; Laband, Staatsrecht, 5. Aufl., Bd. III § 73 S. 86; Hellmuth in JZ Handelswissenschaft und Handelspraxis 1922 S. 59.) Privatrechtliche Willenserklärungen werden an den Schaltern der Post nicht abgegeben. Es fehlt jeder Anhalt für die Annahme, daß schon vor dem Abschluß eines Beförderungsgeschäfts besondere, den Inhalt eines erst in Aussicht stehenden Beförderungsgeschäfts berührende Pflichten des Reichs gegenüber dem Publikum bestehen. Damit entfällt jede Möglichkeit, mit Hilfe der Rüden des Instituts der bürgerlich-rechtlichen Haftung für sogenannte »culpa in contrahendo« in den Genuß einer nicht vollbezahlten Leistung des Reichs zu gelangen. Hat der Absender eine geringere als die gesetzlich — sei es durch förmliches Reichsgesetz, sei es durch Verordnungen — vorgeschriebene Gebühr entrichtet, so ist die Gebühr, soweit bestimmungsgemäß zulässig, vom Empfänger oder, falls sie vom

RTB eine Nachzahlung. M. verweigerte sie. Darauf lehnte die RTB die Herstellung des Anschlusses ab. Die Klage des M. auf Herstellung wurde abgewiesen. Aus den Gründen:

»Der geltend gemachte Anspruch ist ein solcher des bürgerlichen Rechts. Zwar ist die Beklagte eine Behörde des Reichs, sie übt aber nur in gewissem Umfang Obrigkeitfunktionen aus, z. B. wenn sie Zustellungen im Sinne der Zivilprozessordnung bewirkt. Im weitaus größten Umfang sind aber die Erklärungen der Beklagten solche des bürgerlichen Rechts, und zwar insbesondere bei Entgegennahme des Antrags auf Legung eines Fernsprechanchlusses solche aus dem Gebiet des Vertragsrechts. Hieran ändert nichts, daß die Beklagte eine Monopolstellung einnimmt, so daß nur bei ihr Fernsprechanlüsse gehalten werden dürfen. Denn es ist anerkanntes Recht, daß diese Monopolstellung den sogenannten Kontrahierungszwang zur Folge hat, daß aber, die infolge dieses Zwanges abzuschließenden Verträge dem Privatrecht angehören. Die Ordnung der Monopolstellung der Beklagten und der Voraussetzungen, unter denen sie dem Kontrahierungszwang flutzugeben hat, gehört zweifellos dem öffentlichen Recht an.

Über diese Ordnung streiten die Parteien im vorliegenden Rechtsstreit jedoch nicht, vielmehr über die Folgen, die sich aus einem geschlossenen Vertrag über die Legung eines Fernsprechanchlusses ergeben. Diese Folgen zu entscheiden, ist das Gericht danach berufen¹⁴⁾.

Empfänger danach nicht zu erlangen ist, vom Absender nachzahlen. Diese Pflicht besteht auch in den Fällen, in denen gesetzlich vorgeschrieben ist, daß nicht- oder nichtzureichend freigemachte Sendungen nicht befördert werden. Ein Irrtum oder eine falsche Auskunft des Annahmbeamten entbindet den Absender nicht von der Verpflichtung zur Zahlung der richtigen Gebühren für die Beförderung. Die vorgeschriebenen Gebühren sind schon mit der Übernahme der Beförderung — oder mit der sonst als Fälligkeitsgrund bezeichneten Tatsache — fällig geworden ohne Rücksicht darauf, ob der Absender oder Antragsteller den Willen gehabt hat, Gebühren, insbesondere Gebühren dieser bestimmten Höhe, zu entrichten, und ob er einen solchen Willen in bürgerlich-rechtlich wirksamer Form geäußert hat. Verfehlt sind die abweichenden Ausführungen Dr. Roeders in der Juristischen Wochenschrift 1923, S. 910, 911, der annimmt, das Reich müsse unrichtige Gebühreangaben des Annahmbeamten gemäß § 164 BGB gegen sich gelten lassen. Roeder übersieht, daß der Schalterbeamte bei Annahme der Sendung keine das Reich bindende Willenserklärungen abgeben kann, durch die das Reich gezwungen werden könnte, einzelnen Auslieferern Leistungen zu Gebührensätzen zu gewähren, die geringer sind als es gesetzlich (Gesetz, Verordnung) vorgeschrieben ist. Dies ergibt schon das Gesetz über die Aufhebung der Gebührenfreiheiten vom 29. April 1920 — RGBl. S. 678. (Vgl. dazu auch Münzel »Die rechtliche Natur des Postgeschäfts«, Frankfurter Diff. 1920 S. 128/9).

¹⁴⁾ In seinem ersten Teil ist das Urteil nicht ganz ohne Bedenken. Eine Verpflichtung des Reichs zur Einrichtung eines Fernsprechanchlusses kann der Kläger aus § 6 ZG nicht herleiten. Denn dieser gesteht ein solches Recht nur dem Eigentümer eines Grundstücks zu, soweit es sich um den Anschluß seines Grundstücks handelt, und Grundstückseigentümer ist der Kläger nicht. Übrigens gibt auch der § 6 ZG kein klagbares Recht auf Einrichtung, das vor den ordentlichen Gerichten geltend gemacht werden könnte (vgl. v. Dassel im »Recht« 1910 S. 560). Eine andere gesetzliche Vorschrift, aus der sich ein klagbares Recht auf Herstellung eines Fernsprechanchlusses herleiten ließe, besteht nicht. Geht man von einem sogenannten Kontrahierungszwang der RTB im Fernsprechwesen aus, so läßt sich hieraus eine vor den ordentlichen Gerichten durchsetzbare Pflicht der RTB zur Einrichtung von Fernsprechanlässen nicht ableiten. Denn eine derartige Pflicht könnte immer nur eine rein öffentlich-rechtlich geartete sein, über die mithin den ordentlichen Gerichten die Entscheidung nicht zusteht. Hierüber hat sich das Reichsgericht im Urteil vom 9. März 1915 (RGZ 86 S. 314), wenngleich nicht ganz einwandfrei, folgendermaßen ausgesprochen, als es sich um eine Klage auf Schadensersatz wegen vermeintlich unberechtigter Entziehung eines Fernsprechanchlusses handelte:

»Möglicherweise mag nach dem Wesen des Monopolzwanges dem Beklagten (RTB) eine gewisse Art allgemeiner öffentlich-rechtlicher Verbindlichkeit zur Gewährung von Telefonanschlüssen an Personen, die nicht Hauseigentümer sind, in dem

Die Parteien streiten sachlich lediglich darüber, ob der Kläger nach Zahlung der 130 M., die am 14. September 1922 erfolgt ist, die Legung des Fernsprechanchlusses verlangen kann, oder ob dies erst dann der Fall ist, wenn der Kläger die inzwischen erhöhten Gebühren für die Legung von Fernsprechanlässen bezahlt hat.

Die Gebühren richten sich auf Grund des § 2 des Gesetzes, betr. Telegraphen- und Fernsprechgebühren vom 6. Mai 1920, RGBl. S. 894, nach Verordnungen des Reichspostministers, die die Natur einer bindenden Rechtsnorm gemäß Art. 2 des Einführungsgesetzes zum BGB besitzen¹⁵⁾. Sie können daher auch bestimmen, daß ihr Inhalt in bereits abgeschlossene, aber noch nicht ausgeführte Verträge eingreift. In solchen Fällen kann der den Antrag stellende Private den Antrag zurücknehmen oder ihn aufrechterhalten. Wählt er das letztere, so gilt als Inhalt des Vertrags dasjenige, was sich aus der inzwischen veränderten Rechtslage ergibt. Die Normen über die Fernsprechgebühren besitzen derartige rückwirkende Kraft. Werden diese geändert, so kann der Antragsteller die Ausführung seines Antrags nur verlangen, wenn er eine der geänderten Rechtslage entsprechende Gebühr an die Beklagte zahlt. Das ist in der Verordnung zur Änderung der Fernsprechordnung vom 13. September 1922 (RGBl. I, S. 734) ausdrücklich ausgesprochen. Danach gelten die erhöhten Gebührensätze für alle nach dem 30. September 1922 auszuführenden Leistungen der Beklagten auch dann, wenn der Antrag auf ihre Ausführung vor dem genannten Zeitpunkt gestellt ist. Eines ausdrücklichen Hinweises auf diesen kraft Gesetzes eintretenden Umstand bedurfte es seitens der Beklagten nicht.

Der Kläger konnte daher die Legung des von ihm beantragten Anschlusses ohne Nachzahlung nicht verlangen¹⁶⁾.

7. Verlegung einer RTLinie auf Antrag eines nicht wegenunterhaltungspflichtigen Anliegers, der eine Zufahrt nach der Straße nachträglich anlegt.

Urteil des RG Frankfurt (Main) vom 13. April 1923 — 13 O 312. 22.

Die RTB hatte vor längeren Jahren auf der Hanauer Landstraße in Frankfurt (Main) auf Grund des ZWG eine Telegraphenlinie errichtet. Die Stadt Frankfurt war Eigentümerin der Straße und wegenunterhaltungspflichtig. Die Linie verlief längs der Straße auf der Straßenböschung, einem Teil der Hanauer Landstraße, mithin auf einem Verkehrsweg. 1921 legte der Anlieger H. eine Zufahrt von seinem an die Straße angrenzenden Grundstück nach der Straße selbst an, indem er einen bis an die

Sinne obliegen, daß es nicht in seine reine, freie Willkür gestellt ist, ob er solchen Anschluß gewähren will oder nicht. Allein keinesfalls besteht ein Korrelat dieser möglichen ganz allgemeinen Verbindlichkeit in Gestalt eines ihr entsprechenden subjektiven Rechts, sei es öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur, und es kann keinesfalls diese Verbindlichkeit, wenn sie bestehen sollte, dem Beklagten (RTB) gegenüber im Rechtswege geltend gemacht werden, sei es unmittelbar im Wege einer Klage auf Gewährung eines Anschlusses, sei es mittelbar auf dem Umwege der Einkleidung der Klage in einen Schadensersatzanspruch.

Das OGI Berlin geht in obigem Urteil davon aus, daß mit Annahme des Antrags auf Herstellung eines Fernsprechanchlusses ein privatrechtliches Rechtsverhältnis entstände, das dem Teilnehmer ein klagbares Recht auf Herstellung gäbe. Der Ausgangspunkt ist nicht richtig. Das Teilnehmerverhältnis ist kein privatrechtliches Vertragsverhältnis, sondern ein Rechtsverhältnis des öffentlichen Rechts (vgl. Archiv 1921 S. 475 ff.). Ob der Streit über einen auf ein derartiges Rechtsverhältnis gestützten Anspruch auf Herstellung eines Anschlusses eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit im Sinne des § 13 BGB ist und deshalb vor die ordentlichen Gerichte gehört, unterliegt doch Zweifeln.

¹⁵⁾ Vgl. über diese Frage auch Archiv 1921 S. 484 Anm. 8 und 1923 S. 64 Anm. 2.

¹⁶⁾ Vgl. ZD vom 21. Dezember 1922 § 31 II Satz 2 und jetzt die Verordnung vom 15. November 1923 (RGBl. I S. 1100).

Straßenkrone reichenden, über die Straßenböschung hinwegführenden Zufahrtsweg aufschüttete. Der an dieser Stelle verlaufende Teil der KLVlinie befand sich etwa 3 m über dem aufgeschütteten Zufahrtsweg, der im Luftraum gekreuzt wurde. Der Anlieger H. behauptete, die Drähte behinderten ihn an der Ausnutzung des Zufahrtsweges, und verlangte die Verlegung der KLVlinie. Die KLV war dazu bereit, aber nur unter der Voraussetzung, daß der Anlieger die Kosten trüge. Der Anlieger lehnte dies ab und verklagte die DPD Frankfurt (Main) auf Verlegung der Leitung. Im Laufe des Rechtsstreits kamen die KLV und der Anlieger vergleichsweise überein, die Verlegung auszuführen, die Frage der Kostenpflicht aber im Rechtsstreit zur Entscheidung zu bringen; eine Rechtspflicht der KLV zur Verlegung wurde dabei nicht anerkannt. Der Klageantrag des Anliegers ging daher am Schluß des Rechtsstreits dahin:

festzustellen, daß die KLV nicht berechtigt ist, Ersatz der Auslagen für die Verlegung der Linie zu verlangen. Das LG hat den Kläger abgewiesen. Die Gründe gehen dahin:

»Die Klägerin macht den Anspruch aus §§ 903, 905, 823 I BGB und § 12 TWG geltend, wonach die KLV verpflichtet ist, die Leitung auf ihre Kosten zu beseitigen oder zu verlegen.

§ 823 I BGB greift auf keinen Fall durch, da eine vorläufige Verletzung des Eigentums oder eines sonstigen Rechts der Klägerin nicht vorliegt, die Beklagte vielmehr nur ein ihr zustehendes Recht ausübt. Für die Entscheidung des Anspruchs auf Verlegung ist die Klarlegung des Feststellungsverlangens präjudiziell. Voraussetzung für das Durchbringen des Feststellungsantrags ist, daß die Klägerin Eigentümerin des Grundstücks, soweit sich die Einfahrt erstreckt, ist. Denn nur dann ist § 12 TWG, wonach die KLV die Störung auf ihre Kosten zu beseitigen verpflichtet ist, anwendbar. Die Klägerin ist jedoch, wie sie selbst zugestanden hat, nicht Eigentümerin; keine einzige Telegraphenleitung überkreuzt ihr Grundstück; die in Frage stehende Einfahrt ist vielmehr öffentlicher Weg im Sinne des § 1 TWG. Ein Recht, die Beseitigung der Störung zu verlangen, ergibt sich dann auch nicht aus §§ 903, 905, 1004 BGB, sondern lediglich nach Maßgabe des § 6 TWG. Hiernach haben »die Unternehmer anderer, als der in Abs. 2 bezeichneten besonderen Anlagen die aus der Verlegung oder Veränderung der vorhandenen Telegraphenlinie erwachsenen Kosten zu tragen«. Daraus folgt, daß die KLV wohl berechtigt ist, Ersatz ihrer Auslagen von der Klägerin zu verlangen.

Was die Kostenpflicht anbelangt, so hat die Beklagte sich nie geweigert, die Beseitigung vorzunehmen. Sie hat jedoch zur Bedingung gemacht, und zwar mit Recht, daß die Klägerin die Kosten trage und vorschieße. Man darf es der Beklagten nicht zumuten, daß sie selbst zunächst die Kosten trägt und nach Ausführung der Arbeiten nur von der Klägerin Ersatz für sie fordert. Das Verlangen des Vorschusses entspricht auch, besonders in der Zeit der wachsenden Geldentwertung, durchaus der Billigkeit¹⁷⁾.

8. TWG gilt für Antennen drahtloser Wirtschaftsrundspruchanlagen (§§ 1, 8 TWG).

Entscheidung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. November 1923.

Die DPD Frankfurt (Main) ließ für den drahtlosen Wirtschaftsrundspruchverkehr auf den Häusern der Rundspruchteilnehmer in Frankfurt (Main) Antennenanlagen errichten, die zum Teil die städtischen Straßen im Luftraum überschritten. Gegen die Überschreitung der Straßen im Luftraum erhob die Stadt Frankfurt (Main) beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden Einspruch gemäß § 8 TWG mit der Begründung, daß es sich

nicht um Telegraphenlinien handelte, die zu öffentlichen Zwecken dienen. Der Einspruch blieb ohne Erfolg, desgleichen die Beschwerde der Stadt beim preußischen Minister für Handel und Gewerbe. Aus den Gründen der Entscheidung des preußischen Handelsministers:

»Das Telegraphenwegegesetz kann, was den Begriff des Telegraphen anlangt, nicht ohne Zurückgehen auf das Telegraphengesetz von 1892 ausgelegt werden. Mit Unrecht beruft sich der Magistrat zur Begründung seiner Ansicht, daß die Anlagen des drahtlosen Wirtschaftsrundspruchs keine Telegraphen- und Fernsprechklinien im Sinne des Telegraphenwegegesetzes seien, darauf, daß es zur Zeit des Erlasses des Telegraphenwegegesetzes noch keine Funktechnik gab. Das Telegraphenwegegesetz gilt für die zu öffentlichen Zwecken dienenden »Telegraphenlinien« der Reichstelegraphenverwaltung ohne jede Einschränkung. Das Telegraphenwegegesetz macht insbesondere keine Einschränkung hinsichtlich der technischen Ausgestaltung der seinen Bestimmungen unterfallenden »Linien«. Seine Vorschriften können daher nicht lediglich auf diejenigen Arten von Telegraphenanlagen angewendet werden, die zur Zeit seines Erlasses bereits bekannt oder gebräuchlich waren. Vielmehr unterstehen ihm alle Telegraphenanlagen der Reichstelegraphenverwaltung, mögen sie die optische, die akustische Telegraphie oder die elektrische Telegraphie anwenden und gleichviel, ob in letzterem Falle die Drahttelegraphie oder die drahtlose Telegraphie Verwendung findet. Die drahtlose Telegraphie (Funktelegraphie) fiel schon auf Grund des Telegraphengesetzes von 1892 unter das Hoheitsrecht des Reichs. Das ergibt der Wortlaut des Telegraphengesetzes von 1892 ohne weiteres, der jede Art der Telegraphie erfaßt, die optische, akustische sowie jede Art der elektrischen Telegraphie, und wird ferner bestätigt durch die amtliche Begründung zur sogenannten Funkgesetznovelle von 1908 (Sten.-Ber. des Reichstags, XII, Regisl.-Per. I. Session, Anl. 560, S. 5, 5. Abs.). Das Gesetz vom 7. März 1908 (sogen. Funkgesetznovelle) hatte nicht den Zweck, die Funktelegraphie erst dem Hoheitsrecht des Reichs zu unterstellen, vielmehr hat dieses Gesetz für die ohne weiteres dem Telegraphengesetz von 1892 unterfallende Funktelegraphie nur die Genehmigungsfreiheiten des § 3 Abs. 1 des Telegraphengesetzes beseitigt. Funktelegraphenlinien sowie Funkfernprechklinien der Reichstelegraphenverwaltung unterfallen daher dem Telegraphenwegegesetz. Dabei versteht das Telegraphenwegegesetz unter »Linie« alle Anlagen zur Herstellung einer telegraphischen oder telephonischen Verbindung mit allem Zubehör, mithin vor allem die hierzu erforderlichen Metalleitungen einschließlich ihres Zubehörs, z. B. der Masten, Träger, Stützpunkte und Spannendrähte (vgl. Schelcher, Telegraphenwegegesetz S. 12). Antennentürme mit den Antennendrähten von Funkanlagen der Reichstelegraphenverwaltung einschließlich der gesamten Abspannvorrichtungen sind daher Teile einer Funktelegraphenlinie der Reichstelegraphenverwaltung. Denn sie sind Anlagen zur Herstellung einer telegraphischen oder telephonischen Verbindung zwischen der Funksende- und Funkempfangsstelle.

Die Wirtschaftsrundspruchfunkanlagen der Reichstelegraphenverwaltung dienen ferner der Vermittlung von Nachrichten. Denn der drahtlose Wirtschaftsrundspruchverkehr der Reichstelegraphenverwaltung ist nach den grundlegenden Bestimmungen vom 30. Dezember 1922 (Amtsbl. des Reichspostministeriums 1923 S. 1) die »über eine Funkfendeanlage vorgenommene telephonische Verbreitung der von einem Nachrichtenabsender ausgehenden Wirtschaftsrundspruchnachrichten«.

konnte mithin keinesfalls verlangen, daß die KLV ihre Linie auf ihre Kosten verlegte. Das Verfahren der DPD war daher berechtigt. Die Frage, ob die DPD rechtlich verpflichtet gewesen wäre, die Linie auch gegen ihren Willen dann zu verlegen, wenn H. seine Kostenzahlungspflicht zuvor anerkannt und Vorschuß gezahlt hätte, stand nicht zur Entscheidung. Diese Frage ist übrigens zu verneinen. Eine rechtlich erzwingbare Verpflichtung der KLV zu einer Verlegung ihrer Linien besteht nur unter den besonderen Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 TWG und nur gegenüber den dort näher bezeichneten bevorrechtigten Anlagen.

¹⁷⁾ Das Gericht ist mit Unrecht von § 12 TWG ausgegangen. Die Aufschüttung des über einen Teil der Straßenböschung hinwegführenden Zufahrtsweges änderte nichts daran, daß dieser Teil der Straße nach wie vor Verkehrsweg (§ 1 TWG) blieb. Kreuzungen von Verkehrswegen im Luftraum mit KLVlinien regeln sich aber nicht nach § 12 TWG, sondern nach den §§ 1 bis 11 TWG, wie sich aus den Worten des § 1 Abs. 1 Satz 2 TWG »mit Einschluß des Luftraumes« ergibt. Danach konnte nur der § 6 Abs. 5 TWG in Betracht kommen. Der Kläger

Die Wirtschafts Rundspruchanlagen sind daher Telegraphenlinien zur Vermittlung von Nachrichten.

Die für den Wirtschafts Rundspruch bestimmten Anlagen der Reichstelegraphenverwaltung »dienen« ferner »öffentlichen Zwecken«. Eine Telegraphenlinie dient »öffentlichen Zwecken«, wenn sie dem allgemeinen Gebrauch zugänglich ist oder zum unmittelbaren Nutzen der Allgemeinheit dient. Diesen Voraussetzungen entsprechen die Anlagen der Reichstelegraphenverwaltung für den drahtlosen Wirtschafts Rundspruchverkehr. Teilnehmer am drahtlosen Wirtschafts Rundspruch (Inhaber einer Rundspruchempfangsanlage) kann jeder werden, der die Bedingungen der Reichstelegraphenverwaltung und des Nachrichtenabsenders erfüllt. Die Rechtslage ist die gleiche wie bei dem gewöhnlichen Fernsprechteilnehmerverhältnis (§§ 11, 12 Fernsprechordnung vom 21. Dezember 1922, RGBl I S. 931). Wie es keinem Zweifel unterliegen kann, daß die gewöhnlichen Fernsprechklinien der Reichstelegraphenverwaltung »öffentlichen Zwecken dienen«, so kann ein solcher Zweifel auch nicht bei dem einen Teil des allgemeinen Fernsprechverkehrs bildenden, auf Grund des § 31, I der Fernsprechordnung (vgl. die Verordnung vom 30. Dezember 1922, Amtsblatt des RM 1923 S. 1), eingerichteten drahtlosen Wirtschafts Rundspruchverkehr auftreten. Daß die Zulassung zum Fernsprechteilnehmer sowie zum Wirtschafts Rundspruchverhältnis an gewisse Bedingungen (vgl. § 12 Fernsprechordnung, Punkt III der Verordnung vom 30. Dezember 1922) geknüpft ist, ändert nichts daran, daß die gewöhnlichen Fernsprechanlagen und die Wirtschafts Rundspruchanlagen dem allgemeinen Gebrauch zugänglich sind, mithin öffentlichen Zwecken dienen. Es genügt hier ein Hinweis auf die gleiche Lage bei den öffentlichen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken und Bahnanlagen von Stadtgemeinden.

Schließlich entscheidet darüber, ob eine Linie dem allgemeinen Gebrauch zugänglich ist und daher öffentlichen Zwecken dient, nicht die Tatsache, wieviel Personen mittels dieser Anlage untereinander in einen Nachrichtenaustausch treten können, und ob dieser Nachrichtenaustausch ein einseitiger oder wechselseitiger ist. Das Entscheidende ist nicht das Maß der Benutzung der einzelnen Sprechstellen durch die Allgemeinheit, sondern die Möglichkeit für jedermann, zum Gebrauch der Nachrichtenvermittlungsanlagen, sei es für eine einzelne Nachricht, sei es auf längere Zeit, durch Anschluß an das Nachrichtenetz zugelassen zu werden. Im übrigen findet im Wirtschafts Rundspruchverkehr zwischen dem Nachrichtenabsender und den Rundspruchteilnehmern ein wirklicher Nachrichtenaustausch statt.«

9. Genehmigungspflichtigkeit einer Versuchsfunkanlage.

Strafkammer LG Potsdam vom 14. November 1923.

Bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung im Hause des R. wurde eine funktelergraphische Anlage vorgefunden, die aus einer Sende- und Empfangseinrichtung nebst Zwischenlautverstärker und Überlagerer bestand; eine etwa 4 m lange Antenne führte vom Fensterkreuz zum Dach, wo sie isoliert befestigt war. Die Anlage war vollkommen betriebsfähig. Eine Genehmigung der RTW zu ihrer Errichtung hatte R. nicht. Er gab zu, daß er die Anlage errichtet hatte, bestritt aber, sich strafbar gemacht zu haben, indem er sich vornehmlich darauf berief, daß die Anlage nur zu seiner Ausbildung und zu praktischen Versuchszwecken, nicht aber zur »Vermittlung von Nachrichten« gedient hätte. Diesen Einwand erkannte jedoch das Gericht nicht an, vielmehr verurteilte es R. wegen Verstoßes gegen das TG zu Geldstrafe. Aus den Gründen:

»Die Zusatzworte des § 3 II des TG vom 6. April 1892 in der Fassung vom 7. März 1908, »welche ohne metallische Verbindungsleitung Nachrichten vermitteln«, haben nur erläuternde Bedeutung in dem Sinne, daß der Gesetzgeber sich die

vom RG gegebene Begriffsbestimmung der Telegraphenanlage zu eigen gemacht hat. Diese lautet: »Telegraphie bedeutet das Hervorrufen vorausbestimmter Zeichen an einem entfernten Orte zwecks unmittelbarer Verständigung mit einer an diesem Orte befindlichen Person«. Daß nun das Telegraphengesetz mit dem Wort »Telegraphenanlage« denselben Sinn verbindet wie das RG, ergibt sich aus der Begründung dieses Gesetzes. Dort heißt es: »Telegraphenanlagen umfassen jede Nachrichtenbeförderung, die dadurch bewirkt wird, daß der an einem Orte zum sinnlichen Ausdruck gebrachte Gedanke an einem anderen Orte sinnlich wahrnehmbar wieder erzeugt werde« (Druckd. Reichstags, Session 1890/91 Nr. 308, S. 2104 und Session 1890/92 Nr. 460 S. 2701). Beide Bestimmungen bedeuten in ihrem sachlichen Kerne dasselbe und schließen auch drahtlose elektrische Anlagen in sich, da Drahtleitung keine Voraussetzung der Telegraphie bildet¹⁸⁾. Nach beiden sollen die Konstruktionen, mit denen sich die unkörperliche Gedankenübertragung nicht erreichen läßt, nicht als Telegraphenanlagen gelten. Der Zusatz »für die Vermittlung von Nachrichten« soll diese Identität der vom RG und dem Gesetzgeber gegebenen Bestimmungen der Telegraphenanlage außer Zweifel stellen. Sämtliche Anlagen, die ihren technischen Konstruktionen nach als Telegraphenanlagen zu gelten haben, fallen danach unter das TG, mithin auch diejenigen, die nur Versuchszwecken dienen. Daß dies durchaus im Sinne des Gesetzes liegt, folgt aus der Begründung des Entwurfs des Abs. 2 des § 3 des TG. Dort ist ausdrücklich hervorgehoben, daß Versuchsanlagen ebenfalls unter diese Bestimmungen fallen.

Der Angeklagte wendet ferner ein, daß er keine Kenntnis der Morsezeichen habe und daher nicht fähig sei, Nachrichten zu empfangen. Darauf kommt es jedoch nicht an. Tatbestandsvoraussetzung der Strafandrohung des § 9 TG ist allein die Errichtung einer betriebsfähigen funktelergraphischen Anlage im Sinne des § 3, II des TG. Daß der Angeklagte gewußt hat, daß es sich um eine solche Anlage handelte, genügt zum Vorliegen eines Vorwurfs. Nicht erforderlich ist, daß der Angeklagte sich der Widerrechtlichkeit seines Handelns bewußt gewesen ist. Der Angeklagte war daher der Übertretung des § 3 Abs. 2 und des § 9 des TG in der Fassung vom 9. März 1908 schuldig und seine Berufung aus diesem Grunde zu verwerfen. Die von dem Schöffengericht erkannte Strafe erschien jedoch zu gering bemessen. Es mußte daher auf eine höhere Strafe erkannt werden, die in Höhe von einer Billion für angemessen erachtet wurde. Die Ersatzfreiheitsstrafe folgt aus §§ 28 ff StGB in der Fassung des Geldstrafengesetzes vom 27. April 1923¹⁹⁾.«

¹⁸⁾ Vgl. ebenso auch Begründung der Funkgesetznovelle von 1908, Druckfachen des Reichstags XII LG 1907/8, Aktenstück Nr. 560 S. 4, und 85. Sitzung S. 2591, 2592; Land sberg, »Die drahtlose Telegraphie im deutschen und internationalen Verkehrsrecht« 1909 S. 15, 16; Jentsch im »Jahrbuch der drahtlosen Telegraphie« Bd. 1 S. 613.

¹⁹⁾ Vgl. die in gleichem Sinne ergangenen Urteile des OLG München und OLG Braunschweig im Archiv 1923 S. 182, 424. Das Geldstrafengesetz vom 27. April 1923 war aber bereits durch das am 20. Oktober 1923 in Kraft getretene Gesetz über Vermögensstrafen und Bußen vom 13. Oktober 1923 (RGBl I S. 943) abgeändert worden. Dieses letztere Gesetz hat das LG Potsdam auch in Wirklichkeit angewendet. Inzwischen sind die Geldstrafen erneut geändert worden durch BG vom 23. November 1923 (RGBl I S. 1117). Danach ist die Strafe des § 9 TG jetzt:

mindestens 3 Goldmark bis höchstens 10 000 Goldmark oder Haft oder Gefängnis bis zu 6 Monaten.

Beruhet die Tat auf Gewinnsucht, so kann die Geldstrafe auf 100 000 Goldmark erhöht werden.

Anmerkungen 1 bis 19 von Ministerialrat Dr. Neugebauer.

Archiv für Post und Telegraphie

Herausgegeben im Auftrage des Reichspostministeriums

Nr. 2

Berlin, Juni

1924

Inhalt: Das Reichspostfinanzgesetz, S. 41. — Zur Änderung des Telegraphenwegegesetzes vom 13. Februar 1924, S. 48. — Die Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr, S. 55. — Gegenwartsfragen des Postverkehrs, S. 61. — Die Flugpost in Kolumbien, S. 67. — Kleine Mitteilungen: Der Erfinder der Schreibmaschine, S. 70. — Das größte Flugzeug der Erde, S. 71. — Heuschreckenschwärme als Verkehrshindernis, S. 71. — Schriftwerke: Hanns Günther, Daten der Technik, S. 71. — Otto Hübners Geographisch-Statistische Tabellen aller Länder der Erde, S. 72. — Deutsches Beamten-Taschenbuch, S. 72. — Nachweis von Auffäßen und Mitteilungen, S. 72. — Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprecht, S. 76.

Das Reichspostfinanzgesetz.

Vom Geheimen Ober-Postrat S c h e d a, Berlin.

Das Reichspostfinanzgesetz, dessen Entwurf nebst Begründung in der dem Reichsrat vorgelegten Fassung in der Märznummer des Archivs mitgeteilt worden ist, ist am 1. April in Kraft getreten. Der Reichspostminister hat durch seinen Erlaß vom 27. März 1924 in der am Tage des Inkrafttretens herausgegebenen Nummer 28 des Amtsblattes auf den damit beginnenden neuen Abschnitt in der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Reichspost, auf die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Gesetzes, auf das der Postbeamtenschaft entgegengebrachte Vertrauen sowie auf die sich hieraus ergebenden Pflichten hingewiesen.

THE LIBRARY OF

I.

Zur Entstehungsgeschichte ist noch folgendes zu bemerken. Der Grundgedanke des Entwurfs hat in der Öffentlichkeit wie bei den gesetzgebenden Körperschaften wenig Widerspruch erfahren. Vereinzelt Stimmen glaubten zwar die Notwendigkeit der Reform mit Rücksicht auf eine erfreuliche Besserung der Posteinnahmen bezweifeln zu können. Da aber diese Besserung notwendig mit erhöhten Ausgaben verknüpft ist und auf ihre Dauer mit Sicherheit nicht gerechnet werden kann, konnte jedenfalls die Zweckmäßigkeit der Regierungsvorläge nicht in Abrede gestellt werden. Daß ein Unternehmen von der Größe und Bedeutung der Deutschen Reichspost, das in hohem Maße von der zukünftigen ungewissen Gestaltung der allgemeinen Wirtschaft abhängig ist, bei der Festsetzung des Haushalts und der Aufbringung der Mittel von den verfassungsmäßigen Bestimmungen befreit werden muß, denen die reinen Hoheitsverwaltungen unterliegen, kann ernstlich nicht bestritten werden. Auch im Reichsrat fand dieser Grundgedanke des Entwurfs durchaus Verständnis. Die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs wurde hier aus einem anderen Grunde, der wiederholte Vertagung der Ausschüßsungen veranlaßte, verzögert. Es hing dies mit der in § 13 des Entwurfs vorgesehenen Regelung der Beziehungen zwischen Bayern und Württemberg noch geschuldeten Abfindungen zusammen. Einzelne Länder beanstandeten das durch die Tagespresse bekannt gewordene Ergebnis vorläufiger Besprechungen, die der Reichspostminister in dieser Frage mit den Regierungen Bayerns und Württembergs gepflogen hatte. Es war dabei geplant, an Stelle der durch die Staatsverträge verein-

barten Summen beiden Ländern Miteigentumsrechte an ihrem früheren, dem Reiche überlassenen Postvermögen zu gewähren. Die Ausschüße und ihnen folgend die Vollversammlung des Reichsrats legten Wert darauf, daß im Gesetz selbst die Notwendigkeit der Zustimmung von Reichstag und Reichsrat zu den mit Bayern und Württemberg zu treffenden Abkommen zum Ausdruck gebracht werde. Außerdem beschloß der Reichsrat in einem besonderen Absatz des § 13, die Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte durch das Erfordernis eines qualifizierten Mehrheitsbeschlusses wie bei Verfassungsänderungen zu erschweren. Da es nicht in der Absicht der Reichsregierung liegen kann, neue Sonderrechte zu gewähren, konnte die Regierungsvorlage diesen Beschlüssen entsprechend unbedenklich geändert werden.

Ein weiterer, am Sonnabend, dem 8. März, gefaßter Beschluß des Reichsrats gefährdete aber die Grundlage des Entwurfs und bei der parlamentarischen Lage, die eine baldige Auflösung des Reichstags voraussehen ließ, das Zustandekommen des Gesetzes selbst. Es handelte sich dabei um die Einsetzung eines Generalpostmeisters, der an Stelle des Reichspostministers die diesem im § 1 Satz 1 des Entwurfs gegebene Leitung des Unternehmens übernehmen sollte. Das Gesetz sollte bereits am Montag, dem 10. März, im Reichstag in erster Lesung und im Anschluß daran im 42. Ausschüß beraten werden. Die durch Artikel 69 der Reichsverfassung vorgeschriebene Änderung der Gesetzesvorlage, die die abweichende Auffassung der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen hatte, mußte daher mit einer bisher wohl nicht erreichten Beschleunigung in wenig mehr als 24 Stunden entworfen, gedruckt und verteilt werden. Der dem Reichstag rechtzeitig vorgelegte Entwurf begründet die Ablehnung des Generalpostmeisters wie folgt.

»Der von der Regierungsvorlage abweichende Beschluß des Reichsrats sieht durch die Schaffung eines Generalpostmeisters eine Trennung zwischen Aufsicht und Leitung vor. Der Regierungsentwurf geht davon aus, daß sowohl Aufsicht als Leitung wie bisher in der Hand eines Reichsministers liegen. Die vom Reichsrat vorgesehene Trennung würde eine vollständige Umarbeitung des Gesetzesentwurfs erforderlich machen, da sowohl von seiten des Reichspostministers als seitens der Reichsregierung überhaupt entscheidendes Gewicht darauf gelegt

werden muß, daß über die Befugnisse der Leitung einerseits und der Aufsicht anderseits in dem Gesetz selbst eingehende Bestimmungen getroffen werden. In diesen Bestimmungen müßte insbesondere dafür gesorgt werden, daß eine ausreichende Berücksichtigung der allgemeinen Reichsinteressen sowohl als auch der Interessen des Reichstags und Reichsrats durch die Leitung (Generalpostmeister) gewährleistet ist. Endlich müßte noch gesetzlich über die Einreihung des Generalpostmeisters in die Reichsbefolungsordnung Bestimmung getroffen werden. Ergibt sich sonach, daß der Entwurf in der Gestaltung der Reichsratsbeschlüsse eine geeignete Unterlage für die gesetzliche Regelung nicht bildet, so bedarf es keiner weiteren Begründung, daß angesichts der vorbezeichneten schwierigen Fragen innerhalb der Beratung im Reichstag eine ausreichende Ergänzung nicht wohl durchführbar ist, zumal für diese Beratung möglicherweise nur noch kurze Zeit zur Verfügung steht. Dazu kommt, daß nach den mit Bayern und Württemberg geschlossenen Staatsverträgen (s. § 13 des Entwurfs) eine Trennung der Aufsicht von der Leitung einer vorherigen Verständigung des Reichs mit den genannten Ländern bedarf, die nach Lage der Verhältnisse nicht ohne eingehende Verhandlungen zu erreichen sein wird. Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung, die dem Entwurf sonst von seiten der Reichsregierung wie von seiten der Öffentlichkeit beigemessen wird (vgl. die unter A angeführten Gründe), muß aber darauf Gewicht gelegt werden, daß der Entwurf in allernächster Zeit verabschiedet wird. Dies ist aber nach vorstehenden Ausführungen nur dann zu erreichen, wenn die Regierungsvorlage in ihren Grundzügen nicht verändert wird.

Gegen die vom Reichsrat beschlossene Abänderung sprechen im übrigen auch schwerwiegende sachliche Bedenken, die die Reichsregierung dazu nötigen, dem Gedanken der Trennung von Leitung und Aufsicht zu widersprechen. Der Gedanke der hier gewünschten Trennung ist nicht neu. Die Leiter der früheren preussischen Post wie die der Reichspost in den ersten Jahren nach der Reichsgründung haben eine ähnliche Stellung gehabt, wie sie dem jetzt gewünschten Generalpostmeister zufallen würde. Damals hat sich gezeigt, daß die Zwischenschaltung einer obersten Spitze ohne politische Verantwortung und ohne Stimme und unmittelbare Einwirkung bei der Regierung nur hemmend gewirkt und erhebliche Mehrarbeit verursacht hat, wie vom Generalpostmeister Stephan seinerzeit wiederholt betont worden ist. Die gleichen Schwierigkeiten würden sich bei dem gegenwärtigen, ungleich größeren und vielgestaltigen Post- und Telegraphenwesen in erhöhtem Maße zeigen. Es liegt auf der Hand, daß der politische Leiter in vielen wichtigen Fragen, namentlich in der jetzigen Zeit des Betriebsaufbaues, der Personalverminderung und der Umstellung in die durch die Vorlage vorgeschlagene Form freierer Wirtschaftsführung, ohne zahlreiche schriftliche und mündliche Berichte sich die Kenntnisse nicht verschaffen könnte, ohne die er eine politische Verantwortung nicht tragen kann. Diese Arbeit erfordert höheren Personalaufwand, der unwirtschaftlich ist und daher unbedingt vermieden werden muß. Dazu kommt, daß bei allen wich-

tigen Entschlüssen zwischen dem Generalpostmeister und dem Minister eine Verständigung erzielt werden müßte, die einer schnellen Durchführung von Maßnahmen, wie sie der Regierungsentwurf gerade ermöglichen soll, abträglich ist.

Die für die Reichsbahn getroffene Regelung kann als Begründung für die vom Reichsrat beschlossene Änderung nicht dienen, weil das Unternehmen der Reichsbahn eine besondere juristische Person ist und einer weitergehenden Dezentralisation unterworfen werden soll, als dies mit Rücksicht auf die Eigenart und die besonderen Aufgaben der Post möglich ist.

Der 42. Ausschuß des Reichstags (Verkehrsausschuß) schloß sich dieser Begründung an und lehnte ebenso wie die Vollversammlung die vom Reichsrat beschlossene Änderung des Regierungsentwurfs ab. Der Reichsrat machte von seinem Einspruchsrecht keinen Gebrauch. Andernfalls wäre infolge der Reichstagsauflösung die nach Artikel 74 RV vorgeschriebene nochmalige Beschlussfassung des Reichstags nicht möglich gewesen und das Gesetz alsdann nicht zustande gekommen. Das Gesetz ist in der verfassungsmäßig vorgesehenen Zweidrittelmehrheit bei der Gesamtabstimmung vom Reichstag am 13. März angenommen, am 18. März vom Reichspräsidenten vollzogen und in Nr. 24 des Reichsgesetzblattes Teil I S. 287 verkündet worden.

II.

Wir lassen nunmehr den einzelnen Paragraphen des Gesetzes die Erörterung der wesentlichsten vom Reichsrat und Reichstag beschlossenen Änderungen nebst kurzen Erläuterungen unmittelbar folgen.

§ 1

Der Reichs-Post- und Telegraphenbetrieb ist als ein selbständiges Unternehmen unter der Bezeichnung: »Deutsche Reichspost« vom Reichspostminister unter Mitwirkung eines Verwaltungsrats nach Maßgabe dieses Gesetzes zu verwalten.

Das Vermögen des Reichs, das dem Reichs-Post- und Telegraphenbetriebe gewidmet und in ihm erworben ist, und alle öffentlichen wie privaten Rechte und Verbindlichkeiten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sind als Sondervermögen der Deutschen Reichspost von dem übrigen Vermögen des Reichs, seinen Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten.

Für die Verpflichtungen der Deutschen Reichspost haftet nur das Sondervermögen; es haftet nicht für die sonstigen Verbindlichkeiten des Reichs. Die Bestimmungen internationaler Verträge bleiben unberührt.

Zu Abs. 1. Das selbständige Unternehmen bleibt, wie aus dem Gesetz, seiner allgemeinen Begründung und dem nicht geänderten Artikel 88 Abs. 1 RV folgt, ein Unternehmen des Reichs. Wenn der Deutschen Reichspost auch durch die Schaffung eines Verwaltungsrats ein Organ beigegeben wird, das an die Stelle der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs die Rechtsverhältnisse, insbesondere auch zum Publikum, bestimmen soll, so wird dadurch das Unternehmen und das ihm gewidmete Reichsvermögen kein gewerbliches. Die leichtere Beweglichkeit der Verwaltung, die Möglichkeit, sich den schwankenden Wirtschaftsverhältnissen anpassen zu können, sind alleiniger Zweck des Gesetzes. Die durch das Einspruchsrecht des Reichspostministers gesicherte Zuständigkeit

der Reichsregierung (§ 6 Abs. 3), anderseits die Zuständigkeit des Reichstags und Reichsrats gegenüber den Beschlüssen der Reichsregierung lassen einen Zweifel daran nicht aufkommen, daß trotz der Annahme an die Organisation privater Unternehmungen eine Beurteilung der Deutschen Reichspost nach privatrechtlichen Grundsätzen nicht möglich ist. Sie ist und bleibt Fiskus im Sinne des § 89 BGB und eine durch einen Reichsminister geleitete Reichsverwaltung*).

Zu Abs. 2. Da ein Rechtsübergang nicht stattfindet, sondern nur eine Absonderung des postalischen Vermögens vom allgemeinen Reichsvermögen, ist auf eigene Anregung der Regierung im Reichsrat die Fassung: »sind als Sondervermögen« als die zutreffendere gewählt worden an Stelle der Worte des Entwurfs: »gehen als Sondervermögen auf die Deutsche Reichspost über«. Auf der Aktivseite des am 1. April 1924 bestehenden Vermögens treten Änderungen nicht ein. Es ist insbesondere die Möglichkeit der Rechtskonstruktion in bezug auf die öffentlichen Rechte bezweifelt worden. Es ist zugegeben, daß die kurze Fassung solche Zweifel aufkommen läßt. Der gewollte Erfolg, daß der Deutschen Reichspost, da sich an ihrer Natur als Reichsverwaltung nichts ändert, auch die ihr bisher beigelegten öffentlichen Rechte erhalten bleiben, kann nicht bezweifelt werden. Zu ihnen gehört auch die Steuerfreiheit, was in der Begründung zur Regierungsvorlage zu § 1 hinter »Gebührenherabsetzung« durch die Worte: »wie die aus dem Reichsbesteuerungs-gesetz vom 15. April 1911 (Reichsgesetzbl. S. 187) fließenden Rechte« gegenüber den Ländern und Gemeinden noch besonders betont worden ist. Sachlich ist dies von keiner Seite beanstandet worden. Alle sonstigen Befreiungen des Reichs (Stempel, Gerichtsgebühren) sind sonach der Deutschen Reichspost erhalten.

Zu Abs. 3. Die Enthaftung des Vermögens der Deutschen Reichspost von den Verbindlichkeiten des Reichs hat seine natürliche Grenze gegenüber Bestimmungen, die das Reich nicht ändern könnte ohne Verletzung von Rechten, die seiner Gesetzgebung nicht unterworfen sind. Dazu gehören nicht nur die zwischenstaatlichen Verträge, sondern auch die Staatsverträge mit Bayern und Württemberg. Letztere sind im § 13 besonders erwähnt, einmal, um sie nicht an dieser Stelle mit den zwischenstaatlichen Verträgen in eine nicht erwünschte Nachbarschaft zu bringen, dann aber, weil die das Verhältnis regelnden weiteren Sätze die Zuweisung eines besonderen Paragraphen ohnehin nötig machten. Unberührt bleiben ferner auch in dieser Beziehung die Rechte der am 1. April im Dienst befindlichen Beamten. Dies ist zur Beruhigung der Beamten in der Begründung zu § 1 noch durch folgenden Satz klargestellt: »Daß von dieser Einschränkung die bestehenden Rechte der am 1. April 1924 im Dienste befindlichen Beamten nicht berührt werden, ergibt sich aus § 12 des Entwurfs.«

§ 2

Der Reichspostminister erklärt nach Maßgabe der nach § 6 dieses Gesetzes getroffenen Entscheidungen des Verwaltungsrats die Verordnungen über die Bedingungen und Gebühren für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen. Er bleibt dem Reichstag dafür verantwortlich, daß die Deutsche Reichspost

den Gesetzen gemäß und entsprechend den Anforderungen des Verkehrs und der deutschen Wirtschaft verwaltet wird. Das Gehalt des Reichspostministers wird im Reichshaushaltsplane veranschlagt und unterliegt der verfassungsmäßigen Beschlußfassung durch Reichsrat und Reichstag.

Dem Reichstag und Reichsrat ist ein Geschäftsbericht über das abgelaufene Rechnungsjahr mit einer Gewinn- und Verlustrechnung und einer Bilanz vorzulegen, aus denen sich die Finanzlage der Deutschen Reichspost ergibt.

Zu Abs. 1. Die Worte »nach Maßgabe« im ersten Satz sind auf Beschluß des Reichsrats an Stelle der Worte »unter Berücksichtigung« gesetzt, um unzweifelhafter hervorzuheben, daß die Verordnungen des Reichspostministers, deren materieller Inhalt der Beschlußfassung des Verwaltungsrats nach § 6 unterliegt, mit den Beschlüssen des Verwaltungsrats übereinstimmen müssen. Eine Zustimmung zu der Form der Verordnungen ist auch bei dieser Fassung nicht erforderlich. Dies allein war aber der Zweck der Fassung des Entwurfs. Eine sachliche Änderung ist somit nicht eingetreten. Ferner ist daran festzuhalten, daß der Verwaltungsrat nur nach Maßgabe des Gesetzes (§ 1 Satz 1) mitzuwirken hat. In allen Fragen, die das Gesetz dem Verwaltungsrat nicht ausdrücklich überträgt, ist der Reichspostminister unabhängig und selbständig. Nach § 6 Abs. 4 ist der Verwaltungsrat auch in wichtigen Fällen nur gutachtlich zu hören.

Der letzte Satz, betreffend das Gehalt des Reichspostministers, ist auf Beschluß des Reichsrats aufgenommen worden, um den gesetzgebenden Körperschaften die erwünschte, jährlich sich wiederholende Gelegenheit zu einer Gesamtausprache über das Postwesen und die parlamentarische Verantwortlichkeit des Ministers auch nach dieser Richtung zu sichern. Da hierdurch die Festsetzung des Posthaushalts nicht mehr verzögert werden kann, ist die Bestimmung unbedenklich.

§ 3

Der Verwaltungsrat besteht aus höchstens 31 Mitgliedern, die vom Reichspräsidenten ernannt werden. Je 7 Mitglieder werden vom Reichstag und Reichsrat, 1 Mitglied vom Reichsminister der Finanzen vorgeschlagen. Weitere 7 Mitglieder werden im Benehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsrat aus dem Personal der Deutschen Reichspost vom Reichspostminister vorgeschlagen. Bis zu 9 Mitglieder sollen aus Kreisen entnommen werden, denen auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Verkehrs besondere Kenntnisse und Erfahrungen zur Seite stehen; sie werden vom Reichspostminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen nach Zustimmung des Reichsrats vorgeschlagen. Bei der Auswahl der Vertreter der Wirtschaft ist die Größe und wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Länder zu berücksichtigen. In derselben Weise wird für jedes Mitglied ein Stellvertreter vorgeschlagen und ernannt. Der Verwaltungsrat bestellt nach Maßgabe der Geschäftsordnung (§ 5) einen Arbeitsausschuß.

Zum Mitglied des Verwaltungsrats kann ernannt werden, wer zum Reichstag wählbar ist. Die Mitgliedschaft erlischt, wenn das Mitglied die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verliert oder wenn über sein Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wird.

*) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts über die Natur dieser Verwaltung, deren Betrieb als Beteiligung der Staatsgewalt hoheitlichen Charakter hat (vgl. Eger, Eisenbahnrechtliche Entscheidungen Bd. XXXVII S. 153, RGStS Bd. 51, 65; 52, 309), ist nach wie vor zutreffend und ist die DRP anwendbar.

Die vom Reichstag vorgeschlagenen Mitglieder scheiden nach Ablauf der Wahlperiode oder bei Auflösung des Reichstags aus. Alle übrigen Mitglieder scheiden nach drei Jahren aus. Wiederernennung ist zulässig.

Verliert ein vom Reichstag oder Reichsrat benanntes Mitglied die Mitgliedschaft in seiner Körperschaft und damit seine Zugehörigkeit zum Verwaltungsrat, so ist von der Körperschaft unverzüglich ein neues Mitglied zu benennen. Bei Ablauf der Wahlperiode oder Auflösung des Reichstags bleiben die aus ihm ernannten Mitglieder im Verwaltungsrat, bis die von dem neuen Reichstag vorzuschlagenden Mitglieder ernannt sind. Das gleiche gilt sinngemäß bei den vom Reichspostminister und vom Reichsminister der Finanzen vorgeschlagenen Beamten beim Ausscheiden aus ihrer Dienststellung.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats können jederzeit auf die Mitgliedschaft verzichten.

Zu Abf. 1. Die Bestimmungen über die Zusammensetzung des Verwaltungsrats haben die meisten Änderungen erfahren. Sie standen im Vordergrund des Interesses sowohl bei den Beratungen im Reichsrat wie bei denen des Reichstagsausschusses. Aus den 13 Mitgliedern, die der erste Referentenentwurf vorsah, waren in der Vorlage an den Reichsrat schon 25 geworden. Der Reichsrat hat für sich und den Reichstag weitere je 2 Mitglieder und der Reichstag weitere 2 Mitglieder aus dem Personal eingesetzt. Diese 6 Mitglieder erhöhen die Mitgliederzahl auf 31. Dadurch gewinnt der Arbeitsausschuß an Bedeutung, da für die Beratung umfangreicherer Vorlagen eine kleinere Körperschaft wünschenswert ist. Die Zuständigkeit und die Befugnisse des Arbeitsausschusses (letzter Satz des Abf. 1) sind durch die Geschäftsordnung zu regeln.

Der Reichstag hat Wert darauf gelegt, daß auch Angestellte und Arbeiter dem Verwaltungsrat angehören können, und deshalb die Worte »aus Beamten« durch die Worte »aus dem Personal« ersetzt. Daß hierdurch die der Zahl nach ungleich stärkere Beamenschaft verhältnismäßig zu kurz kommt, mußte zur Vermeidung einer weiteren Erhöhung der Mitgliederzahl hingenommen werden. Da das Gehalt der Beamten nicht im Verwaltungsrat, sondern mit der Reichsbefoldungsordnung auch für die Postbeamten bestimmt wird (vgl. Begründung zu § 12), liegt ein Bedürfnis zu weiterer Vertretung der Beamenschaft nicht vor. Die 7 Personalvertreter werden im Benehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsrat, die 9 Vertreter der Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen nach Zustimmung des Reichsrats vorgeschlagen. Der Reichsrat wollte sich durch diese Fassung seinen Einfluß dahin wahren, daß die Größe und wirtschaftliche Bedeutung der Länder genügend berücksichtigt werden, was ausdrücklich nur für die Wirtschaftsvertretung im Gesetz hervorgehoben ist.

Im übrigen muß betont werden, daß dem Personal durch die Mitwirkung im Verwaltungsrat gegenüber dem bisherigen Zustand ein sehr bedeutendes Zugeständnis gemacht worden ist. Es ist dies nicht nur deshalb geschehen, weil es den Wünschen der Organisationen entspricht, sondern weil es auch zweckmäßig erschien, dem Verwaltungsrat die Erfahrungen der Männer nutzbar zu machen, die als bewährte Kräfte durch das Vertrauen ihrer eigenen Amtsgenossen bestätigt sind. In der Regel stehen letztere im Betrieb und können daher die Sach-

kunde der Verwaltungsbeamten ersprießlich ergänzen. Da nur ein Teil der neuen Personalvertreter aus diesen Kreisen zu entnehmen ist, können natürlich nicht alle Organisationen gleichzeitig im Verwaltungsrat Sitz und Stimme haben. Dies ist auch, wie schon hervorgehoben, nicht der Zweck der Bestimmung. Andererseits kann durch die Auswahl der ordentlichen Stellvertreter und durch Wechsel nach Ablauf der dreijährigen Amtsdauer ein Ausgleich geschaffen werden.

Die weiteren Änderungen sind mehr redaktioneller Natur und können hier übergangen werden. Die Namen der durch Erlass des Reichspräsidenten erstmalig ernannten Mitglieder des Verwaltungsrats sind durch den Deutschen Reichsanzeiger Nr. 93 vom 19. April 1924 und durch Vf Nr. 205 des Amtsblattes des Reichspostministeriums bekanntgegeben worden.

§ 4

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben ihre Obliegenheiten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns zu erfüllen.

Hier ist vom Reichsrat der zweite Satz, der die zivilrechtliche Haftung der Mitglieder des Verwaltungsrats regelt, gestrichen worden. Er ist nicht für notwendig gehalten worden. Eine sachliche Änderung ist nicht beabsichtigt, da sich die Haftung wegen Verletzung der vom Gesetz geforderten Sorgfalt aus den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts ergibt. Eine entsprechende Erklärung der Regierung im Ausschuß des Reichstags wurde nicht beanstandet.

§ 5

Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Reichspostminister, im Falle seiner Behinderung sein Vertreter.

Die Regierungen der Länder haben das Recht, zu den Sitzungen des Verwaltungsrats Vertreter zu entsenden. Stimmrecht steht diesen Vertretern nicht zu. Sie haben jedoch das Recht, zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung Stellung zu nehmen, dazu Anträge und Anfragen zu stellen und eine Beschlußfassung hierüber herbeizuführen.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats hat die Regierungen der Länder rechtzeitig unter Übersendung der Tagesordnung von jeder Sitzung zu verständigen.

Die Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat und die Entschädigung für die Geschäftsführung seiner Mitglieder werden durch die Reichsregierung nach Anhörung des Verwaltungsrats festgestellt.

Die Absätze 1 bis 3 sind auf Beschluß des Reichsrats aufgenommen worden. Die im Entwurf hier getroffene Regelung der Grundsätze für die Rechnungsführung sind in den § 7 verwiesen.

Zu Abf. 1. Die Führung des Vorsitzes sollte nach den Absichten der Regierung durch die Geschäftsordnung bestimmt werden. Die jetzt getroffene gesetzliche Regelung hat sich im Reichsrat bewährt. Daß der Reichspostminister als Vorsitzender kein Stimmrecht hat, ergibt sich aus der gesetzlich festgelegten Mitgliederzahl und wird durch die Geschäftsordnung auszusprechen sein.

Zu Abf. 2. Das Recht der Entsendung von Landesvertretern, das die Regierungsvorlage auf Beschluß des Reichsrats aufgenommen hat, erleichterte dem Reichsrat seine Zustimmung zu der Beschränkung auf nur sieben stimmberechtigte, vom Reichsrat vorzuschlagende Mitglieder, deren Verteilung auf die einzelnen Länder mit

Schwierigkeiten verknüpft ist. Dasselbe gilt von der Verpflichtung, den Ländern Tagesordnung und Tagung des Verwaltungsrats mitzuteilen. Es entspricht dies der bei dem nunmehr beseitigten Verkehrsbeirat gepflogenen Übung.

§ 6

Der Verwaltungsrat beschließt über

- die Feststellung des Voranschlags und die Entlastung der Verwaltung,
- die Aufnahme von Krediten, die Übernahme von Bürgschaften und ihre Bedingungen,
- die Höhe der Schuldentilgung,
- die Grundsätze für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen,
- die Gebührenbemessung im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr,
- die Grundsätze für die Gestaltung der Lohntarife der Arbeiter und Angestellten,
- die allgemeinen Grundsätze für Anlage und Verwendung des Postscheckguthabens sowie für die Anlage der Rücklage (§ 8),
- die Übernahme neuer und die Aufgabe bestehender Geschäftszweige.

Der Verwaltungsrat ist nicht befugt, eine Erhöhung der Ausgaben über den Vorschlag des Reichspostministers hinaus gegen dessen Widerspruch vorzunehmen.

Die Reichsregierung entscheidet auf Antrag des Reichspostministers, wenn die Ausführung eines Beschlusses des Verwaltungsrats im Interesse des Reichs nicht verantwortet werden kann. Die Entscheidung der Reichsregierung ist dem Verwaltungsrat mitzuteilen. Sie ist aufzuheben, wenn Reichsrat und Reichstag dies binnen drei Monaten durch übereinstimmende Beschlüsse fordern. Diese Frist läuft nicht während der Zeit, in der der Reichstag nicht versammelt ist, und beginnt, wenn sie noch nicht abgelaufen ist, bei einem neu einberufenen Reichstag von neuem.

Der Verwaltungsrat hat den Reichspostminister in der Führung der Geschäfte zu unterstützen und die Beachtung der durch Gesetz und Ausführungsbestimmung aufgestellten Grundsätze zu überwachen. Zu diesem Zwecke ist er in allen wichtigen Fragen der Verwaltung gutachtlich zu hören. Ihm ist auf Verlangen jederzeit über die finanzielle Lage Auskunft zu geben und monatlich eine Nachweisung über Einnahmen und Ausgaben vorzulegen.

Zu Abs. 1. Der Verwaltungsrat hat nach der letzten Fassung nicht nur die Grundsätze für die Gebührenbemessung, sondern allgemein die Gebührenbemessung zu beschließen, und zwar nach dem vom Reichsrat eingefügten neuen Punkt der Zuständigkeitsliste auch für neue Betriebszweige. Der Reichstag hat diesen in die Regierungsvorlage aufgenommenen Änderungen ohne Aussprache zugestimmt. In Verbindung mit Satz 1 des § 2 ergibt sich sonach ein allgemeines Ordnungsrecht des Reichspostministers hinsichtlich der Gebührenbemessung nach Maßgabe der Beschlüsse des Verwaltungsrats auch in den Fällen, in denen ihm dieses Ordnungsrecht noch nicht durch ein besonderes Gesetz vgl. die am Schluß des § 15 angeführten Gesetze) übertragen worden ist. Dem Wunsche, die Gebühren den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend rechtzeitig festsetzen zu können, ist sonach durch das Gesetz in vollem Umfang und auf allen Gebieten des Post- und Telegraphen-

wesens Rechnung getragen. Damit ist auch die Streitfrage, ob die Gebührenverordnungen »Anstaltsordnungen« oder »Rechtsverordnungen«, wie mit zutreffenden Gründen auch vom Reichsgericht anerkannt ist, und die weitere Frage, ob sie allein durch Artikel 88 Abs. 3 der Reichsverfassung gedeckt sind, ihrer praktischen Bedeutung entkleidet. Artikel 88 Abs. 3 RV ist aufgehoben. Das Reichspostfinanzgesetz regelt den Erlass der Verordnungen unter Mitwirkung des Verwaltungsrats nunmehr nach Wortlaut und Absicht des Gesetzgebers erschöpfend. Einer Bezugnahme auf andere, das Verordnungsrecht delegierende Gesetze wird es bei Verkündung dieser Verordnungen nicht mehr bedürfen.

Daß der Verwaltungsrat auch über die Grundsätze der Anlegung der Rücklage beschließt, ist ebenfalls auf eine Entschließung des Reichsrats zurückzuführen.

Zu Abs. 3. Der dem Reichsrat vorgelegte Entwurf ging davon aus, daß die Reichsregierung auf Einspruch des Reichspostministers endgültig zu entscheiden habe. Dadurch waren natürlich Entschließungen des Reichstags nicht ausgeschlossen, die sich auf Aufhebung der Entscheidung der Reichsregierung richteten. Der Reichsrat verlangte hierbei ein Mitbestimmungsrecht. Der abweichend hiervon dem Reichstag vorgelegte und Gesetz gewordene Entwurf trägt diesem Wunsche des Reichsrats mit der Maßgabe Rechnung, daß auch dem Reichstag der gleiche Einfluß gewahrt bleibt. Zwar kann die Regierung, ohne vorher mit Reichstag und Reichsrat Fühlung zu nehmen, also ohne jeden unnötigen Verzug, die Beschlüsse des Verwaltungsrats ändern, wenn ihre Ausführung im Interesse des Reichs nicht verantwortet werden kann, der Regierungsentwurf ist aber aufzuheben auf übereinstimmende, binnen drei Monaten zu fassende Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags und Reichsrats. Der Reichspostminister wird alsdann den wieder in Kraft tretenden Beschluß des Verwaltungsrats auszuführen haben. Die ganze Regelung sieht etwas künstlich aus. Die Frist für die Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften ist reichlich lang, so daß vielleicht oft wegen der inzwischen eingetretenen Änderung der Verhältnisse ein neuer Beschluß des Verwaltungsrats zweckmäßig oder nötig sein wird. Der Verwaltungsrat selbst ist durch die fraglichen Beschlüsse in keiner Weise gebunden, er könnte bei neuer Beratung seine frühere Stellung wechseln, ohne dadurch gegen das Gesetz zu verstoßen. Die Bestimmung wird voraussichtlich nicht zu oft angewendet werden, da das Interesse des Reichs gefährdende Beschlüsse bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrats nur bei Zufallsmehrheiten zu befürchten sind. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß in Angelegenheiten, die mehrere Reichsverwaltungen betreffen, der Reichspostminister durch Beschluß der Reichsregierung zum Einspruch gezwungen werden kann. Hierauf weisen die in die Begründung der Reichstagsvorlage aufgenommenen Sätze hin: »Das Recht jedes Reichsministers, Anträge bei der Reichsregierung zu stellen, wird hierdurch nicht berührt. Die Anträge können auch die Frage, ob Widerspruch einzulegen ist, zum Gegenstand haben.«

Über das Einspruchsrecht des Reichspostministers ist noch folgendes zu bemerken.

Einer Bestimmung darüber, was bis zur Entscheidung der Reichsregierung zu geschehen hat, und ob der Reichspostminister unbedingt zur Ausführung der Beschlüsse verpflichtet ist, bedurfte es nicht. Beide Fragen ergeben sich aus der Natur der Beschlüsse und dem Zweck und sonstigem Inhalt des Gesetzes.

Die Tätigkeit des Verwaltungsrats ist eine

- a) beschließende (§ 6 Abs. 1) und entscheidende (§ 11 Abs. 1),
- b) überwachende (§ 6 Abs. 4 Satz 1),
- c) gutachtliche (§ 6 Abs. 4 Satz 2).

a) Für die hier aufgezählten Gegenstände sind Beschlüsse des Verwaltungsrats obligatorisch. Ohne einen Beschluß fehlt die Grundlage für Ausgaben, Kredite usw. Die Beschlüsse sind sonach bindend und können beim Vorliegen der dafür in Abs. 3 aufgestellten Bedingung nur durch eine Entscheidung der Reichsregierung geändert werden. Eine etwas abweichende Beurteilung erfordern die Beschlüsse über die Grundsätze für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen und die Beschlüsse über die Gebührenbemessung. Unzweifelhaft kann auch diesen Beschlüssen gegenüber der Reichspostminister ohne abändernde Entscheidung der Reichsregierung eine Verordnung nicht erlassen, die dem Beschluß nicht entspricht (§ 2 Abs. 1 Satz 1). Damit ist aber nicht gesagt, daß er eine Verordnung erlassen muß. Der Beschluß soll nach Inhalt und Zweck des Gesetzes die umständliche, bisher erforderliche Inanspruchnahme von Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag bzw. ihrer Ausschüsse ersetzen. Wie bisher der Reichspostminister in der Lage war, von dem Erlaß einer Verordnung abzusehen, der infolge der Beschlußfassung des Reichsrats usw. der beabsichtigte Inhalt nicht gegeben werden konnte, so kann er auch jetzt vom Erlaß der Verordnung überhaupt absehen, ohne gezwungen zu sein, Einspruch bei der Reichsregierung zu erheben. Es ergibt sich das aus der Natur des dem Reichspostminister schon bisher übertragenen Verordnungsrechts, das durch das Gesetz zu einer Verordnungsspflicht nicht gestempelt ist. Ist der Verwaltungsrat freilich in einzelnen Punkten einer geplanten Neuregelung von dem Vorschlag des Reichspostministers abgewichen, so wird es immer einer Prüfung, unter Umständen einer gleich in der Sitzung herbeizuführenden Stellungnahme des Verwaltungsrats bedürfen, ob er seine Beschlüsse als ein untrennbares Ganzes betrachtet wissen will und er seine Zustimmung zu den bewilligten Punkten nur in diesem Sinne erteilt. In diesem Falle dürfen die genehmigten Punkte nicht in Gestalt einer Verordnung herausgegriffen werden, sondern es muß die Verordnung nach Maßgabe des einheitlichen Beschlusses ergehen, oder sie muß unterbleiben, wenn nicht die Entscheidung der Reichsregierung herbeigeführt wird.

Die Unzulässigkeit von Ausgaben erhöhungen ist der Bestimmung in Artikel 85 Abs. 4 der RV nachgebildet. Der Reichspostminister braucht derartige Beschlüsse nicht auszuführen, ohne Einspruch erheben zu müssen. Im übrigen stellt der vom Verwaltungsrat bewilligte Voranschlag den in den §§ 24 ff der Reichshaushaltsordnung vorgesehenen — einer gesetzlichen Festlegung nicht mehr bedürftigen — Haushaltsplan dar. Die Zustimmung zu Überschreitungen steht nach § 15 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes dem Reichsminister der Finanzen nicht mehr zu. Es entfällt daher auch der die Haftung der Beamten einschränkende Schlußsatz des § 33 der Reichshaushaltsordnung. Man kann auch nicht etwa dem Reichspostminister die hier bisher dem Reichsminister der Finanzen gegebene Zuständigkeit einräumen. Bereits erfolgte Veräußerungen sind von dem Beamten zu vertreten, der sie verfügt hat, die nachträgliche Genehmigung des Reichspostministers hebt die Verantwortung nicht auf. Dazu bedarf es einer nachträglichen Bewilligung oder Zustimmung des Verwaltungsrats, die

spätestens bei der Entlastung zu erfolgen hat (§ 11 Abs. 1 Satz 2).

b) Die überwachende Tätigkeit des Verwaltungsrats, die sich in der Hauptsache wohl auf das Finanzgebahren beschränken und durch die monatliche Nachweisung über Einnahmen und Ausgaben (Schlußsatz des § 6) ermöglicht wird, kann Beschlüsse zeitigen, die von der Verwaltung zu befolgen sind. Wenn das Reichsinteresse nicht Einspruch gebietet, bleibt im Falle unbegründeter Beschlüsse nur der Versuch übrig, die Angelegenheit durch neue eingehendere Darlegungen und durch eine Änderung der Stellungnahme des Verwaltungsrats zu erledigen. Der Verwaltungsrat kann unzweifelhaft beschließen, daß gegen Beamte, die schuldhaft gegen solche Beschlüsse verstoßen, die Erklafklage erhoben wird. Kommt ein Vermögensschade nicht in Frage, so kann ein Konflikt zwischen der Leitung und dem Verwaltungsrat nur im Wege der parlamentarischen Verantwortung des Ministers gelöst werden. Es ist davon abgesehen, hier besondere Bestimmungen zu treffen, da auf ein gutes Einvernehmen zwischen Verwaltung und ihrem Organ gerechnet werden konnte, im übrigen die erwähnte Verantwortlichkeit ausreicht.

c) Gutachtliche Meinungsäußerungen, auch in wichtigen Fällen, die der beschließenden Zuständigkeit des Verwaltungsrats nicht unterliegen, binden wie bisher bei der Tätigkeit des Verkehrsbeirats die Leitung der Deutschen Reichspost nicht.

§ 7

Die Ausgaben der Deutschen Reichspost sowie die Verzinsung und Tilgung der Schulden sind durch die Einnahmen zu decken. Zuschüsse aus der allgemeinen Reichskasse werden nicht geleistet. Kredite sollen nur aufgenommen werden zur Verstärkung der Betriebsanlagen; auch muß ihre Verzinsung und Tilgung aus Mitteln der Betriebseinnahmen dauernd gewährleistet erscheinen.

Die Grundsätze für die Rechnungsführung der Deutschen Reichspost werden durch die Reichsregierung nach Anhörung des Verwaltungsrats bestimmt. Bei ihrer Aufstellung sind die Vorschriften dieses Gesetzes und der Reichshaushaltsordnung zur Richtschnur zu nehmen; die Rechnungsführung ist so einzurichten, daß eine ordnungsmäßige Gewinn- und Verlustrechnung jährlich aufgestellt werden kann.

Abs. 2 ist aus § 5 hierher übernommen. Es erschießt dem Reichsrat zweckmäßig, daß vor der Festlegung der Grundsätze über die Rechnungsführung wie vor Aufstellung der Geschäftsordnung der Verwaltungsrat selbst zu hören ist. Eine Anregung, hierbei die Zustimmung des Reichsrats vorzusehen, wurde fallengelassen; unschleunige Änderungen, die namentlich in der ersten Zeit nötig werden können, zu erleichtern.

§ 8

Es ist eine Rücklage bis zur Höhe von 20 vom Hundert der jährlichen Betriebsausgaben aus einer jährlichen Rücklage von 0,8 vom Hundert der jährlichen Betriebseinnahmen, den Reinüberschüssen und eigenen Zinsen zu bilden. Nach Erreichung von 10 vom Hundert der Betriebsausgaben sind die Reinüberschüsse zur Hälfte und nach Erreichung von 20 vom Hundert zum vollen Betrag an die Reichskasse abzuführen. Die Rücklage dient zur Deckung von Fehlbeträgen und ist bar oder in Werten gesichert anzulegen.

§ 9

Die Aufnahme von Krediten, die Bestellung von Sicherheiten und die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen bedürfen der vorherigen Verständigung des Reichspostministers und des Reichsministers der Finanzen. Die Schulden der Deutschen Reichspost werden, soweit nicht eine andere gesetzliche Regelung erfolgt ist, nach den für die Verwaltung der allgemeinen Reichsschuld jeweils geltenden Grundsätzen durch die Reichsschuldenverwaltung verwaltet. Befugnisse, die danach dem Reichsminister der Finanzen zustehen, werden von dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichspostminister gemeinsam ausgeübt. Die Ausstellung der Schuldburkunden erfolgt durch den Reichspostminister und die Reichsschuldenverwaltung gemeinschaftlich.

Durch die Einfügung »und die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen« ist auch hierfür die vorherige Verständigung der beiden Reichsminister erforderlich gemacht worden. Für die Bürgschaften, die nach § 6 inen Beschluß des Verwaltungsrats erfordern, bringt die Ergänzung des Entwurfs nichts Neues. Bürgschaft ist Sicherheitsleistung im Sinne des Art. 87 AB. Unter Gewährleistungen sind Garantieverprechen zu verstehen. Da auch durch solche bei erheblichen Gegenständen die Finanzlage auf längere Zeit beeinflusst werden kann, ist die Verständigung mit dem Reichsminister der Finanzen erforderlich erachtet worden. Hervorzuheben ist dabei noch der zu § 15 beschlossene Zusatz, daß es eines Gesetzes, wie Art. 87 AB vorsieht, für diese Sicherheitsleistungen der Deutschen Reichspost nicht mehr bedarf.

§ 10

Die von der Deutschen Reichspost zu übernehmende Schuld wird für den 1. April 1924 vom Reichspostminister und dem Reichsminister der Finanzen gemeinsam festgesetzt. Sie vermehrt sich um alle nach diesem Zeitpunkt für Zwecke des Reichs-Post- und Telegraphenbetriebs aufgenommenen Schulden.

§ 11

Der Reichspostminister legt dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs die Jahresrechnung nebst Gewinn- und Verlustrechnung zur Prüfung nach Maßgabe der im § 15 aufrechterhaltenen gesetzlichen Bestimmungen vor. Der Rechnungshof übermitteln die geprüfte Rechnung dem Verwaltungsrate, der über die Entlastung Entscheidung trifft.

Über die Rechnungsprüfung hat die Deutsche Reichspost mit dem Rechnungshof eine besondere Vereinbarung zu treffen, die dem Bedürfnis einer sachgemäßen Prüfung entsprechen muß.

Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Reichsregierung.

§ 12

Die Beamten der Deutschen Reichspost sind Reichsbeamte mit ihren Rechten und Pflichten im Sinne des Artikel 129 der Reichsverfassung.

Soweit die Dienstbezüge der Beamten der Deutschen Reichspost nicht durch Reichsgesetze geregelt sind, dürfen sie im Vergleiche zu den Dienstbezügen gleichzubewertender Reichsbeamten nur dann günstiger geregelt werden, wenn diese günstigere Re-

gelung zur Aufrechterhaltung eines geordneten und leistungsfähigen Betriebs oder Verkehrs notwendig ist. Das gleiche gilt, wenn die günstigere Regelung eine gedeihliche Fortentwicklung des Post- und Telegraphenwesens zu fördern geeignet ist und der sich aus der günstigeren Regelung ergebende Vorteil die in anderer Hinsicht entstehenden oder zu erwartenden Nachteile überwiegt.

Neue Vorschriften über Dienstbezüge der Beamten der Deutschen Reichspost sind, soweit sie nicht Reichsgesetze sind oder eine reichsgesetzliche Regelung wiedergeben, dem Reichsminister der Finanzen mitzuteilen. Der Reichsminister der Finanzen kann, soweit die Vorschriften nach seiner Auffassung eine günstigere Regelung vorsehen, als nach Abs. 2 zulässig ist, spätestens binnen zwei Wochen nach der Mitteilung beim Reichspostminister Einspruch erheben.

Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 2 Abs. 1, 6 bis 8, 10 Abs. 1, 11 Abs. 1 und 2, 12 und 13 des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung (Besoldungsgesetz vom 21. Dezember 1920, Reichsgesetzbl. S. 2117) sinngemäß.

§ 13

Die Staatsverträge mit Bayern und Württemberg nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. April 1920 (Reichsgesetzbl. S. 643) bleiben unberührt. Die Reichsregierung wird jedoch ermächtigt, die in dem § 2 dieser Staatsverträge vorbehaltenen nähere Vereinbarung über die Tilgung der Vergütungen von 620 und 250 Millionen Mark zu treffen. Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Reichsrats und Reichstags.

Maßnahmen auf dem Gebiete des Reichs-Post- und Telegraphenwesens zugunsten einzelner Länder über die in jetzt geltenden Verträgen gewährten Rechte hinaus, die von dem Grundsatz gleichmäßiger Behandlung aller Länder des Reichs abweichen, bedürfen der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags in der im Artikel 76 Abs. 1 Satz 2 und 3 der Reichsverfassung vorgeschriebenen Form.

Die Befristung der Regierungsvollmacht ist als unzulässig gestrichen worden. Wegen der Ergänzungen, die der Entwurf im Reichsrat erfahren hat, darf auf die einleitenden Bemerkungen dieses Aufsatzes verwiesen werden.

Die Staatsverträge sind in vollem Umfang aufrechterhalten. Deshalb greift auch die Einschränkung der Haftung nach § 1 Abs. 2 nicht Platz. Daß durch das Gesetz die Voraussetzungen der Staatsverträge beseitigt werden, ist nicht anzuerkennen. Hierauf beruht der Widerspruch, den Bayern und Württemberg bei der Verabschiedung des Gesetzes im Reichsrat und Reichstag erhoben haben.

§ 14

Die Enteignung von Grundeigentum, das zu Bauten der Reichspost oder zur Beibehaltung bereits für Zwecke der Reichspost verwendeter Räume erforderlich ist, ist gegen volle Entschädigung zulässig. Sie erfolgt nach Maßgabe der Landesgesetze.

Die Befugnis des Reichspräsidenten, im Einzelfall die Zulässigkeit der Enteignung festzustellen, ist auf Beschluß des Reichsrats gestrichen worden. Damit ist der Hauptzweck der Bestimmung nicht erreicht. Die nunmehr

nach der Landesgesetzgebung zuständige Stelle ist aber zur Enteignung verpflichtet, wenn sie zu den in Satz 1 angegebenen Zwecken erforderlich ist.

§ 15

Der Verwaltungsrat ist unverzüglich zu bilden und nimmt seine beratende Tätigkeit sogleich auf. Er hat den Haushalt für das Rechnungsjahr 1924 festzustellen. Im übrigen tritt das Gesetz, unbeschadet der im § 13 erteilten, mit der Verkündung des Gesetzes in Kraft tretenden Ermächtigung, am 1. April 1924 in Kraft.

Gleichzeitig treten Abs. 3 und 4 des Artikel 88 der Reichsverfassung außer Kraft. Die Bestimmungen der Artikel 85 bis 87 der Reichsverfassung gelten von dem gleichen Zeitpunkt ab mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Reichsrats und Reichstags der Verwaltungsrat tritt, und daß es zur Aufnahme von Krediten und zur Übernahme von Sicherheitsleistungen eines Reichsgesetzes nicht bedarf. Außerdem treten die Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung außer Kraft, soweit sie eine weitere Beteiligung des Reichsfinanzministers, als in diesem Gesetze vorgesehen ist, enthalten.

Mit dem gleichen Zeitpunkt entfällt die in den nachfolgenden Gesetzen vorgesehene Beteiligung des Reichstags, Reichsrats oder ihrer Ausschüsse, nämlich in

§ 50 Abs. 1 und 4 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 (Reichsgesetzbl. S. 347),

§ 3 Abs. 1 des Gesetzes über Post-, Postschek- und Telegraphengebühren vom 17. August 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 797),

§ 10 Abs. 1 des Postschekgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1921 (Reichsgesetzbl. S. 247),

Artikel 10 des Eisenbahnpostgesetzes vom 20. Dezember 1875 (Reichsgesetzbl. S. 318),

§§ 4, 13 Abs. 1 des Fernsprech-Gebührengesetzes vom 17. August 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 802),

§ 2 des Gesetzes, betreffend Telegraphen- und Fernsprechgebühren, vom 6. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. S. 894).

Berlin, den 18. März 1924.

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichspostminister
Dr. Höfle

Der Reichsminister der Finanzen
Dr. Luther

III

Trotz zahlreicher, zum Teil allerdings mehr redaktioneller Änderungen ist der Grundgedanke des Entwurfs erhalten und das Ziel der Lösung der Reichspost von hemmenden Bestimmungen der Verfassung und der Reichshaushaltsordnung voll erreicht worden.

Für die Deutsche Reichsbahn ist inzwischen durch die Verordnung der Reichsregierung vom 12. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. S. 57) eine nur provisorische Regelung geschaffen worden. Die im Eigentum des Reichs verbleibenden Reichsbahnen werden danach durch eine selbständige juristische Person: »Deutsche Reichsbahn«, auf die das Betriebsvermögen der Bahnen übergeht, verwaltet und betrieben. Aufsicht und Leitung behält der Reichsverkehrsminister. Bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn wirkt die Reichsregierung u. a. bei der Feststellung des Voranschlags, Aufstellung der Bilanz und Entlastung der Verwaltung noch mit. Sie kann diese Mitwirkung einem Verwaltungsrat übertragen. Auch hier ist nunmehr ein Haushaltsgesetz nicht mehr erforderlich *).

Einen Verwaltungsrat hat auch die französische Post erhalten. Nach der Zeitschrift der an die International des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe angeschlossenen Organisationen besteht dieser französische Verwaltungsrat aus 28 Mitgliedern, von denen je 6 Sachmänner vom Minister und vom Personalsrat gewählt werden. Ferner gehören ihm 9 Interessenten (3 Kaufleute, 3 Landwirte, 2 Bürgermeister und ein Vertreter der Presse) an sowie 7 Vertreter des Allgemeinwohls (des Postministers, Budgetreferent, Kontrollen des Ausgabenetats, 2 Staatsräte, 1 Generalinspektor der Finanzen, 1 Vertreter der Kolonien). Die Beschlüsse scheinen sich mehr denen des jetzt beseitigten deutschen Verkehrsbeirats zu nähern. Jedenfalls ist das Spezialbudget der französischen Post der Prüfung des Parlaments unterworfen. Ein Reservefonds von 150 Millionen Frank ist vorgesehen, um unvorhergesehene Abgänge des Betriebs zu decken.

*) Nach den Ausführungen in Nr. 9 der Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen (1924 S. 142) soll der Vorschlag des Artikels 92 AB dadurch genügt werden, daß der etwaige Reinüberschuß der Reichsbahn in dem allgemeinen Reichshaushalt eingegliedert wird. D. im Reichstag ausgesprochenen Auffassung, daß dies mit der Verfassung nicht im Einklang stehe, wurde seitens des Reichsjustizministers mit der Begründung widersprochen, daß eine stärkere Verfestung des Unternehmens mit dem allgemeinen Reichshaushalt nicht im Einklang stehen würde mit dem Bestreben der Verfassung, ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu schaffen (Archiv für Eisenbahnwesen 1924 S. 205).

Zur Änderung des Telegraphenwegegesetzes vom 13. Februar 1924.

Von Ministerialrat Dr. Neugebauer.

I. Die bisher geltenden Gesetzesvorschriften über das Rechtsverhältnis der Telegraphen- und Fernsprechlinien der Deutschen Reichspost (DRP) zu elektrischen Anlagen bereiteten der Auslegung gewisse Schwierigkeiten. Ihre Anwendung durch die Gerichte hat dazu geführt, daß eine große Reihe »besonderer Anlagen« auf Verkehrswegen eine mit den Absichten des Telegraphenwegegesetzes (TWG) nicht immer in Einklang zu bringende, weitgehende Vorzugsstellung gegenüber den der Allgemeinheit dienenden Verkehrsanlagen der DRP erhalten hat. Verschiedene Gesichtspunkte

sind es, auf welche diese Entwicklung der Rechtsprechung zurückzuführen ist.

Zunächst hat die Rechtsprechung bei Anwendung des § 6 TWG nicht im Auge behalten, daß die Regelung der Rechtsbeziehungen der DRP zu den »besonderen Anlagen« auf Verkehrswegen (§§ 5, 6 TWG) von dem einheitlich für das gesamte Telegraphenrecht geltende Grundsatz der Priorität ausgeht, wonach die spätere Anlage die Kosten der Verlegung oder Veränderung der vorhandenen Anlage zu tragen hat, und daß nur für die besonderen Fälle des § 6 Abs. 2 TWG — Ausführ-

er Anlage durch den Wegeunterhaltungspflichtigen oder unter überwiegender Beteiligung eines oder mehrerer Wegeunterhaltungspflichtigen — eine Ausnahme¹⁾ von diesem Grundsatz der Priorität gemacht wird. Derartige Ausnahmeverordnungen zugunsten eines bestimmten Teils von Anlagen, die eine Belastung der Allgemeinheit zugunsten der Bevorzugung engerer Bevölkerungskreise in sich schließen, sind nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen eng auszulegen, wie auch das Kammergericht in dem Urteil vom 3. Januar 1923²⁾ unter Berufung auf die Kommissionsverhandlungen zu § 6 TWG ausgeprochen hat. Das Reichsgericht hingegen glaubt, aus dem Gange der Kommissionsverhandlungen das Gegenteil herauslesen zu müssen und den Rahmen für die Gewährung der Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG weit zuziehen zu sollen.

Dieser unrichtige Ausgangspunkt hat das Reichsgericht dann veranlaßt, bei Beurteilung der Frage, ob eine überwiegende Beteiligung Wegeunterhaltungspflichtiger vorliegt, dem Begriff der »Beteiligung« eine immer weitere Ausdehnung zu geben und schließlich auf eine greifbare Eingrenzung des Begriffs so gut wie zu verzichten. Der § 6 Abs. 2 TWG gibt den »späteren besonderen Anlagen« gewisse Vergünstigungen gegenüber den auf dem Verkehrsweg vorhandenen Telegraphenlinien der DRP — Rechte auf Verlegung oder Veränderung dieser Linien auf Kosten der DRP —, falls die letztere besondere Anlage von den Wegeunterhaltungspflichtigen ausgeführt wird oder wenn sich ein oder mehrere Wegeunterhaltungspflichtige³⁾ an der Ausführung »überwiegend beteiligen«. Die Fälle, daß die besondere Anlage von den Wegeunterhaltungspflichtigen selbst ausgeführt wird, sind selten. Meist werden in Betracht der Anlagekosten, z. B. gerade bei elektrischen Anlagen, andere Formen für die Ausführung benutzt, bei denen das Unternehmen in der Hand kapitalkräftiger Privatgesellschaften liegt und Wegeunterhaltungspflichtige nur in gewisser Weise mitherrangezogen werden. Dabei hat sich gezeigt, daß der Weg unmittelbarer rechtlicher Beteiligung des Wegeunterhaltungspflichtigen am Unternehmen (z. B. Gemeinschaft nach Bruchteilen, Genossenschaftsgemeinschaft, Mitgliedschaft an einer juristischen Person: Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung usw.) in der Regel nicht gewählt wird. Die Verbindung des Wegeunterhaltungspflichtigen mit dem Unternehmen ist meist viel loser; man beschränkt sich auf die Heranziehung des Wegeunterhaltungspflichtigen zu gewissen, nicht sonderlich schweren oder lästigen Naturalleistungen (Überlassung der Wege zur Führung von Leitungen) und zu einigen wirtschaftlichen Aufwendungen. Das Reichsgericht verlangt für den Begriff der Beteiligung⁴⁾ des Wegeunterhaltungspflichtigen keine bestimmte Rechtsform, insbesondere kein Gesellschaftsverhältnis des Wegeunterhaltungspflichtigen zum Unter-

nehmen. Nach seiner ständigen Rechtsprechung genügt es vielmehr, damit sich eine Anlage die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG verschaffen kann, daß der Wegeunterhaltungspflichtige »sein Interesse an der Ausführung der Anlage durch wirtschaftliche Aufwendungen irgendwelcher Art für Herstellung oder Änderungen (§ 6 Abs. 6) der Anlage betätigt, sie z. B. finanziell unterstützt oder durch Gewährung von Naturalleistungen fördert und so durch Teilnahme an der planmäßigen Finanzierung des Unternehmens an der Schaffung seiner finanziellen Grundlagen mitwirkt« (vgl. Reichsgericht Zivilsachen Bd. 78 S. 216 vom 18. Januar 1912 VI 214. 11; Bd. 78 S. 223 vom 29. Januar 1912 VI 166. 11; Bd. 80 S. 287 vom 30. Oktober 1912 VI 197. 12; Bd. 90 S. 118 vom 2. April 1917 VI 462. 16; Bd. 97 S. 67 vom 30. Oktober 1919 VI 202. 19; Bd. 101 S. 280, 285 vom 10. Februar 1921 VI 505. 20). Mit Hilfe dieser mehr wie farblosen, letzten Endes jeder Deutung zugänglichen Umschreibung eines Gedankens, von Begriffsbestimmung kann wohl nicht die Rede sein, gelangt die Rechtsprechung dahin, auch die lockersten Beziehungen zwischen Anlage und Wegeunterhaltungspflichtigen für ausreichend zu halten, um der Anlage die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG zu verschaffen. Maßgebender Einfluß auf das Unternehmen braucht nach der Rechtsprechung dem Wegeunterhaltungspflichtigen nicht zuzustehen, um den Voraussetzungen des Begriffs »Beteiligung« im Sinne der Rechtsprechung zu genügen; die Rechtsprechung hält es auch nicht für nötig, daß der Wegeunterhaltungspflichtige die finanziellen Lasten und das Risiko der Anlage trägt (vgl. RGZ Bd. 63 S. 88, 91 vom 23. März 1906 VI 266. 05; Bd. 97 S. 71 vom 30. Oktober 1919 VI 202. 19⁴⁾). Damit ist der Begriff der »Beteiligung« des Wegeunterhaltungspflichtigen völlig verwässert worden. Das, was die Beteiligung des Wegeunterhaltungspflichtigen nach dem TWG sein sollte, nämlich ein Merkmal dafür, daß die Anlage infolge der überragenden Stellung des Wegeunterhaltungspflichtigen in ihr dem Einfluß des Privatkapitals so sehr entrückt ist, daß es sich rechtfertigt, die Interessen dieser Anlage den Interessen der Verkehrslinien der DRP vorzuziehen, ist der Begriff der »Beteiligung«, wie ihn die Rechtsprechung herausgebildet hat, längst nicht mehr. Das tritt besonders deutlich zutage, wenn man die Rechtsprechung zum Begriff der »Beteiligung« durch Hingabe von Darlehen oder Übernahme von Bürgschaften berücksichtigt. Das Reichsgericht erblickt darin Formen der »Beteiligung« (Reichsgericht Zivilsachen Bd. 90 S. 114 vom 2. April 1917 VI 462. 16 und Bd. 90 S. 121 vom 2. April 1917 VI 433. 16; RG 101 S. 280, 285 vom 10. Februar 1921 VI 505. 20).

⁴⁾ Die letztgenannte Entscheidung (RGZ 97 S. 67) ist besonders kennzeichnend. Eine wegeunterhaltungspflichtige Stadtgemeinde übertrug die Einrichtung einer elektrischen Straßenbahn einer Großfirma auf Grund von Verträgen, in denen die Gemeinde sich zwar als Erbauerin der Bahn bezeichnete, jedoch die Anlage vom Augenblick der Betriebsöffnung an die Großfirma (eine Aktiengesellschaft) überließ, daß die Großfirma der Stadt die Baukosten voll zurückerstatten sollte, damit die Stadt »in keiner Weise durch den Bau der Straßenbahn belastet werde«. Gleichwohl hat das Reichsgericht dies sowie ferner dem ausdrücklich selbst betonten Umstand, daß »die Stadt bestrebt war, ihr mit der Herstellung der Bahnanlage verbundenes finanzielles Risiko auf die Großfirma als ihren »Pächter« abzuwälzen und durch die Bemessung der »Pachtsumme« auch ihre Baukostenschulden nebst Zinsen allmählich abzutragen«, für unerheblich erklärt; es hat angenommen, daß die Stadt die Bahn »ausgeführt habe«, und daß daher der Bahn auch in der Hand der Großfirma die Vergünstigungen des § 6 Abs. 2 TWG zuständen! Die auf Grund dieses Urteils aus Reichsmitteln gezahlten Beträge kamen dem Großkapital zugute.

¹⁾ Vgl. so auch RGZ Bd. 90 S. 123 vom 2. April 1917 VI 3. 16.

²⁾ Archiv 1923 S. 136.

³⁾ Zur Vermeidung von Zweifeln sei bemerkt: § 6 TWG regelt nur das Zusammentreffen von Telegraphenanlagen mit anderen besonderen Anlagen auf Verkehrswegen. Daher kann die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG nur durch Beteiligung solcher Wegeunterhaltungspflichtiger begründet werden, denen die Wegeunterhaltungspflicht für den von der Anlage künftigen Verkehrsweg obliegt. Nimmt die besondere Anlage nur einen bestimmten Verkehrsweg in Anspruch, dann ist sie, um die Vergünstigungen des § 6 Abs. 2 TWG zu erlangen, in dem für diesen Verkehrsweg Unterhaltungspflichtigen ausgeführt werden. Andernfalls greift § 6 Abs. 5 TWG Platz (vgl. RGZ 65 305, 311 vom 18. März 1907 VI 307. 06).

In der ersten dieser Entscheidungen (RGZ Bd. 90 S. 118) wird zwar ausgesprochen, daß Darlehensgewährung (oder Bürgschaftsübernahme) eine Form der »Beteiligung« nur dann darstellen könne, wenn sie »ein wesentliches Moment zum Inslebentreten des Unternehmens ist, ein wesentlicher Umstand unter den verschiedenen für seine Gründung und Förderung bedeutsamen Bedingungen«. Indessen sind diese Einschränkungen doch sehr unbestimmt gefaßt und verschiedenster Auslegung zugänglich, zumal sich das Reichsgericht dahin ausgesprochen hat, daß eine Darlehensgewährung unter jenen Voraussetzungen auch ohne besondere Vergünstigungen, z. B. besondere Zins- und Tilgungserleichterungen, nach Umständen eine Beteiligung darstellen könnte, selbst wenn der andere Teil das Darlehen verzins, tilge (!) und sonstige Kosten der Kapitalbeschaffung »tragen müsse« — also z. B. die Bankspesen, wenn der Wegeunterhaltungspflichtige seinerseits sich das Darlehen erst bei einer Bank borgt (vgl. auch den Fall in RGZ 90 S. 121). Bleiben aber Umfang und Maß der Verzinsungs- und Tilgungsbeträge sowie der durch Tilgung allmählich immer geringer werdende Grad der Beteiligung außer Betracht, so wird das wirkliche wirtschaftliche Risiko des Wegeunterhaltungspflichtigen, das allein das Maß seiner Belastung und damit seiner Aufwendungen bestimmen kann, unbeachtet gelassen. Wenn man schon mit dem Reichsgericht in wirtschaftlichen Aufwendungen irgendwelcher Art, in der »Teilnahme an der planmäßigen Finanzierung des Unternehmens«, eine Beteiligung im Sinne des § 6 Abs. 2 TWG erblickt, so müßte man auch bei der Bewertung wirtschaftlicher Aufwendungen in ihrer Bedeutung für das Unternehmen wirtschaftlich denken und dürfte nur das Maß der wirklichen wirtschaftlichen Belastung des Wegeunterhaltungspflichtigen in Rechnung stellen, müßte mithin auch die rechtlichen und wirtschaftlichen Sicherungen, die sich der Wegeunterhaltungspflichtige zur Abbürdung seiner Lasten in der Regel ausbedingt — z. B. Sicherheitsübereignungen der Leitungsnähe von Überlandzentralen, Rückbürgschaften, vertragmäßige besondere Zugriffsmöglichkeiten gegen Dritte —, in ihrer Rückwirkung auf das Maß der wirtschaftlichen Last des Wegeunterhaltungspflichtigen genau berücksichtigen. Nach dieser Richtung hat jedoch die Rechtsprechung zum Nachteil des Reichs nicht immer die nötigen Prüfungen vorgenommen.

Die Belastung der DRP durch die Rechtsprechung auf dem Gebiet des § 6 Abs. 2 TWG mußte sich noch weiter verschärfen, nachdem die Rechtsprechung dazu übergegangen war, mit Hilfe des wenig klar herausgearbeiteten Begriffs der »Einheitlichkeit der Anlage« die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG nicht nur auf den Wegen zuzubilligen, deren Unterhaltungspflichtige sich an der Anlage beteiligen, sondern auf alle benutzten Verkehrswege auszudehnen. Je geringere Anforderungen die Rechtsprechung an den Begriff der »Beteiligung« von Wegeunterhaltungspflichtigen stellte, um so weiter ging sie gleichzeitig in der räumlichen Ausdehnung der Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG, was eine weitere empfindliche Mehrbelastung des Reichs zugunsten »besonderer Anlagen« zur Folge hatte.

Zu alledem kommt noch folgendes. Eine wichtige Voraussetzung für die Erlangung der Vergünstigungen des § 6 Abs. 2 TWG bei bloßer »Beteiligung« des Wegeunterhaltungspflichtigen ist, daß diese Beteiligung »überwiegend« — also mehr als bloß »wesentlich« oder

»erheblich« — sein muß. Diese vom TWG wohlüberlegte Einschränkung wird durch die Rechtsprechung im Zusammenhang mit ihrer Auslegung des Begriffs »Beteiligung« nur oberflächlich aufgefaßt und kann im Gegensatz zu der Absicht des Gesetzes kaum noch als besonders merkbare Eingrenzung der für § 6 Abs. 2 TWG maßgebenden Fälle von »Beteiligung« in Frage kommen. Denn das Reichsgericht verlangt nicht eine genaue Abschätzung aller einzelnen Leistungen der Wegeunterhaltungspflichtigen und auch keine genaue ziffernmäßige Vergleichung mit den sonstigen Aufwendungen für das Unternehmen, begnügt sich vielmehr damit, daß auf Grund freier Würdigung bestimmt wird, ob den gesamten Leistungen und Aufwendungen des Wegeunterhaltungspflichtigen gegenüber dem sonstigen Aufwand für die Anlage eine überwiegende Bedeutung zukommt (RGZ Bd. 78 S. 216, 222 und S. 223, 227). Damit wird dem Moment des »Überwiegens« der Beteiligung zum Nachteil der DRP seine praktische Bedeutung im wesentlichen genommen.

Eine besonders bedenkliche Wendung zeigt schließlich die Rechtsprechung zu § 6 Abs. 4 TWG. Nach § 6 Abs. 4 TWG kommt die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG in Fortfall, wenn der Wegeunterhaltungspflichtige seinen »Anteil« an dem Unternehmen einem nichtwegeunterhaltungspflichtigen Dritten »überläßt«. In den fast stets vorkommenden Fällen, in denen der Wegeunterhaltungspflichtige weder selbst alleiniger Eigentümer der Anlage ist, noch auch als Mitunternehmer in Betracht kommt, sondern lediglich eine »Beteiligung« im obigen Sinne des Reichsgerichts vorliegt, steht den Wegeunterhaltungspflichtigen ein übertragungsfähiger Anteil am Unternehmen nicht zu. Soll dann der § 6 Abs. 4 TWG überhaupt nicht zur Anwendung gelangen? Der Grundgedanke des § 6 Abs. 4 TWG geht dahin, daß das nachträgliche Hinzutreten eines Wegeunterhaltungspflichtigen zu einer besonderen Anlage nach ihrer Ausführung ohne Einfluß auf die Rechtsstellung des Unternehmens zur DRP sein soll, nicht aber das nachträgliche Wegfallen eines Wegeunterhaltungspflichtigen, wenn sein Beitritt dem Unternehmen die Vergünstigungen des § 6 Abs. 2 TWG verschafft hat. Damit sollte ein Gegengewicht gegen die Berücksichtigung der Beteiligung von Wegeunterhaltungspflichtigen geschaffen werden, damit nicht durch Ausscheiden des Wegeunterhaltungspflichtigen zum Schaden des Reichs die Vergünstigungen des § 6 Abs. 2 TWG alsbald einer Privatperson, dem Privatkapital, zugunsten kämen (vgl. die Kommissionsberatungen in den Reichstagsdrucksachen 1898/1900 Aktenstück 498 S. 2635). Diesem Grundgedanken und dem danach unverkennbaren inneren Zusammenhang zwischen den beiden Absätzen 2 und 4 des § 6 TWG entspräche es allein, daß dann, wenn eine »Beteiligung« im Sinne des § 6 Abs. 2 TWG ohne Entstehung eines »Anteils« im engen Wortsinne überhaupt anerkannt wird, auch der Begriff »Anteil« und »Überlassung des Anteils« im § 6 Abs. 4 nicht im engen Wortsinne verstanden, der § 6 Abs. 4 TWG vielmehr auf alle Fälle der »Beteiligung« angewendet wird, wenn der Wegeunterhaltungspflichtige diese seine »Beteiligung« aufgibt⁵⁾. Die Rechtsprechung ist dieser folgerechten Weg nicht gegangen. Sie wendet den § 6 Abs. 4 TWG nur beim Vorliegen eines wirklichen

⁵⁾ Vgl. dazu auch die Ausführungen im Archiv 1923 S. 138 Anmerkung 3b.

übertragungsfähigen Anteils eines Wegeunterhaltungspflichtigen an (Reichsgericht, Urteile vom 18. Januar 1912 VI 269. 11 — nicht veröffentlicht — und vom 29. Januar 1912 VI 166. 11, dieser Teil in RGZ Bd. 78 S. 223—228 nicht mitabgedruckt, auch RGZ 78 S. 221 vom 18. Januar 1912 VI 214. 11), mithin im wesentlichen nur bei Alleinunternehmerschaft des Wegeunterhaltungspflichtigen (vgl. Reichsgericht Zivilsachen Bd. 94 S. 182 vom 2. Dezember 1918 VI 217. 8; vgl. auch Postarchiv 1919 S. 195 und 1923 S. 137 (Anm. 3) sowie bei Fällen der Beteiligung des Wegeunterhaltungspflichtigen in einer Gemeinschafts- oder Gesellschaftsform. Ganz abgesehen von dem Mangel an innerer Folgerichtigkeit, die dieser Rechtsprechung anhaftet, führt sie einmal dahin, daß der nichtwegeunterhaltungspflichtige Unternehmer mit der Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG beim Ausscheiden der, z. B. nur durch Darlehen, »überwiegend beteiligten« Wegeunterhaltungspflichtigen besser gestellt wird als der wegeunterhaltungspflichtige Unternehmer, der seinen Anteil veräußert. Sodann läuft diese Rechtsprechung im offenen Gegensatz zum Sinne des TWG letzten Endes darauf hinaus, die Anforderungen, die der § 6 Abs. 2 TWG in den Einfluß der Wegeunterhaltungspflichtigen am Unternehmen stellt, immer mehr und mehr herabzurücken. So kann z. B. auf Grund der Rechtsprechung zu § 6 TWG die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG dadurch erreicht werden, daß sich ein Wegeunterhaltungspflichtiger lediglich für die kurze Zeit der Ausführung der Anlage eines privaten Unternehmens, z. B. durch ein vielleicht sogar erst noch von einer Bank entliehenes Darlehen, mit allen nur denkbaren rechtlichen und wirtschaftlichen Sicherungen »beteiligt«; auf diese die DRP und damit (vgl. § 8 des Reichspostfinanzgesetzes) letzten Endes das Reich und die Allgemeinheit belastende Vergünstigung des Unternehmens bleibt es aber nach Ansicht des Reichsgerichts ohne jeden Einfluß, wenn der Wegeunterhaltungspflichtige seine Darlehensrechte an ein privates Bankunternehmen überläßt. Ein privatrechtliches Unternehmen kann sich somit durch vorübergehendes Hineinziehen von Wegeunterhaltungspflichtigen für die Dauer weittragende Vergünstigungen gegenüber wichtigsten Verkehrsmitteln des Reichs und der Allgemeinheit auf deren Kosten verschaffen, ohne dem Wegeunterhaltungspflichtigen einen rechtlich und wirtschaftlich erheblichen oder dauernden Einfluß auf die Gestaltung des Unternehmens einräumen zu müssen. Man wird vergeblich nach einem Grunde suchen, der eine derartige Abbürdung von Anlagekosten eines Privatunternehmens für begrenzte Bevölkerungskreise auf das Reich rechtfertigen könnte.

Die Kosten, die diese Rechtsprechung zu § 6 TWG gerade infolge der Entwicklung der elektrischen Anlagen in letzter Zeit für die DRP mit sich gebracht hat, hatten einen wachsenden Umfang angenommen, der bei der Lage der DRP nicht mehr zu rechtfertigen war. Die Anwendung der fraglichen Bestimmungen hat außerdem eine bedeutende Last unfruchtbarer Verwaltungsarbeit erzeugt, die ebenso in der immer unständlicher sich gestaltenden Prüfung der Rechtslage der Unternehmen ihren Grund hatte sowie darin, daß die Planung und Ausführung von Starkstromanlagen der Gesichtspunkt sparsamer Wirtschaftsführung überall da, wo Aussicht bestand, auf das Reich Teile der Anlagekosten abzuwälzen, immer mehr in den Hintergrund treten war. Um der immer ernster werdenden Be-

lastung des Haushalts der DRP mit wirtschaftlich in diesem Umfang nicht mehr zu rechtfertigenden unproduktiven Ausgaben vorzubeugen, hat die Reichsregierung von der im Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 (RGBl. I S. 1179) verliehenen Befugnis Gebrauch gemacht und eine Verordnung zur Änderung des TWG erlassen. Den Kern der Verordnung bildet die Beseitigung der Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG für »elektrische Anlagen«. Daneben sind einige Zweifelsfragen des geltenden Rechts beseitigt worden, die sich über den Umfang der Pflicht zur Instandhaltung der Anlagen (§§ 5 Abs. 1, § 6 Abs. 1 TWG, § 12 TG) sowie über die Pflicht zur Übernahme der Kosten für die Instandhaltung erforderlicher Schutzvorkehrungen ergeben haben (§ 5 Abs. 1 Satz 2, § 6 Abs. 3, 5 TWG und § 12 Satz 2 TG). Diese letzten Fragen mußten für das gesamte Telegraphenrecht einheitlich geregelt werden, gleichviel ob es sich um den Fall handelt, daß Telegraphenlinie und besondere Anlage auf dem Verkehrsweg zusammentreffen (§§ 5, 6 TWG) oder um den Fall, daß eine dieser Anlagen oder beide den Verkehrsweg nicht benutzen (§ 12 TG — vgl. darüber Reichsgericht Zivilsachen Bd. 78 S. 232, 233 vom 29. Januar 1912 VI 239. 11 und Bd. 101 S. 283 vom 10. Februar 1921 VI 505. 20). Der § 12 TG war daher der Neuregelung des TWG anzupassen (Art. II der Verordnung).

II. Der Entwurf der Verordnung hat während der Beratungen keine Änderungen erfahren. Seine Begründung bei der Vorlage in den Ausschüssen des Reichsrats und Reichstags lautet folgendermaßen.

»Die Ausgaben, welche die Reichskasse auf Grund des § 6 Abs. 2 und 3 des Telegraphenwegegesetzes (TWG) für Verlegung oder Veränderung von Telegraphenlinien und für Schutzvorkehrungen zur Sicherung gegen störende Einwirkungen von Starkstromanlagen zu leisten hat, sind von 11 000 M im Jahre 1900 auf 558 000 M im Rechnungsjahr 1914 angewachsen. Diese außerordentlich starke Zunahme der Ausgaben in der Vorkriegszeit beruht nicht lediglich auf der etwa 1907 einsetzenden intensiveren Versorgung des flachen Landes mit elektrischer Arbeit und der damit zusammenhängenden Ausdehnung des Starkstromleitungsnetzes; vielmehr prägt sich in diesen Zahlen auch die Wirkung der Rechtsprechung zu § 6 Abs. 2, 3 TWG aus, welche die dort für gewisse elektrische Anlagen vorgesehene Vergünstigung in steigendem Maße zu Lasten des Reichs ausdehnte, was sich naturgemäß immer weitere Kreise der Starkstromunternehmer zunutze machten. Aus der Entwicklungslinie der Ausgaben seit 1902 läßt sich mit ziemlicher Sicherheit entnehmen, daß im Rechnungsjahr 1924 der Betrag von 1 000 000 Goldmark überschritten werden wird, wenn die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung in dem gleichen Verhältnis fortschreitet, wie sie es in der Vorkriegszeit getan hat. Hiermit ist aber zu rechnen, zumal von 1915 bis 1922 der Bedarf an elektrischer Energie nur zum geringsten Teil hat befriedigt werden können. Eine weitere Steigerung in den Folgejahren ist zu erwarten.

Bedeutet schon derartige Summen für den Reichshaushalt eine schwere Belastung mit gänzlich unproduktiven Ausgaben, so ist damit die finanzielle Wirkung der Vorschriften des § 6 Abs. 2 und 3 noch nicht erschöpft. Außer diesen unmittelbaren Kosten entstehen noch beträchtliche Verwaltungs-

kosten, welche durch die im Kasseninteresse notwendige gründliche Prüfung der rechtlichen und technischen Fragen verursacht werden.

Der § 6 Abs. 2 TWG gibt die dort vorgesehenen Vergünstigungen gegenüber Reichstelegraphenlinien den Anlagen, an denen sich Wegeunterhaltungspflichtige beteiligen. Das Reichsgericht beschränkt diesen Begriff der »Beteiligung« nicht etwa auf die Fälle der Betätigung als Mitunternehmer. Vielmehr genügt es nach seiner Ansicht, daß der Wegeunterhaltungspflichtige sein Interesse an der Ausführung der Anlage durch wirtschaftliche Aufwendungen irgendwelcher Art betätigt, sei es z. B. auch nur durch finanzielle Unterstützungen in Form von Darlehen oder Bürgschaften. So ist eine Fülle verschiedenster Beteiligungsformen rechtlich und wirtschaftlich verwickelter Art herausgebildet worden. Die im Reichsinteresse in jedem Einzelfall gebotene Prüfung der Beteiligungsform verursacht umfangreiche Verwaltungsarbeit durch zeitraubende Verhandlungen und oft langwierigen Schriftwechsel über Grund und Tragweite der »Beteiligung« der Wegeunterhaltungspflichtigen.

Hierzu treten kostspielige und umständliche Prüfungen technischer Art, weil sonst bei der eigenartigen Lage der technischen Verhältnisse Benachteiligungen der Reichskasse vorkommen können. So sollen z. B. bei den Schutzmaßnahmen, die vorwiegend an der Starkstromanlage getroffen werden, der Telegraphenverwaltung nur diejenigen Mehrkosten zur Last fallen, die dadurch entstehen, daß die Starkstromanlage wegen des Schutzes der Telegraphenlinie eine kostspieligere Ausführungsform erhalten muß, als beim Fehlen des Schutzanspruches notwendig wäre. Vielfach wählen aber die Starkstromunternehmer darüber hinausgehend zur Verbesserung ihrer Linien kräftigere Ausführungen in der Annahme, die Mehrausgaben der Telegraphenverwaltung zuschieben zu können. Sodann beachten sie bei der Planung ihrer Anlagen in der Regel nicht die Vorschrift im § 6 Abs. 1, nach der sie ihre Linien nach Möglichkeit so anlegen müssen, daß sie die Telegraphenlinien nicht störend beeinflussen, und verlangen von der Reichstelegraphenverwaltung häufig die Erstattung von Kosten für Schutzmaßnahmen, die bei gebührender Rücksichtnahme auf die vorhandenen Telegraphenlinien entweder ganz entbehrlich gewesen wären oder billiger hätten hergestellt werden können. Die Beurteilung der technischen Verhältnisse in solchen Fällen ist sehr schwierig; es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn es umständlicher und zeitraubender Verhandlungen bedarf, um mögliche Übervorteilungen des Reichs zu erkennen und übertriebene Forderungen auf ein erträgliches Maß herabzumindern. Sehr oft muß die Telegraphenverwaltung völlig neue Berechnungen ausarbeiten, um den Nachweis führen zu können, daß zu hohe Forderungen gestellt worden sind. Da die Nachprüfung der Kostenberechnungen durch eine mit den Richtlinien über den Bau von Starkstromanlagen gründlich vertraute zentrale Dienststelle vorgenommen werden muß, entsteht naturgemäß ein umständlicher und oft nicht reibungsloser Schriftwechsel zwischen dieser Dienststelle, den örtlichen Behörden und den Starkstromunternehmern. Hinzu kommen häufig noch kost-

spielige Dienstreisen, um Meinungsverschiedenheiten durch örtliche Feststellungen aufzuklären. Daß es notwendig ist, die Kostenberechnungen des Starkstromunternehmers in dieser Weise prüfen zu lassen, erhellt aus der Tatsache, daß in den Jahren 1920/1921 90 v H der Forderungen der Starkstromunternehmer um durchschnittlich 60 v H zu hoch angelegt worden waren.

Die Höhe der jährlichen Verwaltungskosten, welche durch die aus § 6 Abs. 2 und 3 verursachte Mehrarbeit entstehen, ist für das Rechnungsjahr 1914 auf rd. 198 000 M festgestellt worden. Dieses Rechnungsjahr muß zugrunde gelegt werden, weil die späteren Jahre wegen starker Einschränkung der Bautätigkeit vom Jahre 1915 ab und wegen des Währungsverfalls nach Beendigung des Krieges ein schiefes Bild geben würden. Allerdings ist auch schon im letzten Drittel des Rechnungsjahres 1914 der Ausbau der Starkstromanlagen bedeutend zurückgegangen, so daß die angegebene Summe der Verwaltungskosten zweifellos nicht den Jahresbetrag erreicht, der sich bei normaler Entwicklung eingestellt hätte. Gleichwohl kann von diesem zu niedrigen Betrag der jährlichen Verwaltungskosten ausgegangen werden, weil der Unterschied durch die eingetretene Herabsetzung der Besoldungen und Löhne wieder ausgeglichen wird. Die Verwaltungskosten haben offenbar einen bestimmten Zusammenhang mit den für Schutzmaßnahmen erwachsenden Ausgaben. Die Entwicklungslinie der letzteren bietet daher einen Anhalt für die Höhe der künftig zu erwartenden Verwaltungskosten. Wenn — wie oben dargetan ist — diese Entwicklungslinie bei den unmittelbaren Ausgaben eine Steigerung um etwa 100 v H erwarten läßt, so darf unter Berücksichtigung der inzwischen wirksam gewordenen Vereinfachungsmaßnahmen für die Verwaltungskosten bei vorsichtiger Schätzung eine Steigerung um etwa 50 v H angenommen werden. Für das Rechnungsjahr 1924 sind danach die Verwaltungskosten mit etwa 300 000 Goldmark anzusetzen.

Dieser Betrag sowie die unmittelbaren Ausgaben stellen für die Reichskasse eine sehr fühlbare, unproduktive Belastung dar, die sich mit einer gesunden Wirtschaftsführung des Reichs um so weniger vereinbaren läßt, weil die Ausgestaltung des § 6 Abs. 2 TWG in der Rechtsprechung in steigendem Maße dazu geführt hat, daß diese Belastung der Reichskasse im wesentlichen dem Privatkapital, und zwar gerade Großunternehmungen zugute kommt. Die Rechtsprechung hat auf dem Gebiet der Elektrizitätsunternehmungen Formen für die Beteiligung des Wegeunterhaltungspflichtigen anerkannt, bei denen diesem für seine Leistungen so viel Sicherheiten und Garantien bedungen werden, daß eine wirtschaftliche Gefahr und Belastung für ihn so gut wie ausgeschaltet ist und die Leistungen des Wegeunterhaltungspflichtigen nurmehr eine günstige Kapitalanlage für ihn darstellen. Der Gesichtspunkt, daß die Beteiligung des Wegeunterhaltungspflichtigen sich in einem maßgebenden Einfluß auf das Unternehmen selbst zu äußern habe, ist in der Rechtsprechung bei Ausgestaltung des Begriffes »Beteiligung« an elektrischen Anlagen zurückgetreten. Infolge der Rechtsprechung der Gerichte zu § 6 Abs. 4 TWG gelingt es ferner

privatkapitalistischen Unternehmungen, durch vorübergehendes Hineinziehen von Wegeunterhaltungspflichtigen sich für unabsehbare Zeit hinaus weittragende Vergünstigungen gegenüber Anlagen des Reichs und auf dessen Kosten zu verschaffen. Der § 6 Abs. 4 gibt dem Reich einen Erstattungsanspruch, wenn der Wegeunterhaltungspflichtige seinen Anteil einem Nichtwegeunterhaltungspflichtigen überläßt. Hierdurch sollte ein Gegengewicht gegen die Berücksichtigung der überwiegenden Beteiligung des Wegeunterhaltungspflichtigen geschaffen werden, damit nicht das Ausschneiden des Wegeunterhaltungspflichtigen ohne Einfluß auf die Stellung der Telegraphenverwaltung zu der Anlage bleibt und auf diesem Wege zum Schaden des Reichs die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG alsbald einer Privatperson oder Gesellschaft zugute kommt. Diesen inneren Zusammenhang zwischen der Vorschrift des § 6 Abs. 4 und der des § 6 Abs. 2 über den Begriff der »Beteiligung« hat die Rechtsprechung aber aus dem Auge verloren. Sie beschränkt den Begriff des »Anteils« im § 6 Abs. 4 auf die Fälle der Beteiligung, in denen ein übertragungsfähiger Anteil besteht (also Fälle der Mitunternehmerschaft), erkennt aber gleichzeitig als die gewöhnlichste, jetzt so gut wie stets gebrauchte Form der Beteiligung Möglichkeiten an, die dem Wegeunterhaltungspflichtigen nach Ansicht der Rechtsprechung übertragungsfähige »Anteile« im Sinne des § 6 Abs. 4 überhaupt nicht verschaffen und nicht verschaffen sollen. So wird der RTW der Anspruch aus § 6 Abs. 4 bei späterem Wegfall des Wegeunterhaltungspflichtigen immer gerade bei den Formen der Beteiligung verjagt, die in der Entwicklung der deutschen Starkstromanlagen die jetzt üblichen sind. Wenn z. B. ein Wegeunterhaltungspflichtiger ein Darlehen gibt — ein besonders oft gewählter Weg, auf dem privatkapitalistische Starkstromunternehmen sich die Vergünstigungen des § 6 Abs. 2 TWG zu Lasten des Reichs verschaffen —, das Darlehen dem Wegeunterhaltungspflichtigen aber binnen kürzester Frist nach Ausführung der Anlagen planmäßig oder außerplanmäßig zurückgezahlt wird oder wenn der darlehensgebende Wegeunterhaltungspflichtige seine Darlehensforderung einem nichtwegeunterhaltungspflichtigen Dritten, etwa einer Großbank, abtritt, so bleibt nach der Rechtsprechung trotz des Absatzes 4 die der Anlage zu Lasten des Reichs einmal erwachsene Vergünstigung unverändert bestehen, und nur für Erweiterungen und Veränderungen der Anlage kann das Ausschneiden der Wegeunterhaltungspflichtigen zur Verjagung der Rechte aus § 6 Abs. 2 führen (§ 6 Abs. 6 TWG). Der § 6 Abs. 2 TWG ist somit bei seiner Anwendung auf elektrische Anlagen aus einer Ausnahmenvorschrift zugunsten wirtschaftlich schwacher Kreise umgestaltet worden in eine Vorschrift, welche kapitalkräftigen Großunternehmungen, die von vornherein privatkapitalistisch aufgebaut und geleitet werden, die Möglichkeit bietet, sich ohne innere wirtschaftliche Notwendigkeit zum Schaden des Reichs gesetzlich verbrieft Rechte auf Inanspruchnahme von Reichsmitteln zu verschaffen und damit ihr Unternehmen zu entlasten, ohne daß sie es nötig haben, das rechtliche oder wirtschaftliche Schwergewicht ihres Unternehmens in die Hände

von Wegeunterhaltungspflichtigen gleiten zu lassen. Diese Belastung des Haushalts der Reichstelegraphenverwaltung mit Ausgaben für Großunternehmungen der Elektrowirtschaft wird dadurch verschärft, daß die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG sich nicht auf die Wege der an dem Unternehmen beteiligten Wegeunterhaltungspflichtigen beschränkt, sondern auch beim Zusammentreffen der Telegraphenverwaltung auf Wegen unbeteiligter Wegeunterhaltungspflichtiger gilt.

Die Anwendung des § 6 Abs. 2 TWG hat danach eine Richtung genommen, die nicht die Wegeunterhaltungspflichtigen, sondern privatkapitalistische Unternehmungen, und zwar bei der Art der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft gerade große Konzerne auf Kosten der Allgemeinheit bevorzugt. Die Not des Reichs zwingt, auf gesetzgeberischem Wege dieser Entwicklung, die das Reich mit hohen, immer steigenden, unproduktiven Ausgaben belastet, entgegenzuwirken und diejenigen Auswüchse zu beseitigen, die zu rechtlicher und wirtschaftlicher Bevorzugung des Privatkapitals auf Kosten des Reichs geführt haben. Die Vergünstigung des § 6 Abs. 2 TWG soll danach im bisherigen Rahmen bestehen bleiben bei den Anlagen, bei denen die Beteiligung der Wegeunterhaltungspflichtigen stets aus tatsächlichen Gründen so stark ausschlaggebend bleiben wird, daß die Beibehaltung des jetzigen Rechtszustandes noch ihre Rechtfertigung in der Rücksicht auf die Wegeunterhaltungspflichtigen finden kann. Bei elektrischen Anlagen dagegen soll der Prioritätsgrundsatz, der gegenüber den eigenen elektrischen Anlagen der RTW selbst zur Anwendung kommt (§ 5), mit der Maßgabe gelten, daß den elektrischen Anlagen ein Recht auf Verlegung oder Veränderung der Reichstelegraphenlinien gegeben wird, wenn sie die gesamten Kosten hierfür zahlen, soweit eine solche Verlegung oder Veränderung mit der Zweckbestimmung der Telegraphen- und Fernsprechanlagen überhaupt vereinbar ist (Art. I Ziffer 6 = § 6a). Verlegung ist jede mit einem Ortswechsel verbundene Änderung der Linie, mithin Änderung des Linienzuges auf demselben Verkehrsweg wie auch Fortverlegung der Linie vom Wege⁶⁾. Das ergibt der zweite Satz von § 6a Abs. 3; doch soll eine Fortverlegung vom Wege auf Grund des Satz 1 nur dann verlangt werden dürfen, wenn der RTW ein anderer Verkehrsweg zur Verfügung steht. Der dritte Satz des Absatzes 3 rechtfertigt sich aus der Erwägung, daß die Zweckmäßigkeit von Verkabelungen und der Verlegung unterirdischer Reichsleitungen nur von der Reichstelegraphenverwaltung selbst richtig beurteilt werden kann, weil sie allein in der Lage ist, die unvermeidliche Rückwirkung dieser Maßnahmen auf die Ausnutzungsmöglichkeit und Betriebssicherheit ihrer Leitungen zu übersehen.

Durch die vorgeschlagene Regelung des § 6a würden die Verwaltungskosten des Reichs in Wegfall kommen, die übrigen Kosten allerdings von den Starkstromunternehmungen zu tragen sein. Diese Belastung spielt aber gegenüber den gesamten Anlage-

⁶⁾ Vgl. darüber auch Urteil des OLG Potsdam vom 24. November 1922 im Archiv 1923 S. 139. Die in der Anmerkung 4c im Archiv 1923 S. 141 ausgesprochene Auffassung des Begriffs »Verlegung« in § 6 Abs. 2 Satz 2 TWG hat durch § 6a Abs. 3 Satz 2 eine unmittelbare, auch für § 6 maßgebende Bestätigung erhalten.

kosten für die Einrichtungen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung nur eine geringe Rolle und wird sich noch wesentlich vermindern, da es nunmehr im eigenen Interesse der Starkstromunternehmer liegt, ihre Anlagen so auszuführen, daß die Schutzmaßnahmen möglichst billig werden. Ein Anreiz, auf dieses Ziel hinzuarbeiten, war so lange nicht gegeben, als die Schutzkosten auf das Reich abgewälzt werden konnten.

Die Vorschriften in dem Artikel I Ziffer 1 bis 5 und in dem Artikel II befassen sich mit der Klarstellung des Umfangs der Instandhaltungspflicht späterer Anlagen, die im geltenden Recht nicht eindeutig genug geregelt ist, um Schwierigkeiten und Zweifel auszuschließen. Die Regelung muß einheitlich für den Bereich des TWG und des Telegraphenweggesetzes (§ 12) getroffen werden. Dabei ist der Schreibfehler in dem jetzigen § 6 Abs. 4: »Die ... erwachsenden Kosten« anstatt »die erwachsenen Kosten« (vgl. Drucksachen des Reichstags 10. L. P. 1898/1900 Nr. 498 der Drucksachen S. 40; auch Reichsgericht Zivilsachen Bd. 94 S. 184) richtig gestellt worden.

Artikel III entscheidet die Frage, wie es mit der Rechtsstellung der jetzt bestehenden Anlagen zu halten ist. Der Entwurf will klare Verhältnisse schaffen und der Not des Reichs rasch steuern. Daher soll die neue Regelung sogleich auch für alte Anlagen gelten. Vereinbarungen der Reichstelegraphenverwaltung mit Anlagen dieser Art, die für die Zeit nach dem Inkrafttreten der Verordnung geschlossen sind, sollen jedoch der neuen Regelung vorgehen. Hier handelt es sich um Fälle, die durch eingehende beiderseitige Untersuchungen und gegenseitiges Entgegenkommen geregelt sind. Es erscheint nicht angebracht, in diese Regelungen einzugreifen. Dagegen unterliegen Änderungen der jetzt bestehenden Anlagen stets dem neuen Rechte, auch wenn Vereinbarungen hierüber getroffen sein sollten.

III. Was den Inhalt der Verordnung anlangt, so räumt sie den Linien der DRP keine Sonderrechte gegenüber besonderen Anlagen ein. Vielmehr wird nur die Stellung elektrischer Anlagen, wenn sie auf einem Verkehrsweg die späteren Anlagen sind, der Stellung der sicherlich nicht minder als jene gemeinnützigen Linien der DRP angeglichen, falls diese die späteren Anlagen sind (§ 5). Jedenfalls kann es schwerlich als ein »Sonderrecht« gerade für die Anlagen der DRP angesehen werden, wenn sie, falls sie auf einem Verkehrsweg vorhanden sind, fortan die Prioritätsrechte genießen, welche elektrische »besondere Anlagen« gegenüber späteren Anlagen der DRP seit jeher gemäß § 5 TWG genossen haben und auch weiterhin genießen.

Wegen des Inhalts im einzelnen wird auf die Amtsblattverfügung Nr. 149 von 1924 S. 148 verwiesen. Nur eine kleine, jedoch grundsätzliche Frage bedarf noch näherer Erörterung.

Der § 6a TWG regelt das Verhältnis der Telegraphenlinien, die auf einem Verkehrsweg mit einer späteren »elektrischen Anlage« zusammentreffen, ershöpfend in Abweichung von § 6 TWG. Man hat versucht, den Begriff der »elektrischen Anlagen« im Sinne des § 6a TWG dahin einzuschränken, daß er »Schienenbahnen« nicht umfasse, und hat sich hierfür darauf berufen, daß in § 5 Abs. 1 TWG die

»Schienenbahnen« gesondert neben den »elektrischen Anlagen« genannt seien. Diese Auffassung geht vollkommen fehl.

Zunächst sei bemerkt, daß der Ausdruck »elektrische Anlagen« an anderer Stelle des Telegraphenrechts, in dem § 12 TWG, als gesetzlicher Begriff gebraucht wird. Es hat niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß diese Vorschrift (§ 12 TWG) auch auf elektrisch betriebene Schienenbahnen Anwendung findet (vgl. Reichsgericht Zivilsachen Bd. 50 S. 83 vom 9. Januar 1902 VI 319. 01, Bd. 52 S. 63 vom 23. Juni 1902 VI 114. 02, Bd. 78 S. 228 vom 29. Januar 1912 VI 239. 11). Dem Telegraphenrecht entspricht danach nur die Auffassung, daß der Begriff »elektrische Anlagen« jede derartige Anlage, gleichviel welcher Art, mithin auch elektrisch betriebene Schienenbahnen, umfaßt. Es müßten besondere Umstände vorliegen, wenn dem Begriff »elektrische Anlagen« im § 6a TWG eine andere Bedeutung beizumessen wäre. Solche Umstände fehlen völlig.

Im Gegenteil machen zunächst weder der Wortlaut noch die Entstehungsgeschichte des § 6a TWG einen Unterschied zwischen den einzelnen Arten der »elektrischen Anlagen«. Es verstößt mithin schon gegen allgemeine Auslegungsgrundsätze, solche Unterschiede künstlich in das Gesetz hineinzutragen.

Sodann läßt sich aus der Ausdrucksweise des § 5 Abs. 1 TWG nicht die Auffassung herleiten, daß der § 6a TWG unter elektrischen Anlagen elektrische Schienenbahnen nicht verstehe. Die Worte des § 5 Abs. 1 TWG lauten an der fraglichen Stelle: »Anlagen (der Wegeunterhaltung dienende Einrichtungen, Kanalisations-, Wasser-, Gasleitungen, Schienenbahnen, elektrische Anlagen und dergleichen)«. Sie sind nur eine beispielsweise Aufzählung (vgl. »und dergleichen«) einzelner, besonders wichtig erscheinender Arten besonderer Anlagen. Eine genaue begriffliche Abgrenzung der einzelnen Anlagearten gegeneinander war nicht das die Wahl der Ausdrücke Bestimmende; denn auf eine solche Abgrenzung kam und kommt es bei der Aufzählung in § 5 TWG überhaupt nicht an. Das alles findet in der Entstehungsgeschichte des § 5 eine unmittelbare Bestätigung. In der Begründung zu § 5 TWG (Reichstagsdrucksachen 1898/1899 Anlagen Nr. 170 S. 19—Postarchiv 1899 S. 363) wird ausdrücklich gesagt: »die zahlreichsten und wichtigsten dieser« — besonderen — »Anlagen sind die neuerdings sich stark vermehrenden Einrichtungen der elektrischen Starkstromtechnik, vor allem elektrische Bahnen, Beleuchtungs- und Kraftübertragungsanlagen. Neben ihnen kommen vor allem noch die Kanalisations-, Gas- und Wasserleitungen in Betracht.« In dieser Begründung zu § 5 werden mithin in unzweideutiger Weise »elektrische Bahnen« ohne weiteres als »elektrische Anlagen« behandelt und nicht der geringste Unterschied zwischen elektrischen Anlagen einerseits und Bahnen, vor allem Schienenbahnen, andererseits gemacht. An der Bedeutung jener Aufzählung in § 5 TWG hat die Verordnung vom 13. Februar 1924 nichts geändert. Die Verordnung ist kein in sich selbständiges Gesetz, sondern nur eine Teilnovelle zu einem kleinen Ausschnitt des TWG und hat vor allen Dingen in Artikel I Ziffer 1 den alten Wortlaut des § 5 TWG in seiner bisherigen Bedeutung einfach unverändert übernommen und nur eine neue Vorschrift über die Pflicht der DRP zur Instandhaltung eingearbeitet. An dem Begriff der besonderen Anlagen im § 5 ist nichts geändert. Es sind lediglich im Satz 1 dieser Vorschrift die

Worte »und instandzuhalten« sowie im Satz 2 »und Instandhaltung« eingefügt worden; die Zusätze der Verordnung betreffen ausschließlich die Frage, inwieweit die DRP ihre Anlagen und die Schutzvorkehrungen instandzuhalten hat, wenn sie die spätere Anlage ist, wobei es auch für diese Frage gar keinen Unterschied macht, ob die »besondere Anlage«, wegen deren die Instandhaltungspflicht der DRP besteht, eine »Schienenbahn« oder eine »elektrische Anlage« ist. Die Zusätze berühren mithin in keiner Weise den Begriff der »besonderen Anlage«; insoweit wird die Regelung des Gesetzes von 1899 unberührt gelassen und unverändert lediglich wiederholt, um eine schwer verständliche Änderungsvorschrift zu vermeiden. Ebenjowenig wie der § 5 LWS von 1899 eine sachliche Abgrenzung von »Schienenbahnen« und »elektrischen Anlagen« gegeneinander vorgenommen hat, ebensowenig ist dies in Artikel I Ziffer 1 der Verordnung vom 13. Februar 1924 geschehen. Schließlich führt die an dem Wortlaut des § 5 sich anklammernde Ansicht, daß wegen der Fassung der beispielsweise Aufzählung des § 5 Abs. 1 LWS im Sinne des LWS »elektrische Schienenbahnen« keine »elektrischen Anlagen« seien, zu unhaltbaren Schlüssen, wie sich aus folgendem ergibt. Der § 5 Abs. 1 LWS erwähnt nur die Bahnen, die zur Fortbewegung ihrer Transportmittel sich der »Schienen« bedienen. Elek-

trisch betriebene Drahtseilbahnen ohne Schienen und vor allen Dingen elektrisch betriebene, gleislose Bahnen⁷⁾ können nicht zu den »Schienenbahnen« gezählt werden. Wer also vermeint, mit Hilfe des Wortlauts des § 5 Abs. 1 LWS dem Begriff »elektrische Anlagen« in § 6a LWS einschränkende Bedeutung beimessen zu können, und zu diesem Zwecke den Begriff der »Schienenbahnen« in Gegensatz zu bringen sucht mit dem Begriff »elektrische Anlagen«, müßte folgerichtig zugeben, daß eine gleislose elektrische Bahn, die ja eben keine »Schienenbahn« ist, unzweifelhaft unter § 6a LWS fällt und daher die Vergünstigung des § 6 LWS nicht genießt, während er ebenso unzweifelhaft weiter die Auffassung vertreten müßte, daß diese gleislose Bahn die Vergünstigung des § 6 LWS sofort erhalten würde, wenn sie »Schienen« legt. Die Haltlosigkeit einer Auffassung, die unabweislich zu derartigen Schlussfolgerungen führt, liegt auf der Hand.

Nach alledem muß daran festgehalten werden, daß elektrisch betriebene Bahnen — gleichviel ob Vollbahnen, Nebenbahnen, Kleinbahnen, Privatanschlußbahnen, Straßenbahnen — unter den § 6a LWS fallen.

⁷⁾ Vgl. darüber Archiv 1904 S. 23; 1911 S. 593; LZ 1921 S. 1458; 1922 S. 1271; 1923 S. 86.

Die Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr*).

Von Ministerialrat R r a u f e im Reichspostministerium.

Die Wirtschaftslage der Deutschen Reichspost hatte sich nach dem Weltkrieg und unter seinen unheilvollen Nachwirkungen derart ungünstig entwickelt, daß der Betrieb sich nur noch mit Inanspruchnahme erheblicher Zuschüsse aus allgemeinen Reichsmitteln aufrechterhalten ließ. Um diesen auf die Dauer nicht zu rechtfertigenden Zustand zu beseitigen und die Wirtschaftlichkeit des Betriebs wieder herzustellen, bedurfte es durchgreifender Maßnahmen, die nach Lage der Sache nicht immer ohne verkehrsstörende Folgen bleiben konnten. Den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben allein durch Gebührenerhöhungen herbeizuführen, konnte nicht in Frage kommen, weil in diesem Falle die Erhöhungen in einem solchen Umfang hätten vorgenommen werden müssen, daß eine Erdrosselung des Verkehrs die Folge gewesen und die erhoffte Mehreinnahme ausgeblieben wäre. Außerdem ergab sich, daß die Gebührenerhöhungen infolge der ständig fortschreitenden Geldentwertung und der mit ihr eng verknüpften Steigerung der Ausgaben in der Regel beim Inkrafttreten schon wieder überholt waren. Wollte man die Gesundung der Wirtschaftslage mit Erfolg durchführen, so blieb nichts anderes übrig, als gleichzeitig eine nachhaltige Einschränkung der Betriebskosten vorzunehmen.

Bei den auf die Verwirklichung dieser Absicht gerichteten Maßnahmen war die Reichspost in erster Linie darauf bedacht, das überzählige Personal abzustößen, das sich unter den Wirkungen der überhasteten Auflösung des Heeres im Postdienst angesammelt hatte. Daß ihr dies

erst nach längeren Bemühungen gelang, hat nicht an ihr gelegen, sondern an den Zeitverhältnissen, die allgemein bekannt sind und daher hier nicht weiter erörtert zu werden brauchen.

Es ergab sich ferner bei Prüfung der Angelegenheit, daß vielfach Verkehrseinrichtungen unterhalten wurden, die über das unbedingt notwendige Maß nicht unwesentlich hinausgingen. Wenn z. B. in manchen Orten sechs und mehr Ortsbriefzustellungen werktätlich ausgeführt, wenn die Ortsbriefkasten fünfzehnmal und öfter geleert wurden, wenn Postagenturen mit unbedeutendem Verkehr zweimal am Tage ihre Postkassen erhielten und die große Masse der Landorte sich einer werktätlich zweimaligen Zustellung erfreute, so waren das Einrichtungen, mit denen man sich bei der günstigen Wirtschaftslage vor dem Kriege wohl abfinden konnte, die sich aber unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Gestaltung des Betriebs um so weniger rechtfertigen ließen, als der Verkehr unter dem Einfluß der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage eine rückläufige Bewegung von zum Teil beträchtlichem Ausmaß angenommen hatte. Über den Umfang des Verkehrsrückgangs liegen zuverlässige Zahlen nicht vor. Ein Vergleich mit Zählungen aus der Vorkriegszeit liefert kein zutreffendes Bild, weil der von diesen Zahlen in Abrechnung zu bringende Verkehr der durch den Friedensvertrag von Versailles abgetrennten Gebiete wegen der zum Teil nach willkürlichen Gesichtspunkten festgesetzten Grenzen sich nicht genau bestimmen läßt.

* Die Ausführungen decken sich inhaltlich mit einem am 12. April in der Verwaltungsakademie in Berlin gelegentlich der post- und telegraphenwissenschaftlichen Woche gehaltenen Vortrag.

Nach einer im Juli 1923 vorgenommenen Zählung betrug der Rückgang des Verkehrs gegenüber einer Zählung im Mai 1920

bei den Postarten im Ortsverkehr	44 v H.
» » » Fernverkehr	32,9 »
» » Briefen » Ortsverkehr	54,1 »
» » » Fernverkehr	43,2 »
» » Drucksachen.....	39,5 »
» » Paketen in der Nahzone...	38,3 »
» » » » Fernzone ..	34,9 »

Berechtigte dieser erhebliche Verkehrsrückgang an sich schon zu einer wesentlichen Einschränkung der Verkehrseinrichtungen, so kam weiter hinzu, daß die auf dem deutschen Volke lastende allgemeine wirtschaftliche Notlage dazu zwang, auf allen Gebieten äußerste Sparsamkeit anzuwenden und zu diesem Zwecke den Gesichtspunkt wirtschaftlicher Betriebsführung mehr als bisher in den Vordergrund zu stellen. Allerdings kann die Reichspost bei der Gestaltung ihrer Betriebseinrichtungen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit nicht in der starren Form, wie es meistens in kaufmännischen Betrieben üblich ist, zur Anwendung bringen. Als Inhaberin des Postmonopols hat sie die Pflicht, jedem die Benutzung ihrer Einrichtungen zu ermöglichen; sie kann aber ihre Tarife nicht für die einzelnen Orte oder gewisse Bezirke je nach dem Umfang und der Ertragsfähigkeit des Verkehrs verschieden bemessen, sondern sie muß bei der Gebührenbildung nach dem Grundsatz der Einheitlichkeit verfahren und deshalb die Gesamtheit des Verkehrs in Betracht ziehen. Die Verkehrsbeziehungen zwischen den einzelnen Gebieten, insbesondere auch zwischen Stadt und Land, sind überdies viel zu innig miteinander verknüpft, als daß man die Aufwendungen für bestimmte Gebietssteile als Grundlage für eine örtliche Tarifbildung annehmen könnte. Die Reichspost hat ferner als staatliche Verkehrsanstalt, die den Belangen der Allgemeinheit dienen soll, Rücksicht zu nehmen auf gewisse, in den Kreis der Gemeinschaftsbelange fallende Bedürfnisse kultureller, sozialer und volkswirtschaftlicher Art. Unter Beachtung all dieser Gesichtspunkte kann es sich daher für sie bei Anwendung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit nur darum handeln, ihren Betrieb im Rahmen der aufkommenden Mittel so zu gestalten, daß er bei tunlichst voller Ausnutzung des Personals und der Betriebsmittel den Bedürfnissen des Verkehrs nach Möglichkeit Rechnung trägt. Daß dabei manche liebgewordene Einrichtung aus der Zeit des wirtschaftlichen Hochstandes fallen mußte, war ebenso unvermeidlich wie der Widerspruch der von den Einschränkungen betroffenen Verkehrtreibenden.

Welches sind nun die Sparmaßnahmen, die in den hauptsächlichsten Zweigen des Postbetriebsdienstes zur Anwendung gekommen sind und wie ist ihre Wirkung auf den Verkehr?

A. Schalterdienst.

Der Schalterdienst wickelt sich unter den Augen des Publikums ab und ist daher der Kritik am meisten ausgesetzt. Das Urteil der Öffentlichkeit über die Leistungen der Post im allgemeinen wird wesentlich beeinflusst durch die Art und Weise, wie die Beamten den Anforderungen des Verkehrs am Schalter gerecht werden.

Die Postschalterstunden sind unter Berücksichtigung der örtlichen Verkehrsbedürfnisse und der Postverbindungen festzusetzen. Bei der Bemessung der Zahl der für den Verkehr zu öffnenden Schalter ist anzustreben,

daß einerseits die Abfertigung des Publikums im Fluß bleibt, so daß unnötiges Warten am Schalter vermieden wird, andererseits eine vollwirtschaftliche Ausnutzung der Annahmebeamten möglichst gewährleistet ist. Wird anders verfahren, so entstehen für Publikum oder Post in gleicher Weise Nachteile; die Auslieferer werden durch unnötiges Warten über Gebühr ihren sonstigen Geschäften entzogen, ein Zustand, der vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu verurteilen ist, oder die Post erleidet bei ungenügender Ausnutzung ihres Personals dadurch Schaden, daß sie für nicht vollbeschäftigte Kräfte volle Bezahlung leistet.

Die Verkehrsbedürfnisse des Publikums wechseln zu den einzelnen Stunden des Tages außerordentlich. Das sogenannte Lauspublikum wünscht seine Postgeschäfte in Verbindung mit anderen Gängen und Besorgungen zu erledigen, die naturgemäß in die Hauptgeschäftsstunden fallen, und der Geschäftsmann benutzt mit Vorliebe für seine Auslieferungen die späten Nachmittag- und Abendstunden, weil sich das mit seinem Geschäftsbetrieb am besten vereinigen läßt. Besonders die letztere Gewohnheit bereitet der wirtschaftlichen Ausnutzung des Postpersonals große Schwierigkeiten. Durch das Zusammenströmen der Auslieferer in den Abendstunden entsteht an den Schaltern ein Massenandrang, der die Bereitstellung zahlreicher Kräfte für verhältnismäßig kurze Zeit notwendig macht, zu deren voller Ausnutzung es im Laufe des Tages, wo der Verkehr erheblich geringer ist, an Gelegenheit fehlt. Es entsteht also ein gewisser Leerlauf, der sich um so mehr geltend macht, je weiter die Schalterstunden in den Abend ausgedehnt werden. Um diesen Leerlauf möglichst zu beseitigen, ist es erforderlich, den Schalterischluß entsprechend vorzurücken, damit die Bearbeitung der aufgelierten Sendungen bis zum Abgang der Abend- und Nachtzüge sich auf einen längeren Zeitraum verteilt und daher mit weniger Personal bewältigt werden kann.

Die in einem gewissen Widerspruch stehenden Belange der Reichspost und des Publikums miteinander in Einklang zu bringen, ist oft recht schwierig; bei sachgemäßer Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände wird sich aber in der Regel ein Mittelweg finden lassen, auf dem sich die Belange beider Teile begegnen.

Früher wurden die Postschalterstunden von den Oberpostdirektionen festgesetzt; jetzt ist diese Befugnis auf die Postamtsvorsteher übergegangen, die den zu berücksichtigenden Verhältnissen am nächsten stehen und daher am besten in der Lage sind, den Schalterdienst den Erfordernissen des Verkehrs anzupassen. Um aber eine zu verschiedenartige Regelung, die leicht Anlaß zu Berufungen und Unzuträglichkeiten geben kann, zu vermeiden, sind gewisse Richtlinien vom Reichspostministerium aufgestellt, innerhalb deren die Gestaltung des Schalterdienstes nach den örtlichen Verhältnissen zu erfolgen hat. Es dürfen die Schalter an Werktagen in großen Orten im allgemeinen 8, in begründeten Ausnahmefällen bis zu 9 Stunden und in Städten von mehr als 500 000 Einwohnern bei den wichtigsten Annahmestellen bis höchstens 10 Stunden offen gehalten werden. Bei Postämtern mittleren Verkehrsumfanges darf über 7, in besonderen Fällen über 8, bei Postämtern geringeren Verkehrsumfanges über 6 Stunden nicht hinausgegangen werden. Bei Postagenturen sind weitere Beschränkungen nach Maßgabe des örtlichen Verkehrsbedürfnisses zulässig. Die Richtlinien lassen also einen angemessenen Spielraum, innerhalb dessen der Amtsvorsteher nach

vorheriger Fühlungnahme mit den maßgebenden Kreisen der Verkehrtreibenden eine Regelung suchen muß, bei der die Belange aller Beteiligten einen angemessenen Ausgleich finden. Aus dem allgemeinen Rahmen herausfallende Sonderwünsche einzelner schwer zu befriedigender Personen müssen dabei allerdings außer Betracht bleiben.

Die aus den Richtlinien des Reichspostministeriums sich ergebenden Abweichungen gegenüber der Vorkriegszeit erstrecken sich im wesentlichen auf folgende Punkte.

1. Früher waren die Schalter im Sommer um 7, im Winter um 8 Uhr morgens zu öffnen. Jetzt soll der Schalterdienst im allgemeinen nicht vor 8 Uhr beginnen. Wer die Verhältnisse aus der Erfahrung kennt, wird ohne weiteres zugeben, daß dem Bedürfnis Genüge geschieht, wenn die Schalter auch im Sommer erst um 8 Uhr geöffnet werden. In der Zeit vor 8 Uhr war der Verkehr durchweg so unbedeutend, daß von einer vollen Beschäftigung der Beamten nicht die Rede sein konnte. Lediglich die Ausgabeschalter an Orten mit regem Geschäftsverkehr waren stärker in Anspruch genommen. Um diesen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, ist es auch jetzt den Amtsvorstehern überlassen, in den Sommermonaten die Ausgabeschalter eine halbe Stunde vor den übrigen Schaltern öffnen zu lassen. Solche Ausnahmen müssen aber zur Vermeidung von Verunungen auf die Fälle unabweisbarer Notwendigkeit beschränkt bleiben, d. h. die Öffnung der Ausgabeschalter vor 8 Uhr muß durch den frühzeitigen Beginn des Wirtschaftslebens am Orte begründet sein und nicht nur im Wunsche einzelner, sondern eines größeren Kreises der Geschäftswelt liegen. Eine Zurückhaltung in dieser Beziehung ist um so unbedenklicher, als diejenigen Personen, die auf vorzeitige Empfangnahme ihrer Postsachen Wert legen, dies in der Regel durch Schließfachabholung werden erreichen können.

2. Mittags waren die Schalter früher während eines ungemessenen Zeitraums, wenigstens für eine Stunde geschlossen zu halten; jetzt ist der Schaltersechluß grundsätzlich auf mindestens 2 Stunden erweitert worden. Auch in diesem Falle handelt es sich lediglich um eine Beschränkung auf das durch das Verkehrsbedürfnis gebotene Maß; denn die Mittagszeit wird im allgemeinen wenig für die Abwicklung der Postgeschäfte benutzt. Nur in besonders großen Orten, namentlich in solchen mit durchgehender Geschäftszeit macht sich auch in den Mittagsstunden das Verkehrsbedürfnis stärker geltend. In solchen Fällen können auch mittags die unbedingt notwendigen Schalter offen gehalten werden.

3. Hinsichtlich des Schaltersechlusses am Abend besagten die früheren Vorschriften, daß die Schalter nicht länger als bis 8 Uhr offen gehalten werden sollten. Ausnahmen waren zugelassen, wenn die Verkehrsverhältnisse, insbesondere der Gang der Posten oder geschäftliche Gepflogenheiten oder auch Rücksichten auf die Abwicklung des Betriebs, z. B. rechtzeitige Fertigstellung der Posten, es erforderlich machten; insbesondere war es gestattet, die Paketschalter bis zu einer Stunde früher als die übrigen Schalter zu schließen. Jetzt hat nach den allgemeinen Richtlinien der Schaltersechluß in großen Städten für den Briefverkehr spätestens um 7 Uhr, für den Paket- und Geldverkehr um 6 Uhr, an sonstigen Orten allgemein um 6 Uhr zu erfolgen. Außerdem kann der Schaltersechluß für Massenausslieferungen von Paketen, Geld- und Wertsendungen eine Stunde vor dem gewöhnlichen

Schaltersechluß für diese Verkehrsarten festgesetzt werden, wenn die örtlichen Betriebsverhältnisse und die glatte und wirtschaftliche Abwicklung des Dienstes es erfordern. Als neuer Gesichtspunkt ist in diese Bestimmungen die wirtschaftliche Abwicklung des Dienstes aufgenommen worden. Selbstverständlich galt auch früher bei Regelung des Dienstes der Grundsatz: Sparsamste Bemessung der Kräfte; gegenüber den Belangen der Öffentlichkeit wurde er aber nicht mit der Schärfe betont, wie es heute geboten ist.

Die Kürzung der Schalterstunden am Abend ist teilweise auf den heftigsten Widerspruch der Geschäftswelt gestoßen. Zur Begründung dieses Widerspruchs wird angeführt, daß es nicht möglich sei, die Post so frühzeitig fertigzustellen. Dieser Einwand gründet sich wohl weniger auf Tatsachen als auf die Abneigung, Änderungen im eigenen Betrieb vorzunehmen. Bei entsprechender Einteilung der Geschäfte kann es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten, die Postsachen, die am Schalter ausgeliefert werden müssen, rechtzeitig fertigzustellen. Zur Auslieferung sonstiger Briefschaften stehen die Straßen- und Posthausbriefkästen jederzeit zur Verfügung. In dringenden Ausnahmefällen wird es meist auch möglich sein, Einschreibbriefe und Pakete, allerdings gegen Entrichtung einer besonderen Gebühr, und Geldanweisungen zur Übermittlung auf telegraphischem Wege außerhalb der Schalterstunden aufzuliefern. Auch die neuerdings vielfach zur Begründung der Einsprüche angeführte Tatsache, daß im Privatbetrieb eine verlängerte Arbeitszeit eingeführt sei, ist nicht geeignet, die Reichspost zur Aufgabe ihres Standpunktes zu veranlassen. Es mag für manchen Geschäftsbetrieb störend sein, wenn die am Schalter aufzuliefernden Sendungen schon vor Geschäftssechluß zur Post gebracht werden müssen, da aber die Entfernungen zur Postanstalt gewöhnlich nicht übermäßig weit sind und der Gang dahin sich vielfach mit andern Geschäftsgängen wird verbinden lassen, so kann die Zeitverlängerung nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Jedenfalls kann nicht davon die Rede sein, daß die Kürzung der Postschalterstunden für das Verkehrsleben unerträglich sei. Banken und andere öffentliche Kassen haben noch einen wesentlich früheren Geschäftssechluß für den Verkehr mit dem Publikum. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Geschäftswelt sich nicht auch auf zeitigeren Postschluß einzustellen in der Lage sein sollte. Das Publikum übersteht bei seiner Forderung nach Verlängerung der Postschalterstunden, daß mit der Auslieferung am Schalter die postalische Behandlung der Sendungen am Aufgabort nicht abgeschlossen ist, sondern daß die Sachen für die Beförderung mit der Bahn und den Posten verteilt und versandfertig gemacht werden müssen, was je nach dem Umfang der Auslieferung mehr oder weniger Zeit in Anspruch nimmt. Bei frühzeitiger Einlieferung erwächst für das Publikum sogar der Vorteil, daß die Sendungen bis zum Abgang der Abend- und Nachtzüge, die in der Regel günstige Verbindungen darstellen, restlos aufgearbeitet werden, was bei späterer Auslieferung trotz Anspannung aller verfügbaren Kräfte nicht immer möglich ist. In vielen Fällen war es den Postämtern schon früher gelungen, einsichtige Geschäftsleute durch entsprechende Einwirkung dafür zu gewinnen, daß sie ihre Postsachen vor Beginn des Massenandrangs, also wesentlich vor Schaltersechluß, ausliefern. Es geht daraus hervor, daß es bei gutem Willen und bei entsprechender Einstellung des Betriebs auch den Geschäfts-

leuten möglich ist, sich der Kürzung der Schalterstunden anzupassen. Die hier und da sich vielleicht ergebenden Unbequemlichkeiten müssen aus Rücksicht auf die Belange der Gesamtheit in Kauf genommen werden.

B. Beförderungsdienst.

In ihren Wirkungen weit bedeutungsvoller sind die Einschränkungen, die im Postbeförderungsdienst vorgenommen werden müssen. Allerdings hatten die Einrichtungen, die der Beförderung der Postsachen dienten, vor dem Kriege einen Hochstand erreicht, der selbst weitgehenden Ansprüchen genügen konnte.

Bei der Beförderung auf weite Strecken ist die Post auf die Reichsbahn angewiesen. Der Luftpostdienst kommt hierbei vorläufig nicht wesentlich in Betracht. Dem Nahverkehr dienen neben den Eisenbahnen die Kraftposten, Pferdposten, Radfahr- und Botenposten. Die Reichsbahn hat unter der Not der Zeit ebenso zu leiden wie die Reichspost. Auch sie hat ihre Verkehrseinrichtungen unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Betriebsführung einer strengen Nachprüfung unterziehen und unter andern auch die Zugverbindungen wesentlich einschränken müssen. Das hat zur Folge, daß der Reichspost heute nicht mehr Züge in dem Umfang wie früher zur Postbeförderung zur Verfügung stehen. Von besonderem Einfluß sind die Zugsbeschränkungen auf die Paketbeförderung. Vor dem Kriege wickelte sich der Postpäckereiverkehr auf den großen Verkehrslinien vorwiegend durch Vermittlung der Güterzüge ab. Da diese damals in ausreichender Zahl verkehrten und in der Fahrgeschwindigkeit den Personenzügen kaum nachstanden, war es im allgemeinen möglich, einen allen billigen Anforderungen entsprechenden Postbeförderungsdienst aufrechtzuerhalten. Der nach dem Kriege in Kraft getretene Fahrplan weist viele der früher benutzten Güterzugverbindungen nicht mehr auf; auch die der Personenbeförderung dienenden Züge haben den Stand der Vorkriegszeit noch nicht erreicht, und außerdem hat sich bei diesen Zügen die Einstellung von Beiwagen bisher nur in beschränktem Umfang ermöglichen lassen, da sie mit Personenzügen im allgemeinen voll ausgelastet sind. Ein großer Teil der Päckereien muß also mit Güterzügen befördert werden. Ergibt sich aus der längeren Fahrtdauer dieser Züge schon eine beträchtliche Verzögerung, so kommt weiter hinzu, daß die Sendungen, da an manchen Unterwegsorten die Möglichkeit des Austausches der Ladung fehlt, in erheblichem Umfang auf bestimmte Verkehrsknotenpunkte zur Umarbeitung abgewiesen werden müssen, um von da mit anderen Güterzügen oder mit den dem Nahverkehr dienenden Personenzügen ihrem Bestimmungsort zugeführt zu werden. Dadurch entstehen zum Teil recht beträchtliche Verzögerungen, besonders wenn etwa bei längeren Beförderungswegen ein mehrmaliges Umarbeiten bei den sogenannten Paketumschlagstellen erforderlich wird. Die Post ist ständig bemüht, eine Besserung dieser Verhältnisse zu erreichen, ihren diesbezüglichen Bestrebungen sind aber durch die gleichfalls zu äußerster Sparsamkeit zwingende Finanzlage der Reichsbahn Grenzen gezogen. Um die Mißstände zu beseitigen, sind auf einigen Hauptverkehrsstrecken bereits besondere Postzüge eingerichtet worden, und es wird, namentlich bei weiter steigendem Verkehr in Frage kommen, die Zahl dieser Postsonderzüge noch zu vermehren. Allerdings kann wegen der hohen Kosten, die durch die Unterhal-

tung solcher Züge verursacht werden, ihre Einrichtung nur dann in Betracht kommen, wenn ihre volle Auslastung im Postbeförderungsdienst gewährleistet ist. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß das Bedürfnis zur Einstellung von Postsonderzügen in beiden Richtungen vorliegen muß, was nicht immer der Fall ist, und daß die Reichsbahn mindestens 40 Achsen für einen Zug in Anspruch nimmt.

Bei Prüfung der Frage, ob und inwieweit die Posten auf Landwegen, die im wesentlichen der Versorgung des platten Landes dienen, sich in den Grenzen des Bedürfnisses hielten, war neben dem Verkehrsumfang die Kostenfrage von wesentlicher Bedeutung. Vor dem Kriege war die zweimalige Postverbindung nach Landorten vorherrschend, und zwar war eine davon meist eine fahrende. Diese günstigen Verbindungen ermöglichten einen beschleunigten Austausch von Postsachen. Unter andern konnten Briefe, die mit der ersten Post eingingen, noch an demselben Tage beantwortet und weiterbefördert werden. Das war namentlich für gewerbliche Unternehmungen, die bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung vor dem Kriege auf dem Lande immer weitere Verbreitung fanden, von großem Vorteil. Sie wurden dadurch in den Stand gesetzt, die Beziehungen zu ihren Abnehmern und Lieferanten flüssiger zu gestalten und dadurch den Wettbewerb mit andern gleichartigen, aber unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Unternehmungen erfolgreicher durchzuführen. Die Not der Zeit gestattet es nicht mehr, in dieser Beziehung den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt allein als maßgebend zu betrachten, sondern sie zwingt dazu, in jedem Falle zu prüfen, ob bei den Verkehrseinrichtungen auch der wirtschaftliche Standpunkt der Reichspost, der durch die Belange der Allgemeinheit bestimmt beeinflusst wird, gebührende Berücksichtigung findet. Diese Voraussetzung war, da der Verkehr des platten Landes einen besonders starken Rückgang aufwies, meist nicht erfüllt. Infolgedessen haben in den Landverbindungen erhebliche Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Die Landposten verkehren jetzt im allgemeinen nur noch einmal am Tage, und zwar sind die kostspieligen Pferdposten, soweit irgend möglich, durch Fuß- oder Radfahrposten ersetzt, und vielfach, wenn der Umfang des Paketverkehrs ihre völlige Aufhebung nicht zuließ, auf einzelne Werkstage beschränkt worden. Hier und da sind auch regelmäßig verkehrende Gelegenheitsfuhrer, z. B. Milchfuhrwerke, für die Fortschaffung der Pakete nutzbar gemacht worden. Bei stärkerem Reiseverkehr sind an einzelnen Stellen die Pferdposten durch Kraftposten ersetzt worden, sofern die allgemeinen Voraussetzungen für dieses Verkehrsmittel gegeben und e. F. seine Wirtschaftlichkeit durch Zuschüsse seitens der beteiligten Körperschaften sichergestellt war.

C. Zustelldienst.

Aus der Einschränkung der Postverbindungen ergaben sich von selbst auch Einschränkungen im Zustelldienst. Aber auch unabhängig hiervon bedurfte es, namentlich in größeren Städten, der Prüfung, inwieweit der Zustelldienst vom wirtschaftlichen Standpunkt der Reichspost aus in seinem bisherigen Umfang beizubehalten war. Hinsichtlich der Zahl der Zustellungen waren früher nur für den Sonntag, und zwar aus Rücksicht auf die Sonntagsruhe, allgemeine Richtlinien gegeben. An den Werktagen war die Regelung des Zustelldienstes

den Amtsvorstehern überlassen mit der Maßgabe, daß die Zustellungen sich zweckmäßig an die ankommenden Posten anzuschließen hatten, möglichst frühzeitig anzutreten und in der kürzesten Frist auszuführen waren. Unter der Herrschaft dieses Grundsatzes hatte die Zahl der Zustellungen, besonders in großen Städten, einen Umfang angenommen, der die weitestgehenden Ansprüche berücksichtigte. Fünf bis sechs Briefzustellungen in den Großstädten waren gang und gäbe, in Berlin wurden in dem Hauptgeschäftsviertel sogar neun Zustellungen ausgeführt, und die Zahl der Landorte, die sich mit einer Zustellung begnügen mußten, war auf einen geringen Bruchteil zusammengeschrumpft. Waren schon vor dem Kriege manche Zustellungen sehr schwach belastet, so trat die Unwirtschaftlichkeit dieses Betriebszweiges beim Rückgang des Verkehrs in der Nachkriegszeit noch mehr in die Erscheinung. Hier waren Beschränkungen ganz besonders am Platze, ohne daß man Gefahr lief, die Belange der Verkehrtreibenden in unerträglicher Weise zu schädigen. Wer seine Postschancen zu erhalten wünscht, als es im Wege der Zustellung möglich ist, kann dies im Wege der Abholung erreichen.

Um die Grenzen, innerhalb deren die Amtsvorsteher den Zustelldienst selbständig regeln können, etwas schärfer zu fassen, sind jetzt allgemein gültige Vorschriften über die Zahl der Zustellungen gegeben. Danach sind in der Regel zwei werktägliche Ortsbriefzustellungen als ausreichend zu erachten. Ausnahmsweise können in Städten mit stärkerem Verkehr drei und in besonderen Fällen vier Briefzustellungen vorsehen werden. Eine mehr als viermalige Briefzustellung darf in keinem Falle stattfinden. Bei kleineren Postämtern mit unbedeutendem Briefverkehr und bei Postagenturen genügt in der Regel eine Ortszustellung. Die Ortspaket- und Ortsgehdzustellung ist werktäglich einmal auszuführen. Die Landzustellung hat, soweit nicht für abseits gelegene Einzelniederlassungen von den Oberpostdirektionen Einschränkungen angedordnet sind, werktäglich einmal stattfinden. Hinsichtlich der Sonntagszustellung ist eine Änderung gegen die Vorkriegszeit nur insofern eingetreten, als für die Zustellung nach Landorten ein erheblicher Verkehrsumfang Voraussetzung ist. In Bayern ruht seit April 1919 der Orts- und Landzustelldienst in den Sonntagen und allgemeinen Feiertagen vollständig.

Es war damit zu rechnen, daß so weitgehende Einschränkungen des Zustelldienstes von den Verkehrtreibenden, namentlich von der Geschäftswelt, nicht ohne Eindruck hingenommen werden würden. Die Eingriffe in das Verkehrsleben werden dadurch noch besonders fühlbar, daß in den meisten Fällen gleichzeitig eine Vergrößerung der Zustellbezirke vorgenommen werden mußte, weil sonst eine vollwirtschaftliche Ausnutzung der Zusteller nicht möglich ist. Die Vergrößerung der Zustellbezirke bedingt eine mehr oder weniger ins Gewicht fallende Verlängerung der Zustellzeiten, die besonders bei der ersten Zustellung von denjenigen Geschäftsleuten als nachteilig empfunden wird, die in der zweiten Hälfte der Zustellbezirke wohnen, weil sie erst nach Einang der Frühpost, die in der Regel die wichtigste des Tages ist, in vollem Umfang übersehen können, wie die Arbeitseinteilung für den Tag zu gestalten ist. Die Maßnahme läßt sich aber nicht vermeiden, wenn anders eine wirtschaftliche Beschäftigung der Zusteller nicht in Frage gestellt werden soll. Bekanntlich liegen

die Personalverhältnisse in der Regel so, daß morgens für die erste und am Spätnachmittag für die letzte Zustellung sowie in den Abendstunden für den inneren Dienst der Personalbedarf am größten ist. Im Laufe des Tages ist der Bedarf wegen des schwächeren Verkehrs so gering, daß er im wesentlichen durch das Personal des inneren Dienstes gedeckt werden kann, dessen volle Beschäftigung dadurch ermöglicht wird. Wollte man die Zusteller zu diesen Tagesleistungen heranziehen, so würde wieder das Personal des inneren Dienstes nicht voll ausgenutzt sein. Eine Heranziehung des Zustellpersonals zu Leistungen in den späten Abendstunden verbietet sich, weil dieses Personal zur ersten Zustellung verhältnismäßig frühzeitig in voller Zahl zum Dienst antreten muß. Bei der Eigenart der Verkehrsverhältnisse müssen also die Zustellbezirke im allgemeinen, namentlich in größeren Städten, so bemessen werden, daß durch die Beschäftigung im Zustelldienst volle Tagesleistungen herauskommen.

D. Versorgung des platten Landes.

Als ein besonderes Schmerzenskind bei der Durchführung der Sparmaßnahmen hat sich die Versorgung des platten Landes erwiesen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß dieser Betriebszweig erhebliche Aufwendungen erfordert, die bei den oft sehr weitgehenden Verkehrseinrichtungen vor dem Kriege in den Einnahmen vielfach nicht annähernd Deckung fanden. Eingehende Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit der einzelnen der Versorgung des platten Landes dienenden Einrichtungen liegen zwar nicht vor, daß aber die Ausgaben für ihre Unterhaltung in den Einnahmen keine Deckung gefunden haben, ergibt sich ohne weiteres daraus, daß die Oberpostdirektionsbezirke mit vorwiegend ländlichem Einschlag durchweg einen erheblichen Zuschuß notwendig hatten. So hat z. B. im Jahre 1913 der Zuschuß betragen im Oberpostdirektionsbezirk Gumbinnen 1,6 Millionen *M* bei einer Gesamtausgabe von 6,9 Millionen *M*, im Oberpostdirektionsbezirk Bromberg 1,4 Millionen *M* bei einer Gesamtausgabe von rund 8 Millionen *M*, im Oberpostdirektionsbezirk Königsberg 1,2 Millionen *M* bei einer Gesamtausgabe von 5,4 Millionen *M*. Auch die Oberpostdirektionsbezirke Danzig, Königsberg, Posen und Schwerin waren Zuschußbezirke, wenn auch in diesen Bezirken schon der Einfluß großer Städte und andere den Verkehr belebende Umstände auf die Höhe des Zuschusses herabmindernd gewirkt haben. Das Mißverhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe liegt auch in der Natur der Sache. Nach Landorten müssen kostspielige Postverbindungen hergestellt werden, und der Landzusteller hat mit verhältnismäßig wenig Sendungen weite Wege zurückzulegen, namentlich da, wo die Landbewohner in zerstreut umherliegenden Einzelgehöften wohnen. Um das Mißverhältnis zwischen Ertrag und Aufwendungen bei der Versorgung des platten Landes zu beseitigen oder doch auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, boten sich zwei Wege:

1. Einschränkungen in den bestehenden Einrichtungen;
2. Heranziehung der Landbewohner zur Deckung der Kosten.

Die Reichspost hat beide Wege beschritten in der Weise, daß sie zunächst die bestehenden Einrichtungen auf das Maß zurückführte, das unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage des Reichs als dem Ver-

Verkehrsbedürfnis entsprechend billigerweise zugestanden werden kann, und daß sie die Beibehaltung weitergehender Einrichtungen von der Übernahme der Mehrkosten durch die Landbewohner abhängig gemacht hat. Der letztere Grundsatz ist neu. Früher war ausschließlich das Verkehrsbedürfnis entscheidend, für dessen Befriedigung die Aufwendungen allein von der Post getragen wurden. Die heutige wirtschaftliche Notlage zwingt zu einer Abweichung von diesem Grundsatz, wenn man nicht Einrichtungen aufrechterhalten will, die vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zu rechtfertigen sind.

Daß die Postverbindungen auf dem Lande im allgemeinen auf werktätlich einmaligen Verkehr umgestellt sind, ist schon vorher erwähnt worden, ebenso daß die Zustellung nur noch einmal am Tage erfolgt. Die Oberpostdirektionen sind aber auch ermächtigt, die Zustellung nach Einzelwohnstätten, die abseits des Hauptverkehrsweges liegen und nur einen unbedeutenden Verkehr unterhalten, auf bestimmte Werkstage zu beschränken. Diese Maßnahme erscheint auf den ersten Blick hart, sie läßt sich aber nicht umgehen, wenn Leistung und Gegenleistung einigermassen miteinander in Einklang gebracht werden sollen. Um den Bewohnern solcher Einzelgehöfte Gelegenheit zu geben, ihre Postsachen täglich in Empfang zu nehmen, ist nachgegeben, daß der Landzusteller ihre Sendungen entweder bei einer nahegelegenen Posthilfsstelle oder bei einem anderen Ortseinwohner, dessen Wohnstätte an dem vom Zusteller täglich benutzten Wege gelegen ist, zur Abholung niederlegt. Auch ist es gestattet, daß solche Bewohner auf ihre Kosten an geeigneter Stelle der von dem Zusteller regelmäßig belauften Landstraße einen Briefkasten anbringen lassen, der dem Austausch der ankommenden und abgehenden Post dient. Dadurch wird die in der Ausschaltung der Einzelwohnstätten von den täglichen Zustellungen liegende Härte wesentlich gemildert; denn den betreffenden Bewohnern wird der Gang nach der nahegelegenen Ablagestelle in der Regel keine besonderen Schwierigkeiten bereiten. Wird von den Bewohnern solcher Einzelanwesen die Beibehaltung der täglichen Zustellung gleichwohl gewünscht, so kann dem stattgegeben werden, wenn von ihnen oder den beteiligten Gemeinden die Mehrkosten übernommen werden.

Bei Prüfung der Frage, ob das Bestehen der zahlreichen Postagenturen, die vornehmlich der Versorgung des platten Landes dienen, sich in dem Umfang der Vorkriegszeit bei Anwendung eines streng wirtschaftlichen Maßstabs rechtfertigen ließ, ergab sich, daß eine beträchtliche Anzahl dieser Verkehrsanstalten infolge des allgemeinen Verkehrsrückgangs, der sich auf dem Lande noch stärker als in den Städten bemerkbar gemacht hatte, nur einen geringen Verkehr vermittelte, und daß die postalische Versorgung der Bewohner von den Nachbarpostorten ohne besondere Schwierigkeiten sich ebensogut oder doch ohne wesentliche Benachteiligung bewerkstelligen ließ. Es sind infolgedessen im Laufe der Zeit bis jetzt etwa 1 520 Postagenturen aufgehoben oder in Posthilfsstellen umgewandelt worden. Bei einem Bestand von 13 726 Postagenturen im Jahre 1913, wovon rund 1 500 Postagenturen in den durch den Friedensvertrag von Versailles abgetrennten Gebieten in Abrechnung kommen, bedeutet das die Aufhebung etwa jeder achten Postagentur. Bei Berechnung der Ersparnisse, die hierdurch erzielt werden, kommt nicht nur die verhältnismäßig geringe Vergütung der Postagenturen in Be-

tracht, worauf in den Einsprüchen gegen die Aufhebung vielfach hingewiesen wird, sondern von wesentlicher Bedeutung sind auch die Kosten der wegfallenden Postverbindungen und der Umstand, daß sich die Zustellbezirke der aufzuhebenden Postagentur oft mit geringeren Aufwendungen, zuweilen sogar ohne Kosten an die Zustellbezirke der Nachbarpostanstalten angliedern lassen. Dabei spielt die seit zwei Jahren in Aufnahme gekommene Verwendung der Fahrräder im Landzustellendienst insofern eine nicht unwesentliche Rolle, als dadurch in vielen Fällen eine Zusammenlegung von Zustellbezirken ermöglicht worden ist.

Immerhin ist die Aufhebung einer Postagentur für die Landbewohner eine ziemlich einschneidende Maßnahme, weil die Wege, die zwecks Auslieferung der Sendungen zur nächsten Postanstalt zurückgelegt werden müssen, sich beträchtlich verlängern. Dieser Umstand hat die Reichspost dazu bestimmt, eine neue Klasse von Postagenturen, die sogenannten Postagenturen mit einfacherem Betrieb, zu schaffen, die sich von den Postagenturen mit Vollbetrieb im wesentlichen dadurch unterscheiden, daß sie keine bestimmten Dienststunden haben und als Zustell-Postanstalt auscheiden. Sie gehören zum Landzustellbezirk einer anderen Postanstalt, von der aus die Zustellung der ankommenden Sendungen erfolgt. Die Abtragung der gewöhnlichen Briefsendungen und Zeitungen sowie der gewöhnlichen Pakete im Orte kann aber, ebenso wie bei Posthilfsstellen, den Postagenten übertragen werden, wenn dadurch eine Entlastung des Zustellers erzielt wird oder sonst ein Vorteil für die Postkasse daraus sich ergibt. Hinsichtlich des Annahmedienstes bestehen insofern Beschränkungen, als bei Postagenturen mit einfacherem Betrieb, die lediglich von Landzustellern zu Fuß berührt werden, nur solche Sendungen angenommen werden dürfen, zu deren Annahme der Landzusteller selbst verpflichtet ist. Wertzeichen sind in allen gangbaren Sorten in den erforderlichen Mengen zum Verkauf bereitzuhalten. Da bei dieser einfachen Gestaltung der ganzen Einrichtung, insbesondere auch durch die unterbliebene Bindung an bestimmte Dienststunden, die Postdienstgeschäfte von den Postagenten oder seinen Angehörigen ohne wesentliche Beeinträchtigung der sonstigen Berufstätigkeit ausgeführt werden können, verringern sich die Unterhaltungskosten nicht unbeträchtlich, so daß es möglich ist, den Bewohnern die Annehmlichkeit einer Postanstalt am Orte zu erhalten. Legen die Bewohner Wert auf die Beibehaltung einer Postagentur mit Vollbetrieb, so kann eine Regelung in der Weise getroffen werden, daß zwar die Bezahlung des Postagenten aus der Postkasse nach den Grundsätzen für Postagenturen mit einfacherem Betrieb stattfindet, daß aber die Gemeinde, unter Umständen unter Heranziehung der Interessenten, angemessene Zuschüsse leistet.

Neuerdings ist es auch zulässig, die Verwaltung der Postagentur in geeigneten Fällen einem Landzusteller zu übertragen, der sich den Agentengeschäften nur insoweit widmet, als seine sonstigen Dienstgeschäfte es gestatten, im übrigen aber durch Familienangehörige vertreten wird.

Mehrfach sind auch Postämter III. Klasse aufgehoben oder in Postagenturen umgewandelt worden, eine Maßnahme, die für die postalische Versorgung der Landbewohner zwar ohne Bedeutung ist, dafür aber erheblich zur Kostenersparnis beiträgt. Derartige Umstellungen haben bisher in etwa 310 Fällen stattgefunden.

Bei all diesen Maßnahmen ist der leitende Gedanke, die Einrichtungen in Anpassung an die einfachen ländlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß einerseits den wirtschaftlichen Belangen der Reichspost in gebührender Weise Rechnung getragen, anderseits den Landbewohnern eine tunlichst bequeme Abwicklung ihrer postalischen Geschäfte ermöglicht wird.

Das sind im wesentlichen die Einschränkungen, die die Reichspost in den Hauptzweigen des Postbetriebs wenigstens zur Erzielung einer wirtschaftlichen Betriebsführung in der Nachkriegszeit vorgenommen hat. Es ist verständlich, wenn das Publikum in diesen Maßnahmen einen Rückschritt erblickt; der Reichspost ist es selbst unerwünscht gewesen, daß sie die Maschen des Verkehrsnetzes hat lockern und hier und da sogar alte Verkehrsbeziehungen hat zerreißen müssen, aber die Not der Zeit zwingt unerbittlich dazu, jedes Übermaß, jede Unwirtschaftlichkeit zu vermeiden und uns zu beschränken auf die unbedingt erforderlichen Lebensnotwendigkeiten. Der Verkehr hat sich zwar seit der Festigung unserer Nahrung wieder gehoben, die allgemeine Wirtschaftslage erscheint aber, namentlich im Hinblick auf die außenpolitischen Verhältnisse, noch zu wenig geklärt, als daß man sagen könnte, wir wären bereits über den Berg, und daß man schon jetzt wieder die Verwirklichung weit-

gehender Zukunftspläne ins Auge fassen könnte. Überhaupt wird die Reichspost in absehbarer Zukunft bei jeder Einrichtung die Frage ihrer Wirtschaftlichkeit stärker als bisher in den Vordergrund stellen müssen, zumal sie jetzt wirtschaftlich auf eigene Füße gestellt ist und auf Zuschüsse aus Reichsmitteln nicht mehr zu rechnen hat. Die Gestaltung der Betriebseinrichtungen hängt also eng zusammen mit der Tarifrage. Werden Einrichtungen unterhalten, deren Kosten in den Einnahmen keine Deckung finden, so müssen zum Ausgleich die Gebühren erhöht werden. Wenn nun die Frage so gestellt wird: »Entweder Einschränkungen in den Verkehrseinrichtungen oder höhere Gebühren«, so dürfte die Entscheidung sich den Verkehrseinschränkungen zuneigen, zumal diese wohl stets so gehalten sein werden, daß sie von dem Verkehr billigerweise ertragen werden können. Der jetzige Zustand soll ja auch nicht verewigt werden. Wirtschaftlich bessere Zeiten werden manches wieder aufleben lassen, was heute unter dem Zwange der Verhältnisse zu Grabe getragen wird. Sind die Fesseln, die infolge des Versailler Friedensvertrags unser Wirtschaftsleben schwer bedrücken, von uns genommen, so wird die Deutsche Reichspost nicht zögern, der alsdann einsetzenden Entwicklung des Verkehrs folgend, ihren Einrichtungen wieder die Gestalt zu geben, der sie ihren Weltruf verdankt.

Gegenwartsfragen des Postzeitungsvertriebs.

Von Ministerialrat Thilo im Reichspostministerium.

Vortrag, gehalten in der Verwaltungsakademie in Berlin am 8. April 1924.

Joachim v. Beust sagt 1748 in seinem Werke über das Postregal: »Vor allen andern kommt der Zeitungen Ursprung aus den Posthäusern her«; ein anderer nennt die Zeitungen »ein gemeinsames Erzeugnis der Buchdruckerkunst und der Post«. Wenn nun auch die neuere Forschung diese Blutsverwandtschaft nicht mehr anerkennen will, so wird doch der Geschichtsschreiber unserer Tage, wenn er das Nachrichtenblatt des Reichspostministeriums vom Jahre 1923 studiert, einen starken Eindruck davon erhalten, daß Zeitung und Post heute noch auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden zu sein scheinen. Hat doch das Nachrichtenblatt des Reichspostministeriums in seinen 159 Nummern allein über den Postzeitungsdienst 111 Verfügungen, Entscheidungen und Mitteilungen gebracht. Man sollte glauben, daß diese wahrlich stattliche Zahl gewiß hätte ausreichen können, alle schwebenden Fragen für längere Zeit rastlos zu klären. Allein es waren meist Eintagsfliegen, Entscheidungen für Tage und Wochen, mit denen der notleidenden Presse geholfen werden sollte und der Postbetrieb belastet werden mußte, entstanden aus der schnell fortschreitenden Geldentwertung und ihren Folgen und zum Teil mit ihnen wieder untergegangen. Was nun von diesen Notentscheidungen geblieben, was überhaupt an Neuerungen seit Kriegsende im Postzeitungsdienst eingeführt und im Laufe der letzten Jahre aus Verlegerfreisen noch zur Einführung empfohlen worden ist, das greift größtenteils so tief in den Postbetrieb ein und ist von so weittragender finanzieller Bedeutung, daß es eingehender Prüfung auf

seine Existenzberechtigung und Erfüllungsfähigkeit bedarf. Denn letzten Endes handelt es sich darum, daß nicht die Verbindung auf Gedeih und Verderb zwischen Zeitung und Post zum Verderb der Post ausschlägt und diese unfähig macht, den ihr mit dem Zeitungsvertrieb zugewiesenen Aufgaben gerecht zu werden.

Es ist ein alter, neuerdings häufig wiederholter Wunsch mancher Verleger politischer Zeitungen, insbesondere aus den Kreisen der großstädtischen Presse, von dem Postzwang befreit zu werden, zum mindesten aber eine Erleichterung der Bestimmungen über die Zulässigkeit von expressen Boten zu erreichen. Bekanntlich verbietet § 1 des Postgesetzes die Beförderung aller öfter als einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen politischen Inhalts gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt nach andern Orten mit einer Postanstalt außerhalb des zweimeiligen Umkreises ihres Ursprungsorts auf andere Weise als durch die Post, während § 2 die Beförderung gegen Bezahlung durch expresse Boten oder Fuhrn unter der Voraussetzung gestattet, daß diese nur von einem Absender abgeschickt werden und dem Postzwang unterliegende Gegenstände weder von andern mitnehmen noch für andre zurückbringen. Diesem Zwange, unter den angegebenen Voraussetzungen zur Beförderung die Post zu benutzen, steht die im § 3 des Postgesetzes festgelegte Pflicht der Postverwaltung gegenüber, keine im Deutschen Reich erscheinende politische Zeitung vom Postvertrieb auszuschließen. Darüber hinaus aber hat die Postverwaltung im Reichstag im

Jahre 1881 ausdrücklich anerkannt, daß sie durch den § 3 verpflichtet sei, auch nichtpolitische Zeitungen in Vertrieb zu nehmen, denn, wie § 3 bestimmt, besorgt sie die Annahme der Prämumeration auf die Zeitungen sowie den gesamten Debit derselben. Die Forderung der Verleger, die Bestimmungen der §§ 1 und 2 zu mildern oder aufzuheben, scheinen nun einen besonderen Nachdruck dadurch zu erhalten, daß auch in den Postbetriebsstellen immer wieder und in letzter Zeit immer vernehmlicher der Wunsch laut wird, den Postzwang und die Vertriebspflicht für politische Zeitungen fallen zu lassen. Es muß zunächst überraschen, daß solche Bestrebungen im Schoße der Postverwaltung entstehen und sich Geltung zu verschaffen suchen. Doch liegen die Gründe auf der Hand. Der Postzeitungsvertrieb ist seit langer Zeit, wie ich später noch ausführen werde, im höchsten Grade unwirtschaftlich und erschwert es der Postverwaltung, ihren Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, wenn sie allen berechtigten Anforderungen des Betriebs gerecht werden will. Die Betriebsstellen weisen nun darauf hin, daß es ungereimt sei, den Verlegern, Zeitungsagenten und Zeitunghändlern die verhältnismäßig lohnende Beförderung politischer Zeitungen unter Umgehung der Post nach Postorten innerhalb des zweimeiligen Umkreises zu gestatten, ihnen den erheblich teureren Absatz nach Orten außerhalb dieses Umkreises aber zu verbieten. Es sei daher richtig, die Gebühren bis zur Deckung der Selbstkosten zu erhöhen, den Postzwang und die Vertriebspflicht fallen zu lassen, die Vertriebsmöglichkeit aber aufrechtzuerhalten, um damit einerseits die Postverwaltung vor Zuschußleistungen zu bewahren, andererseits den Zeitungen die Freiheit und Möglichkeit der Benützung billigerer Einrichtungen zu geben. Man muß gestehen, daß eine solche Regelung viel Besseres hat und dem Schlagwort von »kaufmännischer Verwaltung« gerecht zu werden scheint. Der Verwirklichung stehen aber wichtige, in den allgemeinen Aufgaben der Postverwaltung als Staatsverkehrsanstalt liegende Gründe entgegen. Würde der Forderung oder Anregung, den Postzwang aufzuheben, entsprochen, so wäre es natürlich und in den selbstverständlich mehr kaufmännisch gerichteten Grundsätzen der Zeitungsunternehmen begründet, daß die Verleger in erster Linie den Absatz ihrer Zeitungen nach den Orten zu richten und möglichst zu fördern suchten, die sie auf die billigste Art besorgen könnten. Die Folge wäre, daß die Provinzial- und Lokalzeitungen von der ihnen im allgemeinen an Kapitalkraft überlegenen Großstadtpresse immer mehr aus ihrem eigenen Verbreitungskreis verdrängt und schließlich mehr oder weniger auf den teuren Vertrieb nach den Landorten angewiesen würden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Landbevölkerung damit der Bezug von Zeitungen ganz erheblich verteuert, wenn nicht unmöglich gemacht würde. Denn es ist nicht anzunehmen, daß die Provinzial- und Lokalpresse noch imstande bliebe, vorwiegend den teuren Landverkehr zu pflegen, ohne einen Ausgleich in dem lohnenderen Stadtverkehr zu finden, und andererseits muß es fraglich erscheinen, ob die Großstadtpresse geneigt wäre, unter erheblichen Geldopfern, etwa aus Prestigegründen oder in Befolgung der Pflicht, die in den von ihr ganz zweifellos gepflegten kulturellen Zielen liegt, die ausreichende Versorgung des Landes zu niedrigen Preisen in ihr Programm aufzunehmen. Wäre doch auch die Post gezwungen, für den Vertrieb

der Zeitungen nach den Landorten ganz erhebliche Gebühren zu fordern, wenn ihre Einrichtungen vorwiegend nur für diesen Dienst zu treffen wären und ihr der einträglichere Vertrieb nach den Städten entzogen bliebe. Bei den jetzt bestehenden Verhältnissen ist dagegen die Post viel eher als der einzelne Zeitungsverleger in der Lage, einen gerechten Ausgleich zwischen Großstadt- und Provinzpresse und zwischen Orts- und Landbeziehern zu sichern und auch die kleine Presse in ihrem Bestand zu schützen.

Das gleiche gilt von der gewünschten Milderung der Bestimmungen über die expressen Boten und Fuhrn. Träger des Gedankens, daß die Forderung nur eines Auftraggebers fallen solle, ist vor allem die Großstadtpresse. Es soll, so lautet die Forderung, zulässig sein, daß mehrere Zeitungen sich zusammenschließen, um zur Verringerung der Kosten gemeinsam einen Expressen abzusenden. Dagegen ist bereits wiederholt starker Widerspruch der Provinzzeitungen laut geworden, die sich schon jetzt durch die weitgreifende Versendung von Zeitungen der Großstädte durch Expressen in ihrer Existenz bedroht sehen, da der Verbreitungskreis ihrer Blätter große Verkehrszentren nach denen sich die Entsendung Expressen lohnen würde, meist nur in geringer Zahl umfaßt, und die Auflage ihrer Blätter im allgemeinen kostspielige Sondereinrichtungen nicht gestattet.

Wenn daher die Postverwaltung weiterhin die Aufgabe haben soll, nicht lediglich nach fiskalischen oder kaufmännischen Rücksichten zu arbeiten, sondern im Postzeitungsvertrieb der Allgemeinheit zu dienen und Kulturaufgaben zu erfüllen, so wird es das Richtige sein, daß der Postzwang und die Bestimmungen über expressen Boten nicht gelockert werden, und daß die Vertriebspflicht der Post bestehen bleibt. Es wird sogar — und zwar aus formalen Gründen — zweckmäßig sein, den Postzwang nicht mehr auf politische Zeitungen zu beschränken, sondern ihn auf alle Zeitungen auszu dehnen, die öfter als einmal wöchentlich erscheinen. Es wäre also dementsprechend dann auch im Gesetz festzulegen, daß die Vertriebspflicht sich auf alle den Postzwang unterliegenden Zeitungen zu erstrecken habe, und daß Zeitschriften den Zeitungen gleichzuachten seien. Mit dieser Neuerung würde jedoch kaum eine Änderung eintreten, da im allgemeinen nichtpolitische Zeitungen nicht öfter als wöchentlich einmal erscheinen. Es wäre aber größere Klarheit gewonnen; denn die Unterscheidung zwischen politischer und nichtpolitischer Zeitungen sowie zwischen Zeitungen und Zeitschriften bereitet häufig große Schwierigkeiten, da eine sichere, für alle Fälle geltende allgemeine Definition dieser beiden Begriffe sich noch nicht hat finden lassen.

Wird man also zugunsten von Einfachheit und Klarheit am besten darauf verzichten, im Gesetz die periodischen Druckschriften nach ihrem inneren Wesen und Inhalt zu unterscheiden, die Unterscheidungsmerkmale vielmehr lediglich nach der Häufigkeit des Erscheinens bestimmen, so läßt sich andererseits gerade nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Notwendigkeit, den allgemeinen Begriff »Zeitung« näher festzulegen, nicht mehr umgehen. Die mit dem Verfall der Markverbundene sprunghafte Tarifentwicklung hat bekanntlich — nach den Ziffern gesehen — im letzten Jahre ein schnelles Ansteigen der Druckgebühren gezeigt, wäh-

und die Zeitungsgebühr stehengeblieben oder nur allmählich und völlig unzureichend erhöht worden ist. Und war wurde davon abgesehen, die Zeitungsgebühr mitzulegen zu lassen, weil derjenigen Presse, die nicht lediglich auf Erwerb ausgeht, sondern höhere Ziele verfolgt, das Weiterbestehen ermöglicht werden sollte. Das haben sich nun vielfach kaufmännische Unternehmungen zunutze gemacht, indem sie Anzeigen, Anpreisungen usw., die sie früher in regelmäßiger Wiederkehr als Drucksachen verpackt haben, zur Herabminderung der Geschäftskosten ihren Kunden jetzt im Wege des Postzeitungsvertriebs mitgehen lassen. Der durch solche Mißbräuche, die auch jetzt noch bestehen, für die Post eintretende Einnahmefall belastet die Gesamtheit, während die Vorteile des Verfahrens nur einem kleinen Kreise, für den sie einzelfalls bestimmt sein konnten, zugute kommen. Postgesetz und Postordnung erklären den Begriff »Zeitung« nicht. Mit der Begriffsbestimmung von Bücher: »Zeitung ist eine auf dem Wege mechanischer Vervielfältigung hergestellte, in sich abgeschlossene Zusammenstellung von neuen Nachrichten, welche zum Zweck der Veröffentlichung in kurzen Zeitfristen fortlaufend erscheint« — wird man allein nicht auskommen, um den hervorgetretenen Mißbräuchen zuleibe zu gehen. Man wird also dazu übergehen müssen, einzelne Arten von Druckschriften, die als Zeitungen nicht zugelassen werden dürfen, besonders zu kennzeichnen und dann jeden Fall einzeln zu entscheiden. In vielen Fällen liegen auch die besonderen Merkmale derartiger Druckschriften so deutlich zutage, daß ein richtiger Griff ohne weiteres gemacht ist. Z. B. wird jeder Unbefangene und Einsichtige es billigen müssen, wenn ein Blatt nicht als Zeitung im posttechnischen Sinne angesehen wird, das hektographiert ist und den Mitgliedern eines Vereins in der Hauptsache nur mitteilt, wann und wo der nächste Ball, das Eisbeineffen, ein Vereinsabend mit Gansverlofung, Wettsegeln usw. stattfindet, oder wenn ein Geschäftsmann nur über sein Geschäft, sei es in Form von Zeitungskleinen und Anzeigen, oder lediglich in Anzeigen Nachricht gibt.

Der Postverwaltung ist es aus mannigfachen Aufzeichnungen von Pressevertretern bekannt, daß sie bei ihrem Bestreben, derartige Fremdkörper aus dem Zeitungswesen auszuscheiden, die Verleger der wirklichen Zeitungen durchaus auf ihrer Seite hat. Man wird also zunächst sich damit bescheiden können, an den Begriff »Zeitung« aus der negativen Richtung heranzugehen und festzustellen, was nicht als Zeitung gelten kann. Es wird daher in Frage kommen, in die Postordnung eine Bestimmung etwa mit folgendem Wortlaut aufzunehmen.

1. Vom Postzeitungsvertrieb sind ausgeschlossen alle Veröffentlichungen, die in ihrem wesentlichen Bestandteil auf andere Weise als im Buchdruckverfahren hergestellt werden, sowie alle Veröffentlichungen usw., die nach Art, Form und Umfang dem nicht entsprechen, was nach der im Verkehr herkömmlichen Auffassung unter einer Zeitung oder Zeitschrift zu verstehen ist.

2. Alle von gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen herrührenden Druckerzeugnisse, die ihrem wesentlichen Inhalt und Hauptzweck nach Preislisten, Geschäftsanzeigen, Handelsrundschreiben oder Werbeanzeigen einer oder einer begrenzten Zahl von Unternehmungen darstellen und von den Unternehmungen selbst oder in ihrem Auftrag und auf ihre Rechnung von einem Dritten herausgegeben werden.

Ein Gebot der Wirtschaftlichkeit wird es schließlich sein, Zeitungen, die seltener als monatlich einmal erscheinen, vom Postverkehr auszuschließen, da die Gebühreneinnahme aus ihrem Vertrieb gering ist und die Kontrolle ihres rechtzeitigen und vollständigen Eingangs bei der Seltenheit ihres Erscheinens im allgemeinen umständlichere Vorkehrungen erfordert als bei den in regelmäßiger häufiger Folge erscheinenden Blättern.

Von den Hilfsaktionen, die von der Post im vergangenen Jahre zugunsten der Presse unternommen worden sind, ist eine tiefeinschneidende Neuerung bis heute geblieben, die monatliche Einziehung der Zeitungsgelder. Geboren aus dem Bedürfnis, die Zeitungsbezugspreise möglichst kurz vor ihrer Einziehung und auf möglichst kurze Fristen festzusetzen, wird sie jetzt nur noch von einem Teil der Presse gefordert, in der Hauptsache von den Tageszeitungen, weil diese auch den kleinen Mann in den Stand setzen wollen, den im Vergleich zur Vorkriegszeit immerhin noch höheren Bezugspreis in kleinen Beträgen zu entrichten, während die seltener erscheinenden Blätter — Zeitschriften — dringend die Wiedereinführung des Vierteljahrsbezuges verlangen. Es ist selbstverständlich, daß die Postverwaltung, solange ihr nicht hinreichende Bezahlung der Mehrleistungen der monatlichen Einziehung der Bezugselder gewährleistet ist, die Beseitigung des Monatsbezuges erstreben muß, da er, abgesehen von dem Beförderungsdienst, gegenüber dem Vierteljahrsbezug eine Verdreifachung fast aller Arbeiten bedingt. Es ist daher verständlich und in gewissem Grade durchaus berechtigt, wenn aus dem Postbetrieb immer wieder der Ruf laut geworden ist, die Bestellung auf Zeitungen ganz aufzuheben und nur noch das Verlagsstückverfahren zuzulassen. Man hoffte damit vor allem auch, die Post von den außerordentlichen Schwierigkeiten zu befreien, die mit der häufigen und oft nachträglichen Änderung der Bezugspreise und den wiederholt zugestandenen Nachforderungen verbunden waren. So verlockend dieser Vorschlag auf den ersten Blick auch erscheint, so wird ihm doch nicht Folge zu geben sein, weil er neben manchen unverkennbaren Vorteilen für die Post auch große Nachteile bringen würde. Gewiß wären es große Erleichterungen, wenn das gesamte Einziehungsge- schäft und die Abrechnung zwischen Ab- und Verlagspostanstalt wegfielen, die Verantwortlichkeit der Verlegertätigkeit der Post aufgehoben würde, die Post lediglich die Beförderungsgebühren zu erheben und nur die Absendung, Beförderung und Verteilung der Zeitungen zu besorgen hätte. Aber die Verkehrswelt würde in der Neuerung einen großen Rückschritt erblicken, die Verlegerschaft sähe sich der starken Mithilfe bei der Gewinnung und Erhaltung des Bezieherstandes beraubt, und der Post erwüchse die außerordentliche, stoßweise auftretende Massenbelastung des Schalterverkehrs, eine Aufgabe, die seinerzeit dazu gezwungen hat, die Zeitungsgelderhebung auf den Zustelldienst abzuwälzen. Auch käme es wieder zu einer Überschwemmung der Schedämter mit Zahlkarten und Überweisungen, der diese, wie sich im vorigen Jahre bei den Nacherhebungen von Zeitungsbezugseldern gezeigt hat, nicht gewachsen wären. Es sprechen daher auch heute noch gewichtige Gründe dafür, eine grundsätzliche Änderung

der Verfahren zur Bezugserneuerung nicht vorzunehmen.

Dagegen wird es vielleicht möglich sein, das Verlagsstückverfahren im Auslandsverkehr künftig weiter auszudehnen. Das Verfahren besteht bisher nur im Verkehr mit dem Danziger und Memelgebiet und im Verkehr mit Österreich in der Richtung von Deutschland. Wenn auch die Erfahrungen mit Österreich zu weiteren Versuchen nicht gerade ermuntern — die Einfügung des Verfahrens in die österreichischen Betriebsformen verursacht mannigfache, immer wieder beklagte Schwierigkeiten —, so liegt doch ein offenes Bedürfnis vor, den Verlegern die Möglichkeit zu geben, mit ihren Postbeziehern im Ausland in unmittelbarem Abrechnungsverkehr zu treten. Die Verleger wären damit in der Lage, ihre Bezugspreise für das Ausland nicht schon 1 Monat 17 Tage vor ihrem Inkrafttreten anmelden zu müssen, was als große Unannehmlichkeit empfunden wird, sondern sie könnten die Festsetzung erheblich hinausschieben und die Preise nach ihrem Gutdünken bestimmen. Es besteht die Absicht, dem Weltpostkongreß in Stockholm einen dahingehenden Vorschlag zu unterbreiten.

Wie schon erwähnt, werden die Ausgaben im Postzeitungsdienst durch die Einnahmen nicht gedeckt. Nach den letzten Ermittlungen beläuft sich der Fehlbetrag auf 58 Millionen Goldmark. Schon in der Vorkriegszeit, etwa vom Jahre 1906 an, rechnete man mit Fehlbeträgen, die sich jedoch noch in mäßigen Grenzen hielten. Der Krieg und insbesondere die Nachkriegszeit aber forderten immer höhere Opfer von der Postverwaltung. Alle Versuche, ein günstiges Ergebnis durch rechtzeitige und angemessene Erhöhung der Gebühren zu erzielen, schlugen fehl, weil die gesetzgebenden Körperschaften den Forderungen der Postverwaltung die Zustimmung versagten. Auch die Bemühungen der Postverwaltung, aus allgemeinen Reichsmitteln Deckung für die schließlich alles Maß übersteigenden Mehrausgaben für die Presse zu erlangen, blieben erfolglos. Ich kann es mir nicht versagen, mit einem kurzen Wort den Stimmungswert dieser unglücklichen Entwicklung zu berühren. Der Postzeitungsbetrieb stellt hohe Anforderungen an alle, die ihm dienen. Die zahllosen Änderungen grundsätzlicher und besonderer Art, mit denen allein im letzten Jahre der Betrieb belastet wurde, haben in ganz außerordentlichem Maße die tägliche an sich schon harte Pflichterfüllung in der Hast des Betriebes gesteigert und den Beamten, namentlich in den Zeiten des Bezugswechsels, fast unerfüllbare Forderungen auferlegt. Feinlich genaues Arbeiten ist die erste Bedingung für eine glatte Abwicklung des Zeitungsgeschäfts. Es gehört *Passion* zum Postzeitungsdienst! Aus zahlreichen Äußerungen in Wort und Schrift klang und klingt es aber immer eindringlicher heraus, daß diese *Passion* in Gefahr war und ist, wenn der Betriebsbeamte sieht, daß seine Arbeit seiner Verwaltung nichts einbringt, daß es vielmehr besser wäre, die Post befäße sich überhaupt nicht mit dem Postzeitungsdienst. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden, Wandel durch eine gerechte Heranziehung der Verlegerschaft zu den Kosten, da es nicht angängig erscheint, den Posthaushalt mit ungedeckten Ausgaben zu belasten, und es auch von den Verlegern nicht gewünscht werden kann, dauernd zu Ungunsten anderer Erwerbskreise Geschenke zu erhalten. Das Reichspostfinanzgesetz hat die Reichspostverwaltung zu

einem selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen gemacht und damit von jeder Hilfe aus allgemeinen Reichsmitteln zur Deckung von Fehlbeträgen ausgeschlossen. Es ist daher auch aus diesem Grunde unabweisbare Pflicht der Postverwaltung, den Postzeitungsvertrieb durch angemessene Gebührengestaltung zu einem Geschäftszweig auszubilden, der sich wirtschaftlich selbst trägt. Daß diese notwendige Heranziehung der Presse zu den Vertriebskosten nur in einem Maße geschehen darf, das der Presse Raum läßt, ihre hohen Aufgaben in kultureller und politischer Richtung und ihre anerkanntswürdige Arbeit für die deutsche Weltgeltung zu erfüllen, ist selbstverständlich. Auch der von der Presse in den Anzeigen der Post geleistete, verkehrswirksame Zubringerdienst darf keinesfalls übersehen werden. Die Postverwaltung ist von jeher bestrebt gewesen, diesen Rücksichten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und man wird ihr das Zeugnis nicht vorenthalten können, daß sie dabei oft zu fürsorglich für Andere vorgegangen ist.

Leistung und Gegenleistung im Postzeitungsvertrieb in das richtige Verhältnis zueinander zu setzen, ist von jeher eine schwierige Aufgabe gewesen. Grundlegende Änderungen der Zeitungsgebührenordnungen und die darum geführten, zum Teil mit Leidenschaft ausgetragenen Kämpfe geben ein deutliches Bild davon, wie die Entwicklung des Zeitungswesens zu einem Wechsel der Anschauungen und zur Wahl neuer Einrichtungen führen mußte. Ein kurzer Rückblick sei gestattet.

Vor 100 Jahren wurde die Zeitungsgebühr nach der Bogenzahl, für das Hauptblatt nach $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{4}$, für die Beilage nach $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{2}$ Bogen, berechnet. Die Bogengrößen waren nicht festgelegt, die Kontrolle war ungleich schwerer oder unmöglich, eine völlig ungleich und ungerechte Belastung der Zeitungen war die Folge. 1848 entschloß man sich dazu, die Gebühr nach dem Einkaufspreis der Zeitung zu bemessen, sie wurde auf 25 v H des Preises festgesetzt. 1891 wurde dieser Prozentsatz für die seltener als viermal monatlich erscheinenden Zeitungen auf 12½ v H ermäßigt und eine Mindestgebühr bestimmt. Dieser Tarif hatte den unleugbar großen Vorteil der Einfachheit und Klarheit, er wies sich aber mit der fortschreitenden Entwicklung des Anzeigen- und Inseratenwesens immer mehr als unhaltbar. Zeitungen mit dürftigem redaktionellen Inhalt, die durch eine große Zahl von Anzeigen in den Stand gesetzt waren, ihre Bezugspreise niedrig zu halten, zahlten nur geringe Gebühren, obwohl sie mit häufigem Erscheinen und großem Gewicht von der Post größeren Leistungen verlangten als Zeitungen, die mehr Wert auf die Ausgestaltung ihres Nachrichtenteils legten und aus diesem Grunde naturgemäß ihren Bezugspreis höher halten mußten.

Eine gerechtere Gebührenordnung wurde mit dem 1900 in Kraft getretenen Tarif gesucht, der die Leistungen nach drei Gesichtspunkten erfaßte, nach der für alle Zeitungen gleichen Arbeit der Bezugsvermittlung und Verteilung, nach der Häufigkeit des Erscheinens und nach dem Gewicht. Dieser sehr umständliche, aber an sich richtige Tarif wurde nun dadurch verdorben, daß die Gewährung von 1 kg Jahresfreigewicht, das die kleinen Zeitungen schützen sollte, an die Häufigkeit des Erscheinens gebunden wurde. Damit wurde den großen Zeitungen, die durch häufiges Erscheinen der Post sehr große Arbeit verursachten, in ganz unverhältnismäßigem, keineswegs berechtigtem Umfang Vorteile

angewendet. Die Verluste, die der Postverwaltung dadurch entstanden, wurden um so größer, als das Gewicht infolge der bekannten Wirtschaftsvorgänge der Kriegszeit und Nachkriegszeit immer mehr zurückging, so daß es schließlich Zeitungen mit häufiger Erscheinungsweise gab, die überhaupt keine Gewichtsgebühr mehr zu zahlen hatten. Eine Erhöhung der Gebührensätze konnte den Fehler naturgemäß nicht beseitigen, das System mußte geändert werden. Es gelang, die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften im Jahre 1920 dazu zu erlangen, daß die Gebühr für die einzelne Nummer einer Zeitung nach verschiedenen Stufen des Durchschnittsgewichts der Nummer festgesetzt wurde. Als Ideal konnte aber auch diese Gebührenordnung nicht angesehen werden, da sie umfangreiche Vorschriften über die Ermittlung der Nummernzahl erforderte und daher zu mannigfachen Schwierigkeiten und Umständlichkeiten in der Berechnung führte. Ein Nachteil war ferner, daß etwa notwendig werdende Änderungen der auf eine Nummer zugeschnittenen Gebührensätze naturgemäß eine sehr starke Wirkung auf die Gesamtheit der Erscheinungen ausüben mußten, wollte man die Sätze nicht nach Bruchteilen von Pfennigen bestimmen. Zur Vereinfachung der Gebührenordnung wurde daher vor einem Jahre das System der Nummerngebühr aufgegeben. Die zahlreichen Gewichtsstufen wurden, unter Einschaltung einer Stufe bis 25 g, auf die Gewichtsstaffeln für Drucksachen zurückgeführt und an die Stelle der Einzelnummerngebühren wurden nach der Erscheinungsweise anzuwendende Monatsbeträge gesetzt. Mit der Einführung der wertbeständigen Gebühren fand schließlich unter Beibehaltung dieses Systems eine faun als Annäherung zu bezeichnende und nur teilweise durchgeführte Anpassung an die Friedenssätze statt.

Schon aus dieser Skizze der Entwicklung des Zeitungsgebührenwesens geht hervor, welche mannigfachen Wege beschritten worden sind, um dem Ausgleich von Leistung und Gegenleistung gerecht zu werden und ein übersichtliches und einfaches Verfahren für den Betrieb und die Abrechnung zu finden. Und doch sind es nur wenige Lösungen der großen Frage gewesen, Hunderte von Vorschlägen sind gemacht und geprüft worden. Wenn wir heute vielleicht lächeln über die Bemessung der Gebühren nach der Bogenzahl oder nach einem vom Hundertsatz des Bezugspreises — Berechnungsarten, die beim heutigen Stande der Entwicklung des Zeitungswesens wunderbar erscheinen — so darf dazu bemerkt werden, daß bei der Beratung der Gebührenvorlagen im letzten Jahre tatsächlich Vorschläge aus Verlegerkreisen gemacht wurden, die eine Wiederkehr dieser Systeme bezweckten. Einen Widerhall haben sie allerdings in der Allgemeinheit nicht gefunden.

Eine Veranlassung, jetzt das System aufs neue zu ändern, liegt nach allgemeinem Urteile zur Zeit nicht vor. Aber, wie schon angedeutet wurde, die Höhe der Gebühren ist völlig unzureichend, zumal die Friedenssätze, denen die gegenwärtigen nur zum Teil angenähert wurden, schon nicht ausreichten und inzwischen eine erhebliche Erweiterung der Aufgaben der Postverwaltung eingetreten ist. Ich darf hier nur erinnern an den Ausbau des Verfahrens der Versendung von Zeitungs-Bahnpostbriefen, an die Einführung der Sammelüberweisungen und vor allem des Monatsbezugs, an die frühzeitigere Auszahlung der Bezugsgelder an die Verleger usw., alles Neuerungen, die zum Teil ohne

irgendwelche, zum Teil ohne hinreichende Abgeltung von der Postverwaltung übernommen worden sind. Die notwendige Erhöhung der Gebühren dürfte auf folgender Grundlage zu erreichen sein.

1. Die Zeitungsgebühren in der untersten Gewichtsstufe werden auf das 12fache, in den höheren Stufen auf das 8fache erhöht.

2. Der Vierteljahrsbezug wird neben dem Monatsbezug wieder zugelassen, so daß sich der Verleger einer Zeitung entweder für die eine oder für die andere Bezugszeit entscheiden kann. Für den Vierteljahrsbezug werden ermäßigte Sätze vorgesehen, die in der untersten Stufe das 10fache, in den höheren das 6fache der jetzigen Gebühren betragen.

Die stärkere Heranziehung der untersten Stufe ist dadurch begründet, daß in ihr bisher die notwendige Grundgebühr, die für Zeitungen aller Grade gleichmäßig durch die Bezugs- und Verlagsgeschäfte begründet ist, bisher nicht genügend zur Wirkung gekommen ist.

Es wird ferner notwendig sein, einem Mißbrauch der Zeitungsvertriebseinrichtungen zu begegnen, der darin besteht, daß Verleger Zeitungen zum Vertrieb anmelden, aber keine Nummer herausbringen, so daß die Postanstalten veranlaßt werden, die Zeitungen in ihren Büchern zu führen, ohne irgendeine Gebühr dafür vereinnahmen zu können. Es wird daher zu bestimmen sein, daß für jede der Post zum Vertrieb übergebene Zeitung 30 M vierteljährlich mindestens entrichtet werden. Zeitungen, die einen wirklichen Vertrieb unterhalten, werden hiervon nicht betroffen, da die von ihnen zu entrichtenden Gebühren diese Sätze wohl immer überschreiten werden. Weigert sich ein Verleger, die Mindestgebühr zu entrichten, so wird die Zeitung in der Preisliste gestrichen werden müssen und eine Neuanschuldung erst angenommen werden dürfen, wenn er seine Schuld bezahlt hat.

Für Sammelüberweisungen wird bei der Neuordnung daselbe Verhältnis zur gewöhnlichen Zeitungsgebühr zu wahren sein, wie es bisher zwischen den Gebühren der beiden Vertriebsarten bestand. Dabei wird einem Wunsche der Sonntagsblätter, die Höchstgewichtsgrenze von 25 auf 30 g festzusetzen, vielleicht stattgegeben werden können. Die Blätter sollen, wo es irgend geht, einen Ausbau ihres Inhalts erfahren und würden von dem — schließlich auch für die Post — einfachen Verfahren ausgeschlossen bleiben, wenn die Gewichtserhöhung nicht zugestanden würde.

Das Zustellgeld wird in dem Einheitsatz von 4 auf 5 Pf. und auf einen Höchstbetrag von 60 Pf. gebracht werden müssen*). Es läge nahe, für die Landzustellung höhere Gebühren als für den Ort festzusetzen. Die sichere Bestimmung und Verrechnung der fälligen Gebühr bei Verlagsstücken begegnet aber so großen Schwierigkeiten und würde, wollte man sie durchführen, so umfangreiche Ermittlungen und Kontrollen verlangen, daß es aus Gründen der Vereinfachung und Sparsamkeit geboten ist, jede unterschiedliche Bemessung zu vermeiden. Die gleichen Gründe sprechen dagegen, das Zustellgeld nach der Zahl der Abtragungen zu bestimmen. Dies wird neuerdings wegen des Wegfalls von Zustellgängen in

*) Von einer weiteren Erhöhung des Einheitsatzes, die an sich am Platze wäre, wird abzusehen sein, weil die Postverwaltung z. B. nicht in der Lage ist, die Zustelleinrichtungen, die bekanntlich starke Einschränkungen erfahren haben, wieder auszubauen.

weiten Kreisen verlangt. Dem Verlangen wird aber aus den erwähnten betriebstechnischen Gründen nicht stattgegeben werden können. Dagegen erscheint es unbedenklich, das Zustellgeld auf den Höchstbetrag von 60 Pf. zu begrenzen, weil bei den heutigen Verhältnissen mit einer häufigeren als zwölfmaligen Abtragung in der Woche nicht mehr zu rechnen ist und ohnehin nur einige wenige Zeitungen häufiger als zwölfmal wöchentlich erscheinen.

Einer grundlegenden Änderung bedarf die Gebühr für Zeitungs-Bahnhofsbriefe. Bekanntlich war sie in der Vorkriegszeit so geordnet, daß für jedes einzelne Stück eine Monatsgebühr von 10 Pf., eine Mindestgebühr von 1 M und eine Höchstgebühr von 3 M monatlich für die aus einem Verlagssort herrührenden, für einen Empfänger bestimmten Stücke erhoben wurden. Infolge Einführung der Verlagsstücke in das Verfahren wurde ein anderer Aufbau erforderlich, der die Erscheinungsweise berücksichtigte und die Mindest- und Höchstgebühr wegfallen ließ. Die Ermittlungen, ob die Grundlage für die Mindestgebühr gegeben oder überschritten war, erforderten eine so umständliche Buchführung, daß die Kosten höher waren als der geringe durch die Mindestgebühr unter gewissen Umständen erzielte Mehrertrag. Dieser Verzicht hat aber die unerwünschte Folge gezeitigt, daß das auf Massenbetrieb eingerichtete Verfahren jetzt auch für einzelne Zeitungsstücke ausgenutzt wird, so daß die Post in vielen Fällen für die zahlreichen notwendigen Buchungen und Kontrollen sowie die Sonderbehandlung im ganzen Monat nur eine äußerst geringe Gebühr erhält. Um diesen Mißstand zu beseitigen, müßte für jede aufgegebenene Bestellung oder für jede Anmeldung der für einen Empfänger bestimmten Stücke derselben Zeitung eine Grundgebühr von monatlich 50 Pf. erhoben werden. Die Einzelgebühr würde auf 10 Pf. monatlich für jede Tagesausgabe festzusetzen sein. Um Mißbräuchen der Einrichtung zu begegnen, die in letzter Zeit leider wiederholt beobachtet worden sind, wird es ferner nötig sein, für jede Tagesausgabe eines unangemeldet versandten Stückes monatlich das Fünffache der Einzelgebühr zu erheben.

Die Erhöhungen und Änderungen erscheinen auf den ersten Blick vielleicht als starke Belastung für die Verleger. Aber es wäre keinesfalls gerechtfertigt, als Zeitungsgebühr etwa nur die Friedenssätze wieder einzuführen, denn erstens reichten diese im Frieden schon nicht aus, zweitens sind die Leistungen der Post seitdem, wie schon erwähnt, ganz erheblich erhöht worden, und drittens muß für die großen Tageszeitungen der bereits angeführte Umstand berücksichtigt werden, daß ihnen infolge des Freigewichtssystems unverhältnismäßig große Vorteile zugewendet waren, deren Wiedergewährung keinesfalls gerecht wäre. Mit geringeren als den vorgesehenen Gebührenerhöhungen würden die jetzt bestehenden Fehlbeträge aber nicht ausgeglichen werden können.

Zur Vereinfachung des Postbetriebs würde es zweifellos wesentlich beitragen, wenn Zeitungsgebühr und Zustellgeld zu einem Satz vereinigt würden. Die Postverwaltung hatte den Versuch hierzu bereits einmal gemacht, weil die besondere Be- und Verrechnung des Zu-

stellgeldes mit großen Umständlichkeiten verbunden ist. Der Versuch ist aber völlig fehlgeschlagen, weil entgegen dem Widerspruch der Postverwaltung in das Gebührengesetz eine Bestimmung aufgenommen wurde, daß der Abholer von mindestens 5 Zeitungen eine Abholvergütung gezahlt werden sollte. Das war schlimmer als die getrennte Berechnung des Zustellgeldes. Es ist zugeben, daß die Forderung einer Vergütung an Abholer größerer Mengen von Zeitungen (Spediteure, Zeitungshändler usw.) eine gewisse Berechtigung hat. Die Erfüllung der Forderung wird aber stets eine weitgehende Umständlichkeit zur Folge haben und entspricht so wenig dem sonstigen Postgebührenwesen, daß der Wiederholung des früheren Versuchs der Gebührenzusammenfassung nur dringend widerraten werden kann.

Es ist eine Fülle von Fragen, die uns gegenwärtig bewegen und zum Teil dringend der Lösung bedürfen. Vor einiger Zeit ist in einer Verlegerversammlung der Postvertreter gegenüber das Wort gefallen, es sei Zeit, die gefrorenen Formen des Postzeitungsvertriebs flüssiger zu gestalten. Wenn ich auch nicht der Ansicht bin, daß es angezeigt wäre, die Wärme, die zur Auflösung des Eises nötig ist, in diesem Falle durch Reibung zu erzeugen, so möchte ich doch angesichts der außerordentlichen zahlreichen Änderungen und Wandlungen, die der Postbetrieb, wie ich eingangs erwähnte, im letzten Jahre — und zwar fast lediglich zugunsten der Verleger — über sich hat ergehen lassen müssen, die zwar geistreiche aber harte Redewendung nicht für ganz richtig halten. Wenn die Postverwaltung sich aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen wendet, ihre Einrichtungen unter Aufgabe oder Lockerung des Postzwangs und der Vertriebspflicht nur noch einem kleinen Kreise von Verlegern und Beziehern dienstbar zu machen, so geschieht es im wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit des deutschen Volkes und seiner Presse. Sache der Presse wird es jetzt sein, der Postverwaltung, die bis zur Selbstaufopferung in eigener schwerster Zeit bereitwillig die damalige Not der Presse zu der ihren gemacht und mit Erfolg gemildert hat, nunmehr die Mittel nicht vorzuenthalten, die zum Wiederaufbau der Postbetriebseinrichtungen erforderlich sind. Die Gebührenpläne, die dem Verwaltungsrat bei seinem ersten Zusammentritt zur Entscheidung vorgelegt werden sollen, werden sich voraussichtlich in der von mir angedeuteten Richtung bewegen*). Möge die Postverwaltung zu ihrem Recht kommen und damit der im Postzeitungsdienst stehenden Beamtschaft die Arbeitsfreude wiedergegeben werden, damit die engen Beziehungen, die zwischen Post und Presse von jeher bestanden haben und von der Post gern gepflegt worden sind, beiden Teilen zum Gedeihen dienen können.

*) Mit den Verlegerverbänden wurde später vereinbart, daß die neuen Gebühren in der untersten Stufe das achtfache, in den höheren das fünffache der jetzigen Gebühren betragen sollen, daß von einer Ermäßigung für den Vierteljahrsbezug abzusehen und das Zustellgeld von 4 auf 6 bzw. 72 Pf. zu bringen sei. Der Verwaltungsrat beschloß dann die unterste Gewichtsstufe für die Zeitungsgebühr von 25 auf 30 g zu erhöhen und den dafür vorgesehenen Gebührensatz auf das sechsfache (statt des achtfachen) der jetzigen Gebühr zu bemessen sowie die Gebühr für Sammelüberweisungen nach den Gewichtsstufen bis 25 und über 25 bis 30 g auf 9 bzw. 6 Pf. festzusetzen.

Die Flugpost in Kolumbien.

Von Postmeister Fritz Richter in Barranquilla (Kolumbien).

Am Nordwestzipfel Südamerikas gelegen, erscheint Kolumbien in der Nachbarschaft so großer Länder, wie Brasilien, verhältnismäßig klein. Und doch bedeckt es eine Fläche von doppelter Größe wie Deutschland. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 6,5 Millionen Einwohnern ist der wesentliche, der »Indische« genannte Teil verhältnismäßig dicht bewohnt und kulturell erschlossen, während das ausgedehnte Abflußgebiet des Orinoco und Amazona fast menschenleer und unerforscht ist.

In den Jahren der Entdeckung Amerikas zog Kolumbien infolge seines Gold- und Smaragdenreichtums bald die besondere Aufmerksamkeit der Spanier auf sich. Große Scharen Abenteurer (Conquistadoren) drangen von verschiedenen Seiten gleichzeitig in das Land. Auf der Hochebene von Bogotá, der heutigen Hauptstadt des Landes, stießen drei Trupps dieser Eroberer zusammen. Andere Scharen wendeten sich den goldreichen Gebieten des heutigen Antioquia zu. Die ursprüngliche Indianerbevölkerung wurde mit der Zeit fast ausgerottet oder in weniger zugängliche Gebiete verdrängt. Doch sind noch heute die Indianer und deren Mischlinge weit zahlreicher, als man im allgemeinen glaubt, und stellen einen erheblichen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung dar. Den Hauptbestandteil der Bevölkerung bilden aber die Nachkommen jener Conquistadoren, deren Anzahl durch spätere Zuwanderung aus Spanien noch erheblich vergrößert wurde. Diese Spanier haben ihre Sprache, Sitten und Gebräuche ziemlich rein erhalten.

Anfangs des neunzehnten Jahrhunderts befreite sich Kolumbien, wie die übrigen lateinamerikanischen Länder, von der spanischen Abhängigkeit. Seit dieser Zeit ist Kolumbien eine Republik mit Bogotá als Landeshauptstadt, die etwa 160 000 Einwohner zählt. Das Charakteristische an dieser Stadt ist ihre außerordentlich hohe Lage, 2 700 m über dem Meerespiegel. Weitere bedeutende Orte des Landes sind Medellín mit 100 000, Barranquilla und Manizales mit je 80 000 und Cartagena mit 30 000 Einwohnern.

Das ungeheure Saltengebirge, das den ganzen amerikanischen Kontinent von seinem äußersten Südsüd zum äußersten Nordende durchzieht, teilt sich in Kolumbien in mehrere gewaltige Gebirgszüge und gibt damit dem Lande sein Gepräge. Anden heißt das ganze Gebirge, »Cordilleren« ist das spanische Wort für Gebirgskette. Wir haben in Kolumbien die Ost-, Mittel- und Westcordilleren, die eine durchschnittliche Höhe von 3 000 bis 5 000 m erreichen. Einer der höchsten Berge mit 5 600 m ist der schneebedeckte Tolima in den Mittelcordilleren, der bis heute noch nicht erstiegen werden konnte und als Wahrzeichen für Kolumbien gilt.

Zwischen den Ost- und Mittelcordilleren strömt in fast genauer Süd-Nord-Richtung der Magdalena. Bei einer Gesamtlänge von rund 1 400 km ist er auf etwa 200 km schiffbar. Der Magdalena-Strom stellt die Haupt- und eigentlich auch die einzige Verkehrsader des Landes dar. Von einigen Küstenorten führen kurze Stichbahnen ins Landesinnere. Vom Magdalena-Strom aus zweigen einige Eisenbahnlinien nach den bedeutendsten Plätzen des Landes ab. An seiner Mündung ist

der Magdalena-Strom flach, versandet und durch eine Barre vom Meere getrennt; insgedessen ist er hier für den Schiffsverkehr unbrauchbar. Es hat sich daher Barranquilla, etwas oberhalb der Mündung, zu dem Hauptumschlag- und Handelsplatz des Landes entwickelt. Eine kurze Eisenbahnlinie verbindet diese Stadt mit Puerto Colombia. Von Barranquilla aus fahren Flußdampfer den Magdalena-Strom hinauf und vermitteln damit den Verkehr mit fast allen Orten des Landesinnern. Bis Girardot, der Kopfstation der Eisenbahn Girardot-Bogotá, beträgt die Entfernung 110 km. Die Dampfer legen diese Strecke im günstigsten Falle in 7 Tagen zurück. Doch treten häufig Verzögerungen auf, die sich bei starken Trockenzeiten bis zu sechs Wochen ausdehnen können. Infolge der allerdings außergewöhnlichen Trockenzeit dieses Jahres blieben sämtliche Flußdampfer stecken. So wurde den ganzen Monat Februar hindurch der gesamte Flußverkehr stillgelegt.

Bei dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß man schon verhältnismäßig früh auf den Gedanken kam, einen regelmäßigen Luftverkehr einzurichten. Schon Mitte 1919 führte der Amerikaner Knorr Martin einige Postflüge zwischen Barranquilla und dem benachbarten Puerto Colombia aus. Für diesen Verkehr wurden Briefmarken mit dem Überdruck »El servicio postal aéreo« verwendet. Um die gleiche Zeit errichtete die »Antioquia aeroplan compañía« mit französischen Flugzeugen einen Postflugverkehr zwischen Barranquilla und Cartagena. Für diesen Dienst wurden besondere Marken mit der Aufschrift »Compañía Colombiana de Navegación Aérea« hergestellt. Beide Unternehmungen brachen nach kurzer Zeit zusammen.

Im Dezember 1919 wurde durch kolumbianische und deutsche Geschäftsleute eine deutsch-kolumbianische Flugverkehrsgesellschaft »Sociedad Colombo-Alemana de Transportes Aéreos« (Scadta) gegründet mit einem Anfangskapital von 100 000 Pesos (ein Peso etwas weniger als ein US.-Dollar). Der Zweck der Gesellschaft war die Einrichtung eines Luftverkehrsdienstes mit deutschem Flugzeugmaterial.

Nachdem die topographischen und atmosphärischen Bedingungen gründlich studiert waren, wählte die Scadta für den Verkehrsdienst ein Wasserflugzeug der Junkerswerke in Dessau, das durch seine Ganzmetallkonstruktion den größten Widerstand gegen das feuchtheiße Tropenklima Kolumbiens zu gewährleisten versprach. Ende 1920 kamen die ersten Flugzeuge aus Deutschland in Barranquilla an, und bald darauf wurde unter der technischen Leitung des deutschen Seefliegers Fritz Hammer mit der Aufstellung der Apparate und dem Bau der Flugstation Barranquilla begonnen.

Die ersten Monate wurden zu Versuchs- und Studienflügen verwendet. Schon im Oktober 1920 erreichten die Flugzeuge die Stadt Girardot, den Ausgangspunkt der Eisenbahn nach Bogotá. Eines dieser Wasserflugzeuge wurde durch Unterbau eines Fahrgestells in ein Landflugzeug umgewandelt, und dieser Maschine gelang es, als erste, gegenüber amerikanischem und französischem Wettbewerb, mit eigener Kraft von der Küste bis Bogotá zu fliegen und auf der fast 2 700 m über dem Meeres-

spiegel gelegenen Hochebene zu landen. Die Ergebnisse dieser Flüge wurden ausgenutzt und bei den Neubauten verwertet. 1921 wurde der Flugzeugpark um drei weitere Zylindermaschinen vermehrt.

Inzwischen war das Aktienkapital der Gesellschaft von 100 000 auf 200 000 Pesos erhöht worden. Um diese Zeit trat auch Dr. Peter von Bauer als Gesamt-leiter in das Unternehmen ein. Durch ihn wurde das gesamte Flugverkehrsweisen und der Flugpostdienst in Kolumbien ausgestaltet und in großzügige Bahnen geleitet. Die innere Ausbildung erhielt eine wesentliche Festigung durch erfolgreiche Verhandlungen mit der

Staatsregierung. Der Gesellschaft wurde die Einrichtung eines eigenen Flugpostdienstes und die Herausgabe eigener Flugpostmarken erlaubt. Finanziell aber blieb die Scadta auf ihre eigene Kraft angewiesen; denn ein staatliche Beihilfe konnte in Anbetracht der Wirtschaftskrise, die auch Kolumbien schwer getroffen hatte, nicht gewährt werden.

Mitte September 1921 wurde schließlich der regelmäßige Flugverkehr nach festen Flugplänen eröffnet. Seitdem nahm der Luftverkehr eine günstige Entwicklung, wie aus nachstehender Statistik am besten hervorgeht.

Jahr	Zahl der Flugzeuge	Zahl der Flüge	Zurückgelegte Kilometer	Beförderte Post kg	Zahl der Reisenden	Bezahlte Nutzlast kg	Bemerkungen
1920	2	—	4 325	50	12	980	Probeflüge
1921	4	208	86 342	1 351	367	28 715	Verkehrsflüge
1922	5	512	202 260	4 834	1 133	86 458	
1923	5	650	296 722	8 287	1 318	104 394	
Summe	—	1 370	589 649	14 522	2 830	219 567	

Die Gliederung der Scadta stellt sich heute, kurz umrissen, wie folgt dar. Die Oberleitung des ganzen Unternehmens ist in Bogotá. Dasselbst befindet sich auch die wissenschaftliche Abteilung, die der Scadta angegliedert wurde. Die kaufmännische und technische Leitung haben ihren Sitz in Barranquilla. Inlandsagenturen befinden sich in allen bedeutenderen Orten Kolumbiens, Auslandsagenturen in den größten Städten fast sämtlicher Länder. Eine in Berlin bestehende Hauptagentur wirkt gleichzeitig als Einkaufszentrale.

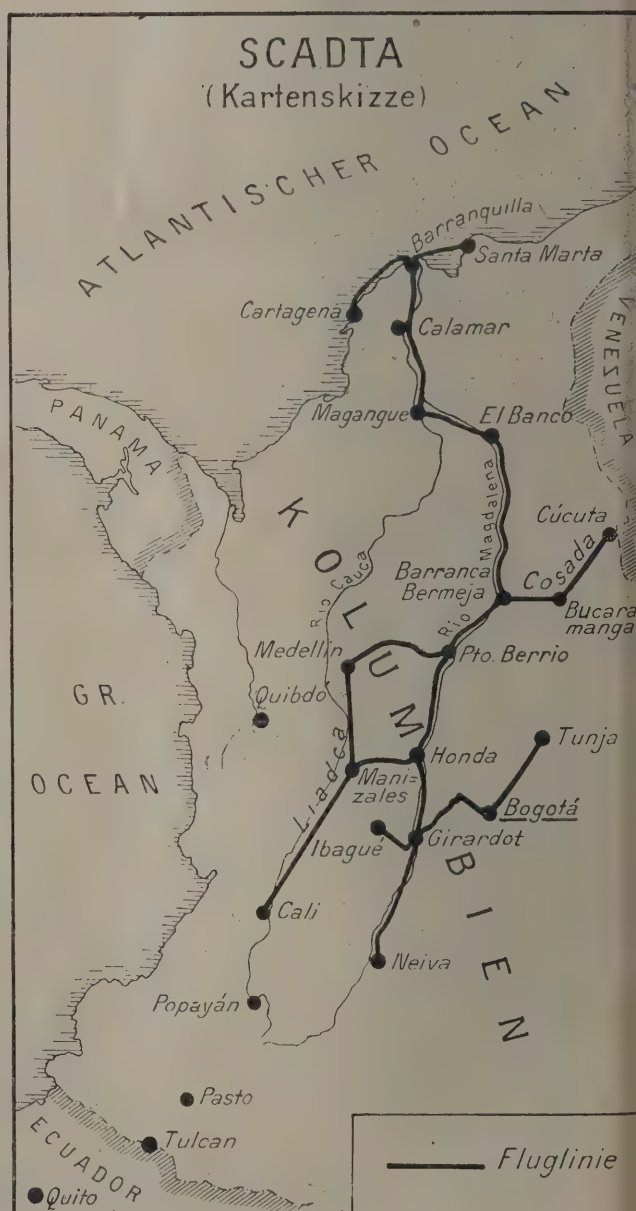
Die Hauptfluglinie der Scadta ist Barranquilla-Girardot-Neiva. Die Strecke Barranquilla-Girardot ist rund 1 000 km lang und wird zweimal wöchentlich besfliegen. Die Flugdauer beträgt 8 Stunden. Auf der 150 km langen Linie Girardot-Neiva findet wöchentlich ein Flug statt. Auf der Strecke Barranquilla-Cartagena (120 km) verkehren die Flugzeuge jeden Montag, zwischen Barranquilla und Santa Marta nur bei Bedarf.

Wasserflugzeuge sind jetzt 6 Stück vorhanden mit Motoren von je 200 PS, die dem Apparat eine Geschwindigkeit von durchschnittlich 140 km in der Stunde geben. Die Nutzlast jedes Flugzeugs beträgt 275 kg.

Die Hauptwerkstätte und Unterstände befinden sich in Barranquilla. Erstere ist reich ausgestattet und imstande, im weitesten Maße Duralaluminium zu verarbeiten. Sie rückt damit in bezug auf Leistungsfähigkeit an die erste Stelle in ganz Südamerika. Eine zweite Werkstätte ist in Girardot eingerichtet worden.

Die nebenstehende Kartenskizze gewährt eine Übersicht über die Fluglinien der »Scadta« sowie auch der »Cosada« und der »Diadca«, zweier neuer Schwester-gesellschaften.

Die Zentrale für Flüge flufaufwärts ist Barranquilla, für Flüge flufabwärts Bogotá. Alle Reisenden — die außerhalb wohnenden durch die Agenturen — müssen sich an diese Zentralen bei Nachfrage nach Plätzen wenden. Die Gewichtsgrenze für Reisende flufaufwärts ist auf 75 kg einschließlich Gepäck festgesetzt worden, für Reisende flufabwärts auf 85 kg. Mehrgewicht wird nur bedingungsweise zugelassen und muß besonders bezahlt



werden. Die Zentralen regeln den Verkauf und die Verteilung der Plätze für den ganzen Flug. Die Fahrtgebühren gehen aus nachfolgender Übersicht hervor.

Von	Nach							
	Barranquilla Pesos	El Banco Pesos	B. Vermeja Pesos	Pto. Berrio Pesos	Sonda Pesos	Girardot Pesos	Neiva Pesos	Cartagena Pesos
Barranquilla .	—	200	200	200	250	250	300	25
El Banco	50	—	200	200	250	250	300	75
B. Vermeja ..	125	100	—	50	100	150	200	150
Pto. Berrio ..	125	100	50	—	50	100	150	150
Sonda	125	125	125	50	—	50	100	150
Girardot	150	150	150	70	40	—	50	175
Neiva	180	180	180	100	70	30	—	205
Cartagena ...	25	225	225	225	275	275	325	—

Der Postverkehr erstreckt sich auf gewöhnliche und eingeschriebene Brieffendungen, auf Pakete und Wertsendungen. An Gebühren werden erhoben für Briefe — Gewicht unbeschränkt —

Gewicht g	Inland		Ausland
	flüßaufwärts Centavos	flüßabwärts Centavos	
bis 15	30	30	Außerdem das tarifmäßige Auslands- porto
» 30	60	50	
» 45	90	70	
für jede weiteren 15	30 mehr	20 mehr	

Für Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere die Hälfte obiger Gebühren. Für Postkarten 5 Centavos.

Für Pakete flüßaufwärts bis 1 kg: 5 Pesos, für jede weiteren 250 g: 1,25 Pesos, flüßabwärts bis 1 kg: 1 Peso, für jede weiteren 250 g: 1 Peso. Geld und Gold darf in den Paketen nicht enthalten sein.

Für Wertsendungen wird erhoben:

1. Frachtgebühr, die je nach der Entfernung 0,25 bis 1,25 v H des wirklichen Wertes der Sendung beträgt,
2. Versicherungsgeld 0,5 v H des Wertes.

Am 1. April dieses Jahres ist noch der Postanweisungverkehr dazugekommen. Er wird zunächst auf einige der größten Orte und auf einen Höchstbetrag von 50 Pesos beschränkt bleiben. Die Gebühr für jede Anweisung ist auf 1 Peso festgesetzt worden. Der Postanweisungsdienst ist dem deutschen nachgebildet mit den für die kolumbianischen Verhältnisse notwendigen Änderungen. Dem Briefverkehr fällt der bei weitem stärkste Anteil an dem Gesamtverkehr zu.

Die Flugpost der Scadta ist als staatlich anerkannte und konzessionierte Privatpost anzusehen und ist heute eines der größten Unternehmen dieser Art. Die Scadta gibt eigene Flugpostmarken heraus. Die Marken, deren Werte auf Centavos und Pesos lauten und deren Zeichnung aus nebenstehenden zwei Abbildungen zu ersehen ist, sind von der Reichsdruckerei in Berlin hergestellt worden und werden gegenwärtig in folgenden Sorten ausgegeben:

- a) nach der Abbildung 1: 5 (orange), 10 (hellgrün), 15 (rot), 20 (hellgrau), 30 (blau), 50 (dunkelgrün) und 60 Centavos (hellbraun);
- b) nach der Abbildung 2: 1 Peso (schwarz), 2 (braunrot), 3 (lila) und 5 Pesos (reseda).

Abb. 1

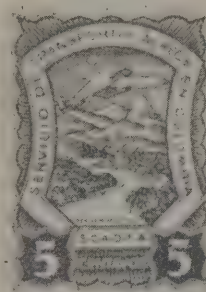


Abb. 2



(3/4 Größe)

Neben den Flugpostmarken der Scadta müssen die staatlichen Postmarken in Höhe der Postgebühren verklebt werden. Im Inlandsverkehr trägt die Scadta freiwillig diese Gebühr, d. h. der Absender zahlt nur das Flugporto und die Scadta klebt auf ihre Kosten die kolumbianischen Marken dazu. Im Auslandsverkehr muß der Absender außer der Fluggebühr das tarifmäßige Auslandsporto zahlen. Laut Vertrag mit der Regierung werden die Flugpostmarken und die Nationalmarken durch die Aufgabestempel der Scadta entwertet. Da das Gewicht der Briefe nicht beschränkt ist, sind schwere Briefe gar nicht selten. Es kommt vor, daß für einen Brief 50 Pesos und mehr erhoben werden.

Die Einschreibgebühr wird durch besondere Marken, die den Aufdruck »R« haben, verrechnet. Die Einschreibbriefe werden in den Überweisungskarten einzeln aufgeführt. Der Empfänger erteilt doppelte Empfangsbestätigung, von denen die eine an den Aufgabort zurückgeht.

Die staatliche Post »Correo Nacional« hat mit der Annahme und Beförderung der Flugpostsendungen nichts, mit der Zustellung nur in Bogotá zu tun. In Bogotá werden die Briefe der Nationalpost mit namentlicher Liste zugeführt, während in den übrigen Orten die Zustellung an den Empfänger durch eigene Briefträger stattfindet. Bogotá ist zu groß und ausgedehnt, als daß die Zustellung durch eigene Angestellte der Scadta zweckmäßig erschiene. Aber auch in Bogotá wie in anderen großen Orten besitzt die Scadta eigene Schließfachschränke für Abholer. Am Bestimmungsort erhalten alle Postsendungen den Ankunftsstempel. Die Abfertigung ist ähnlich wie im deutschen Postbetrieb eingerichtet worden. Zur Beurteilung der Entwicklung und der finanziellen Ergebnisse wird täglich genaue Statistik geführt.

Eine Erschwerung des Betriebs stellt es dar, daß die Bevölkerung gewöhnt ist, die Briefe unfrankiert aufzuliefern. Erst ganz allmählich gelingt es der Scadta, die Absender zum Freimachen zu erziehen. Da bei dem auf je 15 g abgestuften Tarif eine genaue Kontrolle des Gewichts stattfinden muß, und da die Einziehung von Nachgebühren auf Schwierigkeiten stößt oder, wie bei Auslandsendungen, ganz unmöglich ist, kommt eine Auslieferung der Briefe durch Briefkasten nicht in Betracht. Jeder Brief muß am Schalter abgegeben werden und wird da sofort gewogen.

Der Auslandsverkehr spielt sich im allgemeinen nach den internationalen Postbestimmungen ab. Um den Versenderkreisen im Ausland den Flugpostdienst in Kolumbien dienstbar zu machen, wurden zum Verkauf der Flugpostmarken und zu Auskunft- und Werbezwecken in den größten Städten der fremden Länder Auslandsagenturen eingerichtet. In Deutschland befindet sich eine Hauptagentur der Scadta in Berlin W 35, Schöneberger Ufer 35, und eine weitere Agentur in dem kolumbianischen Generalkonsulat in Hamburg. Die von den Auslandsagenturen vertriebenen Flugpostmarken tragen für jedes Land einen bestimmten Buchstaben als Aufdruck und zwar:

in Deutschland	A	(Alemania),
» Dänemark	D	(Dinamarca),
» den Vereinigten Staaten	EU	(Estados Unidos),
» Spanien	E	(España),
» Frankreich	F	(Francia),
» England	GB	(Gran Bretaña),
» Niederlande	H	(Holanda),
» Italien	I	(Italia),
» Panama	P	(Panamá),
» der Schweiz	S	(Suiza).

Das Auslieferungsverfahren der Briefe im Ausland ist verschieden. Nach dem bisherigen Verfahren, das noch in den meisten Ländern üblich ist, versieht der Absender den Brief mit der Anschrift des Empfängers und klebt die Flugpostmarken auf. Dieser Brief wird in einen zweiten Umschlag gelegt, der die Anschrift »Oficina del Correo Aéreo, Barranquilla, Apartado 203, Colombia« trägt und wie ein Auslandsbrief behandelt wird. In Barranquilla werden diese Umschläge geöffnet und die einliegenden Briefe wie Inlandsbriefe behandelt. Ein neues Verfahren, das unter anderem auch in Deutschland eingeführt ist, besteht darin, daß der Absender nur einen Umschlag verwendet. Auf diesem, der die richtige Anschrift des Empfängers angibt, werden außer den Landesmarken die Scadta-Flugmarken aufgeklebt. Außerdem muß der Umschlag einen grünen Zettel mit der Aufschrift »Par Avion Barranquilla-Neiva« erhalten als Zeichen dafür, daß die Sendungen nach Barranquilla zu leiten sind. Den in Betracht kommenden Grenz-Postanstalten werden von der Hauptagentur der Scadta besondere Vorbindezzettel geliefert, die eine Fehlleitung ausschließen sollen. Die Flugpostsendungen müssen stets auf Barranquilla ge-

leitet werden, sie dürfen keinesfalls in Postbeutel oder Briefbünde, die für Bogotá oder andere Orte Kolumbiens bestimmt sind, kommen, da sie sonst von der Nationalpost unmittelbar nach diesen Orten weiterbefördert werden, ohne die viel schnellere Flugpost benutzt zu haben. Ein drittes Verfahren, das schon bei der Flugpost Bagdad-Cairo zur Anwendung kommt, wird jetzt von der Scadta bei der englischen Postverwaltung angestrebt. Es gleicht dem zweiten Verfahren, aber statt der Scadta-Flugpostmarken sollen englische Briefmarken in der Höhe des Betrages des Scadta-Flugposttarifs verwendet werden. Die englische Postverwaltung müßte dann allerdings mit der Scadta abrechnen. Andererseits hätte dieses Verfahren aber den Vorteil, daß die Scadta keine Agenturen benötigte, und daß auch für die Absender eine große Erleichterung damit verbunden wäre, weil die Auslieferung bei jeder Postanstalt erfolgen könnte. Bei alledem ist zu beachten, daß die Scadta erst im dritten Jahre ihrer Entwicklung steht. Trotzdem bezifferte sich der Briefverkehr mit dem Ausland im Jahre 1923 auf etwa 150 000 Stück; mit einer bedeutenden Steigerung ist auch weiterhin zu rechnen.

Vor kurzem wurden die Vorarbeiten für die Einrichtung zweier neuer Fluglinien begonnen. Es sind dies die Linie Pto. Wilches (bei Barranca Bermeja)-Bucaramanga, die später bis Cúcuta weitergeführt werden soll, und die Linie Medellín-Manizales-Cali (siehe Kartenskizze). Beide Linien werden zwar von selbständigen Unternehmungen, der »Cajoda« und der »Viadca«, eingerichtet, sind aber mit der Scadta so verbunden, daß ein völliges Zusammenarbeiten gewährleistet wird. Beide neue Linien stellen Anschlußlinien an die Hauptlinie Barranquilla-Girardot dar und erschließen neue Verkehrsmittelpunkte, die bisher nur zu Pferd oder Maultier erreichbar waren.

Um die Einheitlichkeit des gesamten Flugpostwesens zu wahren, werden die Scadta, Cajoda und Viadca in einer Spitzengesellschaft der »Cudac« (Compañías Unidas de Aviación Comercial) zusammengefaßt werden. Diese Cudac wird eine Art Oberpostdirektion darstellen, die alle damit zusammenhängenden Arbeiten erledigt. Dadurch erscheint trotz der Vielheit der Flugverkehrsgesellschaften eine vollkommene Einheit in der Postorganisation (Einheitsmarken, Einheitsstarife) gewährleistet.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Deutsche in stiller, mühevoller Arbeit in Kolumbien ein Werk geschaffen haben, wie es einzig in der Welt dasteht. Mit eigenen Mitteln, ohne jede Geldunterstützung seitens der Regierung ist eine Flugpost eingerichtet worden, die vollkommen zuverlässig und regelmäßig arbeitet. Der Flugpostbetrieb der Scadta wird heute schon zum Vorbild bei Einrichtung neuer Flugpostunternehmungen genommen und wird als Musterbetrieb künftig noch stärker wirken zum Besten des gesamten Flugwesens und zum Segen sowohl Kolumbiens als auch des Deutschen.

Kleine Mitteilungen.

Der Erfinder der Schreibmaschine. Nach einer Mitteilung in der »Umschau« hielt man in Dänemark den ehemaligen Kanzleirat Jacob Peters, der vor kurzem in Kopenhagen gestorben ist, für den Erfinder der Schreibmaschine. Durch eine Notiz, die

»Berlingske Tidende« am 18. April 1868 brachte, ließ sich einwandfrei nachgewiesen, daß Peters mit seiner Erfindung zwei Monate vor der ersten amerikanischen Schreibmaschine hervorgetreten sei. Während sein Werk sich die Welt eroberte, habe der geistige Vater keiner

rum davon behalten. Alles, was er aus seiner Erfindung gezogen habe, belief sich auf 300 Kronen, die das Polytechnische Institut in Kopenhagen dem 89jährigen vor ein paar Monaten als Ehrengabe bewilligte.

Hierzu wird der »Umschau« geschrieben:

Im technischen Museum in Wien befindet sich das erste gebrauchsfähige Modell einer Schreibmaschine, die von dem Tiroler Tischler Peter Mitterhofer konstruiert wurde. Mitterhofer, der selbst nicht die Mittel besaß, das Holzmodell seiner Schreibmaschine weiter technisch zu vervollkommen, fuhr zum Kaiser nach Wien und brachte dort eine diesbezügliche Bitte vor. Das Ministerium wurde hierauf vom Kaiser veranlaßt, vom Polytechnischen Institut (heutigen Technischen Hochschule) ein Gutachten über das Modell einzuholen. Dies ereignete sich am 18. Dezember 1866, und erst Ende 1867 wurde vom amerikanischen Mechaniker Charles Glidden, der in Wien am Polytechnischen Institut studiert hatte und hierbei das Modell Mitterhofers kennenlernte, in Amerika die erste praktische Schreibmaschine gebaut. Wenn also der Däne Peters 2 Monate vor dem Amerikaner seine Maschine konstruierte, so war der Südtiroler Mitterhofer tatsächlich der erste Erfinder der Schreibmaschine.

In Meran ist im Museum ein Autogramm Mitterhofers aufbewahrt, das mit folgenden Versen beginnt:

»Schreibmaschinen danken rechtig
Ihren Ursprung in Meran.
Achtzehnhundertvierundsechzig
Sann sie da ein Zimmermann.«

Auf dem Grabstein Mitterhofers in Partschins in Südtirol stehen folgende Worte:

»Die Andren, die von ihm lernten,
Durften des Talent's Früchte ernten.«

Interessant ist auch eine Stelle aus dem Urteil des Gutachtens des Polytechnischen Instituts: »Eine eigentliche Anwendung eines Schreibapparates steht wohl nicht zu erwarten, indem zur Behandlung desselben, selbst wenn mit sehr gemäßigter Geschwindigkeit gearbeitet werden soll, eine nicht geringe und fortgesetzte Übung erforderlich ist und selbst bei ausgebildeter Fertigkeit niemals dieselbe Geschwindigkeit und Sicherheit wie beim gewöhnlichen Schreiben erreicht werden dürfte.«

Mitterhofer erhielt jedoch trotzdem aus Staatsmitteln 50 Gulden, konnte aber infolge Mißgeschicks seine Er-

findung nicht mehr weiter vervollkommen. (Die Umschau 1924, S. 224 und 269/70).

Das größte Flugzeug der Erde ist wohl, wie die »Umschau« mitteilt, das Bombenflugzeug, das Walter G. Parling für amerikanische Heereszwecke gebaut hat. Es ist ein Dreidecker von 37,5 m Spannweite, 20 m Länge und 8,50 m Höhe. Sein ungeheures Gewicht von 20 t hat es bei den Versuchsflügen auf dem Wilbur Wright Flugfeld bei Dayton, Ohio, noch durch Bemannung und Ladung auf 40 t erhöht und mit einer Geschwindigkeit von 150 km in der Stunde durch die Luft geführt. Den Antrieb dazu liefern 6 Liberty-Motore. Voll ausgerüstet soll sich das Flugzeug in ungeminderter Geschwindigkeit 12 Stunden in der Luft halten können. (Die Umschau 1924, S. 286.)

Heuschreckenschwärme als Verkehrs-
hinderer. Schon im alten Testament spielten die Heuschrecken, die in gewaltigen Schwärmen »die Sonne verdunkelten«, eine Rolle, und noch heute sind sie in den tropischen Ländern des afrikanischen Erdteils die Ursache steter Sorge für die Landwirtschaft. Sie behindern selbst den Eisenbahnverkehr stark und müssen, wie die »Railway Gazette« mitteilt, in Südafrika sogar als Gefahrenquelle gelten. In vielen Fällen haben sich ganze Schwärme an den Rädern von Lokomotiven und Wagen festgesetzt und, obgleich Tausende zermalmt worden sind, den Zug zum Stehen gebracht. Erhebliche Verspätungen von Personen-, Post- und Güterzügen sind hierdurch herbeigeführt. Die Verwaltung der südafrikanischen Bahnen mußte schließlich Maßregeln zur Abstellung des Übels ergreifen. Einige Diesellokomotiven von der Form eines Motorschienenwagens wurden mit einem Luftkompressor ausgerüstet; die erzeugte Druckluft spritzt einen Strahl von gelösten Arsenkalzen vorn und seitlich über den Bahndamm. Auf diese Weise sollen die Heuschrecken fortgeblasen und gleichzeitig auch Brut und Eier vernichtet werden. Mit dem Erfolg dieser Kriegsführung ist man nach »VDZ-Nachrichten« sehr zufrieden. Zur Abgabe von täglichen Berichten ist der Arbeitswagen mit einer Fernsprechanlage versehen, so daß er mit den Stationen eines Bahnabschnitts in dauernder Verbindung steht und auch sofort dorthin geschickt werden kann, wo ein neuer Heuschreckenschwarm niedergegangen ist. (Die Umschau 1924, S. 285/86.)

Schriftwerke.

Hanns Günther, *Taten der Technik. Ein Buch unserer Zeit.* Mit Beiträgen von Arthur Fürst, Dipl.-Ing. E. Lastwig, Dr. L. Richter u. a. In 20 Lieferungen mit 20 farbigen Tafeln, 40 ganzseitigen Porträtts und über 500 teils ganzseitigen Bildern im Text. Rascher & Co., M. G., Leipzig. Die jetzt vorliegenden Lieferungen 11 bis 15, die die fünfte Hälfte des II. Bandes bilden, bestätigen nach Inhalt und Ausstattung das beim Erscheinen des I. Bandes (vgl. Archiv 1923, S. 190) ausgesprochene günstige Urteil. Der Aufsatz »Die Maschine als Erzieher« von H. Stern tritt der oft gehörten Behauptung, daß die Maschinenarbeit abstumpfe, in gehaltvollen Ausführungen entgegen und zeigt, daß dem Industriearbeiter durch die Massenproduktion und durch den Rhythmus der Arbeit der Sinn für Verantwortung, Genauigkeit, Selbstdiszi-

plin anerzogen wird, und daß sich ihm über die Stufe des Gruppenführers oder Einrichters und des Meisters im Zusammenhang mit den so vielfach gebotenen Bildungsmöglichkeiten der Weg zum Aufstieg öffne. Wie er sich dazu stellt, das ist sein Schicksal. »Die Eroberung der Luft« von Dr. Ing. Schuster bietet uns auf rund 100 Seiten mit zahlreichen Abbildungen eine eingehende entwicklungsgeschichtliche Darstellung des gesamten Luftfahrwesens. Verfasser zeigt an der Hand der Erfahrungstatsachen bei ausgiebigem Zurückgreifen auf die Theorie die gewaltige schöpferische Arbeit Deutschlands und des Auslands an dem Werden der zahlreichen Formen der Luftschiffe und Flugzeuge und ihrer Zubehörteile, namentlich der Kraftmaschinen, und kennzeichnet die Verdienste der Pioniere wie Lilienthal, Parseval, Graf Zeppelin, Prantl, Schütte, Gebr. Wright usw. Ein

solcher Aufsatz bringt zum Bewußtsein, was uns der Friedensvertrag von Versailles durch die Lahmlegung der Fortentwicklung auf diesem Gebiet angetan hat.

Der folgende Aufsatz »Die eisernen Hände« vom Herausgeber behandelt den Magnetismus im Dienste der Industrie und des Verkehrs und beschreibt den in Aufzügen und Kranen hängenden runden oder rechteckigen, mit starken Hubkräften ausgestatteten Hebemagneten beim Transport großer Eisen- und Stahllasten von Schrot, Altisen und Gußstücken in den Stahlwerken und Eisenhütten, beim Entladen der Eisenbahnwagen und Lössen der Schiffe, beim Zertrümmern der sperrigen Stücke in den Schrotlagern (indem der Magnet nach Ausschaltung des Stroms eine viele Zentner schwere Kugel darauf fallen läßt). Ferner wird die Wirksamkeit des Magneten bei der Reinigung des Formandes von Gußspritzern, bei der Enteisung von Massengütern, bei Reinigung der Erzeugnisse in den chemischen Fabriken, Bricketwerken, Mühlen, Porzellan-, Papier- und Zuckerfabriken von metallischen Beimengungen, bei der Erzaufbereitung, in der magnetischen Kuppelung von Wellen, im magnetischen Aufspannapparat und in der magnetischen Schienenbremse besprochen.

Der Abschnitt »Im Reiche der Radiotechnik« endlich hat Streifzüge durch das Gebiet der elektrischen Wellen, u. a. die Einrichtungen unserer Großfunkstationen und die Vorgänge beim drahtlosen Telegraphieren, zum Inhalt.

Die durchweg lebensvollen Darstellungen werden den Fachmann wie den Laien fesseln.

Otto Hübners Geographisch-Statistische Tabellen aller Länder der Erde. 67. Jahrgang, 1924, neu bearbeitet und abgeschlossen im Dezember 1923 vom Prof. Dr. Eugen Würzburger und Dr. Walter Grävell. 164 Seiten. Preis geb. 4,20 Goldm. Verlag von L. W. Seidel & Sohn in Wien.

Nach dreijähriger Pause ist soeben eine neue, die 67. Ausgabe der weitverbreiteten Hübnerschen Tabellen erschienen. Die mit Ende Dezember 1923 abgeschlossene Bearbeitung hat gegenüber der letzten Ausgabe, die Ende 1920 erschien, an systematischer Übersichtlichkeit gewonnen und zeigt, welche grundlegenden Änderungen und Umgestaltungen die Verhältnisse in den einzelnen Ländern seitdem erfahren haben. Infolge der allgemeinen Zerrüttung der Verhältnisse und der Währungsverhältnisse war es leider nicht mehr möglich, die Wert- und Preisangaben, wie bisher, allgemein in Mark auszudrücken; sie sind in der neuen Ausgabe durchweg in den betreffenden Landeswährungen angegeben worden. Dies hat den Nachteil, daß die Angaben der verschiedenen Länder nicht mehr miteinander verglichen werden können. Gleichwohl ist das Gebotene von hohem Werte; die Tabellen geben ein Bild, das tatsächlich dem letzten Stande der Dinge auf allen Gebieten und in allen Ländern der Welt entspricht. Der Gesamthalt ist in zwei Hauptabteilungen: 1. Bevölkerungsstatistik, 2. Finanzwesen, Handel und Verkehr zusammengefaßt; in einem Anhang werden außerdem noch Angaben über Flächeninhalt, Spezialhandel, Anbaufläche, Gewinnung von Körnerfrüchten und Kartoffeln, Viehbestand, Zuckerzeugung und -verbrauch, Förderung von Kohlen und der wichtigsten Erze, Gewinnung von Kautschuk und Baumwolle, Handelsflotten, Kreditwesen, Münzen, Maße usw. gebracht. Das handliche Werkchen wird daher in der vorliegenden Neubearbeitung mit seinen vielen wertvollen Angaben nicht nur den öffentlichen und pri-

vaten Büchereien, sondern auch Statistikern, Geographen, Schriftleitungen und Lesern von Zeitungen sehr willkommen sein.

Deutsches Beamten-Taschenbuch mit Überblick von Reichsminister Dr. Höfle, als Band 3 der Beamten- und Verwaltungs-Bücherei herausgegeben von der Geschäftsstelle des Deutschen Beamten-Archivs. 3. verbesserte Auflage 1924. 336 Seiten. Preis geb. 3,50 Goldmark. Wirtschaftsverlag Arthur Sudau, G. m. b. H. in Berlin SW 48, Wilhelmstr. 40a.

Durch die große Zahl der seit 1918 erlassenen Geseke Verordnungen und Einzelbestimmungen, die zum Teil eine vollständige Neuregelung der Beamtenverhältnisse herbeigeführt haben, ist der Überblick über die Entwicklung der deutschen Beamenschaft in standes- und gewerkschaftspolitischer Beziehung und über das Verhältnis zwischen Beamtentum und Reich und Staat sehr erschwert. Hierin schafft das in handlichem Taschenformat herausgegebene »Beamtent-Taschenbuch« Abhilfe; es ist daher geeignet, eine fühlbare Lücke auf dem Büchermarkt auszufüllen. Der reiche Inhalt des Werkes, in dem alle bis Ende April 1924 eingetretenen Änderungen berücksichtigt sind, ist in drei Hauptabteilungen gegliedert. Teil I »Organisationen in Beamtenangelegenheiten« bringt eine Darstellung der Organisationen für Beamtenfragen in den Parlamenten, der Spitzenbehörden in Beamtenangelegenheiten, der Organisationen der Beamtenverbände mit ihren Zielen und den angeschlossenen Fachvereinen der Beamtenwirtschaftsorganisationen und ihrer Ziele der Beamtenhochschulen und der gemischten Verbände. Im Teil II »Beamtenrechtsverhältnisse« werden u. a. behandelt: Beamteneigenschaft, Anstellung, Zulassung und Befähigung, Bildungsgang und Prüfung, Pflichten, Amtshandlung, Dienstleid, Krankheit, Urlaub, Nebenamt und Nebenbeschäftigung, Bestechung, Petitionsrecht, Wohnungsfürsorge, Haftpflicht, Disziplinarwesen. Aus dem Teil III »Vermögensrechtliche Verhältnisse der Beamten« seien als wichtigste der behandelten Stoffgebiete genannt: Befoldungsbestimmungen, Dienstalter, Zulagen, Entwicklung der Ortszuschläge, Dienstwohnungen, Frauen- und Kinderzuschläge, Diätensätze, Dienstaufwandsentschädigungen, Personalabbauverordnung, Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge, Reisekosten und Beschäftigungstagegelder, Umzugskosten, Steuerabzug vom Arbeitslohn. Außerdem bringt ein Anhang — im Inhaltsverzeichnis nicht zutreffend als Teil IV bezeichnet — außer Geschäftsanzeigen eine Zusammenstellung empfehlenswerter Bücher und ein die Benutzung des Taschenbuchs erleichterndes Schlagwortverzeichnis. Anzuerkennen ist die zweckmäßige und übersichtliche Anordnung des umfangreichen Inhalts, die es ermöglicht, sich schnell über alle Beamtenfragen zu unterrichten.

Nachweis

von Aufsätzen und Mitteilungen über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums.

(Januar bis März 1924)

A. Liste der Zeitschriften.

Enthalten im Archiv 1924, S. 25.

Nachtrag:

29a. Illustrierte Radio-Zeitung. München.

B. Nachweis der Aufsätze usw.¹⁾

I. Gemeinsame Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens.

- Allgemeines. Der Beamtenabbau 11. 5.
 — Betriebsführung, privatwirtschaftliche . . ., von Dr. Fischer 13. 27.
 — Kurzschrift 50. Jahrg. 3 S. 63.
 — Die Streik- und Ausstandsbeziehung im Handels- und Verkehrsgewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Schifffahrt in den modernen Kulturstaaten im 2. Halbjahr 1923, von Göhring 27. 171.
 — Windfangwirkungen an Gebäuden, von Dr.-Ing. Sonntag, Regierungsbaumeister a. D. 69. 57. 80, 14. Beil. (Konstruktion und Bauausführung usw.) 38. 43.
 — Zeitungsdruck der Zukunft, von Hansen 52. 5.
 — Zentralheizungen 25. 9.

- Deutschland. Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Betriebsräteverordnung und zum Beamtenräteerlaß zwecks Herabminderung des Personalaufwandes (Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 20. Dezember 1923) 43. Abt. A Jahrg. 1923 S. 449.
 — Der Arbeitsgerichtsgeheimtours 11. 18.
 — Arbeitstag, der achttündige . . . 16. 70.
 — Arbeitszeit, die Neuordnung der . . . bei der Deutschen Reichsbahn, von Dr. Fromm, Oberregierungsrat 68. 101.
 — Die Ausgabeninitiative des Parlaments in ihrer Entwicklung und Geltung, von Dr. jur. et phil. Braun 7. R. F. Bd. 6 S. 42.
 — Baubeamter oder Baukünstler?, von Gurlitt 14. 47. 87.
 — Bayern und die Reichseisenbahnen (Denkschrift, Postverhältnisse) 68. 51.
 — Beamtenabbau und Justiz, von Dr. Lehmann, Landgerichtsrat 15. 23.
 — Die Beamtenbankebewegung 12. 115.
 — Beamtenbezüge, Erhöhung der . . . 17. 73, 18. Jahrg. 4 S. 297, 16. 141, 10. 45.
 — Die Beamtenbildungsfrage im allgemeinen, von Scharringhausen, Oberpostinspektor 11. 41, 64, 17. 2.
 — Beamteneigenschaft im Sinne der Staatshaftungsgesetze (Entsch. des RG vom 16. November 1923) 41. Beil. Nr. 265.
 — Ein Beamten-Landabfindungsgesetz 16. 28.
 — Beamtenrecht. Ein Postanwärter, der vom Truppenteil zur Probefriedenleistung im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Zivildienstentkommens (Entsch. des RG vom 9. Oktober 1923) 9. 23.
 — Beamtenrecht. Ein Verschulden des Beamten pflegt das RG in ständiger Rechtsprechung zu verneinen, wenn es zwar selbst die Handlung des Beamten für objektiv unrechtmäßig und deshalb auch objektiv pflichtwidrig erachtet, das LG oder OLG aber seine Handlung für objektiv berechtigt erklärt hat (Entsch. des RG vom 23. März 1923) 41. Beil. Nr. 123.
 — Beamtenrecht. Endet das Beamtenverhältnis während eines Zeitabschnitts, für den das Gehalt im voraus gezahlt worden ist, auf andere Weise als durch den Tod des Beamten, so erwächst dem Staate ein im öffentlichen Rechte wurzelnder Rückforderungsanspruch auf den entsprechenden Teil der im voraus entrichteten Befolgung (Entsch. des RG vom 12. Juni 1923) 41. Beil. Nr. 286, 39. 67.
 — Ein Beamter, der aus dem Reichsdienst beurlaubt ist, bleibt auch während der Zeit der Beurlaubung der Dienststrafgewalt des Reichs unterworfen, er muß den vorgeschriebenen Dienstfeld leisten (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs vom 4. Dezember 1923) 17. 70.
 — Beamter, ein . . . hat auch bei Betätigung seiner verfassungsmäßigen Rechte die durch seine Beamtenstellung gebotene Zurückhaltung zu wahren (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs vom 6. November 1923) 17. 77, 8. 363.
 — Keine Befreiung eines Militärrentenempfängers (Postaus Helfers) von der Versicherungspflicht nach dem Angestellten-Versicherungsgesetz (Entsch. des RVA vom 6. Oktober 1923) 6. 54, 1. 15.
 — Belastung, hypothekarische . . . von Eisenbahn und Post 68. 55.

- Deutschland. Betriebsführung, wissenschaftliche . . . im Eisenbahnbetrieb, von Dr.-Ing. Pirath, Regierungsbaurat 8. 260.
 — Die Beweisaufnahme im förmlichen Disziplinarverfahren gegen Reichsbeamte, von Reßler, Oberpostinspektor 17. Jahrg. 1923 S. 374.
 — Denkschrift, die bayerische . . . und der Unitarismus, von Koch, Reichsminister a. D. und R. d. R. 15. 73.
 — »Diätar« und »außerplanmäßiger Beamter«, Begriffe 18. Jahrg. 4 S. 247.
 — Diebstahlsbekämpfung, der Abbau der Überwachungsabteilungen und die Zukunft der eisenbahnsachlichen . . ., von Dr. Schmidt, Regierungsassessor 68. 105.
 — Dienstdauervorschriften, Änderung der . . . bei der Reichsbahn 43. Abt. A 7, 68. 65.
 — Dienstkleidung und Abbau (bei der Eisenbahn), von Amman, Geh. Regierungsrat 68. 125. 209.
 — Dienstreisen im Amtsbezirk, Entschädigung für . . . 2. 9.
 — Dienststrafverfahren 54. 20.
 — Dienstvergehen, ungeziemende Äußerungen eines Beamten über Vorgesetzte (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs zu Leipzig vom 6. November 1923) 68. 158.
 — Dienstwohnungen, Räumung von . . . (Entsch. des RG vom 17. Juni 1923) 17. 33, 16. 104.
 — Dienstwohnungsbestimmungen (Größe der Dienstwohnungen usw.), Bf des Reichsministers der Finanzen vom 31. Dezember 1923 2. 3, 18. Jahrg. 4 S. 163.
 — Disziplinarrecht. Wird ein Reichsbeamter auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt, so wird die Beendigung des Dienstverhältnisses durch die einseitige Willenserklärung der Behörde herbeigeführt. Bis zum tatsächlichen Ausscheiden aus dem Dienst untersteht der Beamte der Disziplinargewalt des Reichs (Entsch. des Disziplinarhofs vom 8. Oktober 1923) 8. 173, 17. 77.
 — Disziplinarverfahren, nach Verhängung einer Ordnungsstrafe kann wegen derselben Verfehlung ein förmliches . . . nicht mehr eingeleitet werden (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs vom 13. Februar 1922) 17. 11.
 — Eignungsprüfung, psychotechnische . . . bei der Schupo, von Dr. Schulte 52. 10.
 — Entfernung vom Amte, unerlaubte . . . (Entsch. des Disziplinarhofs vom 15. Oktober 1923) 18. Jahrg. 4 S. 256.
 — Erholungsurlaub, die Kosten eines . . . dürfen grundsätzlich nicht vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden (Entsch. des RVS vom 20. September 1923) 15. 146, 18. Jahrg. 4 S. 205.
 — Die Ermächtigungsgesetze, von Prof. Dr. Triefel, Geh. Justizrat 15. 2.
 — Die Fortbildung der Postbeamtenschaft und die Verwaltungsakademie Berlin, von Dr. Lünsmann, Oberpostrat 11. 36.
 — Gelbaufwertung, Höhe und Maß der . . . nach der Rechtsprechung des Kammergerichts, von Holland, Landrichter 15. 112.
 — Geldstrafe, zum Begriff . . . im Sinne des § 75 des Reichsbeamtengesetzes 11. 87.
 — Gewerkschaftsbewegung und Staatsgedanke (Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses) 18. Jahrg. 4 S. 188.
 — Hoheitszeichen an Dienstgebäuden 43. Abt. A 84.
 — Kleiderkassenordnung der Reichszollverwaltung 2. Jahrg. 1923 S. 491.
 — Kleinwohnungsbau, neue Wege zum . . ., von Prof. Dr. Albrecht (Baugenossenschaften) 67. 38.
 — Die Krankenversicherung der Beamten, von Kleis, Bürgermeister 6. 112.
 — Krankheitsfälle von Beamten, Richtlinien über die Vorlage von ärztlichen Zeugnissen in . . . 42. 101, 34. 51.
 — Kündigungsschutz aus § 96 des Betriebsrätegesetzes 17. 33.
 — Laufbahn der Werkmeister und Werführer elektrotechnischer und wärmetechnischer Fachrichtung sowie für Gas- und Wasserwerke bei der Reichsbahn (Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 3. Januar 1924) 43. Abt. A 1.
 — »Mark gleich Mark« im Beamtenrecht?, von Prof. Dr. jur. Giese 7. R. F. Bd. 6 S. 28.
 — Meinungsäußerungsfreiheit und Beamtenrecht, von Dr. jur. et rer. pol. Verbier, Regierungsrat 1. Klasse und Privatdozent 7. R. F. Bd. 6 S. 1.
 — Die Neuordnung der Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure und ihre Anerkennung durch die Reichsbehörden 14. 7.

¹⁾ Die fett gedruckten Zahlen bezeichnen die Zeitschriften in der Liste unter A, die danebenstehenden Zahlen die Seiten.

Deutschland. Die Normung in der Papierindustrie 37. Jahrg. 1923 S. 19, 17, 67.

- Postfinanzgesetz 39, 20, 27, 55, 16, 33, 46, 125, 40, 22, 33, 49, 75, 54, 19, 29, 13, 15, 10, 21, 61, 6, 45, 160, 18. Jahrg. 4 S. 298, 9, 16, 17, 81.
- Postrefklame, die Umstellung der . . . (Deutsche Reichs-Postrefklame G. m. b. H.) 17, 65, 16, 145.
- Post und Reichsfinanzen, von Uhlenwoldt, Oberpostmeister 16, 37.
- Presse, Berichtigungsverlangen an die . . . 17, 38.
- Psychotechnik bei der Reichsbahn 69, 107.
- Rechtslage, zur . . . infolge des Ärztestreiks, von Hahn, Geh. Justizrat 6, 61.
- Die Rechtsverhältnisse der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Reichsbeamten (Bartegeldempfänger), von Kehler, Oberpostinspektor 17, 43.
- Rechtsweg für vermögensrechtliche Ansprüche eines Reichsbeamten 16, 135.
- Regelung der dienstlichen Tätigkeit eines Beamten durch die Behörde (eine Nachprüfung der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Anordnungen steht dem Verwaltungsrichter nicht zu, Entsch. des Preuß. OVG vom 20. Februar 1912) 18, Jahrg. 4 S. 255.
- Reichsbahn, die Deutsche . . . nach der Verordnung vom 12. Februar 1924, von Dr. Eitmann, Gerichtsassessor 68, 141.
- Reichsbeamtengesetz vom 31. März 1873 in der Fassung vom 18. Mai 1907 18, Jahrg. 4 S. 315.
- Reichsfinanzen, die Entwicklung der . . . 60. Jahrg. 1923 S. 763.
- Die Reichsfinanzen seit der Stabilisierung 59, 171, 60, 119.
- Reichshaushaltsgesetze, Ansprüche aus den . . . die Gesetze wegen Feststellung des Reichshaushalts gewähren den Beamten keinen Anspruch auf den Bezug der darin ausgeworfenen Gehälter 18, Jahrg. 4 S. 150.
- Reichsversicherungsordnung, Versicherungsberechtigung von Beamten, die nach § 169 der . . . versicherungsfrei sind 6, 44.
- Reinmachfrauen, die Pflicht, seine Räume in gefahrlosem Zustand zu erhalten, liegt dem Dienstherrn auch . . . gegenüber ob. Der Dienstherr haftet aber nicht für solche Versehen einer Reinmachfrau, durch die diese bei Gelegenheit ihrer Arbeit eine andere Reinmachfrau schädigt (Entsch. des RG vom 13. Februar 1923) 41, Beil. Nr. 13.
- Sachschäden, Niedererschlagung von Forderungen gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter auf Ersatz von . . . (Bf. des Reichsministers der Finanzen vom 14. Januar 1924) 2, 9, 18, Jahrg. 4 S. 203.
- Schadensersatzansprüche, Beschränkung der . . . der Beamten, Angestellten und Arbeiter wegen verzögerter Auszahlung von Dienstbezügen 41, 24, 11, 74.
- Schornsteingebühren, Verbilligung der . . . Aufhebung des Mehrzwanges 25, 10.
- Steuerausgleich vom Arbeitslohn, Durchführungsbestimmungen über den . . . vom 20. Dezember 1923 42, Jahrg. 1923 S. 2022.
- Tariffpolitik der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung, von Palm, Oberpostsekretär 39, 61.
- Die Umwandlung der Deutschen Reichsbahn, von Dr. Carter, Geh. Reg.-Rat 8, 201.
- Ein Unfall, den ein Beamter auf dem Wege nach der Dienststelle erleidet, ist kein im Dienst erlittener Betriebsunfall im Sinne von § 1 Abs. 1 des Reichsbeamtenunfallfürsorgegesetzes vom 18. Juni 1901 (Entsch. des RG vom 19. Juni 1922) 17, 23, 16, 135.
- Unfall. Kann der Postfiskus wegen des Unfalls eines Postbeamten einen Anspruch aus § 12 des Unfallfürsorgegesetzes gegen den aus § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes Verpflichteten auch dann geltend machen, wenn der Unfall allein durch das Verschulden eines anderen Postangestellten verursacht ist? (Entsch. des RG vom 27. September/25. Oktober 1923) 41, Beil. Nr. 69.
- Unfallneurosen, die Behandlung der . . . im Zivilprozeß, von Dr. Zimmermann, Amtsgerichtsrat 68, 161.
- Verfolgung strafbarer Handlungen im Postbetrieb, Bf. des preuß. Ministers des Innern vom 26. Februar 1924 (Zusammenwirken der Polizei mit den Untersuchungsorganen der Postbehörde) 36, 223.
- Verfindung, Art der . . . von Rechtsverordnungen (Entsch. des RVA vom 22. September 1923) 6, 66.
- Das Verordnungsrecht und die neuen Verfassungen, von Schoen 7, N. F. Bd. 6 S. 133

Deutschland. Ver selbstständigung der Reichsbahn und Reichspost von Dr. van der Borcht Präsident a. D. 15, 191, 203.

- Versicherung, Grundsätze über die . . . des Reichs gegen Schäden aller Art (Versicherung gegen Feuergefahr und Verendung von Wertgegenständen durch die Post und Angabe des richtigen Werts) 28, 21.
- Versicherungswesen. Beamtenrecht, Beamten-, freies Angestellten-Verhältnis oder was sonst? 31, 3.
- Versicherungswesen. Die Postbeamten des mittleren Dienstes denen im Erkrankungsfalle die im § 169 Abs. 1 der RV vorausgesetzten Ansprüche gewährleistet sind, sind rechtmäßig, der Krankenversicherung nach § 176 der RV freiwillig beizutreten, wenn nicht ihr jährliches Gesamteinkommen die dort vorgesehene Grenze überschreitet 1, 3.
- Versicherungswesen. Ein Krankenversicherungsberechtigt darf nur der Kasse beitreten, der er anzugehören hätte, wenn er versicherungspflichtig wäre 1, 31.
- Versorgungsgebühren, das Unrecht der Kürzung der . . . 15, 215.
- Versorgungsverfahren, Ersparnisse im . . . von Dr. Kurth, Regierungsrat 6, 77.
- Wirtschaftliche Tätigkeit der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung 16, 26, 45, 100.
- Wohnungswirtschaft, Vorschläge zur Umstellung der . . . von Elkart, Städtebaudirektor 63, 18.
- Zeitstudien bei der Reichsbahn 68, 126.
- Würtemberg. Personalabbaureform und Staatsvertrag 61, 3.
- Frankreich.** Finanz- und Verwaltungsreform der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe, von Combes, Generalsekretär 30, Bd. 1 S. 307, 17, 50, 16, 145.
- Luxemburg.** Der Disziplinarrat der Post- und Telegraphenverwaltung. 53, 25.
- Österreich.** Krankenversicherung der Bundesangestellten Österreich, von Schernhammer, Vizepräsident 30, Bd. 1 S. 310.
- Personalabbau bis Ende 1923 17, 29.
- Amerika.** Vereinigte Staaten von Amerika. Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und Streikrecht bei den Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten von Amerika 8, 352.

II. Postwesen.

Allgemeines. Beraubung von Auslandsbriefen 55, 46, 16, 17, 26, 37, 50.

- Bleifließ, Verschluß der Briefbeutel durch . . . 53, 41.
- Briefmarken, Statistik der im Jahre 1923 erschienenen . . . von Lindenberg, Oberlandesgerichtspräsident a. D. 17, 2.
- Briefpostsendungen, mechanische Vorrichtungen für die Behandlung und Bearbeitung der . . . 53, 37.
- Durchgangsverkehr, privilegierter . . . zwischen Polen, Oberschlesien und dem übrigen Polen durch Deutsch-Oberschlesien 17, 8.
- Der Flug über den Pol, von Dr. Stolberg 52, 157.
- Motorflugzeug, die Entwicklung des . . . von Dr.-Ing. v. Langsdorff 52, Jahrg. 1923 S. 823.
- Nachnahmeverkehr mit dem Ausland, Haftung im . . . 17, 2.
- Der Tunnel unter dem Armeikanal 68, 137.
- Wetterdienst und seine Bedeutung für den Luftverkehr 27, 308.

Deutschland. Ablieferung, Begriff der . . . im Eisenbahnverkehr die Post als Erfüllungsgehilfin der Eisenbahn (Entsch. des RG vom 28. November 1923) 41, Beil. Nr. 225.

- Auszahlung von nicht gedeckten Postanweisungen und Postwechseln, Haftpflicht 55, 48.
- Briefmarken, Siegel u. dgl., Verbot der Entfernung von . . . aus Akten der Behörden, Bf. des preuß. Justizministers vom 14. Januar 1924 33, 24, 35, 30.
- Freigebühren im Auslandspostverkehr 55, 49.
- Haftpflicht im Kraftfahrzeugbetrieb 17, 3.
- Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes bei einem Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Postwagen, Mitverschulden des Postfiskus (Entsch. des RG vom 25. Oktober 1923) 9, 30.
- Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes Verbindung mit Artikel 8 Eisenbahnpostgesetzes, wenn Postbeamter während seines Überlagers vorzeitig den Bahnpostwagen aufgesucht und bei einem Zusammenstoß des Postwagens mit einem abfahrenden Zuge einen Unfall erlitten hat (Entsch. des RG vom 15. Januar 1923) 9, 30.

- Entschland.** Haftung, seine erweiterte . . . der Post bei Beamtenverschulden (eine durch Streif der Postbeamten verzögerte Herausgabe eines Pakets, Postgesetz), Entsch. des RG vom 1. Juni 1923 15. 142, 17. 85.
- Rassenbeamte, Verlustentschädigungen für . . . sowie für Vollziehungs- (Vollstreckungs-) Beamte und Angestellte der Reichsfinanzverwaltung vom 1. April 1923 ab, Bf des Reichsministers der Finanzen vom 26. Januar 1924 2. 13.
- Rassenminderbeträge, Haftung des Schalterbeamten für . . . 17. 85.
- Kraftpostlinien unterliegen nicht der landesbehördlichen Genehmigung 17. 51.
- Landbestellung. Inwieweit haftet die Post für Wertsendungen usw., die den Landbriefträgern zur Ablieferung an die Postanstalt mitgegeben werden? 17. 4, 55, 6.
- Nachrichtenwesen. Regensburger Handels- und Nachrichtenverkehr im Ausgang des Mittelalters, von Korzendorfer, Oberregierungsrat 9. Jahrg. 1923 S. 467.
- Posteinlieferungscheine, Beweiskraft von . . . 55. 49, 39, 36.
- Postfuhramt, 50 Jahre . . . in Berlin 17. 31, 16. 70.
- Postgebühren, die wertbeständigen . . . 60. Jahrg. 1923 S. 721.
- Das Postgebührenwesen nach dem 1. April 1923, von Pfefferkorn, Postrat 9. 1.
- Postgesetz. Keine Ersatzpflicht der Postverwaltung für einen beschädigten Wertbrief, falls die Postverwaltung beweist, daß in dem Briefe bereits bei dessen Einlieferung zur Post der angegebene Wert nicht enthalten war (Entsch. des OLG Hamm vom 5. Dezember 1921) 17. 4.
- Postgesetz. Keine Ersatzpflicht der Postverwaltung, wenn nicht bewiesen ist, daß ein Paket bei der Einlieferung den vermischten Inhalt gehabt hat (Entsch. des AG Stettin vom 10. November 1921) 17. 10.
- Postscheckverkehr. Gewahrsam, Postschecksortierung (Entsch. des RG vom 11. Juli 1923) 41. Beil. Nr. 1486, 18. Jahrg. 4 S. 207.
- Rente, durch einen Postbeamten irrtümlich zuviel gezahlte . . . (dem Empfänger konnte eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden, der für den Schaden haftende Beamte daher seine Ansprüche gegen ihn nur mit Zivilklage verfolgen) 17. 85.
- Scheckbetrug, nur der rechtmäßige Scheckinhaber hat Anspruch auf Auszahlung (Entsch. des RG vom 24. September 1923) 41. Beil. Nr. 1488.
- Straßenbahnpostverkehr, sieben Jahre . . . in Berlin 17. 20.
- Die Währungsfrage bei Schadensersatzansprüchen gegen die Eisenbahn (Entsch. des RG vom 17. November 1923) 68. 237.
- Die Währungsreform 60. Jahrg. 1923 S. 705.
- Änemark.** Das dänische Postwesen 1922/23 53. 33.
- italien.** Das Verwaltungsgebäude der italienischen Postsparkasse 53. 4.
- orwegen.** Das norwegische Postwesen 1922 53. 17.
- schwed.** Automobil im Wettbewerb mit Eisenbahn (Postautoverkehr) 68. 175, 17. 78.
- Der Postdienst im Jahre 1922 53. 7.
- schweiz.** Frankierstempelmaschinen 53. 21.
- afrika.** Ein amtliches Programm für die Sahara-Eisenbahn, von Prof. Walzer, Geh. Oberbaurat 14. Beil. (Konstruktion und Bauausführung usw.) 12, 8. 162.
- amerika.** Vereinigte Staaten von Amerika. Schiffsahrtsubventionen 27. 151.
- sien.** China. Postsparkassen 53. 44.

III. Telegraphen- und Fernsprechwesen.

Mit Ausnahme des drahtlosen Telegraphierens und Fernsprechens (s. unter IV))

- Allgemeines.** Die Abschaltung der I. und II. Vornähler in selbsttätigen Fernsprechvermittlungsstellen, von Raettig, Postassessor 51. 3.
- Die Bauart und technischen Eigenschaften der Fernkabel, von Dohmen, Postrat 21. 89.
- Belastung, die zulässige . . . von Kabeln bei intermittierendem oder fluktuierendem Betrieb 21. 100.
- Berechnung der Wählerzahl in selbsttätigen Fernsprechämtern, von Vanger, Oberingenieur 21. 203.
- Eigenschaften, die elektrischen . . . der Fernsprechleitungen, von Feist, Postrat 50. Jahrg. 3 S. 55.
- Einschwingvorgänge, Echoeffekt und Temperatureinflüsse beim Fernsprechen über lange Pupinkabel, von Rüpfmüller 51. Jahrg. 1923 S. 53.

- Allgemeines.** Entwicklung der deutschen Fernkabel, über die neueste . . ., von Dr.-Ing. Schürer, Oberingenieur 21. 119.
- Farben, Elektrizität leitende . . ., von v. Hassel 52. 111.
- Fehlerortsbestimmung für einadrige Seekabel bei Nebenschluß ohne Bruch der Ader 21. 281.
- Das Fernsprechen auf weite Entfernung, von Dr.-Ing. e. h. Dr. Wagner, Präsident des Telegraphentechnischen Reichsamts 21. 1. 25.
- Fernsprechmaschinen, von Ziala 52. 112.
- Das Fernsprech-Übertragungsmaß, über . . ., von Prof. Dr. Breisig, Ministerialrat 21. 74.
- Fernsprechverkehr Hamburg-London, Pläne und Aussichten für den . . . 17. 75.
- Geräte, neuere . . . für Wechselstrommessungen an Fernsprechleitungen, von Kaparek 51. Jahrg. 1923 S. 47. 61.
- Grundbetrachtungen, physikalisch-technische . . . und Erläuterungen zum Hochfrequenzfernsprechen auf Drähten, von Schulz, Postrat 51. Jahrg. 1923 S. 45.
- Holzimprägnierung, zur neueren Entwicklung der . . . mit wasserlöslichen Stoffen 25. 69.
- Imprägnierungsverfahren, neues . . . mit Bleiweiß 32. Jahrg. 1923 S. 241.
- Indc-Linie, Wiederaufbau der . . . in Rußland 17. 87.
- Kupferproduktion und Kupfermarkt 59. 262.
- Mehrfach-Telephonie und -Telegraphie längs Leitungen, von Muth 49. Jahrg. 6 Heft 34/35 S. 27.
- Pupinspulen, die Entwicklung der . . ., von Hörning, Oberingenieur 21. 180.
- Reis, Johann Philipp . . . 17. 22.
- Sprachübertragung in langen Fernkabelleitungen, von Höpfer, Oberpostrat und Pohlmann, Oberingenieur 21. 135.
- Der Spritzguß, seine Herstellung und Verwendung im Fernsprechapparatbau, von Dipl.-Ing. Görsdorf, Postassessor 51. 14.
- Die Unfallgefahr im Fernsprechbetrieb 54. 55.
- Verfahren zur Vermindeung der Induktionsstörungen in Mehrfachfernsprechkabeln, von Dr.-Ing. Engelhardt 22. Heft 5 S. 22.
- Verstärkeramt, innere Einrichtung eines . . ., von Höpfer, Oberpostrat und Stödel, Postdirektor 21. 156.
- Vorschläge der Pariser Tagung westeuropäischer Fernsprechtechniker (März 1923) 22. Heft 5 S. 3.
- Winddruck, über den . . . auf Freileitungen, von Winnig 51. 1.
- Die Wünschelrute bei Kabelschäden 52. 151.
- Zähne, mit den . . . hören, von Dr. Becker (Einrichtung, um Schwerhörigen Gehöreindrücke zu vermitteln) 52. 78.

Deutschland. Die Aussichten der leitungsgerichteten Hochfrequenztelephonie und -telegraphie in Deutschland, von Fiedler 51. 5.

- Brandgefahr in Fernsprech-Vermittlungsämtern, Versuche mit Löschmitteln, insbesondere Tetrachlorkohlenstoff, zum Ablösen von Entstehungsbränden in ihnen und die bei der Reichs-Telegraphenverwaltung eingeführten Feuerlöscher, von Ruhn, Postrat 50. Jahrg. 3 S. 60. 73. 129.
- Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Verstärkertechnik in Deutschland, von Höpfer, Oberpostrat 21. 109.
- Deutsches Fernkabelnetz, Fernkabel Hamburg-München 17. 27. 70, 21. 102.
- Fernsprechgebühren, Einziehung der . . . 17. 49.
- Keine Haftung der Telegraphenverwaltung für falsche Auskunft am Schalter (Entsch. des OLG I Berlin vom 15. Januar 1923) 9. 36.
- Keine Haftung der Telegraphenverwaltung für Fehler der Telegrammbeförderung (doppelte Zustellung von Telegrammen, Entsch. des RG vom 26. Oktober 1923) 9. 32, 55. 49.
- Keine Haftung der Telegraphenverwaltung für unrichtige Zustellung eines Telegramms mit unvollständiger Anschrift, Versuche des Annahmebeamten um Ergänzung der Anschrift (Entsch. des OLG Dresden vom 25. Mai 1923) 9. 32.
- Hausbesitzererklärungen, Pflicht des Hauseigentümers zur Abgabe der sog. . . . (bei der Errichtung von Fernsprechstellen auf dem Grundstück) 55. 73.
- Lage auf Herstellung eines Fernsprechanschlusses (Entsch. des OLG I Berlin vom 24. Mai 1923) 9. 37.
- Name von Beamten, kein klagbares Recht auf Nennung des . . ., die an der Versteigerung von Telegrammen beteiligt sind 55. 73, 9. 33.

- Deutschland.** Nebenkosten und Generalkosten bei Beschädigung von Telegraphenstangen (Entsch. des LG Allenburg vom 15./31. Mai 1922) 9. 35.
- Telegraphenwege-Gesetz, Änderung des . . . (Kosten für Ausführung von Schutzvorkehrungen usw.), 17. 47, 21. 166.
 - Untersuchungen, arbeits- und betriebswissenschaftliche . . . im Fernsprechvermittlungsdienst 17. 17.
 - Weitverkehr im deutschen Fernkabelnetz, von Höpfer, Oberpostrat 22. Heft 5 S. 27.
- Dänemark.** Telegraphen- und Fernsprechwesen 1921/22 32. 4.
- England.** Fernsprechgebühren 5. 48.
- Norwegen.** Telegraphen- und Fernsprechwesen 1920/21 32. Jahrg. 1923 S. 251.
- Schweiz.** Die Ausnutzung der schweizerischen Fernleitungen, von Rölli 9. Jahrg. 1923 S. 454, 51. Weil. (Zeitschriften-schau) 8.
- Amerika.** Chile. Fernsprechwesen 17. 54.
- Vereinigte Staaten von Amerika. Fernsprech-trust 22. Heft 5 S. 30.
 - Telegraphen- und Fernsprechwesen 1921 32. 36.
- Australien.** Neuseeland. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1920/21 32. Jahrg. 1923 S. 249.

IV. Drahtloses Telegraphieren und Fernsprechen.

- Allgemeines.** Abhängigkeit, über die . . . der Frequenz des Röhrensenders von der Heizung der Röhre und der Anodenspannung, von Strecker 29. Bd. 22 S. 244.
- Ausbreitungsvorgänge, über . . . und Empfangsstörungen in der Funktelegraphie, von Kiebitz 29. Bd. 22 S. 196.
 - Beschreibung des Wechselstromnetzanschlußgeräts für Empfangsstellen des drahtlosen Wirtschaftsprundspruchdienstes, von Dipl.-Ing. Eppen, Postrat 51. Jahrg. 1923 S. 65.
 - Bildfunk 16a. 277. 532.
 - Dekrementbestimmung, besonders von stark gedämpften Kreisen mittels Sägezahnregung und Einsinkenmethode, von Meißner 29. Bd. 22 S. 217.
 - Die Einsinkenmethode für Messungen mit Kondensator-schwingungen, von Meißner 29. Bd. 22 S. 204.
 - Empfang, über den . . . der Radiotelephonie, von Leit-häuser 16a. 28.
 - Die Messung der Scheitelspannung mit der Glimmröhre, von Palm 29. Bd. 23 S. 18.
 - Observations on Lafayette and Nauen in Washington, von Austin 29. Bd. 22 S. 275.
 - Die Quecksilberlampe als Funkenstrecke und Unterbrecher, von Burstin 29. Bd. 23 S. 8.
 - Radio-Sphäre, wem gehört die . . . ?, von Dr. Jost 52. 179.
 - Radiotelephonie, transatlantische . . . 21. 217.
 - Die Radiotelephonie und die Blinden, von Dr. Gaertner, Univ.-Professor 52. 214.

- Allgemeines.** Reißdiagramme von Senderröhren, von Kupop 4. Jahrg. 6 Heft 34/35 S. 45.
- Richtungsbestimmung, drahtlose . . . auf See 16a. 406.
 - Richtungsfinder, der drahtlose . . . und seine Anwendung auf die Schifffahrt 21. 282.
 - Schall- und Funktöne zur Abstandsbestimmung bei Nel 3. 18.
 - Schwingungskreise, zur Berechnung kombinierter . . . , v. Kuprijanow und Schmatow 29. Bd. 23 S. 15.
 - Senderöhre, eine zerlegbare . . . 52. 14.
 - Störungen, gleichzeitige atmosphärische . . . in der drahtlosen Telegraphie 21. 81.
 - Die Technik des Rundfunks, von Lubjanski 49. Jahrg. Heft 34/35 S. 12.
 - Die Telefunken-Radio-Station des Amerika-Zeppelins (Post-Verbindung Europa-Amerika) 49. Jahrg. 6 Heft 34/35 S. 95.
 - Drahtlose Telegraphie auf Segelschiffen 27. 177. 308.
 - Theorie und Bau der Empfangsapparate in der drahtlosen Telegraphie, von Beauz, Post- und Telegrapheningenieur 5. 1. 109.
 - Typisierung von Dreielektrodenröhrensendern, von Wig 29. Bd. 23 S. 12.
 - Übertragung, drahtlose . . . unter Benutzung von Zwischen-sendern, von Dipl.-Ing. Hahn 16a. 108.
 - Untersuchung über die Änderung der Übertragungsgröße bei drahtlosen Überseeverkehr, von Quack 49. Jahrg. Heft 34/35 S. 74.
 - Verstärkeröhren, die Herstellung von . . . , von Dr. Neuburger 29a. 88.
 - Ziehvorgänge in induktiv gekoppelten Zwischenkreisröhrensendern, von Runge 29. Bd. 23 S. 1.
- Deutschland.** Funkrecht, das neue . . . , von Dr. Neugebauer 16a. 537.
- Nauen einst und jetzt, von Postrat Rotzscheidt, Direktor d. Transradio-A. G. 52. 160.
 - Das Radiomatenwesen 16a. 25. 272, 52. 55, 27. 190, 37. 58. 82, 49. Jahrg. 6 Heft 34/35 S. 8, 55. Weil. (Z. Funkverkehr) 33, 29a. 134.
 - Rundfunkantenne und Straßen- und Hauseigentümer, v. Dr. Neugebauer 16a. 153, 55. 73.
 - Das Telegraphenwege-Gesetz gilt für Antennen drahtloser Wirtschaftsprundspruchanlagen (Entsch. des preuß. Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. November 1923) 9. 1.
 - Der drahtlose Überseeverkehr Deutschlands, von Thurn, Postrat 29a. 86.
- Frankreich.** Der neue Fernsprechsender des Eiffelturms. 21. 19.
- Das französische Weltfunknetz 16a. 79, 21. 246.
- Amerika.** Vereinigte Staaten von Amerika. Der Rundfunk in den Vereinigten Staaten von Amerika 16a. 142. 192, 52. 107, 17. 55, 49. Jahrg. 6 Heft 34/35 S. 1.

Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechrecht.

A. Postrecht.

Die Post haftet für Postsendungen selbst bei Dienstpflichtverletzungen ihrer Beamten in keinem Falle über die Bestimmungen der §§ 6 bis 12 PG hinaus.

Reichsgericht, III. 33, Urteil vom 1. Juni 1923 — III. 530. 22. 1)

Dem Kläger wurde am 31. März 1920 von der Post ein an ihn gerichtetes Lebensmittelpaket mit völlig verdorbenem Inhalt zugestellt. Nach der Behauptung des Klägers ist der Verderb der Lebensmittel darauf zurückzuführen, daß die Postbeamten während des Kapp-Putzes auf Anordnung oder doch unter Billigung ihrer Vorgesetzten gestreift und ihm deshalb arglistig die Herausgabe des Pakets, um die er wiederholt persönlich auf dem Postamt gebeten hatte, verweigert hätten. Er verlangte von der Post die Beschaffung gleichartiger Lebensmittel, nämlich einen jungen Hahn von 4 Pfund, 4 Pfund weißen Käse, 1 Pfund fettes Schweinefleisch und 1 Pfund fette Leberwurst, und stellte einen dahingehenden Klageantrag. Das Landgericht wies die Klage ab. Das Kammergericht wies die Berufung zurück, soweit sein Anspruch sich auf Artikel 131 RB und das Gesetz vom 22. Mai 1910 stütze, und verwarf die Berufung im übrigen als

1) Das Urteil ist abgedruckt in RGZ Bd. 107, S. 41 und in JZB 1924 S. 465 Ziff. 9.

unzulässig. Der Kläger hat Revision eingelegt. Aus folgenden Gründen:

Das Kammergericht hat eine sachliche Entscheidung nur soweit für zulässig erachtet und gefällt, als der Kläger die verzögerte Bestellung des Pakets und den Verderb seines Inhalts auf eine Verletzung von Amtspflichten seitens der Postbeamten zurückführt und demgemäß seinen Schadenersatzanspruch aus Artikel 131 RB in Verbindung mit dem Reichsbeamtenhaftpflichtgesetz vom 22. Mai 1910 herzuweisen versucht. Das Kammergericht hat diesen Klagegrund für ungeeignet erklärt, die Klageforderung zu rechtfertigen. Diesem Ergebnis ist beizutreten, nicht aber den Erwägungen, mit denen der Berufungsrichter zu ille gelangt. Sie liegen völlig neben der Sache.

Die Post ist eine staatliche Verkehrsanstalt, welche der Allgemeinheit durch Beförderung von Briefen, Zeitungen, Paketen u. dgl., zugleich aber auch dem Reiche als Einnahmequelle dienen soll. Die Vereinigung dieser beiden Gesichtspunkte, namentlich die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit der Post zu erhalten, und das Bestreben, ihre Gebühren der Interesse des Publikums so niedrig als möglich zu bemessen und kostspielige Überwachungs- und Versicherungsmaßnahmen zu vermeiden, veranlassen den Gesetzgeber, die Erschließung des Reiches für Schäden, welche die Post zur Beförderung übergebenen Gegenstände erleiden, den Schadenersatzbesti-

mungen des Bürgerlichen Rechts gegenüber erheblich einzuschränken und sie dementsprechend in den §§ 6 bis 12 des Reichspostgesetzes vom 28. Oktober 1871 (Reichsgesetzbl. S. 347 ff.) ausschließlich und erschöpfend zu regeln. Nachdem er nämlich in den §§ 6 bis 11 daselbst die Fälle, in denen Ersatzansprüche ausgeschlossen, und diejenigen, in denen sie gegeben sein sollen, genau umschrieben und teilweise auch die Beträge der etwa zu zahlenden Vergütung begrenzt hat, heißt es im § 12:

»Eine weitere als die in den §§ 8, 9, 10 und 11 . . . bestimmte Entschädigung wird von der Postverwaltung nicht geleistet.«

wird also aus Anlaß des Verlustes oder der Beschädigung einer Postsendung unter keinen Umständen geleistet, und zwar weder an einen anderen als den nach dem Postgesetz Ersatzberechtigten noch unter anderen als den in ihm geregelten Voraussetzungen oder in anderer als der sich aus ihm ergebenden Art und Höhe. Diese Bedeutung und Tragweite des § 12 a. a. D. erkannte der Gesetzgeber auch dadurch an, daß er in den §§ 452 und 663 HGB die Anwendung der Vorschriften des sechsten Abschnitts des dritten Buches und des vierten Abschnitts des vierten Buches daselbst über die Land- und Seefracht auf die Beförderung von Gütern durch die Postverwaltung ausdrücklich ausschloß (vgl. auch Artikel 421 und 449 HGB in a. F.).

Nun knüpfen aber die §§ 6 bis 11 PG die Ersatzpflicht der Postverwaltung, soweit sie eine solche überhaupt zulassen, lediglich an die Tatsache des Verlustes oder der Beschädigung der ihr anvertrauten Gegenstände, ohne hinsichtlich ihrer Entstehung oder ihres Umfangs einen Unterschied zu machen, ob der Verlust oder die Beschädigung auf eine Dienstpflichtverletzung ihrer Beamten zurückzuführen ist oder nicht. Beamtenverschulden aber, das im Rahmen des Postgesetzes für die Haftung des Reiches rechtlich unerheblich ist, vermag sie auch nicht auf dem Umweg über Artikel 131 AB zu begründen. Dieser spricht in Abs. 1 allerdings den Grundsatz der Reichsverantwortlichkeit für vorsätzliche oder fahrlässige Amtspflichtverletzungen der Reichsbeamten aus, läßt aber, wie bereits in dem Urteil vom 19. April 1921 (RGZ 102, 172) dargelegt ist, die rechtliche Möglichkeit zu, im Wege »näherer Regelung« — vgl. Abs. 2 daselbst — für einzelne Beamtenklassen oder Schadensfälle ihrer Eigenart wegen von ihm abzuweichen. Eine solche Regelung konnte auch vor dem Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung erfolgen und ist für das Reich in dem RVGG vom 22. Mai 1910 erfolgt. § 6 daselbst, der die Vorschriften anderer Reichsgesetze unberührt läßt, soweit sie die Haftung des Reiches über einen gewissen Umfang hinaus ausschließen, hat daher als mit dem Grundsatz des Artikels 131 Abs. 1 a. a. D. nicht in Widerspruch stehend seine Geltung behalten. Ein die Haftung des Reiches einschränkendes Gesetz ist aber das Reichs-Postgesetz. An der rechtlichen Bedeutung seiner §§ 6 bis 12 ist daher durch Artikel 131 Abs. 1 AB nichts geändert. Selbst wenn also das von dem Kläger behauptete Verhalten der Postbeamten erweisbar wäre und den Tatbestand einer Amtspflichtverletzung enthielte, könnte diese nie einen von den Vorschriften des Postgesetzes unabhängigen, selbständigen Haftungsgrund für das Reich abgeben. In gleicher Richtung bewegen sich die Ausführungen des Reichsgerichts in den in RGZ 57, 150 ff.; 67, 182; 70, 314 ff. abgedruckten Urteilen (vgl. auch Aschenborn PG S. 93/94, 202 Anm. 1 zu § 12; Dambach-Grimm PG S. 104, 130/31 Anm. 5 zu § 12).

Die Revision mußte daher, soweit sie eine Verletzung des Begriffs des Beamtenverschuldens, des Art. 131 AB sowie überhaupt des materiellen Rechts rügt, zurückgewiesen werden.²⁾

²⁾ Die Entscheidung stimmt überein mit der herrschenden Ansicht in Rechtsprechung und Literatur sowie mit dem von der RV vertretenen Standpunkt, vgl. RGZ Bd. 19 S. 103; RG v. 15. Februar 1921 — 21 U 8231/19 — im Archiv für P. u. T. 1921, 285; LG Erfurt v. 21. Oktober 1921 — 10 C 816/20 1 C 3/21 — in Blättern für P. u. T. 1922 Nr. 46; ferner Hellmuth Egers Entscheidungen Bd. 38 S. 233: »Zunächst sei hervorzuheben, daß nach allgemein herrschender Meinung bei bestehenden Vertragsverhältnissen das Reichspostgesetz von dem Willen aus-

Die der Post nach §§ 1, 1a PG vorbehaltene Beförderungstätigkeit umfaßt die gesamte Beförderungstätigkeit in einheitlichem Zusammenhang.

OLG Stettin, Straffenat, Urteil vom 5. Juni 1923, 2. S. 96, 23.

Aus den Gründen: Der Angeklagte hat am 2. Mai 1922 von R. aus einen Brief an seine Geschäftsadresse in S. gesandt, in welchem außer einem Briefe mit Mitteilungen an die Kontoristin noch zwei Postkarten und drei verschlossene Briefe an Personen in S. enthalten waren; die Beförderung dieser Karten und Briefe an die Empfänger sollte vom Kontor aus teils durch den Kontorboten, teils durch den Mitinhaber der Firma geschehen. Auf Grund dieses Sachverhalts hat die Strafkammer den Angeklagten von der Anklage der Übertretung des Postgesetzes freigesprochen. Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision ist begründet.

Die Strafkammer ist zur Freisprechung gelangt, indem sie den Beförderungsvorgang in zwei Teile zerlegt, nämlich die Beförderung der Sammelsendung von R. nach S. und das Austragen der einzelnen Karten und Briefe innerhalb S., jeden dieser beiden Teile, für sich allein betrachtet, als zulässig erachtet und insolgedessen auch die Zulässigkeit des genannten Beförderungsvorgangs bejaht. Diese Betrachtungsweise ist aber rechtsirrtümlich. Im § 1 PG ist bestimmt, daß Briefe jeder Art von einem Orte mit Postanstalt zum andern mit Postanstalt gegen Bezahlung nicht auf andere Weise als durch die Post befördert werden dürfen. Damit ist ausgesprochen, daß der Post die gesamte Beförderungstätigkeit in einheitlichem Zusammenhang, also bis zur Abgabe an die Briefempfänger, zusteht (vgl. Stenglein, strafrechtliche Nebengesetze, Anm. 12 zu §§ 1, 1a PG). Daraus folgt, daß die Vorschrift des § 2a PG, wonach im Ortsverkehr die Beförderung von Briefen durch bezahlte, die Einsammlung von Briefen nicht gewerbsmäßig betreibende Boten gestattet ist, im vorliegenden Falle zur Begründung der Zulässigkeit des Austragens der Briefschaften des Angeklagten in S. nicht herangezogen werden kann, weil eben dies Austragen hier kein selbständiger Beförderungsvorgang ist, sondern nur einen Teil der vom Angeklagten gewollten gesamten Beförderungstätigkeit bildet und diese gemäß § 1 in einheitlichem Zusammenhang dem Postzwang unterliegt. Allerdings ergibt sich hieraus die Rechtslage, daß der Angeklagte zwar befugt ist, seine für Empfänger in S. bestimmten Briefe durch seinen Kontorboten austragen zu lassen, wenn er sie in S. schreibt, daß er dies Recht aber nicht hat, wenn er sie von außerhalb schreibt. Doch der von der Strafkammer vermischte Grund hierfür ist durchaus ersichtlich. Er liegt darin, daß der durch Gesetz vom 20. Dezember 1899 eingefügte § 2a PG nach den Motiven dieses Gesetzes den ausgesprochenen Zweck hat, Ortsbriefe vor anderen zu begünstigen (vgl. Stenglein a. a. D. Anm. 4 zu § 2a).

Es kann dahingestellt bleiben, ob die von der Revision beanstandeten Ausführungen der Strafkammer zutreffend sind, wonach das Austragen der Briefschaften durch den Kontorboten als eine unentgeltliche Tätigkeit anzusehen sein soll. Wenn man letzteres auch als richtig unterstellt, so kann es doch die Freisprechung des Angeklagten aus dem Gesichtspunkt, daß nach § 1 PG nur die Beförderung von Briefen gegen Bezahlung verboten ist, nicht begründen. Denn wie bereits hervorgehoben, kommt die ganze Beförderungstätigkeit

geht, die Haftung der PV auch in jenen Fällen zu beschränken, wo der einem Anstaltsbenutzer erwachsene Schaden durch das schuldhaftes Handeln oder Unterlassen eines Postangestellten verursacht wurde, gleichviel ob diese unerlaubte Handlung lediglich auf der Vertragsverletzung selbst, etwa auf ungenügender Sorgfaltsanwendung bei Vertragserfüllung, beruhte oder mit diesem Vertragsverhältnis in keinem inneren Zusammenhang stand. (Vgl. auch die von Hellmuth angeführten RGZ Bd. 67, S. 184; Bd. 70, S. 314 — veröffentlicht auch in JW 1909, S. 173 Ziff. 24.) Durch das RG-Urteil III 530/22 ist das gegenteilige Urteil des OLG Köln v. 23. April 1918 — VI 6 U 162, 17 — in Blättern für P. u. T. 1921 Nr. 243, dessen Unhaltbarkeit bereits Hellmuth a. a. D. nachgewiesen hat, als erledigt anzusehen.

tätigkeit von der Absendung der Briefe aus R. bis zu ihrer Zustellung an die Empfänger in S. in einheitlichem Zusammenhang in Betracht; für diese Tätigkeit in ihrer Gesamtheit kommt Unentgeltlichkeit aber nicht in Frage.

Endlich greift auch der dritte Grund nicht durch, den das Landgericht für die Freisprechung des Angeklagten angeführt hat. Auf Grund der Feststellung, daß er sein Verfahren gutgläubig für zulässig gehalten hat, nimmt es an, daß er sich in einem Irrtum über eine verwaltungsrechtliche Bestimmung befunden habe, die ihn straffrei mache. Nun gehören die Vorschriften des § 1 über den Postzwang allerdings in erster Linie dem Staatsrecht des Deutschen Reiches an. Aber dadurch, daß in der Strafvorschrift des § 27 Abs. 1 Nr. 1 auf sie Bezug genommen wird, werden sie zum unauslösbaren Bestandteil eines Strafgesetzes (vgl. RG 37, 389). Infolgedessen muß auch hier der Grundsatz gelten, daß ein Irrtum über das Strafgesetz den Angeklagten nicht vor Strafe schützt. Nach alledem muß der Angeklagte wegen Übertretung der §§ 1, 27 PG bestraft werden.

B. Telegraphenrecht.

1. Keine Haftung der DRP für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 TD).

RG Karlsruhe, III. BS vom ^{28. Juni}_{12. Juli} 1923.

Der Kaufmann C. beauftragte die D-Bank in R., sofort 10 000 M H-Aktien zu verkaufen. Die D-Bank sandte daraufhin ein Telegramm an ihre Berliner Bankverbindung des Inhalts, 10 000 M H-Aktien zu verkaufen. Das Telegramm wurde der Berliner Bank zweimal zugestellt. Dadurch entstand der D-Bank ein Schaden, dessen Ersatz C. auf Grund einer Abtretung der D-Bank durch Klage gegen die DRP Konstanz verlangte. RG Konstanz und RG Karlsruhe wiesen die Klage ab. Aus den Gründen:

Es handelt sich bei der Begründung des Schadenersatzanspruchs um zwei rechtliche Gesichtspunkte: 1. um die Frage der Haftung des Reichsfiskus aus § 1 des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1910 (RGBl. S. 798 u. ff.) und 2. um die Frage seiner Haftung aus §§ 31, 89 und 278 BGB in Verbindung mit § 21 Abs. 1 der TD.

Was zunächst den ersteren dieser Gesichtspunkte anlangt, so hat das Landgericht mit Recht die Schadenerschaft des Reichspostfiskus aus § 1 des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1910 verneint. Es handelt sich dabei lediglich um die Frage, ob der Telegraphenbeamte, der sich des Verschens schuldig gemacht hat, den Schaden »in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt« anrichtete. Das Landgericht führt nun zutreffend aus, daß es sich bei dem der Telegraphenanstalt von der D-Bank erteilten Auftrag um einen Werkvertrag (Telegraphenbeförderungsvertrag) handle, und daß die beim Abschluß und der Erfüllung dieses Vertrags tätig gewesen Telegraphenbeamten lediglich eine rein privatrechtliche Tätigkeit zu entfalten gehabt hätten. Dieser Begründung ist lediglich beizustimmen. Wollte man aber die Haftung des Reichsfiskus auf § 1 a. a. D. an und für sich bejahen, so würde doch auch diese Haftung durch den § 21 Abs. 1 TD ausgeschlossen werden³⁾.

³⁾ Das Urteil ist ein neuer Beitrag zur Tragweite des § 21 TD (vgl. Archiv 1923 S. 62, 63; 1924 S. 32).

Die Ausführungen des Urteils über das Beamtenhaftungsgesetz vom 22. Mai 1910 sind trotz des richtigen Ergebnisses nicht ganz einwandfrei. Ein Fall von Ausübung öffentlicher Gewalt liegt gewiß nicht vor, aber nicht deshalb, weil der Telegrammbeförderungsvertrag ein bürgerlich-rechtlicher Werkvertrag ist. Der Telegrammbeförderungsvertrag ist vielmehr ein Vertrag besonderer Art, der öffentlichem Recht unterliegt, bei dessen Erledigung aber eine »öffentliche Gewalt« im Sinne des Beamtenhaftungsgesetzes von 1910 ebensowenig in Frage steht, wie bei der Erledigung eines Postbeförderungsgeäfts (vgl. Archiv 1924 S. 37 Anm. 13 Ziffer 1). Diesen Gesichtspunkt hat auch das Reichsgericht in dem oben abgedruckten Urteil des III. BS vom 1. Juni 1923 (RGZ 107 S. 42) nicht voll beachtet. Richtig ist, daß der § 21 TD eine Vorschrift ist, die eine Haftung der DRP auch dann, wenn Ausübung öffentlicher Gewalt vorliegt, gemäß § 6 des Beamtenhaftungsgesetzes von 1910 ausschließen müßte (vgl. Reichstagsdrucksachen 1909/10 XII B. P. Aktenstück 5 der Anlagen S. 19).

Hinsichtlich des zweiten rechtlichen Gesichtspunktes geht das Landgericht zwar davon aus, daß, da der eingetretene Schaden zweifellos auf einem Versehen eines Telegraphenbeamten beruhe, an und für sich die Haftbarkeit des Reichsfiskus für dieses Versehen nach §§ 31, 89 und 278 BGB zu bejahen wäre; führt aber weiter aus, daß diese an sich begründete Haftbarkeit des Reichsfiskus durch die gemäß § 278 S. 2, verglichen mit § 276 Abs. 2 BGB erlassene Bestimmung des § 21 Abs. 1 TD vom 16. Juni 1904⁴⁾ ausgeschlossen worden sei, wonach die Reichstelegraphenverwaltung mit Rücksicht auf die Eigenart des Telegraphenbetriebs bedingte mehr oder minder große Unvermeidlichkeit von Fehlern in der Übermittlung eines Telegramms sich ausdrücklich vorbehalten habe, die dadurch für die hervorgerufenen Haftbarkeiten und Schadenersatzverpflichtungen auszuschließen, und demnach bestimmt habe:

daß sie für die richtige Überkunft der Telegramme oder deren Überkunft und Zustellung innerhalb bestimmter Frist keine Gewähr übernehme und Nachteile, die durch Verlust, Entstellung oder Verspätung der Telegramme entstehen, nicht zu vertreten habe.

Diese Voraussetzungen seien aber im vorliegenden Falle gegeben.

Diesen Ausführungen war lediglich beizutreten, und zwar sogar für den vom Landgericht angenommenen Fall, daß das Versehen darin bestand, daß auf dem Telegraphenamt Berlin das dort nur einmal angekommene Telegramm versehentlich zweimal ausgesetzt worden wäre. Denn wenn auch diesem Falle ... vielleicht nicht von einer »unrichtigen Überkunft« des Telegramms die Rede sein könnte, müßte doch wohl in der zweimaligen Ausfertigung eines und desselben Telegramms und in dem dadurch bewirkten Anschein, daß es sich um zwei verschiedene Telegramme handle wenigstens eine »Entstellung« des Telegramms erblickt werden.

Nun liegt aber dieser vom Landgericht angenommene Fall gar nicht vor, vielmehr kann das Verfahren nur ... darin bestanden haben, daß der mit Stanzbuchstaben versehene Papierstreifen in Frankfurt nach dem ersten Abtelegraphieren aus irgendeinem Grunde nochmals in den Sendesack eingelegt und an Berlin abtelegraphiert wurde. Auch diesem Falle, und zwar noch weit mehr als bei dem vom Landgericht angenommenen, würden die Voraussetzungen des § 21 Abs. 1 TD gegeben sein. Denn dann wäre nicht nur die »Entstellung« des Telegramms, sondern auch dessen »unrichtige Überkunft« beim Telegraphenamt in Berlin erwiesen. Eine unrichtige Überkunft nämlich liegt nicht nur

⁴⁾ So richtig die Ausführungen des Urteils über den § 21 TD sind, so bedenklich sind sie bei Bewertung des § 278 BGB. Es ist falsch, daß sich die Haftpflicht der DRP im Telegrammverschickungsgegenüber dem Absender nach BGB (§§ 31, 89, 278) bestimmt. Diese Haftung wird vielmehr durch die TD geregelt (vgl. § 21 Ziffer 7 des Gesetzes über Telegraphen- und Fernspreckgebühren vom 6. Mai 1920 — RGBl. S. 894: »Durch Verordnung ... werden insbesondere geregelt ... die Verantwortlichkeiten der Telegraphenverwaltung«). Wie sehr das Landgericht über die Rechtsgrundlagen der Haftung im Telegraphenverschickungsgegenüber irrt, zeigt seine Wendung, der § 21 TD sei »gemäß §§ 276, 278 Satz 2 BGB erlassen«. Mit einer solchen Betrachtungsweise werden die Grundlagen des Verwaltungsrechts an dem Gebiet des Telegraphenwesens verkannt. Die TD vom 1904 ist keineswegs »gemäß« irgendwelcher Bestimmungen des BGB erlassen, sondern sie schaffte Telegraphenbesonderrechte, die der dem Reichszentraler auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung von 1871 zustehenden Verordnungsmacht (vgl. den von RG Karlsruhe übersehenen Eingang der TD: »Auf Grund der Artikel 48 und 52 der Reichsverfassung wird nachstehende Verordnung erlassen«); seit der RV von 1919 war die Rechtsgrundlage der TD Artikel 88 Abs. 3 RV in Verbindung mit dem § 2 des Gesetzes über Telegraphen- und Fernspreckgebühren, zunächst vom 8. September 1919 (RGBl. S. 1522), dann vom 6. Mai 1920 (RGBl. S. 894); seit dem 1. April 1924 ist Rechtsgrundlage für neue Bestimmungen der TD der § 2 des Postfinanzgesetzes vom 18. März 1924 (RGBl. I S. 287). Von diesen Bestimmungen ist nicht vom BGB ist somit auszugehen. Darauf kann nicht genügend hingewiesen werden.

vorn vor, wenn ein Telegramm in andern Wortlaut als vom Absender vorgeschriebenen bei der empfangenden Telegraphenstelle ankommt, sondern auch dann, wenn ein und dasselbe Telegramm versehentlich zweimal bei dieser Stelle ankommt; mit anderen Worten also und auf den vorliegenden Fall bezogen nicht nur dann, wenn das Telegramm bei seiner Ankunft beim Telegraphenam in Berlin statt auf 10 000 M. S-Aktien auf 20 000 M. S-Aktien gelautet hätte, sondern auch dann, wenn das tatsächlich auf nur 10 000 M. S-Aktien lautende Telegramm zweimal bei der Telegraphenstelle in Berlin einkam. Den Ausführungen der beiden im »Archiv 1923, S. 62 u. ff. veröffentlichten Entscheidungen der OVG Oldenburg und Köln vom 9. Februar 1921 und 30. November 1922 war durchaus beizutreten. Es kann übrigens auch nicht zweifelhaft sein, daß die ratio legis auch auf den vorliegenden Fall vollkommen zutrifft. Denn auch in diesem Falle handelt es sich um ein Versehen, mit welchem bei der Eigenart des Telegraphenbetriebs und der dadurch bedingten mehr oder minder großen Unvermeidlichkeit von Fehlern in der Übermittlung eines Telegramms gerechnet werden muß. Die eigentliche Fehlerquelle wird sich in Fällen, wie in dem vorliegenden, häufig gar nicht mit Zuerlässigkeit aufdecken lassen. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, daß das Telegramm zusammen mit einer Reihe von anderen Telegrammen auf einem mit Stanzbuchstaben versehenen Papierstreifen beim Telegraphenam in Frankfurt empfangen und dort nach seiner ersten Abtelegraphierung von Frankfurt nach Berlin aus irgendeinem Grunde, z. B. weil der die Umtelegraphierung besorgende Beamte bei einer Arbeit gestört oder weil die Umtelegraphierung durch eine noch dringlichere Arbeit des Beamten unterbrochen wurde, wegen Störung der Leitung usw., nochmals in den Sender eingelegt und an Berlin abtelegraphiert wurde. Solche Möglichkeiten und Fehlerquellen sind aber mit der Eigenart des Telegraphenbetriebs verbunden und diese Eigenart bringt es mit sich, daß sie sich mit Sicherheit gar nicht vermeiden lassen. Dagegen aber wollte die RAB sich durch den § 21 der TD ein für allemal schützen und es kann deshalb im einzelnen Falle nicht darauf ankommen, ob es gelingen könnte, darzutun, in welchen Umständen das Versehen seine Ursache hat oder ob es bei einiger Sorgfalt zu vermeiden gewesen wäre.

Verlegung eines Verkehrsweges — Änderung des Verkehrsweges im Sinne des § 3 Abs. 1 TWG.

Entscheidung des Regierungspräsidenten in Merseburg vom 17. November 1923 — Ia 5668.

Die Gewerkschaft Michel in Großkayna baute im Gebiet von Kayna, Großkayna und Kunitzsch Braunkohle im Tagebau. Der Tagebau war 1921 bis an den öffentlichen Weg Großkayna-Frankleben, den sogenannten Postweg, vorgetrieben worden, dem sich seit 1893 eine Reichstelegraphenlinie befand. Die Gewerkschaft Michel wollte auch die unter und jenseits des Postweges gelegenen Kohlenfelder abbauen und beantragte daher bei der Wegepolizei die Einziehung eines Teils des Weges oder seine Verlegung nach Osten. Dem Antrag auf Verlegung des Weges wurde durch Beschluß der Wegepolizeibehörde (Amtsvorsteher T.) stattgegeben, jedoch nur unter den Auflagen, daß

1. der Postweg in der ursprünglichen Lage und Beschaffenheit wiederherzustellen sei, sobald es der Bergbau zuließe,
2. für die Dauer des Kohlenabbaues für den Fußgängerverkehr ein Ersatzweg anzulegen sei, der soweit angängig und soweit die Benutzung der festen Straße (Spergauerstraße) für schwerere Fuhrwerke nicht unbedingt erforderlich sei, auch für den Fuhrverkehr benutzt werden könnte,
3. die Unterhaltung des Ersatzweges sowie die sonstigen mit der Verlegung zusammenhängenden Wegebaulasten von der Gewerkschaft Michel zu tragen seien.

Die Gewerkschaft Michel beantragte nunmehr bei der OPG, die Telegraphenlinie am Postweg abzubrechen, da sie sonst ihren Arbeiten behindert sei; die Gewerkschaft vertrat hierbei den Standpunkt, daß die Leitungen auf Kosten der RAB verlegt werden müßten, da es sich bei der Beseitigung des Post-

weges um eine Einziehung im Sinne des § 3 TWG handle, die Benutzungsbefugnis der RAB mithin erlöschen sei. Demgegenüber vertrat die OPG, daß die OPG den Standpunkt, daß es sich nicht um eine Einziehung des Weges im Sinne des § 3 TWG, sondern nur um die Verlegung einer Teilstrecke des Weges zugunsten der Gewerkschaft Michel handle, für deren rechtliche Beurteilung allein der § 6 des TWG anzuwenden sei, wonach die Gewerkschaft Michel die Kosten für die Verlegung der Reichsleitungen zu tragen habe. Nur um den Kohlenabbau nicht zu gefährden, und um Arbeiterentlassungen vorzubeugen, hatte die OPG noch vor endgültiger Regelung der Kostenfrage die Telegraphenlinie verlegt. Um die Kosten dieser Verlegung von der Gewerkschaft zu erlangen, hatte die OPG zunächst bei der Wegepolizeibehörde Einspruch dagegen erhoben, daß der Gewerkschaft das Recht zur teilweisen Benutzung des Postweges für den Kohlenabbau erteilt worden war, und hatte beantragt, der Gewerkschaft die Verpflichtung aufzuerlegen, die Kosten für die Verlegung der am Postweg vorhandenen gewissen Reichsleitungen zu tragen. Der Einspruch wurde zurückgewiesen; die hiergegen erhobene Klage wurde vom Bezirksausschuß mit der Begründung zurückgewiesen, daß zur Entscheidung über den geltend gemachten Ersatzanspruch der Telegraphenverwaltung nicht die Verwaltungsgerichte, sondern nach § 13 des TWG die ordentlichen Gerichte — nach dem vorangegangenen besonderen Verwaltungsverfahren des TWG — zuständig seien.

Die OPG beantragte nunmehr bei dem nach § 13 TWG zuständigen Regierungspräsidenten in Merseburg, die Kosten der Verlegung der Reichstelegraphenleitungen am Postweg auf Grund der §§ 6, 13 TWG der Gewerkschaft Michel aufzuerlegen. Der Regierungspräsident hat dem Antrag der OPG mit folgender Begründung stattgegeben:

Die Vorgänge, die in Verfolg des von der Gewerkschaft Michel gestellten Antrages auf Einziehung der Verlegung des sogenannten Postweges von Gr. Kayna-Frankleben entstanden sind, ergeben zweifellos, daß es sich in dem fraglichen Verfahren nicht um eine Einziehung, sondern nur um eine Verlegung des betreffenden Weges handelt. Der Unterschied zwischen diesen beiden Maßnahmen ist nach der ständigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts (vgl. statt aller Bd. 37 S. 272) darin zu sehen, daß bei der Verlegung mit dem Bestehen oder der Herstellung eines Ersatzweges gerechnet wird, bei der Einziehung dagegen nicht, der Weg vielmehr als solcher überhaupt aufhört. Im vorliegenden Falle ist in dem Beschluß des Amtsvorstehers in T. der Gewerkschaft Michel ausdrücklich die Herstellung eines Ersatzweges aufgetragen, sowie der Fuhrverkehr auf die Spergauerstraße verwiesen worden; außerdem ist die Wiederherstellung des alten Weges vorgesehen, und schließlich betrifft die ganze Wegeänderung überhaupt nur ein Teilstück des gesamten Postweges.

Unter diesen Umständen kann nur von einer Verlegung, nicht aber von einer Einziehung des Weges die Rede sein, so daß nicht der § 3 Abs. 2, sondern lediglich der § 6 des Telegraphenweggesetzes in Anwendung kommen kann. Nach dieser Bestimmung ist aber die Gewerkschaft Michel zum Ersatz der durch die Verlegung der Telegraphenlinie entstandenen Kosten verpflichtet, denn einmal war ihr die fragliche Wegestrecke von der unterhaltungspflichtigen Gemeinde Gr. Kayna durch notariellen Kaufvertrag überlassen worden, sodann lag eine Anlage im Sinne des Abs. 2 § 6 a. a. O. nicht vor, da der Wegeunterhaltungspflichtige — die Gemeinde — an dem Kohlenabbau in keiner Weise beteiligt war (Abs. 6¹⁾).

¹⁾ Die Entscheidung ist rechtskräftig geworden.

Das TWG verwendet nur die Begriffe Änderung und Einziehung von Verkehrswegen. Der dem Preussischen Recht von jeher geläufige Begriff der Verlegung eines Verkehrsweges (vgl. z. B. § 57 Zuständigkeitsgesetz, OVG Bd. 4 S. 230, Bd. 8 S. 214) kommt im TWG nicht vor. Jedoch wird er in der Begründung zum TWG erwähnt: »Die Voraussetzungen und das Verfahren für die Einziehung und Verlegung eines Verkehrsweges richten sich nach den Bestimmungen des Landesrechts«. Der Begriff der Verlegung ist daher in dem Begriff des § 3 TWG »Änderung des Verkehrsweges« enthalten.

3. Erhöhung der Gebühren für abgekürzte Telegrammanschriften im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift — Geltung von Gebührenänderungen auf laufende Rechtsverhältnisse.

LG Dresden, 9. Bk vom 14. Februar 1924 — 9 Dk 308. 23.

Am 1. Juli 1922 vereinbarte das TA Dresden mit dem Kaufmann F. eine abgekürzte Telegrammanschrift gegen Zahlung der damals geltenden Jahresgebühr von 433,35 M für die Zeit bis 30. Juni 1923. In der Folgezeit wurden die Gebühren für solche Anschriften wiederholt erhöht. Die RTA verlangte auch von F. Nachzahlung der Erhöhungen und buchte die Beträge vom Postgeldguthaben des F. ab. F. verlangte von der OPD Dresden Rückzahlung der einbehaltenen Beträge in aufgewerteter Form. Das LG Dresden gab der Klage teilweise statt. Das LG wies die Klage völlig ab. Aus den Gründen:

Jeder mit der PB abgeschlossene Vertrag kommt zustande auf Grund der für das Postwesen maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen. Hiernach war für das durch den Vertrag vom 1. Juli 1922 zwischen den Parteien begründete Verhältnis die TD maßgebend. In ihr ist auch die für die Hinterlegung und Anwendung einer abgekürzten Adresse zu entrichtende Gebühr festgesetzt (§ 3 VIII). Weiter ist durch § 2 Gesetz betreffend Telegraphen- und Fernsprechtgebühren vom 6. Mai 1920 (RGBl. S. 894) dem Reichspostminister die Befugnis übertragen worden, mit Zustimmung des Reichsrats durch Verordnungen die Gebühren für Telegramme zu ändern. Von dieser Befugnis

Einziehung des Weges steht in Gegensatz zur Wegeveränderung. Dagegen ist Wegeverlegung eine Wegeänderung, aber nicht jede Wegeänderung ist eine Wegeverlegung. Die beiden Begriffe der Einziehung und Verlegung haben das gemeinsame, daß durch sie die öffentlich-rechtliche Wegeeigenschaft eines Grundstücks in einem förmlichen Verfahren endgültig beseitigt wird (Urteil des Kammergerichts vom 3. November 1899 in Preuß. Verwaltungs-Blättern, Bd. 21 S. 283, DVG Bd. 21 S. 252, Bd. 65 S. 301). Der Unterschied zwischen Einziehung und Verlegung liegt darin, daß in den Fällen, wo der Verkehr auf einen neu geschaffenen Ersatzweg gewiesen wird, es sich nicht um eine Einziehung, sondern um eine Verlegung handelt (DVG vom 23. Juni 1891 Bd. 21, 250; Preuß. Verwaltungs-Blätter Bd. 22, S. 593), während bei der Einziehung der Weg als solcher überhaupt aufhört (DVG Bd. 29 S. 210, Bd. 34 S. 249; Germershausen Wegerecht, 2. Aufl. I S. 492).

Im Anschluß an die angeführten Entscheidungen des DVG wird daran festzuhalten sein, daß unter Einziehung eines Verkehrsweges nur eine Anordnung verstanden werden kann, welche bezweckt, daß der Weg als solcher aufhört. Ein Wegeteil kann nicht eingezogen werden. Denn wenn nur ein Teil eines Weges — der Breite oder Länge nach — eingezogen wird, bleibt der Weg als solcher bestehen. Bei Fortfall eines Teiles eines Weges liegt daher keine Einziehung im technischen Sinne vor, sondern nur eine Veränderung des Weges. Für die Entscheidung, ob Einziehung oder Veränderung vorliegt, kommt es mithin darauf an, ob das fortfallende Wegestück nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse eine solche Selbständigkeit und Bedeutung in Anspruch nehmen kann, daß es als Weg im Gegensatz zum Wegeteil zu behandeln ist oder nicht.

Die Unterscheidung der Begriffe »Verlegung« und »Einziehung« eines Weges findet sich auch in gesetzlichen Vorschriften des Wegerechts klar herausgearbeitet: so z. B. in den §§ 8, 9 der Preussischen Wegeordnung für die Provinz Ostpreußen vom 10. Juli 1911 (Ges. S. 99) und in §§ 9, 10, 34 der Wegeordnung für die Provinz Westpreußen vom 27. September 1905 (Ges. S. 357).

Im vorliegenden Falle hätte übrigens der § 3 DVG schon deshalb ausgeschieden werden sollen, weil § 3 nur das Rechtsverhältnis der DkP zum Wegeunterhaltungspflichtigen — die Pflichten der DkP dem Wegeunterhaltungspflichtigen gegenüber — regelt und die Gewerkschaft Michel für den Postweg gar nicht wegeunterhaltungspflichtig war. Die in § 3 DVG bestimmten Pflichten der DkP entstehen nur, wenn ein Widerstreit von Interessen der DkP mit denen der Wegeunterhaltungspflichtigen eintritt. Das Rechtsverhältnis der DkP zu Dritten (Nichtwegeunterhaltungspflichtigen), in deren Interesse und für deren Rechnung ein Verkehrsweg verlegt oder eingezogen wird, ist in § 3 DVG nicht geregelt. In diesen Fällen kommen § 6 Abs. 5 DVG oder allgemeine Vorschriften des bürgerlichen Rechts (z. B. §§ 823, 1004, 1027, 1090 Abs. 2, 677, 683 BGB) in Frage.

hat der Reichspostminister mehrfach Gebrauch gemacht, und zwar ist die zur Zeit des Vertragsabschlusses 400 M betragende Gebühr erhöht worden durch die Verordnung vom 15. September 1922 auf 800 M, durch die Verordnung vom 4. November 1922 auf 1600 M, durch die Verordnung vom 7. Dezember 1922 auf 3000 M, durch die Verordnung vom 8. Januar 1923 auf 10 000 M und durch die Verordnung vom 14. Februar 1923 auf die dreihundertfache Wortgebühr der gewöhnlichen Ferntelegramme. Alle diese Verordnungen herrschen aber auch das Verhältnis zwischen dem Kläger dem Beklagten, denn für dieses Verhältnis können es etwa nur die zur Zeit des Vertragsabschlusses geltenden Bestimmungen maßgebend sein, sondern es ist davon auszugehen, daß dieses Verhältnis sich regelt nach den jeweilig geltenden gesetzlichen Vorschriften. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein mit der Postverwaltung abgeschlossener Vertrag beurteilt werden. Es würde zu geradezu unhaltbaren Zuständen führen, wenn für die einzelnen Vertragsgegner der Postverwaltung nicht die gleichen Bestimmungen maßgebend sein sollten. Das würde eine Erschwerung des Verkehrs der Post bedeuten, die eine geordnete Durchführung der dieser obliegenden Aufgaben nicht mehr gewährleisten ließe. Es ist eben eine stillschweigende und selbstverständliche Vertragsbestimmung, daß die jeweilig geltenden postalischen Bestimmungen die Grundlage für den Inhalt eines mit der Postverwaltung abgeschlossenen Vertrages bilden. Daß die angezogenen Verordnungen sich nicht nur auf neu abzuschließende Verträge, sondern auch auf die bereits laufenden beziehen sollten, kann einem Zweifel nicht unterliegen. Dagegen spricht einmal der schon erwähnte Umstand, daß die Postverwaltung darauf bedacht sein muß, daß alle von ihr mit Dritten abgeschlossenen Verträge gleicher Art auch die gleichen Bedingungen enthalten. Sodann aber ergibt sich die Gültigkeit der Verordnungen auch für die laufenden Verträge, insbesondere aus der Einräumung eines Kündigungsrechtes. In allen den angezogenen Verordnungen ist den Vertragspartnern abgekürzter Telegrammanschriften stets das Recht zu stehen worden, ihren Vertrag bis zu einem genau bestimmten Zeitpunkt zu kündigen. Da alle die erwähnten Verordnungen lediglich Änderungen der Gebühren enthalten, kann dieses Kündigungsrecht nur mit Rücksicht auf die Erhöhung der Gebühren eingeräumt sein. Das aber bedeutet, daß bei Unterbleiben einer solchen Kündigung die erhöhten Sätze auch für die laufenden Verträge Geltung haben sollen. In diesem Sinne hat auch der Kläger selbst die Verordnungen aufgefassen, wie daraus erhellt, daß er zunächst zweimal sich den Erhöhungen unterworfen hat, indem er zweimal die Nachforderungen freiwillig zahlte. Da er aber auch bei den späteren Erhöhungen von dem ihm eingeräumten Kündigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, so hat er sich den neuen Bestimmungen unterworfen, und die Postverwaltung hat von ihm mit Rücksicht auf die erhöhten Gebühren eingezogen. Gegen die Berechnung dieser hat der Kläger Einwendungen nicht erhoben. Die Vertragspflicht des Klägers erschöpfte sich nicht in der Zahlung der zur Zeit des Vertragsabschlusses geltenden Gebühr. Sie ging vielmehr auf Entrichtung der jeweilig nach Maßgabe der geltenden Postbestimmungen zu zahlenden Gebühren, konnte also im Laufe der Vertragsdauer sehr wohl ändern. Es kam deshalb auf die Frage, ob die Nachforderungen wirtschaftlich unbillig seien oder nicht, überhaupt nicht ankommen⁶⁾.

⁶⁾ Bei Beurteilung des Rechtsverhältnisses zwischen der DkP und den Inhabern abgekürzter Telegrammanschriften wird maßgebend darüber klar sein müssen, daß der freien Vereinbarung zwischen den Verkehrsanstalten und den Anschrifteneinhabern nur die Fassung der zu verabredenden Anschrift vorbehalten ist, während das Rechtsverhältnis im übrigen durch die TD geregelt wird. Das Recht der DkP auf Nachforderung von Gebühren im Laufe des Jahres, für das die Gebühr im voraus erhoben ist, beruht darauf, daß die Gebühren mit Wirkung auch für die laufenden Rechtsverhältnisse, wie das Gericht zutreffend ausführt, durch Verordnungen erhöht worden sind. Diese Verordnungen sind Akte der Reichsgesetzgebung, die in bestehende Rechtsverhältnisse mit dem Reich (DkP) eingreifen, diese abändern können (vgl. auch Archiv 1923 S. 64 Anm. 2a).

Anmerkungen 3 bis 6 von Ministerialrat Dr. Neugebauer

Archiv für Post und Telegraphie

Herausgegeben im Auftrage des Reichspostministeriums

Erscheint vierteljährlich einmal. Vierteljähriger Bezugspreis 0,20 Goldmark
Zu beziehen durch die Post, Einzelnummern durch den Verlag: Postzeitungsamt, Berlin W

Nr. 3

Berlin, September

1924

Inhalt: Zum 50jährigen Bestehen des Weltpostvereins, S. 81. — Ein Rückblick auf die Arbeiten des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium, S. 94. — Herstellung und Vertrieb der Postwertzeichen während der Zeit der großen Geldentwertung, S. 100. Die Abgeltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen der Beamten im Telegraphenbanddienst seit Errichtung der ersten Telegraphen, S. 106. — Die Ruhmerschen Hochfrequenzapparate für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin, S. 123. Aus dem Beamtenrecht, S. 128. — Aus dem Verwaltungsrecht, S. 129. — Kleine Mitteilungen: Ein Briefträger mit einem Postgang von 380 Kilometer, S. 130. — Frauenhaare als Nebelsignal, S. 130. — Ein Kreistelegramm rund um den Erdball, S. 130. Hörerlisten (Belinde), S. 131. — Funktelegraphische Gedankenübertragung, S. 131. — Schriftwerke: Brunner, Johann, Bayerns Postwertzeichen 1849—1920, S. 131. — Nachweis von Aufsätzen und Mitteilungen, S. 132. — Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechte, S. 137.

UNIVERSITÄT

Zum 50jährigen Bestehen des Weltpostvereins.

Von H. Herzog, Präsidenten der Oberpostdirektion Frankfurt (Oder).

»Der vorliegende Vertrag — gemeint ist der Berner Allgemeine Postvereinsvertrag — bezweckt nicht eine Vereinigung zu einem bestimmten Unternehmen, welche sich auflöst, wenn der Zweck dieses Unternehmens erfüllt ist. . . . Er will auf seinem Gebiet eine dauernde Institution, einen fortlebenden Organismus schaffen; seine Anwendung wird täglich und stündlich, von Ort zu Ort, von Weltteil zu Weltteil stattfinden, sei es in dem weiten Gezweige der Geschäftsverbindungen oder in den stetigen Vorkommnissen des Familienlebens, sei es in dem großartig zunehmenden Austausch der Erzeugnisse der Presse oder in den Beziehungen der Völker der Kunst und Wissenschaft.« In dieser Weise äußerte sich der damalige Generalpostdirektor Stephan in der Rede, mit der er im Reichstag die erste Beratung des Berner Allgemeinen Postvereinsvertrags eröffnete. Daß er mit dieser Beurteilung des damals in Bern geschlossenen Vertragswerkes recht gehabt hat, zeigt die spätere Entwicklung: Dem Berner Allgemeinen Postvereinsvertrag sind zahlreiche spätere Verträge gefolgt, die die ursprünglichen Vereinbarungen ergänzt und weiter ausgebaut haben. Der in Bern begründete Allgemeine Postverein, dem nur eine beschränkte Zahl von Ländern angehörte, ist bald zum Weltpostverein geworden, der die ganze Erde umspannt. Neben dem Briefverkehr, der ursprünglich allein den Gegenstand der Vereinbarungen bildete, sind nach und nach die verschiedensten sonstigen Postdienstzweige durch allgemeine Verträge geregelt worden. Auch den Weltkrieg hat der Weltpostverein überdauert, und es war ein Beweis ebenso für die Bedeutung des in den Weltpostvereinsverträgen verkörperten Gedankens wie für die Lebenskraft des Weltpostvereinswerkes, daß ein Weltpostkongreß — derjenige in Madrid im Jahre 1920 — die erste große inter-

ationale Veranstaltung nach dem Kriege war, auf der sich Vertreter aller Länder in voller Gleichberechtigung zu gemeinsamer Arbeit wieder zusammenfanden.

In diesem Jahre kann der Weltpostverein auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken, denn vor 50 Jahren, am 9. Oktober 1874, wurde von dem Allgemeinen Postkongreß zu Bern der Allgemeine Postvereinsvertrag unterzeichnet und damit die große internationale Postgemeinschaft begründet, die heute als Weltpostverein alle Völker und alle Länder umfaßt. Aus Anlaß der 50-Jahr-Feier des Vereins hat das Internationale Büro des Weltpostvereins unter dem Titel »Der Weltpostverein. Seine Gründung und seine Entwicklung« eine Festschrift herausgegeben, in der die Bedeutung der Jubiläumsfeier wie folgt gewürdigt wird: »Ein solcher Gedenktag kann nicht unbemerkt vorübergehen. Das 19. Jahrhundert und der Anfang des 20. Jahrhunderts haben eine Menge von Wundern sich erfüllen sehen. Die Dampfkraft und die Elektrizität vor allem haben das Antlitz der Erde verändert und das menschliche Leben umgestaltet. Auf dem Gebiet der friedlichen Fortschritte aber hat kein Werk eine Entwicklung genommen, die der des Weltpostvereins vergleichbar wäre. Der Weltpostverein beherrscht heute die ganze Welt; seine Herrschaft ist aber so sehr unseren Gemüthen angepaßt, daß man sozusagen überhaupt nichts von ihr merkt. Ein Europäer, der einen Brief nach Buenos Aires, Melbourne oder Seoul zu schicken hat, versteht ihn mit einer Freiheit und legt ihn in den ersten besten Briefkasten; dieser Vorgang ist so einfach, daß man gar nicht auf den Gedanken kommt, sich zu fragen, worin die Einrichtung, die so wunderbare Ergebnisse liefert, eigentlich besteht und wie sie beschaffen ist. Wir sind so sehr an die Er-

leichterungen, die uns die Post bietet, gewöhnt, daß wir uns schwer vorstellen können, diese Erleichterungen hätte es nicht ebenso wie sonstige Lebensnotwendigkeiten immer gegeben. Man braucht sich aber nur in die Zeit vor 50 Jahren zurückzuversetzen, um ganz andere Verhältnisse zu finden. Damals konnte der Absender eines Briefes nach Übersee ihn nicht einfach in den Briefkasten legen, weil er die Gebühren und Versendungsbedingungen nicht kannte. Er mußte sich also zum Postamt begeben. Dort erhielt er die nötige Auskunft nur nach langem Nachsuchen und auch nur dann, wenn er, was durchaus nicht immer der Fall war, einen Beamten antraf, der die Auskunft zu erteilen imstande war. Die Gebühr, die man ihm dann für seinen Brief abforderte, war oft so hoch, daß er auf die Absendung des Briefes ganz verzichtete oder ihn wieder mitnahm, um ihn leichter zu machen. Allgemein bediente man sich für Briefe nach Übersee eines besonderen Papiers, um das Gewicht der Briefe möglichst zu vermindern; man schrieb mit blauer Tinte, weil man sie für leichter hielt als schwarze Tinte: man faltete die Briefe einfach zusammen, damit ihr Gewicht nicht durch den Umschlag erhöht würde.

Alle diese Schwierigkeiten sind mit der Begründung des Weltpostvereins verschwunden. Wenn man die Entwicklung dieser wunderbaren Einrichtung verfolgt und sich vorstellt, wie der Weltpostverkehr immer mehr ausgebaut worden ist, bis er seinen heutigen Stand erreichte, so gibt das doch nur einen schwachen Begriff von der Summe von Arbeit und Geisteskraft, die diejenigen haben aufwenden müssen, die an der Begründung und dem Ausbau des Weltpostvereins beteiligt waren. Ein Gedanke, dessen Anwendung sehr einfach erscheint, wenn es sich um einige wenige Verwaltungen mit gut entwickelten Einrichtungen handelt, ist oft sehr schwer zu verwirklichen, wenn mehr als 100 Verwaltungen beteiligt sind, von denen manche sich noch in den Anfängen ihrer Entwicklung befinden. Wenn diese Schwierigkeiten kein Hindernis gewesen sind, um im Weltpostverein zu jeder Zeit die Fortschritte zu verwirklichen, die nötig waren, um die Posteinrichtungen auf der Höhe zu halten, so ist das dem Umstand zu danken, daß der Geist freiwilligen Entgegenkommens, der die Gründer des Vereins erfüllte, sich in der Folgezeit niemals verloren hat. Man hat einmal gesagt, auf den Postkongressen sei mehr das Gewicht als die Zahl der Stimmen von Bedeutung. Eben hierauf ist es zurückzuführen, daß sich im Weltpostverein die Bedürfnisse des Vereins und die der einzelnen Verwaltungen, die allgemeinen und die besonderen Interessen stets so gut miteinander vereinigen lassen. Die Postverwaltungen der Vereinsländer sind voneinander verschieden nicht nur nach dem Stande ihrer Entwicklung, sondern auch hinsichtlich ihrer Einrichtungen. Nicht selten kommt es vor, daß dieselbe Postverwaltung, die die eine Neuerung vorschlägt, sich zugleich außerstande erklärt, eine andere Neuerung durchzuführen, die an sich nicht weniger wichtig ist als die erste. Das liegt daran, daß die eine Neuerung mit den inneren Vorschriften der Verwaltung in Einklang steht, die andere dagegen nicht. Die Änderung der inneren Vorschriften aber ist nicht immer einfach eine Frage des guten Willens, sondern es spielen dabei die Gewohnheiten und Sitten der Bevölkerung, nicht minder auch die finanziellen Erfordernisse eine Rolle; auch kommt in Betracht, daß die verschiedenen Verwaltungen eines Landes ein Ganzes bilden, dessen

einzelne Teile im Einvernehmen miteinander arbeiten und den unerbittlichen Forderungen des Staatshaushalts Rechnung tragen müssen. Das große Verdienst der Männer, die den Weltpostverein geschaffen und weiter ausgebaut haben, ist, daß sie diese mannigfachen Verschiedenheiten untereinander auszugleichen und dabei doch die größtmöglichen Erfolge zu erzielen verstanden haben. Wenn je eine Einrichtung nach den Gesetzen eines wohlverstandenen Fortschritts ausgebaut worden ist, so ist es der Weltpostverein. Keine Neuerung ist durchgeführt worden, ohne daß Gewißheit dafür bestand, sie werde allgemein als ein Fortschritt empfunden werden. Jedoch begnügt sich der Weltpostverein nicht damit, einen Fortschritt durchzuführen, wenn die Zeit dafür gekommen ist; er ist auch darauf bedacht, Gedanken der Reise entgegenzuführen. Die Erfolge eines Postkongresses dürfen nicht lediglich nach den von ihm angenommenen Neuerungen beurteilt werden; vielmehr darf man auch die neuen Gedanken nicht vergessen, die in den Versammlungen des Vereins ausgesprochen werden. Ein auf einem Postkongreß abgelehnter Vorschlag ist nicht ein für allemal begraben: Der Gedanke bleibt vielmehr und erfüllt sich, wenn seine Stunde gekommen ist.

Wenn der Weltpostverein den Erfordernissen des inneren Dienstes der Vereinsländer in jeder Weise Rechnung trägt, so ist damit durchaus nicht gesagt, daß hinter diesen Erfordernissen die Fortschritte, die der Verein verwirklichen könnte, unter allen Umständen zurücktreten müßten. Im Gegenteil übt der Verein auf den inneren Dienst der Vereinsländer einen Einfluß aus, der nur allzu heilsam bezeichnet werden kann. Viele Verbesserungen, die im inneren Dienst der Vereinsländer durchgeführt werden, verdanken dem Weltpostverein ihre Entstehung, so daß dieser als ein großer Erzieher bezeichnet werden kann. Der Weltpostverein verwirklicht nicht nur allgemeine Grundsätze, auf denen sich ein guter Postdienst aufbauen soll, sondern er führt auch dazu, daß die leitenden Stellen aller Vereinspostverwaltungen Fühlung miteinander gewinnen; dabei ist die Vereinszeitschrift »L'Union postale« von besonderer Bedeutung, weil sie zu Vergleichem anregt und ein Eindringen in die Verhältnisse anderer Verwaltungen ermöglicht.

Während der ersten Zeitspanne seines Bestehens hat sich der Weltpostverein hauptsächlich nach der Richtung hin bemüht, sein Tätigkeitsgebiet weiter auszudehnen. In dieser Beziehung ist das zu erstrebende Ziel nahezu erreicht, denn mit wenigen Ausnahmen sind alle Länder der Welt dem Weltpostverein beigetreten. Daneben hat der Verein aber auch seinen inneren Ausbau und die Vereinheitlichung seiner Vorschriften ständig im Auge behalten. Bemerkenswerte Fortschritte auf diesem Wege sind namentlich auf den Postkongressen in Washington und in Rom gemacht worden. Es war so weit, daß man damals schon den Tag herannahen sah, an dem die seit Jahrzehnten geltende Auslandsbriefgebühr von 25 Centimen in den Beziehungen der Mehrzahl der Länder durch das »Pennh-Porto«, d. h. die Auslandsbriefgebühr von 10 Centimen, ersetzt werden würde. Leider hat der Weltkrieg diesen schönen Traum zerstört; er brachte einen jähen Rückschlag in den internationalen Postbeziehungen und führte zu Verhältnissen, die ungünstiger waren als selbst diejenigen im Jahre 1871, dem Jahre der Begründung des Weltpostvereins. Doch aber hat niemanden entmutigt. Auf dem Postkongreß zu Madrid gelang es, die einander entgegenstehenden

Interessen so weit zu vereinigen, daß die Vereinsverträge den veränderten Zeitbedürfnissen angepaßt werden konnten. Niemals mehr als in Madrid hat sich »das erste Weltparlament«, wie man die Postkongresse wohl genannt hat, dieser Bezeichnung würdig erwiesen. In dem er sich über den Widerstreit der Meinungen stellend nur darauf bedacht war, den höheren Interessen der Menschheit zu dienen, hat der Postkongreß zu Madrid ein neues Vertragswerk geschaffen, das, beweglicher als das alte, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich die meisten Länder befinden, Rechnung trägt und dabei doch die großen Grundregeln, die das Wesen des Weltpostvereins ausmachen, aufrechterhält.

Die Verbesserungen des Postaustausches, die die Vereinsländer eng miteinander verknüpft haben, haben in einer Gemeinsamkeit der Interessen geführt, wie sie früher nicht bestand. Kein Volk kann heute für sich, getrennt von den anderen Völkern, leben. Das Elend, das der Weltkrieg im Gefolge gehabt hat, und die Erschütterungen, die durch ihn hervorgerufen wurden, haben für jedermann deutlich gemacht, daß das Gedeihen der Völker und das Glück der einzelnen Menschen mehr als je von gegenseitigem Verstehen und Einmütigkeit der Meinung unter den Völkern abhängig ist. Beides aber ist im besonderen Maße im Weltpostverein vorhanden, der in dieser Beziehung nie versagt und selbst in den schweren Prüfungen ständig sein Ziel im Auge behalten hat. Die Werke des Friedens — hat ein Weiser gesagt — die nach und nach im Leben der Völker verankert sind, verschwinden niemals ganz, selbst nicht bei Katastrophen, wie sie von Zeit zu Zeit über die Völker hereinbrechen. Nun, der Weltpostverein ist nicht nur nicht verschwunden in den Zeiten des Unglücks, sondern ist stärker als je daraus hervorgegangen. Nach 50jährigem Bestehen nimmt er die erste Stelle unter den Einrichtungen ein, die darauf abzielen, die Menschheit zu einer großen Familie umzugestalten, deren Glieder überdies miteinander verbunden sind und in deren Schoß die Interessen und Rechte aller geachtet werden.

Wir können uns diesen Ausführungen, in denen die Denkschrift des Internationalen Büros die Bedeutung des Weltpostvereins würdigt, nur anschließen und möchten nur noch einige Punkte besonders hervorheben. Wenn das Internationale Büro darauf hinweist, daß der internationale Postverkehr dank dem Weltpostverein immer mehr ausgebaut worden sei, so ist dazu zu bemerken, daß der Verein zunächst nur den gegenseitigen Austausch von Brieffsendungen im Auge hatte, wie er noch heute in dem eigentlichen Weltpostvertrag, dem sogenannten Hauptvertrag, geregelt ist. Aber schon der Berner Vertrag sah eine Ausdehnung dieses Tätigkeitsbereichs vor, indem er bestimmte, daß der Austausch von Briefen mit Postangabe und von Postanweisungen zwischen den verschiedenen Ländern oder Ländergruppen Gegenstand besonderer Vereinbarungen sein sollte. Diese Vereinbarungen sind bald in Form von besonderen allgemeinen Verträgen abgeschlossen worden und haben eine Ergänzung gefunden in anderen allgemeinen Verträgen, die den Austausch von Postpaketen, die Geldeinzahlung und Wege des Postauftrags, den Zeitungsbezug durch die Post und neuerdings den bargeldlosen Zahlungsverkehr zum Gegenstand haben. Alle diese besonderen Verträge,

die sogenannten Nebenabkommen des Weltpostvereins, unterscheiden sich von dem Hauptvertrag darin, daß sie nicht für alle Vereinsländer verbindlich sind, sondern nur für diejenigen, die den Beitritt besonders erklären. Es ist also jedem Lande überlassen, ob es den Nebenabkommen beitreten will; auch schließt der Beitritt zu dem einen oder dem anderen oder auch zu mehreren Nebenabkommen in keiner Weise eine Verpflichtung in sich, auch den übrigen Nebenabkommen beizutreten. Die damit den Vereinsländern gelassene Freiheit der Entschließung hat sich als außerordentlich förderlich erwiesen; denn nur auf diesem Wege ist es ermöglicht worden, daß der Weltpostverein nach und nach alle Postdienstzweige in den Rahmen seiner Tätigkeit hat einbeziehen können. Im übrigen haben die Nebenabkommen des Weltpostvereins je länger, je mehr ihre werbende Kraft erwiesen, indem — bei dem einen Nebenabkommen mehr, bei dem anderen weniger — die Zahl der Teilnehmer an ihnen ständig größer geworden ist. Ganz besonders gilt dies von den Verträgen, die sich auf den Austausch von Postpaketen und von Postanweisungen beziehen. Bemerkenswert ist dabei, daß sich die werbende Kraft gerade dieser Verträge auch gegenüber solchen Verwaltungen erwiesen hat, die, wie England und die Vereinigten Staaten von Amerika, den betreffenden Vereinsverträgen bis heute nicht beigetreten sind, unter ihrer Einwirkung aber mit anderen Vereinsverwaltungen Sonderabkommen getroffen haben, die sich auf den Austausch von Postpaketen und Postanweisungen beziehen. Derselbe Gedanke — Vermeidung jeden Zwanges in Fragen, die nicht von allen Vereinsverwaltungen gleichmäßig geregelt werden können — spricht sich auch in zahlreichen Einzelheiten der Weltpostvereinsverträge aus: Neben den die Grundregeln behandelnden Muß-Vorschriften finden wir in mannigfachster Form Kann-Vorschriften, d. h. Vorschriften, bei denen es den Verwaltungen überlassen ist, ob sie von ihnen Gebrauch machen wollen oder nicht. Auch diese Kann-Vorschriften der Weltpostvereinsverträge haben immer wieder ihre werbende Kraft erwiesen. Es ist sehr lehrreich, zu beobachten, wie diese und jene Kann-Vorschrift nach und nach von immer mehr Verwaltungen angenommen wurde; wie Kann-Vorschriften sich in Muß-Vorschriften verwandelten; wie neue Kann-Vorschriften auftauchten und vielleicht zuerst wenige, dann immer mehr Verwaltungen zu gewinnen wußten; und wie so, alles in allem genommen, mancher Verkehrsschritt, der anfänglich nur wenige Anhänger fand, im Laufe der Zeit Allgemeingut geworden ist.

Über die Entwicklung des internationalen Postverkehrs in den letzten 50 Jahren bringt die Denkschrift des Internationalen Büros eine Reihe von statistischen Angaben, die vom Jahre 1875, dem Jahre des Inkrafttretens des Allgemeinen Postvereins, ausgehen und weiterhin bis zum Jahre 1910 die Zahlen für jedes fünfte Jahr bringen. Alsdann sind die Jahre 1913 (das letzte Jahr vor Beginn des Weltkriegs) sowie die Jahre 1916, 1919 und 1922 berücksichtigt; doch sind namentlich die Zahlen für 1913, 1916 und 1919 unvollständig, weil für diese Jahre bei weitem nicht alle Vereinsverwaltungen statistische Angaben geliefert haben. Trotz dieser Lücke der Statistik werden die nachfolgenden Zahlen für unsere Leser von Interesse sein:

Jahr	Briefsendungen		Wertbriefe und Wertkästchen			Postpakete		Postanweisungen			Postaufträge	
	Zahl der Länd- der	Zahl der abgesandten Sendungen	Zahl der Länd- der	Zahl der abgesandten Sendungen	Wertangabe (in Franken)	Zahl der Länd- der	Zahl der abgesandten Sendungen	Zahl der Länd- der	Zahl der eingezahlten Post- anweisungen	Betrag (in Franken)	Zahl der Länd- der	Zahl der ab- gesandten Aufträge
1875	15	143 958 799	9	685 173	556 613 329	9	4 739 121	12	918 591	67 991 274	—	—
1880	39	335 621 487	21	2 130 502	1 357 109 482	13	4 905 913	26	2 381 634	153 365 193	—	—
1885	54	475 406 125	23	2 071 248	1 382 502 923	23	6 559 720	29	3 860 827	242 860 793	8 (1886)	402 01
1890	41	592 363 083	25	2 212 815	2 081 661 393	33	12 660 431	33	8 535 628	644 589 883	9	220 4
1895	66	794 909 890	34	2 219 412	2 071 337 452	55	17 876 271	45	11 302 467	751 011 795	12	402 06
1900	62	1 151 700 680	34	2 784 493	2 691 662 890	52	31 100 333	44	16 946 651	981 138 824	17	693 90
1905	86	1 654 799 757	55	2 730 335	2 802 443 587	77	42 058 099	73	23 758 009	1 473 402 603	26	818 20
1910	94	2 241 755 513	58	2 788 314	4 878 308 665	81	58 698 053	76	34 182 908	2 279 375 674	41	1 079 81
1913	84	2 439 288 306	57	2 851 179	4 577 928 667	77	64 738 350	63	33 055 961	2 329 809 897	13	346 27
1916	41	672 146 080	31	690 062	513 603 055	40	12 073 704	38	11 922 855	668 012 786	12	37 78
1919	54	755 178 125	38	1 106 208	1 374 418 064	47	21 665 373	48	17 654 399	888 854 057	15	18 30
1922	100	2 383 658 645	76	3 268 778	1 340 366 112	99	36 025 348	94	14 287 314	1 788 052 276	22	1 972 88

Nach dieser Statistik, die natürlich — auch abgesehen davon, daß sie die schon erwähnten Lücken enthält und nicht alle Dienstzweige umfaßt — nur ganz rohe Angaben bringt, ist von der Begründung des Weltpostvereins bis zum Jahre 1913, dem letzten Jahre vor dem Weltkrieg, eine lebhaft und stetige Verkehrszunahme zu verzeichnen, die

beim Briefverkehr 1 595 v. H.,
beim Wertbrief- und Wertkästchenverkehr 316 v. H.
(Zahl der Sendungen) und 723 v. H. (Wertbetrag),
beim Postpaketverkehr 1 266 v. H.,
beim Postanweisungsverkehr 3 500 v. H. (Zahl der Anweisungen) und 3 331 v. H. (Betrag)

ausgemacht hat. Beim Postauftragsverkehr beträgt die Zunahme bis 1910 (für 1913 sind die Angaben offenbar lückenhaft) 168 v. H.

Daß infolge des Weltkriegs die Entwicklung des Weltpostverkehrs allgemein nicht nur gehemmt worden ist, vielmehr durchweg ein Verkehrsrückgang eingetreten ist, kann nicht wundernehmen, denn ein Verkehr kann nur unter friedlichen Verhältnissen gedeihen. Nach Beendigung des Weltkriegs hat der Weltpostverkehr allmählich wieder zugenommen und beim Briefverkehr seinen früheren Umfang im Jahre 1922 nahezu bereits wieder erreicht, während von den übrigen Verkehrszweigen vor allem der Postpaketverkehr und der Postanweisungsverkehr 1922 noch weit hinter ihrem früheren Umfang zurückblieben. Beim Wertbrief- und Wertkästchenverkehr war 1922 die Zahl der Sendungen höher als vor dem Kriege, während die Höhe der Wertangabe nur etwa ein Drittel der früheren Summen erreichte. Der Postauftragsverkehr wies 1922 ebenfalls höhere Zahlen auf als zuletzt vor dem Kriege, wobei aber nicht zu ersehen ist, ob die einzuziehenden und eingezogenen Beträge in die Höhe gegangen oder zurückgegangen sind.

Wenn eine Vereinigung von der Größe und Bedeutung des Weltpostvereins seine 50jährige Jubelfeier begeht, so taucht ganz unwillkürlich die Frage auf, wer denn eigentlich den Gedanken zu dem Werke gehabt und wer ihn in die Wirklichkeit umgesetzt habe. Erfreulicherweise sind Deutschland und sein großer Generalpostmeister Stephan hierbei in hervortretender Weise beteiligt, wie denn auch die schon erwähnte Denkschrift des Internationalen Büros des Weltpostvereins ihre Ausführungen über den Berner Postkongreß von 1874 mit

dem Hinweis beginnt, daß die Anregung zu dem Kongreß von der Deutschen Regierung ausgegangen sei, daß Deutschland den vom Kongreß zu beratenden Entwurf eines allgemeinen Postvereinsvertrags ausgearbeitet habe und daß Stephan der Urheber dieses Vertragsentwurfs sei. In einer Anmerkung hierzu führt das Internationale Büro aus: »Wie es bei allen Erfindungen und großen Reformen der Fall ist, wird die Vaterschaft des Weltpostvereins von verschiedenen Seiten in Anspruch genommen, namentlich von einem ehemaligen dänischen Postbeamten, Joseph Michaelsen, der sich schon gegen 1859 mit der Frage beschäftigt haben soll. Es ist uns nicht möglich, zu prüfen, welchen Anteil dieser letztere an der Gründung des Weltpostvereins gehabt hat. Aber wir müssen, ohne seine Verdienste irgendwie mindern zu wollen, darauf hinweisen, daß ein Werk wie der Weltpostverein nicht als eine Schöpfung eines einzelnen angesehen werden kann. Der Weltpostverein ist aus einem allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnis heraus entstanden. Dieses Bedürfnis ist es, das zu der Pariser Konferenz des Jahres 1863 geführt hat, zu der die Anregung von den Vereinigten Staaten von Amerika ausging. Schon im Jahre 1811 hatte ein deutscher Schriftsteller, Albin Krieger, geschrieben: »Die Wechselwirkung zwischen ihr (der Post) und jedem Kulturverhältnis aller zivilisierten Nationen ist so vielfach und unzertrennlich, daß man sie als Weltpostanstalt betrachten muß, wenn man ihren ganz hohen Wert fassen will«. Der Weltpostverein ist in der Wirklichkeit eine Schöpfung von vielen. Wie Stephan selbst auf dem Kongreß zu Wien gesagt hat, handelte es sich nur darum, einen Gedanken zu verwirklichen, den »in der Luft lag«.« — Soweit die Ausführungen der Denkschrift des Internationalen Büros. Wir können hinzufügen, daß — wie im »Buche von der Weltpost« von Beredarius zu lesen — schon 90 Jahre vor Albin Krieger der Dresdener Kommerzienrat Marperger etwas wie eine Vorahnung des Weltpostvereins vorgezeichnet hat, wie er schrieb: »Wie schön würde es auch nicht sein, wenn durch die ganze Welt (welches aber niemals zu hoffen ist) eine amicable Korrespondenz zwischen Nationen und Nationen sein sollte, wenn Europäische Potentaten sich bemühten, mit denen Asiatischen und Barbarischen Prinzen ein solches Abkommen zu treffen, daß die gegenseitige Handlung zwischen beiderseits Unterthanen in Schwung käme«; wir können anführen, daß — was der Fachliteratur gelegentlich schon erwähnt, aber nicht

Allgemein bekannt ist — in dem zu Frankfurt (Main) von dem Tagischen Hofrat von Herrfeldt herausgegebenen »Archiv für Postwesen« im Jahre 1841 eine Abhandlung erschienen ist, in der, ausgehend davon, daß die Idee zu einem deutschen Postverein gegeben sei, und auf Beantwortung der Frage, wie derselbe nach den Eigentümlichkeiten der Staatsinteressen und des Postwesens ausführbar sei, »die Grundlagen zu einem Weltpostverein« angedeutet wurden; wir können darauf hinweisen, daß — wie übrigens auch in der Denkschrift des internationalen Büros dargelegt ist — der Deutsch-österreichische Postverein auf seiner Konferenz zu Berlin im Jahre 1851 bereits den Gedanken eines europäischen Postvereins behandelt hat. In allen diesen Fällen aber handelte es sich, ebenso wie bei der Anregung Michaelis im Jahre 1859, mehr um theoretische Erwägungen, als denn auch noch die auf Anregung der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1863 in Paris abgehaltene Postkonferenz noch nicht entfernt an die Gründung einer internationalen Postgemeinschaft dachte, sondern sich auf die Aufstellung einer Anzahl von Grundsätzen beschränkte, die zweckmäßig bei Vereinbarung internationaler Postverträge anzuwenden seien. Im Gegensatz dazu hatte Stephan, wie sich aus seiner »Denkschrift, betreffend den Allgemeinen Post-Congreß«, die er 1868 verfaßt hatte, ergibt, von Anfang an den Gedanken, dem Postkongreß, dessen Einberufung er wünschte, nicht ein Programm theoretischer Thesen zur Erörterung vorzulegen, sondern ihm die positive Aufgabe zu stellen, einen Vertrag zustande zu bringen, durch den auf postalischem Gebiet eine lebenskräftige Gemeinschaft geschaffen, die internationalen Schranken aus dem Wege geräumt und die Motive entfernt würden, deren Bestehen bisher häufig im Gegensatz in den Interessen und zu Sonderstellungen geführt habe.

Stephan selbst hat zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß es zum Zustandekommen des Weltpostvereins der Zusammenarbeit von vielen bedurft habe und daß das Vereinswerk die Krönung einer langen Entwicklung gewesen sei. So hat er in der Schlussitzung des Postkongresses zu Bern, als der Präsident des Kongresses, Bundesrat Borel, Deutschlands Verdienst an der Begründung des durch den Allgemeinen Postvereinsvertrag geschaffenen Werkes mit lebhaften Worten lobte, geantwortet: »Was das Verdienst anbelangt, erlauben Sie mir, dies von uns abzuweisen. Wenn Deutschland die Initiative zu unserem gemeinschaftlichen Werke ergriffen hat, so ist das eine einfache Tatsache, kein Verdienst: Die wahre Initiative aller Werke dieser Art geht von dem Geiste des Fortschritts unserer Aera und dem zivilisierenden Genius der Menschheit aus. Alle diejenigen, welche auf den verschiedenen Gebieten der Entwicklung des Menschengeschlechts zum Zwecke des Fortschritts tätig gewesen sind, haben teil am Zustandekommen des von uns soeben vollendeten Werkes. Und in dieser Hinsicht denke ich, daß, wenn ein Verdienst in Frage kommen kann, es uns geziemt, unsere Blicke auf diejenigen zu lenken, welche vor uns — es sind einige dreißig Jahre (sich gegen den Vertreter Großbritanniens wendend) — das Werk der Postreform begonnen, und auf diejenigen, welche, indem sie die Initiative zur Postkonferenz von Paris im Jahre 1863 ergriffen (sich gegen den Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika wendend) den Boden für unsere gemeinschaftlichen Arbeiten so gut vorbereitet haben. Wenn unsere Bemühungen in so kurzer Zeit zu dem gewünsch-

ten Ergebnis gelangt sind, so ist dies das Verdienst der tätigen und erleuchteten Mithilfe der in diesem Saale vertretenen Regierungen, welche sämtlich von der Größe der uns gestellten Aufgabe beseelt sind Wenn Deutschland es unternahm, den verschiedenen Regierungen die Vorschläge, welche unserer gemeinschaftlichen Arbeit als Grundlage gedient haben, vorzulegen, so war es dabei von der inneren Überzeugung geleitet, daß es im voraus die Sympathien der zivilisierten Staaten für ein Werk erlangte, welches den Frieden, die allgemeine Wohlfahrt und die Brüderlichkeit der Völker zum Zwecke hat, und es war vollständig sicher, daß bei einem Reformwerk dieser Art jede Regierung Bundesgenossin sein werde. In Übereinstimmung mit den an diesem Vertrag teilnehmenden Regierungen zur Verwirklichung eines Schrittes auf diesem Wege beigetragen zu haben, das ist die einzige Ehre, nach welcher Deutschland strebt, und in diesem Sinne glaube ich die Bezeugung ihrer Teilnahme, welche uns immerhin ein kostbares Andenken sein wird, annehmen zu können.« In derselben Weise sprach sich Stephan im Deutschen Reichstag aus, als bei Beratung des Allgemeinen Postvereinsvertrags die Bedeutung des geschaffenen Werkes und sein persönlicher Anteil daran mit Worten lebhafter Anerkennung gewürdigt worden war, indem er ausführte, daß solche Ergebnisse, wie sie der Postkongreß in Bern gezeitigt habe, nicht das Verdienst einzelner seien, sondern daß ihre wahre Urheberchaft in den bewegenden Ideen des Zeitalters liege, das seine Inspirationen empfangen, und an deren Ausführung alle denkenden Geister der Zeit mitarbeiteten.

Man sieht, daß Stephan durchaus die Verdienste aller derer gewürdigt hat, die an dem Zustandekommen des durch den Allgemeinen Postvertrag von Bern verwirklichten Weltpostvereinsgedankens mitgearbeitet haben. In der Tat verdienen ebenso alle die Männer Dank und Anerkennung, die vor dem Berner Postkongreß den Boden für das Weltpostvereinswerk vorzubereiten geholfen haben, wie diejenigen, die in Bern bemüht waren, für das heute so stolze Weltpostvereinsgebäude den Grund- und Unterbau zu errichten. Dank und Anerkennung gebührt auch allen denen, die auf späteren Postkongressen und Postkonferenzen das in Bern so glücklich begonnene Werk weitergeführt haben, ferner denen, die in treuer und stiller Arbeit am Schreibtisch oder im Betriebsdienst für den Ausbau und die Durchführung des Weltpostvereinsgedankens tätig gewesen sind, nicht zuletzt auch dem Internationalen Büro des Weltpostvereins, das es sich stets hat angelegen sein lassen, den Vereinsgedanken tatkräftig zu fördern. Die Männer, denen danach bei der Jubelfeier des Weltpostvereins Dank, lebhafter Dank für ihre erfolgreiche Arbeit gezollt werden muß, verteilen sich auf das ganze Gebiet des Weltpostvereins, also auf alle Länder. Wir Deutsche wollen gewiß den in allen Landen zerstreuten Mitarbeitern am Weltpostvereinsgedanken und Weltpostvereinswerk volle Gerechtigkeit zuteil werden lassen; aber wir wollen uns auch dessen freuen, daß es Deutschland vergönnt gewesen ist, an dem Aufbau und Ausbau des Weltpostvereins in besonderem Maße beteiligt zu sein. Groß ist die Zahl der Männer in Deutschland, die in den letzten 50 Jahren für den Weltpostverein und sein Gedeihen gewirkt und gestrebt haben. Allen voran aber steht der Generalpostmeister Stephan, der in seiner schon erwähnten »Denkschrift, betreffend den Allgemeinen Post-Congreß«, dem Gedanken einer internationalen Postgemeinschaft ebenso

klar wie eindringlich Ausdruck gegeben, diesen Gedanken beharrlich weiterverfolgt und es schließlich dahin gebracht hat, daß auf dem Postkongreß zu Bern ein von ihm ausgearbeiteter, den Gedankengang seiner Denkschrift wiedergebender Vertragsentwurf zur Beratung gestellt werden konnte, der dann die Grundlage für den in Bern vereinbarten Allgemeinen Postvereinsvertrag bildete, aus dem bald der Weltpostvertrag wurde. Mag es richtig sein, daß, wie Stephan selbst ausgeführt hat, nicht einem einzelnen das Verdienst an der Begründung des Weltpostvereins zuerkannt werden kann: Stephan verdient doch, wie er vielfach genannt worden ist, den Ehrentitel eines Gründers des Weltpostvereins, denn er ist es, der das Bedürfnis der Zeit nach einer anderen Gestaltung des internationalen Postverkehrs erkannt und der zugleich die Form zu finden gewußt hat, in der der nach seinem eigenen Ausspruch »in der Luft liegende« Gedanke einer internationalen Postgemeinschaft verwirklicht werden konnte und tatsächlich verwirklicht worden ist.

Über die unmittelbare Vorgeschichte des Allgemeinen Postvereinsvertrags vom Jahre 1874 hat Stephan im Reichstag folgendes angeführt: »Durch die persönliche Entschliebung des Kaisers Wilhelm I. sind bereits im Jahre 1868 — d. h. in demselben Jahre, in dem Stephan seine Denkschrift verfaßt hatte, und offenbar veranlaßt durch sie — Schritte zur Einleitung von Verhandlungen anbefohlen worden, um ein Einverständnis auf der Grundlage herbeizuführen, wie sie durch den Allgemeinen Postvereinsvertrag angenommen worden sind. Eine erneute Anregung zu diesem Werke des Friedens erfolgte durch einen Erlaß an den Botschafter in Paris, der das Datum des 6. Juni 1870 trägt; und es ist gewiß eine denkwürdige Tatsache, daß wir so wenige Tage vor dem Ausbruch des blutigen Krieges noch nicht die geringste Ahnung davon hatten, daß uns ein solcher Kampf bevorstand. Als der Klang der Waffen verhallt war, wurde unter anderem auch diese Friedensarbeit vorgenommen und so weit gefördert, daß wir hoffen durften, den Kongreß im Jahre 1873 zustandekommen zu sehen. Es traten im letzten Augenblick Schwierigkeiten ein, und es mußte der Aufschub bis 1874 erfolgen, eine Verzögerung, die dem Werke indessen nur förderlich gewesen ist, da die demselben zugrunde liegenden Ideen in der Zwischenzeit mehr Eingang fanden und die Geister mit manchen Vorschlägen, die anfangs hier und da für unausführbar, ja für utopistisch gehalten wurden, sich doch so weit befreundeten, daß diese Ideen Farbe und Gestalt gewannen.« Besonders zu gedenken ist noch der Mitwirkung der Schweizerischen Regierung, die auf Deutschlands Anregung die Einberufung des Allgemeinen Postkongresses nach Bern unternahm und durch ihr Wirken wesentlich zum Gelingen des Werks beigetragen hat.

Stephans Denkschrift ist zuerst in der am 3. August 1871 erschienenen Nr. 15 des Amtsblatts der wenige Monate zuvor ins Leben getretenen Deutschen Reichs-Postverwaltung der Öffentlichkeit übergeben worden. Der Wortlaut der Denkschrift ist wenig mehr bekannt. Wir glauben, bei der jetzigen Jubelfeier des Weltpostvereins das Andenken Stephans und sein unvergängliches Verdienst um die Begründung und den Aufbau des Vereins nicht besser ehren zu können, als indem wir die Denkschrift vollinhaltlich abdrucken und sie mit Bemerkungen begleiten, die einerseits die Bedeutung der in der Denkschrift niedergelegten Gedanken und das Neue an ihnen erkennen lassen, andererseits zur An-

schauung bringen, wie sehr das Weltpostvereinswerk noch heute von dem Geiste, wie er in Stephans Denkschrift ausgedrückt war, beherrscht wird.

Denkschrift,

betreffend den allgemeinen Post-Congreß.

(Der Ausbruch des Krieges mit Frankreich verhinderte zunächst die Vervollstreckung der Aufgaben, welche in dieser, seiner Zeit im General-Postkongreß verfaßten Denkschrift hingestellt und von dem Herrn Bundeskanzler genehmigt worden waren.)

Von der Mehrzahl der Europäischen Postverwaltungen sowie von der Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika ist in den letzten Jahren eine Reihe von Verträgen abgeschlossen worden, deren Gesamteinhalt eine Annäherung gewisser Grundanschauungen bekundet, auf denen die derzeitige Regelung der internationalen Postbeziehungen beruht¹⁾.

Das Terrain ist soweit vorbereitet, um mit Sicherheit der Frage nähere treten zu können, ob sich nicht noch umfassendere Resultate bezüglich der einheitlichen Gestaltung des Welt-Postverkehrs erreichen lassen, wenn jener centralen Entwicklung der Ansichten ein fester Kern durch Berufung eines allgemeinen Post-Congresses gegeben würde.

Diesem Congresse würde nicht ein Programm theoretischer Thesen zur Erörterung vorzulegen, sondern eine positive Aufgabe zu stellen sein, unter sämtlichen Theilnehmern womöglich einen Vertrag zu Stande zu bringen²⁾, durch welchen auf postalischem Gebiete eine leber-

¹⁾ Damit wird Bezug genommen auf die Grundsätze, die auf Anregung der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1863 in Paris stattgehabte Konferenz aufgestellt hatte. Zu dieser Konferenz, die den Zweck hatte, die im internationalen Postverkehr bestehenden Übelstände zu besprechen und die Mittel zu erörtern, die geeignet waren, den Übelständen abzuweichen, hatten 17 Regierungen, darunter diejenigen Preußens und der deutschen Hansestädte, Vertreter entsandt. Die Konferenz einigte sich nach langen Verhandlungen auf 31 Grundsätze, die nicht verbindlich waren, aber fortan bei Abschließung von Postverträgen maßgebend sein sollten. Unter dem Einfluß der von der Konferenz als zweckmäßig empfohlenen Grundsätze gewannen die den folgenden Jahren abgeschlossenen Postverträge eine gewisse Einheitlichkeit; doch waren die wichtigsten Fragen in Paris gelöst geblieben, insbesondere hatte man sich weder über ein einheitliches Briefporto, noch über die Art und Weise der Berechnung des Briefportos zu einigen vermocht.

²⁾ Die Anregung, auf dem Kongreß einen Vertrag abzuschließen und dadurch eine internationale Postgemeinschaft zu gründen, war ein besonders wesentlicher Punkt der Stephanschen Denkschrift. Auf der Pariser Konferenz des Jahres 1863 hatte es sich darum gehandelt, gewisse Grundsätze aufzustellen, die die Abschließung der einzelnen Postverträge soviel als möglich maßgebend sein sollten. Stephan dagegen wünschte die Abschließung eines allgemeinen Vertrags, durch den die Länder in organisirtem Postwesen umfassender Postverein gegründet werden sollte. Diesen grundsätzlichen Fortschritt, den der Stephanische Vorschlag gegenüber der Postkonferenz von 1863 bedeutete, der Leiter der Schweizerischen Postverwaltung, Bundesrat Boller, als Vorsitzender des Postkongresses zu Bern im Jahre 1874 treffend hervorgehoben, indem er ausführte: »Damals (nämlich auf der Pariser Konferenz im Jahre 1863) handelte es sich nicht um die Feststellung der Bestimmungen eines allgemeinen Vertrags, sondern einfach nur um den Austausch von Ideen und ein gemeinschaftliches Studium der Tatsachen der Praxis, aus denen man Grundsätze ableiten könne, die bestimmt seien, den Postverwaltungen als Führer und als Grundlage für die Verträge zu dienen, welche möglicherweise abzuschließen sein würden. Das Resultat der Beratungen der Zusammenkünfte in Paris im Jahre 1863 beschränkte sich also auf eine Erklärung von Grundsätzen ohne obligatorischen Charakter, welche aber der Mehrheit nach, dank der stillschweigenden Zustimmung der Regierung von dem Gebiet der Theorie auf das der Praxis überging.

räftige Gemeinschaft geschaffen, die einzelnen internationalen Schranken nebst den daraus hervorgehenden Verschiedenheiten und formellen Erschwerungen thunlichst hinweggeräumt, insbesondere aber die Motive entfernt wurden, deren Bestehen bisher häufig zu Gegenständen in den Interessen und zu Sonderstellungen geführt hat.

Sollte dieses Ziel bezüglich aller Theilnehmer eines Kongresses für jetzt noch nicht zu erreichen sein, so wäre immerhin nicht ausgeschlossen, ja zu empfehlen, eine solche engere Gemeinschaft unter denjenigen Gliedern herbeizuführen, welche sich zu den aufgestellten Principien bekennen.

Was den Punkt der praktischen Ausführbarkeit betrifft, so dürfen die Deutschen Postverwaltungen und die Österreichische Postverwaltung auf die Resultate hinweisen, welche von ihnen durch Gründung und Ausbildung des Postvereins, insbesondere auf den Konferenzen zu Berlin 1851 und zu München 1857 unter Verhältnissen erreicht worden sind, die wegen der Ausdehnung auf die Fahrpost nicht geringe Schwierigkeiten darboten^{*)}.

Heute dagegen scheint der Augenblick zu einem entscheidenden Schritte auf dem von der internationalen Konferenz zu Paris eröffneten oder vielmehr angezeigten Wege gekommen zu sein. Die von der Postverwaltung des deutschen Reichs gemachten Vorschläge, welche die Bildung eines Postvereins, der alle Länder mit regelmäßig organisiertem Postdienst in sich schließt, zum Zweck haben, werden die Grundsätze, welche im Jahre 1863 proklamirt wurden und auf welche sich die seither abgeschlossenen Postverträge stützen, des weiteren entwickeln, indem sie dieselben allgemeiner machen und eine einheitliche Anwendung sichern.^{*)}

^{*)} Der Deutsch-Österreichische Postverein war in der That die erste, eine Vielheit von Postverwaltungen umfassende Postgemeinschaft. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Erfahrungen des Deutsch-Österreichischen Postvereins in mancher Beziehung vorbildlich waren für die auf dem Postkongreß zu Bern im Jahre 1874 gefaßten Beschlüsse. Auf diesen Punkt hat Stephan im Reichstag bei Beratung des Berner Allgemeinen Postvereinsvertrags vom 9. Oktober 1874 hingewiesen, indem er ausführte: »Die Tatsache, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn seit einer Reihe von Jahren bereits ein Postverein bestand, der die Möglichkeit und große Zweckmäßigkeit solcher Einrichtungen in ausgezeichnete Weise dargetan hatte, ist bei den Verhandlungen von besonderem Gewicht gewesen. Wir haben uns oft in der Lage befunden, darauf hinweisen zu können, wenn sich in Bern Schwierigkeiten ergaben.«

Im übrigen verdient hervorgehoben zu werden, daß sich der Deutsch-Österreichische Postverein bereits auf der Postkonferenz in Berlin im Jahre 1851 mit der Frage eines europäischen Postvereins befaßt hat. Damals unterbreiteten Preußen und Österreich der Konferenz eine Vorlage, in der es hieß: »Es wird für höchst werthvoll erachtet, eine größere Gleichförmigkeit und Erleichterung des Postverkehrs, wie solche durch den Deutsch-Österreichischen Postverein für Deutschland erzielt worden ist, auch für den Verkehr mit anderen Ländern herbeizuführen. Zu diesem Ende werden Verabredungen wegen des Erlasses von Einladungen zur Beschickung eines europäischen Postkongresses an die fremden Staaten, ferner wegen der Vertretung des Deutschen Postvereins bei den Unterhandlungen sowie wegen der dem europäischen Postkongresse zu machenden Propositionen zu treffen sein.« Und in einem Promemoria der Thurn- und Taxischen Postverwaltungieß es: »Einen der wichtigsten Beratungsgegenstände der gegenwärtig in Berlin tagenden Deutschen Postvereinskongferenz bildet die Verabredung der Grundsätze für den Abschluß neuer Verträge mit fremden Staaten. Die dieser Beratung zugrunde liegende Idee ist die Erweiterung des nunmehr fast vollständig ins Leben getretenen Deutsch-Österreichischen Postvereins zu einem europäischen Postverein.« Die Frage wurde damals in einer besonderen Kommission behandelt, die beantragte, in den Vertrag einen Artikel aufzunehmen, wonach die österreichische und die preussische Regierung zur Unterhandlung mit den außerdeutschen Staaten über den internationalen Postverkehr förmlich ermächtigt werden sollten. Die Vollversammlung der Konferenz glaubte diesen Antrag nicht annehmen zu können, sprach aber im Protokoll den Wunsch aus: »Die österreichische und die preussische Regierung

Ein weiterer Schritt von großer Tragweite, namentlich bei der Anwendung auf die Europäischen Postverhältnisse: die gänzliche Beseitigung des Transitportos, scheiterte auf der Konferenz zu Karlsruhe im Jahre 1866 an dem Widerstande der Hannoverschen und der Thurn- und Taxischen Postverwaltung, mit deren beiderseitigem Eingehen demnächst auf der Konferenz zu Berlin im Jahre 1867 auch dieser wichtige Schritt erfolgte. Zugleich thaten die Ergebnisse dieser Konferenz dar, daß auch ohne das formelle Band eines in bestimmten Normen constituirten Vereins die Herstellung einer entsprechenden Verkehrsgemeinschaft wohl ausführbar sei.

Als wesentlichste Grundlagen der Beratungen über die neue Gestaltung möchten folgende, hier nur in Kürze angegebene Punkte in Betracht kommen.

1. Das einheitliche Verkehrsgebiet würde vorerst aus folgenden Ländergebieten bestehen^{*)}.

Europa nebst Russisch-Asien, der Asiatischen Türkei und Egypten, Algerien, den Spanischen Besitzungen in Nord-Afrika, den Canarischen Inseln und Madeira, ferner aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Canada, den sonstigen Britischen Besitzungen in Nord-Amerika und Grönland^{*)}.

^{*)} Event. die ganze nördliche Hemisphäre, soweit sie Culturländer mit Staats-Postanstalten besitzt, wobei diejenigen Staaten, von denen nur ein Theil in die nördliche Hemisphäre reicht, ganz mit einzubegreifen sein würden.

2. Das Briefporto für den internationalen Austausch innerhalb des ganzen Postbereichs ad 1 betrage ohne Unterschied des Abendungs- und Bestimmungsortes^{*)}: für einen frankirten Brief 20 Centimes, für einen unfrankirten Brief 40 Centimes.

sollen von den sämtlichen übrigen Mitgliedern des Deutsch-Österreichischen Postvereins ersucht werden, die außerdeutschen Staaten zur Unterhandlung über die Herbeiführung gleichmäßiger Tarifierungsgrundsätze und gleichförmiger Normen für die Transitleistung, ferner gleichförmiger Vorschriften über die Behandlung der Postsendungen und über das Expeditionsverfahren für den internationalen Postverkehr einzuladen und das Ergebnis dieser Unterhandlung der nächsten Postkonferenz zur weiteren Berücksichtigung vorzulegen.« Eine unmittelbare Folge hat diese Anregung indes nicht gehabt, weil es für zweckmäßig erachtet wurde, zunächst die Ergebnisse der mit einer Reihe von Staaten schwebenden Verhandlungen abzuwarten. Erst Stephan war es vorbehalten, in seiner Denkschrift den Gedanken wieder aufzunehmen und ihm zugleich eine solche Form zu geben, daß er, wie dann in dem Berner Allgemeinen Postvereinsvertrag geschehen, mit allen wesentlichen Einzelheiten in die That umgesetzt werden konnte.

^{*)} Im wesentlichen in dem hier bezeichneten Umfang trat der Allgemeine Postverein am 1. Juli 1875 ins Leben, denn ihm gehörten zu diesem Zeitpunkt an: die Länder Europas (mit Ausnahme von Frankreich, das nebst Algerien erst am 1. Januar 1876 dem Verein beiträt), die Vereinigten Staaten von Amerika und Egypten.

Daß sich der Verein inzwischen über die ganze Welt ausgedehnt hat, ist bekannt. Außerhalb des Vereins stehen gegenwärtig nur noch folgende Länder und Ländergebiete: in Afrika: Nigeria, Nyassaland und Nord-Rhodesia; in Asien: Afghanistan, Arabien, Siam, die malaischen Staaten Johore und Trengganu, die Saksiden und die Malediven; in Australien: die Tonga- oder Freundschaftsinseln. Wenn das Europäische und das Asiatische Rußland, die vor dem Kriege dem Weltpostverein angehört haben, auf dem Postkongreß zu Madrid nicht vertreten waren und dem Weltpostvertrag von Madrid nicht beigetreten sind, so ist das eine Folge der durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse. Es ist anzunehmen, daß Rußland in nicht ferner Zeit wieder in die Reihe der Vereinsländer eintreten wird.

^{*)} Das ohne Unterschied des Abendungs- und Bestimmungsortes einheitliche und zugleich niedrige Briefporto war ein besonders wichtiger Punkt des Stephanischen Vorschlags.

- a) Kommt eine Seebeförderung von mehr als 300 Knoten in Betracht, so wird außerdem als Vergütung zur Deckung der desfallsigen Kosten ein Seeporlo in Anwendung gebracht, welches jedoch

Wenn von Einheitlichkeit und Billigkeit des Briefportos die Rede ist, darf Rowland Hill und seine Briefportoreform vom Jahre 1840 nicht unerwähnt bleiben. Durch ihn erhielt England, das bis dahin die höchsten Briefportosätze gehabt hatte, in dem Pennyporto ein für das ganze Land einheitliches und zugleich so niedriges Briefporto, wie es vorher für unmöglich angesehen worden wäre. Englands Beispiel fand alsbald Nachahmung: Alle anderen Länder folgten seinem Vorgehen; doch gingen die meisten Postverwaltungen nicht, wie England, unvermittelt zu niedrigen Einheits-Briefportosätzen über, sondern führten zunächst einen Zonentarif mit wenigen Abstufungen ein und nahmen erst später einen Einheitsstarif an. Diese völlige Umgestaltung der Inlandsbriefstarif konnte auf die Gestaltung des Postverkehrs der Länder untereinander nicht ohne Einfluß bleiben. Allerdings waren hier die Schwierigkeiten, die einer Vereinheitlichung und Verbilligung der Briefgebühren entgegenstanden, unendlich viel größer als im inneren Verkehr der einzelnen Länder. Im Auslandsverkehr setzten sich die Gebühren im allgemeinen aus denjenigen des Aufgabe- und des Bestimmungslandes zusammen; schon daraus ergaben sich mancherlei Ungleichheiten und Schwierigkeiten, da die Gebühren der verschiedenen Länder nicht nach gleichen Grundsätzen aufgebaut waren. Weitere Ungleichheiten entstanden bei den über dritte Länder beförderten Briefsendungen durch die diesen Ländern zukommenden Durchgangsgebühren, die ebenfalls nach ganz verschiedenen Grundsätzen bemessen und meist sehr hoch waren. Nur einige Beispiele für die Umständlichkeit und Höhe der Auslandsbriefgebühren vor 1863: Ein Brief aus Deutschland nach Rom kostete bei der Leitung über die Schweiz 68 Pf., über die Schweiz und weiter von Genua ab mit französischem Schiff 90 Pf., über Österreich 48 Pf., über Frankreich 85 Pf. Vorausbezahlung des ganzen Briefportos durch den Absender war nur bei der Leitung über Frankreich möglich, während auf den anderen Wegen die Freimachung nur bis zur Grenze des Kirchenstaates erfolgen konnte. Ein einfacher Brief aus Nordamerika nach Australien kostete je nach dem Zeitweg bis 102 Cents (nach deutschem Gelde etwa 4 M 30 Pf.). Die Postkonferenz zu Paris im Jahre 1863 ließ die Frage des Briefportos völlig ungelöst. In der Folgezeit wurden zwar in Einzelverträgen manche Vereinfachungen und Verbilligungen der Briefgebühren für den Auslandsverkehr vereinbart, doch blieben vielgestaltige und hohe Briefgebühren im allgemeinen schon deshalb bestehen, weil die Notwendigkeit der Abrechnung mit den anderen Verwaltungen über die Briefgebühren und das Bestehen der hohen Briefdurchgangsgebühren bei den über dritte Länder beförderten Sendungen einer durchgreifenden Reform der Briefgebühren im Wege standen. Es war deshalb, man kann wohl sagen, ein kühner Vorschlag, wenn Stephan für den neu zu gründenden Postverein ein ohne Unterschied des Absendungs- und Bestimmungsortes einheitliches und zugleich außerordentlich niedriges Briefporto eingeführt wissen wollte.

Der Postkongreß zu Bern nahm den Grundsatz der Vereinheitlichung und Verbilligung des Briefportos an; auch folgte er bezüglich der Höhe des Portos für den einfachen Brief wenigstens annähernd dem Vorschlag Stephans, indem er die Briefgebühr auf 25 c — mit Freilassung einer Grenze nach oben (32 c) und nach unten (20 c) — festsetzte. In der Folgezeit wurde der Satz von 25 c Jahrzehnte hindurch festgehalten. Bestrebungen, die Auslandsbriefgebühr weiter herabzusetzen, fanden nur langsam Boden. Immerhin konnte man, nachdem der Postkongreß zu Rom (1906) eine Verbilligung der Briefgebühr wenigstens für die das einfache Gewicht überschreitenden Briefe beschlossen hatte, mit der Möglichkeit einer allgemeinen Herabsetzung der Auslandsbriefgebühr rechnen — da kam der Weltkrieg, und die durch ihn geschaffene Entwicklung führte dahin, daß der Postkongreß zu Madrid (1920) nicht eine Verbilligung, sondern eine Verdoppelung der einfachen Briefgebühr beschloß. Auch hat der Postkongreß zu Madrid der Einheitlichkeit der Briefgebühr im Weltpostverein unter dem Zwange der Verhältnisse dadurch Abbruch getan, daß er den Vereinsländern weitgehende Freiheit in der Festsetzung ihrer Auslandsbriefgebühren lassen mußte. Die Beschlüsse des Postkongresses zu Stockholm werden die Wirkung haben, daß der Weltpostverein wieder mehr zu dem schon in Stephans Denkschrift verfolgten Grundsatz der Einheitlichkeit und Billigkeit des Briefportos zurückkehrt.

20 Centimes pro Brief, gleichviel ob franko oder unfrankiert, nicht übersteigen soll⁹⁾.

- b) Bei der Erhebung erfolgt die Abrundung in die Landesmünzen. Sie kann je nach den Verhältnissen in plus oder minus stattfinden. In einem wie im andern Falle darf das Maximum der Differenz gegen die obigen Normaltarife den Betrag von 5 Centimes nicht überschreiten¹⁾.

3. Das Gewicht des einfachen Briefes geht bis 15 Gramm⁹⁾ einschließlich.

Schwerere Briefe unterliegen dem doppelten Portosatz⁹⁾.

- a) Das Maximalgewicht eines Briefes ist 250 Gramm⁹⁾.

*) Bei Beibehaltung der weiter aufsteigenden Skala würde die Einführung der Kategorie »Geschäftspapiere« mit einer besonderen Tag- und Gewichts-Abstufung nicht zu vermeiden sein⁹⁾.

- b) Wo das metrische Gewicht mit der Decimal-Einteilung nicht besteht, treten die möglichst entsprechenden Sätze des Landesgewichts ein¹⁰⁾.

4. Für Zeitungen, Drucksachen und alle hierhin gehörigen Gegenstände des Postverkehrs sowie für Warenproben und Muster wird im ganzen Postbereich für den internationalen Austausch der Betrag von 10 Centimes für je 40 Gramm oder einen Theil davon erhoben¹¹⁾.

⁹⁾ Im Sinne dieses Vorschlags hat der Weltpostverein Jahrzehnte hindurch für die den hohen Seetransitgebühren unterliegenden Briefsendungen die Erhebung eines Zuschlags zu den sonst maßgebenden Briefgebühren gestattet. Erst der Postkongreß zu Madrid (1920) hat diese Abweichung von der Einheitlichkeit des Auslandsbriefportos abgeschafft und die Befugnis zur Erhebung einer Zuschlaggebühr nur für diejenigen Briefsendungen aufrechterhalten, die mit Postverbindungen von Reichs- und Provinzialverwaltungen oder mit außergewöhnlichen, d. h. besonderen Kosten erfordernden Verbindungen — neuerdings gehören dazu vor allem die Luftpostverbindungen — befördert werden.

⁷⁾ Das hier vorgeschlagene Verfahren hat im Weltpostverein von jeher Anwendung gefunden und gilt auch heute noch.

⁸⁾ Die Festsetzung des 15-g-Gewichts für den einfachen Brief war schon von der Postkonferenz in Paris im Jahre 1863 als erwünscht bezeichnet worden. Vorher hatten die mannigfachen Gewichtssätze bestanden, z. B. waren die Briefgebühren in Deutschland und Österreich von Lot zu Lot, in England und Amerika nach Säben von 1/2 Unze, in Frankreich von 10 zu 10 g, in Spanien von 7 1/2 zu 7 1/2 g, in Belgien und Italien teils nach 10 g, teils nach 15 g abgestuft.

Der Postkongreß zu Bern nahm die 15-g-Stufe an. Sie wurde in Rom (1906) durch die 20-g-Stufe ersetzt, deren Annahme aber zunächst in das Belieben der Vereinsländer gestellt wurde, bis der Postkongreß zu Madrid (1920) ihre Anwendung allgemein vorschrieb.

⁹⁾ Davon, für die das einfache Gewicht überschreitenden Briefe allgemein lediglich die doppelte Briefgebühr zu erheben, hat der Weltpostverein abgesehen. Er hat an der nach bestimmten Gewichtssätzen ansteigenden Skala (Aufsteigen der Gebühr nach Säben von 15 g: 15 g, später von 20 g: 20 g) festgehalten und demzufolge von der Festsetzung eines Höchstgewichts für Briefe zunächst abgesehen. Erst der Postkongreß zu Madrid hat ein Höchstgewicht festgesetzt, das aber mit 2 kg ziemlich hoch bemessen ist. Geschäftspapiere als besondere Gattung von Briefsendungen hat der Weltpostverein von jeher zugelassen.

¹⁰⁾ In dieser Weise hat der Weltpostverein von Anfang an verfahren, indem er den in erster Linie maßgebenden Gramm-Gewichtssätzen entsprechende Sätze des englischen Gewichtssystems gleichgestellt hat. So galt früher 15 g = 1/2 Unze und gilt jetzt 20 g = 1 Unze (28,3465 g). 50 g gelten = 2 Unzen.

¹¹⁾ Für Drucksachen jeder Art, für Warenproben und Muster und außerdem — s. Anm. 9 — für Geschäftspapiere sah schon der Postkongreß zu Bern eine besondere Gebühr vor; doch wurde die Sondergebühr für diese Arten von Sendungen von Anfang

- a) Das Maximalgewicht der Drucksachen kann bis zu 1 Kilogramm gehen; dasjenige der Warenproben und Muster wird auf $\frac{1}{4}$ Kilogramm beschränkt¹²⁾.
- b) Wegen der Seebeförderung gilt das sub 2a., wegen der Erhebung in den Landesmünzen das sub 2b. Gesagte. Das Maximum des Seeposts für diese Gegenstände würde 10 Centimes betragen.
- c) Diese Sendungen müssen frankirt werden. Andernfalls unterliegen sie der Taxe für unfrankirte Briefe¹³⁾.

*) Wenn in Gemäßheit der Anmerkung zu Punkt 3a. Geschäftspapiere einzuführen sind, so könnte deren Taxe etwa in der Weise construirt

nach Säzen von 50 zu 50 g abgestuft. Derartig abgestufte Uebergabgebühren bestehen auch heute noch. Die Gebühr für ein Gewichtssatz von 50 g dieser Sendungen war anfänglich 7 c (mit oberer Grenze von 11 c und unterer Grenze von 5 c), im Jahrzehnte hindurch auf 5 c festgesetzt, bis der Postkongreß Madrid (1920) diesen Satz unter dem Zwange der durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse auf 10 c, also auf denselben, den die Stephanische Denkschrift im Jahre 1868 vorschlug, erhöhte.

Für Warenproben und Geschäftspapiere ist später eine Mindestgebühr eingeführt worden. Sie betrug für Warenproben anfänglich 10 c, jetzt (seit dem Postkongreß zu Madrid) 5 c, für Geschäftspapiere anfänglich 25 c, jetzt (seit Madrid) 50 c. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in der Stephanischen Denkschrift von Postkarten noch nicht die Rede war. Dies klärt sich dadurch, daß es zur Zeit der Abfassung der Denkschrift (1868) Postkarten noch nicht gab. Zwar hatte Stephan bereits im Jahre 1865 der Postkonferenz, die der Deutsch-österreichische Postverein in Karlsruhe (Baden) abhielt, eine Denkschrift unterbreitet, in der die Einführung einer gegen niedrige Gebühr zu befördernden offenen Karte, die auf der einen Seite eine Aufschrift, auf der anderen Seite schriftliche Mitteilungen enthalten sollte, vorgeschlagen wurde. Der Gedanke wurde in Deutschland aber erst am 1. Juli 1870 verwirklicht, nachdem bereits etwas früher, am 1. Oktober 1869, auf Grund eines Beschlusses von Dr. Hermann die Postkarte eingeführt hatte. Von dem Postkongreß zu Bern von Deutschland unterbreiten Entwurf eines allgemeinen Postvereinsvertrags war die Postkarte bereits vorgesehen. Der Berner Vertrag von 1874 sah denn auch Postkarten im internationalen Verkehr zu; die Gebühr sollte gleich der Hälfte derjenigen für einen freigemachten Brief sein. In Paris (1878) wurde die Postkartengebühr auf 5 c festgesetzt; in Madrid (1920) mußte sie unter der Einwirkung der durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse auf 30 c, hoffentlich nur vorübergehend — erhöht werden. Hinzugefügt noch, daß im Weltpostverkehr anfänglich nur amtliche Postkarten verandt werden durften, daß später aber — zunächst nach dem Ermessen der einzelnen Postverwaltungen, dann allgemein — auch von der Privatindustrie hergestellte Postkarten zugelassen wurden, was namentlich für die Ansichtskarten von Bedeutung ist. Zu erwähnen ist ferner die Einführung von Postkarten mit Antwort im internationalen Verkehr, die zunächst ebenfalls nach dem Ermessen der einzelnen Postverwaltungen, dann allgemein zugelassen wurden.

Die vom Postkongreß zu Bern (1874) beschlossene Einteilung der Briefsendungen des Weltpostverkehrs in Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben ist noch heute in Geltung. Hinzugekommen als besondere Gattung von Sendungen sind später nur noch die gegen besonders niedrige Gebühr zugelassenen Blindenschriftsendungen.

12) Diese Höchstgewichtssätze — für Drucksachen und ebenso für Geschäftspapiere 1 kg, für Warenproben 250 g — sind vom Postkongreß zu Bern (1874) angenommen worden. Später ist das Höchstgewicht für Drucksachen und Geschäftspapiere auf 2 kg erhöht worden; der Kongreß zu Madrid (1920) hat darüber hinaus unteilbare Druckbände bis zum Gewicht von 3 kg zugelassen. Das Höchstgewicht für Warenproben ist im Laufe der Zeit zunächst auf 350 g, dann auf 500 g erhöht worden.

13) Laut Beschluß des Postkongresses zu Bern sollten nicht freigemachte oder ungenügend freigemachte Drucksachen unzulässig, sonstige nicht freigemachte oder ungenügend freigemachte Briefsendungen aber wie nicht freigemachte Briefe taxiert werden. Weiterhin wurden außer nicht freigemachten Drucksachen auch

werden, daß dieselbe zugleich mit für die Zeitungen paßt. Denn es ist nicht zu verkennen, daß das nach Obigem in Aussicht genommene Zusammenfassen der Zeitungen mit den sonstigen Drucksachen in manchen Ländern auf Schwierigkeiten stoßen wird (Times wiegt 120 Gramm; ein Courzetteltel 1 Gramm).

5. Die Recommandation aller bisher genannten Gegenstände ist zulässig¹⁴⁾.

Recommandirte Sendungen müssen frankirt werden.

- a) Außer dem Porto ist eine Recommandationsgebühr von 20 Centimes zu entrichten.
- b) Für Beschaffung eines etwaigen Rückscheins kommt eine weitere Gebühr von 20 Centimes in Ansatz.
- c) Im Fall des Verlustes eines recommandirten Gegenstandes zahlt die Verwaltung, in deren Gebiete oder auf deren Seeposttrouten sich der Verlust ereignet hat oder der Nachweis über den Verbleib ausgefallen ist, eine Entschädigung von 50 Francs an den Absender, oder auf dessen Verlangen an den Adressaten.
- d) Der Anspruch auf Entschädigung erlischt nach Jahresfrist, vom Tage der Auslieferung an gerechnet.
- e) Im Falle einer vis major wird eine Entschädigung überhaupt nicht geleistet.

6. Zur Frankirung kann der Absender sich der im Ursprungslande gültigen Postwertzeichen bedienen¹⁵⁾. Reicht der Betrag nicht zur Frankirung aus, so wird die betreffende Sendung als unfrankirter Brief taxirt, jedoch nach Abzug des Werths der verwendeten Postwertzeichen¹⁶⁾.

nicht freigemachte Geschäftspapiere und Warenproben von der Verwendung ausgeschlossen, die Gebühr für nicht ausreichend freigemachte Briefsendungen jeder Art aber dahin geregelt, daß das Doppelte des Fehlbetrags als Nachgebühr berechnet werden soll. Durch den Postkongreß zu Madrid (1920) wurde ein Mindestbetrag der Nachgebühr (30 c) festgesetzt.

14) Die Zulassung von Einschreibbriefen war schon von der Postkonferenz zu Paris (1863) empfohlen worden; auch wurde damals die bei Verlust eines Einschreibbriefes zu zahlende Entschädigung bereits auf 50 Fr. bemessen.

Der Postkongreß zu Bern (1874) ließ Einschreibbriefsendungen, auch solche mit Rückschein, ganz im Sinne der Stephanischen Denkschrift zu; nur wurde von der Festsetzung einer bestimmten Einschreib- oder Rückscheingebühr abgesehen und den Verwaltungen überlassen, diese Gebühren bis zur Höhe ihrer gleichartigen inneren Gebühren festzusetzen. In Paris (1878) wurde die Einschreibgebühr auf 25 c für die europäischen und auf 50 c für die außereuropäischen Länder festgesetzt; gegenwärtig darf allgemein eine Einschreibgebühr von höchstens 50 c erhoben werden. Der gleiche Satz gilt jetzt für die Rückscheingebühr, nachdem diese früher allgemein 25 c betragen hatte. Die von Stephan gewünschte niedrige Einschreib- und Rückscheingebühr von je 20 c ist also noch nicht verwirklicht worden.

15) Der Grundsatz, daß Briefsendungen mit den im Ursprungslande gültigen Postwertzeichen freizumachen sind, ist bereits vom Postkongreß zu Bern (1874) angenommen worden und hat bis heute Gültigkeit behalten. Der Postkongreß zu Madrid (1920) hat daneben aber die Freimachung der Briefsendungen durch Stempelabdruck (Freistempel) zugelassen. Eine in allen Ländern gültige Weltpostbriefmarke, von der öfter die Rede war, ist bisher nicht eingeführt worden. Wohl aber hat der Postkongreß zu Rom (1906) durch Einführung von internationalen Antwortscheinen ein Mittel zur Vorausfrankirung von Briefen im internationalen Verkehr geschaffen.

16) Wegen der nicht ausreichend freigemachten Briefsendungen s. Bem. 13. Daß bei nicht ausreichender Freimachung der Wert der verwendeten Postwertzeichen angurechnen ist, wurde schon vom Postkongreß zu Bern (1874) beschlossen und ist noch heute im Weltpostverkehr rechtens.

Ebenso wird verfahren bezüglich derjenigen Drucksachen etc., welche den durch Reglement festzustellenden Bedingungen ihrer Einlieferung nicht entsprechen.

7. Für die zur Nachsendung gelangenden Gegenstände wird ein Supplement-Porto nicht erhoben¹⁷⁾. Hat jedoch die Postverwaltung, nach deren Gebiet die Sendung zur Distribution spedirt wird, ein Porto für dieselbe überhaupt noch nicht bezogen, so bleibt ihr überlassen, ihr internes Porto anzusetzen.

8. Befreiungen vom Porto oder Ermäßigungen desselben finden nicht statt¹⁸⁾.

Die auf den Postdienst bezüglichen Sendungen werden ohne Porto-Ansatz befördert¹⁹⁾.

9. Jede Postverwaltung bezieht ungetheilt das Porto und die Gebühren, welche in ihrem Gebiete erhoben werden¹⁹⁾.

¹⁷⁾ Im Sinne der Stephanschen Denkschrift hat schon der Postkongreß zu Bern (1874) beschlossen, daß für die Nachsendung von Brieffendungen innerhalb des Vereinsgebietes eine besondere Gebühr nicht erhoben wird. Dieser Grundsatz gilt auch heute noch. Die Erhebung von Nachgebühren für nachgesandte Brieffendungen kommt danach im Weltpostvereinsverkehr nur dann in Frage, wenn Brieffendungen aus einem billigeren nach einem teureren Verkehrsbereich (z. B. aus dem inneren Verkehr eines Landes nach dem Ausland) nachgesandt werden.

¹⁸⁾ In diesem Sinne hat der Postkongreß zu Bern (1874) beschlossen, daß der auf den Postdienst bezügliche Schriftwechsel portofrei ist, im übrigen aber weder Portobefreiungen noch Ermäßigungen stattfinden. Dieser Grundsatz ist auch späterhin beibehalten worden; jedoch hat der Postkongreß zu Rom (1906) eine neue Portofreiheit, nämlich für Kriegsgefangenen-Sendungen, eingeführt, eine Maßnahme, die während des Weltkriegs von großer Bedeutung gewesen ist.

¹⁹⁾ Vor der Begründung des Weltpostvereins wurde beim Auslandspostverkehr zwischen den beteiligten Postverwaltungen über jede einzelne Brieffendung abgerechnet. Es bedarf nicht der Erwähnung, wie sehr dadurch die Abwicklung des Postverkehrs zum Schaden der Versender erschwert wurde. Es ist ein großes Verdienst Stephans, daß er den Weg zur Beseitigung dieser Abrechnungsschwierigkeiten gewiesen hat. Der Postkongreß zu Bern (1874) hat sich der in Stephans Denkschrift ausgedrückten Auffassung angeschlossen, hat mit der Annahme des Grundsatzes, daß jede Verwaltung die von ihr für Brieffendungen erhobenen Gebühren behält, die lästigen und zeitraubenden Abrechnungen über die ausgetauschten Brieffendungen beseitigt und hat damit die Grundlage für eine ungehemmte Abwicklung des Briefverkehrs von Land zu Land geschaffen. Ohne die Beseitigung der früheren Abrechnungen über die einzelnen Brieffendungen hätte sich ein Massen-Briefverkehr, wie er sich unter der Einwirkung des Weltpostvereins bald entwickelt hat, gar nicht durchführen lassen.

Der Selbstbezug der Briefgebühren, wie Stephan ihn in seiner Denkschrift angezeigt und wie der Berner Postkongreß ihn verwirklicht hat, beruht auf dem Grundsatz der halbseitigen Teilung der Briefportobeträge, indem angenommen wird, daß jede Brieffendung aus einem Lande nach dem anderen eine gleiche Sendung der anderen Richtung nach sich zieht, daß also die Zahl der Sendungen in beiden Richtungen gleich ist. Tatsächlich ist dies allerdings keineswegs der Fall, vielmehr kommt es, wie auch die Weltpostvereinsstatistik erweist, mannigfach vor, daß der Auslandsbriefverkehr in der einen und der anderen Richtung voneinander abweicht; ja, es bildet wohl die Regel, daß in den einzelnen Beziehungen der Weltpostvereinsländer hin und her nicht die gleiche Zahl von Sendungen derselben Art befördert wird. Aber die Ungleichheiten heben sich im großen und ganzen gegenseitig auf; und wenn sich wirklich für die eine oder andere Verwaltung ein für ihre Gebühreneinnahme ungünstiges Verhältnis zwischen ankommenden und abgehenden Brieffendungen ergibt, so wird diese Ungleichheit im wesentlichen durch die Vorteile aufgewogen, die der Verzicht auf die Briefporto-Abrechnung sowohl für den Betriebsdienst wie für den Verwaltungsdienst der Postverwaltungen gehabt hat und noch dauernd hat. Jedenfalls ist der Grundsatz des Selbstbezugs der Briefgebühren im Weltpostvereinsverkehr stets festgehalten und es ist auch von keiner Seite jemals ein ernsthafter Versuch gemacht worden, diese Errungenschaft des Berner Postkongresses wieder zu beseitigen.

Das Transitporto jeder Art, sowohl für den Eintritt als für geschlossene Brieffpakete, wird geschafft^{20 b)}.

Sämtliche Postverwaltungen des obigen Ländergebietes können ihre Korrespondenz zum Einzeltransit an zugehörigen Gebieten abgeben, oder auch im Transit die letzteren nach Bedürfnis und Belieben geschlossenen Brieffpakete wechseln^{20 a)}. Verursacht jedoch die Behandlung oder sonstige postalische Behandlung derselben im Transitgebiete besondere Kosten, so sind diese auf Verlangen und Nachweis zu erstatten, und zwar durch diejenige Postverwaltung, welche die Brieffpakete sendet^{20 b)}.

²⁰⁾ Die Transitfrage hat im internationalen Postverkehr jeher eine große Rolle gespielt.

Das Recht, einen Postsendung den Durchgang durch das Staatsgebiet zu gewähren oder zu versagen, stellt sich als ein Ausfluß des Hoheitsrechtes der Regierungen dar. Sonach bedurfte früher regelmäßig besonderer Verhandlungen über die Gewährung des Post-Durchgangsrechtes. Dabei bildet es die Regel, daß die Länder, die als Durchgangsländer in Betracht kommen, aus der Gewährung des Durchgangsrechtes möglichst hohe Vorteile und sonstige Vorteile herauszuschlagen bemüht waren. Die Verhandlungen über die Gewährung des Durchgangsrechtes für den Postverkehr waren stets schwierig und zogen sich oft sehr lang hin. Günstig war ein Staat daran, der sich durch geschlossene Verhandlungen oder durch Vorteile, die er seinerseits zu gewähren in der Lage war, die Meistbegünstigung auf dem Gebiet des Durchgangs der Posten zu sichern vermocht hatte, so daß ihm Rechte, die anderen Staaten etwa gewährt wurden, ebenfalls fielen. Die Transitentschädigungen waren vor der Gründung des Weltpostvereins außerordentlich hoch: An Landtransitgebühren wurden zwischen 4 und 31 Fr. für ein Kilogramm Briefe berechnet; für Beförderungen zur See beanspruchte Frankreich Beträge von 20 bis 40 Fr., England sogar Beträge bis zu 104 Fr. für ein Kilogramm Briefe. Die Transitskosten waren zu einem beträchtlichen Teil geworden. Sie hemmten den Postverkehr nicht nur, sondern verteuerten ihn auch erheblich, weil die Transitskosten natürlich auf die Briefgebühren geschlagen wurden, wobei die Erhöhung ins Gewicht fiel, daß die Transitsätze der einzelnen Länder nach den verschiedensten Grundsätzen berechnet waren, was mit dazu beitrug, die Gebührensätze vielgestaltig und unübersichtlich zu machen.

Stephan hatte diese Schwierigkeiten genau erkannt und sich in seiner Denkschrift ein ebenso einfaches wie radikales Abhilfemittel vor: Der Transit der Briefpost sollte zugleich frei und unentgeltlich sein; nur wenn die Beförderung und postalische Behandlung der Posten einem Transitgebiet besondere Kosten verursachte, sollten diese auf Verlangen und Nachweis erstattet werden.

a) Die Freiheit des Transits ist nach Stephans Vorschlag bereits durch den Postkongreß zu Bern verwirklicht worden. Im Berner Vertrag von 1874 enthaltene und in alle späteren Weltpostverträge übergegangene Bestimmung, wonach die Freiheit des Durchgangs im gesamten Vereinsgebiet gewährleistet ist, ist als das Rückgrat des gesamten Weltpostvereinsverkehrs beizubehalten, denn diese Bestimmung sichert den Briefposten und einzelnen Brieffendungen ungehemmte Beförderung in allen Richtungen ein. Auch die ergänzende Bestimmung, daß die Briefposten und losen Brieffschaften stets auf den schnellsten, den Postverwaltungen zu Gebote stehenden Wegen zu befördern sind, bereits in Bern (1874) beschlossen und auf allen späteren Kongressen unverändert beibehalten worden. Die weitere in der angenommenen Vorschrift, daß, wenn mehrere Wege die gleiche Schnelligkeit gewähren, der absendenden Verwaltung die Wahl des Weges überlassen bleibt, ist später dahin geändert worden, daß die Absendungsverwaltung die Benutzung eines bestimmten Zeitwegs für ihre Posten nur dann vorschreiben kann, wenn zwischenverwaltung dadurch nicht übermäßige besondere Kosten erwachsen.

Der Postkongreß in Madrid (1920) hat die Bedeutung freien Transits im Weltpostverkehr dadurch noch besonders hervorgehoben, daß er eine Bestimmung angenommen hat, wonach die Verwaltungen das Recht haben, den Postverkehr mit je einem Lande einzustellen, das gegen die Vorschrift wegen Gewährung freien Durchgangs verstößt.

b) Die Unentgeltlichkeit des Durchgangs, wie Stephan weiter gewünscht hatte, hat sich bisher nicht verwirklichen lassen.

Es werden stets die schnellsten, den Postverwaltungen Gebote stehenden Routen gewählt werden. Bei gleicher Beschleunigung auf verschiedenen Routen nimmt die absendende Verwaltung den Weg*)^{20a)}.

*) Es läßt sich annehmen, daß bei den meisten Staaten die Abschaffung des Transitportos im Allgemeinen sich in Vortheil und Nachtheil ausgleichen wird. Vielleicht bringt Deutschland bei seiner centralen Lage hierbei einige Opfer. Entschieden aber verliert Belgien, und zwar eine für seine Verhältnisse bedeutende Summe. Die Ausgleichung für Belgien muß aber in dem sub 9 aufgestellten, den kleinen Staaten sehr günstigen Portobezugs-Verhältnisse gefunden werden. Reicht dies noch nicht hin, so muß der etwaige Rest des Belgischen Verlustes abgelöst werden, und zwar im Wesentlichen gemeinsam von denjenigen Staaten, welche bei Abschaffung des Transitportos entschieden gewinnen, also: Vereinigte Staaten von Amerika, Italien, Portugal, Oesterreich, Rußland, Schweden, Norwegen, Griechenland, Niederlande usw.

10. Mit den, zunächst außerhalb des einheitlichen Postreichs bleibenden Staaten, z. B. Brasilien, schließen diejenigen Glieder des Postbereichs, welche mit jenen Staaten directe Postverbindungen unterhalten, Verträge, in welchen unter Beding einer entsprechenden Reciprocität die obigen Taren für die ganzen Strecken des Postbereichs dargeboten werden können²¹⁾. Diese Taren werden zwischen dem Grenzlande im Postbereich (d. i. in jenen Lande, über welches die Sendungen in den Postbereich eintreten bzw. aus demselben austreten) und im im Postbereich gelegenen Bestimmungsgebiet bzw. im Aufgabengebiet halbscheidlich getheilt²¹⁾. Unter dieser Bedingung können auch Binnengebiete des Postbereichs Verträge mit den außerhalb des Postbereichs liegenden Ländern schließen, um einen directen Postaustausch herzustellen.

Wohl auf den Postkongressen vielfach dahingehende Wünsche geworden sind. Immerhin sind bereits durch den Postkongreß zu Bern Briefdurchgangsschädigungen vereinbart worden, deren Höhe hinter den bis dahin zahlbaren Sätzen weit zurückblieb, und auf späteren Postkongressen sind diese Sätze iter ermäßigt worden. Das Verfahren bei Berechnung der Durchgangsschädigungen wurde bereits in Bern dadurch vereinfacht, daß die vorher vielfach üblich gewesenen fortlaufenden Anstimmungen grundsätzlich beseitigt und periodische Gehaltsfeststellungen eingeführt wurden. In derselben Weise ist die Ermittlung der Transitentschädigungen auch heute noch, wobei noch dadurch eine Erleichterung herbeigeführt worden, daß keinerlei Zahlung zu erfolgen hat, wenn das aus den Rechnungen zwischen zwei Verwaltungen sich ergebende Gutachten einen bestimmten Jahresbetrag nicht erreicht. Stephens Gedanke der Unentgeltlichkeit des Brieftransits ist auch ein bisher unerreichtes Ideal geblieben, hat aber in der Richtung einer mehr und mehr durchgeführten Herabsetzung der Durchgangsschädigungen gewirkt. Wesentlich ist dabei allem, daß die Durchgangskosten infolge ihrer geringeren Höhe seit der Begründung des Weltpostvereins als Tariffaktor nicht mehr in Betracht kommen.

21) Der Postkongreß zu Bern (1874) hat dem hier entwickelten und das, soweit Vereinsländer mit nicht zum Verein gehörigen Ländern unmittelbare Postbeziehungen unterhalten, den Verkehr auch der übrigen Vereinsländer mit den Nichtvereinsländern innerhalb des Vereinsgebietes nach Vereinsgrundsätzen, zu den Gebührensätzen des Vereins abgewandelt werden sollte, inhaltlich zugestimmt. Die in der Stephenschen Denkschrift gegebene halbscheidliche Gebührenteilung zwischen dem den Austausch mit dem Nichtvereinslande vermittelnden Grenzgebiet und innerhalb des Vereins gelegenen Aufgabengebiet ist vom Postkongreß zu Bern entsprechend der für Vereinsverkehr getroffenen Regelung (vgl. Punkt 9 Abs. 1

11. Die einzelnen Glieder des Postbereichs schließen unter sich neben dem Gesamtvertrage nur administrative Abkommen zur Regelung der Grenz-Postverhältnisse, Festsetzung der Seeporsto-Raten, Ordnung der Betriebsführung, des Rechnungswesens und sonstiger technischer Angelegenheiten²²⁾.

12. Die obigen Punkte alteriren nicht die interne Gesetzgebung jedes Gebiets²³⁾. Auch wo zwischen einzelnen Gebieten bereits durch Vertrag seit länger als zehn Jahren eine engere Postvereinigung nach Art eines Internums geschaffen war, wie z. B. zwischen den, jetzt zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten und Oesterreich, Bayern, Württemberg, Baden und Luxemburg, verbleibt es bezüglich der, sich lediglich im Austausch dieser Gebiete bewegenden Sendungen bei dem Bestehenden²⁴⁾. Ebenso sollen die an den Grenzen einzelner Staaten eingeführ-

der Stephenschen Denkschrift und Anm. 19) durch Einführung des Selbstbezugs der erhobenen bzw. vom Vereinsland vergütet erhaltenen Briefgebühren verwirklicht werden.

Die hinsichtlich des Verkehrs mit Nichtvereinsländern in Bern vereinbarten Grundsätze gelten auch heute noch; doch haben sie, je mehr Länder dem Verein beigetreten sind, immer mehr an Bedeutung verloren. Die im Berner Vertrag von 1874 enthalten gewesene Bestimmung, daß bei Brieffendungen aus und nach Nichtvereinsländern zu der Vereinsgebühr die für die Beförderung außerhalb der Grenzen des Vereins zu erhebenden Gebühren hinzuzutreten hätten, besteht noch in der Form, daß die Vereinsländer für Brieffendungen, die mit Postverbindungen von Nichtvereinsverwaltungen befördert werden, einen Zuschlag erheben können.

22) Schon der Berner Postkongreß (1874) nahm, wie in der Stephenschen Denkschrift vorgesehen, eine Bestimmung an, wonach die verschiedenen Verwaltungen über solche Fragen, die nicht die Gesamtheit des Vereins angehen, wie die Regelung der Grenzverbindungen, die erforderlichen Verabredungen unter sich treffen könnten. Eine gleichartige Vorschrift ist auch heute noch im Weltpostvertrag enthalten.

Was die technischen Einzelheiten des Postaustausches betrifft, so sah schon der Berner Allgemeine Postvereinsvertrag die Vereinbarung einer Vollzugsordnung zu dem Vertrag vor, die zwischen den Vereins-Postverwaltungen vereinbart werden sollte. In der Tat hat bereits der Postkongreß zu Bern eine solche Vollzugsordnung verabredet. Auch zu allen späteren Weltpostvereinsverträgen sind derartige Vollzugsordnungen zwischen den Postverwaltungen vereinbart worden.

23) Der Grundsatz, daß die für den internationalen Postverkehr vereinbarten Verträge in keiner Weise die innere Gesetzgebung der einzelnen Vereinsländer berühren, ist vom Berner Postkongreß (1874) angenommen und auch späterhin dauernd beibehalten worden. Die Festhaltung dieses Grundsatzes ist für den Ausbau des Weltpostverkehrs von großer Bedeutung gewesen; nur dadurch, daß der Weltpostverein sich lediglich auf die Regelung der Beziehungen der Vereinsländer untereinander beschränkte, hat er sich so, wie gesehen, entwickeln und alle die Hemmnisse von sich fern halten können, die bei der großen Verschiedenheit der Postgesetzgebung in den einzelnen Ländern sonst leicht für den internationalen Postaustausch hätten entstehen können.

Daß — unabhängig von dem erwähnten Grundsatz — die Weltpostvereinsvorschriften diejenigen für den inneren Verkehr der einzelnen Vereinsländer mannigfach und in glücklicher Weise beeinflusst haben, ist an anderer Stelle bereits erwähnt worden.

24) Über die in der Stephenschen Denkschrift gegebene Anregung hinausgehend hat der Weltpostverein von Anfang an die Befugnis der vertragsschließenden Teile anerkannt, nicht nur bestehende Verträge (ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Bestehens) weiterbestehen zu lassen, sondern auch derartige Verträge zur Erleichterung des Verkehrs neu zu gründen sowie engere Vereine innerhalb des Vereins aufrechtzuerhalten oder zu begründen. Durch diese Befugnis ist in erwünschtester Weise die Möglichkeit geschaffen worden, besonderen wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Beziehungen zwischen bestimmten Vereinsländern Rechnung zu tragen, wie denn auch im Laufe der Zeit zahlreiche besondere Postverträge und engere Vereine innerhalb des Weltpostvereins entstanden sind.

ten Localtagen, welche niedriger sind, als die allgemeine Tage des Postbereichs, bis auf Weiteres beibehalten werden²⁵⁾.

* * *

Beim Durchlesen der Stephanschen Denkschrift und der Bemerkungen dazu fällt ohne weiteres ins Auge, einerseits, wie sehr durch die gedankenreiche Anregung Stephans und durch deren Durchführung die Regelung des internationalen Postaustausches vorangebracht worden ist, andererseits, wie sehr die Grundgedanken Stephans noch heute für den Weltpostverkehr maßgebend sind. Das unbestreitbare Verdienst Stephans um die Begründung des Weltpostvereins wird auch in der mehrfach erwähnten Jubiläumsschrift des Internationalen Büros des Weltpostvereins gebührend gewürdigt. Denn nachdem daselbst unter Hinweis auf den Deutsch-Österreichischen Postvertrag von 1851 den Gedanken eines europäischen Postvereins erörtert habe, dargelegt worden ist, daß Stephan, der Urheber des den Verhandlungen des Postkongresses zu Bern zugrunde gelegten Vertragsentwurfs, besser als jeder andere in der Lage gewesen sei, sich mit Erfolg dem Studium eines so wichtigen Werkes hinzugeben, daß aber seine Aufgabe, obwohl er in seinem Lande sozusagen das Muster eines Postvereins gehabt habe, außerordentlich schwierig gewesen sei, heißt es weiter: »Der Deutsch-Österreichische Postverein umfaßte nur Mitglieder derselben Familie, die ungefähr die gleichen Gewohnheiten, Sitten und Interessen hatten. Wenn man in ähnlicher Weise andere Länder zusammenschließen wollte, so mußten sich mannigfache und sehr ernste Schwierigkeiten ergeben, die namentlich mit der Verschiedenheit der Anschauungen über die Stellung und Aufgaben der Post zusammenhängen, also der Anschauungen darüber, ob die Post als eine ausschließlich dem Allgemeinwohl dienende Einrichtung zu erachten sei, oder ob sie bis zu einem gewissen Punkte eine fiskalische Einrichtung sein solle. Es kam hinzu, daß man bei Begründung einer internationalen Postgemeinschaft den einzelnen Verwaltungen Opfer und Zugeständnisse zumuten mußte, die wohl als Beeinträchtigung ihrer Souveränitäts- und Unabhängigkeitsrechte erscheinen konnten. Um also Aussicht auf Erfolg zu haben, mußte der Plan eines internationalen Postvereins den verschiedenartigen Anschauungen der Regierungen über Stellung und Aufgabe der Post gebührend Rechnung tragen, mußte zugleich aber so beschaffen sein, daß für die Allgemeinheit große Vorteile mit Sicherheit erwartet werden konnten und die besonderen Interessen der beteiligten Verwaltungen gesichert wurden oder diese Verwaltungen wenigstens die Sicherheit erhielten, daß etwaige Opfer, die sie brächten, rasch durch die von der Neuordnung zu erwartende Entwicklung des Postverkehrs ausgeglichen werden würden. Der Plan eines internationalen Postvereins mußte also, mit einem Wort gesagt, genügend Spielraum bieten, um einer möglichst großen Zahl von Verwaltungen den Beitritt zu ermöglichen, und mußte gleichzeitig so gehalten sein, daß alsbald wirkliche Erfolge in die Erscheinung treten konnten. Eben dies hat Stephan in bewunderungswürdiger Weise verstanden, und es ist sein großes Verdienst, daß

er mit dem Weitblick eines überlegenen Geistes um einem ausgeprägten Gefühl für die Bedürfnisse des Verkehrs einen Plan ausgearbeitet hat, der einfach und klar war und allen Anforderungen so sehr entsprach, daß die Mehrzahl der befragten Regierungen ihm von Anfang an grundsätzlich zustimmen konnte, und daß auch diejenigen Regierungen, denen der Plan zu weit zu gehen schien, ihn doch insoweit billigten, daß sie zu seiner weiteren Prüfung und Erörterung Vertreter zum Postkongreß in Bern zu entsenden bereit waren. Dieser allgemeine Wille, an dem Werke mitzuhelfen, verdient Anerkennung; er hat nicht wenig dazu beigetragen, daß Stephans Plan verwirklicht werden konnte.« Treffender als in diesen Worten geschehen, kann Stephans und damit Deutschlands Verdienst um die Begründung des Weltpostvereins nicht wohl gewürdigt werden.

Auf den Postkongreß in Bern (1874), der den Weltpostverein schuf, sind die Postkongresse in Paris (1878), Vissabon (1885), Wien (1891), Washington (1897), Rom (1906) und Madrid (1920) gefolgt, deren jeder das Weltpostvereinswerk ein gutes Stück weitergeführt hat. Außerdem haben Postkonferenzen stattgefunden in Bern (1876, Festsetzung der Bedingungen für den Eintritt überseeischer Länder in den Verein), in Paris (1880, Vereinbarung eines Vereins-Postpaketvertrages) und in Brüssel (1890, Vorberatung eines Vereinszeitungsabkommens, das dann im folgenden Jahre in Wien abgeschlossen wurde). Eine weitere Konferenz in Bern im Jahre 1900 hatte lediglich den Zweck, die 25-Jahr-Feier des Vereins zu begehen; sie führte dem Beschluß, in Bern ein Weltpostvereins-Denkmal zu errichten, das dann im Jahre 1909 in Gegenwart aller Vertreter aller Vereinsländer enthüllt wurde. Vom 14. Juli dieses Jahres an hat in Stockholm der achte Weltpostkongreß getagt, für dessen Abhaltung im Jahre 1924 die Absicht mitbestimmend war, die Kongreßverhandlungen mit der 50-Jahr-Feier des Weltpostvereins zu verbinden.

Gleich allen früheren Postkongressen hatte derjenige in Stockholm die Aufgabe, die Weltpostvereinsverträge und die zugehörigen Vollzugsordnungen durchzuprüfen und auf Grund der von den Vereinsverwaltungen gemachten Vorschläge solche Änderungen der Vereinsbestimmungen, die zeitgemäß und notwendig erschienen, zu beschließen. Darüber hinaus aber war ihm die Aufgabe gestellt, für die auf jedem Postkongreß abgeänderten und dadurch allmählich unübersichtlich gewordenen Vereinsverträge eine neue Form zu schaffen. Diese Frage hat bereits auf verschiedenen Postkongressen, vor allem denjenigen in Madrid, beschäftigt. In Madrid wurde, nachdem man sich davon überzeugt hatte, daß es mit einer einfachen Neuauflage der bisherigen Verträge nicht getan sei, eine Studienkommission, bestehend aus Vertretern von Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, England, Italien und Schweden, eingesetzt, die mit der Aufgabe betraut wurde, einen neuen Vertragsentwurf als Grundlage für die Verhandlungen des Stockholmer Kongresses auszuarbeiten. Dies ist in einer Reihe von Konferenzen geschehen, und der so zustande gekommene Entwurf hat schon vor dem Kongreß die Zustimmung der Vereinsverwaltungen gefunden, so daß es sich in Stockholm nicht noch darum handelte, den nach dem bisherigen Stande ausgearbeiteten Entwurf auf Grund der von den Vereinsverwaltungen für den Kongreß gemachten Vorschläge den heutigen Verhältnissen anzupassen. Der neue Vertragsentwurf faßt die für alle Verkehrszweige gemeinjam

²⁵⁾ Bereits der Berner Postkongreß hat Verabredungen zwischen den Postverwaltungen über die Festsetzung von Grenzbezirken mit ermäßigter Tage zugelassen. Eine gleichartige Bestimmung ist in allen späteren Verträgen enthalten; doch ist die Anwendung ermäßigter Gebühren auf einen Umkreis von 30 km beschränkt worden.

organisatorischen Bestimmungen zusammen und ordnet in übrigen die Vorschriften für die einzelnen Verkehrsweige derart, daß die die Beziehungen zwischen Post und Publikum behandelnden Bestimmungen getrennt von denjenigen aufgeführt werden, die die Beziehungen zwischen den Postverwaltungen der Vereinsländer betreffen. Wenn so nach 50jährigem Bestehen des Weltpostvereins dessen Urkunden in Stockholm in eine neue Form gegossen worden sind, kann man nur wünschen, daß sich das Vertragswerk in seiner neuen Gestalt als ebenso förderlich für die Ausgestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der Völker erweisen wird, wie es die bisherigen Weltpostvereinsverträge stets getan haben.

Der Weltpostkongreß in Stockholm hat das goldene Jubelfest der Gründung des Weltpostvereins am 6. August gefeiert. Stockholm prangte an diesem Tage im Flaggen Schmuck. In der Nähe des Kongreßgebäudes waren hohe Masten errichtet, die die Flaggen aller am Kongreß teilnehmenden Staaten trugen. Im Laufe des Tages fanden zunächst Arbeitsitzungen des Kongresses statt. Bei Beginn der Sitzung der 1. Kommission schlug der Präsident des Kongresses, der schwedische Generalpostdirektor Zuhlin, die Absendung eines Begrüßungs-Telegramms an Frau von Stephan vor. Der Vorschlag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und das Telegramm gelangte in folgender Fassung zur Absendung:

»Frau von Stephan, Berlin.

Der in Stockholm tagende achte Weltpostkongreß begeht heute das goldene Jubelfest der Gründung des Weltpostvereins. In tiefster Dankbarkeit gedenkt er der Männer, die vor fünf Jahrzehnten in Bern den Baum pflanzten, dessen Zweige heute über alle Länder und Meere reichen. Vor allem gedenkt der Kongreß Heinrich von Stephan, dessen Genie und Tatkraft vollendet haben, was jener Zeit als fernes Ziel vor sichwebte. Stephan war es, der den großen Gedanken einer Postverkehrsgemeinschaft aller Völker zuerst in seiner ganzen Bedeutung erfaßte und auch den Weg fand, um diesen Gedanken zum Siege zu führen und ein Werk zu schaffen, das für die menschliche Gesittung von höchster Bedeutung ist. Der Name Heinrich von Stephan bleibt mit der Gründung des Weltpostvereins immer aufs engste verbunden. Der Weltpostkongreß in Stockholm schätzt sich glücklich, Euerer Erzelenz von diesen Empfindungen Kenntnis zu geben, und bittet Sie, den Ausdruck seiner Ehrerbietung gütigst entgegenzunehmen.

gez. Zuhlin,

Schwedischer Generalpostdirektor und
Präsident des Kongresses.«

Am Abend des Festtages fand eine Galavorstellung in der Königl. Oper statt. Vor Beginn des Hauptteils der künstlerischen Darbietungen hielt Generalpostdirektor Zuhlin eine längere Rede. Nachdem er zunächst auf die Bedeutung des Postwesens für die Zivilisation hingewiesen und die Gründung des Weltpostvereins als das wichtigste Ereignis in der Geschichte des Postwesens bezeichnet hatte, erinnerte er an den amerikanischen Generalpostmeister Blair, der die Anregung zu der Pariser Postkonferenz von 1863

gegeben habe. Damals sei man nicht zu praktischen Ergebnissen gekommen. Aber Blairs Vorschläge hätten den Weg für weitere und vollkommenere Schritte geebnet, so daß der Gedanke einer dauernden internationalen Postgemeinschaft im Jahre 1874 in Bern allseits freudig aufgenommen worden sei. Er feierte dann Stephan als den Mann und Meister, der das Werk des Weltpostvereins vollbracht habe. Die von großem Ernst und hoher Begeisterung getragene Rede übte eine tiefe Wirkung. Im Anschluß an die Rede trug der Opernchor eine von einem schwedischen Postbeamten verfaßte Dichtung vor, die den großen Gemeinschaftsgedanken der Menschheit zum Gegenstand hatte. Die Aufführung des 4. Aktes der Eugenotten schloß die Feier in der Oper ab. Hernach fand im Stadthause, dessen prachtvoller roter Bau im Glanze zahlreicher Tadeln erstrahlte, ein Festmahl statt, an dem der Kronprinz von Schweden, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, das diplomatische Korps und die Mitglieder des Kongresses mit ihren Damen teilnahmen. Während des Mahls brachte der Kronprinz einen Trinkspruch auf den König und die Königin und in unmittelbarer Folge einen solchen auf die Häupter aller auf dem Kongreß vertretenen Staaten aus. Weitere Trinksprüche wurden gehalten von dem schwedischen Außenminister auf den Weltpostverein, von dem Vizepräsidenten des Kongresses Decoppet auf die Länder des Weltpostvereins und von dem Doyen des Kongresses auf die schwedische Post und ihren Leiter.

Aus der eindrucksvollen Rede des Präsidenten des Kongresses, Generalpostdirektors Zuhlin, im Opernhaus führen wir folgende Einzelheiten an:

»Der erste Postkongreß, derjenige in Bern im Jahre 1874, wurde von der deutschen Regierung vorgeschlagen und war zum großen Teil das Werk des deutschen Generalpostdirektors Stephan, eines Mannes von überlegenem Geist und weitem Blick, der ein ausgezeichnetes Gefühl für die praktischen Bedürfnisse der Zeit hatte. Er arbeitete für den Kongreß einen Vertragsentwurf aus, der klar, einfach und sorgfältig durchdacht so sehr allen Anforderungen gerecht wurde, daß die meisten Regierungen ihm ohne weiteres grundsätzlich zustimmen konnten. Stephens Entwurf wurde mit einigen Abänderungen, die sich auf Einzelheiten bezogen, angenommen; so kam es, daß bereits der Berner Postkongreß die Einheitlichkeit der Briefgebühren nahezu verwirklichte und andere schwerwiegende Fragen des internationalen Postdienstes in glücklichster Weise löste.

Die Begründer des Weltpostvereins haben sich von Anfang an gesagt, daß das von ihnen geschaffene Werk nicht endgültig und unveränderlich sei, sondern daß es weiter ausgebaut werden müsse, wenn es auf der Höhe bleiben solle. Nach dieser Richtung zu wirken, haben sie selbst sich bemüht, und ihre Nachfolger sind darin ihrem Beispiel gefolgt, indem sie mit unermüdlicher Hingabe auf die Verwirklichung des ihnen vor sichwebenden Ideals hinarbeiteten. . . .

Berücksichtigt man, daß die Länder, die nach und nach dem Weltpostverein beigetreten sind, auf ganz verschiedenartiger Entwicklungsstufe standen und noch stehen und daß ihre Posteinrichtungen die größten Ungleichheiten aufweisen, so muß man die Weisheit, die Geschicklichkeit und den Weitblick der Männer bewundern, die ein so bedeutames Werk wie den Weltpostverein zu

schaffen vermochten und dieses Werk in so unvergleichlicher Weise auszubauen verstanden haben. Selbst der Weltkrieg, durch den sonst so viele Werte vernichtet worden sind, hat den Bau des Weltpostvereins zwar zu erschüttern, nicht aber zu zerstören vermocht.

Der Weltpostverein spielt eine große Rolle im Leben der Völker: Er ist, wie zu allen Zeiten, so auch jetzt der Erzieher und Führer der Postverwaltungen. Sein Wirken bezieht sich zunächst auf den Postaustausch von Land zu Land, ist aber auch für die Entwicklung des inneren Postdienstes der Vereinsländer von Bedeutung. Als eine Wohltat und ein Trost für die oft so schwer geprüfte Menschheit, als die Verheißung einer besseren Zeit stellt sich uns das Wirken des Weltpostvereins dar. Er ermöglicht den Völkern, große und edle Gedanken auszutauschen, sich einander zu nähern, sich besser kennen und schätzen zu lernen. Er gleicht Unterschiede der Rassen und Rassen aus, vereint die Völker zu einer großen Familie, hat nichts anderes im Auge als das gemeinsame Wohl aller Völker. Er allein bietet das Schauspiel von Zusammenkünften, in denen sich von Zeit zu Zeit Vertreter aller Nationen der Welt vereinigen, um Gesetze, die auf dem ganzen Erdball ausgeführt werden, zu erlassen.

Am Tage der Jubelfeier der Gründung des Weltpostvereins ziemt es sich, in Ehrerbietung und tiefer Dankbarkeit sowohl derer zu gedenken, die einst den Grundstein zu dem stolzen Bau des Vereins gelegt haben, wie auch derer, die mitgeholfen haben, das Werk so groß und fest werden zu lassen. Vor allem aber wollen wir uns ehrfurchtsvoll beugen vor dem Andenken des großen Mannes, dessen fruchtbarer Geist, dessen Genie, dessen Tatkraft den Weltpostverein begründet haben. Ehre und Ruhm dem großen Meister Heinrich von Stephan.

Und zum Schlusse vereinigen wir uns an diesem hohen Festtag des Weltpostvereins in einem heißen Wunsche: Möchte es dem Weltpostverein beschieden sein, das gemeinsame Werk in bisheriger Weise in alle Zukunft hinein weiterzuführen, auf dem weiten Gebiet des Postdienstes in allen Ländern der Welt Großes und Wertvolles zu schaffen, neue Bande des Verstehens und der Zuneigung zwischen den Völkern zu knüpfen und so dadurch einander näherzubringen; möchte der Weltpostverein, in einem Wort gesagt, mit noch viel schönerem Erfolg als bisher sein Werk des Friedens und der Gerechtigkeit weiterführen, dieses Werk, das wohl wert ist, daß die Edelsten ihm ihre Kräfte weihen.«

Ein Rückblick auf die Arbeiten des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium.

Von Postinspektor Curt Trardorf im Reichspostministerium.

Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 sah für die beratende Mitwirkung in Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens und der Tarife in ihrem Artikel 88 einen Beirat vor, der von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats zu errichten war. Dieser Beirat war, zunächst in loserer Form, bereits am 1. Juli 1919 vom Reichspostminister gebildet und zu einer Tagung zusammenberufen worden, in der er sich mit der Prüfung von Verkehrs- und Gebührenfragen befaßte. Das Reichspostfinanzgesetz, das vom 1. April d. J. ab die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung in ein selbstständiges Unternehmen unter der Bezeichnung »Deutsche Reichspost« umgewandelt hat, setzte u. a. auch den Absatz 4 des Artikels 88 der Reichsverfassung außer Kraft, so daß eine weitere Mitwirkung des Verkehrsbeirats nicht mehr in Frage kommt. Während der Dauer seiner Berufung galt es, Fragen des Post-, Telegraphen- und Fernsprechts zu lösen, die, weil sie in eine Zeit des Zusammenbruchs der Währung und vieler wirtschaftlicher Nöte fielen, für das gesamte Wirtschafts- und Erwerbsleben von der größten Bedeutung waren; besonders schwierig war die Aufgabe, bei den in immer kürzeren Zwischenräumen als notwendig sich herausstellenden Gebührenänderungen zwischen den Bedürfnissen der Reichspostverwaltung und den Rücksichten auf die Allgemeinheit zu entscheiden. Es erscheint daher am Platze, rückblickend noch einmal das Arbeitsfeld zu betrachten, auf dem der Verkehrsbeirat seine oft von großer und weittragender Bedeutung erfüllten Beschlüsse hat fassen müssen.

Als der Reichspostminister den Verkehrsbeirat, noch bevor die Bildung dieses Beirats in der Reichsverfassung festgelegt war, am 1. Juli 1919 zu einer ersten Tagung berief, setzte er sich aus 25 Mitgliedern zusammen,

die meist Vertreter der großen Körperschaften und Verbände des Erwerbslebens oder Angehörige der politischen Parteien waren. Der Reichspostminister hatte nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis Sachverständiger zusammengezogen aus der Erfahrung heraus, daß dessen Beratungen schneller zum Ziele zu führen pflegten als wenn ein großer Apparat in Bewegung gesetzt wird. Der Hauptzweck der ersten Sitzung war im wesentlichen die Mitglieder des Verkehrsbeirats zunächst mit den Aufgaben allgemein vertraut zu machen und ihnen einen Überblick über die schon damals wenig günstige Finanzlage der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, über die Ursachen dieser Erscheinung und die Mittel und Wege für ihre Beseitigung oder Besserung zu verschaffen. Eingehend wurde hierbei die Verkehrslage im Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen unter Erläuterung der für die künftige Gestaltung des Verkehrs wesentlichen Maßnahmen dargelegt und besonders die Notwendigkeit hervorgehoben und begründet, die beträchtlich gestiegenen Ausgaben der Verwaltung durch eine Steigerung der Einnahmen auf dem Wege der Erhöhung der Gebühren zu decken. Kurze Zeit danach, am 22. Juli 1919, berief der Reichspostminister den Beirat zu einer Beratung in Weimar, in der er endgültige Vorschläge für die Erhöhung der Gebühren machte. Der Fehlbetrag im Haushalt der Reichspostverwaltung für 1918 war auf 669 Millionen M festgesetzt worden, für das Jahr 1919 war er auf 569 Millionen M zu schätzen durch die in Vorschlag gebrachten Gebührenerhöhungen sollten davon 437 Millionen M gedeckt werden. Der verbleibenden Fehlbetrag von rund 100 Millionen M hoffte man durch die Steigerung des Verkehrs und eine Verbilligung des Betriebs ausgleichen zu können. Schon in der nächsten Sitzung des Verkehrsbeirats am 22. November 1919, an der auch die Oberpostdirektoren be-

Reichspostgebiets und die Vertreter der bayerischen und württembergischen Post- und Telegraphenverwaltungen teilnahmen, konnte das Reichspostministerium darauf verweisen, daß die Annahme der letzten Tarifvorlagen in der Nationalversammlung dank der vorausgegangenen Aussprache mit dem Verkehrsbeirat ohne Einwendungen erfolgt sei. In dieser Sitzung trat der Verkehrsbeirat in seiner bisherigen Zusammensetzung zum letzten Male zusammen. Wichtige Beratungsgegenstände enthielt die Tagesordnung der Sitzung vom 22. November, u. a. die Einführung des Päckchens, die nach den vom Reichspostministerium ausgearbeiteten Vorschlägen beschlossen wurde. Das Reichspostministerium gab ferner die Absicht einer angemessenen Erhöhung des Ersatzbetrags für gewöhnliche Pakete kund, der damals noch 3 M für das Pfund betrug. Einer endgültigen Festsetzung des Betrags mußte jedoch erst noch eine Verständigung mit dem Reichsfinanzministerium vorausgehen. Eine allgemeine Aussprache entwickelte sich über die Ausdehnung der Sonntagsruhe im Betrieb, über die Verhältnisse im Post-, Telegraphen-, Fernsprech-, Postfach- und Funkdienst. An Telegraphen- und Fernsprechapparaten bestand seinerzeit großer Mangel; wenn der Verkehr stark answoll, oder bei Störungen in den telegraphischen Verbindungen mußten Telegramme in großer Zahl auf dem Postwege versandt werden, was immerhin Verzögerungen zur Folge hatte. Zwischen dem Reichspostminister und dem Verkehrsbeirat wurden Abhilfsmassnahmen erörtert. Der Anregung einer Vermehrung der Postfachämter, deren geringe Zahl auf den Geschäftsgang störend einwirkte, mußte die bestehende Raumnot entgegengehalten werden, vor deren Beseitigung an eine Vermehrung oder Erweiterung der Postfachämter nicht gut gedacht werden konnte.

Anfang März 1920 sah sich die Postverwaltung, und zwar zum vierten Male seit Kriegsausbruch, genötigt, eine Erhöhung der Postgebühren vorzunehmen. Die neuen Gebührensätze (gewöhnlicher Brief bis 20 g = 30 Pf.) stützten sich in erster Linie auf die Ermittlungen und das Urteil der Postbehörden, sie wurden auch mit dem Verkehrsbeirat in einer Sitzung am 2. März 1920 eingehend beraten. Der Verkehrsbeirat prüfte die Bedürfnisfrage und erörterte alle für und wider die Erhöhungen sprechenden Gründe. Die vorherrschende Ansicht ging dahin, daß die Erhöhungen unvermeidlich wären. Im einzelnen gab es nur geringe Meinungsverschiedenheiten. So hielt die Postverwaltung es bei der allgemeinen Verteuerung des Papiers für unangebracht, bei den amtlich gestempelten Vordrucken (Postkarten usw.) auf die Erstattung des Papieraufwands zu verzichten. Im Verkehrsbeirat wünschte man aber, daß von der Erstattung des Papierpreises abgesehen werde; diesem Wunsche gab die Regierung auch statt.

Am 4. Mai 1920 legte das Reichspostministerium mit dem Einverständnis des Kabinetts dem Reichsrat mit der Bitte um Zustimmung eine Liste der Mitglieder des auf Grund des § 88 der Reichsverfassung endgültig zu bildenden Verkehrsbeirats vor. Das Reichspostministerium hatte sich von den öffentlich-rechtlichen und den sonstigen Hauptverbänden der für das Verkehrswesen wichtigsten Erwerbsstände geeignete Vertreter nennen lassen. Zum großen Teil waren die Vorgesetzten bereits Mitglieder des bisher eingesetzten Beirats gewesen und so mit ihren Aufgaben vertraut. Man nahm auch die Aufnahme einiger gewerblicher oder landwirtschaftlicher Arbeitnehmer in Aussicht, sobald ihre Namhaftmachung

durch den um jene Zeit zusammengetretenen vorbereitenden Reichswirtschaftsrat möglich war. Die Mitglieder des Verkehrsbeirats, deren Gesamtzahl nunmehr 35 betrug, setzten sich aus Angehörigen des Handels und der Industrie (13), des Handwerks und Gewerbes (3), der Landwirtschaft (3), der Presse (4), des Buchhandels (2), des Verkehrs- und Transportgewerbes (3), der Stadtgemeinden (4) und aus je einem Vertreter der Verkehrsvereine, der Technik und des Reichsfinanzministeriums zusammen.

In dieser Gestalt trat der Verkehrsbeirat zum ersten Male am 10. August 1920, als Spanien zum Weltpostkongress eingeladen hatte, zusammen. Es galt, den Weltpostverkehr nach dem Kriege wieder aufzubauen. Unter Ausscheidung aller Vorschläge und Anregungen, die sich auf die Technik des Dienstes bezogen, besprach man eingehend die vertraglichen Grundlagen des Weltpostvereins, den eigentlichen Weltpostvertrag, wie im Zusammenhang damit auch alle Sonderabkommen usw. Anfang Januar 1921 ließ sich im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von ungefähr 3 Milliarden Mark abschätzen. Die Ursachen dieser Mindereinnahmen lagen in der außerordentlichen Steigerung aller Ausgaben, sowohl der Personal- als auch der sächlichen Ausgaben. Das Reichspostministerium hatte daher den Entwurf eines neuen Post- und Telegraphengebührengesetzes ausgearbeitet, zu dessen Durchberatung es den Verkehrsbeirat zum 22. Januar 1921 zusammenberief. Ein neuer Fernsprechtarif war bis zu diesem Tage zwar noch nicht fertiggestellt, der Zusammentritt des Verkehrsbeirats konnte aber keinen Aufschub erleiden, weil inzwischen eine Vorlage wegen Erhöhung der Teuerungszuätze der Beamten notwendig geworden war und der Reichsfinanzminister seine Zustimmung zu dieser Vorlage von der Aufbringung neuer Mittel zur Deckung der Mehrausgaben abhängig machte. Von der neuen Gebührevorlage erwartete man eine Mehreinnahme von 2 Milliarden Mark. Im Verkehrsbeirat wurde die Ansicht vertreten, daß sich durch eine weitere Verringerung der Betriebsausgaben noch namhafte Ersparnisse erzielen lassen würden. Der Reichspostminister konnte demgegenüber aber nachweisen, daß die Organisation der Post schon nach Möglichkeit vereinfacht worden sei, und daß die Sicherheit der der Post anvertrauten Beförderungsgegenstände nach dem Ergebnis sorgfältiger und umfangreicher Prüfungen zu jener Zeit, z. B. eine weitere Einschränkung des Aufsichtspersonals, verbiete. Zu dem Vorschlag, die Gebühr für den einfachen Brief (bis 20 g) auf 60 Pf. und für den Doppelbrief (über 20 bis 250 g) auf 1 M 20 Pf. zu erhöhen, äußerte der Verkehrsbeirat das Verlangen auf Einfügung einer Zwischenstufe von 20 bis 100 g zum Gebührensatz von 80 Pf. Das finanzielle Ziel der Gebührevorlage war hierdurch nicht in Frage gestellt, und der Reichspostminister sagte die Einführung der neuen Zwischenstufe zu.

In seiner Sitzung vom 19. März 1921 hatte der Reichstag beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium durch Mitglieder des Reichstags zu erweitern, und zwar ging der Vorschlag dahin, daß mindestens ein Vertreter jeder Fraktion neu hinzutreten sollte. Das Reichskabinett stimmte dem Vorschlag am 12. April zu und erklärte sich auch mit der Absicht des Reichspostministers, außerdem einige Mitglieder des Reichsrats in den Verkehrsbeirat aufzunehmen, einverstanden. Am 25. April erteilte daraufhin der Reichsrat der Vorschlagsliste seine Zustimmung.

mung und lehnte den Antrag auf eine noch weitergehende Erweiterung des Verkehrsbeirats durch die Aufnahme von Vertretern aus den Kreisen der Wirtschaftsverbände usw. ab in der Erwartung, daß das Reichspostministerium demnächst einen grundsätzlichen Neuaufbau des Verkehrsbeirats herbeiführen werde, der die Interessen der einzelnen Länder stärker berücksichtigen sollte. Zugestimmt wurde der Erweiterung des Beirats durch je 8 vom Reichsrat und Reichstag zu entsendende Mitglieder; der Reichsrat benannte je einen Vertreter der im Ausschuß für Verkehrsweisen vertretenen Länder (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und Braunschweig).

In seiner nächsten Sitzung, am 26. April 1921, lag dem Verkehrsbeirat der Entwurf eines Fernsprechgebühren-Gesetzes vor. Den Vorschlägen, die bisherige Tarifform der Pauschgebühr nach den von anderen großen Ländern schon vor Jahren gegebenen Vorbildern zu beseitigen und statt dessen für jeden Fernsprech-Hauptanschluß neben einer einmaligen Einrichtungsgebühr und einer nach der Größe der Ortsneze gestaffelten jährlichen Miete für den Anschluß eine einheitliche Ortsgesprächsgebühr für die Herstellung der Gesprächsverbindungen einzuführen, stimmte der Verkehrsbeirat in den Grundgedanken zu. Ebenso erklärte er sich für die Einführung der in der gleichen Vorlage für den Fernverkehr in Aussicht genommenen Gebührensätze, sobald feststand, daß die Durchführung der von der Telegraphenverwaltung geplanten Verbesserungen und Erweiterungen der Fernverkehrseinrichtungen finanziell gesichert war. Gelegentlich dieser Tagung des Verkehrsbeirats fand am Abend des 26. April ein Vortrag über »Neuzeitliche Technik im Fernsprechbetrieb« statt. Dem Vortrag des Staatssekretärs Dr. Bredow über den Einfluß der Technik auf die Wirtschaftlichkeit im Fernsprech- und Telegraphenbetrieb folgten technische Vorführungen aus dem Bereich der Fernsprechverstärker, der Funktelephonie, der Selbstanschlußämter und der Schnelltelegraphie. Diesem Vortrag wohnten auch der Reichspräsident, der Reichskanzler und Mitglieder der Reichsregierung und des Reichsrats bei. — Mitte Oktober 1921 verhandelte das Reichspostministerium mit dem Verkehrsbeirat über eine abermalige Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Hinsichtlich der Post- und Telegraphengebühren wurde ein Einverständnis erzielt; die Einführung erhöhter Fernsprechgebühren hielt der Verkehrsbeirat — ohne an den vorgeschlagenen Sätzen etwas auszusetzen — aus volkswirtschaftlichen Gründen noch für verfrüht.

Nach verschiedenen Änderungen im Bestand der Verkehrsbeiratsmitglieder wurde ein neues Mitgliederverzeichnis in der Nummer 6 des Nachrichtenblatts des Reichspostministeriums vom 20. Januar 1922 veröffentlicht; die Zahl der Mitglieder betrug danach 67.

In dieser neuen Zusammensetzung eröffnete der Reichspostminister die nächste Tagung am 26. Januar 1922 mit einer Ansprache, in der er nachträglich die Notwendigkeit einer inzwischen verwirklichten allgemeinen Gebührenerhöhung begründete und die zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung und des Betriebs in der Durchführung begriffenen Maßnahmen näher darlegte. Als Hauptursache der großen Fehlbeträge im Haushalt der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung bezeichnete der Minister die alle Dienst-

zweige noch in hohem Maße belastenden Folgen des Krieges, das Anwachsen der Personalkosten und der sächlichen Ausgaben, besonders aber das Zurückbleiben der Gebühren hinter der fortschreitenden Geldentwertung. Der Bedarf an Sachgütern war sehr gestiegen da während des Krieges alle Betriebseinrichtungen heruntergewirtschaftet worden waren, in besonderer Maße gerade die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen. Hatte die Postverwaltung zunächst noch ein Erhöhung der Postgebühren gegenüber den Sätzen der Vorkriegszeit im Verhältnis von 1 : 10 für ausreichen angesehen, so mußte, als dieses Verhältnis nicht mehr der Entwicklung der Geldentwertung entsprach, während die Gebührenvorlage sich beim Reichskabinett befand, eine weitere Erhöhung der Vorschläge um 50 v. H. vorgenommen werden, womit man bis zum Fünzfachen der Friedenssätze ging. Da die Zeit drängte, hatte man keine Gelegenheit gehabt, mit dem Verkehrsbeirat eine Besprechung der Vorlage abzuhalten; der Reichsrat nahm die Vorlage an. Aus zwingenden außen- und innerpolitischen Gründen wurde die Postverwaltung abermals vor die Notwendigkeit gestellt, im Posthaushalt zwischen Einnahmen und Ausgaben volles Gleichgewicht herzustellen und zu diesem Zwecke eine neue Steigerung der Gebühren (im Verhältnis von 1 : 20) vorzunehmen. Reichsrat und Reichstag stimmten zu. Auch in diesem Falle konnte angesichts der Eile, mit der die Einführung der neuen Sätze erfolgen mußte, dem Verkehrsbeirat vorher nicht Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Die am 1. Januar 1922 in Kraft getretenen Tarife waren aber nicht mechanisch durch zwanzigfache Vervielfältigung der Friedenssätze gefunden worden, vielmehr hatte die Postverwaltung, soweit möglich, volkswirtschaftliche Bedürfnisse berücksichtigt, so namentlich bei den Gebühren für den Ortsverkehr, den Gebühren für Drucksachen und für Pakete des Nah- und Fernverkehrs. Auch die Zeitungsgebühren wurden zunächst ganz unverändert gelassen um die Frage, wie weit die Presse noch eine Belastungsverträge, zu erörtern. Man hoffte mit diesen Gebührenerhöhungen, wenn weiteren Ausgabeerhöhungen im Haushalt sich wirksam würde begegnen lassen, die Einnahmen und Ausgaben ausgleichen zu können. Eine Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb war schon seit Beendigung des Krieges in jeder Weise hingewirkt worden, Einfachheit und Sparsamkeit waren immer das Gebot der Stunde gewesen. Nun wollte man weitere Vereinfachungen und Verbilligungen nicht mehr durch Verkehrseinschränkungen ermöglichen sondern hatte die Absicht, sie vor allem durch Gestaltung der inneren Verhältnisse der Postverwaltung, des Seil-einandergreifens des großen Räderwerks, des Geschäftsbetriebs, des Personalwesens und der technischen Einrichtungen zu erstreben. So dachte man an die weitere Ausdehnung der Zuständigkeiten der Oberpostdirektionen und der Verkehrsämter. Durch Zusammenlegung kleiner Bezirke wurde eine Verminderung der Oberpostdirektionsbezirke in Aussicht genommen. Im Geschäftsbetrieb aller Dienststellen sollten neben der immer erstrebten Einfachheit und Wirtschaftlichkeit die Einschränkung des Schreibwerks und die ausgedehnte Verwendung mechanischer Hilfsmittel die Richtschnur bilden; Betriebszweige, wie der Briefabfertigungsdienst in den Städten, der Bahnpostdienst, das Postfuhrwesen, das Kassen- und Rechnungswesen, der Betriebsdienst der Postagenturen, sollten ohne Schaden für die Leistung weitere

einfacht und der Landzustellendienst ohne Nachteile für Landbevölkerung wirtschaftlicher gestaltet werden. Sondere Ersparnisse versprach man sich von der Einschränkung des Nachtdienstes. Andererseits sollte die Verkehrssicherheit wesentlich gehoben werden. Der kaufmännische Geist, der der Postverwaltung nicht fremd war, sollte bei dem ganzen Werke der Vereinfachung volle Geltung kommen, soweit nicht das Allgemeinwohl durch die Übernahme minder einträglicher Aufgaben materieller und volkswirtschaftlicher Art der Post zur Last machte. Um zu diesem Ziele zu gelangen, erforderte die Mitwirkung des Verkehrsbeirats besonders wertvoll und nötig. Diesen Zweck verfolgte die Einsetzung eines Ausschusses von sachkundigen Männern, der in allen Fragen der Verbilligung und Betriebsvereinfachung der Postverwaltung beratend und helfend zur Seite zu stehen bestimmt war. Vertreten in diesem Ausschusse waren neben Mitgliedern des Verkehrsbeirats Mitglieder des Reichstags und des Beamtenbeirats. Im Verlauf dieser Tagung sprach Staatssekretär Dr. Bredow über den Funkverkehr mit den Vereinigten Staaten in Amerika, über den Wiederaufbau der Kabelverbindungen zwischen Deutschland und Amerika und die Einrichtung des Blitzfunkverkehrs für Telegramme, für den bereits Versuche zwischen Berlin und Hamburg stattgefunden.

Die immer fortschreitende Geldentwertung machte von nach kurzer Zeit neue Gebührenerhöhungen und am 20. April 1922 zu ihrer Durchberatung eine neue Zusammenkunft des Verkehrsbeirats notwendig. Eine ungeheuerhafte eingetretene Verteuerung aller Betriebskosten und der Lebenshaltungskosten, die Anfang April 1922 eine Erhöhung der Gehälter und Löhne nötigte, veranlaßte Ausgaben von 5 Milliarden, die sich durch Ertragsmisse nicht einbringen ließen. Tarifierhöhungen wurden unumgänglich nötig, so unpopulär sie allmählich geworden waren und so schwere wirtschaftliche Schäden verursachen konnten. Doch sollten andererseits Ertragsminderungen lindernd zur Durchführung der Erhöhungen beitragen. So setzte man die Gebühr für den gewöhnlichen Brief im Ortsverkehr in der untersten Gewichtsklasse von 1 M 25 Pf. auf 1 M herab, die Gebühr für Pakete im Gewicht von 15 bis 20 kg in der Nahzone von 30 M auf 25 M. Ferner sollten die Gebühren für Briefarten im Ortsverkehr, für Briefe im Ortsverkehr der Gewichtsstufe 20 bis 100 g, Drucksachenkarten und Drucksachen bis 20 g und für Pakete von 10 bis 15 kg in der Nahzone nicht gesteigert werden. Dagegen wurden die Gebühren für Fernpostkarten auf 2 M, für Briefe im Fernverkehr bis 20 g auf 3 M, über 20 bis 50 g auf 4 M und über 100 bis 250 g auf 5 M gesetzt. Die Notwendigkeit der Gebührenerhöhungen und ihr Ausmaß erkannte der Verkehrsbeirat an, dessen Befehl er für Postarten im Fernverkehr die Gebühr von 1 M 50 Pf. statt 2 M und ferner den Wegfall der Drucksachenkarte für zweckmäßig. Ein weiterer Antrag ging dahin, für Briefe eine Gewichtsstufe von 250 bis 500 g zu schaffen. Auch eine angemessene Erhöhung der Zeitungsgebühren hielt der Verkehrsbeirat für geboten. Zur Beratung kamen schließlich noch Vereinbarungen für abgefürzte Telegrammadressen und über das Verfahren bei ungenauen Telegrammanadressen. Der weitere Verfall der Mark machte neue Aufbesserungen der Bezüge der Gehalts- und Lohnempfänger zur Folge, die der Postverwaltung Mehrausgaben in Höhe von 9½ Milliarden M ver-

ursachten, und die sich trotz Anwendung aller erspärlichen Ersparnismaßnahmen aus den Einnahmen nicht decken ließen. Ende Juli 1922 machte das Reichspostministerium dem Verkehrsbeirat davon Mitteilung und stellte einen neuen Plan für Gebührenerhöhungen auf, der als Ausgangspunkt für den einfachen Fernbrief eine Gebühr von 6 M vorsah und die Paketgebühren in der Nahzone mit 12 M, in der Fernzone mit 24 M in der untersten Gewichtsstufe beginnen ließ. Zur Beratung der Vorlage wurde der Verkehrsbeirat zum 4. September 1922 eingeladen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stand auch die Vorlage einer Denkschrift über Gebührenfragen, ferner die Erörterung von Maßnahmen zur Beschleunigung von Änderungen im Gebührenwesen. Der Reichspostminister wies darauf hin, daß die Veranlassung für den abermaligen Zusammentritt des Beirats für beide Teile keine angenehme sei, an eine solche Entwertung des Geldes habe aber niemand denken können. Aus diesem Grunde habe sich ein Ergänzungsentwurf zu den in der vorausgegangenen Tagung beschlossenen Gebührensatzungen nicht vermeiden lassen. Der Direktor der Abteilung I des Reichspostministeriums ergänzte die Ausführungen des Ministers durch die Mitteilung, daß die vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen nicht einseitig im Ministerium entstanden seien, sondern daß auch Beamte im Reiche, der Bezirksbehörden, und auch die Beamtenausschüsse daran mitgearbeitet hätten. Dabei seien auch die Fragen aufgeworfen worden, ob es sich empfehle, für Drucksachen, Warenproben, Geschäftspapiere und Mischsendungen einen Einheitstarif zu schaffen, Gewichtsstufen von 250 g bis 500 g durchzuführen, Briefe nach geschlossenen und offenen Sendungen zu behandeln und auf eine Staffelung der Paketgebühr von Kilogramm zu Kilogramm zurückzukommen. Es sei festgestellt worden, daß ein solcher Einheitstarif für die bezeichneten Briefsendungen eine Einnahme von ½ Milliarde M erbringen werde. Gegen die Einführung einer neuen Gewichtsstufe für Briefsendungen von 250 bis 500 g hätten sich die Postanstalten gewehrt, weil es in den — 3. Zt. stark eingeschränkten — Bahnposten an Raum fehle und eine Überlastung der Briefträger zu besorgen sei. Die Einführung des offenen Briefes aber würde jetzt ein Sprung ins Dunkle sein, so daß die Frage unter den bestehenden Verhältnissen sich nicht lösen lasse. Hinsichtlich der gewünschten Staffelung des Pakettarifs sei überzeugend nachgewiesen worden, daß dabei das 5 Kilogrammpaket sich verteuere, was vermieden werden müsse. Man müsse im Paketverkehr wieder mit den Eisenbahntarifen in Übereinstimmung kommen, die Anfang des Jahres 1922 bei kleinen Sendungen zunächst niedriger als die der Post waren, dann aber von Monat zu Monat so schnell gestiegen seien, daß die Post im Rückstand blieb, was zur Folge hatte, daß sie mit schweren Paketen überflutet wurde. Die Bestellungs- und Beförderungseinrichtungen der Post seien auf einen solchen Verkehr nicht zugeschnitten. Eine geringe Erhöhung der Zeitungsgebühren mußte in dem Ergänzungsvorschlag aufgenommen werden, da es kein erträglicher Zustand gewesen wäre, bei einem Minderbetrag von rund 5 Milliarden M die Presse nicht mit heranzuziehen. Zur Erzielung einer besseren Zusammenarbeit in Tariffragen war auf Wunsch des Reichspostministers auch der 27. Ausschuß des Reichstags hinzugezogen worden. Von einem Mitglied des Verkehrsbeirats wurde betont, daß selbstverständlich ein Staatsbetrieb seine Selbstkosten

decken müsse. Die Postverwaltung befinde sich in einer äußerst schwierigen Lage, es sei aber nötig, auch Veränderungen in einem großen Teile des Personals vorzunehmen. Zu denken gebe der Verkehrsrückgang, der gegen 1920 etwa 50 v H betrage. Der Ausfall sei eine schwere Last für das deutsche Wirtschaftsleben. Spezialtarife für Lebensmittelsendungen — als Erleichterung für Minderbemittelte — seien nötig. Empfehlenswert sei auch die Einsetzung eines ständigen Tarifausschusses, der statt des Verkehrsbeirats jedesmal bei Gebührenerhöhungen zu hören sei, weil bei dem jetzigen Verfahren angesichts der schnell aufeinanderfolgenden Gebührenerhöhungen die Postverwaltung in Schwierigkeiten geraten müsse. Vom Reichspostministerium wurde darauf hingewiesen, daß die Gebührenerhöhungen nicht lediglich finanzpolitische Maßnahmen, daß sie vielmehr auf den Druck der Reparationskommission zurückzuführen seien. Auf eine Verringerung im Personalstand sei hingewirkt worden, bereits 9 000 bis 10 000 Beamte wären von der Finanzverwaltung übernommen worden. Die Maßnahmen der Verwaltung zur Vereinfachung und Verbilligung des Betriebs wurden eingehend erörtert, so die Zusammenlegung von Betriebsstellen an größeren Orten, die Unterhaltung der Postverbindungen auf dem Lande durch Benutzung von Selbstfahrern und Fahrrädern. Erwähnt wurde auch die Ausarbeitung eines Systems, das auf Grund von Richtzahlen für Arbeitsvorgänge im Post- und Telegraphenbetrieb auf Einheiten zurückführe und einen geeigneten Maßstab für die Bemessung des Personals liefern werde. Eine Neugestaltung der Wirtschaftsführung der Postverwaltung sei in Angriff genommen. Nach einer Aussprache über die Personalverhältnisse der Postverwaltung stellte der Minister für den nächsten Haushalt eine Denkschrift in Aussicht, in der die Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen behandelt werden sollte. Den Antrag auf Einführung des offenen Briefes ließ der Verkehrsbeirat schließlich fallen; das Reichspostministerium nahm Veranlassung, noch darauf hinzuweisen, daß die letzte Erhöhung der Fernspreckgebühren keinen nennenswerten Verkehrsrückgang herbeigeführt habe, daß dagegen noch rund 50 000 neu angemeldete Fernspreckanschlüsse hergestellt werden mußten. Trotz alledem sei der Wirtschaftsstand ungünstig, so daß die Erhöhung der Fernspreckgebühren auf das Achtfache der Sätze vom 1. Oktober 1921 unabweisbar sei, wenn die Selbstkosten gedeckt werden sollten. In der Aussprache über diesen Punkt einigte man sich auf einen Zuschlag in fünffacher Höhe der Gebühren.

Wegen des weiteren Verfalls der Mark sah sich der Reichspostminister schon nach kurzer Zeit, am 22. Oktober 1922, genötigt, dem Reichsrat einen neuen Vorschlag zur Änderung der Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren zu machen, der am 24. Oktober mit dem Verkehrsbeirat durchgesprochen wurde, und dessen Billigung er im allgemeinen fand. Der Verkehrsbeirat stimmte wegen der ungünstigen Lage des Haushalts zu, daß die Mehreinnahmen aus der neuen Vorlage recht bald fließen und die Erhöhungen daher noch vor dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt (1. Dezember), vielleicht schon vom 15. November ab, in Kraft treten möchten. Im Paketverkehr hielt der Verkehrsbeirat die Schaffung einer weiteren Zone neben der jetzt bestehenden Nah- und Fernzone für die Entfernung von 75 bis 375 km für erwünscht. Wegen der umfangreichen Vorarbeiten für die Bereitstellung der erforderlichen

Tagbehelfe usw. konnte die Einführung bis zum 1. Dezember nicht zugelegt werden, wohl aber eine Beschleunigung dieser Arbeiten.

Zur Begründung der nächsten Gebührenvorlage, die Beratung mit dem Verkehrsbeirat am 28. und 29. November 1922 stattfand, führte der Reichspostminister aus, daß diesmal nicht nur erhöhte Betriebs- und Personalausgaben nach weiterem Verfall der Mark Veranlassung für eine Gebührenänderung gegeben hätten, sondern daß die Postverwaltung — allerdings nicht seit kurzer Zeit — mit umfangreichen Leistungen und Ausgaben belastet sei, die nicht den eigentlichen Aufgaben der Post, sondern fremden Zwecken sozialer und kultureller Natur dienten. Die neue Gebührenvorlage fand die Zustimmung des Verkehrsbeirats, nur sprang er sich gegen die neuen Fernspreckgebühren aus, will aber ein, daß vom 1. Januar 1923 ab an Stelle des bisherigen Zuschlags ein solcher von 2000 v H berechnet werden sollte.

Gebührenerhöhungen brachte auch die Tagesordnung der nächsten Sitzung vom 6. Februar 1923. Unter den Folgen des Krieges und seinen Nachwirkungen, jetzt auch der Maßnahmen der Franzosen im Ruhrgebiet, hatte die Wirtschaftslage immer mehr verschlechtert, der Fehlbetrag der Postverwaltung sich immer weiter vergrößert. Die Post war der Teuerung nur langsam gefolgt und mit Tarifierhöhungen zögernd vorgegangen, so daß es fast unmöglich wurde, eine einmal verpaßte Gelegenheit nachzuholen. Für das Rechnungsjahr 1923 mußte mit einem Fehlbetrag von fast 500 Milliarden Mark gerechnet werden. Er ließ sich nicht mehr durch Gebührenerhöhungen oder einen weiteren Personalabbau beseitigen, es wurde dringend nötig, die Post von ihren Ausgaben und Ausgaben zu befreien, die nicht aus dem eigentlichen Postverkehr, sondern — wie schon gesagt — aus Leistungen herrührten, die sie für ihr wesensfremde Aufgaben kultureller, sozialer und charitativer Natur ausübte. Unter den unvermeidbaren Gebührenerhöhungen war der Postverkehr gegen 1920 um fast die Hälfte zurückgegangen. Die Gefahr eines weiteren Rückgangs mußte daher die Post hindern, die Postgebühren so hoch zu bemessen, daß der Ausfall gedeckt worden würde. Unter solchen schwierigen Verhältnissen versuchte die Postverwaltung immerhin Wünsche des Verkehrsbeirats zu erfüllen; es wurde das 3-kg-Paket eingeführt, im Zusammenhang damit allerdings auch das Paketbestellgeld und eine Paketausgabegebühr. Die Bildung der früheren verlangten drei Zonen im Paketverkehr stand für den 1. April 1923 bevor. Es wurde ferner dem Wunsch, die Gebühr für die Fernpostkarte nicht höher als auf die Hälfte der Briefgebühr zu bemessen, Rechnung getragen. Zum 1. März 1923 wurde der 500-g-Brief eingeführt. Wieder wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Post von den ihr nicht ureigenen Aufgaben zu befreien. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums legte dar, daß die Selbstkosten der einzelnen Verkehrszweige festgestellt werden würden, eine abermalige Gebührenerhöhung aber nicht zu umgehen sei. Der Postminister versprach, das Gute von einer Reinigung des Posthaushalts, die zu fördern werde, damit man klar sehe, welche Ausgaben die Post für Zwecke anderer Verwaltungen leiste. Schmerzlich sei, daß durch Gebührenerhöhungen immer wieder der Verkehr in Mitleidenenschaft gezogen, ja schmerzlich, daß dadurch auch der Familien- und geistige Verkehr getroffen werde. Man habe die Paketausgabegebühr getadelt, könne ohne sie aber nicht aus-

men, auch die Einführung eines Lebensmittelpakets ante aus Rücksichten finanzieller Art nicht in Aussicht gestellt werden. Nach den weiteren Ausführungen des Ministers leistete die Post für die Presse ganz erhebliches, besonders wurden die kleineren Zeitungen geschont. Den einmaligen Fernsprechbeitrag hatte die Postverwaltung zurückgezogen und die Beträge an Anschlußinhaber zurückzahlen lassen. Von einer Entlastung entbehrlicher Hilfskräfte mußte wegen der politischen Verhältnisse vorerst abgesehen werden. Wenn man weilen über mangelnde Höflichkeit des Personals klagt worden ist, so darf nicht übersehen werden, daß in der Nervosität des Publikums auch auf dessen Seite manche Schuld zu finden ist. Für die Einführung eines neuen Briefes spricht gewiß vieles, die Durchführung macht aber Schwierigkeiten, da der offene Brief aus technischen Gründen nicht so schnell wie der geschlossene Brief gefördert werden kann.

Nach viermonatiger Pause machte der Reichspostminister Ende Mai 1923 den Verkehrsbeirat mit dem Inhalte einer neuen Gebührenfestsetzung bekannt. Bei dem Verfall der Mark blieb die Post mit ihren Einnahmen im Rückstand, eine Vergrößerung des Defizits mußte auch die Reichsfinanzverwaltung nicht mehr zusehen. Als notwendig stellte sich die Vervielfachung der bestehenden Gebühren für Brieffendungen und eine Vervielfachung der Fernsprechgebühren heraus, während die Telegraphengebühren eine Verdreifachung der Höhe ausreichend erschien. Der Verkehrsbeirat stellte sich auf den Standpunkt, daß die Gebühren, wie sie in der zweiten veränderten Vorlage vorgeschlagen wurden, noch nicht als zu hoch bezeichnet werden könnten; er äußerte aber Bedenken, im Augenblick eine so sprunghafte Erhöhung vorzunehmen, und beschloß, es bei einer Vervielfachung der Briefgebühren bewenden zu lassen. Eine Gebührenermäßigung für Ansichtskarten mit Grüßen erhielt der Verkehrsbeirat unter den veränderten Verhältnissen nicht mehr für zeitgemäß. Der Verkehrsbeirat wünschte ferner statt einer Vervielfachung der Fernsprechgebühren nur eine fünffache Erhöhung dieser Gebühren. Ohne weitere Beratung und Prüfung des Antrags auf seine Auswirkungen hin konnte das Reichspostministerium seine Zustimmung nicht erklären. Im übrigen einigte sich der Verkehrsbeirat dahin, daß für die Beratung der nächsten Gebührenerhöhung ein engerer Ausschuß eingesetzt werde, der mit dem Reichspostministerium beraten sollte. Man hielt es nicht für erforderlich, den Verkehrsbeirat in seiner Gesamtheit zusammenzuberufen, wenn es sich um die Besprechung von Fragen handelte, die, wie die Gebührenerhöhungsvorlage, sich mehr oder weniger stets auf derselben Bahn bewegen pflegten. Allerdings war dabei nicht an eine dauernde Einrichtung gedacht, vielmehr behielt sich der Verkehrsbeirat seine endgültige Stellungnahme für später bevor.

Dieser Tarifausschuß trat dann bei der nächsten Gebührenvorlage, deren Inkrafttreten für den 1. August 1923 in Aussicht genommen worden war, am 3. Juli 1923 unter dem Vorsitz des Reichspostministers zusammen. Der Jahresfehlbetrag der Reichspostverwaltung für 1923 war nach der am 1. Juli erfolgten Gebührenerhöhung auf über 8 Billionen *M* errechnet worden. Die vorgeschlagene neue Erhöhung sollte Billionen *M* erbringen, so daß immer noch 4 Billionen *M* ohne Deckung blieben. Die letzte Gebührenerhöhung war auf Wunsch des Verkehrsbeirats weit unter

der vom Reichspostministerium für notwendig gehaltenen Höhe geblieben, obgleich die jährlichen Ausgaben der Post in weit größerem Maße gestiegen waren. B. B. betrugen sie bei Kupfer das 36 000fache, bei Blei das 48 000fache, bei Telegraphenstangen das 23 000fache des Friedenspreises. Dabei hatte der Telegramm- und Fernsprechverkehr sehr zugenommen, besonders als infolge der Valutakrise der vergangenen Monate diese Verkehrsmittel von den Bankinstituten in immer stärkerem Maße in Anspruch genommen wurden. Die neuen Gebührenerhöhungen wurden von der Postverwaltung vom Standpunkt des Verkehrs aus als durchaus tragbar angesehen, und der Tarifausschuß stimmte ihnen ohne Abänderung zu.

Infolge des im Juli 1923 in zuvor nicht gekannten Ausmaßen sich fortsetzenden Verfalls der Mark trat mit der Vermehrung der Personal- und Sachausgaben ein immer größerer Fehlbetrag im Haushalt der Post- und Telegraphenverwaltung auf, der sich Ende Juli 1923 auf etwa 30 Billionen *M* belief. Hatte ursprünglich die Postverwaltung geglaubt, an einer Erhöhung der z. Bt. gültigen Gebührensätze um 100 v H zum 1. September 1923 festhalten zu können, so mußte dieser Voratz bald aufgegeben werden, weil die äußerst ungünstige Entwicklung der Wirtschaftslage die Postverwaltung vor immer erheblichere Ausgaben stellte. Eine Erhöhung der Gebühren um 200 v H war nicht mehr zu umgehen, sie mußte unter den schwierigen Zeitverhältnissen für tragbar erachtet werden. Um vor allem aber die Gebührensätze schneller und vorteilhafter den Verhältnissen anpassen zu können, plante die Postverwaltung die Festlegung bestimmter Grundzahlen für die gesetzlichen Gebühren, die es gestatten würden, unter Anwendung einer den jeweiligen Bedürfnissen entsprechenden Schlüsselzahl besser der allgemeinen Wirtschaftslage zu folgen. Mit der Besprechung einer dahingehenden Vorlage sollte der Verkehrsbeirat sich bald befassen, er wurde vom Reichspostministerium zum 8. August 1923 zusammenberufen. Für diese Sitzung wurde auch die Erörterung der Frage angelegt, ob bei der von Tag zu Tag sprunghaft fortschreitenden Geldentwertung und der dadurch verursachten gewaltigen Ausgabensteigerung die vor dem zum 1. September vorgefehene Gebührenerhöhung noch zweckentsprechend sei, und ob nicht eine Vervielfachung statt der beschlossenen Verdreifachung der Gebühren eintreten müsse. Unter Bezugnahme auf die allgemeine Lage führte der Postminister hierzu aus, daß die Post es immer als eine ihrer ersten Aufgaben betrachtet habe, die Kulturinteressen zu fördern und auch auf die minderbemittelten Volkskreise jede erdenkliche Rücksicht zu nehmen. Aber die Not des Reiches sei furchtbar, alles versinke in ein Nichts. »Nur anpassen« sei zum allgemeinen Ruf geworden. Der Reichspostminister hob weiter die Vorzüge einer Neuordnung des Gebührenwesens unter Verwendung von Grundbeträgen und Schlüsselzahlen hervor und bat den Verkehrsbeirat um Stellungnahme und um Anregungen, deren Verwendung er nach Möglichkeit zusicherte. Bei der Festsetzung der Grundbeträge ging man von dem 10-Pf.-Tarif der Vorkriegszeit für einen Fernbrief aus, mit einigen Abweichungen standen die Grundbeträge der übrigen Versendungsgegenstände hierzu in gleichem Verhältnis. Für die Auffindung einer Schlüsselzahl hielt man es für richtig, wenn die Post, solange nicht ein allgemeiner Index vorhanden war, den Index aus ihren eigenen Verhältnissen schöpfte. Empfehlenswert schien es daher,

die Schlüsselzahl der Entwicklung der Personalausgaben zu entnehmen, und zwar in loser Anlehnung an die für die Regelung der Beamtenbezüge jeweils geltende Maßzahl. Ihre Festsetzung sollte auf Grund einer Vereinbarung einer besonderen aus Regierungs- und Beamtenvertretern bestehenden Kommission erfolgen, ihre Änderungen in der Regel auf den 1. und 16. des Monats angelegt werden; kürzere Zwischenräume mußten mit Rücksicht auf die für den Druck und die Verbreitung neuer Tarife erforderliche Zeit vermieden werden. Der Verkehrsbeirat stimmte unter Hervorhebung der Notwendigkeit einer einheitlichen Reichsindexziffer der Neuordnung im vorstehenden Sinne zu und erklärte sich auch mit der schon besonders festgelegten Gebührenerhöhung zum 1. September 1923 einverstanden. Das Gesetz über Post-, Postschef- und Telegraphengebühren vom 17. August 1923 ermächtigte dann den Reichspostminister, im oben angegebenen Sinne die Schlüsselzahl zu ermitteln und danach im Bedürfnisfall die Gebühren festzusetzen. Eine etwa notwendig werdende Änderung der Grundgebühren blieb auch fernerhin der Zustimmung des Reichsrats und eines besonderen Ausschusses des Reichstags vorbehalten. Diese Neuerung in der Festsetzung anderer Gebührensätze trat noch im rechten Augenblick, sozusagen in letzter Stunde ein. Ohne sie wäre während der nun folgenden, von Tag zu Tag sich mehr überstürzenden Geldentwertung an eine auch nur einigermaßen den Verhältnissen sich anpassende Steigerung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren nicht zu denken gewesen. In der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne vom 1. September bis Ende November 1923 wurden die Gebühren unter Anwendung der Schlüsselzahl nicht weniger als zehnmal neu festgesetzt. Am 1. Dezember 1923 konnten dann nach voraufgegangener Einführung der Rentenmark schließlich auch die Postgebühren auf eine wertbeständige Grundlage gestellt werden. Zu einer erneuten Zusammenberufung des Verkehrsbeirats trat danach kein Anlaß mehr ein,

und als infolge der Fortentwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland sich die Zweckmäßigkeit gab, den Reichs-Post- und Telegraphenbetrieb als selbstständiges Unternehmen »Deutsche Reichspost« dem Reichspostminister unter Mitwirkung eines Verwaltungsrats verwalten zu lassen, waren die Aufgaben des Verkehrsbeirats beendet.

In einer Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes seiner Grundidee und seiner Zusammensetzung, wie der Vorausahnung schwerer Aufgaben mit unverbesserbarem Geschick geschaffen, später durch die Verfassung des Deutschen Reichs in aller Form eingesetzt, war der Verkehrsbeirat berufen, hervorragend an der Gestaltung und Lösung großer, ernster Fragen um das ferner Wiederaufbau des niedergebrochenen Deutschlands so ungemein wichtige Post- und Telegraphenwesen mitzuwirken. Wenn nach Lage der Verhältnisse die Aufgaben auf dem Gebiet der Neugestaltung und der Verbesserung des eigentlichen Betriebs sonderlich hinter Gebührenerhöhung zurücktreten mußten, so steht doch gerade die ganz besondere Bedeutung der letzteren hervor, weil hier durch die stete Mitarbeit des Verkehrsbeirats Gebührenerhöhungen pflegen tief in alles kulturelle und soziale Leben einzugreifen — immer die Fühlung mit den Bedürfnissen und Wünschen der Allgemeinheit erhalten blieb. Das bedeutete, daß sich in einer so wechselvollen Zeit wie die rückliegenden Jahre die Maßnahmen der Postverwaltung, so viel und so oft sie an abfälligen Kritiken begegneten, unausgesetzt in der richtigen Bahn, immer den Forderungen der Allgemeinheit und des Betriebs dienend, bewegten. Ihre Durchführung war so gesichert und in jeder Richtung erleichtert. Der Rückblick auf das, was zu leisten und zu bewältigen war, löst Genugtuung und volle Befriedigung aus, und es ist unbestritten, daß in der Geschichte der deutschen Post die Mitarbeit des Verkehrsbeirats bei dem Reichspostministerium die Würdigung finden wird, die sie verdient.

Herstellung und Vertrieb der Postwertzeichen während der Zeit der großen Geldentwertung.

Von Ministerialamtmannt H. Schulz in Berlin.

Die Herstellung der Postwertzeichen und die rechtzeitige Versorgung der Postanstalten mit den für den Verkehr erforderlichen Mengen gingen, solange keine wesentlichen Änderungen in den Gebührensätzen notwendig waren, ohne irgendwelche Schwierigkeiten vor sich. Bei der Stetigkeit der Verhältnisse war die Reichsdruckerei in der Lage, ihre Bestände an Wertzeichen fortdauernd so zu ergänzen, daß sie alle Bestellungen der Absatzstellen rechtzeitig innerhalb einer Frist von zwei Wochen ausführen konnte. Ergab sich in einzelnen Fällen die Notwendigkeit zur Einführung neuer Markenwerte nicht möglich war oder unzweckmäßig erschien, konnte in der Regel der Zeitpunkt der Gebührenerhöhung so festgesetzt werden, daß die rechtzeitige Herstellung und Lieferung neuer Wertzeichen gesichert war. Hierin änderte sich auch während des Krieges nichts. Gebührenerhöhungen, die eine Herausgabe neuer Markenwerte

erforderten, traten in den Kriegsjahren nur am 1. August 1916 und am 1. Oktober 1918 ein, und zwar infolge der Gesetze über die mit Postgebühren zu erhebenden Reichsabgaben (Reichsgesetzbl. 1916 S. 577 und 1918 S. 975). In beiden Fällen kamen nur je drei neue Markenwerte in dem bisherigen Markenmuster in Betracht. Die Reichsdruckerei hatte damals allerdings noch Wertzeichen für die von deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebiete zu liefern, aber ihre Herstellung, die durch Überdruck vorhandener deutscher Marken geschah, blieb ohne Einfluß auf die Lieferung der für die Heimat benötigten Wertzeichen. Auch in den folgenden Jahren, als die Gebühren infolge des sinkenden Marktkurses mehrfach, und zwar am 1. Oktober 1919, 6. Mai 1920 und 1. April 1921 (vgl. Archiv Nr. 6 von 1923), erhöht und im Zusammenhang damit neue Markenwerte geschaffen werden mußten, und als ferner die weiten Volkskreise nicht mehr zeitgemäß erscheinenden Wertzeichen mit dem Will-

in Germania — allerdings nur allmählich — durch Wertzeichen in andern Mustern (Ziffer- und Arbeitermarken) ersetzt wurden, ließ sich die Belieferung der Postanstalten mit den gebräuchlichsten Marken doch noch immer in zufriedenstellender Weise ermöglichen.

Ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse in den Jahren 1922 und 1923, als sich unter der Ungunst der allgemeinen Wirtschaftslage und besonders infolge der unaufhaltsam fortschreitenden Geldentwertung für die Postverwaltung die harte Notwendigkeit ergab, in immer kürzeren Fristen zu Gebührenerhöhungen zu greifen. Im Jahre 1922 wurden die Gebühren fünfmal erhöht, am 1. Januar, 1. Juli, 1. Oktober, 15. November und 15. Dezember, im Jahre 1923 sechzehnmal, am 15. Januar, 1. März, 1. April, 1. Juli, 1. und 4. August, 1. und 20. September, 1., 10. und 20. Oktober, 1., 5., 12., 20. und 26. November; erst am 1. Dezember 1923 konnten die Postgebühren wieder auf eine wertbeständige Grundlage gestellt werden und aus diesem Anlaß auch wieder wertbeständige Freimarken in den Handel gelangen (vgl. Archiv Nr. 6 von 1923 und Nr. 1 von 1924). Hierdurch entstand eine Flut neuer Postwertzeichen, die einen noch größeren Umfang angenommen hätte, wenn es der Reichspostverwaltung möglich gewesen wäre, die Gebührensätze stets rechtzeitig der Geldentwertung anzupassen. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Schwierigkeiten nahmen für die Postverwaltung und die Reichsdruckerei derart zu, daß es zeitweise nicht gelang, die erforderlichen Wertzeichen rechtzeitig herzustellen, so daß leider wiederholt bei den Postanstalten ein empfindlicher Mangel an Freimarken trat.

Die Herstellung der Wertzeichen wurde hauptsächlich dadurch sehr ungünstig beeinflusst, daß der Zeitraum zwischen der Verabschiedung der Gebührenvorlagen durch den Verkehrsbeirat, den Reichsrat und den Reichstag und ihrem Inkrafttreten lag, sich im Laufe der Zeit immer mehr verringerte und zuletzt nur noch wenige Tage umfaßte. Wenn auch die Vorbereitungen zur Anfertigung neuer Markenwerte in der Regel bereits vor der Verabschiedung der Gebührenvorlagen getroffen werden konnten, reichte die zur Verfügung stehende kurze Zeit doch bei weitem nicht aus, und zwar um so weniger, als von den gesetzgebenden Körperschaften mehrfach noch Änderungen der vorgeschlagenen Gebühren während der Beratung vorgenommen wurden, so daß statt der in Vorbereitung befindlichen Wertzeichen andere Markenwerte in Auftrag gegeben werden mußten. Für Buchdruckmarken beansprucht die Anfertigung der Druckplatten gewöhnlich drei bis vier Wochen, bei Wertzeichen in Kupferdruck, der zur Verhütung und Erschwerung von Fälschungen gern für hochwertige Marken gewählt wird, bedarf es zur Plattenherstellung noch viel längerer Zeit. Dieses Druckverfahren hat auch noch den weiteren Nachteil, daß es nur einen Bruchteil der Mengen liefert, die im Buchdruckverfahren während der gleichen Zeit hergestellt werden können. Hierzu kommt noch, daß mit der Versendung der Wertzeichen durch die Reichsdruckerei gewöhnlich erst acht bis zehn Tage nach dem Beginn des Druckes angefangen werden kann. Durch Gesetz vom 7. August 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 797) wurde zwar, um der sprunghaften Geldentwertung schneller folgen zu können, der Reichspostminister ermächtigt, auf Grund von Schlüsselzahlen die Gebühren selbständig festzusetzen, aber diese Befugnis konnte für die Wertzeichenherstellung keine Besserung bringen, weil die Zeiträume

zwischen den einzelnen Gebührenänderungen sich immer mehr verkürzten.

Die Schwierigkeiten in der Wertzeichenherstellung waren naturgemäß am größten im Jahre 1923 und stellten die Reichsdruckerei vor besonders schwere Aufgaben, weil diese bei der unaufhaltsam fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark nicht nur für die Postverwaltung Postwertzeichen, sondern auch für andere Verwaltungen Steuer- und Stempelzeichen, wie Einkommen-, Wechsel-, Umsatz- und Gesellschaftsteuermarken, statistische Stempelmarken, Rückvergütungsmarken für die Presse und einen Teil der Versicherungsmarken in immer neuen Werten liefern sollte. Anfangs konnte der erhöhte Bedarf durch Heranziehung einer größeren Zahl von Druckmaschinen befriedigt werden. Später ging die Reichsdruckerei, da eine weitere Vermehrung der Druckmaschinen durch Neubeschaffung zu lange Zeit beanspruchte, zur Einführung neuer Arbeitschichten über und wurde sogar in weitem Umfang zur Einführung der Sonntagsarbeit genötigt. Während zu gewöhnlichen Zeiten die Wertzeichen auf 4 Rotations- und 5 Flachdruckmaschinen in einer Tagesschicht von 8 Stunden hergestellt wurden, liefen in der Zeit der größten Inflation 4 Rotationsmaschinen ununterbrochen in drei Schichten und 25 bis 30 Flachdruckmaschinen in zwei bis drei Schichten. Schließlich wurde auch der Offsetdruck, ein Gummidruckverfahren, in erweitertem Umfang der Herstellung von Wertzeichen dienstbar gemacht, weil bei diesem Verfahren die Anfertigung der Druckplatten nur verhältnismäßig kurze Zeit erforderte. Wie beim Ausdrucken der Marken hatte die Reichsdruckerei auch bei der Vorbereitung des Papiers und der Fertigstellung der Marken mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die vorhandenen 5 Maschinen zum Auftragen des Klebstoffs auf das Papier genügten schließlich nicht, so daß private Einrichtungen zur Aushilfe herangezogen werden mußten. Auch die 30 Maschinen, mit denen die Markenbogen durchlocht wurden, konnten, obwohl sie ununterbrochen im Betrieb waren, zeitweise nicht den Bedarf decken; ein Teil der Bogen wurde deshalb nicht durchlocht, sondern mit Hilfe von Buchdruckmaschinen nur eingeritzt. Durch alle diese Maßnahmen war die Reichsdruckerei zuletzt in der Lage, täglich eine Million Bogen Freimarken zu liefern, während in früheren Zeiten nur etwa 250 000 Bogen täglich hergestellt wurden.

Abgesehen von der Gebührenerhöhung am 26. November 1923, der letzten Erhöhung vor Wiedereinführung wertbeständiger Marken, bei der die vorhandenen Wertzeichen in den wenigen Tagen bis Ende November zum vierfachen Betrag des aufgedruckten Wertes verkauft wurden, war bei allen Erhöhungen mehr oder weniger die Ausgabe neuer, den Gebühren für die am meisten vorkommenden Sendungen entsprechender Markenwerte erforderlich. Nicht immer war es möglich, diese Marken bis zum Inkrafttreten der neuen Gebührensätze zu liefern; die Verkehrsanstalten mußten deshalb öfters den Käufern zunächst niedrigere Werte als Ersatz anbieten, was zur Folge hatte, daß der Freimarkenabsatz unliebsame Auseinandersetzungen und Verzögerungen in der Abfertigung an den Postschaltern mit sich brachte, und daß das Freimachen der Sendungen für die Aufgeber und für die Schalterbeamten oft recht zeitraubend wurde. Briefe, deren Vorder- und Rückseite ganz mit Freimarken beklebt waren, bildeten keine Seltenheit; mitunter waren den Sendungen sogar noch besondere

Blätter mit Marken angeheftet. Die Prüfung der richtigen Gebührenverrechnung und das Stempelgeschäft wurden hierdurch sehr erschwert.

Da bei den Verkehrsanstalten die gangbarsten Markentwerte stets in ausreichender Menge vorrätig gehalten werden müssen, blieben bei den schnell aufeinander folgenden Gebührenänderungen Millionen von Freimarken übrig, die entweder nur noch selten oder überhaupt nicht mehr verwendet werden konnten, deren Herstellung aber erhebliche Kosten verursacht hatte. Als z. B. die Gebühr für einen einfachen Brief von 20 g am 1. Januar 1922 von 60 Pf. auf 2 M, also um mehr als das Dreifache, stieg — bei den übrigen Sendungen war die Erhöhung ähnlich —, befanden sich bei den Postanstalten außer Restbeständen der Germania-Ausgabe noch Ziffermarken zu 5, 10, 15, 25, 30, 40, 50 Pf. und Arbeitermarken zu 60, 80, 100, 120, 150 und 160 Pf. Gebühren unter 1 M gab es aber nur noch zu 40, 50 und 75 Pf. Mit dem weiteren Steigen der Gebühren wurde die Verwendung der älteren Marken immer schwieriger, von ihrer Außerkurssetzung wurde aber vorläufig abgesehen, weil sie für den Fall des Fehlens höherer Werte immer noch die Möglichkeit zum Freimachen der Sendungen boten.

Bereits im Jahre 1922 war mehrfach vorgeschlagen worden, nicht mehr gangbare ältere Marken durch Aufdrucken neuer Werte wieder nutzbar zu machen, um auf diese Weise die Versorgung der Postanstalten zu beschleunigen und gleichzeitig die Restbestände aufzubrechen. Diese Vorschläge waren nicht neu, denn schon früher waren einzelne Überdruckmarken hergestellt worden. Von der Anwendung des Überdruckverfahrens in großem Umfang mußte jedoch wegen der technischen und wirtschaftlichen Nachteile vorerst Abstand genommen werden. Von neuen Freimarken können vier oder acht Markenbogen gleichzeitig ausgedruckt werden, während beim Überdrucken jeder einzelne Bogen für sich behandelt werden muß; auch macht die Notwendigkeit, den Überdruck bei allen Marken in völlig gleicher Weise herzustellen, ein besonders sorgfältiges und zeitraubendes Einlegen der zu überdruckenden Markenbogen in die Druckmaschine erforderlich. Hierdurch wird das Leistungsmaß einer Druckmaschine derart herabgedrückt, daß an Überdruckmarken nur der sechste bis siebente Teil der Erzeugung völlig neuer Marken erzielt wird. Ein weiterer Nachteil ist, daß sich ein Überdruck verhältnismäßig leicht nachahmen läßt und deshalb zu Fälschungen geradezu anreizt, besonders wenn es sich um hochwertige Überdrucke auf Marken von geringeren Werten handelt. Endlich werden etwaige Ersparnisse bei der Ausgabe von Überdruckmarken auch durch die Kosten für das Einsammeln, das Verpacken und das zweimalige Versenden der zu überdruckenden Marken wesentlich beeinträchtigt.

Trotz aller Bedenken mußte vom August 1923 an zur Ausgabe zahlreicher Überdruckmarken geschritten werden; eine Übersicht über die im Jahre 1923 ausgegebenen Überdruckmarken ist am Schlusse des Aufsatzes beigelegt. Am 24. August 1923 waren die seit dem 1. August gültigen Gebühren fast durchweg auf den zwanzigfachen Betrag erhöht worden, wodurch die Gebühr für den einfachen Fernbrief von 1 000 auf 20 000 M stieg. Von der damals vorhandenen höchstwertigen Marke, der Kupferdruckmarke zu 10 000 M mit dem Kölner Dom, mit deren Lieferung in geringen Mengen eben erst begonnen worden war, hätte sich bis zum Inkrafttreten der neuen Gebühren nur ein geringer Bruchteil der schon

allein zum Freimachen der gewöhnlichen Briefe erforderlichen Menge herstellen lassen. Ganz ausgeschlossen war es, bis dahin noch Druckplatten für neue Freimarken anzufertigen. So mußte unter Zurückstellung aller Bedenken der Versuch gemacht werden, den Bedarf so weit wie irgend möglich durch Überdruckmarken zu decken. Um dies zu erreichen, wurden in der Regel nur die zum Freimachen der Brieffsendungen am meisten gebrauchten Marken gedruckt. Daneben noch Marken für die Paketgebühren bereitzustellen, die sich vom 24. August ab bereits zwischen 45 000 M und 660 000 M bewegten, war unmöglich. Für diese Gebühren wurde deshalb, wie schon früher für Postanweisungen und Zahlkarten die Barverrechnung angeordnet (seit 1. Mai 1924 wieder aufgehoben).

Bei den Überdruckmarken lassen sich, abgesehen von den Unterschieden in der Höhe der aufgedruckten Werte, zwei Arten unterscheiden, nämlich Überdrucke auf bereits früher hergestellte Marken und Überdrucke auf Marken, die mit vorhandenen Platten älterer Marken in veränderten Grundfarben neu hergestellt und dann erst mit der neuen Wertbezeichnung versehen worden sind.

Im August 1923 wurden zum Überdrucken zunächst vier Marken bisheriger Ausgaben gewählt, die in der Reichsdruckerei noch in großen Mengen lagerten (vgl. die Übersicht). Da es auf möglichst schnelle Belieferung der Absatzstellen ankam, konnte von der Reichsdruckerei nicht darauf gesehen werden, daß die Oberpostkassen und Verkehrsämter Marken von jeder zum Überdrucken verwendeten Art erhielten, für die Versendung waren viel mehr, wie auch später, lediglich die aufgedruckten neuen Werte maßgebend. Bei der nächsten Gebührenänderung am 1. September, die eine Erhöhung der bisher gültigen Beträge um etwa das Dreifache brachte, mußte wiederum eine Anzahl neuer Überdruckmarken ausgegeben werden, die zum Teil noch unter Verwendung vorhandener alter Marken, zum Teil aber bereits auf Neudrucken mit geänderter Grundfarbe hergestellt wurden. Abgesehen davon, daß durch die Farbenänderung die Gefahr von Fälschungen wesentlich herabgemindert wurde, mußte zu diesem Verfahren übergegangen werden, weil in der Reichsdruckerei ausreichende Mengen alter Marken nicht mehr vorhanden waren, und weil die Zurückziehung der noch bei den Oberpostkassen und Postämtern lagernden Bestände zu viel Zeit in Anspruch genommen hätte und auch zu kostspielig gewesen wäre. Neben den Überdruckmarken gelangte gleichzeitig noch eine neue Ziffermarke in großer Form zu 100 000 M zur Ausgabe, die im Offsetdruckverfahren hergestellt wurde und deren Druck bereits in der zweiten Augusthälfte begonnen hatte. Trotz aller dieser Maßnahmen war eine rechtzeitige und ausreichende Belieferung aller Postanstalten mit neuen Marken weder zum 24. August noch zum 1. September möglich. Die Reichspostverwaltung mußte sich deshalb notgedrungen trotz vieler Bedenken dazu entschließen, die bare Verrechnung der Freigegebühren vorübergehend auch für gewöhnliche und eingeschriebene Brieffsendungen des Inlands- und Auslandsverkehrs zu zulassen. Obgleich sich die Freimarkenversorgung in den folgenden Monaten wesentlich verbesserte, mußte von der Barfreimachung doch noch hier und da in einzelnen Fällen Gebrauch gemacht werden, so daß die Wiederaufhebung des Verfahrens erst am 14. Dezember 1923 erfolgen konnte.

Wenn auch der bei den Verkehrsämtern zeitweise eingetretene Mangel an gangbaren Marken zum Teil darauf

zuführen ist, daß Briefmarkenhändler und Sammler große Mengen von Überdruckmarken aufzukaufen, so hatten die Erfahrungen gelegentlich der Generalerhöhungen vom 24. August und 1. September gezeigt, daß die Absatzstellen trotz der äußersten Anstrengungen der Reichsdruckerei nicht durchweg ausreichend versorgt werden konnten. Bei den späteren Generalerhöhungen wurde deshalb dazu übergegangen, auch durch leistungsfähige und vertrauenswürdige Privatdruckereien sowie durch das Hauptmünzamt in München und die Druckerei der Verkehrsanstalt in Stuttgart überdrucken zu lassen. Am 14. September wurden die Oberpostdirektionen in Breslau, Frankfurt (Main), Hamburg, Hannover, Königsberg (Pr.), Leipzig, Münster (Westf.) und Stettin der Durchführung der Maßnahmen betraut, sowie die Abteilung München des Reichspostministeriums und die Oberpostdirektion Stuttgart um ihre Mitwirkung ersucht. Jede Oberpostdirektion wurde mit zwei bis drei benachbarten Bezirken zu einem Versorgungsgebiet eingeteilt; Bayern bildete ein Versorgungsgebiet für sich, der Bezirk Berlin wurde ausschließlich von der Reichsdruckerei versorgt. Die zu überdruckenden Freimarken waren aus den einzelnen Gebieten an die Oberpostdirektion der mit dem Überdrucken beauftragten Oberpostdirektion einzusenden, der auch die spätere Verteilung fertigen Überdruckmarken oblag. Papiermatrizen und Druckmuster wurden von der Reichsdruckerei geliefert. In dieser Weise wurden für die Gebührenerhöhung zum 20. September Markenwerte zu 100 000 *M* und 250 000 *M* und für die Gebührenerhöhung zum 1. Oktober Markenwerte zu 800 000 *M* und 2 Milliarden *M* hergestellt. Ferner mußte das gleiche Verfahren am 12. November wegen eines in der Reichsdruckerei eingetretenen Streiks des Personals noch einmal für einige Tage zur Herstellung von Marken zu 5 und 10 Milliarden *M* Platz greifen. Die Gesamtzahl der auf diese Weise überdruckten Marken betrug im September 738 573 Bogen, im Oktober 535 604 Bogen und im November 742 904 Bogen. Mit Hilfe der Privatdruckereien wurde eine schnellere Belieferung der Postanstalten erreicht und konnten Verlegenheiten im allgemeinen ferngehalten werden. Die Ausführung des Überdrucks nach Gleichmäßigkeit und Genauigkeit ließ sich allerdings teilweise zu wünschen übrig, in der Not mußte man darüber hinwegsehen werden.

Schon während der Ausgabe der Überdruckmarken wurde von der Reichsdruckerei ein neues Verfahren zur weiteren Beschleunigung und zur Vereinfachung der Wertzeichenherstellung vorbereitet. Zahlreiche Vorschläge, die bereits im Sommer und Herbst beim Reichspostministerium eingingen, bezweckten fast sämtlich, die Herstellung wertbeständiger Freimarken dadurch zu ermöglichen, daß die Marken für die einzelnen Sendungsarten lediglich in verschiedenen Farben ohne Wertangabe, aber zu festen Goldmarkenpreisen herausgegeben und von den Postanstalten zu dem jeweiligen Papiermarkenkurs verkauft werden sollten. Diese Anregungen erwiesen sich als undurchführbar, weil der Betrieb durch die notwendigen täglichen Bedarfsaufnahmen infolge des fortwährend wechselnden Marktkurses so stark belastet worden wäre, daß die Bediensteten wesentlich hätten verstärkt werden müssen. Freimarken wären zum Schaden der Reichspost zweifellos auch ein Gegenstand der Spekulation und Spekulation geworden, ohne daß dagegen wirksam

hätte eingeschritten werden können. Alle diese Nachteile wurden schließlich auf folgende Weise vermieden. Von der Reichsdruckerei wurden zunächst Marken ohne Wertbezeichnung nach einer einheitlichen Zeichnung (4 Posthörner und einen zur Aufnahme des Wertes bestimmten Kreis in der Mitte) hergestellt und dann erst später, den Gebührenerhöhungen entsprechend, mit Wertangaben bedruckt. Da es zum Eindringen der Wertziffern keiner neuen Platten bedurfte, konnte eine befriedigende Beschleunigung der Markenherstellung erreicht werden. Die ersten Marken dieser Art, die Ziffermarken zu 5 000 und 75 000 *M* wurden bereits Mitte September herausgegeben; in dem gleichen Muster erschienen, abgesehen von den in der nachstehenden Übersicht aufgeführten wenigen Stücke der Überdruckmarken, auch alle übrigen Marken der Millionen- und Milliardenwerte sowie die seit 1. Dezember 1923 in Verkehr gesetzten wertbeständigen Marken, die jetzt neben den Marken mit dem Reichsadler aufzubringen sind. Mit der durch die Stabilisierung der Mark ermöglichten Einführung der wertbeständigen Freimarken kam es auch in der Herstellung und Versendung der Wertzeichen wieder zu geordneten Verhältnissen.

Vorstehend war nur die Rede von den in ganzen Bogen zu je 100 oder 50 Stück ausgegebenen Freimarken. Neben diesen Bogenmarken wurden jedoch auch noch Freimarken in Rollenform zum Gebrauch für Freimarkengeber (Automaten) und Frankiermaschinen sowie Markenheftchen, in denen eine bestimmte Anzahl der gangbarsten Freimarken zusammengestellt waren, von der Reichsdruckerei hergestellt. Die rechtzeitige Versorgung der Postanstalten mit Freimarken in Rollenform und mit Markenheftchen war noch schwieriger als die Versorgung mit Bogenmarken, weil ihre Herstellung umständlicher ist und daher viel mehr Zeit in Anspruch nimmt. Klagen über den Mangel an Rollenmarken in höheren Werten wurden schon Ende 1921 laut. Die hochwertigen Marken waren damals noch Kupferdruckmarken in der bekannten großen Form, deren Anfertigung in Rollenform in der Reichsdruckerei mit den vorhandenen Maschinen nicht möglich war. Je öfter später die Gebühren geändert wurden, desto größer wurden die Schwierigkeiten. Als schließlich die Rollenmarken infolge der Kürze der Zeit zwischen den einzelnen Gebührenerhöhungen in der Regel erst kurz vor dem Inkrafttreten neuer Gebührensätze geliefert werden konnten, wurde im September 1923 die Herstellung der Rollenmarken ganz eingestellt. Seit Mitte Dezember 1923 werden die wertbeständigen Marken wieder in Rollen geliefert. Die Herstellung von Markenheftchen mußte bereits im Dezember 1921 aufgegeben werden. Die noch vorhandenen Heftchen zu 3, 4, 8 und 12 *M* sind, soweit die Marken nicht bei den Postanstalten zur Verrechnung einzelner Gebühren aufgebraucht werden konnten, später vernichtet worden.

Was über die gewöhnlichen Freimarken gesagt worden ist, trifft allgemein auch auf die den Reichs- und Staatsbehörden zum Freimachen dienstlicher Sendungen gelieferten Dienstmarken und zum Teil auch auf die für den Luftpostdienst besonders hergestellten Flugpostmarken zu. Ihre Herstellung mußte zeitweise ausgesetzt werden, um andere wichtigere Wertzeichen — auch Steuermarken — in größeren Mengen drucken zu können. Unter den schwierigen Verhältnissen konnte den Behörden am ersten zugemutet werden, sich mit den

vorhandenen Werten zu behelfen; auch konnten die Behörden in ausgedehntem Umfang an der Barfreimachung teilnehmen. Der Mangel an Flugpostmarken, der bei den Dienststellen, besonders in Berlin, mehrfach eintrat, und zwar in der Regel nach der Herausgabe neuer Werte, war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß diese in geringeren Auflagen hergestellten Marken von Händlern und Sammlern stark begehrt waren und aufgekauft wurden. Im übrigen war freigegeben worden, zum Freimachen der Dienst- und Flugpostsendungen beim Fehlen der besonderen Marken auch gewöhnliche Postwertzeichen zu verwenden.

Zu erwähnen bleiben schließlich noch die amtlich herausgegebenen Vordrucke mit eingedruckten Wertstempeln, wie Postkarten, Rohrpostkarten und -briefumschläge, Postanweisungen und Kartenbriefe. Wie die Wertzeichen mußten auch die am meisten gebrauchten Vordrucke, besonders Postkarten, infolge der Geldentwertung wiederholt mit höheren Wertstempeln hergestellt werden. Da aber die Vordrucke einen höheren Papierwert haben als die Marken, mußte mit größtem Nachdruck auf ihren restlosen Aufbrauch hingewirkt werden, was auch im allgemeinen erreicht worden ist. Ende Juli 1921 wurden Postkarten zu 30 und 40 Pf., etwas später auch Weltpostkarten zu 80 Pf., mit dem Bilde eines reitenden Postillions ausgegeben. Damit war von der Gewohnheit abgewichen, zu den Wertstempeln auf Vordrucken die jeweiligen Freimarkennuster zu verwenden. Alle späteren Postkarten zu 75 Pf., 150 Pf., 3 *M* und 25 *M* erhielten aber wieder den Stempel im Muster der gleichwertigen Marken, weil ihre Herstellung dadurch beschleunigt werden konnte. Postkarten mit noch höheren Wertstempeln wurden nicht mehr hergestellt, um den vollständigen Aufbrauch der zurückgebliebenen Reste älterer Ausgaben zu ermöglichen und dadurch den Verbrauch von Postkartenvordrucken wirtschaftlicher zu gestalten. Zur Erreichung dieses Zieles mußten verschiedene Maßnahmen getroffen werden. So wurden im März 1922 die nicht mehr gangbaren Postkarten zu 40 Pf. mit Ergänzungstempeln versehen, die zwei verschiedenartig verschlungene Linienneze zeigten und in der Mitte der Wertziffer 35 — für Ortspostkarten — oder 85 — für Fernpostkarten — trugen. Ferner hatten die Postanstalten an den Schaltern stets eine ausreichende Zahl von Postkarten bereitzuhalten, deren eingedruckter Wertstempel durch nachgeklebte Marken bis zum jeweils gültigen Gebührensatz erhöht worden war. Als die Gebühren schließlich über den eingedruckten Wert weit hinausgingen, wurde auf dessen Anrechnung ganz verzichtet und der alte Wertstempel mit Freimarken bis zum vollen Gebührenbetrag überklebt. Auf diese Weise wurden auch Weltpostkarten, wenn sie im Auslandsverkehr nicht mehr verwendet werden konnten, im Inlandsverkehr aufgebraucht. Zuletzt, als Postkarten mit eingedrucktem Wertstempel nicht mehr ausreichend vorhanden waren, wurden von der Reichsdruckerei nur noch Vordrucke ohne Wertstempel geliefert, die mit aufgeklebten Marken ausgegeben wurden. Die Reste veralteter Dienstpostkarten wurden zu dienstlichen

Mitteilungen im inneren Betrieb der Oberpostdirektionen und Verkehrsanstalten benutzt. Bemerkt sei noch, daß für Postkarten, deren Herstellung sich infolge der fortwährend steigenden Papierpreise immer mehr verteuert hatte, vom 17. Februar 1921 an die Erhebung eines Papierpreiszuschlags eingeführt wurde, der nächst 5 Pf. für die einfache Postkarte betrug, in Folgezeit aber mehrfach erhöht wurde. Für die kurzem wieder gelieferten Postkarten mit eingedrucktem wertbeständigen Stempel ist der Zuschlag nicht vorgesehen.

Bei der Versorgung der Dienststellen mit Rohrpostkarten und Rohrpostbriefumschlägen, die nur für Berlin, Hamburg und München in Betracht kommen, waren allgemeinen die gleichen Schwierigkeiten zu überwinden wie bei der Belieferung der Absatzstellen mit Postkarten. Bei der beschränkten Benutzungsmöglichkeit der Rohrpost traten die Folgen dieser Schwierigkeiten jedoch nicht in dem Maße an die Öffentlichkeit, wie bei dem Massenbedarf an Postkarten. Auch bei dem Absatz von Postanweisungsvordrucken und Kartenbriefen konnte sich die Geldentwertung nicht mehr in dem gleichen Maße bei den Postkarten auswirken. Vordrucke zu Postanweisungen mit eingedrucktem Wertstempel wurden bereits seit Dezember 1921 nicht mehr geliefert; damals noch vorhandenen Bestände konnten durch Nachkauf von Freimarken bis auf eine geringe Menge aufgebraucht werden. Ebenso war der Absatz von Kartenbriefen schon seit Jahren so gering, daß von ihrer weiteren Herstellung im Juni 1922 abgesehen werden konnte. Die noch vorhandenen Kartenbriefe zu 10, 20, 40 und 60 Pf. durften, um mit den Beständen möglichst bald zu räumen, vom 15. Juni 1922 an ohne Erhebung eines Papierpreiszuschlags abgegeben werden. Auch war nachgegeben, die Kartenbriefe zu Anträgen auf Nachlieferung von Zeitungen, zu Zeitungsüberweisungen und anderen gebührenpflichtigen Schreiben und zur Ergänzung des an der vollen Gebühr fehlenden Betrags durch Freimarken der älteren Ausgaben zu verwenden. Vom 1. Oktober 1922 an war der Rest der Kartenbriefe im inneren Betrieb der Postanstalten aufzubreuchen.

Vom 1. Dezember 1923 an, dem Zeitpunkt der Einführung von wertbeständigen, auf Goldpfennig lautenden Wertzeichen, wurden die früheren Freimarken, Papiermarkwerten amtlich nicht mehr verkauft. Marken im Werte unter 1 Million *M* waren bereits Ende November 1923 außer Kurs gesetzt worden; die übrigen Marken von 1 Million *M* ab bis 50 Milliarden *M* behielten noch bis Ende Dezember ihre Gültigkeit und konnten neben den neuen Marken zum Freimachen von Sendungen benutzt werden. Nicht verwendete Papiermarkwerte wurden bis Ende Dezember an den Postschaltern gegen wertbeständige Marken eingetauscht oder bar eingelöst, soweit von der gleichen mindestens Mengen im Gesamtwert von 1 Milliarde *M* — nach damaligem Kurse gleich 1 Goldpfennig — verlangt wurden. Die Restbestände aller früheren Marken sind schließlich an Papierfabriken verkauft und unter Aufsicht von Postbeamten eingestampft worden.

Übersicht über die im Jahre 1923 herausgegebenen Überdruckmarken.

1. Freimarken.

Zur Gebührenerhöhung vom	Neu aufgedruckter Wert in Tausend M	Überdruck auf Freimarke zu	Muster der überdruckten Freimarke	Grundfarbe der Überdruckmarken	Ursprüngliche Farbe der älteren Marken- werte mit geänderter Grundfarbe
24. 8. 1923	8	30 Pf.	Ziffermarke	grün	—
	20	12 M	Landarbeiter	rot	—
	20	25 „	„	braun	—
	20	200 „	Ziffermarke	lilarot	—
1. 9. 1923	5	40 Pf.	„	orange	—
	15	40 M	Landarbeiter	blaugrün	—
	30	10 „	„	blau	—
	30	200 „	Ziffermarke	hellblau	lilarot
	75	300 „	„	hellgrün	grün
	75	400 „	„	„	braun
	75	1000 „	„	„	grau
20. 9. 1923	25	25 „	Landarbeiter	braun	—
	100 *	100 „	Ziffermarke	violett	—
	100	400 „	„	hellgrün	braun
	125	1000 „	„	hellrot	grau
	250 *	200 „	„	lilarot	—
	250 *	300 „	„	grün	—
	250 *	400 „	„	braun	—
	250 *	500 „	„	ziegelrot	—
	250	500 „	„	rosa	ziegelrot
1. 10. 1923	400	15 Pf.	„	braun	grünblau
	400	25 „	„	„	rotbraun
	400	30 „	„	„	grün
	400	40 „	„	„	orange
	800	5 „	„	hellgrün	rotlila
	800	10 „	„	„	grünoliv
	800 *	200 M	„	lilarot	—
	800 *	300 „	„	grün	—
	800 *	400 „	„	braun	—
	800	400 „	„	hellgrün	braun
	800	500 „	„	„	ziegelrot
	800	1000 „	„	„	grau
	2 Millionen	200 „	„	braunrot	lilarot
	2 „ *	300 „	„	grün	—
	2 „	500 „	„	braunrot	ziegelrot
	2 „	5000 „	„	„	grau
5. 11. 1923	1 Milliarde *	100 „	„	violett	—
12. 11. 1923	5 Milliarden *	2 Millionen	„	blauviolett	—
	5 „ *	4 „	„	hellgrün	—
	5 „ *	10 „	„	zinnoberrrot	—
	10 „ *	20 „	„	blau	—
	10 „ *	50 „	„	schwarzgrün	—
	10 „ *	100 „	„	grau	—

Die mit * bezeichneten Marken sind nicht in der Reichsdruckerei überdruckt.

2. Dienstmarken.

Zur Gebührenerhöhung vom	Neu aufgedruckter Wert in Tausend M	Überdruck auf Dienstmarke zu	Aufdruck »Dienstmarke« auf
24. 8. 1923	5	5 M	—
	20	30 Pf.	—
1. 9. 1923	75	50 M	—
20. 9. 1923	100	15 Pf.	—
	250	10 „	—
1. 10. 1923	400	15 „	—
	800	30 „	—
	1 Million	75 „	—
	2 Millionen	10 „	—
	5 „	100 M	—
1. 11. 1923	100 „	—	Ziffermarken 1923 mit 4 Posthörnern
	200 „	—	
12. 11. 1923	2 Milliarden	—	
	5 „	—	
20. 11. 1923	10 „	—	
	20 „	—	
	50 „	—	

Die Abgeltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen der Beamten im Telegraphenbaudienst seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie.

Von Ministerialamtmann W. Schönfeld in Berlin.

Der Telegraphenbaudienst stellt an die bei seiner Ausführung beteiligten Beamten hohe Anforderungen. In dem Reglement über Pflichten und Befugnisse der Leitungsrevisoren aus dem Jahre 1859 wird das bereits durch die Bestimmung hervorgehoben, daß zu Leitungsrevisoren Beamte bestellt werden sollten, die sich durch Kenntnisse von den Apparaten und Leitungen, Fertigkeiten in den technischen Manipulationen, Tüchtigkeit der Leistungen bei der Beschäftigung als Telegraphenbauführer, Gewissenhaftigkeit und Diensttreue sowie durch körperliche Rüstigkeit auszeichnen. Die Anforderungen sind in der Neuzeit nicht geringer geworden. Ein Vergleich der ersten handschriftlich auf 20 Bogen seitens hergestellten »Technischen Instruktion über Ausführung der Telegraphen-Anlagen« vom 1. März 1856 mit der heutigen dreibändigen Telegraphenbauordnung veranschaulicht dies. Das Besteigen und Betreten von Dächern, Gestängen und der verschiedenartigsten benutzten Gebäudeteile sowie von unterirdischen Anlagen zählt zum Alltäglichen. Bei den ungünstigsten Witterungsverhältnissen sind die Arbeiten oft am dringlichsten und bedingen eine Tätigkeit im Freien während jeder Tages- und Nachtzeit in einem Ausmaß, das über das Leistungsmaß anderer Beamten nicht selten weit hinausgeht. Mancherlei Aufwendungen erwachsen dem im Telegraphenbaudienst beschäftigten Beamten durch die Eigenart dieses Dienstzweiges. Ihre Abgeltung im Verlauf der Zeiten festzuhalten, wird für die Beurteilung von Gegenwarts- und Zukunftsfragen von Wert sein. Im Zusammenhang damit muß der organisatorische Entwicklungsgang der Verwaltung und des Personalwesens gestreift werden. Eine Betrachtung der jeweiligen allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die auf die Abgeltung der Aufwendungen einen ersichtlichen Einfluß geübt haben, verbietet der für die Arbeit verfügbare Raum.

Die erste Telegraphenlinie ist in Preußen 1833 zwischen Berlin, Magdeburg, Paderborn, Köln und Trier eingerichtet worden. Sie diente lediglich militärischen, politischen und polizeilichen Zwecken. Die Nachrichten wurden durch optische Zeichen weitergegeben. Die Beamten waren dem Kriegsministerium unterstellt und bildeten unter der Bezeichnung »Telegraphenkorps« eine besondere Abteilung von Militärbeamten. Bei vorkommenden Reisen wurden die Beamten des Telegraphenkorps im allgemeinen nach den Bestimmungen für die Zivilbeamten behandelt. Die Grundlage bildete die in der Anlage 1 auszugsweise wiedergegebene preussische Verordnung vom 28. Juni 1825. Für Reisen kamen der Chef des Generalstabs der Armee, der die Oberaufsicht führte, der Telegraphendirektor als Leiter des Korps, die Oberinspektoren, denen die Oberaufsicht über 3 bis 4 Telegrapheninspektionen übertragen war, und die Inspektoren in Betracht, deren Inspektion aus einer Abteilung von 8 bis 12 Telegraphenstationen bestand. Den Inspektoren waren Inspektionsassistenten beigegeben, die ebenfalls reisten. Nach der Verordnung von 1825 waren 1½fache Tagegeldsätze für Reisen nach

Berlin vorgesehen; eine Ausnahmestellung, die die Reichshauptstadt heute — allerdings neben einer Anzahl anderer, auch besonders teurer Orte — wieder einnimmt. Entschädigungen bei dienstlichen Geschäften am Wohnort kannte die Verordnung nicht. Dagegen wurden Amtsbezirkstreisen schon damals im Wege der Sonderregelung, die naturgemäß nicht auf den Telegraphenbaudienst ausgedehnt werden konnte, entschädigt.

Mit der Einführung der elektrischen Telegraphie begann der eigentliche Telegraphenbaudienst. Die neue Verkehrsanlage behielt jedoch in bezug auf die Verwaltung und die Personalzusammensetzung den Grundzug der ursprünglichen Einrichtung bei. Erst 1849 wurde das Staatstelegraphenwesen vom Ressort des Kriegsministers abgezweigt und dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unterstellt. Durch Allerhöchsten Erlaß vom 23. März 1849 entstand die »Königliche Telegraphendirektion« als eine öffentliche dem Handelsministerium untergeordnete Behörde. Am 1. Oktober 1849 wurde die Telegraphendirektion dem Generalpostamt unterstellt, das eine Abteilung des Handelsministeriums bildete. Gleichzeitig sollten nach dem Regulativ des Handelsministers von der Heydt vom 6. August 1849 über die Benutzung der vollendeten elektromagnetischen Staatstelegraphen die Linien Berlin-Braunschweig-Hannover-Köln-Aachen mit der Seitenlinie Düsseldorf-Elberfeld und Berlin-Wittenberge-Hagenow-Hamburg sowie ferner vom 15. Oktober 1849 an die Linie Berlin-Stettin für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden.

Inzwischen hatte die Verordnung von 1825 durch Erlaß vom 10. Juni 1848 die in der Anlage 1 dargestellte Änderung erfahren. Zum Bau oder zur Anlegung neuer Linien wurden Beamte der Telegraphendirektion verwendet, die als Telegraphenbauführer die Anlagen nach einer besonderen Instruktion auszuführen hatten. Ergänzungss- und Instandsetzungsarbeiten lagen den Leitungsrevisoren ob, die der Zahl der bei den Stationen beschäftigten Telegraphisten und Obertelegraphisten angehörten. Telegraphisten und Obertelegraphisten, die bis dahin zu den Unterbeamten gerechnet wurden, erhielten durch Allerhöchste Order vom 30. Dezember 1861 Beamteneigenschaft und das Rangverhältnis der Postexpedienten. Der Leitungsrevisor unterstand unmittelbar dem ihm zunächst vorgesetzten Stationsvorsteher und dem Obertelegrapheninspektor, der als ständiger Kommissar der Telegraphendirektion tätig war. Die Abgeltung der diesen Beamten im Baudienst erwachsenden Kosten war in der Dienstinstruktion für die Königliche Telegraphenverwaltung geregelt. Nach einer Ausgab aus dem Jahre 1860 erhielten planmäßige Beamte und Unterbeamte, die vermöge besonderen Auftrags vorübergehend an einem anderen als dem ihnen zugewiesenen Wohnort beschäftigt oder aus anderen dienstlichen Gründen genötigt wurden, zu reisen, Diäten für die dienstliche Abwesenheit vom Wohnort (Tagegelder) und außerdem Reisekosten (Fuhrkosten). Tagegelder und Fuhrkosten waren nach den Bestimmungen von 1825 un-

1848 nicht zahlbar, wenn die Entfernung vom Wohnort nicht mehr als eine Viertelmeile betrug. Bei einer Übernachtung in dieser Entfernung an einem andern Orte wurden Tagegelder, jedoch keine Fuhrkosten fällig. Die Zuweisung der einzelnen Beamten zu den Tagegeldstufen und Fuhrkostenstufen ergibt die Anlage 4. Bei einer kommissarischen Beschäftigung an demselben Orte durften die verordnungsmäßigen Tagegelder in der Regel nicht länger als 4 Wochen gezahlt werden. Das Beschäftigungstagegeld nach Ablauf der Frist wurde auf Antrag der Telegraphendirektion durch die oberste Telegraphenbehörde (das Handelsministerium) festgesetzt. Neben dem Beschäftigungstagegeld standen den Beamten bei Dienstreisen vom Kommissionsort aus verordnungsmäßige Tagegelder und Fuhrkosten zu. Fuhrkosten für Dienstreisen in Entfernungen von nicht mehr als einer Viertelmeile kamen nicht zur Berechnung. Der Leitungsrevisor hatte Wege auf der Arbeitsstrecke nur einmal, der Telegraphenbauführer solche auf der Tagesbaustrecke überhaupt nicht anzusetzen. Die aus dem Privatverhältnis herangezogenen Bauaufseher (Handwerker oder Arbeiter) erhielten weder Tagegelder noch Fuhrkosten, es wurden ihnen lediglich die etwa verausgabten Kosten (bei Eisenbahnfahrten nach der 3. Wagenklasse) erstattet.

Das Jahr 1862 leitete durch das Regulativ vom 18. August die Vereinigung kleiner, vielfach bei Privaten und andern Behörden untergebrachten Telegraphenstationen mit den Ortspostanstalten ein. Stationen, denen Leitungsrevisoren zugewiesen werden mußten, sollten von der Vereinigung mit den Ortspostanstalten ausgeschlossen bleiben. Als Zwischenglieder zwischen der Telegraphendirektion und den Stationen wurden am 1. Januar 1867 Obertelegrapheninspektionen wirksam. Auf diese gingen die Bauausführungen innerhalb ihres Bezirks über. Dem Obertelegrapheninspektor als Leiter der neuen Behörde waren drei Inspektoren unterstellt, je einer für den Verwaltungs-, Betriebs- und Baudienst. Zur Leitung der Arbeiten bei der Anlage neuer Telegraphenlinien und Leitungen hatte laut Dienstinstruktion von 1867 der Obertelegrapheninspektor besondere Kommissarien zu bestellen, die für die Dauer ihres Auftrags den Funktionscharakter als Telegraphenbauführer annahmen und aus der Klasse der Telegraphenbeamten zu wählen waren. Sie besorgten unter unmittelbarer Leitung der Obertelegrapheninspektion alle mit der Bauanlage mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden und zu ihrer ersprießlichen Vollendung erforderlichen Geschäfte nach Maßgabe der genehmigten Kostenanschläge und etwaiger besonderer Anweisungen. Nach Beendigung der Vorbereitungsarbeiten, d. h. nach dem Abpfählen der Linien, wurden bei Anlage neuer Linien Bauaufseher beschäftigt, die aus der Klasse der Telegraphisten und Probisten von der Obertelegrapheninspektion auszuwählen waren. Für die Unterhaltung der Linien und Leitungen kamen nach wie vor die bei passenden Stationen zu bestellenden Leitungsrevisoren in Betracht, die der Leitung und Überwachung des Telegraphenbauinspektors unterstanden. Der Aufgabenkreis der Leitungsrevisoren bestand darin, innerhalb des ihnen überwiesenen Bezirks den ganzen technischen Apparat der Telegraphie, namentlich die Leitungen nach den erlassenen Bestimmungen in betriebsfähigem Zustand zu erhalten, sowohl durch rechtzeitige Instandsetzungen zur Vorbeugung von Betriebsstörungen als auch durch schnelle Beseitigung eingetretener Störungen. Bei

Ausübung des Streckendienstes waren die Leitungsrevisoren vom Tragen der Uniform entbunden. Weit zur Beseitigung von Störungen und zur Bewachung der Leitungen besondere Leitungsaufseher aus der Zahl der Telegraphenbauarbeiter zu verwenden waren, richtete sich nach den örtlichen Verhältnissen. Mit Generalverordnung Nr. 7 vom 6. August 1867 wurde für die Leitungsaufseher, für die eine monatliche Abfindung von 20 Talern vorgesehen war, ein Zehrgeld von 10 Sgr. für jeden Tag der Verwendung im Störungsbeseitigungsdienst außerhalb des Wohnorts festgesetzt. Die verauslagten tarifmäßigen Eisenbahn- oder Postfahrgeelder wurden besonders erstattet. Der Zehrgeldsatz von 10 Sgr. wurde 1873 auf 10 bis 15 Sgr. erhöht und von der Telegraphendirektion für jede Strecke nach den örtlichen Verhältnissen besonders festgesetzt. Die Leitungsaufseher durften die Dienstmütze der Boten und während der Ausübung der Obliegenheiten eines Hilfsrevisors ein Brustschild mit der Aufschrift »Telegraphenleitungsaufseher« tragen. Mit der Annahme von Leitungsaufsehern wurde 1867 weiter vorgegangen. Sie waren als Hilfsboten bei den Telegraphenstationen einzustellen. Nächste den Vorarbeitern der Leitungsrevisoren fanden Arbeiter Berücksichtigung, die mindestens während einer Bauperiode bei den Leitungsinstandsetzungen beschäftigt waren und sich als geschickte und zuverlässige Arbeiter erwiesen hatten. Der Hilfsbote erhielt je nach dem Umfang der Geschäfte monatlich 4 bis 16 Taler. Für Leitungsaufseher konnte der Betrag bis auf höchstens 20 Taler heraufgesetzt werden. 1873 wurde den Leitungsaufsehern, »weil sie nicht zur Kategorie gewöhnlicher Arbeiter gehörten, vielmehr in Stellvertretung der Leitungsrevisoren zur selbstständigen Auffuchung und Beseitigung von Fehlern in den Linien Verwendung fanden«, bei Eisenbahnfahrten das tarifmäßige Fahrgeeld für die 3. Wagenklasse zugewilligt.

Aus der Königl. Preussischen Telegraphenverwaltung war am 1. Januar 1868 die Generaldirektion der Telegraphen des Norddeutschen Bundes geworden, die als II. Abteilung dem Bundeskanzleramt angegliedert wurde. Die Obertelegrapheninspektionen wandelte man gleichzeitig in Telegraphendirektionen um. An die Stelle der Telegrapheninspektoren für Verwaltung, Betrieb und Bau waren Telegraphendirektionsräte getreten. Das Jahr 1871 brachte infolge der Reichsgründung die Umbenennung der Generaldirektion in eine »Kaiserliche Generaldirektion der Telegraphen«. Aus der Notwendigkeit, die Verhältnisse der verschiedenartigsten Beamten einheitlich zu regeln, entstand nach der Reichsgründung das vom 31. März 1873 datierte Reichsbeamtengesetz, dessen § 18 den Erlaß einer Reisekostenverordnung für die Reichsbeamten vorsah. Auf Grund dieser gesetzlichen Vorschrift, die auch die Grundlage für die zur Zeit gültige Reisekostenverordnung für die Reichsbeamten vom 14. Oktober 1921 bildet (mit der Maßgabe, daß an die Stelle des ursprünglich zuständigen Kaisers der Reichspräsident getreten ist), wurde 1873 dem Bundesrat der Entwurf einer Kaiserl. Verordnung, betreffend die Tagegelder, die Fuhrkosten und die Umzugskosten der Reichsbeamten, vorgelegt. Die Bestimmungen des Entwurfs beruhten mit geringen, durch die eigentümlichen Verhältnisse des Reichsdienstes begründeten Abweichungen auf den Grundsätzen des preuß. Gesetzes, betreffend die Tagegelder und die Reisekosten der Staatsbeamten, vom 24. März 1873 (Anlage 1). Die Tagegeldsätze waren, wie

es die Verhältnisse mit sich brachten, nach der dienstlichen Stellung der verschiedenen Beamtenklassen abgestuft. Da über das Rangverhältnis der Reichsbeamten, obwohl § 17 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 es vorsah, noch keine Bestimmung getroffen war — es ist auch später nicht geschehen —, während die baldigste Regelung der Tagegeld- usw. Sätze im Bedürfnis lag, beschränkte sich der damalige Entwurf darauf, die Anwendbarkeit der einzelnen Sätze festzustellen. Es geschah dies in der Weise, daß für jeden Tagegeldsatz im allgemeinen die Beamtenkategorie bezeichnet wurde, für die er maßgebend sein sollte. Nach der preußischen Regelung von 1873 erhielten die planmäßigen, vorübergehend außerhalb ihres Wohnorts bei einer Behörde beschäftigten Beamten für die Dauer der Beschäftigung neben ihrer Besoldung die gesetzlichen Tagegelder. Diese Vorschrift entsprach in der Allgemeinheit nicht dem in der Reichsverwaltung hergebrachten Verfahren, nach dem in solchen Fällen den Beamten eine Abfindung gewährt wurde, die häufig niedriger war als die Tagegelder. Die Gewährung der vollen Tagegelder erschien nur begründet, wenn es sich um ein Kommissorium von kürzerer Dauer handelte. Bei längerem Aufenthalt verminderten sich erfahrungsgemäß die Ausgaben, die dem Beamten durch die Entfernung von seinem Wohnort erwuchsen, und es erschien deshalb gerechtfertigt, in einem solchen Falle eine Beschränkung des gewöhnlichen Tagegeldes eintreten zu lassen. Es wurde deshalb vorgeschlagen, das Tagegeld nur für den ersten Monat der Beschäftigung zu bewilligen, die Festsetzung des Betrags für die Folgezeit aber der vorgesetzten Behörde zu überlassen. Die Reisekostenverordnung ist — gegenüber dem Entwurf im wesentlichen unverändert — unter dem 21. Juni 1875 erlassen worden (Anlage 2). Über Amtsbezirksreisen bestimmte sie, daß Beamte, die zum Zwecke von Reisen innerhalb ihres Amtsbezirks neben oder in ihrem Einkommen eine Pauschsumme für Fuhrkosten oder Unterhaltung von Fuhrwerk oder Pferden bezogen, Tagegelder und Fuhrkosten nach Maßgabe der Verordnung nur dann erhalten sollten, wenn sie Dienstgeschäfte außerhalb ihres Amtsbezirks auszuführen hatten. In den preußischen Verordnungen war in dieser Hinsicht bereits auf Beurlaubungen und Erkrankungen Rücksicht genommen. Wenn solche Beamte längeren Urlaub nahmen oder sonst in ihrer Stelle vertreten werden mußten, hatten sie entweder für die Reisekosten aufzukommen und die nötigen Fuhrmittel zu gewähren oder sich einem verhältnismäßigen Abzug von ihrem Fixum zu unterwerfen. Ausnahmen in Krankheitsfällen oder unter besonderen Umständen konnten nur mit ausdrücklicher Genehmigung der vorgesetzten Behörde gestattet werden. Die Gewährung von Fuhrmitteln und der Abzug vom Einkommen fielen 1873 auch in Preußen weg. Die Entschädigung der Stellvertreter und die unter besonderen Umständen zulässigen Ausnahmen hatte die vorgesetzte Behörde zu bestimmen. Die Reichsregelung ließ diese Fragen offen, die damit der Einzelregelung überlassen blieben. Preußen bestimmte 1873 erstmalig, daß durch außergewöhnliche Umstände bedingte Fahrauslagen am Wohnort erstattet werden durften. Für einzelne Orte konnte vom Chef der Verwaltung im Benehmen mit dem Finanzminister angeordnet werden, daß den Beamten bei Geschäften außerhalb des Dienstgebäudes die vorausgelegten Fuhrkosten zu ersetzen waren. Das bedeutete eine weitergehende Vereinfachung, die den Nachweis der außergewöhnlichen Umstände für gewisse Orte entbehr-

lich machte. In der Reichsregelung von 1875 fand die Frage der Entschädigungen für Geschäfte am Wohnort eine Lösung im gleichen Sinne. Die Sonderstellung Berlins fiel 1873/75. Der außergewöhnliche Kostenaufwand mußte nachgewiesen werden; alsdann konnte der Chef der Verwaltung das Tagegeld angemessen erhöhen.

In der Begründung zu dem Entwurf der Verordnung vom 21. Juni 1875 war vorgesehen, im Bedürfnisfall für einzelne Beamtengruppen in bezug auf die Tagegelder usw. abweichende Regelungen im Verordnungswege zu treffen. Eine solche Regelung erfolgte unter dem 5. Juli 1875 für die Reichseisenbahnverwaltung und für die Postverwaltung. Die Eisenbahnbeamten, denen ein bestimmter Dienstbezirk zugewiesen war, waren, wenn anders sie ihre Dienstobliegenheiten erfüllen sollten, genötigt, häufig ihren Bezirk zu bereisen und insolgedessen namentlich bei Reisen von kurzer Dauer, in der Lage ihren Reiseaufwand einzuschränken. Es erschien deshalb nicht unbillig, die Tagegelder dieser Beamten für die Reisen innerhalb ihres Bezirks, insoweit die höchstens 2 Tage in Anspruch nahmen, zu ermäßigen. Dies empfahl sich auch im dienstlichen Interesse, um der Neigung zu allzuhäufigen, über das Erfordernis des Dienstes hinausgehenden Reisen zu begegnen. Beamte des Fahrdienstes sowie die Begleiter von Material- und Arbeitszügen erhielten schon damals statt der Tagegelder und Fuhrkosten mäßig bemessene Nachtgelder und Kilometer- oder Stundengelder. Der Betrag derselben pflegt so bemessen zu werden, daß die Beamten die Reisekosten daraus bestreiten und bei einiger Sparsamkeit auch noch ein wenig erübrigen konnten. Diese vornehmlich aus finanziellen Rücksichten getroffenen Einrichtungen auch auf das Reich zu übernehmen, erschien im Interesse der gleichmäßigen Behandlung aller Fahrbeamten erwünscht. Da sich die Höhe der Vergütung nach der Zahl der im Dienste durchfahrenen Kilometer oder zugebrachten Stunden richtete, schien die Einrichtung überdies geeignet, den Dienstleister der Beamten anzuregen. Die in die Verordnung aufgenommenen Einheitsätze stimmten mit den preußischen überein; wie überhaupt von den Vorschriften namentlich diejenigen aus der preußischen Regelung übernommen wurden, die zugunsten der Fahrbeamten eine Ausnahme bildeten von der Regel, daß Beamte nur nach ihrer wirklichen Dienststellung die Kostenansätze aufstellen durften. Weil es nicht selten nötig wurde, Geschäfte höherer Fahrbeamten durch Beamte einer niedrigeren Gruppe wahrnehmen zu lassen, hatte man mit Erfolg zu diesem Mitteln gegriffen, um die Beteiligten anzuspornen, sich die erforderliche Befähigung und Dienstkenntnisse anzueignen. Für die Postverwaltung wurden bei dieser ersten Reichs-sonderregelung nur die Bahnpostbeamten betroffen. Den Leitungsrevisoren sowie den als Bauführer oder Bauaufseher beschäftigten Telegraphenbeamten billigte man gemäß Generalverordnung vom 4. Oktober 1875 einstweilen volle verordnungsmäßige Tagegelder für die Dauer der Beschäftigung außerhalb ihres Wohnorts zu, sofern sie nicht über einen vollen Monat an demselben Orte verblieben. Obertelegraphisten, Telegraphenassistenten und Telegraphisten bezogen vom Beginn des zweiten Monats 4 oder 3 *M* Tagegeld, je nachdem sie verheiratet oder ledig waren. Die Anordnungen der Generalverordnung gingen später in die Verordnung vom 29. Juni 1877 über, die die Festsetzung der Tagegelder vom Beginn des zweiten Monats den vorgesetzten Behörden vorbehält.

Der Umfang der Telegraphenanlagen erfuhr nach der Abszgründung eine erhebliche Erweiterung. 1871 hatte Liniennetz eine Ausdehnung von etwa 3 300 km, das tungsnetz eine solche von etwa 11 000 km. Ein be- derer Aufschwung wurde in den Jahren 1873 bis 1876 durch einen planmäßigen Ausbau der Anlagen her- geführt, der in der Bundesratsdrucksache Nr. 40 von 1873 festgelegt worden war. Die Grundlage zu der te sich darbietenden Entwicklung wurde naturgemäß mit der im Jahre 1881 erfolgten Eröffnung der en deutschen Ortsnetze gelegt.

Die Vereinigung der Telegraphendirektionen mit den erpostdirektionen am 1. Januar 1876 führte zu einer tgehenden Vereinheitlichung der Gliederung der waltung und der Personalverhältnisse. Außerlich t das auch in Erscheinung durch die Vereinigung am 1. April 1863 begründeten Amtsblatts der ngl. Preussischen Telegraphen-Verwaltung mit dem tsblatt der Deutschen Reichs-Postverwaltung zu r Amtsblatt der Deutschen Reichs-Post- und Tele- phenverwaltung. Gleichzeitig wurden das »Deutsche tarchiv« und die »Allgemeinen Mitteilungen aus r Gebiete des Telegraphenwesens« zu dem heuti- Archiv für Post und Telegraphie verschmolzen b eine Dienstanweisung für die als Bezirksauf- tsbeamte bei den Oberpostdirektionen in Beschäf- ig tretenden Telegrapheninspektoren herausgegeben. e Gestaltung des Telegraphenbaudienstes hatte t der Vereinigung der Telegraphendirektionen d der Oberpostdirektionen eine Grundlage er- ten, die bis zur Schaffung der Telegraphen- ämter im ganzen unverändert erhalten geblieben. Über die mit der Schaffung der Bauämter er- bte Umgestaltung und ihre Notwendigkeit ist vom tpostinspektor Buhl in dem Aufsatz »Telegraphen- ämter« in Nummer 7 des Archivs für Post u. Tele- phie 1923 eine erschöpfende Darstellung gegeben rden.

Nach dem Amtsblatt 1875, S. 203, erhielten die da- ligen Telegrapheninspektoren als Entschädigung an alle der Tagegelber und Fuhrkosten zunächst eine uschsumme nach näherer Festsetzung der obersten Tele- phenbehörde. Von 1877 an regelten sich die Reise- üge nach der Verordnung vom 29. Juni 1877. Mit t fortschreitenden Ausdehnung der Fernsprechanlagen d dem dadurch bedingten starken Anwachsen der für Bau und die Unterhaltung dieser Anlagen tätigen ämten machte sich später das Bedürfnis geltend, die gung auf den Telegraphenbaudienst allgemein aus- dehnen. Das geschah durch die Verordnung vom 29. Juni 1894, die bereits 1891 im Entwurf dem Bundesrat zugegangen war. Es wurde in Aussicht ge- nommen, in den Bezügen insofern eine Änderung ein- treten zu lassen als

1. bei Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks für die Zu- und Abgänge bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen sowie für die mittels Personenposten oder regelmäßiger Privatpersonenfuhrwerke oder zu Fuß ausgeführten Reisen ermäßigte Vergütungssätze und
2. an Stelle der Fuhrkosten für die Dienstgänge auf der Arbeitsstrecke und die zwischen dem Orte des Dienstgeschäfts oder des Nachtlagers und der Arbeitsstrecke zurückgelegten Wege Pauschvergütungen

zuerkannt werden sollten.

Zu 1. Den Änderungen lag die Absicht zugrunde, das bestehende Mißverhältnis zu beseitigen, daß bei Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks die Post- und Telegrapheninspektoren für die Zu- und Abgänge sowie für Reisen auf Landwegen nach Maßgabe der Verordnung vom 29. Juni 1877 niedrigere Vergütungen erhielten, als die ihnen im Dienststrang nachstehenden Telegraphenbauführer und Leitungsrevisoren. Die vorge schlagenen Sätze hielt die Telegraphenverwaltung zur Deckung der Kosten, zu deren Bestreitung die bezüglichlichen Vergütungen bestimmt waren, für ausreichend. Der infolge der Vergütungsermäßigungen den beteiligten Beamten entstehende Einnahmeausfall war wenig erheblich, weil sie nicht oft in die Lage kamen, sich bei ihren Reisen der Posten usw. zu bedienen oder Gebühren für Zu- und Abgänge in Forderung zu stellen.

Zu 2. Die Notwendigkeit, die Entschädigungen für die Dienstgänge auf der Arbeitsstrecke und für die zwischen dem Orte des Dienstgeschäfts oder des Nachtlagers und der Arbeitsstrecke zurückgelegten Wege anderweit zu regeln, war hauptsächlich darin begründet, daß die Art der Gebührenberechnung auf der einen Seite erhebliche Schwierigkeiten verursachte, auf der anderen Seite aber nicht die Möglichkeit bot, eine zuverlässige Nachprüfung über die Zulässigkeit und Richtigkeit der Kostenansätze auszuüben.

Behufs einheitlicher Handhabung der zahlreichen höchst verwickelten Einzelfälle waren auf der Grundlage der geltenden Reisekostenvorschriften bereits 1881 zwischen den beteiligten obersten Reichsbehörden und dem Rechnungshof nähere Bestimmungen für die Berechnung der Tagegelber und Fuhrkosten vereinbart worden. Darnach wurden für die vom oder zum Orte des Dienstgeschäfts (Nachtlager) und auf der Arbeitsstrecke zurückgelegten Wege die bestimmungsmäßigen Fuhrkosten von 40 Pf. für 1 km gewährt, wenn die Entfernung von oder bis zu der Grenze des Ortes des Dienstgeschäfts — der der Arbeitsstelle zunächst gelegene Ort — mindestens 2 km betrug; hierbei durfte die Arbeitsstrecke, soweit sie bei Erledigung der Dienstgeschäfte wiederholt hatte begangen werden müssen, ihrer Länge nach täglich nur einmal angesetzt werden. Wurde in einem entfernter gelegenen Orte übernachtet, so war zu unterscheiden, ob der Ort lediglich zum Zwecke der Übernachtung oder auch aus dienstlichen Gründen, z. B. zur Anfertigung größerer schriftlicher Arbeiten usw., aufgesucht worden war. Im ersteren Falle wurden, wenn an dem betreffenden Tage im ganzen die Mindestentfernung von 2 km zurückgelegt war, die bestimmungsmäßigen Fuhrkosten bis zum Orte des Dienstgeschäfts und für die weiteren Wege von da bis zum Übernachtungsort etwa verauslagte Fahrkosten vergütet. War die Mindestentfernung nicht erreicht, so kamen nur Auslagen in Frage. Bestimmungsmäßige Fuhrkosten nach dem entfernteren Orte waren zahlbar, wenn dienstliche Gründe für das Aufsuchen entscheidend waren.

Diese Bestimmungen hatten sich, wie namentlich der Rechnungshof eindringlichst betonte, nicht bewährt; vielmehr hatten dieselben in zahlreichen Einzelfällen immerfort zu neuen Zweifeln Anlaß gegeben. Sowohl den die Reisekostenrechnungen aufstellenden Beamten als auch den prüfenden Stellen erwachsen erhebliche Schwierigkeiten. Die Aufstellung und Prüfung der nicht selten zu umfangreichen Schriftstrücken anwachsenden Forderungsnachweise erforderte einen Zeitaufwand, der zu den geringen in Forderung zu stellenden Beträgen in keinem

richtigen Verhältnis stand. Die Ausübung einer sicheren Kontrolle hinsichtlich der zulässigen und richtigen Kostenansätze war namentlich deshalb undurchführbar, weil der Anfangs- und Endpunkt der täglichen Arbeitsstrecke und die zum Ansat von Fuhrkosten berechtigende Mindestentfernung von 2 km von oder bis zu der Grenze des Ortes des Dienstgeschäfts nachträglich nicht immer festgestellt werden konnten. Auch fehlte den prüfenden Stellen in Fällen, in denen für das wiederholte Begehen derselben Arbeitsstrecke an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen oder in kurzen Zwischenräumen oder für das Aufsuchen entfernterer Übernachtungsorte Fuhrkosten angelegt worden waren, meist jeder Anhalt für die richtige Beurteilung der zu den Kostenansätzen berechtigenden Voraussetzungen. Erheblich erschwert wurde die Nachprüfung ferner dadurch, daß bei den sich häufig ändernden Ortsverhältnissen die Karten für die Ermittlung der Ortsgrenzen oft keine zuverlässige Unterlage boten. Diesen zahlreichen, sehr wesentlichen Unzuträglichkeiten, die bestehen blieben, solange die Vergütungen für die Dienstwege nach einem Einheitsatz für das Kilometer zu berechnen waren, konnte wirksam nur dadurch begegnet werden, daß entweder Entschädigungen überhaupt ausgeschlossen oder Pauschvergütungen gewährt wurden. Für den gänzlichen Wegfall der Entschädigungen hätte geltend gemacht werden können, daß auch den Staats- und Reichsbahnbeamten für die innerhalb ihres Dienstbezirks auf der Bahnstrecke zu Fuß zurückzulegenden Wege ein Anspruch auf Fuhrkosten nicht zustand. Dieser Umstand konnte indes nicht in Betracht gezogen werden, weil die Dienstverhältnisse der Telegraphenbaubeamten sich wesentlich von denen der Eisenbahnbeamten unterschieden. In dieser Beziehung wurde darauf hingewiesen, daß die Bahnbeamten gewöhnlich nur einen Teil des Tages auf der Strecke zubrachten und, abgesehen von seltenen Ausnahmefällen, täglich nach ihrem Wohnort zurückkehrten, während die Telegraphenbaubeamten sich immer längere Zeit, häufig vier bis fünf Monate hintereinander, unterwegs befanden, und zwar meist unter fortgesetztem Wechsel des Übernachtungsortes. Da im übrigen die auch unter den damaligen Verhältnissen nur mäßigen Tagegelder der Telegraphenbauführer und Leitungsrevisoren zur Bestreitung der Ausgaben für Verköstigung und Unterkunft in der Regel voll gebraucht wurden, ja sogar häufig nicht einmal ausreichten, z. B. in Industriebezirken und in den zu Kur- und Erholungszwecken vielbesuchten Gegenden, so erschien es angebracht, den Beamten für die durch längere Abwesenheit von der Familie entstehenden Entbehrungen und Nachteile, für die Anstrengungen des stets im Freien unter allen Witterungseinflüssen auszuübenden verantwortungsvollen Berufs sowie für die nicht unbedeutenden Mehraufwendungen an Schuhwerk und Kleidung eine angemessene Entschädigung auch fernerhin zuteil werden zu lassen. Es wurde daher vorgeschlagen, die Fuhrkosten für die Fußwege auf der Arbeitsstrecke usw. durch Pauschvergütungen zu ersetzen. Hierdurch sollte nicht allein eine erhebliche Vereinfachung in bezug auf die Berechnung und Prüfung der Reisegebühren herbeigeführt und eine Benachteiligung der Postkasse durch unrichtige oder ungerechtfertigte Kostenansätze ferngehalten, sondern auch der mit dem früheren Berechnungsverfahren verbundene weitere Übelstand beseitigt werden, daß einfache Leistungen, bei denen täglich größere Entfernungen zurückgelegt wurden, eine bessere Bezahlung fanden, als schwierigere und deshalb langsamer fortschreitende Arbeiten.

Die Festsetzung einer Mindest- und Höchstpauschvergütung sollte die Möglichkeit bieten, die Vergütung durchschnittlichen Höhe der bis dahin erzielten Entnahmen und den Preisverhältnissen in den verschiedenen Oberpostdirektionsbezirken anzupassen und diese Weise einen billigen und gerechten Ausgleich zwischen den Belangen der Beamten und der Reichskasse herbeizuführen. Dem als Folge der Einführung der Pauschvergütungen etwa zu befürchtenden Nachteil einer Verlangsamung in dem Fortgang der Arbeiten treten konnte, sollte durch die Anordnung verbindlicher Überwachungen seitens der Telegrapheninspektoren vorgebeugt werden.

Nachdem am 1. April 1889 für Leitungsaufseher einmalig Planstellen geschaffen worden waren und die planmäßigen Leitungsaufseher damit Ansprüche auf Kosten nach der Verordnung vom 21. Juni 1875 erworben hatten, schien es empfehlenswert, ihre Reisekostenentschädigungen in ähnlicher Weise zu regeln. Die vorgeschlagenen ermäßigten Sätze entsprachen der Dienststellung der Leitungsaufseher und waren so bemessen, daß sie einen genügenden Ersatz für die entstehenden Ausgaben bildeten. Die Pauschvergütung von 50 Pf. für den Arbeitstag blieb, obwohl sie eine völlig ausreichende Entschädigung für die Dienstgänger auf der Arbeitsstrecke usw., sowie für die Beschwerlichkeit des Dienstes und für den Mehrverbrauch an Kleidung und Schuhwerk darstellte, in vielen Fällen hinter den bis dahin zuständigen Fuhrkosteneinnahmen zurück. Eine Unbilligkeit wurde darin nicht gesehen, einem weil die Leitungsaufseher vor dem 1. April 1889 Fuhrkosten für Fußwege überhaupt nicht bezogen hatten, weil der Kilometergeldsatz von 30 Pf. für Landwege, der den der Inspektoren noch um 10 Pf. überstieg, den Beamten nichts gerechtfertigt erschien.

Mit Rücksicht darauf, daß die Oberpostdirektionen die Lage kommen konnten, auch angestellte untere Beamte anderer Dienstklassen, z. B. in Schaffnerstellen oder gerückte frühere Leitungsaufseher, vorübergehend dem Leitungsaufseherdienst zu verwenden, erschien es fern notwendig, auch die Reisebezüge dieser Beamten zu erhöhen. Die Vergütungen ergaben sich aus den gleichen Dienststellungen.

Ferner wurde bestimmt, daß die den nichtplanmäßigen Leitungsaufsehern zu gewährenden Entschädigungen von der obersten Postbehörde festzusetzen seien. Es sollte damit zum Ausdruck kommen, daß bei auswärtiger Beschäftigung der nichtplanmäßigen Beamten die Verordnung vom 21. Juni 1875 keine Anwendung finden würde. Einer Gleichstellung der nichtplanmäßigen mit den planmäßigen Leitungsaufsehern stand der allgemein angewandte Grundsatz entgegen, daß neben Reisekosten geldern keine Beschäftigungstagegelde gezahlt werden sollten. Daraus wurde geschlossen, daß neu eintretende Leitungsaufseher, die zunächst längere Jahre hindurch als Posthilfsboten gegen Tagegelde beschäftigt wurden, bei auswärtiger Beschäftigung auf die laufenden Tagegelde zu verzichten und infolgedessen geringere Vergütungen zu erhalten hätten, als sie seit einer Reihe von Jahren sämtlichen Leitungsaufsehern auch in dem früheren Arbeiterverhältnis gewährt worden waren. Es lag auf der Hand, daß das der Billigkeit nicht entspreche haben würde. Auf der andern Seite erschien es nicht ungerechtfertigt, die jüngeren Leitungsaufseher bei einer Beschäftigung außerhalb des Wohnorts geringer zu entschädigen als die durch längere praktische Übung m

erschulsten Amtsgenossen. Für die zur Verwaltung in einem loseren Verhältnis stehenden nichtplanmäßigen Leitungsaufseher wurde deshalb die Beibehaltung der früheren Regelung in Aussicht genommen, wonach bei auswärtiger Beschäftigung neben dem Tagegeld ein Fahrgehalt und außerdem das verauslagte Fahrgehalt gezahlt wurde. Die erforderliche Regelung blieb der obersten Postbehörde überlassen.

Bezüglich der Telegraphenvorarbeiter, die bis zum 1. Januar 1891 zur Postverwaltung in einem Arbeiterverhältnis gestanden hatten, dann aber in das nichtplanmäßige Beamtenverhältnis übernommen worden waren, rief eine gleiche Regelung Platz.

Endlich wurden für das in Berlin tätige Telegraphenpersonal Ausnahmestimmungen getroffen, die in der räumlichen Ausdehnung des Stadtgebiets begründet erschienen. Hier waren die Bauarbeiten im Gegensatz zu den Arbeiten in den Bezirken der übrigen Oberpostdirektionen zum größten Teil am Wohnort der Beamten auszuführen, die daher nur ausnahmsweise Tagegelde und Fuhrkosten zu beanspruchen hatten. In Berlin waren schon damals fast das ganze Jahr hindurch schwierige Neubau- und Unterhaltungsarbeiten auszuführen, weil die Leitungen meist in großer Zahl nebeneinander und über die Dächer der Häuser hinweggeführt werden mußten. Zur Bestreitung der durch die Natur der Arbeiten bedingten Mehraufwendungen für Kleienung und für Beköstigung außerhalb der Wohnung erhielten die Baubeamten für Arbeitstage, an denen sie Tagegelde und Fuhrkosten nicht bezogen, lediglich die Vergütung für Mehrausgaben am Amtsort (Obersekretäre und Sekretäre 2 *M*, Oberassistenten und Assistenten 1,30 *M*, Leitungsaufseher 65 Pf.). Die Arbeitstage, für die Tagegelde und Fuhrkosten nach den erheblich höheren verordnungsmäßigen Sätzen zahlbar waren, fielen zum größten Teil auf die Vororte. Da aber bei den für gewöhnlich keine Übernachtung erfordernden Arbeiten in den Vororten den Beamten keine oder doch nur unerheblich höhere Ausgaben erwuchsen als bei der Beschäftigung innerhalb des Stadtgebiets von Berlin, erschien es nicht gerechtfertigt, so unterschiedlich zu entschädigen. Es kamen weitere Unzuträglichkeiten hinzu, deren Beseitigung für die Verwaltung ebenso erwünscht erschien wie für die Beamten. Zunächst bot die vom Standpunkt der Billigkeit gebotene, tunlichst gleichmäßige Verteilung der mit erhöhten Einnahmen verbundenen Arbeiten in den Vororten auf die einzelnen Beamten erhebliche Schwierigkeiten. Ein Ausgleich ließ sich bei der großen Zahl der Beamten nur in längeren Zeiträumen erreichen. Die Vorschrift, wonach Tagegelde und Fuhrkosten nur gezahlt werden durften, wenn die Entfernung von der Ortsgrenze Berlins bis zur Mitte des Bestimmungsorts wenigstens 2 km betrug, hatte bei Arbeiten in Vorortsgebieten nicht selten zur Folge gehabt, daß, je nach Lage der in Betracht kommenden Ortsmitte, ein Beamter, der nur wenige Meter von der Ortsgrenze Berlins entfernt arbeitete, Tagegelde erhielt, während ein anderer in einer Entfernung von 2 bis 3 km von der Ortsgrenze beschäftigter Beamter nur die erheblich geringere Mehrkostenvergütung zu beziehen hatte. Bei der Berechnung für Dienstgänge auf der Arbeitsstrecke bestanden gleiche oder ähnliche Verhältnisse. Wegen der eigenartigen Orts- und Bauungsverhältnisse ließ sich in vielen Fällen die für den Bezug von Fuhrkosten ausschlaggebende Ortsgrenze nicht sicher bestimmen, zumal die Grenzverhältnisse sich fortgesetzt

änderten. Außerdem war es wegen der beträchtlichen Ausdehnung des Netzes in den Vororten und wegen der großen Zahl von Verbindungsleitungen dahin, sowie nach Fabriken, Dienstgebäuden, Vergnügungsorten, Rennplätzen, Kieselgütern usw. in der Umgegend Berlins oft geradezu unmöglich, genau zu prüfen, ob die angelegten Wegstrecken wirklich zurückgelegt worden waren. Die Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse führte dazu, für die Telegraphenbaubeamten und Leitungsaufseher des Oberpostdirektionsbezirks Berlin den Bezug von Tagegeldern und Fuhrkosten auszuschließen und an ihre Stelle eine Pauschvergütung treten zu lassen, die auch die Entschädigungen für notwendige Mehraufwendungen bei Straßenbahn-, Droschken- usw. Fahrten umfaßte. • Der Bemessung der Pauschvergütung wurden die Durchschnittssätze der während eines dreijährigen Zeitraums ermittelten früheren Einnahmen der Beamten zugrunde gelegt.

Über den Begriff »Dienstgänge auf der Arbeitsstrecke« traten bald nach Inkrafttreten der Verordnung vom 27. Juni 1894 verschiedene Auslegungen hervor. Der Begriff wurde in späteren Verfügungen dahin ausgelegt, daß es sich dabei um Wege handle, die bis zur endgültigen Beendigung der Arbeiten zum Zwecke ihrer Ausführung auf der Baustrecke zurückgelegt wurden. Die Rückkehr zum Wohnort nach Beendigung der Arbeit oder Wege zu einer neuen Arbeitsstrecke galten als Reisewege. Bei eintägigen Dienstreisen vom Wohnort (Amtsort) nach einer Arbeitsstelle waren Fuhrkosten bei der Hinreise bis zum Anfangspunkt, bei der Rückreise vom Endpunkt der Tagesarbeitsstrecke zu berechnen. Dabei sollten nach einer Verfügung von 1915 Fuhrkosten auch innerhalb des 2-Kilometer-Umfreises des Amtsorts in Ansatz kommen. Wurde der 2-Kilometer-Umfreis bei den vom Amtsort ausgehenden Arbeiten erreicht oder überschritten, so wurden Fuhrkosten gewährt, und zwar für den Hinweg — ohne Rücksicht auf die innerhalb des Umfreises wirklich zurückgelegten Strecken — von der Ortsmitte bis zum 2-Kilometer-Umfreis, für den Rückweg vom Endpunkt der Tagesarbeitsstrecke bis zur Ortsmitte. Ebenso standen beim Rückweg Fuhrkosten von der 2-Kilometer-Grenze bis zur Ortsmitte auch dann zu, wenn der Endpunkt der Tagesarbeitsstrecke in den 2-Kilometer-Umfreis des Amtsorts fiel. Lag die Tagesarbeitsstrecke aber ganz innerhalb der 2-Kilometer-Grenze, so kamen Fuhrkosten und auch Pauschvergütungen nicht in Frage. Für den Kabelmeßdienst war 1896 bestimmt worden, daß die Verordnung von 1894 auf die bei Störungen in den unterirdischen Telegraphenlinien mit der Fehlerbeseitigung betrauten Meßbeamten keine Anwendung finden sollte.

Einen Überblick über die Entwicklung und die jeweilig zuständigen Tagegeld- und Fuhrkostensätze ermöglichen die Anlagen 1 bis 8; die Anlagen 1 bis 3 enthalten die allgemein zutreffenden Sätze, während die übrigen Anlagen die Sätze wiedergeben, die für bestimmte Klassen und Gruppen von Beamten, namentlich für die Telegraphenbaubeamten, festgesetzt waren.

Die Reisekostenverordnung vom 25. Juni 1901 enthielt zum erstenmal den Begriff der *Reise*. Folgende Bestimmungen waren getroffen worden:

»Für Beamte, die durch die Art ihrer Dienstgeschäfte zu häufigen Reisen innerhalb bestimmter Amtsbezirke oder zu regelmäßig wiederkehrenden

Dienststreifen zwischen bestimmten Orten genötigt werden, können an Stelle der verordnungsmäßigen Tagegelber und Fuhrkosten nach Bestimmung des Reichskanzlers Pauschvergütungen festgesetzt werden. Ebenso können für Dienststreifen zwischen nahegelegenen Orten an Stelle der verordnungsmäßigen Tagegelber und Fuhrkosten in den Grenzen derselben nach Bestimmung des Reichskanzlers Pauschvergütungen festgesetzt werden.»

Nach den Ausführungsbestimmungen von 1903 wurde die Festsetzung für bestimmte einzelne Fälle vorbehalten; bereits erfolgte Festsetzungen sollten in Kraft bleiben. In der Verordnung vom 8. September 1910 wurde alsdann bestimmt, daß der Reichskanzler für Dienststreifen nach nahegelegenen Orten nähere Bestimmungen festsetzen würde, die am 30. November 1911 erschienen. Die Bestimmungen bezogen sich auf eintägige Reisen nach Orten, die in einer Reiserichtung vom Orte des Antritts der Reise nicht mehr als 30 km entfernt waren und täglich von 6 Uhr morgens ab mindestens achtmal fahrplanmäßige Verbindung hatten. Die Höhe der Pauschvergütungen ist in der Anlage 9 wiedergegeben. Das Reichspostamt hatte anlässlich der Veröffentlichung der Bestimmungen des Reichskanzlers darauf hingewiesen, daß eine noch weitere Ermäßigung der Sätze für Nahreisen nicht ausgeschlossen sei; namentlich könnte die weitere Ermäßigung angebracht sein, wenn die Reisen nur unbedeutende Ausgaben erforderten. Es wurde ferner Wert darauf gelegt, daß das Verfahren der Festsetzung von Pauschvergütungen für häufige oder regelmäßig wiederkehrende Reisen und für Dienststreifen, die einen längeren Aufenthalt des Beamten außerhalb seines Wohnorts erforderlich machten, mehr als bisher anzuwenden sei. Für Beamte, die mit der Leitung und Beaufsichtigung des Fernsprechaudienstes betraut waren, wurde durch die Generalverordnung Nr. 24 vom 1. August 1912 angeordnet, daß für Dienststreifen außerhalb der 2-Kilometer-Grenze, die sie in ihrem Baubezirk an demselben Tage antraten und beendeten, Pauschvergütungen nach den Bestimmungen über Dienststreifen nach nahegelegenen Orten gezahlt werden sollten. Der Rechnungshof nahm im Laufe der folgenden Jahre Veranlassung, alle Reisekostenbelege — auch die der Bauführer und Leitungsaufseher, die nach wie vor nach der Sonderverordnung von 1894 und nach ihrer Neuauflage von 1910 abzufinden waren — daraufhin besonders zu prüfen, ob die Vorschriften über Nahreisen und über kommissarische Beschäftigungen von denen noch die Rede sein wird, überall eingehalten wurden. Auf die Verhältnisse des Baudienstes blieb dies nicht ohne Einfluß. Im Laufe der Entwicklung hatte von der bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts üblichen Einstellung des Baudienstes in den ungünstigen Wintermonaten abgesehen werden müssen, so daß die Baukolonnen ununterbrochen tätig waren und viele Baubeamte sich dauernd außerhalb ihres Wohnorts, oft längere Zeit an demselben Orte, aufhalten mußten.

Die neueren Bestimmungen über Nahreisen ergeben sich aus der Reisekostenverordnung vom 14. Oktober 1921 (Ausführungsbestimmungen Ziffer 31; vgl. auch Amtsblatt 1924, S. 81 und 164).

Sichtlich der Abordnungen hatte die Verordnung von 1910 eine wesentliche Änderung herbeigeführt, nach der die Tagegelber ermäßigt werden konnten, wenn die Beschäftigung »längere Zeit« dauerte. Wie in der

Amtsblatt-Verfügung Nr. 126 vom 8. August 1910 bestimmt wurde, konnte die Ermäßigung schon für den ersten Monat Platz greifen. Eine Erläuterung des Begriffs »längere Zeit« erfolgte nicht. In ähnlicher Weise war 1910 zum ersten Mal die Möglichkeit vorgesehen für Dienststreifen, die einen »längeren Aufenthalt« der Beamten außerhalb seines Wohnorts erforderlich machten, die Tagegelber herabzusetzen. Der Eigenart des Einzelfalles konnte damit weitgehend Rechnung getragen werden. Allerdings wurden die unbestimmten Begriffe bei den Sparsamkeitsbestrebungen des Rechnungshofs und der Reichstelegraphenverwaltung auch der Anlaß zu vielem Schreibwerk. Über den Begriff »längere Zeit« hat später das Reichsgericht die im Archiv von 1918, S. 455, bekanntgegebene Entscheidung getroffen, wonach von einer längeren Zeit dauernden Beschäftigung dann gesprochen werden konnte, wenn eine doppelte Voraussetzung erfüllt war. Die auswärtige Beschäftigung mußte tatsächlich länger Zeit, d. h. mindestens zwei Wochen, gedauert haben, und es mußte auch für den Beamten von vornherein erkennbar gewesen sein, daß sie einen solchen Zeitraum umfassen würde. Während des Weltkriegs, der zahlreiche Abordnungen von Beamten nach den Kriegsverkehrssammelpunkten erforderte, wurden die Vorschriften über die Beschäftigungstagegelber gelockert. Ende Oktober 1914 ermächtigte das Reichspostamt die Oberpostdirektionen für die Dauer des Krieges den vorübergehenden außerhalb ihres Wohnorts dienstlich beschäftigten planmäßigen mittleren Beamten und Unterbeamten, wenn die Reise nach dem neuen Beschäftigungsort von ihrer vorgesetzten Behörde angeordnet war, Tagegelber nach folgenden Grundsätzen zu gewähren:

a) während des ersten Monats verordnungsmäßige Tagegelber,

b) vom zweiten Monat ab bis zu 8 M für Obersekretäre, Sekretäre, Referendare, bis zu 6 M für Oberassistenten und Assistenten und bis zu 3 M für Unterbeamte.

Bei der Festsetzung der Beträge sollten die örtlichen und besonders die persönlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Überschreitungen der Höchstbeträge blieben von der Genehmigung des Reichspostamts abhängig. Für Abordnungen im Telegraphenbaudienst war nach den gleichen Grundsätzen zu verfahren. Die Geldbeträge mußten schon während des Krieges erhöht werden. Die nach Beendigung des Krieges einsetzende Geldentwertung nötigte zu einer Anpassung der Beschäftigungstagegelbsätze in Anlehnung an die jeweiligen Reisekostenbezüge, deren Entwicklung aus den Anlagen zu ersehen ist. Eine besondere Schwierigkeit brachte auch die vom Jahre 1917 ab einsetzende und bisher unermindert gebliebene Wohnungsnot; die sich daraus für die Beamenschaft ergebenden Schäden mußten gemildert werden. Das hierauf gerichtete Bestreben der Reichsregierung fand seinen Niederschlag in dem Gesetz vom 21. Mai 1920, das die Gewährung von Trennungsschädigungen ermöglichte, die sich in ähnlicher Weise gestalteten, wie die Beschäftigungstagegelber. Die Begründung zu dem Gesetz ist in dem Buche »Reise- und Umzugskosten-Vorschriften« von Barz, Verlag Georg Barth, Berlin SW 61, wiedergegeben, auf das aus wegen der neuerdings anzuwendenden Vorschriften über Abfindungen bei Reisen usw. verwiesen wird.

Das Besoldungsgesetz vom 30. April 1920 brachte eine weitgehende Zusammenfassung der Besoldungs-

uppen, die eine Verminderung der Tagegeldstufen von auf 5 zur Folge hatte. Durch die am 1. Januar 1922 Kraft getretene Reisekostenverordnung vom 14. Oktober 1921 wurden alle früheren Vorschriften aufgehoben und wesentliche Änderungen der bis dahin geltenden Grundsätze herbeigeführt. So wurde der Tagegelddatz aufgeteilt in Tage- und Übernachtungsgeld, das Tagegeld für eintägige Reisen nach der Reisezeitdauer abgestuft. An die Stelle der Fuhrkosten bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel trat der Ersatz der tatsächlichen Auslagen. In der Zubilligung des Ersatzes an baren Aufwandskosten bei Dienstgeschäften innerhalb des 2-Kilometer-Umkreises beim Vorliegen außerordentlicher Umstände fand die im Telegraphenbaudienst hergebrachte Vergütung am Amtsort eine gesetzliche Grundlage.

Mit dem Tage des Inkrafttretens der Reisekostenverordnung vom 14. Oktober 1921 fielen alle Beamte des Telegraphenbaudienstes unter die allgemeinen Vorschriften. Von der Ermächtigung im § 8 dieser Verordnung, für Reisen im Amtsbezirk oder für andere häufige Reisen Sonderfestsetzungen zu treffen, wurde in der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zunächst für die Beamten der neuen Tagegeldstufe I (Besolungsgruppen AI bis IV und AV, soweit es sich um Telephonassistenten handelte) Gebrauch gemacht. Bereits am 1. Juli 1922 wurde die erste Sonderregelung für diese Gruppen erheblich umgestaltet. Zum ersten Male wurde der Begriff der 2-Kilometer-Ortsgrenze verlassen und an seine Stelle der Nahbereich gesetzt. Die Bestimmung, die bei der besonderen Regelung für Berlin im Jahre 1894 wiedergegeben ist, traf nunmehr für die Abgrenzung der Nahbereichsgrenze in weitgehendem Maße vielen Ortsnetzen zu, deren umfangreiche Sprechstellenvermehrungen die Beschäftigung oft mehrerer Telephontrupps ständig erforderten. Am 1. Juni 1923 wurde die Sonderregelung auf alle bei der Herstellung und Unterhaltung der Reichstelegraphen-, Fernsprechanlagen beschäftigten Beamten ausgedehnt. Die Beweggründe hierzu sind in der Verkehrszeitung vom 3. August 1923 gewürdigt worden. Die wirtschaftslage des Reichs führte dazu, die Zeitstufen für eintägige Reisen vom 15. Oktober 1923 an und die Stufen für Amtsbezirksreisen mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 an mit dem Ziele zu ändern, Ermäßigungen bei den Reisekostentiteln herbeizuführen. Auch häufiger reisenden Postbeamten mußten nunmehr die allgemeine Regelung für Bezirksreisen einbezogen werden. Endlich wurde die Anrechnung häuslicher Ermäßigungen zur Regel gemacht, sobald Zuschüsse zu den bestimmungsmäßigen Sätzen beantragt wurden.

Die Auswirkung der Bestimmungen über Bezirksreisen vom 16. Dezember 1923 ist für die Telegraphenbeamten mit Wirkung vom 16. Mai 1924 durchgeführt worden.

Die Einführung des Fernsprechers in Deutschland, der wir noch einmal zurückkehren müssen, erwies sich für Beamten des Telegraphenbaudienstes auch in bezug auf die zu behandelnde Aufgabe insofern von besonderer Bedeutung, als sie der Anlaß zur Gewährung der Vergütungen für Mehrausgaben am Amtsort wurde, die unter der gewöhnlichen aber durchaus zutreffenden Bezeichnung »Hofengelber« in den Kreis der Beteiligten ebenso beliebt wie umstritten sind. Seit dem Jahre 1881, in dem die ersten Ortsnetze

eröffnet wurden, setzte eine sich ständig steigende Bautätigkeit in den größeren Orten ein, die, namentlich in den ersten Jahren wegen der Neuartigkeit der ganzen Fernsprecheinrichtungen und der rechtlichen Verhältnisse gegenüber den Eigentümern benutzter Grundstücke, den im Telegraphenbaudienst verwendeten Beamten Verpflichtungen auferlegten, wie sie in dem Ausmaß bei keiner andern Beamtengruppe oder Verwaltung in Betracht kamen. Anfangs sollte auch die freiwillige Beschäftigung mit der neuen Einrichtung eine gewisse Anerkennung finden. Bis zum Jahre 1885 wurden für die Diensttätigkeit bei der Herstellung von Fernsprechanlagen in jedem Einzelfall besondere Vergütungen gewährt. Mit dem Wegfall der Einzelvergütungen wurde folgendes bestimmt:

»Wenn Beamte in Ausführung der Neuanlage oder Erweiterung einer Stadtfernsprecheinrichtung, insbesondere bei Herstellung oder bei der Unterhaltung der Linien und Leitungen zu Mehrausgaben für Kleidung und Beköstigung genötigt gewesen sind, können auf Antrag der Oberpostdirektion mäßige Vergütungen als Entschädigung für die im Interesse des Dienstes nachweislich aufgewendeten Mehrausgaben gewährt werden.«

Die Anträge waren alljährlich im März beim Reichspostamt vorzulegen. Tage, an denen Tagegelber und Fuhrkosten zustanden, mußten außer Betracht bleiben. Bei Bearbeitung der Anträge wurde ein fester Satz von 1,35 M für Beamte und von 67 Pf. für Unterbeamte für jeden Arbeitstag zugrunde gelegt. Im Jahre 1889 wurden die Oberpostdirektionen ermächtigt, die Vergütungen innerhalb von Höchstbeträgen (2 M für Obersekretäre und Sekretäre, 1,30 M für Oberassistenten und Assistenten, 65 Pf. für untere Beamte) selbständig festzusetzen. Die Mehrausgaben waren anfangs von den Beamten im einzelnen nachzuweisen, 1892 ist auf die Einzelnachweise verzichtet worden. Gegenwärtig ist die Vergütung pauschaliert. Kosten für Fahrgelegenheiten, deren Benutzung den Bezirksaufsichtsbeamten und Telegraphenbaubeamten am Wohnort seit 1899 ohne besondere Genehmigung nach pflichtmäßigem Ermessen freistand, wurden in die Pauschvergütung eingeschlossen. Im Jahre 1902 brachte der Rechnungshof zur Sprache, daß die Oberpostdirektionen bei der Gewährung von Vergütungen ungleichmäßig vorgehen; die Beamten erhielten sie für den ganzen Tag, die Unterbeamten stundenweise. Zur Beseitigung der Verschiedenheiten stellte das Reichspostamt 1903 Grundsätze auf. Darnach war die Vergütung nur für solche Tage zahlbar, an denen die Beamten Arbeiten zur Herstellung, Erweiterung und Unterhaltung von Ortsnetzen, Beseitigung von Störungen in solchen oder Arbeiten zur Herstellung und Unterhaltung von solchen Fernsprechanlagen auszuführen hatten, die an den Ortsfernprechgestängen oder, innerhalb des Gebiets eines Ortsnetzes, an eigenen eisernen Gestängen angebracht waren. Bei Arbeiten innerhalb der Verkehrsämter und in den Sprechstellen entstanden im allgemeinen keine Mehrausgaben. In der Regel sollten deshalb die Tage, an denen lediglich Arbeiten in Betriebsstellen vorgekommen waren, bei Ermittlung der Vergütungssätze nicht berücksichtigt werden. An solchen Orten jedoch, wo die Beamten ausnahmsweise auch bei Arbeiten in den Betriebsstellen zu Mehraufwendungen gezwungen waren, sollten besondere Aufzeichnungen ge-

führt werden, die zur Ermittlung eines Tagessatzes, wie bei Außenarbeiten, dienen und lediglich an Tagen gezahlt werden sollten, an denen in Betriebsstellen der Teilnehmer gearbeitet wurde. Die Vergütung hatte in jedem Falle dazu zu dienen, die Beamten für die im Interesse des Dienstes aufgewendeten Mehrausgaben schadloß zu halten.

Im Jahre 1909 hat sich eine besondere Kommission des Reichstags mit der Frage der Vergütungen für Mehrausgaben beschäftigt. Von einer Seite war angeregt worden, die Vergütungen mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Besoldungsaufbesserung künftig nicht mehr zu gewähren. Die Kommission konnte sich der Auffassung nicht anschließen, wonach Beamte des Fernsprechaudienstes für die im Interesse des Dienstes gemachten und von der Verwaltung anerkannten Mehraufwendungen einen Ausgleich in der allgemeinen, also allen Beamten zugute kommenden Besoldungsregelung finden sollten. Da indessen nach Ansicht der Kommission die Vergütungen vielfach zu hoch waren, über das Maß der wirklichen Aufwendungen hinausgingen und für die Baubeamten sowie namentlich für die im Störungssucherdienst beschäftigten unteren Beamten eine nicht beabsichtigte Einnahmequelle bildeten, wurde von der Kommission eine Prüfung durch die Oberpostdirektionen angeregt, inwieweit die Vergütungen nicht über das Bedürfnis hoch bemessen und daher zu ermäßigen wären. Während des Krieges und der nachfolgenden Inflationszeit mußten die Höchstsätze den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Wegen der erheblichen Steigerung der Straßenbahnfahrkosten usw. war die Erstattung der Auslagen für jeden Einzelfall erforderlich geworden, die bisher allgemein beibehalten worden ist und eine gerechte Abfindung der Beamten ermöglicht. Von der den Oberpostdirektionen seit dem 1. Juni 1923 erteilten Ermächtigung, die Fahrtauslagen zu pauschalisieren, ist bisher kein Gebrauch gemacht worden.

Bei der Neufestsetzung der Vergütungshöchstbeträge im Februar 1922 und in der Folgezeit mußte von der Berücksichtigung des Kleidermehrverbrauchs abgesehen werden, nachdem seit dem Rechnungsjahr 1921, soweit es notwendig erschien, den Beamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung Schutzkleidung jeder Art insoweit geliefert wurde, als mit den Arbeiten ein über das gewöhnliche Maß hinausgehender, außerordentlicher Verschleiß von Kleidung verbunden oder als eine besondere Kleidung zum Schutze gegen die Unbilden der Witterung dringlich erforderlich war. Da hiernach eine Vergütung nur noch in Frage kam, wenn mit einer Beköstigung außerhalb der Wohnung regelmäßig zu rechnen war, hat eine Anzahl von Beamten, die bis dahin eine Pauschvergütung bezogen hatten, von ihrem Weiterbezug ausgeschlossen und auf den Weg des Einzelnachweises nach den Bestimmungen des § 7 der Reisekostenverordnung vom 14. Oktober 1921 verwiesen werden müssen.

Über die besonderen Verhältnisse in Berlin ist noch hervorzuheben, daß mit der am 15. Januar 1922 erfolgten Zusammenfassung der Einzelgemeinden zu einer Einheitsgemeinde die frühere Sonderstellung weggefallen

war. Die Vergütung für Mehrausgaben am Amtsort, die den Beteiligten nach den allgemeinen Bestimmungen allein gewährt werden konnte, erwies sich als unzulänglich, so daß Zwischenlösungen getroffen werden mußten, die sich erst erübrigten, nachdem am 1. Juni 1923 Nahbereich für alle Beamten des Telegraphenbaudienstes wirksam geworden war.

Solange die Entwicklung fortschreitet und solange politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht geworden sind, wird es auch für die Abgeltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen keine Regel geben, der die Bedürfnisse verschiedenartig veranlagter Beamten auf längere Zeit hinaus für alle Verhältnisse bestimmt werden können. Bewegung wird immer überall auf diesem Gebiet herrschen. Die Beamten haben über den Weg der Beamtenausschüsse Gelegenheit, Anregungen und Wünsche bis zu höchsten Stellen weiterzuleiten und neben dem Instanzenweg, der zur Entlastung der Ausschüsse in jedem Falle zunächst bestehen werden sollte, weitgehende Möglichkeit, an einem gerechten Ausgleich der Belange der Verwaltung des Personals mitzuwirken. Nachdem die Deutsche Reichspost durch das Reichspostfinanzgesetz ein ständiges Unternehmen geworden ist, wird die mit seiner Gedeihen auf das engste vermachene Beamtenenschaft berufen sein, alles zu tun, was zur Wahrung der Wirtschaftlichkeit und zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben nötig ist. Der Zusammenhang der Beamten des Telegraphenbaudienstes mit der übrigen Beamtenenschaft hat gewisse Abhängigkeiten zur Folge, die sich auch bei der Abgeltung der Dienstaufwendungen geltend machen. Nach dem Besoldungsperrgesetz (vgl. Nr. 1924, S. 213) ist die Deutsche Reichspost in der Festsetzung der Reisekostenbezüge, einschließlich der Fahrkosten, der Vergütungen für Mehrausgaben am Amtsort, an dem im § 12 des Reichspostfinanzgesetzes festgelegte Maß für die Abgeltung aller über den allgemeinen Rahmen hinausgehenden Aufwendungen an den Reichminister der Finanzen gebunden, dem damit ein Einspruchsrecht zusteht.

Trotz der Schwierigkeiten der hinter uns liegenden Jahre haben die Telegraphenbaubeamten die ihnen gestellten Aufgaben glänzend gelöst. Das für 1921/1925 aufgestellte Wiederaufbauprogramm hat dank der Hingabe aller pflichtbewußten Beamten in weitem Maße durchgeführt werden können. Auch die noch vorliegenden Aufgaben, wie die Ausgestaltung des Anschlußsystems und die Vervollständigung des Kabelnetzes werden hilfsbereite und sachkundige Förderung erfahren. Jeder einzelne wird der Mahnung eingedenk bleiben, die Herr Staatssekretär Sautter in einem Vortrag über »Möglichkeit und Grenzen der Durchsetzung der Reformen in der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung mit privatwirtschaftlichen Grundsätzen« niedergelegt hat, der im Heft 8 des Archivs von 1922 abgedruckt ist: »Aus der Sachkenntnis und der richtigen Erkenntnis der eigenen Belange ergibt sich die ernste Pflicht, die Verwaltung in ihrem Bestreben, den Betrieb unter Verminderung des Personalaufwandes wirtschaftlich zu gestalten, tatkräftig zu unterstützen«. Das heißt: kein Leerlauf, kein nutzloser Aufwand, sondern mit Voraussicht, mit Umsicht und mit voller Tatkraft dem Morgenrot einer besseren Zukunft entgegen!

Tagegelder und Fuhrkosten in Preußen.

Anlage 1.

I. Tageselder.

A. Zentralbehörden:			1825	1848	1873
Stufe I	(Räte I. Klasse)	4 Taler*) — Sgr.	4 R.-Taler**) — Sgr.	Stufe I, Aktive Staatsminister	30 M.
» II	(» II. Klasse)	3 » 15 »	3 » 15 »	» II, Beamte der I. Rangklasse	18 »
» III	(» III. Klasse)	3 » — »	3 » — »	» III, » » II. u. III. Rangklasse	15 »
» IV	(» IV. und V. Klasse)	2 » — »	2 » 15 »	» IV, » » IV. u. V. »	12 »
» V	(Kanzleisekretäre)	1 » 10 »	1 » 20 »	» V, » , die nicht zu den obigen Klassen gehören, soweit sie bisher ein Tagegeld von 1 Taler 20 Sgr. und von 2 Talern bezogen haben	9 »
» VI	(Diener, Boten)	— » 20 »	1 » — »	» VI, Subalternbeamte	6 »
B Provinzialbehörden:				» VII, Beamte geringeren Ranges und Unterbeamte	3 »
Höhere Beamte Säge unter A nach ihrem Range, die übrigen Beamten:					
Stufe I,	Sekretäre	1 Taler 10 Sgr.	1 » 20 »		
» II,	Assistenten, Dolmetscher, Kochärzte bei Landgestüten	1 » — »	1 » 10 »		
» III,	Kanzlisten	— » 20 »	1 » — »		
» IV,	Diener, Boten	— » 15 »	— » 20 »		
» V,	Gefäßknechte	— » 10 »	— » 15 »		
C. Lokalbehörden:					
Stufe I,	Räte, Richter, Professoren, Oberzoll- und Steuerinspek- toren, Forstinspektoren	2 Taler — Sgr.	2 » 15 »		
» II,	Justizräte, Assessoren, Geist- liche, Gymnasiallehrer, Ren- danten, Inspektoren	1 » 15 »	2 » — »		
» III,	Oberförster, Kontrolleure	1 » 10 »	1 » 20 »		
» IV,	Sekretäre, Polizeikommissare u. Inspektoren, Kreiswund- u. Kreistierärzte	1 » — »	1 » 10 »		
» V,	Assistenten, Lehrer, Grenz- u. Steueraufsicher	— » 20 »	1 » — »		
» VI,	Boten, Kanzlisten, Aufseher	— » 15 »	— » 20 »		
» VII,	Diener, Kanzleiboten, Wald- wärter	— » 10 »	— » 15 »		

II. Fuhrkosten.

1825

Beamte mit Tagegeldern bis zu 2 Talern abwärts, Extrapoſtauslagen und Stations- und Trinkgelber je Meile 10 Sgr.
(außerdem Wagenmiete und bare Auslagen für Brückengeld uſw.).

Alle übrigen Beamten Vergütungen für gewöhnliche oder Personenposten nach den tarifmäßigen Sätzen.

a) Reisen auf Eisenbahnen***).

1848					1873								
Rangklasse I bis V	10	Sgr.	je Meiße	{ + 20 + 15 + 10 Sgr.	für jeden Zu- und Abgang.	1. Stufen I bis V	13,27	Pf.	je km	{ + 3 + 2 + 1 M	für jeden Zu- und Abgang.		
Andere Beamte	7	»				6	Pf.	2. Stufe VI				10	»
Unterbeamte	5	»				»	3. » VII	6,6				»	

b) Andere Reisen.

1848				1873			
Rangklasse I bis III.	1	R.-Taler	15 Sgr.	1. Stufen I bis IV.....	60	Pf.	} je km.
„ IV u. V..	1	„	— „	2. „ V und VI ...	40	„	
Alle übrigen Beamten	—	„	15 „	3. Stufe VII	26,6	„	

*) 1 Taler = 3 *M.*, 1 Ggr. = 10 Pf., 1 Meile = 7,532 484 km.

**) 1 R. Taler = 3 M.

***) Zu a) und b) mehr als $\frac{1}{4}$ bis $1 = 1$ volle Meile, angefangene $\frac{1}{4} = \frac{1}{4}$ Meile.

Bei Geschäften außerhalb des Wohnortes in geringerer Entfernung als $\frac{1}{4}$ Meile weder Tagegelder noch Fuhrkosten.

Tagegelder und Fuhrkosten im Reiche von 1875 bis 1921.

Anl.

a) Bis Ende Januar 1921.										b) Vom 1. Februar 1921 an.									
Stufe I = Chef der obersten Reichsbehörden.										Stufe I = Beamte der Befoldungsgruppen A I bis V.									
» II = Direktoren der obersten Reichsbehörden.										» II = » » » A VI bis VIII.									
» III = Vortragende Räte der obersten Reichsbehörden.										» III = » » » A IX bis XII.									
» IV = Mitglieder der übrigen Reichsbehörden.										» IV = » » » A XIII und B 1 bis 4.									
» V = Sekretäre der höheren Reichsbehörden.										» V = » » » B 5 bis 7.									
» VI = Subalterne der übrigen Reichsbehörden.																			
» VII = Unterbeamte.																			

Gültig		Stufe I		Stufe II		Stufe III		Stufe IV		Stufe V		Stufe VI		Stufe VII		Bemerkungen					
seit	für Reisen	M	+ Zu- schuß bis	M	+ Zu- schuß bis	M	+ Zu- schuß bis	M	+ Zu- schuß bis	M	+ Zu- schuß bis	M	+ Zu- schuß bis	M	+ Zu- schuß bis						
A. Tagegeld bei Reisen von mehrtägiger Dauer*).																					
a) Bis Ende Januar 1921																					
1875		30	—	24	—	18	—	12	—	9	—	6	—	3	—	*) Bei Beendigung der Reise halb 24 Stunden seit 1 1 1/2 fache des Tages					
1901		35	—	28	—	22	—	15	—	12	—	8	—	4	—						
1. 12. 1917		35	—	28	—	22	—	15	50 v 5*)	12	50 v 5	8	50 v 5	4	50 v 5	*) Jedoch zusammen nicht als 22 M.					
1. 9. 1918		35	40 v 5	28	40 v 5	22	40 v 5	15	50 v 5	12	60 v 5	8	60 v 5	4	75 v 5						
1. 7. 1919		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	—	12	—	Die Beträge und die festgesetzten sind Höchst- Im übrigen unverändert					
1. 1. 1920		55	—	50	—	45	—	40	—	30	—	25	—	20	—						
1. 6. 1920	nach teuren Orten	80	—	70	—	60	—	50	—	45	—	40	—	35	—						
b) Vom 1. Februar 1921 an																					
1. 2. 1921	nach teuren Orten	50	—	60	—	70	—	80	—	90	—	—	—	—	—						
	im übrigen	35	—	40	—	50	—	55	—	60	—	—	—	—	—						
1. 11. 1921	nach teuren Orten	70	—	82	—	94	—	106	—	120	—	—	—	—	—						
	im übrigen	45	—	54	—	63	—	72	—	85	—	—	—	—	—						
B. Tagegeld bei Reisen, die an einem Tage angetreten und beendet werden.																					
a) Bis Ende Januar 1921																					
1875		30	—	24	—	18	—	12	—	9	—	6	—	3	—	*) Jedoch zusammen nicht als 15 M.					
1901		27	—	21	—	17	—	12	—	9	—	6	—	3	—						
1910		23	—	18	—	15	—	12	—	9	—	6	—	3	—	Die Beträge und die sp festgesetzten sind Höchst- Im übrigen unverändert					
1. 12. 1917		23	—	18	—	15	—	12	50 v 5*)	9	50 v 5	6	50 v 5	3	50 v 5						
1. 9. 1918		23	30 v 5	18	30 v 5	15	30 v 5	12	40 v 5	9	50 v 5	6	50 v 5	3	60 v 5						
1. 1. 1920		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	10	—						
1. 4. 1920		32	—	28	—	24	—	20	—	16	—	12	—	10	—						
1. 6. 1920	nach teuren Orten	40	—	36	—	32	—	28	—	24	—	20	—	16	—						
b) Vom 1. Februar 1921 an																					
1. 2. 1921	nach teuren Orten	25	—	30	—	35	—	40	—	45	—	—	—	—	—						
	im übrigen	20	—	25	—	30	—	35	—	40	—	—	—	—	—						
C. Fuhrkosten bei Reisen																					
Gültig seit		auf Eisenbahnen										auf Landwegen km · Geldsatz									
		km · Geldsatz																			
		bei Benutzung der			im übrigen												Zu- oder Abgänge				
		1.	2.	2.																	
		Wagenklasse																			
in den Stufen																					
		I bis IV	V	VI	I bis IV	V	VI	VII	I bis IV	V	VI	VII	I bis IV	V	VI	VII					
		Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	M	M	M	M	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.					
1875		13	13	10	13	13	10	7	1,50	1,50	1	1	60	40	30	Außerdem Auslagen an Zugzuschlägen. Desgl. und die Beträge späteren Fahrpreiserhö-					
1901		9	9	7	9	9	7	5	1,50	1,50	1	1	—	—	—						
1910		9	7	7	7	5	5	5	1,50	1	0,5	—	—	—	—						
1. 4. 1918		10	8	8	8	6	6	6	—	—	—	—	—	—	—						
1. 4. 1919		20	10	10	10	7	7	7	—	—	—	—	—	—	—						
1. 10. 1919		30	15	15	15	10,5	10,5	10,5	—	—	—	—	—	—	—						
1. 3. 1920		58	28	28	28	19	19	19	—	—	—	—	—	—	—						
1. 6. 1921		63	37	37	37	24	24	24	—	—	—	—	—	—	—						
1. 12. 1921		81	47	47	47	30	30	30	—	—	—	—	—	—	—						

Tagegelder, Übernachtungsgelder und Fußweg-Kilometerentschädigungen
im Reiche vom 1. Januar 1922 an.

Anlage 3.

ig feit	Tagegeld					Übernachtungsgeld					Tagegeld					Übernachtungsgeld					km-Ent- schädi- gung bei Fußwegen je km	Bemerkungen
	bei Reisen nach nicht teuren Orten										bei Reisen nach teuren Orten											
	in den Stufen										in den Stufen											
	I	II	III	IV	V	I	II	III	IV	V	I	II	III	IV	V	I	II	III	IV	V		
1. 1922	30	36	42	48	60	23	27	32	36	45	40	50	60	70	80	30	38	45	53	60	1	Beträge in Papiermark
4. 1922	60	72	84	96	120	45	54	63	72	90	80	100	120	140	160	60	75	90	105	120	1	
8. 1922	90	108	126	144	180	68	81	95	108	135	120	150	180	210	240	90	113	135	158	180	1	
9. 1922	120	144	168	192	240	90	108	126	144	180	160	200	240	280	320	120	150	180	210	240	2	
1. 1922	180	220	260	300	360	135	165	195	225	270	240	300	360	420	480	180	225	270	315	360	2	
1. 1922	300	380	450	520	600	150	190	225	260	300	400	500	600	700	800	300	375	450	525	600	3	
1. 1922	500	625	750	875	1000	250	315	375	440	500	700	875	1050	1225	1400	525	660	790	920	1050	10	
2. 1922	800	1000	1200	1400	1600	400	500	600	700	800	1120	1400	1680	1960	2240	840	1050	1260	1470	1680	10	
1. 1923	1050	1300	1550	1800	2100	525	650	775	900	1050	1450	1800	2150	2500	2900	1090	1350	1615	1875	2175	15	
2. 1923	1800	2250	2700	3150	3600	900	1125	1350	1575	1800	2500	3100	3700	4300	5000	1875	2325	2775	3225	3750	20	
2. 1923	400	500	600	700	800	200	250	300	350	400	560	700	840	980	1120	420	530	630	740	840	4	Beträge in Papiermark mal 10
3. 1923	500	630	750	880	1000	250	320	380	440	500	700	880	1050	1230	1400	530	660	790	930	1050	4	
5. 1923	65	80	95	110	130	35	40	50	55	65	90	110	130	155	180	70	85	100	120	135	0,5	Beträge in Papiermark mal 100
6. 1923	100	125	150	175	200	50	65	75	90	100	135	170	205	235	270	105	130	155	180	205	0,75	
6. 1923	150	190	230	270	300	75	95	115	135	150	200	250	300	350	400	150	190	225	265	300	1	Beträge in Papiermark mal 1000
7. 1923	30	38	46	54	60	15	19	23	27	30	40	50	60	70	80	30	38	45	53	60	0,2	
7. 1923	54	67	80	94	108	27	34	40	47	54	72	90	108	126	144	54	68	81	95	108	0,4	Beträge in Papiermark mal 1000
8. 1923	108	134	160	188	216	54	67	80	94	108	144	180	216	252	288	108	135	162	189	216	0,8	
8. 1923	380	470	560	660	760	190	235	280	330	380	500	625	750	875	1000	375	470	565	660	750	3	Beträge in Papiermark mal 10 000
8. 1923	1100	1375	1650	1925	2200	550	675	825	975	1100	1450	1800	2175	2550	2900	1000	1250	1500	1750	2000	8</	

Nach der Dienst-Instruktion von 1860 standen zu

A. Tagegelber

1. Dem Direktor des Telegraphenwesens.....	3 R.-Taler — Sgr.
(sofern dem Stelleninhaber nach seiner Militärcharge kein höherer Satz zustand)	
2. Mitgliedern der Telegraphendirektion....	2 " 15 "
3. Dem technischen Assistenten der Telegraphendirektion	2 " 15 "
4. Den Obertelegrapheninspektoren	2 " 15 "
5. Telegrapheninspektoren, expedierenden Sekretären, Kalkulatoren, Registratoren, Telegraphensekretären, dem Werkführer*) der Telegraphenwerkstatt und des Materialmagazins, Königlichen Baumeistern als Bautechnikern (nicht planmäßigen Beamten der Telegraphenverwaltung).....	1 " 20 "
6. Obertelegraphisten und Telegraphisten	1 " — "
7. Kanzleidienern und Telegraphenboten.....	— " 20 "

B. Fuhrkosten

a) auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen	b) auf Landwegen
Zu 1 bis 3 nach dem Dienstrange	Zu 1 bis 3 nach dem Dienstrange
» 4 je Meile 10 Sgr. Zu- und Abgang 20 Sgr.	» 4 je Meile 1 R.-Taler — Sgr.
» 5 " " 7½ " " " 15 "	» 5 " " — " 15 "
» 6 und 7 " " 5 " " " 10 "	» 6 und 7 " " — " 15 "
» 1 bis 7 bei Benutzung von Eisenbahndraisinen nach den Sätzen für Landwege.	

*) 1864/5 Inspektor der Telegraphenwerkstatt oder des Materialmagazins.

Anmerkung. 1873 wurde in Preußen für Beamte der Staatseisenbahnen eine besondere Regelung eingeführt, der sich 1875 das Reich mit einer Sonderregelung für die Reichseisenbahnverwaltung und für die Postverwaltung anschloß. 1877 wurde die Sonderregelung auf Beamte der RPTB ausgedehnt.

Sonder
für Beamte der Stufe I [Gruppen A_I bis IV und A_V (soweit es sich um Tele
(Soweit nichts anderes angegeben,

	Entfernung von der 2 km-Grenze des Amtsorts				Bemerkungen
	Zone I (bis 10 km) in Papiermark	Zone II (bis 20 km) in Papiermark	Zone III (bis 30 km) in Papiermark	Zone IV (über 30 km) in Papiermark	
A. Vergütung					
Bei Beschäftigung bis 3 Stunden....	4	—	—	—	*) zugleich Höchstsatz für mehrere Beschäftigungen an einem Tage in der berührten höheren Zone.
» " über 3 "	9	12	15	15	
» " " 8 "	18*)	24*)	30*)	30*)	
B. Entfernungszuschlag.....	6	10	15	15	} ½ des Satzes, wenn infolge Übernachtung der Hin- oder Rückweg wegfällt.
ab 1. 2. 22.....	10	20	28	28	

Beamten bis zum Jahre 1922.

Anlage 4.

Nach späteren Verordnungen usw.

Gültig seit	Tagegelber bei Reisen der				Zu- und Abgang der		Pauschvergütung für Dienstgänge auf der Arbeitsstrecke der		Km.-Geldsatz auf Landwegen	
	Oberpostdirektoren (Präsidenten)		Telegr.-Inspektoren (OPJ)		Präsidenten, OPJ und der Telegr.-Bauführer u. Leitungs-revisoren	Leitungs-ausscher	Telegr.-Bauführer u. Leitungs-revisoren		für OPJ, Telegr.-Bauführer u. Leitungs-revisoren	für Leitungs-ausscher
	von einem Tage	von mehreren Tagen	von einem Tage	von mehreren Tagen			M	Pf.	Pf.	Pf.
1877	15	15	9	9	1,50*)	—	—	—	20*)	—
1894	—	—	—	—	1,50	50	1—2	50—75	20	10
1901	15	17	9	12	—	—	—	—	—	—
1910	12	17	—	—	—	—	—	—	—	—

*) für Telegraphenbauführer und Leitungsberevisoren von 1894 an.

- Anmerkung 1. Für Beamte im OPD-Bereich Berlin wurde 1894 eine Pauschvergütung eingeführt, die für jeden Tag der Beschäftigung im Telegraphenbaudienst betrug:
- 4,50 M für Obersekretäre und Sekretäre

3,50 » » Oberassistenten und Assistenten

1,20 » » Leitungsausscher

Bei weniger als 5 vollen Arbeitsstunden die Hälfte.
- Aus der Pauschvergütung waren auch Fahrtauslagen zu bestreiten.
2. Im Falle des Bedürfnisses erhielten die OPJ seit 1. 12. 17 und die Präsidenten seit 1. 9. 18 Tagegelber bis zur Höhe der verordnungsmäßigen Sätze, einschließlich der festgesetzten Zuschläge.
3. Beamte und Arbeiter bei den Induktionschutztruppen erhielten seit 19. 4. 19
- Zuschüsse bis zu 10 M zum Tagegelb in den Stufen VI und VII,

» » » 7 » » » als Vorarbeiter,

» » » 6 » » » Lohn als Arbeiter,

» » » 9 » » » » und Lastkraftwagenführer.
- Im übrigen galten für Telegraphenbaubeamte die Tagegelber und die Zuschüsse der Verordnung; 1920 wurde bestimmt, daß die Beträge den Telegraphenbaubeamten gezahlt werden konnten, wenn sie den Verbrauch der in Rechnung gestellten Sätze bescheinigten.

Abgeltung 1
Telegraphenassistenten handelte) im Telegraphenbaudienst und im Störungssucherdienst.
Gültig vom 1.1.22 an.)

Anlage 5.

	Entfernung von der 2 km-Grenze des Amtsorts				Bemerkungen
	Zone I (bis 10 km) in Papiermark	Zone II (bis 20 km) in Papiermark	Zone III (bis 30 km) in Papiermark	Zone IV (über 30 km) in Papiermark	
C. An Stelle von B bei wegfallendem Hin- und Rückweg					
a) Vergütung	24	24	30	30	
b) Übernachtungsgeld	23	23	23	23	
Die Beschäftigung unter A berechnet sich aus der Arbeitszeit und der Zeit für den Hin- und Rückweg, für den einzusetzen sind.....	2 Stunden	4 Stunden	6 Stunden	8 Stunden	

Sond
für Beamte wie unt

[illegible]

Sond

für die bei der Herstellung und Unterhaltung der Reich

Gültig seit	I					II					III				
	Zehrgeld für Störungssucher														
	ermäßigtes, Einzelsatz					a) ermäßigtes, Höchstsatz und b) volles, Einzelsatz					a) volles, Höchstsatz, b) Zehrgeld für Truppführer und c) ermäßigtes Zehrgeld f. sonst. Beamte				
	in den Ortsklassen														
	A	B	C	D	E	A	B	C	D	E	A	B	C	D	E
1. 6. 1923	20	19	18	17	16	38	36	34	32	30	50	47	44	41	38
	v H des jeweiligen Tagegeldsatzes für Dienstreisen nach nicht teuren Orten der Stufe, zu der der Beamte gehört														
1. 9. 1923	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	für a) und b)				
5. 11. 1923	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	38	36	34	32
	für c) Stufe I														
26. 11. 1923	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	38	36	34	32
	v H desgl. (wie oben)														

Sonderregelung 4
für Beamte wie unter Sonderegelung 3.

Anlage

Gültig seit 16. Mai 1924 (eingeklammerte Sätze-Änderungen vom 1. Juni 1924).

I. Baudienst.

a) Führer von Bautrupps und die wie diese zu entschädigen-
den Beamten

Beträge in Goldmark

1. Zehrgeld	1	M	40	Pf.	(1 M 50 Pf.)
2. Erhöhtes Zehrgeld ..	3	»	50	»	(— » — »)
3. Übernachtungsgeld	1	»	90	»	(— » — »)
4. Wegegeld	—	»	30	»	(— » 40 »)
5. Kleine Streckenentschädigung	I	—	»	16	» (— » 20 »)
		—	»	19	» (— » 22 »)
		—	»	22	» (— » 24 »)
6. Große Streckenentschädigung	I	—	»	32	» (— » 40 »)
		—	»	38	» (— » 44 »)
		—	»	44	» (— » 48 »)

b) Sonstige Beamte der Stufe I und Beamte der
Stufen II und III

1. Zehrgeld																
Stufe I	2	M	40	Pf.												
» II	3	»	60	»												
» III	4	»	80	»												
2. Erhöhtes Zehrgeld																
Stufe I	3	M	50	Pf.												
» II	5	»	25	»												
» III	7	»	—	»												
3. Übernachtungsgeld																
Stufe I	1	M	90	Pf.												
» II	2	»	85	»												
» III	3	»	80	»												
4. Wegegeld	1	»	50	»												

II. Störungssucherdienst.

1. Ermäßigtes Zehrgeld																
Einzelsatz	—	M	70	Pf.	(— M 75 Pf.)											
Höchstsatz	1	»	40	»	(1 » 50 »)											
2. Volles Zehrgeld																
Einzelsatz	1	»	40	»	(1 » 50 »)											
Höchstsatz	2	»	—	»	(— » — »)											
3. Erhöhtes Zehrgeld	3	M	50	Pf.	(— M — Pf.)											
4. Übernachtungsgeld	1	»	90	»	(— » — »)											
5. Wegegeld	—	»	30	»	(— » 40 »)											

Nahreisen.

Anlage

Zeit der Bewilligung	Betrag der Pauschvergütung in den Stufen														Zuschläge** für Stufen	
	I		II		III		IV		V		VI		VII		I—IV	V—VII
	a	b*)	a	b*)	a	b*)	a	b*)	a	b*)	a	b*)	a	b*)	1. Kl.	2. Kl.
30. 11. 1911	16	14,5	14	12,5	12	10,5	11	9,5	8	7	7	6	5	4	2	1
1. 10. 1918	20	19	18	16,5	16	14	15	13,5	12	10,5	10	9	8	6,5	1,5	1
1. 10. 1919	22	22	20	20	18	18	17	17	13	13	11	11	9	9	4,5	1,5
1. 11. 1921	10	10	13	13	15	15	18	18	20	20	***)	—	—	—	—	—

*) b = Pauschvergütung, wenn die auf der ganzen Strecke benutzten Verkehrsmittel unentgeltlich zur Verfügung stehen.
**) Bei Benutzung der Eisenbahnwagenklasse auf der ganzen Strecke.
***) Vom 1. 11. 21 neben der Vergütung Fahrtauslagen.

Die Ruhmerschen Hochfrequenzapparate für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin.

Von Rud. Fiedler, Berlin.

In den letzten Jahren hat in steigendem Maße ein neuer Zweig der Fernmeldetechnik Bedeutung erlangt: die Hochfrequenztelephonie längs Leitungen. Mit ihr

weitem Umfang in Betrieb. In Deutschland sind z. B. etwa 5 200 km Leitungen mit Mehrfach-Fernsprecheinrichtungen ausgerüstet; sie enthalten Sprechkreise von

Abb. 1.

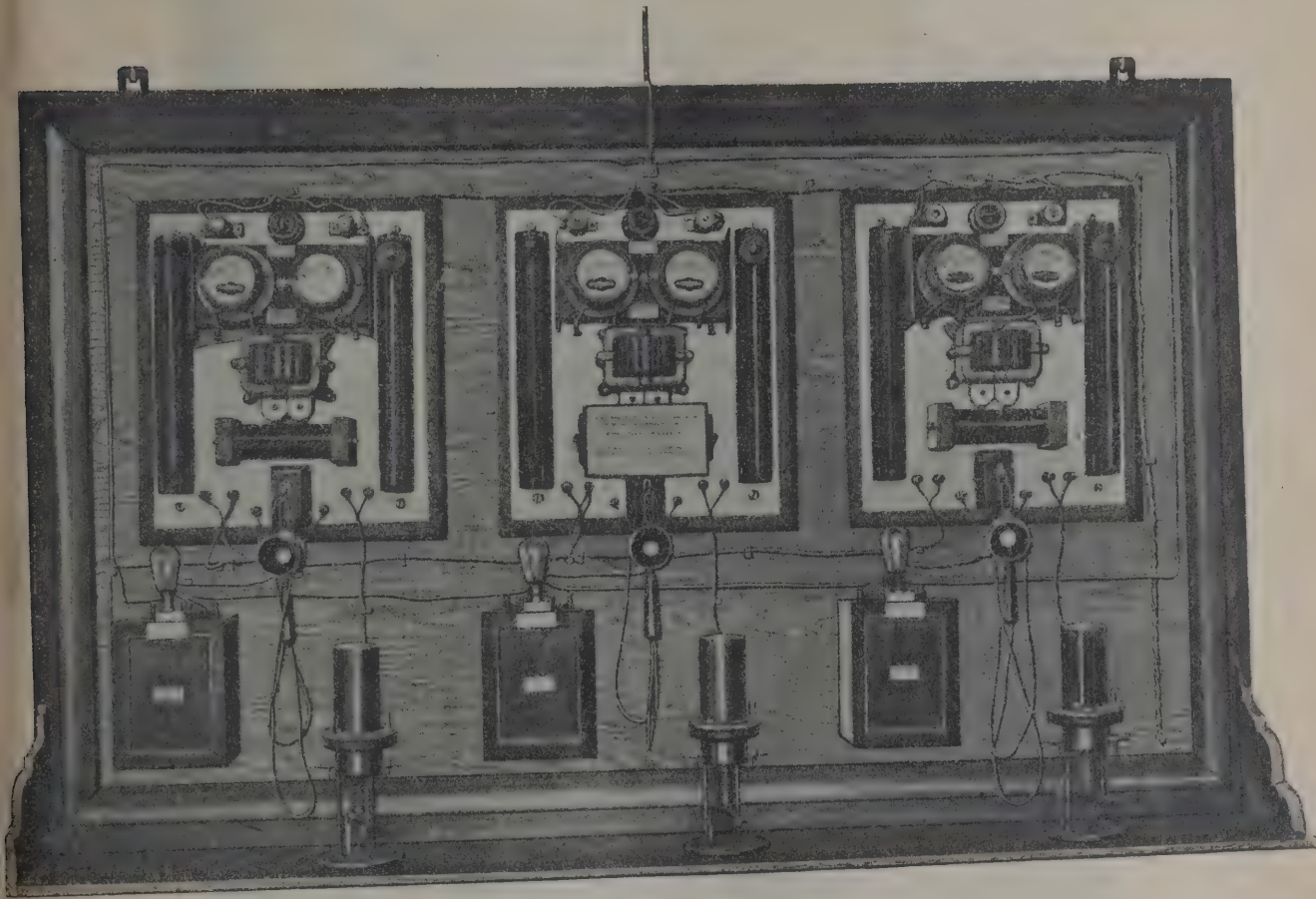
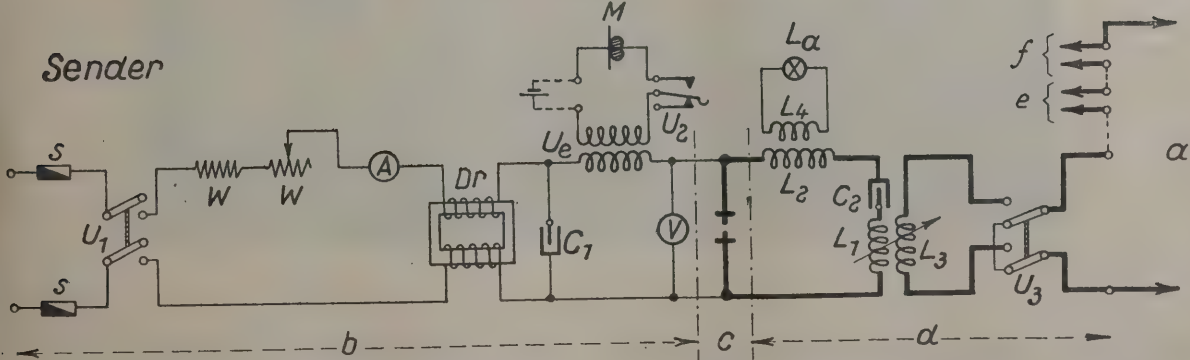


Abb. 2.



Schaltung des Ruhmerschen Senders für Hochfrequenz-Mehrfachfernsprechen auf Leitungen.

- a: Leitung.
- b: Schalttafel.
- c: Poulsenlampe.
- d: Schwingungstreisgehäuse.
- e: 2. Sender.
- f: 3. Sender.

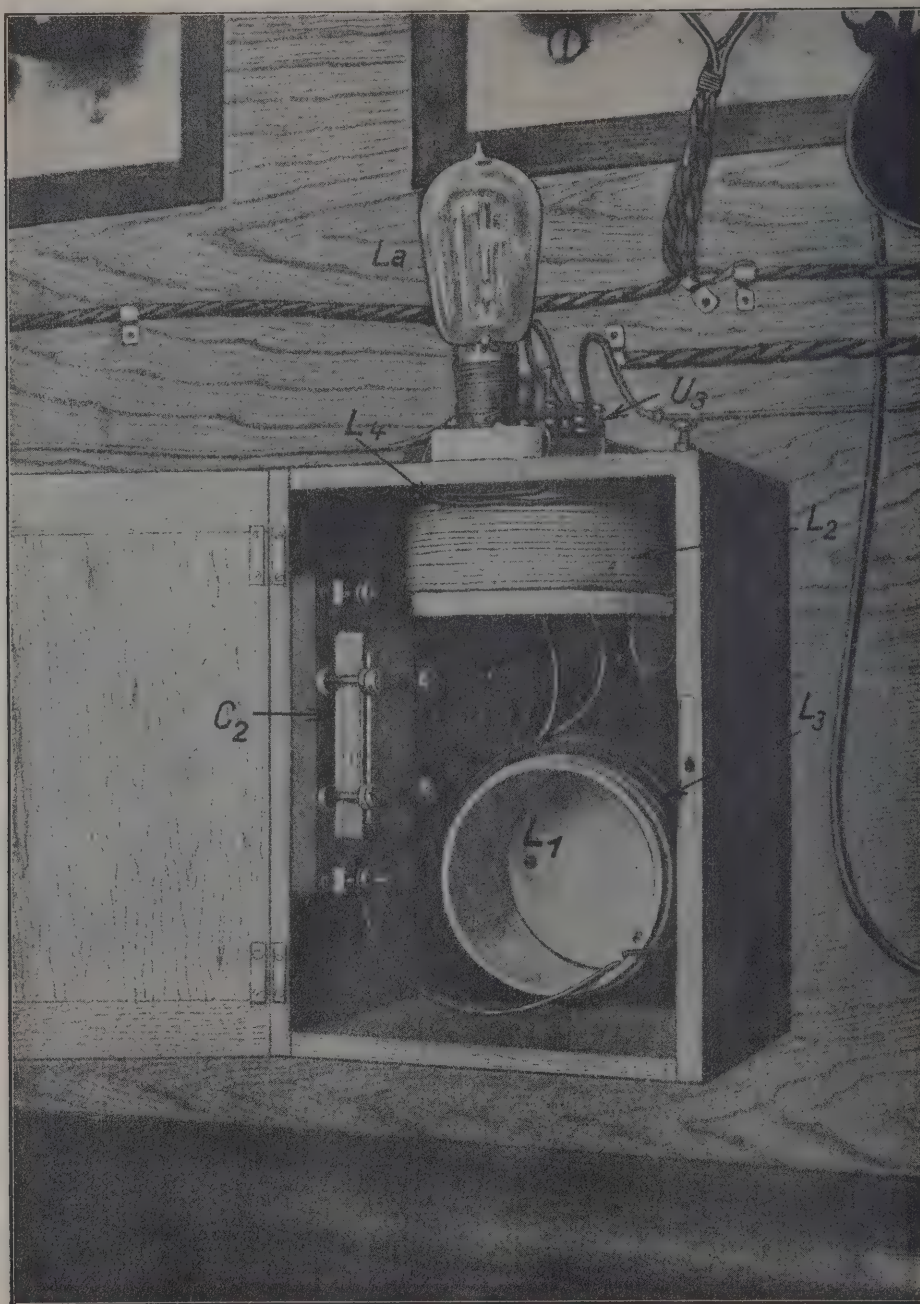
sonnte vor allem das alte Problem der gleichzeitigen Übermittlung mehrerer Ferngespräche über eine Leitung in verhältnismäßig einfacher Weise gelöst werden. Solche Hochfrequenz-Mehrfach-Fernsprechanlagen sind bereits in

zusammen 17 000 km Länge, die Leitungen sind also im Durchschnitt 3,3fach ausgenutzt. Dazu werden binnen kurzem weitere 1 300 km Leitungen mit einer Sprechfreislänge von 4 350 km treten. In den Vereinigten

Staaten von Nordamerika waren 1922 bereits 6 350 km Leitungen mit 18 617 km Sprechfreislänge in Betrieb. Ein zweites ebenso wichtiges Anwendungsgebiet der neuen Technik ist die Hochfrequenztelephonie längs Hochspannungsleitungen; Einrichtungen hierzu sind

mitgearbeitet. Einer der ersten, die den entscheidenden Schritt getan und den Gedanken in die Tat umgesetzt haben, ist der 1912 verstorbene Berliner Physiker Ernst Ruhmer. Ihm sind zugleich auch eine ganze Reihe wichtiger Erkenntnisse und Neuerungen auf diesem Ge-

Abb. 3.



ebenfalls in großer Zahl bereits in Betrieb oder in der Vorbereitung.

Von einem eigentlichen Erfinder der Hochfrequenztelephonie kann man, wie bei vielen anderen technischen Neuerungen, kaum sprechen; zum ersten Male ist der Gedanke, mit Hilfe von hochfrequenten Strömen auf Leitungen zu telephonieren, bereits kurz nach 1890 geäußert worden. An der weiteren Entwicklung hat eine große Anzahl der bedeutendsten Männer der Fernmelde-technik

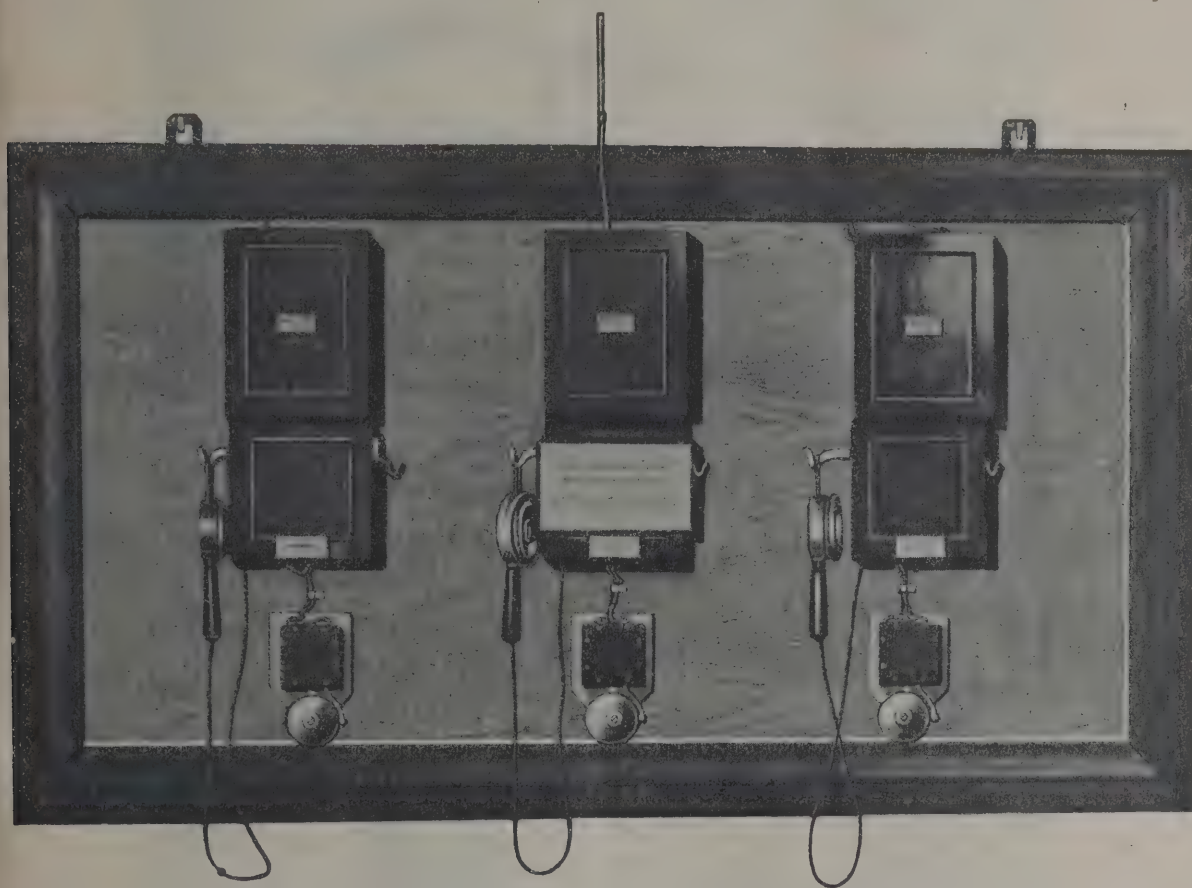
biet zu verdanken. Bereits Anfang 1908 hat Ruhmer eine fünffache Hochfrequenzfernsprechanlage auf einer Leitung laboratoriumsmäßig betrieben. Eine ähnlich, aber betriebsmäßig ausgeführte dreifache Anlage hat Ruhmer dann auf der Weltausstellung in Brüssel 1909 ausgestellt und vorgeführt. Es ist vor kurzem gelungen, diese Anlage für das Reichspostmuseum in Berlin zu erwerben, wo sie jetzt ausgestellt ist. Im Nachstehenden wird eine Beschreibung dieser historischen Anlage gegeben.

Allgemeines.

Die Ruhmersche Einrichtung zeigt in ihrer Arbeitsweise und in der Gliederung der Apparate bereits beachtenswerte grundsätzliche Ähnlichkeit mit einer modernen Anlage für Hochfrequenz-Mehrfach-Weitungs-Telephonie *). Immer verwandte getrennte Sender- und Empfängeranordnungen. Im Sender werden ungedämpfte Schwingungen erzeugt, deren Frequenz im wesentlichen gegeben wird durch einen auf eine bestimmte Betriebswelle abgestimmten Schwingkreis. Die Hochfrequenzschwingungen werden im Takte der Sprache beeinflusst (moduliert) und so auf die Leitung übertragen. Der zu-

tronenröhren, die zur Erzeugung der Hochfrequenzströme und deren Modulation und Demodulation sowie zur Verstärkung der Sprech- und der hochfrequenten Ströme benutzt werden, die auch tatsächlich alle diese Aufgaben in fast idealer Weise lösen und daher das ganze Problem außerordentlich vereinfachen, kannte Ruhmer noch nicht. Zur Erzeugung der Hochfrequenzströme und gleichzeitig zu ihrer Modulation durch die Sprechströme verwandte er die Poulsenlampe, damals das einfachste Mittel zur Hervorbringung schneller ungedämpfter Schwingungen. Die Demodulation nahm er mit Hilfe von Detektoren vor; Verstärker standen ihm noch

Abb. 4.



hörige Empfänger enthält einen auf die gleiche Welle abgestimmten Kreis, so daß er aus der Leitung nur diese Welle aufnimmt. Im Empfänger durchfließt der Hochfrequenzstrom einen Gleichrichter; durch diesen wird die ursprüngliche niederfrequente Sprachschwingung wiedergegeben (Demodulation), die schließlich zum Fernhörer gelangt.

Wenn hiernach die Vorgänge bei dem Ruhmerschen System mit einem heutigen Hochfrequenzsystem für Weitungs-Telephonie in den Hauptpunkten die gleichen sind, so heben sich entsprechend dem verschiedenen Stande der Technik zu den beiden Zeitpunkten, naturgemäß Unterschiede in den Mitteln, mit denen die verschiedenen Wirkungen erzielt werden. Das wichtigste Hilfsmittel der heutigen Hochfrequenztelephonie auf Leitungen, die Elek-

nicht zu Gebote. An Stelle eines weiteren wichtigen Hilfsmittels der jetzigen Hochfrequenzleitungs-Telephonie, der Siebketten, die erst während des Krieges unabhängig voneinander in Deutschland und Amerika entwickelt worden sind, wandte Ruhmer noch die in der drahtlosen Telegraphie üblichen Abstimm- und Kopplungsverfahren an. Er konnte dies ohne Nachteil tun, denn er arbeitete mit Schwingungen in der Größenordnung von 300 000 in der Sekunde, d. h. er brauchte nur verhältnismäßig sehr schmale Frequenzbänder zu übertragen. Erst nach Ruhmer ist der für die Hochfrequenztelephonie auf Leitungen günstigste Frequenzbereich (von etwa 5 000 bis 60 000 Schwingungen in der Sekunde) ermittelt worden.

Die Sender.

Jeder Sender der Anordnung von Ruhmer zerfällt in drei Teile: die Poulsenlampe, ferner eine Marmorschalttafel mit den Zubehörteilen zur Poulsenlampe und dem Mikrophonstromkreis und endlich ein Ma-

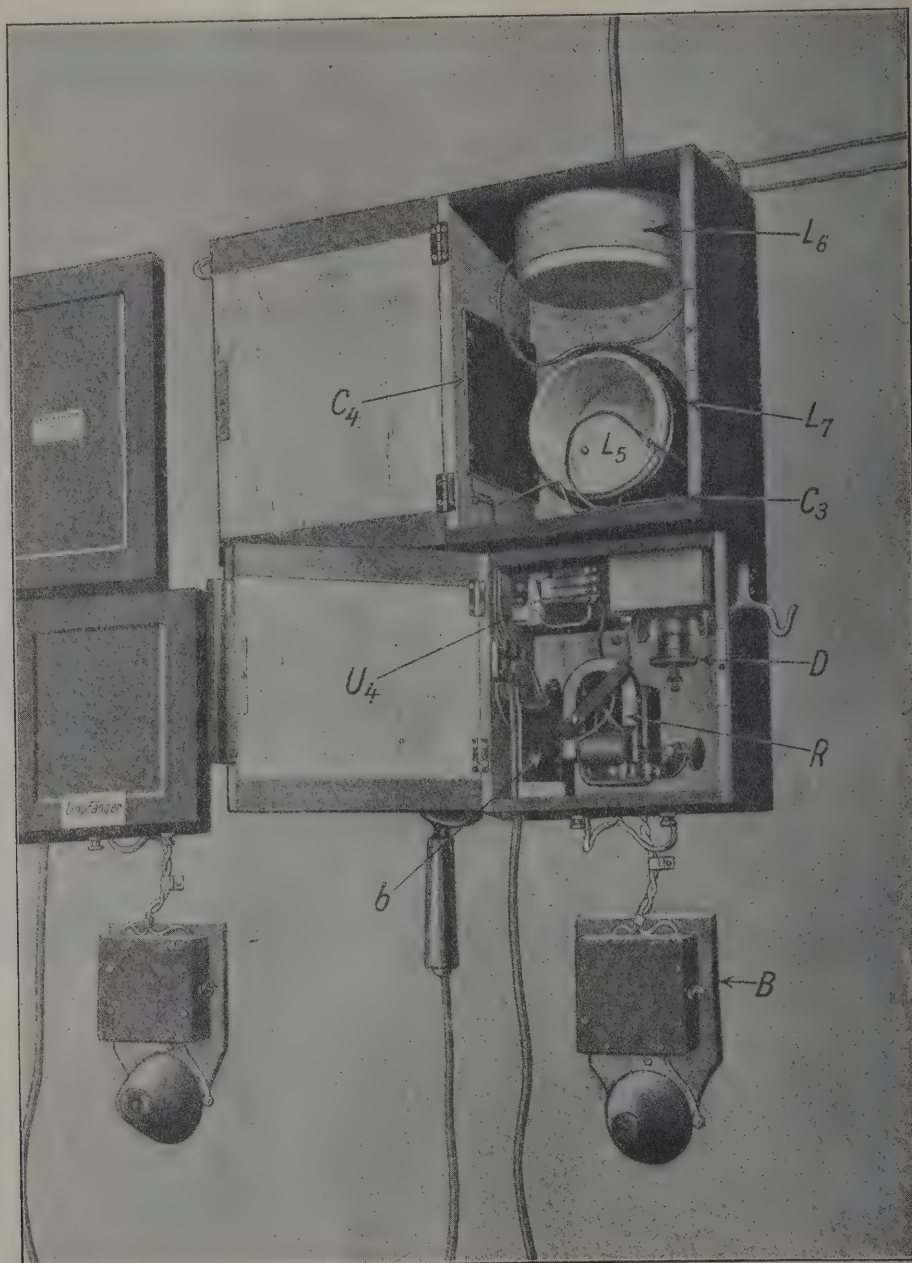
*) Beschreibung deutscher Anlagen s. z. B. R. W. Wagner, ETZ 1919, S. 33, ETZ 1920, S. 36 u. 51, Beschreibung amerikanischer Anlagen s. z. B. Colpitts & Blackwell, Journal of the American Institute of Electrical Engineers 1921, S. 301, 410 u. 517 (Referat darüber von R. Wagner ETZ 1922, S. 2).

hagoniholzgehäuse mit dem Schwingungskreis und der Kopplung. Bild 1 ist eine Photographie der im Reichspostmuseum aufgestellten gesamten dreifachen Ruhmer'schen Sendeanlage, Bild 2 die Schaltung eines einzelnen Senders.

Die Poulsenlampe ist eine Lampe einfachster Bauart für Experimentierzwecke nach Kiebiß. Der Licht-

Auf der Schalttafel sind die Speiseführungen für die Poulsenlampe zuerst gesichert (2 Sicherungen — S — 250 Volt, 10 Amp.) und enthalten dann einen doppelpoligen Ausschalter U_1 . Die Zuführung verläuft weiter über einen festen einen veränderlichen Vorschaltwiderstand W je 16,5 Ohm. In die gleiche Zuführung ist

Abb. 5.



bogen brennt in einer Wasserstoffatmosphäre zwischen einer Kohlen- und einer Kupferelektrode. Letztere wird durch Wasser gekühlt und ist zu diesem Zweck als Boden eines Behälters ausgebildet. Zur Zündung wird die Kohlenelektrode mit einem Hebel an die Kupferelektrode angeedrückt; eine Feder führt sie wieder in die alte Lage zurück. Die Stellung der Kohle muß dem Abbrennen entsprechend mit der Hand durch Drehen eines Stellringes geregelt werden.

Die günstigste Lampenspannung liegt etwa zwischen 40 und 50 Volt, die günstigste Stromstärke zwischen 3 und 5 Amp.

Übertrager U_e (1:1) eingeschaltet, mit dem im Mikrophonstromkreis erzeugten Sprechwechselstrom dem Speisestrom der Poulsenlampe überlagert werden. Die Speiseführungen sämtlicher Lampen laufen parallel am Netz; soll daher kein Mitsprechen zwischen verschiedenen Hochfrequenzsendern eintreten, so für die Sprechwechselströme der Weg zum Netz verri werden. Hierfür sah Ruhmer die Einschaltung kräftigen Eisendrossel D_r in die Speisestromzuführung vor. Um den Sprechströmen im Lampenkreis einen geschlossenen Stromweg zu bieten, ist zwischen beiden Zuführungen der Kondensator C_1 (rd. 5 Mf

ordnet. Zur Einstellung und Überwachung des Lichtstroms in der Poulsenlampe ist in der einen Zuführung ein Strommesser A (0 bis 7 Amp.) und parallel der Lampe ein Spannungsmesser V (0 bis 200 Volt) vorhanden. Um möglichst kräftige Modulation zu erzielen, wird ein Starkstrommikrophon M benutzt; zur Unterbrechung des Mikrophonstromkreises dient ein Hafenumschalter U_2 .

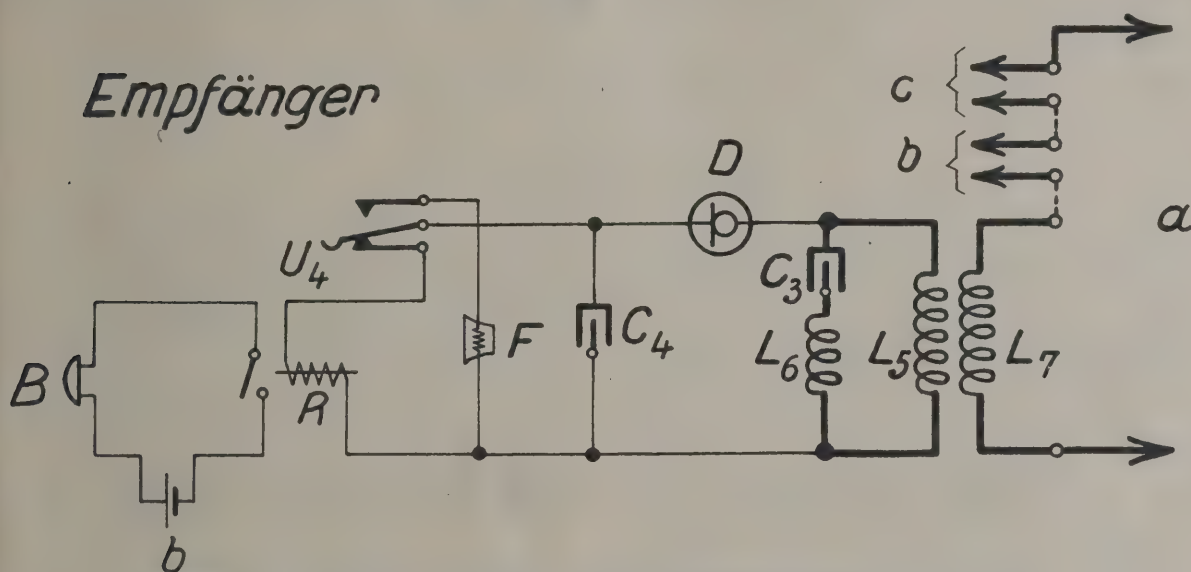
Der Schwingungskreis (Bild 3) enthält eine Kapazität C_2 und zwei feste Zylinderinduktoren L_1 und L_2 . Mit L_1 ist eine weitere Zylinderinduktoren L_3 gekoppelt, die durch einen Umschalter U_3 in die Leitung eingeschaltet werden kann. (In der anderen Stellung von U_3 ist die Leitung glatt durchgeschaltet.) Die Kopplung

Die Empfänger.

Die gesamte Empfangsanlage der dreifachen Ruhmer'schen Hochfrequenzapparatur ist in der Photographie Bild 4 dargestellt; Bild 5 zeigt das Innere eines Empfängers, Bild 6 seine Schaltung.

Die Einrichtungen für jeden Empfänger sind in einem Mahagonikasten untergebracht. Sie umfassen folgende Teile: Einen abgestimmten Kreis, eine Leitungskopplungsinduktoren, einen Detektor, einen Hafenumschalter, einen Fernhörer und eine Anrufeinrichtung. Der abgestimmte Kreis besteht aus zwei Zylinderinduktoren L_5 und L_6 sowie einem festen Kondensator C_3 . Mit L_5 ist die Leitungsinduktoren L_7 gekoppelt; die Leitung durchläuft die Spulen L_7 aller drei Empfänger nacheinander. Ruhmer schreibt

Abb. 6.



Schaltung des Ruhmer'schen Empfängers für Hochfrequenz-Mehrfachfernsprechen auf Leitungen.

a: Leitung. b: 2. Empfänger. c: 3. Empfänger.

zwischen L_1 und L_3 ist dadurch veränderlich gemacht, daß L_3 mehr oder weniger über L_1 geschoben werden kann. Ruhmer wählte am Sender verhältnismäßige Kopplung.

Auf die Spule L_2 ist eine einzelne Windung L_4 aufgebracht, die mit einer Glühbirne in Verbindung steht. Durch diese dauernde gleichmäßige Belastung des Schwingungskreises wollte Ruhmer sowohl Frequenz- als auch Amplitudenschwankungen der von der Poulsenlampe erzeugten Schwingungen nach Möglichkeit ausgleichen. Außerdem sollte die Glühbirne zur Überwachung dienen. Die elektrischen Daten der Spulen und Kondensatoren (in cm) der drei Sendegehäuse sind:

	L_1	L_2	L_3	L_4	C_2
Gespräch 1	4 700	38 500	3 800	430	5 000
" 2					10 000
" 3					15 000

Daraus ergeben sich als Betriebswellenlängen der drei Hochfrequenzverbindungen:

Gespräch 1	rund	920 m
" 2	"	1 300 "
" 3	"	1 600 "

Die drei Sender sind in die Leitung hintereinander geschaltet.

vor, daß die Kopplung zwischen den Spulen L_5 und L_7 äußerst lose sein solle; diese Kopplung ist in derselben Weise veränderlich gemacht wie die Kopplung zwischen den Spulen L_1 und L_3 am Sender.

Als Gleichrichter hat Ruhmer einen Tellur-Bleiglanz-Detektor D verwandt. Die Berührungsstelle zwischen beiden Kristallen und der Druck sind in bekannter Weise durch eine Stellvorrichtung veränderlich gemacht. Der Detektor ist in einer Hartgummikapfel eingeschlossen und kann leicht ausgewechselt werden.

Der Gleichstrom- bzw. der niederfrequente Anteil des Detektorstroms durchfließt bei angehängtem Fernhörer F die Anrufeinrichtung, bei der entgegengesetzten Stellung des Hafenumschalters U_4 den Fernhörer. Der Anrufeinrichtung oder dem Fernhörer ist als Stromweg für die hochfrequenten Anteile des Detektorstromes ein Kondensator C_4 parallel geschaltet. Als Anrufeinrichtung dient ein einfaches 500-ohmiges polarisiertes Relais R (7 700 Windungen) mit verstellbarem Anker und veränderlichem magnetischen Nebenschluß, das beim Ansprechen einen Weckerstromkreis schließt. Der Anruf wird in der Weise bewirkt, daß am zugehörigen Sender durch Umlagen des Schalters U_3 die Kopplungsspule L_3 in die Leitung eingeschaltet und dadurch Hochfrequenzstrom in die Leitung entsandt wird. Der Wecker B

am Empfänger wird dadurch so lange betätigt, bis der Fernhörer abgenommen wird.

Die Spulen L_5 , L_6 und L_7 sowie die Kondensatoren C_3 in den Empfängern entsprechen in ihrer Bauart, in den Abmessungen und in ihren elektrischen Größen vollkommen den Spulen L_1 , L_2 und L_3 sowie den Kondensatoren C_2 in den zugehörigen Sendern, so daß ohne weiteres Abstimmung gegeben ist. Die Kondensatoren C_4 der drei Empfänger haben übereinstimmend eine Kapazität von 0,1 Mf.

Für die Hochfrequenzstromkreise ist in den Sendern und Empfängern Litendraht von rund 1 qmm Kupferquerschnitt verwendet worden.

Probetrieb mit der Ruhmer'schen Anlage.

Die Anlage ist vor ihrem Einbau im Reichspostmuseum probeweise in Betrieb gesetzt worden. Wie in

Anbetracht der unvollkommenen Mittel nicht verwunderlich, war das Ergebnis im Vergleich zu dem mit einer heutigen Anlage Erreichbaren nicht sehr günstig, da konnte tatsächlich eine leidliche dreifache Verstärkung erzielt werden. Die Lautstärke war trotz geringer Verdampfung schwach und durch die Geräusche der Röhrenlampen und geringes Übersprechen beeinträchtigt. Die Anrufeinrichtung arbeitete wenig zuverlässig. Neben der Tatsache jedoch, daß es sich um eine Versuchsanlage einer neuen Technik handelt, ist noch zu bedenken, daß die Apparate viele Jahre hindurch ohne zweckmäßige Verpackung gelegen und dadurch gelitten haben. Insbesondere die Kondensatoren haben fast anscheinend stark geändert; durch Neuabstimmung der Kreise mit Drehkondensatoren konnte die Lautstärke wesentlich erhöht, dadurch die Verstärkung merklich gebessert und das Mitsprechen verringert werden.

Aus dem Beamtenrecht.

§ 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 begründet keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Der Rechtsweg ist unzulässig.

Zwei Postsekretäre waren nach Ablegung der Verwaltungsprüfung im Juni und Juli 1921 am 1. Januar und 1. Februar 1922 zu Obersekretären befördert worden. Wären sie bei Kriegsausbruch nicht zum Heeresdienst eingezogen worden, so würden sie sich der Prüfung schon im Jahre 1917 haben unterziehen können und jedenfalls am 1. April 1920 in Obersekretärstellen eingerückt sein. Sie fordernten vom Reiche im Klageweg Zahlung des Gehalts mit Zinsen, das sie in Befoldungsgruppe VII in der Zeit vom 1. April 1920 bis zum Tage der Beförderung bezogen haben würden. Sie stützten sich dabei auf die Bestimmungen im § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874.

Das Landgericht in S. verwarf durch Zwischenurteil die vom Reiche erhobene Einrede der Unzulässigkeit des Rechtswegs, wies jedoch die Klage ab. Das Oberlandesgericht hob das Zwischenurteil auf und erkannte auf Abweisung der Klage wegen Unzulässigkeit des Rechtswegs. Die Berufung der Kläger gegen das Endurteil des Landgerichts wurde zurückgewiesen. Das Reichsgericht versagte der Revision durch Urteil vom 4. April 1924 den Erfolg (III. 380/1923). Aus den Entscheidungsgründen:

Die Kläger gehen bei der Begründung der von ihnen erhobenen Gehaltsansprüche davon aus, daß sie ohne die Einziehung zum Heeresdienst nach dem regelmäßigen Verlauf der Dinge schon im Jahre 1917 die Verwaltungsprüfung abgelegt haben würden und am 1. April 1920 zu Obersekretären ernannt sein würden. Sie glauben deshalb, daß ihnen auf Grund von § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes ein Anspruch darauf zugestanden habe, schon an dem von ihnen bezeichneten Tage zu Obersekretären — vorbehaltlich der binnen einer bestimmten Zeit nachzuholenden Prüfung — befördert zu werden und in den Genuß der Dienstbezüge dieser Beamtenklasse einzutreten. Wie jedoch der erkennende Senat schon wiederholt ausgesprochen hat, folgt aus der Amterhoheit des Staates, daß die Verleihung eines bestimm-

ten Amtes und die Bestimmung des Zeitpunktes der Verleihung lediglich Sache der Anstellungsbehörde sind. Die Anerkennung eines Rechtsanspruchs des Beamten auf Beförderung, sei es im allgemeinen oder zu einer bestimmten Zeit, ist damit unvereinbar. Wenn daher § 66 Abs. 1 des Reichsmilitärgesetzes bestimmt, daß den Beamten durch ihre Berufung zum Militärdienst in ihren bürgerlichen Dienstverhältnissen keine Nachteile entstehen sollen, und wenn ihn Abs. 2 insbesondere ihre Anciennität und die damit verbundenen Ansprüche wahrt, so kann dies nur mit der Beförderung verstanden werden, welche sich aus jener hoheitsrechtlichen Entschlußfreiheit des Staates ergibt. Diese ist durch die Vorschrift nicht angetastet worden. Konnten aber die Kläger aus dem § 66 keinen Rechtsanspruch darauf ableiten, daß sie zum 1. April 1920 befördert wurden, so entfällt damit auch die Klagbarkeit der auf dieses vermeintliche Recht gestützten Gehaltsansprüche. Ebenso wenig hat der Artikel 1 Abs. 1 Satz 4 der Reichsverfassung für vermögensrechtliche Ansprüche der Beamten, die auf eine derartige Grundlage gestellt werden, den Rechtsweg eröffnet. Der Grundsatz, daß es einen Anspruch auf die Verleihung einer Beamtenstelle nicht gibt, ist auch durch diese Bestimmung unberührt geblieben.

Nicht minder behauptet er seine Geltung gegenüber dem Artikel 131 Abs. 1 Satz 3 der Reichsverfassung. Infolgedessen muß auch der Versuch der Kläger erfolglos bleiben, ihren Ansprüchen die gerichtliche Verfolgbarkeit durch die weitestgehende Begründung zu sichern, daß die unterbliebene Beförderung zum 1. April 1920 auf einer Amtspflichtverletzung der Beamten der Anstellungsbehörde beruhe.

Das Oberlandesgericht hat daher auf die Berufung der Beklagten das landgerichtliche Zwischenurteil mit Recht aufgehoben und die Klage wegen Unzulässigkeit des Rechtswegs abgewiesen. Damit ist dem vom Landgericht auf Grund von § 275 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung erlassenen Urteil der Hauptsache die Unterlage entzogen, es ist hinfällig und die Berufung der Kläger gegen diese Entscheidung ist gegenstandslos, so daß für die vom Berufungsgericht ausgesprochene Zurückweisung dieses Rechtsmittels kein Raum mehr blieb.

Aus dem Verwaltungsrecht.

Der Kraftpostbetrieb unterliegt nicht der Zuweisung an die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften.

Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 1. November 1923
I B 38/23.

Das Versicherungsamt der Stadt Potsdam hatte den Kraftpostbetrieb der Oberpostdirektion Potsdam der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft in Berlin zugewiesen mit der Begründung, daß die Beförderung von Personen mit Kraftwagen gegen Entgelt ein gewerbsmäßiges Unternehmen darstelle. Als Nebenbetrieb der Reichspostverwaltung könne der Personenbeförderungsbetrieb nicht angesehen werden. Das Reich sei gemäß § 624, 627 der Reichsversicherungsordnung (RVO) nur dann Träger der Versicherung bei Beförderungsbetrieben mittels Fuhrwerks oder Kraftwagen, wenn es sich um nichtgewerbsmäßige Betriebe handle.

Die Oberpostdirektion Potsdam erhob gegen die Zuweisung Beschwerde beim Oberversicherungsamt in Potsdam, in der sie vortrug, daß eine Gewerbsmäßigkeit des Kraftpostbetriebs im Sinne der RVO nicht vorliege. Dieser Dienstzweig sei vielmehr wie jede andere Postdiensttätigkeit ein Ausfluß des staatsrechtlichen Hoheitsrechts. Ganz unzweifelhaft sei dies auch durch Aufführung des Kraftpostbetriebs als Postdienstzweig im § 51 I der Postordnung vom 22. März 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1609) deutlich klar gestellt. Die Ansicht der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, daß nach § 624 RVO zwischen gewerbsmäßigen und nichtgewerbsmäßigen Postdienstzweigen zu unterscheiden sei, sei abwegig. Der Betrieb der Reichspostverwaltung sei ein durchaus einheitlicher. Das Reich sei Träger der Versicherung für jeden einzigen Postbetriebszweig, mithin auch für den Kraftpostbetrieb.

Das Oberversicherungsamt Potsdam gab der Beschwerde der Oberpostdirektion statt und hob die Verfügung des Versicherungsamts Potsdam auf. Die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft Berlin hob gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamts weitere Beschwerde beim Reichsversicherungsamt.

Das Reichsversicherungsamt, Abteilung für Unfallversicherung, wies in seinem Beschluß vom 1. November 1923 die weitere Beschwerde zurück. Aus den Gründen:

Der angefochtenen Entscheidung war im Ergebnis beizutreten. Dahingestellt bleiben kann es, ob der Beförderungsbetrieb — insbesondere auch der Personenbeförderungsbetrieb der Post, die allerdings nach dem Gesetz (§§ 452, 663 des Handelsgesetzbuchs) hinsichtlich ihres Güterbeförderungsbetriebs nicht als Kaufmann gilt, und deren gesamter Betrieb nicht der Gewerbeordnung untersteht (zu vgl. die Gründe der Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen Band 73 S. 270) — als »gewerbsmäßig« im versicherungsrechtlichen Sinne (§ 537 Abs. 1 Nr. 7 der Reichsversicherungsordnung) anzusehen ist (zu vgl. Laband, Staatsrecht des Deutschen Reichs 3. Band 4. Aufl. S. 48 § 73 II). Denn nach § 537 Abs. 1 Nr. 5, § 624 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung, beide Vorschriften jetzt in der Fassung des § 2 der Verordnung vom 25. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. S. 1093), unterliegt der gesamte Betrieb der Post- und Telegraphenverwaltung als ein einheitlicher Betrieb der Unfallversicherung und ist das Reich schlechthin Träger dieser Versicherung, ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb als ganzer oder ob einer seiner Zweige als »gewerbsmäßig« gelten kann. Fehl geht die Ansicht der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, die Aufgaben der Postverwaltung seien rechtlich begrenzt auf die Beförderung von Poststücken, während die Beförderung von Personen nicht zum »eigentlichen« Postbetrieb gehöre. Dabei kann unerörtert bleiben, ob nicht die Postverwaltung maßgebend bestimmen darf, welche Betriebe zum Postwesen gehören sollen (zu vgl. Aschenborn »das Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reichs« S. 7 und 74), ob der Begriff der Postverwaltung sich nicht wenigstens auf die Betriebszweige erstreckt, die zur Zeit des Erlasses der Reichs-

versicherungsordnung von der Post tatsächlich als zum Gebiet ihrer Verwaltung gehörig behandelt wurden, und ob endlich, selbst wenn die Meinung der Berufsgenossenschaft zuträfe, nicht zwischen dem »eigentlichen« und »uneigentlichen« Betrieb, namentlich einerseits zwischen der Verwaltung der Personenkraftwagen und der anderen Postkraftwagen sowie andererseits zwischen der Brief-, Güter- und Personenbeförderung auf denselben Kraftwagen ein so inniger Zusammenhang bestünde, daß die Personenbeförderung durch Postkraftwagen als Nebenbetrieb der Postverwaltung ihrer Versicherung zu folgen hätte. Denn jene Auffassung der Berufsgenossenschaft ist geschichtlich und rechtlich nicht haltbar. Zwar haben die einzelnen Zweige der Postverwaltung zu verschiedenen Zeiten verschiedenen Umfang und verschiedene Bedeutung im Verhältnis zueinander gehabt. Die Personenbeförderung hat aber von Anfang an als wesentlicher Zweig des Postwesens gegolten und auch nicht aufgehört, dahin gerechnet zu werden. Ursprünglich Postregal, ja sogar mit dem Postzwang ausgestattet, ist sie zwar im Laufe der Zeit, namentlich seit dem Aufkommen und der Ausbreitung der Eisenbahnen, an Bedeutung zurückgetreten, aber immer von der Post als Teil ihrer Verwaltung betrachtet und behandelt worden. Dies gilt auch für die Zeit nach dem norddeutschen Postgesetz vom 2. November 1867 (Bundesgesetzbl. S. 61) und namentlich nach dem Reichspostgesetz vom 28. Oktober 1871 (Reichsgesetzbl. S. 347), durch das für die Personenbeförderung die letzten Reste des staatlichen Postregals und des Postzwangs beseitigt wurden. Im staatsrechtlichen Schrifttum herrscht Einmütigkeit darüber, daß zum »Postwesen« im Sinne des Artikels 4 Nr. 10 und Artikel 40 der Verfassung des Norddeutschen Bundes und der Reichsverfassung vom 16. April 1871, dem die Artikel 6 Nr. 7 und Artikel 88 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 entsprechen, auch die Beförderung von Personen gehört (zu vgl. Arndt, Verfassung des Deutschen Reichs, 3. Aufl. 1907, S. 271, derselbe, Staatsrecht 1901, S. 168, Seidel, Kommentar zur Verfassungsurkunde, Bd. II 1899, S. 91, Laband, Staatsrecht des Deutschen Reichs, 3. Band 4. Aufl. S. 54 § 73 III, Niggel, das Postrecht S. 1 Anmerkung 1). Wie auch nach Beseitigung von Postregal und Postzwang für die Personenbeförderung diese noch zu den regelrechten Aufgaben der Post gehört, ist ferner daraus zu ersehen, daß auch das Postgesetz vom 28. Oktober 1871, das erst die volle Gewerbefreiheit für die Personenbeförderung eingeführt hat und, mit hier nicht in Frage kommenden Abänderungen, noch jetzt gilt, in den §§ 11 und 16 Bestimmungen über die Personenbeförderung enthält, und daß die Personenbeförderung namentlich durch sämtliche auf Grund des § 50 jenes Gesetzes erlassenen Postordnungen in einer den jeweiligen Verhältnissen entsprechenden Weise näher geregelt ist, so durch § 51 der zur Zeit geltenden Postordnung vom 22. Dezember 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1609). Die Personenbeförderung gehört also wesentlich zum Postwesen und zu den eigentlichen Aufgaben der Postverwaltung. Dabei ist der Umstand, ob die Post von ihrer Befugnis zur Personenbeförderung unmittelbar Gebrauch macht oder, was lange Zeit fast ausschließlich geschehen ist, mittelbar durch Posthaltereien, zwar für die versicherungsrechtliche Behandlung insofern von Bedeutung, als die nicht von der Post unmittelbar betriebenen Posthaltereien versicherungsrechtlich nicht zugehörnde Betriebe der Postverwaltung und daher als gewerbsmäßige Fuhrwerksbetriebe bei der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft versichert sind (zu vgl. Handbuch der Unfallversicherung 3. Aufl. Bd. I S. 139, Anmerkung 93 zu § 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes); für die Frage indessen, ob ein Betriebszweig seinem Wesen nach zum »Postwesen« im Sinne der Verfassung und zur »Postverwaltung« im Sinne der Reichsversicherungsordnung gehört, ist die Art ihrer jeweiligen Durchführung ohne Bedeutung. Soweit, wie bei den hier streitigen Kraftwagenposten das Reich diesen Zweig des Post-

wesens in eigener Verwaltung betreibt, muß es daher nach dem Gesetz auch selbst Versicherungsträger sein.

Die von der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft zur Stützung ihrer Ansicht angeführte Tatsache der Zuweisung einzelner — nicht aller — Kraftverkehrsämter zur Versicherung bei ihr berührt den hier entscheidenden Gesichtspunkt nicht; denn bei diesen handelt es sich nicht um Betriebe der Postverwaltung, für sie kommen daher nicht die besonderen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, sondern die allgemeinen Vorschriften über gewerbmäßige Fuhrwerksbetriebe in Betracht. Die Ausführungen der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, ihr Bestand werde durch das Eingehen zahlreicher Posthaltereien erheblich gemindert und ihr müßten daher die an die Stelle der Posthaltereien tretenden Kraftwagenposten zugewiesen werden, können gegenüber dem klaren Wortlaut und Sinn des Gesetzes zu keiner anderen Entscheidung führen. Für die Beanspruchung der Personenposten beruft sich die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft auch unzutreffenderweise auf die Entschei-

bung 2718 (Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1914 S. 577). Danach soll allerdings in bestimmten Fällen bei der Entscheidung über die berufsgenossenschaftliche Zugehörigkeit von Betrieben auch auf die Sicherung des Bestandes der betroffenen Berufsgenossenschaften Rücksicht genommen werden. Es handelt sich aber in diesen Fällen lediglich um die Anwendung des § 542 der Reichsversicherungsordnung, wonach der Unternehmer verschiedenartiger, nicht über einen gewissen Umfang hinausgehender Betriebe auch beim Fehlen eines inneren Zusammenhangs zwischen ihnen behufs Vereinfachung die an sich den grundsätzlichen gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechende Zuweisung an eine einzige Berufsgenossenschaft verlangen kann. Ein solcher Ausnahmefall liegt aber hier nicht vor. Daher kann über die Betriebszugehörigkeit nicht nach freiem Ermessen, sondern lediglich nach den gesetzlichen Vorschriften entschieden werden.

Der weiteren Beschwerde der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft war daher der Erfolg zu versagen.

Kleine Mitteilungen.

Ein Briefträger mit einem Bestellgang von 380 Kilometer. Daß »Stephans Jünger« auf ihren Bestellgängen Strecken von 100 Kilometer und mehr zurückzulegen haben, gehört in — China gewiß nicht zu den Seltenheiten. Daß jedoch in einem europäischen Kulturland ein Briefträger auf einem einzigen Bestellgang 380 Kilometer zurückzulegen hat, dürfte doch einzig in seiner Art dastehen. Diesen Weg aber hat der Postbote zu gehen, dem die Postbestellung auf dem schwedischen Postamt Murjek (Lappland) obliegt, und der die 190 Kilometer lange Strecke bis Awdjock in drei Tagen zurücklegt. Jeden Mittwoch nachmittags 2:45 Uhr macht er sich auf den Weg, langt am Sonnabend abends gegen 7 Uhr an seinem Bestimmungsort an, den er am darauffolgenden Mittwoch wieder verläßt, um am Sonnabend wieder »daheim« zu sein. Besonders beschwerlich ist die lange Tour in den Wintermonaten, oft bei 30 bis 40 Grad Kälte, wenn die Pfade — von gebahnten Wegen ist keine Rede — meterhoch verschneit sind. Dabei stehen aber seine Leistungen keineswegs vereinzelt da. Ja, der Briefträger der nördlichsten Poststation Schwedens, Karesnando, der die Post bis nach Kurmarnopno an der norwegischen Grenze auszutragen hat, dürfte sogar einen weit anstrengenderen Dienst haben, obwohl sein Bestellgang hin und zurück »nur« 216 Kilometer mißt, die er in jeder Woche einmal zurücklegt. Denn ihm stehen nicht einmal Saumpfade zur Verfügung, er muß vielmehr, wie die schwedische Postverwaltung in ihrer Festschrift zum letzten Weltpostkongreß in Stockholm so treffend sagt, sehen, wie er am besten vorwärts kommt. Vom Montagmorgen bis Sonnabendabend ist er unterwegs mit einem Aufenthalt von nur zwölf Stunden am Bestimmungsort. Ähnliche Riesentouren haben aber in Schweden hunderte von Briefträgern auf ihren Bestellgängen zurückzulegen, da es im nördlichen Teile dieses Landes wohl weit über 1000 Postanstalten gibt, die nicht mit einer Eisenbahnstation in direkter Verbindung stehen (D. Verf.-Ztg. 1924, Nr. 31).

Frauenhaare als Nebelsignal. Einen zuverlässigen selbsttätigen Nebelsignalapparat hat laut »Chemiker-Zeitung« F. C. Hingsburg am amerikanischen Leuchtfeueramt erfunden. Der Apparat ist

ein akustisches Gegenstück zum Sonnenventil des Schweden G. Dalén. Anstatt, wie dieser, Metallstäbe, die sich bei An- oder bei Abwesenheit der Sonne verlängern oder verkürzen und so das Leuchtfeuer anzünden oder löschen, verwendet Hingsburg Frauenhaare, die sich bei feuchter Luft verlängern und bei trockener Luft wieder zusammenziehen. Das Nebelventil besteht aus 1 über eine Holzscheibe gespannten, etwa 42 cm langen Haarsträhnen von chinesischen Haarzöpfen, die eine ovalen Durchschnitt haben und sehr zähe sind. An jedem Ende stehen die Haarsträhnen mit empfindlichen Federn und diese wieder mit Stangen und Ventilen in Verbindung. Bei genügender Luftfeuchtigkeit öffnet der Haarstrang ein Ventil, und die Sirene entsetzt ihr Geheul, solange der Nebel herrscht. Eine Stunde nach dem Aufhören des Nebels ist der Strang trocken und das Ventil geschlossen (Chemiker-Zeitung 1924, Nr. 3 S. 167).

Ein Kreistelegramm rund um den Erdball. Ein glänzendes Schaustück des Welttelegraphieverkehrs konnte sich die englische Telegraphenverwaltung bei der Eröffnung der britischen Reichsausstellung in Wembley durch den König von England am 23. April dieses Jahres leisten. Es war ausgemacht worden, daß der König unmittelbar nach der Eröffnung ein selbst verfaßtes Telegramm zur Benachrichtigung aller englischen Besitztümer und Kolonien aufslieferte, das mit größtmöglicher Geschwindigkeit um den Erdball herum durch das britische Reich bis zu seinem Ausgangspunkt zurückzulaufen hätte.

Zu diesem Zwecke war eine unmittelbare Leitung von der Festhalle der Ausstellung nach dem Nebelzimmer des Haupttelegraphenamts in London hergestellt worden, wo eine weitere Leitung zur Eastern und Associated Kabelgesellschaft bereitstand. Das Kreistelegramm des Königs sollte den Weg um die Erde von Westen nach Osten nehmen und hatte daher folgende Strecken zu durchlaufen.

Ausstellung Wembley-Haupttelegraphenamt London-Halifax, Nova-Scotia-Montreal-Banfield, Vancouver-Fanning-Insel-Fiji-Australien, Neuseeland-Sydney. Dort enden die Linien der »Pacific Cable Board«, und das Telegramm mußte nun telephonisch durch Sydney

in Endamt der Eastern Kabelgesellschaft übermitteln werden, von wo es auf dem Rückweg nach England verschiedene Linien gleichzeitig zu durchlaufen hatte. Es behrte die Cocos-Inseln, Rodriguez, Durban, Kapstadt, t. Helena, Ascension, St. Vincent, Madeira und lief zu gleicher Zeit von Sydney über Singapore, Madras, Bombay, Aden, Suez, Alexandria, Malta und Gibraltar, so es fast im selben Augenblick auf drei Wegen beim Haupttelegraphenamt in London wieder eintraf, um sofort nach Wembley weitergegeben zu werden. Die Telegraphenbeamten auf dem Ausstellungs-Telegraphenamt lebten so das eigenartige Schauspiel, daß sie in unmittelbarer Folge ein Telegramm auf einem Apparat abgeben und auf dem daneben stehenden Empfangsapparat nach einer Reise um die Welt wieder ankommen sehen. Der Zeitraum dazwischen — also die gesamte Beförderungsdauer auf diesem Wege — betrug nur 80 Sekunden. Sogleich nach dem Eingang wurde das Telegramm säuberlich in Ankunftsausfertigung niederschrieben und zusammen mit einer Kartenskizze über den durchlaufenen Weg dem König überreicht, der seine volle Zufriedenheit über dieses Meisterstück von Geschwindigkeit äußerte. Die Übermittlung umfaßte 17 Umlegaphierungen und geschah fast ausschließlich auf Heatsoneapparaten. Der Inhalt des Telegramms betrug 14 Wörter und lautete (übersetzt): »Ich habe in diesem Augenblick die britische Weltreichsausstellung eröffnet — Georg, R. u. I.« (Verkehrsnachr. für Post u. Tel. 1924, Nr. 13).

Hörerkissen (Belinde). Auf dem Markte erscheinen neuerdings sogenannte Hörerkissen aus Schwammgummi, die einerseits das Ohr vor Druck schützen und andererseits störende Nebengeräusche abhalten. Eingehende Versuche haben ergeben, daß die Lautübertragung durch die Verwendung solcher Kissen beeinträchtigt wird, und zwar beträgt die Schwächung $\alpha = 0,6$, was der Dämpfung einer Abonnentenleitung von 0,8 mm Querschnitt und 7,5 km Länge entspricht. Es ist klar, daß heute, wo die Entfernungen im internationalen Fernspreckverkehr immer größer werden, alles vermieden werden muß, was die Lautwirkung

irgendwie verringern könnte. Die Gesuche um Zulassung der Hörerkissen sind denn auch in der Schweiz abgewiesen worden (Technische Mitteilungen der schweizerischen Telegraphen- und Telephon-Verwaltung Nr. 4, II. Jahrgang 1924).

Funktelegraphische Gedankenübertragung. In Chicago haben drei hervorragende Psychologen die Ätherwellen zu einem Versuch der Gedankenübertragung benutzt. Professor Gault von der North-Western-Universität, Professor Gardner Murphy von der Universität Columbia und Professor English vom Antioch-College ist es, wie die von verschiedenen Personen eingegangenen Antworten bestätigen, gelungen, ihre Gedanken auf dem Funkweg in die viele Meilen entfernten Gehirne zu senden. Professor Gaults Versuch bewegte sich in der Richtung, daß er an eine Zahl dachte und die Hörer aufforderte, für drei Minuten stillzusitzen, während welcher Zeit jede Person auf ein Stück Papier die Zahl aufschreiben sollte, die ihr einfiel. Mehrere andere Dreiminutenversuche folgten, bei denen der Professor ankündigte, daß er an ein wildes Tier, an bestimmte Zeilen aus Gedichten, an ein Nahrungsmittel usw. gedacht habe. Nach den Tausenden von Antworten sind die Versuche im allgemeinen, wenn auch unvollständig, so doch als befriedigend zu betrachten. Nach Professor Gaults Meinung ist so viel geheimnisvolle Kraft in den Ätherwellen verborgen, daß sich jetzt für alle Funkfreunde ein weites Versuchsfeld und ungeahnte Möglichkeiten erschließen. Zur Zeit werden die Möglichkeiten des Hypnotismus auf dem Funkweg erörtert. Von ganz besonderem Werte würden diese Versuche sein, wenn es erst gelungen sein sollte, daß der Hypnotiseur und der Hypnotisierte sich gegenseitig sehen können, was, wie man glaubt, innerhalb weniger Jahre erreicht sein wird. Da die Rundfunksender in den Vereinigten Staaten jetzt durch andere Darbietungen derart in Anspruch genommen sind, daß sie zögern, die bestehenden Programme zu erweitern, so werden jetzt für die Zwecke derartiger Versuche Gelder aufgebracht, die zur Errichtung einer Sonderfunkstelle dienen sollen (Der Funkverkehr, Beil. der Verkehrsnachr. für Post u. Tel. 1924, Nr. 9).

Schriftwerke.

Bayerns Postwertzeichen 1849 — 1920, von Johann Brunner. 95 Seiten und 32 Tafeln mit rund 300 Abbildungen von Postwertzeichen und Entwürfen. Preis für Glanzleinenband 12 M. Bayerland-Verlag G. m. b. H., München.

Mit dem Übergang der bayerischen Postverwaltung auf das Reich zum 1. April 1920 schied Bayern aus der Reihe der Staaten aus, die selbständig Postwertzeichen ausgeben. Damit ist gewissermaßen ein Kapitel der Geschichte der Postwertzeichen abgeschlossen worden. Bayern war der erste der deutschen Staaten, von dem Marken zur Freimachung von Briefen — im Jahre 1849 — ausgegeben worden sind. Das ist immerhin beachtenswert; denn die Einführung der ersten Briefmarken überhaupt war in England nach mancherlei Schwierigkeiten im Jahre 1840 erfolgt, also nur 9 Jahre vor der Herausgabe von Marken in Bayern.

Im vorliegenden Buche werden in anschaulicher Form sämtliche bayerischen Postwertzeichen — im ganzen 268 verschiedene Marken und 110 Ganzsachen — sowie viele der Öffentlichkeit bisher nicht bekannte Entwürfe und Probedrucke in Wort und Bild behandelt. Auf den Textteil folgt eine Zusammenstellung der Wertzeichen sowie eine Übersicht der innerbayerischen Freigebühren für Briefe und Postkarten von 1849 bis 1920. Besonderen Anklang werden die in recht gelungener Weise auf besonderen Tafeln wiedergegebenen rund 300 Wertzeichen finden, zumal sie in natürlichen Farben gedruckt sind. Auch die sonstige Ausstattung des Buches — feines holzfreies Papier und ansprechender Einband — kann das Buch, nicht nur bei den Briefmarkensammlern, auf das Beste empfehlen. Wegen amtlicher Bestellungen bei der Bucherei des Reichspostministeriums Abteilung VI in München vgl. Amtsblatt des RPfM 1924, S. 449.

Nachweis

von Aufsätzen und Mitteilungen über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums.
(April bis Juni 1924)

A. Liste der Zeitschriften.

Enthalten im Archiv 1924, S. 25 und 72.

Nachträge:

- 24a. Funk. Die Wochenschrift des Funkwesens. Berlin.
- 40a. Preussisches Besoldungsblatt. Berlin.
- 41a. Reichsbefoldungsblatt. Berlin.
- 48a. Telefunken-Rundschau. Berlin.

B. Nachweis der Aufsätze usw.¹⁾

I. Gemeinsame Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens.

- Allgemeines. Das Achtstunden-Übereinkommen (internationales Übereinkommen, betr. den Achtstundentag und die 48 Stunden-Woche in gewerblichen Betrieben) 11. 151.
- Die Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung der Handels- und Verkehrsgewerbe und speziell des Schiffahrtsgewerbes in Europa und Amerika im Jahre 1923, von Göhring 27. 579. 609.
 - Arbeitszeitsfrage, zur . . . , von Göhring 27. 687.
 - Beiträge zur Frage der Psychotechnik und Arbeitswissenschaft 50. 182.
 - Betriebserfindung — Dienstserfindung, Begriff und Inhalt der . . . 11. 214.
 - Betriebsführung, privatwirtschaftliche . . . , von Dr. Fischer 13. 96.
 - Betriebsökonomie 50. 161.
 - Bürokratie, von Dr. Karll, Postrat 13. 48.
 - Eignungsprüfungen, Kritik technischer . . . , von Dr. Roth 52. 277. 457.
 - Eignungsprüfungen, psychotechnische . . . im Schreibmaschinenbau, von Dr. Schulte, Dozent 52. 321.
 - Die Freiheit der Meere und das Seebeuterecht, von Dr. Wehberg 27. 473.
 - Gewinnbeteiligung der Eisenbahnzugmannschaften in Amerika 68. 416.
 - Probleme der Arbeitsphysiologie, von Prof. Dr. Apler, wissenschaftl. Mitglied des Kaiser Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie 52. 421.
 - Prüfungen, psychologische . . . 54. 104. 149.
 - Psychotechnik, von Dr. Karll, Postrat 13. 78.
 - Der Raum-Wirkungsgrad (Vortrag des Dipl.-Ing. Ginsberg) — bei Heizungsanlagen 25. 187.
 - Schornstein, die Bedeutung des . . . für die Heizwirtschaft im Haushalt, von Flüge, Ingenieur 14. Beil. (Konstruktion und Bauausführung) 54.
 - Sommerzeit in England, Frankreich und Belgien 68. 356.
 - Die Sommerzeit, von Ing. Bazant, Ministerialrat 68. 267.
 - Die Sommerzeitfrage — ein Kulturproblem, von Dr. Prochnow 52. 265.
 - Sozialversicherung, die internationale Entwicklung der . . . , von Kleis, Bürgermeister 6. 237.
 - Der Steuerabzug vom Arbeitslohn unter besonderer Berücksichtigung der Reichseinkommensteuer, von Dr. rer. pol. Hemmpel (ausländische und deutsche Steuergesetzgebung) 23. 45.
 - Verkehrsbeleuchtung, von Dipl.-Ing. Schaer 21. 641. 684.
 - Verkehrskongreß, internationaler . . . in Detroit 1924 11. 152.
 - Verkehrswissenschaft als besonderer Zweig der Wirtschaftswissenschaften, von Dr. Esch 65. Jahrg. 2 Heft 3/4 S. 3.
 - Weltkraftkonferenz in London vom 30. Juni bis 12. Juli 1924 (Elektrizität, Wasser, Dampf usw.) 11. 152, 14. 264.
 - Wirtschaftlichkeit der Zentralheizung, zur . . . , von Dipl.-Ing. de Grahl, Baurat 25. 245.
 - Wirtschaftlichkeitsfaktoren und Idealismus, von Gehr, Oberregierungsrat 68. 401.
 - Zeit-Spiegellicht, das neue . . . , von Prof. Dr. Schulze-Naumburg 52. 256.

Allgemeines. Zentralheizung oder Ofenheizung von Prof. Naumburg 25. 200.

— Zentralheizung und Wärmeschutz der Gebäude, von Prof. Naumburg 25. 128. 150.

Deutschland. Amtsdeutsch 62. 12.

- Amtsunterschlagung — Dienstenlassung. Der Disziplinarichter ist an die tatsächlichen Feststellungen des Strafrichters gebunden (Entsch. des Preuß. OVG vom 11. M. 1922) 18. Jahrg. 4 S. 441.
- Anstellung, rechtliche Bedeutung der Zusage einer vermögensrechtlichen Ansprüche aus einem nicht verliehenen Amt (Entsch. des RG vom 4. März 1924) 13. B. (Rechtsprechung) 12. 17. 134.
- Arbeitsrecht, die Entwicklung des . . . in der Zeit der Ermächtigungsgesetze, von Dr. Hueck, Privatdozent 15. 27.
- Arbeitsvertragsgesetz, zum Entwurf eines allgemeinen . . . von Dr. Hueck, Privatdozent 15. 437.
- Arbeitszeit, Anordnungen des preuß. Finanzministers bezüglich der . . . 39. 137.
- Arbeitszeit, die geteilte neunstündige . . . , von Dr. Doh Stadtarzt 39. 79. 16. 182. 307.
- Arbeitszeit, die Neuordnung der . . . , von Dr. Fehner und von Rannow 14. 279. 16. 331.
- Artikel 92 der Reichsverfassung, von Hoff, Staatsminister a. D. (Eisenbahn) 68. 441.
- Ärzte und Krankenassen, von Bohn, Oberregierungsrat 31. 9.
- Aufwertung bei Lieferungen, wenn zwischen Leistung und Gegenleistung kein entsprechender Ausgleich besteht (Entsch. des RG vom 26. März 1924) 68. 477.
- Ausbildung und fachliche Fortbildung der Beamten des mittleren Justizdienstes, Bf des preuß. Justizministers vom 2. Juni 1924 33. 246. 18. Jahrg. 4 S. 552.
- Auskunft, Erteilung von . . . über Postsendungen im Telegramme im Strafverfahren, Bf des preuß. Justizministers vom 22. Mai 1924 33. 243.
- Ausscheiden eines Beamten, antragsgemäßes . . . im Laufe des Quartals, teilweise Rückzahlung des Quartalsgehalts (Entsch. des RG vom 12. Juni 1923) 15. 47. 18. Jahrg. 4 S. 562. 17. 186.
- Äußerungen, beleidigende . . . »zur« oder »gelegentlich« der Wahrnehmung berechtigter Interessen? Grenzen der Redefreiheit eines Stadtverordneten (Entsch. des RG vom 16. Mai 1923) 11. 116.
- Die Autonomie der Deutschen Reichsbahn und der Deutsche Reichspost, von Dr. Carter, Geh. Regierungsrat 68. Jahrg. 2 Heft 3/4 S. 46.
- Baubetriebsfragen, von Grahl, Oberingenieur 14. 151.
- Baugenossenschaften, die Bedeutung der Goldbilanzverordnung und der 3. Steuernotverordnung für die . . . , von Dr. Rau, Justizrat 67. 80.
- Beamte, Verhältnis des Staates zu seinen . . . 18. Jahrg. S. 443.
- Beamtenbesoldung und Reichsstat 45. 365.
- Beamtenhochschule, das Wesen der . . . , von Prof. Dr. Apel Geh. Regierungsrat 11. 98.
- Beamtenrecht. Der Umstand, daß ein Beamter sich zu einer politischen Partei bekennt, stellt für sich allein noch keine Verletzung der dem Beamten durch sein Amt auferlegten Pflichten und ebenso wenig ein unwürdiges Verhalten in oder außer dem Amte dar (Entsch. des Preuß. OVG vom 17. Oktober 1921) 20. Bd. 40 S. 94.
- Die Beamten-Siedlungsverordnung 17. 154. 67. 131. 11. Jahrg. 4 S. 529. 16. 326.
- Beamtenstreik, die Stellung der Beamten und Streikrecht sind unvereinbar 17. 141. 15. 483. 18. Jahrg. 4 S. 56. 68. 490. 43. Abt. A 157.
- Begriff und Rechtsstellung der Dienst- und Werkwohnung von Dr. Potthoff 67. 136.
- Berufszeugungsprüfungen, psychotechnische . . . zur Auslese der Beamten, von Coube, wissenschaftlichem Hilfsarbeiter bei der Psychotechnischen Versuchsstelle der Deutschen Reichsbahn 11. 102.
- Beschaffenheit von Diensträumen, Haftung des Reichs für Gesundheitsschädigungen der Beamten in schlechten Diensträumen (Entsch. des RG vom 11. Mai 1923) 16. 27. 10. 123.
- Beschwerderecht der Beamten. Ein Gesetz, daß Beschwerde an höhere Behörden nur bei dem unmittelbaren Vorgesetzten eingereicht werden dürfen, besteht nicht 18. Jahrg. 4 S. 442.

¹⁾ Die fett gedruckten Zahlen bezeichnen die Zeitschriften in der Liste unter A, die daneben stehenden Zahlen die Seiten.

tsland. Besoldungsfestsetzungen ab 1. Juni 1924, Denkschrift des Reichsfinanzministers zur Begründung der ... 17. 162.

Besoldungsgrundsätze, Zusammenstellung der in den Haushaltsplänen für die Rechnungsjahre 1920 bis 1923 aufgestellten allgemeinen ... , die auch weiterhin gelten (Bf des Reichsministers der Finanzen vom 7. Juni 1924) 41a. 169, 18. Jahrg. 4 S. 538, 16. 345.

Besoldungssperregesetz, Anwendung des ... gegen die Gemeinden (Entsch. des Reichsschiedsgerichts vom 12. April 1924) 17. 165, 16. 325, 18. Jahrg. 4 S. 563.

Betriebsführung. Welche Aufgaben erwachsen dem Personal der Deutschen Reichspost aus den Erfordernissen der wirtschaftlichen Betriebsführung? 16. 173, 39. 96. 168, 40. 112, 61. 14, 50. 196.

Betriebsleitung, über ... , von Dr.-Ing. Heinrich, Reichsbahndirektionspräsident 68. 323. 344. 368.

Betriebsratsmitglied, fristlose Entlassung eines ... wegen wiederholter Auflehnung gegen die dienstlichen Anordnungen des Amtsvorstandes und wegen Eingriffs in den Betrieb (Entsch. des Preuß. RG vom 18. Juni 1923) 8. 559.

Betriebsunfall, zum Begriff des ... 66. 230.

Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über den Personalabbau 17. 161, 16. 323, 54. 193, 39. 170, 18. Jahrg. 4 S. 551, 10. 127.

Dienstkleidungsordnung für die Deutsche Reichsbahn, Erlaß vom 9. Mai 1924 43. Abt. A 131, 68. 410.

Dienstpflicht, die verfassungsmäßigen Rechte des Beamten werden durch die besonderen Pflichten eingeschränkt, die ihm sein Amt aufgibt 18. Jahrg. 4 S. 443.

Dienstwohnungen, Wasserverbrauch für Rugärten durch die Dienstwohnungsinhaber (Bf des preuß. Finanzministers vom 6. Mai 1924) 40a. 141.

Dienstwohnungen, Weiterbenutzung von ... durch ausgeschiedene Beamte (Miete nach den für Mietwohnungen geltenden Grundsätzen, Bf. des Reichsministers der Finanzen vom 8. Mai 1924) 2. 53.

Dienstwohnungswesen (bei Verletzungen, Todesfällen, Übertritt der Dienstwohnungsinhaber in den Ruhestand usw.) 39. 136, 16. 270.

Dienstzeit und Beamtenbildungswesen 11. 153.

Disziplinarverfahren. Die Zubilligung von Pensionsteilen bei der Verurteilung zur Dienstentlassung ist Sache des Disziplinarrichters (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs vom 13. März 1924) 17. 166.

Disziplinarverfahren. Vorschriftenwidrige Befehle einer Reichsdisziplinarammer (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs vom 25. Februar 1924) 17. 167.

Einsicht in die Personalnachweise 39. 119, 174, 34. 76, 16. 271, 18. Jahrg. 4 S. 556.

Die Freisprechung eines Beamten im Disziplinarverfahren wegen krankhaften Zustandes bei Begehung der dienstlichen Verfehlungen ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Voraussetzungen des § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs gegeben sind (Entsch. des Preuß. OVG vom 4. Oktober 1923) 24. 119.

Gegensatz, der soziale ... und seine Überwindung, von Scharringhausen, Oberpostinspektor 17. 98.

Gehaltsvorzuschüsse, Gewährung von ... an Beamte, Bf des preuß. Finanzministers vom 22. Mai 1924 40a. 215.

Genossenschaftswesen, Gegenwart und Zukunft des deutschen ... , von Dr. Müller, Staatssekretär a. D. 11. 91.

Geschäftsanweisung für die Generalbetriebsleitungen bei der Deutschen Reichsbahn 43. Abt. A 119, 68. 372.

Geschäftsordnung der Reichsregierung 42. 173, 17. 145, 16. 313.

Gestaltung der dienstlichen Laufbahnen unter Berücksichtigung der beruflichen Fortbildung (Eingabe der Arbeitsgemeinschaft der Fachschaft Eisenbahn bei der Verwaltungskademie Berlin an den Reichsverkehrsminister) 11. 154.

Die Goldbilanz der Baugenossenschaften, von Roscher 67. 121, 14. 368.

Grundlinien für eine Vereinfachung und Verbilligung der Organisation in der Arbeiterversicherung, entworfen von der Verwaltungsabbau-Kommission unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. Saemisch 31. 18.

Gruppipflicht der Beamten, Stellungnahme des RPK zur ... 39. 136, 16. 273, 357, 40. 172, 18. Jahrg. 4 S. 566.

Haftpflicht und Rechtsprechung, von Hanow, Ober- und Geh. Regierungsrat 68. 447.

Deutschland. Heilverfahren, Kosten des ... (Beamtenunfallfürsorgegesetz vom 18. Juni 1901 § 1, VI) sind nicht zu erlegen, wenn ihre Auswendung einen Heilerfolg nicht haben kann. Die allgemeine Notlage nötigt auch den Kranken zur Einschränkung bei Heilmassnahmen (Entsch. des RG vom 11. Januar 1924) 13. Beil. (Rechtsprechung) 7.

— **Heizwirtschaft im Postbetrieb,** allerlei über ... , von Kürsten, techn. Oberpostinspektor 39. 135. 154.

— **Kleidergeld,** nach Durchführung der Besoldungsreform haben Beamte kein wohlverworbene Recht auf Weitergewährung des ihnen vorher zustehenden ... oder der Lieferung von Dienstkleidung (Entsch. des sächsischen Provinzialrats vom 21. Oktober 1922) 20. Bd. 40 S. 180.

— **Krankenkassen.** Bestimmungen des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen über die Befreiung der Kassenmitglieder von den anteiligen Kosten für Arzneien, Heil- und Stärkungsmittel (vom 10. April 1924) 1. 120.

— **Die Krankenversicherung in den Jahren 1920 und 1921** 46. Band 303 S. 1 u. f.

— **Krankenversicherung.** Zur Beitrittsberechtigung (§ 176 der RVD) der nach § 169 Abs. 1 der RVD versicherungsfreien Beamten (Entsch. des RVA vom 30. Juni und 15. Dezember 1923) 6. 150.

— **Krankenversicherung,** zur ... der Beamten 6. 185, 54. 100.

— **Kündigung,** eine vor dem 1. April 1920 zum 1. Juli 1920 erfolgte ... und Pensionierung eines preussischen Eisenbahnbeamten verliert mit dessen Übertritt in den Reichsdienst gemäß dem Staatsvertrag vom 30. April 1920 nicht ihre Wirkung (Entsch. des RG vom 2. Februar 1923) 20. Bd. 40 S. 95.

— **Kurzfrist, Verwendung der ... im Eisenbahndienst** 68. 393. 472, 17. 187.

— **Natur, rechtliche ... des Beamtengehalts.** Rückforderungsanspruch des Staates hinsichtlich des vorausgezählten Gehalts bei Fortfall der Beamteneigenschaft (Entsch. des RG vom 12. Juni 1923) 11. 117.

— **Nebenämter, Wahrnehmung von ... und Nebenbeschäftigung im öffentlichen Dienst durch Beamte** (Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 7. April 1924) 43. Abt. B 37.

— **Die Neuordnung der Reichsbeamtengehälter ab 1. April 1924** nebst Begründung 60. 215, 17. 123.

— **Personalabbauverordnung, Rechtsprechung zu Artikel 15 § 1** 18. Jahrg. 4 S. 445.

— **Personalabbauverordnung, vorläufige Ausführungsvorschriften des Preuß. Staatsministeriums vom 10. Mai 1924 zu den §§ 23 bis 29 der ...** 40a. 143, 18. Jahrg. 4 S. 452.

— **Petitionsrecht.** Schützt das Petitionsrecht des Art. 126 der Reichsverfassung die Beamten vor Disziplinarbestrafung wegen der in der Petition enthaltenen Äußerungen über Vorgesetzte? 39. 83.

— **Das Postfinanzgesetz und seine Auswirkung für Württemberg** 61. 9.

— **Die Psychotechnik im Dienste der Deutschen Reichsbahn,** von Couvé 65. Jahrg. 2 Heft 3/4 S. 36.

— **Rechte, die wohlverworbene ... der Beamten und ihr verfassungsmäßiger Schutz,** von Eidel 11. 127. 175.

— **Rechtsfragen aus Anlaß des Streikes,** von Fischer, Oberregierungsrat 68. 425.

— **Rechtsgültigkeit der Personalabbauverordnung** 39. 157.

— **Die Rechtslage der wiederbeschäftigten Wartestandsbeamten** 54. 99. 148, 16. 233.

— **Reichsangestellten-Larifvertrag** 18. Jahrg. 4 S. 456.

— **Reichsbahn, die Deutsche ... im Gutachten der Reparations-Sachverständigen** 68. 307, 59. 627.

— **Reichsbahn, die Internationalisierung der ...** 10. 118.

— **Reichs-Dienststrafordnung** 18. Jahrg. 4 S. 450, 16. 268, 39. 151, 54. 168, 40. 167.

— **Die Reichsfinanzen (ihre Sanierung)** 60. 180. 247. 317.

— **Reichsfinanzhof, staatsrechtliche Fragen in den Entscheidungen und Gutachten des ...**, von Prof. Dr. Hensel (Beamtengehalt, Unterhaltszuschüsse für Beamtenanwärter, Überlassung von Dienstwohnungen und Dienstlohn an Beamte als Einkommen, berufliche Werbungskosten usw.) 7. N. F. Bd. 6 S. 311. 362.

— **Reichsunterstützung, Unterstellung der Baukunst des Deutschen Reichs unter den ...**, von Prof. Dr. Schmitz 14. 238.

— **Das Reichspostfinanzgesetz** 8. 413, 53. 81, 9. 41.

— **Reichsverfassung, Artikel 16 der ... und seine Anwendung,** von Dr. Jacobi, Reichsfinanzrat 15. 430.

— **Reparationen und Staatshaushalt,** von Prof. Dr. Loß 59. 484.

- Deutschland.** Richtlinien, vorläufige ... für den allgemeinen Inhalt der Arzteverträge, aufgestellt von dem Reichsausschuß für Ärzte und Krankenassen 31. 19.
- Das Sachverständigen Gutachten über die Reichsbahnen, von Franke, Unterstaatssekretär a. D. 68. 381.
 - Schornsteinfegergebühren, Verbilligung der ... , Aufhebung des Kehrzwangs, von Dipl.-Ing. Dr. Wierz 25. 203.
 - Die Siedlung auf der Westseite des Tempelhofer Feldes in Berlin 14. 185.
 - Sozialpolitik und wirtschaftliche Selbsthilfe 16. 165.
 - Sozialversicherung, Abbau der ... 31. 14.
 - Sozialversicherung, die Reform der ... , von von Frankenberg, Stadtrat 31. 17.
 - Sozialversicherung, die Vereinfachung der ... , von Dr. Freund, Geh. Regierungsrat 6. 205.
 - Sozialversicherung, das Programm des »Sparauschusses« zur Reform der ... , von Dr. Sonderhoff, Regierungsdirektor 6. 157.
 - Stephan in der »Geschichte der Preussischen Post« über das Finanzprinzip in der Postverwaltung, von Wolf, Postinspektor 39. 100.
 - Streikschäden, Haftung für ... (Haftung der Vorstandsmitglieder einer Reichsgewerkschaft, Entsch. des RG II Berlin vom 8. November 1923) 17. 167.
 - Tätigkeit, dienstliche ... nach Beendigung der Dienststunden (Entsch. des Preuß. OVG vom 10. Januar 1924) 18. Jahrg. 4 S. 565.
 - Übergangsbestimmungen zu der neuen Laufbahn der Werkmeister und Werkführer elektrotechnischer und wärmetechnischer Fachrichtung sowie für Gas- und Wasserwerke (Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 24. März 1924) 43. Nachrichten 5.
 - Der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium 17. 137.
 - Die Verordnung über den Übertritt aus versicherungsfreier in versicherungspflichtige Beschäftigung und umgekehrt, von Dr. Jaeger, Direktor des städt. Versicherungsamts München 6. 207.
 - Versetzung in den Ruhestand, Zurücknahme der ... , einseitige Willenserklärungen der Behörde in bezug auf das Dienstverhältnis der Beamten können während der Dauer des Dienstverhältnisses abgeändert werden (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs vom 8. Oktober 1923) 13. Weil. (Rechtspredung) 9.
 - Versetzungsverfügung, Weigerung eines Beamten, Folge zu leisten (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs vom 19. Februar 1924) 18. Jahrg. 4 S. 444, 17. 167, 228.
 - Ein Versorgungsanwärter, der auf Grund des Anstellungsscheins für den Unterbeamtendienst als außerplanmäßiger Kanzleibeamter angestellt ist, kann, wenn er nachträglich den Beamtenschein erhält, bei seiner Dienstbehörde seine Vormerkung in der Bewerberliste für eine Eingangsstelle des mittleren Bürodienstes beantragen (Entsch. des RW vom 28. März 1924) 1. 117.
 - Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost 10. 78, 91, 54. 125, 145, 17. 129, 139, 18. Jahrg. 4 S. 418, 420, 16. 254, 351, 39. 127.
 - Der Verzicht auf den Regreßanspruch gegen einen Beamten bedarf einer Kundgebung diesem gegenüber, wenn auch keines Vertrags (Entsch. des RG vom 13. März 1923) 20. Bd. 40 S. 181.
 - Verzugszinsen in anderen als den durch die Steuerzinsverordnung geregelten Fällen, Bf des Reichsministers der Finanzen vom 30. April 1924 2. 49.
 - Wege der Sozialpolitik in der Deutschen Reichspost, von Hoh, Ministerialrat 17. 171, 16. 353.
 - Die Wiederbeschäftigung der Wartegeldempfänger, von Wagner, Postdirektor 13. 56, 17. 117.
 - Wohnbauten, kleinere ... im Reichsbahndirektionsbezirk Berlin 69. 133.
 - Wohnungsbauhilfe für Post- und Telegraphenbeamte 16. 164, 13. 60, 40. 122.
 - Wohnungsfürsorge der Deutschen Reichspost 17. 172, 10. 121, 39. 169, 40. 182, 16. 306.
 - Wohnungsreform, deutsche ... , von Hoppe, Oberregierungsrat 67. 134.
 - Wohnungswesen. Wenn Mieter einem Dritten den Gebrauch des Mietraums eigenmächtig überläßt, wird der Räumungsklage des Vermieters stattgegeben (Entsch. des RG Potsdam vom 19. Dezember 1923) 13. Weil. (Rechtspredung) 11.

- Deutschland.** Zusammenarbeit der Deutschen Reichspost mit Organisationen der Wirtschaft 16. 242.
- Württemberg. Gründung einer Lebensversicherung a. G. für das Verkehrspersonal in Angliederung an Bahn- und Postterbefasse Stuttgart 61. 20.
 - England.** Die englischen Staatsfinanzen (Post, Telegraph, Telefon) 60. 351.
 - Frankreich.** Schlichtungs- und Schiedswesen 11. 199.
 - Italien.** Ausnahmegegesetz für die Gewerkschaften in Ita 11. 98.
 - Beratender Ausschuß beim Post- und Telegraphenministerium (bestehend aus Technikern und Juristen) 53. 9.
 - Österreich.** Die Einführung von Wirtschaftsprämien bei österreichischen Bundesbahnen, von Dr. Mayer, Sektionsrat 68. 423.
 - Personalabbau bei der österreichischen Postverwaltung 121. 131, 16. 226.
 - Schweden.** Gehälter und Pensionen weiblicher Staatsangestellten in Schweden, Erhebungen über ... 11. 201.
 - Amerika.** Vereinigte Staaten von Amerika. Beamtentum. Zur Soziologie des amerikanischen Beamtentums und die wirtschaftliche Lage des amerikanischen Beamten, von Dr. jur. Münster 11. 110, 160.
 - Asien.** Afghanistan. Post- und Telegraphenwesen 5. 6.
 - China. Verordnung über die Bildung von Gewerkschaften in China 11. 98.

II. Postwesen.

- Allgemeines.** Berufseignungsprüfungen für Postkraftwagenführer, von Schneider, Postdirektor 17. 101, 107.
- Brief und Post in Sage und Geschichte, von Miesoff 16. 2.
 - Der Durchgangsverkehr (im Weltpostvereinsverkehr), Estrade 5. 598.
 - Die Fahrgeschwindigkeit der nordatlantischen Damp 68. 417.
 - Güter-Luftverkehr 68. 492.
 - Haftung im Auslandsverkehr, über ... , von Dr. Staeb 17. 183.
 - Leichtflugzeuge, Versuche mit ... , von Dr.-Ing. von Landorff 52. 274.
 - Das Mauser-Einspurauto 52. 400.
 - Mästeltraftflugzeuge, von Woltered 52. 355.
 - Nordpostflug, Amundsens ... und das Navigationsproblem von Derstroff 52. 362.
 - Postdiebstähle auf Überseedampfern 66. 231, 17. 169.
 - Posthaftrecht, eisenbahnrechtliche Einflüsse auf die Entwicklung des internationalen ... 20. Bd. 40 S. 158.
 - Probleme des modernen Luftverkehrs 27. 496.
 - Schifffahrtskonferenz, internationale ... in London 1 (Einrichtungen zur Sicherung des menschlichen Lebens auf See, Funktelegraphie) 27. 631.
 - Schifffahrtssubventionen 27. 503.
 - Vorrichtungen, mechanische ... für die Behandlung und arbeitung der Briefpostsendungen 53. 55, 68.
 - Der Weltpostkongreß in Stockholm, von Franck, Postdirektor 17. 179.
 - Deutschland.** Aushändigung von Gelddeträgen an die Empfänger des Empfangsberechtigten (Entsch. des RG Düsseldorf vom 27. Januar 1923) 55. 141, 17. 118.
 - Bahnpost, 75 Jahre ... 17. 121, 55. 172.
 - Beschlagnahme von Gütern durch die sogenannte »9. Armee« ist keine höhere Gewalt (Entsch. des RG vom 14. März 1923) 20. Bd. 40 S. 204.
 - Briefaustauschstellen der Behörden für den Ortsverkehr gegen Einrichtung oder Weiterbestehen von ... keine Anwendung des Reichspostministeriums 17. 150, 176.
 - Drucksachen. Der neue § 7 der Postordnung 17. 137.
 - Gegenwartsfragen des Postzeitungsvertriebs, von Th. Ministerialrat 9. 61.
 - Handelswert, der gemeine ... eines in Deutschland abgegebenen Gutes bestimmt sich grundsätzlich in deutscher Währung (Entsch. des RG vom 3. März 1924) 68. 16.
 - Die Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich 1923 47. Jahrg. 1923 Heft 4 S. 97.
 - Kraftfahrzeughaftpflicht, die Änderungen der ... im Jahr 1923, von Dr. Eger, Landgerichtsrat 20. Bd. 40 S. 168.
 - Kurzbuch. Ist der Vertrieb des Reichs-Kurzbuchs für die Postverwaltung noch einträglich? 13. 88.

Schland. Luftverkehr. Vf. des preuß. Ministers des Innern und des preuß. Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. Mai 1924, betr. den Flugplanmäßigen . . . 36. 587.

Neureglung der Haftpflichtsummen im Kraftfahrzeuggesetz und im Luftverkehrsgesetz, von Dr. Müller, Ministerialrat und Geh. Regierungsrat 20. Bd 40 S. 149.

Postfuhrverträge 13. 91.

Postgesetz. Die der Post nach §§ 1, 1a des Postgesetzes vorbehaltene Beförderungstätigkeit umfaßt die gesamte Beförderungstätigkeit in einheitlichem Zusammenhang (Entsch. des OLG Stettin vom 5. Juni 1923) 9. 77.

Postgesetz. Die Post darf einen Wertbrief, adressiert »Herrn M. S. per Adresse B. T.« nicht B. T. aushändigen (Entsch. des OLG Berlin vom 4. Dezember 1922) 20. Bd. 40 S. 97.

Postgesetz. Die Post haftet für Postsendungen selbst bei Dienstpflichtverletzungen ihrer Beamten in keinem Falle über die Bestimmungen der §§ 6 bis 12 des Postgesetzes hinaus (Entsch. des RG vom 1. Juni 1923) 9. 76.

Postgesetz. Zur reglementsmäßigen Einlieferung im Sinne des § 6 des Postgesetzes gehört bei Geldsendungen die Beachtung der Vorschrift des § 17 der Postordnung über die besonderen Anforderungen an Verpackung und Verschluß der Geldsendungen (Entsch. des OLG Opatowitz vom 14. November 1923) 17. 134.

Der Postkraftwagen-Ausflugsverkehr unterliegt nicht der landesbehördlichen Genehmigung (Entsch. des OLG Frankfurt (Main) vom 7. Februar 1924) 17. 142, 13. Beil. (Rechtsprechung) 10.

Postschekverkehr. Eine Zahlung mittels Postscheds ist nur dann rechtzeitig bewirkt, wenn sie innerhalb der Zahlungsfrist dem Konto des Empfängers gutgebracht wird (Entsch. des RG vom 4. Januar 1924) 41. Beil. Nr. 384.

Postschekverkehr, zur Haftung der Postverwaltung im . . . von Dr. Lapp, Postdirektor 13. 82.

Postsparkassen, Stellungnahme des Deutschen Sparkassenverbandes gegen die von der Reichs-Postverwaltung geplante Einrichtung von . . . 45. 194.

Die Reichsbank seit der Stabilisierung 45. 215.

Schekdiebstähle, ihre Aufklärung und Verhütung 13. 71. 80.

Schektkasse, Einführung einer . . . bei der Deutschen Reichspost 16. 226.

Schließfachschränke 13. 90.

gland. Barfreimachungsmaschinen in Großbritannien 17. 184.

Luftpostwesen 53. 87.

Untergrundbahn des General Post Office (zur Beförderung von Briefen und Paketen zwischen den Hauptpostämtern und den bedeutendsten Eisenbahnstationen) 17. 169.

nland. Gesetz über Luftfahrt vom 25. Mai 1923 19. 667.

alien. Vorschriften über die Luftschiffahrt und die damit zusammenhängende zollamtliche Behandlung 19. 570.

hweben. Ein schwedisches Taxisautomobil (Postautoverkehr auf den Landwegen) 68. 413.

hweiz. Luftpostwesen 53. 87.

rika. Die Sahara-Eisenbahn, von Dipl.-Ing. Mangold 52. 319.

gypten. Das ägyptische Postwesen 1921 und 1922 53. 83.

erika. Canada. Das Postwesen in den Rechnungsjahren 1920/21 und 1921/22 53. 49.

olumbien. Die Flugpost in Kolumbien, von Richter, Postmeister in Barranquilla (Kolumbien) 9. 67.

ereinigte Staaten von Amerika. Zeitungsbeförderung in den Vereinigten Staaten von Amerika 17. 95.

ugüberfall bei Chicago, Beraubung des Eisenbahnpostwagens 68. 497.

ien. Britisch Indien. Das Postwesen Britisch Indiens 1921 bis 1923 53. 65.

ustralien. Neuseeland. Das Postwesen während der Jahre 1921 bis 1923 53. 51.

III. Telegraphen- und Fernsprechwesen.

Mit Ausnahme des drahtlosen Telegraphierens und Fernsprechens [s. unter IV])

Allgemeines. Aufsuchen von Fehlern in erdverlegten Bleifabeln 21. 498.

Beeinflussung von Fernmeldeleitungen durch Hochspannungsanlagen, von Dr. Jäger, Postrat 21. 417.

Allgemeines. Eingrenzung von Störungen, von Dr. Fischer, Postrat 51. 25.

— Fernsprechapparat, der fahrbare . . . (Priteg-Roller) 52. 498.

— Fernsprechen im Eisenbahndienst 21. 409.

— Fernsprechkonferenz, die Pariser . . . und ihre Vorgeschichte, von Lindow (Das erste deutsche Fernfabel, Frank Gills »Weitverkehrs-Gesellschaft«, die europäische Fernsprech-Gemeinschaft) 24a. 111.

— Fernsprechkonferenz in Paris (Ferntelephonie), europäisches Fernsprechnetz 39. 122, 17. 133, 13. 84, 21. 563, 55. 203.

— Fernsprechverkehr und vereinigte Telephonie und Telegraphie bei Niederfrequenz 21. 438.

— Fernsprechwesen, internationales . . . 21. 359, 17. 168.

— Festigkeitsversuche an Holzgestängen 51. 51.

— Der Frequenzbereich von Sprache und Musik, von Wagner 21. 451.

— Die Grundlagen des Selbstanschlußbetriebs und sein Einfluß auf die Netzgestaltung, von Rudow, Ministerialrat 51. 53.

— Hochfrequenz-Telephonverbindung von 140 000 Volt 52. 475.

— Kabel und Funktelegraphie im englischen Urteil 16a. 1328.

— Das Kabelschußsystem Pfannkuch, von Verstoff 52. 243.

— Knadgeräusche, zur Frage der . . . des Fernhörers, von Dr. Jäger, Postrat und Dr. Klenke 21. 364.

— Maßeinheiten für Mikrophone und Fernhörer, von Herzen, Oberpostrat 21. 398.

— Mehrfach-Telephonie und -Telegraphie längs Leitungen, von Muth 49. Jahrg. 6 Heft 36 S. 7.

— Münzfernsprecher, neuere . . . 21. 533.

— Die Prüfung von Isolierstoffen im Bureau of Standards 51. 68.

— Rechnungsbeitrag zu den mit Mastfundamenten vom Reichspostamt ausgeführten Versuchen, von Dr.-Ing. Stöbner 21. 449.

— Reuter-Telegraphen-Büro, der Gründer des . . . in London, von Mithoff 17. 93.

— Standardmastfüße bei Linienumbrüchen, von Winnig 50. 180.

— Störungen, zur Frage der Beurteilung von nervösen . . . nach Unfällen, von Dr. Eschbaum, Oberarzt 54. 152.

— Telegraphengesellschaft, die Indo-Europäische . . . in London 55. 202.

— Telegraphie an Wechselstrombahnen 21. 693.

— »Teletype« (Typendrucktelegraph) 21. 693.

— Übertragung von Bildern, die telegraphische . . . von Prof. Dr. Korn 55. Beil. (Der Funkverkehr) 83.

— Die Unfälle im Fernsprechbetrieb, von Dr. Foerster, Nervenarzt 54. 136.

— Unterseekabel Italien-Südamerika 17. 151.

— Verfahren, vereinfachtes . . . zur Berechnung der elektrischen Konstanten von Fernspregleitungen aus ihren Scheinwiderständen für Leerlauf und Kurzschluß, von Dr. Schild, Privatdozent 21. 331.

— Das Verstärkerrohr, von Grünsche und Pohlmann, Oberingenieuren 21. 334.

Deutschland. Anstedung, bei . . . einer Telegraphengehilfin durch andere im gleichen Dienstraum beschäftigte Personen besteht Haftung des Reiches (Entsch. des RG vom 16. Februar 1923) 20. Bd. 40 S. 147.

— Betriebsberichte für Telegraphen- und Fernsprechämter, von Harß, Oberpostrat 13. 67.

— Das Brieftelegramm 17. 141.

— Erhöhung der Gebühren für abgekürzte Telegrammanschriften im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift — Geltung von Gebührenänderungen auf laufende Rechtsverhältnisse (Entsch. des OLG Dresden vom 14. Februar 1924) 9. 80.

— Fernsprechgebühren, Aufhebung des Hof- und Abbuchungsverfahrens bei . . . 17. 105, 50. 191.

— Die Fernsprechvermittlungstellen in Berlin nach dem Kriege 17. 130.

— Der Hausbesitzer ist verpflichtet, die Legung der Fernspregleitung in der Wohnung des Mieters zu dulden (Entsch. des OLG Dresden vom 15. Juni 1923) 20. Bd. 40 S. 182.

— Jubiläum der Staatstelegraphie (Einführung der elektrischen Telegraphie an Stelle der optischen) 17. 134.

Deutschland. Der Nachrichtendienst im Rahmen des Wetterdienstes der Deutschen Seewarte, von Dr. Bentendorff 3. 97.

- Organisation und Arbeiten des Wetterdienstes der Deutschen Seewarte für Schifffahrt und Fischerei, von Dr. Bentendorff 3. 102.
- Prämien im Telegraphenbetrieb 50. 199.
- Telegrammversicherung 66. 200. 231. 256, 17. 168.
- Telegraphenlinie, die erste deutsche ... Frankfurt (Main)-Berlin 52. 308.
- Telegraphenrecht. Keine Haftung der Deutschen Reichspost für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (Entsch. des OLG Karlsruhe vom 28. Juni/12. Juni 1923) 9. 78.
- Telegraphenwegegesetz, Verlegung eines Verkehrswegs — Änderung des Verkehrswegs im Sinne des § 3 Abs. 1 des ... (Entsch. des Regierungspräsidenten in Merseburg vom 17. November 1923) 9. 79.
- Telegraphenwegegesetz, zur Änderung des ... vom 13. Februar 1924, von Dr. Neugebauer, Ministerialrat 9. 48.
- Unfallverletzte im Fernsprechnetz, Prozeßführung 54. 135.
- Wirtschaftlichkeit der Telegraphenbauämter, von Bennis, Telegraphendirektor 51. 20.

Belgien. Das automatische Fernsprechnetz in Brüssel, von Mönig, Telegrapheningenieur 5. 519. 628.

— Der Telegraphendienst 5. 268.

England. Die englischen Eastern-Kabelgesellschaften 55. 175, 17. 143, 50. 206.

Frankreich. Einführung der Bildtelegraphie 55. Beil. (Der Funkverkehr) 85, 50. 207.

— Das militärische Nachrichtenwesen Frankreichs 1914 50. Beil. (Funk-Praxis) 49.

Italien. Privatisierung des italienischen Fernsprechnetzes 39. 138.

Niederlande. Telegraphen- und Fernsprechnetz 1921 32. 48, 5. 421.

Schweden. Telegraphen- und Fernsprechnetz 1921 32. 68.

Schweiz. Telegraphen- und Fernsprechnetz 1922 32. 51.

Türkei. Einstellung des englischen Telegraphendienstes in der Türkei 68. 495.

Amerika. Chile. Fernsprechnetz in Chile 55. 141, 51. 52.

IV. Drahtloses Telegraphieren und Fernsprechen.

Allgemeines. Antenne. Was ist eine Antenne?, von Dr. Spiegler; Antennenbau 52. 320, 16a. 1099, 24a. Beil. (Funkbastler) 33.

— Die Ausbreitung des Rundfunks in den Nachbarländern 55. Beil. (Der Funkverkehr) 57.

— Berechnung der Kopplungskoeffizienten für einige besondere Fälle der gegenseitigen Induktion, von Wider 29. Bd. 23 S. 35.

— Detektor und Audion, von Dr.-Ing. Harbich 24a. 49.

— Der Drahtfunk, von Schulz und Wagner 21. 485.

— Eignungsprüfung, physikalische ... für Funker, von Dr.-Ing. Kluge 50. Beil. (Funk-Praxis) 25.

— Der Einfluß einer leitenden Verbindung von zwei gekoppelten Kreisen, von Rossmann und Jened 29. Bd. 23 S. 53.

— Der »Einstrahl« und die »Todesstrahlen«. Marconis Versuche in England, die Erfindung Grindell Matthews' 24a. 117. 169, 16a. 1435.

— Die Elektronenröhre, von Dr. Heinze 24a. Beil. (Funkbastler) 48.

— Empfang, drahtloser ... am Gegenpol, von Esau 49. Jahrg. 6 Heft 36 S. 20.

— Empfangsröhren, über die neuen ... mit Thoriumkathoden 49. Jahrg. 6 Heft 36 S. 45.

— Der Fadingeffekt, von Dr. Bergmann 52. 232.

— Drahtlose Fernbremsung von Eisenbahnzügen 17. 187.

— Das Fernsehen ohne Draht, von Rudenia 16a. 817.

— Frequenz-Multiplikationsanordnung, die maschinelle ... von W. Dornig, von Dr. Resper 29. Bd. 23 S. 44.

— Funkdienst, der nautische ..., von Brehm 50. Beil. (Funk-Praxis) 27.

— Der Funknachrichtenverkehr in Volks- und Weltwirtschaft, von Dr. Rentrop 65. Jahrg. 2 Heft 2 S. 3, Heft 3/4 S. 21.

— Die Funktelegraphie im Geschäftsbericht des Internationalen Büros des Telegraphenvereins in Bern 55. Beil. (Der Funkverkehr) 66, 17. 176.

— Funktelegraphie zur See 55. Beil. (Der Funkverkehr) 67, 17. 143.

Allgemeines. Funktürme, von Bourquin 16a. 1305.

— Herz, Heinrich, der Entdecker der »Welle« 24a. 84.

— Der Hochfrequenzmaschinen-Sender, von Dr. Dorn 16. 1169.

— Konferenz in Genf zur internationalen Verständigung auf dem Gebiete des Funksprechwesens 17. 135, 24a. 13. 29a. 309, 16a. 1379.

— Kopplungen, über kapazitive ... in induktiv gekoppelten Hochfrequenzkreisen, von Herzog 49. Jahrg. 6 Heft 3 S. 27.

— Kurvenform, zur Bestimmung der ... von Wechselström mit Hilfe der Braunschen Röhre, von Casper, Hubman und Jened 29. Bd. 23 S. 32.

— Die elektrischen Lautsprecher, von Rymann 5. 366.

— Luftleiter und Blitzgefahr, von Rhein, Ingenieur 16a. 123.

— Luftstörungen und Gewitter 16a. 1369.

— Marconi, zu seinem 50. Geburtstag, von Dr. Vertes 52. 36.

— Dzean, über den ... mit 200 m-Welle, von Esau 24. Heft 2 Beil. (Funkbastler) 10.

— Radiopfeiler 27. 419.

— Radiotelegraphie und Geheimschrift 51. 49.

— Die Resonanzkurven bei verschiedenen Dämpfungstypen, von Roschansky 29. Bd. 23 S. 23.

— Der Rückkopplungsempfänger, von Scheiffler, Studierm. 24a. Beil. (Funkbastler) 19.

— Rundfunk und Weltsprache 39. 138. 157, 24a. 61, 17. 17. 16a. 1386.

— Rundfunkempfang und Feuergefährdungen 66. 275.

— Schwingungen, über erzwungene ... in gekoppelten Elektronenkreisläufen, von Rossmann und Jened 29. Bd. 23 S. 47.

— Sicherheitsmaßnahmen für Hochantennen, von Münch 24. Heft 2 Beil. (Funkbastler) 6.

— Störungen, über ... beim Radio-Empfang von Lübeck 29. Bd. 23 S. 57.

— Die Technik des Rundfunks, von Prof. Leithäuser 24. 63. 87.

— Die drahtlose Telegraphie im nahen Orient 21. 373.

— Drahtlose Telephonie und Rundfunk, von Dr.-Ing. Trautwein, Postrat 21. 390.

— Das Verhältnis von induktiver und direkter Kopplung, von Rossmann und Jened 29. Bd. 23 S. 54.

— Versuche über Telephonie mit Doppelgitterröhren, von Hamm 29. Bd. 23 S. 41.

— Die Vorgänge in der Elektronenröhre, von Dr. Ley 52. 260.

— Zeppelin, die drahtlose Station in der Gondel des ... Amerika bestimmen ... (Funkkabine) 52. 489.

Deutschland. Die Anwendung der §§ 3 Abs. 2, 9 des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs seit dem 1. Januar 1923, von Sebastiani, Postinspektor 55. Beil. (Der Funkverkehr) 92, 50. Beil. (Funk-Praxis) 41.

— Flugicherungsdienst durch Flughafenfunkstellen 17. 150.

— Funktelegraphie in der deutschen Handelschifffahrt, von Behner, Direktor 55. Beil. (Der Funkverkehr) 100.

— Die Funktelegraphie in der Reichstelegraphenverwaltung, von Dr.-Ing. Harbich, Oberpostrat 21. 519, 40. 172.

— Grundfragen des Radio-Verkehrsrechts 15. 464.

— Königswusterhausen und Zehlendorf (Die zwanzig Sender des Reichsposts, die Empfangsstellen mit Rahmenantennen), von Dr.-Ing. Harbich 24a. 93, 55. Beil. (Der Funkverkehr) 99. 111, 21. 615, 16a. 1309. 1431.

— Nauen, von Dipl.-Ing. Sahn 16a. 749, 49. Jahrg. Heft 36 S. 48.

— Neuordnung des Rundfunks 17. 91. 155, 20. Bd. 40 S. 7. 55. Beil. (Der Funkverkehr) 73. 81. 97. 105. 113, 4. Jahrg. 6 Heft 36 S. 5, 48a. Heft 1 S. 8, 51. 31, 21. 63. 50. Beil. (Funk-Praxis) 2. 14.

— Pfändung — durch Funkpruch, von Dr. Karger, Rechtsanwalt 24a. 92.

— Presse-Rundpruchsdienste, die neuen drahtlosen ... 17. 18. 55. Beil. (Der Funkverkehr) 118.

— Das Recht auf die Hausantenne 24a. Beil. (Funkbastler) 34. 67, 16a. 1241, 41. 259.

— Rundfunk im Eisenbahnzug 68. 373, 24a. 69.

tschland. Rundfunk und Erfindungsschutz, ein Wort über die Patentlage 48a. Heft 2 S. 20.
Sprachverstärker, der neue ... für 3 KW in Rauen 49. Jahrg. 6 Heft 36 S. 41.
Überseerbindungen, die deutschen drahtlosen ..., von Quäd, Direktor 55. Beil. (Der Funkverkehr) 107.
Die Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs vom 8. März 1924 15. 382, 48a. Heft 2 S. 3.
Wirtschafts-Rundpruchdienst, der drahtlose ..., von Haad 55. Beil. (Der Funkverkehr) 85.
Das drahtlose Zeitsignal für Deutschland — ein Weltsignal 17. 106.
land. Die Organisation des britischen Funkdienstes (Verstaatlichung des Funkwesens) 24a. 30, 16a. 1259.
Weltsunknetz 50. Beil. (Funk-Praxis) 56, 55. Beil. (Der Funkverkehr) 118.
ntreich. Vorschriften für private Funkanlagen 55. Beil. (Der Funkverkehr) 68.
sterreich. Das Funkwesen in Österreich 24a. 78.
weiz. Private Funkanlagen 29a. 308, 16a. 1381.

Tschechoslowakei. Das Funkwesen in der Tschechoslowakei 24a. 124, 29a. 308.
Ungarn. Rundfunk 55. Beil. (Der Funkverkehr) 119.
Amerika. Argentinien. Die neue argentinische Großstation Monte Grande bei Buenos Aires 49. Jahrg. 6 Heft 36 S. 33.
 — — Gesetzliche Regelung der Funktelegraphie 55. Beil. (Der Funkverkehr) 60, 51. 48.
 — Canada. Rundfunk bei den Staatsbahnen 68. 357, 51. 50.
 — Vereinigte Staaten von Amerika. Jahresbericht der Radio Corporation of America für 1923 55. Beil. (Der Funkverkehr) 74.
 — — Der Kampf um die Freiheit der Luft 16a. 747.
Asien. China. Funktelegraphie in China 55. Beil. (Der Funkverkehr) 86. 118, 16a. 1259. 1386.
 — Japan. Nachrichtenendienst in Japan 55. Beil. (Der Funkverkehr) 110. 119.
 — Mandschurei. Die Funktelegraphie in der Mandschurei 16a. 1316.
Australien. Rundfunk in Australien 24a. Beil. (Funkbastler) 76.

Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechrecht.

A. Postrecht.

Keine Schadenerschuld bei Postordnungsmäßiger Lieferung eines für einen Abholer bestimmten Pakets an einen Betrüger (§§ 48, 49 PG; 42 PD).

RG Minden vom 22. März 1921—C 608/20.

Die Firma S. u. W. lieferte am 27. März 1920 bei dem Postamt in B. ein Wertpaket an T. in R. auf. Die Post stellte das Paket dem Empfänger, der seine Postfächer auf Grund einer Abholungserklärung abholen ließ, zur Abholung bereit. Am 1. April wurde das Paket einem Unbefugten am Schalter unter Angabe der vorher abgeholt, mit der Unterschrift des Empfängers vollzogenen Paketkarte ausgehändigt. Der Empfänger verlangte, nachdem er sich den vermeintlichen Schadenersatzanspruch des Absenders gegen die Post hatte abtreten lassen, von der PD Minden Schadenersatz. Das Amtsgericht in Minden wies die Klage ab. Aus den Gründen:

»Da der Kläger seine Postfächer auf Grund der üblichen Abholungserklärung vom Schalter abholt bzw. abholen läßt, so ist die PB nach § 48 des PG vom 28. Oktober 1871 für die richtige Bestimmung des Pakets selbst nicht verantwortlich; auch liegt ihr mangels eines besonderen hierüber getroffenen Abkommens eine Prüfung der Legitimation desjenigen, der sich zur Abholung gemeldet hat, nicht ob. Die PB haftet daher auch nicht, wenn — wie offenbar im vorliegenden Fall — ein Unberechtigter die Paketkarte abgeholt und sodann nach Fälschung der Quittung des Klägers die Wertsendung in Empfang genommen hat, da sie nicht verpflichtet ist, die Echtheit der Unterschrift unter dem Namen des Empfangsberechtigten unterschriebenen Abholungsschein zu untersuchen (§ 49 a. a. D.)¹⁾. Fraglich ist nur, ob die Postverwaltung die Paketkarte dem Kläger »relementsmäßig hat ausliefern lassen«, was Kläger bestritten und wofür er die Beklagte beweispflichtig hält. Dies erscheint aber nicht zutreffend. Wie die Beklagte richtig ausführt, ergibt sich aus der Natur des im § 42 der PD vom 28. Juni 1917 näher geregelten Abholungsverfahrens, daß der PB der vom Kläger verlangte Beweis nicht zugemutet werden kann, da diese sonst, um ganz sicher zu gehen, die Paketkarte an den Empfänger selbst und nur gegen Empfangsbescheinigung in Gegenwart des Ausgabebeamten ausshändigen würde²⁾. Eine solche Behand-

lungsweise würde offensichtlich dem Zwecke des Abholungsverfahrens, das die Abholungsformalitäten vereinfachen will und für größere Geschäfte geradezu eine Notwendigkeit ist, aufs schärfste widersprechen. Die PB hat deshalb lediglich dafür zu sorgen, daß sie das Sortiergehäfte an den Ausgabebeamten von ordnungsmäßig ausgebildeten und zuverlässigen Beamten wahrnehmen läßt, für deren nachweisbare strafbare Handlungen sie haftet³⁾. Ein weiterer Beweis kann ihr nicht zugemutet werden, ohne, wie schon erwähnt, den wichtigsten Zweck des Abholungsverfahrens in Frage zu stellen. Daß die PB im vorliegenden Falle unzuverlässige Aushilfsbeamte mit diesem Geschäft betraut hat, ist vom Kläger nicht behauptet worden. Es soll nicht verkannt werden, daß hiermit für diejenigen, die ihre Sendungen auf Grund von Abholungserklärungen abholen lassen, ein erhebliches Risiko verbunden ist. Diese Gefahr, für deren Folgen die Post ihre Haftung durch die §§ 48, 49 des PG beseitigt hat, muß eben bei dem Abholungsverfahren mit in den Kauf genommen oder durch ein besonderes in § 48 a. a. D. vorgesehenes abweichendes Abkommen ausgeschlossen werden⁴⁾.«

2. Schadenerschuld bei der PD, wenn vom Inhalt einer beschädigten Sendung während dessen Feststellung am Bestimmungsort in Gegenwart eines Beauftragten des Empfängers etwas abhanden kommt (PD § 35 II, III).

OLG Stuttgart, 1. BS, vom 2. Juni 1922, U Nr. 78/1921.

Ein von der Firma M. aufgelieferter Wertbrief über 3900 M ging beschädigt am Bestimmungsort ein. Die Feststellung des Inhalts des Briefes in Gegenwart des Beauftragten D. der Empfängerin ergab, daß eine echte Perle im Werte von 12 000 M fehlte. Die Absenderin verlangte Schadenersatz in Höhe des angegebenen Wertes. Da die OPD Stuttgart Zahlung verweigerte, verklagte die Absenderin die Post. Das Landgericht Stuttgart verurteilte die OPD. Diese legte Berufung ein. Im Laufe der

¹⁾ Die Post haftet jedoch in keinem Falle über die Bestimmungen der §§ 6 bis 12 PG hinaus. Vgl. RG vom 1. Juni 1923 in RGZ 107 S. 41 = Archiv 1924, S. 76.

²⁾ In diese »besonderen Abkommen« wird aber nach den AB zur PD § 42 I folgende Bestimmung aufgenommen:

»Durch das Abkommen wird eine Vertretungsverbindlichkeit von der Postverwaltung überhaupt nicht, auch nicht für den Fall übernommen, daß aus einem Versehen das Verfahren nicht innegehalten worden ist, das für die Prüfung der Empfangsberechtigung des Abholenden verabredet worden ist.«

Dies hat das Gericht offenbar übersehen. —

Das Urteil ist übrigens auch in der Verkehrszrechtlichen Rundschau 1 S. 131 und in Eger Eisenbahnrechtliche Entscheidungen Bd. 38 S. 277 abgedruckt.

³⁾ Vgl. dazu § 43 II PD vom 22. Dezember 1921; Ushenborn Anm. 1 zu § 49 S. 300. Ein im gleichem Sinne ergangenes Urteil des OLG Dresden vom 6. Juli 1903 ist abgedruckt im Archiv 1903 S. 723.

⁴⁾ Vgl. so auch Ushenborn (PG Anm. 2 zu § 48 S. 295 und vom 29. Mai 1906 in RGZ 63 S. 337 = Archiv 1907 S. 251,

Berufung zeigte die Klägerin an, daß D. bei der Feststellung des Inhalts des Wertbriefes am Bestimmungsort die Perle entwendet habe. Diese sei der Absenderin zurückgegeben worden. Die Hauptsache erklärten die Parteien nunmehr für erledigt. Die Kosten wurden vom OLG Stuttgart der beklagten PPD auferlegt. Aus den Gründen:

»Nachdem die gestohlene Perle der Eigentümerin zurückerstattet ist, hängt die Entscheidung über die Pflicht zur Kosten-
tragung davon ab, welche Partei im Rechtsstreit unterlegen wäre, wenn das Ereignis, welches die Klage erledigt hat, nicht eingetreten, wenn also die Klägerin nicht wieder in den Besitz der gestohlenen Perle gekommen wäre. Daß D. die Perle an dem Postamt S., als ihm der beschädigte Wertbrief zwecks Kontrollierung seines Inhalts zur Eröffnung auf dem Postamt ausgehändigt worden war, in diebstahliger Absicht aus dem Umschlag an sich genommen hat, nehmen beide Parteien übereinstimmend an. Auch der Senat ist auf Grund der Strafkassationsurteile dieser Überzeugung. Das Strafkammerurteil trifft Feststellungen über Ort und Art der Ausführung des Diebstahls nicht. Nach den vom Postamt S. getroffenen Feststellungen war zwar D. von seinem damaligen Prinzipal, der Firma S. & Cie., der Post gegenüber bevollmächtigt, den angekommenen Wertbrief für die Firma S. & Cie. in Empfang zu nehmen. Tatsächlich hat er ihn aber nicht in Empfang genommen, sondern im Gegenteil die Annahme des Briefes für S. & Cie. ausdrücklich verweigert und den Brief auf dem Postamt zurückgelassen, nachdem durch Eröffnen desselben festgestellt war, daß die Perle, welche der Wertbrief nach dem beigelegenen Begleitschreiben enthalten sollte, fehlte. Die Eröffnung des beschädigten Wertbriefes und die Feststellung seines Inhalts war nach § 35 Abs. 2 der PO vom 28. Juli 1917 amtliche Obliegenheit des Postbeamten, der hierbei nach Abs. 3 tunlichst einen Zeugen hinzuziehen sollte⁹⁾. Wenn also der Postsekretär R. den beschädigten Brief dem D. übergab, damit ihn dieser öffne und auf seinen Inhalt untersuche so bediente sich R. zwecks Verrichtung einer Arbeit, die ihm selbst oblag, der Hilfe des D. Dieser handelte beim Eröffnen und Durchsuchen der beschädigten Postsendung als Gehilfe des Postbeamten und nicht als Vertreter der Firma S. & Cie. Der letzteren Firma sollte der beschädigte Brief zunächst noch nicht ausgehändigt werden, eine endgültige Aushändigung der Sendung an den Empfänger kam erst in Frage, nachdem durch Eröffnung und Untersuchung des Briefes festgestellt war, ob ein Verlust eingetreten ist oder nicht. Die Aushändigung der Postsendung an den Empfänger sollte erst nachher an den Vertreter der Firma S. & Cie. Otto S. erfolgen. Diesem hatte D. ausgerichtet, er möge zur Post kommen, da aus dem Wertbrief eine Perle abhanden gekommen sei. Erst durch Übergabe des Briefes an S. wäre die Post ihrer Ablieferungspflicht nachgekommen. S. verweigerte aber die Annahme des Wertbriefes wegen Fehlens der Perle. Zu einer Ablieferung des Briefes an den berechtigten Empfänger kam es also überhaupt nicht, vielmehr blieb die Sendung im Gewahrsam der Post. Der Diebstahl wurde somit ausgeführt, ehe die Sendung dem berechtigten Empfänger ausgehändigt war, weshalb der Beklagte für den Verlust der Perle Ersatz zu leisten gehabt hätte, falls nicht die Eigentümerin der Perle (Klägerin) durch Zufall — die Perle wurde ihr nämlich später durch einen Dritten zum Kauf angeboten und von ihr als die gestohlene erkannt — wieder in den Besitz des gestohlenen Gutes gelangt wäre. Daraus folgt, daß der Beklagte sämtliche Kosten des Rechtsstreits zu tragen hat.«

3. Keine Ersatzpflicht der Post für ein beschädigtes Wertpaket, wenn die Beschädigung durch mangelhafte Verpackung verursacht ist (PO § 6 Abs. 3 unter a).

AG Karlsruhe vom 7. März 1922, 4 ZS 865/21 und LG Karlsruhe, 1. ZR, vom 11. Juli 1922, 1. ZBR 23/22.

Kläger lieferte am 1. Juli 1920 beim Postamt in Pf. ein Paket mit Wertangabe von 100 Frank, enthaltend Doublewaren, an C.

⁹⁾ Jetzt PO vom 22. Dezember 1921 a. a. D.

⁹⁾ Das Urteil mahnt zur Vorsicht bei Feststellung des Inhalts beschädigter Sendungen.

L. in Kairo auf. Das Paket bestand aus einem Holzstischen und Papierumschlag und kam Mitte Februar 1921, nachdem der Empfänger die Annahme wegen Beschädigung verweigert hatte, in zerrümpeltem Zustand zurück. Der Absender verlangte von PPD Karlsruhe im Wege der Klage 800 M Schadenersatz. Das Amtsgericht Karlsruhe wies die Klage kostenpflichtig ab, das Landgericht Karlsruhe wies die Berufung der Klägerin zurück. Aus den Gründen des Amtsgerichts:

»Nach § 6 Abs. 3 unter a des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 ist die Verbindlichkeit der PB für Ersatzleistung abgeschlossen, wenn die Beschädigung durch eigene Fahrlässigkeit des Absenders herbeigeführt worden ist. Es ist Tatfrage, ob die Beschädigung des Kistchens samt Inhalt dadurch entstanden ist, daß die Verpackung für den Seetransport und für die weite Entfernung nicht stark genug beschaffen war. Schon § 15 I der Postordnung vom 20. März 1900⁷⁾ schreibt vor, daß die Verpackung nach Maßgabe der Beförderungsstrecke, des Umfangs der Sendung und des Inhalts haltbar und sicher eingerichtet sein müsse. Daß derartige Kisten, wie sie der Kläger gewöhnlich hat, mit einer Wandstärke von 5, 5½ und 6 mm Dicke für einen Überseetransport nicht stark genug seien, sondern daß bei starkem und hartem Holz eine Wandstärke von mindestens 7½ mm in Anspruch genommen werden mußte, hatte die Erfahrung schon vor dem Kriege gelehrt. Schon im Jahre 1913 hat das Postamt Pf. die Handelskammer Pf. ersucht, auf die Ausfuhrfirmen einzuwirken, daß künftig nur derartig starke Verpackungen gewährt werden sollten. Die Handelskammer hat in einem Hinweis die Lokalpresse in Pf. darauf aufmerksam gemacht, daß die Verpackung derartiger Paketsendungen aus mindestens 7½ mm dicken Kisten von starkem, hartem Holz sein müsse, sonst kein Anspruch auf Schadenersatz erhoben werden könne. Dieser Hinweis des Beklagten in den öffentlichen Blättern mußte den Interessenten Veranlassung geben, künftighin in der Verpackung derartig stark einzurichten. Wenn sie es gleichwohl unterließen, so handelten sie auf ihr Risiko. Der Kläger kann sich auch nicht darauf berufen, daß ihm diese Notiz in den Lokalblättern unbekannt geblieben sei. Sicher werden derartige Hinweise in den Kreisen der Exporteure besprochen. Ist aber auch Pflicht derselben, sich selbst darüber Gewißheit zu verschaffen, welche Verpackung für Überseetransporte notwendig ist. Die Klägerin hat daher fahrlässig gehandelt, wenn sie trotz des Hinweises des Postamts und der Handelskammer für die Sendung eine schwächere Verpackung als eine 7½ mm starke Kiste wählte. Die Klägerin kann sich auch nicht darauf berufen, daß das Postamt die Sendung unbeanstandet angenommen habe. Die Post war gar nicht in der Lage, bei der Annahme die Dicke der Kistenbretter feststellen zu können, zumal das Paket sich ja noch in einem Umschlag befand. Außerdem hat nach § 27 III der Postordnung vom 28. Juli 1917⁸⁾ der Absender, auch wenn die Annahme einer Sendung nicht bestanden worden ist, alle Nachteile zu vertreten, die aus unschriftswidriger Verpackung, Verschlüsselung und Aufschrift entstehen. Die Klage war daher abzuweisen.«

Das Landgericht trat den Ausführungen des Amtsgerichts bei und führte besonders aus, daß die Behauptung des Klägers, der Schaden sei nur durch unschöne Behandlung des Pakets entstanden und hätte auch durch Verwendung einer stärkeren Kiste vermieden werden können, ohne jede tatsächliche Grundlage sei.

B. Telegraphen- und Fernsprechrecht.

Zum Verbot der gewerbsmäßigen Anmeldung von Ferngesprächen; Rechtsnatur der Fernsprechordnung (§ 17 III FernSpreG vom 21. Juni 1924 und § 17 II ZD von 1921/1922).

RG 11. ZS vom 9. Mai 1924 — 11 U. 8806, 22.

Die Jfsta, eine Fernsprechteilnehmerin, betrieb gewerbsmäßig die Anmeldung von Ferngesprächen für Gewerbetreibende, die mit ihr langfristige Verträge abschlossen und bei ihr Nebenanstellungen

⁷⁾ Jetzt PO vom 22. Dezember 1921, § 15 I.

⁸⁾ Ebenso jetzt in PO vom 22. Dezember 1921, § 27 III.

anbringen lassen. Zu diesen Kunden der Zsta gehörte die Firma W. Die RW hatte der Zsta die Fortführung des Beschlusses auf Grund des § 17 II, Schlußabsatz der ZD von 1921/1922 erteilt. Die Zsta und die Firma W. hielten dieses Verbot für zulässig und die ZD in diesem Punkte für ungültig, weil sie in öffentlichem Interesse erlassen wäre, in die Gewerbebetriebe der Zsta und ihre persönliche Freiheit eingriffe und die dem Reichspostminister eingeräumte Verordnungsgewalt überschritte. Die Firma W. erhob gegen die DRP Berlin Klage auf dem Antrag, 1. festzustellen, daß der Reichspostminister nicht befugt sei, der Zsta die gewerbmäßige Anmeldung von Ferngesprächen zu verbieten, sondern sie gestatten müsse; 2. festzustellen, daß der Reichspostminister nicht berechtigt sei, der Firma W. die Anmeldung von Ferngesprächen durch die Zsta zu verbieten, sondern sie gestatten müsse; 3. festzustellen, daß der Reichspostminister allen Schaden zu erstatten habe, der der Zsta und Firma W. durch die Untersagung der Anmeldung entstanden und noch entstehe.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen und das Kammergericht hat die Berufung der Zsta zurückgewiesen. Entscheidungsründe:

Das Landgericht erblickt in dem ersten Feststellungsbegehren der Klägerin lediglich das Verlangen, als Vorfrage für den Schadensersatzanspruch aus widerrechtlichem Eingriff in ihre Gewerbebetriebe die Rechtsgültigkeit der § 17 II Abs. 5 der ZD auszusprechen; es erachtet die Nachprüfung im ordentlichen Rechtsweg für zulässig, die Bestimmung des § 17 II Abs. 5 für rechtsgültig, den Eingriff in den Gewerbebetrieb der Zsta deshalb nicht für rechtswidrig; eine Entschädigung wegen Aufhebung besonderer Rechte und Vorteile zugunsten der Allgemeinheit sei nicht begründet, weil den Klägerinnen kein besonderes Recht darauf zustehe, die Fernsprecheinrichtung dauernd in der gleichen Weise zu benutzen. Die Klägerinnen beanstanden in der Berufung nur die sachliche Entscheidung; der Beklagte (die DRP) hat aber auch hier die Unzulässigkeit des Rechtsweges geltend gemacht und muß damit durchdringen, sonst es sich um die ersten beiden Feststellungsansprüche handelt.

Diese Ansprüche berühren nicht nur eine Vorfrage des Schadensersatzanspruches, sondern richten sich gegen die Bestimmung des § 17 II Abs. 5 der ZD selbst, indem ausgesprochen werden soll, daß das Verbot der gewerbmäßigen Anmeldung von Ferngesprächen rechtswidrig ist. Die ZD vom 25. August 1921 (deren hier angefochtener § 17 II Abs. 5 wörtlich in die spätere ZD vom 21. Dezember 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 931) übernommen ist — ist vom Reichspostminister mit Zustimmung des Reichsrats erlassen. Sie beruht auf dem § 12 des ZGebG vom 11. Juli 1921 (Reichsgesetzbl. S. 913) in Verbindung mit dem damals noch geltenden Artikel 88 Abs. 3 der RW. Danach wurden, sofern nicht das ZGebG selbst Bestimmungen trifft, die Bedingungen für die Benutzung der Fernsprecheinrichtungen vom Reichspostminister mit Zustimmung des Reichsrats durch Verordnung festgesetzt. Daß der § 17 ZD, überschrieben der Fernverkehr, unter den § 12 Abs. 1 des ZGebG fällt, kann keinem Zweifel unterliegen. Diese Verordnung ist nicht bloß eine reine Verwaltungsordnung, sondern eine Ausführungsverordnung mit Gesetzeskraft¹⁰⁾. Was hier von den berufenen Organen zur Durchführung des Reichsfernverkehrs be-

stimmt wurde, unterlag ihrem pflichtgemäßen Ermessen; die Ordnungsmäßigkeit der Betriebsanordnung nachzuprüfen, ist nicht Sache des ordentlichen Gerichts; es kann weder auf Vornahme noch auf Unterlassung einer bestimmten Betriebsanordnung vorgegangen werden¹¹⁾. Es ist auch nicht zulässig, die Nachprüfung eines solchen Staatshoheitsaktes unter Berufung auf die Verletzung allgemeiner Grundrechte der Gewerbefreiheit und des Eigentums in der Form eines bürgerlichrechtlichen Schadensersatzanspruches zu erzwingen, ganz abgesehen davon, daß auch die Grundrechte sich nur im Rahmen des Gesetzes halten und das Postmonopol der Gewerbefreiheit vorgeht (S. § 5 Gew. D.)¹²⁾.

Zulässig ist der Rechtsweg, soweit die Klägerinnen unabhängig von der Rechtsgültigkeit des § 17 II Abs. 5 der ZD einen Schadensersatzanspruch geltend machen. Dieser Anspruch ist aber unbegründet. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Maßnahmen der RW sich als eine Anschlußsperre oder Aufhebung im Sinne des § 28 II ZD darstellen und deshalb jede Schadensersatzpflicht schon nach § 29 II Z. 2 der ZD ausgeschlossen ist.

Eine vertragliche Grundlage hat der Schadensersatzanspruch nicht. Die Teilnahme an den öffentlichen Einrichtungen der Post- und Telegraphenverwaltung, insbesondere auch die Legung eines Fernsprechan schlusses, begründet kein privatrechtliches Vertragsverhältnis, sondern lediglich öffentlichrechtliche Beziehungen, die durch die Inanspruchnahme der Betriebsanlagen und Zulassung dazu entstehen (S. auch RG Bd. 98 S. 342). Störungen dieser Beziehungen oder Eingriffe in sie rechtfertigt Dienstaufsichtsbeschwerde, aber nicht vertragliche Schadensersatzansprüche¹³⁾.

Aber auch eine gesetzliche Grundlage für den Schadensersatzanspruch ist nicht gegeben. § 5 des Telegraphengesetzes vom 6. April 1892 (Reichsgesetzbl. S. 467) enthält nur eine Folgerung aus dem Postregal im § 14¹⁴⁾; aus dem ausschließlichen Recht zum Betrieb der Fernsprechanlagen und dem Zwecke des Telegraphenregals, der Allgemeinheit einen einheitlichen Fernsprechverkehr zu sichern, folgt die Pflicht

vor allem auf dem Gebiet des Fernsprechwesens, bereits im Artikel 88 Abs. 3 RW vorgesehen. Das Reichspostfinanzgesetz ändert die Rechtsnatur und Wirkung des Verordnungsrechts des Reichspostministers nicht, befreit vielmehr den Reichspostminister nur von der Mitwirkung verschiedener anderer Stellen, insbesondere von der verfassungsmäßig vorgesehenen Mitwirkung von Reichstag und Reichsrat.

¹¹⁾ Vgl. hierzu auch die Entscheidung des Reichsgerichts im Archiv 1913 S. 680 = Gruchots Beiträge 57 S. 1042. Die Entscheidung des Kammergerichts zu den Klageanträgen 1 und 2, daß der Rechtsweg unzulässig ist, entspricht der Auffassung der DRP.

¹²⁾ Der § 5 der Gewerbeordnung lautet:

»In den Beschränkungen des Betriebs einzelner Gewerbe, welche auf den Zoll-, Steuer- und Postgesetzen beruhen, wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.«

Zu den »Postgesetzen« im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die Bestimmungen über das Telegraphen- und Fernsprechwesen (TeleG, Gewerbeordnung 18. Auflage S. 45; Landmann, Gewerbeordnung 5. Auflage Bd. I S. 71, 72).

¹³⁾ Zu der Frage, welche Rechtsnatur dem Teilnehmerverhältnis zukommt, hat das Reichsgericht in dem Urteil RGZ 98 S. 342 keine bestimmte Stellung eingenommen, es neigt aber grundsätzlich der privatrechtlichen Auffassung zu. Um so erfreulicher ist es, daß jetzt das Kammergericht in so entschiedener Weise sich zu der öffentlichrechtlichen Auffassung (vgl. Neugebauer im Archiv 1921 S. 482, Bd. 1924 S. 38 Anm. 14) bekennt.

¹⁴⁾ »Postregal« soll richtig heißen »Telegraphenhoheitsrecht.« Die Stellung der DRP als Trägerin von Hoheitsrechten (vgl. Archiv 1921 S. 476 Anm. 5) hat durch das Reichspostfinanzgesetz keine Änderung erfahren (vgl. Schemm Archiv 1924 S. 42 Anm.). Ob die Zulassungspflicht aus § 5 TG sich aus dem Hoheitsrecht der DRP ergibt, unterliegt Zweifeln. Die Pflicht der DRP ist eine der Betriebspflichten, die ihr als öffentlicher Staatsverkehrsanstalt, die sie nach wie vor bleibt, obliegt. Die öffentlichrechtliche Natur dieser Pflicht, die zur Folge hat, daß über diese Pflicht vor den ordentlichen Gerichten nicht gestritten werden kann, wird vom Kammergericht mit Recht betont. Gleicher Ansicht sind

Vergleiche jetzt § 17 III letzter Abs. ZD vom 21. Juni 1924 (Reichsgesetzbl. S. 371).

¹⁰⁾ Das Kammergericht hat sich damit auf den von der DRP langem vertretenen Standpunkt gestellt, daß die ZD von 1921 sogenannte »Rechtsverordnung« war (vgl. darüber auch Neugebauer im Archiv 1921 S. 483 und Archiv 1923 S. 64 Anm. 2a). Die gleiche Rechtsnatur kommt der ZD vom 21. Juni 1924 zu. Sie ist zwar auf Grund des § 2 Reichspostfinanzgesetzes erlassen; doch hat dies keine Änderung ihrer Rechtsnatur zur Folge. Wie in der Begründung zum Postfinanzgesetz Reichstagsdruck 1920/24 Nr. 6590 S. 7 = Archiv 1924 S. 20) vorgehoben ist, war das in § 2 des Reichspostfinanzgesetzes enthaltene Verordnungsrecht des Reichspostministers, soweit es nicht auf bisher von der DRP nicht besorgte neue Verkehrswege (vgl. § 6 Reichspostfinanzgesetzes) erstreckt, mithin

der RAB, jedermann gleichmäßig zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsanstalt zuzulassen. Diese Pflicht ist öffentlich-rechtlicher Natur und begründet keinen Rechtsanspruch des einzelnen auf Erfüllung, also auch keinen im Rechtswege verfolgbaren Schadenersatzanspruch wegen Nichterfüllung. Auch aus § 75 E. n. L. AB können die Klägerinnen ihren Anspruch nicht herleiten. Sie meinen, sie seien durch die FD gezwungen, wohlverworbene Rechte zum Besten der Allgemeinheit aufzuopfern; dazu seien sie ohne Entschädigung nicht verpflichtet. Allerdings ist § 75 AB E. n. L. auch gegenüber dem Reiche anwendbar; denn er ist für preussisches Gebiet gültiges Privatrecht, dem auch das Reich unterworfen ist, soweit es in diesem Gebiet Maßnahmen trifft (s. Art. 109 GG z. BGB Art. 89; pr. A. G. z. BGB). Ob der Gewerbebetrieb der Jsta und das Vertragsverhältnis der Firma W. zu ihr zu den »wohlverworbenen Rechten« gehören, kann auf sich beruhen. Hinsichtlich der Firma W. ist nicht ersichtlich, inwiefern sie es nötig hätte, ihre Ferngespräche statt selbst gerade durch die Jsta anzumelden; von den Ferngesprächen ist sie in keiner Weise ausgeschlossen. Auch die Jsta setzt ihren Betrieb, wenn auch in veränderter Form, unbehindert fort. Der § 75 E. n. L. AB gilt nach der Kab.-Ordnung vom 4. Dezember 1881 nur für Verwaltungsmaßnahmen, nicht für Eingriffe unmittelbar durch

für die gleichliegende Frage im Postrecht Rawiaszky in der österreichischen Zeitschrift für Post und Telegraphie 1912 S. 147, Maher, Deutsches Verwaltungsrecht 2. Aufl. II S. 492; Neugebauer im Archiv 1912 S. 498 und in Jur. Wochenschrift 1924 S. 400. Im übrigen hat das Kammergericht übersehen, daß § 5 TG nur die Zulassung zum Telegrammverkehr sowie die Zulassung zu einer »telephonischen Unterhaltung« regelt, mithin für das Fernsprechtwesen nur die Zulassung zur Benutzung öffentlicher Sprechstellen, die »von jedermann zur Führung von Gesprächen benutzt werden können« (§ 15 FD von 1922 und 1924). Hier kam die Zulassung zum Teilnehmerverhältnis in Frage, die in § 6 TG geregelt wird (Scholz, Postrecht § 223 VI S. 769; RGZ 86 S. 313), wobei freilich das Ergebnis im wesentlichen das gleiche bleibt: § 6 TG räumt unter gewissen Voraussetzungen den Grundstückseigentümern lediglich einen öffentlich-rechtlichen Anspruch auf Anschluß des Grundstücks an das Ortsnetz ein, der im Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten nicht verfolgt werden kann (vgl. RGZ 86 S. 314, abgedruckt im Archiv 1924 S. 38 Anm. 14; Scholz, Postrecht § 229 II S. 818; Wolde, Telegraphenrecht Bd. 1 S. 125 Anm. 2; OLG Hamburg vom 7. April 1909, Deutsche Verkehrszeitung 1913 S. 257).

Gesetz; denn es soll nur die einzelne Maßnahme, die die Absicht des Gesetzes den einzelnen in seinen Rechten schädigt, die aber doch im öffentlichen Interesse durchgeführt werden muß, eine Entschädigung aus Billigkeitsgründen rechtfertigen, wogegen auch der Inhaber wohlverworbenen Rechten sich die allgemeinen Anordnungen, denen jeder unterworfen ohne Entschädigung gefallen lassen muß. Dem Gesetz für Ausführungsverordnungen gleich; eine solche ist — wie bereits dargelegt — die FD. Veranlaßt nun das Verhalten des schädigten selbst das Eingreifen des Gesetzgebers, so kann einem »Aufopfern müssen« keine Rede sein. Wie die Begründung der FD ergibt (s. Druckf. des Reichsrats 1921 Bd. VI 211 zu § 17 der FD vom 25. August 1921), ist die Bestimmung des § 17 II Abs. 5 gerade deshalb erlassen, weil bei der Möglichkeit, das Fernsprechtleitungssystem infolge der Knappheit der Mittel und der Teuerung des Materials weiter auszubauen, das von der Jsta ins Werk gesetzte System der Sammelanmeldungen den auf Einzelanmeldungen zugeschnittenen Fernsprechtsbetrieb ganz wesentlich erschwerte. Danach kann Schadenersatzanspruch aus § 75 E. n. L. AB nicht hergeleitet werden¹⁵).

Auch sonstige Gesetzesbestimmungen, insbesondere die BGB über unerlaubte Handlungen, können den Schadenersatzanspruch nicht rechtfertigen. Denn sie alle haben schuldhaftes Verhalten des verantwortlichen Organs der Jsta zur Voraussetzung; ein solches kann aber bei einem gesetzgeberischen Staatshoheitsakt nicht Gegenstand der Untersuchung durch das ordentliche Gericht sein. Danach war die Berufung zurückzuweisen.

¹⁵ Die Stellung des Kammergerichts zur Frage der Wirkung des Eingriffs von Rechtsverordnungen in sogenannte »wohlverworbene Rechte« entspricht der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Danach ist für Eingriffe der Gesetzgebung, die »wohlverworbene Rechte« verletzen sollten, Entschädigung nur dann leisten, wenn das Gesetz sie besonders vorsieht (RGZ Bd. 46 254, Bd. 64 S. 184, Bd. 72 S. 88, Bd. 79 S. 65, Bd. 97 S. 104 S. 60; RG vom 26. März 1912 in der Jur. Wochenschrift 1912 S. 701 Nr. 32 und RG vom 20. Juli 1917 in E. n. L. Entscheidungen Bd. 34 S. 294); das gilt nach ständiger Rechtsprechung auch für Rechtsverordnungen, die allgemeinerbittliche Bestimmungen enthalten (RGZ Bd. 60 S. 327, Bd. 72 87).

Anmerkungen 9 bis 15 von Ministerialrat Dr. Neugebauer.

Archiv für Post und Telegraphie

herausgegeben im Auftrage des Reichspostministeriums

Erscheint vierteljährlich einmal. Vierteljähriger Bezugspreis 0,20 Reichsmark
Zu beziehen durch die Post, Einzelnummern durch den Verlag: Postzeitungsamt, Berlin W

4

Berlin, Dezember

1924

Inhalt: Die Post in alter und neuer Zeit, S. 141. — Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart, S. 149. — Die Rechtsstellung der Funk-
sendegesellschaften (Unterhaltungsrundfunk, drahtloser Brief- und Fernschriebsdienst), S. 152. — Die neuzeitliche Entwicklung des
Fernschriebsverkehrs für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland, S. 161. — Die Verwendung der Funktelegraphie im internationalen
Fernschriebsverkehr Deutschlands, S. 176. — Die Post in der Rheinpfalz seit 1800, S. 174. — Die Haftung der Post für Sendungen mit leicht ent-
zündlichem Inhalt, S. 186. — Aus dem Beamtenrecht, S. 187. — Kleine Mitteilung: Das Flettner-Motorschiff, S. 187. —
Leistungswerke: Neugebauer, Dr. Eberhard, Funkrecht, S. 188. — Lenz, Die Rechenmaschinen und das Maschinenrechnen, S. 189. —
Hoyer, Dr. Max, Deutschland in der Weltwirtschaft, S. 189. — Nachweis von Auffägen und Mitteilungen, S. 189. — Gerichtliche
Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprecht, S. 194.

Die Post in alter und neuer Zeit.

(La poste dans les temps anciens et modernes. Stockholm. Förlag: P. Heurgren.)

Herausgegeben von Paul Gerhard Heurgren.

Besprochen von Postrat Frank.

Aus Anlaß des Weltpostkongresses in Stockholm haben
Königlich Schwedische Generalpostverwaltung und
gehörige dieser Verwaltung eine Reihe wertvoller
Bücher und Schriften erscheinen lassen, die die Geschichte
des Postwesens, die Beziehungen der Post zur Zivil-
isation und zur Kultur, soziale Fragen der Postbeamten-
schaft und neuzeitliche posttechnische Einrichtungen zum
Gegenstand haben. Eins dieser Bücher, die in fran-
zösischer Sprache gehalten sind, heißt: »La poste dans
les temps anciens et modernes«. Mit diesem Werke
behandelt die Post in alter und neuer Zeit haben
Herausgeber Paul Gerhard Heurgren und seine Mit-
arbeiter ein Postlesebuch im besten Sinne des Wortes
verfaßt, ein Buch, dessen reicher Inhalt nicht nur dem
Postbeamten zuzugewandt wird, der seinen Beruf innerlich
liebt und in ihm Befriedigung sucht, sondern darüber-
aus allen denen Genüge tut, die dem Strome geistigen
Lebens in Vergangenheit und Gegenwart mit Teil-
nahme und Verständnis zu folgen vermögen. Dreizehn
Aufsätze von zwölf Verfassern zeigen uns die Post in zahl-
reichen Formen ihres Wesens und Wirkens und erschlie-
ßen dem Blick den befruchtenden Einfluß der Post auf
Kultur und Leben. Treffliche Abbildungen von Urkunden,
Postkarren, Postbetriebsmitteln usw. und ausgezeichnete
Kupferstiche der kaiserlichen Zeichnungen und Gemälde
stützen das erzählende Wort und erhöhen die Freude
am Gebotenen. Vorangestellt ist dem Buche ein Aus-
zug der Königin Christine vom Jahre 1645: »Die
Post ist für mich und die Krone, aber auch für alle meine
Untertanen nötig und nützlich«. Das Wort
wurde zu derselben Zeit gesprochen, als in Brandenburg
Kurfürst der Große Kurfürst, der Vetter Christinens, die
Post errichtete. Es erinnert zugleich an das Wort
des großen Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I., daß »die
Post vor den florissanten Zustand der Commercien hoch-
wichtig und gleichsam das Del vor die ganze Staats-
maschine« seien.

1.

Im ersten Aufsatz »Der Brief im Laufe von
fünf Jahrtausenden« beschreibt Baron Jo-
hannes von Rudbeck, der obere Leiter des Postmuseums
in Stockholm, den Werdegang des wichtigsten Nachrichten-
trägers. Felsen, Tempelmalereien und Denkmäler trugen
die ersten Schriftzeichen, durch die der Mensch seinen Ge-
danken dauernden Ausdruck zu geben suchte. Als man
begann, solche Zeichen auf einen beweglichen Gegenstand
zu übertragen, um diesen einer des Lesens kundigen
Person zu übermitteln, entstand der Brief. Die Entwick-
lung des Briefes ist in dem Aufsatz anschaulich und er-
schöpfend dargestellt. Die Darstellung gewinnt für den
deutschen Leser dadurch an Reiz, daß sie, wie mir der
Verfasser persönlich bestätigte, zum großen Teil auf
Studien im Reichspostmuseum in Berlin beruht. Bei
der Bedeutung, die dem Briefe für das Kulturleben der
Menschheit immer zukam und die er als Kern und Rück-
grat des Nachrichtenverkehrs für die Post stets gehabt
hat, dürfte eine flüchtige Betrachtung der wesentlichsten
Punkte des inhaltreichen Aufsatzes erwünscht sein.

In ältester Zeit schrieb man Briefe auf Holz, Stein,
Metall, Palmblättern, Häuten, im Laufe der weiteren
Entwicklung auf Papyrus, Webstoffen, Terrakotta, Seide,
Wachs. Je nach der Art der Unterlagen wurden die
Schriftzeichen mit scharfen, spitzen Werkzeugen eingehauen
oder eingeritzt oder mit Schreibrohr oder Pinsel farbig
aufgetragen. Im Mittelalter herrschten neben dem
Papyrus Pergament und Federkiel. Mit den beim
Fahren der Kreuzfahrer gelangten das Papier und die
Kunst seiner Herstellung nach dem Abendland. Der Feder-
kiel hielt sich bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.
Er wurde durch die Stahlfeder ersetzt, die ihrerseits schon
wieder durch die Schreibmaschine hart bedrängt wird.
Die bereits im 18. Jahrhundert erfundene Schreib-
maschine wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhun-
derts so verbessert, daß sie heute im amtlichen und ge-

schäftlichen Leben unentbehrlich ist und auch im persönlichen Briefverkehr immer mehr an Boden gewinnt. An der weiteren Vervollkommnung der Schreibmaschine wird unausgesetzt gearbeitet. Vielleicht ist der Tag nicht mehr fern, an dem jeder seine Schreibmaschine wie heute den Füllfederhalter in der Westentasche trägt.

In Ägypten, Babylonien, Assyrien und China wurden die Schreibkunst und die Kunst des Briefes zuerst ausgebildet, ohne daß sich hierbei für das eine oder andere dieser Länder ein besonderer Vorsprung feststellen ließe. Auch auf diesem Gebiet treten uns also zu ungefähr derselben Zeit an weit voneinander entfernten, durch hohe Gebirge und breite Wüstengürtel voneinander getrennten Stellen der Erde dieselben grundlegenden Kulturfaktoren entgegen. Aus der Gleichzeitigkeit folgte Ferdinand von Richthofen, wie Paul Rohrbach in seiner »Geschichte der Menschheit« mitteilt, daß die großen Kulturvölker der alten Welt in der Zeit zwischen dem Abschmelzen des Eises und dem Beginn der geschichtlichen Epoche in einer gemeinsamen Heimat eng benachbart lebten und die Anfänge der späteren großen Entwicklung unter wechselseitigen Einflüssen herausarbeiteten. Als gemeinsame Heimat sieht von Richthofen die Länder rings um Turan an. Der Anlaß für die einzelnen Völker, dieses Gebiet in verschiedenen Richtungen zu verlassen, wäre in tiefgreifenden Änderungen der klimatischen Verhältnisse zu suchen, die das Turanische Becken in jenem Zeitraum nachweislich durchmachte.

In Ägypten hat man schon in sehr früher Zeit Papyrus verwendet. Man löste dünne, breite Streifen der inneren Häute der Papyrusstaude ab und legte sie nebeneinander, bildete quer darüber eine zweite Lage, verklebte sie mit der ersten und presste, trocknete, glättete schließlich das Ganze. War ein solcher Papyrus mit einer Nachricht beschreiben, rollte man das Blatt auf oder faltete es zusammen und umschlang oder durchnähte es mit einem Faden, dessen Enden geknüpft oder gesiegelt wurden. Neben dem Papyrus benutzte man in Ägypten auch hölzerne Schreibtafeln, Webstoffe und Tonscherben, die sogenannten »Straka«.

Die Briefe aus den Ruinen von Babylon und Ninive bestehen aus irdenen Täfelchen. Mit Hilfe eines dreikantig zugespitzten Griffels drückte man die Keilschrift in weichen Ton, der dann getrocknet oder gebrannt wurde. Das Täfelchen wurde oft in eine Terrakottahülle eingeschlossen. Diese Hülle dürfte als der älteste Briefumschlag anzusprechen sein. Wie die »Deutsche Verkehrs-Zeitung« (Nr. 49) vom 6. Dezember 1924 mitteilt, hat jüngst Dr. Langdon, der Führer eines Forschungsunternehmens, im Schutt einer alten chaldäischen Stadt als erster einen Keilschriftgriffel gefunden. Dies Stück besteht aus einem goldenen Schaft von etwa zwölf Zentimeter Länge, der an beiden Endpunkten in ein scharfgeschnittenes Dreieck ausläuft.

In China benutzte man ursprünglich für die Niederschrift von Nachrichten Holz, Metall, Bambusrohr, Leinwand und Seide. Schon vor Beginn unserer Zeitrechnung erfanden die Chinesen das Papier, auf das sie, wie sie es noch heute machen, die Schrift in Tusche mit Pinsel auftrugen. Den Verschluss der Briefe stellten die Chinesen in der alten Zeit mit einer Holzverkleidung her.

Im griechischen und römischen Altertum waren vorzugsweise Wachstäfelchen in Gebrauch, deren äußerer zweiteiliger Rahmen aus Holz, zum Teil auch aus Elfenbein, Silber oder Gold bestand. Die beiden Teile des Rahmens, des Diptychon, waren durch Gelenkbänder

(Scharniere) verbunden. Die inneren Flächen wurden mit einer dünnen Wachsschicht überzogen, in die die Schrift mit einem Griffel eingezeichnete. Die Wachsschicht war von einem erhöhten Rande begrenzt, so daß das Geschriebene hohl lag und sich nicht verreiben konnte. Das Siegel wurde auf die Stelle gedrückt, der kreuzweise um das Täfelchen gelegte Faden geknüpft war. Die Diptychen waren beliebig oft zu verwenden, da der Empfänger, nachdem er von dem Inhalt Kenntnis genommen hatte, durch Einreiben oder Erneuern des Wachses die Schrift leicht beseitigen konnte. Die bildliche Darstellungen auf den äußeren Teilen sind Diptychen übrigens auch zum Teil kunstgeschichtlich bedeutsam. Eine besondere Form des Briefes bildete die Skytale der Spartaner. Sollte eine geheime Botschaft der Ephoren an einen außerhalb des Landes weilenden Staatsbeamten oder Feldherrn ergehen, so schlang man einen schmalen weißen Riemen fest um einen Stab, schrieb die Nachricht quer über den Riemen, löste diesen wieder und schickte ihn so dem Empfänger. Dieser vermochte die zerstreuten Schriftzeichen nur dadurch zu entziffern, daß den Riemen in gleicher Weise um einen von ihm aus der Heimat mitgeführten genau entsprechenden Stab schlang.

Einige Jahrhunderte vor Beginn unserer Zeitrechnung erfand man das Pergament, das seinen Namen der berühmten Hauptstadt des Pergamenischen Reiches dankt, wo es in großem Umfang hergestellt wurde. Zur Gewinnung des Pergaments wurden Schaf- und Ziegenfelle, später auch Kalbfelle, von Haaren befreit und gereinigt, gebeizt und geglättet. Der Sage nach ist die Erfindung dem Umstand zu danken, daß der attische König dem König von Pergamon die Zucht des Papyrus entzog. In der Folge bestand zwischen Papyrus und Pergament lange ein scharfer Wettbewerb. Für literarische Zwecke gewann das Pergament schon am Beginn unserer Zeitrechnung die Oberhand, während ihm auf dem Felde des Briefes keineswegs überall gleiche Vorrang zufiel.

Papyrus und Pergament mußten schließlich beide der tausendjährigen und längerer Herrschaft dem Papier weichen, dessen Herstellung sich in Deutschland zuerst das Jahr 1190 feststellen läßt. Ein Brief auf Papier wurde gewöhnlich viermal gefaltet. Die Anschrift wurde auf die freigelassene äußere Seite. Neben den gefalteten Sendungen kamen, wenn auch zunächst selten, Briefe mit einer besonderen Umhüllung vor, nach Art der späteren fertigen Briefumschläge zugeschnitten waren. Aber das mehrfache, wenn auch verschiedenartige Falten der Briefe, die aus einem Umschlag und Nachrichtenteil gleichzeitig dienenden Briefbogen oder Bogen bestanden, bildete doch Jahrhunderte lang bis in die Tage unserer Großväter die Regel. Für den Verschluss benutzte man wie in den ersten Zeiten der Einführung des Papiers vorangegangenen Zeiten Wachs oder eine ähnliche Masse; über das Wachs wurde ein kleines Siegel Papier gelegt, auf dem man das Siegel abdruckte. Auch umschlang man auch den Brief mit einem Faden, dessen Enden unter dem Wachs befestigt wurden. Seit dem 16. Jahrhundert bediente man sich zum Verschluss der Briefe des aus China eingeführten Siegelacks; seit dem 17. Jahrhundert und besonders gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden auch Oblaten verwendet, dünne, aus ungeäuertem Weizenmehl gebackene Scheiben, die bei geringer Anfeuchtung weich wurden. Der Briefbogen oder, was dasselbe sagt, die Briefe, die in den Papieren unserer Großväter und Urgroßväter

en, sind gewöhnlich oben, unten und an den beiden Seiten gefaltet, mit den Rändern der Langseiten ineinandergeschoben und unmittelbar über der freien Linie gesiegelt; auch die übereinanderliegenden Maleiten des fertigen Briefes wurden zur besseren Verhüllung des Inhalts oft durch Siegellack verbunden. Die Herstellung eines solchen Briefes war mit manchen Umständlichkeiten verknüpft. Trotzdem kam der bereits erfundene fertige Briefumschlag erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein in Aufnahme. Der erste Umschlag erleichterte vor allem den Verschluss, war eine mehrfache Faltung des Papiers nicht mehr erforderlich. Die Erfindung der Postkarte durch Stephan machte für diese neue Briefgattung auch den Umschlag entbehrlich. Die Postkarte entspricht übrigens dem Grunde der ältesten Form des Briefes in Gestalt des flachen Steins oder eines dünnen Holztäfelchens. Vielleicht ist Stephan, der wie wenige den Wert geschichtlicher Entwicklung zu schätzen und daraus zu lernen wusste, bei Betrachtung jener ältesten Briefformen zu der großartigen Erfindung angeregt worden. Das nächste Stadium in der Entwicklung des Briefes bezeichnet der Fensterbriefumschlag, dessen Fenster entweder eingeklebt ist oder einen festen Bestandteil des Umschlages bildet. Der Fensterbriefumschlag erfordert nur eine einzige Angabe der Anschrift und bringt so dem Kaufmann und den Kanzleien eine Reihe von Vorteilen, insbesondere einen Gewinn an Zeit und die Vermeidung von Irrtümern, wie sie bei Wiederholung der Anschrift beim Einlegen des Inhalts sich leicht ergeben können. Der Aufsatz des Barons von Rudbek, der über obige Angelegenheit und viele weitere Einzelheiten berichtet, ist natürlich nicht in dem trockenen Tone dieser Besprechung gehalten. Der gelehrte Verfasser weiß seine Darstellung durch zahlreiche Einstreuungen zu würzen, die namentlich die Schrift der alten Kulturvölker, den Nachrichteninhalt der Briefe im Wandel der Jahrtausende und den Einfluss des Briefverkehrs auf die Entstehung der Posten betreffen. In der Wiedergabe einiger hübscher Postkuriositäten kommt auch der Humor zu seinem Recht.

2.

Der Feder desselben Verfassers entstammt der zweite Aufsatz »Die Post in den graphischen Künsten«. Aus dem reichen Schatze des Postmuseums in Stockholm an Stichen, Steindrucken, Holzschnitten, Holzschnitten usw. werden uns im Bilde mit erläuternden Worten eine Reihe trefflicher Werke der letzten Jahrhunderte vorgeführt. Als erstes Bild sehen wir unseres berühmten Dürer mutig einherstrebenden »Kleinen Kutschen« oder »Das Postreiterlein« unter dem anspruchsvollen Namen eines »cavalier de poste«. Einem 1856 in Hamburg erschienenen Werke »Hamburgische Trachten« ist ein lebensvolles Bild von S. Jessen entnommen, das auf einem Hintergrund von Kisten, Fässern und Waren einen schwedischen und einen hamburgischen Postkutschen (der Schwede in Mütze und großem Uniformrock, der Hamburger in Zylinder und Frack, beide mit der Postschild auf der Brust) in dienstlichem Gespräch zeigt. Den Schluß der reizvollen Darstellungen bilden die von Albert Engström gezeichneten alte Seebären, von denen einer Thetis mit der Pfeife in der schwieligen Faust und einem Freunde Hein, der, die Hände in den Hosentaschen, schweigend dasteht, prophetisch zuruft: »Siehst Du, Hein, wie telegraphiert man ohne Draht, morgen kannst Du Deine Briefe ohne Marken verschicken.«

3.

»Der Brief in der Kunst« ist Gegenstand eines fesselnd geschriebenen Aufsatzes von Professor Axel L. Romdahl, Direktor des Kunstmuseums in Göteborg. Nach geistvollen Bemerkungen über die große Rolle, die der Brief mit seinem eine Welt bedeutenden Inhalt in der Literatur und vor allem im Drama von den Zeiten der griechischen Tragiker bis zum heutigen Film gespielt hat und spielt, wird festgestellt, daß das Briefmotiv in der Malerei nicht einen gleich unmittelbaren Eindruck hervorrufen kann, da der Beschauer des Bildes aus den Tränen und dem Lächeln des dargestellten Briefempfängers oder aus dem Gesichtsausdruck und der Haltung der schreibenden Person nur auf gedanklichem Wege die Seelenvorgänge zu erraten vermag. Die Reihe der wiedergegebenen und besprochenen Bilder eröffnet hier ein deutsches Werk, unseres Hans Holbein des Jüngeren Bildnis des Kaufmanns Georg Gisze im Kaiser-Friedrich-Museum zu Berlin. Das Bild ist mit seinem stillen, lebensartigen Beiwerk eine wahre Goldgrube für den Forscher auf dem Felde des Briefes und seiner Geschichte. Georg Gisze steht in seinem Kontor hinter dem mit persischem Teppich bedeckten Tische, auf dem außer anderen Dingen sich Briefschaften, Schreibzeug und Petschaft befinden. Mit dem Gesichtsausdruck eines Mannes, für den ein Brief nichts Außergewöhnliches bedeutet, der sich aber doch der Wichtigkeit einer Nachricht voll bewußt ist, öffnet er einen Brief, der die Anschrift trägt: »Dem erzkämmerer Jergen Gisze to Kuntken in Engellant mynem broder to handen.« Auf Borden und Brettchen sieht man Bindfadenrolle, Wage, Siegelringe und weitere Briefe mit deutschen Anschriften. Holbein hat auch auf anderen Bildnissen von Kaufherren des Stahlhofs die dargestellte Person gern durch Beigabe eines Briefes mit ihrer Anschrift bezeichnet. In gleicher Weise verfahren viele andere Maler bis tief in das 18. Jahrhundert hinein. Später kennzeichnete man den Dargestellten durch einen Vertrag, eine sonstige Urkunde oder ein anderes wichtiges Schriftstück. Als prächtiges Beispiel der alten Art der Darstellung wird das Bildnis Goethes aus dem Jahre 1828 von Joseph Stieler (nicht Steider) bezeichnet. Der Ausdruck tiefen Sinns im Antlitz des großen Dichters findet seine Begründung in den soeben gelesenen, in der linken Hand ruhenden Blättern. Der Verfasser glaubt in diesen Blättern einen Brief zu sehen. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß dem Maler hierbei nicht ein eigentlicher Brief, sondern entsprechend dem Stil seiner Zeit ein Widmungsschreiben, eine Ehrenurkunde oder ähnliches vorgeschwebt hat. Die Geschichte des Bildes spricht dafür. König Ludwig I. von Bayern ließ das Bild durch den von ihm eigens nach Weimar entsandten Stieler für seine Sammlung malen. Man liest auf den Blättern, die in Goethes Hand ruhen, die Verse aus einem Gedicht des Königs »An die Künstler«:

»Ja! wie sich der Blume Flor erneut
Durch den Samen, den sie ausgestreut,
Zieht ein Kunstwerk auch das andre nach,
Aus dem Leben keimet frisches Leben,
Das zum Werk gewordene Gefühl
Wird ein neues künftig herrlich geben
Selber nach Jahrtausenden Gemüth.«

In feinsinnigen Ausführungen schildert der Verfasser den Liebesbrief in den Werken der Holländer, insbesondere eines Gerard Terborch, eines Jan Vermeer van Delft, eines Gabriel Metsu. Zutreffend weist er auf die Schwierigkeiten hin, die die Deutung mancher Werke der Holländer bietet. Mit Ironie, die indes nichts Ver-

lebendes hat, tritt er Goethe entgegen, der einem Bilde von Terborch in Dresden in einer köstlichen Schilderung eine Auslegung gegeben habe, auf Grund deren das Bild den Namen »Väterliche Ermahnung« trage, obwohl es sich hier, wenn überhaupt um eine Ermahnung, so doch keinesfalls um eine solche von väterlicher Seite handeln könne. Diese Darstellung des Professors Romdahl bedarf in einigen Punkten der Berichtigung. Das Bild Terborchs zeigt einen Offizier, der zu einer links vor ihm stehenden, in weiße Seide gekleideten Dame spricht, die dem Beschauer den Rücken kehrt; neben dem Offizier sitzt eine zweite Dame in Schwarz, die an einem Weinglase nippt. Im Grunde des Zimmers sieht man ein hohes Himmelbett, links davor einen mit rotem Tuch bedeckten Puktsch. Die Schilderung Goethes, auf die Professor Romdahl anspielt, findet sich im fünften Kapitel des zweiten Teils der »Wahlverwandtschaften«, wo von den lebenden Bildern die Rede ist, die Luciane zu Gefallen gestellt werden. Hier erwähnt aber Goethe nicht das Bild Terborchs in Dresden, das übrigens nur einen Ausschnitt des ganzen Gemäldes, wie es sich im Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin und im Museum zu Amsterdam findet, gibt, sondern er spricht nur von der »sogenannten väterlichen Ermahnung« Terborchs und von dem »herrlichen Kupferstich unseres Wille von diesem Gemälde«. Dieser Stich war aber, wie Adolf Rosenberg in seiner Monographie über Terborch angibt, bereits von Wille mit der Unterschrift »L'instruction paternelle« versehen. Goethe ist also nur auf Grund eines Stiches, nicht des Gemäldes selbst, das er nie gesehen hat, und nur auf Grund der schon damals bestehenden Benennung des Bildes der früheren irrthümlichen Auslegung gefolgt. Sein Irrtum ist um so eher verzeihlich, als er wahrscheinlich keine Kenntnis von den gleichartigen Sittenbildern Terborchs und von den damals in Holland herrschenden Lebensanschauungen hatte, die die späteren Forscher zu einer abweichenden Auslegung der »sogenannten väterlichen Ermahnung« führten.

Nicht minder lebendig und vielleicht noch häufiger als die Holländer schildern die französischen Maler des 18. Jahrhunderts den Brief im Verkehr der beiden Geschlechter. Ein Meister auf diesem Felde ist Fragonard. Die Krone aller von dem Verfasser erwähnten und in dem Buche wiedergegebenen Werke dieser Art bildet aber zweifellos die »Lesende Dame« von P. A. Hall, dem schwedischen van Dyck. Im Schatten des Parks beim Plätschern des Springquells lauscht eine Dame, die einen offenen Brief in der Hand hält, mit leicht nach rechts geneigtem Kopfe den Stimmen, die die Botschaft in ihrem Herzen geweckt hat. Es ist ein Werk von wunderbar zartem und feinem Charakter, wie ihn nicht viele solcher Bilder zeigen. Die Sittenbildmalerei, insbesondere die Düsseldorfer Schule, wählte den Liebesbrief auch in der Folge oft als Gegenstand ihrer Darstellung, ohne indes neue Stimmungen zu finden.

Zum Schluß stellt der Verfasser fest, daß der Liebesbrief in der Malerei heute nicht mehr die gleiche Bedeutung hat wie ehemals. Die Art des Nachrichtenaustausches zwischen den Liebenden hat sich geändert. Sie vermitteln heute ihre Botschaften zumeist durch den Fernsprecher. Hier winkt dem Künstler eine neue Aufgabe durch Übertragung der Motive Jan Vermeers und Fragonards auf neuzeitliche Formen.

4.

In knapper, bestimmter Form, aber frisch und lebendig und mit großer Sachkunde berichtet Dr. Patrick Bretblad,

Musikmeister und oberer Beamter der Generalpostverwaltung, über »Die Post in der Musik (Vortrag zur Geschichte des Posthorns)«. In dem unruhigen Zeitalter der Blitzzüge, der Kraftwagen und der Flugzeuge mit ihrem Pfeifen, Heulen und Dröhnen versetzt er uns zurück in die stilleren Tage, die Post noch allein die Fäden spannte, die Heimat in Ferne verbanden, und als unbestrittene Königin des Verkehrs mit dem Rufe des Posthorns auf allen Straßen ihr Hoheitsrecht verkündete. Seit jener Zeit ist das Posthorn Wahrzeichen und Sinnbild der Post.

Schmetternde Hornklänge öffneten schon im Mittelalter dem reitenden Boten, der eine Nachricht brachte, Schlösser der Fürsten und Herren. Die deutschen Reichsposten übernahmen das Signal. Als dann zu Anfang des 16. Jahrhunderts die Herren von Taxis auf kaiserlichen Befehl die Reichspost gründeten, erreichten sie, wenn auch nach langen Kämpfen, daß ihnen die alleinige Benützung des Posthorns zugestanden wurde. Schon doch schon in jenen Tagen an das Signal das Reich geknüpft, das noch heute in den Paragraphen 19 und unseres Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 mit der Bestimmung zum Ausdruck kommt, daß beim Klange des Signals den Posten jedes Fuhrwerk auszuweichen und jedes Tor und jeder Schlagbaum sich öffnen müssen. Die Landespostverwaltungen auf deutschem Boden entstanden, nahmen sie auch für sich das Posthorn und das ihm verbundene Recht in Anspruch. Es gab in Deutschland die »ordinäre Post« und die »gelbe Kutsche«, später auch die »Diligence« und zuletzt den »Eilpostwagen«, gab Reitposten und Stafetten, Kuriere und Extraposten und jede dieser Posten hatte sich durch ein besonderes Signal anzukündigen. Aber außer diesen Rufen erklangen auch andere Töne. R. Thiene schreibt in einem Programm-Buch zu einem 1903 in Dresden veranstalteten »Historischen Posthornkonzert«: »Wenn das Signal der Straße verklungen war und der Postwagen das harte Pflaster des Städtchens hinter sich hatte, wenn die Räder leiser über den Grund rollten und »der Schlag« schwächer wurde, dann löste »der frohlockende Postknecht«, wie Voß den Postillon in seiner »Liedersammlung« nennt, sein Hörnchen wieder von der Schnur und blies ein lustiges Schmetterstückchen oder noch öfter ein a trautes Volkslied, das von Scheiden und Meiden, Trennung und Wiedersehen sang.« Die Postillone setzten ihre Ehre darein, Meister des Posthorns zu werden. Jeder wollte in diesem »Sängerkrieg« den ersten Preis erringen. Der edle Wettstreiter wurde von den deutschen Postverwaltungen und auch von Künstlern und Künstlerinnen veranlagten Personen genährt. Daß der Erfolg nicht ausblieb, bezeugt das Dichterwort:

»Was ist Konzert und Opera?

Es macht die beste Musica

Ein Bursch mit gelbem Kragen.«

In Skandinavien beschritt man nach der Schilderung des Dr. Breiblad ähnliche Wege. Der Verfasser bespricht zahlreiche Verordnungen der schwedischen und der dänischen Regierung, Vorschriften, die uns erkennen lassen, wie gleichartige Bedürfnisse unter ähnlichen Verhältnissen stets auch zu denselben Formen der Befriedigung führen.

Das Posthorn war ursprünglich eine längliche Signaltrompete, der man später die Form des Hornes gab. Der Verfasser schildert die aufsteigende Entwicklung und wachsenden Umfang des Posthorns von dem kleinen nach der Orgelmaße nur zweifüßigen Instrument, das zum Signalarf bloß den Grundton und die Oktave klang.

bis zu dem gegen 1840 durch Ausstattung mit zwei Tönen zu einem chromatischen Instrument erhobenen posthorns. An der Hand der Notenschrift führt uns der Verfasser durch das Labyrinth der hiedenen Posthornsignale in Scandinavien, Deutschland, England und der Schweiz. Sind die alten Signale heute auch verschollen, so hat das Posthorn im Reiche der Musik doch unvergängliche Spuren hinterlassen. Johann Sebastian Bach schrieb »Aria del Postiglione«, G. F. Händel eine »Postilsinfonie« und Mozart hat das »corno di posta« als einmal in seinen Partituren zu Worte kommen lassen. Auch andere Tondichter haben dem Posthorn Lieder und Instrumentalsätze gewidmet; insbesondere haben Michael Haydn (dem älteren Bruder Josephs), J. B. Czeruy, R. Voltmann und Edm. Kreschmer der Schwede Grenser mit einer »Symphonie de postillon« (1796) zu nennen. Unter den dramatischen Musikwerken, die dem Postillon huldigen, steht uns »Postillon von Longjumeau«, der im Jahre 1836 in Paris zuerst gespielt wurde, zweifellos an oberster Stelle.

5.

Wie im Reiche der Musik so finden wir auch im Garben der Dichtung manche duftige Blume, die uns die Einheit der Posthornklänge vor die Seele zaubert. Albrecht Heurgren, oberer Beamter der General-Postverwaltung, spricht in einem Aufsatz »Die Post in der Dichtung« über poetische Ergüsse aller Art, die die Post, den Brief, das Posthorn und den Postillon feiern. Der Verfasser verrät hierbei eine kenntnisreiche Kenntnis der europäischen Literatur und bietet uns durch die Wiedergabe schöner Verse und seine feinsten Einfühlungen zeugende Besprechung einen hohen Genuß. Im ältesten Gedicht dieser Art, das Heurgren in einem Vaterland gefunden hat, spricht ein schwedischer Postillon (Svenska Post-Ryttaren) zu Anfang des Jahres 1683 allen Freunden seine Neujahrswünsche für den Frohsinn und Glück und zugleich die Hoffnung aus, daß man ihn überall festlich empfangen möge. In dem Tat ein echt schwedisches Lied in seinem lebenbejahenden Geiste und zugleich in dem munteren, frohen Tone glücklichen nordischen Volkes. Im Anschluß an das schwedische Postlied bemerkt der Verfasser treffend, daß die deutsche Dichtung vom Postillon, vom Reisen mit der Post und anderen Dingen, die die Post berühren, in heiterer Form, öfter aber in ernstlichen Klängen gesungen hat. Zwei Beispiele führt er an. Erst das Lied des »Neuen Allamodischen Postpot« von Nürnberg, Botenzunft aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Der Verfasser bringt nur die beiden ersten Zeilen des Liedes, wohl mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, die dem Ausländer schwer verständliche altfränkische Sprache. Indes verdient das Lied, ein charakteristisches Beispiel deutscher Postpoesie, in vollem Umfang hier wiederzugeben und so der Vergessenheit entrissen zu werden:

»Ich bin die Post zu Fuß: Ich trage dich und das:
Denn an den kühlen Wein, so bald ich werde naß.
Geh ich durch einen Thal, und höre Vögel singen,
So denk ich zu dem Tisch, da die Schalmeyen klingen.
Ich gehe durch den Wald und manchen Dörner-Strauß,
Und traure, daß noch weit ist zu deß Wirthes Haus.
Geh ich auf einen Weg da fließt ein Wasserlein,
So denk ich Morgens gleich an den gebräunten Wein.
Sobald ich angelangt, will jeder Zeitung fragen;
Da kan ich unverschämmt, 12 Duquet Lügen sagen.
Frau wirtin traget auf, und seht das beste zu:
Es zahlen diese Jech, deß Boten neue Schuh.«

Als Beispiel schwermütiger Dichtung wird »Das Posthorn« von Lenzau gebracht (»Ferne, leise hör' ich dort eines Posthorns Klänge« usw.). Uns Deutschen schweben wohl zumeist zwei andere Lieder vor, wenn wir der ernstlichen Gattung der Postpoesie gedenken, in erster Linie Eichendorffs »Es schienen so golden die Sterne« und dann Lenzaus »Lieblich war die Maiennacht«. Bei der lustigen Poeterei denken wir zumeist an das Lied vom Posthilfsboten Säbelbein, während hier »Der Neue Allamodische Postpot« in bezug auf dichterischen Gehalt zweifellos den Vorzug verdient. Die englische Literatur ist nach Heurgrens Angabe ebenso reich an Liedern über die Post wie die deutsche. Er erwähnt Lord Byrons Vergleich (im »Don Juan«) zwischen der nach dessen Meinung sehr langsamen deutschen Post und der englischen Eilpost. Im Wortlaut lesen wir ein hübsches Lied von Alice E. Allen über den an einem Frühlingstag empfangenen Brief, der die Empfängerin so glücklich stimmt, daß sie alle Geheimnisse der schönen Natur errät, und das Gedicht eines Unbekannten, das den Beruf des Briefträgers und die Vielseitigkeit des Inhalts der auszutragenden Briefschaften schildert. Ein humoristisches französisches Lied aus der Mitte des 17. Jahrhunderts ist der neuen Pariser Stadtpost gewidmet. Im übrigen haben die »Troubadours« der lateinischen Völker, wie Heurgren meint, die Poesie der Post in den vergangenen Tagen nicht so lebendig empfunden wie die Dichter germanischen Stammes. Bei den Romanen überwiegt der »postillon d'amour«.

Wenn der Verfasser am Schluß seiner Ausführungen der Meinung Ausdruck gibt, daß in der neuen Zeit die Poesie aus der Post verschwunden sei, so vermag ich ihm nicht zuzustimmen. Die Poesie kann niemals verschwinden, wie sie auch niemals kommen kann. Sie ist immer da, sie ist allgegenwärtig. Wo immer Schönheit und Größe in einem empfindenden Herzen sich spiegeln und Widerhall wecken, da ist Poesie. Wie und nimmer beruht die Poesie der Post allein auf Posthorn, Postillon und Reisen mit der »Diligence«. Die Poesie umspinnt mit ihrem Goldnetz auch die heutige Post, deren Wirken die ganze Menschheit, alle Beziehungen des Lebens, alle Formen und Ausstrahlungen des Daseins umfaßt, und deren Pulsschlag sich im Einklang hält mit dem Rhythmus des »tausenden Wechsels der Zeit«. Wenn wir in unsern großen Betrieben den mächtigen Strom des neuzeitlichen Postverkehrs vorüberbrausen hören, wenn wir die tausend Räder und Hebel in scheinbar regelloser und doch harmonischer Wirksamkeit sehen, da teilt sich der Seele ein höherer Schwung mit, da verliert sich der Alltagsstaub. Und wenn die gesamte Briefpost aus dem Osten und Norden Deutschlands und allen rückliegenden Ländern für Südamerika etwa in der Bahnpost des Nachtzuges Leipzig-Frankfurt zusammenströmt, wenn dann Dutzende fleißiger Hände, schneller als der Takt der Eisenräder, sicherhaft fliegen, um die vielgestaltige Post zu verteilen aus ultima Thule und den übrigen Ländern des Nordsterns nach den fernen Gebieten unter dem Kreuz des Südens, und über allem der König Humor siegreich sein goldenes Szepter schwingt, da klingt es und singt es im Herzen. Allerdings hätte kein Romantiker diese »Zustände lebendig zu fühlen« und in Liedern zu fassen vermocht, einem Detlev von Liliencron aber wäre es möglich gewesen. Kein Spitzweg und kein Moritz von Schwind hätten solche Bilder gestalten können, es hätte dazu eines Menzels bedurft. Freilich würden diese Lieder und Bilder nicht von Posthornklängen in

lauer Mondnacht, nicht von träumerischer Fahrt im Eilpostwagen erzählen. Sie hätten einen herberen Ton. Aber ist denn Romantik allein Poesie?

6.

Von den engen Beziehungen, die von jeher die Zeitung und die Post verbinden, erzählt uns R. Wilhelmsson, oberer Beamter der Generalpostverwaltung und Hauptschriftleiter der »Svensk Trafiktidning«, in seinem Aufsatz »Die Presse und die Post in der Vergangenheit«. Das ist ein Gegenstand, der auch in unserer Literatur häufig behandelt wurde. Nichtsdestoweniger findet man in diesem mit voller Beherrschung des Stoffes geschriebenen Aufsatz manche neuen Zusammenhänge, manche neuen Tatsachen aus dem skandinavischen und insbesondere dem schwedischen Verkehrsleben. So bildet der Aufsatz einen wertvollen Baustein für eine umfassende Darstellung des gesamten Postzeitungswesens.

Handschriftliche Zeitungen des 15. Jahrhunderts, die zum Teil bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in dieser Form selbständig bestehen blieben und unter denen die des Hauses Jucker in Augsburg (im 16. Jahrhundert) ein besonderes Ansehen genossen, bildeten in Verbindung mit Flugblättern über außergewöhnliche Vorgänge, mit Kalendern und Messeberichten die Grundlage für in kurzen Zeitabschnitten regelmäßig erscheinende gedruckte Zeitungen. Die ersten Zeitungen dieser Art kamen zu Anfang des 17. Jahrhunderts in Straßburg, Augsburg und andern Orten heraus. Mit Recht wird in dem Aufsatz betont, daß wie das neuzeitliche Postwesen so auch die heutige Presse ihren Ursprung auf deutschem Boden hat.

Wie eng und natürlich die Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen Post und Presse sind, erwies sich gerade in jenen Zeiten darin, daß die Postamtsvorsteher, die sich unmittelbar an der frisch sprudelnden Quelle des Nachrichtenendienstes befanden, und auch die Postverwaltungen selbst Zeitungen herausgaben. Einen hervortretenden Fall dieser Art zeigt uns die schwedische Postgeschichte. Axel Ogenstjerna ist nicht nur der Schöpfer des schwedischen Postwesens, sondern zugleich der Begründer der schwedischen Presse. Durch eine Verordnung vom 2. Januar 1643 wurde dem Pächter und Leiter des Postwesens, Johan Beijer (Veier), aufgegeben, auf Grund von Nachrichten, die er sich aus dem Inland und aus den Hauptstädten Europas zu beschaffen habe, eine Zeitung herauszugeben und durch Vermittlung der Postanstalten zu vertreiben. Dieser Johan Beijer war übrigens, wie ein von der schwedischen Generalpostverwaltung herausgegebenes Werk »Die Schwedische Post« ergibt, ein Deutscher, der im Jahre 1633 nach Schweden gekommen war; man sagt von ihm, daß er organisatorische Befähigung gezeigt und seine postdienstliche Tätigkeit mit Eifer ausgeübt habe. Die »Ordinari Post Tijdender«, so hieß die neue Zeitung, war die erste ihrer zahlreichen Schwestern in den nordischen Ländern. Als Nachrichtenvermittler waren im Inland allgemein die Vorsteher und Angestellten der Postanstalten tätig. Der Leiter des Postwesens in Stockholm stellte auf Grund der Eingänge den Inhalt der Zeitung zusammen. So war jeder Postbeamte zugleich ein Redakteur. Einer strengen Wahrung des Briefgeheimnisses wird diese Regelung kaum förderlich gewesen sein. Nach dem Tode Beijers bestimmte Karl XI., daß die Posteinnahmen in die Staatskasse zu fließen hätten und die Postanstalten unmittelbar vom Staate zu verwalten seien. Damit war die von Axel Ogenstjerna ins

Leben gerufene Post zur Staatspost umgewandelt. Das Zeitungswesen blieb in alter Form bestehen. Jedoch wurde etwa um dieselbe Zeit die von dem obersten Postbeamten zu verfassende und herauszugebende amtliche Zeitung unter eine besondere Zensur der Regierung gestellt. Es gab sich schon hieraus Schwierigkeiten, so traten in Folge weitere Schäden der eigenartigen Verquickung von Post und Presse hervor. Man beklagte sich vor allem darüber, daß die Postbeamten über dem Zeitungsdienst aus dem sie besonderen Gewinn zögen, den Postdienst vernachlässigten und auch die Gebührenfreiheit für den Zeitungsverkehr mißbrauchten. So wurde im Jahre 1664 die etwa vier Jahrzehnte vorher geschlossene Verbindung gelöst.

7.

»Die älteste postalische Urkunde Schwedens« behandelt Birger Lundell, oberer Beamter der Generalpostverwaltung und Bücherfachverständiger, Es ist die am 28. November 1564 ausgestellte Bescheinigung eines Boten (brefdagare) des Königs Erik XI. »vom Schatzmeister Seiner Majestät sechs Mark Zehrgeld für Beförderung eines Briefes des Königs von Stockholm nach Korsberget erhalten zu haben«. Das acht Zeilen umfassende Schriftstück wird allen Erfordernissen eines ordnungsmäßigen Rechnungsbelegs genügt und gewährt einen flüchtigen Blick in das »Rassen- und Rechnungswesen« der königlichen Botenanstalt. Eine besondere Bedeutung gewinnt es dadurch, daß Göran Persson, der Procurator des Höchsten Gerichtshofes und einflußreichste Ratgeber des Königs, die Quittung ausgefertigt und seinen Namen nebst Siegelabdruck den Schein gesetzt hat, um dadurch, wie der Verfasser meint, dem von dem Boten auf seiner Reise mitzuführenden Papier die Eigenschaft eines Ausweises zu geben. Der Verfasser mag mit dieser Auffassung recht haben, da er den Verhältnissen näher steht und sie mithin besser zu beurteilen vermag. Dem unbefangenen Blicke erscheint das Schriftstück lediglich als eine Rassenanweisung, eine Verfügung auf Auszahlung eines Betrags an einen Boten, den Göran Persson aus irgendeinem Grunde persönlich abgefertigt hat. Auffällt auch, daß der Bote Göran Persson den Namen Halvar Persson führt, was uns das seltsame Zusammentreffen der Familiennamen erklärlich wird. Der Verfasser knüpft an die Darstellung der Urkunde scharfsinnige Betrachtungen über den mutmaßlichen Inhalt des Briefes und über die Person des Göran Persson, eines zwar tüchtigen, aber portkömmlings, der auf dem Gebiet der Rechtspflege und der Politik in jenen wirren Zeiten des Nordischen siebenjährigen Krieges und schweren inneren Kämpfe kein gutes Andenken in der Geschichte hinterlassen hat. Es wäre lebhaft zu begrüßen gewesen, wenn die Urkunde auch zum Ausgangspunkt einer Schilderung der Botenanstalt unter den Wasakönigen und einer etwaigen Verbindung dieser Anstalt mit der späteren schwedischen Post genommen worden wäre. Man hätte dann wertvolle Vergleiche zwischen der Entwicklung auf schwedischem und derjenigen auf deutschem Boden ziehen können. In Brandenburg-Preußen wurde die Kanzlei-Botenanstalt der brandenburgischen Kurfürsten die Keimzelle der Staatspost, wie ich in einem früheren Aufsatz (»Archiv für Post- und Telegraphie«, Nr. 1 von 1920) darzustellen versuchte.

8.

Der »Seltene Stücke der Briefmarken-Sammlung des Postmuseums in Stockholm« plaudert in anregendem Tone und in vorbildlicher Klarheit Nils Strandell, philatelistischer Sachverständiger und Mitglied der Londoner »Royal Philatelic Society«. Mit berechtigtem Stolz spricht der Verfasser von den seltenen Stücken und dem Umfang der Sammlung im Stockholmer Museum. Den Preisangaben legt er das französische Verzeichnis Dvert-Tellier zugrunde. Von den gesuchtesten und beliebtesten Marken zählt er die deutschen Marken aus der Zeit vor der Errichtung des Deutschen Bundes. Auerkennend wird eine große Bedeutung des Schweden Hans Lagerlöf in New York anerkannt. Was über die schwedischen Marken, die in verschiedenen Ausgaben und Formen, als Ganzsachen, auf ganzen Blättern usw. vorliegen, und über die Art ihrer Ausfertigung und Aufbewahrung gesagt wird, verdient nicht das Interesse der Markensammler, sondern auch die Aufmerksamkeit aller Postmuseen.

9.

Ein Leser mit kulturgeschichtlichem und rechtswissenschaftlichem Verständnis wendet sich Teodor Holm, Postamtsvorsteher und Geschichtsschreiber, mit seinem Aufsatz »Beispiele aus der Rechtsprechung in vergangenen Zeiten (Auszüge aus alten schwedischen Postakten)«. Er schildert einige Fälle und rechtlich nicht hinreichend begründete Verfügungen schwedischer Postbeamten des 18. Jahrhunderts. Der Tatbestand ist in allen Fällen so erschöpfend klar dargestellt, daß man nicht nur einen Blick in die Lebensformen der damaligen Zeit und in die Abwicklung postdienstlichen Geschäfte gewinnt, sondern auch die eigenen Urteile selbst zu bewerten vermag. Der Verfasser kommt mit der Anerkennung des seit jener Zeit in der Rechtsprechung eingetretenen Fortschritts zu einem Schlusse, der an Fritz Reuters Ausspruch erinnert: »Die Welt mag slichter werden, in der Welt wird aber weiter betet«.

10.

Ein sozialer Gegenstand von unmittelbarer Bedeutung für die Gegenwart behandelt B. R. A. Petrelius, Amtsvorsteher in Upsala und Vorsitzender des »Verbands der Postbeamten«, in seinem Aufsatz »Die Verhältnisse des schwedischen Postpersonals«. Der Eingang schildert der Verfasser die Zusammensetzung des Personals, die in den Grundzügen den deutschen Verhältnissen entspricht, und erörtert dann die noch nicht gelöste Frage einer gesetzlichen Mitwirkung des Personals bei der Feststellung des Gehalts, der Arbeitsbedingungen und anderer wichtiger Punkte. Die beruflichen Verbände bilden den Kernpunkt der Darstellung. Der »Verein der Postbeamten« (Posttjänstemännens förening) und der »Verband der schwedischen Postbeamten« (Svenska posttjänsteförbundet) umfassen alle Gruppen des beamteten Personals, während der »Schwedische Verein der Hilfspoststellenvorsteher« (Sveriges Poststationsföreståndareförening) einen Teil der nicht im Beamtenverhältnis stehenden Personen zu Mitgliedern hat. Innerhalb dieser Verbände bestehen einige minder wichtige Sondervereinigungen. Insgesamt stehen 13 126 Personen im Dienste der schwedischen Post, die von der Telegraphenverwaltung getrennt ist. Davon sind 5 984 Beamte, 7 142 in dem privatrechtlichen Dienstverhältnis. Der »Verband der Postbeamten«, der die Aufrechterhaltung und

Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und die Förderung der gemeinsamen Belange anstrebt, ist 1891 gegründet und zählt 1 863 Mitglieder. Der »Verband der schwedischen Postbeamten« wurde 1886 gegründet. Ihm gehören 3 899 Beamte an. Er betrachtet als seine Aufgabe, eine nach außen und innen geschlossene Postbeamtenschaft zu bilden, die allgemeine Bildung zu heben, Mäßigkeit und Anstand zu pflegen und alle dienstlichen, gehaltlichen usw. Belange zu verfechten. Im »Schwedischen Verein der Hilfspoststellenvorsteher« vom Jahre 1908 haben sich 1 063 Personen zusammengeschlossen. Dieser Verein will neben der Förderung der Berufsbildung namentlich für die Einkommensverhältnisse der Mitglieder eintreten.

Eine Reihe wirtschaftlicher Einrichtungen dient dem gesamten Personal, insbesondere

- a) eine »Zentralkasse der beruflichen und wirtschaftlichen Vereinigungen des Postpersonals«, die vom Staat geldlich unterstützt wird, Postgebührenfreiheit genießt und die Erhebung und Verrechnung von Abzügen und Beiträgen der Postbeamten besorgt;
- b) örtliche Steuerkassen, die in Stockholm und an anderen Orten dem Postpersonal die Zahlung von Staats- und Gemeindesteuern erleichtern durch regelmäßige Einziehung bestimmter Beträge von den mit der Auszahlung der Dienstbezüge befaßten Beamten;
- c) ein »Lebensversicherungsverein des Postpersonals«, der sich die Aufgabe stellt, für seine Mitglieder von den Gesellschaften bessere Bedingungen zu erlangen;
- d) Unterstützungskassen;
- e) eine Wareneinkaufsgenossenschaft in Stockholm.

Schließlich sind noch wissenschaftliche Vereine (in den größeren Orten) zu nennen, für die die Postverwaltung Räume zur Verfügung stellt, ferner der Gesangsverein der Postbeamten in Stockholm, der jährlich mindestens zwei öffentliche Konzerte gibt, dann ein Schachverein in Stockholm und endlich Gemälde- und Kunstausstellungen von Werken schwedischer Postbeamten.

Mit Recht stellt der Verfasser am Schlusse seiner warmherzigen Ausführungen fest, daß die schwedischen Postbeamten von wahrhaft kameradschaftlichem Geiste und starkem Gemeinschaftsgefühl beseelt sind.

11.

In dem Aufsatz »Schwedische Postbeamte als Dichter« sichtet der Schriftsteller Professor Fredrik Wetterlund den Postbeamten einen Vorbeertrank, die sich der Gunst der Muse rühmen dürfen. In begeisterter, aber nicht überschwenglicher Sprache, mit gerecht wägendem Urteil und feinem Verständnis für die Eigenart der einzelnen Dichter, die alle noch das Licht der Sonne schauen, führt er uns ein in Wesen und Kunst von fünf Poeten. Fünf lebende Poeten in der verhältnismäßig kleinen Schar der Postbeamten Schwedens! Kein Wunder bei dem dichterisch reich begabten germanischen Volke und in dem nordischen Lande, dessen Wälder und Berge, dessen Seen und Ströme mit ihrem bald herben und ernsten, bald heiteren und lieblichen, immer aber großen Charakter im Herzen Klang und Sang erwecken. Sie sind alle Lyriker, Frithjof Strömmerstedt, der träumerische Sänger der stillen, hellen Sommernächte, der männliche Bo Bergman, dessen Lieder zeigen wollen, wie »ein scharfer Wind durch das Leben geht«, Johan Skog, der schweremütige Dichter der jungfräulichen Rebe, die feine Trauben brachte, Albert Henning, dessen Verse alle Schönheit und Größe der Landschaft, alle Stimmungen der Natur widerspiegeln, und schließlich Sam Philip, der Dichter fein

gefeilter Strophen und hoher ästhetischer Kultur. »Das Puppenspiel« (Marionetterna) Bo Bergmans, den Professor Betterlund als einen der ersten Schriftsteller unserer Zeit bezeichnet, brachte, sagt man, dem sterbenden Grafen Enolfsky, dem großen schwedischen Lyriker des 19. Jahrhunderts, den letzten Gruß »der edlen schwedischen Sprache«.

Mir sei es gestattet, hier eines wundervollen Liedes von Albert Henning zu gedenken, das am Tage der goldenen Jubelfeier des Weltpostvereins auf dem Weltpostkongreß in Stockholm von einem Einzelsänger und dem Opernchor als Kantate vorgetragen wurde. Zugrunde liegt der Dichtung der große Gemeinschaftsgedanke der Menschheit. In wuchtiger, bilderreicher, feierlicher Sprache und in einem tief ergreifenden, unsagbar schönen Rhythmus schildert das Lied das stille, aber stete Erstarken des Weltenbaums, der neuen Esche Yggdrasil, deren Äste die ganze Welt schützend umfassen möchten und aus deren Zweigen über alle Lande Segen niedertauen will. Im Sturm und Wetter der Zeiten erzittert der Baum, aber er stürzt nicht; sein ewig gründer Wipfel ragt unerschüttert über die Welt. Für die Menschheit gilt es, der Sprache des Baumes zu lauschen. Das Lied klingt aus in die Worte:

»Rausche und brause, Weltenbaum,
Dein Lied durch die Lende. Dem seligen Traum
Aller Herzen sei Herold. Von neuem Licht,
Von Frühling künde und Zuversicht
Der blutenden Welt.«

Hier wird uralter Glaube lebendig. Man hört den arischen Weltbaum rauschen, aus dessen Lichtgezweige der Tau der Unsterblichkeit und des Lebens über alle Welt niedersinkt, man schaut die Weltesche der Voluspa, die im Weltbrand zwar ächzend bebt, aber aufrecht steht und in deren Stamme sich das neue Leben birgt. Von dem Baume, der auch Maßbaum oder Mimameid genannt wird, weiß die nordgermanische Überlieferung manches zu sagen. Ich führe nur an (nach der Edda-Übersetzung von Hugo Gering):

Voluspa 2:

»Neun Welten kenn' ich, neun Räume des Weltbaums,
Der tief im Innern der Erde wurzelt.«

Voluspa 19:

»Eine Esche kenn' ich, Yggdrasil heißt sie,
Den gewaltigen Baum neht weißes Raß;
Von dort kommt der Tau, der die Täler besenkt;
Immergrün steht er an der Urd Quelle.«

Voluspa 47 (im Endkampf der Asen mit den riesischen Mächten):

»Yggdrasil bebt, der Eschen höchste,
Es rauscht der alte Baum«

oder in strengerer Lesart:

»Yggdrasils Esche bebt stehend,
Es rauscht der alte Baum.«

Fjolsvid 13 u. f.:

»Wie heißt der Baum, der mit breiten Ästen
Die weite Welt überwölbt?
Mimameid heißt er, kein Mensch weiß es,
Aus welchen Wurzeln er wuchs;
Niemand ahnt's, was ihn niederstreckt:
Feuer nicht fällt ihn noch Stahl.«

In seinem tief schürfenden und bisher nicht gelöste große Fragen klärenden Werke »Das Rätsel der Edda und der arische Urglaube« schreibt Otto Sigfried Reuter am Schlusse seiner vergleichenden Ausführungen über den Weltbaum in der Darstellung der Germanen, Parzen und Jnder: »Der Weltbaum kennzeichnet sich als Gotteshalt der Schöpfung, als ein Bild des die Zeit durchragenden

unsichtbaren Lichtbaums, wie er als solcher denn auch uns noch als Weihnachtsbaum alljährlich in der dunklen Zeit sichtbar erscheint. Auch in Indien soll ein Baum gewissen Festzeiten mit Lichtern besetzt werden. Aus dem weltüberspannenden Baume taut auch dem Jnder die Sterblichkeit.«

12.

Poesie und Philosophie sind miteinander verwandt. Schönes und Wahres, wie Ahnen und Wissen. Wie Goethe vom Dichter verlangt (in »Hans Sachsens poetischer Sendung«), daß er ein kluges, treues Auge und eine liebe habe, um die Welt klar und rein zu schauen, so muß auch der Philosoph besitzen. Und umgekehrt wird ein echter Poet immer von dem Sehnen Fausts erfüllt sein, zu erkennen, »was die Welt im Innersten zusammenhält«. So kann es denn nicht wundernehmen, daß der Dichter Albert Henning dem philosophischen Werk des Halvar Danils, Postamtsvorsteher in Jälm, einen Aufsatz widmet. Er legt ritterlich eine Lanze ein für den nach seiner Meinung wegen feigerischer Ansichten verkannten Philosophen. Drei Werte von Halvar Danils werden erwähnt: »Substanz«, »Leben« und »Seele«. In der »Substanz« lehnt Danils die Geltung des Satzes von der Erhaltung der Energie und die Berechtigung der Lehre von der kinetischen Wärme ab. Wie Danils seinen Standpunkt begründet, teilt Henning nicht mit. Indes führt er an, daß Danils die Abhängigkeit des Lichts vom Gesetz der Gravitation schon vor Jahre vor der im Jahre 1919 gemachten Entdeckung Thomsons ausgesprochen hat. Im zweiten Werk bekennt sich Danils zum Vitalismus. Diesen Standpunkt sucht er im dritten Werk näher zu erläutern. Er nimmt ein Ätherleib an, dessen Form genau dem äußerlichen, sichtbaren Leib entspricht, sich aber von diesem unter gewissen Bedingungen zu lösen vermag und so die Erscheinungen zeitigt, die man aus spiritistischen Sitzungen kennt. Er bringt zahlreiche Beispiele solcher Erscheinungen, die nach Hennings Angabe mit seiner philosophischen Weltanschauung logisch verknüpft. Henning rühmt die strenge Wissenschaftlichkeit, mit der die Beziehungen zwischen Erscheinungen und körperlicher Welt nachgewiesen werden. In Anschauungen von Halvar Danils, wie er sie in seinem dritten Werk vertritt, haben auch in Deutschland zahlreiche Anhänger, wenngleich im einzelnen viele Verschiedenheiten bestehen. Schon Fichte nahm einen inneren unsichtbaren, »von der Seele unmittelbar gewirkten Geistleib an. Ob diese Lehren uns der Lösung der letzten Rätsel näher führen werden, steht dahin. Wie man auch zu diesen Fragen stehen mag, immer wird anzuerkennen sein, daß alle, die sich mühen, Licht in das große Dunkel der Welt zu bringen, um ihres Strebens willen die ernste Würdigung verdienen.

13.

Aus den Höhen philosophischer Betrachtung führt uns Thorsten Gerle, oberer Beamter der Generalpostverwaltung, mit seinem Aufsatz über die »Luftpost« auch in höhere Sphären, aber doch in den unmittelbarsten Bereich der fest gegründeten Erde. Er bezeichnet Stephans als einen der ersten, die den Gedanken eines regelmäßigen Luftpostdienstes ausgesprochen haben. In so bestimmter, klarer Form, wie Stephan sich nach dieser Richtung in seinem 1874 in Berlin gehaltenen Vortrag »Luftpost und Luftschiffahrt« geäußert hat, dürfte indes kaum jemand vorher das Problem beleuchtet und erfasst haben. Die Bedeutung des Stephanschen Vortrags tritt aus

h die Tatsache in das rechte Licht, daß Graf Zeppelin, dieser selbst in einem Vortrag in Stuttgart kurz vorbruch des Weltkriegs erklärte, die Hauptanregung zu m Werke durch jenen Stephanschen Vortrag, bei dem ugegen war, erhalten hat. Auch später hat Stephan Grafen Zeppelin nach dessen eigener Angabe, wie flicher Geheimer Rat Giesecke in einem Aufsatz des chivs für Post und Telegraphie von 1922 (Nr. 4) hlt, sehr gefördert. Es war ein eigenes Zusammenen, daß gerade in den Tagen, da wir Stephans größte, die Schaffung des Weltpostvereins, aus Anlaß der zigsten Wiederkehr des Gründungstages feierten, sein des Grafen Zeppelin hoher Traum einer Durchung des atlantischen Luotozeans sich verwirklichte. horsten Gerle beschränkt sich in seinem Aufsatz nicht die Darstellung der äußeren Entwicklung des Luftdienstes, sondern zieht Vergleiche mit den sonstigen rderungsmitteln in bezug auf Wirtschaftlichkeit und ungsfähigkeit und hebt die Bedingungen hervor,

denen der Luftpostdienst zu genügen hat, um dem Verkehr den erhofften Fortschritt zu bringen.

Das s ch w e d i s c h e P o s t l e s e b u c h erfüllt uns mit einem Gefühl hohen Stolzes und lebhafter Bewunderung für die schwedische Postbeamtenschaft und ihr Vaterland. Ein reiches geistiges Leben strömt uns aus diesen Blättern entgegen, eine Fülle von Schönheit und Wissen tut sich uns auf. Alle, die zu diesem Werke beigetragen haben, sind beseelt von reiner, idealer Gesinnung. So ist das Buch umweht von einem Hauche germanischer Art und germanischer Größe. Es ist von jenem Enthusiasmus getragen, von dem Kant sagt, daß ohne ihn niemals in der Welt etwas Großes ausgerichtet werden könne. Möge es diesen Geist allen, die es lesen, vermitteln! Möge es andere Postverwaltungen dazu anregen, ähnliche Bücher herauszugeben und in ihnen zu künden von allem Großen und Guten, das sie der Welt in der Vergangenheit gaben und in der Gegenwart leisten!

Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart.

Von Oberbaurat M. Mayer in Stuttgart.

Der alte in den 60er Jahren vergrößerte Hauptbahnhof Stuttgart, der Personen- und Postverkehr ungetrennt zu ständigen hatte, lag ganz nahe bei der »Hauptpost« und

Päckereien wurden vielmehr vom Bahnsteig ebenerdig mit sogenannten »Galeriewagen«, d. h. für Pferdebefpannung eingerichtete Karren auf gefedertem Radgestell von rund

Abb. 1.



Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart. Einschieben der Einschwaben von der Rampe über die als Brücke dienende Verschlussklappe.
D. R. P. 406 100 M. Mayer und Gemaire.

unter der trennenden Straße durch einen Tunnel mit verbunden. Die seinerzeit geplanten Aufzüge in die-Tunnel hinab wurden nicht ausgeführt, so daß der Tunnel nie zur Postbeförderung benutzt wurde. Die

1,6 qm lichter Grundfläche mit zur Hälfte umlegbaren hohen Seitenwänden, zum Hauptpostamt befördert. Die gleichen Karren fuhrten in der ganzen Stadt, um die bei den übrigen Postämtern aufgelieferten Pakete zur Bahn zu

bringen. Ein Pferd zog 2 bis 3 solcher Wagen auf mäßigen Steigungen.

Der Bau des neuen im Jahre 1922 eröffneten Hauptbahnhofes brachte mit einem Male für den Verkehr zur Bahn die große Entfernung zwischen Hauptpostamt und Postbahnhof von etwa 4 km. Um die daraus entstehenden Nachteile zu mildern, galt es, ein rascheres Beförderungsmittel zwischen beiden Stellen zu finden. Als die Frage zuerst geprüft wurde, wollte die Post ebenso wenig wie die Straßenbahn sich auf die naheliegende Verwendung von Straßenbahnwagen zur Paketbeförderung einlassen, um nicht in eine gegenseitige Abhängigkeit, namentlich für den Fall einer Unterbrechung der Stromzufuhr, zu geraten. Es wurde daher zunächst beim Neubau des Postbahnhofs für möglichst bequeme Anfuhr mit Kraftwagen bekannter Bauart gesorgt, und zwar sowohl mittels einer Laderampe unter Vordach in der Höhe des Kraftwagenbodens, als mit einer Einfahrtsrampe, welche die Heranführung der Kraftwagen auf die Bahnsteige bis an die Eisenbahnpostwagen ermöglichte. Ein Versuch, das Umladen der Pakete in die Kraftwagen durch Einsätze zu vermeiden, die ihrerseits im Innern des Packammer- oder Paketzustellgebäudes auf ebenem Boden gerollt werden konnten, war bei einem auswärtigen großen Bahnpostamt daran gescheitert, daß zwecks vollkommener Raumnutzung die Einsätze viel zu groß und deren Räder viel zu klein gebaut worden waren.

In Stuttgart ergab sich bald, daß im Kraftwagenverkehr der Aufwand für Betriebsstoffe, Personal und Unterhaltung der Wagen auf die Dauer recht kostspielig wurde. Inzwischen wirkte auch für die Straßenbahn das Beispiel anderer Großstädte, und vor allem wurde die hiesige Straßenbahngesellschaft infolge der Geldentwertung von selbst veranlaßt, neue Gebiete der Betätigung zu suchen. Der Vorschlag, Straßenbahnwagen zur Paketbeförderung heranzuziehen, fiel jetzt auf günstigeren Boden.

Die in anderen Städten bisher verwendeten Straßenbahnwagen sind, soviel bekannt geworden ist, entweder alte Personenwagen — bei geschlossener Bauart mit der Unbequemlichkeit des Beladens von den Kopfseiten, bei offenen Sommerwagen mit schlechter Deckung gegen Wetter und Diebstahl — oder neugebaute, den Eisenbahngüterwagen ähnliche Anhänger mit Schiebetüren an den Längsseiten. Da in Stuttgart alte Wagen nicht zur Verfügung standen, lag es nahe, die neu zu bauenden Wagen von vornherein trotz höherer Kosten besonders bequem für den Postverkehr zu bauen. Es kam vor allem darauf an, das Umladen für eine große Zahl von Paketen dadurch zu vermeiden, daß wenigstens für die vielen nicht sperrigen Pakete fahrbare Einsätze verwendet wurden, die im Postbahnhof sowie in den Packammern des Paketzustellamts und jedes mit der Annahme von Paketen besetzten Postamts verkehren können, ohne an Handlichkeit den bisherigen Galeriewagen nachzustehen.

Eine Reihe von Versuchen mit ursprünglich zu schwerer Bauart ergab schließlich eine Form von Karren von 1,82 auf 1,05 m innerer Grundfläche, deren Schmalseiten etwas höher aus Blech und deren niedrigere Längsseiten aus einem Holzgitter gebildet waren. Über die Zweckmäßigkeit eines Untergestells mit zwei Tragrädern und zwei Schweberrädern von der bei Gepäckkarren auf Bahnhöfen bekannten Anordnung war kein Zweifel, dagegen wurde der für leichtes Fahren erwünschte, im Raumverbrauch ungern gesehene größere Raddurchmesser eingehend erwogen; ebenso die Weglassung einer Bremse und der Handgriff für das Ziehen oder Schieben. Es ist klar, daß hervorstehende Teile, da die Breite der Straßenbahnwagen in Stuttgart

auf äußerstens 2,05 m beschränkt ist, den Fassungsraum Einsatzkarren zu sehr beschnitten hätten. Die mit der Ausführung der Karren nach der Zeichnung des Verfassers betraute Firma E. Wagner in Reutlingen schlug bündelförmige Griffe vor, die entweder um eine unten zwischen den Winkelleisten der Stirnseite liegende Achse herausgedrückt oder ganz zwischen diese Winkel zurückgelegt werden können und leicht zu handhaben sind.

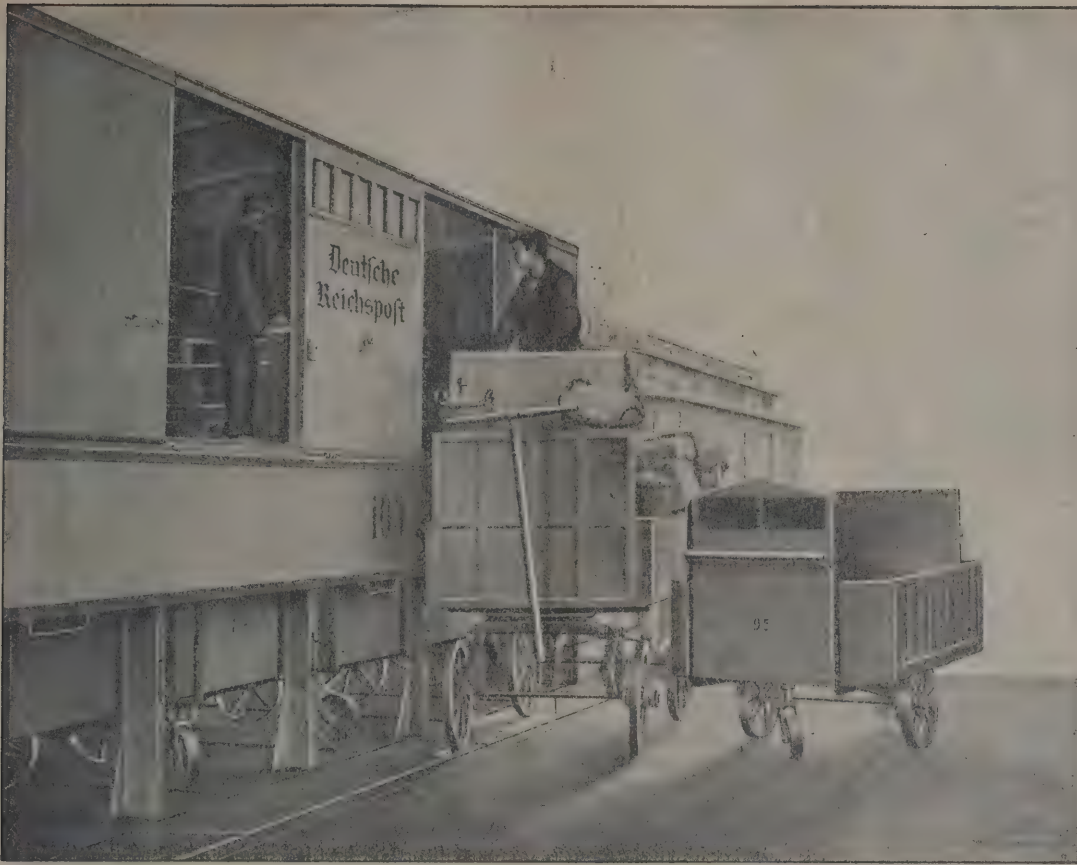
Solcher Karren können in einem Straßenbahnwagen von der in Stuttgart möglichen Länge fünf nebeneinander untergebracht werden. Wenn sie auf die zulässige äußerliche Höhe von 1 m über Boden beladen werden, fassen sie ihrer Grundfläche von rund 2 qm 60 bis 70 Pakete mittlerer Größe, d. h. nicht ganz soviel wie mäßig über die Seitenwände hinauf beladene Galeriewagen. Voraussetzung für die Benutzung derartiger Karren ist ein überall ebener Fußboden, am besten aus Asphaltplatten.

Trotz äußerster Sparsamkeit in den Konstruktionsbedingungen ist vom Rauminhalt des Straßenbahnwagens ein großer Teil durch die Karren selbst, die Trennwände und kleine Spielräume aufgebraucht. Ein befriedigendes Gesamtfassungsvermögen wurde erst erreicht, als ich darauf aufmerksamer über dem Unterteil für Einsatzkarren einen großen freien Laderaum für sperrige und meist leichte Pakete anzuordnen. Eine äußere Gesamthöhe von 3,8 m durfte nicht überschritten werden. Die innere Höhe des oberen Raumes von 1,63 m reicht für die beim Laden ohnehin gebrauchte Mannschaft noch aus, ebenso wie der auf 1,45 m Höhe beschränkte untere Raum gerade zweckmäßig ist, um ein Überladen der Karren und damit die Gefahr des Herausfallens der Pakete während der Straßenbahnfahrt zu vermeiden.

Die Verbindung zwischen den Straßenbahnwagen und der festen Rampe der Gebäude wird für den unteren Raum durch eine stark gebaute, zweiteilige Brücke hergestellt, während der Fahrt als untere Verschlussklappe dient und zum Schutz gegen Herausrollen der Einsatzkarren kräftig geriegelt ist. Eine obere ähnliche Klappe ist leichter gebaut und besteht aus einem Stück und dient nur gegen Regen und zur Verhinderung von Diebstahl. Der obere Raum hat an der Hinterseite eine Einsteigtür und an beiden Längsseiten je zwei Schiebetüren, dazwischen hochliegend ein Fensterchen. Zunächst war daran gedacht, den Oberraum mit Hilfe von Leitern zu beladen, die am Vordach festgehalten gewesen wären; sie haben sich aber als unnötig erwiesen, da die Ladung auf Galeriewagen mit ihrem ohnehin sehr hochliegenden Boden herangebracht wird. Der Oberraum ist noch ein kleines Vertikalteil abgetrennt. Die Wagen sind mit Hand- und Strombremse ausgestattet.

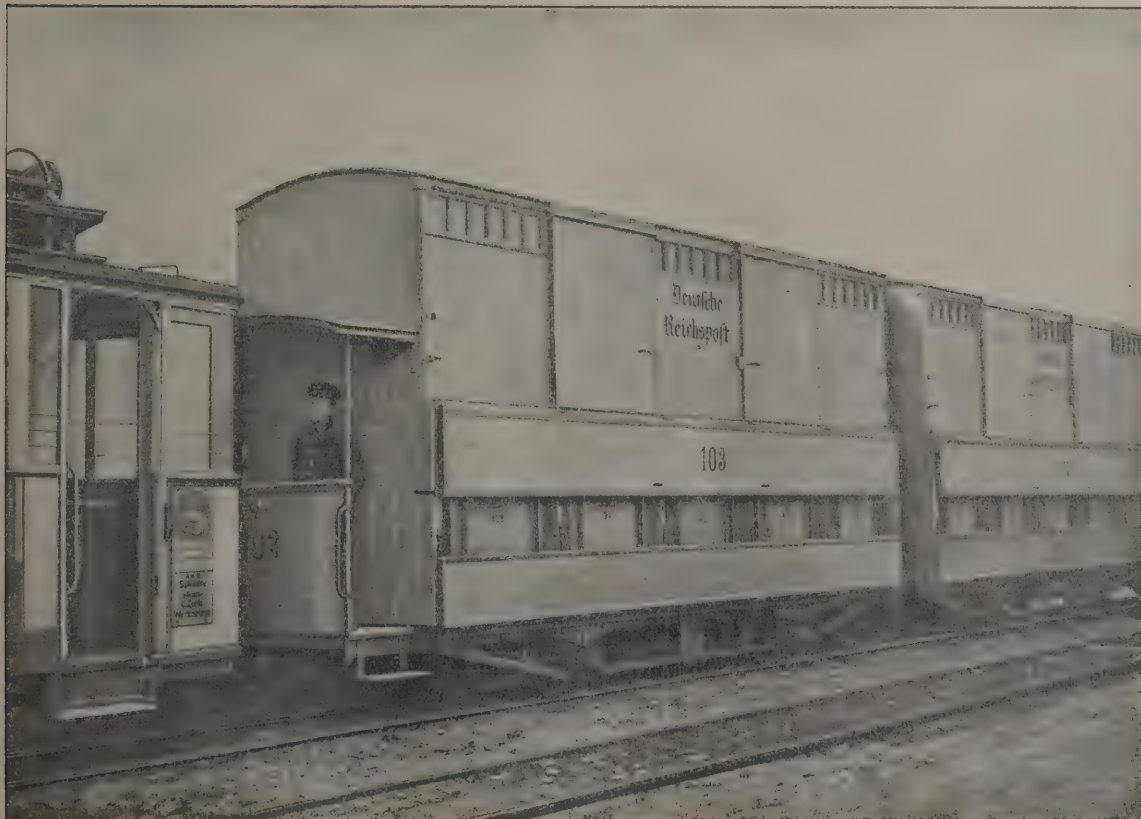
Ein gewöhnlicher Motorstraßenbahnwagen kann bis zu zwei solcher Anhänger ziehen. Die unter Nr. 406100 D. patentierten Wagen sind für Rechnung der Oberpostdirektion Stuttgart nach meiner Zeichnung von der Werkstätte der Stuttgarter Straßenbahn (Oberingenieur Vemaire) durchgeführt und gebaut worden und sollen in der nächsten Zeit im Ausbau begriffenen Gleishalle des Postbahnhofs hinterstellt werden. Die Gleise sind so gelegt, daß unter Umständen zwischen Bahnpostwagen und Straßenbahnwagen unmittelbar verladen werden kann. Die Straßenbahn-Postwagen mit Einsatzwagen sind beim Personal sofort beliebt geworden. Die Abmessungen und, auf Kleinigkeiten, die Konstruktion scheinen richtig getroffen zu sein. Es ist bemerkenswert, daß eine Straßenbahnfahrt — ein Motor und zwei Anhänger — so viel leistet wie etwa sechs Kraftwagenfahrten.

Abb. 2.



Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart. Beladen des oberen Raumes mit den sperrigen Paketen.

Abb. 3.



Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart. Abfahrtbereit am Motorwagen.

Zunächst sind außer dem Postbahnhof nur drei Postämter in der Stadt auf die Straßenbahn eingerichtet. Das Paketzustellamt soll erst in einem zu erstellenden Neubau sein endgültiges Unterkommen finden; beim jetzigen Hauptpostgebäude konnte in dem äußerst beschränkten Hof vorläufig nur eine schmale Holzrampe vorgebaut werden, die

aber einstweilen befriedigt. Trotz der beschränkten Verhältnisse geht die Beladung der Straßenbahnwagen gewöhnlich überraschend schnell vor sich, so daß die teure Stellung von Motowagen mit Fahrer durch die Straßenbahnverwaltung — von der Fahrzeit abgesehen — auf ganz kurze Zeit beschränkt bleibt.

Die Rechtstellung der Funksendegesellschaften (Unterhaltungsrundfunk, drahtloser Wirtschaftsrundspruchdienst)¹⁾.

Von Ministerialrat Dr. Neugebauer.

Die Bestimmungen der Reichspost über den Unterhaltungsrundfunk befaßten sich nur mit dem Rundfunkteilnehmer, der als »Rundfunkteilnehmer« im engeren Sinne oder als der »Versuche« machende Teilnehmer oder endlich als Besitzer von »Vorführungsgenehmigungen« (Hersteller oder Händler) erscheint. Im Hintergrund bleibt dabei die vielleicht wichtigste Person des Unterhaltungsrundfunks, nämlich die Sendegesellschaft, die die ganze »Unterhaltung« macht. Betrachtet man die rechtliche Stellung dieser Sendegesellschaft im Organismus des deutschen Funkwesens näher, so ergeben sich Ausblicke auf die Verschiedenartigkeit der Stellung der Sendegesellschaften im gewöhnlichen Unterhaltungsrundfunk und bei der Verbreitung der Wirtschaftsnachrichten.

I. Allgemeiner Unterhaltungsrundfunk.

1. Rechtstellung der Sendegesellschaft zur Deutschen Reichspost. Die Deutsche Reichspost selbst befaßt sich nicht mit der »Unterhaltung«. Die »Unterhaltung« hat sie ausschließlich der privaten Anregung und Unternehmungslust überlassen. So sind verschiedene Sendegesellschaften entstanden: die Funk-Stunde A. G. Berlin, die Schlesische Funkstunde A. G. in Breslau, Südwest-Deutscher Rundfunkdienst A. G. in Frankfurt (Main), Nordische Rundfunk A. G. in Hamburg, Ostmarkenrundfunk A. G. in Königsberg (Pr.), Mitteldeutsche Rundfunk A. G. in Leipzig, Deutsche Stunde in Bayern G. m. b. H. in München, Westdeutsche Rundfunk A. G. in Münster, Süddeutsche Rundfunk A. G. in Stuttgart²⁾. Diese Sendegesellschaften sind durchweg Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Ihre Aufgabe ist es, den Stoff für die im Unterhaltungsrundfunk verbreitete »Unterhaltung« zu beschaffen und ihn in der Weise zur sinnlich wahrnehmbaren Darstellung zu bringen, daß er durch die Sendeanlagen verbreitet und von den Empfangsanlagen der Rundfunkteilnehmer aufgefangen und zu Gehör gebracht werden kann. Nur diesen Teil der Beschaffung der »Unterhaltung« hat die Deutsche Reichspost aus der Hand gegeben. Die Sendeanlagen selbst sind Eigentum der Deutschen Reichspost. Sie werden von der Reichspost errichtet. Keine Sendegesellschaft hat das Recht zur Errichtung einer Sendeanlage für Verbreitung der Unterhaltungsrundfunkprogramme. Damit hat die Reichspost — abgesehen von anderen Gründen, die dazu geführt haben, die Sendeanlagen fest in der Hand des Reiches zu behalten — auch einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung des Rundfunks,

auf die Richtung der Entwicklung der Sendegesellschaften und Sendemöglichkeiten. Die Sendeanlagen des Unterhaltungsrundfunks bilden einen Teil der Verkehrseinrichtungen der Deutschen Reichspost selbst. Sie dienen nicht nur kaum ein anderer Teil des Funktelegraphennetzes der Reichspost öffentlichen Zwecken und genießen den erhöhten strafrechtlichen Schutz der §§ 317ff. StGB³⁾ sowie das Recht zur Benutzung von Verkehrswegen nach dem Telegraphenwegegesetz (TWG) vom 18. Dezember 1899. In posteigenen Sendeeinrichtungen des Unterhaltungsrundfunks — nämlich die Luftdrähte der Sendeanlagen und ihren Abspannvorrichtungen — können mithin ohne weiteres, unbeschadet der Vorschriften des TWG über das Planfeststellungsverfahren, öffentliche Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Gewässer und deren Ufer im Luftverkehr und diese vom Gesetz sogenannten »Verkehrswegen« zum Anbringen von Stützvorrichtungen benutzen. Privatgrundstücke kann die Luftdrahtanlage der posteigenen Sendeeinrichtung im Luftverkehr unter den Voraussetzungen des TWG überschreiten.

Der »Betrieb« der Sendeanlagen liegt nicht in der Hand der Sendegesellschaften. Vielmehr ist es die Reichspost, welche die Sendeanlagen nicht nur errichtet, sondern auch im Sinne des Gesetzes »betreibt«. Das ergibt sich aus folgendem. Die Tätigkeit der Sendegesellschaften beschränkt sich darauf, die Mitteilungen, Darbietungen und Veranstaltungen für die Teilnehmer in sinnlich wahrnehmbarer Weise so darzustellen, daß sie mit Hilfe funktechnischer Vorgänge der Sendeanlage mittels elektrischer Schwingungen in einer zur Aufnahme durch Empfangsanlagen der Rundfunkteilnehmer geeigneter Weise verbreitet werden. Der Sendegesellschaft liegt nur die sinnlich wahrnehmbare Darstellung jener Mitteilungen, Darbietungen und Veranstaltungen am Sendort ob, während der gesamte funktechnische Vorgang nach wie vor in der Hand der Reichspost bleibt. Dadurch, daß diese beiden Vorgänge — die sinnlich wahrnehmbare Darstellung der Mitteilungen, Darbietungen und Veranstaltungen am Sendort und die funktechnische Übermittlung dieser Darstellungen an die Empfangsanlagen — nicht in der Hand der Sendegesellschaft vereinigt sind, funktechnischen Vorgänge vielmehr ausschließlich durch die Reichspost selbst ausgeübt werden, stellt die Tätigkeit der Sendegesellschaft ebensowenig einen »Betrieb« der Sendeanlagen dar, wie die Benutzung der Fernsprecher durch die Reichspost durch den Fernsprechteilnehmer ein von dem Teilnehmer vorgenommener, eigener »Betrieb« der Fernsprechanlagen der Reichspost ist. Die Sendegesellschaften des Unterhaltungsrundfunks bedürfen daher keiner »V

¹⁾ Die Ausführungen zu I, II sind zum Teil in anderer, wesentlich kürzerer Fassung im »Funk« 1924 S. 398 unter dem Titel »Die Rechtstellung der Rundfunkgesellschaften« erschienen.

²⁾ Vgl. Voss im Deutschen Rundfunk 1924 S. 2499.

³⁾ Vgl. darüber Neugebauer, Funkrecht (Stilke Verlag), unter § 317 StGB, S. 55.

nung» nach § 1 der Funkverordnung, weil nicht sie, sondern die Reichspost selbst die Sendeanlage errichtet und auch betreibt⁴⁾. Reiche (Funkrecht S. 11, 42, 44) vertritt demgegenüber die Ansicht, daß die Sendegesellschaften Besitz von Verleihungen der Reichspost seien, denn er behauptet, daß die Sendeanlagen »konzessionierten Privatunternehmungen«⁵⁾, den sogenannten Sendegesellschaften zur Verfügung gestellt sind⁶⁾. Worauf Reiche seine Ansicht stützt, daß die Sendegesellschaften eine »Konzession« erhalten hätten, ist nicht ersichtlich. Denn Tatsache ist, daß die Reichspost noch nicht einer einzigen Sendegesellschaft eine »Verleihung« des § 2 LG zum Zweck einer Funkanlage erteilt hat. Das »Besprechen« der Sendeanlage und die gesamte Durchführung der »Unterhaltung« führt jedoch zu besonderen Rechtsbeziehungen zwischen Reichspost und Sendegesellschaften. So bedarf es einer Regelung der Umfang der Pflicht der Reichspost zur Bereitstellung ihrer Sendeanlagen, die Frage der Haftung für das richtige Arbeiten ihrer Anlagen. Ferner ist die Art der Nachrichten, zu deren Verbreitung die Sendegesellschaft die Anlagen der Reichspost benutzen soll, zu regeln, desgleichen die Art der Wiedergabe der

Nachrichten am Sendeort, sodann die Gegenleistungen, welche die Sendegesellschaft der Reichspost für Bereitstellung der Sendeanlage zu entrichten hat, und vor allen Dingen die wichtige Frage der Deckung der Kosten der Sendegesellschaften für die Durchführung der Unterhaltung. Die zur Durchführung der vielgestaltigen Darbietungen der Sendegesellschaften erforderlichen beträchtlichen Kosten werden nämlich nicht in der Weise aufgebracht, daß die Sendegesellschaften mit den Rundfunkteilnehmern besondere Verträge schließen, auf Grund deren diese »Teilnehmer« zur Aufnahme der Darbietungen der Sendegesellschaften ermächtigt und zu Gegenleistungen in Form von Zahlungen an die Sendegesellschaften verpflichtet werden. Die Reichspost ist einen andern Weg gegangen. Sie erhebt von den Rundfunkteilnehmern für die Genehmigung der Empfangsanlagen auf Grund des § 2 des LG »Verleihungsgebühren«⁷⁾ und führt einen Teil dessen, was ihr jeder Rundfunkteilnehmer kraft des öffentlich-rechtlichen Verleihungsrechts schuldet, an die Sendegesellschaften ab. Diese Beträge sind für die Sendegesellschaften ihre Betriebseinnahmen, ihre »Betriebsgebühren«; sie sind aber nicht Beträge, die jeder Rundfunkteilnehmer der Sendegesellschaft schuldet, sondern Beträge, die der Rundfunkteilnehmer der Reichspost kraft Verleihungsrecht schuldet, die Reichspost aber kraft besonderer Abmachungen an die Sendegesellschaften abzuführen hat.

Die Regelung all dieser Fragen zwischen Reichspost und Sendegesellschaft beruht nicht auf dem einseitigen Hoheitsakt einer »Verleihung« an die Sendegesellschaft, sondern bildet den Gegenstand besonderer Abmachungen zwischen ihr und der Reichspost, die ihrer ganzen Art nach als Verträge bürgerlich-rechtlicher Natur anzusehen sind und im wesentlichen der Gruppe der Werkverträge zuzuzählen sein werden. Immerhin verdient ein Gesichtspunkt Beachtung. Die Sendeeinrichtungen der Reichspost für den Unterhaltungsrundfunk sind ein Teil der gesamten, öffentlichen Zwecken dienenden Verkehrseinrichtungen der Reichspost. Bei Benutzung derartiger Verkehrseinrichtungen entstehen jedoch im Telegraphen-, Fernsprech- und auch im Postverkehr nicht Verträge des bürgerlichen Rechts, sondern öffentlich-rechtliche Vertragsbeziehungen zwischen Reichspost und Benutzern der Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen. Die Rechtsentwicklung auf dem Gebiet des Rundfunkwesens könnte daher, wenn die Sendeanlagen Einrichtungen der Reichspost bleiben, vielleicht zu schärferer Herausbildung der öffentlich-rechtlichen Seite der Rechtsbeziehungen zwischen Reichspost und Sendegesellschaften führen, obwohl hier gewisse Hemmungen infolge der nach mancher Richtung etwas spröden Natur des öffentlichen Rechts auftreten können. Jedenfalls könnte sich eine derartige Rechtsentwicklung bei der jetzigen Grundidee des Rundfunks nur in der Richtung bewegen, daß ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis auf Benutzung der posteigenen Verkehrs-

Vgl. so auch die Amtsbk Nr. 273 über den Unterhaltungsrundfunk, Amtsbk 1924 S. 249: »Die Sender gehören DRP und werden von ihr betrieben.«

Wenn Reiche von »konzessionierten Unternehmungen« spricht, so meint er nach dem von ihm gewählten Sprachgebrauch Unternehmungen, die eine »Verleihung« des § 2 LG erhalten. Das Telegraphenrecht kennt aber nur die Worte »Genehmigungen« und »Verleihungen«. Die Wahl des Wortes »Konzession« ist daher nicht notwendig, sie ist aber auch verfehlt. In dieser Begriffs-erinnert an die Konzession des Gewerbe-⁸⁾, während ein Akt in Frage steht, durch den die Reichspost das ihr allein zustehende Recht zur Errichtung und zum Betrieb von Telegraphenanlagen anderen »verleiht«.

Die Verleihung wird weiter (vgl. Funkrecht S. 82) den Begriff »Konzessionszwang«. Sprachlich bedeutet dies Zwang zur Teilnahme einer Konzession, während Reiche darunter die Pflicht versteht, die Errichtung und den Betrieb von Funkanlagen ohne Genehmigung der DRP zu unterlassen. Derartige Wortgebilde sind recht bedenklich und führen nur irre.

Funkrecht ist das Wort »Konzessionszwang« (»Genehmigungszwang«) um so weniger berechtigt, als die DRP nicht verpflichtet ist, eine Genehmigung zur Errichtung einer Funkanlage zu erteilen. Der § 1 FunkVO sagt ausdrücklich, »daß die Konzession auf Erteilung der Genehmigung nicht besteht«.

Reiche (6) nimmt an, daß diese Vorschrift des § 1 FunkVO wegen § 6 LG erforderlich gewesen sei. Dem kann nicht beigegeben werden. Die Vorschrift des § 1 FunkVO, in der ausgedrückt wird, daß ein Recht auf Erteilung der Genehmigung besteht, enthält eine Änderung nicht des § 6 LG, sondern, wie § 1 FunkVO selbst ausdrücklich sagt, des § 2 LG. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Der § 2 LG den Gemeinden das Recht, unter gewissen Voraussetzungen die Erteilung der Genehmigung eigener Telegraphenanlagen —

— bis 18. März 1924 auch die Funkanlagen gehörten — zu erteilen. Diese Vorschrift, die Reiche übersehen hat, ist

die der § 1 FunkVO Satz 2 abändert. Es ist auch nicht

richtig, wenn Reiche den § 6 LG mit dem § 1 FunkVO in Verbindung bringt. Der Unterschied zwischen § 2 LG und § 6 LG

von Reiche in seinem Funkrecht nicht herausgearbeitet, so

daß die Ergebnisse seiner Untersuchungen sich in verschiedenen

Stellen nicht mit der Stellung der Reichspost decken. — Es

ist nochmals festzustellen: Die Rundfunkteilnehmer erhalten keinen

»Besitz« an die Sendeanlage der DRP, sie benutzen diese

— Nur von den Sendegesellschaften könnte man be-

haupten, daß sie die posteigenen Sendeanlagen benutzen. Ein

Recht hierzu ist aber aus dem durch die Funkverordnung völli-

g veränderten gebliebenen § 6 LG nicht herzuleiten, weil

die Vorschrift andere tatsächliche Verhältnisse voraussetzt, als

bei Benutzung der posteigenen Funkengesellschaften durch die

Sendegesellschaften gegeben sind. Andererseits ergibt auch nicht

§ 1 Satz 2 der FunkVO, daß das Gesetz Sendegesell-

schaften jedes Recht auf Zulassung zur Benutzung der Anlagen

erteilt, weil diese Vorschrift einen ganz anderen Tatbestand

regelt.

⁴⁾ Meschlmann, Der Radioverkehr, Bern 1924 S. 24 behauptet, daß der einzelne Rundfunkteilnehmer der DRP Gebühren für die Errichtung und den Betrieb der Sender und der Rundfunkgesellschaft Gebühren für Lieferung der Nachrichten und Musikvorführungen zahlt. Rechtlich ist das falsch. Der Rundfunkteilnehmer zahlt nur Gebühren für Genehmigung seiner Empfangsanlage und diese nur an die DRP, an die Sendegesellschaft zahlt er nichts. Natürlich verwendet die DRP die Gebühren wirtschaftlich für die Sendeanlagen, und der an die Sendegesellschaften abgeführte Teil jener Rundfunkgebühren ist wirtschaftlich ein Entgelt für deren Darbietungen.

einrichtung der Rundfunksendeanlagen nur zwischen Reichspost und Sendegesellschaft, nicht auch zwischen Reichspost und Rundfunkteilnehmer, zur Entstehung kommt, mag dieser letztere auch von dem Betrieb der Sendeanlagen Vorteil haben.

2. Das Rechtsverhältnis der Sendegesellschaften zu den Rundfunkteilnehmern gestaltet sich im Unterhaltungsrundfunk besonders eigenartig. Wie bereits Bieregge in der Zeitschrift »Funk« S. 325 ausgeführt hat, bestehen zwischen Sendegesellschaft und Rundfunkteilnehmer keine Vertragsbeziehungen. Nicht beizupflichten ist der Auffassung Reiches (Funkrecht S. 18), wonach die Sendegesellschaften »gleichsam Organe der Reichspost« seien. Denn dieser Auffassung liegt die Annahme zugrunde, daß der Reichspost die Rechtspflicht zur Beschaffung der »Unterhaltung« den Rundfunkteilnehmern gegenüber obliege, was nicht zutrifft. Die bemerksenswerte lose Stellung der Sendegesellschaften gegenüber den Rundfunkteilnehmern erklärt sich einfach aus der besonderen Art der Finanzierung der Sendegesellschaften, die es zum Nutzen einer Vereinfachung der Organisation des Rundfunks ermöglicht, auf die Schaffung besonderer Rechtsverhältnisse zwischen Teilnehmern und Sendegesellschaft zu verzichten.

Die Sendegesellschaft hat demgemäß dem Rundfunkteilnehmer gegenüber keine Pflichten, insbesondere keine Vertragspflichten zur Vornahme und Aufrechterhaltung bestimmter Veranstaltungen. Öffentliche Ankündigung der Rundfunkprogramme durch die Sendegesellschaft begründet für sie nicht die Pflicht gegenüber dem Rundfunkteilnehmer, die angekündigten Veranstaltungen auch wirklich abzuhalten. Der Rundfunkteilnehmer seinerseits hat keinen klagbaren Anspruch auf Lieferung der Unterhaltung weder gegen die Reichspost noch auch gegen die Sendegesellschaft. Vereinbarungen der Reichspost mit der Sendegesellschaft über die Ausführung der Rundfunkdarbietungen (s. oben 1) sind keine Verträge zugunsten dritter, begründen mithin keinen unmittelbaren Anspruch der Rundfunkteilnehmer auf Ausführung der Darbietungen. Demgemäß hat der Rundfunkteilnehmer, wenn z. B. die Sendegesellschaft die angekündigte Veranstaltung nicht vornimmt oder überhaupt keine Veranstaltung mehr macht, keinen Anspruch gegen die Sendegesellschaft auf Vornahme der Veranstaltung, auf Nachlieferung angekündigter Darbietungen oder etwa auf Schadensersatz⁷⁾. Andererseits

7) Ähnliche Ansprüche, z. B. auf Rückerstattung oder Kürzung der Rundfunkgebühren, hat der Rundfunkteilnehmer auch nicht gegen die Reichspost. Denn mit der Verleihung des Rechts zur Errichtung und zum Betrieb der Rundfunkempfangsanlage erschöpft sich das, was die Reichspost dem Rundfunkteilnehmer gewährt, wobei noch bemerkt sein mag, daß niemand gegen die Reichspost einen Rechtsanspruch auf Verleihung des Rechts zur Errichtung und zum Betrieb einer Rundfunkempfangsanlage erheben kann. Jegdewelche klagbaren Rechtspflichten der Reichspost hinsichtlich der Art und Durchführung der Unterhaltung bestehen den Rundfunkteilnehmern gegenüber nicht.

Bei dieser Gelegenheit muß eine nach verschiedenen Richtungen, z. B. auch in steuerrechtlicher Beziehung wesentliche Frage des Telegraphenrechts erörtert werden.

Stellung der Reichspost zu den Rundfunkteilnehmern.

Dem Rundfunkteilnehmer wird von der Reichspost das Recht zur Errichtung und zum Betrieb einer Funkempfangsanlage »verliehen« (vgl. § 2 T.G.). Diese Verleihung ist ein Staatshoheitsakt der Reichspost (vgl. Neugebauer, Funkrecht S. 22). Sie begründet keinen Vertrag zwischen Reichspost und Rundfunkteilnehmer; auch ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen Reichspost und Rundfunkteilnehmer entsteht nicht (anderer Ansicht Bieregge im »Funk« 1924 Heft 25, Zeitschriftenschau,

hat der Rundfunkteilnehmer an die Sendegesellschaft nicht zu zahlen; er schuldet seine Rundfunkgebühren nur der Deutschen Reichspost. Die Sendegesellschaft hat demgegenüber den Rundfunkteilnehmer keinen Anspruch auf Zahlung von Gebühren. Verbreitet die Sendegesellschaft falsche Mitteilungen, und wird dadurch ein Rundfunkteilnehmer zu schädigenden Entschliefungen veranlaßt, kann er gegen die Sendegesellschaft keine Ersatzansprüche herleiten. Nur wenn er nachweisen kann, daß ein

§. 26). Die »Verleihung« des § 2 T.G. begründet für sich allein zwischen Rundfunkteilnehmer und Reichspost keine Vertragsbeziehungen weder des Privatrechts noch auch des öffentlichen Rechts; sie ist und bleibt das, was sie nach dem Gesetz ist: einseitiger Staatshoheitsakt, der im Verhältnis zwischen Reichspost und Rundfunkteilnehmer keine Vertragsrechte und Vertragspflichten schafft, sondern dem »Beliehenen« eine gewisse Rechtsstellung gegenüber dem Telegraphenhoheitsrecht der Reichspost verleiht und gewisse öffentlich-rechtliche Pflichten erlegt. Die Pflichten der Verleihungsbedingungen werden durch Unterwerfung des Beliehenen unter sie begründet. Verleihung des Rechts zur Errichtung und zum Betrieb Telegraphenanlagen ist ebenso ein einseitiger Staatsakt, es die Auferlegung der »Verleihungsbedingungen« (Abf. 3 T.G.) ist. Daß eine »Verleihung« des § 2 T.G. keine Vertragsbeziehungen zwischen Reichspost und Beliehenen ausweist, zeigt vielleicht am besten eine Würdigung der Bekanntmachung des Reichsfanzlers — der damaligen Spitze der Reichspostverwaltung — vom 16. Juli 1908 und vom 12. Dezember 1908 (RGBl. 1908 S. 476, 1909 S. 977). Diese beiden Bekanntmachungen enthalten allgemein erteilte »Verleihungen« des § 2 T.G. Es wird wohl niemandem einfallen, die Ansicht vertreten, daß diese echten »Verleihungen« der §§ 2, 3a, 3b Vertragsbeziehungen zwischen der Reichspost und den Schädigten begründen. Die Bekanntmachungen verschaffen den Schädigten eine Rechtsstellung, vermöge deren auf ihnen die bezeichnenden Telegraphenanlagen errichtet oder betrieben werden können ohne die Strafe des T.G., die auf Verletzung des Telegraphenhoheitsrechts der Reichspost gesetzt sind, besorgen zu müssen.

In der Organisation des Rundfunks, insbesondere in der Erteilung der verschiedenen Genehmigungen — Rundfunkteilnehmergenehmigung, Detektorgenehmigung, Audionversuchserlaubnis, Vorführungsgenehmigungen — liegt endlich, wie Reich (Funkrecht S. 5) annimmt, ein »Abbau des Monopolprinzips«. Von einem »Abbau des Monopolprinzips« kann man nur dann sprechen, wenn man den Begriff »Monopolprinzip« gleichsetzen wollte mit dem Grundsatz alleiniger Errichtung aller Telegraphenanlagen durch die DRP. Indem muß doch bedacht werden, daß gerade im Telegraphenwesen strenges »Staatsmonopol« in jenem Sinne — »nur Staatsanlagen« — kaum irgendwo besteht. Die Kabel- und Funkanlagen des Weltverkehrs sind z. B. nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern des Telegraphenhoheitsrechts vielfach nicht Staatsanlagen, sondern Anlagen privater Unternehmungen. Der Art. 19 des Internationalen Telegraphenvertrags erwähnt ausdrücklich diese Privattelegraphengesellschaften des Weltverkehrs. Es wäre eine unrichtige Betrachtung, wenn man aus der Tatsache, daß der Telegraphenverkehr nicht schließlich durch Staatsanlagen besorgt wird, auf eine Preisgabe oder einen »Abbau« des Telegraphenhoheitsrechts der Reichspost schließen. Das Telegraphen-, Funkhoheitsrecht erschöpft sich von vornherein nicht in dem Satz: alle Anlagen Staatsanlagen. Vielmehr ist es eine unmittelbare Tätigkeit des Funkhoheitsrechts, wenn die DRP Verleihungen gemäß § 2 T.G. erteilt. Darin liegt, wie auch das Reichsgericht im Urteil vom 29. April 1913 II 29. 13 (Archiv 1923 S. 1042) ausgesprochen hat, die Preisgabe des Telegraphenhoheitsrechts, vielmehr kommt es wie das Reichsgericht sagt, das der Reichspost gesetzlich stehende »Vorrecht gerade zum Ausdruck«. Auf einen Verzicht dieses Vorrechts geht auch nicht das Ziel der DRP, die Gegenteil ihr Funkhoheitsrecht den Rundfunkteilnehmern gegenüber sinnfällig durch die Überwachung von Anlagen und Betrieb — vgl. 13 der Bedingungen der Rundfunkteilnehmergenehmigung und der Audionversuchserlaubnis sowie die Bedingungen für Errichtung und Betrieb von Anlagen funkttechnische Versuchszwecke — bekundet und sich dabei auf besondere, aus Anlaß des Rundfunkwesens erlassene gesetzliche Vorschriften (§ 5 FunkT.G.) stützen kann. Erst dann, wenn die DRP das Rundfunkwesen völlig freigibt ohne die

ungsmäßiger Vertreter der Sendegesellschaft arglistig
jahre Mitteilungen verbreitet hat, würde wegen dieses
tätigen Handelns auf Grund der Vorschriften des
gerlichen Rechts über unerlaubte Handlungen — nicht
den Vorschriften über Vertragsverletzungen — eine
adensersatzpflicht der Gesellschaft gegenüber dem durch
falschen Mitteilungen geschädigten Rundfunkteil-
ner entstehen können (§§ 826, 31 BGB). Fiele die
list nur einem Angestellten der Sendegesellschaft, der
t verfassungsmäßig berufener Vertreter der Gesell-
ft ist, zur Last, so könnte eine Haftung der Gesellschaft
aus dem § 831 BGB hergeleitet werden; die Sende-
llschaft wäre mithin in der Lage, unter Umständen
Entlastungsbeweis des § 831 BGB zu führen.

Die Organisation des deutschen Rundfunks gestaltet
mithin in sicherlich eigenartiger Weise dahin, daß die
stellung der Rundfunksendegesellschaften und Rund-
funkteilnehmer verschiedenen Inhalt aufweisen und vor
n Dingen keine unmittelbare Berührung zeigen; ihre
tsbeziehungen laufen lediglich in dem Träger des
thoheitsrechts, der Deutschen Reichspost, zusammen,
durch Hoheitsakte gegenüber Rundfunkteilnehmern so-
durch besondere bürgerlich-rechtliche Rechtsbeziehungen
den Sendegesellschaften den Ausgleich der verschiedenen
tschaftlichen Interessen der beteiligten Kreise herbei-
rt.

I. Wirtschaftsnachrichtendienst des Unterhaltungs- rundfunks.

Ein etwas anderes Bild der Stellung der Sende-
llschaften im Organismus des Rundfunks ergibt sich
dem Kreis von Rundfunkteilnehmern, die an dem
tschaftsnachrichtendienst des Un-
haltungsrundfunks teilnehmen. Seit
15. August verbreiten die Sendegesellschaften ver-
ffelte Wirtschaftsnachrichten für einzelne Kreise des

igungen mit ihren »Bedingungen«, ließe sich von einem
bau« des Funkhoheitsrechts sprechen. An eine solche Frei-
hat die DRP nie gedacht, sie hat im Gegenteil, anfangs
r heftigem Widerstand vieler Kreise, in klarer Erkenntnis
Wirksamkeit das eine Ziel nie, aus dem Auge verloren, im
abzubrechen das Funkhoheitsrecht nicht abzubauen, sondern es
einem vollen Umfang und mit seinem vielgestaltigen Inhalt
den Rundfunk auszunutzen und gerade durch Geltend-
ung des Hoheitsrechts den Einfluß auf die Entwicklung
Rundfunks zu gewinnen und zu behalten, der allein, wie der
olg gezeigt hat, zum Nutzen des Rundfunkwesens ausge-
gen hat. Im übrigen ist der privatwirtschaftlichen Be-
gung und Unternehmungskraft weites Feld gelassen, so daß
deutsche Rundfunk den Gesamteindruck einer gemischt-wirt-
tlichen Organisation bietet. Dabei ist die Stellung der
P zum Rundfunkteilnehmer nicht so eng ausgestaltet, daß,
Reiche (Funkrecht S. 19) annimmt, zwischen Reichspost
Rundfunkteilnehmer auf Grund der diesem erteilten »Ge-
nigung« aus § 2 ZG ein »privatrechtlich gefärbtes An-
schlußverhältnis« bestehe. Worin die »privatrechtliche Färbung«
Rechtsbeziehungen sich befindet, wird nicht gesagt; für
vatrecht ist im § 2 ZG, der allein dem Rundfunkteilnehmer
enüber angewendet wird, kein Raum. Theoretisch wäre es
bar, den deutschen Rundfunk so zu organisieren, daß zwischen
Rundfunkteilnehmer und der Reichspost, die die Sende-
gen errichtet und betreibt, ein auf Benutzung der Sende-
gen gerichtetes besonderes »Anschlußverhältnis« mit Pflich-
der Reichspost begründet wird. Zur Zeit hat aber die
chspost aus wohlverwogenen Gründen davon abgesehen, ein
es »Anschlußverhältnis« des Rundfunkteilnehmers zu ihr
Entstehung zu bringen. Weder tatsächlich noch rechtlich
d ein solches »Anschlußverhältnis« begründet. Eine »Ver-
ung« des § 2 ZG schafft für sich allein kein solches durch
Bestehen gegenseitiger Rechte und Pflichten gekennzeichnetes
schlußverhältnis. Diese etwas lockere Stellung der DRP
d man nur begrüßen können.

Handels und der Landwirtschaft, die ihnen von der Eil-
dienst für amtliche und private Handelsnachrichten G. m.
b. H. in Berlin NW 7, Dunsenstr. 2, geliefert werden^o).
Diese Nachrichten dürfen nur von den Rundfunkteil-
nehmern aufgenommen werden, die den Bezug der Nach-
richten besonders beantragt und bezahlt haben und dar-
aufhin den Schlüssel zur Entzifferung der Nachrichten er-
halten. Bei diesem Teil des Unterhaltungsrundfunk-
dienstes treten neben die im wesentlichen das gleiche recht-
liche Bild aufweisenden beiden Rechtsbeziehungen: Reichs-
post-Rundfunkteilnehmer und Reichspost-Sendegesell-
schaft, drei weitere Vertragsbeziehungen rein bürger-
lich-rechtlicher Natur. Zunächst ein Vertrag der Eil-
dienstgesellschaft mit der Reichspost über
die Ausführung eines Teils der 15 M monatlich betragen-
den Sondergebühr, die jeder Rundfunkteilnehmer dieses
Dienstes der Reichspost zu zahlen hat, an die Eildienst-
gesellschaft, ferner ein weiterer Vertrag der Eildienst-
gesellschaft mit der Sendegesellschaft über
Lieferung der Wirtschaftsnachrichten und Ausführung
eines Teils der an den Eildienst abgeführten Gebührenan-
teile an die Sendegesellschaft, sowie endlich ein Vertrag
der Eildienstgesellschaft mit dem Rund-
funkteilnehmer über die Ermächtigung des Teil-
nehmers zur Aufnahme der Nachrichten, über sein Recht
auf Lieferung des Schlüssels zur Entzifferung der Nach-
richten und vor allem über die Haftung der Eildienst-
gesellschaft für den Dienst, die aber im allgemeinen stets
auszuschließen sein wird.

Diese Regelung des Wirtschaftsnachrichtendienstes im
Unterhaltungsrundfunk ist rechtlich etwas verwickelt. Sie
ist inzwischen bereits umgestaltet worden (vgl. Amtsbl
Bf Nr. 718 von 1924, S. 649).

III. Wirtschaftsrundspruchdienst.

Der im Unterhaltungsrundfunk verbreitete Wirt-
schaftsnachrichtendienst (II) ist nicht zu verwechseln mit
dem seit Anfang 1923 durch Verordnung vom 30. De-
zember 1922 eingeführten besonderen Wirtschafts-
rundspruchdienst.

1. Dieser Dienst war bisher ein in den Händen der
Reichspost liegender, ausschließlich mit Anlagen der
Reichspost ausgeübter Dienst, bei dem Sendeanlagen und
Empfangsanlagen durch die Reichspost selbst errichtet
und betrieben wurden. Die Benutzung dieser Empfangs-
anlagen setzte voraus, daß der Inhaber der Empfangs-
anlagen mit der Reichspost ein dem Fernsprechteilnehmer-
verhältnis nachgebildetes, öffentlich-rechtliches »Rund-
spruchteilnehmerverhältnis« einging, des-
sen Inhalt durch eine besondere Rechtsverordnung vom
30. Dezember 1923 (Amtsbl von 1923, S. 1) geregelt
wurde^o).

Reiche (Funkrecht S. 8) hebt hervor, daß die Reichspost
im bisherigen Wirtschaftsrundspruchdienst »die Genehmi-
gungserteilung an Firmen und Private in der Hand be-
halten habe«; er vertritt mithin anscheinend die Ansicht,
daß die Reichspost im bisherigen Wirtschaftsrundspruch-
dienst »Genehmigungen« an Private und Firmen erteilt
habe. Diese Ansicht Reiches entspricht nicht den Tat-

^o) Vgl. Amtsbl Bf Nr. 508 von 1924, S. 502. Inzwischen
wieder aufgehoben (Amtsbl Bf Nr. 718 von 1924, S. 649).

^o) Vgl. darüber auch Neugebauer, Funkrecht S. 38, 39.
Reichsliemann, Der Radioverkehr, Bern 1924 S. 20 stellt bei Er-
örterung des bisherigen Wirtschaftsrundspruchdienstes die
Rechtslage nicht ganz richtig dar, da er die Rechtsnatur der RD
vom 30. Dezember 1922 wohl nicht erkannt hat.

sachen. Niemals sind solche Genehmigungen erteilt worden; für solche war auch kein Raum. Die Wirtschaftsrundspruchverordnung von 1922 stellte den »Rundspruchteilnehmer«, nämlich den Inhaber der Rundspruchempfangsanlage (III der Verordnung), dem Fernsprechteilnehmer der FD gleich, der ebenfalls keine »Genehmigung« der Reichspost aus § 2 TG erhält. Beide, der Fernsprechteilnehmer wie der frühere Teilnehmer am Wirtschaftsrundspruchdienst der Verordnung vom Dezember 1922, betreiben nicht eine Fernsprech- oder Funkanlage, sondern benutzen eine von der Reichspost selbst errichtete und betriebene Anlage. Der bisherige Wirtschaftsrundspruchdienst war ein Annex des Drahtfernsprechdienstes, worauf auch die im Eingang der Verordnung vom 30. Dezember 1922 genannte Grundlage der FD noch besonders hinweist. Neben dem »Rundspruchteilnehmerverhältnis« zwischen Reichspost und Teilnehmer bestand ein besonderes bürgerlich-rechtliches Vertragsverhältnis zwischen dem Rundspruchteilnehmer und der Eildienstgesellschaft, der es oblag, die Nachrichten nicht nur zusammenzustellen, sondern auch den Teilnehmern unmittelbar »zuzusprechen«. In diesem Vertrag zwischen Eildienstgesellschaft und Rundspruchteilnehmer waren ferner die besonderen Zahlungen der Teilnehmer an die Eildienstgesellschaft zu regeln¹⁰⁾, sodann der Umfang der Haftung der Eildienstgesellschaft für den Dienst gegenüber den Teilnehmern und endlich auch die Haftung der Teilnehmer gegenüber der Eildienstgesellschaft, z. B. dafür, daß die Nachrichten nicht in einer den Interessen des Eildienstes abträglichen Weise benutzt und weiterverbreitet würden — Verbot der Überlassung gegen Entgelt an Dritte, insbesondere Verbot der Überlassung an Nachrichtenbüros und deren Agenten¹¹⁾. Es

¹⁰⁾ Vgl. Punkt IV letzter Satz und Punkt VIII, 9 der Wirtschaftsrundspruchverordnung.

¹¹⁾ Die allgemeinen Vertragsbedingungen der Eildienstgesellschaft zur Regelung ihres Verhältnisses zu den Teilnehmern des Dienstes waren nicht ganz frei von Bedenken. Sie verwirklichten mehrfach die Rechtsnatur des Dienstes. Es war z. B. ungenau und irreführend, wenn Ziffer 1 dieser Vertragsbedingungen der Eildienstgesellschaft dahin lautete:

»Durch die Benutzung von Empfangsapparaten für drahtlose Telegraphie wird ein Rechtsverhältnis lediglich zwischen der Eildienst... gesellschaft und dem Bezieher geschaffen. Ansprüche des Bezieher gegen die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sind ausgeschlossen.«

Diese Vorschrift klingt so, als ob es im Wirtschaftsrundspruchdienst überhaupt kein »Rundspruchteilnehmerverhältnis« (vgl. Punkt III, IV der Wirtschaftsrundspruchverordnung) gegeben hätte. In der gewählten Form war dieser erste Satz der Ziffer 1 der Vertragsbedingungen, man kann ruhig sagen, falsch. Richtig ist nur so viel, daß die Abmachungen zwischen Eildienst und Teilnehmer (Bezieher) nur zwischen diesen beiden einen Vertrag über Lieferung und Abnahme der Nachrichten begründen. Der Satz 2 der Ziffer 1 über den Ausschluß von Ansprüchen der Bezieher gegen die Reichspost war, wenn man ihn genau ansieht, im Ergebnis richtig. Die Reichspost hat nämlich in Punkt IX der Wirtschaftsrundspruchverordnung von 1922 jede Haftung für den Dienst dem »Rundspruchteilnehmer« gegenüber ausgeschlossen. Diese Norm der Wirtschaftsrundspruchverordnung war es, die eine Haftung der Reichspost dem Teilnehmer gegenüber ausschloß, nicht etwa die Ziffer 1 der Vertragsbedingungen des Eildienstes.

In Ziffer 2 der Vertragsbedingungen schließt die Eildienstgesellschaft eine Haftung gegenüber dem Teilnehmer am Dienst aus »entsprechend der Telegraphenordnung von 1904«. Es muß auffallen, daß sich der Eildienst auf die TD beruft. Denn für das Rundspruchteilnehmerverhältnis zwischen Reichspost und Teilnehmer galt nicht die TD, sondern die Wirtschaftsrundspruchverordnung, und für das Verhältnis zwischen Eildienst und Teilnehmer konnte die TD nicht in Betracht kommen. Die Haftung des Eildienstes gegenüber dem Teilnehmer bestimmte sich lediglich nach bürgerlichem Recht und war nur so weit

bestand eine eigenartige Verkopplung dieses bürgerlich-rechtlichen Vertragsverhältnisses zwischen Teilnehmer und Eildienstgesellschaft mit dem »Rundspruchteilnehmerverhältnis« insofern, als sich die Dauer des »Rundspruchteilnehmerverhältnisses« der Reichspost gegenüber nach der Dauer jenes Vertragsverhältnisses zwischen Eildienst und Teilnehmer bestimmte; eine selbständige Lösung des Rundspruchteilnehmerverhältnisses war nicht vorzusehen¹²⁾. Zwischen dem Eildienst und der Reichspost standen endlich besondere Abmachungen, namentlich über die Benutzung der Sendeeinrichtungen der Reichspost, den Rahmen bürgerlich-rechtlicher Verträge bislang nicht überschritten haben.

2. Die Organisation dieses Dienstes hat eine völlig neue Grundlage erhalten. An Stelle eines Reichspruchdienstes mit posteigenen Send- und Empfangsanlagen und einem besonderen »Rundspruchteilnehmerverhältnis« zwischen den Inhabern der Empfangsanlagen und Reichspost ist der Wirtschaftsrundspruchdienst nunmehr auf einer den leitenden Gedanken des Unterhaltungsrundfunks angenäherten Grundlage aufgebaut worden. Die Wirtschaftsrundspruchverordnung vom 30. Dezember 1922 (s. oben 1) ist durch Verordnung vom 31. Oktober 1924 (Amtsbl. Bf. Nr. 675 von 1924, S. 615) mit Wirkung vom 18. September 1924 aufgehoben worden.

A. Die Sendeanlagen im neuen Wirtschaftsrundspruchdienst sind wie bisher Eigentum der Reichspost geblieben. Sie werden von der Reichspost selbst errichtet und betrieben. Dadurch, daß der Eildienst¹³⁾ diese Sendeanlagen »bespricht«, »betreibt« er nicht die Sendeanlagen der Reichspost. Insofern gilt alles, was von den Sendeeinrichtungen des Unterhaltungsrundfunks gesagt ist. Der Eildienst bedarf daher auch keiner Genehmigung zum Betrieb einer Sendeanlage.

B. Eine wesentliche Änderung hat sich jedoch bei den Empfangsanlagen vollzogen. Die Empfangsanlagen werden künftig nicht mehr Eigentum der Reichspost, sondern Eigentum der Eildienstgesellschaft sein. Die Errichtung neuer Empfangsanlagen bei den Wirtschaftsrundspruchteilnehmern ist Sache der Eildienstgesellschaft, die Eigentümerin der Anlagen ist und diese mietweise den Teilnehmern zur Benutzung überläßt.

a) Zur Errichtung der Empfangsanlagen bedarf die Eildienstgesellschaft einer »Genehmigung« nach der FunkVO und § 2 TG. Als öffentlich-rechtliche »Verleihungsbedingungen« (vgl. § 2 III TG) sind dem Eildienst verschiedene öffentlich-rechtliche Pflichten auferlegt worden. An erster Stelle steht hier die Begrenzung

ausgeschlossen, als die Vertragsbedingungen des Eildienstes seine Haftung ausschlossen. Im neuen Wirtschaftsrundspruchdienst gilt für die Haftung des Eildienstes dasselbe.

Die Vertragsbedingungen enthalten endlich auch Bestimmungen über die Haftung des Teilnehmers für die Empfangsanlagen. Im alten Wirtschaftsrundspruchdienst bestand zunächst eine dahingehende Haftung des Teilnehmers unmittelbar gegenüber der Reichspost gemäß § 29 FD (vgl. Punkt IV Wirtschaftsrundspruchverordnung von 1922). Die Vertragsbedingungen des Eildienstes über die Haftung des Teilnehmers für den Apparat waren daher nur eine Sicherheitsmaßnahme des Eildienstes, um sich gegen etwaige Regreßansprüche der Reichspost zu schützen. Im neuen Wirtschaftsrundspruchdienst gewinnt jene Bestimmung der Vertragsbedingungen des Eildienstes für diesen eine erhöhte Bedeutung. Denn es handelt sich künftig um das Eigentum des Eildienstes selbst.

¹²⁾ Vgl. Punkt X erster Absatz der Wirtschaftsrundspruchverordnung.

¹³⁾ Zur Zeit ist nur die Eildienstgesellschaft Sendegesellschaft des Wirtschaftsrundspruchdienstes; sie hat aber kein Monopol auf diesen Dienst.

rt der in diesem Dienste zu verbreitenden Nachrichten¹⁴⁾, dann das Verbot, die Nachrichten vor der Rundspruchsbreitung anderweit zu verbreiten, damit die Eigenart des Dienstes erhalten bleibt. In den Verleihungsbedingungen für den Eildienst ist ferner der Kreis der Teilnehmer ungrenzt, wobei sich die Reichspost die Ausschließung einzelner Teilnehmer vorbehalten hat¹⁵⁾. Einen wesentlichen Teil der Bedingungen für die Verleihung des Rechts zur Errichtung der Empfangsanlagen bilden ferner Bestimmungen über die Gestaltung des Empfangsgeräts: Montierung des Empfangsgeräts; Beziehung nur von bestimmten Firmen, die von der Reichspost zur Lieferung ermächtigt sind und verpflichtet werden, das besondere Empfangsgerät für diesen Dienst nur an die Sendegesellschaft (Eildienst) zu liefern¹⁶⁾; ferner Bestimmungen über die Gestaltung der Luftdrähte der Empfangsanlagen.

b) Der Betrieb der Empfangsanlagen bei den Teilnehmern liegt in deren Hand. Die Teilnehmer sind es, die diese Anlagen »betreiben«. Sie bedürfen hierzu der Genehmigung der Reichspost. Sie wird ihnen von der Reichspost durch Vermittlung des Eildienstes erteilt, ähnlich wie es bei Erteilung der Audionversuchserlaubnis durch die Vereine der Funkfreunde geschieht¹⁷⁾. Die Genehmigungsurkunden stellt die Reichspost selbst aus; sie liegt der Eildienst, ist es, der den Teilnehmern die erforderlichen Genehmigungen zum Betrieb der Empfangsanlagen erteilt; der Eildienst ist nur mit der Aushändigung der Genehmigungsurkunden an die Teilnehmer betraut. Die entgegengesetzte Ansicht Reiches (Funkrecht S. 8), daß der Eildienstgesellschaft die »Zuständigkeit zur Erteilung der Genehmigungen auferlegt sei und auch in dieser Hinsicht ausschließlich die Sendegesellschaft den Beziehungen gegenüber aufzutreten«, widerspricht durchaus den Tatsachen. Der Wortlaut der Genehmigungsurkunden (vgl. Anm. 20) ist völlig eindeutig: die Genehmigungen werden von der Reichspost, nicht vom Eildienst erteilt, der lediglich die Aushändigung der Urkunden für die Reichspost besorgt. Die Reichspost wäre zudem auch nicht in der Lage, die Ausübung ihres Rechts zur Verleihung aus § 2 LG Privaten dergestalt zu übertragen, daß diese imstande wären, Dritten mit Rechtswirkung, insbesondere gegenüber den Strafbestimmungen des Telegraphenrechts, das Recht zur Errichtung und zum Betrieb von Funkanlagen zu verleihen (§ 2 LG). Hieran ändert die äußerliche Tatsache nichts, daß an den Eildienst die Anträge auf Genehmigung der Empfangsanlagen und damit auf Zulassung als Teilnehmer am Wirtschafts-

rundspruchdienst zu richten sind. Der Rundspruchsteilnehmer des neuen Wirtschaftsrundspruchdienstes steht daher der Reichspost gegenüber zwar nicht mehr in einem die Benutzung posteigener Funkanlagen regelnden Rechtsverhältnis öffentlich-rechtlicher Natur, wie es das »Rundspruchsteilnehmerverhältnis« der aufgehobenen Verordnung vom 30. Dezember 1922 war¹⁸⁾; es ist aber auch nicht richtig, daß ihm nur die Sendegesellschaft gegenübertritt, wie Reiches annimmt. Die Stellung des Bezieher der Wirtschaftsnachrichten zur Reichspost entspricht vielmehr fortan der Stellung des gewöhnlichen Teilnehmers am Unterhaltungsrundfunk, der lediglich eine Genehmigung nach § 2 LG hat, mit der Abweichung jedoch, daß der Teilnehmer am Unterhaltungsrundfunk öffentlich-rechtliche Verleihungsgebühren an die Reichspost zu zahlen hat, während der Teilnehmer am neuen Wirtschaftsrundspruchdienst an die Reichspost nichts zu zahlen¹⁹⁾ hat. Die Verleihungsbedingungen, welche die Reichspost dem Teilnehmer auferlegt²⁰⁾, regeln vor allen Dingen die Art des

¹⁴⁾ Vgl. Neugebauer, Funkrecht S. 38.

¹⁵⁾ Vgl. oben I S. 153.

²⁰⁾ Die Genehmigungsurkunde lautet:

Vorderseite.



Genehmigung zum Betrieb einer Empfangsanlage für den drahtlosen Wirtschaftsrundspruchdienst

De. (Firma) Straße (Platz) Nr.
in
wird die Genehmigung zum Betrieb einer Empfangsanlage für den drahtlosen Wirtschaftsrundspruchdienst unter den umstehenden Bedingungen erteilt.

Berlin, den 192...

Ausgehändigt durch Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten G. m. b. H. in Berlin NW 7, Bunsenstr. 2.

(Unterschrift)

(Rückseite)

Bedingungen

Die Errichtung und der Betrieb von Funkempfangsanlagen innerhalb des Deutschen Reiches sind alleiniges Recht der Deutschen Reichspost (DRP) und für jeden anderen verboten (LG vom 6. April 1892 mit Abänderungsgesetz vom 7. März 1908 und Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs vom 8. März 1924). Für den besonderen Zweck des drahtlosen Wirtschaftsrundspruchdienstes der Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten G. m. b. H. in Berlin NW 7, Bunsenstr. 2 (Gesellschaft), wird jedoch Interessenten, die mit der Gesellschaft Vereinbarungen wegen Teilnahme an diesem Dienste getroffen haben, der Betrieb einer Funkempfangsanlage unter folgenden Bedingungen widerruflich gestattet:

1. Für den Empfang der Nachrichten des drahtlosen Wirtschaftsrundspruchdienstes dürfen nur Gerät und Ersatzteile einschließlich Röhren verwendet werden, die Eigentum der Gesellschaft und mit dem Stempel bzw. der Banderole »RWP« versehen sind.

2. Änderungen am Gerät oder am Zubehör, Lösung der Bleiverschlüsse, Zuschaltung irgendwelcher Teile, die geeignet sind, die Einstellung der Empfangswelle zu ändern, sind verboten.

3. Durch die Empfangsanlage dürfen öffentliche Telegraphen- oder Fernsprechanlagen (einschließlich der Funkanlagen) nicht gestört werden.

4. Auf Grund der vorstehenden Genehmigungsurkunde darf die Empfangsanlage nur zur Aufnahme derjenigen Nachrichten benutzt werden, die von der Gesellschaft auf der für den draht-

¹⁴⁾ Es sind nur: »für die Allgemeinheit bestimmte Wirtschaftsnachrichten, die von der Eildienstgesellschaft selbst beschafft, zusammengestellt und als von ihr ausgehend bezeichnet werden und deren gleichzeitiger Bezug allen rechtmäßigen Inhabern der zugelassenen Empfangsanlagen freisteht«.

¹⁵⁾ »Jeder, der die allgemein geltenden Bedingungen der Gesellschaft erfüllt und dessen Zulassung von der DRP genehmigt ist. Die Zulassung von Teilnehmern im Ausland bedarf der Genehmigung der DRP und des betreffenden fremden Staates.« — Bisher galt im Wirtschaftsrundspruchdienst der § 5 LG (vgl. Neugebauer, Funkrecht S. 39).

¹⁶⁾ Man erkennt hier die Rückwirkung der öffentlich-rechtlichen Genehmigungsbedingungen auf die Gestaltung der anschließend bürgerlich-rechtlichen Rechtsverhältnisse. Ähnliches tritt bei Herstellung und Handel mit Funkgerät auf Grund der Vorabzugsgenehmigungen des Unterhaltungsrundfunks ein (vgl. Neugebauer, Funkrecht S. 91—93).

Die Regelung erinnert in manchen Punkten an die Gestaltung des Presserundspruchdienstes (s. darüber in kurzen Umrissen Neugebauer, Funkrecht S. 41).

¹⁷⁾ Vgl. Bestimmungen über den Unterhaltungsrundfunk C I b und Neugebauer, Funkrecht S. 44, 166.

Geräts, das der Teilnehmer benutzen, und die Art der Nachrichten, die er aufnehmen darf²¹); die Verleihungsbedingungen unterlagen ferner, andere Nachrichten aufzunehmen, niederzuschreiben, mitzuteilen oder zu verwerten. Die Verleihungsbedingungen setzen sodann das Recht der Reichspost fest, die Räume zu betreten, in denen die Empfangsanlagen betrieben werden. Endlich enthalten die Verleihungsbedingungen eine an die bisherige Regelung des Wirtschaftsrundspruchdienstes anknüpfende Verkopplung der Dauer der Genehmigung zum Betrieb der Empfangsanlagen mit der Dauer des besonderen Vertrags zwischen Teilnehmer und Eildienstgesellschaft²²).

Die am 18. September 1924, dem Tage der Aufhebung der Verordnung vom 30. Dezember 1922, vorhandenen Teilnehmer am Wirtschaftsrundspruchdienst und die bei der Reichspost zu jenem früheren Dienst bereits angemeldeten Teilnehmer bedürfen keiner Einzelgenehmigung der obengenannten Art. Ihnen ist nämlich, um die Umwandlung der Organisation des Wirtschaftsrundspruchdienstes zu erleichtern, die Genehmigung zur Teilnahme am neuen Dienst durch eine aus § 2 T G erlassene allgemeine Bekanntmachung des Reichspostministers vom 31. Oktober 1924 (Amtsbl. Bf. Nr. 675 von 1924, S. 615)²³) erteilt worden. Danach haben diese Personen

losen Wirtschaftsrundspruchdienst freigegebenen Welle durch einen Sender der DRP verbreitet werden. Unberührt bleiben die etwaigen Verpflichtungen, die den Teilnehmern durch die Gesellschaft auferlegt sind.

Die Aufnahme anderer als der durch den drahtlosen Wirtschaftsrundspruchdienst verbreiteten Nachrichten ist nicht gestattet.

Mitgehörter fremder Funkverkehr darf weder niedergeschrieben noch mitgeteilt oder irgendwie verwertet werden.

Der Inhaber der Genehmigungsurkunde hat seine Empfangsanlage bei Benutzung durch andere daraufhin zu überwachen und ihre Benutzung durch Unbefugte zu verhindern.

5. Beauftragte der DRP haben das Recht, die Räume und Grundstücksteile, in denen sich die Empfangsanlage befindet, jederzeit zu betreten.

6. Die DRP übernimmt für die richtige Übermittlung der Nachrichten oder für das gute Arbeiten des Dienstes keine Gewähr.

7. Die Herstellung der für die Empfangsanlage erforderlichen Leitungen und die Einholung der hierzu nötigen Zustimmung der Grundstück- oder Gebäudeeigentümer oder der an der überkreuzten oder benutzten Fläche sonst Beteiligten ist ausschließlich Sache der Gesellschaft oder des Inhabers der Genehmigungsurkunde.

8. Die Übertragung der Genehmigung an Dritte ist unzulässig.

9. Die Genehmigung erlischt, sobald der Inhaber der Genehmigungsurkunde aufhört, Teilnehmer an dem drahtlosen Wirtschaftsrundspruchdienst der Gesellschaft zu sein; sie erlischt ferner, wenn das Recht der Gesellschaft zur Durchführung eines drahtlosen Wirtschaftsrundspruchdienstes erlischt.

Nicht mehr gültige Genehmigungsurkunden sind der DRP über die Gesellschaft zurückgegeben.

Die Weiterbenutzung der Empfangsanlage ohne gültige Genehmigungsurkunde ist strafbar.

10. Zuwiderhandlungen gegen die Bedingungen haben sofortige Entziehung der Genehmigung zur Folge.

Die Benutzung der Empfangsanlage kann von der DRP all- gemein eingeschränkt werden.

²¹) Die Benutzung anderen Geräts müßte wohl als Betrieb einer nicht-genehmigten Anlage, Funkanlage (§§ 1, 2 der Funkverordnung), angesehen werden.

²²) Vgl. Ziffer 9 der Genehmigungsbedingungen in Anm. 20.

²³) Die Bestimmungen (Amtsbl. Bf. Nr. 675 vom 31. Oktober 1924) enthalten zwei rechtlich verschieden zu beurteilende Gruppen von Vorschriften.

Die Bestimmung unter I, wonach die Wirtschaftsrundspruchverordnung von 1922 aufgehoben wird, ist eine Rechtsverordnung, wie es die aufgehobene VO war (vgl. darüber Neu-

unmittelbar, ohne daß es eines weiteren Aktes bedürft, das Recht zum Betrieb der jetzt im Eigentum des Eildienstes stehenden Empfangsanlagen unter den gleichen Bedingungen erhalten, wie sie jedem neuen Teilnehmer beim Diensteintritt auferlegt werden. Wenn der Eildienst gemäß dem Schluß der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1922 jenen alten Teilnehmern noch eine Genehmigungsurkunde übersendet, so geschieht dies nur zur Unterrichtung der Teilnehmer. Die Änderung der Rechtsstellung der Teilnehmer zur DRP ist bereits durch die Aufhebung der Verordnung vom 30. Dezember 1922 und durch die allgemeine Genehmigung unter II der Bestimmungen vom 31. Oktober 1924 eingetreten. Die Frage, ob diese alten Teilnehmer das ihnen allgemein erteilte Recht auf Betrieb der Empfangsanlagen ablehnen können, ist eine Frage, die sich lediglich nach dem Innenverhältnis zwischen ihnen und der Eildienstgesellschaft regelt.

Bei dem neuen Wirtschaftsrundspruch bestehen dann zwei verschiedene Verleihungen: eine Verleihung an die Eildienstgesellschaft für die Errichtung der Empfangsanlagen und die zweite Verleihung an die Teilnehmer zum Betrieb der Empfangsanlagen.

C. Die beiden Genehmigungen an den Eildienst und die Teilnehmer und die dadurch entstandenen öffentlichen rechtlichen Rechtsbeziehungen zur Reichspost werden ergänzt durch zwei Gruppen von Verträgen bürgerlich-rechtlicher Art. Der eine Vertrag besteht zwischen Reichspost und Eildienst; der zweite wird zwischen Wirtschaftsrundspruchteilnehmer und Eildienst geschlossen, wodurch die Rechtsstellung der Sendegesellschaft (Eildienst) gegenüber den »Rundspruchteilnehmern« ein wesentlich anderes Bild erhält als im Unterhaltungsrundfunk.

a) Gegenstand des Vertrags zwischen Reichspost und Eildienst sind Fragen, deren Festlegung im Rahmen von Verleihungsbedingungen teils nicht angebracht erschien, teils — was z. B. im allgemeinen für die Festlegung von Pflichten der Reichspost selbst gilt — rechtlich nicht möglich erscheint. Der Vertrag zwischen Reichspost und Eildienst regelt zunächst Verhältnisse wegen der Benutzung der posteigenen Sendeanlagen durch den Eildienst, wobei eine Reihe besonderer Pflichten der Reichspost festgelegt werden. Sodann wird im einzelnen die Übernahme des bisher posteigenen Empfangsgeräts nebst Luftdrähten in das Eigentum der Eildienstgesellschaft geregelt, wobei es sich um Kaufverträge des bürgerlichen Rechts handelt. Hieran schließen sich Abmachungen über das Anbringen der Luftdrähte der Empfangsanlagen an den Stützvorrichtungen der Reichspost. Durch diese Vereinbarungen zwischen Reichspost und Eildienst über die Benutzung der posteigenen Stützvorrichtungen wird das Verhältnis der Eildienstgesellschaft zu den Grundstückseigentümern nicht berührt. Die Rechte der Reichspost aus dem T G, in den Empfangsanlagen des Wirtschaftsrundspruchdienstes

gebauter, Funkrecht S. 38). Die Ermächtigung zum Erlaß dieser Aufhebungsverordnung ergibt sich aus § 12 T G, § 30 I T G vom 21. Juni 1924.

Die Bestimmungen unter II dagegen sind keine Rechtsverordnungen zur Regelung der Benutzung von posteigenen Funkanlagen, sondern sind allgemein ausgesprochene Verleihungen des Rechts zur Errichtung und zum Betrieb von nichtposteigenen Empfangsanlagen. Die Ermächtigung zum Erlaß dieser Bestimmungen ergibt sich aus § 2 T G und dem Postfinanzgesetz (vgl. Reugebauer, Funkrecht S. 24, 25).

her zustanden²⁴⁾, kann die Eildienstgesellschaft für ihre Empfangsanlagen nicht geltend machen. Die Rechte der Reichspost aus den Hausbesitzererklärungen sind auf die Eildienstgesellschaft nicht übergegangen. Die Eildienstgesellschaft wird daher, soweit die Luftdrahtanlagen ihr Eigentum sind, besondere Abmachungen mit den Grundstückseigentümern wegen Benutzung der Grundstücke und Gebäude schließen müssen. Darauf weist auch Ziffer 7 der Verleihungsbedingungen für die Teilnehmer hin. Den wesentlichsten Teil des Vertrags zwischen Eildienst und Reichspost bildet die Regelung der Frage, welche Kosten der Eildienst an die Reichspost für die Bereitstellung ihrer Sendeanlage zur Verbreitung der Wirtschaftsnachrichten zu zahlen hat. Die Reichspost hat, anders als im Unterhaltungsrundfunk, darauf verzichtet, den einzelnen Wirtschaftsrundspruchteilnehmern Genehmigungsgebühren aufzuerlegen und aus diesen die Kosten des Wirtschaftsrundspruchdienstes zu decken. Die Finanzierung des Dienstes liegt ausschließlich in den Händen der Sendegesellschaft, des Eildienstes, selbst, die auf Grund besonderer Abmachungen mit der Reichspost dieser für jeden Teilnehmer gewisse Beträge abzuführen hat. Während mithin im Unterhaltungsrundfunk die Kosten der Sendegesellschaften aus den Verleihungsgebühren, die den Teilnehmern auferlegt sind, bestritten werden, wird bei dem Wirtschaftsrundspruchdienst umgekehrt der Betrieb der Reichspost aus den Einnahmen der Sendegesellschaft gedeckt. In dem Vertrag zwischen Reichspost und Eildienst sind die an die Reichspost abzuführenden Beträge einzeln geregelt; dabei ist der Eildienstgesellschaft das Recht vorbehalten worden, von den Teilnehmern diese Beträge einzufordern und darüber hinaus noch besondere Zuschläge — Unterhaltungs-, Verlegungs-, Baukostenzuschüsse und Nachrichtengebühren — von den Teilnehmern zu erheben, um ihre eigenen Kosten zu bestreiten.

b) Während im Unterhaltungsrundfunk die Sendegesellschaften dem Teilnehmer gegenüber keine Pflichten haben, insbesondere keine Vertragspflichten zur Vornahme und Aufrechterhaltung bestimmter Veranstaltungen, liegt die Sache im Wirtschaftsrundspruchdienst wesentlich anders. Hier wird durch besondere Verträge zwischen Sendegesellschaft (Eildienst) und Teilnehmern eine Anzahl vertraglicher Rechte und Pflichten bürgerlich-rechtlicher Art begründet, die sich auf die Gestaltung des Dienstes, auf die Benutzung der Empfangsanlagen beziehen und vor allem den Teilnehmern Zahlungen an den Eildienst auferlegen.

Grundsätzlich erwächst somit dem Eildienst, der Sendegesellschaft des Wirtschaftsrundspruchdienstes, aus seinen Verträgen mit den Teilnehmern die Pflicht zur Durchführung des Dienstes. Allerdings unterliegt der besonderen Abmachung zwischen Eildienst und Teilnehmer die Regelung der Frage, inwieweit dem Teilnehmer klagbare Erfüllungsansprüche oder Schadenersatzansprüche zustehen. Der Reichspost gegenüber hat der Teilnehmer keine derartige Ansprüche. Denn aus der Verleihung des Rechts zum Betrieb der Empfangsanlagen ergibt sich weder eine öffentlich-rechtliche, noch privatrechtliche Verpflichtung der Reichspost zur Gewähr für eine bestimmte Leistung der posteigenen Sendeanlagen. Eine Pflicht zur Verbreitung von Wirtschaftsnachrichten gegenüber den Teilnehmern liegt nur der Eildienstgesellschaft ob, die sich zur Lieferung der Nachrichten den Teilnehmern gegen-

über vertragsmäßig verpflichtet. Im allgemeinen kann aber der Eildienstgesellschaft eine Haftung für unrichtige, verzögerte oder unterbliebene Übermittlung von Nachrichten nicht zugemutet werden. Durch die Gestaltung der Abmachungen mit den Teilnehmern muß sich der Eildienst im gebotenen Rahmen gegen Ansprüche jener Art schützen. Die Haftung der Eildienstgesellschaft für Vermittlung bewußt unrichtiger Nachrichten richtet sich nach den Gesichtspunkten, die für die Sendegesellschaften des Unterhaltungsrundfunks in derartigen Fällen gelten (vgl. oben I 2, S. 154, 155).

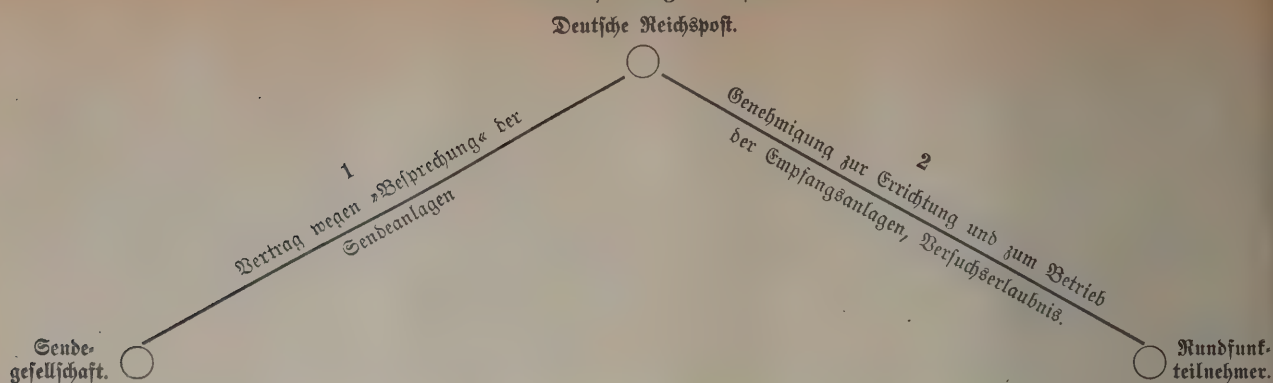
Einen wesentlichen Teil des Vertrags zwischen Eildienst und Teilnehmer bildet die Regelung des Rechts des Teilnehmers zur Benutzung der Empfangsanlagen und vor allen Dingen seiner verschiedenen Pflichten gegenüber der Eildienstgesellschaft, z. B. wie im alten Dienst- (S. 156) seine Pflicht, eine der Eildienstgesellschaft abträgliche Benutzung oder Weiterverbreitung der Nachrichten zu unterlassen. Vor allem ist es Aufgabe des Vertrags zwischen Eildienst und Teilnehmer, dessen Haftung für die Empfangsanlagen (vgl. Anmerkung 11) zu regeln und die Pflichten des Teilnehmers zur Zahlung der Beträge an die Eildienstgesellschaft festzulegen. Diese Pflicht zur Zahlung, auch soweit es sich um die von der Eildienstgesellschaft an die Reichspost abzuführenden Beträge handelt, liegt — ganz anders als beim Unterhaltungsrundfunk — den Teilnehmern nur gegenüber dem Eildienst ob, nicht gegenüber der Reichspost. Nur die Eildienstgesellschaft kann gegen die Teilnehmer auf Zahlung der Beträge klagen; die Grundlage für die Zahlungspflicht des Teilnehmers bildet der Vertrag zwischen ihm und der Eildienstgesellschaft. Beim Unterhaltungsrundfunk dagegen besteht eine Pflicht des Teilnehmers zur Zahlung von Beiträgen nur der Reichspost gegenüber, und die Grundlage dieser Gebührenerzahlungspflicht bildet die Verleihung nach § 2 T.G. Die ganze Stellung der Sendegesellschaft des Wirtschaftsrundspruchdienstes weist mithin ein durchaus anderes Gepräge auf, als die Stellung der Sendegesellschaften im Unterhaltungsrundfunk. Während im Unterhaltungsrundfunk zwischen Teilnehmer und Sendegesellschaft kein Rechtsverhältnis, insbesondere keines vertraglicher Art, besteht, wird im Wirtschaftsrundspruchdienst zwischen Sendegesellschaft (Eildienst) und Teilnehmer ein enges bürgerlich-rechtliches Vertragsverhältnis begründet.

Die Verschiedenartigkeit der rechtlichen Gestaltung zeigen am besten die umstehenden Bilder.

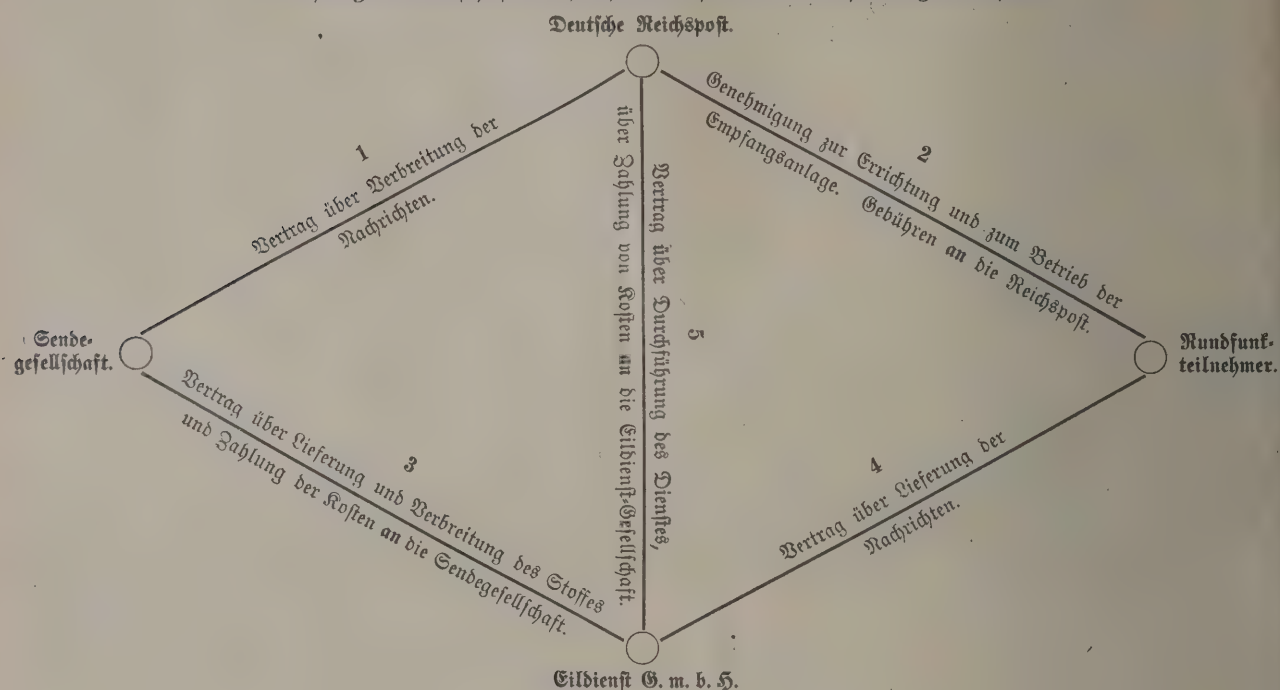
Man sieht, wie vielgestaltige Möglichkeiten der Reichspost zur Verfügung stehen, um die verschiedensten Dienste und Verkehrsformen zu schaffen. In erster Linie ist dies der weisen Selbstbeschränkung des Telegraphenrechts zu danken, das der Reichspost in der Verleihung des Rechts zur Errichtung und zum Betrieb von Funkanlagen keine gesetzlichen Fesseln anlegt, so daß sich die Reichspost mit Leichtigkeit den mannigfaltigen Bedürfnissen des Verkehrs anpassen kann. Der wirtschaftliche Grund für die Verschiedenartigkeit der Regelung des Unterhaltungsrundfunks und Wirtschaftsrundspruchdienstes liegt darin, daß eine Finanzierung der Sendegesellschaften des Unterhaltungsrundfunks durch Einzelverträge dieser Gesellschaften mit den Teilnehmern am Unterhaltungsrundfunk bei der großen Zahl dieser Teilnehmer eine kaum durchführbare Organisation der Sendegesellschaften erfordert hätte, wäh-

²⁴⁾ Vgl. Entscheidung des preussischen Handelsministers vom 8. November 1923 im Archiv 1923 S. 39; Neugebauer, Funkrecht S. 39, 40.

1. Unterhaltungsrundfunk.

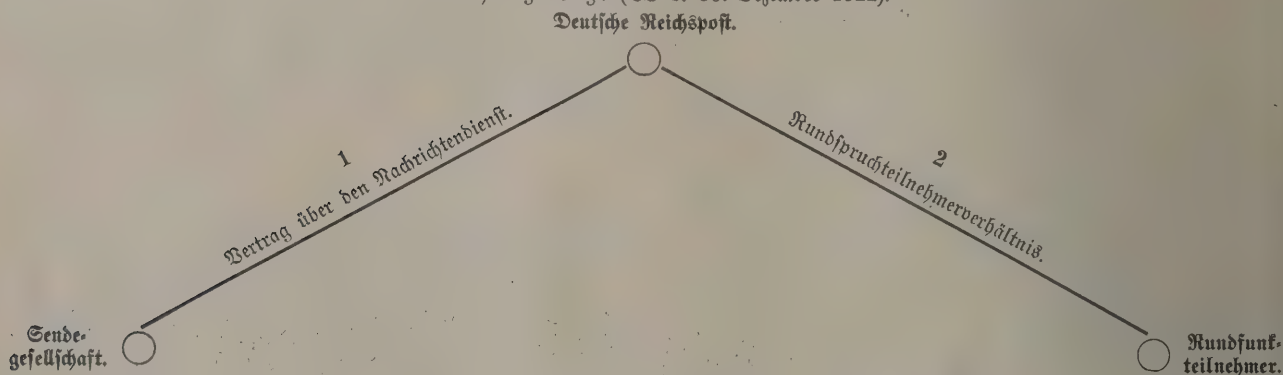


2. Bisheriger Wirtschaftsnachrichtendienst des Unterhaltungsrundfunks.

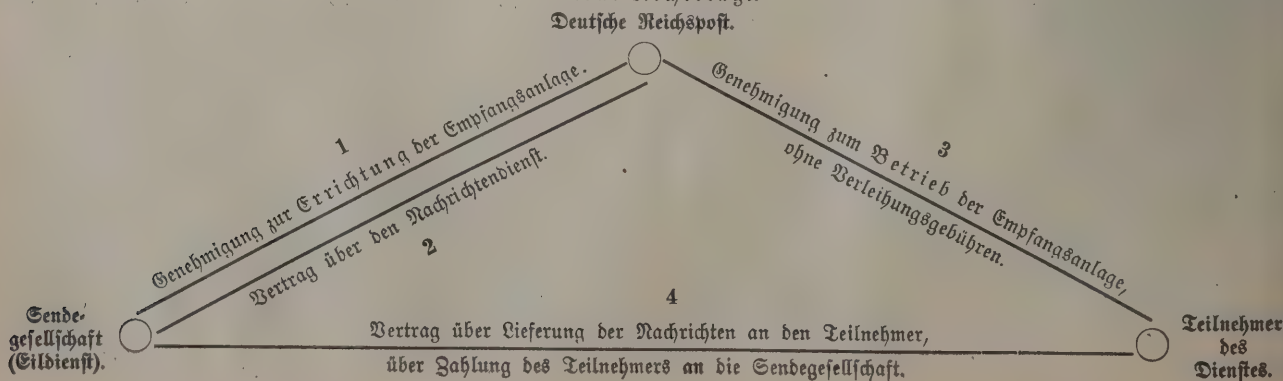


3. Wirtschaftsrundspruchdienst.

A. Bisherige Lage (WD v. 30. Dezember 1922).



B. Neue Rechtslage.



die Reichspost mit ihrem Hoheits- und Verleihungsrecht mühelos das erreicht, was bürgerlich-rechtliche Einzelverträge im Unterhaltungsrundfunk nicht durchsetzen können. Im Wirtschaftsgrundrundsprechdienst ist die Zahl der Teilnehmer von vornherein beschränkt; außerdem kann die

Gegenleistung der Teilnehmer für den Dienst durch Einzelverträge mit der Sendegesellschaft in erhöhtem Maße dem wirtschaftlichen Werte angepaßt werden, den die Nachrichten für den Sonderkreis von Teilnehmern an diesem Dienste haben.

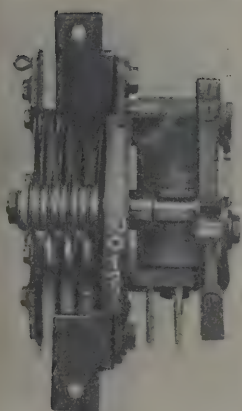
Die neuzeitliche Entwicklung des Fernsprechämterbaus für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland*).

Von Ministerialrat A. Krurow, Berlin.

Als die deutsche Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (RTV) im Jahre 1908 in Hildesheim das erste Selbstanschlußamt in Europa dem Betrieb übergab, erkannten nur wenige, welche Umwälzungen für Technik, Bau und Betrieb der Fernsprechämter sich hier anbahnten. Der Zwischenzeit hat der Selbstanschlußbetrieb außer-

wurde und als Vielfachschaltung der Anschlußleitungen bekannt ist. Diese Erfindung bezweckt, im Vermittlungsamt jede Teilnehmeranschlußleitung in den Bereich jeder Beamtin zu bringen, so daß die Beamtinnen unabhängig voneinander die verlangten Verbindungen herstellen können, soweit es sich um Verbindungen desselben Amtes

Abb. 1.



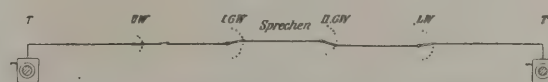
10 teiliger Vorwähler.

Abb. 3.



Nummernscheibe.

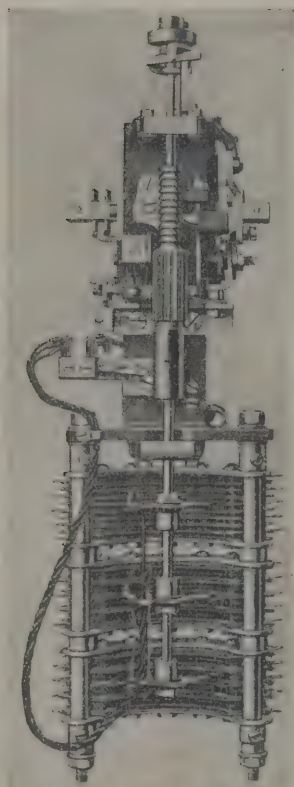
Abb. 4.



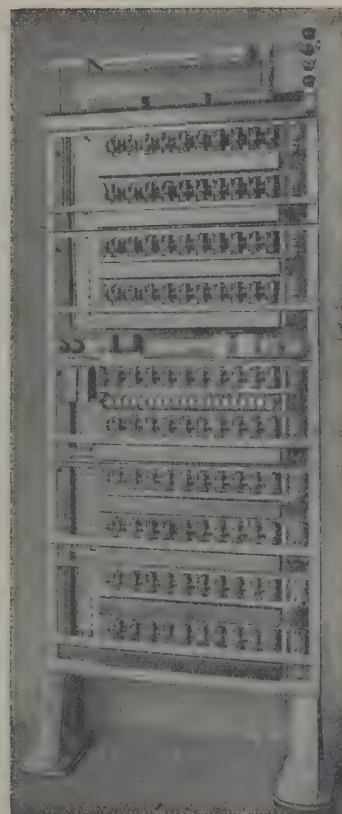
Schema einer Verbindung bei einem 10 000-System.

Abb. 5.

Abb. 2.



100 teiliger Heb-Drehwähler.



Vorwählergestell für 100 Leitungen.

entliche Fortschritte gemacht, und es haben sich auf diesem Gebiet, namentlich für den Bau der SA-Amter, gewisse Normen herausgebildet. Es dürfte daher von Interesse sein, den Einfluß der Wählertechnik auf den Amtsbau nach dem jetzigen Stande kennenzulernen.

Der Bau der Handämter wird bestimmend beeinflusst durch eine Erfindung, die in den achtziger Jahren gemacht

*) Aus der Elektrotechnischen Zeitschrift 1924, Hefte 46 und 47.

handelt. Diese Einführung des Vielfachklinkenfeldes machte es möglich, die Zeit für die Herstellung einer Ortsverbindung auf Sekunden herabzusetzen, wie es heute in gut geleiteten Ortsfernsprechnetzen mit Handbetrieb erreichbar ist. Dieses Vielfachfeld enthält für jede Anschlußleitung in Reichweite jeder Beamtin eine Leitungsabzweigung mit Klinken und erfordert somit einen hohen Aufwand an Kabeln und Klinken. Ein Handamt für 10 000 An-

schlußleitungen benötigt für das Vielsachfeld allein etwa 350 000 Klinken. Das Klinkenfeld hat dabei eine Länge von etwa 60 m. Für den Bau von Handämtern ist daher eine zweckmäßige, wirtschaftliche und übersichtliche Führung des Vielsachfeldes der oberste Grundsatz. Außerdem ist bei der Raumbemessung der Handämter und der Anordnung der technischen Einrichtung auf die Unterbringung und den Zu- und Abgang des zahlreichen Betriebspersonals besondere Rücksicht zu nehmen.

Diese beiden für den Handamtsbau bestimmenden Faktoren haben beim Bau von Selbstanschlußämtern nur untergeordnete Bedeutung. Der SA-Betrieb kennt kein Vielsachfeld im Sinne des Vielsachfeldes bei Handämtern, und das Betriebspersonal ist bei diesen Ämtern so gering an Zahl, daß bei der Bemessung des Luftraumes für die Betriebsräume in dieser Beziehung normale Raumhöhen ausreichen würden. Erfordert ein Handamt mit 10 000 Anschlußleitungen und mittlerem Verkehr für den Betrieb die gleichzeitige Anwesenheit von etwa 110 Beamtinnen in der Hauptverkehrszeit, so genügen bei einem SA-Amt desselben Umfangs 12 bis 15 Kräfte.

System.

Die DRA verwendet für den SA-Betrieb ein System mit Vornählern und 100teiligen Heb-Drehwählern. Abb. 1 zeigt den zehnteiligen Vornwähler (VW), Abb. 2 den 100teiligen Heb-Drehwähler und Abb. 3 die Nummernscheibe, mit der die Wähler von der Sprechstelle aus gesteuert werden. Um mit diesen Wählern ein Fernsprecknetz mit 10 000 Leitungen betreiben zu können, werden sie in folgender Weise miteinander verbunden. Jeder Teilnehmer erhält einen Vornwähler, der die Aufgabe hat, den Teilnehmer mit einem gerade freien Heb-Drehwähler zu verbinden. Erfahrungsgemäß spricht stets nur eine beschränkte Zahl von Teilnehmern gleichzeitig, die je nach der Verkehrsdichte der einzelnen Netze zwischen 6 und 12 v H der Zahl der Anschlußleitungen liegt. Es würde daher unwirtschaftlich sein, jeder Anschlußleitung einen 100teiligen Wähler als Anruforgan zuzuordnen. Man sieht vielmehr nur so viele 100teilige Wähler vor, als gleichzeitig Verbindungen bestehen, und verwendet als Anruforgan die kleinen 10teiligen Vornwähler. Ist die Verbindung zu einem freien 100teiligen Wähler hergestellt, so steuert der Teilnehmer mit seiner Nummernscheibe diesen Wähler, der als erster Gruppenwähler (GW) bezeichnet wird, auf die Stufe, die der 1 000-Ziffer der verlangten Anschlußleitung entspricht. Der I. GW sucht dann selbsttätig eine freie Verbindungsleitung nach der betreffenden 1000-Gruppe und stellt die Verbindung mit einem freien II. GW in dieser Gruppe her. Der Teilnehmer steuert darauf diesen II. GW, indem er die 100-Ziffer der verlangten Anschlußleitung einstellt, und gelangt so zu einem freien Leitungswähler dieser 100-Gruppe. Stellt der Teilnehmer nun noch die Zehner- und die Einerziffer der gewünschten Leitung ein, so erreicht er die verlangte Anschlußleitung. Der Anruf vollzieht sich dann selbsttätig und ebenso die Zahlung des Gesprächs und die Trennung der Verbindung, wenn das Gespräch beendet ist. Das Verbindungsschema (Abb. 4) läßt erkennen, daß die Anschlußleitungen in 100er Gruppen geteilt sind. Jede Anschlußleitung erhält eine unmittelbare Verbindung zu einem Vornwähler, dem Anrufzeichen, und zum Kontaktsatz des Leitungswählers. Hier findet zwar eine Vielsachschaltung der Anschlußleitungen statt, die sich aber auf die 100-Gruppe beschränkt. Da für eine 100-Gruppe, wie

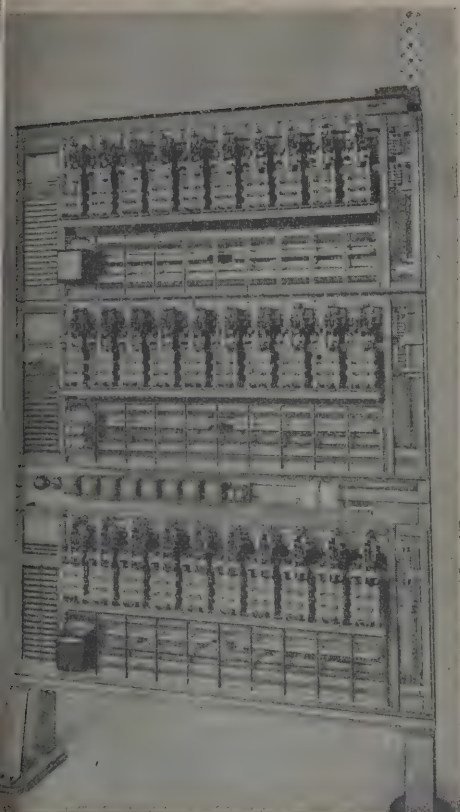
die Erfahrung lehrt, auch bei Starksprechern selten mehr als zwölf Anrufe gleichzeitig eingehen, genügt es, wenn Vielsachfeld je nach der Verkehrsdichte über 8 bis 15 Wähler ausgedehnt wird. Eine Vielsachschaltung der schlußleitungen über das ganze Amt, wie bei den Ämtern mit Handvermittlung, findet somit nicht statt.

Die einzelnen Wähler, Vorn-, Gruppen- und Leitungswähler, werden ihrer Art nach in eisernen Gestellen einigt und zu Wählergruppen zusammengefaßt. Abb. 5 zeigt ein Vornwählergestell, Abb. 6 ein Gruppenwählergestell und Abb. 7 ein Leitungswählergestell in der jetzt üblichen Ausführung. Oberhalb der Leitungswähler befindet sich in diesem Gestell noch ein Rahmen Gruppenwähler. Die Gestelle werden in Abständen von 90 cm bis 1 m aufgestellt und sind durch Kabelroste untereinander verbunden. Für jede Wählergruppe werden besondere Schaltverteiler vorgesehen, die es gestatten, mit Schiebern in einfacher Form die Gruppenteilung der Wähler zu ändern und dem Verkehrsumfang anzupassen. Abb. 8 zeigt den Blick von oben auf die Gestelle eines Wähleramts und läßt die Kabelführung erkennen. Abb. 9 stellt den Betriebsaal eines 10 000-SA-Amtes dar, dem Abb. 10 ein Handamtsaal zum Vergleich gegenübergestellt ist.

Diese grundsätzlichen Unterschiede in der Einrichtung der Betriebsäle ergeben naturgemäß für das Raumprogramm der Selbstanschlußämter wesentlich andere Bedingungen und im allgemeinen einfachere Verhältnisse. Hohe Säle sind nicht mehr erforderlich; es genügt, wenn die Betriebsäle für SA-Ämter eine lichte Höhe von 3,20 m haben. Da die einzelnen Wählergruppen lediglich durch Verbindungsleitungen in Verbindung gebracht werden, die 6 bis 12 v H der Zahl der Anschlußleitungen nicht überschreiten, ist man ferner nicht gezwungen, die Wähler in einem einheitlichen Raum unterzubringen. Man kann die Wähler auf mehrere Stockwerke verteilen. Dieser Umstand ist von ganz besonderer Bedeutung, da man folgedessen im Gegensatz zu den Handämtern bei der Wahl der Grundstücke nicht mehr so eng an bestimmte Grundmaße gebunden ist, die im wesentlichen durch die Betriebsäle bedingt sind. Es wird daher bedeutend leichter in Geschäftsvierteln nachträglich neue Fernspreckämter, Netzentwicklung entsprechend, einzufügen, was bei Handämtern vielfach mit Schwierigkeiten verknüpft ist. Immerhin ist auch hier eine Grundstückspolitik auf lange Sicht zu treiben und die Netzentwicklung dauernd im Auge zu halten. Und trotzdem wird man bei der Entwicklung DRA nie vor Überraschungen sicher sein, wie ich das einem Neubau von Hamburg zeigen möchte, der auch die Anpassungsfähigkeit des SA-Betriebs kennzeichnend

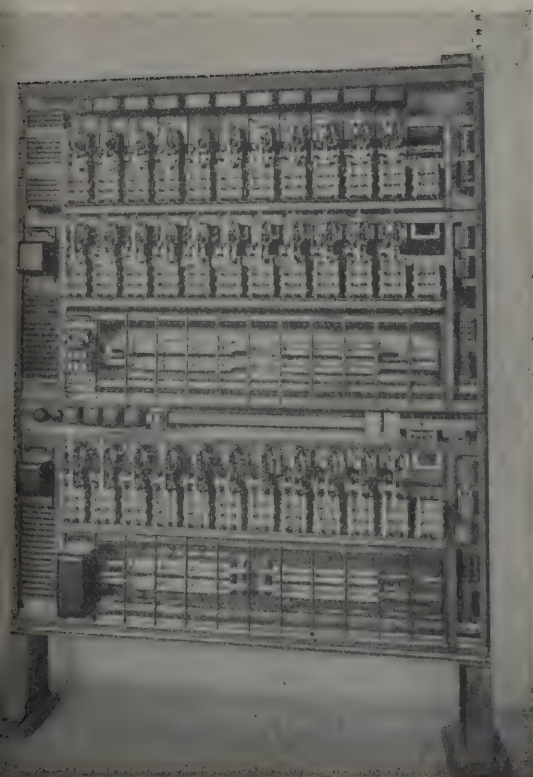
In Hamburg ist in der Nähe des Hauptbahnhofes alter Stadtteil niedergelegt worden, in dem jetzt Bürohausbauten großen Stils hochgebracht werden. Es tritt an dieser Stelle, da die Bürohäuser im kleinen an verschiedenen Betrieben vermietet werden, plötzlich ein so großes Anschlußbedürfnis hervor. Man rechnet mit 300 bis 400 Anschlüssen für jedes Bürohaus, die naturgemäß da die Betriebe untereinander keine Geschäftsbeziehung haben, nicht durch eine Hausvermittlung befriedigt werden können, sondern an die Amtseinrichtungen heranzuführen sind. Die vorhandenen Amtseinrichtungen können ein derartiger Zuwachs, der etwa 3 000 bis 4 000 Anschlüsse umfassen wird, naturgemäß nicht aufnehmen. Es mußten somit neue technische Einrichtungen geschaffen werden, die mit Rücksicht auf den Ausbau des Leitungnetzes am wirtschaftlichsten in diesem Bürohausvier-

Abb. 6.



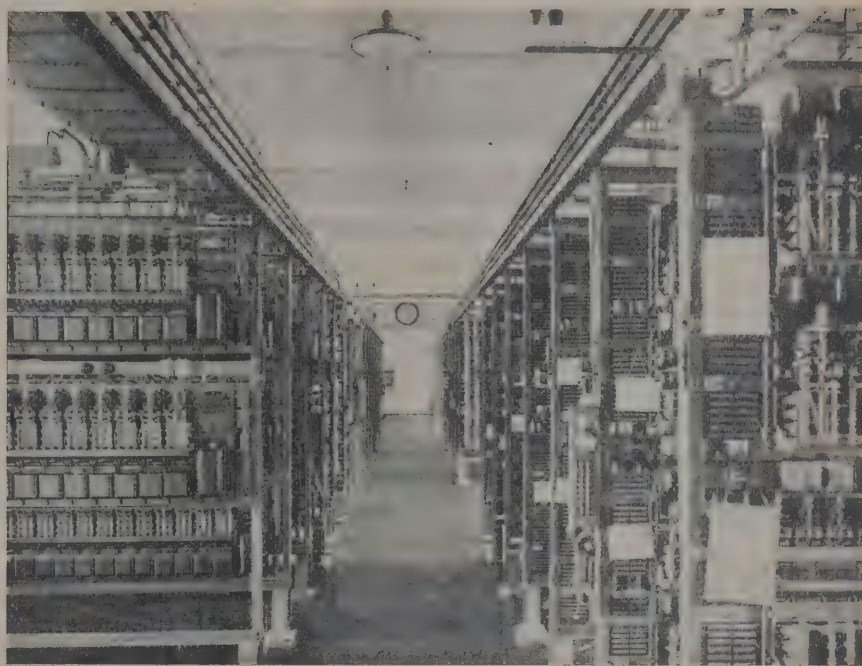
Gruppewählgerüst für 30 Gruppewähler.

Abb. 7.



Leitungswählgerüst mit 2×12 Leitungswählern und 12 Gruppewählern.

Abb. 9.



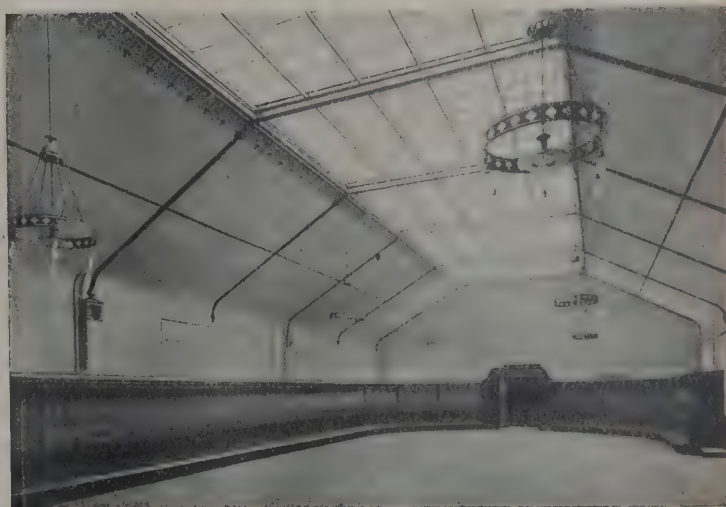
Blick in ein Selbstanschlußamt (Leipzig).

Abb. 8.



Blick auf die Gestelle eines Selbstanschlußamts mit Kabelführung.

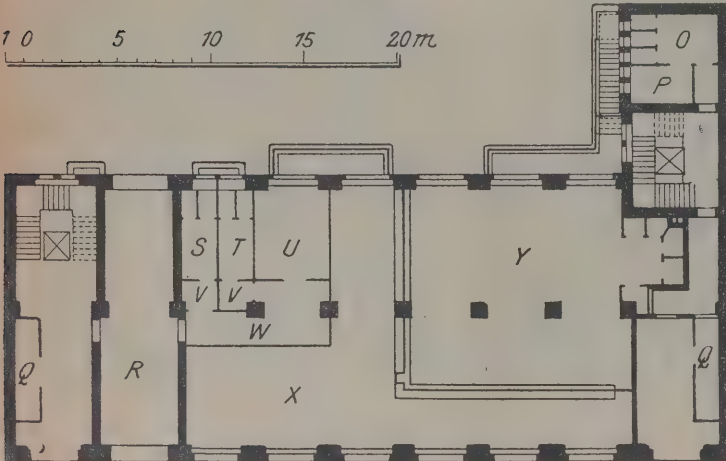
Abb. 10.



Blick in ein 10000-Sandamt.

unterzubringen waren. Es ist gelungen, ein Grundstück zu erwerben, das außerordentlich günstig zu dem Anschlußbereich liegt, aber in der Fläche so beschränkt ist, daß es für die Einrichtung eines Handamts unverwendbar gewesen wäre. Auf diesem Grundstück lassen sich aber bei Anwendung des Selbstanschlußbetriebes die technischen Einrichtungen für 20 000 Anschlußleitungen unterbringen, wobei auch auf die postalischen Bedürfnisse dieses Gebiets noch Rücksicht genommen werden kann. An dem Entwurf für dieses Hochhaus sollen die grundlegenden Gesichtspunkte

Abb. 11.



Keller und Erdgeschoß.

- | | |
|----------------------------|-------------------------|
| A Raum für Störungssucher, | K Hochspannung, |
| B Aufzugsmotor, | L Wohnkeller, |
| C Öltank, | M Rohrpost, |
| D Dienstkeller, | N Kabelaufteilung, |
| E Dieselmotor, | O P Aborte, |
| F Heizwerkstatt, | Q Kabelschächte, |
| G Heizung, | R Durchfahrt, |
| H Kabelaufteilung, | STUVWX Postdiensträume, |
| J Wassermesser usw. | Y Schalterhalle. |

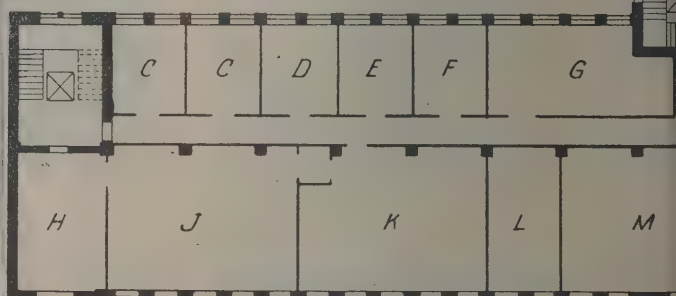
punkte für die Raumeinteilung eines Selbstanschlußamts erläutert werden.

Im Keller (Abb. 11) wird in der Regel neben den für die Heizung, Beleuchtung usw. erforderlichen Räumen die Einführung und Aufstellung der von der Straße eintretenden Kabel untergebracht. Die von außen kommenden Kabel mit je bis zu 600 Aderpaaren enden hier an eisernen Gestellen und werden in 100paarige Kabel aufgeteilt, die eine leichtere Führung innerhalb des Gebäudes gestatten und in ihrer Aderzahl den einzelnen Buchten des Hauptverteilers angepaßt sind. Das Erdgeschoß (Abb. 11) erhält die für Postzwecke bestimmten Räume

(Schalterstellen usw.). Dann folgt bei diesem Entwurf das II. Geschoß (Abb. 12) mit den Maschinen und Batterien für die Stromversorgung der beiden 10 000-*SL*-Ämter. Ein *SL*-Amt für 10 000 Anschlußleitungen verbraucht täglich etwa 2 500 Ah bei 60 V oder etwa 150 kWh. Es sind also erhebliche Maschinenleistungen erforderlich. Der Fußboden der Maschinen- und Sammlerräume wird deshalb allgemein für eine Tragfähigkeit von 1 000 kg/m² hergerichtet. Die Maschinenräume werden in der Regel, um an Mauerwerk zu sparen, im Keller oder in den tiefer liegenden Geschossen untergebracht. Bei diesem Neubau war dies mit Rücksicht auf die Grund-

Abb. 12.

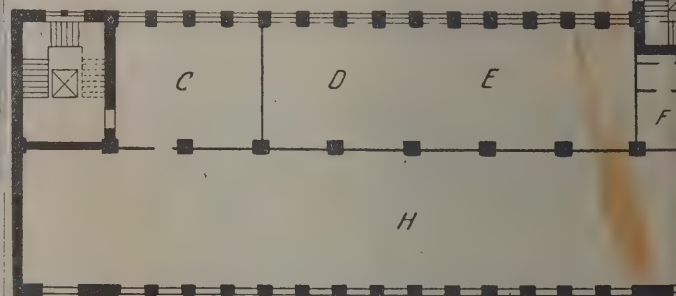
- | | |
|------------------------|--------------------------------|
| A B Aborte, | J Sammlerraum. |
| C—G Büroräume, | K Maschinenraum, |
| H Vager für Säure usw. | L M Erweiterung und Werkstatt. |



II. Geschoß.

Abb. 13.

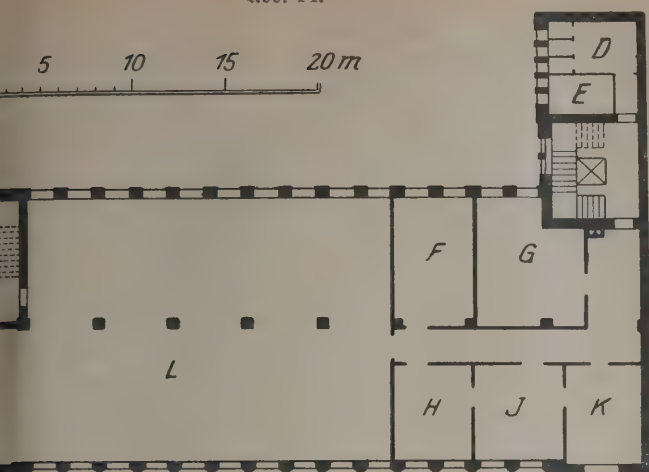
- | | | |
|------------------------------------|-----------------------|-----------------|
| A B Aborte, | C Prüfschränke, | F Apparatlager, |
| D E Vorprüfstische und Vorshalte- | G Gang, | |
| schränke sowie erforderlichenfalls | H Hauptverteilteraum. | |
| B-Plätze für den Verbindungs- | | |
| leitungsbetrieb, | | |



III. Geschoß.

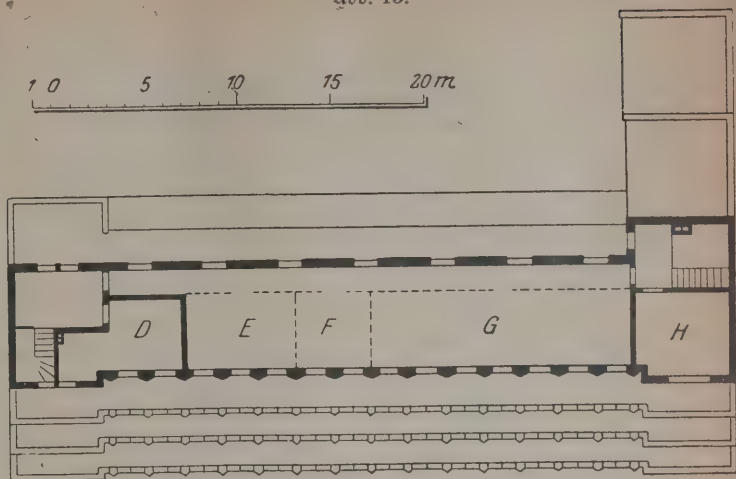
stücksform nicht möglich. Über dem Batteriegeschoss ist der Hauptverteiler (Abb. 13) vorgesehen, an dem die im Keller aufgeteilten Kabel an Sicherungen enden. Am Hauptverteiler werden die beim Eintritt in das Amt nach den Straßenzügen usw. gruppierten Leitungen mit Schaltbändern ihrer Anschlußnummer nach geordnet, um dann in geschlossenen Kabeln an die Wählerkontakte usw. weiterzugehen. In der Höhe des Hauptverteilers werden die Vorprüfstellen und die Störungsstellen für den Außendienst untergebracht, da der Hauptverteiler in der Regel Ausgangspunkt für die Messungen und die Störungsbeseitigung im Netz und in den Sprechstellen ist. Außer dem sind in diesem Geschoss bei dem Entwurf die Vorprüfschränke untergebracht, die für die Vermittlung des Fernverkehrs erforderlich sind. Ihre Unterbringung in der Nähe des Hauptverteilers ist anzustreben, weil sie ein

Abb. 14.

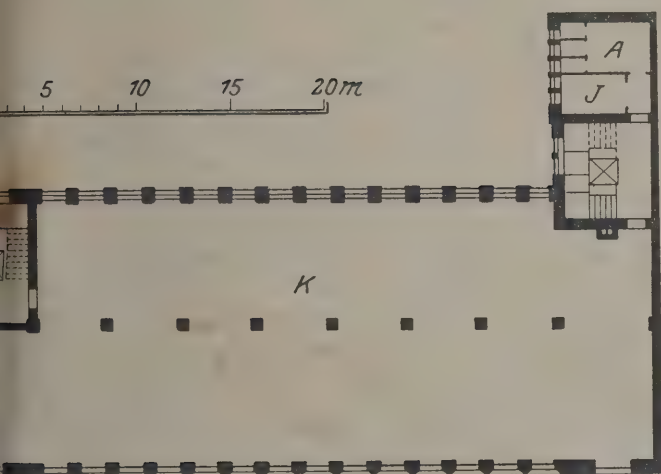


VI. Geschoß.

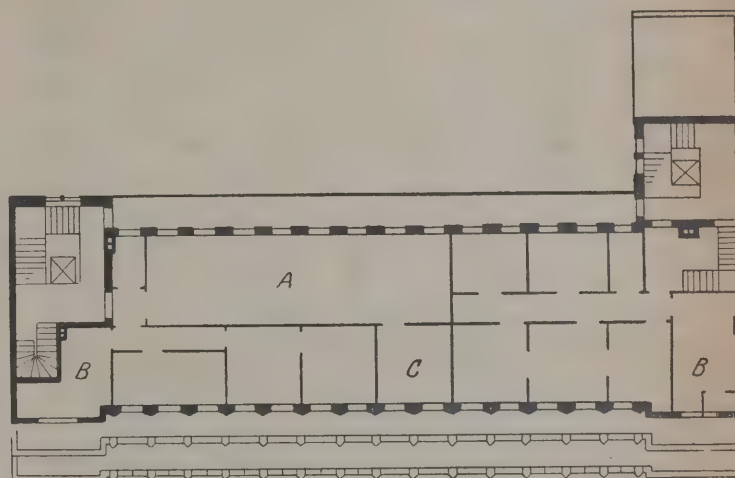
Abb. 15.



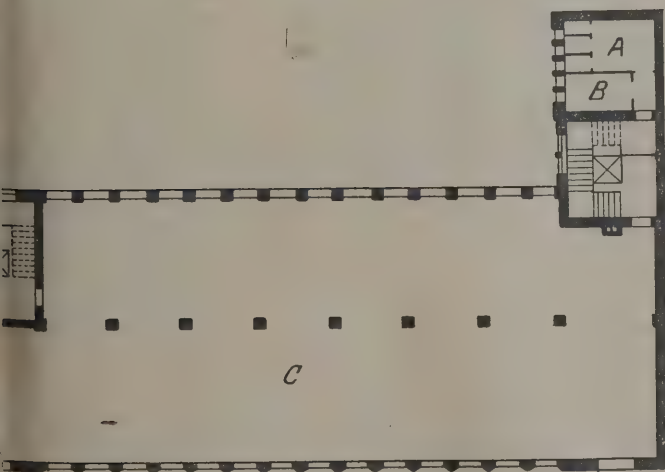
IX. Geschoß.



V. Geschoß.

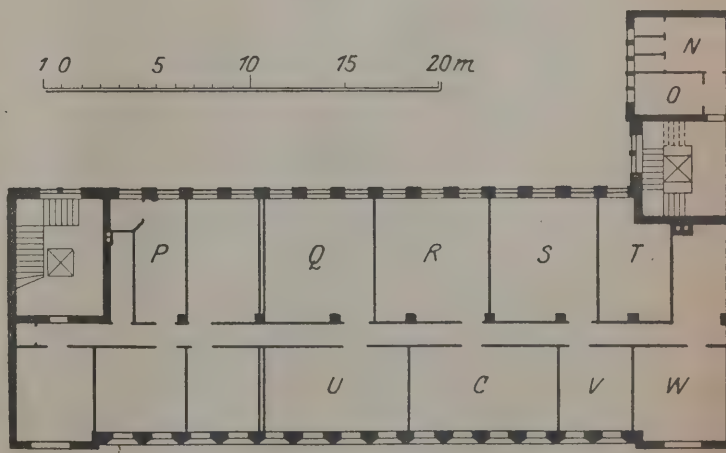


VIII. Geschoß.



IV. Geschoß.

Drei Geschoße für Wähleräle (IV. V und VI).



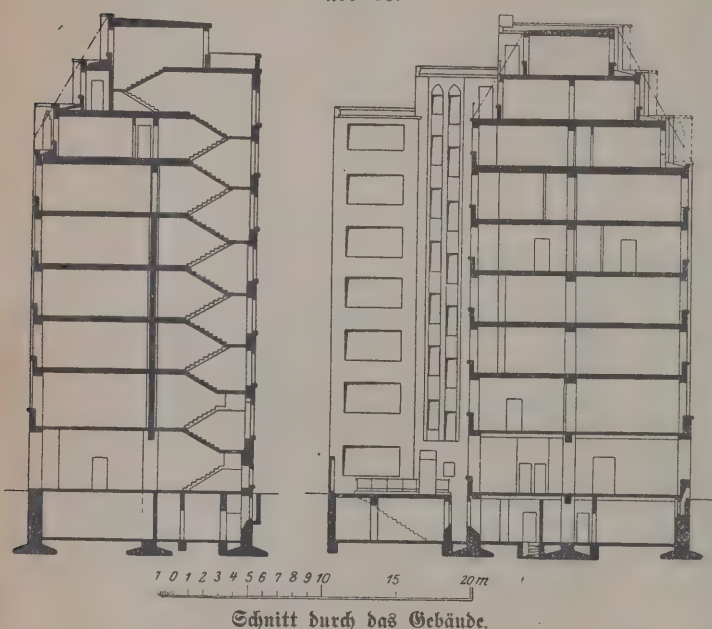
VII. Geschoß.

Drei Büro- und Wohnungschoße (VII, VIII und IX).

A Lagerräume, B Wohnungen, C Lager, D Waschküche, E F G H Ober-
räume, P Wohnung, Q—W Büroräume.

Teilnehmer-Vielfachfeld erhalten und bei dieser Anordnung der geringste Kabelaufwand entsteht. Dann folgen drei Geschosse mit den Wählereinrichtungen (Abb. 14). Das unterste dieser Geschosse hat die Gestelle für VW und LW aufzunehmen, die unmittelbare Verbindung mit dem Hauptverteiler erhalten. Hierdurch wird die sparsamste Kabelführung erreicht, da jede Anschlußleitung mit einem VW und dem Kontaktsatz einer 100-Gruppe von Leitungswählern verbunden werden muß. Die Gruppenwählergestelle hingegen können unbeschadet einer wirtschaftlichen Kabelführung in größerer Entfernung von dem Hauptverteiler untergebracht werden. Für die Gruppenwähler sind daher die oberen Wählersäle vorgesehen. Die weiter folgenden Geschosse enthalten die Büro- und Nebenräume (Abb. 15), die naturgemäß wesentlich einfacher und kleiner als bei Handämtern gehalten werden können. Im allgemeinen erfordert ein 10 000-Selbstanschlußamt für die Wähler z. St. eine Fläche

Abb. 16.



von etwa 450 m². Der Flächenbedarf für den Betriebsaal eines Handamts würde derselbe sein, dagegen erfordert der Handamtsbetrieb einen zusammenhängenden Saal und mit Rücksicht auf die Luftverhältnisse für das zahlreiche Personal etwa die doppelte Raumhöhe als der SA-Betrieb. Bei den SA-Ämtern ergibt sich ferner eine Ersparnis von etwa 50 bis 70 v H für Nebenräume (Garderoben, Erfrischungsräume usw.). Die Decken werden bei den SA-Ämtern allgemein für 600 kg/m² Tragfähigkeit hergerichtet. Daß die DRP bei der Ausgestaltung derartiger reinen Betriebszwecken dienenden Gebäude mit möglichst einfachen Mitteln arbeitet, in der architektonischen Ausbildung der Fassaden aber trotzdem der Umgebung und ästhetischen Forderungen weitgehend Rechnung trägt, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung. So paßt sich der Stil dieses Gebäudes, wie der Entwurf der Oberpostdirektion Hamburg zeigt, geschickt der Bauweise der übrigen Bürohäuser mit ihren zurückgesetzten Obergeschossen an (Abb. 16 und 17).

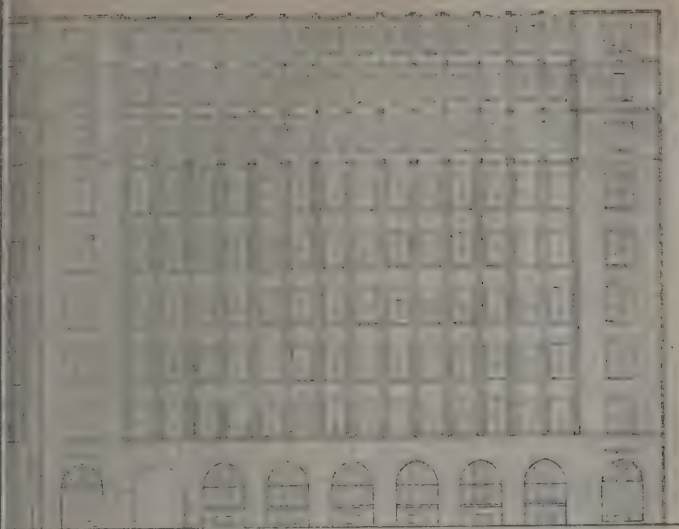
Die DRP ist naturgemäß schon aus wirtschaftlichen Gründen bestrebt, den Raumbedarf der Selbstanschlußämter noch weiter herabzudrücken. In diesem Bestreben hat sie auch die Unterstützung der in Betracht kommenden

Industrie gefunden. So hat die Firma Siemens & Halske sowohl einen neuen Vorwähler als auch einen neuen 100teiligen Heb-Drehwähler entwickelt. Beide Wähler haben inzwischen eine längere Versuchszeit hinter sich und sollen demnächst in größerem Umfang bei dem Neubau des Unteramts Lichterfelde in Groß-Berlin Verwendung finden. In Abb. 18 ist dieser 100teilige Wähler dargestellt, daneben zum Vergleich der jetzt verwendeten 100teiligen Heb-Drehwähler in demselben Maßstab. Derselben Vergleich für die Vorwähler gibt Abb. 19. Werden diese Wähler angewendet, so ermäßigt sich der Raumbedarf für die Betriebsräume um ein Drittel des jetzt erforderlichen Raumes; auch die Anlagekosten der technischen Einrichtungen werden sich voraussichtlich nicht unwesentlich verringern. Die Arbeitsweise der Wähler entspricht schaltungstechnisch der der bisherigen Wähler, so daß ein Zusammenarbeiten der neuen Wähler mit den älteren ohne weiteres möglich ist. Es ist dies eine Forderung der DRP, die für alle neuen Wählerformen gilt. Die Eigenart des SA-Betriebes bedingt es, unbeschadet der Weiterentwicklung der technischen Mittel, an dem Grundgedanken des Systems festzuhalten, um das Zusammenarbeiten der verschiedenen Ämter in der technisch einfachen Weise sicherzustellen.

Vor kurzem hat die DRP mit der Firma Siemens & Halske ein Patentabkommen getroffen, wonach die Ausföhrung des als Reichspostsystem bekannten, bisher nur von dieser Firma hergestellten SA-Systems gegen Zuföhrung einer bestimmten Lieferquote auch den bisher für die DRP Handämter bauenden Firmen zugestanden wird. Diese Abmachung war bei der Patentlage erforderlich, um die Umstellung dieser Firmen auf den SA-Ämterbau zu erleichtern ohne die Einheitlichkeit des Systems zu durchbrechen. Diese Firmen, die in der Automatischen Fernsprechanlagen Bau-Gesellschaft (Autofabag) zusammengeschlossen sind, haben inzwischen ebenfalls den Bau von SA-Einrichtungen aufgenommen und beteiligen sich in erfreulicher Weise an den weiteren Entwicklungsarbeiten. Abb. 20 zeigt einen von dieser Gesellschaft entwickelten 100teiligen Wähler, der ebenfalls wesentlich kleiner und einfacher als der bisherige Wähler ist. Abb. 21 zeigt diesen Wähler im Vergleich zu dem jetzigen in demselben Maßstab. Auch dieser Wähler wird in kurzem praktisch erprobt, und die Versuchsergebnisse werden entscheiden, welcher Wähler technisch und wirtschaftlich die besten Erfolge gewährleistet.

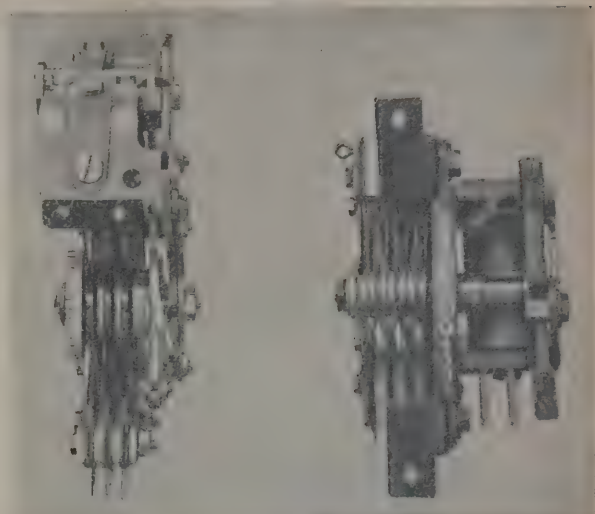
Während beim Handamtsbetrieb die Unterteilung der ZN in mehrere Vermittlungsanstalten den Betrieb und die Wirtschaftlichkeit durch den besonderen Verbindungsleitungsverkehr zwischen den verschiedenen Ämtern ungünstig beeinflusst, scheidet dieser Faktor beim Selbstanschlußbetrieb aus. Der Gang der Verbindung ist beim SA-Betrieb in Bezug mit mehreren Verbindungsanstalten derselbe, als wenn nur eine Vermittlungsanstalt vorhanden wäre, nur daß die Wählergruppen an örtlich getrennten Punkten des Netzes unterzubringen sind. Bei den Planungsarbeiten muß auf den Verbindungsleitungsverkehr zwischen den verschiedenen Ämtern von vorn herein weitgehend Rücksicht genommen werden, da spätere Umlegungen außerordentliche Kosten verursachen. Aus einem Beispiel für Groß-Berlin läßt sich ersehen, wie sich die Netzunterteilung für den Verbindungsleitungsverkehr in einem großen ZN auswirkt. Das ZN Berlin wird für die Durchführung des SA-Betriebes in 9 Gruppen für je 100 000 Anschlußleitungen bzw. 10 Ämtern zu je 10 000 Anschlußleitungen geteilt (Abb. 22). Zur Zeit hat Berlin rund 200 000 Anschluß

Abb. 17.



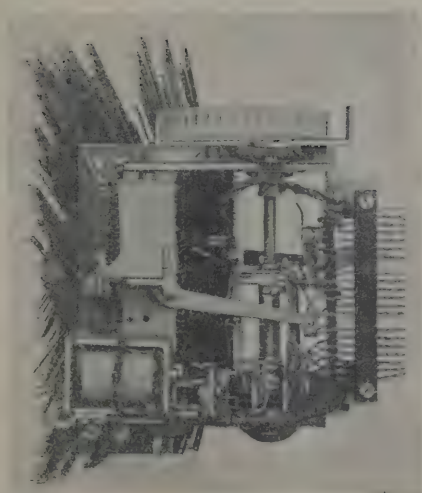
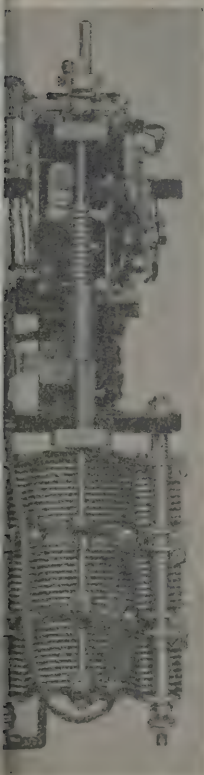
Ausgestaltung der Fassade.

Abb. 19.



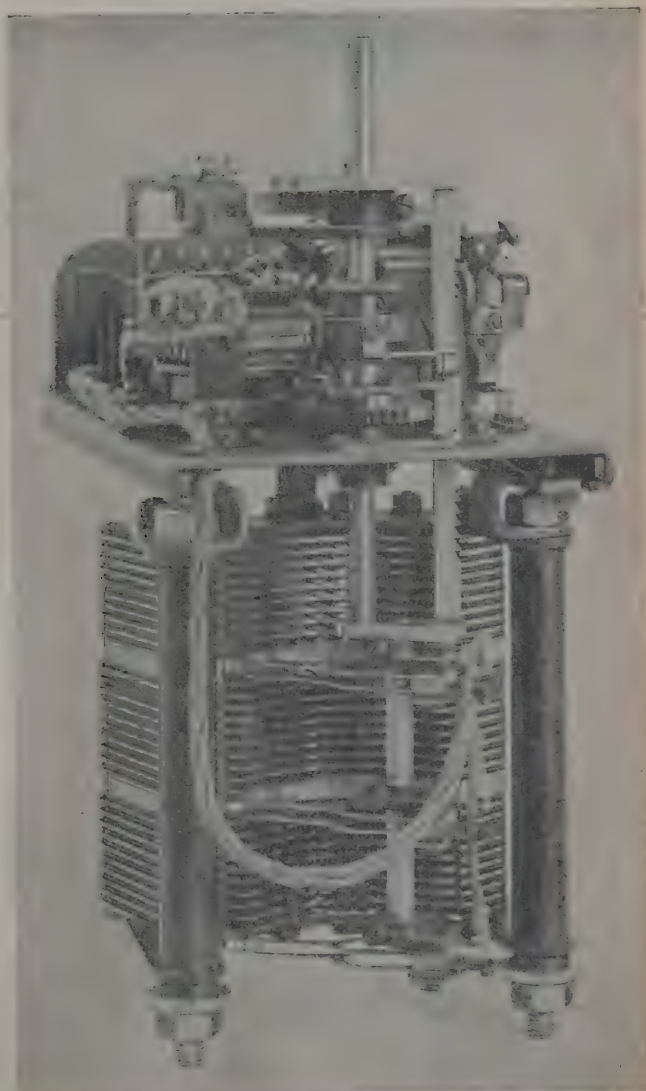
Der alte (rechts) und der neue Vorwähler von Siemens & Halske.

Abb. 18.



Der jetzige Heb-Drehwähler (links) und der neue (rechts) in demselben Maßstab aufgenommen.

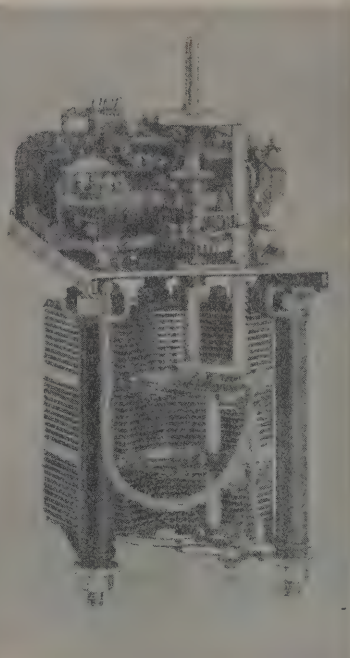
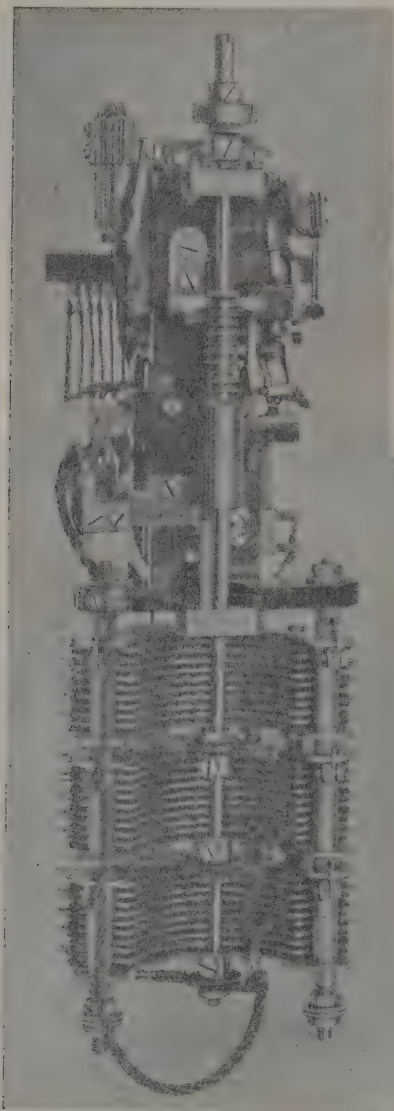
Abb. 20.



100teiliger Heb-Drehwähler der Autofabag.

leitungen mit 390 000 Sprechstellen. Augenblicklich arbeiten die Ämter Zehlendorf und Potsdam selbsttätig. In Vorbereitung sind die Ämter Spandau, Lichterfelde, Wannsee, Dahlem, Cöpenicker Straße und Spandauer Straße. Bei den zum SA-Betrieb schon hergerichteten Ämtern stellen die Teilnehmer nur innerhalb ihres eigenen Netzes die Verbindung selbsttätig her. Geht die Verbindung nach einem anderen Amt (Abb. 23), so stellt der Teilnehmer eine bestimmte Nummer ein und gelangt

Abb. 21.



Vergleich zwischen dem jetzigen Hand-Drehwähler und dem neuen Wähler der Autofabag.

dann zu einem von Hand bedienten Arbeitsplatz in einem Handamt, wo die Weiterverbindung in der bei Handämtern üblichen Weise erledigt wird. Die nächste Stufe in der Durchführung des SA-Betriebes in Groß-Berlin wird sein, daß der Teilnehmer unmittelbar das Amt wählt, an das der von ihm gewünschte Teilnehmer angeschlossen ist. In diesem Amt wird er dann von einer Beamtin von Hand im Vielfachfeld mit der verlangten Teilnehmerleitung verbunden, solange dieses Amt noch Handbetrieb hat. Ist dagegen der verlangte Teilnehmer ebenfalls an ein SA-Amt angeschlossen, so wählt er diesen unmittelbar. Der Übergang zu dieser zweiten Stufe ist

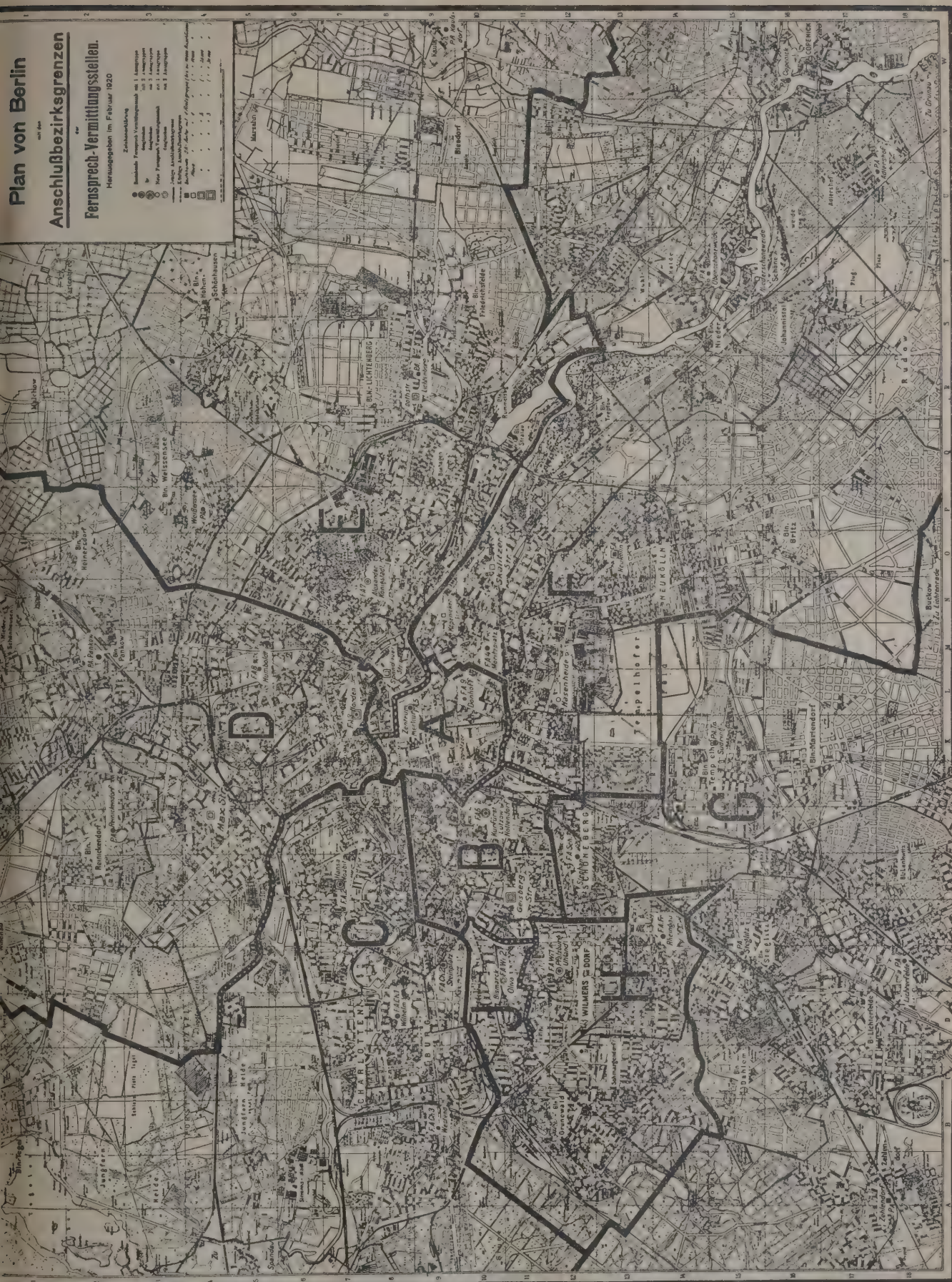
von einer Reihe von Betriebsmaßnahmen und technischen Voraussetzungen abhängig, die vorher erfüllt sein müssen. Zwei wesentliche Forderungen dieser Art sind die Einrichtung des Teilnehmerverzeichnis und die Schaffung der Räume für die Umgestaltung des Verbindungsleitungsverkehrs. Die Anschlußnummern der Teilnehmer in Groß-Berlin werden später folgende Form erhalten: Merk 7618. In dieser Bezeichnung ist M 3 die Kennziffer des Amtes Merkur, unter der es von den selbsttätigen Sprechstellen des Netzes Groß-Berlin angerufen wird. Solange Merkur noch Handamt ist, meldet sich, wenn der Buchstabe M und die Ziffer 3 gewählt wird, das Amt Merkur eine Beamtin, die dann mit der Nr. 7618 verbindet. Ist Merkur selbsttätig eingerichtet, so wählt der Teilnehmer M 3 7618. Die Bezeichnung Merkur bleibt zweckmäßig für den Fernverkehr bestehen. Um die unmittelbare Wahl der Ämter in der oben geschilderten Weise durchführen zu können, muß das Verbindungsleitungsnetz in Groß-Berlin schrittweise auf den Endzustand umgeschaltet werden. Hierzu sind bestimmte Knotenpunkte auszubauen, bei denen die Wähler für den Verbindungsleitungsverkehr unterzubringen sind. Die in Aussicht genommenen Knotenpunkte sind in Abb. 24 bezeichnet. Das Bild läßt auch an einigen Beispielen die Führung der Verbindungsleitungsbündel in diesem Zustand der Überleitung erkennen. Der erste Ausbau dieser Schwerpunkte

des endgültigen Verbindungsleitungsnetzes erfordert naturgemäß erhebliche Ausgaben, denen aber wesentliche Ersparnisse an laufenden Ausgaben durch Ersparnis an Personal für den Verbindungsleitungsverkehr zwischen den Ämtern in steigendem Maße gegenüberstehen. Die Anpassungsfähigkeit der Wählereinrichtungen an die örtlichen Verhältnisse kommt diesen Arbeiten außerordentlich zugute, so daß die Zeit in der in Groß-Berlin die unmittelbare Wahl des verlangten Amtes von den SA-Teilnehmern aus durchgeführt werden kann, nicht zu fern liegen dürfte.

Fernämter.

Auf den Bau der Fernämter hat die Entwicklung der Selbstanschlußtechnik bis jetzt keinen wesentlichen Einfluß

ausgeübt. Es liegt dies in erster Linie daran, daß im Verkehr auf größere Entfernungen eine möglichst vollkommene Ausnutzung der Fernleitungen angestrebt werden muß. Diese kann aber nur erreicht werden, wenn alle vorbereitenden Schritte, um die zu verbindenden Teilnehmer heranzuholen usw., von den beiden Endämtern erledigt sind, bevor die Teilnehmer mit der Fernleitung verbunden werden. Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, wie Betriebsbeobachtungen ergeben haben, in den Hauptverkehrsstunden 80 bis 90 v. H. der Zeit als reine Gesprächszeit auszunutzen. Handelt es sich um kürzere Entfernungen, bei denen die Leitungskosten keine ausschlag-



Entteilung von Groß-Berlin in 9 Gruppen zu 100 000 Wohnungen.

gebende Rolle spielen, sondern die Betriebskosten den wesentlichen Teil der Unkosten ausmachen, so ist es vielfach wirtschaftlicher, eine ausreichende Zahl von Abfahrwegen zur Verfügung zu stellen und den Verkehr nicht fernmässig über Meldestellen und Fernplätze, sondern an besonderen Arbeitsplätzen ortsmässig abzuwickeln. Dieses Verfahren ist aus den früheren Bezirksnetzen der DRP bekannt und wird jetzt in der Form des Schnellverkehrs weiter ausgebaut.

An den Fernplätzen der Fernämter sind zwei verschiedene Arten von Verbindungen herzustellen. Verbindungen zwischen der Fernleitung und Ortsteilnehmern und Verbindungen von Fernleitung zu Fernleitung bei Durchgangsverbindungen. Für diese Aufgabe sind die Fernschränke mit Anrufzeichen, Schnurpaaren und Vielfachklinken ausgerüstet, wie dies in Abb. 25 schematisch dargestellt ist. Kommt in einer Fernleitung ein Anruf an, so leuchtet die Anruflampe (FAL) auf, die Fernbeamtin führt den Stöpsel (FS₁) in die Abfrageklinke (FKa) der Fernleitung ein, schaltet den Abfrageapparat des Schnurpaares ein und fragt ab. Wird die Verbindung mit einem Ortsteilnehmer verlangt, so verbindet sie ihren Abfrageapparat durch Drücken einer Dienstleitungstaste (DT) mit dem Abfrageapparat eines Vorschalteplatzes in dem betreffenden Ortsamt. Sie teilt der Vorschalteschrankbeamtin die verlangte Anschlußnummer mit, die Vorschalteschrankbeamtin führt einen freien Stöpsel (VS) in die Klinke des verlangten Teilnehmers (TKv) im Vielfachfeld ihres Arbeitsplatzes und teilt der Fernbeamtin die Nummer des gewählten Stöpsels mit. Die Stöpselnummer entspricht der Nummer der Vorschalteteilung, die in allen Fernplätzen vielfach geschaltet ist und auf der Klinke (Ko) liegt, die ebenfalls durch die Leitungsnummer gekennzeichnet ist. Die Fernbeamtin führt hierauf den zweiten Stöpsel des beim Abfragen benutzten Schnurpaares in die bezeichnete Vielfach- (Ko) Klinke, und die Verbindung der Fernleitung mit dem verlangten Teilnehmer ist hergestellt. Die Fernbeamtin kann den Teilnehmer anrufen, das Gespräch überwachen und nach Beendigung trennen. Nach dem Trennen leuchtet am Vorschalteplatz die Schlußlampe (VS₁) der betreffenden Verbindungsleitung auf und gibt der Vorschalteschrankbeamtin ebenfalls das Zeichen zum Trennen.

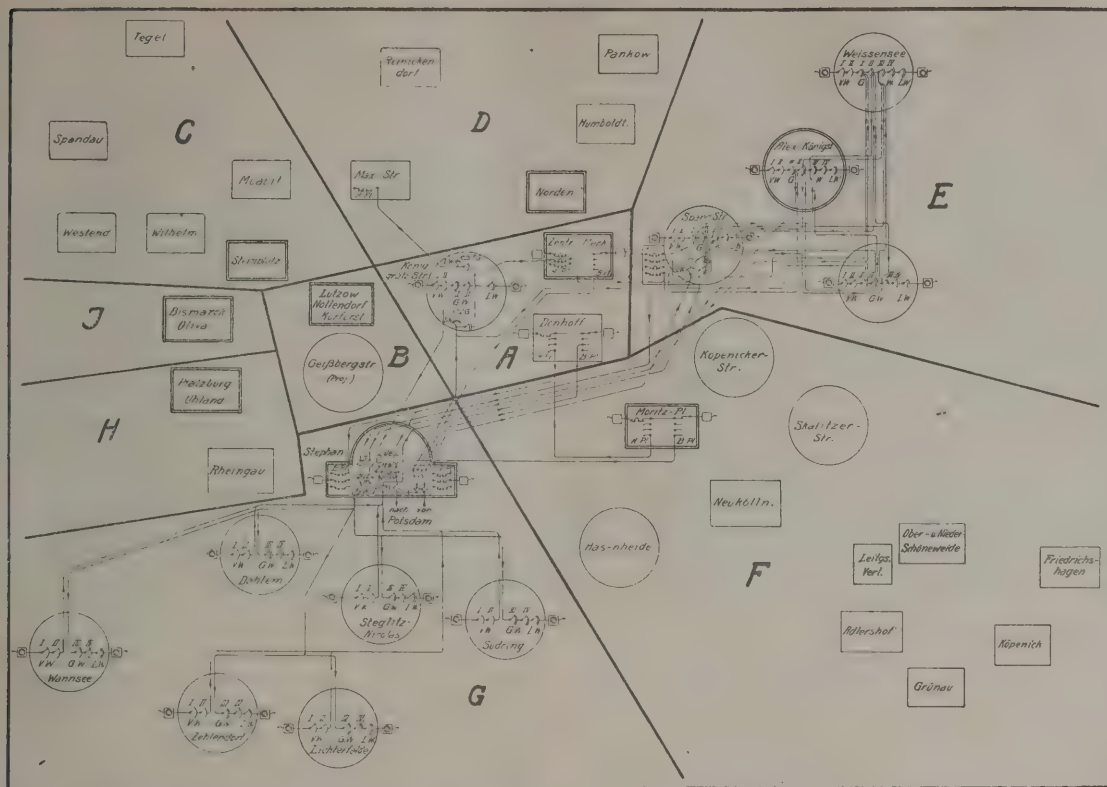
Soll eine Durchgangsverbindung von Fernleitung zu Fernleitung hergestellt werden, so ist der Vorgang beim Abfragen der anrufenden Fernleitung derselbe. Die Beamtin führt aber den Verbindungsstöpsel (FS₂) im Vielfachfeld in eine Fernleitungsbienstklinke (Kd) ein, und zwar in die Klinke der Ferndienstleitung, die an dem Arbeitsplatz der verlangten Fernleitung auf Anruflampe (KDAL) liegt. Diese Fernbeamtin meldet sich und zieht, wenn die verlangte Fernleitung frei ist, eine dieser Leitung zugeordnete Taste (Kft), wodurch die Fernleitung mit ihrer Vielfachleitung verbunden wird, die an allen Fernplätzen erreichbar auf Klinke liegt. Die erste Fernbeamtin führt darauf den Verbindungsstöpsel (FS₂) des zum Abfragen benutzten Schnurpaares in die Vielfachklinke (K₁) der verlangten Fernleitung ein, und die beiden Fernleitungen sind miteinander verbunden. Am Schluß der Verbindung werden die Stöpsel aus den Klinken entfernt, der Fernplatz der verlangten Fernleitung erhält dadurch ein Schlußzeichen und schaltet die Fernleitung durch Ziehen der Fern-taste (Kft) normal.

Hieraus geht hervor, daß bei den Fernämtern die Fernschränke wie bei den handbetriebenen Ortsämtern die Ortsschränke ein Vielfachfeld erhalten. Auch beim Bau der Fernämter ist daher bisher die zweckmäßigste Führung und

Unterbringung des Vielfachfeldes für die Ausführung und die Aufstellung der Fernschränke von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Welchen Umfang die Vielfachfelder großer Fernämter annehmen können, mögen einige Zahlen für den Neubau des Fernamts Berlin dartun. Die Fernamt muß bei seiner Inbetriebnahme etwa 1 500 Fernleitungen aufnehmen und etwa 2 000 Ortsverbindungsleitungen für die Verbindung der Fernleitungen mit Teilnehmern der verschiedenen Vermittlungsanstalten in Groß-Berlin. Rechnet man mit einer durchschnittlichen Platzbelegung von 2,5 Fernleitungen, so würden 600 Fernplätze für die Bedienung erforderlich werden und das Vielfachfeld der Schränke allein, ohne die Kabel nach den Verteilern usw., würde eine Länge von 360 m haben. In eine so große Zahl von Fernschränken nicht in einem Betriebsjaale untergebracht werden kann, sind diese an mehrere Betriebsäle zu verteilen, die auf verschiedenen Stockwerken liegen. Diese Verteilung bedingt ihrerseits wiederum lange Kabelzuleitungen zu den Vielfachfeldern, die in elektrischer Beziehung unerwünscht sind, da sie erhebliche Sprechstromverluste in der Amtseinrichtung vergrößern. Um diese Schwierigkeiten zu vermeiden, die durch besondere Verteilungsschränke mit Handbedienung nur unvollkommen und unter wesentlicher Erhöhung der Betriebskosten und der Fehlerquellen hätten beseitigt werden können, ist von der DRP ein ganz neuer Weg eingeschlagen worden, der nach ihren Vorschlägen von den Firmen Siemens & Halske und E. Zwietsch & Co. in mustergültiger Weise technisch durchgebildet worden ist. Die neue Betriebsweise wird erstmalig bei dem neuen Fernamt in Mannheim praktisch durchgeführt werden, um Betriebserfahrungen zu sammeln. Bei dieser Versuchseinrichtung, die in Abb. 26 schematisch dargestellt ist, ist auf die Anwendung von Stöpseln in den Klinken ganz verzichtet worden. An deren Stelle treten Wähler, die vom Fernplatz aus mit Nummernscheiben gesteuert werden. Kommt in einer Fernleitung ein Anruf an, so leuchtet die Anruflampe (AL) am Fernplatz auf. Die Beamtin schaltet sich durch Umlegen der Abfrage-schalter (ES) in die Fernleitung ein und fragt ab. Jedem Fernplatz sind 6 Kupplungstasten (KoT) zugeordnet, die gestatten, die Fernleitung mit einer von 6 Verbindungsleitungen zu verbinden. Diese Ortsverbindungsleitungen enden in Gruppenwählern. Wird ein Ortsteilnehmer verlangt, so wird in der der Fernleitung zugeordneten Tastenreihe die Taste einer gerade freien Ortsverbindungsleitung gedrückt und mit der Nummernscheibe eine Zahl eingestellt, die den Wähler auf die Stufe der Verbindungsleitungen des Orts-Vermittlungsamtes steuert, an das der betreffende Teilnehmer angeschlossen ist. Diese Verbindungsleitung endet an einem Vorschalteplatz des Ortsamtes. Der Vorschalteplatz stellt die Verbindung in der bekannten Weise in seinem Vielfachfeld her. Handelt es sich um einen an ein Selbstanschlußamt angeschlossenen Teilnehmer, kann dieser unmittelbar gerufen werden, wenn für diesen Zweck besondere Wähler vorgesehen werden. Bei großen Ortsämtern sind in der Regel Vorschalteschränke wirtschaftlicher. Außerdem bieten sie eine Reihe von betriebstechnischen Vorzügen.

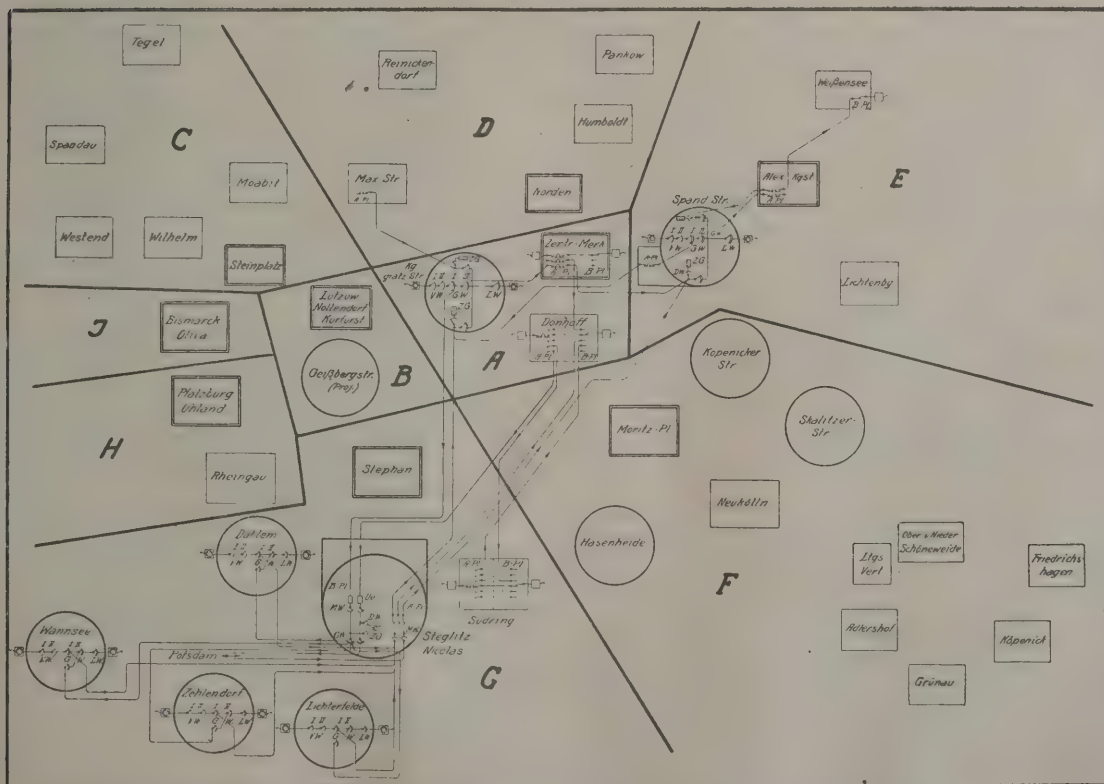
Wird im Durchgangsverkehr eine Verbindung mit einem anderen Fernleitung verlangt, so sind die am Fernplatz auszuführenden Handgriffe dieselben, nur wird in diesem Fall eine Zahl eingestellt, die den Gruppenwähler mit einer freien Leitung zu einem Durchgangsplatz verbindet. Der Anruf geht dann bei einem Durchgangsplatz ein. Die Durchgangsplätze erhalten ein Vielfachfeld für die Fernleitungen, so daß von jedem Durchgangsplatz jede Fern-

Abb. 23.



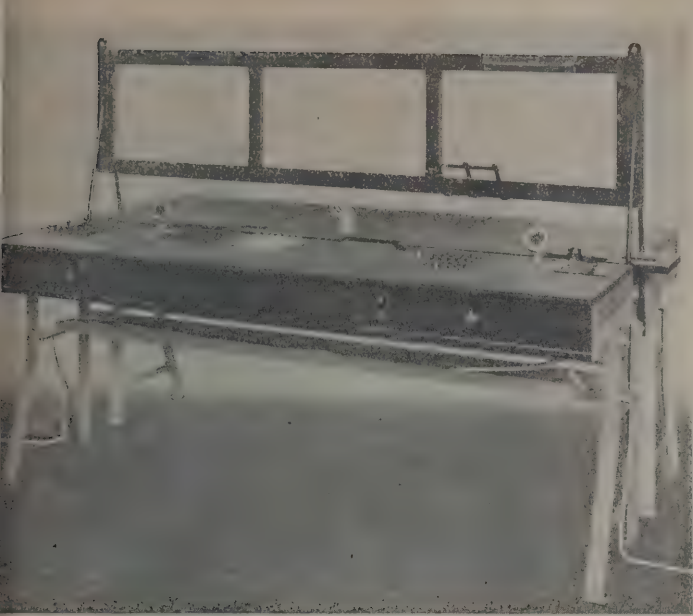
Verbindung von einem Selbstanschlußamt über ein Handamt nach den übrigen Ämtern.

Abb. 24.



Kennzeichnung der Knotenpunkte in den einzelnen 100 000-Gruppen durch doppelte Umrahmung. Unmittelbarer Verkehr der Selbstanschlußämter untereinander.

Abb. 27.



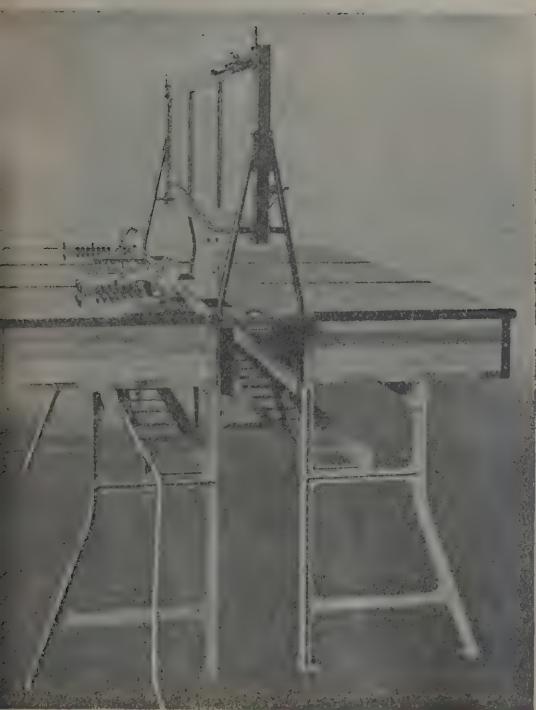
Ferntisch mit Plakausrüstung.

Abb. 28.



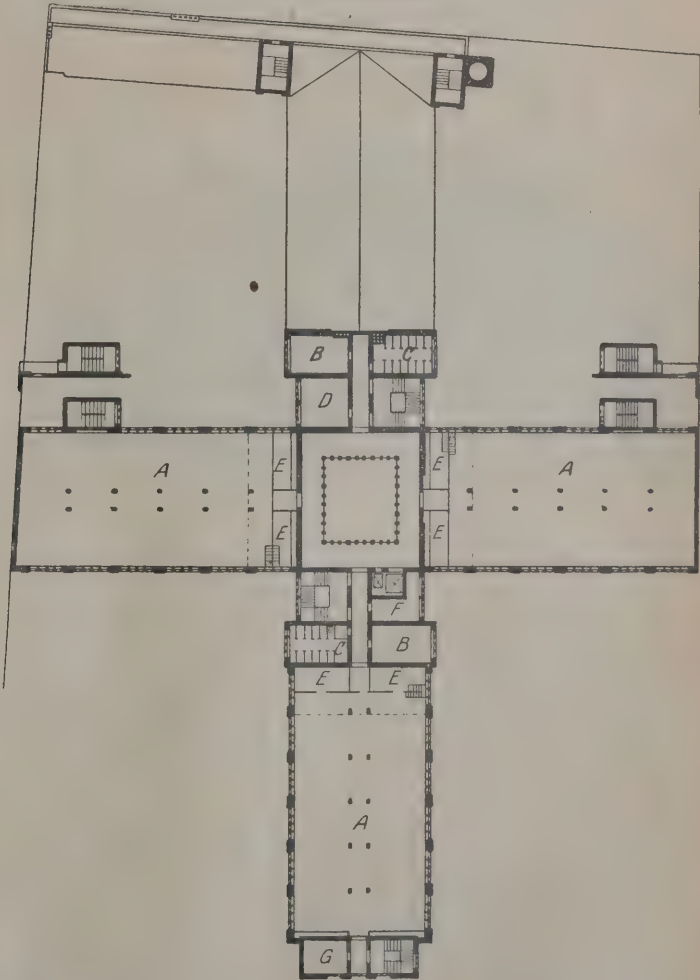
Ferntisch geöffnet mit Relais.

Abb. 29.



Ferntisch mit Kasten für die Kabelführung usw.

Abb. 30 a.



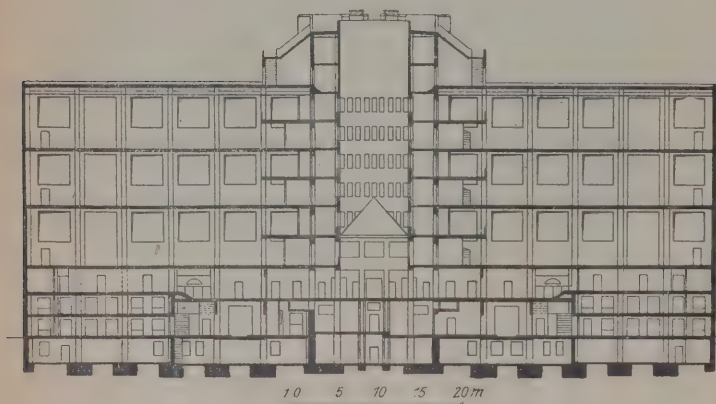
A Betriebsäle, B Inspektoren, C Aborte, D Werksführer, E Verteiler, F Krankenzimmer, G Büro.

Raumeinteilung eines Geschosses des neuen Fernamts Berlin.

seit 1909 geschieht. Es ist aber nicht möglich, für die fernamtsmäßige Abwicklung des Verkehrs eine feste Grenze zu ziehen, da hierbei die Betriebsfragen, die Leitungsverhältnisse und vor allem die Wirtschaftlichkeit der vereinfachten Betriebsweise ausschlaggebend sind. Technisch sind die Mittel gegeben, um Teilnehmer selbst auf größere Entfernungen unmittelbar in Verbindung treten zu lassen. Versuche haben ergeben, daß z. B. die Teilnehmer des Selbstanschlußamts Dresden die Teilnehmer des Selbstanschlußamts Leipzig einzeln anrufen können. Mit den bei der Tonsprechtelegraphie in Kabelleitungen benutzten technischen Hilfsmitteln ist es schon jetzt möglich,

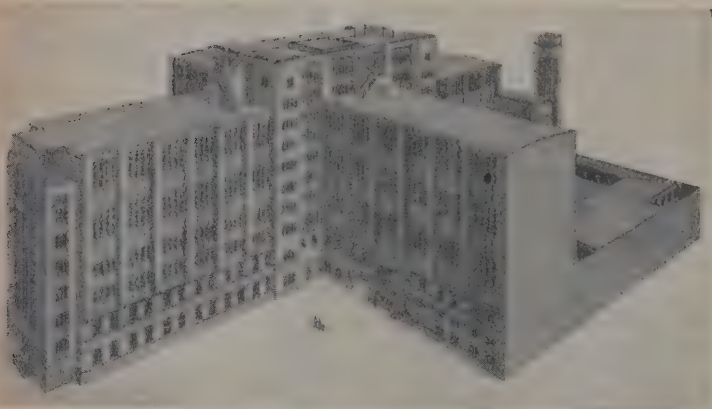
oberirdischen Fernleitungsnetzes begonnen hat. Die besonderen elektrischen Eigenschaften dieser Fernkabel machen es erforderlich, daß in Entfernungen von etwa 75 km Verstärker eingeschaltet werden, um den Sprechstromverlust

Abb. 30b.



Schnitt durch das Fernamtsgebäude.

Abb. 31.



Perspektivische Ansicht des neuen Fernamts Berlin.

über die Fernkabel zu wählen; und es bereitet, wie Versuche im LRA ergeben haben, keine nennenswerten Schwierigkeiten, die Wähler eines entfernten DN drahtlos zu steuern. Die praktische Einführung dieser Betriebsweisen würde aber über das Bedürfnis hinausgehen und einer wirtschaftlichen Prüfung nicht standhalten.

Verstärker.

Meine Ausführungen über den neuzeitlichen Amtsbau würden unvollständig sein, wenn ich nicht kurz die Verstärkeramtsbauten erwähnen würde. Aus den Vorträgen, die Geheimrat Dr. Cramer*) unter anderem auch im Elektrotechnischen Verein gehalten hat, ist bekannt, daß die DRP in großzügiger Weise mit der Verkabelung ihres

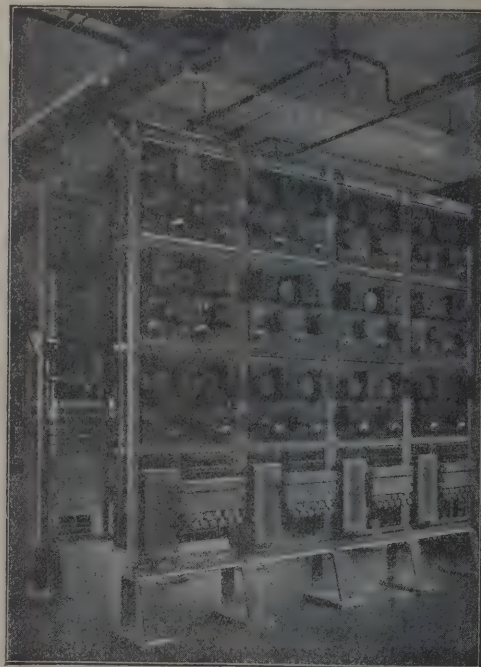
*) Vgl. »ETZ« 1923, S. 859 u. 875.

Abb. 32.



Blick in einen Hof des neuen Fernamts Berlin.

Abb. 33.



Verstärkeramt Frankfurt a. Main. Verstärkergerstellreihe.

der durchlaufenen Kabelstrecke auszugleichen. Diese Verstärkereinrichtungen werden möglichst in vorhandenen Fernsprechkämtern untergebracht. Der Abstand der Verstärkerpunkte muß mit Rücksicht auf die elektrischen Eigenschaften der Fernkabel im allgemeinen eingehalten werden. Fällt ein Verstärkerpunkt so, daß vorhandene Postbauten nicht mitbenutzt werden können, so sind für die Unter-

Einrichtung der Verstärkereinrichtungen besondere Häuser zu errichten.

Die Verstärkersätze bestehen aus Verstärkerlampen, Übertragern, Relais usw., die an eisernen Gestellen angebracht werden (Abb. 33). Diese Gestelle werden wie die Wählergestelle bei den SA-Ämtern aufgestellt und durch Kabelroste verbunden. Außerdem erhält jedes Verstärkeramt seine Maschinen- und Batterieanlage, seine Verteiler und die für Prüf- und Meßzwecke erforderlichen Klinkenumschalter und Prüfschränke. Die Batterien werden in der Regel aus

Maschinenwärter. Bei der Bedeutung der Verstärkerämter für den Betrieb und mit Rücksicht auf die abgesonderte Lage dieser Häuser erscheint es erforderlich, die technischen Einrichtungen dauernd unter Aufsicht zu stellen. Die Abb. 37 stellt die Außenansicht des Verstärkeramts Delmenhorst dar. Zur Zeit sind 26 Verstärkerämter im Betrieb, davon 14 in besonderen Gebäuden. Im Bau sind 16.

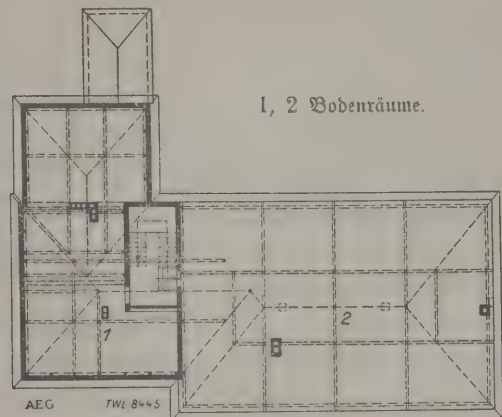
Ich habe mich darauf beschränkt, an der Hand einiger Beispiele zu zeigen, welche Anforderungen an moderne Fernsprechämterbauten zu stellen sind. Aus den Darlegungen ist zu ersehen, daß es sich hier um ein Arbeits-

Abb. 34.



Hauptverstärkeramt Delmenhorst. Erdgesch.ß.

Abb. 36.



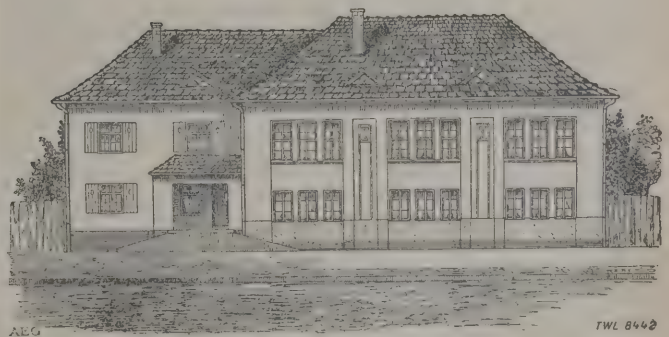
Dachgesch.ß.

Abb. 35.



Obergesch.ß.

Abb. 37.



Ansicht des Verstärkeramts Delmenhorst.

dem Starkstromnetz über Umformer geladen, nur die in Entfernungen von 150 km liegenden Hauptverstärkerämter, bei denen auch die starkdrähtigen Fernleitungen des Fernkabels mit Verstärkern versehen werden, erhalten als besonders wichtige Knotenpunkte außerdem einen Motor-generatorsatz, um beim Versagen des Netzstromes den Ladestrom selbst erzeugen zu können. Die Größe, Lage und Einteilung der Betriebsräume eines Verstärkeramts für 250 Verstärkersätze ist in den Abb. 34 bis 36 dargestellt. Im Keller befinden sich die Maschinen, die Batterien und die Kabeleinführung. Im ersten Gesch.ß sind die eigentlichen Betriebsräume mit den Verstärkergeräten und Prüfschränken untergebracht. Bei dieser Anordnung ergibt sich die einfachste Kabelführung. Im Obergesch.ß befinden sich Wohnungen für den Leiter des Verstärkeramts und den

gebiet handelt, dessen Technik Stillstand nicht kennt und bei dem Betrieb und Wirtschaftlichkeit auf Weiterentwicklung der technischen Mittel drängen. Von den 1,3 Millionen Anschlußleitungen mit 2,2 Millionen Sprechstellen, die zur Zeit im Bereich der DWA vorhanden sind, sind bis jetzt 120 000 für den SA-Betrieb hergerichtet, für rund 100 000 Leitungen sind die Einrichtungen im Bau oder in Auftrag gegeben und rund 400 000 Leitungen sind in der Vorbereitung. Gestattet die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse die Fortführung der Umwandlungsarbeiten im Umfang des letzten Jahres, so ist damit zu rechnen, daß die Umstellung auf den SA-Betrieb in 10 bis 15 Jahren abgeschlossen werden kann. Gelingt es, dieses Programm in der beabsichtigten Weise durchzuführen, so wird unserer Volkswirtschaft im Fernsprecher ein Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, das ihr stets ein Helfer in der Not sein wird.

Die Verwendung der Funktelegraphie im internationalen Nachrichtenverkehr Deutschlands

Von Oberpostinspektor Sebastiani, Berlin (RPM).

Die Funktelegraphie, unzweifelhaft eine der bedeutendsten Errungenschaften der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiet des Verkehrswezens, ist erst vor kaum 25 Jahren in den Nachrichtenbeförderungsdienst eingestellt worden. In dieser kurzen Zeit hat sie und die mit ihr verbundene und durch sie geschaffene Industrie eine Entwicklung erfahren, wie sie in einer solchen beispiellos schnellen Gestaltung vorher wohl bei kaum einer anderen Erfindung eingetreten ist. Den am 14. Mai 1897 an der englischen Küste bei Cardiff gelungenen Versuch, eine Strecke von etwa 5 km drahtlos zu überbrücken und die von der Sendestelle abgegebenen Morsezeichen bei der Empfangsstelle deutlich wahrnehmbar abzuhören, kann man wohl als den Anfang der drahtlosen Nachrichtenübermittlung bezeichnen. An dem Versuch hat auch ein deutscher Gelehrter, Professor Slaby, teilgenommen. Viele gründliche Arbeit mußte jedoch noch geleistet werden, ehe es gelang, aus den laboratoriumsmäßigen Versuchen heraus brauchbare und für die praktische Anwendung geeignete Ergebnisse zu gewinnen, durch die allein es erst ermöglicht wurde, die Funktelegraphie als zuverlässiges Nachrichtenbeförderungsmittel in den öffentlichen, insbesondere den internationalen Verkehr einzustellen.

Bereits im Jahre 1900 machte Deutschland das neue Verkehrsmittel für die Allgemeinheit, allerdings zunächst nur in beschränktem Umfang, nutzbar. Eine auf der Insel Borkum errichtete Funkstelle nahm den funktelergraphischen Verkehr mit entsprechend ausgerüsteten Schiffen in See auf. Weitere Küstenfunkstellen und eine ebenso schnelle Vermehrung der Bordsfunkstellen auf deutschen Handelschiffen folgten in den nächsten Jahren. Allein diese Art der Verwendung der Funktelegraphie war — wie schon erwähnt — nur eine beschränkte und entsprach nicht der großen Bedeutung der Funktelegraphie und ihrer wichtigen Aufgabe, den Verkehr auf große Entfernungen, besonders aber mit überseeischen Ländern, zu vermitteln. In anderen Ländern Europas bestanden ebenfalls noch keine Funkstellen für den allgemeinen Verkehr von Land zu Land, so daß ein Funkdienst mit den Ländern des europäischen Auslands zunächst noch nicht in Frage kommen konnte. Es lag aber bereits damals nahe, die Funktelegraphie zur Ergänzung des deutschen Seekabelnetzes und unter Umständen als Ersatz für noch fehlende Kabelverbindungen zu verwenden.

Vor der Einstellung der Funktelegraphie in den Nachrichtendienst waren es nur die Draht- oder Kabelleitungen im Verkehr zwischen Ländern auf dem Kontinent und die Seekabel zur Verbindung der einzelnen Erdteile, die zur Nachrichtenübermittlung zur Verfügung standen. Die anfangs aufgetretene und hier und dort auch heute noch verbreitete Meinung, daß die Funktelegraphie in einen schädlichen Wettbewerb mit der Kabeltelegraphie eintreten und letztere aus dem Weltverkehr verdrängen werde, ist längst als irrig erkannt und aufgegeben worden. Nicht ein Verdrängen des einen Verkehrsmittels durch das andre darf in Frage kommen, sondern eine wirtschaftliche Zusammenarbeit unter voller Ausnutzung beider Verkehrsmittel muß erstrebt werden. Funk- und Drahttelegraphie sind, wie wohl keine andern ähnlichen Einrichtungen, dazu berufen, sich gegenseitig zu ergänzen und die Schaffung

eines Weltnachrichtenverkehrs zu unterstützen, der ohne Zuhilfenahme beider zum Besten der Allgemeinheit im Erfolg nicht bestehen kann.

Die Anlage einer langen internationalen Draht- oder Kabelleitung und ganz besonders die Auslegung einer Überseekabels erfordert durch den erheblichen Verbrauch an wertvollen Baustoffen große Geldmittel, die, zumal bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen aller Länder, schwer zu beschaffen sind. Bei funktelergraphischen Verbindungen fallen die Aufwendungen für teure metallische Leitungen und die Kosten für ihre Unterhaltung und für die Störungsbeseitigung auf der Zwischenstrecke weg. Die Ausgaben für eine internationale Funkverbindung setzen sich zusammen aus den Anlagekosten und den Betriebskosten. Die einmaligen Anlagekosten für zwei Großfunkstellen mit ihren zur Zeit noch großen Sendeanlagen — Maschinen und Luftleitergebilden — sind auf die beiden in Betracht kommenden Länder zu verteilen. Sie sind im allgemeinen geringer als die Anlagekosten für ein Kabel nach Übersee in der gleichen Verkehrsbeziehung und stehen, nach den bisherigen überschläglichen Berechnungen, etwa im Verhältnis 1:3. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die beiden Funkstellen nicht nur für den gegenseitigen Verkehr in Frage kommen, sondern daß sie auch beliebigen Verkehr mit jeder andern erreichbaren Funkstelle ihres oder eines anderen Landes aufzunehmen in der Lage sind, während ein Kabel im allgemeinen nur zwischen den beiden Endpunkten des Kabels betrieben, also nicht gleichzeitig vom Kabelendpunkt ab für beliebige andere Verkehrsbeziehungen benutzt werden kann. Die laufenden Betriebskosten einer Funkverbindung sind infolge der gegenwärtig noch hohen Aufwendungen für die in die Luft zu sendende Energie bedeutend höher als die Kosten für den Stromverbrauch auf einer Kabelverbindung nach Übersee. Die Frage, welche Betriebsart billiger arbeitet, Kabel- oder Funkverbindung, wird daher erst endgültig beantwortet werden können, wenn in ein und derselben Verkehrsbeziehung beide Betriebsarten längere Zeit nebeneinander gearbeitet haben.

Ein weiterer Vorteil der Funkverbindungen ist darin zu erblicken, daß die funktelergraphisch übermittelten Nachrichten von einem Lande mit Großfunkstelle unmittelbar an das Bestimmungsland, sofern dort eine entsprechende Großfunkstelle besteht, abgesetzt werden können, was an den Verbindungen des Weltkabelnetzes nur für die Länder zutrifft, an deren Küsten das Überseekabel landet. Unterlegierungen bei den Unterwegsanstalten, die stets eine Gefahrenquelle für Verzögerungen, Entstellungen usw. bilden, fallen bei der Funktelegraphie im Gegensatz zur Kabeltelegraphie nicht so sehr ins Gewicht, weil die Zahl der Unterlegierungen infolge der größeren Reichweite der Großfunkstellen in der Regel kleiner ist. Die Übermittlung der Nachrichten durch Funktelegraphie kann daher, sofern keine atmosphärischen Störungen vorliegen, schneller erfolgen als beim Kabel, ein Erfolg, der gerade für die Handelswelt von besonderer Bedeutung ist. Auch die von Gegnern der Funktelegraphie vielfach erhobene Einwendung, daß bei der Beförderung der Nachrichten auf dem Funkweg das Geschäftsgeheimnis nicht gewahrt bleibe, weil die Telegramme von Unbefugten abgehört

werden können, und daß die Funkverbindung infolge atmosphärischer Störungen häufig versage und hierdurch Verzögerungen der Telegramme entstanden, soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Im Handelsverkehr, besonders im internationalen, wird fast ausschließlich drahtlos telegraphiert, und Störungen kommen im Kabelbetrieb ebenso vor wie im Funkverkehr, erstere jedoch vielfach von längerer Dauer und schwerer und kostspieliger zu beseitigen als die Störungen des Funkverkehrs. Aus der Tatsache, daß nach dem Kriege bis jetzt wenige neue Kabel von Land zu Land ausgelegt worden sind, daß dagegen in fast allen Ländern der Welt neue Großfunkstellen entstanden und weitere noch im Bau begriffen sind, daß Funkverbindungen mit fernen, durch Kabel nicht verbundenen Ländern aufgenommen worden sind und weiterer Verkehr gesucht wird, scheint doch herzuzeigen, daß die Funktelegraphie als gleichwertiges internationales Nachrichtenbeförderungsmittel — zum mindesten von den Funkgesellschaften — angesehen wird.

Die erstmalige Verwendung der Funktelegraphie im internationalen Nachrichtendienst unseres deutschen Vaterlands erfolgte im Jahre 1912. Schon im Jahre 1903 war die »Gesellschaft für drahtlose Telegraphie« (Telefunken) in Berlin gegründet worden, die es sich unter anderem zur Aufgabe setzte, die drahtlose Telegraphie zu verbessern und den vom Ausland, insbesondere Großbritannien, in der praktischen Anwendung der Funktelegraphie errungenen Vorsprung auszugleichen. Die deutsche Reichstelegraphenverwaltung nahm lebhaften und tätigen Anteil an diesen Bestrebungen. Zur Anstellung von Versuchen auf weite Entfernungen fehlte es jedoch dem damaligen Reichs-Postamt, das sich die Führung in allen Dingen des Funkwesens als Nachrichtenmittel vorbehalten hatte, an einer geeigneten Funkstelle. Telefunken stellte im Jahre 1906 die von ihr errichtete Großfunkstelle in Sayville, deren damalige Einrichtungen natürlich wesentlich von den heutigen abwichen und nicht mit ihnen verglichen werden können, und bald darauf auch ihre Funkanlage in Sayville bei New York dem Reichs-Postamt für Versuche zur Verfügung. Von Jahr zu Jahr wurden beide Funkstellen erheblich verbessert und insbesondere die Reichweite ständig erweitert.

Inzwischen waren auf Grund der in den Jahren 1909 und 1910 gewonnenen Erfahrungen mit dem neuen System der tönenden Funken in unsern ehemaligen Kolonien Togo, Kamerun, Südwest- und Ostafrika im Vereinnehmen mit dem Reichs-Postamt deutsche Großfunkstellen errichtet worden, die als Anfänge eines deutschen Funknetzes gedacht waren. Bereits im Jahre 1912 war es Nauen gelungen, mit der Großfunkstelle Ramina (Togo) Verbindung aufzunehmen und später durch Vermittlung dieser Großfunkstelle einen, wenn auch zunächst beschränkten Verkehr mit allen deutschen Schutzgebieten in Afrika durchzuführen, der bis zu der durch die Kriegssignale leider notwendig gewordenen Zerstörung dieser Funkstellen aufrechterhalten werden konnte und für Deutschland von großer Bedeutung war. Auch in der Südsee waren inzwischen einige deutsche Funkstellen in Betrieb genommen worden, durch die die deutschen Schutzgebiete in der Südsee Verbindung untereinander und über das Weltkabelnetz auch mit der Heimat erhielten. Bei Beginn des Krieges fielen jedoch auch diese Verbindungen der bald wieder weg.

Ein anderer, rein internationaler Nachrichtenverkehr von noch größerer Wichtigkeit wurde im Anfang des Jahres 1914 zwischen der nunmehr amerikanischen Groß-

funkstelle Sayville und der deutschen Großfunkstelle Nauen eingerichtet. Eine zweite Verbindung mit Amerika, und zwar zwischen der Funkstelle Ludertown bei New York und einer von der Hochfrequenzmaschinen-Aktiengesellschaft für drahtlose Telegraphie in Eilbese bei Hannover errichteten Funkstelle, wurde bei Beginn des Krieges in Betrieb genommen. Beide Verbindungen waren unmittelbar nach Ausbruch des Weltkrieges für Deutschland infolge der Durchschneidung der deutschen Überseekabel außerordentlich wichtig. Waren sie doch die einzigen Verbindungen nach Übersee, auf denen es Deutschland möglich war, seine Nachrichten über die Vorgänge innerhalb Deutschlands und auf den Kriegsschauplätzen in das anfangs noch neutrale Amerika gelangen zu lassen, und erst der Eintritt Amerikas in den Krieg auf Seiten unserer Gegner hat uns auch dieses letzten Verbindungsmittels mit dem überseeischen Ausland beraubt. Auf Anregung deutscher und spanischer Handelskreise wurde im Jahre 1916 mit Spanien, mit dem uns wichtige Handelsinteressen verbanden, das aber durch Abschneidung des deutschen Seekabels Emden-Vigo jede unmittelbare telegraphische Verbindung mit Deutschland verloren hatte, ein Funkverkehr eingerichtet, der mit den üblichen, durch den Kriegszustand notwendigen Einschränkungen während des ganzen Krieges mit großem Erfolg durchgeführt und später, erheblich erweitert, in einen heute noch bestehenden regelmäßigen Nachrichtenbeförderungsdienst übergeleitet wurde.

Während des Krieges mußte naturgemäß zwar die wirtschaftliche Ausnutzung der Funktelegraphie als internationales Nachrichtenmittel starke Einschränkungen erfahren, dagegen wurde sie für Zwecke der Heeresleitung zur Verbindung der einzelnen Kriegsschauplätze und für die militärische Nachrichtenübermittlung allgemein in weitestem Maße benutzt. Die hierbei gesammelten Erfahrungen und getroffenen Verbesserungen waren für die Entwicklung der Funktelegraphie von größtem Nutzen, und die erzielten Erfolge haben bei der späteren Heranziehung als Nachrichtenmittel für den allgemeinen internationalen Verkehr eine bedeutende Rolle gespielt.

Mit der Eingliederung der drahtlosen Telegraphie in den Nachrichtenbeförderungsdienst machte sich bald die Erkenntnis geltend, daß es zur günstigen Weiterentwicklung der Funktelegraphie notwendig sei, ihr auch, wie der Draht- und Kabeltelegraphie, gesetzlichen Schutz angedeihen zu lassen. Durch die besondere Art der drahtlosen Telegraphie unterliegt die sichere Abwicklung des Funkverkehrs ohne entsprechende Schutzmaßnahmen gewissen äußeren Einflüssen, wie unberechtigte Aufnahme von Nachrichten, absichtliche und fahrlässige Störungen durch andere Funkstellen usw. Es war daher ein schnelles und nachdrückliches Vorgehen in dieser Richtung am Platze, wenn nicht die Entwicklung der Funktelegraphie als internationales Nachrichtenbeförderungsmittel gehemmt werden sollte. In Deutschland selbst war die Sachlage klar. Die Funktelegraphie war ein Teil des Telegraphenwesens und stand unter dem Schutze des Telegraphengesetzes vom 6. April 1892 und der Ergänzung zu diesem Gesetz vom 7. März 1908. Es ist das Verdienst Deutschlands, auch hinsichtlich des internationalen Verkehrs auf diesem Gebiet vorangegangen zu sein, denn bereits im Jahre 1903 fand auf Anregung des damaligen Reichs-Postamts in Berlin eine Vorkonferenz statt, auf der unter Beteiligung der wichtigsten europäischen Staaten die hauptsächlichsten Punkte über eine zwischenstaatliche Regelung des Funkwesens entworfen und festgelegt wurden. Die endgültige Regelung erfolgte 3 Jahre später auf der 1906 ebenfalls in Berlin

stattfindenden Funktelegraphenkonferenz, die von 28 Staaten beschickt war. Die Abmachungen grundsätzlicher Art wurden — ähnlich wie im Internationalen Telegraphenvertrag — in einem besonderen Vertrag, dem Internationalen Funktelegraphenvertrag, festgelegt, während die Betriebsfragen durch eine Ausführungs-Übereinkunft geregelt wurden.

Wenngleich die hierdurch geschaffenen Bestimmungen noch keine Regelung für den Verkehr zwischen den Landfunkstellen der einzelnen Länder boten, sondern in erster Linie den Verkehr zwischen Küsten- und Bordsfunkstellen behandelten, so ist doch durch den Internationalen Funktelegraphenvertrag vom Jahre 1906 wenigstens die Grundlage für die funktelegraphischen Verkehrsbeziehungen zwischen Land und Land geschaffen worden. Diese Grundlage ist auf der folgenden Funktelegraphenkonferenz in London im Jahre 1912 zwar weiter ausgestaltet worden, zusammenfassende und den gesamten Funkverkehr, besonders den Verkehr zwischen den Großfunkstellen, erschöpfend regelnde Bestimmungen müssen aber noch von den zukünftigen internationalen Konferenzen beschlossen werden. Von deutscher Seite wäre, wenn wir nicht um die Früchte der langjährigen, eingehenden Arbeit unserer Wissenschaftler und Techniker gebracht werden wollen, besonders darauf zu achten, daß der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklung der Funktelegraphie in den einzelnen Ländern Rechnung getragen wird, und daß demnach Deutschland in der Reihe der Völker diejenige Stellung als Verkehrsstaat erhält, auf die es wegen seiner Verdienste um die Entwicklung der Funktelegraphie Anspruch zu machen berechtigt ist.

Nach Beendigung des Weltkriegs machten sich die Mängel der durch jahrelange äußerste Belastung und geringe Instandsetzung sehr in Unordnung geratenen Telegraphenleitungen nach fast allen Ländern Europas stark bemerkbar. Die telegraphischen Verbindungen zwischen den Hauptstädten und den großen Handels- und Industriemittelpunkten in den einzelnen Ländern ließen viel zu wünschen übrig. Im weiteren trat der Verlust der deutschen Kabel nach Übersee für die Handelswelt äußerst nachteilig in die Erscheinung. Es war nicht mehr möglich, mit den Überseeländern in unmittelbaren telegraphischen Verkehr zu treten. Diese Handelsnachrichten mußten in der Regel den Weg über England und weiter über englische Kabel nehmen. Ihr Inhalt konnte dort, natürlich zum Schaden des deutschen Handels, mitgelesen und verwertet werden, und es bestand die Möglichkeit, daß die Telegramme, wenn sie überhaupt und ohne Entstellung an ihren Bestimmungsort gelangten, großen willkürlichen Verzögerungen unterlagen. Auch nach den Deutschland benachbarten fremden Ländern war die Wiederherstellung der Telegraphenleitungen nicht so schnell zu erreichen, wie es für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen wünschenswert gewesen wäre. Was lag daher näher, als in den internationalen Telegrammbeförderungsdienst ein Nachrichtenmittel einzustellen, das seine Feuerprobe im Kriege bestanden hatte und geeignet war, die vorhandenen Mängel erheblich herabzumildern. In der Funktelegraphie, die an keine Leitungen und Kabel gebunden und inzwischen für den gedachten Zweck hervorragend entwickelt worden war, bot sich dieses neue Beförderungsmittel. Mit seiner Indienststellung wurde daher nicht gezögert.

Zunächst wohl nur als vorläufiger Ersatz der uns abgenommenen Kabel nach Übersee und der mangelhaft arbeitenden Drahtverbindungen nach dem europäischen

Ausland gedacht, hat die Funktelegraphie durch ihre Leistungen bald bewiesen, daß sie für die Abwicklung des internationalen Verkehrs, insbesondere der Übermittlung von Handelsnachrichten, notwendig ist. Die hervorragende Bedeutung der Funktelegraphie für den Verkehr mit dem Ausland beruht in erster Linie darauf, daß uns von der Benützung fremder Kabel und schlecht installierter Drahtleitungen fremder Verwaltungen unabhängig macht. Die der Funkverbindung zugeführten Telegramme, insbesondere nach Ländern, nach welchen eine unmittelbare Drahtverbindung nicht besteht, werden schnellstens und unmittelbar an die Gegenanstalten abgeliefert. Sie unterliegen nicht, wie Drahttelegramme, der Gefahr einer absichtlichen Verzögerung oder von Verweilungen, die durch ein- oder mehrmaliges Umtelegraphieren auf den Drahtleitungen, zumal in fremden Ländern, leicht eintreten können. Es lag daher auf der Hand, dem deutschen Handel die Funktelegraphie in größtem Maße dienstbar zu machen, um die ersten Fäden der internationalen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den übrigen Ländern spinnen zu helfen und damit eine für die Weltwirtschaft überaus wichtige Wiederaufbauarbeit zu leisten.

Bereits im Juni 1919 hatten die Amerikaner die Funkierungsfunksstelle New Brunswick und im März 1920 die Marinefunksstelle Annapolis — beide in der Nähe von New York gelegen — zum Verkehr mit der deutschen Großfunksstelle Rauen, wenn auch zunächst nur in mäßigem Umfang, zur Verfügung gestellt. Da sich jedoch der Verkehrszeit täglich nur auf wenige Stunden beschränkte und auch Telegramme nach Ländern über die Vereinigten Staaten hinaus nicht abgenommen wurden, war eine baldige Erweiterung des Verkehrs in anderer Weise erforderlich. Von der als Nachfolgerin der amerikanischen Marconi-Gesellschaft den Funksdienst mit Übersee besitzenden Radio Corporation of America (RCA) wurde ein Versuchsverkehr ihrer Großfunksstelle Marion bei New York mit Rauen eingeleitet worden, der überaus befriedigte, so daß vom 1. August 1920 an der gesamte Privattelegrammverkehr auf die RCA übergehen konnte. Vom Herbst 1920 an waren zur Beförderung auf dieser Funkverbindung nicht nur Telegramme zwischen Deutschland und Nordamerika, sondern auch darüber hinaus nach Mittel- und Südamerika und weiter sowie umgekehrt zugelassen. Mit dieser Verbindung hatte Deutschland nach sechsjähriger Abgeschnittenheit vom Weltverkehr wieder einen unmittelbaren, von England unabhängigen Absatzweg für seine Telegramme nach Übersee erhalten, der für die sich wieder regenden deutschen Handelsbelange von bedeutendem Werte wurde. Neudings ist an die Stelle der Großfunksstelle Marion die der gleichen Gesellschaft gehörende Großfunksstelle Rocky Point ebenfalls in der Nähe von New York, getreten. Deutsche seits wird der Funkverkehr mit Amerika in der Hauptsache von der Großfunksstelle Rauen und zu einem Teil von der Großfunksstelle Elbese wahrgenommen.

Um die Funkverbindung nach Amerika für die Handelswelt besonders vorteilhaft zu gestalten, sind die Gebühren für ein Wort niedriger festgesetzt worden als für den Kabelweg, so daß die Benützung des Funkwegs neben den sonstigen Vorzügen auch eine beträchtliche Ersparnis für den Absender ergibt. Weitere Vorteile erwachsen den Handelskreisen bei Benützung dieser Verbindung durch den Gebrauch von »RC«-Telegrammen — Telegramme, halber Gebühr, die nach den vollbezahlten Telegrammen befördert werden — und von »R«-Telegrammen

Funkbriefen zu etwa einem Drittel der gewöhnlichen Gebühr. Beide Arten von Telegrammen unterliegen der geringeren Gebühr entsprechend — gewissen einschränkenden Vorschriften und Bedingungen, immerhin eignen sie sich für Nachrichten ohne besondere Dringlichkeit und haben den Vorzug erheblicher Billigkeit gegenüber den gewöhnlichen Telegrammen. Für die wenigen Handelskreise, denen an einer besonders schnellen

Zwecks Einrichtung von Funkverbindungen mit den Ländern Europas wurden bald nach Friedensschluß Verhandlungen mit den ausländischen Telegraphenverwaltungen aufgenommen. In gleicher Weise wie im Drahtverkehr machte sich auch in der Funktelegraphie das Bedürfnis nach sogenannten »festen Funklinien« geltend, die ununterbrochen oder wenigstens zu bestimmten Tages- und Nachtstunden für die Abwicklung des Telegrammverkehrs

Abb. 1.

Von Deutschland ausgehende internationale Funkverbindungen.

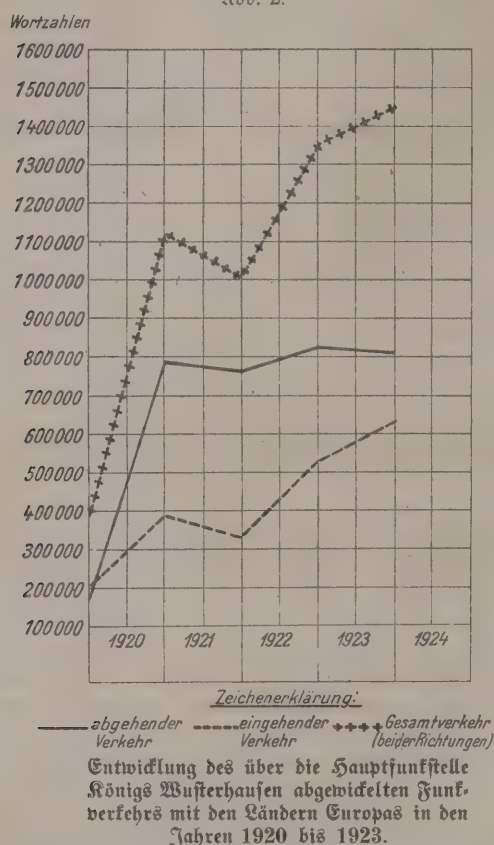


Übermittlung der Nachrichten gelegen ist, sind dringende Funktelegramme nach New York Stadt gegen dreifache Gebühr eingeführt worden. Seit einiger Zeit ist auch nach Orten über New York hinaus eine teilweise dringende Beförderung der Telegramme auf der Funkstrecke Deutschland-New York — »PIL«-Telegramme — zugelassen worden, um denjenigen Auslieferern, denen die Gebühr für ein auf der ganzen Strecke dringend zu beförderndes Telegramm zu hoch ist, gegen eine mäßigere Gebühr doch eine teilweise dringende Beförderung und damit eine gewisse Beschleunigung ihrer Nachrichten zu ermöglichen.

Deutschlands mit den fremden Ländern bereitstanden. Ganz von selbst ergab sich hierbei die Notwendigkeit, zunächst Funkverbindungen mit solchen Ländern zu schaffen, die nicht unmittelbar an Deutschland angrenzen, weil Drahtverbindungen nach diesen Ländern nicht in allen Fällen vorhanden waren und die oben erwähnten Mängel sich infolge der Länge und der Führung der in Betracht kommenden Leitungen auf ihnen besonders störend bemerkbar machten. Die auf Einrichtung derartiger Funkverbindungen gerichteten Bestrebungen der deutschen Reichstelegraphenverwaltung hatten ein sehr günstiges Ergebnis.

Nach erfolgreichen Versuchen gelang es noch im Jahre 1920, den Verkehr zwischen Deutschland einerseits und Jugoslawien, Niederlande, Rumänien und Ungarn andererseits zu eröffnen. Im Jahre 1921 wurde dann eine zweite Funkverbindung mit Spanien und die Verbindungen mit England und Italien eingerichtet, denen im Jahre 1922 die Verbindung mit Bulgarien und eine zweite Verbindung mit Rumänien folgte. Das Jahr 1923 brachte die Einrichtung des Funkverkehrs mit Ägypten und Estland. Auf der Funkverbindung Deutschland-Ägypten werden Telegramme von und nach Ägypten, Palästina, Syrien und Libanon, Abessinien, Erythrea, Italienisch Somaliland und dem Irak befördert. Sie bildet eine wertvolle, schnelle und sichere Absatzmöglichkeit für Handelstelegramme nach den genannten Ländern. Die Gebühr

Abb. 2.



für ein Wort ist ebenfalls niedriger als für Telegramme auf dem Kabelweg.

Eine wesentliche Erweiterung des internationalen Funkverkehrsnetzes hat im Jahre 1924 stattgefunden. Mit Lettland (Riga) wurde nach Fertigstellung der lettischen Großfunkstelle ein unmittelbarer funktelegraphischer Verkehr aufgenommen und zwischen Berlin und Wien die schon seit langem erstrebte Funkverbindung eingerichtet. Die für den amtlichen Verkehr bereits bestehende Funkverbindung Berlin-Moskau wurde nunmehr auch für den privaten Verkehr nutzbar gemacht. Als ein ganz besonderes Ereignis ist die im Jahre 1924 erfolgte Eröffnung der Übersee-Funkverbindung mit Argentinien anzusehen. Durch diese Verbindung wurde Deutschland in den Stand gesetzt, bis auf weiteres wenigstens einen Teil seines Telegrammverkehrs nach Südamerika ohne Inanspruchnahme der Kabel fremder Gesellschaften unmittelbar abzugeben, ein Vorzug, der für unsere Handelskreise von hervorragender Bedeutung ist. Auch in diesem Verkehr sind die Wortgebühren niedriger als für den Kabelweg.

Gegenwärtig verfügt Deutschland bereits über ein umfangreiches internationales Funknetz, das aus der beigefügten Skizze — Abbildung 1 — ersichtlich ist und in einzelnen aus folgenden Linien besteht:

Deutschland (Nauen und Eilbese) — Ägypten (Abu Sabal),
 » (Nauen) — Argentinien (Buenos Aires),
 » (Königs Wusterhausen) — Bulgarien (Sofia),
 » (» ») — England (London),
 » (» ») — Estland (Hapsal),
 » (» ») — Italien (Rom),
 » (» ») — Jugoslawien (Serajewo, Belgrad),
 » (» ») — Lettland (Riga),
 » (Hannover) — Niederlande (Rotterdam),
 » (Königs Wusterhausen) — Österreich (Wien),
 » (» ») — Rumänien (Bukarest und Oradea),
 » (Nauen) — Rußland (Moskau),
 » (») — Spanien (Aranjuez und Barcelona),
 » (Königs Wusterhausen) — Ungarn (Budapest),
 » (Nauen und Eilbese) — Vereinigte Staaten von Amerika (New York).

Der Dienst auf den einzelnen Funklinien wird teils von der Deutschen Reichspost, teils von der unter ihrer Aufsicht arbeitenden Transradio Aktiengesellschaft für drahtlosen Überseeverkehr wahrgenommen. Der Deutschen Reichspost steht die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen und für den Verkehr mit den Niederlanden die Funkstelle Hannover zur Verfügung, während die genannte Gesellschaft für den von ihr abgewickelten Verkehr mit Ägypten, Rußland und Spanien sowie mit Nord- und Südamerika die Großfunkstellen Nauen und Eilbese benutzt.

Die Sendeanlagen der Hauptfunkstelle Berlin sind in Königs Wusterhausen bei Berlin, die zugehörigen Empfangsanlagen in Zehlendorf bei Berlin aufgestellt, während die Empfangsapparate der Großfunkstellen Nauen und Eilbese, die nur senden, sich in Goltow und für den Empfang aus Südamerika in Westerland (Sylt) befinden. Die auf dem Funkweg abzugebenden Telegramme werden mit Ausnahme des Verkehrs Deutschland-Niederlande nicht etwa den betreffenden Funksendestellen zur Abgabe zugeführt, sondern sogleich von Berlin aus entweder vom Haupttelegraphenamt oder von der Betriebszentrale der Transradio A.-G. in Berlin, die sich in nächster Nähe des Haupttelegraphenamts befindet, unmittelbar über die in Betracht kommenden Funksendestellen durch besondere Leitungen abgegeben. Seit Anfang des Jahres 1924 hat die Transradio A.-G. beim Telegraphenamt in Hamburg ebenfalls eine Betriebszentrale eingerichtet, von der die in den Oberpostdirektionsbezirken Hamburg, Bremen und Kiel aufgelieferten Telegramme nach Nordamerika und darüber hinaus unmittelbar durch Fernleitung über die Großfunkstelle Eilbese abgegeben werden. Die wichtigen Handelstelegramme werden hierdurch erheblich beschleunigt. In gleicher Weise geschieht der Empfang vom Ausland in Berlin und für die aus Südamerika eingehenden Telegramme aus Gründen des besseren Empfangs in Westerland (Sylt). Die gleiche Anordnung ist bei der amerikanischen Großfunkstelle Rocky Point durchgeführt, die von einer Betriebszentrale in New York aus bedient wird. Ebenso wird der Funkdienst der beiden spanischen Funkstellen Aranjuez und Barcelona von einer Betriebszentrale in Madrid wahrgenommen. Der Vorteil einer derartigen

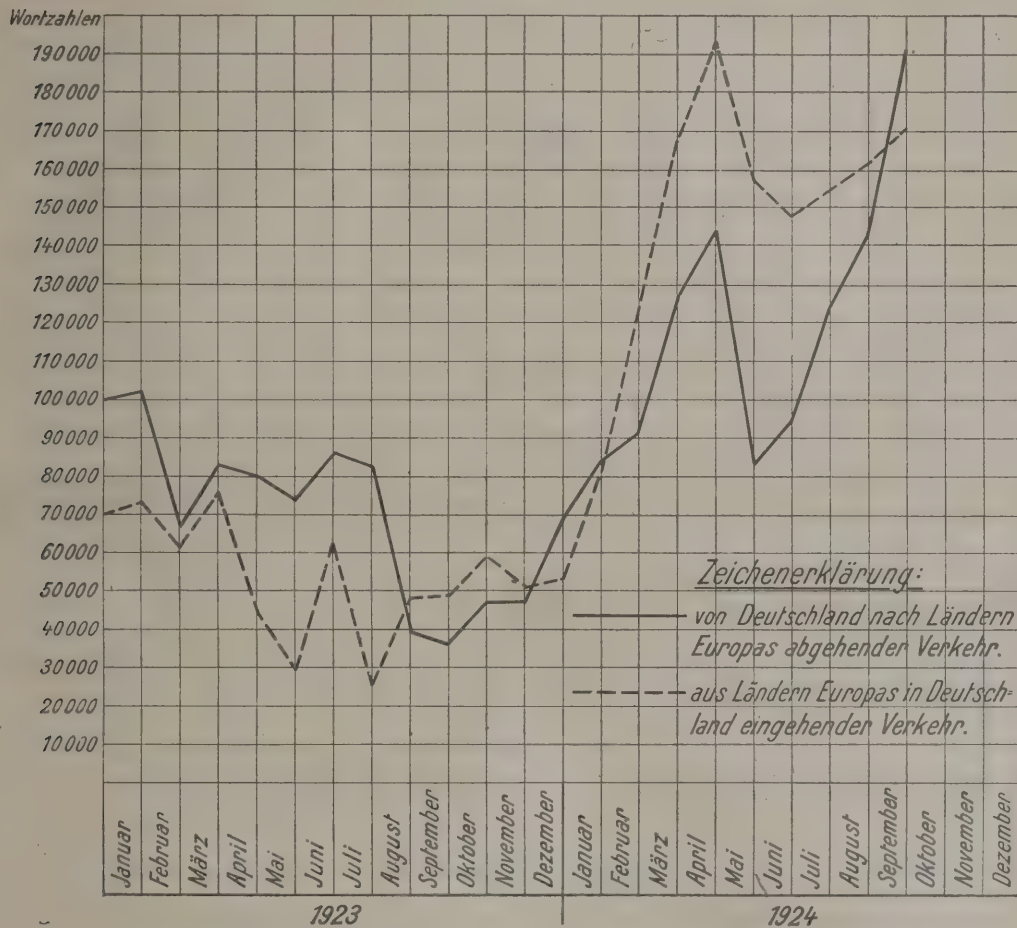
Einrichtung ist erheblich. Sende- und Empfangsapparate befinden sich an einer Stelle. Die bedienenden Beamten sitzen einander gegenüber. Rückfragen bei schlechtem Empfang, bei Versetzen, bei Luft- oder sonstigen Störungen, können sofort erledigt, Unstimmigkeiten sogleich ohne Zeitverlust aufgeklärt werden, ein Vorteil, der für die schnelle Befurtung der Telegramme äußerst wertvoll ist.

Der Verkehr auf den von Deutschland ausgehenden Funklinien wickelte sich bisher zu bestimmten, fest vereinbarten Verkehrszeiten ab, die sich nach dem Verkehrsaufgang und den Betriebsverhältnissen der beteiligten Stationen richten und mit Unterbrechungen in der Regel

der schnellsten Übermittlung des Telegramms, sofern nicht der Absender durch den gebührenfreien Vermerk »Draht« oder »fil« die Benutzung des Drahtwegs ausdrücklich vorgeschrieben hat.

Auf den einzelnen Funklinien nach dem Ausland hat sich der Verkehr — mit geringen Ausnahmen — im allgemeinen zufriedenstellend entwickelt. Insbesondere ist die Funkverbindung mit Spanien, als die bis vor kurzem einzige unmittelbare Verbindung Deutschlands mit diesem Lande, in erhöhtem Maße für die Abwicklung des Telegrammverkehrs dorthin in Anspruch genommen worden. Der Dienst auf den bestehenden Funkverbindungen konnte

Abb. 3.



Entwicklung des Funkverkehrs zwischen Deutschland und dem europäischen Ausland über die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen vom 1. Januar 1923 bis Ende September 1924.

der die Tages- und Nachtstunden verteilt sind. Es ist doch in Aussicht genommen, in absehbarer Zeit eine Ausbesserung der Verkehrszeiten, wenn möglich sogar einen unterbrochenen Tages- und Nachtdienst, durchzuführen. In einzelnen Verkehrsbeziehungen ist eine ständige Verkehrsbereitschaft durch Einführung des sogenannten Gabelverkehrs bereits vorhanden.

Für die auf dem Funkweg beförderten Telegramme werden nach einer Vereinbarung auf der Pariser Verkehrs-Konferenz im Jahre 1920 in europäischen Verkehr in allen Fällen die gleichen Gebühren erhoben wie für den Drahtweg. Die Reichstelegraphenverwaltung befolgt auch, gleichfalls einem Beschluß der genannten Konferenz folgend, in diesem Verkehr die freie Wahl des zu benutzenden Weges — ob Draht- oder Funkweg — und trifft diese ausschließlich nach dem Gesichtspunkt

im allgemeinen glatt und reibungslos abgewickelt werden, er ist im Laufe der Jahre sowohl hinsichtlich der Verkehrszeiten als auch in technischer Beziehung wesentlich verbessert worden. In der Regel wird mit Handtastung gearbeitet. Einige Funkverbindungen werden jedoch ganz oder in bestimmten Verkehrszeiten mit dem Siemensschnelltelegraphen betrieben. Zur Niederschrift der abgehörten Zeichen wird bereits vielfach von der Schreibmaschine Gebrauch gemacht.

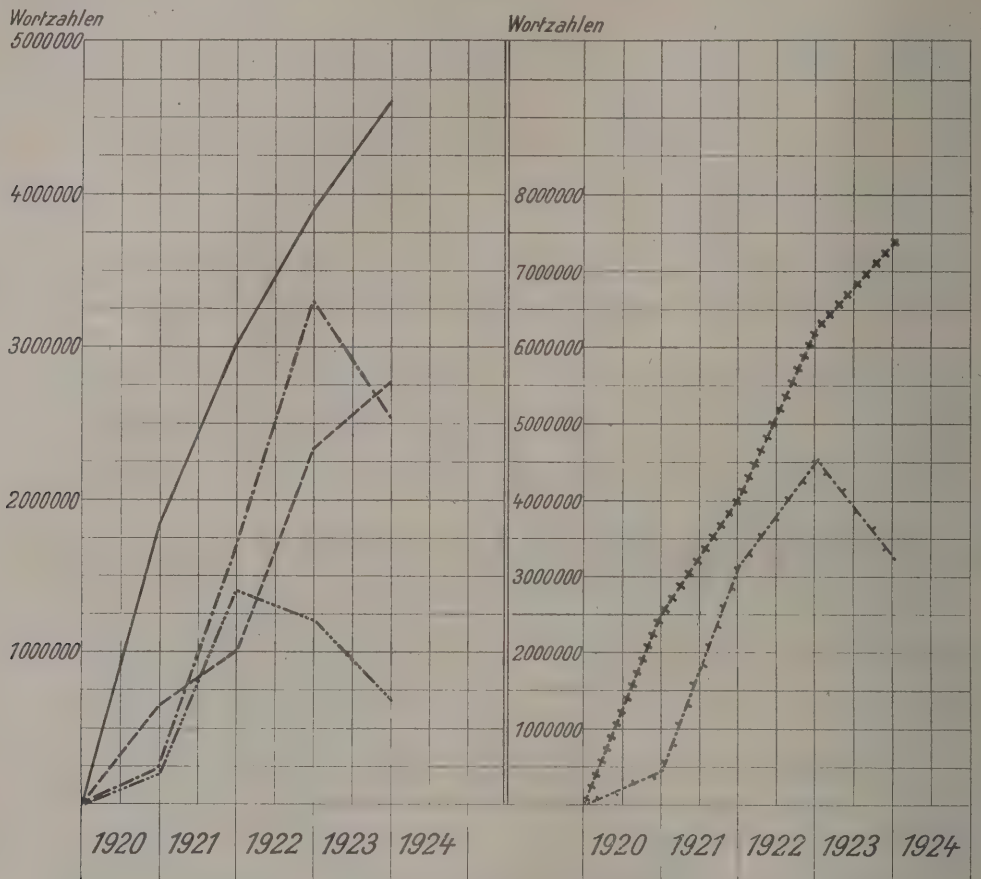
Die verhältnismäßig kurze Zeit des Bestehens der gegenwärtig vorhandenen Funkverkehrslinien hat bereits gezeigt, daß diese nicht nur als wertvolle Ergänzung, sondern zeitweilig auch als vollwertiger Ersatz des Drahttelegraphen angesehen werden können. Bei Störungen in den langen internationalen Telegraphen- und Kabelleitungen haben die Funkverbindungen neben dem sonst

zufließenden Regelverkehr häufig auch noch den ganzen oder einen großen Teil des auf den Drahtweg entfallenden Verkehrs bewältigt, ohne daß bemerkenswerte Verzögerungen der Telegramme eingetreten sind. Auch sind wiederholt bei Störungen der Drahtverbindungen in Verkehrsbeziehungen, in denen Funkverbindungen nicht bestanden, solche Verbindungen vorübergehend, z. B. zwischen den beteiligten Betriebsstellen kurzer Hand vereinbart und betrieben worden. So ist in mehreren Fällen wegen Störung der Seekabel nach Schweden und Norwegen Funk-

Wochen regelmäßig in der Zeit von 1 bis 10 Uhr nachmittags, erforderlichen Falles bis zur Aufarbeitung betrieben worden.

Zu den Vorteilen, die vom Betriebsstandpunkt durch die Benutzung von Funkverbindungen nach Ländern erreicht werden, an die Deutschland nicht unmittelbar angrenzt, tritt bei diesen Verbindungen auch ein wesentlicher wirtschaftlicher Vorteil hinzu. Bei Benutzung der Drahtleitungen hat Deutschland an die Verwaltungen, die den Verkehr im Durchgang befördern, die im Internationalen

Abb. 4.



Zeichenerklärung:

- | | |
|---|--|
| — von Deutschland abgehender Verkehr nach Übersee | +++++ Gesamtverkehr zwischen Deutschland und Übersee (beide Richtungen) |
| - - - in " eingehender " aus " | |
| - · - · von " abgehender " nach Europa | · - - · Gesamtverkehr zwischen Deutschland und den europäischen Ländern (desgl.) |
| · · · in " eingehender " aus " | |

Entwicklung des über die Großfunkstellen Rauen und Silbese der Transradio A.-G. für drahtlosen Überseeverkehr abgewickelten Funkverkehrs nach Europa und Übersee in den Jahren 1920 bis 1923.

verbindung mit diesen Ländern aufgenommen und ein nicht unbeträchtlicher Telegrammverkehr zwischen Deutschland und Skandinavien auf dem Funkweg abgewickelt worden. Erst vor kurzem wurde aus gleichem Anlaß ohne irgendwelche Vorbereitungen eine außergewöhnliche Funkverbindung zwischen Berlin und Karlsborg (Schweden) in Betrieb genommen, die sogar in beiden Richtungen im Schnellverkehr arbeitete, und auf der in etwa zwei Tagen nahezu 1700 Telegramme ausgetauscht wurden. Auf Wunsch der schwedischen Telegraphenverwaltung ist die Funkverbindung zur Entlastung der Drahtverbindung nach einigen Tagen wieder aufgenommen und etwa vier

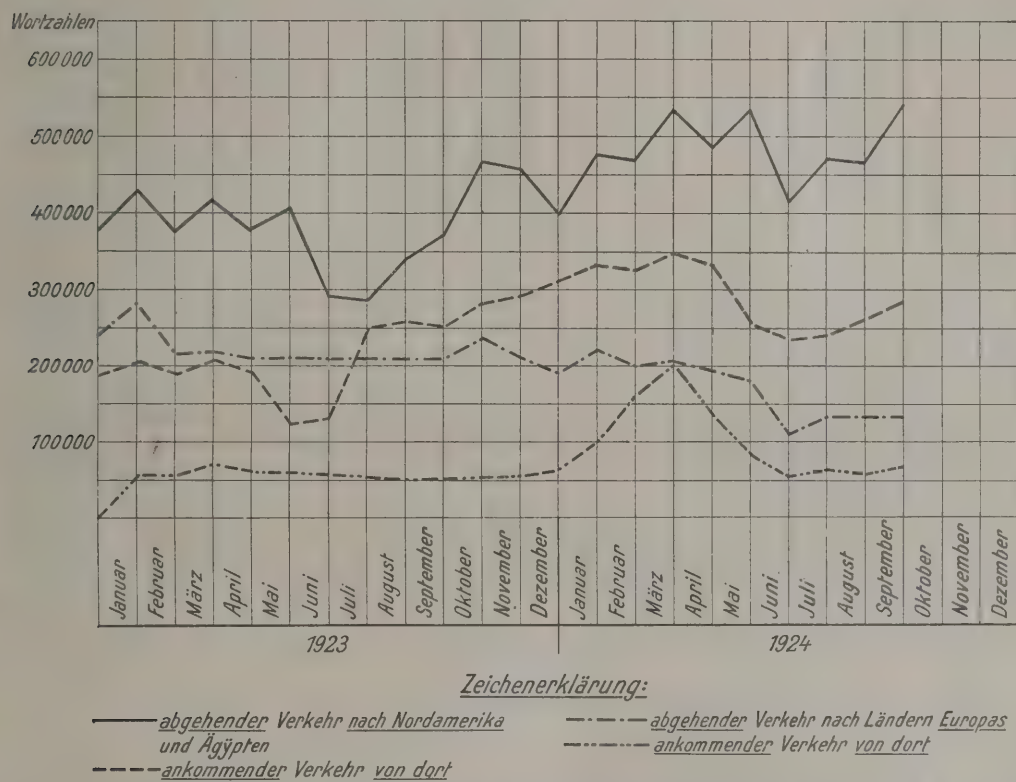
Telegraphenvertrag vorgesehenen oder besonders vereinbarten Durchgangsgebühren zu zahlen. Im Funkverkehr fallen diese Zahlungen fort. Die Durchgangsgebühren werden vielmehr halbseitlich zwischen Deutschland und dem Staate der Gegenfunkstelle geteilt. Der Deutsche Reichspost fließt dadurch eine nicht unerhebliche Gebühreneinnahme zu.

An der Schaffung weiterer Funkverbindungen, insbesondere solcher nach Übersee, wird unausgesetzt gearbeitet. So ist bereits seit einiger Zeit ein Versuchsverkehr mit China (Mukden) im Gange, der sich allerdings zurzeit noch auf den Verkehr in der Richtung nach China be-

hränkt. Mit der neu errichteten Großfunkstelle bei Kopenhagen sind erfolgreiche Versuche in beiden Richtungen im Abschluß gelangt, und mit Griechenland, Finnland und der Türkei sowie mit Japan, Niederländisch Indien, Australien und Südafrika sind Verhandlungen wegen Einrichtung eines internationalen Funkverkehrs anknüpft, die in absehbarer Zeit, sobald in jenen Ländern die erforderlichen Sendeanlagen zu einem wechselseitigen Verkehr errichtet sein werden — denn der Empfang der von Nauen ausgesandten Zeichen, die in der ganzen Welt gehört werden, steht fest — zu einem neuen Erfolg in der Verwendung der Funktelegraphie als internationales Verkehrsmittel führen werden.

vom 1. Januar 1923 bis Ende September 1924 ist zur genaueren Darlegung der Entwicklung der monatliche Verkehrsumfang angegeben worden. Wie aus den Schaubildern — Abb. 2 und 4 — ersichtlich ist, hat sich der Funkverkehr mit dem Ausland, sowohl der über die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen als auch der über die Großfunkstellen Nauen und Eilbese abgewickelte, im großen und ganzen betrachtet, sehr günstig entwickelt. Insbesondere bewegte sich der Funkverkehr mit Übersee — Abb. 4 — ständig in steigender Richtung. Die Abnahme des über die deutschen Großfunkstellen Nauen und Eilbese abgewickelten Verkehrs mit den Ländern Europas im Jahre 1923 — Abb. 4 — und im Jahre 1924 — Abb. 5 — dürfte

Abb. 5.



Entwicklung des über die Großfunkstellen Nauen und Eilbese abgewickelten Funkverkehrs in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis 30. September 1924.

Ähnlich wie von Deutschland aus bestehen zwischen fast allen übrigen größeren Ländern der Welt internationale funktelergraphische Verbindungen, die neben den Draht- und Kabelverbindungen betrieben werden. Der Betrieb auf den internationalen Funklinien wickelt sich auf Grund besonderer Vereinbarungen in der Regel nach den Vorschriften des Internationalen Telegraphenvertrags nebst Ausführungsübereinkunft und nach den, dem genannten Vertrag entlehnten Bestimmungen des Internationalen funktelergraphenvertrags ab. Die Gleichstellung der Funktelegraphie mit der Draht- und Kabeltelegraphie im internationalen Verkehr kommt hierdurch zum sichtbaren Ausdruck.

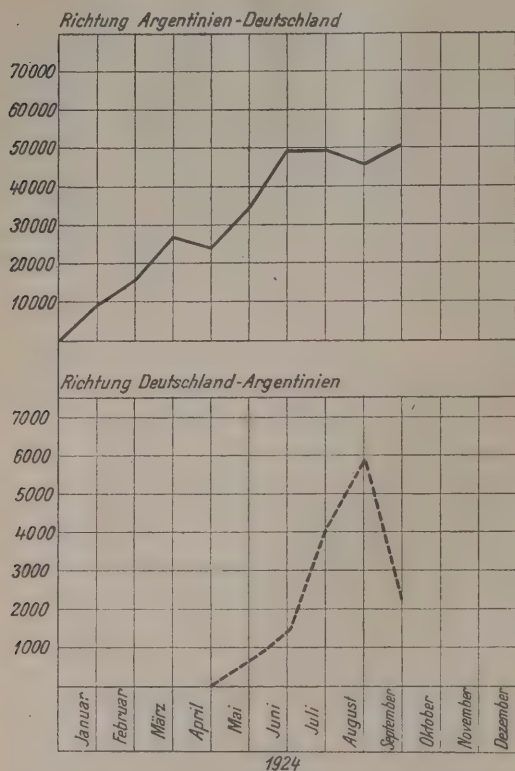
Die Entwicklung des Verkehrs auf den von Deutschland ausgehenden internationalen Funklinien zeigen die beigefügten Schaulinien. Da im Jahre 1919 der Funkverkehr noch in den Anfängen steckte, sind nur die Jahre 1920 bis 1923 für die Vergleiche herangezogen worden. Für die Zeit

einmal auf die damaligen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und ferner auf die Verbesserung der Drahtverbindungen mit den in Betracht kommenden Ländern Europas zurückzuführen sein, durch die naturgemäß ein erheblicher Teil des Telegrammverkehrs den Drahtverbindungen wieder zugeführt wurde. Abb. 6 zeigt die Entwicklung des Funkverkehrs zwischen Deutschland und Argentinien, der infolge der kurzen Zeit seines Bestehens noch keine erheblichen Verkehrszahlen aufweist. Durch eine im Gange befindliche Verbesserung der technischen Einrichtungen, insbesondere der Sendeanlage bei der Großfunkstelle Nauen, die etwa Anfang Dezember beendet sein wird, wird auch dieser für Deutschland überaus wichtige Verkehr besser gepflegt werden können und sich daher voraussichtlich bald in ebenso günstiger Weise entwickeln wie der übrige Funkverkehr nach Übersee.

Neben der Abwicklung des auf bestehenden festen Funklinien beförderten Verkehrs wird die Funktelegraphie noch

dazu benutzt, deutsche Pressenachrichten »An Alle« zu verbreiten, die zur Aufnahme im europäischen und übersee-

Abb. 6.



Entwicklung des Funkverkehrs zwischen Deutschland (Rauen) und Argentinien (Buenos Aires)

Beginn des Empfangsverkehrs: Januar 1924,
Beginn des Sendeverkehrs: Mai 1924.

ischen Ausland bestimmt sind. Es sind dies die Nachrichten der Transocean G. m. b. H. in Berlin, die die wichtigsten Vorgänge innerhalb Deutschlands und die deutsche Be-

lange betreffenden Vorgänge im Ausland in einwandfreier Weise, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, Telegrammen zusammenstellt und durch die deutsche Großfunkstellen funktelegraphisch verbreiten läßt. Es gelangt so ein deutscher Nachrichtendienst in das Ausland, der in fast allen Teilen der Welt aufgenommen und in den meisten Fällen auch durch die dortige Presse veröffentlicht wird, und der daher von außerordentlicher Bedeutung für Deutschland ist. Nachdem es vor einiger Zeit gelungen ist, diesem Dienst in Niederländisch Indien Eingang zu verschaffen, wird er seit kurzem auch in Japan aufgenommen und verbreitet. Im fernen Osten, wo bisher nur fremde Nachrichten zum Nachteil des deutschen Ansehens verbreitet wurden, hat die Funktelegraphie mit ihrer Leistung einen Stützpunkt geschaffen, der für die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu diesem Gebiet äußerst wichtig zu werden verspricht.

Die meisten der funktelegraphisch beförderten Telegramme enthalten Nachrichten wirtschaftlicher Art, deren schnellste Übermittlung an den Bestimmungsort für die Absender wichtig ist, und durch welche Deutschland wirtschaftliche Vorteile zu erzielen hofft. Die Ausgestaltung der internationalen Funkverbindungen Deutschlands mit dem Ausland, insbesondere, wegen des einstweiligen Mangels eigener Kabelverbindungen, derjenigen nach Übersee — Nord- und Südamerika und dem fernen Osten —, ist daher eine unbedingte Notwendigkeit, wenn Deutschland seine alte angesehene Stellung in der Weltwirtschaft in absehbarer Zeit wiedererlangen soll, eine Aufgabe, an deren Lösung die maßgebenden Stellen des Reichspostministeriums in Verbindung mit der deutschen Wissenschaft und Technik in gemeinsamer Arbeit rastlos arbeiten. Bei einer derartigen Eingliederung der Funktelegraphie in den internationalen Nachrichtendienst wird deren Bedeutung auch durch die in absehbarer Zeit in Aussicht genommene Inbetriebnahme einiger neuer deutscher Kabel nach Übersee nicht wesentlich geschmälert werden.

Die Post in der Rheinpfalz seit 1900.

Von Postrat R. Fries in Speyer.

Die Ausgestaltung der Post als Verkehrsanstalt geht Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Die letzten 25 Jahre dienten wie im Reiche so auch in Bayern dem Ausbau der bestehenden Posteinrichtungen. Aus der pfälzischen Postgeschichte werden nachstehende Ausführungen den Lesern des Archivs willkommen sein.

Die Aufsichtsbehörde in der Pfalz ist seit 1816 das Oberpostamt in Speyer, das am 1. April 1907 bei der Auflösung der bayerischen Oberpostämter in eine Oberpostdirektion umgewandelt wurde. Weiter dieser Behörde, die nacheinander die Amtsbezeichnung »Oberpostmeister«, »Oberpostdirektor« und »Präsident« führten, waren seit 1893: Adam Hafen bis 31. Dezember 1903, Wilhelm v. Gläser vom 1. Januar 1904 bis 31. August 1921, Wilhelm Feineis vom 1. September 1921 bis 30. Juni 1924 und seit 1. Juli 1924 Mathäus Hög, Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost.

Im Jahre 1900 gab es 558 Verkehrsanstalten, darunter rund 300 Postagenturen und 165 Posthilfsstellen, am 1. Januar 1923 ohne die saarpfälzischen Postanstalten und ohne die Zweigstellen 8 Postämter I. Klasse, 10 Postämter II. Klasse, 71 Postämter III. Klasse, 343 Postagen-

turen und 260 Posthilfsstellen. Seit August 1924 werden die Postämter nach den Besoldungsgruppen ihrer Amtsvorsteher unterschieden. Die Bezeichnung »Postamt« führen auch solche unmittelbar der Oberpostdirektion in Speyer unterstellte Postagenturen, deren Vorsteherstellen im Gegensatz zu den vertragsmäßig verwalteten Postagenturen, mit planmäßigen (weiblichen) Beamten besetzt sind. Das sind Altenglan, Bruchhof, Dirmstein, Elmstein, Lambsheim, Wallhalben sowie Edesheim (Pfalz) und Klingenmünster, die beide kurz vorher aus Postämtern III. Klasse in planmäßig besetzte Postagenturen umgewandelt worden sind.

Die weitaus größte Zahl der Postanstalten war in angemieteten Gebäuden oder Räumen untergebracht. Posteigene Gebäude waren im Jahre 1900 nur in Kaiserlautern, Landau (Pfalz), Ludwigshafen, Neustadt (Saardt), Pirmasens und Edenkoben vorhanden. Seit 1900 hielten sich die Bautätigkeit in mäßigen Grenzen. Posteigene Häuser wurden erbaut in Speyer — für das Oberpostamt und das Postamt (bezogen am 1. November 1901) — ferner in Frankenthal (Pfalz), Zweibrücken — für das Hauptpostamt —, Bad Dürkheim und Germersheim. Im Jahre 1924, nach Klärung der politischen Lage, setzte ein

gere Bautätigkeit ein. Dienstgebäude in Grünstadt, Landau (Pfalz), Kirchheimbolanden und Waldfischbach, ein Erweiterungsbau des Scheckamts in Ludwigshafen, ein Gebäude für den Leitungsbezirk Pirmasens, ein Telephonmagazingebäude in Langmeil (Pfalz), ein Nebenbau im Hofe der Oberpostdirektion Speyer sowie Gefessenschaftswohnungen in Pirmasens und Speyer wurden Angriff genommen und sind zum Teil bereits bezogen; einige weitere Bauausführungen sind im Gange.

Der Übergang der als Privatunternehmen bewirtschafteten pfälzischen Eisenbahnen auf den bayerischen Staat am Januar 1909 beeinflusste den Postverkehr und Postbetrieb nicht. Am 1. Juli 1909 wurde in der Pfalz die erste Kraftpostlinie Landau-Eischbach eingerichtet und seitdem dieses für die Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse der Pfalz so wichtige Beförderungsmittel immer mehr ausgebaut. Bei der Einrichtung von Kraftpostlinien und der Ausgestaltung der Fahrpläne war ständig auf die Bedürfnisse des Ausflugs- und Fremdenverkehrs und auf die Erschließung des an historischen Erinnerungen und landschaftlichen Schönheiten so reichen Pfälzerlandes geachtet. Am 1. Januar 1923 waren nicht weniger als 21 Kraftpostlinien in Betrieb, zum größten Teil wieder verkehren. Im Laufe der letzten Monate wurden 6 neue Linien eröffnet, einige weitere sollen demnächst folgen.

Am 1. Januar 1909 wurde das Postscheckamt in Ludwigshafen eröffnet. Die Zahl der Kontoinhaber betrug Anfangs 82, am 31. Dezember 1909 schon 1 055 und ist seitdem auf 13 149 gestiegen. Unter den 19 deutschen Postscheckämtern mit insgesamt 784 274 Kunden im Juli 1924 nimmt Ludwigshafen eine immerhin beachtenswerte Stelle ein.

Der Weltkrieg stellte auch an die Posteinrichtungen in der Pfalz erhöhte Anforderungen, die wie überall mit vermindertem Personal bewältigt werden mußten. In Landau (Pfalz) wurde eine Sammelstelle für Feldpostsendungen mit über 70 Beamten und Hilfskräften eingerichtet, die täglich etwa 70 000 bis 80 000 Briefe und 30 000 Pakete zu bearbeiten hatte. Der Friedensschluß von Versailles brachte Bayern bis auf weiteres die Abzweigung der Saarpfalz mit den 5 Postämtern Homburg (Saar), St. Ingbert, Bliesskastel, Enzheim (Saar) und Mittelberbach sowie 30 Postagenturen. Diese Verkehrsanstalten sind der für das Saargebiet am 1. August 1920 in Saarbrücken errichteten Oberpostdirektion unterstellt.

Auf Grund des Staatsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Bayern vom 29./31. März 1920 über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen in Bayern am 1. April 1920 auf das Reich übergegangen. Die inneren bayerischen und damit auch die pfälzischen Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechts werden von der in München bestehenden Abteilung VI des Reichspostministeriums behandelt.

Während des Ruhrkampfes, insbesondere nach der illegalen der pfälzischen Eisenbahnen am 3. März 1923, bemühte sich die Postverwaltung zur Förderung der Fernmittelversorgung und des Wirtschaftslebens um die Freierhaltung des Postverkehrs, soweit und solange ihr möglich war. Die gesamte Postbeförderung wurde zunächst auf Postkraftwagenbetrieb umgestellt und später, am 28. April 1923, auf Pferdpostbetrieb; für eilige Briefpost wurden Radfahrerposten und für den Paketverkehr eine Schiffspost auf den Booten der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrt von Ludwigshafen ab eingerichtet. Vom

12. Juli 1923 an mußte die Tätigkeit der Oberpostdirektion längere Zeit eingestellt werden. Mit der Aufgabe des passiven Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung bahnten sich allmählich wieder gesunde Verhältnisse an.

Aber die Entwicklung des Postverkehrs und die Zunahme der einzelnen Versendungsgegenstände, wie Briefe, Pakete, Postanweisungen usw., mögen einige Zahlenangaben Aufschluß geben. So betrug im Jahre 1876 in Ludwigshafen, wo bis dahin entsprechend dem Verdegang der Stadt nur ein Schalter für den gesamten Postverkehr geöffnet war, der Gebührenanfall 64 711 M., im Jahre 1900 schon 616 117 M. und stieg im Jahre 1913 auf 1 273 525 M. Sehr lehrreich ist auch die Entwicklung des Postpaketverkehrs in Pirmasens, dem Hauptort des pfälzischen Schuhhandels. Die Zahl der abgehenden und ankommenden Pakete betrug daselbst insgesamt

im Jahre	abgehend	ankommend
1892	479 689 Stück	114 653 Stück,
1900	785 240 „	171 752 „
1910	997 287 „	254 636 „
1913	1 043 688 „	276 777 „
1918	454 552 „	193 828 „
1922	2 363 324 „	305 971 „

Noch im Mai dieses Jahres belief sich der Abgang durchschnittlich auf 7 000 bis 8 000 Stück täglich.

Auf dem Gebiet des Fernsprechwesens bestanden in der Pfalz vor 25 Jahren nur 12 Ortsfernsprechanlagen, heute sind dagegen 113 vorhanden, zu deren Verbindung mehr als 350 Fernleitungen dienen. Die Zahl der Sprechstellen beträgt heute rund 22 000. Um 1900 wurden in der Pfalz die ersten Fernsprechkabel ausgelegt; heute sind fast 300 km solcher Kabel vorhanden. Am 1. Mai 1903 wurde in Neustadt (Saardt) eine neue Vielsachumschalteneinrichtung mit Glühlampensignalisierung, zentraler Mikrophon- und zentraler Anrußbatterie, damals die erste staatliche Anlage dieser Art in Deutschland, in Betrieb genommen; später wurden auch in Ludwigshafen, Kaiserslautern, Landau (Pfalz), Pirmasens und Zweibrücken solche Einrichtungen aufgestellt. In Neustadt (Saardt) nahmen unlängst die Arbeiten für die Aufstellung einer selbsttätigen Umschaltestelle ihren Anfang, Ludwigshafen wird noch in diesem Jahre folgen. Es ist beabsichtigt, diese Betriebsweise im Laufe der nächsten Jahre über die ganze Pfalz — zunächst die Vorderpfalz — auszudehnen und sie durch Bildung von Netzgruppen teilweise auch im Fernverkehr auf kürzere Entfernungen einzuführen. Für die Ausbreitung des Fernsprechers auf dem Lande war die Einführung der halb selbsttätigen (stummen) Gruppenumschalter im Jahre 1909 von Bedeutung, die den Teilnehmern auf dem Lande in gleichem Maße wie den Teilnehmern in größeren Städten die Benutzung ihrer Anschlüsse ermöglichen sollen. Im Telegraphenwesen ergaben sich keine wesentlichen Änderungen. Der Funkverkehr konnte in der Pfalz wie überhaupt im besetzten Gebiet noch nicht eingeführt werden.

Auf allen Gebieten und in allen Dienstzweigen ist in den letzten 25 Jahren pfälzischer Postgeschichte erfreulicherweise ein ständiges Vorwärtsschreiten zu beobachten. In dem Zusammenwirken so vieler Kräfte und in ihrem Hinarbeiten auf das Ziel aller Staatseinrichtungen, dem Volke zu dienen und das Wohl des Vaterlandes zu fördern, offenbart sich ein einheitlicher und starker Wille, aber auch ein gut Stück deutschen Beamtenfleißes und deutscher Schaffenskraft.

Zur Haftung der Post für Sendungen mit leicht entzündlichem Inhalt.

Von Ministerialrat Dr. Neugebauer.

Im Archiv 1923 S. 451 ist ein Urteil des Landgerichts Stettin vom 4. März 1921 (auch abgedruckt in Egers Eisenbahnrechtlichen Entscheidungen Bd. 38 S. 275) mitgeteilt worden, das den Ersatzanspruch eines Paketlieferers wegen Beraubung der Sendung abwies, weil die Sendung Streichhölzer enthalten hatte. Gegen dieses Urteil wird von Staedler in Egers Eisenbahnrechtlichen Entscheidungen Bd. 40 S. 250 ff. erneut Stellung genommen. Staedler weist jetzt auf folgendes hin: »wenn die Reglementswidrigkeit einer Sendung mit verbotenem Inhalt nach § 6 Abs. 1 PO zum Ausschluß jedes Ersatzanspruchs des Absenders führe, dann würden die beiden Vorschriften des § 6 Abs. 1 und § 6 Abs. 3a PO eine »vollkommene Tautologie« bedeuten, da eine reglementswidrige Einlieferung eine Fahrlässigkeit des Absenders sei. Sodann sei es unrichtig, den Ausschluß der Haftpflicht gemäß § 6 Abs. 1 PO als »Reaktion auf das Unrecht des Absenders« zu begründen; das PO habe die dahingehenden Privatstrafnormen des Eisenbahnrechts nicht übernommen. Nach dem geschichtlichen Sachverhalt besage § 6 Abs. 1 PO nur, daß lediglich der Absender Ersatzansprüche habe und daß dort, wo zur reglementsmäßigen Zeit und am reglementsmäßigen Orte eingeliefert sei, sich die im Ersatzstreit parteifähige Instanz befinde. Man müsse sich in den Geist der pandektistisch eingestellten Urheber des PO von 1852, des Vorbildes des geltenden PO, versetzen und werde dann erkennen, daß § 6 Abs. 1 PO nur besagen wolle: der Postbeförderungsvertrag sei ein Realkontrakt und, wenn der Einlieferungsakt nach Zeit und Ort reglementsmäßig sei, seien die Parteien die Post und der Absender. Es liege keine Notwendigkeit vor, den § 6 Abs. 1 PO mit Art. 10 des Weltpostvertrags in Parallele zu setzen«.

Den Ausführungen wird nicht beizupflichten sein. Zunächst ist erneut auf die Bestimmungen des Weltpostrechts zu verweisen. Art. 10 des Madrider Hauptvertrags schließt jeden Ersatzanspruch für Einschreibsendungen gegen die Postverwaltungen aus, wenn die Sendung die im Art. 18 § 2 des Vertrags bezeichneten verbotenen Gegenstände, darunter z. B. Streichhölzer, enthält; vgl. ähnlich Art. 16 des Postpaketvertrags. Der Stockholmer Weltpostvertrag wiederholt diese Vorschrift, hat mithin den Gedanken des Madrider Vertrags beibehalten, der auch in seinem Grundsatz durchaus gerecht ist. Wenn es sich daher um das Verbot der Versendung von Gegenständen handelt, die der Sicherheit des Postbetriebs und den Postbeamten Gefahr bringen, wie dies bei den im § 4 I Ziffer 2 PO bezeichneten Gegenständen der Fall ist, kann der Grundsatz des Ausschlusses einer Haftung der Post für Sendungen mit diesem Inhalt nur als ein moderner Rechtsgedanke des internationalen Postrechts bezeichnet werden; dessen Übertragung auf das innerdeutsche Postrecht sachgemäß ist. Staedler beruft sich, um diese Übertragung auf das deutsche Postrecht zu bekämpfen, vornehmlich auf zwei Gesichtspunkte. Zunächst hält er nur bei Zugrundelegung seiner Ansicht die beiden Absätze 1 und 3 des § 6 PO für miteinander vereinbar. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß § 6 Abs. 3a PO nicht lediglich diejenigen Fälle von Fahrlässigkeit des Ab-

senders trifft, die in einem Verstoß gegen den § 4 I Ziffer 2 der PO bestehen. § 6 Abs. 3a PO gilt vielmehr für jede Fahrlässigkeit. Außerdem stellt § 6 Abs. 3a PO Verschulden des Absenders ab, was bei § 6 Abs. 1 und § 4 I Ziffer 2 PO nicht der Fall ist. Danach tritt es nicht zu, daß die beiden Absätze 1 und 3a des § 6 PO »eine vollkommene Tautologie« bedeuten würden, wenn Grundsatz des Landgerichts Stettin beibehalten wird. Sodann weist Staedler auf den bei Auslegung des § 6 Abs. 1 PO zu berücksichtigenden pandektistischen Geist hin, der bei Schaffung des § 10 des preußischen PO, des Vorbildes für den § 6 des geltenden PO, maßgebend gewesen ist. In einem so ausgesprochenen Verkehrsrecht, wie es das Postrecht ist, läßt es sich jedoch nicht rechtfertigen, wenn man die Auslegung des geltenden PO an Gedankengängen der pandektistischen Väter des preußischen PO von 1852 dauernd fesseln und unter Berufung hierauf einer Weiterentwicklung des Postrechts im Geiste neuzeitlichen Verkehrsrechts in den Arm fallen. Hiernach muß schon der Gesichtswinkel, aus dem heraus Staedler den § 6 Abs. 1 PO auslegt, abgelehnt werden. Sodann sind die Schlussfolgerungen Staedlers aus seiner geschichtlichen Betrachtung nicht überzeugend. So wird z. B. auf eine postamtliche Ausführungsbestimmung zum früheren PO aus dem Jahr 1861 verwiesen. Zunächst wird es sich fragen, ob nicht eine Ausführungsbestimmung von 1861 überhaupt wertvoll für eine Rechtsauslegung des PO von 1871 der modernen, 60 Jahre später liegenden Zeit anfeindbar. Selbst wenn man diese Frage bejaht, muß man bei Prüfung des Inhalts jener Ausführungsbestimmung dem Ergebnis gelangen, daß sie dahin ging, für den Begriff der reglementsmäßigen Einlieferung kämen »bei dem Ort und Zeit der Einlieferung in Betracht« Ort und Zeit der Einlieferung werden somit dort nicht, Staedler anzunehmen scheint, als die ausschließlichen Kennzeichen des Begriffs der Reglementsmäßigkeit § 10 des preuß. PO (= § 6 des geltenden PO) bezeichnet. Damit fällt die Beweisführung Staedlers in sich zusammen.

Am Schluß seiner Ausführungen verweist Staedler noch auf die beiden Amtsblattverfügungen Nr. 192 und 205 von 1923 (Amtsbl. 1923 S. 294, 392*) über Ablehnung der Haftung der Post für gewisse Sendungen nach den besetzten Gebieten. Mit Unrecht. In diesen, dem Ruhrkampf zusammenhängenden Verfügungen handelte es sich, was Staedler übersehen hat, nicht um S-

*) Nr. 147: Auf Grund des § 15 PO lehnt die Post die Verpflichtung für Pakete nach den besetzten Gebieten ab, die entgegen der bestehenden Vorschriften andere als nach dem interalliierten Zolltarif freie Waren enthalten und aus diesem Grunde von den Besatzungsmächten beschlagnahmt werden. Auch für Pakete mit verbotenen Inhalt, die während der Postbeförderung angehalten und zurückgegeben werden, wird kein Ersatz geleistet, wenn der Inhalt während der Beförderung verdorben ist.

Nr. 205: »Auf Grund des § 15 PO lehnt die Post die Ersatzpflicht für Wertbriefe und eingeschriebene Brieffendungen nach den besetzten Gebieten ab, sofern die Sendungen entgegen den bestehenden Vorschriften Waren, die zur Beförderung nicht zugelassen sind, enthalten und aus diesem Grunde von den Besatzungsmächten beschlagnahmt werden.«

Beide Verfügungen sind inzwischen durch Amtsbl. Bf. Nr. v. 1924, S. 540, erlegt.

gen, deren Inhalt gegen den § 4 I Ziffer 2 PO von 1911 — um den es sich hier allein handelt — verstieß. Die in diesen Verfügungen getroffenen Sendungen unter mithin die Post auch nicht ihre Haftung durch Bezug auf jene Vorschrift der PO und auf § 6 Abs. 1 PO zu übernehmen. Die Post konnte ihre Haftung, wie sie es getan

hat, nur auf Grund des § 15 PO ausschließen. Diese beiden Amtsblattverfügungen bedeuten mithin keine Abkehr von dem Grundsatz der Nichthaftung der Post, wie ihn das Landgericht Stettin in jener Entscheidung vom 4. März 1921 (Archiv 1923 S. 451) für Sendungen mit leicht entzündlichen Sachen ausgesprochen hat.

Aus dem Beamtenrecht.

Begriff der Kosten des Heilverfahrens im Sinne der Beamten-Unfallfürsorgegesetze.

Entscheidung des RG III 35 vom 21. September 1923 III 829/22 (RGZ Band 108 S. 225).

Der Kläger, Lokomotivführer a. D., der infolge eines am 1. Oktober 1896 erlittenen Betriebsunfalls mit dem 1. Oktober 1909 in den Ruhestand versetzt worden ist, nahm zur Besserung des Nervenleidens in den Jahren 1913 und 1915 einen Kur- und Aufenthalt in Bad Döhrnhausen. Der Beklagte verweigerte ihm die Erstattung der Kosten dieses Aufenthalts und zahlte ihm nur für einen Badaufenthalt angemessene Beträge. Auf Grund des Unfallfürsorgegesetzes fordernte der Kläger die von ihm für den Badaufenthalt aufgewendeten Mehrbeträge. Er wurde in den Instanzen mit seiner Klage abgewiesen. Aus den Gründen:

»Die Revision kann nicht für begründet erachtet werden. Nach der ständigen Rechtsprechung des erkennenden Senats fallen unter die ersatzfähigen Kosten des Heilverfahrens alle diejenigen, deren Aufwendung zu einer auch nur vorübergehenden Minderung oder Milde der Leiden zu führen geeignet ist, jedoch, wie in dem Urteil vom 15. März 1921 III 47/20 ausgesprochen ist, nur, wenn dieser Erfolg bei verständiger und sachgemäßer Behandlung nicht auch auf einem anderen, billigeren Wege zu erreichen ist. Unter dieser Voraussetzung fallen unter die Kosten des Heilverfahrens auch die Kosten einer Badereise, also die Kosten einer Badereise, die zur

Herbeiführung einer Binderung oder Minderung der Leiden des Verletzten notwendig ist; vgl. RGZ Bd. 64 S. 86. Über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Heilmittels und insbesondere einer Badereise aber kann nicht die Meinung des Heilbedürftigen entscheiden; nur eine objektive Beurteilung kann hier maßgebend sein. Es geht nicht an, den Begriff der Kosten des Heilverfahrens auszudehnen auf die Kosten zur Befriedigung rein persönlicher, objektiv nicht berechtigter Wünsche des Fürsorgeberechtigten, mag auch deren Befriedigung um deswillen, weil seinen Wünschen entsprochen wird, einen günstigen, ihre Versagung einen ungünstigen Einfluß auf sein Befinden ausüben — wie dies bei hysterischen oder nervenleidenden Personen häufig geschieht. Eine derartige Ausdehnung dieses Begriffs würde weder dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte des Gesetzes entsprechen, noch selbst bei günstiger Wirtschaftslage, geschweige denn unter den heutigen Verhältnissen, gerechtfertigt sein. Der erkennende Senat hat demgemäß bereits im Urteil vom 2. Mai 1923 III 13/23 ausgesprochen, daß dem Fürsorgeberechtigten kein Anspruch auf den Ersatz der Kosten für ein beliebiges teures Heilverfahren zusteht, das nur in seiner Einbildung günstig auf ihn einwirkt. Es kann ihm sonach auch nicht der Anspruch auf Ersatz der Kosten einer Badereise zuerkannt werden, die an sich und objektiv nicht erforderlich war, und deren günstige Wirkung nur auf der Einbildung des Fürsorgeberechtigten beruhte.«

Kleine Mitteilung.

Das Flettner-Rotorschiff. Vor kurzem unternahm das neue Windkraftschiff in Kiel mehrere erfolgreiche Versuchsfahrten, die erwiesen, daß es den Segelschiffen in der Ausnutzung des Windes und damit in der Schnelligkeit weit überlegen ist. Rein äußerlich unterscheidet sich das Schiff von den Segelschiffen dadurch, daß an Stelle von Masten, Takelage und Segel zwei etwa 10 m hohe Blechtürme von 3 m Durchmesser trägt, die ihre senkrechte Achse durch einen Elektromotor in Umdrehung versetzt werden können.

Die zur Anwendung gekommenen aerodynamischen Theorien stellen eine Auswertung der bereits seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bekannten Strömungsgesetze der Luft dar. Trifft auf einen runden Zylinder ein senkrecht zur Fahrtrichtung blasender Wind, so teilt er sich umströmt in gleicher Dichte die Vorder- und Hinterseite des Zylinders. Wird dagegen der Zylinder in Umdrehungen versetzt, so daß er beispielsweise an der Oberseite die gleiche Geschwindigkeit wie der Wind besitzt, so wandert der größere Teil der Windlinien seinen Weg um die vordere Zylinderhälfte, weil er an ihr keine Reibung

findet. Die sich dem Winde entgegen drehende hintere Zylinderhälfte erzeugt dagegen eine starke Reibung zwischen Luft und Zylinder. So kommt es, daß an der Vorderseite des Zylinders eine starke Saugwirkung und auf seiner hinteren Seite eine Druckwirkung entsteht, die eine Vorwärtswegung des Schiffes zur Folge haben. Schon bei un stetiger mittlerer Windstärke wurden Geschwindigkeiten erzielt, die weit über die von Segelschiffen bei dieser Windstärke erreichte Geschwindigkeit hinausgehen. Nach den Messungen wird das neue Windkraftschiff bei gutem Winde schneller fahren als ein Frachtdampfer. Das Manövrieren geschieht dadurch, daß ein einziger Mann vom Steuerstand aus auf elektrischem Wege die Türme in Rotation versetzt oder zum Stillstand bringt, oder auch, wie dies beim Wenden der Fall ist, den Sinn der Drehbewegung umkehrt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Erfindung ist heute noch nicht in ihrer ganzen Auswirkung zu übersehen; man kann aber wohl schon sagen, daß mit dem Flettner-Rotor eine Betriebskostensparnis von 30 bis 80 v H eintreten wird. (Die Umschau 1924, S. 917/19).

Schriftwerke.

Funkrecht von Dr. Eberhard Neugebauer, Ministerialrat im Reichspostministerium. 219 Seiten. Preis in Leinen gebunden 5 R.M. Verlag Georg Stilke, Berlin NW 7.

Die volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, die das Funkwesen, insbesondere durch den Rundfunk, in den letzten Jahren gewonnen hat, erhellt am besten aus der großen Fülle der Rechtsfragen, welche die praktische Durchführung des Funkverkehrs gezeitigt hat. Keine technische Errungenschaft der neueren Zeit hat so in die Rechts- und Verkehrsverhältnisse eingegriffen wie gerade das Funkwesen. Die überraschenden Erfolge der Funktechnik haben die Öffentlichkeit in enge Berührung mit den Rechtsproblemen der Funktelegraphie gebracht. Der Widerstreit der mancherlei verschiedenartigen Interessen, die bei der praktischen Anwendung hervortreten, erfordert die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse. Je eher und je fester diese geschaffen werden, desto wertvoller werden sie sich bei dem weiteren technischen Ausbau der geregelten Materie erweisen. Die Verordnung vom 8. März 1924, so abfällig sie zunächst von den Beteiligten beurteilt wurde, hat dem Funkwesen Richtung und Grundlage gegeben. In der Anwendung dieser Verordnung erschöpft sich aber für den Juristen, der mit Funkfragen zu tun hat, das Arbeitsgebiet durchaus nicht. Telegraphen- und Telegraphenwegerecht, Bürgerliches Recht und Strafrecht, See- und Luftrecht, Polizei- und Steuerrecht u. a., kurz fast alle Gebiete des Rechts liefern Ausschnitte für die rechtliche Behandlung funkrechtlicher Fragen. Sie übersichtlich und lückenlos für die Bedürfnisse der Wissenschaft und Praxis in vorbildlicher Weise behandelt zu haben, ist das Verdienst des vorliegenden Kommentars. Die Arbeit der Verfasser ist um so höher einzuschätzen, als es sich um völliges Neuland, um ein Rechtsgebiet handelt, das vorher noch nicht umfassend und im Zusammenhang bearbeitet worden ist. Auf den Erfahrungen der Praxis aufbauend ist das Werk in erster Linie für die Bedürfnisse der Praxis bestimmt und dazu vortrefflich geeignet.

Neben den Wirtschaftsgrundspruchanlagen und dem Presserundspruchdienst ist für die Öffentlichkeit in erster Linie der **Unterhaltungsrundfunk** von Bedeutung. Der Kommentar behandelt übersichtlich und eingehend die Rechtsverhältnisse, die durch die Teilnahme am Rundfunk entstehen. Einen breiten Raum von besonderem rechtlichen Interesse nehmen die Ausführungen über den Schutz der Funkanlagen und ihres Betriebs und über die Benutzung fremden Eigentums für Funkanlagen ein. Es würde über den Rahmen dieser Zeilen hinausgehen, auf Einzelheiten und Streitfragen des näheren einzugehen. Hervorgehoben sei nur folgendes. Mit Recht wird geltend gemacht, daß auch die jüngere Funkanlage gegenüber der älteren nicht schutzlos dasteht, daß diese Schutzansprüche sich aber nur auf allgemeine Rechtsgrundsätze stützen können. Soweit sonstige Bestimmungen versagen, wird der im § 26 der Gewerbeordnung liegende Rechtsgedanke verwertet werden können. Ob die analoge Anwendung dieser Vorschrift überall zum Ziele führt, ist zweifelhaft. Es handelt sich bei der Frage überhaupt um ein Problem, das noch der weiteren Erforschung bedarf, zumal unschwer vorauszusehen ist, daß die weitere Ent-

wicklung des Funkwesens eine allseits befriedigende zweifelsfreie Lösung dieser Frage dringend erfordert. Zutreffend sind auch die Darlegungen darüber, inwieweit die Anlagen als solche anzusehen sind, die öffentlichen Zwecken dienen. Diese Untersuchung hat in mehrfacher Hinsicht Bedeutung. Abgesehen von der Anwendung des Telegraphenwegegesetzes gilt auch der strafrechtliche Schutz nur für die an Zahl geringen Funkanlagen, die öffentlichen Zwecken dienen. Inwieweit der jetzige Rechtszustand auch in bezug auf den Schutz der Funknachrichten gegen unbefugte Weiterverbreitung (Telegraphengeheimnis) die Dauer sich wird aufrechterhalten lassen, muß künftige Entwicklung vorbehalten bleiben. Der Vergleich ausländischer Gesetzgebung und das öffentliche Interesse drängen jedenfalls nach Ausgestaltung der Gesetzgebung dieser Richtung. Die Ausführungen über die Stellung des Wegeigentümers sind von besonderer Bedeutung für die Städte. Die Entscheidung im einzelnen Fall ist freilich nicht immer ganz leicht. Streit mit Wegeigentümer wird sich wohl meist vermeiden lassen, da sich die Überquerung öffentlicher Verkehrswege durch Luftdrähte für private Rundfunkanlagen leicht umgehen läßt.

Die „Dachantenne des Wohnungsmieters“ wird gehend behandelt. Man wird dem Verfasser im Ergebnis nur beistimmen können. Es ist dankenswert, daß allgemeine rechtliche Gesichtspunkte aufgestellt werden, das Rechtsverhältnis zwischen dem Grundstückseigentümer als Vermieter und dem Mieter regeln sollen. Recht wird auch dem Hauseigentümer grundsätzlich Entschädigungsanspruch zugesprochen. Diese allgemeinen Sätze werden immer nur als Anhaltspunkte dienen können. Überall da, wo es sich wie hier mangels ausdrücklicher Vorschriften im Gesetz oder im Mietvertrag um die Auslegung des Begriffs „Treu und Glauben“ handelt, wird die Entscheidung nur im Einzelfall getroffen werden können. Bei der Erörterung der Frage, ob ein Hauseigentümer zur Duldung von Außenluftleiteranlagen verpflichtet ist, verwendet der Verfasser die Tatsache, daß eine sogenannte Hauseigentümergeklärung nach § 12 II ZD vorliegt, zugunsten des Mieters, indem darauf hinweist, daß die Hausbesitzererklärung auch Luftdrahtanlagen des Wirtschaftsgrundspruchdienstes faßt. Hier ist inzwischen eine Änderung der Rechtslage eingetreten, nachdem die Wirtschaftsgrundspruchverordnung vom Dezember 1922 aufgehoben worden ist (vgl. *Abt. Blatt des RM* von 1924 S. 615) und die Luftdrahtanlagen des neuen Wirtschaftsgrundspruchverkehrs mehr posteigen sind, mithin nicht mehr auf Grund Hausbesitzererklärungen des Fernsprechteilnehmers (§ 12 II) angebracht werden können. Der Verfasser selbst hat auch bereits in seinem Vortrag auf der Funkausstellung hervorgehoben und seine Ansicht insoweit berichtigt.

Neben einer mustergültigen und über alle einschlägigen Fragen Aufschluß gebenden Erläuterung der Funkverordnung vom 8. März 1924 sei besonders die recht glückliche Darstellung „Funkrecht und Urheberrecht“ hervorgehoben. Soweit die Ergebnisse, zu denen der Verfasser nach jetzigem Stande des Urheberrechts kommt, sachlich völlig befriedigen mögen, wird es der Gesetzgebung zu lassen sein, die nötigen Bestimmungen zum Schutze berechtigten Interessen des Urhebers zu schaffen.

Was im einzelnen schon gesagt ist, gilt von dem ganzen Buche. Die Darlegungen sind gründlich und ausführlich. Daß Wissenschaft und Rechtsprechung bis zur Gegenwart berücksichtigt sind, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Die starke Betonung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die der Verfasser in seiner Stellung als Justitiar des Reichspostministeriums besonders gut zu beobachten Gelegenheit hat, erleichtert das Verständnis des Werkes. Der Abdruck der gesetzlichen Vorschriften und aller sonstigen für das Funkwesen wichtigen Bestimmungen erhöht seine praktische Brauchbarkeit.

Ich wünsche dem Buche besten Erfolg und die Beachtung, die es verdient.

Oberposttrat Dr. Schneider.

Die Rechenmaschinen und das Maschinierenrechnen von Dipl.-Ing. Lenz. Zweite Auflage, 108 Seiten mit 42 Abbildungen im Text. Preis kart. 3 *R.M.* Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.

In seinem I. Teil bringt das vorliegende Buch zunächst Beschreibungen und Erläuterungen der gebräuchlichsten mechanischen Hilfsmittel, die seit jeher schon zur Unterstützung beim Rechnen zur Anwendung gekommen sind, wie z. B. des Rechenbretts, des Rechenschiebers, der Rechenscheibe, der Rapierschen Rechenstäbe, der Rechen- und Produktentabellen u. a. m. Daran schließt sich im II. Teil eine eingehende Beschreibung der Bauart und Arbeitsweise, sowie der Mängel und Vorzüge aller Arten, die in den Handel gebrachten Rechenmaschinen. Die übersichtliche und klare Darstellung, die durch zahlreiche Abbildungen ergänzt wird, erleichtert einerseits die Möglichkeit, vorhandene Maschinen voll auszunutzen, und bietet andererseits sachgemäße Unterlagen, bei notwendig werdenden Neuanschaffungen eine zweckentsprechende Auswahl zu treffen. Bei der großen Verbreitung, die im letzten Jahrzehnt die Rechenmaschinen neben den Schreibmaschinen in der Geschäfts- und Bankwelt sowie auch bei den Staats- und Gemeindebehörden gefunden haben, wird das Erscheinen des kleinen Werkchens auf dem Büchermarkt allgemein willkommen sein.

Deutschland in der Weltwirtschaft. Jubiläumsschrift der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft E. V. Vereinigung für weltwirtschaftliche Forschung und Belehrung anlässlich des zehnjährigen Bestehens 1914 bis 1924. Von Posttrat Dr. Max Roscher, Schriftführer. 29 Seiten. Selbstverlag der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin-Friedenau.

Die am 22. Februar 1914 gegründete Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft hat aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens eine Festigung am 28. März 1924 veranstaltet. Die Schrift enthält die Ansprachen und den Hauptvortrag bei der Festigung, ferner folgende Aufsätze: Ziele und Arbeit der D. W. G. von Reichsminister Dr. Dr. Roeth, 1. Vorsitzender und von Posttrat Dr. Max Roscher, Schriftführer, »Der deutsche Weltwirtschaftsverkehr« von Staatssekretär Dr. Bredow, »Der deutsche Maschinenbau« von Dr. Guggenheimer, Geh. Posttrat, »Unsere Textilindustrie« von Schönbach, Romerzienrat in Leipzig, »Weltverkehr und wir« von Prof. Dr. R. Hennig, »Auswanderung« von Geheimen Regierungsrat Dr. Jung, Präsident des Reichswanderungsamts, »Die Kolonialfrage« von Gouverneur z. D.

Dr. Heinrich Schnee, »Deutsche Währung 1914 bis 1924« von Dr. jur. u. phil. Dalberg, Direktor im Reichswirtschaftsministerium.

Die Festschrift gibt somit nicht nur einen Überblick über Zweck und Ziele der Gesellschaft, ihre bisherige Tätigkeit und ihre künftigen Aufgaben, sondern unterrichtet auch über einzelne seit Gründung der Gesellschaft aufgetretene Erscheinungen und Aufgaben der Weltwirtschaft, die für die Allgemeinheit von besonderer Bedeutung sind.

Nachweis

von Aufsätzen und Mitteilungen über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums.

(Juli bis September 1924)

A. Liste der Zeitschriften.

Enthalten im Archiv 1924, S. 25, 72 und 132.

B. Nachweis der Aufsätze usw.¹⁾

I. Gemeinsame Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens.

- Allgemeines. Aluminium, die Verwendung von . . . , von Dr. Sterner-Rainer 52. 727.
 — Arbeitskonferenzen, Ergebnisse der internationalen . . . 64. Jahrg. 78 S. 177.
 — Die Arbeitszeit im Ausland, von Dr. Flechtner und von Rannow 14. 403.
 — Betriebsführung, privatwirtschaftliche . . . , von Dr. Fischer 13. 108.
 — Kautschukwesen, eine Neuerung auf dem Gebiete des . . . (»Sparegum«, ein Präparat zur Pflege des Gummis, daher längere Brauchbarkeit usw.) 52. 616.
 — Kraftheizwerke, zukünftige . . . 14. 386.
 — Lohnsfall, zur gleitenden . . . , von Muhs (einige grundsätzliche Bemerkungen zur Wirtschafts- und Lohnpolitik in der Gegenwart) 64. Jahrg. 78 S. 151.
 — Psychologie, über . . . und Eisenbahnwesen (Vortrag des Dr. Marbe, o. ö. Professors und Vorstandes des psychologischen Instituts der Universität Würzburg) 8. 729.
 — Postschutz, Neuerungen im . . . 52. 665.
 — Say, Emil . . . Verkehrsmittel und die Lehre vom Verkehr, von Dr. Engländer, Professor der polit. Ökonomie 44. 265.
 — Sicherheitsapparat, ein neuer . . . für elektrische Lichtanlagen 68. 517.
 — Staatsbildung, kontinentale und insulare . . . , von Brodny (Beamtentum) 64. Jahrg. 78 S. 19.
 — Die Streit- und Auslandsbewegung im Handels- und Verkehrsgewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Schifffahrt in den modernen Kulturstaaten im 1. Halbjahr 1924, von Göhring 27. 931.
 — Die Umstellung von Zentralheizungsanlagen auf die Verwendung von Rohbraunkohle, von Flügge, Ingenieur 14. Beil. (Konstruktion und Bauausführung) 159.
 — Verkehrsabkommen zwischen Rußland und Finnland (Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen) 68. 636.
 — Weltwirtschaftsgemeinschaften im Nachrichtenverkehr, von Dr. Roscher, Posttrat 65. Jahrg. 2 Heft 5/6 S. 3.
 Deutschland. Abtretbarkeit von Pensionsansprüchen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsansprüche (Entscheidung des LG Frankfurt (Main) vom 7. April 1922) 11. 311.
 — Altenberg (Erzgebirge), hundertjähriges Bestehen des Postamts . . . 17. 212.
 — Amterteilung und wohlverworbene Rechte. Wohlverworbene vermögensrechtliche Ansprüche eines Beamten dürfen durch eine neue innerhalb der Verwaltung vorgenommene Amterteilung nicht verletzt werden (Entscheidung des RG vom 23. Mai 1923) 16. 491, 18. Jahrgang 4 S. 743.

¹⁾ Die fett gedruckten Zahlen bezeichnen die Zeitschriften in der Liste unter A, die daneben stehenden Zahlen die Seiten.

Deutschland. Amtsanmaßung, auch ein Beamter kann sich der... schuldig machen, und zwar sowohl dadurch, daß er sich als Inhaber eines anderen als des von ihm bekleideten öffentlichen Amtes gebärdet, als auch besonders in der Weise, daß er, obgleich er in der ihm zustehenden Beamteneigenschaft auftritt, die Grenzen seiner Amtsbefugnis derartig überschreitet, daß seine Tätigkeit das Wesen einer in den Kreis eines anderen Amtes einschlagenden Amtshandlung annimmt usw. (Entsch. des RG vom 9. Mai 1924) 41. Weil. Nr. 1035.

- Amtspflichtverletzung. Nicht jede unrichtige Sachbehandlung begründet schon an sich eine Amtspflichtverletzung des damit betrauten Beamten, sondern nur dann, wenn dem Beamten dabei ein absichtliches oder doch mindestens fahrlässiges Verschulden zur Last fällt 41. Weil. Nr. 750.
- Angestellten - Tarifvertrag, preussischer ... 40a. 244.
- Anstetzung im Dienst, Schadensersatzanspruch eines Beamten infolge ... 16. 490, 10. 238.
- Arbeitsdienst. Sind Beamte verpflichtet, vorübergehend Arbeitsdienste zu verrichten?, von Dr. jur. Bertsch 68. 630.
- Arbeitslöhne, Arbeitszeit und Arbeitsmarkt in Deutschland 59. 1070.
- Arbeitszeit der Beamten, Erlaß des preuß. Finanzministers vom 10. Juli 1924, betr. ... 40a. 240, 18. Jahrg. 4 S. 625.
- Arbeitszeit, der Kampf um die ... 39. 181, 59. 844, 848, 16. 439, 40. 256, 54. 257.
- Die Ärzteschaft zur Reform der Sozialversicherung 31. 59.
- Aufwertung entwertet gezahlter Abfindungssummen 54. 301.
- Aufwertung von Gehaltsansprüchen (Entsch. des BG I Berlin vom 15. Februar 1924) 11. 308.
- Ausbildungs- und Unterrichtswesen, Bestimmungen über ... 54. 294.
- Auskunft in strafgerichtlichen Untersuchungen 17. 293.
- Ausnutzung, wirtschaftliche ... überschüssiger Raumhöhen in Eisenbahnbauwerken, von Wolff, Regierungsbaurat 68. 507.
- Auschuß, physiochemischer ... der Deutschen Reichsbahn 68. 608.
- Ausstattungsgegenstände, Neubeschaffung und wirtschaftliche Ausnutzung entbehrlich geworden ... 17. 209.
- Bankkonten der Beamten (Gehaltszahlung), Bf des Reichsministers der Finanzen vom 12. Juni 1924 41a. 191, 40a. 231, 45. 413, 12. 266, 18. Jahrg. 4 S. 615.
- Bauordnung für Berlin, zu dem Entwurf einer neuen ... von Redlich, Oberbaurat a. D. 69. 295. 311.
- Bauwesen. Erlaß des preuß. Ministers für Volkswohlfahrt vom 28. Juni 1924, betr. baupolizeiliche Erleichterungen für Klein- und Mittelhäuser 69. 240.
- Beamteneigenschaft, beamtete und nichtbeamtete Eisenbahnbedienstete des Staates (Entsch. des RG vom 24. November 1922) 18. Jahrg. 4 S. 686.
- Beamteneigenschaft, Unzulässigkeit des Rechtswegs zur Feststellung der ... (Entsch. des RG vom 11. März 1924) 18. Jahrg. 4 S. 686, 17. 277.
- Beamtengefeß, der Entwurf eines neuen deutschen ... 54. 231.
- Beamtennötigung, Schutz der Reichs-Post- und Telegraphenbehörden gegen ... von Dr. Hellmuth, Postrat 20. Bd. 40 S. 236.
- Beamtenrecht. Rückbeziehung der Ernennung auf einen früheren Tag (Entsch. des RG vom 30. Mai 1924) 41. Weil. Nr. 1154.
- Beamtenrecht, Zurechnungsfähigkeit der Beamten, Freisprechung eines Beamten im Disziplinarverfahren wegen krankhaften Zustandes bei Begehung dienstlicher Verfehlungen (Entsch. des Preuß. OVG vom 4. Oktober 1923) 41. Weil. Nr. 760.
- Beamten-Siedlungsverfahren, zum ... von Klink, Justizrat 67. 193, 40a. 305.
- Beförderung und Seeresdienst (§ 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgefeßes vom 2. Mai 1874/6. Mai 1880 begründet keinen Rechtsanspruch auf Beförderung, der Rechtsweg ist unzulässig), Entsch. des RG vom 4. April 1924 16. 466.
- Beirungsbeschlüsse, von Bahn, Ministerialamtmann 17. 207.
- Beruf, vom ... der Verwaltung zur Gesetzgebung, von Prof. Dr. jur. Giese 41. 334.
- Berufsbeamtentum und Volksstaat 16. 476.

Deutschland. Beschwerderecht der Beamten (es besteht für die Beamten grundsätzlich das Recht, sich in dienstlichen Angelegenheiten bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren. Ein Gesetz, durch welches die Ausübung dieses Rechtes dahin geregelt wird, daß Beschwerden an eine höhere Instanz nur bei dem unmittelbaren Vorgesetzten eingereicht werden dürfen, besteht nicht) 40. 231.

- Besoldungsvorschriften (Fassung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz) 41a. 221.
- Betriebsführung, wirtschaftliche ... 13. 121.
- Betriebsunfälle und Gewerbekrankheiten, von Dr. m. Wolff 25. 309.
- Die Betriebsunternehmung für die Reichseisenbahnen nach ihrem Rechtscharakter und ihrer Rechtsstellung in der Nov. Verordnung vom 12. Februar 1924 und in dem Sachverständigen-Gutachten, von Dr. Spieß, Oberregierungsrat 20. Bd. 40 S. 255.
- Bildungsweisen 68. 525.
- Buchführung, die neue ... bei den Hauptkassen 39. 200.
- Die Buch- und Wirtschaftsführung der Deutschen Reichsbahn, von Buschbaum, Regierungsbaurat 68. 559. 581. 60.
- Dienstleistung für Beamte bei Betätigung an Genossenschaften (Beamten-Bau- und Siedlungsverein 18. Jahrg. 4 S. 731.
- Dienststreifen, Entschädigungen für Fahrradbenutzung an Stelle eines Fuhrwerks bei ... Bf des Reichsministers der Finanzen vom 25. Juni 1924) 41a. 191, 40a. 229.
- Dienstunfähigkeit und gesundheitswidrige Beschaffenheit von Diensträumen (Entsch. des RG vom 11. Mai 1923) 13. Weil. (Rechtsprechung) 13. 16. 465, 10. 237.
- Dienstvorträge für Beamte und Sacharbeiter der Deutschen Reichsbahn, von Gotter 68. 644.
- Dienstwohnung, Weiterbelassung einer ... bei Versetzung in den Ruhestand (bis zu 9 Monaten), Bf des Reichsministers der Finanzen vom 31. Mai 1924 2. 59, 16. 390, 18. Jahrg. 4 S. 624.
- Dienstwohnungen, vorübergehende Weiterbenutzung von ... nach dem Ausscheiden des Inhabers aus dem Dienst oder bei Versetzungen 41a. 219, 16. 454, 18. Jahrg. 4 S. 676, 40. 264.
- Dienstzeit, keine Anrechnung der Zeit der Verwendung vor dem einstweiligen Ruhestand befindlichen Beamten in Dienste von Gemeinden usw. 18. Jahrg. 4 S. 581.
- Einnahmequellen, alte und neue ... für die Reichsbahn 68. 665.
- Einreihung der Altruhestandsbeamten in die Besoldungsgruppen 16. 421.
- Eisenbahnerstreik als höhere Gewalt (Entsch. des BG Leipzig vom 28. März 1924) 13. Weil. (Rechtsprechung) 13.
- Eisenbahnwesen. Wie sind die Bezirksstellen bei der künftigen Neugliederung der Reichseisenbahnverwaltung einzurichten?, von Holtermann, Regierungs- und Baurat 68. 624.
- Empfang von Beamten- und Arbeitervertretern bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn (Bf vom 10. Juli 1924) 43. Abt. A 171.
- Entscheidung des Reichsschiedsgerichts über die Eingruppierung der Bürobeamten in die Besoldungsordnung 17. 215. 251.
- Das Gedingeverfahren in den Eisenbahnausbesserungswerken (Haupt- und Nebenwerkstätten) und in den Ausbesserungsbetrieben der Bahnbetriebs- und Bahnbetriebswagenwerke, Erlaß vom 4. August 1924 43. 193.
- Gehaltszahlungen, Verordnung des Reichspräsidenten und des Reichsministers der Finanzen vom 4. Juli 1924 über ... (vorläufig keine vierteljährliche Vorauszahlung) 41a. 201, 17. 212, 16. 390, 18. Jahrg. 4 S. 608, 39. 198, 40. 229, 10. 166.
- Genossenschaftsbauten, die rechtlichen Grundlagen für die Finanzierung von ... in der Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn, von Dr. Haufstein, Reg.-Assessor 68. 501.
- Grundbesitzgebung (Artikel 10 der Reichsverfassung), Bf des Reichsministers der Finanzen vom 7. Juli 1924 41a. 211, 18. Jahrg. 4 S. 627, 16. 427.
- Haftung der Streikleitung (die Leiter eines sogenannten wilden, unzulässigen Streikes sind den Arbeitgebern gegen die der Streik sich richtet, Schadensersatzpflichtig), Entsch. des BG Leipzig vom 25. Januar 1924 13. Weil. (Rechtsprechung) 14.

- Deutschland. Hauszinssteuer für staatseigene Gebäude, Vf des preuß. Justizministers vom 11. Juli 1924 und des preuß. Finanzministers vom 26. April 1924 33. 282.
- Heilungskosten, der Ersatz der . . . nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Haftpflicht- und Unfallfürsorgegesetz von Dr. Behre, Regierungsrat 68. 663.
- Hochbaubelastungsbestimmungen, Erlaß des preuß. Ministers für Volkswohlfahrt vom 10. August 1924, betr. die Auslegung der . . . 69. 302.
- Invalidenversicherung, zum Begriff der Invalidität und zur »freien Beweiswürdigung« im Rechte der . . ., von Dr. Boeder, Honorarprofessor 6. 365.
- Kleideraffenordnung, Erlaß der Deutschen Reichsbahn vom 12. Juli 1924 43. Abt. A 181.
- Das Koalitionsrecht der Beamten 40. 271.
- Krankenversicherung, Richtlinien des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen für den allgemeinen Inhalt der Arztverträge vom 12. Mai 1924 1. 148.
- Krankenversicherung, zur . . . der Beamten 6. 287.
- Krankheit, Vorlage von ärztlichen Zeugnissen in Fällen der . . . von Beamten (Vf des Reichsministers der Finanzen vom 5. Juli 1924) 2. 62.
- Kündigungsvertrag für Posthelfer und Posthelferinnen 18. Jahrg. 4 S. 628.
- Die geldliche Lage der Reichsbahn 68. 511, 10. 238.
- Lieferungen, Mißstände im Kartellwesen, Vf des preuß. Ministers des Innern vom 7. August 1924 36. 827.
- Lohn- und Preispolitik, von Przybilla, Oberpostinspektor 39. 266.
- Mutterschaft, der Kampf um die uneheliche . . . 54. 225.
- Die Neuorganisation der Deutschen Reichspost, von Dr. Mierendorff 30. Bd. 1 S. 327.
- Die Neuordnung der Reichsbeamtengehälter ab 1. Juni 1924 60. 348, 413, 40. 177, 17. 198.
- Organisationen, Berechtigung der . . . zur Einwirkung auf Nichtorganisierte bezüglich des Beitritts (Entsch. des RG vom 6. April 1922) 40. 300.
- Papiergrößen, einheitliche . . . 68. 573.
- Personal-Abbau-Verordnung, Rechtsgültigkeit der . . . (Entsch. des BG Köln vom 18. März 1924) 13. 18.
- Personal-Abbau-Verordnung, vorläufige Ausführungsanordnungen des Preussischen Staatsministeriums vom 20. Juli 1924 zu den §§ 1 bis 22, 30 bis 41 und 75 bis 79 der . . . vom 28. Februar 1924, Novelle zur Personal-Abbau-Verordnung 40a. 253, 18. Jahrg. 4 S. 647, 17. 239, 16. 449.
- Personalnachweise, die Bestimmungen der Reichsverfassung über die . . ., von Dr. Jald, Ministerialdirektor und Präsident des Bundesamts für das Heimatwesen 11. 263.
- Personalnachweise, Einsicht in die . . . 16. 414, 10. 176, 54. 254.
- Die Personalpolitik der Reichspostverwaltung, Richtlinien für die . . . 10. 169.
- Post und Presse 17. 199.
- Postagenten, Ausübung von Nebentätigkeiten durch . . . 17. 193.
- Postagentur als Behörde (Entsch. des RG vom 19. Juni 1924) 41. Weil. Nr. 1183.
- Die deutsche Postbeamtenschaft im Jahre 1923 (Gehälter, Beamtenrecht, Disziplinarrecht, Arbeitszeit usw.) 30. Bd. 1 S. 335.
- Rechnungsführung, über die neue . . . und die Wirtschaftsstatistik der Deutschen Reichspost, von Gebbe, Oberpostrat 17. 189, 202.
- Recht, wohlervorbene . . . auf das jeweilige Gehalt einer bestimmten Besoldungsgruppe (zur Auslegung des Artikels 5 der dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 21. November 1921, Rechtsgültigkeit des Artikels 7 der Verordnung über die 12. Ergänzung des Reichsbesoldungsgesetzes, Entsch. des RG vom 1. Juli 1924) 16. 466.
- Rechte, die wohlervorbene . . . der Beamten und ihr verfassungsmäßiger Schutz, von Eidel 11. 223.
- Rechtskraftwirkung eines Urteils (Dienstunfall eines Oberpostkassners, Verletzung desselben in den Ruhestand, Entschädigungsforderung gegen einen Bahnhofswirt und Übergang derselben auf den Reichspostfiskus usw., Entsch. des RG vom 5. April 1924) 41. Weil. Nr. 1031.
- Rechtsprechung zu Artikel 15 § 1 der Personal-Abbau-Verordnung (Entsch. des RG vom 8. Juli 1924) 41a. 277.
- Rechtsweg, Unzulässigkeit des . . . hinsichtlich Eingruppierung in die Besoldungsordnung (Entsch. des RG vom 14. Dezember 1923 und vom 5. Februar 1924) 16. 341.
- Deutschland. Der Reichsangestellten-Tarifvertrag vom 2. Mai 1924, von Müller, Postinspektor 17. 247.
- Reichsbahngesetz und Reichsbahnstatut, von Dr. Spieß, Oberregierungsrat 68. 684.
- Der Reichsbahngesetzentwurf, von Dr. Neumark 59. 1138, 10. 205.
- Reichsbesoldungsordnung, Anwendung der Anmerkung 1 zur Gruppe VII der . . . auf die Gemeinde- usw. Beamten (Entsch. des Reichsschiedsgerichts vom 12. Juni 1924) 16. 491.
- Reichsdienststrafordnung, Vorschläge des Deutschen Beamtenbundes zur . . . 16. 488, 10. 232.
- Reichslohntarifvertrag, Neuauflage des . . . 43. Abt. A 173, 68. 609.
- Reichspräsident, Grenzen der außerordentlichen Befugnisse des . . ., von Dr. Schwalb, Geh. Oberjustizrat und elsäss. Landgerichtspräsident z. D. 15. 692.
- Reichstag, zur Auflösung des Deutschen . . ., von Prof. Dr. Wittmayer 7. N. F. Bd. 7 S. 86.
- Richtlinien des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen für den allgemeinen Inhalt der Arztverträge vom 12. Mai 1924 57. 493.
- Ruhegehaltsanspruch preussischer Staatsbeamten, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand versetzt worden sind (Verordnung vom 26. Februar 1919, unrichtige Festsetzung des Ruhegehalts), Entsch. des RG vom 11. März 1924 41. Weil. Nr. 762.
- Die Sanierung der Reichsfinanzen usw. 60. 444. 517, 59. 1074.
- Schornsteine, Erlaß des preuß. Ministers für Volkswohlfahrt vom 14. August 1924, betr. . . . aus Betonaminsteinen 69. 302.
- Schreibweise »wir« und »uns« 17. 235, 13. 122, 133, 40. 278, 16. 492.
- Sozialversicherung, berufsständische Selbstverwaltung und Umbau der . . ., von Seitz, Oberregierungsrat 6. 317.
- Sozialversicherung, zur Neugestaltung der . . . 6. 333, 31. 57.
- Die Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr, von Krause, Ministerialrat 9. 55.
- Sprach- und Stillehre, Betrachtungen über . . ., von Rasche, Postinspektor 54. 303.
- Stephan, Heinrich von . . . und die Kurzschrift, von Schmidt, Steuerinspektor 17. 209.
- Die Tariflöhne im Juni und Juli 1924 und die Entwicklung der Arbeitszeit 60. 375. 440. 513, 59. 512.
- Anfälle. Die »persönliche Veranlagung« nach den Erfahrungen eines Obergutachters 54. 219.
- Unterbringung der abgebauten Beamten, Richtlinien über die staatsseitige Förderung der . . . und Arbeitnehmer im freien Erwerbsleben (Runderlaß des preuß. Finanzministers vom 26. Juli 1924) 40a. 269.
- Bereidigung der Angestellten, Runderlaß des preuß. Finanzministers vom 28. Juli 1924 40a. 271.
- Bereinlichung der Laufbahnen, Richtlinien für die . . . 16. 382, 10. 155, 54. 232, 40. 213, 39. 239.
- Bereinigungsfreiheit, Artikel 159 der Reichsverfassung 18. Jahrg. 4 S. 695.
- Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen, von Dr. Friedrichs, Justizrat 41. 331.
- Bergütungen für Nebenämter usw. 40. 229.
- Verkehrsausstellung, eine deutsche . . . in München 1925 69. 274, 17. 245, 68. 611, 633, 39. 259, 16. 504, 10. 235.
- Die Vervollständigung der Reichspost nach dem Reichspostfinanzgesetz, von Professor Aaron, Geh. Justizrat 20. Bd. 40 S. 229.
- Versicherungsanstalt der Deutschen Reichspost 10. 148.
- Versicherungswesen. Abbau oder Ausbau der Kassenleistungen?, von Wasewitz, Bürovorsteher der Allgem. Ortskrankenkasse Berlin 6. 349.
- Versicherungswesen. Der Kostenanteil der Versicherten an Arzneien und Heilmitteln, von Pfannkuchen 6. 303.
- Versicherungswesen. Überwachungsanordnungen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 42. 258.
- Verwaltungsgebühren, Richtlinien für die Erhebung von . . . (Runderlaß des preuß. Finanzministers vom 15. August 1924) 40a. 289.
- Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost, Tätigkeit des . . . 16. 420, 17. 231, 18. Jahrg. 4 S. 637, 10. 182, 13. 129, 39. 222, 40. 234. 239, 54. 241.

Deutschland. Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost, Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder des . . . für ihre Geschäftsführung 42. 215.

— Verwaltungsreform, preussische, von Dr. Dreß, Staatsminister und Präsident des Preuß. Oberverwaltungsgerichts 15. 583.

— Vorschußzahlung, ein Verstoß gegen das Besoldungssperregesetz (Entsch. des Reichschiebsgerichts in Leipzig vom 2. Juli 1924) 17. 259, 16. 489.

— Wirtschaftlichkeit und soziale Fürsorge 16. 420.

— Wohnungen für Staatsbeamte, Darlehen zur Errichtung von . . . (Erlaß des preuß. Ministers für Volkswohlfahrt vom 13. Juli 1924) 35. 499.

— Wohnungsbau und Steuerpolitik, von Dr. May, Stadtrat 67. 170.

— Wohnungsbau und Wirtschaftsaufbau, von Dr. Potthoff 52. 521.

— Wohnungsfürsorge der Deutschen Reichspost 13. 134.

— Wohnungsnot, der Kampf gegen die . . . 40. 259.

— Wohnungszwangswirtschaft und Abbau der Wohnungsämter, von Dr.-Ing. Gut, Stadtbauinspektor 17. 157.

— Die Zeitaufnahmen in den Werkbetrieben der Deutschen Reichsbahn, von Dr. Martens 68. 577.

Belgien. Beamtenverhältnisse, Streik 30. Bd. 1 S. 331.

Dänemark. Beamtenorganisationen 30. Bd. 1 S. 333.

Danzig. Bund der Post- und Telegraphenbeamten 30. Bd. 1 S. 332.

Frankreich. Beamtenverhältnisse 30. Bd. 1 S. 348.

— Das französische Gesetz über die sozialen Versicherungen 6. 296.

Österreich. Postgewerkschaft, Beamtenbesoldung 30. Bd. 1 S. 352, 40. 225.

Schweiz. Beamtenverhältnisse 30. Bd. 1 S. 354.

Tschechoslowakei. Die Lage des Post- und Telegraphenpersonals 30. Bd. 1 S. 356.

Amerika. Vereinigte Staaten von Amerika. Das Beamtentum der Vereinigten Staaten von Amerika (die wirtschaftliche Lage des amerikanischen Beamten), von Dr. jur. Münster 11. 302.

Asien. Afghanistan. Post- und Telegraphenwesen 17. 253, 55. 308.

II. Postwesen.

Allgemeines. Verabreichung amerikanischer Briefposten für Deutschland 17. 194.

— Briefmarken, Herstellung der . . . 5. 926.

— Fährverkehr zwischen England und dem Festland (Harrow—Reebrugge) 68. 515.

— Geldentwertung, die Progression in der . . ., von Dr. Moeller, ao. Professor der Staatswissenschaften 44. 73.

— Gold, die Enthronung des . . ., von Dr. Salin, Privatdozent der Staatswissenschaften 44. 95.

— Haftung im Auslandsverkehr 17. 232, 264. 300.

— Höchstgeschwindigkeiten der Eisenbahnen Englands 68. 655.

— Der Kanaltunnel 68. 531.

— Luftfahrt, die wirtschaftliche Bedeutung der . . ., von Dr. Georgi 27. 1091.

— Luftpost, Aufnahme von Briefpost während des Fluges 17. 269.

— Luftpost, von Thilo, Ministerialrat 16a. 1489.

— Luftrechtswissenschaft, die Entwicklung der . . ., von Prof. Dr. jur. Hollaß 65. Jahrg. 2 Heft 5/6 S. 17.

— Luftverkehr, der europäische . . . im Jahre 1923 60. 503.

— Posthaftrecht, eisenbahnrechtliche Einflüsse auf die Entwicklung des internationalen . . . 20. Bd. 40 S. 244.

— Postpaketdienst, wirtschaftlich-technische Grundzüge für eisenbahnbetriebliche Anlagen von großen Verladestellen des . . ., von Prof. Dr.-Ing. Schwaighofer, Oberregierungsrat 65. Jahrg. 2 Heft 5/6 S. 31.

— Rechenmaschinen, von d'Ocagne 5. 726.

— Schifffahrtssubventionen, der Einfluß staatlicher . . . auf das Reedereigeschäft 27. 1004.

— Weltpostkongreß, 8. internationaler . . . in Stockholm 17. 212, 221, 271, 55. 271, 335, 40. 227, 53. 113, 129, 54. 305, 10. 244.

— Weltpostverein, 50jähriges Jubiläum des . . . 17. 260, 263, 39. 265.

— Der neue »Wolo«-Wagen (Kleinkraftwagen) 52. 592.

— Zeitungs-Abonnement zur Geschichte des . . ., von Bücher 64. Jahrg. 78 S. 3.

— Das Zeppelin-Luftschiff für den Amerikaflug 17. 252, 52. 643.

Deutschland. Abrechnung, monatliche . . . zwischen Reichspost und Reichsbahn 17. 260.

— Die Aufwertung von Ansprüchen aus § 88 der Eisenbahn-Verkehrsordnung, von Dr. Sperber, Regierungsrat 68. 509.

— Aufwertung von Bereicherungsansprüchen, Rücksichtnahme auf die auch bei regulärer Geschäftsverwendung oder gewöhnlicher Anlage unvermeidbare Verminderung der Goldwerte sowie auf die berechtigten Interessen beider Teile (Entsch. d. RG vom 12. März 1924) 68. 517.

— Ausbildung im Paketfortieren, von Maack, Oberpostdirektor 13. 106.

— Beamtenbanken 40. 294, 54. 307.

— Der Einfluß des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auf die Wirtschaft 45. 547.

— Erbschaft, über die . . ., wenn der Geschäftsherr bei der Auswahl der bestellten Personen usw. die ihm Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat 41. 312.

— Erbschaftsverfahren, Beschleunigung des . . ., von Bahner, Ministerialamtmann 17. 223, 55. 284.

— Expressgutbeförderung bei der Reichsbahn 68. 632.

— Der Expressverkehr, von Wehler, Oberpostsekretär 17. 268.

— Flugzeugversicherung 66. 365.

— Haftung, zur Frage der . . . der Post 66. 442.

— Kraftfahrwesen. Richtlinien für die Genehmigung von Großgaragen 14. 403.

— Landbriefträger, die ersten . . . vor einhundert Jahren 17. 285.

— Landzustellpersonal, die Bemessung des . . . und die Selbstständigkeit der Verkehrsämter 13. 123.

— Luftverkehr, der deutsche . . . 45. 429.

— Die Luftverkehrsberatung durch den Wetterdienst der Deutschen Seemarte, von Dr. Seilkopf 3. 131.

— Nachnahmepaket, ordnungswidrige Behandlung eines . . . (Aushandlung an den Empfänger ohne Einziehung des Nachnahmebetrags, Haftpflicht der Postverwaltung Entsch. des RG III Berlin vom 27. Februar 1924 17. 221, 55. 310.

— Nachtflugdienst, Versuche mit . . . 17. 253.

— Der Paketverkehr, von Lüttschwager, Postdirektor 13. 132.

— Portohinterziehung bei Dienstmarken 13. 141.

— Postgesetz. Ortschaften unterliegen dem Postzwang nicht bei Inanspruchnahme eines Bolen, der weder selbst, als Unternehmer für eigene Rechnung, die Briefbestellung gewerbmäßig betreibt, noch auch im Dienst eines anderen steht, der aus dem Abschluß irgendwelcher Beförderungsverträge ein Gewerbe macht usw. (Entsch. des RG vom 5. Mai 1924) 41. Beil. Nr. 1071.

— Postgesetz. Postzwang für Schlafwagen-Gesellschaften (Entsch. des RG vom 15. November 1923) 13. Beil. (Rechtsprechung) 14.

— Das Postleitmaterial, von Brestich, Ministerialamtmann und Rechnungsrat 17. 272.

— Postfäulen, kursächsische . . . aus dem 18. Jahrhundert 17. 291.

— Der Postschekverkehr 60. 450.

— Postschekverkehr. Haftung der Post aus dem Postschekvertrag, von Dr. Ewenius, Postdirektor 13. 140.

— Postschekverkehr, keine Haftung für Verzugschäden im . . . (Entsch. des RG Königsberg [Pr.] vom 31. März 1924 13. Beil. (Rechtsprechung) 15.

— Rückerstattung der erhobenen Abgaben auf verweigerte Postpakete in den besetzten Gebieten 19. 950, 1119.

— Schadensersatzansprüche für Postsendungen, deren Verlust oder Beschädigung auf Dienstpflichtverletzungen von Postbeamten zurückzuführen ist, lassen sich nicht unabhängig von den Vorschriften des Reichspostgesetzes vom 28. Oktober 1871 aus Art. 131 der Reichsverfassung in Verbindung mit dem Reichshaftungsgesetz vom 22. Mai 1910 herleiten (Entsch. des RG vom 1. Juni 1923) 20. Bd. 40 S. 271.

— Sparkassen, Postanstalten als Annahmestellen der . . ., von Dr. Nicolai, Regierungsassessor 45. 576.

— Vertretung des Empfängers beim Postempfang durch Hausgenossen des Pförtners ist zulässig (Entsch. des RG Stettin vom 23. Mai 1922) 20. Bd. 40 S. 270.

— Währungspolitik, zur deutschen . . . 59. 909.

— Wertbrief, für einen beschädigten . . . ist die Postverwaltung nicht ersatzpflichtig, falls sie beweist, daß in dem Briefe bereits bei dessen Einlieferung zur Post der angegebene Wert nicht enthalten war 53. 97.

— Bayern. Bayerns Postwertzeichen 1849 bis 1920 10. 183.

England. Luftpostwesen 53. 111. 122. 135.
 — Schiffsahrtsubventionen, Postverträge 59. 1126. 1167.
 Finnland. Schiffsahrtsubventionen 27. 1106.
 Frankreich. Schiffsahrtsubventionspolitik 27. 905, 59. 1126.
 — Schiffsahrtsubventionen 27. 976, 59. 1126. 1277.
 Island. Das Postwesen im Jahre 1922/23 53. 138.
 Schweiz. Franchisestempelmaschinen 17. 195.
 Afrika. Das Postwesen des Südafrikanischen Bundes in den Jahren 1921 bis 1923 53. 109.
 — Der heutige Stand des Kap-Kairo-Bahnunternehmens, von Prof. Walzer, Geh. Oberbaurat a. D. 14. Weil. (Konstruktion und Bauausführung) 101, 8. 628.
 Amerika. Vereinigte Staaten von Amerika. Erhöhung der Schiffsahrtsubventionen 27. 902, 59. 1126.
 — Luftpostdienst New York-San Francisco 17. 237.
 — Schutz der Briefbeutel gegen Schimmel 17. 270, 53. 126.
 Japan. Subventionierte japanische Postdampferlinien 59. 824.
 Australien. Das Postwesen des Australischen Bundes in den Jahren 1921 und 1922 53. 119.

III. Telegraphen- und Fernsprechwesen.

Ausnahme des drahtlosen Telegraphierens und Fernsprechens (s. unter IV)
 Allgemeines. Die Beschlüsse der alleuropäischen Fernsprechkonferenz in Paris 22. Heft 6 S. 3, 21. 921, 51. 110. 287.
 Bildtelegraphie mit Hilfe von Buchstaben-Telegrammen und Lochstreifen, von Prof. Dr. Korn 52. 687.
 Bildtelegraphie über mehr als 1000 km Drahtleitung und auf drahtlosem Wege 52. 689.
 Die Einpassungen und ihre Anwendung im Telegraphen- und Fernsprechapparatbau, von Dipl.-Ing. Görsdorf, Postassessor 51. 90.
 Einfluß, über den . . . des Kabelmantelstroms auf die induzierten Spannungen, von Lüschen 22. Heft 6 S. 24.
 Entwicklung des Fernsprechwesens in großen Städten 51. 286, 55. 338.
 Erfinder des Fernsprechers, über den . . . 51. 286.
 Fernseher, der elektrische . . . »Telehor«, von Langer, Ingenieur 52. 525.
 Der Fernsprechverkehr, von Derstoffs 52. 563.
 Feuer-Telegraphie im Altertum, von Dr. Darmstaedter 52. 505, 24a. 283.
 Feuer-Telegraphie, von der . . . bis zur Funkübertragung 24a. 283.
 Funk- und Kabeltelegraphie 17. 237.
 Holzmasten, über den Wert konservierender Anstriche von . . . 51. 102.
 Indokonzeption (Herstellung und Betrieb einer unmittelbaren englisch-indischen Telegraphenlinie im Durchgang durch Deutschland) 17. 205.
 Kabelverbindung Emden-Wigo, Wiederherstellung der . . . 17. 194.
 Die Raufschutgewinnung der Welt im Jahre 1923 (Handel) 60. 390, 535, 21. 1015.
 Raufschutversorgung, der englisch-amerikanische Gegensatz in der . . . 59. 1000.
 Messung der Differenzen der Erdfkapazitäten in vierervertelten Fernkabeln, von Wehage 22. Heft 6 S. 29.
 Nachrichtenübermittlung durch infrarote Strahlen, von Dr. Rudolph 52. 734.
 Seetabel, neue Wege für die Instandsetzung von . . . von Kunert, Oberpostdirektor 51. 87.
 »Sprechen«, vom . . . von Graaf, Konzertfänger und Rezitator, Assistent für Sprechtechnik und Vortragskunst an der Universität Berlin (Ausbildung des Fernsprechpersonals nach den Regeln der Sprechtechnik) 54. 263.
 Die Stromversorgung großer Telephonzentralen, von Schmidt, Obergeringieur 21. 708.
 Stromversorgungsanlagen, die neuere Entwicklung der . . . bei größeren Fernsprechämtern, von Dr. Clausen, Postassessor 51. 71.
 Die Technik der Telegraphie und Telephonie im Weiterverkehr, von Lüschen 21. 793. 824.
 Telegraphenkonferenz, internationale . . . 1925 in Paris 17. 229. 269, 16. 459, 51. 117, 10. 246.
 Vorschläge über eine Regelung des alleuropäischen Fernsprechwesens (Gründung eines überstaatlichen Unternehmens auf privatwirtschaftlicher Grundlage) 22. Heft 6 S. 40.
 Zerstörung, eine merkwürdige Ursache der . . . von Fernsprechleitungsdrähten (in der Nähe eines Kaliwerks, Zerstörung der Drähte durch die sich auf ihnen ablagernden Salzungen) 52. 654.

Deutschland. Änderung des Reglements über die Benutzung der innerhalb des deutschen Reichstelegraphengebietes gelegenen Eisenbahntelegraphen zur Beförderung von Privattelegrammen, Bekanntmachung vom 3. Juni 1924 43. Abt. A 169.

— Bodenseetabel, ein neues . . . von Feist 51. 105.
 — Eignungsprüfung, physikalische . . . für den Fernsprechdienst 54. 259.
 — Entschädigung für die Benutzung von Fernsprechanschlüssen durch dritte Personen 17. 220, 55. 287.
 — Fernsprechanlagen, die reichseigenen . . . bei der Börse in Hamburg, von Pfaff, Telegrapheninspektor 50. Weil. (Wert-Praxis) 24.
 — Fernsprechrechnungsdienst der mittleren und kleinen Vermittlungsstellen 17. 264.
 — Leitungsstörungen und Leitungsdurchgang 13. 131.
 — Telegrammadresse, Schutz der . . . , erweiterter Firmenschutz (Entsch. des RG vom 2. Januar 1923) 41. Weil. Nr. 1017.
 — Telegrammbeförderungsdienst, die Organisation im . . . von Patermann 50. 209.
 — Vorschriften und Zeitsätze für die Einrichtung und Überwachung von Bahnfernmeleleitungen längs der Wechselstrombahnen und im Einflußbereich sonstiger Starkstromanlagen, Erlaß der Deutschen Reichsbahn vom 12. Juni 1924 43. Abt. A 159.

Belgien. Das automatische Fernsprechwesen in Brüssel, von Mönnig, Telegrapheningenieur 5. 768.

Dänemark. Das Fernsprechkabel Kopenhagen-Frederiksbund (dänische Fernkabel) 17. 229, 22. Heft 6 S. 38.

Italien. Das Fernkabelnetz in Oberitalien 22. Heft 6 S. 32.

Niederlande. Fernkabel Amsterdam-Rotterdam 17. 237.

Norwegen. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1921/22 32. 154.

Polen. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1921-32. 112.

Schweden. Fernkabel Stockholm-Gothenburg 22. Heft 6 S. 34.

Schweiz. Umgestaltung des Telegraphennetzes 50. 256.

Spanien. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1921 32. 130, 22. Heft 6 S. 39.

Tschechoslowakei. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1921 32. 132.

Afrika. Telegraphen- und Fernsprechwesen der Südafrikanischen Union in den Jahren 1921/22 und 1922/23 32. 148.

Amerika. Brasilien. Telegraphen- und Fernsprechwesen 55. 338.

— Vereinigte Staaten von Amerika. Unterirdische Fernsprechanlagen in New York 17. 195.

— Unterhaltung der Leitungen im amerikanischen Fernnetz 51. 96.

Asien. Britisch Indien. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1921/22 und 1922/23 32. 152.

— Japan. Das automatische Fernsprechwesen 5. 1010.

Australien. Telegraphen- und Fernsprechwesen 1921/22 32. 110.

IV. Drahtloses Telegraphieren und Fernsprechen.

Allgemeines. Die Ausstattung eines modernen Staates mit drahtlosen Nachrichtenmitteln, von Schlee 49. Jahrg. VII Heft 37 S. 31.

— Die Bedeutung des Rundfunks für die Weltwirtschaft (Vortrag von Dr. Graf von Arco) 48a. Jahrg. 1 Heft 4/5 S. 1.

— Bedeutung, die weltwirtschaftliche . . . des Rundfunks, von Dr. Köfcher 21. 841.

— Beeinflussung, die gegenseitige . . . von Hochantennen, von stud. ing. Bartels 24a. Weil. (Funk-Bastler) 127.

— Dämpfungsmessungen an hochfrequenten Schwingungskreisen 24a. Weil. (Funk-Bastler) 141.

— Der Detektor, von Przygode, Reg.-Baumeister a. D. 24a. 135.

— Drahtrundfunk, Möglichkeiten des . . . 24a. 153.

— Elektronenröhre, die theoretischen Grundlagen der . . . , von Dr. Heinze 24a. Weil. (Funk-Bastler) 109.

— Empfängerrohre, die neuen . . . für den Rundfunk 48a. Jahrg. 1 Heft 3 S. 24.

— Die industrielle Entwicklung des Rundfunks 16a. 1664, 21. 1007.

— Fading-Effekt, von Prof. Dr. Leithäuser 24a. 197.

— Der Fernsprechverkehr mit Schiffen, von Hahn und Schäffer 24a. 173, 48a. Jahrg. 1 Heft 3 S. 31, 49. Jahrg. VII Heft 37 S. 44.

— Flüssigkeits-»Drehkondensatoren«, von Eix 24a. Weil. (Funk-Bastler) 119.

— Frei-, Innen- und Rahmenantennen, von Gamisch 50. Weil. (Funk-Praxis) 61.

- Allgemeines.** Funkdienst und Presse, von Dr. Roscher 16a. 1545.
- Funknebel- und Abstandssignale auf See (Unterwasser-schall-signale und funktelegraphische Zeichen), von Nijssche, Kor-bettencapitän a. D. 24a. 247.
 - Das Funknetz in den ehemaligen deutschen Kolonien, von Dr. Roscher 16a. 2069.
 - Funkpeilwesen 21. 1036.
 - Ein Funkstreich um die Erde 24a. 212.
 - Funkput im 16. Jahrhundert (Richelieus »Zeigertelegraph«, die »große und schöne Erfindung«, der erste »Techniker«, von Prof. Dr. Hennig 24a. 207.
 - Die Funkstation des deutschen geophysikalischen Observatoriums in Ebeltoftshafen (Spitzbergen), von Dr. Robitsh 16a. 1485.
 - Funksystem, ein neues . . . , das die Geheimhaltung ermög-licht 52. 591.
 - Die Funktelegraphie als internationales Nachrichtenbeförde-rungsmittel, von Sebastiani, Postinspektor 17. 279.
 - Funkübertragung und Polarlicht 16a. 1941.
 - Die deutsch-afrikanischen Funkverbindungen der Vorkriegs-zeit, von Dr. Roscher 24a. 209.
 - Funkverkehr und Esperanto, von Rind, Telegrapheninspektor 50. Weil. (Funk-Praxis) 59.
 - Hochantennen und Bligableiter, von . . . , von Dr. Moench 51. 80, 24a. Weil. (Funk-Bastler) 116, 48a. Jahrg. 1 Heft 4/5 S. 7.
 - Kohärer, vom . . . zum Audion, von Dr.-Ing. Stoeger 16a. 1828. 1947. 2144.
 - Kompensation der Funkbeschädigungen am Nord-Funkpeiler 3. 210.
 - Internationale Konferenz in Paris für 1925 in Aussicht ge-nommen 55. 286.
 - Normalkonstruktionen von freistehenden Türmen für drahtlose Stationen 29. Bd. 23 S. 89.
 - Organisation, die internationale . . . des Funkdienstes 59. 994.
 - Radio-Ausbreitungsmessungen 21. 756.
 - Radio-Kleinwiderstände 21. 936.
 - Radiopeiler und drahtloses Leuchtfeuer 27. 985.
 - Radiotelegraphie Japan-Bereinigte Staaten von Amerika 5. 841.
 - Radiotelephonie, transatlantische . . . 5. 1002.
 - Rahmen-Schreibempfang, transatlantischer . . . , von Schade 29. Bd. 23 S. 78.
 - Reichweiten von Funkstationen 49. Jahrg. VII Heft 37 S. 49.
 - Drahtlose Richtungs-telegraphie 27. 800.
 - Röhrenvoltmeter, über ein empfindliches . . . für kleine Wechselspannungen, von Bergmann 49. Jahrg. VII Heft 37 S. 28.
 - Rückkopplung 48a. Jahrg. I Heft 3 S. 7, 49. Jahrg. VII Heft 37 S. 5.
 - Rundfunk, die gesetzlichen Bestimmungen über den . . . im europäischen Ausland 55. Weil. (Der Funkverkehr) 121.
 - Der Rundfunk im Recht, von Dr. Marwiz, Justizrat 16a. 1547.
 - Rundfunksender, von Schäffer 49. Jahrg. VII Heft 37 S. 11.
 - Rundfunkversuche auf der englischen Eisenbahn 68. 654.
 - Schiffsortsbestimmungen auf See (drahtlose Peilung), von Nijssche, Korbettencapitän a. D. 24a. 164.
 - Seerotesdienst und Rundfunk 27. 954.
 - Siemens-Wandsprescher im Freien 17. 213, 16a. 1774, 48a. Jahrg. 1 Heft 3 S. 13.
 - Die Sonne als »Störer« des Funkverkehrs, von Wuffow 24a. 221.
 - Die Störströme bei quantitativen Messungen mit dem Hoch-frequenzverstärker, von Feldteller 29. Bd. 24 S. 1.
 - Störungen, die atmosphärischen . . . in der drahtlosen Tele-graphie und ihre Bekämpfung 24a. Weil. (Funk-Bastler) 182, 16a. 1888.

- Allgemeines.** Strahlung, was ist . . . ?, von Kiebig 16a. 2005
- Die Technik der Rundfunksendeinrichtung, von Dr.-Ing. Garbich, Oberposttrat 24a. 261.
 - Drahtlose Telegraphie bei der Pennsylvania-Eisenbahn 68. 531.
 - Theorie der kurzen Siebketten, von Bachhaus 29. Bd. 24 S. 11.
 - Die Tonübertragung in der Funktelephonie 51. 84.
 - Untersuchungen, experimentelle . . . über Schwingungskreise mit Eisenferrispulen, von Casper, Hubmann und Jened 29. Bd. 23 S. 63.
 - Der Ursprung der atmosphärischen Störungen 51. 101.
 - Völkerbund und Sicherheit zur See 16a. 1778.
 - Wellen, kurze . . . , von Dipl.-Ing. Subjzinski 24a. 245.
 - Wellentelegraphie und Vorgänge in der Atmosphäre, von Stoebe 29. Bd. 23 S. 87.
 - Die Weltmeere anstatt des Luftmeeres als Medium für die Ausbreitung der Herzschen Wellen, von v. Gassel 52. 731.
 - Zeitung, die photo-gefunkte . . . (Bildtelegramm, amerikani-scher Optimismus) 24a. 213
- Deutschland.** Feuerversicherung und Blitz- und Brandgefahren durch Rundfunkanlagen 66. 337.
- Funkempfangsanlagen und Rundfunk, Bf der Marineleitung vom 21. Juli 1924 34. 145.
 - Hauswirt und Hochantenne 48a. Jahrg. 1 Heft 3 S. 14, 24a. 246. 300. und Weil. (Funk-Bastler) 220.
 - Neuregelung des Funkwesens, von Thurn, Posttrat 21. 969. 1003.
 - Norddeich, »via . . .«, von Hornung, Posttrat (Seetele-graphie, Leistungen der Funkstelle Norddeich) 24a. 269. 302.
 - Radioanlagen in Staatsgebäuden, Bf des preuß. Finanz-ministers, des preuß. Ministers des Innern usw. vom 23. Juli 1924 36. 782, 69. 282, 24. 163.
 - Rundfunk-Empfangsgeräte sind nicht luxussteuerpflichtig 55. Weil. (Der Funkverkehr) 126.
 - Rundfunk und Reklame, von Dr. Frank 16a. 2137.
 - Rundfunk und Urheberrecht 24a. 254.
 - Rundfunk-Volkshochschule (Hans Bredow-Schule in Ham-burg) 24a. 158.
 - Störungen des Rundfunkempfangs durch den Straßenbahn-betrieb und ihre Beseitigung, von Dipl.-Ing. Eppen, Posttrat 21. 817, 24a. 256. und Weil. (Funk-Bastler) 158, 16a. 1835, 17. 276.
 - Das Telegraphengeheimnis in der deutschen Funktelegraphie, von Thurn 24a. 228.
 - Versuche, die ersten . . . zur drahtlosen Telegraphie in Deutschland, von Dr.-Ing. h. c. Feldhaus 24a. 285.
 - Wirtschaftsrundfunk 17. 261, 68. 670, 21. 961.
- England.** Neue Bestimmungen über Privatfunkanlagen 55. Weil. (Der Funkverkehr) 126, 48a. Jahrg. 1 Heft 4/5 S. 30.
- Das Funkwesen in England (Neuorganisation) 24a. 223, 21. 937.
- Frankreich.** Die französische Großfunkstelle St. Affise 24a. 231.
- Italien.** Privatgesellschaft für Funktelegraphie (Abtretung des staatlichen Funkbetriebs) 51. 103, 16a. 1908, 55. Weil. (Der Funkverkehr) 137.
- Rundfunkdienst, Herstellung und Vertrieb radioelektrischer Empfangsapparate 19. 1370.
- Österreich.** Telegraphengesetz (Regelung des Funkwesens) 49. Jahrg. VII Heft 37 S. 58.
- Schweden.** Neue gesetzliche Bestimmungen über Funkanlagen 55. Weil. (Der Funkverkehr) 126, 32. 134.
- Afrika.** Zur Erinnerung an die ehemalige deutsche Großfunkstelle Kamina (Togo), von Dr. Roscher 16a. 1885, 24a. 281.

Gerichtliche Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechrecht.

A. Postrecht.

**Haftung dessen, der Empfangsbescheinigungen über Postan-
weisungs-, Zahlkartenbeträge oder über eine Postsendung als
»Bürge« unterschreibt.**

a) OLG Cassel, 2. 35, Urteil vom 7. Juli 1922,
2 U 27/22.

Der Hotelbesitzer M. hatte die Empfangsbescheinigung auf
fünf Postanweisungen über 15 000 M an B., der in seinem Hotel
wohnte, als Bürge unterschrieben. Als sich herausstellte, daß das

Geld an einen Schwindler ausgezahlt war, leistete die Oberpost-
direktion Cassel dem Auslieferer in Höhe des eingezahlten Be-
trags Ersatz und verlangte von M. im Wege der Klage die Er-
stattung des Betrags. Das OLG Cassel verurteilte den Beklagten
(Urt. vom 1. Dezember 1921, 8. 9. 329/21). Aus den Gründen
des Landgerichts:

»Der Kläger macht einen Anspruch aus Bürgschaft §§ 765ff.
BGB geltend. Zum Abschluß eines Bürgschaftsvertrags ist, wie
bei jedem Vertrag, ein Angebot und dessen Annahme erforderlich.

Das Angebot des Klägers, vertreten durch den Postschaffner J., liegt in der Aufforderung an den Beklagten, die Postanweisungen als Bürge zu unterzeichnen. Daß diese Aufforderung ergangen ist, kann nach der glaubwürdigen Aussage des Zeugen J. nicht zweifelhaft sein. Als bewiesen ist jedenfalls nach der Aussage des J. anzusehen, daß der Beklagte zunächst nur mit seinem Namen unterschrieben hatte und dann auf Vorkaution des J. hin, er verbürge sich für das Geld, folglich müsse er auch »als Bürge« darunter schreiben, auch diesen Zusatz hinzugefügt hat. Hieraus, sowie aus der dem Beklagten bekannten Natur der Postanweisung geht hervor, daß es sich um den Abschluß eines Bürgschaftsvertrags handelte, durch den der Beklagte die Verpflichtung übernehmen sollte, für die Rückzahlung des Geldes durch den B. einzustehen, falls nicht an den richtigen Empfänger ausbezahlt werden würde. In diesem Bewußtsein und mit diesem Willen hat der Beklagte das Angebot auch angenommen durch Hinzufügung der Worte »als Bürge«. Damit war der Vertrag zustande gekommen (RGZ 61, 347), allerdings über eine noch nicht bestehende Verbindlichkeit des Hauptschuldners, nämlich die möglicherweise eintretende Ersatzforderung des Klägers gegen den unrichtigen Empfänger. Es handelt sich demnach um eine Bürgschaft für eine bedingte Forderung (§ 765 Abs. 2 BGB). Entgegen den Behauptungen des Beklagten, die Bürgschaft sei wegen Formmangels nichtig, ist festzustellen, daß den Formanforderungen des § 766 BGB genügt ist. § 766 verlangt schriftliche Erteilung der Bürgschaftserklärung. Dies ist mit der Unterschrift des Beklagten und dem Zusatz »als Bürge« geschehen. Außerdem muß, wie das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen hat (RGZ 57, 260; 62, 381), die Urkunde den rechtsgeschäftlichen Willen der Parteien erkennen lassen und ferner enthalten: die Person des Gläubigers, Person des Hauptschuldners und Bezeichnung der Hauptschuld. Die Person des Gläubigers ergibt sich unzweideutig aus dem Formular der Postanweisung, wenn sie auch nicht namentlich aufgeführt ist (RGZ 62, 381). Ferner ergibt sich die Person des Schuldners aus seiner Unterschrift, und der Betrag der Forderung ist in jedem Fall ziffermäßig angegeben. Der rechtsgeschäftliche Wille der Parteien, einen Bürgschaftsvertrag für die möglicherweise entstehende Ersatzforderung des Klägers gegen den Schuldner zu schließen, ergibt sich einmal schon aus dem Zusammenhang der zur Urkunde verwandten Postanweisungen mit den geleisteten Unterschriften und ferner aus der von J. bekundeten Äußerung des B. zu dem Beklagten: Ich lasse Ihnen mein Sparkassenbuch als Pfand, damit Sie sicher sind. Es ist somit allen Erfordernissen des § 766 BGB genügt und der Anspruch des Klägers aus Bürgschaft begründet. Unter diesen Umständen kann es unbeachtlich bleiben, daß in jedem Falle in der Unterschrift des Beklagten der Abschluß eines an keine Form gebundenen Garantievertrags zu erweisen ist, durch den sich der Beklagte verpflichtete, für den entstehenden Schaden einzustehen (RGZ 61, 157).«

Die Berufung des Beklagten hat das OLG Cassel zurückgewiesen. Aus den Gründen:

»Das Landgericht würdigt den Klageanspruch in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Bürgschaft, in zweiter Linie unter dem des Garantieversprechens. Es kommt für den der beiden Ansprüche einwandfrei zur Beurteilung des Beklagten. Das Berufungsgericht hat dieser Würdigung des Streitverhältnisses durch den Vorderrichter in rechtlicher und tatsächlicher Beziehung nichts hinzuzufügen¹⁾. Die Berufung ist daher zurückzuweisen.«

KG Karlsruhe, 3. Rk, Urteil vom 4. Januar 1923, 3 ZBR 25/22.

Der Reisevertreter B., der im Gasthof des A. unter falschem Namen abgestiegen war, veranlaßte durch Telegramm und Fern-

Bei der Verwertung des Gedankens, M. habe mit der Post ein sog. »Garantievertrag« geschlossen, haben beide Gerichte die neueste Rechtsprechung nicht berücksichtigt, vor allem nicht das Urteil RGZ 90 S. 415, vgl. auch Jur. Wochenschrift 1918 S. 36 Nr. 11 (Erklärung einer Mutter, für einen Fehlbetrag ihrer Tochter aufzukommen: kein Garantievertrag, sondern nur Bürgschaft), ferner das Urteil RGZ 103 S. 237.

gespräch eine auswärtige Bank, ihm telegraphisch 2000 M. aus dem Konto des Kaufmanns Mayer, dessen Namen er sich beigelegt hatte, zu übersenden. Der die Postanweisung bestellende Postbote M. handigte den Gelbbetrag aus, nachdem A. die Empfangsbcheinigung als Bürge mitunterzeichnet hatte. Die P.B. leistete der Absenderin der Postanweisung (Ersatz). Da von dem Betrüger der Gelbbetrag nicht wiederzuerlangen war, verklagte die Oberpostdirektion Karlsruhe (Baden) den A. auf Zahlung von 2000 M. Das OLG Baden wies die Klage ab. Auf die von der Oberpostdirektion eingelegte Berufung verurteilte das OLG Karlsruhe den Gasthofsbesitzer zur Zahlung von 2000 M. Aus den Gründen des Landgerichts:

»Das Amtsgericht stützt die Abweisung der Klage auf die Ausführung: Die Bank habe von der Postverwaltung nicht verlangen können, daß diese mehr tue, als sie (die Bank) selbst getan hatte, und etwa von sich aus feststellte, ob der als Maier bezeichnete ein Maier aus B. sei. Die Bank habe die Post anweisen wollen, daß letztere die 2000 M. an denjenigen auszubehalte, der das Geld bei der Bank beistellt hatte. Die Post sei nur verpflichtet gewesen, unter den Gästen des Hotels diesen Mann festzustellen und ihm das Geld auszuhändigen. Der Irrtum, daß dieser Mann (der das Geld bestellt hatte), nicht Maier aus B. war, gehe zu Lasten der Bank. Damit entfalle auch der Grund für die Klage. Diese Ausführungen werden weder dem Willen der Bank beim Abschluß des Postanweisungsvertrags noch den gesetzlichen Vorschriften gerecht. Das Amtsgericht hätte zu seiner Feststellung, was der Wille der Bank gewesen ist, nicht kommen können, wenn es die Strafakten gegen den Betrüger beigezogen hätte. (Wird näher ausgeführt.) Eine Fahrlässigkeit des Absenders hat nicht vorgelegen; sie würde hier im Verhältnis der Post zum Beklagten aber auch ohne jede Bedeutung sein. Für das Berufungsgericht war folgendes von Belang:

Nach § 6 des Postgesetzes leistet die Postverwaltung für die auf Postanweisungen eingezahlten Beträge Garantie. Dies bedeutet nach der Vorbem. A 7, Buchst. d zu Abschn. II des Postgesetzes in dem Kommentar von Aschenborn, S. 100 in Verbindung mit Anm. 30 zu § 6: »Ist die Postanweisung den Vorschriften der PD entsprechend bestellt worden, so hat die Post den Vertrag erfüllt; sie ist also nicht schadensersatzpflichtig, wenn das Geld gleichwohl nicht in die Hände des Adressaten selbst gelangt.« Die zur fraglichen Zeit geltende PD vom 28. Juli 1917 gibt keine klaren Vorschriften darüber, wie bei Zahlungen an einen unbekannten Empfänger zu verfahren ist, und wie insbesondere der Empfänger einer Postanweisung sich auszuweisen hat. In § 39 Ziff. I ist nur bestimmt, daß die Sendungen an den Empfänger selbst oder an seinen Bevollmächtigten auszuhändigen sind, und die Ziff. II spricht nur von der Empfangsberechtigung der Vertreter von Handelsgesellschaften, nicht von Einzelpersonen. Soweit ersichtlich, ist in der PD selbst nirgends ausgesprochen, wie der in § 39 Ziff. II genannte »unzweifelhafte Ausweis« beschaffen sein muß. Der § 50 des Postgesetzes hätte die Grundlage für die Erlassung einer solchen Vorschrift gewährt. Nur das gemäß § 50 des Postgesetzes vom Reichskanzler zu erlassende Reglement, d. h. eben die PD (Aschenborn, Anm. 3 zu § 50 PG) konnte eine solche Bestimmung mit verbindlicher Kraft auch gegenüber dem Publikum treffen, vgl. § 50 Abs. 2 PG. Die Postverwaltung hat solche Bestimmungen in der vorliegenden »Allgem. Dienstanweisung für Post und Telegraphie« vom 1. Juni 1919 und in der »Kleinen Dienstanweisung für den Postbetriebsdienst« vom Jahre 1919 erlassen. Diese Bestimmungen sind in erster Reihe für den inneren Dienst bestimmt; es ist dadurch aber nicht ausgeschlossen, daß sie auch dem Publikum nutzen sollen und letzteres sich auf dieselben berufen kann, gerade da, wo die PD Lücken aufweist. Nach der Fußnote zu Ziff. VII des § 39 PD in der »Allgem. Dienstan-

¹⁾ Der Fall lag wesentlich anders als der Fall des Urteils OLG Chemnitz vom 6. Juli 1922, 5 Cg 84. 22 (Archiv f. P. u. T. 1923 S. 447). Denn im vorliegenden Fall war die Sendung an den wahren Träger des Namens Maier gerichtet und nicht für den bestimmt, der sich der Bank gegenüber diesen Namen beilegte.

weisung« (Abschn. V 1 §. 93) gilt als Regel, daß der Empfänger sich durch Vorlegung von Ausweispapieren der in Ziff. 4 bezeichneten Art und durch das Zeugnis einer bekannten, vertrauenswürdigen Person.... ausweisen muß; nach Ziff. 2 ebenda bedarf es jedoch eines Ausweispapiers nicht bei.... Postanweisungen bis 1000 M., sondern es soll hier das Zeugnis einer bekannten Person genügen. Unter diesem »Zeugnis« soll nach Ziff. 5 die volle Bürgschaft für den Empfänger verstanden werden, und es muß der »Zeuge« den Ablieferungschein usw. mit dem Zusatz »als Bürge« mitunterschriften. Diese Vorschrift wäre hier, wo es sich um 2000 M. handelt, nicht erfüllt. Die Klägerin hat allerdings vorgetragen, die Einschränkung bis zum Betrag von 1000 M. sei erst später, frühestens im Juni 1921 beigefügt worden. Diese Behauptung konnte ohne nochmalige Verzögerung des schon lange dauernden Prozesses nicht nachgeprüft werden; es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß in der Berichtigung Nr. 231 der »Kleinen Dienstankündigung« zu §. 21 in Abs. 2 dem Postbesteller nur dann die Wahl zwischen der Vorlegung eines ordnungsmäßigen Ausweispapiers oder der schriftlichen Bürgschaftsübernahme durch eine andere zuverlässige Person gelassen ist, wenn es sich um Postanweisungen und Zahlungsanweisungen bis zu 1000 M. handelt, und daß dies hier keine Einschränkung gegenüber dem früheren Text (§. 21 dort) bedeutet, wo nach Abs. 1 des §. 25 sogar nur bei Postanweisungen bis zu 800 M. die Vorlegung eines Ausweispapiers unterbleiben konnte. Letzteres stimmt wieder mit Abs. 3 der Fußnote zu VII des §. 39 der PD (WV V 1 §. 94) überein, wonach die Wahl zwischen Ausweispapier und Mitunterschrift einer vertrauenswürdigen Person als Bürge nur bei Ausständigung der Sendung durch mittlere Beamte gestattet ist, zu welchen der Postausshelfer M. zweifellos nicht gehörte. Es ist nun von der feststehenden Tatsache auszugehen, daß die Postverwaltung der Bank die 2000 M. ersetzt hat, um welche diese durch den Betrug geschädigt war. Eine Rückforderung des Betrags seitens des Klägers ist gegenüber der Bank ausgeschlossen. Denn dazu würde nach §. 814 BGB der Nachweis gehören, daß die Postbehörde gewußt hat, daß sie zur Zahlung an die Bank nicht verpflichtet war. Dieser Beweis ist nicht erbracht; es ist im Gegenteil nach den Ausführungen des Klägers und seinem Hinweis auf Aschenborn, Anm. 7 zu §. 6 PG anzunehmen, daß die Postverwaltung die Sendung von Anfang an als »in Verlust geraten« betrachtete im Sinne des §. 6 PG, weil sie nicht an den richtigen Empfänger ausgehändigt wurde, und daß sie insbesondere die Art der Ausständigung als mit den Vorschriften der PD nicht übereinstimmend ansah. Ob diese Auffassung objektiv richtig oder unrichtig war, kann hier unentschieden bleiben; es genügt, darauf hinzuweisen, daß die obigen Dienstankündigungen keineswegs eindeutig, sondern einer verschiedenartigen Auslegung zugänglich sind. Vor allem aber ist in der PD selbst... nicht deutlich gesagt, wie eine Einzelperson sich als Empfänger auszuweisen hat. Es ließe sich auch die Meinung vertreten, daß §. 6 Abs. 4 PG, der im Gegensatz zu den ersten drei Absätzen von einer Garantie spricht und keinerlei Ausschließungsgründe anführt, bei Postanweisungen eine noch strengere Haftung vorschreiben will. Es kann deshalb nicht als ein vor schnelles Handeln der Postverwaltung erscheinen, wenn sie der Bank alsbald die 2000 M. ersetzt hat.

Der mit der Klage verfolgte Anspruch gegen den Beklagten hängt aber überhaupt nicht davon ab, ob der Kläger mit Recht oder Unrecht an die Bank bezahlt hat. Wenn jemand zwei Schuldner hat, kann er im Zweifel nach seiner Wahl jeden von ihnen belangen. Es kommt also darauf an, welche rechtliche Wirkung die Mitunterschrift des Beklagten auf dem Anweisungstelegramm hat. Zunächst ist hervorzuheben, daß die Worte »als Bürge« schon auf dem Telegramm standen, als der Beklagte unterschrieb. S. und M. haben dies auf das bestimmteste versichert; beide sind wegen etwaiger Regreßpflicht nach §. 893 Nr. 4 ZPO unbeeidigt gelassen, ihre Angaben werden aber bestätigt durch die eigenen Angaben des Beklagten in den postdienstlichen Akten. Mit dem Einwand, er habe keine Bürgschaft für die Richtigkeit des angeblichen

Maier übernehmen wollen, kann der Beklagte nicht durchbringen. Auch wenn ihm von M. gar nichts gesagt worden wäre, müßte er haften. Er muß sich als Geschäftsmann bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (§. 27 BGB., §. 347 HGB.) sagen, daß der Postverwaltung mit der bloßen Versicherung nicht gedient sei, der angebliche Maier wohne bei ihm unter diesem Namen und habe sich ihm gegenüber als Maier ausgegeben. Er wußte, daß der Fremde kein Ausweispapier hatte, daß die Post hierwegen Schwierigkeiten mit der Auszahlung des Geldes mache und eine Deckung verlangte, um im Falle eines Betruges nicht in Schaden zu kommen. Wenn der Beklagte irgendeinen Zweifel hatte, hätte er fragen müssen. Tat er es nicht, so nahm er die Gefahr auf sich. Dem Gericht ist bekannt, daß Gastwirte häufig solche schriftliche Erklärungen für ihre Gäste ausstellen, in der Hoffnung, die Sache werde in Ordnung sein und für sie keinen Schaden bringen; die Tatsache, daß in den meisten Fällen keine Haftbarkeit für sie erwächst, berechtigt jedoch nicht diese in Abrede zu stellen, wenn ein Gastwirt, wie hier, einen Betrüger zum Opfer gefallen ist. Die Wirte wissen, daß Betrügereien dieser Art keine Seltenheit sind, sie haben allen Anlaß zur Vorsicht. Der Post kann auch nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß sie, um eine rasche Abwicklung ihrer Geschäfte zu ermöglichen, sich dieses in ihren Dienstankündigungen (und auch schon früher, z. B. in Württemberg zugelassenen Mittels bedient, eine dritte vertrauenswürdige und zahlungsfähige Person als Bürge mitunterschriften zu lassen. Vorliegend ist überdies durch die Zeugen S. und M. weiter bekundet worden, daß ersterer den M. angewiesen hat, dem Beklagten zu sagen, er müsse, sofern er unterschreibe, der Post für die 2000 M. haften, falls der angebliche Maier nicht der richtige Empfänger ist, und M. versichert, er habe dies dem Sinn nach dem Beklagten auch angedeutet. Das Gericht glaubt diesen Aussagen auch ohne Beweids; die weitere Vernehmung des Zeugen S. war entbehrlich. Es würde zudem keinen wesentlichen Unterschied machen, wenn M. zum Beklagten nur gesagt hat: »Herr M. Sie müssen noch unterschreiben, Sie wissen ja«. Auch diese Bemerkung hätte Anlaß zu einer Frage des Beklagten gegeben, wenn er sich über die Tragweite nicht klar war. Der Vorwurf der Fahrlässigkeit trifft also lediglich den Beklagten. Dieser haftet auf Grund der übernommenen Garantie für den Schaden der Postverwaltung gegenüber.

c) LG Königsberg Pr., 1. Bz., Urteil vom 6. Juli 1922, 2 S 282/22.

Der Buchhalter T. veranlaßte Frau A. durch ein Telegramm unter Mißbrauch des Namens ihres Sohnes, 1400 M. an diesen durch telegraphische Postanweisung abzusenden. Der Geldebetrag wurde T. in der von ihm in dem Telegramm angegebenen Wohnung ausgehändigt, nachdem sein Wohnungsgeber D. die Empfangsbescheinigung auf der telegraphischen Postanweisung als Bürge mitunterschieden hatte. Die P. ersetzte der Absenderin den an den Betrüger ausgehändigten Geldebetrag³⁾. Da von T. nur 220 M. wiederzuerlangen waren, verklagte die Oberpostdirektion Königsberg den D. auf den Restbetrag von 1180 M. Das Amtsgericht Königsberg verurteilte ihn. Seine Berufung wurde vom Landgericht Königsberg zurückgewiesen. Aus den Gründen des Landgerichts:

»Der Vorderrichter hat in durchaus zutreffenden Ausführungen die Voraussetzungen des §. 823 BGB für vorliegend erachtet. Insbesondere ist ihm darin beizutreten, daß der Beklagte dadurch, daß er die telegraphische Anweisung unterschrieb, zum mindesten in grobfahrlässiger Weise in dem Geldebrieftträger D. den Irrtum erregt habe, daß der Empfänger des Geldes der A. sei, an den das Telegramm gerichtet war. Denn dem Beklagten war der Empfänger zweifellos nur unter

³⁾ Auch dieser Fall liegt wesentlich anders als der Fall des Urteils LG Chemnitz vom 6. Juli 1922, 5 Cg 84/22 (Archiv f. P. u. T. 1923 S. 447). Denn im obigen Falle war der Empfänger der Sendung eben nicht der Betrüger T., sondern der Sohn der Absenderin A. Merkwürdigerweise geht das Gericht aber gar nicht auf den Gesichtspunkt der »Bürgschaftsunterschrift« ein.

dem Namen T. bekannt; während er andererseits, wie aus der Beweisaufnahme hervorgeht, wußte, daß die fragliche Geldsendung für einen A. bestimmt war. Auch er wäre also verpflichtet gewesen, den Gelbbriefträger auf diesen Widerspruch aufmerksam zu machen. Tat er dies nicht, sondern unterschrieb die Anweisung, so konnte L. annehmen, daß T. der richtige Empfänger war. Infolge dieses Irrtums zahlte L. den Geldbetrag aus, und dadurch wurde das Vermögen des Klägers, der Eigentümer der Gelder war, in Höhe des ausgezahlten Betrages beschädigt. Infolgedessen ist der Beklagte zum Schadenersatz nach § 823 BGB verpflichtet. Sein Einwand, daß ein mitwirkendes Verschulden des Oberpostschaffners L. vorliege, vermag den Anspruch des Klägers gegen ihn nicht zu unterkriegen. An und für sich ist zwar die Vorschrift des § 254 BGB für alle Fälle einer Schadenersatzverpflichtung, mag diese auf Vertrag oder auf unerlaubter Handlung oder sonst auf irgendeinem Gesetze beruhen, bestimmt; auch ist der Schlußsatz des § 254 Abs. II BGB, wonach der § 278 BGB entsprechende Anwendung zu finden hat, nicht nur auf die Fälle des Abs. II, sondern auch auf die des Abs. I selbst im Gebiet der unerlaubten Handlungen zu beziehen. Jedoch kann der § 278 BGB in dem vorliegenden Falle nicht zur Anwendung kommen; denn diese Vorschrift verlangt, daß der gesetzliche Vertreter oder die Hilfspersonen des Geschädigten »in Erfüllung einer Verbindlichkeit« gefehlt haben (vgl. RGZ 62 S. 348; 75 S. 258), setzt also ein besonderes Schuldverhältnis voraus. Ein solches Schuldverhältnis bestand aber vor Leistung der Unterschrift, durch die die Schädigung des Klägers erst verursacht wurde, zwischen diesem und dem Beklagten nicht. Eine entsprechende Anwendung des § 831 BGB kommt deshalb nicht in Frage, weil diese Vorschrift den Fall behandelt, in dem der Geschäftsherr für den von dem Bestellten einem Dritten widerrechtlich zugefügten Schaden von diesem in Anspruch genommen wird. In den Fällen des mitwirkenden Verschuldens handelt es sich dagegen um einen Anspruch des Geschäftsherrn auf Schadloshaltung gegen einen anderen und um die Frage, ob und inwieweit der Geschäftsherr hierbei ein Verschulden der von ihm bestellten Person wie ein eigenes zu vertreten hat. Ganz abgesehen davon ist ein Verschulden des Briefträgers L., der zweifellos ebenfalls unwirksam gewesen ist, nach § 830 BGB unerheblich. Denn der Ersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten bleibt auch bei einem Anspruch gegen den Briefträger bestehen. Da auch nach der Überzeugung des Berufungsgerichts kein Zweifel besteht, daß der damals mittellose T., der sich zur Zeit in Strafhast befindet, nach wie vor vermögenslos ist und pfändbares Vermögen nicht besitzt, der Beklagte aber selbst im anderen Falle nach § 830 BGB allein für den Schaden verantwortlich wäre, weil zur Gemeinschaftlichkeit der Begehung einer unerlaubten Handlung auch das bloß tatsächliche Zusammenwirken mehrerer Personen, ja selbst das Zusammenwirken fahrlässiger Handlungen mehrerer Personen genügt, vorausgesetzt, daß ein jeder von den mehreren tatsächlich zur Entstehung des Schadens mitgewirkt hat (vgl. RGZ 58 S. 354), so war der Berufung der Erfolg zu versagen.“

B. Telegraphen- und Fernsprechte.

1. Zur Haftung der DRP im Telegrammverkehr (§ 21 I TD).

Hamburg vom 30. Januar 1923 S VIII 497/22, DRG Hamburg vom 8. Juni 1923 S IV 124. 23, RGZ vom 4. Juli 1924 III 596. 23.

Eine Firma hatte im Juni 1922 bei einem Postamt in Hamburg ein Telegramm zur Beförderung nach Schweden aufgegeben. Das Postamt hat das Telegramm angenommen, hat es auch an den Telegraphenamt weitergeleitet, dort ist aber das Telegramm in den Luft geraten; Absendung ist daher unterblieben. Die Firma klagt, ihr sei dadurch ein Schaden von 300 schwedischen Kronen entstanden und macht hierfür die DRP verantwortlich. Die Klage der Firma gegen die DRP (Oberpostdirektion Hamburg) ist in allen drei Rechtszügen abgewiesen worden.

Das Landgericht läßt es dahingestellt, ob für das zwischen den Parteien bestehende Rechtsverhältnis der Intern. Telegraphen-

vertrag in Betracht komme, da auch nach der TD der Klageanspruch nicht begründet sei. Es fährt dann fort:

»Der Begriff des Verlustes, auf den es hier ankommt, ist weit aufzufassen, denn die Vorschrift des § 21 der TD stellt eine Parallele dar zu § 6 PG von 1871. Verlust einer Sendung im Sinne des PG liegt aber schon dann vor, wenn sie an den Adressaten nicht bestellt worden und deren Verbleib nicht mehr zu ermitteln ist⁴⁾. Dabei ist es gleichgültig, wodurch der Verlust verursacht worden ist, ob die Sendung vernichtet, verloren, entwendet, verwechselt, vertauscht oder unrichtig ausgeliefert ist (Mischenborn, PG § 6 Anm. 7).

Da die obenerwähnten Bestimmungen der TD und des PG sich fast vollständig decken, so hat das Gericht keine Bedenken, die Auslegung, die das PG gefunden hat, auch ohne weiteres auf die TD anzuwenden. Die Ansicht der Klägerin, daß die Unterlassung der Beförderung des verlorengegangenen Telegrammes keinen Verlust darstelle, ist darum nicht richtig.

Die Klägerin will die Befreiungsbestimmungen erst von dem Augenblick der Absendung gelten lassen. Doch auch dieses ist nicht richtig. Maßgebend ist vielmehr allein der Zeitpunkt der Auslieferung, denn mit ihr kommt der Vertragsschluß zwischen dem Absender und der Post zustande, dann müssen aber von diesem Augenblick an auch die Vorschriften über die Haftung der Post gelten.

Auch aus dem Gesichtspunkt des Verschuldens hat die Klägerin keine Ansprüche gegen den Beklagten; denn die Post hat in den obenerwähnten Bestimmungen ihre Haftung ohne Rücksicht auf die Frage des Verschuldens ausgeschlossen. Die Bestimmungen des PG über die Haftung sind abschließliche. Die Haftung wird auch dadurch weder begründet noch erweitert, daß der Schaden durch ein Verschulden der Organe der Post, sei es Fahrlässigkeit oder Vorsatz, herbeigeführt worden ist. Es kann daher, soweit gesetzlich eine Haftung nicht besteht, aus dem Verschulden eines Beamten kein Ersatzanspruch gegen die Post hergeleitet werden (Post- und Telegraphen- und Telephonrecht von Eger und Gordan 1909 S. 112)⁵⁾. Auch Mischenborn sagt in Anm. 5 zu § 6, daß der Absender der Post gegenüber keinen Anspruch auf Schadenersatz hat, weder im Falle des Verlustes oder einer Beschädigung, noch im Falle einer Verzögerung bei der Beförderung, auch wenn der Schaden von einem Postbeamten vorsätzlich herbeigeführt worden ist.

Endlich spricht auch die Fassung der TD vom 22. Dezember 1921⁶⁾, auf die sich die Klägerin gleichfalls stützt, nicht für, sondern gegen die Auffassung der Klägerin, denn durch diese⁶⁾ ist die Haftung der Post nicht erweitert, sondern noch weiter

⁴⁾ Vgl. ebenso Scholz, Post-, Telegraphen- und Fernsprechte § 225 Anm. 18b S. 786, sowie die Urteile über Verlust im Frachtrecht (vgl. z. B. Archiv f. P. u. T. 1922 S. 171).

⁵⁾ Vgl. vor allem Reichsgericht vom 1. Juni 1923 im Archiv f. P. u. T. 1924 S. 76.

⁶⁾ Hier hat sich das Landgericht geirrt. Es hat die TD von 1921 übersehen. Die Frage der Haftung der DRP bei Aufgabe von Telegrammen durch Fernsprecher oder Nebentelegraphen oder bei Zustellung von Telegrammen auf diesem Wege — darum handelte es sich nämlich bei der TD vom 22. Dez. 1921 — war schon vor Erlass der Änderung des § 21 TD vom 22. Dezember 1921 in der TD vom 25. August 1921 § 29 II Ziff. 7 dahin geregelt, daß die DRP nicht für Schäden haftete, die »bei der Übermittlung von Telegrammen« durch Fernsprecher oder Nebentelegraphen entstanden. Diese Vorschrift hat das Gericht übersehen. Die Vorschrift der TD vom 22. Dezember 1921, wonach die DRP »Nachteile, die bei der Auslieferung (der Telegramme) und Zustellung durch Fernsprecher oder Nebentelegraphen« entstehen, nicht zu vertreten hat, schaffte nicht neues Recht, sondern war eine rechtlich überflüssige Wiederholung jener Bestimmung der TD vom 25. August 1921. Sie ist auch bereits durch TD vom 3. November 1922 (RGBl. I S. 839) aufgehoben worden.

Das Zusprechen eines Telegramms und die Aufgabe eines solchen durch Fernsprecher oder Nebentelegraphen gehören nicht zur telegraphischen Beförderung. Eine Haftung für diese Vorgänge ist nicht in § 21 TD geregelt, sondern in der TD (vgl. TD vom 21. Juni 1924 § 29 II Ziff. 7, § 23 I, II, III, § 24 I Ziff. 4), die allerdings ebenfalls jede Haftung der DRP ausschließt.

beschränkt worden. Während bisher die Befreiung erst vom Augenblick der Auslieferung, nicht der Absendung, wie die Klägerin meint, Platz griff, soll die Post nunmehr⁷⁾ auch für die Nachteile, die bei der Auslieferung und Zustellung durch Fernsprecher oder Nebentelegraphen entstehen, nicht einfließen.

Das OLG Hamburg schloß sich den Ausführungen des Landgerichts an und hob nur noch hervor, daß die Ansicht der Klägerin, ein Telegramm, auf das sich die Haftungsbefreiung des § 21 TD beziehe, liege erst dann vor, wenn der zur telegraphischen Beförderung aufgegebenen Wortlaut mit dem Telegraphenapparat weitergegeben sei, in dem Wortlaut des Gesetzes keinerlei Stütze finde.

Das Reichsgericht hat die Revision der Klägerin mit folgenden Gründen zurückgewiesen:

»Nach den Urteilsfeststellungen ist das den Schaden verursachte Ereignis, nämlich der Verlust des Telegramms, im Bereich der Telegraphenverwaltung eingetreten. Für die Rechtsbeziehungen zwischen ihr und der Klägerin ist § 21 I TD in der Fassung vom 22. Dezember 1921 (RGBl. S. 1600

Nr. 10) maßgebend (vgl. § 2 Gef. ^{8. 9. 19} ^{6. 5. 20} RGBl. S. ¹⁵²² ⁸⁹⁴) [Verhandlungen der Nationalversammlung Anlagen Bd. ³³⁸ ³⁴² Druck-

sache Nr. ⁸¹¹ ²⁶⁷³ S. ⁴ ⁶]).⁷⁾ Diese Bestimmung bildet die Unterlage des zwischen der Klägerin und der genannten Verwaltung durch Aufgabe und Entgegennahme des Telegramms geschlossenen Beförderungsvertrags (RGZ Bd. 91 S. 64, Bd. 107 S. 275⁸⁾). Nach ihr leistet die RTB für die richtige »Überkunft« der Telegramme keine Gewähr und hat Nachteile, die durch Verlust, Entstellung oder Verspätung derselben entstehen, nicht zu vertreten. Sie hat daher auch, wie die beiden Vorinstanzen zutreffend angenommen haben, für den hier etwa entstandenen Schaden nicht zu haften. Die Ausführung der Revision, daß ein Telegramm im Sinne jener Bestimmung erst dann vorliege, wenn die aufgegebenen »Depesche« wirklich abtelegraphiert worden sei, ist als zutreffend nicht anzuerkennen. Telegramm im Sinne der genannten TD ist jedes zur Beförderung durch den Telegraphen vorgelegte Schriftstück, selbst dann, wenn dessen Beförderung abgelehnt worden oder sogar ausgeschlossen ist. Dafür, daß gerade in § 21 I TD dem Worte ein anderer Sinn beigelegt sein soll, fehlen äußere und innere Gründe. Die Revision behauptet, der Beklagte habe selbst anerkannt, daß die Ablehnung seiner Haftung erst mit der Beförderung beginne; er habe nämlich angeführt, der Verlust des fraglichen Telegramms sei nach der Aufgabe während der Beförderung eingetreten; als Beförderung gelte aber schon die Übermittlung vom PA an das TA zwecks Weiterbeförderung — letzteres sei allerdings rechtsirrig, denn erst mit der Übertragung der Depesche auf den Apparat beginne die Leistung des TA. Weber ist dieser Rechtsauffassung der Klägerin beizupflichten, noch mußte aus jener Ausführung des Beklagten ein Zugeständnis entnommen werden. Schon aus § 4 TD ergibt sich, daß die Leistung des TA bereits mit der Annahme des Telegramms⁹⁾ beginnen kann und in jedem Falle beginnt sie sogleich dann, wenn das Amt

mit dem aufgegebenen Telegramm dienstlich befaßt wird. Für jede in diesen Bereich fallende, an sich demnach von der RTB zu vertretende Tätigkeit oder Unterlassung, auch wenn sie hier die Überkunft oder Zustellung des Telegramms geradezu vereitelt, ist die Haftung der RTB durch § 21 I TD ausgeschlossen.

Daraus, daß bei der letzten, jetzt geltenden Fassung des § 21 TD die Bestimmung eingefügt worden ist, daß auch die Nachteile nicht zu vertreten sind, die durch Auslieferung und Zustellung der Telegramme durch Fernsprecher oder Nebentelegraphen entstehen, ist Gegenteiliges nicht herzuleiten. Diese Bestimmung dehnt die Haftungsbefreiung auf Fälle aus, deren Einbeziehung unter den § 21 I in seiner bisherigen Fassung zweifelhaft sein konnte¹⁰⁾. Daraus ist aber nicht zu folgern, daß die Haftung nicht bisher schon bei solchen Vorkommnissen ausgeschlossen gewesen sei, die sich, wie der vorliegende Fall, auch im allüberkommenen Betrieb ereignen konnten. Einer Heranziehung der PD und des Art. 3 des internationalen Telegraphenvertrags bedarf es hiernach nicht¹¹⁾.

2. Keine Haftung der DRP für Entstellung von Telegrammen (§ 21 TD).

LG Breslau vom 18. Juni 1923, 6 O 888. 22;

OLG Breslau vom 22. Mai 1924, 7 U 307. 23.

Die Bankfirma N. in Breslau hatte ein Telegramm nach Berlin aufgegeben. Das Telegramm kam entstellt an. Die Bankfirma behauptete, sie habe dadurch Schaden erlitten und verklagte die DRP (Oberpostdirektion Breslau) auf Ersatz des Schadens. Die Klage ist rechtskräftig abgewiesen worden. Aus den Gründen des Landgerichts:

»Der Vertrag, den die Post durch Annahme des Telegramms mit dem Absender abschließt, ist ein Werkvertrag im Sinne der §§ 680 ff. BGB. Die Telegraphenverwaltung hat es gegen Zahlung der tarifräßigen Gebühren übernommen, ihm ihr »von dem Absender übergebene Nachricht an den Empfänger unter Benützung der technischen Einrichtungen zu übermitteln. Bei Inanspruchnahme der Verrichtung der Post und Telegraphenverwaltung handelt es sich lediglich um privat rechtliche Verträge der Staatsbürger mit dem Reiche, nicht um eine Betätigung der öffentlichen Gewalt des Reichs¹²⁾».

¹⁰⁾ Das Reichsgericht begeht hier den gleichen Fehler wie das LG: es übersieht die Fernsprechordnung vom 25. August 1921 (§ 29 II Ziffer 7) — siehe Anm. 6.

¹¹⁾ Die PD scheidet ganz aus. Dagegen hätte das RG sich mit § 24 II TD und dem Intern. Tel. Vertrag auseinanderzusetzen sollen. Es handelt sich um ein nach dem Ausland bestimmtes Telegramm, das gemäß § 24 II TD in erster Linie den Bestimmungen des Intern. Tel. Vertrags und seiner Ausführungsübereinkunft und der etwaigen besonderen Telegraphenverträge unterliegt, während das innerdeutsche Telegraphenrecht (TD selbst) nur insoweit gilt, als jene Bestimmungen nicht entgegenstehen. Die erste Frage hätte daher die sein müssen, ob nicht die Klage an der Vorschrift des Art. 3 Intern. Tel. V. scheitern müsse. Diese Vorschrift enthält einen ganz allgemeinen Ausschluß der Haftung der Telegraphenverwaltungen für den internationalen Telegraphenverkehr. Sie regelt nicht lediglich das Verhältnis der Mitglieder des Welttelegraphenvereins unter sich, sondern gibt Recht, das unmittelbar gegenüber den Benutzern der Telegraphen zum »telegraphischen Verkehr mit dem Auslande« gilt. So würde man schon aus dem Art. 3 Intern. Tel. V. heraus zur Abweisung der Klageansprüche gelangen müssen. Trägt man Bedenken hiergegen, so steht doch sicherlich das eine fest: Der Grundsatz des Art. 3 Intern. Tel. V. geht dahin, jede Haftung der Telegraphenverwaltungen im internationalen Telegraphenverkehr auszuschließen. Jede Vorschrift eines Landes des Welttelegraphenvereins, daß die Haftung der Post für Telegramme ausschließt oder beschränkt, bewegt sich mithin durchaus im Rahmen des Art. 3 Intern. Tel. V. Die Vorschrift des § 21 TD steht daher durchaus im Einklang mit dem Welttelegraphenrecht. Fände danach der Art. 3 Intern. Tel. V. nicht bereits selbst unmittelbar Anwendung, so entspricht es durchaus dem § 24 II TD, wenn die Frage der Haftung der Reichspost nach § 21 TD beurteilt wird.

¹²⁾ Das Gericht verwechselt hier »öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehungen« und »öffentliche Gewalt«! Ein merkwürdig oft auftretender Irrtum.

⁷⁾ Dort sind die Begründungen der beiden Gesetze enthalten.

⁸⁾ Vgl. auch Archiv f. P. u. T. 1924 S. 32 Ziff. 1.

⁹⁾ Hier muß man ergänzen: »bei einer Verkehrsanstalt der DRP.« Die Haftungs Vorschrift des § 21 I TD greift Platz, sobald das Telegramm bei einer Verkehrsanstalt, gleichviel ob Post- oder Telegraphenamt, angenommen ist. Wann die eigentliche Telegraphierleistung beginnt, ist ganz belanglos. Die Hervorhebung des Begriffs »der Leistung des Telegraphenamts« ist irreführend.

Zu beachten ist auch gegenüber den Ausführungen des RG ferner, daß die Haftung für die Aufgabe eines Telegramms und für die Zustellung durch Fernsprecher oder Nebentelegraphen (§ 23 I, II, III, § 24 I Ziff. 4, TD vom 21. Juni 1924, Amtsbl. 1924 S. 371 ff) nicht in der TD, sondern in der FD (§ 29 II Ziffer 7) geregelt ist: »Die Telegraphenverwaltung haftet nicht für Schäden, die entstehen . . . bei der Übermittlung von Telegrammen . . . (§§ 23, 24).«

Den Werkvertrag mit der Klägerin hat die Telegraphenverwaltung nach dem übereinstimmenden Vortrag der Parteien nicht ordnungsgemäß erfüllt, da das aufgegebenes Telegramm nicht in der Form zugestellt ist, welche in der Urschrift niedergelegt war. Rechte aus dieser Vertragsverletzung gemäß § 635 BGB in Verbindung mit §§ 320 ff., 278, 276 BGB kann die Klägerin jedoch nicht geltend machen, da solche durch § 21 TD ausgeschlossen sind. Dort ist bestimmt, daß die Telegraphenverwaltung für die richtige Überkunft der Telegramme keine Gewähr leistet und Nachteile, welche durch Entstellung der Telegramme entstehen, nicht zu vertreten hat. Diese Bestimmung liegt dem mit der Telegraphenverwaltung abgeschlossenen Werkvertrag zugrunde. Entstellung ist jede Abweichung der dem Empfänger ausgehändigten Telegrammausfertigung von der Urschrift, gleichviel, ob diese durch Versehen eines Beamten oder andere Umstände, z. B. technische Mängel der Apparate oder Witterungseinflüsse, herbeigeführt ist. Aus der allgemeinen Fassung des § 21 ergibt sich, daß diese Vorschrift dahin auszulegen ist, daß sowohl auf physikalischen Ursachen beruhende Fehler von ihr gedeckt werden, als solche Fälle unrichtiger Überkunft, welche auf Verschulden der Angestellten der Telegraphenverwaltung beruhen. Die aufgeführten Einzelfälle, Verlust, Entstellung, Verspätung können in technischen Störungen irgendwelcher Art oder in unrichtiger Bedienung der Apparate ihre Ursache haben. Da nicht für die eine Gruppe die Haftung ausgeschlossen ist, muß angenommen werden, daß beide unter die Haftungsbeschränkung des § 21 der TD fallen. Unter »Entstellung« im besonderen ist jede Nichtübereinstimmung des Aufgabetelegramms mit dem ausgehändigten Telegramm zu verstehen. Um eine solche Entstellung handelt es sich aber im vorliegenden Falle, da Aufgabetelegramm und ausgehändigtes Telegramm unstreitig nicht übereinstimmen.

Der Grund für den Ausschluß der Gewährleistung liegt darin, daß die Gesetzgebung davon ausgeht, es könnte zu den geltenden Gebührensätzen der Telegraphenbetrieb nur durchgeführt werden, wenn die Gewährleistung wegen der Telegramme ausgeschlossen wird. Die gesetzgebenden Stellen haben angenommen, daß in dem Falle, wenn der Postfiskus Gewährleistungsansprüche zu befriedigen hätte, die Telegrammbeförderung zu den geltenden Gebührensätzen nicht durchgeführt werden könne und nur eine Beförderung zu höheren Sätzen möglich wäre. Aus demselben Grunde ist durch § 6 des PG die Gewährleistung der Post für gewöhnliche Briefe, Postkarten und Zeitungen ausgeschlossen.

Eine Haftung des Beklagten aus dem Vertrag kommt somit nicht in Frage, und es bleibt als Grundlage einer Inanspruchnahme nur unerlaubte Handlung. Nun wird aber allgemein angenommen, daß nicht nur ein vertragsmäßiger Anspruch wegen Verschuldens der Organe der Postverwaltung mangelhafte Betriebseinrichtung, unzureichende Überwachung der Beamten oder der sonstigen Angestellten nicht besteht, sondern daß der Postfiskus auch nicht außervertraglich wegen an sich unerlaubter Handlung seiner Organe oder Angestellten (§§ 31, 89, 831 BGB) haftet (Scholz in Ehrenbergs Handbuch des Handelsrechts Bd. 5 Abt. II S. 785). . . . Eine Haftung des Beklagten aus § 839 BGB in Verbindung mit § 1 des Gesetzes betr. die Haftung des Reichs für Amtspflichtverletzungen der Beamten kommt nicht in Frage, weil der hier in Frage stehende Schaden nicht in Ausübung der öffentlichen Gewalt zugefügt worden ist. Denn die Handlungen des Beamten bei Erledigung eines Telegramms erfolgen nicht auf Grund des Hoheitsrechts des Reichs, sondern in Betätigung der Aufgabe des Reichspostfiskus als Verkehrsunternehmer. Das OLG hat die Berufung der Bankfirma mit folgenden Gründen zurückgewiesen:

»Nach § 21 der TD vom 16. Juni 1904 leistet die Telegraphenverwaltung für die richtige Überkunft der Telegramme über deren Zustellung innerhalb bestimmter Frist keine Gewähr und hat Nachteile, die durch Verlust, Entstellung oder Verspätung der Telegramme entstehen, nicht zu vertreten. Unrichtige Überkunft liegt in allen Fällen vor, in denen durch einen Fehler in der Übermittlung das richtige Verständnis

der Zufertigung unmöglich gemacht wird, und es macht keinen Unterschied, ob die Unmöglichkeit des richtigen Verständnisses durch eine Entstellung der aufgegebenen Worte selbst oder durch einen unrichtigen Zusatz wie im vorliegenden Falle herbeigeführt worden ist (vgl. RG Bd. 107 S. 275)¹⁹⁾.

Auf Grund des § 21 TD ist daher jede Haftung des Beklagten für den der Klägerin infolge der unrichtigen Überkunft des Telegramms erwachsenen Schaden ausgeschlossen. Demnach ist die Berufung zurückzuweisen, ohne daß es einer Erörterung darüber bedarf, nach welchen gesetzlichen Vorschriften die Haftung des Beklagten, wenn sie nicht durch § 21 TD ausgeschlossen wäre, begründet sein würde.«

3. Zur Rückzahlung des einmaligen Fernsprechbeitrags (keine Aufwertung).

LG Hamburg vom 25. Juni 1924, 3 VII 319. 24.

Die Firma W. hatte als Teilnehmerin am hamburgischen Fernsprechverkehr auf Grund des Gesetzes vom 6. Mai 1920 (§ 9) für einen Haupt- und Nebenschluß insgesamt 1200 M und am 19. Juni 1922 für zwei weitere Nebenschlüsse nochmals 400 M einmaligen Fernsprechbeitrag bezahlt. Die RW hatte 1923 die Beträge zur sofortigen Rückzahlung gefordert und der Firma W. am 16. Oktober 1923 den Betrag von 1627 M überwiesen. Die Firma W. behauptete, sie habe bei einer Umrechnung über den Dollar 1920 und 1922 85,13 Goldmark hingegeben, dagegen im Jahre 1923 nur einen Betrag von 0,003 Goldmark zurückerhalten, und verlangte von der Oberpostdirektion Hamburg im Klageweg Zahlung des Unterschiedsbetrags. Die Klage ist rechtskräftig abgewiesen. Aus den Gründen:

»Das Gericht hat die Zulässigkeit des Rechtswegs von Amtswegen geprüft. Dabei ist davon auszugehen, ob eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit im Sinne des § 13 BGB vorliegt. Zu diesen gehören nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts (RGZ 92, 310; 93, 203; 105, 37)¹⁹⁾ zahlreiche Ansprüche, die im öffentlichen Recht ihren Ursprung haben, unter Umständen selbst dann, wenn sie nicht in herkömmlicher Weise als Privatrechte, sondern als öffentlich-rechtlich bezeichnet werden müssen. Was ein bürgerlicher Rechtsstreit ist, entscheiden die Reichsgesetze. In Ermangelung positiver Bestimmungen des einzelnen Gesetzes ist seiner Gesamtheit und der darin zum Ausdruck gekommenen Rechtsauffassung zu entnehmen, ob die Streitigkeiten, zu denen die Anwendung des Gesetzes führen kann, der Entscheidung im ordentlichen Rechtsweg unterliegen. Aus den beiden hier in Frage kommenden Gesetzen über Fernsprechgebühren vom 6. Mai 1920 und 5. April 1923 läßt sich unmittelbar nichts

¹⁹⁾ Vgl. Archiv f. P. u. T. 1924 S. 32. — Das Urteil des LG ist ein typisches Beispiel dafür, in welchem Maße viele Gerichte immer noch fremd dem Post- und Telegraphenrecht gegenüberstehen. Wenn das LG bei Prüfung des Klageanspruchs auf Ersatz für den Verlust eines Telegramms vom BGB ausgeht und die Ersatzfrage gar aus §§ 635, 320, 278 BGB untersucht, so ist das eine auffallende Fremdheit gegenüber den Normen des Gesetzes über Telegraphengebühren vom 6. Mai 1920 (§ 2 Ziff. 7) — vgl. Archiv f. P. u. T. 1924 S. 78 Anm. 4 — und der TD, die denn auch von dem OLG mit erfreulicher Kürze zurückgewiesen wird.

Daß der § 21 TD auch außervertragliche Ansprüche des Telegrammauslieferers gegen die Reichspost ausschließt, hebt das LG mit Recht hervor. Das OLG hat das mit Recht nachdrücklich unterstrichen. Wegen des § 839 BGB und des Gesetzes vom 22. Mai 1910 darf auf Archiv f. P. u. T. 1924 S. 78 Anm. 3 verwiesen werden. — Urteile über Ersatzfragen aus § 21 TD: Archiv f. P. u. T. 1923 S. 62, 63, 1924 S. 32, 78.

¹⁴⁾ Das Urteil RGZ 106 S. 179 v. 9. Januar 1923 VII 403. 22 hat folgenden gerade für das Telegraphen- und Fernsprechrecht bedeutsamen Standpunkt eingenommen:

„Die Vorschrift des § 13 BGB — über die Zuständigkeiten der ordentlichen Gerichte — ist dahin aufzufassen, daß sie sich auf alle Streitigkeiten bezieht, welche nach der zur Zeit des Erlasses des BGB geltenden Rechtsauffassung oder nach der Auffassung des betreffenden späteren Gesetzes durch die ordentlichen Gerichte zu entscheiden waren.“

Das wird bedeutsam für das Telegraphen-Fernsprechrecht, sowie für das Postrecht, deren Zuweisung in das öffentliche Recht erst das Ergebnis späterer Rechtsauffassung und Rechtsdurchbildung ist.

für die zur Entscheidung stehende Frage entnehmen . . . Lassen sich aus den beiden angezogenen Gesetzen keine Anhaltspunkte gewinnen, so führen doch allgemeine Erwägungen dazu, für die hier erhobenen Ansprüche den Rechtsweg als gegeben zu erachten. Geht man davon aus, daß der Beitrag ein Institut des öffentlichen Rechts ist, so ist zu bemerken, daß der Kläger nicht einen Anspruch auf diesen Beitrag, der dann allerdings ebenfalls ein öffentlich-rechtlicher Anspruch wäre, geltend macht. Vielmehr behauptet er, daß die vom Beklagten geleistete Zahlung nicht als Erfüllung anzusehen sei. Die Frage aber, ob durch Hingabe von Zahlungsmitteln im Rennwert eine Forderung getilgt wird, gehört dem bürgerlichen Recht an (vgl. auch Otto Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht II S. 512 Anm. 29) . . . Indessen erscheint der Anspruch materiell nicht begründet. Allerdings nicht wie der Beklagte (Oberpostdirektion Hamburg) meint, deshalb, weil der § 16 der dritten Steuernotverordnung anwendbar sei. Es handelt sich bei dem Beitrag überhaupt nicht um eine Anleihe. Die Anleihe wendet sich an die Gesamtheit und ist auf freiwillige Kreditgewährung aufgebaut (die Zwangsanleihe ist überhaupt keine Anleihe, sondern eine verkappte Vermögenssteuer [vgl. Hedel im Handw. der Staatsw. I S. 482], während der Beitrag nur den Telephoneteilnehmern auferlegt und auf sie beschränkt war. Auf der anderen Seite hat der Beitrag zwar wirtschaftlich gewisse Merkmale des bürgerlich-rechtlichen Darlehens. Es ist hier wie beim Darlehen eine Geldsumme dem Empfänger zum Verbrauch für seine Zwecke mit der Verpflichtung zur Rückzahlung hingegeben. Da beim Darlehen seinem Wesen nach die Voraussetzung einer Gleichwertigkeit zwischen Leistung und Gegenleistung besteht, ist der Darlehensnehmer nach den Grundsätzen von Treu und Glauben verpflichtet, den empfangenen Betrag aufzuwerten (Jur. Wochenschr. 1924 S. 42) . . . Mit aller nur möglichen Deutlichkeit zeigt aber der Ausdruck des Gesetzgebers, daß die von der Postverwaltung einzugehende Verpflichtung nicht nach den Grundsätzen des bürgerlichen Darlehens zu behandeln ist . . . Der Beitrag ist als öffentlich-rechtliche Abgabe anzusehen, der in dem vorliegenden Einzelfall die Besonderheit anhaftet, zurückgezahlt werden zu müssen. Die Frage, ob diese Rückzahlungspflicht nach Treu und Glauben dahin ausgedeutet werden muß, daß nicht der Nennbetrag, sondern der innere Wert dem Gläubiger zu erstatten ist, ist zu verneinen. Der Beitrag ist Ausgleich für die Anstaltsnutzung, er ist neben der Gebühr für das Einzelgespräch — die Gegenleistung für die einmalige Inanspruchnahme der öffentlichen Anstalten ist — dazu bestimmt, die Kosten dieser Anstalt zu decken (Feiner, Institutionen S. 397). Werden wie hier die Beiträge zum Ausbau der Anstalt verwandt, so haben sie allerdings die Geldentwertung nicht oder doch nicht in vollem Ausmaß mitgemacht. Die Geldbeträge dienen werbenden Zwecken. In dieser Hinsicht besteht eine gewisse Verwandtschaft mit den Fällen, in denen Geldmittel während der Inflationszeit in kaufmännischen Betrieben als Darlehen oder in anderen Formen der Beteiligung investiert worden sind. Aber es besteht doch gerade in dem ausschlaggebenden Punkte ein Gegensatz. Bei den oben angeführten Beispielen kapitalistischer Beteiligung bedient sich der Geldnehmer des fremden Geldes zu Zwecken des eigenen Gewinnes, und es mag daher der Willigkeit entsprechen, den Geldgeber nicht die ganze Gefahr der Entwertung tragen zu lassen. Die Reichspost dagegen verwandte die Beiträge nicht in ihrem eigenen Interesse, sondern förderte, indem sie das Fernsprechnetz verbesserte, indirekt die Belange der Fernsprechteilnehmer in ihrer Gesamtheit. Dem einzelnen Teilnehmer sind die wirtschaftlichen Vorteile, die seine Beitragsleistung zur Folge hatte, bereits in Gestalt einer Verbesserung und Erweiterung des Fernsprechnetzes zugeflossen. Der Hinweis des Beklagten auf die Tatsache, daß die von der Postverwaltung ausgeführten Verbesserungen sich im Falle der Richterhebung der Beiträge nur durch Erhöhung der Gebühren hätten durchführen lassen, ist durchaus zutreffend und beweist, daß dem Kläger der von ihm begehrte Ausgleich für die Geldentwertung, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar

durch Ersparung von Gebühren bereits zugeflossen ist. Der Grundsatz von Treu und Glauben kann daher, wenn man ihn überhaupt bei der öffentlich-rechtlichen Natur der Beiträge für anwendbar halten will, nicht dazu führen, die Klageforderung als begründet anzusehen, vielmehr hat der Beklagte durch Rückzahlung der »Beiträge« nebst Zinsen zum Nennwert seine Verbindlichkeit gegenüber dem Kläger getilgt.

4. Haftpflicht des Fernsprechteilnehmers für Verletzung des Betriebspersonals.

RG vom 17. Mai 1924 IV 925. 23.

Der Buchhalter der Firma R. und J. hatte am 2. April 1921 bei Herbeiführung eines geschäftlichen Ferngesprächs, weil er die gewünschte Verbindung durch einen Irrtum der Vermittlungsbeamtin P., eine Helferin, nicht sofort erhielt, die Kurbel des Fernsprechers mehrmals schnell hintereinander gedreht, obwohl er wußte, daß das verboten war. Durch den starken Wedstirn wurde die P. verletzt. Sie verlangte von der Firma R. und J. die Erstattung ihres Schadens, soweit er nicht durch die ihr von der Postversicherungskommission zugesprochene Unfallrente gedeckt war, und zwar Schmerzensgeld, Heilkosten und Verdienstentgang sowie das Anerkenntnis der Pflicht, ihr allen weiteren Schaden zu ersetzen. Sie stützte ihren Anspruch auf das Teilnehmerverhältnis der Firma R. und J. und auf unerlaubte Handlung. Zur Begründung des Vertragsanspruchs behauptete die P., daß ihr die in der »Anweisung zur Benutzung der Fernsprechanstalt« enthaltene Vorschrift über die Benutzung der Kurbel nach § 328 BGB ein selbständiges Recht auf Schadensersatz gegen den Teilnehmer einräume.

Der Klage der P. gegen die Firma ist in allen drei Instanzen stattgegeben worden. Nur wegen des Anspruchs auf Schmerzensgeld hatte das Reichsgericht einige Bedenken. Aus den Gründen des Reichsgerichts:

»Soweit die Klägerin ihre Ansprüche aus dem Fernsprechanstaltungsvertrag der Beklagten mit der Post ableitet, begegnet die Ausführungen des angefochtenen Urteils in rechtlicher Beziehung auch sonst keinem Bedenken. Das Berufungsgericht hat sich an eine Entscheidung des 3. Zivilsenats — RGZ Bd. 99 S. 341²⁵⁾ — angeschlossen, die mit dem einzigen Unterschied, daß dort das Reich als Kläger aufgetreten ist, einen völlig gleichgelagerten Fall behandelt. Das Reichsgericht hat dort angenommen, daß die Befolgung der Fernsprechnormen zu den Vertragspflichten des an die Fernsprecheleitung angeschlossenen Teilnehmers gehört, und daß dieser, gleichviel ob der Fernsprechanstaltungsvertrag dem öffentlichen oder dem bürgerlichen Recht angehört, nach § 278 BGB oder nach dem dort ausgesprochenen allgemeinen Rechtsgedanken auch für Zuwiderhandlungen seines Angestellten einstehen muß, dessen es sich bei der Ausübung seiner Teilnehmerrechte und bei der Erfüllung der ihm hierbei obliegenden Pflichten bedient. Daran ist festzuhalten. Wie zu entscheiden wäre, wenn die Beklagte die Benutzung ihres Fernsprechers im vorliegenden Falle aus Gefälligkeit einem »Gast« oder sonstigen dritten gestattet hätte, bedarf hier nicht der Erörterung²⁶⁾.

Wenn die Beklagte bestreitet, daß durch die im Tatbestand angeführte Vorschrift über die Benutzung des Fernsprechers ein Schuldverhältnis zwischen der Beklagten und der Klägerin zustande gekommen sei, so kann ihr darin nicht Recht gegeben werden. Der Wortlaut der Vorschrift ist mit dieser Annahme des Berufungsgerichts ohne Zweifel vereinbar. Die »Beschädigungen der Beamten« und die daraus abzuleitenden »Ersatzansprüche« sind im engsten Zusammenhang genannt. Die Beamten durch Ersatzansprüche gegen Beschädigungen zu sichern ist der offenbare Zweck der Vorschrift (§ 328 Abs. 1 BGB). Nichts spricht dafür, daß sich die Post nur den Ersatz des ihr selbst durch die Unfallfürsorge für verletzte Beamte erwachsenden Schadens ausbedingen wollte, während der Verletzte bezüglich seines weitergehenden Schadens auf die ihn gegen den schuldigen Teilnehmer etwa aus unerlaubter Handlung zustehenden Rechtsbehelfe beschränkt bleiben sollte. Das

²⁵⁾ Vgl. auch Archiv f. P. u. T. 1921 S. 473 Anm. 2.

²⁶⁾ Vgl. dazu Anm. 17 I letzter Absatz.

Reichsgericht hat in einem ähnlichen Falle, in dem das Mitglied einer Ortskrankenkasse im Krankenhaus durch die Unachtsamkeit einer Angestellten des Krankenhauses geschädigt worden war, dem Vertrag zwischen der Ortskrankenkasse und dem Krankenhaus im Wege der Auslegung nach § 328 Abs. 2 BGB ein unmittelbares Recht des Verletzten auf Schadensersatz gegen das Krankenhaus entnommen. Auf die Begründung dieser Entscheidung — Warneher, Rechtspr. 1915 Nr. 203 S. 306 und Jur. Wochenschr. 1915 S. 916 — wird hier verwiesen. Endlich steht auch das Beamtenverhältnis der Klägerin in dem hier in Betracht kommenden Punkte der Annahme eines unmittelbaren Schuldverhältnisses zwischen den Parteien im Sinne des § 328 Abs. 2 BGB nicht entgegen. Daher kann dem Rechtsmittel der Beklagten, soweit deren Verurteilung auf Grund des Vertrags erfolgt ist, kein Erfolg zuteil werden¹⁷⁾.

¹⁷⁾ I. Die Entscheidung verdient vor allem in Beamtenkreisen besondere Beachtung; sie ist auch ein lehrreicher Beitrag zur Frage der Haftung des Fernsprechteilnehmers.

Bei Beurteilung des Falles — es handelte sich um eine Prieteinstellenanlage der verklagten Firma — muß berücksichtigt werden, daß die Entscheidung noch von den ABZO vom 1. März 1900 ausgehen mußte. Diese enthielten eine Vorschrift, wie sie jetzt schon seit längerer Zeit im Fernsprechte ist, nicht. Der § 29 I Abs. 4 der ZD von 1924 besagt: »Der Teilnehmer ist dafür verantwortlich, daß die in dem amtlichen Fernsprechbuch abgedruckte Anweisung zur Benutzung der Fernsprechanlüsse beachtet wird; für Schäden, die der Telegraphenverwaltung durch Nichtbeachtung entstehen, ist er ersatzpflichtig.« Bisher standen Rechtssprechung und Schrifttum auf dem Standpunkt, daß das Betriebspersonal, das durch Nichtbeachtung der Vorschriften über die Benutzung des Fernsprechers geschädigt, nur Ersatzansprüche gegen den Teilnehmer nach den Bestimmungen über unerlaubte Handlungen hatte, nicht aber selbständige Verträgeansprüche auf Schadensersatz (vgl. auch Archiv f. u. T. 1921 S. 505 unter 4a). Das hatte für das Betriebspersonal den Nachteil, daß es meist, wenn ein anderer als der Teilnehmer selbst den Fernsprecher benutzt hatte, die Gefahr des Mißbrauchsbeweises des Teilnehmers (§ 831 BGB) in Kauf nehmen mußte. Hier hat das Reichsgericht neue Gesichtspunkte zugunsten der Beamten aufgestellt.

Das Reichsgericht hat sich der in jüngster Zeit oft verwendeten Konstruktion der Verträge zugunsten Dritter (§ 328 BGB) bedient, um dem Betriebspersonal die weitergehenden Verträgeansprüche auf Schadensersatz gegen den Teilnehmer zu verschaffen. Auf der Grundlage des jetzt geltenden Fernsprechts muß jedoch der Ausgangspunkt, von dem aus eine Ersatzpflicht des Teilnehmers aus einer Vertragspflicht gegenüber dem Betriebspersonal konstruiert werden kann, ein etwas anderer sein. Für das geltende Recht trifft es nicht zu, daß sich die Rechtssprechung durch die Bestimmungen der »Anweisung zur Benutzung der Fernsprechanlüsse« — namentlich über die Handhabung von Kurbeln zur Erzeugung des Wechselstroms — Ersatzansprüche in gewissem Umfang »ausbedinge«. Zwischen der Rechtssprechung und dem Fernsprechteilnehmer kommt kein besonderer Vertrag über den Inhalt der »Anweisung« zustande. Verträgeansprüchegrundlage, auch soweit die Bestimmungen dieser »Anweisung« in Frage kommen, kann nur das Teilnehmerverhältnis sein (§ 11 ZD; Archiv f. u. T. 1921 S. 475). Das Teilnehmerverhältnis kann als ein Vertragsverhältnis — zwischen Rechtssprechung und Teilnehmer — angesehen werden, das unter anderem Inhalt auch die Pflicht des Teilnehmers zur Beachtung jener Benutzungsanweisung in sich birgt (vgl. § 29 I Abs. 4 ZD). Diese ist als eine öffentlich-rechtliche Vertragspflicht anzusehen, die dem Fernsprechteilnehmer nicht widersprechen. Es stehen endlich keine theoretischen und praktischen Bedenken dagegen, die Haftung zu vertreten, daß die zum Schutze der Betriebsbeamten anders normierten Pflichten des Fernsprechteilnehmers nicht lediglich als Pflichten gegenüber der Rechtssprechung, sondern als öffentlich-rechtliche Vertragspflichten, die nach den Vorschriften über Pflichten aus Verträgen zugunsten Dritter (§ 328 BGB) zu behandeln und ebenfalls dem Betriebspersonal gegenüber bestehen. Die allgemeine Fassung des § 29 I Abs. 4 »Der Teilnehmer ist für verantwortlich, daß die... Anweisung... beachtet wird«, ist sehr zugunsten dieser Auffassung. Bei der öffentlich-

Was aber die nichtvertragliche Haftung der Beklagten für die festgestellte unerlaubte Handlung ihres Buchhalters anlangt, so bestehen gegen die Ausführungen des angefochtenen Urteils Bedenken. Allerdings barg der von der Beklagten aufgestellte Fernsprecher insofern eine gewisse Gefahr in sich, als stärkere, durch übermäßiges Kurbeln erzeugte Induktionsströme den Empfänger des Bedrufs, der den Hörer an sein Ohr brachte, verletzen konnten. Hieraus ergab sich für die Beklagte nach § 823 BGB die Pflicht, den Fernsprecher und dessen Benutzung entsprechend zu überwachen. Aber die an diese Aufsichtspflicht zu stellenden Anforderungen müssen zu dem Maß der immerhin beschränkten Gefährlichkeit der Vorrichtung in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Die Meinung des Vorderrichters, daß die Beklagte die Benutzung des Apparates ständig habe beaufsichtigen müssen, wird von der Revision nicht mit Unrecht als eine Überspannung der gesetzlichen Aufsichtspflicht bezeichnet. Vielmehr muß der Gebrauch des Fernsprechers einem fünfzigjährigen Buchhalter, solange nichts besonderes vorliegt, anvertraut werden dürfen. Aber hier wird von dem Berufungsgericht für erwiesen erklärt, daß der Buchhalter beim Anrufen immer in dieser — unzulässigen — Weise verfahren sei. Das »immer« ist freilich nicht wörtlich zu nehmen. Daß B. beim Anrufen immer falsch verbunden und dadurch jedesmal zu einem wiederholten raschen Ankurbeln veranlaßt worden sei, kann nicht die Meinung des Vorderrichters gewesen sein. Vielmehr wird er davon ausgegangen sein, daß B. nur in ähnlichen Fällen, also wenn er wegen unrichtiger Verbindung in begreifliche »Ungebul« geraten war, in dieser verbotenen Weise gewetzt hat. Solche Einzelvorkommnisse aber konnten den Inhabern der verklagten Firma unter Umständen ohne ihre Schuld entgehen. Daß sie von ihnen Kenntnis erlangt haben, oder daß in einem früheren Fall eine Beanstandung des Telegraphenamts an sie gelangt sei, oder daß sie selbst ihren Angestellten statt gelegentlicher Ermahnungen durch unsachgemäße Behandlung des Fernsprechers ein schlechtes Beispiel gegeben haben, ist nicht festgestellt worden. Ob sie aber, wie das angefochtene Urteil annimmt, zum mindesten bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt von der mißbräuchlichen Benutzung des Fernsprechers durch ihren Buchhalter hätten Kenntnis erlangen müssen, wird sich erst beurteilen lassen, wenn aufgeklärt ist, wie häufig ihr Buchhalter falsch verbunden wurde, ob das in ihrer Gegenwart vorkam, und ob der Fernsprecher in ihrer Nähe, in ihrem Arbeitszimmer, oder in einem anstoßenden Raum oder entfernt davon untergebracht war. Da hierüber noch keine Feststellungen getroffen sind, muß das angefochtene Urteil in diesem Punkte — wegen des Schmerzensgeldes — aufgehoben und die Sache in diesem Umfang zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverwiesen werden.«

rechtlichen Natur des Teilnehmerverhältnisses wird freilich, richtig betrachtet, nur eine sinngemäße Anwendung der Grundsätze der §§ 328 ff. BGB in Frage kommen können.

Wird eine Haftung des Teilnehmers gegenüber dem Betriebspersonal nach Vertragsrecht angenommen, so kann es für die Entscheidung keinen Unterschied machen, ob der Fernsprecher von einem Angestellten des Teilnehmers oder von einem »Gast« oder einem sonstigen Dritten benutzt worden ist. Denn auch in den letzten beiden Fällen hat die Firma die gleichen Vertragspflichten zur Verhütung einer Schädigung der Betriebsbeamten. Jedenfalls ist nicht ersichtlich, welche Verschiedenheit in diesen Fällen das Reichsgericht glaubt erkennen zu können.

II. Soweit die Ersatzansprüche der B auf Vertragshaftung gestützt werden, läßt sich ein Anspruch auf Schmerzensgeld nicht begründen. Schmerzensgeld kann nach § 847 BGB nur aus unerlaubter Handlung verlangt werden (RG 65 S. 21, Ab. 68 S. 433, Ab. 99 S. 264, RG in Jur. Wochenschrift 1909 S. 357 Ziff. 1; 1910 S. 112 Ziff. 13, 1911 S. 360 Ziff. 6 und S. 824 Ziff. 42; 1916 S. 488 Ziff. 7).

Anmerkungen 4 bis 17 von Ministerialrat Dr. Reugebauer.

Sachweiser.

	Seite		Seite
Abgekürzte Telegrammanschriften. Erhöhung der Gebühren für — im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift — Geltung von Gebührenänderungen auf laufende Rechtsverhältnisse	80	Fernsprechrecht (Fortf.). Haftpflicht des Fernsprechteilnehmers für Verletzung des Betriebspersonals	2
Abgeltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen der Beamten im Telegraphenbaudienst seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie	106	— Klage auf Herstellung eines Fernsprechanschlusses ...	1
Abhandenkommen eines Teils des Inhalts einer beschädigten Sendung. Schadenersatzpflicht der DRP, wenn vom Inhalt einer beschädigten Sendung während dessen Feststellung am Bestimmungsort in Gegenwart eines Beauftragten des Empfängers etwas abhanden kommt (RD § 35 II, III)	137	— Zum Verbot der gewerbsmäßigen Anmeldung von Ferngesprächen; Rechtsnatur der Fernsprechordnung (§ 17 III RD vom 21. Juni 1924 und § 17 II RD 1921/1922)	1
Antennen drahtloser Wirtschafts- und Spruchanlagen. DWG gilt für — (§§ 1, 8 DWG)	39	— Zur Rückzahlung des einmaligen Fernsprechbeitrags (keine Aufwertung)	1
Aufsätze und Mitteilungen. Nachweis von — über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums	25, 72, 132, 189	Fernsprechwesen. Die Ruhmerischen Hochfrequenzapparate für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin	1
Aufwertung. Zur Rückzahlung des einmaligen Fernsprechbeitrags (keine —)	199	— Hörerfischen (Belinde)	1
Auskunft am Schalter. Keine Haftung der DRP für falsche —	36	Klettner-Motorschiff. Das —	1
Beamtenrecht. Ein Postanwärter, der vom Truppenteil zur Probendienstleistung im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Zivildienstentkommens ...	23	Flugpost. Die — in Kolumbien	1
— § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärstrafgesetzes vom 2. Mai 1874/6. Mai 1880 begründet keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Der Rechtsweg ist unzulässig	128	Flugzeug. Das größte — der Erde	1
— Zum Begriff der Kosten des Heilberfahrens im Sinne der Beamten-Unfallfürsorgegesetze	187	Frauenhaare als Nebelsignal	1
Beamten-Unfallfürsorgegesetze. Zum Begriff der Kosten des Heilberfahrens im Sinne der —	187	Funktelegraphie. Die Verwendung der — im internationalen Nachrichtenverkehr Deutschlands	1
Beförderungstätigkeit der Post. Die der Post nach §§ 1, 1a PG vorbehaltene Beförderungstätigkeit umfaßt die gesamte Beförderungstätigkeit in einheitlichem Zusammenhang	77	Funkverkehr. Genehmigungspflichtigkeit einer Versuchsfunkanlage	1
Beschädigung eines Wertpakets infolge mangelhafter Verpackung. Keine Ersatzpflicht der Post für ein beschädigtes Wertpaket, wenn die Beschädigung durch mangelhafte Verpackung verursacht ist (PG § 6 Abs. 3 unter a)	138	— DWG gilt für Antennen drahtloser Wirtschafts- und Spruchanlagen (§§ 1, 8 DWG)	1
Beschädigung von Telegraphenstangen. Nebenkosten und Generalkosten bei —	35	Funkwesen. Funktelegraphische Gedankenübertragung	1
Bücherchau	23, 71, 131, 188	Gebührenerhöhungen. Erhöhung von Gebühren für abgekürzte Telegrammanschriften im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift — Geltung von Gebührenänderungen auf laufende Rechtsverhältnisse	1
Bürgschaft bei Empfangsbescheinigungen. Haftung dessen, der Empfangsbescheinigungen über Postanweisungs-, Zahlkartenbeträge oder über eine Postsendung als »Bürge« unterschreibt	194	Gedankenübertragung. Funktelegraphische —	1
Dienstliche Aufwendungen. Abgeltung der Kosten für — der Beamten im Telegraphenbaudienst seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie	106	Gegenwartsfragen des Postzeitungsvertriebs	1
Doppelte Übermittlung von Telegrammen. Keine Haftung der DRP für Schäden wegen — (§ 21 RD)	32, 78	Genehmigungspflichtigkeit einer Versuchsfunkanlage	1
Drahtloser Wirtschafts- und Spruchdienst. Die Rechtstellung der Funkengesellschaften (Unterhaltungs- und Funk-)	152	Generalkosten. Nebenkosten und — bei Beschädigung von Telegraphenstangen	1
Eisenbahnverkehr. Heuschreckenschwärme als Verkehrs- hindernis	71	Geschädigte Entscheidungen aus dem Post-, Telegraphen- und Fernsprechrecht	30, 76, 137, 187
Entscheidungen f. gerichtliche Entscheidungen usw.		Haftpflicht des Fernsprechteilnehmers für Verletzung des Betriebspersonals	2
Erkenntnisse f. gerichtliche Entscheidungen usw.		Haftung der DRP. Die Post haftet für Postsendungen selbst bei Dienstpflichtverletzungen ihrer Beamten in keinem Falle über die Bestimmungen der §§ 6 bis 12 PG hinaus	1
Fernsprechämterbau. Die neuzeitliche Entwicklung des — für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland	161	— Keine — für Entstellung von Telegrammen (§ 21 RD)	1
Fernsprechrecht. Gerichtliche Entscheidungen aus dem — 37, 138, 199		— Keine — für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 RD)	32
		— Zur — für Sendungen mit leicht entzündlichem Inhalt	1
		— Zur — im Telegrammverkehr (§ 21 I RD)	1
		Haftung der DRP. Keine — für falsche Auskunft am Schalter	1
		— Keine — für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 RD)	32
		— Keine — für unrichtige Zustellung eines Telegramms mit unvollständiger Anschrift; Versuche des Annahmbeamten um Ergänzung der Anschrift	1
		Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers für die Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes in Verbindung mit Artikel 8 Eisenbahnpostgesetzes, wenn ein Postbeamter während seines Überlagers vorzeitig den Bahnpostwagen aufgesucht und bei einem Zusammenstoß des Postwagens mit einem abfahrenden Zuge einen Unfall erlitten hat	1
		— der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes bei einem Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Postwagen, der durch den Aufstoß des Postwagens mitverursacht ist. Artikel 8 des Eisenbahnpostgesetzes gilt nur für Unfälle des Eisenbahnpostbetriebs	1
		Haftung von Bürgen. Haftung dessen, der Empfangsbescheinigungen über Postanweisungs-, Zahlkartenbeträge oder über eine Postsendung als »Bürge« unterschreibt	19

Seite	Seite
Herstellung und Vertrieb der Postwertzeichen während der Zeit der großen Geldentwertung	100
Hochfrequenzapparate als Verkehrshindernis	71
Hochfrequenzapparate. Die Ruhmerschen — für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin	123
Verfälschen (Belinde)	131
Internationaler Nachrichtenverkehr. Die Verwendung der Funktelegraphie im — Deutschlands	176
Maßnahme auf Herstellung eines Fernsprechanchlusses	37
Kolumbien. Die Flugpost in —	67
Verfahren des Heilverfahrens. Zum Begriff der — im Sinne der Beamten-Unfallfürsorgegesetze	187
Postpostbetrieb. Der — unterliegt nicht der Zuweisung an die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften	129
Posttelegraph. Ein — rund um den Erdball	130
Rechtsverhältnisse. Erhöhung der Gebühren für abgekürzte Telegrammanschriften im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift — Geltung von Gebührenänderungen auf —	80
Postverkehr. Das größte Flugzeug der Erde	71
Die Flugpost in Kolumbien	67
Mehrfachfernsprechen auf Leitungen. Die Ruhmerschen Hochfrequenzapparate für — im Reichspostmuseum in Berlin	123
Mitteilungen. Nachweis von Aufsätzen und — über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums	25, 72, 132, 189
Nachweis von Aufsätzen und Mitteilungen über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums	25, 72, 132, 189
Postsignal. Frauenhaare als —	130
Postkosten und Generalkosten bei Beschädigung von Telegraphenstangen	35
Postzeitliche Entwicklung des Fernsprechämterbaus. Die — über den Orts- und Fernverkehr in Deutschland	161
Post in alter und neuer Zeit. Die — (La poste dans les temps anciens et modernes. Stockholm. Förlag: P. Heurgren.)	141
Post in der Rheinpfalz. Die — seit 1900	184
Postbetrieb. Die Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr	55
Ein Briefträger mit einem Bestellgang von 380 Kilometern	130
Herstellung und Vertrieb der Postwertzeichen während der Zeit der großen Geldentwertung	100
Zum 50jährigen Bestehen des Weltpostvereins	81
Postgebührenwesen. Das — nach dem 1. April 1923	1
Postgesetz. Zur Haftung der Post für Sendungen mit leicht entzündlichem Inhalt	186
Postordnungsmäßige Auslieferung eines für einen Abholer bestimmten Pakets an einen Betrüger. Keine Schadenersatzpflicht der DRP bei — (§§ 48, 49 PG; 42 PD) ..	137
Postrecht. Das Reichspostfinanzgesetz	41
Die der Post nach §§ 1, 1a PG vorbehaltene Beförderungstätigkeit umfaßt die gesamte Beförderungstätigkeit in einheitlichem Zusammenhang	77
Die Post haftet für Postsendungen selbst bei Dienstpflichtverletzungen ihrer Beamten in keinem Falle über die Bestimmungen der §§ 6 bis 12 PG hinaus	76
Gerichtliche Entscheidungen aus dem — 30, 76, 137, 194	
Haftung dessen, der Empfangsbefehinungen über Postanweisungen, Zahlkartenbeträge oder über eine Postsendung als »Bürge« unterschreibt	194
Keine Ersatzpflicht der Post für ein beschädigtes Wertpaket, wenn die Beschädigung durch mangelhafte Verpackung verursacht ist (PG § 6 Abs. 3 unter a)	138
Keine Schadenersatzpflicht der DRP bei postordnungsmäßiger Auslieferung eines für einen Abholer bestimmten Pakets an einen Betrüger (§§ 48, 49 PG; 42 PD) ..	137
Schadenersatzpflicht der DRP, wenn vom Inhalt einer beschädigten Sendung während dessen Feststellung am Bestimmungsort in Gegenwart eines Beauftragten des Empfängers etwas abhanden kommt (PD § 35 II, III) ..	137
Postrecht (Fortf.). Zum Reichspostfinanzgesetz	16
Postwagen. Straßenbahn- — in Stuttgart	149
Postwertzeichen. Herstellung und Vertrieb der — während der Zeit der großen Geldentwertung	100
Postzeitungsvertrieb. Gegenwartsfragen des —	61
Probendienstleistung. Ein Postanwärter, der vom Truppenteil zur — im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Zivildienstentkommens	23
Recht auf Nennung des Namens von Telegraphenbeamten. Hat der Telegrammauslieferer ein klagbares —?	33
Rechtsanspruch auf Beförderung. § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874/6. Mai 1880 begründet keinen —. Der Rechtsweg ist unzulässig	128
Rechtsnatur der Fernsprechoordnung. Zum Verbot der gewerbmäßigen Anmeldung von Ferngesprächen; — (§ 17 III FD vom 21. Juni 1924 und § 17 II FD von 1921/1922)	138
Rechtsstellung der Funkengesellschaften. Die — (Unterhaltungsrundfunk, drahtloser Wirtschaftsrundfunkdienst) ..	152
Reichspostfinanzgesetz. Das —	41
— Zum —	16
Rheinpfalz. Die Post in der — seit 1900	184
Rotorschrift. Das Flettner- —	187
Rückblick auf die Arbeiten des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium	94
Rückzahlung des einmaligen Fernsprechbeitrags. Zur — (keine Aufwertung)	199
Ruhmersche Hochfrequenzapparate für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen. Die — im Reichspostmuseum in Berlin ..	123
Schadenersatzpflicht der DRP. Keine — bei postordnungsmäßiger Auslieferung eines für einen Abholer bestimmten Pakets an einen Betrüger (§§ 48, 49 PG; 42 PD)	137
— Keine Ersatzpflicht der Post für ein beschädigtes Wertpaket, wenn die Beschädigung durch mangelhafte Verpackung verursacht ist (PG § 6 Abs. 3 unter a)	138
— Wenn vom Inhalt einer beschädigten Sendung während dessen Feststellung am Bestimmungsort in Gegenwart eines Beauftragten des Empfängers etwas abhanden kommt (PD § 35 II, III)	137
Schreibmaschine. Der Erfinder der —	70
Schriftwerke f. Bücherschau	
Schweden. Die Post in alter und neuer Zeit (La poste dans les temps anciens et modernes. Stockholm. Förlag: P. Heurgren)	141
Sendungen mit leicht entzündlichem Inhalt. Zur Haftung der Post für —	186
Sparmaßnahmen. Die — der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr	55
Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart	149
Tarife. Das Postgebührenwesen nach dem 1. April 1923 ..	1
Telegrammübermittlung. Keine Haftung der DRP für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 TD)	32, 78
Telegrammverkehr. Keine Haftung der DRP für Entstellung von Telegrammen (§ 21 TD)	198
— Zur Haftung der DRP im — (§ 21 I TD)	197
Telegrammzustellung. Keine Haftung der DRP für unrichtige Zustellung eines Telegramms mit unvollständiger Anschrift; Versuche des Annahmebeamten um Ergänzung der Anschrift	32
Telegraphenbandienst. Abgeltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen der Beamten im — seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie	106
Telegraphenrecht. Erhöhung der Gebühren für abgekürzte Telegrammanschriften im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift — Geltung von Gebührenänderungen auf laufende Rechtsverhältnisse	80
— Gerichtliche Entscheidungen aus dem —	32, 78, 197
— Hat der Telegrammauslieferer ein klagbares Recht auf Nennung des Namens von Telegraphenbeamten?	33
— Keine Haftung der DRP für Entstellung von Telegrammen (§ 21 TD)	198
— Keine Haftung der DRP für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 TD)	32, 78
— Keine Haftung der DRP für falsche Auskunft am Schalter	36

Telegraphenrecht (Fortf.). Keine Haftung der RTW für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 TD)	32, 78
— Keine Haftung der RTW für unrichtige Zustellung eines Telegramms mit unvollständiger Anschrift; Versuche des Annahmebeamten um Ergänzung der Anschrift	32
— Nebenkosten und Generalkosten bei Beschädigung von Telegraphenstangen	35
— Zur Haftung der DRP im Telegrammverkehr (§ 21 I TD)	197
Telegraphenverkehr. Ein Kreistelegramm rund um den Erdball	130
Telegraphenwegegesetz. TWG gilt für Antennen drahtloser Wirtschafts- und Rundfunkanlagen (§§ 1, 8 TWG)	39
— Verlegung einer RT-Linie auf Antrag eines nicht wegeunterhaltungspflichtigen Anliegers, der eine Zufahrt nach der Straße nachträglich anlegt	38
— Verlegung eines Verkehrswegs — Änderung des Verkehrswegs im Sinne des § 3 Abs. 1 TWG	79
— Zur Änderung des — vom 13. Februar 1924	48
Umfangreicher Bestellgang. Ein Briefträger mit einem Bestellgang von 380 Kilometer	130
Unterhaltungs- und Rundfunk. Die Rechtfertigung der Funkse- gesellschäften (—, drahtloser Wirtschafts- und Rundfunkdienst)	152
Unzulässiger Rechtsweg. § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitär- gesetzes vom 2. Mai 1874/6. Mai 1880 begründet keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Der Rechtsweg ist un- zulässig	128
Urteile f. gerichtliche Entscheidungen usw.	
Verbot der gewerbmäßigen Anmeldung von Ferngesprächen. Zum —; Rechtsnatur der Fernsprechornung (§ 17 III TD vom 21. Juni 1924 und § 17 II TD von 1921/1922)	138
Verkehrsbeirat. Ein Rückblick auf die Arbeiten des — beim Reichspostministerium	94
Verkehrshindernis. Heuschreckenschwärme als —	71

Verlegung einer RT-Linie auf Antrag eines nicht wege- unterhaltungspflichtigen Anliegers, der eine Zufahrt nach der Straße nachträglich anlegt	3
Verlegung eines Verkehrswegs — Änderung des Verkehrs- weges im Sinne des § 3 Abs. 1 TWG	7
Verlegung des Betriebspersonals. Haftpflicht des Fern- sprechteilnehmers für —	20
Versuchsfunkanlage. Genehmigungspflichtigkeit einer — ..	4
Vertrieb der Postwertzeichen. Herstellung und — während der Zeit der großen Geldentwertung	
Verwaltungsrecht. Der Kraftpostbetrieb unterliegt nicht der Zuweisung an die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften	12
Weltpostverein. Zum 50 jährigen Bestehen des —	8
Zeitungsverkehr. Gegenwartsfragen des Postzeitungsver- triebs	6
Zivildienstentkommen. Ein Postanwärter, der vom Truppen- teil zur Probendienstleistung im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des —	2
Zum 50 jährigen Bestehen des Weltpostvereins	8
Zusammenstoß zwischen Postwagen und einem abfahrenden Zuge. Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfür- sorgegesetzes in Verbindung mit Artikel 8 Eisenbahnpost- gesetzes, wenn ein Postbeamter während seines Über- lagers vorzeitig den Bahnpostwagen aufgesucht und bei einem — einen Unfall erlitten hat	3
Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Postwagen. Haf- tung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegen- über auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes bei einem —, der durch den Kutscher des Postwagens mit- verursacht ist. Artikel 8 des Eisenbahnpostgesetzes gilt nur für Unfälle des Eisenbahnpostbetriebs	
Zuweisung an die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften. Der Kraftpostbetrieb unterliegt nicht der —	12

Archiv für Post und Telegraphie

Gesamtinhaltsverzeichnis
der Jahrgänge 41 bis 52
(1913—1924)



Herausgegeben
im Auftrage des Reichspostministeriums

Berlin 1926

Gedruckt in der Reichsdruckerei

Inhalt

	Seite
I. Aufsätze und „Kleine Mitteilungen“ ¹⁾	3
a) Abbildungen, Kartenskizzen, Zeichnungen	66
b) Graphische Darstellungen	76
c) Übersichten und Tabellen	77
II. Namenverzeichnis der Verfasser	90
III. Nachrufe	92
IV. Bücherschau und Literaturnachweise	92

¹⁾ Die mit einem * bezeichneten Drucksätze sind „Kleine Mitteilungen“. Wenn ein und derselbe Gegenstand in verschiedenen Jahrgängen behandelt ist und teils als Aufsatz, teils als „Kleine Mitteilung“ erscheint, so ist das Zeichen * links oben vor die Zahl gesetzt, die zur Angabe der Seite dient. Im übrigen sind nicht nur die Titel der Aufsätze usw., sondern auch die wichtigsten Punkte ihres Inhalts angeführt.

I. Aufsätze und „Kleine Mitteilungen“

(Die fett gedruckten Zahlen bezeichnen den Jahrgang, die darauffolgenden Zahlen die Seiten.)

21

hen. *Eine neue Eisenbahnlinie von Tongern nach — 1920. 422.

effizien. Die äthiopische Bahn Dschibuti-Dire Dawa-(Abis Abeba). 1914. 585.

geltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen der Beamten im Telegraphenbaudienst seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie. 1924. 106.

getretene Gebiete. Erfüllung von Mietverträgen in den — (Urteil des Landgerichts I in Berlin). 1922. 199.

Staatsangehörigkeit der Reichsbeamten in den an Polen—. 1920. 275.

kommen s. u. Verträge.

Abkürzungen. Übertriebene — in der Amtssprache. 1923. 299.

rechnungsstellen. Die deutschen — der Reichsbank im Jahre 1913. 1914. 399.

— Desgl. im Jahre 1914. 1915. 214.

— Desgl. im Jahre 1916. 1917. 461.

— Desgl. im Jahre 1918. 1919. 384.

— Desgl. im Jahre 1919. 1920. 418.

— Desgl. im Jahre 1920. 1922. 130.

— Desgl. im Jahre 1921. 1922. 336.

rechnungsverkehr der Reichsbank im Jahre 1915. 1916. 221.

— Desgl. im Jahre 1916. 1917. 298.

— Desgl. im Jahre 1917. 1918. 360.

— Desgl. im Jahre 1918. 1919. 262.

ostatik und Aerodynamik. Lehre vom Gleichgewicht und von der Bewegung der Luft (—). 1917. 241.

ifa. *Der Eisenbahnbau in den afrikanischen Schutzgebieten des Deutschen Reichs. 1913. 109.

*Der Handelsverkehr des Deutschen Reichs mit seinen Schutzgebieten in — während des Jahres 1911. 1913. 92.

*Die Eisenbahnen im innersten —. 1919. 199.

Die Erschließung von — durch Eisenbahnen. 1914. 177.

*Die Kap-Kongobahn. 1918. 291.

Genehmigung für die Herstellung von Großfunkstellen in den deutschen Schutzgebieten in —. 1920. 246.

*Heuschreckenschwärme als Verkehrshindernis. 1924. 71.

*Neue Verkehrswege in —. 1921. 288.

*Tunnelbau unter der Straße von Gibraltar. 1919. 63.

pten. Aus der Geschichte der ägyptischen Post. 1920. 9.

ersrente. Herabsetzung der Altersgrenze für die —. 1916. 457.

ertum. Beförderungsmittel im —. 1920. 97.

Der Brief und seine Beförderung im —. 1921. 228.

Die Anfänge der Telegraphie, der Post und der Zeitung im —. 1915. 225.

Merkwürdige Briefe und Briefbeförderungen im —. 1921. 280.

Aluminium. *Benutzung von — für elektrische Starkstromleitungen. 1920. 424.

— Verbreitung und Gewinnung des —. 1920. 155.

— *Verzinken von —. 1922. 66.

Amerika s. auch Vereinigte Staaten von Amerika.

— Aus der Postgeschichte Kanadas. 1919. 376.

— Der preussisch-amerikanische Postvertrag von 1852. 1920. 281.

— *Die größte Lokomotive. 1920. 121.

— Entwicklung der Luftpost in — seit 1920. 1923. 271.

— *Erweiterungsbau des Eriekanals. 1919. 64.

— Postgerechtfame des Hauses Carbajal im spanischen — (1514 bis 1769). 1919. 183.

— *Rückgang des amerikanischen Eisenbahnebes. 1923. 363.

— Rücktritt der American Line vom Vertrag mit der amerikanischen Postverwaltung. 1921. 236.

— *Vorrückung zum Aus- und Einladen der Post vom fahrenden Zuge aus. 1915. 246.

— *Weiter Flug einer Taube. 1923. 231.

Amsterdam. Die Reichspostsparkbank in — im Jahre 1913. 1915. 178.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1916. 97.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 39.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 165.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 156.

Amtsdeutsch. Altes und Neues vom Kanzleistil. 1920. 102.

Amtssprache. Alte und neue Formen der —. 1923. 291.

— Die Hauptsünden im Sprachbau der —. 1923. 294.

— Übertriebene Abkürzungen in der —. 1923. 299.

Angestelltenfürsorge. Wohnungsfürsorgetätigkeit der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1923. 73.

Angestelltenverhältnisse s. u. Personalverhältnisse.

Angestelltenversicherung. Auslegung des Begriffs „Hauptberuf“. 1916. 279. 398.

— Auslegung des § 177 des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Entsch. des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1919. 27. 28.

— Beitragsleistung nach der — (Gesetz vom 20. Dezember 1911). 1913. 358.

— Beschäftigung im Hauptberufe (Beschlüsse des Oberschiedsgerichts). 1918. 77. 78, (Beschluss des Rentenausschusses). 1918. 79.

— Die — in ihrer Wirkung auf die Angehörigen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1913. 353.

— Entscheidung des Oberschiedsgerichts über die Versicherungspflicht einer Marktenverkäuferin. 1916. 279.

— Kriegsteuerungszulagen als Entgelt (Beschluss des Oberschiedsgerichts). 1918. 79, (Bescheid des Reichsversicherungsamts). 1918. 80.

— Leistungen der — (Gesetz vom 20. Dezember 1911). 1913. 360.

— Organisation der —. 1913. 353.

— Versicherungspflicht der Frau eines Postagenten als Kriegsvertreterin (Beschluss des Oberschiedsgerichts für —). 1918. 330.

Angestelltenversicherung. Versicherungspflicht einer Kriegsaushelferin (Beschluss des Schiedsgerichts für —). 1918. 331.

— Versicherungspflicht eines Postagenten (Entsch. des Oberschiedsgerichts für —). 1916. 398.

— Versicherungspflicht eines Postaus Helfers im Briefverteilungsdienst (Entsch. des Oberschiedsgerichts für —). 1916. 399.

Anlagekosten der Förderanlage beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in Chemnitz. 1920. 182.

Anlagen. Maschinelle und technische — des neuen Postgebäudes am Hauptbahnhof in Dortmund. 1914. 10.

Anleihen. Grundsätze über die Verweisung von Ausgaben auf — bei der Deutschen Reichspost. 1922. 277.

Anschlußgleise der Berliner Straßenbahn zur Beförderung von Paketen. 1919. 126.

Anschlußpostkarten. Zulassung der —. 1920. 204.

Anstellung. Verzicht auf Unfallrente bei Erlangung einer mit Beamteneigenschaft verbundenen — (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1913. 772.

Antennen. Die Rahmenantenne für den Funkbetrieb. 1919. 300.

— Telegraphenwegegesetz gilt für — drahtloser Wirtschaftsrundspruchanlagen (§§ 1, 8 TWG) (Entsch. des pr. Ministers f. Handel u. Gewerbe). 1924. 39.

Antennenanlage. Die — der Großfunkstelle in Rauen. 1921. 267.

Antragsteller. Haftpflicht des — von Nebentelegraphen und besonderen Telegraphen. 1921. 473.

Anwärterinnen. Lehrlingsbegriff und Krankenversicherungspflicht der — (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1918. 495.

Apparate. Der Baudotapparat und seine Verwendung in Frankreich. 1913. 517.

— Der Fernsprechverstärker. 1918. 257.

Arbeiter. Auswahl der für eine Tätigkeit geeignetsten —. 1923. 330.

— Lohnfrage der —. 1923. 333.

Arbeiterverhältnisse s. unter Personalverhältnisse.

Arbeiterversicherung. Abrechnung zwischen dem Reichsversicherungsamt und der Deutschen Reichspost. 1917. 11.

— Dreißig Jahre Unfall- und fünfundzwanzig Jahre Invalidenversicherung. 1917. 1.

— Mitwirkung der Post bei der Durchführung der —. 1917. 2.

Arbeitsgebiet der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 252.

Arbeitsleistung beim Rechnen mit und ohne Maschine. 1919. 28.

Arbeitszerlegung nach den fünf Leitsätzen Taylors. 1923. 320.

Archiv für Post und Telegraphie. 50 Jahre des —. 1922. 393.

Argentinien. Umfang des Fernsprechwesens in —. 1915. 224.

Asien. *Asiatisches Jahrbuch. 1913. 258.

— *Die Bagdadbahn. 1919. 342.

— *Die nächste Mount-Everest-Expedition. 1922. 66.

Ätherwellen. *Benutzung von — zur funktelegraphischen Gedankenübertragung. 1924. 131.

Atmosphäre. Feuchtigkeit der freien —. 1919. 67.

Aufbau der Beamtenausschüsse im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 370.

Aufgaben der Beamtenausschüsse im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 382.

— der Postreklame. 1922. 394.

Aufsicht. Die — über das Straßenwesen im Königreich Sachsen im 18. Jahrhundert. 1913. 430.

Aufwertung. Keine — des einmaligen Fernsprechkabstrags bei der Rückzahlung (Urteil des RG Hamburg). 1924. 199.

Ausfuhrhandel. *Der — Finnlands. 1918. 367.

Ausfuhrverbote. Mitwirkung der Post bei ihrer Durchführung in Kursachsen im 18. Jahrhundert. 1917. 7.

Aushelfer. Versicherungspflicht der —. 1916. 399. 45.

— Versicherungspflicht einer Kriegsaushelferin (Beschluss des Schiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1918. 331.

Auskunft am Schalter. Keine Haftung der Reichstelegraphenverwaltung für falsche — (Urteil des RG Berlin). 1924. 36.

Ausland. Der innere Nachnahmeverkehr des — und der internationale Nachnahmeverkehr. 1913. 300.

— Deutsche Kaufhäuser im — am Ausgang des Mittelalters. 1923. 469.

— Entstehungszeit der Post in Deutschland und einigen europäischen Ländern. 1923. 413.

— Entwicklung der Luftschiffahrt im —. 1920. 232.

— Verwendung der Funktelegraphie im internationalen Nachrichtenverkehr Deutschlands. 1924. 176.

— Zum 50jährigen Bestehen des Weltpostvereins. 1924. 81.

Auslandsaal. Der — des Haupt-Telegraphenamts Berlin. 1918. 344.

Auslandshandel. Postrechtliche Nebenbestimmungen Handelsverträgen mit dem Ausland. 1918. 185. 190.

— *Wirtschaftliche Bedeutung von Triest. 1918. 3.

Auslandspostverkehr. Beschränkungen des deutschen — in der Zeit von 1914 bis einschließlich 1918. 192. 166.

Auslandsverkehr. Der innere Postauftragsverkehr des Auslandes. 1915. 141.

— Deutscher Übersee-Funkverkehr. 1922. 346.

— Entwicklung des deutschen Verkehrswesens im Ausland von 1903 bis 1914. 1921. 380.

— Ermäßigungen der Taxen und Gebühren sowie Erleichterungen der Versendungsbedingungen im —. 1913. 41. 84.

— Europa-Funkverkehr in Deutschland. 1922. 349.

— Postauftragsverkehr mit dem Ausland. 1915. 14.

— Postrechtliche Nebenbestimmungen in Staatsverträgen mit dem Ausland. 1918. 184.

— Postcheckverkehr mit dem Ausland. 1919. 402.

— Post und Telegraphie bei den deutschen Verkehrsanstalten im Ausland in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 377. 451.

— Veränderungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen der Verkehrsländer durch den Weltkrieg. 1915. 332.

Ausrüstung. Innere — der neueren Bahnpostwage. 1917. 99.

Ausstattung. Äußere und innere — des neuen Postgebäudes am Hauptbahnhof in Dortmund. 1914. 9.

Australien. Der Anteil von — am Weltkabelnetz. 1913. 380.

— *Die australische Überlandbahn. 1918. 291.

— Entwicklung der Luftpost in —. 1923. 277.

B

- Baden.** Telegraphenwege-Gesetz und das badische Straßenrecht. 1917. 410.
- Bagdabbahn.** Bau der —. 1918. 111.
- *Bedeutung der — für den Welthandel Mittel-europas. 1917. 227.
- *Die —. 1919. 342.
- Bahnbauten.** Anteil Belgiens an den — in Afrika. 1914. 182.
- Anteil Deutschlands an den — in Afrika. 1914. 184.
- Anteil Frankreichs an den — in Afrika. 1914. 181.
- Anteil Großbritanniens an den — in Afrika. 1914. 177.
- Anteil Italiens an den — in Afrika. 1914. 184.
- Anteil Portugals an den — in Afrika. 1914. 183.
- Bahnposten.** Bahnpostdienst während der deutschen Be-setzung in Belgien. 1918. 174. 182.
- Der Bahnpostdienst im besetzten Belgien bis Oktober 1915. 1916. 39. 46.
- Die Postverladestelle in Köln-Deutz. 1914. 301.
- Form der Ladegleise und Bahnsteige bei Postlade-anlagen. 1916. 112.
- Haftung der Eisenbahn für Postsendungen und Bahnpostwagen (Entsch. des RG). 1918. 244.
- Haftung eines Bahnpostbeamten für Verlust eines Geldbriefes (Entsch. des RG). 1918. 453.
- Postladeanlagen auf Bahnhöfen im Reichspostge-biete. 1916. 69. 101.
- Bahnpostwagen.** Bahnpostwagenbau in Frankreich. 1914. 172.
- Entwicklung des Baues der — bei der preußischen und der Reichspostverwaltung. 1917. 89.
- Bahnpostwesen.** Postabteile in Eisenbahnwagen. 1917. 102.
- *Vorrichtung zum Aus- und Einladen der Post vom fahrenden Zuge aus. 1915. 246.
- Balkanzug.** *Einführung des —. 1919. 159.
- Balkonfahrt.** *Die erste — zwischen England und Deutschland. 1918. 204.
- Bandaufzüge** im neuen Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 388.
- Banknote.** *Die Geschichte der — in Preußen und Deutschland. 1919. 373.
- Bankwesen.** Bankgebühren bei Benutzung von Postscheck-konten. 1916. 2.
- Das Postbankwesen in Belgien während der deut-schen Besetzung. 1918. 173. 182. 231.
- Der Postscheckverkehr und die Banken. 1916. 1.
- Die Darlehnskassen des Deutschen Reichs. 1916. 285.
- Die deutschen Abrechnungsstellen der Reichsbank im Jahre 1913. 1914. 399.
- Desgl. im Jahre 1914. 1915. 214.
- Desgl. im Jahre 1916. 1917. 461.
- Desgl. im Jahre 1918. 1919. 384.
- Desgl. im Jahre 1919. 1920. 418.
- Desgl. im Jahre 1920. 1922. 130.
- Desgl. im Jahre 1921. 1922. 336.
- Die neue belgische Notenbank. 1917. 117.
- Die Reichsbank im Jahre 1913. 1914. 465.
- Desgl. im Jahre 1914. 1915. 209.
- Desgl. im Jahre 1915. 1916. 217.
- Desgl. im Jahre 1916. 1917. 293.
- Desgl. im Jahre 1917. 1918. 355.
- Desgl. im Jahre 1918. 1919. 252.

- Bankwesen.** Die Reichsbank im Jahre 1919. 1920. 382.
- — Desgl. im Jahre 1920. 1921. 307.
- — Desgl. im Jahre 1921. 1922. 327.
- Die Reichskriegsanleihen. 1916. 124.
- Die vierte deutsche Reichskriegsanleihe. 1917. 34.
- Die fünfte deutsche Reichskriegsanleihe. 1917. 268.
- Die sechste und siebente deutsche Reichskriegsanleihe. 1918. 234.
- Die achte und neunte deutsche Reichskriegsanleihe. 1919. 262.
- Ergänzungen der bei Ausbruch des Krieges auf dem Gebiete des — geschaffenen Gesetze. 1916. 218.
- Haftung aus verfälschten Schecks (Entsch. des RG). 1918. 328.
- Reichsgerichtsentscheidung, betreffend die Abhebung eines Teils des Bankguthabens auf Grund eines ge-fälschten Schecks. 1913. 405.
- Barfreimachung** und Verrechnung von Paketgebühren durch Registriertassen. 1923. 226.
- Barverkehr.** Maßnahmen der schweizerischen Postverwal-tung zur Einschränkung des —. 1914. 324.
- Maßnahmen zur Einschränkung des —. 1917. 3. 295.
- Barzahlungsverkehr.** Einschränkung der Maßnahmen der Postverwaltung. 1918. 356, 1919. 255.
- Einschränkung der Maßnahmen der Reichsbankverwal-tung. 1920. 383.
- Einschränkung des —. Bargeldlose Zahlung und Erfüllung. 1918. 451.
- Bauart** der Sammelheizanlagen. 1922. 165.
- der Schaltapparate für elektromagnetisch gesteuerte Untersuchungseinrichtungen. 1913. 325.
- Bauchbrüche.** Beurteilung der — als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. 1918. 484.
- Baudotapparat.** Der — und seine Verwendung in Frankreich. 1913. 517.
- Baufosten** für das neue Postgebäude in Warschau. 1917. 285.
- Baumfällungen.** Zur Frage der Kostentragung für das Niederlegen von Telegraphenleitungen bei — (Urteil des O III Berlin). 1920. 356.
- Baupläne.** *Neue — der dänischen Staatsbahnen. 1917. 208.
- Baupolizeigebühren** bei Bauten des Deutschen Reichs oder des preußischen Staates in Preußen (Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts). 1913. 377.
- Baurecht.** Haftpflicht des Bauherren neben dem Bauleiter für den durch fehlerhaftes »Unterfahren« der Grund-mauern des Nachbarhauses verursachten Schaden (Entsch. des RG). 1919. 276.
- Baustoffe.** Die zum neuen Postgebäude am Hauptbahn-hof in Dortmund verwendeten —. 1914. 9.
- zu den Schiffen der Rauffahrteiflotte. 1916. 23.
- Bauten** s. a. Postbauten und Postgebäude.
- Vereinfachungen der technischen Betriebe (Hoch-bauten). 1922. 156.
- Bayern.** *Die Bayernwerke. 1918. 498.
- Ergebnis des deutschen Postscheckverkehrs im Kalen-derjahr 1912 (—). 1913. 461.
- — Desgl. im Kalenderjahr 1913. 1914. 481.
- — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915. 1916. 341.
- — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 337.
- — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 432.
- — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 422.
- — Desgl. im Jahre 1919. 1921. 164.

Bayern. Kriegsteuerungszulagen für Beamte, Ruhegehalts-empfänger und deren Hinterbliebene. 1920. 145.

— Postabkommen zwischen — und Österreich-Ungarn. 1917. 45. 50.

— Postscheckverkehr mit dem Reichspostgebiet und mit Württemberg im Jahre 1919. 1921. 174.

— Wie Papst Pius VI. im Jahre 1782 durch — reiste. 1921. 141.

Beamte. Kriegsteuerungszulagen für — im Dienst. 1920. 129.

— Kriegsteuerungszulagen für — im Ruhestand und Hinterbliebene von — usw. 1920. 139.

Beamtenausschüsse. Aufbau der — im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 370.

— Aufgaben und Befugnisse der — im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 382.

— Erlaß über Bildung und Aufgaben der — im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 369.

— Geschäftsführung der — im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 377.

— im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 367.

Beamtenbezüge. Abgeltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen der Beamten im Telegraphenbaudienst seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie. 1924. 106.

Beamtenfürsorge. Ein Unfallfürsorgegesetz in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1918. 331.

— Entwicklung der Postkrankenkassen vor und in dem Kriege. 1919. 201.

— Krankenkassen für untere Beamte. 1919. 33.

Beamtenrecht. Anwendung der Vorschriften in §§ 149 ff des Reichsbeamtengesetzes über die Zulässigkeit des Rechtswegs auf Schadenersatzansprüche der Reichsbeamten, die aus dem Dienstverhältnis abgeleitet werden (Entsch. des RG). 1918. 416.

— Auch nach Art. 129 Abs. 1 der Reichsverfassung ist der Rechtsweg für den Schadenersatzanspruch eines Beamten wegen verspäteter Beförderung nicht gegeben (Entsch. des RG). 1922. 273.

— Auslegung des § 78 des Reichsbeamtengesetzes (Urteil des Reichsdisziplinarhofs). 1920. 79.

— Begriff »längere Zeit« im Sinne von § 2 Abs. 2 des preussischen Gesetzes, betr. die Reisekosten der Staatsbeamten (Entsch. des RG). 1918. 455.

— Bestimmungen der Allgemeinen Dienstanweisung für Post und Telegraphie als Grundlage für Schadenersatzansprüche (Entsch. des OVG Köln). 1920. 393.

— Bewußt unberechtigtes Herbeiführen der Zerrücksetzung durch einen von einem Unfall betroffenen Beamten (Entsch. des RG). 1922. 341.

— Dauer der Gehaltszahlung an einen als Kriegsteilnehmer vermißten Beamten (Entsch. des RG). 1919. 22.

— Die Feststellung des Voranschlags begründet nicht den Anspruch der Gemeindebeamten auf die darin vorgesehenen Gehaltszulagen (Entsch. des RG). 1920. 122.

— Die Weigerung eines Beamten, den Treueid auf die Reichsverfassung zu leisten, enthält ein Dienstvergehen im Sinne der §§ 10, 72 des Reichsbeamtengesetzes (Urteil des Reichsdisziplinarhofs). 1922. 84.

— Ein Postanwärter, der vom Truppenteil zur Probendienstleistung im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Zivildienst-einkommens (Entsch. des RG). 1924. 23.

Beamtenrecht. Ein vom Amtsgericht erlassener Strafbefehl ist für den Disziplinarrichter nicht bindend (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 361.

— Erlaß über Bildung und Aufgaben der Beamtenausschüsse im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 367. 369.

— Erstattung von Heilskosten in Rentenform an unfallverletzte Beamte (Entsch. des RG). 1919. 340.

— Gehören die Postscheckämter zu den reichsgesetzlich Unfallversicherung unterliegenden Betrieben? (Entsch. des RG). 1919. 313.

— Keinen Rechtsanspruch auf Versetzung in ein anderes Amt (Entsch. des RG). 1919. 31.

— Klage auf Feststellung der Berechtigung zur Erhebung künftiger Ansprüche aus dem Unfall-Fürsorgegesetz vom 18. Juni 1901 (Entsch. des RG). 1918. 16.

— Milderung der Strafe, ohne daß der Angeschuldigte ein Rechtsmittel eingelegt hat (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 230.

— § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874/6. Mai 1880 begründet keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Der Rechtsweg ist unzulässig (Entsch. des RG). 1924. 128.

— Rechtswirksamkeit der vorläufigen Dienstenthebung (Entsch. des RG). 1917. 315.

— Reichsbeamte, die vorübergehend außerhalb ihres Wohnorts beschäftigt werden, haben für die Zeit eines Erholungsurlaubs keinen Anspruch auf Tagelöhner (Entsch. des RG). 1919. 96.

— Staatsangehörigkeit der Reichsbeamten in den von Polen abgetretenen Gebieten. 1920. 275.

— Unerlaubte Fernhaltung vom Amte (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 54. 55. 56.

— Unzulässigkeit der gerichtlichen Nachprüfung von Mängeln des Verfahrens bei der Versetzung in den Ruhestand (Entsch. des RG). 1917. 120.

— Verjährung der auf Grund des Unfallfürsorgegesetzes auf das Reich übergegangenen Schadenersatzansprüche (Entsch. des RG). 1920. 52.

— Verweigerung des Dienstes (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 363.

— Zum Begriff der Kosten des Heilverfahrens im Sinne der Beamten-Unfallfürsorgegesetze (Entsch. des RG). 1924. 187.

— Zur Frage, ob Postausbilder im Zustelldienst als Beamte im Sinne des § 359 StGB anzusehen sind (Entsch. des RG). 1920. 123.

— Zur Haftpflicht der Reichsbeamten gegenüber dem Reich innerhalb Preussens (Entsch. des RG). 1922. 333.

Beamtenverhältnisse s. unter Personalverhältnisse.

Beförderung von Paketen mit der Straßenbahn in Berlin. 1919. 113. 191.

Beförderungsdienst. Die bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Rohrpost in den letzten 25 Jahren. 1910. 177.

— Die der Post nach §§ 1, 1a PG vorbehaltene Beförderungstätigkeit umfaßt die gesamte Beförderungstätigkeit in einheitlichem Zusammenhang (Urteil des OVG Stettin). 1924. 77.

— Sparmassnahmen der Deutschen Reichspost im Jahre 1924. 58.

Befugnisse der Beamtenausschüsse im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 382.

Begriff. Geschichte des Begriffs und — der Post nebst einem Anhang über die Entstehungszeit der Post. 1923. 377.

Begriff. Zur Genehmigungspflichtigkeit von Versuchsanlagen; — der Funfanlage (Urteil des OLG Braunschweig). 1923. 424.

Begründung des Entwurfs zum Gesetz über die Aufhebung der Gebührenfreiheiten im Post- und Telegraphenverkehr. 1920. 209.

— zum Entwurf des Reichspostfinanzgesetzes. 1924. 19.

— zur Änderung des Telegraphenwegegesetzes vom 13. Februar 1924. 1924. 51.

Beitragsersatzungen nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911. 1913. 362.

Beitragsleistung nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911. 1913. 358.

— Streitigkeiten über die — nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911. 1913. 363.

Beitragspflicht. Postsendungen sind nicht beitragspflichtig zur großen Haverei (Urteil des RG). 1913. 767.

Beleuchtung. Beleuchtungsanlagen von Postdiensträumen. 1923. 312.

— Die — im Post- und Telegraphenbetrieb unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Prüfungen elektrischer Lichtquellen und Lichtträger im Telegraphentechnischen Reichsamt. 1923. 301.

— Elektrische Ersatzbeleuchtung mit eigener Stromquelle. 1922. 72.

— Ersatzbeleuchtung mit Aufspeicherung. 1922. 71.

— Ersatzbeleuchtung mit besonderen Leuchtstoffen. 1922. 73.

— Ersatz- und Notbeleuchtung. 1922. 69.

Beleuchtungstechnik. *Zur Frage des kalten Lichtes. 1916. 54.

Beleuchtungswesen. *Verbesserungen an Glühlampen. 1920. 82.

Belgien. Allgemeines über das Verkehrswesen in — vor dem Weltkriege. 1916. 33.

— Anteil von — an den Bahnbauten in Afrika. 1914. 182.

— Das Fernsprechwesen in —. 1914. 159.

— Die neue belgische Notenbank. 1917. 117.

— *Eine neue Eisenbahnlinie Tongern-Nachen. 1920. 422.

— Einführung des Postscheckverkehrs in —. 1913. 380.

— Ein Jahr deutsche Post in —. 1916. 33.

— Entwicklung der Luftpost in — seit 1920. 1923. 272.

— Forderungen deutscher Gläubiger. 1918. 233.

— Gewährleistung im belgischen Postbetrieb unter deutscher Verwaltung. 1918. 233.

— Gliederung der Verwaltung und des Betriebs des belgischen Postwesens während der deutschen Besetzung. 1918. 179.

— Hinterbliebenen-Fürsorge in — unter deutscher Verwaltung bis Oktober 1915. 1916. 45.

— Kreispostämter in — während der deutschen Besetzung 1915. 1916. 37. 38. 42.

— Personalverhältnisse der belgischen Post unter deutscher Verwaltung. 1918. 169. 175. 183. 184.

— Portofreiheitswesen in —. 1916. 43.

— Postwesen in — unter deutscher Verwaltung vom November 1915 bis Januar 1916. 1918. 169.

— Postwesen in — unter deutscher Verwaltung vom Februar bis Juli 1916. 1918. 178.

— Postwesen in — unter deutscher Verwaltung vom August 1916 bis Januar 1917. 1918. 221.

Belgien. Postwesen in — unter deutscher Verwaltung von Februar bis Juli 1917. 1918. 229.

— Tätigkeit des Ministeriums der Marine, der Post und der Telegraphen in — während der deutschen Besetzung. 1918. 169. 222.

— Zur Geschichte der Poststrecke Rheinausen-Brüssel. 1921. 289.

— Zwei weitere Jahre deutscher Post in Belgien. 1918. 169. 220.

Belgisch Kongo. Kabelverbindung mit dem Belgischen Kongo. 1914. 434.

Bellsystem. Gesellschaften des — in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1915. 40. 291.

Beraubung. Zur Frage, wann ein Postpaket im Sinne des § 354 StGB unterdrückt ist (Entsch. des RG). 1920. 159.

Bergbau. *Ausnutzung der Steinkohlen Spitzbergens. 1916. 362.

— *Die Goldgewinnung der Erde im Jahre 1913. 1914. 650.

Bergbesteigung. *Die nächste Mount-Everest-Expedition. 1922. 66.

Bergungsarbeiten. *Unterwasser-Flammenschneider für —. 1920. 423.

Berichte. Auszüge aus den — ostpreussischer Postanstalten in der Zeit der Russeneinfälle. 1917. 373.

Berlin. Apparate für den Kreisbetrieb in der Rohrpost zwischen dem alten und dem neuen Haupt-Telegraphenamt in —. 1916. 191.

— Beförderung von Paketen mit der Straßenbahn in —. 1919. 113. 191.

— Das Kabinettpostamt in —. 1920. 20.

— Das neue Haupt-Telegraphenamt, Erweiterungsbau des Paketpostamts. 1917. 401.

— Das neue Haupt-Telegraphenamt in —. 1918. 297. 337. 381.

— Das Reichs-Postmuseum in —. 1914. 15.

— *Die Berliner Nord-Südbahn. 1914. 648.

— Die Berliner Rohrpost im Weltkrieg. 1920. 301.

— *Die Große Berliner Straßenbahn. 1914. 468.

— *Die größte Uhr Europas in Siemensstadt bei —. 1922. 67.

— Entwicklung des Fernsprechamts 1 in —. 1921. 414.

— Entwicklung des Verkehrs der Berliner Rohrpost in den ersten 40 Jahren. 1916. 199.

— Fördergurtanlagen und Gleitbahn der Reichs-Postverwaltung in —. 1919. 166. 170.

— Hausrohrpost im neuen Haupt-Telegraphenamt in —. 1918. 147. 386.

— Hausrohrpost im neuen Postscheckamt in —. 1918. 134.

— Hundert Jahre Postzeitungsamt in —. 1922. 11.

— Maschinenanlage und Schaltweise der Rohrpost in Berlin-Steglitz. 1916. 197.

— Örtliche Vorschriften und Einrichtungen beim Haupt-Telegraphenamt in —. 1921. 177.

— Postverladestelle am Lehrter Bahnhof. 1916. 75.

— Postverladestelle am Schlesischen Bahnhof. 1916. 79.

— Postverladestelle am Stettiner Bahnhof. 1916. 78.

— Postverladestelle an der Luckenwalder Straße. 1916. 82.

— Vorrichtungen beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof zur Rohstoffgewinnung aus unbrauchbaren Kabeln und abgenutzten isolierten Drähten. 1921. 213.

— Zum fünfzigjährigen Bestehen des Berliner Paketpostamts. 1913. 649.

Berlin-Vorfigwalde. Hauptwerkstatt für Postkraftwagen in —. 1920. 1.

Berufsgruppen. Verteilung der Fernsprechanlüsse auf die einzelnen — seit dem 1. Oktober 1922. 1923. 429.

Beschädigung. Nebenkosten und Generalkosten bei — von Telegraphenstangen (Urteil des LG Altenburg). 1924. 35.

Beschädigungen der Unterwasserkabel durch Grundschleppnetze. 1920. 404.

Beschäftigungsverhältnisse der Postagenten. 1913. 291.

Beschlagnahme von Wohnungen (Urteil des Gerichtshofs zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte). 1921. 325.

Befegung. Einfluß der feindlichen — in Ostpreußen auf den Verkehr. 1917. 371.

Befoldungen der Postmeister um 1700. 1921. 334.

Besondere Telegraphen. Haftpflicht des Antragstellers bei —. 1921. 473. 513.

Bessarabien. *Wirtschaftliche Bedeutung von —. 1918. 499.

Bestallung eines Postmeisters zum Kaiserlichen Rath. Eine Kaiserurkunde aus dem Jahre 1714. 1921. 322.

Bestimmungen. Änderungen der für den Postscheckverkehr des Reichspostgebiets erlassenen — im Jahre 1912. 1913. 460.

Beton. *Seeschiffe aus Eisenbeton. 1917. 324.

— *Vergleich zwischen Schiffen aus —, Holz und Stahl. 1919. 342.

Betrieb. Der besondere Charakter des kaufmännischen und des staatlichen —. 1913. 67.

Betriebsdienst s. Postbetrieb.

Betriebsergebnisse. Aus dem Jahresbericht über die — der preussischen und bessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1912. 1914. 352.

— *Die — türkischer Eisenbahnen im Jahre 1912. 1913. 288.

Betriebsführung. Wissenschaftliche —. 1923. 316.

Betriebshinderung. Kein Lohnanspruch bei einer vom Arbeitgeber nicht verschuldeten — (BGB § 323) (Urteil des AG Berlin-Mitte). 1923. 185.

Betriebskosten. Die — einer Saugluftrohrpostanlage. 1918. 97.

Betriebsäle des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 312. 337.

Betriebsstellen der Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 443.

Betriebsunfall. Haftpflicht des Fernsprechteilnehmers für Verletzung des Betriebspersonals (Entsch. des RG). 1924. 200.

— Klage auf Feststellung der Berechtigung zur Erhebung künftiger Ansprüche aus dem Unfall-Fürsorgegesetz vom 18. Juni 1901 erfordert den Nachweis der Möglichkeit von Unfallfolgen (Entsch. des RG). 1918. 167.

— Reichsgerichtsentscheidung wegen Schadenersatzes für einen — (Ausgleiten eines Briefträgers auf einer mit Schnee bedeckten Eisenplatte). 1913. 28.

Betrüger. Auszahlung eines Scheckbetrags an einen — vor Feststellung des Betrugs (Urteil des LG Chemnitz). 1923. 447.

Beuterecht im Seekriege hinsichtlich der Briefpost. 1918. 188.

Bevölkerungsdichte. *Dichtigkeit der Bevölkerung im Deutschen Reich und in den Einzelstaaten (Volkszählung 1910). 1913. 208.

Bibliographie zur Postliteratur. 1923. 422.

Bindfaden. Wirtschaftlichkeit von Papier- und Hanfbindfaden. 1922. 80.

Birghden. Postmeister von den —. Ein Lebensbild aus dem Dreißigjährigen Kriege. 1918. 9.

Blitzableiter. *Der Blitzableiterbau. 1918. 119.

— *Ein neuer — für elektrische Anlagen. 1919. 387.

Blitzgefahr. *In Preußen von 1854 bis 1913 durch Blitzschlag getötete Personen. 1916. 311.

Blitzschäden. *Zahl der — in Preußen nach Unterlagen des Pr. Statistischen Landesamts. 1915. 381.

Blitzschlag. Haftet die Reichs-Telegraphenverwaltung wenn ein — die Fernsprecheinrichtungen trifft und der Benutzer des Fernsprechers getötet wird? (Urteil des OLG Hamburg). 1923. 142.

Bodensee. Neue Fernsprechkabel durch den —. 1920. 411.

Bombenpost. Zur Geschichte des Briefeschießens. 1920. 28. 112.

Bosnien-Herzegowina. Verhandlungen über die neuen Postabkommen zwischen Deutschland, Österreich, Ungarn und —. 1917. 48.

Botenanstalten. Münsterische — im 16. und 17. Jahrhundert. 1918. 469.

Boteneid. Ein — aus dem Jahre 1536. 1920. 307.

Botenposten. Münsterische — seit dem Anfange des 17. Jahrhunderts. 1919. 144.

— Straßenbahn — in Hamburg für die Eilbrief- und Telegrammbeförderung. 1921. 102.

Botenwesen. Das — in der Schweiz. 1919. 437.

Brandenburg. Der Postvertrag Kurbrandenburgs mit der Schweiz vom Jahre 1695. 1917. 203.

Brasilien. *Einiges von den Eisenbahnen in —. 1920. 185.

Braunschweig. Rollbahn im Postbetrieb von —. 1919. 174.

Braunschweig-Lüneburg. Das Verhältnis zur Lüneburger Post um 1700. 1915. 9.

Bremen. Bremens Seeschifffahrt. 1913. 106.

— Die Schiffsbrieft. 1916. 356.

— Hafenanlagen der freien Hansestadt —. 1919. 24.

— *Wehranlage in der Weser bei —. 1919. 197.

Bremser. Eine neue Eisenbahnbremse. 1918. 417.

Brennstoffe. Gestaltung der Brennstoff- und Warmewirtschaft. 1922. 35.

— Sparsame Ausnutzung der in den — enthaltenen Wärme. 1922. 33.

Breslau. Aus der Geschichte der Breslauer Posteinrichtungen. 1914. 271.

— Fördergurtanlage und Rollbahn der Reichs-Postverwaltung in —. 1919. 166. 172.

— Hausrohrpost im Postscheckamt in —. 1918. 145.

— Postverladestelle am Hauptbahnhof in —. 1916. 85.

Brief. Der — im Laufe von fünf Jahrtausenden. 1924. 141.

— Der — in der Kunst. 1924. 143.

— Der — und seine Beförderung im Altertum. 1921. 228.

Briefe. Altwestfälische Briefsammlungen (1470 bis 1691). 1921. 189.

— Die ältesten westfälischen — aus dem 9. bis 15. Jahrhundert. 1920. 325.

— Merkwürdige — und Briefbeförderungen im Altertum. 1921. 280.

— Postzwang für — im 17. Jahrhundert in Dänemark. 1920. 68.

Briefbeutel. Förderanlagen für — auf dem Postbahnhofe der Pennsylvaniabahn in New York. 1913. 346.

Briefeschießen. Zur Geschichte des —. 1920. 28. 112.

Briefkästen. Ein Beitrag zur Geschichte des Postbriefkastens. 1914. 341.

— Hamburger Straßenbahnbriefkästen für den Telegramm- und Eilbriefdienst. 1921. 107.

Briefmarken s. unter Postwertzeichen.

Briefmarkenfunde. Die bedeutendste Bücherei für —. 1913. 277.

Briefmarkensammlung des Reichs-Postmuseums in Berlin. 1914. 17.

Briefpostdienst in Belgien während der deutschen Besetzung. 1918. 172. 181. 222.

Briefposttarif. Der — im Königreich Württemberg vom Jahre 1814. 1914. 115.

Briefstempel. Ortsnamen und — während der deutschen Besetzung Belgiens. 1918. 180.

Brieftaube. *Die berühmteste — der Welt. 1922. 200.

Brieftauben. Frühzeitige Benutzung der — zur Beförderung von Nachrichten. 1917. 191.

— Nachrichtenbeförderung durch — in alter und neuer Zeit. 1918. 28.

Briefträger. *Ein — mit einem Bestellgang von 380 Kilometern. 1924. 130.

Briefverkehr. Massenförderanlagen für den — in New York. 1913. 340.

— Reichsgerichtsentscheidung über die Einheitlichkeit des Beförderungswillens (§ 1 u. 27 des PG). 1915. 155.

Briefzustellung. Zuverlässigkeit der Postzustellung vor dem Krieg ist Beweisgrund für die Antiquität abgehandelter Briefe (Entsch. des OLG in P.). 1920. 358.

Bruchleiden. Beurteilung der Unterleibsbrüche als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. 1918. 480.

Bücherei. Die bedeutendste — für Briefmarkenfunde. 1913. 277.

Bücherpostsendungen. Postaufträge zu —. 1915. 115.

Bücherwerke s. Abt. IV.

Einführung. Der Wert kaufmännischer — für die staatlichen Verkehrsanstalten, besonders für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1913. 65.

— Die Ziele der kaufmännischen — und Rechnungslegung. 1913. 65.

— Folgerungen für die — des staatlichen Postwesens bei Einführung des kaufmännischen Geschäftsbetriebs. 1913. 69.

— Umgestaltung der Vorschriften über die —. 1913. 76.

Haftung bei Empfangsbescheinigungen. Haftung dessen, der Empfangsbescheinigungen über Postanweisungs-, Zahlkartenbeträge oder über eine Postsendung als »Bürge« unterschreibt (Urteile OLG Cassel, OLG Karlsruhe und OLG Königsberg, Pr.). 1924. 194. 195. 196.

G

Gabriel. Postgerechsamte des Hauses — im spanischen Amerika (1514 bis 1769). 1919. 183.

Gef. Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk —. 1916. 249.

— Postladeanlagen auf dem Bahnhofe in — (Oberstadt). 1916. 93.

— Rollbahnanlage im Postbetrieb von —. 1919. 174.

Gon und Cellonlacke als Isoliermittel. 1916. *311.

Gemie. Chemische Eigenschaften des Aluminiums. 1920. 156.

Chemie. *Chemisch reiner Stickstoff aus der Luft. 1921. 417.

— *Die Zukunft der Ersatzstoffe. 1919. 30.

— *Durch Feuchtigkeit hervorgerufene Zersetzungserscheinungen am Gußeisen. 1917. 88.

— *Ersatzstoff für Platin. 1919. 276.

— *Herstellung von Sprengstoff aus Zucker. 1920. 81.

— *Kupfergewinnung aus den Dämpfen der Metallbrennereien. 1920. 121.

— *Stickstoffwirtschaft Deutschlands im Kriege. 1920. 82.

— *Bernickeln von Aluminium. 1922. 66.

Chemnitz. Die Förderanlage beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in —. 1920. 176.

— Rollbahnanlagen im Postbetrieb von —. 1919. 172.

China. *Alte Seilschwebbahnen in —. 1917. 426.

— Das Postwesen in — im Jahre 1911. 1913. 672.

— *Deutscher Sprachunterricht für chinesische Angestellte der deutschen Postämter in Schanghai und Hankau. 1913. 747.

— Post- und Telegraphie bei den deutschen Verkehrsanstalten in — von 1903 bis 1914. 1921. 460.

Constantinopel s. unter Konstantinopel.

Constitution von anvertrautem Gute vom Jahre 1705 in Kursachsen. 1917. 31.

Cymometer. Das — von Fleming. 1915. 308.

D

Dampfer. Stapellauf des — »Zeppelin«. 1914. 555.

Dampfkessel in Preußen am 1. April 1914. 1916. *310.

Dämpfungs-konstante elektrischer Leitungen. 1916. 157.

Dampfkraftwerk. *Das staatliche — bei Hannover. 1918. 202.

Dampfmaschinen. Die — in Preußen am 1. April 1913 nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Benutzung zur Elektrizitätserzeugung. 1915. 91.

— in Preußen am 1. April 1914. 1916. *310.

Dampfturbinen in Preußen am 1. April 1914. 1916. *310.

Dämpfung und Dämpfungszahl elektrischer Wellen auf Leitungen. 1916. 154.

Dänemark. *Baupläne der dänischen Staatsbahnen. 1917. 208.

— Dänische Beziehungen zur Post in Lübeck um 1700. 1915. 194.

— Das dänische Telegraphen- und Fernsprechwesen im Jahre 1915/16. 1917. 82.

— — Dsagl. im Jahre 1916/17. 1918. 106.

— — Dsagl. im Jahre 1917/18. 1919. 89.

— Das Fernsprechwesen in —. 1914. 226.

— Der Anteil von — am Weltkabelnetz. 1914. 378.

— Eine dänische Postordnung aus dem 17. Jahrhundert. 1920. 65.

— *Kraftübertragung von Schweden nach —. 1916. 399.

— Nachnahmeverkehr in —. 1913. 304.

— *Neue Häfen in Jütland. 1916. 282.

— Verhältnis der Lübecker Stadtpostverwaltung zu — im 19. Jahrhundert. 1915. 344.

Darlehnskassen. Die — des Deutschen Reichs. 1916. 285.

Darlehnskassenscheine. Entstehung und Zweck der —. 1919. 370.

Datumstempel. *Zur Geschichte der —. 1920. 421.

- Deutschrift** aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Postcheckverkehrs 1909 bis 1919. **1919.** 389.
- des Geheimen Postrats Schmückert von 1821 über das Bedürfnis zur Errichtung von Schnellposten. **1919.** 449.
 - Die Großherzoglich Oldenburgischen Staatseisenbahnen von 1867 bis 1917. **1918.** 22.
 - Stephens —, betreffend den allgemeinen Post-Kongreß von 1868. **1924.** 86.
 - über die Entwicklung und umfassende Ausgestaltung der drahtlosen Telegraphie für den allgemeinen Nachrichtenverkehr. **1919.** 245.
 - über die Frage der Errichtung einer Pensionskasse für Postagenten. **1913.** 289.
 - über die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. **1922.** 137.
- Deutscher Orden.** Der — und die Hanse um 1400. **1913.** 626.
- Nachrichtendienst und Reiseverkehr des — um 1400. **1913.** 617. 662.
- Deutsche Postanstalten im Auslande.** Erleichterungen im Verkehr mit den —. **1913.** 40.
- Deutsches Reich.** Anteil Deutschlands an den Bahnbauten in Afrika. **1914.** 184.
- Das deutsche Seekabelnetz. **1914.** 380.
 - Das Fernsprechwesen des —. **1914.** 146.
 - Die Eisenbahnen Deutschlands im Rechnungsjahre 1912. **1914.** 490.
 - Die Kraftfahrzeuge im —. **1914.** 492.
 - *Die Sparkassen im — bis 1918. **1921.** 417.
 - *Die Sparkassen im — und in Preußen. **1915.** 159.
 - *Ergebnisse der Sparkassen im — von 1915 bis 1917. **1920.** 308.
- Deutsch-Neuguinea.** Post und Telegraphie in — in den Jahren 1903 bis 1914. **1921.** 409.
- Deutsch-Ostafrika.** Eisenbahnbau in —. **1914.** 536.
- Post und Telegraphie in — in den Jahren 1903 bis 1914. **1921.** 382.
- Deutsch-Südwestafrika.** Eisenbahnbau in —. **1914.** 539.
- Post und Telegraphie in — in den Jahren 1903 bis 1914. **1921.** 391.
- Dienstleid.** Verweigerung des — (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs. **1923.** 363.
- Dienstenthebung.** Rechtswirksamkeit der vorläufigen — (Entsch. des RG). **1917.** 315.
- Dienstgebäude** (s. auch unter Postbauten und Postgebäude).
- Das jetzige Hauptpostgrundstück in Königsberg (Pr.), Poststraße Nr. 14 und 15. **1920.** 369.
 - Das neue Haupt-Telegraphenamt in Berlin. **1917.** 491, **1918.** 297.
 - Das neue Postgebäude am Hauptbahnhof in Dortmund. **1914.** 1.
 - Das neue Postgebäude in Warschau. **1917.** 281.
 - Das Postzeitungsamt. **1913.** 165.
 - Der Bau von Fernsprech-Verstärkerämtern. **1924.** 174.
 - Die älteren Posthäuser in Königsberg (Pr.). **1920.** 361.
 - Die — für den Post- und Telegraphendienst in Belgien in der Zeit der deutschen Besetzung. **1918.** 183.
 - Die neuzeitliche Entwicklung des Fernsprechämterbaus für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland. **1924.** 161.
 - Die Postgebäude in Lübeck. **1915.** 378.

- Dienstgebäude.** Kraftwagenhallen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. **1916.** 253.
- Um- und Erweiterungsbau des — in der Oranienburger Straße (Haupt-Telegraphenamt, Paketpostamt) in Berlin. **1917.** 404.
 - Zur Geschichte der Hauptpostgrundstücke in Königsberg (Pr.). **1920.** 361.
- Dienstliche Aufwendungen.** Abgeltung der Kosten für — der Beamten im Telegraphenbaudienst seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie. **1924.** 106.
- Dienststelle.** Die Einrichtung der Postanweisungsstelle in Thorn 2 Bsh. **1913.** 249.
- Dienstverhältnisse der Postagenten.** **1913.** 290.
- Dienstverträge.** Kein Lohnanspruch bei einer vom Arbeitgeber nicht verschuldeten Betriebshinderung (BGH § 323) (Urteil des RG Berlin-Mitte). **1923.** 185.
- Dienstverweigerung.** Unerlaubte Fernhaltung vom Amt (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). **1923.** 54. 55. 56.
- Dienstwohnung.** Der Staat haftet auch gegenüber den Angehörigen eines Beamten für gesundheitsgefährdende Mängel einer — (Entsch. des RG). **1918.** 295.
- Dienstwohnungen.** Befreiung der — der Offiziere und nicht beamteten Angestellten von der Gemeinde-Grundsteuer auf Grund des Kommunalabgabengesetzes. **1916.** 25. 28.
- Bewertung der — bei der Veranlagung zur Staats-einkommensteuer. **1915.** 281.
 - Steuerfreiheit der — in besonderen Wohngebäude und der zu — gehörenden Gärten im Bereiche des preussischen Kommunalabgabengesetzes. Wegfall fixierter Steuerbeträge infolge Änderung der Steuer-verfassung (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). **1914.** 18.
 - Steuerpflichtigkeit der — der Beamten nach dem Kommunalabgabengesetz. **1916.** 25.
 - Steuerpflichtigkeit der — nach dem Kommunalabgabengesetz (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). **1917.** 113. 421.
- Dieselmotor.** *Der — in der Seeschifffahrt. **1917.** 425.
- Dollart.** *Trockenlegung des —. **1918.** 500.
- Donau.** Der Europäische Donauausschuß auf Grund des Pariser Friedens. **1916.** 169.
- Die untere —. **1916.** 167.
- Dortmund.** Das neue Postgebäude am Hauptbahnhof in —. **1914.** 1.
- Postladeanlagen am Hauptbahnhof in —. **1916.** 89.
- Dragonerpost.** Die — (Trabantenpost) Berlin-Osnabrück-Münster(-Wesel-Eleve) 1647 bis 1649. **1921.** 320.
- Die — (Trabantenpost) zwischen Berlin, Osnabrück und Münster im Jahre 1646. **1919.** 148.
- Drahte.** Rohstoffgewinnung aus abgenutzten isolierten —. **1921.** 213.
- Drahtlose Telegraphie und Telephonie** s. u. Funkwesen.
- Drehscheibenbetrieb** bei Postladeanlagen im Reichspostgebiet. **1916.** 102.
- Dresden.** Postverladestelle in —. **1916.** 73.
- Rollbahnen im Postbetrieb von —. **1919.** 171. 172.
- Druckluftbetrieb.** Arbeitsweise der Luft beim — in der Rohrpost. **1917.** 247.
- Druckwerke.** Lieferung von —. **1913.** 81.
- Durchschnittspreise.** *Jährliche — des Kupfers am nordamerikanischen Markte. **1913.** 257.
- Duplex-Elektrostahl.** *Erzeugung von —. **1920.** 122.



- Erdgasröhre.** Die —. 1922. 317.
- Verschiedene Arten von —. 1922. 322.
- Verwendung der — in der Praxis. 1922. 320.
- Eilbriefbeförderung.** Die Hamburger Straßenbahn im Dienste der —. 1921. 101.
- Einbruch der Franzosen.** Die Reichspost beim — in das Reich. 1792 bis 1793. 1913. 1. 43. 85.
- Einfuhrhandel.** *Der — Finnlands. 1918. 368.
- Einfuhrverbote.** Mitwirkung der Post bei der Durchführung der — in Kurpfalz im 18. Jahrhundert. 1917. 73.
- Einlieferungsscheine.** Verpflichtung des Absenders auf nachträgliche Zahlung eines laut Posteinlieferungsbescheinigung zu wenig eingezahlten Zahlkartenbetrags (§ 812 BGB) (Urteil des OLG Essen). 1923. 450.
- Einrichtungen.** Ortliche Vorschriften und — beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1921. 177.
- Einschreibsendung.** Ein Postbeamter, der eine — aus Fahrlässigkeit als gewöhnlichen Brief behandelt hat, haftet dem Absender (Urteil des OLG Hamburg). 1919. 316.
- Eisberge.** *Sicherheit der Schifffahrt gegen —. 1923. 30.
- Eisen.** *Eine neue Art der Schweißung von —. 1922. 66.
- *Zerfetzungserscheinungen am Gußeisen. 1917. 88.
- Eisenbahnen.** General-Postmeister von Nagler und seine Stellung zu den —. 1916. 223. 1917. 169.
- Eisenbahnbau.** Ausbau der norwegischen Eisenbahnen. 1915. 243.
- Ausbau des schwedischen Eisenbahnnetzes. 1915. 349.
- *Bahnbau von Tanger nach Dakar. 1920. 279.
- Bau der Bagdadbahn. 1918. 111.
- *Bau der schwedischen Mittellandbahn. 1919. 159.
- Baupläne der dänischen Staatsbahnen. 1917. 208.
- *Beginn des elektrischen Eisenbahnbetriebs in Lappland. 1915. 158.
- *Der — in den afrikanischen Schutzgebieten des Deutschen Reichs. 1913. 109.
- *Der Montblanc-Durchstich. 1913. 287.
- *Der Montblanc-Tunnel. 1923. 57.
- *Der neue Eisenbahnnotenpunkt zwischen Schweden und Rußland. 1916. 281.
- *Der neue Hauensteinntunnel. 1916. 283.
- Die äthiopische Bahn Dschibuti-Dire Dawa-(Adis Abeba). 1914. 585.
- *Die australische Überlandbahn. 1918. 291.
- Die Eisenbahnen im nördlichsten Europa. 1916. 358.
- Die Erschließung Afrikas durch Eisenbahnen. 1914. 177.
- *Die erste Eisenbahn auf Island. 1919. 98.
- Die ersten englischen und amerikanischen Dampf-Eisenbahnen. 1914. 392.
- *Die größte gewölbte Eisenbahnbrücke der Erde. 1920. 422.
- *Die Kap-Kongobahn. 1918. 291.
- *Eine neue Eisenbahnlinie Tongern-Machen. 1920. 422.
- *Ein Kanaltunnel Calais-Dover. 1920. 121.
- Form der Ladegleise und Bahnsteige bei Postladeanlagen. 1916. 112.
- Lage der Postverladestellen zu den Bahnhöfen; Anschluß an das allgemeine Eisenbahnnetz. 1916. 121.
- *Reubauten im schwedischen Staatsbahnnetz. 1916. 136.

- Eisenbahnbau.** *Neue Elektrifizierungspläne für die schwedischen Bahnen. 1916. 53.
- Postladeanlagen auf den Bahnhöfen im Reichspostgebiet. 1916. 69. 101.
- *Pyrenäentunnel zwischen Frankreich und Spanien. 1919. 316.
- *Tunnelbau unter der Straße von Gibraltar. 1919. 63.
- Eisenbahnbrücke.** *Die größte gewölbte — der Erde. 1920. 422.
- Eisenbahnschutz.** *Bewachung der englischen Eisenbahnen im Kriege. 1920. 392.
- Eisenbahntarife in den deutschen Schutzgebieten.** 1914. 534.
- Tarifpolitik der deutschen Reichsbahn. 1923. 1.
- Tarifpolitik und Eisenbahnfinanzen. 1923. 2.
- Eisenbahnwesen.** *Alte Vergangenheit der Seilschwebbahnen. 1917. 426.
- *Änderungen in der Fundordnung der deutschen Eisenbahnverwaltungen. 1920. 124.
- Aus dem Jahresbericht über die Betriebsergebnisse der preussischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1912. 1914. 352.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1913. 1915. 168.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1914. 1916. 268.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1915. 1917. 258.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1916. 1918. 285.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1917. 1919. 459.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1918. 1920. 80.
- Begriff »Höhere Gewalt« bei Eisenbahnunfällen (Entsch. des RG). 1918. 495.
- *Betriebsergebnisse türkischer Eisenbahnen im Jahre 1912. 1913. 288.
- *Betriebsverhältnisse auf den sibirischen Eisenbahnen. 1920. 120.
- *Beziehungen zwischen der Post und den Eisenbahnen in Frankreich. 1919. 198.
- Der gemeine Handelswert im eisenbahnrechtlichen Sinne (Entsch. des OLG in Hamburg). 1921. 235.
- *Die Bagdadbahn. 1919. 342.
- Die Eisenbahnen der Erde am Schlusse des Jahres 1911. 1913. 500.
- Die Eisenbahnen der Erde am Ende des Jahres 1912. 1914. 552.
- Die Eisenbahnen der Erde am Ende des Jahres 1913. 1915. 309.
- Die Eisenbahnen Deutschlands im Rechnungsjahre 1911. 1913. 279.
- Die Eisenbahnen Deutschlands im Rechnungsjahre 1912. 1914. 490.
- *Die Eisenbahnen im innersten Afrika. 1919. 199.
- Die Eisenbahnen in den deutschen Schutzgebieten. 1914. 533.
- Die erste Untergrundbahn (in London). 1913. 201.
- Die Großherzoglich Oldenburgischen Staatseisenbahnen von 1867 bis 1917. 1918. 22.
- *Die größte Lokomotive. 1920. 121.
- *Die Murmanbahn. 1919. 388.
- Die nebenbahnähnlichen Kleinbahnen im Deutschen Reich im Rechnungsjahre 1913. 1915. 174.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1914. 1916. 275.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1915. 1917. 264.
- — Desgl. im Rechnungsjahre 1916. 1918. 290.
- Die vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahr 1918. 1921. 198.

Eisenbahnwesen. *Drachtlose Sicherheitsvorrichtung für fahrende Eisenbahnzüge. 1920. 423.

— *Eine Änderung der Zugbeleuchtung auf den deutschen Bahnen. 1915. 352.

— Eine neue Eisenbahnbremse. 1918. 417.

— *Einiges von den Eisenbahnen Brasiliens. 1920. 185.

— *Einstellung des Balkanzuges. 1919. 159.

— *Eisenbahnboot, ein Eisenbahn- und Wasserfahrzeug. 1918. 499.

— *Elektrifizierung der schwedischen Staatsbahnen. 1916. 136.

— Entschädigung der ersten Eisenbahnen an die Post für die Aufgabe der Personenbeförderung. 1914. 396.

— Entwicklung der Kleinbahnen in Preußen im Jahre 1918. 1920. 414.

— *Heuschreckenschwärme als Verkehrshindernis. 1924. 71.

— *Jahrgeschwindigkeit der deutschen Schnellzüge. 1916. 201.

— Gemeiner Handelswert im frachtrechtlichen Sinne (Entsch. des RG). 1921. 286.

— Geschwindigkeitsmesser für Lokomotiven. 1916. 305.

— Gültigkeit der Haftbeschränkung der Eisenbahnverwaltung bei der Aufbewahrung von Reisegepäck (Entsch. des Reichsgerichts). 1922. 247.

— *Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen im Jahre 1914. 1916. 459.

— Haftung der Eisenbahn für Postsendungen und Bahnpostwagen (Entsch. des RG). 1918. 244.

— Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes in Verbindung mit Artikel 8 Eisenbahnpostgesetzes, wenn ein Postbeamter während seines Überlagers vorzeitig den Bahnpostwagen aufgesucht und bei einem Zusammenstoß des Postwagens mit einem abfahrenden Zuge einen Unfall erlitten hat (Entsch. des RG). 1924. 31.

— *Neue Verkehrswege in Afrika. 1921. 288.

— Postrechtliche Nebenbestimmungen in Eisenbahn- usw. Verträgen mit dem Ausland. 1918. 185.

— *Reisegepäckversicherung bei den preußischen Eisenbahnen. 1919. 196.

— *Rückgang des amerikanischen Eisenbahnnetzes. 1923. 363.

— Schadenshaftung der Bahn bei Plünderung von Eisenbahnfrachtgut während der Revolutionsunruhen (Entsch. des RG). 1920. 357.

— Tarifpolitik und Entstaatlungsfrage der deutschen Reichsbahn. 1923. 21.

— Urteil des Reichsgerichts über die Haftung der Eisenbahnverwaltung bei Aushändigung von Frachtgut an einen Betrüger. 1922. 171.

— Von der Post zur Eisenbahn. 1914. 389.

Eisenbeton. *Seeschiffe aus —. 1917. 324.

Eisgefahr. *Die — im nordatlantischen Ozean. 1913. 286.

Elektrizität. Bedeutung der Induktivität für Fernsprecheleitungen (Ausgleich zwischen Kapazität und Induktivität, natürliche Induktivität und Mittel zu ihrer Erhöhung, eiserne Leitungen, Einschaltung von Induktivität in Spulen). 1916. 147.

— *Beginn des elektrischen Eisenbahnbetriebs in Lapp-land. 1915. 158.

Elektrizität. Beleuchtung im Post- und Telegraphenbetrieb unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Prüfungen elektrischer Lichtquellen und Lichtträger im Telegraphen-technischen Reichsamt. 1923. 301.

— *Benutzung von Aluminium für elektrische Starkstromleitungen. 1920. 424.

— Berechnung von Pupinschen Leitungen (Feststellung der erforderlichen Induktivität, Verteilung der Spulen, Regel für andauernde Wechselströme von bestimmter Frequenz, Regel für Fernsprecheleitungen, Feststellung der elektrischen Eigenschaften einer Spule). 1916. 160.

— *Die Bayernwerke. 1918. 498.

— Die Erzeugung der — durch Dampfmaschinen in Preußen. 1915. 91.

— Eigene Kraftwerke der Deutschen Reichspost. 1923. 44.

— *Ein neuer Blitzableiter für elektrische Anlagen. 1919. 387.

— Elektrische Eigenschaften der Fernsprecheleitungen (Widerstand, elektromagnetisches Feld, Energie, Arbeit und Leistung, elektrisches Feld, Kapazität, magnetisches Feld, Induktivität, Widerstand in bezug auf Energie). 1916. 140.

— Elektrische Eigenschaften des Aluminiums. 1920. 157.

— Elektrische Wellen auf Leitungen (Wellen und Schwingungen, Wellenbewegungen, Dämpfung, Dämpfungszahl, Charakteristik). 1916. 150.

— Elektrische Zugbeförderung in Preußen. 1915. 170.

— *Elektrifizierung der schwedischen Staatsbahnen. 1916. 136.

— Elektrizitätsleitung in Metallen. 1917. 209.

— *Elektrizitätsversorgung durch das staatliche Dampfkraftwerk bei Hannover. 1918. 202.

— Elektronentheorie. 1917. 210.

— Formeln für die Berechnung der Fortpflanzungskonstante (Ableitung, Dämpfungskonstante, Charakteristik und Wellenlänge, Beispiele). 1916. 156.

— *Innerer Zusammenhang zwischen Licht und —. 1915. 93.

— Kontaktpotentiale bei Metallen. 1917. 216.

— *Kraftübertragung von Bitterfeld nach Berlin. 1918. 498.

— *Kraftübertragung von Schweden nach Dänemark. 1916. 399.

— *Neue Elektrifizierungspläne für die schwedischen Bahnen. 1916. 53.

— Theorie des Stromdurchgangs durch verdünnte Gase. 1918. 258.

— Thermoelektrizität in Metallen. 1917. 219.

— Umformungen elektromagnetischer Energie (Energie der Lage und der Bewegung, Schwingungssysteme, Schwingungen elektromagnetischer Energie, Leitung ohne Induktivität, Ladung und Entladung von Kondensatoren). 1916. 143.

— Zeitlicher Verlauf der Fernsprechströme (Schwingungsbild, Zurückführung auf andauernde Wechselströme). 1916. 138.

Elektrostahl. *Der Duplex- und Triplex- —. 1920. 122.

Elektrotechnik. *Cellon und Cellonlacke als Isoliermittel. 1916. 311.

— *Der Blitzableiterbau. 1918. 119.

— *Verbesserungen an Glühlampen. 1920. 82.

Energie. Umformungen der —. 1916. 143.

— Umformungen der elektrischen —. 1916. 143.

England f. auch Großbritannien.

- *Bewachung der englischen Eisenbahnen im Kriege. 1920. 392.
- Das britische Fernkabelnetz. 1923. 89.
- Das Fernsprechwesen in —. 1914. 198.
- Das Postwesen von — im Vergleich zu dem Preußens im Jahre 1828. 1917. 160.
- Der Anteil — am Weltkabelnetz. 1914. 377.
- Die englische Feldpost. 1920. 71.
- *Die Entwicklung des Fernsprechverkehrs von Ort zu Ort in —. 1913. 577.
- *Die erste Ballonfahrt zwischen — und Deutschland. 1918. 204.
- Die erste Untergrundbahn (in London). 1913. 201.
- *Ein Kanaltunnel Calais-Dover. 1920. 121.
- *Ein Kreistelegramm rund um den Erdball. 1924. 130.
- *Ein Riesenschwimmdock in Southampton. 1923. 58.
- Einrichtung der Feldpost in —. 1915. 331.
- *Englisch-französischer Fernsprechverkehr. 1914. 22.
- *Englisch-niederländisches Fernsprechkabel. 1913. 480.
- Entdeckung des Seewegs nach Nordrußland durch Engländer. 1916. 442.
- Entwicklung der Luftpost in — seit 1920. 1923. 271.
- *Flug Köln-London in 2 Stunden 12 Minuten. 1923. 57.
- *Funktelegraphie auf englischen Schiffen. 1921. 176.
- *Meisterschaftsflug einer englischen Briestaube. 1922. 200.
- Motorposten in —. 1913. 573.
- Neuordnung der Fernsprechgebühren in —. 1921. 31. 80. 115.
- Paketverkehr des englischen Heeres in Frankreich. 1920. 46.
- Wirkung der Hüllschen Portoverbesserung. 1915. 105.

Enteignung. Umsatzsteuer-Veranlagung bei — (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 312.

Entscheidungen, Erkenntnisse, Urteile usw.

- Abweisung einer Schadenersatzklage wegen eines in einem Posthause erlittenen Unfalls (Urteil des Rgl. Sächsischen Oberlandesgerichts). 1913. 317.
- Anspruch der Rassenmitglieder auf Benutzung der 3. Eisenbahnwagenklasse (Entsch. des Oberverwaltungsamts in Arnberg). 1920. 396.
- Anwendung der Vorschriften in §§ 149 ff. des Reichsbeamtengesetzes über die Zulässigkeit des Rechtswegs auf Schadenersatzansprüche der Reichsbeamten, die aus dem Dienstverhältnis abgeleitet werden (Entsch. des RG). 1918. 416.
- Anwendung des § 254 BGB bei Ersatzansprüchen im Postscheckverkehr (Entsch. des RG). 1919. 94.
- Auch nach Art. 129 Abs. 1 der Reichsverfassung ist der Rechtsweg für den Schadenersatzanspruch eines Beamten wegen verspäteter Beförderung nicht gegeben (Entsch. des Reichsgerichts). 1922. 273.
- Aushändigung eines Posteinlieferungscheins über eingezahltes Geld vor vollendeter Prüfung des Geldbetrags. Gegenbeweis gegen Posteinlieferungscheine (Urteil des LG Chemnitz). 1923. 448.
- Auslegung des § 78 des Reichsbeamtengesetzes (Urteil des Reichsdisziplinarhofs). 1920. 79.

Entscheidungen. Auslegung des § 177 des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Entsch. des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1919. 27. 28.

- Auszahlung eines Scheckbetrags an einen Betrüger, dem der Aussteller des Schecks das Geld vor Feststellung des Betrugs überhandte (Urteil des LG Chemnitz). 1923. 447.
- Befreiungen von Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuern im Bereiche des preußischen Kommunalabgabengesetzes (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1916. 25.
- Begriff »Halter eines Kraftfahrzeugs« (Entsch. des RG). 1918. 494.
- Begriff »Höhere Gewalt« (Entsch. des RG). 1918. 495.
- Begriff »längere Zeit« im Sinne von § 2 Abs. 2 des preußischen Gesetzes, betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten (Entsch. des RG). 1918. 455.
- Beschäftigung im Hauptberuf im Sinne der Angestelltenversicherung (Beschlüsse des Oberschiedsgerichts). 1918. 77. 78. (Beschluss des Rentenausschusses). 1918. 79.
- Besteuerung der aus anderen Bundesstaaten oder aus dem Reichslande bezogenen Ruhegehälter (Entsch. des preuß. Oberverwaltungsgerichts). 1919. 200.
- Bestimmungen der Allgemeinen Dienstanzweisung für Post und Telegraphie als Grundlage für Schadenersatzansprüche (Entsch. des LG in Köln). 1920. 393.
- Bewertung der Dienstwohnungen bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer (Erkenntnis des preuß. Oberverwaltungsgerichts). 1915. 281.
- Bewußt unberechtigtes Herbeiführen der Zerrückung durch einen von einem Unfall betroffenen Beamten (Entsch. des RG). 1922. 341.
- Dauer der Gehaltszahlung an einen als Kriegsteilnehmer vermissten Beamten (Entsch. d. RG). 1919. 22.
- Der gemeine Handelswert im eisenbahnrechtlichen Sinne (Entsch. des LG in Hamburg). 1921. 235.
- Der Kraftpostbetrieb unterliegt nicht der Zuweisung an die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften. 1924. 129.
- Der Staat haftet auch gegenüber den Angehörigen eines Beamten für gesundheitsgefährdende Mängel einer Dienstwohnung (Entsch. des RG). 1918. 295.
- des Oberverwaltungsgerichts über die Erhebung von Baupolizeigebühren bei Bauten des Deutschen Reichs oder des preußischen Staates in Preußen. 1913. 377.
- des Oberverwaltungsgerichts über Steuerfreiheit der Dienstwohnungen in besonderen Wohngebäuden und der zu Dienstwohnungen gehörenden Gärten im Bereiche des preußischen Kommunalabgabengesetzes. Wegfall fixierter Steuerbeträge infolge Änderung der Steuerverfassung. 1914. 18.
- des Reichsgerichts über die Festsetzung des Strafbetrags bei Zuwiderhandlungen gegen § 27 Abs. 2 des Postgesetzes. 1914. 547.
- Die der Post nach §§ 1, 1a PG vorbehaltene Beförderungstätigkeit umfaßt die gesamte Beförderungstätigkeit in einheitlichem Zusammenhang (Urteil des LG Stettin). 1924. 77.
- Die Feststellung des Voranschlags begründet nicht den Anspruch der Gemeindebeamten auf die darin vorgesehenen Gehaltszulagen (Entsch. des RG). 1920. 122.

Entscheidungen. Die Post haftet für Postsendungen selbst bei Dienstverletzungen ihrer Beamten in keinem Falle über die Bestimmungen der §§ 6 bis 12 PG hinaus (Entsch. des RG). 1924. 76.

- Die Weigerung eines Beamten, den Treueid auf die Verfassung zu leisten, enthält ein Dienstvergehen im Sinne der §§ 10, 72 des Reichsbeamtengesetzes (Urteil des Reichsdisziplinarhofs). 1922. 84.
- Ein Beitrag zur Frage der Ersatzpflicht des Postfiskus für Unfallschäden Dritter bei Benutzung des Fernsprechers (Urteil des LG und OLG). 1915. 149.
- Eine Einteilung der Postzustellbezirke ist eine der Nachprüfung der Gerichte nicht unterliegende Verwaltungssache. Eine Zustellpflicht für Pakete von mehr als 5 kg Gewicht nach dem Landzustellbezirke besteht nicht (Entsch. des RG). 1918. 293.
- Ein Postanwärter, der vom Truppenteil zur Probefeldpostleistung im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Zivildienst-einkommens (Entsch. des RG). 1924. 23.
- Ein Postbeamter, der eine Einschreibsendung aus Fahrlässigkeit als gewöhnlichen Brief behandelt hat, haftet dem Absender (Urteil des OLG Hamburg). 1919. 316.
- Ein vom Amtsgericht erlassener Strafbefehl ist für den Disziplinarrichter nicht bindend (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 361.
- Erfordernisse des Wechselprotestes hinsichtlich der Angabe der Proteststelle und Wirkung der Wohnungsangabe in der Anschrift des Bezogenen und im Akzept für die Protesterhebung (Entsch. des RG). 1915. 216.
- Erfüllung von Mietverträgen in den abgetretenen Gebieten (Urteil des Landgerichts I in Berlin). 1922. 199.
- Erfüllung vor dem Kriege geschlossener Lieferungsverträge (Entsch. des RG). 1919. 158.
- Erhöhung der Gebühren für abgekürzte Telegrammanschriften im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift. Geltung von Gebührenänderungen auf laufende Rechtsverhältnisse (Urteil des LG Dresden). 1924. 80.
- Erstattung von Heilkosten in Rentenform an unfallverletzte Beamte (Entsch. des RG). 1919. 340.
- Feldpostfreiheit und gewerbliche Interessen des Absenders (Urteil des bayer. Obersten Landesgerichts). 1919. 158.
- Freilassung reichseigener Grundstücke in Preußen von Gemeinde-, Grund- und Gebäudesteuern (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1913. 204.
- Gehören die Postscheckämter zu den reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben? (Entsch. des RG). 1919. 313.
- Gemeiner Handelswert im frachtrechtlichen Sinne (Entsch. des RG). 1921. 286.
- Gemeinsame Haftpflicht des Mieters und des Hauseigentümers für einen verkehrssicheren Zugang zu den Räumen (Entsch. des RG). 1919. 232.
- Genehmigungspflicht telegraphischer Feuer- und Unfallmeldeanlagen einer Gemeinde (Entsch. des Kammergerichts in Berlin). 1919. 271.

Entscheidungen. Genehmigungspflichtigkeit einer Versuchsfunkanlage (Urteil des LG Potsdam). 1924. 40.

- Grund- und Gebäudesteuern für Teile reichseigener Grundstücke im Bereich des preussischen Kommunalabgabengesetzes (Entsch. des OLG). 1915. 24.
- Gültigkeit der Haftbeschränkung der Eisenbahnverwaltung bei der Aufbewahrung von Reisegepäck (Entsch. des RG). 1922. 247.
- Haftet die Reichs-Telegraphenverwaltung, wenn ein Blitzschlag die Fernsprecheinrichtungen trifft und der Benutzer des Fernsprechers getötet wird? (Urteil des OLG Hamburg). 1923. 142.
- Haftpflicht des Bauherrn neben dem Bauleiter für den durch fehlerhaftes »Unterfahren« der Grundmauern des Nachbarhauses verursachten Schaden (Entsch. des RG). 1919. 276.
- Haftpflicht des Fernsprechteilnehmers für Verletzung des Betriebspersonals (Entsch. des RG). 1924. 200.
- Haftpflicht im Scheckverkehr bei mißbräuchlicher Benutzung der Scheckvordrucke (Entsch. des RG). 1919. 94. 95.
- Haftung aus verfälschten Schecken (Entsch. des RG). 1918. 328.
- Haftung der Eisenbahn für Postsendungen und Bahnpostwagen (Entsch. des RG). 1918. 244.
- Haftung der Eisenbahnverwaltung bei Aushändigung von Frachtgut an einen Betrüger (Urteil des RG). 1922. 171.
- Haftung der Post bei postordnungswidriger Einziehung von Nachnahmebeträgen (Entsch. des Kammergerichts). 1921. 283.
- Haftung der Post für Geldpakete (Urteil des Landgerichts Hamburg). 1922. 197.
- Haftung der Post im Postscheckverkehr (Entsch. des RG). 1922. 227.
- Haftung der Zollverwaltung beim Verluste von Wertpostpaketen auf dem Zollamte (Urteil des RG). 1915. 28.
- Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes bei einem Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Postwagen, der durch den Rutscher des Postwagens mitverursacht ist. Artikel 8 des Eisenbahnpostgesetzes gilt nur für Unfälle des Eisenbahnpostbetriebs (Entsch. des RG). 1924. 30.
- Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes in Verbindung mit Artikel 8 Eisenbahnpostgesetzes, wenn ein Postbeamter während seines Überlagers vorzeitig den Bahnpostwagen aufgesucht und bei einem Zusammenstoß des Postwagens mit einem abfahrenden Zuge einen Unfall erlitten hat (Entsch. des RG). 1924. 31.
- Haftung dessen, der Empfangsbescheinigungen über Postanweisungs-, Zahlartenbeträge oder über eine Postsendung als »Bürge« unterschreibt (Urteile des OLG Cassel, LG Karlsruhe und LG Königsberg, Pr.). 1924. 194. 195. 196.
- Haftung eines Bahnpostbeamten für den Verlust eines Geldbriefes (Entsch. des RG). 1918. 453.
- Hat der Telegrammauflieferer ein klagbares Recht auf Nennung des Namens von Telegraphenbeamten? (Urteil des LG Oppeln). 1924. 33.

Entscheidungen. Inwieweit kann der Empfänger einer Postanweisung oder eines Postschecks, deren Betrag trotz Mangels an Deckung ausgezahlt wurde, der Post gegenüber einwenden, daß der Betrag der Anweisung oder des Schecks zur Tilgung einer Forderung des Empfängers gegen den Absender diente? (Urteile des OLG München und des OLG Elberfeld). 1923. 442.

— Inwieweit kann gegen Maßnahmen der Reichs-Telegraphenverwaltung, die sich auf die Ausübung eines Hoheitsrechts beziehen, im ordentlichen Rechtswege vorgegangen werden? (Urteil des RG). 1913. 678.

— Kann der Staat als Grundstückseigentümer und Straßenanlieger Anschluß an städtische Entwässerungen verlangen? (Entsch. des pr. Oberverwaltungsgerichts). 1916. 238.

— Kein Anspruch des Fernsprechteilnehmers auf Erstattung der Gebühren wegen Sperrung des Anschlusses für gewisse Gespräche während bestimmter Tageszeiten (RD) (Urteile des OLG und des LG in Dresden). 1923. 67.

— Keine Ersatzpflicht der Post für ein beschädigtes Wertpaket, wenn die Beschädigung durch mangelhafte Verpackung verursacht ist (WG § 6 Abs. 3 unter a) (Urteile des AG und LG Karlsruhe). 1924. 138.

— Keine Ersatzpflicht der Postverwaltung bei Auslieferung eines gewöhnlichen Pakets an den erwachsenen Sohn des Pfortners (PD § 38 V) (Urteil des AG Stettin). 1923. 135.

— Keine Haftung der Deutschen Reichspost für Entstellung von Telegrammen (§ 21 LD) (Urteile des LG und OLG Breslau). 1924. 198.

— Keine Haftung der Reichs-Telegraphenverwaltung für falsche Auskunft am Schalter (Urteil des OLG I Berlin). 1924. 36.

— Keine Haftung der Reichs-Telegraphenverwaltung für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 LD) (Urteil des OLG Oldenburg). 1923. 62, (Urteil des RG). 1924. 32 und (Urteil des OLG Karlsruhe). 1924. 78.

— Keine Haftung der Reichs-Telegraphenverwaltung für unrichtige Zustellung eines Telegramms mit unvollständiger Anschrift; Versuche des Annahmbeamten um Ergänzung der Anschrift (Urteil des LG Dresden). 1924. 32.

— Keinen Rechtsanspruch auf Versetzung in ein anderes Amt (Entsch. des RG). 1919. 31.

— Keine Schadenersatzpflicht der Deutschen Reichspost bei postordnungsmäßiger Auslieferung eines für einen Abholer bestimmten Pakets an einen Betrüger (§§ 48, 49 WG; 42 PD) (Urteil des AG Minden). 1924. 137.

— Keine Schadenersatzpflicht der Postverwaltung bei Beraubung eines Pakets mit Gegenständen, die von der Postbeförderung ausgeschlossen sind (§ 6 WG; § 4 PD) (Urteil des LG Stettin). 1923. 451.

— Kein Lohnanspruch bei einer vom Arbeitgeber nicht verschuldeten Betriebshinderung (BGB § 323) (Urteil des AG Berlin-Mitte). 1923. 185.

— Klage auf Feststellung der Berechtigung zur Erhebung künftiger Ansprüche aus dem Unfall-Fürsorgegesetz vom 18. Juni 1901 erfordert den Nachweis der Möglichkeit von Unfallfolgen (Entsch. des RG). 1918. 167.

Entscheidungen. Klage auf Herstellung eines Fernsprechanschlusses (Urteil des OLG I Berlin). 1924. 37.

— Kriegsteuerungszulagen als Entgelt (Beschluss des Oberschiedsgerichts). 1918. 79, (Bescheid des Reichsversicherungsamts). 1918. 80.

— Lehnt die Postverwaltung Ersatz für die Beschädigung eines Pakets wegen Fahrlässigkeit des Absenders ab, so hat sie die Fahrlässigkeit zu beweisen (Urteil des LG Hamburg). 1923. 61.

— Verhalingbegriff und Krankenversicherungspflicht der Anwärterinnen (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1918. 495.

— Milderung der Strafe, ohne daß der Angeschuldigte ein Rechtsmittel eingelegt hat (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 230.

— Nachforderungen an Gebühren, Beiträgen und Steuern vom Reichsfiskus (Entsch. des OVG). 1915. 27.

— Nachveranlagung des reichseigenen Grundbesitzes in Preußen zu Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuern (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 113. 421.

— Nebenkosten und Generalkosten bei Beschädigung von Telegraphenstangen (Urteil des LG Altenburg). 1924. 35.

— § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874/6. Mai 1880 begründet keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Der Rechtsweg ist unzulässig (Entsch. des RG). 1924. 128.

— Postsendungen sind nicht beitragspflichtig zur großen Haverei (Urteil des RG). 1913. 767.

— Preussischer Mietsstempel bei Mietverträgen der Postverwaltung. Der Postbetrieb ist kein kaufmännisches Gewerbe (Entsch. des RG). 1915. 49.

— Rechtslage zwischen dem Bankhaus und dem Kunden bei Einlösung eines vom Kunden ausgestellten, vom Inhaber verfälschten Schecks (Entsch. des RG). 1919. 273.

— Rechtswirksamkeit der Änderung einer Umsatzsteuerordnung (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 309.

— Rechtswirksamkeit der vorläufigen Dienstenthebung (Entsch. des RG). 1917. 315.

— Reichsbeamte, die vorübergehend außerhalb ihres Wohnorts beschäftigt werden, haben für die Zeit eines Erholungsurlaubs keinen Anspruch auf Tagelöhne (Entsch. des RG). 1919. 96.

— Reichsgerichtsentscheidung, betreffend die Abhebung eines Teils des Bankguthabens auf Grund eines gefälschten Schecks. 1913. 405.

— Reichsgerichtsentscheidung, betreffend die Stempel-pflichtigkeit von Postvollmachten. 1913. 192.

— Reichsgerichtsentscheidung über die Einheitlichkeit des Beförderungswillens (§ 1 u. 27 des PG). 1915. 155.

— Reichsgerichtsentscheidung über die Haftung eines Telegraphenbeamten für Telegrammentstellung. 1913. 609.

— Reichsgerichtsentscheidung wegen Schadenersatzes für einen Betriebsunfall (Ausgleiten eines Briefträgers auf einer mit Schnee bedeckten Eisenplatte). 1913. 28.

Entscheidungen. Schadenersatzpflicht der Deutschen Reichspost, wenn vom Inhalt einer beschädigten Sendung während dessen Feststellung am Bestimmungsort in Gegenwart eines Beauftragten des Empfängers etwas abhanden kommt (PD § 35 II, III) (Urteil des OLG Stuttgart). 1924. 137.

- Schadenersatzpflicht des Reichsfiskus wegen ordnungswidriger Zurückholung eines dem Empfänger bereits zugestellten Telegramms (Entsch. des RG). 1918. 294.
- Schadenshaftung der Bahn bei Plünderung von Eisenbahnfrachtgut während der Revolutionsunruhen (Entsch. des RG). 1920. 357.
- Strafbarkeit von Telegraphenbeamten, die den nichtamtlich zu ihrer Kenntnis gekommenen Inhalt von Telegrammen rechtswidrig weiterverbreiten (Urteil des RG). 1915. 317.
- Telegraphenwegegesetz gilt für Antennen drahtloser Wirtschaftsrundspruchanlagen (§§ 1, 8 TWG) (Entsch. des pr. Ministers für Handel u. Gewerbe). 1924. 39.
- Feuerungszulagen gehören im allgemeinen zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1918. 201.
- über die Frage der Versicherungspflicht einer Marktenverkäuferin (Beschuß des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1916. 279.
- über die Frage, ob Postausbilder im Zustelldienst als Beamte im Sinne des § 359 StGB anzusehen sind (Entsch. des RG). 1920. 123.
- über die Versicherungspflicht eines Postagenten und eines Postausbilers im Briefverteilungsdienst (Entsch. des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1916. 398. 399.
- Umfang der Pflicht der Reichs-Telegraphenverwaltung zur Beseitigung von Schäden auf Grund der sogenannten Hausbesitzererklärung (§ 12 II TD) (Urteile des LG Erfeld und des OLG Celle). 1923. 69.
- Umsatzsteuer-Veranlagung bei Zwangsversteigerung und bei Enteignung (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 311. 312.
- Unbefugte Anwendung des Vermerks »Feldpostbrief« als Urkundenfälschung und Betrug? (Entsch. des RG). 1918. 197. 199.
- Unerlaubte Fernhaltung vom Amte (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 54. 55. 56.
- Unpfändbarkeit der Kriegsteuerungsbeihilfen für Beamte (Beschuß des OLG in Bamberg). 1918. 295.
- Unzulässigkeit der gerichtlichen Nachprüfung von Mängeln des Verfahrens bei der Verletzung in den Ruhestand (Entsch. des RG). 1917. 120.
- Urteil des Gerichtshofs zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, betr. die Beschlagnahme von Wohnungen. 1921. 325.
- Veräußerung des Anteils des Wegeunterhaltungspflichtigen an der Anlage (§ 6 Abs. 4 des TWG) (Entsch. des RG). 1919. 195.
- Verjährung der auf Grund des Unfallfürsorgegesetzes auf das Reich übergegangenen Schadenersatzansprüche (Entsch. des RG). 1920. 52.
- Verlegung einer Reichs-Telegraphenlinie auf Antrag eines nicht wegeunterhaltungspflichtigen Anliegers, der eine Zufahrt nach der Straße nachträglich anlegt (Urteil des LG Frankfurt [Main]). 1924. 38.

Entscheidungen. Verlegung eines Verkehrswegs. Änderung des Verkehrswegs im Sinne des § 3 Abs. 1 TWG (Entsch. des Regierungspräsidenten in Merseburg). 1924. 79.

- Verpflichtung des Absenders auf nachträgliche Zahlung eines laut Posteinlieferungsbescheinigung zu wenig eingezahlten Zahlkartenbetrags (§ 812 BGB) (Urteil des LG Essen). 1923. 450.
- Versicherungspflicht der Frau eines Postagenten als Kriegsvertreterin (Beschuß des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1918. 330.
- Versicherungspflicht einer Kriegsausbilderin (Beschuß des Schiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1918. 331.
- Verweigerung des Dienstebds (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 363.
- Verzeichnis der wichtigsten seit Kriegsbeginn ergangenen — über Porto- und Gebührenfreiheiten in Post-, Telegraphen- und Fernspreverkehr. 1918. 51.
- Verzicht auf Unfallrente bei Erlangung einer mit Beamteneigenschaft verbundenen Anstellung (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1913. 772.
- Verzugszinsen und Gerichtskosten im Ersatzverfahren (Urteil des OLG in B.). 1914. 170.
- Vom Verkäufer zu vertretende Unmöglichkeit der Leistung (Entsch. des RG). 1918. 494.
- Voraussetzungen für Verlegung einer Fernlinie (§ 3 Abs. 2 TWG). Linie mit Sp-Leitung ist Fernlinie im Sinne dieser Vorschrift (Urteil des LG Potsdam). 1923. 139.
- Wegfall einer Haftung der Straßenbahn durch eigenes Verschulden eines Fahrgastes (Entsch. des RG). 1920. 395.
- Zulässigkeit der Feststellungsklage, wenn Leistungsklage erhoben werden kann (Entsch. des RG). 1919. 158.
- Zum Begriff der Kosten des Heilverfahrens im Sinne der Beamten-Unfallfürsorgegesetze (Entsch. des RG). 1924. 187.
- Zum Verbot der gewerbmäßigen Anmeldung von Fernspregesprächen; Rechtsnatur der Fernsprechanordnung (§ 17 III TD vom 21. Juni 1924 und § 17 II TD von 1921/22) (Entsch. des RG). 1924. 138.
- zu der Frage, wer die Kosten für das Niederlegen von Telegraphenleitungen bei Baumfällungen zu tragen hat (Urteil des LG III Berlin). 1920. 356.
- Zur Auslegung des § 3 Ziff. 3b des Telegraphengesetzes (Entsch. des RG). 1920. 116.
- Zur Frage der »Ausführung einer besonderen Anlage« durch einen Wegeunterhaltungspflichtigen Überlassung der Anlage eines Wegeunterhaltungspflichtigen an einen Dritten (§ 6 Abs. 2, 4 TWG) (Urteil des RG). 1923. 136.
- Zur Frage der Stellung des Testamentvollstreckers eines Fernsprechteilnehmers (Urteil des LG Breslau). 1923. 81.
- zur Frage, wann ein Postpaket im Sinne des § 35 StGB unterdrückt ist (Entsch. des RG). 1920. 156.
- Zur Genehmigungspflichtigkeit der Errichtung von Versuchsfunkanlagen (§§ 1, 3 Abs. 2 TGG) (Urteil des Obersten Landesgerichts München). 1923. 182.
- Zur Genehmigungspflichtigkeit von Versuchsfunkanlagen; Begriff der Funkanlage (Urteil des LG Braunschweig). 1923. 424.

Entscheidungen. Zur Haftpflicht der Reichsbeamten gegenüber dem Reich innerhalb Preußens (Entsch. des RG). 1922. 340.

— Zur Haftung der Deutschen Reichspost im Telegrammverkehr (§ 21 I ZD) (Urteile des LG und OLG Hamburg). 1924. 197.

— Zur Pfändung von Rechten aus dem Teilnehmerverhältnis (ZD) (Urteile der AG Chemnitz und Neu-stadt b. Coburg). 1923. 65.

— Zur Rückzahlung des einmaligen Fernsprechartbeitrags (Keine Aufwertung) (Urteil des LG Hamburg). 1924. 199.

— Zuständigkeit des Mieteinigungsamts bei Kündigung wegen nicht pünktlicher Mietzahlung (Entsch. des Mieteinigungsamts in Charlottenburg). 1918. 494.

— Zuverlässigkeit der Postzustellung vor dem Krieg ist Beweisgrund für die Ankunft abgesandter Briefe (Entsch. des OLG in P.). 1920. 358.

Entstehung der Postreflamme. 1922. 394.

Entstehungszeit. Geschichte des Begriffs und Begriff der Post nebst einem Anhang über die — der Post. 1923. 377.

Entwässerungsanlagen. Anspruch des Staates als Grundstückseigentümer und Straßenanlieger auf den Anschluß an städtische —. 1916. 238.

Entwurf eines Reichspostfinanzgesetzes. 1924. 17.

Erdkunde. *Ausdehnung des Weltmeeres. 1915. 245.

— *Bedeutung Bessarabiens. 1918. 499.

— *Der Karst. 1919. 160.

— *Die nächste Mount-Everest-Expedition. 1922. 66.

— Die untere Donau. 1916. 167.

— *Eine einheitliche Weltkarte. 1915. 223.

— Entdeckung des Seeweges nach Nordrußland. 1916. 442.

— *Forschungen über Meerestiefen. 1916. 460.

— *Geographische Mittelpunkt. 1916. 282.

— *Hundertjähriger Gedenktag an den Geographen Heinrich Kiepert. 1918. 500.

— *Vogesen oder Wasgenwald? 1915. 286.

Störungen. *Störungen des Telegraphenbetriebs durch —. 1916. 100.

Erfindungen. *Der Erfinder der Schreibmaschine. 1924. 70.

— Die — des Luftballons. 1920. 213.

— *Eine neue — im Schweißfach. 1920. 83.

— Ein Vorläufer des neuzeitlichen Füllfederhalters. 1920. 75.

— *Funkpruchempfang auf Lichtbildstreifen. 1920. 160.

— *Verbesserungen an Glühlampen. 1920. 82.

Ergebnis des deutschen Postverkehrs im Kalender-jahr 1912. 1913. 449.

— Desgl. im Kalenderjahr 1913. 1914. 469.

— Desgl. in den Jahren 1914 und 1915. 1916. 325.

— Desgl. im Jahre 1916. 1917. 325.

— Desgl. im Jahre 1917. 1918. 421.

— Desgl. im Jahre 1918. 1919. 405.

— Desgl. im Jahre 1919. 1921. 150.

— Wirtschaftliches — der Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 262.

— Wirtschaftliches — der Reichs-Post- und Tele-graphenverwaltung während der Kriegszeit. 1921. 70.

— Wirtschaftliches — des Kraftwagenbetriebs der Reichs-Postverwaltung. 1922. 191.

Erholungsurlaub. Anspruch der vorübergehend außer-halb ihres Wohnorts beschäftigten Reichsbeamten auf Tagegelder während eines —. (Entsch. des RG). 1919. 96.

Erikanal. *Erweiterungsbau des —. 1919. 64.

Erinnerungsblätter aus dem Betriebe der Post in Ost-preußens schweren Tagen. 1917. 369.

Erkenntnisse f. Entscheidungen.

Erlaß. Der — über Bildung und Aufgaben der Be-amtenausschüsse im Bereich der Reichs-Post- und Tele-graphenverwaltung. 1922. 367.

— des Reichskanzlers vom 10. Mai 1910 über die Ver-wendung und Anlegung der bei den Postinspektoren des Reichs-Postgebiets aufkommenden Gelder. 1914. 290.

Ersatz f. a. unter Haftpflicht.

Ersatzanspruch. Der — des Trägers der öffentlich-recht-lichen Unfallversicherung gegen die nach bürgerlichem Rechte entschädigungspflichtigen Personen. 1914. 164.

Ersatzbeleuchtung bei Beschränkung der Gas- und Elek-trizitätsversorgung. 1922. 69.

Ersatzpflicht f. auch Haftpflicht.

— Beitrag zur Frage der — des Postfiskus für Unfall-schäden Dritter bei Benutzung des Fernsprechers. 1915. 149.

Ersatzstoffe. *Ein — für Platin. 1919. 276.

— *Die Zukunft der —. 1919. 30.

— Wirtschaftlichkeit von Papier- und Hanfbündfaden. 1922. 80.

Ersatzverfahren. Verzugzinsen und Gerichtskosten im —. 1914. 170.

Ertrag. Geldlicher — des in Aussicht genommenen eng-lischen Fernsprechartarfs. 1921. 94.

Estat f. Haushalt.

Etappentelegraphie während des Krieges. 1921. 17.

Europa. Die Eisenbahnen im nördlichsten —. 1916. 358.

Europäische Städte. Der Umfang der Fernsprecheinrich-tungen in den wichtigsten —. 1914. 94.

Expressegesellschaften. *Die amerikanischen — unter dem Einfluß der Paketbeförderung durch die Postverwal-tung. 1915. 94.



Jahrgeschwindigkeit der preussischen Schnellposten. 1919. 454.

— *Die — der deutschen Schnellzüge. 1916. 201.

Jahrposttarif. Der — im Königreich Württemberg vom Jahre 1814. 1914. 119.

Jahrzeuge im Kraftwagenbetrieb der Reichspostverwal-tung. 1922. 190.

Jangvorrichtungen an Bahnpostwagen zur Übernahme von Postbeuteln während der Fahrt. 1917. 93. 97.

Jeldpost. Deutscher Jeldpostverkehr während des Welt-rieges. 1921. 63.

— Die deutsche — im Orient und in den Mittelmeer-ländern 1914/18. Der Marinepostverkehr. 1922. 3.

— Die deutsche — im rumänischen Feldzuge. 1918. 1.

— Die deutsche — während des Endkampfes und beim Zusammenbruch 1914/18. 1922. 8.

— Die englische —. 1920. 71.

— Die Jeldposten bis zum Beginne des 19. Jahrhun-derts. 1917. 188.

— Die — im römischen Reich (Cursus publicus). 1917. 190.

Feldpost. Die schweizerische — im Jahre 1915. 1916. 450.

- Die schweizerische — im Jahre 1916. 1917. 354.
- Die schweizerische — im Jahre 1917. 1918. 414.
- Die schweizerische — im Weltkriege. 1915. 274. 331.
- Die Veränderungen im Postgebührenwesen vom Jahre 1900 an bis zur Neuordnung von 1919 unter besonderer Berücksichtigung der — und der Reichs-abgaben. 1923. 145.
- Einrichtung der englischen —. 1915. 331.
- Einrichtung der französischen —. 1915. 330.
- Einrichtung der österreichisch-ungarischen —. 1915. 328.
- Einrichtung der russischen —. 1915. 330.
- Feldposten zur Zeit Friedrichs des Großen. 1917. 198.
- Feldpostfreiheit und gewerbliche Interessen des Absenders (Urteil des bay. Obersten Landesgerichts). 1919. 158.
- Feldpostgebühren während des Weltkrieges. 1923. 151.
- Geschichte der deutschen — im Kriege 1914/18. 1922. 1.
- Mühevoller Zuführung der — an die in der Walachei kämpfenden Truppen. 1918. 3.
- Nachrichtenmittel im Kriege einst und jetzt. 1917. 273.
- Organisation der Post im Weltkriege. 1915. 321.
- Paketverkehr des englischen Heeres in Frankreich. 1920. 46.
- Preussisches Feldpostwesen von 1806 bis 1815. 1917. 200.
- Reglement der preussischen — von 1693. 1917. 196.
- Unbefugte Anwendung des Vermerks »Feldpostbrief« als Urkundenfälschung und Betrug? (Entsch. des RG). 1918. 197. 199.
- Verzeichnis der Portofreiheiten und -vergünstigungen im Feldpostverkehr. 1918. 38.

Fernamt. *Das neue — in New York. 1914. 357.

Fernkabelnetz. Das britische —. 1923. 89.

Fernheizwerk. *Das neue — von Neufölln. 1920. 360.

Fernsprechamt. Entwicklung des — 1 in Berlin. 1921. 414.

Fernsprechämterbau. Die neuzeitliche Entwicklung des — für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland. 1924. 161.

Fernsprechanlagen. Vermittlung des Gruppierungswechsels in oberirdischen Fernsprech-Verbindungsanlagen. 1914. 416.

Fernsprechbeitrag. Der einmalige —. 1922. 277.

- Ergebnis des einmaligen — und seine Verwendung. 1922. 284.

Fernsprechbetrieb. Bauart der Schaltapparate für elektromagnetisch gesteuerte Untersuchungseinrichtungen. 1913. 325.

- Elektromagnetisch gesteuerte Untersuchungseinrichtungen in Fernsprechleitungen. 1913. 321.
- Platzfrage für außerhalb der JSt aufzustellende Schaltkasten. 1913. 325.
- Schaltungen bei elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 331.
- Unterbringung der Schaltrelais und Sicherungen in Umgehungslinien bei den elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 332.
- Verbindungsleitungen, Relais säule und Sicherungen bei elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 328.

Fernsprechbetrieb. Verwendungsmöglichkeit der elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 323.

Fernsprechgebäude s. unter Postgebäude.

Fernsprechgebühren. Änderungsanträge des Sonderausschusses des Unterhauses zur Neuordnung der — England. 1921. 115.

- Die dem neuen englischen Fernsprechtarif zugrunde gelegten Durchschnittskosten der Anlage. 1921. 8.
- Geschichte der britischen Fernsprechtarife. 1921.
- Getrennte Rechnung für den Orts- und für den Fernverkehr in England. 1921. 85.
- Grundlage des in Aussicht genommenen neuen englischen Fernsprechtarifs. 1921. 46.
- Grundlage für die Bemessung der englischen Ferngesprächs- und Ortsgesprächsgebühren. 1921. 8.
- Grundsätze für die englischen Fernsprechtarife. 1921. 43.
- Hauptsächliche Anregungen zum neuen englischen Fernsprechtarif. 1921. 95.
- Mindestgebühr für Ortsgespräche in England. 1921. 85.
- Nebenleistungen im englischen Fernsprechbetrieb und Gebühren dafür. 1921. 87.
- Neuordnung der — in England. 1921. 31. 80. 11.
- Vorauszahlung der — in England (Teilnehmerrechnungen). 1921. 92.

Fernsprechgebühren-Gesetz. Anlagen zum Entwurf des — 1921. 447.

- Begründung zum Entwurf des —. 1921. 431.
- Erläuterungen zum —. 1921. 421.
- Wortlaut des —. 1921. 429.

Fernsprechgesellschaften. *Die wirtschaftlichen Verhältnisse der größeren — in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1913. 775.

Fernsprechlabel. *Englisch-niederländisches —. 1913. 48.

- Neue — durch den Bodensee. 1920. 411.

Fernsprechleitungen. Bedeutung der Induktivität für (Ausgleich zwischen Kapazität und Induktivität, natürliche Induktivität und Mittel zu ihrer Erhöhung eiserne Leitung, Einschaltung von Induktivität Spulen). 1916. 147.

- Bedeutung der Leitung für die Übertragung der Fernsprechströme. 1916. 137.
- Berechnung von Pupinschen Leitungen (Feststellung der erforderlichen Induktivität, Verteilung der Spulen, Regel für andauernde Wechselströme von bestimmter Frequenz, Regel für Fernsprechleitungen, Feststellung der elektrischen Eigenschaften einer Spule). 1916. 160.
- Elektrische Eigenschaften der — (Widerstand, elektromagnetisches Feld, Energie, Arbeit und Leistung, elektrisches Feld, Kapazität, magnetisches Feld, Induktivität, Widerstand in bezug auf Energie). 1916. 14.
- Elektrische Wellen auf Leitungen (Wellen und Schwingungen, Wellenbewegungen, Dämpfung, Dämpfungszahl, Charakteristik). 1916. 150.
- Elektromagnetisch gesteuerte Untersuchungseinrichtungen in —. 1913. 321.
- Formeln für die Berechnung der Fortpflanzungskonstanten (Ableitung, Dämpfungskonstante, Charakteristik und Wellenlänge, Beispiele). 1916. 15.
- Umformungen elektromagnetischer Energie in — (Energie der Lage und der Bewegung, Schwingungssysteme, Schwingungen, Leitung ohne Induktivität, Ladung und Entladung eines Kondensators). 1916. 14.

Fernsprechleitungen. Zeitlicher Verlauf der Fernsprechströme (Schwingungsbild, Zurückführung auf andauernde Wechselströme). 1916. 138.

Fernsprechlinienbau. Instandsetzung eines Fernsprechflustkabels durch die Wechsel. 1913. 59.

Fernsprechneß. *Das — in Konstantinopel. 1914. 206.
— Das Londoner —. 1921. 82.

Fernsprechordnung. Die neue —. 1923. 24.

Fernsprechrecht. Das Fernsprechteilnehmerverhältnis ist ein vererbliches Rechtsverhältnis. 1923. 84.
— Haftet die Reichs-Telegraphenverwaltung, wenn ein Blitzschlag die Fernsprecheinrichtungen trifft und der Benutzer des Fernsprechers getötet wird? (Urteil des OLG Hamburg). 1923. 142.
— Kein Anspruch des Fernsprechteilnehmers auf Erstattung der Gebühren wegen Sperrung des Anschlusses für gewisse Gespräche während bestimmter Tageszeiten (JD) (Urteile des OLG und des LG in Dresden). 1923. 67.
— Klage auf Herstellung eines Fernsprechanschlusses (Urteil des LG I Berlin). 1924. 37.
— Umfang der Pflicht der Reichs-Telegraphenverwaltung zur Beseitigung von Schäden auf Grund der sogenannten Hausbesitzererklärung (§ 12 II JD) (Urteile des LG Erfeld und des OLG Celle). 1923. 69.
— Zum Verbot der gewerbmäßigen Anmeldung von Ferngesprächen; Rechtsnatur der Fernsprechordnung (§ 17 III JD vom 21. Juni 1924 und § 17 II JD 1921/22) (Entsch. des RG). 1924. 138.
— Zur Frage der Stellung des Testamentsvollstreckers eines Fernsprechteilnehmers (Urteil des LG Breslau). 1923. 81.
— Zur Pfändung von Rechten aus dem Teilnehmerverhältnis (JD) (Urteile der AG Chemnitz und Neustadt bei Coburg). 1923. 65.
— Zur Rückzahlung des einmaligen Fernsprechbeitrags (keine Aufwertung) (Urteil des LG Hamburg). 1924. 199.

Fernsprechkabel. *Ein — Vancouver-Victoria. 1913. 576.

Fernsprechströme. Bedeutung der Leitung für die Übertragung der —. 1916. 137.
— Zeitlicher Verlauf der —. 1916. 138.

Fernsprechteilnehmer. Haftung des —. 1921. 473.
— Teilnehmer im Sinne des § 29 I der Fernsprechordnung. 1921. 484.

Fernsprechverbindung. Die — New York-San Francisco. 1915. 126.
— Errichtung einer — zwischen Deutschland und Italien. 1914. 501.

Fernsprechverkehr. Der Umfang der Fernsprecheinrichtungen in den wichtigsten europäischen Städten. 1914. 94.
— *Die Entwicklung des — von Ort zu Ort in England. 1913. 577.
— Die neuere Entwicklung der drahtlosen Telephonie. 1914. 559.
— *Englisch-französischer —. 1914. 22.
— *Fernsprechleitung Berlin-Mailand. 1914. 276.
— *Französisch-niederländischer —. 1913. 480.
— Gebühren für den — nach Italien. 1914. 509.
— Vertrag zwischen Deutschland, Italien und der Schweiz über den deutsch-italienischen — im Durchgang durch die Schweiz. 1914. 507.

Fernsprechverstärker. Der —. 1918. 257.
— Verwendung der einzelnen —. 1918. 268.

Fernsprechwesen. Ausnutzung der schweizerischen Fernleitungen. 1923. 454.
— Beobachtungsverfahren bei langen Leitungen in der Schweiz. 1923. 456.
— Das britische Fernkabelneß. 1923. 89.
— Das dänische — im Jahre 1915/1916. 1917. 82.
— Desgl. im Jahre 1916/17. 1918. 106.
— Desgl. im Jahre 1917/18. 1919. 89.
— Das drahtlose Fernsprechen mit Hilfe der Kathodenröhre. 1919. 277. 306. 317.
— Das Fernsprechgebühren-Gesetz. 1921. 421.
— Das — des Deutschen Reichs. 1914. 146.
— Das — in Belgien. 1914. 159.
— Das — in Belgien unter deutscher Verwaltung bis Oktober 1915. 1916. 36. 40. 51.
— Das — in Dänemark. 1914. 226.
— Das — in den Hauptverkehrsländern. 1914. 145. 188. 222.
— Das — in den Niederlanden. 1914. 161.
— Das — in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1914. 232.
— Das — in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1907 bis 1912. 1914. 467. 1915. 37.
— Das — in der Nachkriegszeit. 1921. 25.
— Das — in der Schweiz. 1914. 155.
— Das — in der Schweiz im Jahre 1914. 1915. 313.
— Desgl. im Jahre 1915. 1916. 452.
— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 348.
— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 444.
— — Desgl. im Jahre 1918. 1920. 147.
— — Desgl. im Jahre 1919. 1922. 266.
— Das — in der Türkei. 1914. 235.
— Das — in der Vorkriegszeit. 1921. 1.
— Das — in England. 1914. 198.
— Das — in Frankreich. 1914. 188.
— Das — in Italien. 1914. 194.
— Das — in Japan. 1914. 235.
— Das — in Norwegen. 1914. 222.
— Das — in Österreich in den Jahren 1913 und 1914. 1916. 297.
— Das — in Österreich-Ungarn. 1914. 152.
— Das — in Polen unter deutscher Verwaltung. 1919. 3. 10. 13. 19.
— Das — in Rußland. 1914. 235. 331.
— Das — in Schweden. 1914. 228.
— Das — in Spanien. 1914. 235.
— Das — vor, in und nach dem Kriege. 1921. 1.
— Das Londoner Fernsprechneß. 1921. 82.
— *Das neue Fernamt in New York. 1914. 357.
— Das niederländische — im Jahre 1915. 1917. 309.
— Desgl. im Jahre 1916. 1918. 279.
— Desgl. im Jahre 1917. 1919. 231.
— Desgl. im Jahre 1921. 1923. 123. 129.
— Das österreichische — im Jahre 1915. 1917. 303.
— Desgl. im Jahre 1916. 1919. 270.
— Das schwedische — im Jahre 1916. 1918. 98.
— Desgl. im Jahre 1917. 1919. 82.
— Der einmalige Fernsprechbeitrag. 1922. 277.
— Der Fernsprecher im Kriege einst und jetzt. 1917. 276.
— Der Fernsprechverstärker. 1918. 257.
— Deutsche Universitätschriften über —. 1920. 63.
— Die Edelgasröhre. 1922. 317.

- Fernsprechwesen.** Die Entwicklung des — in Großbritannien im Verhältnis zur Bevölkerung. 1913. 488.
- Die neue Fernsprechordnung. 1923. 24.
 - Die neuzeitliche Entwicklung der drahtlosen Telephonie in Deutschland. 1922. 345.
 - Die neuzeitliche Entwicklung des Fernsprechamtenbaus für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland. 1924. 161.
 - Die Ruhmerschen Hochfrequenzapparate für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin. 1924. 123.
 - Einfluß des Teilnehmers auf die Ausnutzung der Leitungen in der Schweiz. 1923. 466.
 - *Ein neuer Blitzableiter für elektrische Anlagen. 1919. 387.
 - Einwirkungen des Kriegsausbruchs auf den Fernsprechbetrieb. 1921. 11.
 - Entwicklung des Fernsprechamts 1 in Berlin. 1921. 414.
 - Entwicklung des — im Welttelegraphenverein. 1916. 439.
 - Entwicklung des — in der Schweiz im Jahre 1922. 1923. 460.
 - Entwicklung des — in Norwegen 1914/15. 1916. 455.
 - Entwicklung des — in Polen unter deutscher Verwaltung. 1916. 377. 380. 384.
 - Entwicklung des niederländischen — in den Jahren 1918 und 1919. 1921. 306.
 - Entwicklung des österreichischen — im Jahre 1913. 1915. 125.
 - Entwicklung des schwedischen — im Jahre 1913. 1915. 354.
 - Ergebnisse des — im Rechnungsjahre 1910/11 in Italien. 1915. 23.
 - Erträge des englischen —. 1921. 35.
 - Fernsprech-Sonderanlagen. 1923. 26.
 - Geschäftsbericht der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1913. 1915. 353.
 - Geschäftsbericht der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1915. 1917. 74.
 - Haftpflicht des Fernsprechteilnehmers und des Antragstellers von Nebentelegraphen und besonderen Telegraphen. 1921. 473.
 - Höchstzahl der für einen Anschluß in England zugelassenen Gespräche. 1921. 86.
 - *Hörerkissen (Belinde). 1924. 131.
 - Jahresbericht der American Telephone and Telegraph Company 1912. 1913. 491.
 - Desgl. für 1914. 1915. 289.
 - Jahresbericht der schwedischen Telegraphenverwaltung für das Jahr 1921. 1922. 406.
 - in Belgien während der deutschen Besetzung im zweiten und dritten Kriegsjahre. 1918. 178. 221.
 - in Ostpreußen zur Zeit der Russeneinfälle. 1917. 372.
 - Keine Ermäßigung der Kosten in größeren Fernsprechnetzen. 1921. 42.
 - Kündigung von Haupt- und Nebenanschlüssen seit Oktober 1922. 1923. 433.
 - Möglichkeit und Grenzen der Durchsetzung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung mit privatrechtlichen Grundsätzen. 1922. 249.

Fernsprechwesen. Neue Fernsprechkabel durch den Bosphorus. 1920. 411.

- Öffentliche Sprechstellen bei Privaten. 1923. 27.
- Porto- und Gebührenfreiheiten und -vergünstigungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr. 1918. 37.
- Post, Telegraphie und — während der ersten 25 Regierungsjahre unseres Kaisers. 1913. 549.
- Rückblick auf die Arbeiten des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium. 1924. 94.
- Rückstellungen für die Ruhegehälter der im öffentlichen Fernspechdienst tätigen Beamten. 1921. 41.
- System für den Selbstanschlußbetrieb der Deutschen Reichspost. 1924. 162.
- Telegraphie und — in Niederländisch Indien im Jahre 1920. 1923. 48.
- Umfang der Fernsprecheinrichtungen auf der Erde nach dem Stande vom 1. Januar 1914. 1916. 8.
- Umfang des — auf der Erde (Stand vom 1. Januar 1913). 1914. 493.
- *Umfang des — in Argentinien. 1915. 224.
- Umfang des schwedischen Fernsprechverkehrs im Verhältnis zu dem der wichtigsten europäischen Länder. 1915. 367.
- Vereinfachungen im technischen Fernsprechbetrieb. 1922. 159.
- Verhältnis der Zahl der Sprechstellen zur Einwohnerzahl in den wichtigsten europäischen Städten und Ländern. 1916. 14. 15.
- Verhältnisse des deutschen — bis 1914. 1921. 55.
- Verhältnisse des deutschen — nach dem Kriege. 1921. 70.
- Verhältnisse des deutschen — während des Weltkrieges. 1921. 59.
- Verkauf von posteigenen Nebenstellenanlagen. 1923. 25.
- Verordnung über Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren vom 22. November 1923. 1924. 4.
- Verteilung der Fernsprechanschlüsse auf die einzelnen Berufsstände und Netzgruppen sowie Veränderungen im Anschlußbestand anlässlich der am 1. Oktober 1922 eingetretenen Gebührenerhöhungen. 1923. 429.
- Vierzig Jahre Fernsprecher. Stephan, Siemens & Rathenau. 1919. 72.
- Zwischenstaatlicher Fernsprechverkehr während des Krieges. 1921. 14.

Feststellungsklage. Zulässigkeit der —, wenn Leistungsklage erhoben werden kann (Entsch. des RG). 1919. 158.

Feuchtigkeit. Apparate zur Messung der Luftfeuchtigkeit (Hygrometer). 1919. 69.

- Begriffserläuterung der absoluten und der relativen —. 1919. 66.
- der freien Atmosphäre. 1919. 67.
- Die —. 1919. 65.
- Hygroskopische Stoffe. 1919. 69.

Feuermelbeanlagen. Genehmigungspflicht telegraphischer — einer Gemeinde (Entsch. des Kammergerichts in Berlin). 1919. 271.

Finanzergebnisse der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung seit 1888. 1913. 568.

Finanzgebarung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 257.

innland. Die Eisenbahnen im nördlichsten Europa. 1916. 358.
 — *Wirtschaftliche Bedeutung von —. 1918. 367.
flug. *Höchstleistung Köln-London in 2 Stunden 12 Minuten. 1923. 57.
 — *Weiter — einer Taube. 1923. 231.
flugpost. Die — in Kolumbien. 1924. 67.
flugpostverkehr. Die Luftpost von 1920 bis 1922. 1923. 253.
 — Entwicklung der Luftpost in fremden Ländern seit 1920. 1923. 270.
 — Entwicklung des deutschen Luftpostnetzes. 1923. 262.
flugwesen. Der deutsche Luftpostdienst. 1920. 226.
 — Die ersten Flugversuche von Otto Lilienthal. 1920. 221.
flugzeug. *Das größte — der Erde. 1924. 71.
luftkabel. Instandsetzung eines Fernspreck— durch die Weichsel. 1913. 59.
förderanlagen. Die — beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in Chemnitz. 1920. 176.
 — Fördergurte, Rollbahnen und ähnliche Beförderungsmittel im Postbetriebe. 1919. 161.
 — für Briefbeutel auf dem Postbahnhofe der Pennsylvaniabahn in New York. 1913. 346.
 — im neuen Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 387.
 — Massenförderanlagen für den Paket- und Briefverkehr in New York. 1913. 340.
frachtdampfer. *Größe der Seefrachtdampfer. 1919. 98.
fördergurte im Postbetriebe. 1919. 161.
frachtgut. Der gemeine Handelswert im eisenbahnrechtlichen Sinne. 1921. 235. 286.
 — Wann haftet die Eisenbahnverwaltung bei Aushängung von — an einen Betrüger? (Urteil des RG). 1922. 171.
frachtraum. *Auswechselbarer —. 1920. 423.
Frankfurt (Main). Postmeister Johann von den Birghden in —. Ein Lebensbild aus dem Dreißigjährigen Kriege. 1918. 9.
 — Postverladestelle am Hauptbahnhof in —. 1916. 91.
Frankreich. Anteil von — an den Bahnbauten in Afrika. 1914. 181.
 — Bahnpostwagenbau in —. 1914. 172.
 — *Beziehungen zwischen der Post und den Eisenbahnen in —. 1919. 198.
 — Das Fernspreckwesen in —. 1914. 188.
 — Das Postwesen von — im Vergleich zu dem Preußens im Jahre 1828. 1917. 157.
 — Der Anteil von — am Weltkabelnetz. 1914. 375.
 — Der Baudotapparat und seine Verwendung in —. 1913. 517.
 — Der Postauftragsdienst in —. 1915. 144.
 — Die französischen Malle-Posten. 1919. 455.
 — *Ein Kanaltunnel Calais-Dover. 1920. 121.
 — Einrichtung der Feldpost in —. 1915. 330.
 — *Englisch-französischer Fernspreckverkehr. 1914. 22.
 — Französischer Schiffspostdienst. 1920. 108.
 — *Französisch-niederländischer Fernspreckverkehr. 1913. 480.
 — Nachnahmeverkehr in —. 1913. 301.
 — Paketverkehr des englischen Meeres in —. 1920. 46.
 — *Pyrenäentunnel zwischen — und Spanien. 1919. 316.
anzosen. Die Reichspost beim Einbruch der — in das Reich. 1792 bis 1793. 1913. 1. 43. 85.
rauenhaare als Nebelsignal. 1924. *130.

Fremdwörterei im alten und neuen Kanzleistil. 1920. 105.
Frequenzmesser von Resper. 1915. 262.
Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften. Der Kraftpostbetrieb unterliegt nicht der Zuweisung an die —. 1924. 129.
Füllfederhalter. Ein Vorläufer des neuzeitlichen —. 1920. 75.
Fundordnung. *Änderungen in der — der deutschen Eisenbahnverwaltungen. 1920. 124.
Funkanlagen. Die Großfunkstelle Ramina (Togo). 1920. 241. 251.
 — Die Großfunkstelle Rauen. 1921. 253.
 — in den deutschen Schutzgebieten. 1920. 241.
 — Umfang der Funkprücheinrichtungen bei der deutschen Rauffahrteiflotte. 1916. 23.
Funkverkehr. Europa — in Deutschland. 1922. 349.
 — Der überseeische —. 1919. 246.
 — Deutscher Übersee —. 1922. 346.
Funkwesen. Apparate für besondere Zwecke beim Telefunken-system »Tönende Funken«. 1914. 579.
 — Aufkommen und Entwicklung der Funktelegraphie bis 1914. 1921. 57.
 — Ausbau des — in der Nachkriegszeit. 1921. 77.
 — *Bedeutung der drahtlosen Telegraphie für die Ortsbestimmung zur See. 1918. 497.
 — Bedeutung der Funktelegraphie während des Weltkrieges. 1921. 66.
 — Betriebsarten der Großfunkstelle in Rauen. 1921. 254.
 — Das drahtlose Fernsprechen mit Hilfe der Kathodenröhre. 1919. 306.
 — Das drahtlose Telegraphieren und Fernsprechen mit Hilfe der Kathodenröhre. 1919. 277. 317.
 — Das — in der Nachkriegszeit. 1921. 25.
 — Das — in der Vorkriegszeit. 1921. 1.
 — Das Marconisystem. 1914. 596.
 — Das niederländische — im Jahre 1916. 1918. 279.
 — Das Poulsen-Lorenz-System. 1914. 610.
 — Das Reichsfunknetz (Innerdeutscher Verkehr). 1922. 350.
 — Das Telefunken-system »Tönende Funken«. 1914. 560.
 — Das Vieltonsystem der C. Lorenz AG. 1914. 636.
 — Der drahtlose Rundspruch in Deutschland. 1922. 354.
 — Der Empfänger des Marconisystems. 1914. 604.
 — Der Empfänger des Poulsen-Lorenz-Systems. 1914. 614.
 — Der Empfänger des Telefunken-systems »Tönende Funken«. 1914. 573.
 — Der Empfänger des Vieltonsystems der C. Lorenz AG. 1914. 640.
 — Der Marconikompaß. 1914. 609.
 — Der Sender des Marconisystems. 1914. 598.
 — Der Sender des Poulsen-Lorenz-Systems. 1914. 611.
 — Der Sender des Telefunken-systems »Tönende Funken«. 1914. 564.
 — Der Sender des Vieltonsystems der C. Lorenz AG. 1914. 638.
 — Der Überlagerungs Empfang im Funkbetrieb. 1919. 296.
 — Die drahtlose Telegraphie in Rußland. 1913. 475.
 — Die Empfangsanlage in Gellow bei Potsdam. 1921. 271.
 — Die Hochfrequenzmaschinen. 1914. 644.

- Funkwesen.** Die Kathodenröhre in ihren Anwendungen. Die Erzeugnisse von Telefunken. 1919. 288.
- Die Meßgeräte des Telefunkenystems »Tönende Funken«. 1914. 584.
 - Die neuere Entwicklung der drahtlosen Telegraphie und Telephonie. 1914. 557. 596. 636.
 - Die neuzeitliche Entwicklung der drahtlosen Telegraphie und Telephonie in Deutschland. 1922. 345.
 - Die Rahmenantenne. 1919. 300.
 - Die Schaltung der Apparate beim Marconisystem. 1914. 607.
 - *Drahtlose Sicherheitsvorrichtung für fahrende Eisenbahnzüge. 1920. 423.
 - Entwicklung der Funktelegraphie bis Kriegsbeginn. 1919. 245.
 - Entwicklung der Funktelegraphie in der Kriegszeit. 1919. 248.
 - Entwicklung der Funktelegraphie in der Übergangs- und in der Friedenszeit. 1919. 248.
 - *Funkspruchempfang auf Lichtbildstreifen. 1920. 160.
 - *Funktelegraphie auf englischen Schiffen. 1921. 176.
 - Funktelegraphie im Kriege einst und jetzt. 1917. 276.
 - *Funktelegraphie und Sonnenfinsternis. 1920. 425.
 - Funktelegraphie während des Krieges. 1921. 16.
 - *Funktelegraphische Gedankenübertragung. 1924. 131.
 - Funktelegraphischer Zeitsignalempfänger der E. Lorenz AG. 1914. 643.
 - Genehmigungspflichtigkeit einer Versuchsfunkanlage (Urteil des LG Potsdam). 1924. 40.
 - Heutige Aufgaben der Großfunkstelle in Rauen und neue Verkehrsbeziehungen. 1921. 277.
 - Koppelung zwischen Stoßkreis und Antennenschwingungskreis beim Telefunken-System »Tönende Funken«. 1914. 573.
 - Leistungen der Großfunkstelle in Rauen während des Krieges. 1921. 275.
 - Meßgeräte der drahtlosen Telegraphie. 1915. 257. 298.
 - Öffentlicher Küstenfunkverkehr und Pressedienst der Großfunkstellen. 1922. 364.
 - Plan über die weitere Ruhbarmachung des — für den öffentlichen Verkehr. 1919. 250.
 - Rechtsstellung der Funksendegesellschaften (Unterhaltungsrundfunk, drahtloser Wirtschaftsrundfunkdienst). 1924. 152.
 - Reichweiterversuche für eine Verbindung Deutschland-Mittelafrika. 1920. 242.
 - Röhrensender und Röhrenempfänger. 1919. 317. 319. 325.
 - Schaltung und Anordnung der Apparate beim Telefunken-System »Tönende Funken«. 1914. 576.
 - *Telefunken in Peru. 1918. 334.
 - *Stationen für funktelegraphische Nebelsignale. 1913. 647.
 - Telegraphenwegegesetz gilt für Antennen drahtloser Wirtschaftsrundfunkanlagen (§§ 1, 8 LWG) (Entsch. des preuß. Ministers für Handel und Gewerbe). 1924. 39.
 - Verwendung der Funktelegraphie im internationalen Nachrichtenverkehr Deutschlands. 1924. 176.
 - Vorversuche zwischen Rauen und Kamina (Togo). 1920. 244.

- Funkwesen.** Weitere Entwicklung der drahtlosen Telegraphie in Deutschland. 1919. 245.
- Zur Genehmigungspflichtigkeit der Errichtung von Versuchsfunkanlagen (§§ 1, 3 Abs. 2 LWG) (Urteil des Obersten Landesgerichts München). 1923. 182.
 - Zur Genehmigungspflichtigkeit von Versuchsfunkanlagen; Begriff der Funkanlage (Urteil des OLG Braunschweig). 1923. 424.
 - Zusammenfassung der Entwicklung des drahtlosen Telegraphierens und Fernsprechens mit Hilfe der Kathodenröhren. 1919. 330.
 - Zwischenstaatliche Funktelegraphenkonferenzen. 1919. 247.

Fürsorge. Die Kriegsteuerungszulagen usw. bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1920. 128.

Fürsorge für Verletzte. Regelung der — auf Grund der Unfallversicherung. 1913. 598.

Fürsorgeanstalten. Krankenkassen für untere Beamte. 1919. 33.

Füssen. Die Taxis in — (Beitrag zur Postgeschichte aus dem 16. Jahrhundert). 1922. 13.

G

Gase. Kinetische Theorie der —. 1917. 211.

Gebühren s. auch unter Tarife.

- Änderung der — im niederländischen Postscheckverkehr. 1918. 452.
- Ärztliche — bei den Krankenkassen für untere Beamte. 1919. 49.
- Aufhebung der Gebührenfreiheiten im Post- und Telegraphenverkehr. 1920. 207.
- Bankgebühren bei Benutzung von Postscheckkonten. 1916. 2.
- Barfreimachung und Verrechnung von Paketgebühren durch Registrierkassen. 1923. 226.
- Berechnung und Erhebung des Personengeldes und des Überfrachtportos bei den Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 254.
- Das Fernsprechgebühren-Gesetz. 1921. 421.
- Das Postgebührenwesen nach dem 1. April 1923. 1924. 1.
- Der einmalige Fernsprechbeitrag. 1922. 277.
- Deutsche Universitätschriften über das Tarifwesen. 1920. 61.
- Die Veränderungen im Postgebührenwesen von Jahre 1900 an bis zur Neuordnung von 1919 unter besonderer Berücksichtigung der Feldpost und der Reichsabgaben. 1923. 145.
- Entwicklung der Postgebühren im Kriegsabschnitt (1914 bis 1918). 1923. 151.
- Entwicklung der Postgebühren von 1900 bis zum Kriegsausbruch. 1923. 145.
- Entwicklung des zwischenstaatlichen Telegrammtarifs im Welttelegraphenverein. 1916. 429.
- Erhöhung der Postgebühren in Belgien während der deutschen Besetzung. 1918. 180.
- Erhöhung der — für abgekürzte Telegrammanschriften im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift. Geltung von Gebührenänderungen auf laufende Rechtsverhältnisse (Urteil des LG Dresden). 1924. 80.
- Ermäßigungen der Taxen und — im Auslandsverkehr. 1913. 41.

Gebühren. Ermäßigung der Taxen und — im Jahre 1912. 1913. 33.

— Fahrpreise im Personenverkehr des Postkraftwagenbetriebs. 1922. 182.

— für den Fernsprechverkehr nach Italien. 1914. 509.

— für die Überleitung von Beträgen aus dem Postscheckverkehr in den Reichsbankgiroverkehr und umgekehrt. 1917. 295.

— für Sonderfahrten der Personenkraftwagen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 257.

— Gütertarife; die prozentualen Tarifierhöhungen im Güterverkehr. 1923. 3.

— im Postauftragsdienst. 1915. 116.

— im Postscheckverkehr in den Niederlanden. 1918. 163.

— *Neue — in der Fundordnung der deutschen Eisenbahnverwaltungen. 1920. 124.

— Neuordnung der Fernspreckgebühren in England. 1921. 31. 80. 115.

— Neuordnung der Postgebühren von 1919. 1923. 163.

— Neuordnung der Gütertarife. 1923. 6.

— Personen-, Gepäck- und Expressguttarife der deutschen Reichsbahn. 1923. 12.

— Personen- und Gütertarife auf den Eisenbahnen in den deutschen Schutzgebieten. 1914. 534.

— Porto- und Gebührenfreiheiten und -vergünstigungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr. 1918. 37.

— Postbetriebsdienst und Tarife in Persien. 1913. 159.

— Postkartengebühr innerhalb des Reichspostgebiets und Österreich-Ungarns sowie Luxemburgs. 1920. 202.

— Post- und Telegraphengebühren bei der deutschen Post in Polen. 1919. 3.

— Streiflichter aus der Tarifpolitik der Post. 1923. 113.

— Tarifpolitik der deutschen Reichsbahn. 1923. 1.

— Tarifpolitik der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 256.

— Vergleichung der Nachnahmegebühren von 1878 mit den Gebühren von 1890/92. 1913. 272.

— Verteilung der Fernsprechanlüsse auf die einzelnen Berufsstände und Regruppen sowie Veränderungen im Anschlußbestand anlässlich der am 1. Oktober 1922 eingetretenen Gebührenerhöhungen. 1923. 429.

— Weiterentwicklung des Postgebührenwesens von 1920 bis jetzt. 1923. 193.

Gebührenermittlung. Die Nachschlagewerke für die — usw. im internationalen Paketverkehr (Paketposttarife). 1914. 90.

Gebührenwesen. Die ersten Posttarife im Königreiche Württemberg vom Jahre 1814. 1914. 113.

Gedankenübertragung. *Funktelegraphische —. 1924. 131.

Gedenkfeiern. Hundert Jahre Postzeitungsamt in Berlin. 1922. 11.

— Zum 25jährigen Todestage des Staatssekretärs v. Stephan. 1922. 105.

— Zum fünfzigjährigen Bestehen des Berliner Paketpostamts. 1913. 649.

Gedenktag. Denkschrift aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Postscheckverkehrs. 1909 bis 1919. 1919. 389.

— Ein — der deutschen Post. 1920. 201.

Gedenktag. 50 Jahre des Archivs für Post- und Telegraphie. 1922. 393.

— *Hundertjähriger — an den Geographen Heinrich Kiepert. 1918. 500.

— Werner v. Siemens, ein Blick auf sein Leben und Wirken. 1917. 165.

— Zum 50jährigen Bestehen des Weltpostvereins. 1924. 81.

Gefangene. Postverkehr der Kriegsgefangenen. 1917. 137. 224.

Gegenwartsfragen des Postzeitungsvertriebs. 1924. 61.

Gehaltsverhältnisse der russischen Post- und Telegraphenbeamten. 1916. 367.

Gehaltszahlung. Dauer der — an einen als Kriegsteilnehmer vermißten Beamten (Entsch. des RG). 1919. 22.

Gehaltszulagen. Die Feststellung des Voranschlages begründet nicht den Anspruch der Gemeindebeamten auf die darin vorgesehenen — (Entsch. des RG). 1920. 122.

Geldbrief. Haftung eines Bahnpostbeamten für den Verlust eines — (Entsch. des RG). 1918. 453.

Geldpakete. Haftung der Post für — (Urteil des Landgerichts Hamburg). 1922. 197.

Geldverkehr. Geldumlauf und der bargeldlose Verkehr in Belgien während der deutschen Besetzung. 1918. 223. 231.

— Geldumlauf und Währungsverhältnisse in Polen unter deutscher Verwaltung. 1919. 7. 12. 16.

Geldwesen. Das gemünzte Geld. 1919. 358.

— Deutschlands, besonders Preußens Geschichte und Zahlungsmittel. 1919. 357.

Geltow bei Potsdam. Die Empfangsanlage für Funktelegraphie in —. 1921. 271.

Gemeindebeamte. Anspruch der — auf Gehaltszulagen ist durch die Feststellung des Voranschlages nicht begründet (Entsch. des RG). 1920. 122.

Gemeinde-Grund- und -Gebäudesteuer. Freilassung reichseigener Grundstücke in Preußen von — (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1913. 204.

Gemeindewege. Gesetzliche Bestimmungen über die — in Baden. 1917. 416.

Genehmigungspflicht. Genehmigungspflichtigkeit einer Versuchsfunkanlage (Urteil des LG Potsdam). 1924. 40.

— telegraphischer Feuer- und Unfallmeldeanlagen einer Gemeinde (Entsch. des Kammergerichts in Berlin). 1919. 271.

— zur Errichtung von Versuchsfunkanlagen (§§ 1, 3 Abs. 2 LG) (Urteil des Obersten Landesgerichts München). 1923. 182.

— Zur — von Versuchsfunkanlagen; Begriff der Funkanlage (Urteil des OLG Braunschweig). 1923. 424.

Geographie s. unter Erdkunde.

Geographische Mittelpunkt. 1916. 282.

Geographische Namen. *Bogesen oder Wasgenwald? 1915. 286.

Gepäckverkehr. Reisegepäcktarif der deutschen Reichsbahn. 1923. 18.

Gerichtliche Entscheidungen s. Entscheidungen.

Gerichtskosten. Verzugszinsen und — im Ersatzverfahren. 1914. 170.

Geschäftsbericht s. unter Jahresberichte.

Geschäftsführung der Beamtenausschüsse im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 377.

Geschäftskreis und Verkehrsumfang des neuen Postgebäudes am Hauptbahnhof in Dortmund. 1914. 12.
Geschäftsordnung beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1921. 177.

Geschichte. Deutschlands, besonders Preußens — und Zahlungsmittel. 1919. 357.

— *Zur — der Datumstempel. 1920. 421.

Geschwindigkeiten verschiedener Beförderungsarten. 1915. 232.

Geschwindigkeitsmesser für Lokomotiven. 1916. 305.

— Vorteile des — für den Eisenbahnbetrieb. 1916. 306. 310.

Gesellschaft. *Die Deutsche — zur Rettung Schiffbrüchiger. 1915. 285.

Gesetze, Verordnungen usw.

— Änderung des deutschen Postscheckgesetzes. 1918. 402.

— Auszug aus dem Reichsschuldbuchgesetze vom 31. Mai 1891 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 840). 1914. 289.

— Das Fernsprechgebühren—. 1921. 421.

— Das Gesetz, betreffend Änderung des Postscheckgesetzes vom 26. März 1914. Vom 30. Mai 1917. 1917. 319.

— Das Gesetz über Postgebühren vom 29. April 1920. 1923. 195.

— Das Gesetz über Postgebühren vom 19. Dezember 1921. 1923. 200.

— Das Gesetz über Postgebühren vom 22. März 1921. 1923. 198.

— Das Gesetz über Post-, Postscheck- und Telegraphengebühren vom 17. August 1923. 1924. 3.

— Das Gesetz vom 29. Juli 1916, betreffend Einführung eines Postscheckverkehrs in den Niederlanden. 1918. 161.

— Das Postscheckgesetz vom 1. Juli 1914. 1914. 277.

— Das Reichspostfinanzgesetz (endgültige Fassung). 1924. 41.

— Die neue Fernsprechordnung. 1923. 24.

— Die Post in der Kraftwagengesetzgebung. 1922. 195.

— Die Weigerung eines Beamten, den Treueid auf die Reichsverfassung zu leisten, enthält ein Dienstvergehen im Sinne der §§ 10, 72 des Reichsbeamtengesetzes. 1922. 84.

— Die wichtigsten Straßengesetze im 18. Jahrhundert. 1913. 427.

— Eine dänische Postordnung aus dem 17. Jahrhundert. 1920. 65.

— Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung. 1913. 643.

— Ein Unfallfürsorgegesetz in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1918. 331.

— Entscheidung des preuß. Oberverwaltungsgerichts über die Steuerpflichtigkeit der Dienstwohnungen nach § 24 des Kommunalabgabengesetzes. 1916. 25.

— Entwurf des Gesetzes, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe. 1923. 157.

— Entwurf eines Gesetzes, betr. Telegraphen- und Fernsprechgebühren vom 10. März 1920. 1922. 278.

— Entwurf eines schweizerischen Postsparkassengesetzes. 1915. 236.

— Ergänzungen der bei Ausbruch des Krieges auf dem Gebiete des Bank- und Währungswesens geschaffenen —. 1916. 218.

Gesetze, Verordnungen usw.

— Gesetz über das Postwesen in der Schweiz vom 3. September 1798. 1919. 445.

— Gesetz über die Aufhebung der Gebührenfreiheiten im Post- und Telegraphenverkehr. 1920. 208.

— Gesetz vom 30. Mai 1908, betreffend die Erleichterung des Wechselprotokolls (seine Entstehung). 1915. 110.

— Gesetzentwurf über die Einführung des Postscheck- und Girodienstes in den Niederlanden. 1915. 283.

— Gesetzgebungswerk auf dem Gebiete des Bank-, Geld- und Währungswesens. 1917. 293.

— Haftpflicht des Fernsprechteilnehmers und des Antragstellers von Nebentelegraphen und besonderen Telegraphen. 1921. 473.

— Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrenten (§ 1257 der Reichsversicherungsordnung). 1916. 457.

— Notwendige Ergänzung des BGB über bargeldlose Zahlung und Erfüllung. 1918. 451.

— Postscheckgesetz von 1914. 1919. 395.

— Postscheckordnung vom 6. November 1908. 1919. 393.

— Preussische Verordnung vom Jahre 1785 über allgemein verständliche Abfassung der Immediat-Berichte. 1920. 102.

— Rechtliche Natur der Zollordnungen, insbesondere der Postzollordnung. 1923. 335.

— Schutz der Funktelegraphie durch zwischenstaatliche Verträge und durch die innere Gesetzgebung. 1919. 247.

— Telegraphenweggesetz und das badische Straßengericht. 1917. 410.

— Ursprung der Bestimmungen über das Verwaltungsstrafverfahren bei Vergehen gegen das Postgesetz. 1923. 33.

— Verordnung über Post-, Postscheck- Telegraphen- und Fernsprechgebühren vom 22. November 1923. 1924. 4.

— Verordnung zur Änderung der gesetzlichen Postgebühren vom 1. Juni 1922. 1923. 203.

— Desgl. vom 13. September 1922. 1923. 205.

— Desgl. vom 3. November 1922. 1923. 206.

— Desgl. vom 5. Dezember 1922. 1923. 208.

— Desgl. vom 5. Januar 1923. 1923. 209.

— Desgl. vom 13. Februar 1923. 1923. 211.

— Desgl. vom 21. März 1923. 1923. 212.

— Desgl. vom 18. Juni 1923. 1924. 2.

— Desgl. vom 12. Juli 1923. 1924. 2.

— Desgl. vom 14. August 1923. 1924. 3.

— Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911. 1913. 353.

— Zum Reichspostfinanzgesetz (Entwurf). 1924. 16.

— Zur Änderung des Telegraphenweggesetzes vom 13. Februar 1924. 1924. 48.

— Zur Auslegung des § 3 Ziff. 3b des Telegraphengesetzes (Entsch. des RG). 1920. 116.

Gesetzmäßigkeit. Stephens Geschichte der preussischen Post und das Problem der — des geschichtlichen Verlaufs. 1913. 417.

Gewährleistung im Weltpostverkehr. 1923. 118.

Gewerbeordnung. Die Post ist kein Gewerbebetrieb. Ihre Arbeiter sind nicht als gewerbliche Arbeiter anzusehen. 1921. 117.

Gibraltar. *Tunnelbau unter der Straße von —. 1919. 63.

Sintl, Dr. Julius Wilhelm, ein Mann aus den Anfängen des österreichischen Telegraphenwesens. 1917. *322.

Giroverkehr s. a. Überweisungsverkehr.

- der Reichsbank im Jahre 1914. 1915. 213.
- der Reichsbank im Jahre 1915. 1916. 222.
- der Reichsbank im Jahre 1916. 1917. 298.
- der Reichsbank im Jahre 1917. 1918. 360.
- der Reichsbank im Jahre 1918. 1919. 261.
- der Reichsbank im Jahre 1919. 1920. 388.
- Geschichte des Giro- und Scheckverkehrs. 1919. 374.
- Gesetzesentwurf über die Einführung des Postscheck- und Girodienstes in den Niederlanden. 1915. 283.

Gliederung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 138.

Glühlampen. *Verbesserungen an —. 1920. 82.

- Geldbestand** der Reichsbank im Jahre 1914. 1915. 212.
- der Reichsbank im Jahre 1915. 1916. 219.
- der Reichsbank im Jahre 1916. 1917. 296.
- der Reichsbank im Jahre 1917. 1918. 357.
- der Reichsbank im Jahre 1918. 1919. 259.
- der Reichsbank im Jahre 1919. 1920. 386.
- der Reichsbank im Jahre 1920. 1921. 310.
- der Reichsbank im Jahre 1921. 1922. 330.

Geldgewinnung. *Die — der Erde im Jahre 1913. 1914. 650.

Geldgewährung. Einführung der — im Deutschen Reich (Reichs-Münzgesetz vom 9. Juli 1873). 1919. 304.

Großbritannien s. a. England.

- Anteil von — an den Bahnbauten in Afrika. 1914. 177.
- Die Entwicklung des Fernsprechwesens in — im Verhältnis zur Bevölkerung. 1913. 488.
- Großfunkstelle**. Die — Rauen. 1921. 253.
- Die — Rauen in ihrer heutigen Gestalt. 1921. 258.
- Die — Kamina (Togo). 1920. 241. 251.
- Kraftquellen (Maschinenanlagen) der — Rauen. 1921. 259.
- Leistungen der — Kamina im Kriege. 1920. 254.
- Verteidigung der — Kamina im Kriege. 1920. 259.
- Zerstörung der — Kamina im Kriege. 1920. 263.

Grundbesitz. Nachveranlagung des reichseigenen — in Preußen zu Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuern (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 113. 421.

Grundsätze über die Verweisung von Ausgaben auf Anleihen bei der Deutschen Reichspost. 1922. 277.

Grundschleppnege. Beschädigungen der Unterwasserkabel durch —. 1920. 404.

Grund- und Gebäudesteuern s. unter Steuern.

Gründung. Vorgeschichte und — des Welttelegraphenvereins 1916. 413.

Gruppierungswechsel in oberirdischen Fernsprech-Verbindungsanlagen. 1914. 416.

Gumbinnen. Die Oberpostdirektion — im ersten Kriegsjahre. 1917. 177.

— die Oberpostdirektion — nach der Vertreibung der Russen. 1917. 182.

Güterreisen. *Zerfetzungserscheinungen am —. 1917. 88.

Güterverkehr auf den deutschen Eisenbahnen im Jahre 1914. 1916. *459.

— Expressegutfracht der deutschen Reichsbahn. 1923. 19.

— Gütertarife; die prozentualen Tarifierhöhungen im —. 1923. 3.

— Neuordnung der Gütertarife. 1923. 6.

S

Säfen. *Anteil der nationalen Flaggen am Hamburger Hafenverkehr. 1921. 287.

— *Neue — in Jütland. 1916. 282.

— *Riga als Seeverkehrsplatz. 1917. 427.

— *Wirtschaftliche Bedeutung von Triest. 1918. 34.

Safenanlagen der freien Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck. 1919. 24.

— Die Stadt Mannheim und ihre —. 1915. 78. 85.

— *Neue Safenanlagen in Konstantinopel. 1917. 356.

Haftpflicht s. auch Ersatzpflicht.

— Anwendung der Vorschriften in §§ 149 ff. des Reichsbeamtengesetzes über die Zulässigkeit des Rechtsweges auf Schadenersatzansprüche der Reichsbeamten, die aus dem Dienstverhältnis abgeleitet werden (Entsch. des RG). 1918. 416.

— Aufbau der Haftpflichtvorschriften der Fernsprechordnung. 1921. 486.

— bei der Paketbeförderung durch die Berliner Straßenbahn. 1919. 191.

— Bestimmungen der Allgemeinen Dienstanweisung für Post und Telegraphie als Grundlage für Schadenersatzansprüche (Entsch. des OVG in Köln). 1920. 393.

— Das Reichsgericht zur Haftung der Post im Postscheckverkehr. 1922. 227.

— der Eisenbahn und der Post für die schädigenden Folgen eines Naturereignisses (Entsch. des RG). 1918. 495.

— Der Staat haftet auch gegenüber den Angehörigen eines Beamten für gesundheitsgefährdende Mängel einer Dienstwohnung (Entsch. des RG). 1918. 295.

— der Zollverwaltung beim Verluste von Wertpostpaketen auf dem Zollamte. 1915. 28.

— des Bauherrn neben dem Bauleiter für den durch fehlerhaftes »Unterfahren« der Grundmauern des Nachbarhauses verursachten Schaden (Entsch. des RG). 1919. 276.

— des Fernsprechteilnehmers für Verletzung des Betriebspersonals (Entsch. des RG). 1924. 200.

— des Fernsprechteilnehmers und des Antragstellers von Nebentelegraphen und besonderen Telegraphen. 1921. 473.

— Deutsche Universitätschriften über die Haftung der Verwaltung und der Beamten. 1920. 59.

— Die Post haftet für Postsendungen selbst bei Dienstpflichtverletzungen ihrer Beamten in keinem Falle über die Bestimmungen der §§ 6 bis 12 PG hinaus (Entsch. des RG). 1924. 76.

— Ein Postbeamter, der eine Einschreibsendung aus Fahrlässigkeit als gewöhnlichen Brief behandelt hat, haftet dem Absender (Urteil des OVG Hamburg). 1919. 316.

— Erlöschen der — aus dem Fernsprechanschlußverhältnis. 1921. 512.

— Ersatzpflicht wegen Nichtbeachtung der »Anweisung zur Benutzung der Fernsprechanschlüsse«. 1921. 503.

— Gemeinsame — des Mieters und des Hauseigentümers für einen verkehrssicheren Zugang zu den Räumen (Entsch. des RG). 1919. 232.

— Gewährleistung für Postsendungen in Polen unter deutscher Verwaltung. 1919. 12.

— Gewährleistung im Weltpostverkehr. 1923. 118.

— Grundsatz der Nichthaftung im Weltpostverkehr. 1923. 119.

- Haftpflicht.** Gültigkeit der Haftbeschränkung der Eisenbahnverwaltung bei der Aufbewahrung von Reisegepäck (Entsch. des RG). 1922. 247.
- Haftet die Reichs-Telegraphenverwaltung, wenn ein Blitzschlag die Fernsprecheinrichtungen trifft und der Benutzer des Fernsprechers getötet wird? (Urteil des OLG Hamburg). 1923. 142.
 - Haftung aus verfälschten Schecks (Entsch. des RG). 1918. 328.
 - Haftung der Eisenbahn für Postsendungen und Bahnpostwagen (Entsch. des RG). 1918. 244.
 - Haftung der Eisenbahnverwaltung bei Aushändigung von Frachtgut an einen Betrüger (Urteil des RG). 1922. 171.
 - Haftung der Post für Geldpakete (Urteil des OLG Hamburg). 1922. 197.
 - Haftung der Post im Postscheckverkehr. 1919. 94.
 - Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes bei einem Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Postwagen, der durch den Kutscher des Postwagens mitverursacht ist. Artikel 8 des Eisenbahnpostgesetzes gilt nur für Unfälle des Eisenbahnpostbetriebs (Urteil des RG). 1924. 30.
 - Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes in Verbindung mit Artikel 8 Eisenbahnpostgesetzes, wenn ein Postbeamter während seines Überlagers vorzeitig den Bahnpostwagen aufgesucht und bei einem Zusammenstoß des Postwagens mit einem abfahrenden Zuge einen Unfall erlitten hat (Entsch. des RG). 1924. 31.
 - Haftung dessen, der Empfangsbefcheinigungen über Postanweisungs-, Zahlartenbeträge oder über eine Postsendung als »Bürge« unterschreibt (Urteile des OLG Cassel, OLG Karlsruhe und OLG Königsberg, Pr.). 1924. 194, 195, 196.
 - Haftung eines Bahnpostbeamten für den Verlust eines Geldbriefs (Entsch. des RG). 1918. 453.
 - Haftung für Fernsprech-Nebenanschlüsse. 1921. 498.
 - Haftung für Schäden bei Einrichtung oder Änderung von Fernsprechanschlüssen. 1921. 486.
 - Haftung für Übergang elektrischer Ströme in das Reichs-Telegraphenneß. 1921. 509.
 - Haftung für Verlust oder Beschädigung des Fernsprechanschlusses. 1921. 489.
 - im Scheckverkehr bei mißbräuchlicher Benutzung der Scheckdrucke. 1919. 94, 95.
 - Kammergerichtserkenntnis über die Haftung der Post bei postordnungswidriger Einziehung von Nachnahmebeträgen. 1921. 283.
 - Keine Ersatzpflicht der Post für ein beschädigtes Wertpaket, wenn die Beschädigung durch mangelhafte Verpackung verursacht ist (PG § 6 Abs. 3 unter a) (Urteile des OLG und OLG Karlsruhe). 1924. 138.
 - Keine Ersatzpflicht der Postverwaltung bei Aushändigung eines gewöhnlichen Pakets an den erwachsenen Sohn des Pförtners (PD § 38 V) (Urteil des OLG Stettin). 1923. 135.
 - Keine Haftung der Deutschen Reichspost für Entstellung von Telegrammen (§ 21 ID) (Urteile des OLG und OLG Breslau). 1924. 198.
 - Keine Haftung der Reichs-Telegraphenverwaltung für falsche Auskunft am Schalter (Urteil des OLG I Berlin). 1924. 36.

- Haftpflicht.** Keine Haftung der Reichs-Telegraphenverwaltung für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 ID) (Urteil des OLG Oldenburg). 1923. 62, (Urteil des RG). 1924. 32. und (Urteil des OLG Karlsruhe). 1924. 78.
- Keine Haftung der Reichs-Telegraphenverwaltung für unrichtige Zustellung eines Telegramms mit unvollständiger Anschrift; Versuche des Annahmebeamten um Ergänzung der Anschrift (Urteil des OLG Dresden). 1924. 32.
 - Keine Schadenersatzpflicht der Deutschen Reichspost bei postordnungsmäßiger Auslieferung eines für einen Abholer bestimmten Pakets an einen Beirüger (§§ 44, 49 PG; 42 PD) (Urteil des OLG Minden). 1924. 137.
 - Keine Schadenersatzpflicht der Postverwaltung bei Beraubung eines Pakets mit Gegenständen, die von der Postbeförderung ausgeschlossen sind (§ 6 PG § 4 PD) (Urteil des OLG Stettin). 1923. 451.
 - Lehnt die Postverwaltung Ersatz für die Beschädigung eines Pakets wegen Fahrlässigkeit des Absenders ab, so hat sie die Fahrlässigkeit zu beweisen (Urteil des OLG Hamburg). 1923. 61.
 - Rechtslage zwischen dem Bankhaus und dem Kunden bei Einlösung eines vom Kunden ausgestellten, vom Inhaber verfälschten Schecks (Entsch. des RG). 1919. 273.
 - Reichsgerichtsentscheidung über die Haftung eines Telegraphenbeamten für Telegrammentstellung. 1913. 609.
 - Schadenersatzpflicht der Deutschen Reichspost, wenn vom Inhalt einer beschädigten Sendung während dessen Feststellung am Bestimmungsort in Gegenwart eines Beauftragten des Empfängers etwas abhanden kommt (PD § 35 II, III) (Urteil des OLG Stuttgart). 1924. 137.
 - Schadenersatzpflicht des Reichsfiskus wegen ordnungswidriger Zurückholung eines dem Empfänger bereits zugestellten Telegramms (Entsch. des RG). 1918. 294.
 - Schadenshaftung der Bahn bei Plünderung von Eisenbahnfrachtgut während der Revolutionsunruhen (Entsch. des RG). 1920. 357.
 - Umfang der Haftung im Weltpostverkehr. 1923. 121.
 - Umfang der Pflicht der Reichs-Telegraphenverwaltung zur Beseitigung von Schäden auf Grund der sogenannten Hausbesitzererklärung (§ 12 II ID) (Urteile des OLG Erfeld und des OLG Celle). 1923. 69.
 - Verjährung der auf Grund des Unfallfürsorgegesetzes auf das Reich übergegangenen Schadenersatzansprüche (Entsch. des RG). 1920. 52.
 - Vom Verkäufer zu vertretende Unmöglichkeit der Leistung (Entsch. des RG). 1918. 494.
 - Wegfall einer Haftung der Straßenbahn durch eigenes Verschulden eines Fahrgastes (Entsch. des RG). 1920. 395.
 - Zur — der Reichsbeamten gegenüber dem Reich innerhalb Preußens. 1922. 339.
 - Zur Haftung der Deutschen Reichspost im Telegrammverkehr (§ 21 I ID) (Urteile des OLG und OLG Hamburg). 1924. 197.
 - Zur Haftung der Post für Sendungen mit leicht entzündlichem Inhalt. 1924. 186.

- Halleffekt** in Metallstäben, die sich in einem magnetischen Felde befinden. 1917. 220.
- Hamburg.** *Anteil der nationalen Flaggen am Hamburger Hafenverkehr. 1921. 286.
- Die Hamburger Straßenbahn im Dienste der Telegramm- und Eilbriefbeförderung. 1921. 101.
- Die Postmeisterfamilie Somigliano. Ein Beitrag zur Postgeschichte von — und Nürnberg. 1922. 217.
- Die Schiffsbriefe. 1916. 356.
- Hafenanlagen der freien Hansestadt —. 1919. 25.
- Postverladestelle am Hauptbahnhof in —. 1916. 85.
- Handel.** Allerhand Neues über — und Verkehr in Persien. 1913. 760.
- Bedeutung der unteren Donau für den — in den angrenzenden Staaten. 1916. 169.
- Handelsflotte.** *Die Entwicklung der deutschen —. 1914. 24.
- Handelsmarine.** *Schiffsbestand der deutschen —. 1920. 424.
- Handelsverkehr.** *Der — des Deutschen Reichs mit seinen Schutzgebieten in Afrika während des Jahres 1911. 1913. 92.
- Die Entstehung des — der Stadt Leipzig. 1913. 386.
- Regensburger — im Ausgang des Mittelalters. 1923. 467.
- Handelswert.** Der gemeine — im eisenbahnrechtlichen Sinne. 1921. 235. 286.
- Hansbindfaden.** Wirtschaftlichkeit von —. 1922. 80.
- Handgassprigen.** Ausstattung der Bahnpostwagen mit — zum Lösen von Bränden. 1917. 103.
- Hannover.** Postverkehr zwischen — und der Freien und Hansestadt Lübeck. 1915. 199.
- Rollbahnanlagen für den Postbetrieb in — Hainholz. 1919. 174.
- Härtebestimmung.** *Die — des Holzes. 1920. 360.
- Hauensfeintunnel.** *Der neue —. 1916. 283.
- Hauptberuf.** Beschäftigung im — im Sinne der Angestelltenversicherung (Beschlüsse des Oberschiedsgerichts) 1918. 77. 78 (Beschluss des Rentenausschusses). 1918. 79.
- im Sinne der Angestelltenversicherung. 1916. 280. 398.
- Hauptpostgebäude.** Das neue — in Kopenhagen. 1914. 137.
- Haupt-Telegraphenamt.** Besondere bauliche Einrichtungen des —. 1918. 297.
- Betriebsfälle des — in Berlin. 1918. 312. 337.
- Bewegung der Telegramme im Amt. 1918. 390.
- Das neue — in Berlin. 1917. 491. 1918. 297. 337. 381.
- Erdleitungen des — in Berlin. 1918. 401.
- Gründung des — in Berlin und Umfang des Verkehrs. 1921. 178.
- Hausrohrpost im neuen — in Berlin. 1918. 147. 386.
- Inland- und Auslandsaal des — in Berlin. 1918. 344.
- Klopferaal im — in Berlin. 1918. 340.
- Mechanische Beförderungsmittel im — in Berlin. 1918. 381.
- Nebenräume im neuen — in Berlin. 1918. 394.
- Örtliche Vorschriften und Einrichtungen beim — in Berlin. 1921. 177.
- Seilpostanlagen im — in Berlin. 1918. 348. 381.
- Stromquellen des — in Berlin. 1918. 308.
- Haupt-Telegraphenamt.** Telegrammaufnahme beim — in Berlin. 1918. 337.
- Verteilung der Leitungen im — in Berlin. 1918. 303.
- Vorkehrungen beim — in Berlin zur Vermeidung von Telegraphierfehlern. 1921. 184.
- Wohlfahrtseinrichtungen des — in Berlin. 1918. 396.
- Hauptverkehrslander.** Das Fernsprechwesen in den —. 1914. 145. 188. 222.
- Hauptwerkstatt.** Die — für Postkraftwagen in Berlin Borsigwalde. 1920. 1.
- Haushalt.** Die Beratung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für das Rechnungsjahr 1913 im Reichstage. 1913. 133. 175.
- — Desgl. für das Rechnungsjahr 1914. 1914. 209. 241.
- Hausrohrpostanlagen.** Allgemeine Anordnung der neueren —. 1918. 83.
- Einrichtungen zur Ersparnis an Treibluft bei den neueren —. 1918. 86.
- Neuere — der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1918. 81. 133.
- Haverei.** Postsendungen sind nicht beitragspflichtig zur großen — (Urteil des RG). 1913. 767.
- Hebevorrichtung.** *Ein neues Verfahren zur Hebung von Schiffen. 1921. 48.
- Heilanstaltspflege** der Postkrankenassen. 1918. 324.
- Entschädigung nach der Entlassung der Verletzten aus der Heilanstalt. 1918. 325.
- Krankenbehandlung und Renten statt —. 1918. 325.
- Heilkosten.** Erstattung von — in Rentenform an unfallverletzte Beamte (Entsch. des RG). 1919. 340.
- Heilverfahren** nach dem Versicherungsgezet für Angestellte vom 20. Dezember 1911. 1913. 362.
- Zum Begriff der Kosten des — im Sinne der Beamten-Unfallfürsorgegeetze (Entsch. des RG). 1924. 187.
- Heizungsanlagen.** Sparsame Wärmewirtschaft im Post- und Telegraphenbetrieb. 1922. 33.
- Wirkungsweise und Bauart der Sammelheizanlagen. 1922. 165.
- Heizwesen.** *Das neue Fernheizwerk von Neufölln. 1920. 360.
- Herstellung** der Postwertzeichen während der Zeit der großen Geldentwertung. 1924. 100.
- Heuschreckenschwärme** als Verkehrshindernis. 1924. *71.
- Hilfsbetriebe.** Die — der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung unterliegen nicht der Gewerbeordnung. 1921. 117.
- Hilfsmittel.** Mechanische und maschinelle — im Postbetrieb. 1913. 82.
- Hinterbliebene.** Kriegsteuerungszulagen für — von Beamten usw. 1920. 139.
- Renten für — nach der Angestelltenversicherung (Gesetz vom 20. Dezember 1911). 1913. 361.
- Hinterbliebenen-Fürsorge** in Belgien unter deutscher Verwaltung bis Oktober 1915. 1916. 45.
- Hinterbliebenenversicherung.** Die Wirksamkeit der reichs-gesetzlichen Invaliden- und —. 1915. 161.
- Hochfrequenzapparate.** Die Ruhmerschen — für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin. 1924. 123.
- Hochfrequenzmaschinen.** Die —. 1914. 644.
- Hochfrequenzverstärkung** im Funkbetrieb. 1919. 290.
- Hauptpostmeister.** Königsberger —. 1921. 329.

- Hohenzollerntkanal.** Der — Berlin-Stettin. 1914. 515.
Holz. *Die Härtebestimmung des —. 1920. 360.
Holzschiffe. *Vergleich zwischen Schiffen aus Beton, Holz und Stahl. 1919. 342.
Holzstangen. Beitrag zur Beurteilung der hölzernen Gestänge für Telegraphen- und Fernsprechklinen. 1913. 229.
 — *Zahl der in den Vereinigten Staaten von Amerika während der letzten fünf Jahre gekauften —. 1913. 112.
Hörertischen. *Keine Zulassung des — (Belinde) in der Schweiz. 1924. 131.
Hygrometer zur Messung der Luftfeuchtigkeit. 1919. 69.

S

- Jahresarbeitsverdienst.** Vorschriften des Unfallversicherungsgesetzes über die Berechnung des —. 1913. 595.
Jahresberichte, Geschäftsberichte, Verwaltungsberichte (s. auch Statistik).
 — Aus dem — über die Ergebnisse des Betriebs der vereinigten preussischen und bayerischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1912. 1914. 352.
 — — Desgl. im Rechnungsjahre 1913. 1915. 168.
 — — Desgl. im Rechnungsjahre 1914. 1916. 268.
 — — Desgl. im Rechnungsjahre 1915. 1917. 258.
 — — Desgl. im Rechnungsjahre 1916. 1918. 285.
 — — Desgl. im Rechnungsjahre 1917. 1919. 459.
 — — Desgl. im Rechnungsjahre 1918. 1920. 80.
 — — Desgl. im Rechnungsjahre 1919. 1921. 198.
 — Bericht über den Geschäftsumfang der Abrechnungsstellen der Reichsbank im Jahre 1920. 1922. 130.
 — Bericht über die Entwicklung des niederländischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens im Jahre 1915. 1917. 305.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 274.
 — — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 226.
 — — Desgl. in den Jahren 1918 und 1919. 1921. 296.
 — — Desgl. im Jahre 1921. 1923. 123.
 — Das erste Betriebsjahr des Panamakanales. 1916. 172.
 — Der — der American Telephone and Telegraph Company für 1912. 1913. 491.
 — Der — der American Telephone and Telegraph Company für 1914. 1915. 289.
 — Der — der Suezkanal-Gesellschaft für 1915. 1916. 305.
 — Ein Jahr deutsche Post in Belgien. 1916. 33.
 — Entwicklung der Kleinbahnen in Preußen im Jahre 1918. 1920. 414.
 — Ergebnis des deutschen Postscheckverkehrs in den Jahren 1920 und 1921. 1922. 229.
 — Ergebnis des schweizerischen Postscheckverkehrs im Jahre 1915. 1916. 245.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 319.
 — — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 363.
 — — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 310.
 — — Desgl. im Jahre 1919. 1920. 389.
 — — Desgl. im Jahre 1920. 1921. 313.
 — — Desgl. im Jahre 1921. 1922. 332.
 — *Ergebnisse der Sparkassen im Deutschen Reich von 1915 bis 1917 und in Preußen von 1915 bis 1918. 1920. 308.

- Jahresberichte, Geschäftsberichte, Verwaltungsberichte.**
 — Ergebnisse des österreichischen Post-, Spar- und Scheckverkehrs im Jahre 1914. 1916. 29.
 — Ergebnisse des österreichischen und ungarischen Post-, Spar- und Scheckverkehrs sowie des schweizerischen Postscheckverkehrs im Kalenderjahr 1913. 1914. 589.
 — Geschäftsbericht der Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika für das Rechnungsjahr 1913/14. 1915. 129.
 — Geschäftsbericht der Reichsbank im Jahre 1914. 1915. 209.
 — — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 217.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 293.
 — — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 355.
 — — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 252.
 — — Desgl. im Jahre 1919. 1920. 382.
 — — Desgl. im Jahre 1920. 1921. 307.
 — — Desgl. im Jahre 1921. 1922. 327.
 — Geschäftsbericht der Reichspostsparkbank in Amsterdam im Jahre 1914. 1916. 97.
 — — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 39.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 165.
 — — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 156.
 — Geschäftsbericht der schwedischen Postsparkasse im Jahre 1914. 1916. 95.
 — Geschäftsbericht der schweizerischen Postverwaltung für 1915. 1916. 448.
 — — Desgl. für 1916. 1917. 352.
 — — Desgl. für 1917. 1918. 410.
 — — Desgl. für 1918. 1919. 333.
 — Geschäftsbericht der schweizerischen Telegraphen- und Telefonverwaltung für 1914. 1915. 313.
 — — Desgl. für 1915. 1916. 452.
 — — Desgl. für 1916. 1917. 348.
 — — Desgl. für 1917. 1918. 444.
 — — Desgl. für 1918. 1920. 147.
 — — Desgl. für 1919. 1922. 266.
Jahresberichte. Geschäftsbericht des Postsparkassenamts in Wien im Jahre 1915. 1917. 173.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 191.
 — — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 60.
 — — Desgl. im Jahre 1918. 1920. 113.
 — — Desgl. im Jahre 1919. 1921. 210.
 — — Desgl. im Jahre 1920. 1922. 244.
 — — Desgl. im Jahre 1921. 1923. 358.
 — Geschäftsbericht über das dänische Telegraphen- und Fernsprechwesen im Jahre 1915/16. 1917. 82.
 — — Desgl. im Jahre 1916/17. 1918. 106.
 — — Desgl. im Jahre 1917/18. 1919. 89.
 — Geschäftsbericht der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1913. 1915. 353.
 — — Desgl. für das Jahr 1915. 1917. 74.
 — — Desgl. für das Jahr 1916. 1918. 98.
 — — Desgl. für das Jahr 1917. 1919. 82.
 — Jahresbericht der chinesischen Postverwaltung für 1911. 1913. 672.
 — Jahresbericht der norwegischen Telegraphenverwaltung für 1914/15. 1916. 455.
 — Jahresbericht der schwedischen Telegraphenverwaltung für das Jahr 1921. 1922. 406.
 — Jahresbericht des italienischen Post- und Telegraphen-Ministeriums für das Rechnungsjahr 1910/11. 1915. 16.
 — Jahresbericht des schwedischen Postwesens im Jahre 1916. 1918. 200.

Jahresberichte. *Mitteilungen aus dem — (1913) der Großen Berliner Straßenbahn. 1914. 468.

— Postwesen in Belgien unter deutscher Verwaltung vom November 1915 bis Januar 1916. 1918. 169.

— Postwesen in Belgien unter deutscher Verwaltung vom Februar bis Juli 1916. 1918. 178.

— Postwesen in Belgien unter deutscher Verwaltung vom August 1916 bis Januar 1917. 1918. 221.

— Verwaltungsbericht der deutschen Post in Belgien für zwei weitere Kriegsjahre. 1918. 169. 220.

— Verwaltungsbericht der Generalpostverwaltung in Schweden für das Jahr 1921. 1923. 95.

— Verwaltungsbericht für 1913 der Stiftung »Töchterhort« für verwaiste Töchter von Reichs-Post- und Telegraphenbeamten. 1914. 456.

— Desgl. für 1914. 1915. 278.

— Desgl. für 1915. 1916. 289.

— Desgl. für 1916. 1917. 397.

— Desgl. für 1917. 1918. 447.

— Desgl. für 1918. 1919. 466.

— Desgl. für 1919. 1921. 121.

— Desgl. für 1920. 1922. 61.

— Desgl. für 1921. 1922. 295.

— Desgl. für 1922. 1923. 482.

— Verwaltungsbericht über das niederländisch-indische Post- und Telegraphenwesen für das Jahr 1920. 1923. 48.

— Verwaltungsbericht über das Postwesen in Persien für 1918/19. 1921. 317.

Jahrbuch. *Asiatisches —. 1913. 258.

Japan. Der Anteil von — am Weltkabelnetz. 1914. 380.

— Das Fernsprechnetz in —. 1914. 235.

— *Neue japanische Schiffahrtslinien. 1920. 358.

Induktion bei Schwachstromleitungen durch Wechselstrombahnen. 1914. 38.

Induktivität. Bedeutung der — für Fernsprechnetze. 1916. 147.

— Feststellung der erforderlichen — in Pupinleitungen. 1916. 160.

Influenz. Die — als Ursache bei Störungen von Schwachstromleitungen durch Wechselstrombahnen. 1914. 35.

Inlandsaal. Der — des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 344.

Inlandspostverkehr. Beschränkungen des deutschen — in der Zeit von 1914 bis einschließlich 1918. 1920. 162.

Instandsetzungspflicht. Die — und Unterhaltungspflicht der Landstraßen in Sachsen im 18. Jahrhundert. 1913. 429.

Institut für Zeitungskunde an der Universität in Köln. 1922. 135.

Internationales Bureau des Welttelegraphenvereins. 1916. 426.

Invalidenversicherung. Entwicklung in den ersten fünf- undzwanzig Jahren. 1917. 1.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Wirksamkeit der reichsgesetzlichen —. 1915. 161.

Koule. Die — als Maßeinheit zur Messung der lebendigen Kraft. 1918. 214.

Island. *Die erste Eisenbahn auf —. 1919. 98.

— Die Verkehrsbedingungen und die Verkehrsverhältnisse auf —. 1914. 427.

Isolation. Einfluß der — auf den Betrieb einer Arbeits- oder Ruhestromleitung. 1914. 85.

Isolationswiderstand. Höhe des — der oberirdischen Telegraphenleitungen. 1914. 81.

Isolationszustand. Der — der oberirdischen Telegraphenleitungen und sein Einfluß auf den Betrieb. 1914. 81.

Isoliermittel. *Cellon und Cellonlacke als —. 1916. 311.

Italien. Anteil von — an den Bahnbauten in Afrika. 1914. 184.

— Das Fernsprechnetz in —. 1914. 194.

— Der Anteil von — am Weltkabelnetz. 1914. 379.

— Der Postauftragsdienst in —. 1915. 145.

— Einiges über die Personalverhältnisse bei der italienischen Postverwaltung. 1915. 11.

— Errichtung einer Fernsprechverbindung zwischen Deutschland und —. 1914. 501.

— Gebühren für den Fernsprechverkehr nach —. 1914. 509.

— Nachnahmeverkehr in —. 1913. 303.

— Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetz im Jahre 1910/11 in —. 1915. 16.

— Preußen und der österreichisch-italienische Postverein vom Jahre 1850. 1917. 389.

— *Telegraphenkabel zwischen — und Nordafrika. 1913. 615.

— Vertrag zwischen Deutschland, — und der Schweiz über den deutsch-italienischen Fernsprechverkehr im Durchgang durch die Schweiz. 1914. 507.

Jubiläum f. Gedenkfeiern.

Jütland. *Neue Häfen in —. 1916. 282.

K

Kabel. Beschädigungen der Unterwasserkabel durch Grundschleppnetze. 1920. 404.

— Das britische Fernkabelnetz. 1923. 89.

— Die Entwicklung der Unterseekabel. 1916. 434.

— Neue Fernsprechkabel durch den Bodensee. 1920. 411.

— Rohstoffgewinnung aus unbrauchbaren —. 1921. 213.

Kabelanlagen. Das Weltkabelnetz. 1914. 373.

Kabelbau. *Telegraphenkabel zwischen Italien und Nordafrika. 1913. 615.

— Wissenschaftliche Erfolge Werner v. Siemens für die Auslegung von Seekabeln. 1917. 167.

Kabelinstandsetzung. Instandsetzung eines Fernsprechkabels durch die Weichsel. 1913. 59.

Kabelverbindung mit dem Belgischen Kongo. 1914. 434.

Kabinettspostamt. Aufhebung des — in Berlin. 1920. 26.

— Das — in Berlin. 1920. 20.

Kaiser-Wilhelm-Kanal. *Der Verkehr im —. 1913. 745.

— *Der Verkehr im — während des Rechnungsjahrs 1911. 1913. 94.

— — *Desgl. während des Rechnungsjahrs 1913. 1915. 157.

Kaiserurkunde. Eine — aus dem Jahre 1714. (Bestallung eines Postmeisters zum Kaiserlichen Rath.) 1921. 322.

Kalorie. Die — als Maßeinheit zur Messung der Wärmemengen. 1918. 213.

Kamerun. *Die Schiffahrtsexpedition nach Alt- und Neu- —. 1913. 209.

— Eisenbahnbau in —. 1914. 544.

— Post und Telegraphie in — von 1903 bis 1914. 1921. 399.

Ramina. Die Großfunkstelle — (Togo). 1920. 241. 251.

— Leistungen der Großfunkstelle — im Kriege. 1920. 254.

- Kamina.** Verteidigung der Großfunkstelle — im Kriege. 1920. 259.
— Zerstörung der Großfunkstelle — im Kriege. 1920. 263.
- Kanada.** Aus der Postgeschichte von —. 1919. 376.
— *Fernsprechseefabel Bancouer-Victoria. 1913. 576.
- Kanäle.** *Das Kanalwesen in Schweden. 1916. 458.
— Das erste Betriebsjahr des Panamakanals. 1916. 172.
— Der Hohenzollerkanal Berlin-Stettin. 1914. 515.
— *Der Panamakanal. 1913. 285.
— *Der Suezkanalverkehr im Jahre 1919. 1920. 396.
— *Der Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal während des Rechnungsjahres 1913. 1915. 157.
— Verkehr im Suezkanal während des Krieges. 1916. 395.
- Kanalbau.** Die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals. 1914. 615.
— *Ein Kanaltunnel Calais-Dover. 1920. 121.
— *Eröffnung des Panamakanals. 1914. 649.
— Eröffnung des Rhein-Weser-Kanals. 1915. 220.
— *Erweiterungsbau des Eriekanals. 1919. 64.
— *Herstellung des Lippe-Seitenkanals. 1914. 648.
— *Wasserbauten im Mündungsgebiet der Weichsel. 1918. 33.
— Wirtschaftliche Notwendigkeit des — für Deutschland. 1918. 366.
- Kanzleistil.** Altes und Neues vom —. 1920. 102.
— Alte und neue Formen der Amtssprache. 1923. 291.
- Kap-Kongobahn.** *Weiterführung der —. 1918. 291.
- Karlsruhe (Baden).** Beutelhebewerk bei der Briefsammelstelle in —. 1919. 175.
- Karolinen.** Post und Telegraphie im deutschen Schutzgebiet — von 1903 bis 1914. 1921. 413.
- Karst.** *Der —. 1919. 160.
- Kartierung** bei der sächsischen Post im 18. Jahrhundert. 1922. 31.
- Kassenorgane** der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. 1914. 628.
- Kassen- und Rechnungsführung** bei der kursächsischen Post im 18. Jahrhundert. 1917. 67.
- Kassen- und Rechnungswesen.** Der Wert kaufmännischer Buchführung und Rechnungslegung für die staatlichen Verkehrsanstalten, besonders für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1913. 65.
— Umgestaltung der Vorschriften über die Buchführung und Rechnungslegung. 1913. 76.
- Kathodenröhre.** Das drahtlose Telegraphieren und Fernsprechen mit Hilfe der —. 1919. 277. 317.
— Die — als Audion. 1919. 290.
— Die — in ihren Anwendungen. Die Erzeugnisse von Telefunken. 1919. 288.
— Die Röhre als Hochfrequenzzeuger. 1919. 293.
— Geschichtliche Entwicklung der —. 1919. 281.
— zur Verstärkung schwacher Fernsprechröme. 1918. 264.
- Kaufahrteiflotte.** Baustoffe zu den Schiffen der —. 1916. 23.
— Die Entwicklung der deutschen — nach der »Statistik des Deutschen Reichs«. 1916. 17.
— Schiffsbesatzung der deutschen — am 1. Januar 1914. 1916. 22.
— Umfang der Funkpracheinrichtungen bei der deutschen —. 1916. 23.
— Verhältnis der Zahl der Dampfer zu der Zahl der Segelschiffe in der deutschen —. 1916. 19.

- Kaufasus.** *Ein Tunnel durch den —. 1913. 614.
- Kiautschou.** Eisenbahnbau in —. 1914. 546.
— Post- und Telegraphie in dem Pachtgebiet von — in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 452.
- Kiepert.** *Hundertjähriger Gedenktag an den Geographen Heinrich —. 1918. 500.
- Kleinbahnen.** Die nebenbahnähnlichen — im Deutschen Reich im Rechnungsjahre 1913. 1915. 174.
— — Desgl. im Deutschen Reich im Jahre 1914. 1916. 275.
— — Desgl. im Deutschen Reich im Jahre 1915. 1917. 264.
— Entwicklung der — in Preußen im Jahre 1916. 1918. 298.
— — Desgl. in Preußen im Jahre 1918. 1920. 414.
- Klopfersaal.** Der — im Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 340.
- Kohle.** *Ausnutzung der Steinkohlen Spitzbergens. 1916. 362.
- Kohlenstationen.** *Die — am Panamakanal. 1913. 478.
- Köln.** Der nächtliche Postdienst am Kölner Friedhofe 1691 bis 1721. 1918. 490.
— Die Postverladestelle in Köln-Deutz. 1914. 301.
— *Flug Köln-London in 2 Stunden 12 Minuten. 1923. 57.
— Fördergurtanlagen der Reichs-Postverwaltung in —. 1919. 166.
— Hausrohrpost im Postfachamt in —. 1918. 133.
— *Institut für Zeitungskunde an der Universität in —. 1922. 135.
— Postladeanlagen am Gladbacher Wall in —. 1916. 71. 90.
- Kolonialbahnen.** *Zwei große neue —, die Kap-Kongobahn und die australische Überlandbahn. 1918. 290.
- Kolonien** s. Schutzgebiete.
- Kolumbien.** Die Flugpost in —. 1924. 67.
— *Ein neues Luftschraubenboot für unregelmäßige Gewässer. 1917. 356.
- Kommissionsberatungen.** Der Haushalt der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1914 in den — im Reichstage. 1914. 209.
- Kommunalabgabengesetz** s. auch unter Gesetze.
— Grund- und Gebäudesteuern für Teile reichseigener Grundstücke im Bereich des preussischen —. 1915. 24.
- Kondensator.** Ladung und Entladung eines —. 1916. 146.
- Konferenzen** des Welttelegraphenvereins in Berlin 1883. 1916. 422, in Budapest 1896. 1916. 423, in Lissabon 1908. 1916. 425, in London 1879. 1916. 422, in London 1903. 1916. 424, in Paris 1890. 1916. 423, in Petersburg 1875. 1916. 421, in Rom 1872. 1916. 420, in Wien 1868. 1916. 420.
- Königsberg (Pr.).** Die Postmeister von —. 1921. 336.
— Königsberger Hofpostmeister. 1921. 329.
— Urkunden über die Postverhältnisse in — aus dem 16. und 17. Jahrhundert. 1921. 351.
— Zur Geschichte der Hauptpostgrundstücke in —. 1920. 361.
- Konstantinopel.** *Das Fernsprechnetz in —. 1914. 206.
— *Neue Hafenanlagen in —. 1917. 356.
- Kopenhagen.** Das neue Hauptpostgebäude in —. 1914. 137.
- Korrespondenzkarte** (s. auch Postkarte). Einführung der — vor 50 Jahren. 1920. 201.

Kostenerstattung. Veräußerung des Anteils des Wegeunterhaltungspflichtigen an der Anlage (§ 6 Abs. 4 des LWB). (Entsch. des RG.) 1919. 195.

Kraftanlagen. *Das staatliche Dampfkraftwerk bei Hannover. 1918. 202.

— *Die Bayernwerke. 1918. 498.

— *Die Kraftwerke in Schweden. 1916. 136.

— Eigene Kraftwerke der Deutschen Reichspost. 1923. 44.

— *Kraftübertragung von Bitterfeld nach Berlin. 1918. 498.

— *Kraftübertragung von Schweden nach Dänemark. 1916. 399.

Kraftfahrverkehr. Begriff »Halter eines Kraftfahrzeugs« (Entsch. des RG). 1918. 494.

— *Die Kraftfahrlinien der Reichspost 1920 bis 1922. 1923. 98.

Kraftfahrzeuge. Die — im Deutschen Reiche. 1914. 492.

— *Statistik der —. 1913. 411.

Kraftpostbetrieb. Der — unterliegt nicht der Zuweisung an die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1924. 129.

Kraftpostverkehr. Motorposten in England. 1913. 573.

Kraftwagen. Beschreibung der —. 1916. 250.

Kraftwagenverkehr. Beförderung der Reisenden im — des Oberpostdirektionsbezirks Cassel. 1916. 257.

— Berechnung und Erhebung des Personengeldes und des Überfrachtportos bei den Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 254.

— Der Kraftwagen-Personenpost-Verkehr in Thüringen. 1918. 152.

— *Der — in Südtirol. 1913. 778.

— *Der — in Lugo. 1913. 413.

— Durchführung des Betriebs der Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 258.

— Gegenwärtiger Stand des — der Reichs-Postverwaltung. 1922. 176.

— im Orts- und Vorortverkehr der Postanstalten. 1922. 176.

— Kraftfahrzeugführer im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 253.

— Kraftwagenbetrieb der Reichs-Postverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Postreiseverkehrs. 1922. 173.

— Kraftwagenhallen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 253.

— Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 249.

— Postfachbeförderung mit den Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 258.

— Sonderfahrten der Personen-Kraftwagen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 257.

— Unfälle im — vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913. 1914. 492.

— Unterhaltung der Postkraftwagen und Betriebsstoffe im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 252.

— Wirtschaftliches Ergebnis der Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 262.

Krankenbehandlung als Leistung der Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. 1913. 591. 594.

Krankenkassen s. a. Postkrankenkassen.

— Anspruch der Kassenmitglieder auf Benutzung der 3. Eisenbahnwagenklasse (Entsch. des Oberversicherungsamts in Arnberg). 1920. 396.

— Ärztliche Gebühren bei den — für untere Beamte. 1919. 49.

— Die — für Unterbeamte bei den Beratungen des Haushalts 1914 im Reichstage. 1914. 215.

— Die — für untere Beamte. 1919. 33.

— Entwicklung der — für untere Beamte. 1919. 37.

— Grundsätze für den kassenärztlichen Dienst der — für untere Beamte. 1919. 50.

— Krankenfürsorge für die polnischen Hilfskräfte des Telegraphen- und Fernsprechdienstes in Polen unter deutscher Verwaltung. 1919. 5.

— Satzung der — für untere Beamte. 1919. 39.

— Verfassung der — für untere Beamte. 1919. 34.

— Vorgeschichte der — für untere Beamte. 1919. 33.

Krankenversicherung. Das zweite Buch der Reichsversicherungsordnung (—) und die neuen Satzungen der Postkrankenkassen. 1914. 621.

— Entscheidungen von Streitigkeiten über Leistungen aus der —. 1914. 635.

— Kassenorgane der — nach der Reichsversicherungsordnung. 1914. 628.

— Leistungen der — nach der Reichsversicherungsordnung. 1914. 626.

— Postkrankenkassen bei den Beratungen des Haushalts 1914 im Reichstage. 1914. 261. 266.

— Träger der — nach der Reichsversicherungsordnung. 1914. 627.

— Versicherungszwang bei der — nach der Reichsversicherungsordnung. 1914. 625.

— Vorschriften über das Ineinandergreifen der — und der Unfallversicherung nach dem fünften Buche der Reichsversicherungsordnung. 1918. 318.

Kreispostämter in Belgien während der deutschen Besetzung 1915. 1916. 37. 38. 42.

Kreisstraßen. Geseßliche Bestimmungen über die — in Baden. 1917. 415.

Kreistelegramm. *Ein — rund um den Erdball. 1924. 130.

Krieg. Beschränkungen des deutschen Postverkehrs in der Zeit von 1914 bis einschließlich 1918. 1920. 161.

— *Bewachung der englischen Eisenbahnen im —. 1920. 392.

— Das Telegraphen- und Fernsprechwesen vor, in und nach dem —. 1921. 1.

— Dauer der Gehaltszahlung an einen als Kriegsteilnehmer vermißten Beamten (Entsch. des RG). 1919. 22.

— Deutsche Post in Belgien im zweiten und dritten Kriegsjahre. 1918. 169. 220.

— Die Deutsche Feldpost im rumänischen Feldzuge. 1918. 1.

— Die englische Feldpost. 1920. 71.

— Die Leipzig-Prager Post im Ersten Schlesischen —. 1921. 515.

— Die Oberpostdirektion Gumbinnen im ersten Kriegsjahre. 1917. 177.

— Ein Jahr deutsche Post in Belgien. 1916. 33.

— Ein Jahr deutsche Post in Polen. 1916. 365.

— *Eine neue Eisenbahnlinie Tongern-Machen. 1920. 422.

— Einfluß des Weltkrieges auf die Post in der Schweiz. 1915. 273.

Krieg. Erinnerungsblätter aus dem Betriebe der Post in Ostpreußen schweren Tagen. 1917. 369.

- Feldposten bis zum Beginne des 19. Jahrhunderts. 1917. 188.
- Feldpostgebühren während des Weltkrieges. 1923. 151.
- Geschichte der deutschen Feldpost im — 1914/18. 1922. 1.
- Kriegsmaßnahmen der sächsischen Post im 18. Jahrhundert. 1917. 29.
- Leistungen der Großfunkstelle Kamina im —. 1920. 254.
- Nachrichtenmittel im Kriege einst und jetzt. 1917. 273.
- Organisation der Post im Weltkriege. 1915. 321.
- Paketverkehr des englischen Heeres in Frankreich. 1920. 46.
- Plünderung des Larisschen Postamts in Lübeck durch die Franzosen im Jahre 1806. 1915. 201.
- Postmeister von den Birghden. Ein Lebensbild aus dem Dreißigjährigen —. 1918. 9.
- Postverkehr der Kriegsgefangenen. 1917. 137. 224.
- *Stickstoffwirtschaft Deutschlands im —. 1920. 82.
- Verhältnisse der Reichspost und Reichstelegraphie während des —. 1921. 59.
- *Verluste der Schifffahrt während des —. 1920. 308.

Kriegsanleihen. Die deutsche Kriegsanleihe im Jahre 1914. 1915. 211.

- Die — des Deutschen Reichs. 1916. 124.
- Die vierte deutsche Reichskriegsanleihe. 1917. 34.
- Die fünfte deutsche Reichskriegsanleihe. 1917. 268.
- Die sechste und siebente deutsche Reichskriegsanleihe. 1918. 234.
- Die achte und neunte deutsche Reichskriegsanleihe. 1919. 262.
- Mitwirkung der Postanstalten bei der Zeichnung der —. 1916. 128. 133.
- Vorschüsse der Darlehnskassen zur Zeichnung von —. 1916. 287. 288.
- Zinseszins-Rechnung bei der Tilgung der —. 1920. 33.

Kriegsgefangenenleistungen. Der von der Schweiz vermittelte Postverkehr der Kriegs- und Zivilgefangenen im Jahre 1915. 1916. 450.

- — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 354.
- — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 414.
- — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 336.
- Die Leistungen Schwedens bei der Vermittlung des deutschen Kriegsgefangenen-Postverkehrs von und nach Rußland. 1920. 397.
- Durch die niederländische Postverwaltung vermittelte — in den Jahren 1918 und 1919. 1921. 299.
- durch schweizerische Vermittlung. 1915. 273. 332.
- Portofreiheit der —. 1918. 188.
- Regelung der — durch den Weltpostvertrag von Rom. 1915. 331.

Kriegsschiffe. Erleichterungen im Verkehr mit den im Auslande stationierten —. 1913. 40.

Kriegsteuerzulagen als Entgelt bei der Angestelltenversicherung (Beschuß des Oberschiedsgerichts). 1918. 79. (Bescheid des Reichsversicherungsamts). 1918. 80.

- Die — usw. bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1920. 128.
- Unpfändbarkeit der — für Beamte (Beschuß des OLG in Bamberg). 1918. 295.

Kriegswirtschaftsmuseum. *Deutsches — in Leipzig. 1918. 245.

Kunst. Der Brief in der —. 1924. 143.

- Die Post in den graphischen Künsten. 1924. 143.
- Die Post in der Dichtung. 1924. 145.
- Die Post in der Musik (Beiträge zur Geschichte des Posthorns). 1924. 144.

Kunze-Knorr-Bremse. Eine neue Eisenbahnbremse. 1918. 419.

Kupfer. *Jährliche Durchschnittspreise des — am nordamerikanischen Markte. 1913. 257.

Kupfergewinnung. *Die — aus den Dämpfen der Metallbrennereien. 1920. 121.

Kursuhren. Einführung der — bei den fahrenden Posten in Preußen. 1919. 458.

Kurswesen. Das Lübecker — im 19. Jahrhundert. 1915. 372.

— Die Reitpost Hamburg-Wien 1698. 1913. 253.

Küstenfunkverkehr. Öffentlicher — und Pressedienst der Großfunkstellen. 1922. 364.

Küstenländer der nördlichen Ostsee. Die Verkehrsverhältnisse der —. 1913. 481.



Lampen. Beleuchtung im Post- und Telegraphenbetrieb unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Prüfungen elektrischer Lichtquellen und Lichtträger im Telegraphentechnischen Reichsamt. 1923. 301.

Länderkunde. *Bedeutung Bessarabiens. 1918. 499.

— *Weltpolitische Schnittfläche zwischen dem Bosporus und dem Persischen Meere. 1917. 227.

Landerwerb. Der — zur Verbreiterung bestehender Straßen im 18. Jahrhundert. 1913. 427.

Landkriegsordnung. Bestimmungen der Haager — über den Postverkehr der Kriegsgefangenen. 1917. 138.

Landstraßen. Gesetzliche Bestimmungen über die — in Baden. 1917. 411.

Landstraßenwesen. Das — im Königreiche Sachsen bis um das Jahr 1800, auch in seiner Bedeutung für den Postverkehr. 1913. 385. 425.

Landwege. Die — vom Deutschordenslande nach Deutschland um 1400. 1913. 624.

Landzustellung in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1915. 135.

Lappland. *Beginn des elektrischen Eisenbahnbetriebs in —. 1915. 158.

Lehnspost. Urkunden über die preussische — 1700 bis 1711. 1920. 266.

Lehrlingsbegriff und Krankenversicherungspflicht der Anwärterinnen (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1918. 495.

Leipzig. *Deutsches Kriegswirtschaftsmuseum in —. 1918. 245.

— Die Entstehung des Handelsverkehrs der Stadt —. 1913. 386.

— Die Leipzig-Prager Post im Ersten Schlesischen Kriege. 1921. 515.

— Die Rohrpostanlage in —. 1914. 437.

— Die Wirkung des Stapelprivilegs der Stadt — auf das Straßenwesen. 1913. 395.

— Postverladestelle am Hauptbahnhof in —. 1916. 89.

Leistenbrüche. Beurteilung der Unterleibsbrüche als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. 1918. 480.

Stellungslage. Zulässigkeit der Feststellungslage, wenn — erhoben werden kann (Entsch. des RG). 1919. 158.

Stellungsbau s. unter Telegraphenbau.

Stellungsführung des neuen Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 302. 303.

Stettin. *Riga als Seeverkehrsplatz. 1917. 427.

Stromröhre zur Verstärkung schwacher Fernspreckströme. 1918. 259.

Strom. *Innerer Zusammenhang zwischen — und Elektrizität. 1915. 93.

— Wirkung von auffallendem Licht auf Metall. 1917. 223.

Stromanlagen für Ersatz und Notbeleuchtung. 1922. 69.

Strombildstreifen. *Funkpruchempfang auf —. 1920. 160.

Stromquellen. Beleuchtung im Post- und Telegraphenbetrieb unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Prüfungen elektrischer — und Lichtträger im Telegraphentechnischen Reichsamt. 1923. 301.

— *Zur Frage des kalten Lichtes. 1916. 54.

Stromerzeugungen. Vom Verkäufer zu vertretende Unmöglichkeit der Leistung (Entsch. des RG). 1918. 494.

Stromerzeugungsverträge. Erfüllung vor dem Kriege geschlossener — (Entsch. des RG). 1919. 158.

Strom-Seitenkanal. *Herstellung des —. 1914. 648.

Stromverzeichnis zur deutschen Postgeschichte. 1913. 407.

Stromapparate mit elektrischem Antrieb für den Wheatstonebetrieb. 1916. 388.

Stromangestellte. Kriegsteuerungszulagen für —. 1920. 141.

Stromanspruch. Rein — bei einer vom Arbeitgeber nicht verschuldeten Betriebshinderung (BGB § 323) (Urteil des AG Berlin Mitte). 1923. 185.

Stromotiven. *Die größte —. 1920. 121.

— Geschwindigkeitsmesser für —. 1916. 305.

Stromtonden. Das Londoner Fernsprecknetz. 1921. 82.

Stromterie. Mitwirkung der kurländischen Postanstalten beim Vertriebe von Lotterielosen. 1917. 72.

Strombeck. Betriebsverhältnisse, Postordnung, Portosätze und Verkehrsumfang der Lübecker Stadtpost im 19. Jahrhundert. 1915. 374. 375.

— Das Lübecker Stadtpostamt unter freistädtischer Verwaltung und sein Übergang an das Reich. 1915. 370.

— Das Laxissche Postamt in — in den letzten Jahren seiner Wirksamkeit. 1915. 343.

— Das Laxissche Postamt in — zu Anfang des 19. Jahrhunderts. 1915. 201.

— Der Laxis-Lübecker Postvertrag von 1819. 1915. 334.

— Die Lübecker Postwertzeichen. 1915. 376.

— Die Laxis-Lübecker Verträge von 1851 und 1857. 1915. 338.

— Einschränkung der Geschäftstätigkeit des Laxisschen Postamts. 1915. 1.

— Gründung der Lübecker Stadtpost. 1914. 410.

— Hafenanlagen der freien Hansestadt —. 1919. 25.

— Lübecker Kurswesen im 19. Jahrhundert. 1915. 372.

— Lübecker Postverhältnisse im 18. Jahrhundert. 1915. 193.

— Lübecker Postverhältnisse um die Wende des 17. Jahrhunderts. 1915. 1.

— Lübeck-Laxissche Poststreitigkeiten. 1914. 405.

— Niederwerfung der nach Lüneburg fahrenden Lübecker Stadtboten durch den Herzog von Lauenburg. 1915. 2.

Lübeck. Personalverhältnisse beim Lübecker Stadtpostamt. 1915. 371.

— Postgebäude in —. 1915. 378.

— Postverbindungen von und nach — zu Anfang des Jahres 1800. 1915. 208.

— Postverträge zwischen Lübeck und Laxis im 19. Jahrhundert und der Übergang des Laxisschen Postamts an die Lübecker Stadtpostverwaltung. 1915. 334.

— Laxisscher Vergleichsvorschlag vom Jahre 1687 an die Stadt — wegen der Postbefugnisse. 1915. 3.

— Übergang der Stadtpost an die freistädtische Verwaltung. 1915. 370.

— Übernahme des Lübecker Stadtpostamts durch den Norddeutschen Bund. 1915. 379.

— Vereinigung des städtischen Postamts mit dem Laxisschen Postamt. 1915. 342.

— Verhältnis der Lübecker Stadtpostverwaltung zu den Nachbarstaaten während des 19. Jahrhunderts. 1915. 344.

— Verhältnis von — zu fremden Postverwaltungen. 1915. 194.

— Verhältnisse der Laxisschen Postbeamten in — um 1700. 1915. 6.

Luft. Wesen der arbeitenden —. Preßluft und Saugluft. Rohrpost und Staubsauger. 1917. 241.

Luftfeuchtigkeit. Apparate zur Messung der — (Hygrometer). 1919. 69.

— Die —. 1919. 65. 67.

Luftpostverkehr. Der Luftpostdienst in Schweden. 1924. 148.

Luftschiffahrt. Ballonfahrten während des Krieges 1870/1871. 1920. 216.

— *Die erste Ballonfahrt zwischen England und Deutschland. 1918. 204.

— Die ersten Versuche mit einem lenkbaren Ballon. 1920. 218.

— Die Luftpost von 1920 bis 1922. 1923. 253.

— Die — während des Weltkrieges. 1920. 224.

— Entwicklung der Luftfahrt und ihre Bedeutung für den Postverkehr. 1920. 212.

— Entwicklung der — im Ausland. 1920. 232.

— Schwierigkeiten der deutschen — in den ersten Jahren nach dem Weltkriege. 1923. 253.

Luftschraubenboot. *Ein neues — für unregelmäßige Gewässer. 1917. 356.

Luftverkehr. *Das größte Flugzeug der Erde. 1924. 71.

— Die Flugpost in Kolumbien. 1924. 67.

— *Flug Köln-London in 2 Stunden 12 Minuten. 1923. 57.

M

Mannheim. Geschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung der Stadt — und ihrer Hafenanlagen. 1915. 77.

Marianen. Post und Telegraphie in dem deutschen Schutzgebiet — in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 413.

Markenverkäuferin. Beschluß des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung über die Versicherungspflicht einer —. 1916. 279.

Marokko. *Bahnbau von Tanger nach Dakar. 1920. 279.

— Post und Telegraphie bei den deutschen Verkehrsanstalten in — in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 468.

- Marshall-Inseln.** Post und Telegraphie in dem deutschen Schutzgebiet — in den Jahren 1903 bis 1914. **1921.** 413.
- Maschinen.** *Der Dieselmotor in der Seeschifffahrt. **1917.** 425.
— *Eine Rechenmaschine von 1792. **1919.** 199.
— Erfindung der Dynamomaschine durch Werner v. Siemens. **1917.** 168.
- Maschinenanlagen.** Apparate für den Kreisbetrieb in der Rohrpost zwischen dem alten und dem neuen Haupt-Telegraphenamt in Berlin. **1916.** 191.
— Die — der Großfunkstelle in Rauen. **1921.** 259.
— Die neuen Rohrpostapparate mit selbsttätiger Anzeigevorrichtung und selbsttätiger Abstellung der Arbeitsluft (Bauart 1912). **1916.** 184.
— Eigene Kraftwerke der Deutschen Reichspost. **1923.** 44.
— im Betriebe der Rohrpost. **1916.** 177.
— und Schaltweise der Rohrpost in Berlin-Steglitz. **1916.** 197.
- Maschinenbau.** *Eine neue Art der Schweißung von Eisen. **1922.** 66.
- Maschinenrechnen.** Arbeitsleistung beim Rechnen mit und ohne Maschine. **1919.** 28.
- Mecklenburg.** Das Verhältnis zur Lübecker Post um 1700. **1915.** 9.
— Verhältnis der Lübecker Stadtpostverwaltung zu — im 19. Jahrhundert. **1915.** 347.
- Mecklenburg-Schwerin.** Postverkehr zwischen — und der Freien und Hansestadt Lübeck. **1915.** 197.
- Meerestiefen.** *Forschungen über —. **1916.** 460.
- Mehrfachfernsprechen.** Die Ruhmerschen Hochfrequenzapparate für — auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin. **1924.** 123.
- Meilenzeiger in Württemberg** vom Jahre 1814. **1914.** 119.
- Meisterchaftsflug** einer englischen Brieftaube. **1922.** *200.
- Merksblatt** über den Postverkehr der Kriegsgefangenen. **1917.** 147.
- Meßgeräte der drahtlosen Telegraphie.** **1915.** 257, 298.
— mit stetig veränderlicher Kapazität und unveränderlicher oder nur stufenweise veränderlicher Selbstinduktion. **1915.** 267, 298.
— mit stetig veränderlicher Selbstinduktion und stetig veränderlicher Kapazität. **1915.** 305.
— mit stetig veränderlicher Selbstinduktion und unveränderlicher oder nur stufenweise veränderlicher Kapazität. **1915.** 261.
- Messungen an Schwachstromleitungen auf der Strecke Dessau-Bitterfeld.** **1914.** 44.
— in der drahtlosen Telegraphie. **1915.** 258.
- Metallbearbeitung.** *Eine neue Art der Schweißung von Eisen. **1922.** 66.
— *Vernickeln von Aluminium. **1922.** 66.
- Metallbrennereien.** *Kupfergewinnung aus den Dämpfen der —. **1920.** 121.
- Metalle.** Änderung des Leitvermögens der — mit der Temperatur. **1917.** 214.
— Elektrische Leitfähigkeit der —. **1917.** 213.
— Elektrizitätsleitung in —. **1917.** 209.
— Elektronenemission glühender —. **1917.** 220.
— Unterscheidung der — in optischer Beziehung. **1917.** 223.
— Wärmeleitung in —. **1917.** 215.

- Mieteinigungsamt.** Zuständigkeit des — bei Kündigung wegen nicht pünktlicher Zahlung der Miete (Entsch. d. — in Charlottenburg). **1918.** 494.
- Mietstempel.** Preussischer — bei Mietverträgen der Postverwaltung. **1915.** 49.
- Mietverträge.** Erfüllung von — in den abgetretenen Gebieten. **1922.** 199.
- Mikrophonverstärker** im Fernleitungsbetrieb. **1918.** 26.
- Mittelalter.** Mittelalterliche städtische Telegraphie. **1921.** 110.
— Regensburger Nachrichtenverkehr im Ausgang des —. **1923.** 467.
- Mittellandbahn.** *Bau der schwedischen —. **1919.** 15.
- Mobilmachung.** Einfluß der — auf den Postbetrieb Ostpreußen. **1917.** 369.
- Montblanc-Durchstich.** *Der —. **1913.** 287.
- Montblanc-Tunnel.** *Der —. **1923.** 57.
- Motorposten** in England. **1913.** 573.
- Mühlhausen (Elf.).** Postladeanlagen in —. **1916.** 93.
- Multiplikationsstab.** Der — von Slaby. **1915.** 305.
- Münster (Westf.).** Der Postdienst in Münster während der Westfälischen Friedenstagung (1641—1649). **1914.** 144.
— Die erste Post in Deutschland Münster (Westf.). Worms. **1917.** 484.
— Fürstbischöflich Münsterische Personenposten. **1923.** 345.
— Fürstbischöflich Münsterische »Post-Wagen-Ordnung« aus dem Jahre 1679. **1914.** 512.
— Münsterische Botenanstalten im 16. und 17. Jahrhundert. **1918.** 469.
- Münzwesen.** Das — in Deutschland. **1919.** 358.
— Einführung des Graumannschen Münzfußes Preußen. **1919.** 363.
- Murmanbahn.** *Die —. **1919.** 388.
- Museum.** *Deutsches Kriegswirtschaftsmuseum in Leipzig. **1918.** 245.
— Die Sammlungen des Reichspostmuseums. **1923.** 111.

N

- Nabelbrüche.** Beurteilung der Unterleibsbrüche als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. **1918.** 488.
- Nachnahmediens** s. Postnachnahmeverkehr.
- Nachrichtenbeförderung** durch Brieftauben in alter und neuer Zeit. **1918.** 28.
- Nachrichtendienst** und Reiseverkehr des deutschen Ordens um 1400. **1913.** 617, 662.
- Nachrichtennittel** im Kriege einst und jetzt. **1917.** 273.
- Nachrichtenverkehr.** Regensburger — im Ausgang des Mittelalters. **1923.** 467.
— Verwendung der Funktelegraphie im internationalen — Deutschlands. **1924.** 176.
- Nachrichtentwesen.** Die Anfänge der Telegraphie, der Post und der Zeitung im Altertum. **1915.** 225.
- Nachschlagewerke.** Die — für die Gebührenvermittlung usw. im internationalen Paketverkehr (Paketposttarif). **1914.** 90.
- Nachveranlagung** des reichseigenen Grundbesitzes in Preußen zu Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuern (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). **1917.** 113, 421.
- Nachweis** von Aufsätzen und Mitteilungen über das Post-Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums. s. Abt. IV.

v. Nagler. Generalpostmeister — und seine Stellung zu den Eisenbahnen. 1916. 223. 1917. 169.
 — Verdienste des Generalpostmeisters — um die Errichtung der preussischen Schnellposten. 1919. 450.
Namensnennung. Hat der Telegrammausslieferer ein klagbares Recht auf Nennung des Namens von Telegraphenbeamten? (Urteil des O G Oppeln). 1924. 33.
Napoleon. Beziehungen des Hauses Thurn und Taxis zu — im Jahre 1804. 1920. 6.
Nauen. Die Großfunkstelle —. 1921. 253.
Nebelsignale. *Frauenhaare als —. 1924. 130.
 — *Stationen für funktetelegraphische —. 1913. 647.
Nebenbestimmungen. Postrechtliche — in Staatsverträgen mit dem Auslande. 1918. 184.
Nebenstellenanlagen. Verkauf von posteigenen —. 1923. 25.
Nebentelegraphen. Haftpflicht des Antragstellers bei —. 1921. 473. 513.
Netzgruppen. Verteilung der Fernsprechanchlüsse auf die einzelnen — seit dem 1. Oktober 1922. 1923. 432.
Neufölln. *Das neue Fernheizwerk von —. 1920. 360.
Neuordnung. Die — der Fernsprechgebühren in England. 1921. 31. 80. 115.
New York. *Das neue Fernamt in —. 1914. 357.
 — Die Fernsprechverbindung New York-San Francisco. 1915. 126.
 — Massenförderanlagen für den Paket- und Briefverkehr in —. 1913. 340.
Niederfrequenzverstärkung im Funkbetrieb. 1919. 288.
Niederlande. Änderungen des Postscheckverfahrens in den —. 1918. 452.
 — Das Fernsprechwesen in den —. 1914. 161.
 — Das niederländische Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen im Jahre 1915. 1917. 305.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 274.
 — — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 226.
 — — Desgl. in den Jahren 1918 und 1919. 1921. 296.
 — — Desgl. im Jahre 1921. 1923. 123.
 — Das Postwesen in den — im Vergleich zu dem Preussens im Jahre 1828. 1917. 156.
 — Die Reichspostsparkbank in Amsterdam im Jahre 1913. 1915. 178.
 — — Desgl. im Jahre 1914. 1916. 97.
 — — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 39.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 165.
 — — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 156.
 — Einführung des Postscheckverkehrs in den —. 1918. 161.
 — *Englisch-niederländisches Fernsprechkabel. 1913. 480.
 — Entwicklung der Luftpost in den — seit 1920. 1923. 272.
 — *Französisch-niederländischer Fernsprechverkehr. 1913. 480.
 — Gesekretwurf über die Einführung des Postscheck- und Girodienstes in den —. 1915. 283.
 — *Trockenlegung der Zuidersee. 1919. 159.
 — Vermittlung der Kriegsgefangenen sendungen. 1917. 141. 224.
Niederländisch Indien. Das Post- und Telegraphenwesen in — im Jahre 1920. 1923. 48.
Nordafrika. *Telegraphenkabel zwischen Italien und —. 1913. 615.
Nord-Südbahn. *Die Berliner —. 1914. 648.

Nordkirchen. Das Pösterholungsheim Schloß —. 1922. 290.
Norwegen. Ausbau der norwegischen Eisenbahnen. 1915. 243.
 — *Ausnutzung der Steinkohlen Spitzbergens. 1916. 362.
 — Das Fernsprechwesen in —. 1914. 222.
 — Die Eisenbahnen im nördlichsten Europa. 1916. 359.
 — Jahresbericht der norwegischen Telegraphenverwaltung für 1914/15. 1916. 455.
 — *Norwegische Schifffahrt und Seefischerei im Kriege. 1916. 360.
Rotbeleuchtung bei Beschränkung der Gas- und Elektrizitätsversorgung. 1922. 69. 80.
Rotenbank. Die neue belgische —. 1917. 117.
Rotenumlauf im Jahre 1917. 1918. 359.
 — im Jahre 1918. 1919. 261.
 — im Jahre 1919. 1920. 387.
Rotgeld während und nach dem Kriege. 1918. 358.
Rürnberg. Die Postmeisterfamilie Semigliano. Ein Beitrag zur Postgeschichte von Hamburg und —. 1922. 217.

D

Oldenburg. Die Großherzoglich Oldenburgischen Staatseisenbahnen von 1867 bis 1917. 1918. 22.
Ordinariposten in der Schweiz. 1919. 438.
Organisation der Brennstoff- und Wärmewirtschaft. 1922. 35.
 — der Feldpost im Weltkriege. 1915. 321.
 — der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 250.
Orient-Expreszug. *Einstellung des —. 1919. 159.
Ortsbestimmung. *Bedeutung der drahtlosen Telegraphie für die — zur See. 1918. 497.
Orts-Fernsprechnetze. Die — in Rußland. 1914. 332.
Ortsnamen. Die — und die Briefstempel während der deutschen Besetzung Belgiens. 1918. 180.
 — *Zur Rechtschreibung russischer —. 1918. 168.
Osterreich. Beitrag zur Geschichte der fahrenden Posten in —. 1913. 281.
 — Das österreichische Post- und Telegraphenwesen im Jahre 1913. 1915. 123.
 — — Desgl. im Jahre 1914. 1916. 293.
 — — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 300.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1919. 267.
 — Das Postsparkassenamt in Wien im Jahre 1915. 1917. 173.
 — — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 191.
 — — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 60.
 — — Desgl. im Jahre 1918. 1920. 113.
 — — Desgl. im Jahre 1919. 1921. 210.
 — — Desgl. im Jahre 1920. 1922. 244.
 — — Desgl. im Jahre 1921. 1923. 358.
 — Der Postauftragsdienst in —. 1915. 143.
 — Deutsch-österreichischer Telegraphenverein von 1850. 1916. 414.
 — *Dr. Julius Wilhelm Gintl und Dr. Johann Stark. Zwei Männer aus den Anfängen des österreichischen Telegraphenwesens. 1917. 322.
 — Einrichtung der Feldpost in —. 1915. 328.
 — Ergebnisse des österreichischen und ungarischen Post-, Spar- und Scheckverkehrs im Kalenderjahr 1912. 1913. 694.

- Österreich.** Ergebnisse des österreichischen Post-Spar- und Scheckverkehrs im Kalenderjahr 1913. 1914. 589.
- Ergebnisse des österreichischen Post-Spar- und Scheckverkehrs im Jahre 1914. 1916. 29.
 - Internationaler Überweisungsverkehr im Kalenderjahr 1913. 1914. 591.
 - Neuordnung des Postvertragsverhältnisses zwischen Deutschland und — Ungarn. 1917. 41.
 - Preußen und der österreichisch-italienische Postverein vom Jahre 1850. 1917. 389.
 - Verhandlungen über die neuen Postabkommen zwischen Deutschland, Österreich, Ungarn und Bosnien-Herzegowina. 1917. 48.
- Österreich-Ungarn.** Das Fernsprechwesen in —. 1914. 152.
- Nachnahmeverkehr in —. 1913. 301.
- Ostmarkenzulagen** bei den Beratungen des Haushalts 1914 im Reichstage. 1914. 210. 246. 258.
- Ostpreußen.** Erinnerungsblätter aus dem Betriebe der Post in Ostpreußens schweren Tagen. 1917. 369.
- Russeneinfall in —. 1917. 178.
 - Übersiedelung des General-Postamtspräsidenten v. Seegebarth nach — 1806 bis 1809. 1923. 438.
- Osijekbeden.** Die Verkehrsverhältnisse der Länder des nördlichen —. 1913. 481.

P

- Packkammern.** Gestaltung der — bei Postverladestellen. 1916. 118.
- Lage der Ladegleise und Bahnsteige zu den —. 1916. 116.
 - Zusammenfassung und Trennung des Abgangs- und Ankunftsverkehrs in den — der Postverladestellen. 1916. 117.
- Paketbahnhof.** Der — der Americ. Express Company in New York. 1913. 342.
- Paketpostamt.** Zum fünfzigjährigen Bestehen des Berliner —. 1913. 649.
- Paketposttarife.** Die Nachschlagewerke für die Gebührenermittlung im internationalen Paketverkehr (—). 1914. 90.
- Paketverkehr** s. auch Postpaketverkehr.
- Barfreimachung und Verrechnung von Paketgebühren durch Registrierkassen. 1923. 226.
 - Beförderung von Paketen mit der Straßenbahn in Berlin. 1919. 113. 191.
 - Der — des englischen Heeres in Frankreich. 1920. 46.
 - Die Nachschlagewerke für die Gebührenermittlung im internationalen — (Paketposttarife). 1914. 90.
 - Die Postverladestelle in Köln-Deug. 1914. 301.
 - in Belgien während der deutschen Besetzung. 1918. 174. 182. 221. 223. 226. 230.
 - Keine Schadensersatzpflicht der Postverwaltung bei Beraubung eines Pakets mit verbotenem Inhalt (§ 6 PG, § 4 PD) (Urteil des OLG Stettin). 1923. 451.
 - Massenförderanlagen für den — in New York. 1913. 340.
 - Umfang und Weiterentwicklung der Paketbeförderung mit der Berliner Straßenbahn. 1919. 134.
 - Zur Frage, wann ein Postpaket im Sinne des § 354 StGB unterdrückt ist (Entsch. des RG). 1920. 159.
 - Zur Haftung der Post für Sendungen mit leicht entzündlichem Inhalt. 1924. 186.

- Paketverkehr.** Zusammenfassung und Trennung des Abgangs- und Ankunftsverkehrs in den Packkammern der Postverladestellen. 1916. 117.
- Palau-Inseln.** Post und Telegraphie in dem deutschen Schutzgebiet — in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 413.
- Panamakanal.** Das erste Betriebsjahr des —. 1916. 172.
- *Der —. 1913. 285.
 - *Eröffnung des —. 1914. 649.
 - *Kohlenstationen am —. 1913. 478.
- Panzerwagen.** *Gepanzerte Postwagen in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1923. 57.
- Papierbindfaden.** Wirtschaftlichkeit von —. 1922. 80.
- Papiergeld.** Geschichte des — in Deutschland. 1919. 368.
- Papst Pius VI.** Wie — im Jahre 1782 durch Bayern reiste. 1921. 141.
- Parteiblätter.** Die politische Tagespresse in Sachsen. 1920. 77.
- Peilung** beim Funkbetrieb. 1919. 303.
- Peltiereffekt** an der Berührungsstelle zweier Metalle. 1917. 218.
- Pensionskasse.** Denkschrift über die Frage der Errichtung einer — für Postagenten. 1913. 289.
- Wunsch der Postagenten nach Errichtung einer —. 1913. 293.
- Persien.** Das Postwesen in —. 1913. 97. 156.
- Das Postwesen in — im Jahre 1918/1919. 1921. 317.
 - Das Verkehrswesen in — im Altertum und bis zur Neuzeit. 1913. 98.
 - Die Entwicklung des persischen Postwesens von 1871 bis 1911. 1913. 99.
 - Heutige Gliederung der persischen Postverwaltung. 1913. 158.
 - Postbetriebsdienst und Tarife in —. 1913. 159.
 - Postkurswesen in —. 1913. 161.
 - Verkehrstatistik der persischen Postverwaltung. 1913. 161.
- Personalpolitik** der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 255.
- der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung während der ersten 25 Regierungsjahre unseres Kaisers. 1913. 551.
- Personalverhältnisse** bei den vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen nach dem Stande des Jahres 1914. 1916. 272.
- bei den vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen im Jahre 1915. 1917. 262.
 - bei den vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1916. 1918. 289.
 - — Desgl. im Rechnungsjahre 1917. 1919. 463.
 - — Desgl. im Rechnungsjahre 1918. 1921. 203.
 - bei den Telegraphenbauämtern. 1923. 280.
 - bei der Hauptwerkstatt für Postkraftwagen in Berlin-Borsigwalde. 1920. 4.
 - bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung während des Weltkrieges. 1921. 61.
 - Das Personalwesen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (Personalbedarf und Hebung der Leistungen). 1922. 150.
 - Das Personalwesen im Postkraftwagenbetrieb. 1922. 194.

Personalverhältnisse. Denkschrift über die Frage der Errichtung einer Pensionskasse für Postagenten. 1913. 289.

- der deutschen Post in Polen. 1919. 3. 5. 17. 20.
- der Fernsprech- und Telegraphenverwaltung in Schweden. 1915. 353. 363.
- der Großherzoglich Oldenburgischen Staatseisenbahnen von 1867 bis 1917. 1918. 26.
- der niederländischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechverwaltung in den Jahren 1918 und 1919. 1921. 297.
- der niederländischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechverwaltung Ende 1921. 1923. 124.
- der Post in Belgien während der deutschen Besetzung. 1918. 169. 175. 183. 184.
- der russischen Post- und Telegraphenbeamten. 1916. 366.
- der schwedischen Telegraphenverwaltung Ende 1921. 1922. 407.
- des Taxischen Postamts in Lübeck im Jahre 1814. 1915. 206.
- Die Beamtenverhältnisse beim Lübecker Stadtpostamt. 1915. 371.
- Die — der schwedischen Postverwaltung Ende 1921. 1923. 95.
- Die Verbände des schwedischen Postpersonals. 1924. 147.
- Einiges über die — bei der italienischen Postverwaltung. 1915. 11.
- in den deutschen Schutzgebieten und bei den deutschen Verkehrsanstalten im Ausland von 1903 bis 1914. 1921. 389. 399. 404. 409. 413. 451. 458. 460. 467. 472.
- Kraftfahrzeugführer im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 253.
- Veränderungen der — bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung seit Kriegsende. 1921. 78.

Personenbeförderung. Der Kraftwagen-Personenpost-Verkehr in Thüringen. 1918. 152.

- im Jahre 1828 in den Niederlanden, in Frankreich, der Schweiz, England und Preußen. 1917. 156.

Personenposten. Abfertigung, Abfahrt und Ankunft der — in Münster (1665 bis 1802). 1923. 353.

- Ausgestaltung des Fürstbischöflich Münsterischen Personenpostwesens von 1668 bis 1696. 1923. 347.
- Die — Münster-Coesfeld-Borken-Wesel (1696). 1923. 349.
- Die — von Münster im 18. Jahrhundert (1700 bis 1802). 1923. 352.
- Einrichtung der Münsterischen — im Jahre 1665. 1923. 345.
- Fürstbischöflich Münsterische —. 1923. 345.
- Kraftwagen — im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 249.

Personenverkehr s. auch Reiseverkehr.

- *Die Kraftfahrlinien der Reichspost 1920 bis 1922. 1923. 98.
- Personentarif der Deutschen Reichsbahn. 1923. 12.

Seru. *Schwimmende Postboten. 1920. 422.

- *Telefunken in —. 1918. 334.

Stempel. *Zur Geschichte der Datumstempel. 1920. 421.

Stellung. Zur — von Rechten aus dem Teilnehmerverhältnis (RD) (Urteile der RG Chemnitz und Neu- stadt b. Coburg). 1923. 65.

Philatelie s. Briefmarkenkunde.

Physik. Arbeitende Luft (Preßluft und Saugluft). 1917. 241.

- Die Feuchtigkeit. 1919. 65.
- *Die Härtebestimmung des Holzes. 1920. 360.
- Die Wärme. 1918. 209.

Platin. *Ersatzstoff für —. 1919. 276.

Platzfrage für außerhalb der JSt aufzustellende Schaltkasten. 1913. 325.

Plünderung. Schadenshaftung der Bahn bei — von Eisenbahnfrachtgut während der Revolutionsunruhen (Entsch. des RG). 1920. 357.

Polen. Das neue Postgebäude in Warschau. 1917. 281.

- Ein Jahr deutsche Post in —. 1916. 365.
- Entwicklung des Fernsprechwesens in — unter deutscher Verwaltung. 1916. 377. 380. 384.
- Staatsangehörigkeit der Reichsbeamten in den an — abgetretenen Gebieten. 1920. 275.
- Telegraphenbau in — unter deutscher Verwaltung. 1916. 378. 384.
- Zeitungswesen in — unter deutscher Verwaltung. 1916. 371. 376. 382.
- Zwei weitere Jahre deutscher Post in —. 1919. 1.

Postofreiheitswesen in Belgien. 1916. 43.

- in dem besetzten russischen Gebiet. 1916. 380.

Portohinterziehung. Entscheidung des Reichsgerichts, betreffend Festsetzung des Strafbetrags bei Zuwiderhandlungen gegen § 27 Abs. 2 des Postgesetzes. 1914. 547.

Portugal. Anteil von — an den Bahnbauten in Afrika. 1914. 183.

- Der Anteil von — am Weltkabelnetz. 1914. 379.

Postagenten. Beschäftigung der — als Hauptberuf im Sinne der Angestelltenversicherung (Beschlüsse des Oberschiedsgerichts). 1918. 77. 78. (Beschluss des Rentenausschusses). 1918. 79.

- Denkschrift über die Frage der Errichtung einer Pensionskasse für —. 1913. 289.
- Dienst- und Beschäftigungsverhältnisse der —. 1913. 290.
- Gehalt der — bei den Haushaltsberatungen für 1914 im Reichstage. 1914. 217. 219. 245. 258.
- Kriegsteuerungszulagen für —. 1920. 136.
- Unterstützungen der — aus Postmitteln. 1913. 296.
- Versicherungspflicht der Frau eines — als Kriegsvertreterin (Beschluss des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1918. 330.
- Versicherungspflicht der — nach der Angestelltenversicherung. 1916. 398. 457.
- Wunsch der — nach Errichtung einer Pensionskasse. 1913. 293.

Postagentinnen. Kriegsteuerungszulagen für —. 1920. 136.

Postämter. *Deutscher Sprachunterricht für chinesische Angestellte der deutschen — in Schanghai und Hankau. 1913. 747.

Postanstalten. Mitwirkung der — bei der Zeichnung der Reichskriegsanleihen. 1916. 128. 133.

Postanweisungsverkehr des besetzten russischen Gebiets mit Deutschland. 1916. 375.

- Aushändigung des Posteinlieferungsscheins vor Prüfung des eingezahlten Geldbetrags. Gegenbeweis gegen Posteinlieferungsscheine (Urteil des LG Chemnitz). 1923. 448.
- Auszahlung eines Postanweisungsbetrags trotz Mangels an Deckung (Urteile des LG München und des LG Elberfeld). 1923. 442.

Postanweisungsverkehr. Der — der Vereinigten Staaten von Amerika. 1915. 133.

- Die Entwicklung des — mit Rußland und der Postanweisungsstelle Thorn 2 Bhf. 1913. 248.
- Einführung des Postanweisungsverfahrens in Deutschland. 1917. 441.
- im besetzten Belgien bis Oktober 1915. 1916. 37. 42. 48.
- in Belgien während der deutschen Besetzung. 1918. 173. 182. 231.
- Umrechnung der Postanweisungen für Kriegsgefangene. 1917. 144.

Postarbeiter sind keine gewerblichen Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung. 1921. 117.

Postauftragsverkehr. Einführung des Postauftragsdienstes in Deutschland. 1917. 442.

- Der deutsche Postauftragsdienst, seine Entwicklung und Bedeutung. 1915. 65. 107. 137.
- Der innere Postauftragsdienst des Auslandes. 1915. 141.
- Der zwischenstaatliche Postauftragsdienst. 1915. 137.
- Die wirtschaftliche Bedeutung des —. 1915. 146.
- Einführung und Weiterentwicklung des — im Reichspostgebiet. 1915. 70.
- Gebühren im —. 1915. 116.
- Postaufträge zu Bücherpostsendungen. 1915. 115.
- Postprotestaufträge. 1915. 107.
- Statistische Angaben über den — der Reichspostverwaltung. 1915. 118.
- Vorgeschichte des — im Bereiche der preussischen Postverwaltung. 1915. 67.

Postauskühler. Zur Frage, ob — im Zustelldienst als Beamte im Sinne des § 359 StGB anzusehen sind (Entsch. des RG). 1920. 123.

Postbahnhof. Förderanlagen für Briefbeutel auf dem — der Pennsylvaniabahn in New York. 1913. 346.

Postbauten. Der Bau von Fernämtern. 1924. 168.

- Der Bau von Fernsprech-Verstärkerämtern. 1924. 174.
- die neuzeitliche Entwicklung des Fernsprechämterbaus für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland. 1924. 161.
- Eigene Kraftwerke der Deutschen Reichspost. 1923. 44.
- Kraftwagenhallen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 253.
- Maschinenanlage und Schaltweise der Rohrpost in Berlin-Steglitz. 1916. 197.
- Postladeanlagen auf Bahnhöfen im Reichspostgebiet. 1916. 69. 101.
- Um- und Erweiterungsbau des Dienstgebäudes in der Oranienburger Straße (Haupt-Telegraphenamt, Paketpostamt) in Berlin. 1917. 404.

Postbeförderung. Beförderung von Paketen mit der Straßenbahn in Berlin. 1919. 113. 191.

- Der Brief und seine Beförderung im Altertum. 1921. 228.
- Die Anfänge Tagischer Posten. 1916. 298.
- Die Dragonerpost (Trabantenpost) Berlin-Osnabrück-Münster (-Wesel-Cleve) 1647 bis 1649. 1921. 320.
- Die Hamburger Straßenbahn im Dienste der Telegramm- und Eilbriefbeförderung. 1921. 101.
- Die Leipzig-Prager Post im Ersten Schlesischen Kriege. 1921. 515.
- Die Schiffsbriefe. 1916. 355.

Postbeförderung. Die schweizerischen bespannten Postfuhrwerke und ihr Bau zur Zeit des Kriegsausbruchs. 1920. 333.

- Ein Boteneid aus dem Jahre 1536. 1920. 307.
- Ein Fürstbischöflicher Postfuhrvertrag aus dem Jahre 1679. 1920. 329.
- Erleichterungen in den Postversendungsbedingungen. 1913. 33.
- Erleichterungen der Versendungsbedingungen im Postverkehr mit dem Auslande. 1913. 41.
- Förderanlage beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in Chemnitz. 1920. 176.
- Fördergurte, Rollbahnen und ähnliche Beförderungsmittel im Postbetriebe. 1919. 161.
- Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 249.
- Merkwürdige Briefe und Briefbeförderungen im Altertum. 1921. 280.
- *Neue Verkehrswege in Afrika. 1921. 288.
- Postbeförderungsvertrag zwischen der Reichspostverwaltung und den Berliner Straßenbahn-Gesellschaften. 1919. 192.
- Postkurse im 16. Jahrhundert. 1922. 19.
- Postkurswesen in Persien. 1913. 161.
- Postkurswesen in Persien im Jahre 1918/1919. 1921. 318.
- Postladeanlagen auf Bahnhöfen im Reichspostgebiet. 1916. 69. 101.
- *Rücktritt der American Line vom Vertrag mit der amerikanischen Postverwaltung. 1921. 236.
- *Schwimmende Postboten. 1920. 422.
- Vereinfachungen im inneren Betriebsdienst (Abfertigungsdienst). 1913. 74.
- von Postsachen mit den Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 258.
- von Reisenden im Kraftwagenverkehr des Oberpostdirektionsbezirks Cassel. 1916. 257.
- *Vorrichtung zum Aus- und Einladen der Post vom fahrenden Zuge aus in Amerika. 1915. 246.
- Zur Geschichte der Poststrecke Rheinau-Brüssel. 1921. 289.

Postbetrieb. Das Postvorschußwesen in Preußen und im Reichspostgebiete, der Vorläufer des Postnachnahmewesens. 1913. 16.

- Erleichterungen im Verkehr mit den Schutzgebieten und den deutschen Postanstalten im Auslande sowie mit den im Auslande stationierten deutschen Kriegsschiffen. 1913. 40.
- Ermäßigungen der Taxen und Gebühren, Erleichterungen in den Versendungsbedingungen und in den sonstigen Bedingungen für die Benutzung der Posteinrichtungen im inneren Verkehr. 1913. 33.
- Ermäßigungen der Taxen und Gebühren sowie Erleichterungen der Versendungsbedingungen im Postverkehr mit dem Auslande. 1913. 41.
- Mechanische und maschinelle Hilfsmittel im —. 1913. 82.
- Postbetriebsdienst und Tarife in Persien. 1913. 159.
- Sparfame Wärmewirtschaft im —. 1922. 33.
- Verbesserungen im deutschen Wechselverkehr. 1913. 39.
- Vereinfachungen im inneren Betriebs- und Verwaltungsdienst. 1913. 74.

Postboten. Tagegelde der — bei den Beratungen des Haushalts 1914 im Reichstage. 1914. 217. 222.

Postbriefkasten. Ein Beitrag zur Geschichte des —. 1914. 341.

Postdampferlinien. Verkehr auf den subventionierten Reichs-Postdampferlinien im Jahre 1911. **1913.** 544.
Posteinlieferungsschein. Aushändigung eines — über eingezahltes Geld vor vollendeter Prüfung des Geldbetrags. Gegenbeweis gegen — (Urteil des LG Chemnitz). **1923.** 448.

Postherolungsheim. Das — Schloß Nordkirchen. **1922.** 290.

— Einrichtung des — Schloß Nordkirchen. **1922.** 292.

Postfrachtsäckverkehr s. Paket- und Postpaketverkehr.

Postgebäude, Fernsprech- und Telegraphengebäude.

— Das jetzige Hauptpostgrundstück in Königsberg (Pr.), Poststraße Nr. 14 und 15. **1920.** 369.

— Das neue Hauptpostgebäude in Kopenhagen. **1914.** 137.

— Das neue Haupt-Telegraphenamt in Berlin. **1917.** 491. **1918.** 297. 337. 381.

— Das neue Postgebäude am Hauptbahnhof in Dortmund. **1914.** 1.

— Das neue Postgebäude in Warschau. **1917.** 281.

— Das Postzeitungsamt. **1913.** 165.

— Der Bau von Fernsprech-Verstärkerämtern. **1924.** 174.

— Die älteren Posthäuser in Königsberg (Pr.). **1920.** 361.

— Die — in Lübeck. **1915.** 378.

— Dienstgebäude für den Post- und Telegraphendienst in Belgien in der Zeit der deutschen Besetzung. **1918.** 183.

— Neuzeitliche Entwicklung des Fernsprechämterbaus für den Orts- und Fernverkehr in Deutschland. **1924.** 161.

— Postdienstgebäude in Warschau während der deutschen Besetzung. **1919.** 8. 20.

— Um- und Erweiterungsbau des Dienstgebäudes in der Oranienburger Straße (Haupt-Telegraphenamt, Paketpostamt) in Berlin. **1917.** 404.

— Zur Geschichte der Hauptpostgrundstücke in Königsberg (Pr.). **1920.** 361.

Postgesetz. Reichsgerichtsentscheidung über die Einheitlichkeit des Beförderungswillens. **1915.** 155.

— Ursprung der Bestimmungen über das Verwaltungsstrafverfahren bei Vergehen gegen das —. **1923.** 33.

Postgeschichte. Altwestfälische Brieffsammlungen (1470 bis 1691). **1921.** 189.

— Aus der Geschichte der ägyptischen Post. **1920.** 49.

— Aus der Geschichte der Breslauer Posteinrichtungen. **1914.** 271.

— Aus der — des schweizerischen Postwesens. **1919.** 437.

— Aus der — Kanadas. **1919.** 376.

— Begriff der Post in den Urkunden bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. **1923.** 379.

— Begriff der Post in der ausländischen Literatur. **1923.** 406.

— Begriff der Post in der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts. **1923.** 392.

— Begriff der Post in der deutschen Literatur seit 1900. **1923.** 401.

— Begriff der Post in der Literatur des 17. Jahrhunderts. **1923.** 382.

— Begriff der Post in der Literatur des 18. Jahrhunderts. **1923.** 385.

— Beitrag zur Geschichte der fahrenden Posten in Österreich. **1913.** 281.

— Beiträge zur — Tübingens. **1922.** 46.

Postgeschichte. Beziehungen des Hauses Thurn und Taxis zu Napoleon im Jahre 1804. **1920.** 6.

— Das Lübecker Stadtpostamt unter freistädtischer Verwaltung und sein Übergang an das Reich. **1915.** 370.

— Das Postwesen in Persien. **1913.** 97. 156.

— Das Postwesen Preußens im Vergleich zu dem der Niederlande, Englands, Frankreichs und der Schweiz im Jahre 1828. **1917.** 155.

— Das Taxische Postamt in Lübeck zu Anfang des 19. Jahrhunderts. **1915.** 201.

— Denkschrift aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Postcheckverkehrs von 1909 bis 1919. **1919.** 389.

— Der Brief und seine Beförderung im Altertum. **1921.** 228.

— Der nächtliche Postdienst am Kölner Friedhofe 1691 bis 1721. **1918.** 490.

— Der Postdienst in Münster während der Westfälischen Friedensstagung (1641 bis 1649). **1919.** 144.

— Der Postvertrag Kurbrandenburgs mit der Schweiz vom Jahre 1695. **1917.** 203.

— Der preußisch-amerikanische Postvertrag von 1852. **1920.** 281.

— Der Zusammenhang des ersten deutschen Zeitungswesens mit der Post. **1922.** 260.

— Die ältesten westfälischen Briefe aus dem 9. bis 15. Jahrhundert. **1920.** 325.

— Die älteste postalische Urkunde in Schweden. **1924.** 146.

— Die Anfänge der Telegraphie, der Post und der Zeitung im Altertum. **1915.** 225.

— Die Anfänge Taxischer Posten. **1916.** 298.

— Die Dragonerpost (Trabantenpost) Berlin-Osnabrück-Münster(-Wesel-Eleve) 1647 bis 1649. **1921.** 320.

— Die ersten Posttarife im Königreiche Württemberg vom Jahre 1814. **1914.** 113.

— Die erste Post in Deutschland Münster (Westf.)-Worms. **1917.** 484.

— Die erste schwedische Post vor 300 Jahren. **1920.** 377.

— Die Leipzig-Prager Post im Ersten Schlesischen Kriege. **1921.** 515.

— Die Post in alter und neuer Zeit. **1924.** 141.

— Die Post in der Rheinpfalz seit 1900. **1924.** 184.

— Die Postmeisterfamilie Somigliano. Ein Beitrag zur — Hamburgs und Nürnbergs. **1922.** 217.

— Die preußischen Schnellposten. **1919.** 448.

— Die Reichspost beim Einbruch der Franzosen in das Reich. 1792 bis 1793. **1913.** 1. 43. 85.

— Die Ruhmerschen Hochfrequenzapparate für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im Reichspostmuseum in Berlin. **1924.** 123.

— Die Sammlungen des Reichspostmuseums. **1922.** 111.

— Die Schiffsbriefe. **1916.** 355.

— Die Taxis in Jüssen. (Beitrag zur — aus dem 16. Jahrhundert). **1922.** 13.

— Ein Beitrag zur Geschichte des Postbriefkastens. **1914.** 341.

— Ein Boteneid aus dem Jahre 1536. **1920.** 307.

— Eine dänische Postordnung aus dem 17. Jahrhundert. **1920.** 65.

— Eine Kaiserurkunde aus dem Jahre 1714. (Bestallung eines Postmeisters zum Kaiserlichen Rath). **1921.** 322.

- Postgeschichte.** Ein Fürstbischöflicher Postfuhrvertrag aus dem Jahre 1679. 1920. 329.
- Ein Gedenktag der deutschen Post. 1920. 201.
 - Ein Jahr deutsche Post in Polen. 1916. 365.
 - Entstehungszeit der Post in Deutschland und einigen europäischen Ländern. 1923. 413.
 - Entwicklung des Baues der Bahnpostwagen bei der preussischen und der Reichspostverwaltung. 1917. 89.
 - Erinnerungsblätter aus dem Betriebe der Post in Ostpreußens schweren Tagen. 1917. 369.
 - Feldposten bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. 1917. 188.
 - 50 Jahre des Archivs für Post und Telegraphie. 1922. 393.
 - Fünfzig Jahre Reichspost und Reichstelegraphie. 1921. 49.
 - Fürstbischöflich Münsterische Personenposten. 1923. 345.
 - Fürstbischöflich Münsterische »Post-Wagen-Ordnung« aus dem Jahre 1679. 1914. 512.
 - General-Postmeister von Nagler und seine Stellung zu den Eisenbahnen. 1916. 223. 1917. 169.
 - Geschichte der deutschen Feldpost im Kriege 1914/18. 1922. 1.
 - Geschichte des Begriffs und Begriff der Post nebst einem Anhang über die Entstehungszeit der Post. 1923. 377.
 - Geschichte des Kabinettspostamts in Berlin. 1920. 20.
 - Geschichtliche Entwicklung des Kraftwagenbetriebs der Reichspostverwaltung. 1922. 173.
 - Hundert Jahre Postzeitungsamt in Berlin. 1922. 11.
 - *Institut für Zeitungskunde an der Universität in Köln. 1922. 135.
 - Kartierung bei der sächsischen Post im 18. Jahrhundert. 1922. 31.
 - Königsberger Hofpostmeister. 1921. 329.
 - Literaturverzeichnis zur deutschen —. 1913. 407.
 - Lose Blätter aus der Geschichte des sächsischen Postwesens im 18. Jahrhundert. 1917. 23. 65.
 - Lübecker Postverhältnisse im 18. Jahrhundert. 1915. 193.
 - Lübecker Postverhältnisse um die Wende des 17. Jahrhunderts. 1915. 1.
 - Lübeck-Laxische Poststreitigkeiten. 1914. 405.
 - Merkwürdige Briefe und Briefbeförderungen im Altertum. 1921. 280.
 - Mittelalterliche städtische Telegraphie. 1920. 110.
 - Münsterische Botenanstalten im 16. und 17. Jahrhundert. 1918. 469.
 - Nachrichtenbeförderung durch Briestauben in alter und neuer Zeit. 1918. 28.
 - Nächtllicher Überfall auf die Thurn- und Taxische Reitpost Wesel-Münster im Jahre 1657. 1920. 413.
 - Neuordnung des Postvertragsverhältnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. 1917. 41.
 - Nochmals die erste Post in Deutschland. 1918. 194.
 - Postgerechtsame des Hauses Carvajal im spanischen Amerika (1514 bis 1769). 1919. 183.
 - *Postmeilenäulen. 1923. 300.
 - Postmeister von den Birghden. Ein Lebensbild aus dem Dreißigjährigen Kriege. 1918. 9.
 - Post und Telegraphie in den deutschen Schutzgebieten und bei den deutschen Verkehrsanstalten im Ausland in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 377. 451.

- Postgeschichte.** Postverträge zwischen Lübeck und Lax im 19. Jahrhundert und der Übergang des Laxischen Postamts an die Lübecker Stadtpostverwaltung. 1913. 334.
- Preußen und der österreichisch-italienische Postverein vom Jahre 1850. 1917. 389.
 - Regensburger Handels- und Nachrichtenverkehr i Ausgang des Mittelalters. 1923. 467.
 - Stephens Geschichte der preussischen Post und d Problem der Gesetzmäßigkeit des geschichtlichen Verlaufes. 1913. 417.
 - Übersiedelung des General-Postamtspräsidenten v. Seegebarth nach Ostpreußen 1806 bis 1809. 1922. 438.
 - Urkunden über die preussische Lehnspost 1700 bis 1711. 1920. 266.
 - Ursprung der Bestimmungen über das Verwaltungstraßverfahren bei Vergehen gegen das Postgesetz. 1923. 33.
 - Verhältnis der Lübecker Stadtpostverwaltung zu den Nachbarstaaten während des 19. Jahrhunderts. 1915. 344.
 - Vierzig Jahre Fernsprecher. Stephan, Siemens, Rathenau. 1919. 72.
 - Von der Post zur Eisenbahn. 1914. 389.
 - Vorgeschichte der Feldpost. 1915. 322.
 - Vorgeschichte des Postauftragsverkehrs im Bereich der preussischen Postverwaltung. 1915. 67.
 - Vorgeschichte des Posterholungsheims Schloß Norfkirchen. 1922. 290.
 - Vorgeschichte und Gründung des Welttelegraphenvereins. 1916. 413.
 - Werner v. Siemens, ein Blick auf sein Leben und Wirken. 1917. 165.
 - Wie Papst Pius VI. im Jahre 1782 durch Bayern reiste. 1921. 141.
 - Württemberg und die Laxische Post, ein Beitrag zur Geschichte der Laxischen Post in Deutschland. 1915. 97.
 - Zum 50jährigen Bestehen des Weltpostvereins. 1922. 81.
 - Zur Geschichte der Hauptpostgrundstücke in Königsberg (Pr.). 1920. 361.
 - Zur Geschichte der Poststrecke Rheinhafen-Brüssel. 1921. 289.
 - Zur Geschichte des Briefeschießens. 1920. 28. 11.
- Postgrundstücke.** Zur Geschichte der Hauptpostgrundstücke in Königsberg (Pr.). 1920. 361.
- Posthäuser** s. unter Postgebäude.
- Posthaushalt.** Wirkungen der Vereinfachung und Billigung von Verwaltung und Betrieb auf den —. 1922. 163.
- Postkillionen.** Verhältnisse der sächsischen — im 18. Jahrhundert und Klagen gegen ihr Verhalten. 1917. 2.
- Postkarte** (s. auch Korrespondenzkarte). Bedenken gegen die Einführung der —. 1920. 203.
- Der Erfinder der —. Denkschrift von Stephan. 1922. 204.
 - Einführung der — in den fremden Ländern. 1922. 201.
 - Fünfzig Jahre des Bestehens der —. 1920. 20.
- Postkraftwagen** (s. a. Kraftwagen). Die Hauptwerkstätte für — in Berlin-Vorsigwalde. 1920. 1.
- Postkrankenstellen** s. a. Krankenstellen.
- Änderungen der Satzungen der — infolge Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung. 1914. 63.

Postkrankenkassen bei den Beratungen des Haushalts 1914 im Reichstage. 1914. 261. 266.
 — Beiträge und ihre Berechnung nach Grundlöhnen. 1919. 203.
 — Beiträge zu den —. 1914. 633.
 — Beziehungen der — zur Unfallversicherung. 1918. 318.
 — Einnahmen und Ausgaben der —. 1919. 206. 207.
 — Entschädigung nach der Entlassung des Verletzten aus der Heilanstalt. 1918. 325.
 — Entwicklung der — vor und in dem Kriege. 1919. 201.
 — Heilanstaltspflege der —. 1918. 324.
 — Heilverfahren auf Reichskosten vor Ablauf der Wartezeit. 1918. 326.
 — Kassenleistungen der —. 1919. 204.
 — Krankenbehandlung und Rente statt Heilanstaltspflege. 1918. 325.
 — Krankenkassen für untere Beamte. 1919. 33.
 — Lehrlingsbegriff und Krankenversicherungspflicht der Anwärterinnen (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1918. 495.
 — Leistungen der —. 1914. 632.
 — Leistungen der — in der Wartezeit. 1918. 320.
 — Leistungen und Ersatzansprüche der — nach Ablauf der Wartezeit. 1918. 322.
 — Mitglieder der — und Versicherungspflicht. 1919. 202.
 — Nachträgliche Erhöhung der Rente. 1918. 327.
 — Versicherungsberechtigung der —. 1914. 631.
 — Versicherungspflicht der —. 1914. 630.
 — Verwaltung der —. 1914. 634.
 — Wiederaufnahme des Heilverfahrens. 1918. 327.

Postkreditbriefe. Der Postkreditbriefverkehr bei der Deutschen Reichspost. 1917. 461.
 — Einrichtung der —. 1919. 403.

Postkurse. Beitrag zur Geschichte der fahrenden Posten in Österreich. 1913. 281.

Postladeanlagen auf Bahnhöfen im Reichspostgebiet. 1916. 69. 101.
 — Form der Ladegleise und Bahnsteige für —. 1916. 112.
 — Geländebedarf bei verschiedenen Betriebsarten auf den Postverladestellen. 1916. 106.
 — Gestaltung der Packkammern bei —. 1916. 118.
 — Lage der Ladegleise und Bahnsteige zu den Packkammern. 1916. 116.
 — Lage der Postverladestellen zu den Bahnhöfen; Anschluß an das allgemeine Eisenbahnnetz. 1916. 121.
 — Schiebebühnen, Drehscheiben- und Weichenbetrieb bei —. 1916. 102.
 — Zusammenfassung und Trennung des Abgangs- und Ankunftsverkehrs in den Packkammern der —. 1916. 117.

Postmeilensäulen. 1923. *300.

Postmeister. Besoldungen der — um 1700. 1921. 334.
 — Die — von Königsberg (Pr.). 1921. 336.

Postmuseum. Das — des Reichspostministeriums in Berlin. 1914. 15.
 — Neuerwerbungen des —. 1914. 451.

Postnachnahmeverkehr. Das Postvorschußwesen in Preußen und im Reichspostgebiete, der Vorläufer des Postnachnahmewesens. 1913. 16.
 — Der deutsche —, seine Entwicklung und seine wirtschaftliche Bedeutung. 1913. 261. 300.

Postnachnahmeverkehr. Der innere Nachnahmeverkehr des Auslandes und der internationale Nachnahmeverkehr. 1913. 300.
 — Die Entwicklung des deutschen Postnachnahmewesens. 1913. 262.
 — Die wirtschaftliche Bedeutung des deutschen —. 1913. 309.
 — Einführung des Postnachnahmedienstes in Deutschland. 1917. 442.
 — im besetzten Belgien bis Oktober 1915. 1916. 49.
 — Kammergerichtserkenntnis über die Haftung der Post bei postordnungswidriger Einziehung von Nachnahmebeträgen. 1921. 283.

Postordnung. Eine dänische — aus dem 17. Jahrhundert. 1920. 65.
 — von Kurachsen im 18. Jahrhundert. 1917. 23.

Postpäckereiverkehr. *Die amerikanischen Expressgesellschaften unter dem Einflusse der Paketbeförderung durch die Postverwaltung. 1915. 94.

Postpaketverkehr s. a. Paketverkehr.
 — Einführung des Postpaketdienstes in den Vereinigten Staaten von Amerika und andere Neuerungen. 1913. 53.

Postrecht. Änderung des deutschen Postscheckgesetzes. 1918. 402.
 — Ausständigung eines Posteinlieferungsscheins über eingezahltes Geld vor vollendeter Prüfung des Geldbetrags. Gegenbeweis gegen Posteinlieferungsscheine (Urteil des LG Chemnitz). 1923. 448.
 — Auszahlung eines Scheckbetrags an einen Betrüger, dem der Aussteller des Schecks das Geld vor Feststellung des Betrugs übersandte (Urteil des LG Chemnitz). 1923. 447.
 — Begriff »Höhere Gewalt«. Haftpflicht der Post für unabwendbare Folgen eines Naturereignisses (Entsch. des RG). 1918. 495.
 — Das Reichspostfinanzgesetz (endgültige Fassung). 1924. 41.
 — Die der Post nach §§ 1, 1a PG vorbehaltene Beförderungstätigkeit umfaßt die gesamte Beförderungstätigkeit in einheitlichem Zusammenhang (Urteil des OLG Stettin). 1924. 77.
 — Die Post haftet für Postsendungen selbst bei Dienstpflichtverletzungen ihrer Beamten in keinem Falle über die Bestimmungen der §§ 6 bis 12 PG hinaus (Entsch. des RG). 1924. 76.
 — Die Post ist kein Gewerbebetrieb. Ihre Arbeiter sind nicht als gewerbliche Arbeiter anzusehen. 1921. 117.
 — Eine Einteilung der Postzustellbezirke ist eine der Nachprüfung der Gerichte nicht unterliegende Verwaltungssache. Eine Zustellpflicht für Pakete von mehr als 5 kg Gewicht nach dem Landzustellbezirke besteht nicht (Entsch. des RG). 1918. 293.
 — Feldpostfreiheit und gewerbliche Interessen des Absenders (Urteil des bayer. Obersten Landesgerichts). 1919. 158.
 — Haftung der Post bei postordnungswidriger Einziehung von Nachnahmebeträgen (Ein Kammergerichtserkenntnis). 1921. 283.
 — Haftung der Post im Postscheckverkehr. 1919. 94.
 — Haftung der Post im Postscheckverkehr (Entsch. des RG). 1922. 227.

- Postrecht.** Inwieweit kann der Empfänger einer Postanweisung oder eines Postschecks, deren Betrag trotz Mangels an Deckung ausgezahlt wurde, der Post gegenüber einwenden, daß der Betrag der Anweisung oder des Schecks zur Tilgung einer Forderung des Empfängers gegen den Absender diene? (Urteile des OLG München und des LG Elberfeld). 1923. 442.
- Keine Ersatzpflicht der Post für ein beschädigtes Wertpaket, wenn die Beschädigung durch mangelhafte Verpackung verursacht ist (PG § 6 Abs. 3 unter a) (Urteile des AG und LG Karlsruhe). 1924. 138.
 - Keine Ersatzpflicht der Postverwaltung bei Ausbündigung eines gewöhnlichen Pakets an den erwachsenen Sohn des Pförtners (PD § 38 V) (Urteil des AG Stettin). 1923. 135.
 - Keine Schadenersatzpflicht der Deutschen Reichspost bei postordnungsmäßiger Auslieferung eines für einen Abholer bestimmten Pakets an einen Betrüger (§§ 48, 49 PG; 42 PD) (Urteil des AG Minden). 1924. 137.
 - Keine Schadenersatzpflicht der Postverwaltung bei Verräubung eines Pakets mit Gegenständen, die von der Postbeförderung ausgeschlossen sind (§ 6 PG, § 4 PD) (Urteil des LG Stettin). 1923. 451.
 - Lehnt die Postverwaltung Ersatz für die Beschädigung eines Pakets wegen Fahrlässigkeit des Absenders ab, so hat sie die Fahrlässigkeit zu beweisen (Urteil des LG Hamburg). 1923. 61.
 - Postrechtliche Nebenbestimmungen in Staatsverträgen mit dem Auslande. 1918. 184.
 - Rechtliche Natur der Zollordnungen, insbesondere der Postzollordnung. 1923. 335.
 - Schadenersatzpflicht der Deutschen Reichspost, wenn vom Inhalt einer beschädigten Sendung während dessen Feststellung am Bestimmungsort in Gegenwart eines Beauftragten des Empfängers etwas abhanden kommt (PD § 35 II, III) (Urteil des OLG Stuttgart). 1924. 137.
 - Unbefugte Anwendung des Vermerks »Feldpostbrief« als Urkundenfälschung und Betrug? (Entsch. des RG). 1918. 197. 199.
 - Urteil des Landgerichts Hamburg über die Haftung der Post für Geldpakete. 1922. 197.
 - Verpflichtung des Absenders auf nachträgliche Zahlung eines laut Posteinlieferungsbescheinigung zu wenig eingezahlten Zahlartenbetrags (§ 812 BGB) (Urteil des LG Essen). 1923. 450.
 - Versicherung des Reichs gegen Schaden aller Art. 1923. 427.
 - Zum Reichspostfinanzgesetz (Entwurf). 1924. 16.
 - Zur Haftung der Post für Sendungen mit leicht entzündlichem Inhalt. 1924. 186.

Postregal. Auseinandersetzung zwischen Post und Eisenbahn beim Bau der ersten Eisenbahn in Preußen. 1914. 396.

Postreflake. Ausgestaltung der —. 1922. 404.

- Benutzbarkeit der Posteinrichtungen zur —. 1922. 399.
- Entstehung, Aufgaben und Ziele der —. 1922. 394.
- Grundsätzliche Gesichtspunkte, die bei der — zu berücksichtigen sind. 1922. 395.

Postscheckgesetz. Änderung des deutschen Postscheckgesetzes. 1918. 402.

- Begründung des Entwurfs zum — vom 1. Juli 1914. 1914. 280.

Postscheckgesetz. Das — vom 1. Juli 1914. 1914. 277.

- Endgültiger Wortlaut des — vom 1. Juli 1914. 1914. 299.
- Entwurf zum — vom 6. November 1912. 1914. 278.
- Postscheckverkehr.** Änderungen im — der Niederlande. 1918. 452.
- Änderungen der für den — des Reichs-Postgebiets erlassenen Bestimmungen im Jahre 1912. 1913. 460.
- Auszahlung eines Postscheckbetrags trotz Mangels an Deckung (Urteile des OLG München und des LG Elberfeld). 1923. 442.
- Auszahlung eines Scheckbetrags an einen Betrüger vor Feststellung des Betrugs (Urteil des LG Chemnitz). 1923. 447.
- Bargeldlose Zahlung und Erfüllung. 1918. 451.
- Begleichung der Zeitungsbezugsgelder im Wege der Abschreibung vom Postscheckkonto der Bezieher. 1918. 432.
- Begleichung von Zahlungen durch den —. 1919. 401. 402.
- Begründung zur Änderung des deutschen Postscheckgesetzes. 1918. 403.
- Betrieb bei den Postscheckämtern. 1917. 469.
- Das Reichsgericht zur Haftung der Post im —. 1922. 227.
- Denkschrift aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des — 1909 bis 1919. 1919. 389.
- Der — und die Banken. 1916. 1.
- Die Postscheckämter im Deutschen Reich. 1917. 468.
- Einführung des — in Belgien. 1913. 380.
- Einführung des — in den Niederlanden. 1918. 161.
- Einrichtung der Postkreditbriefe. 1919. 403.
- Einrichtung des —. 1919. 399.
- Entwicklung des —. 1917. 464.
- Entwicklung des — in den Niederlanden in den Jahren 1918 und 1919. 1921. 300.
- Entwicklung des — in Polen unter deutscher Verwaltung. 1919. 3. 17.
- Ergebnis des deutschen — im Kalenderjahr 1912. Reichspostgebiet. 1913. 449.
- — Desgl. im Kalenderjahr 1913. 1914. 469.
- — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915. 1916. 325.
- — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 325.
- — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 421.
- — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 405.
- — Desgl. im Jahre 1919. 1921. 150.
- — Desgl. in den Jahren 1920 und 1921. 1922. 229.
- Ergebnisse des — im Reichspostgebiet in den ersten zehn Jahren 1909 bis 1918. 1918. 418. 434.
- Ergebnis des deutschen — im Kalenderjahr 1912. (Bayern.) 1913. 461.
- — Desgl. im Kalenderjahr 1913. 1914. 481.
- — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915. 1916. 341.
- — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 337.
- — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 432.
- — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 422.
- — Desgl. im Jahre 1919. 1921. 164.
- Ergebnis des deutschen — im Kalenderjahr 1912. (Württemberg). 1913. 471.
- — Desgl. im Kalenderjahr 1913. 1914. 485.
- — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915. 1916. 348.

Postcheckverkehr. Ergebnis des deutschen — im Jahre 1916. **1917.** 344.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 439.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 429.

— — Desgl. im Jahre 1919. **1921.** 171.

— Ergebnisse des österreichischen Postcheckverkehrs im Jahre 1914. **1916.** 30.

— Ergebnisse des österreichischen und ungarischen Post-Spar- und Scheckverkehrs sowie des schweizerischen Postcheckverkehrs im Kalenderjahr 1913. **1914.** 589.

— Ergebnisse des schweizerischen — im Jahre 1913. **1914.** 319.

— — Desgl. im Jahre 1914. **1915.** 275.

— — Desgl. im Jahre 1915. **1916.** 245.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1917.** 319.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 363.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 310.

— — Desgl. im Jahre 1919. **1920.** 389.

— — Desgl. im Jahre 1920. **1921.** 313.

— — Desgl. im Jahre 1921. **1922.** 332.

— Ergebnisse des Scheckverkehrs des Postsparkassenamts in Wien im Jahre 1915. **1917.** 173.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 191.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 60.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1920.** 114.

— — Desgl. im Jahre 1919. **1921.** 210.

— — Desgl. im Jahre 1920. **1922.** 244.

— — Desgl. im Jahre 1921. **1923.** 359.

— Erlaß des Reichskanzlers vom 10. 5. 1910 über die Verwendung und Anlegung der bei den Postcheckämtern des Reichspostgebiets aufkommenden Gelder. **1919.** 404.

— Finanzielles Ergebnis des — in der Schweiz in den Jahren 1906 bis 1910. **1914.** 330.

— Gebühren im —. **1917.** 454.

— Gehören die Postcheckämter zu den reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben? (Entsch. des RG.) **1919.** 313.

— Geschichtliches über den —; Denkschriften von 1899 und 1908. **1919.** 391. 392.

— Gesekentwurf über die Einführung des Postcheck- und Girodienstes in den Niederlanden. **1915.** 283.

— Gesetz über Post-, Postcheck- und Telegraphengebühren vom 17. August 1923. **1924.** 3.

— Guthaben der Postcheckkunden. **1917.** 447.

— Haftung aus verfälschten Schecken. (Entsch. d. RG.) **1918.** 328.

— Haftung der Post im —. **1919.** 94.

— Hausrohrpostanlagen bei den Postcheckämtern. **1918.** 81. 133.

— Hausrohrpost in den Postcheckämtern in Köln, Berlin und Breslau. **1918.** 133. 134. 145.

— Herabsetzung der Stammeinlage im —. **1917.** 317.

— in Belgien während der deutschen Besetzung. **1918.** 224. 227. 231.

— Internationaler Überweisungsverkehr der Schweiz im Kalenderjahr 1913. **1914.** 595.

— — Desgl. im Jahre 1914. **1915.** 278.

— Internationaler Überweisungsverkehr Österreichs im Kalenderjahr 1913. **1914.** 591.

— Internationaler Überweisungsverkehr Ungarns im Kalenderjahr 1913. **1914.** 593.

— Nimm Dir ein Postcheckkonto! Vortrag mit Lichtbildern vom Geh. Ober-Postrat Grosse. **1917.** 441.

— Postcheckgesetz von 1914. **1919.** 395.

Postcheckverkehr. Postcheckordnung vom 6. November 1908. **1919.** 393.

— Postcheck- und Reichsbankverkehr. **1919.** 400.

— Rechnungsprüfung bei den Postcheckämtern. **1917.** 480.

— Rechtsprechung und Schrifttum. **1919.** 398.

— Stellungnahme der Reichsbank zum —. **1916.** 6.

— Überweisungsverkehr der Schweiz mit dem Ausland im Jahre 1915. **1916.** 248.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1917.** 321.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 365.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 313.

— — Desgl. im Jahre 1919. **1920.** 392.

— Verfahren bei Benutzung des —. **1917.** 449.

— Verkehr mit dem Ausland. **1919.** 402.

— Verordnung über Post-, Postcheck-, Telegraphen und Fernspreckgebühren vom 22. November 1923. **1924.** 4.

— Verpflichtung des Absenders auf nachträgliche Zahlung eines laut Posteinlieferungsbescheinigung zu wenig eingezahlten Zahlartenbetrags (§ 812 BGB) (Urteil des LG Essen). **1923.** 450.

— Werbetätigkeit für die Einführung des —. **1919.** 403.

— zwischen dem Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg im Jahre 1919. **1921.** 174.

Postcheckwesen. Das Postcheckgesetz vom 1. Juli 1914. **1914.** 277.

— Erlaß des Reichskanzlers vom 10. Mai 1910 über die Verwendung und Anlegung der bei den Postcheckämtern des Reichspostgebiets aufkommenden Gelder. **1914.** 290.

Postsparkassen s. a. unter Sparkassen.

— Das Postsparkassenamt in Wien im Jahre 1915. **1917.** 173.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 191.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 60.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1920.** 113.

— — Desgl. im Jahre 1919. **1921.** 210.

— — Desgl. im Jahre 1920. **1922.** 244.

— — Desgl. im Jahre 1921. **1923.** 358.

— Die Entwicklung der —. **1914.** 309.

— Die Reichspostsparkbank in Amsterdam im Jahre 1913. **1915.** 178.

— — Desgl. im Jahre 1914. **1916.** 97.

— — Desgl. im Jahre 1915. **1917.** 39.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 165.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 156.

— Die schwedische — im Jahre 1913. **1915.** 47.

— — Desgl. im Jahre 1914. **1916.** 95.

— Entwicklung der — in den Vereinigten Staaten von Amerika im Rechnungsjahr 1913/14. **1915.** 134.

— Entwicklung der wichtigeren europäischen — in den Jahren 1901, 1906 und 1910. **1914.** 314.

— Entwurf eines schweizerischen Postsparkassengesetzes. **1915.** 236.

— Ergebnisse des österreichischen und ungarischen Post-Spar- und Scheckverkehrs im Kalenderjahr 1912. **1913.** 694.

— Ergebnisse des österreichischen und ungarischen Post-Spar- und Scheckverkehrs sowie des schweizerischen Postcheckverkehrs im Kalenderjahr 1913. **1914.** 589.

— Internationaler Postsparkassenverkehr im Jahre 1910. **1914.** 311.

Postsparkassen. Postsparkassendienst in Belgien während der deutschen Besetzung. 1918. 225. 232.

— Postsparkassenverkehr in Österreich im Jahre 1914. 1916. 29.

— Zur Frage der —. 1923. 28.

Posttarife. Die ersten — im Königreiche Württemberg vom Jahre 1814. 1914. 113.

Post- und Telegraphengehilfinnen, s. weibliche Beamte.

Postverbindungen. Von Lübeck abgehende Posten im 19. Jahrhundert. 1915. 372.

Postverein. Der Deutsch-Österreichische —. 1917. 41.

— Preußen und der Österreichisch-Italienische — vom Jahre 1850. 1917. 389.

Postverkehr. Das Landstraßenwesen im Königreich Sachsen bis um das Jahr 1800, auch in seiner Bedeutung für den —. 1913. 385. 425.

— Der — im 17. Jahrhundert im Königreich Sachsen. 1913. 399.

— Neuerungen im Postdienst der Vereinigten Staaten von Amerika. 1913. 53.

Postverladestelle. Die — in Köln-Deutz. 1914. 301.

Post-Versicherungskommission. Beziehungen der — zur Postkrankenkasse. 1918. 318.

Postverträge s. a. Weltpostvertrag.

— Die — zwischen Lübeck und Laxis im 19. Jahrhundert. 1915. 334.

Postvertrauensärzte. Verpflichtung der — zur Behandlung der Mitglieder der Krankenkassen für untere Beamte. 1919. 33. 35.

Postvollmachten. Reichsgerichtsentscheidung, betreffend die Stempelpflichtigkeit von —. 1913. 192.

Postvorschußwesen. Das — als Postbetriebszweig der preußischen und der Reichs-Postverwaltung von 1852 bis 1878. 1913. 20.

— Das — in Preußen als Privatbetätigung der Postbeamten (erste Hälfte des 18. Jahrhunderts bis 1852). 1913. 16.

— Das — in Preußen und im Reichs-Postgebiete, der Vorläufer des Postnachnahmewesens. 1913. 16.

Postwagen. Die schweizerischen bespannten Postfuhrwerke und ihr Bau zur Zeit des Kriegsausbruchs. 1920. 333.

— *Gepanzerte — in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1923. 57.

— Straßenbahn — in Stuttgart. 1924. 149.

Postwagenbau. Beschreibung der Postkraftwagen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 250.

Post-Wagen-Ordnung. Fürstbischöflich Münsterische — aus dem Jahre 1679. 1914. 512.

Postwertzeichen. Ägyptische Briefmarken. 1920. 51.

— der Deutschen Post in Polen. 1919. 6.

— Deutsche — während der Besetzung in Rußland. 1916. 370. 380.

— Die bedeutendste Bäckerei für Briefmarkenkunde. 1913. 277.

— Die — der Freistadt Lübeck. 1915. 376.

— Die — in Belgien unter deutscher Verwaltung bis Oktober 1915. 1916. 35. 39.

— Gestaltung der — während der ersten 25 Regierungsjahre unseres Kaisers. 1913. 554.

— Herstellung und Vertrieb der — während der Zeit der großen Geldentwertung. 1924. 100.

— in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1915. 134.

— Neue — in der Schweiz. 1915. 271.

— Seltene Stücke der Briefmarkensammlung des Postmuseums in Stockholm. 1924. 147.

Postwertzeichensammlung des Reichspostmuseums. 1922. 124.

Postwesen. Abwicklung des Postverkehrs in Warschau. 1917. 290.

— Anfänge der Post im Altertum. 1915. 229.

— Aufgaben und Dienstbetrieb des Rabinettspostamts in Berlin. 1920. 25.

— Aufhebung der Gebührenfreiheiten im Postverkehr. 1920. 207.

— Aus der Geschichte der ägyptischen Post. 1920. 4.

— Aus der Geschichte des schweizerischen —. 1919. 437.

— Aus der Postgeschichte Kanadas. 1919. 376.

— Barfreimachung und Verrechnung von Paketgebühren durch Registriertassen. 1923. 226.

— Beförderung von Paketen mit der Straßenbahn in Berlin. 1919. 113. 191.

— Beiträge zur Postgeschichte Tübingens. 1922. 46.

— Beschränkungen des deutschen Postverkehrs in der Zeit von 1914 bis einschließlich 1918. 1920. 161.

— *Beziehungen zwischen der Post und den Eisenbahnen in Frankreich. 1919. 198.

— Das neue Postgebäude in Warschau. 1917. 281.

— Das niederländische — im Jahre 1915. 1917. 305.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 274.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 226.

— — Desgl. in den Jahren 1918 u. 1919. 1921. 296.

— — Desgl. im Jahre 1921. 1923. 123. 126.

— Das österreichische — und Telegraphenwesen im Jahre 1914. 1916. 293.

— Das österreichische — im Jahre 1915. 1917. 300.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1919. 267.

— Das Postgebührenwesen nach dem 1. April 1923. 1924. 1.

— Das — in Belgien unter deutscher Verwaltung bis Oktober 1915. 1916. 35.

— Das — in China im Jahre 1911. 1913. 672.

— Das — in Frankfurt (Main) zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges unter Postmeister Johann von der Birghden. 1918. 11.

— Das — in Persien. 1913. 97. 156.

— Das schwedische — im Jahre 1921. 1923. 95.

— Das schweizerische — im Jahre 1912. 1913. 742.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1915. 271.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 448.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 352.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 410.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 333.

— Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 137.

— Der Kraftwagen-Personenpost-Verkehr in Thüringen. 1918. 152.

— Der nächtliche Postdienst am Kölner Friedhofe 1691 bis 1721. 1918. 490.

— Der Postbetrieb ist kein kaufmännisches Gewerbe (Entsch. des RG). 1915. 49.

— Der Postvertrag Kurbrandenburgs mit der Schweiz vom Jahre 1695. 1917. 203.

— Der preußisch-amerikanische Postvertrag von 1852. 1920. 281.

— Der Zusammenhang des ersten deutschen Zeitungswesens mit der Post. 1922. 260.

— Der Zweck der Post. 1923. 407.

— Deutsche Universitätschriften über das —. 1920. 54.

Postwesen. Die Berliner Rohrpost im Weltkrieg. 1920. 301.

- Die deutsche Feldpost im rumänischen Feldzuge. 1918. 1.
- Die deutsche Post- und Telegraphenverwaltung im Generalgouvernement Warschau. 1916. 370.
- Die Entwicklung des persischen — von 1875 bis 1911. 1913. 99.
- Die erste Post in Deutschland Münster (Westf.)— Worms. 1917. 484.
- Die erste schwedische Post vor 300 Jahren. 1920. 377.
- Die Flugpost in Kolumbien. 1924. 67.
- *Die Kraftfahrlinien der Reichspost 1920 bis 1922. 1923. 98.
- Die Leistungen Schwedens bei der Vermittlung des deutschen Kriegsgefangenen-Postverkehrs von und nach Rußland. 1920. 397.
- Die Luftpost von 1920 bis 1922. 1923. 253.
- Die Post in alter und neuer Zeit. 1924. 141.
- Die Post in der Rheinpfalz seit 1900. 1924. 184.
- Die Postbeförderung im Luftverkehr von 1920 ab. 1923. 254.
- Die preußischen Schnellposten. 1919. 448.
- Die rechtlichen Grundlagen über den Postverkehr der Kriegsgefangenen. 1917. 137.
- Die Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr. 1924. 55.
- Die Verkehrsbedingungen und die Verkehrsverhältnisse auf Island. 1914. 427.
- Die verschiedenen Arten der postdienstlichen Geldübermittlung. 1917. 441.
- Eigene Kraftwerke der Deutschen Reichspost. 1923. 44.
- *Ein Briefträger mit einem Bestellgang von 380 Kilometern. 1924. 130.
- Ein Fürstbischöflicher Postfuhrvertrag aus dem Jahre 1679. 1920. 329.
- Ein Gedenktag der deutschen Post. 1920. 201.
- Ein Jahr deutsche Post in Belgien. 1916. 33.
- Ein Jahr deutsche Post in Polen. 1916. 365.
- Eine dänische Postordnung aus dem 17. Jahrhundert. 1920. 65.
- Einrichtung der ersten Botenposten im Mittelalter. 1923. 472.
- Einrichtung von Rentenrechnungsstellen bei den Oberpostdirektionen. 1917. 10.
- Entwicklung der Luftfahrt und ihre Bedeutung für den Postverkehr. 1920. 212.
- Entwicklung des Baues der Bahnpostwagen bei der preußischen und der Reichspostverwaltung. 1917. 89.
- Entwicklung des österreichischen — im Jahre 1913. 1915. 123.
- Ergebnisse des — im Rechnungsjahre 1910/11 in Italien. 1915. 16.
- Erinnerungsblätter aus dem Betriebe der Post in Ostpreußens schweren Tagen. 1917. 369.
- Feldposten bis zum Beginne des 19. Jahrhunderts. 1917. 188.
- Förderanlage beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in Chemnitz. 1920. 176.
- Fördergurte, Rollbahnen und ähnliche Beförderungsmittel im Postbetriebe. 1919. 161.
- Französischer Schiffspostdienst. 1920. 108.
- Fünfzig Jahre Reichspost. 1921. 49.

Postwesen. Fürstbischöflich Münsterische Personenposten. 1923. 345.

- Gegenwartsfragen des Postzeitungsvertriebs. 1924. 61.
- *Gepanzerte Postwagen in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1923. 57.
- Geschichte der deutschen Feldpost im Kriege 1914/18. 1922. 1.
- Geschichte des Begriffs und Begriff der Post nebst einem Anhang über die Entstehungszeit der Post. 1923. 377.
- Gesetz über das — in der Schweiz vom 3. September 1798. 1919. 445.
- Gewährleistung im Weltpostverkehr. 1923. 118.
- Gliederung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 138.
- Herstellung und Vertrieb der Postwertzeichen während der Zeit der großen Geldentwertung. 1924. 100.
- Kartierung bei der sächsischen Post im 18. Jahrhundert. 1922. 31.
- Kraftwagenbetrieb der Reichspostverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Postreiseverkehrs. 1922. 173.
- Lose Blätter aus der Geschichte des sächsischen Postwesens im 18. Jahrhundert. 1917. 23. 65.
- Mitwirkung der Post bei der Durchführung der Arbeiterversicherung. 1917. 2.
- Möglichkeit und Grenzen der Durchsetzung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung mit privatwirtschaftlichen Grundsätzen. 1922. 249.
- Münsterische Botenanstalten im 16. und 17. Jahrhundert. 1918. 469.
- Nachrichtenbeförderung durch Brieftauben in alter und neuer Zeit. 1918. 28.
- Neuere Hausrohrpostanlagen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1918. 81. 133.
- Nochmals die erste Post in Deutschland. 1918. 194.
- Organisation der Post im Weltkrieg. 1915. 321.
- Porto- und Gebührenfreiheiten und -vergünstigungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr. 1918. 37.
- Post, Telegraphie und Fernsprechwesen während der ersten 25 Regierungsjahre unseres Kaisers. 1913. 549.
- Post und Telegraphie in den deutschen Schutzgebieten und bei den deutschen Verkehrsanstalten im Ausland in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 377. 451.
- Postgerechtfame des Hauses Carvajal im spanischen Amerika (1514 bis 1769). 1919. 183.
- Postkurse von Genf nach Deutschland um 1700. 1919. 442.
- Postverkehr der Kriegsgefangenen. 1917. 137. 224.
- Postverkehr zwischen Deutschland und dem Ausland bis zum Jahre 1914. 1921. 52.
- Preußen und der Österreichisch-Italienische Postverein vom Jahre 1850. 1917. 389.
- Preußens — im Vergleich zu dem der Niederlande, Englands, Frankreichs und der Schweiz im Jahre 1828. 1917. 155.
- Rückblick auf die Arbeiten des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium. 1924. 94.
- Schwedisches — im Jahre 1916. 1918. 200.
- *Schwimmende Postboten. 1920. 422.
- Spareinrichtungen im Rohrpostbetrieb. 1923. 77.
- Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart. 1924. 149.

- Postwesen.** Streiflichter aus der Tarifpolitik der Post. 1923. 113.
- Urkunden über die preußische Lehnspost 1700 bis 1711. 1920. 266.
 - Veränderungen im Postgebührenwesen vom Jahre 1900 an bis zur Neuordnung von 1919 unter besonderer Berücksichtigung der Feldpost und der Reichsabgaben. 1923. 145.
 - Verbesserungen und Vereinfachungen auf dem Gebiete des — im Jahre 1912. 1913. 33. 74.
 - — Desgl. im Jahre 1913. 1914. 126.
 - Vereinfachung der Verwaltungs- und Betriebsformen. 1922. 144.
 - Verhältnisse der Reichspost nach dem Kriege. 1921. 70.
 - Verhältnisse der Reichspost während des Weltkrieges. 1921. 59.
 - Verhältnisse des deutschen — bis 1914. 1921. 49.
 - Versuch einer Begriffsbestimmung der Post. 1923. 411.
 - Verwaltungsbericht der persischen Postverwaltung über das Rechnungsjahr 1911/12. 1913. 760.
 - Verwaltungsbericht über das — in Niederländisch Indien für 1920. 1923. 48.
 - Verwaltungsbericht über das — in Persien 1918/1919. 1921. 317.
 - Weiterentwicklung des Postgebührenwesens von 1920 bis jetzt. 1923. 193.
 - Zum 50jährigen Bestehen des Weltpostvereins. 1924. 81.
 - Zur Geschichte des Briefeschießens. 1920. 28. 112.
 - Zuverlässigkeit der Postzustellung vor dem Krieg ist Beweisgrund für die Ankunft abgesandter Briefe (Entsch. des OLG in P.). 1920. 358.
 - Zwei weitere Jahre deutsche Post in Belgien. 1918. 169. 220.
 - Zwei weitere Jahre deutsche Post in Polen (Juli 1916 bis April 1918). 1919. 1.
- Postzeitungsamt.** Hundert Jahre — in Berlin. 1922. 11.
- Postzeitungsvertrieb.** Gegenwartsfragen des —. 1924. 61.
- Postzollordnung.** Rechtliche Natur der Zollordnungen, insbesondere der —. 1923. 335.
- Postzwang** in Württemberg im Jahre 1810. 1915. 100.
- Prag.** Die Leipzig-Prager Post im Ersten Schlesischen Kriege. 1921. 515.
- Pressedienst.** Öffentlicher Küstenfunkverkehr und — der Großfunkstellen. 1922. 364.
- Preßluft.** Arbeitende Luft (— und Saugluft. Rohrpost und Staubsauger). 1917. 241.
- Preußen.** Das Postwesen von — im Vergleich zu dem der Niederlande, Frankreichs, Englands und der Schweiz im Jahre 1828. 1917. 155.
- Der preußisch-amerikanische Postvertrag von 1852. 1920. 281.
 - Deutschlands, besonders — Geschichte und Zahlungsmittel. 1919. 357.
 - Die Dampfmaschine in — am 1. April 1913 nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Benutzung zur Elektrizitätserzeugung. 1915. 91.
 - Die Preussische Hauptverwaltung der Staatsschulden (1820 bis 1920) und die Reichsschuldenverwaltung. 1920. 294.
 - Die preussischen Schnellposten. 1919. 448.
 - *Die Sparkassen im Deutschen Reiche und in —. 1915. 159.

- Preußen.** *Die Sparkassen in — bis 1919. 1921. 417.
- *Die Wasserkraft in — und in den benachbarten Staatsgebieten. 1915. 351.
 - Entwicklung der Kleinbahnen in — im Jahre 1918. 1920. 414.
 - *Ergebnisse der Sparkassen in — von 1915 bis 1918. 1920. 308.
 - Stephans Geschichte der preussischen Post und das Problem der Gekennzeichnetheit des geschichtlichen Verlaufs. 1913. 417.
 - Urkunden über die preussische Lehnspost 1700 bis 1711. 1920. 266.
 - Verhältnis der Lübecker Stadtpostverwaltung zu — im 19. Jahrhundert. 1915. 345.
 - *Zahl der Blitzschäden in — nach Unterlagen des Pr. Statistischen Landesamts. 1915. 381.
- Privatbetätigung der Postbeamten.** Das Postvorschußwesen in Preußen als — (erste Hälfte des 18. Jahrhunderts bis 1852). 1913. 16.
- Privatwirtschaftliche Grundsätze.** Möglichkeit und Grenzen der Durchsetzung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung mit —. 1922. 249.
- Probedienstleistung.** Ein Postanwärter, der vom Truppendienst zur — im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des Zivildienstentkommens (Entsch. des RG). 1924. 23.
- Proteststille.** Reichsgerichtsentscheidung über die Erfordernisse des Wechselprotestes hinsichtlich der Angabe der —. 1915. 216.
- Psychotechnik.** Wissenschaftliche Betriebsführung. 1923. 316.
- Pupinleitungen.** Berechnung von —. 1916. 160.
- Regel für andauernde Wechselströme von bestimmter Frequenz. 1916. 162.
 - Regel für Fernspreckleitungen. 1916. 164.
 - Richtige Verteilung der Spulen in —. 1916. 162.
- Pyrenäentunnel.** *Der — zwischen Frankreich und Spanien. 1919. 316.

R

- Rahmenantenne.** Die — für den Funkbetrieb. 1919. 300.
- Rathenau,** seine Beteiligung bei der Einführung des Fernsprechers. 1919. 75.
- Rechenmaschine.** Arbeitsleistung beim Rechnen mit und ohne Maschine. 1919. 28.
- *Eine — von 1792. 1919. 199.
- Rechenwesen.** Etwas über Zinseszins-Rechnung. 1920. 33.
- Rechnungslegung.** Der Wert kaufmännischer — für die staatlichen Verkehrsanstalten, besonders für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1913. 65.
- Die Ziele der kaufmännischen Buchführung und —. 1913. 65.
 - Folgerungen für die — des staatlichen Postwesens bei Einführung des kaufmännischen Geschäftsbetriebs. 1913. 69.
 - Umgestaltung der Vorschriften über die —. 1913. 76.
- Rechtsanspruch.** Keinen — auf Versetzung in ein anderes Amt (Entsch. des RG). 1919. 31.
- Rechtsanspruch auf Beförderung.** § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874/6. Mai 1880 begründet keine —. Der Rechtsweg ist unzulässig (Entsch. des RG). 1924. 128.
- Rechtsschreibung.** *Zur — russischer Namen. 1918. 168.

Rechtsnatur der Fernsprechornung. Zum Verbot der gewerbsmäßigen Anmeldung von Ferngesprächen; — (§ 17 III Fd vom 21. Juni 1924 und § 17 II Fd von 1921/1922) (Entsch. des RG). 1924. 138.

Rechtssprechung s. unter Entscheidungen.

Rechtsstellung. Die — der Funkseidegesellschaften (Unterhaltungsrundfunk, drahtloser Wirtschaftsandruchdienst). 1924. 152.

Rechtsweg. Inwieweit kann gegen Maßnahmen der Reichs-Telegraphenverwaltung, die sich auf die Ausübung eines Hoheitsrechts beziehen, im ordentlichen — vorgegangen werden? (Urteil des RG). 1913. 678.

Rechtswirklichkeit der Änderung einer Umsatzsteuerordnung (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 309.

— der vorläufigen Dienstenthebung (Entsch. des RG). 1917. 315.

Regensburg. Regensburger Handels- und Nachrichtenverkehr im Ausgang des Mittelalters. 1923. 467.

Registertonne. *Die — als Maßeinheit für Schiffe. 1917. 277.

Registriertassen. Barfreimachung und Verrechnung von Paketgebühren durch —. 1923. 226.

Reichsabgaben. Außerordentliche — als Zuschläge zu Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren während des Krieges. 1923. 154.

— Die Veränderungen im Postgebührenwesen vom Jahre 1900 an bis zur Neuordnung von 1919 unter besonderer Berücksichtigung der Feldpost und der —. 1923. 145.

Reichsbank. Abrechnungsstellen der — im Jahre 1913. 1914. 399.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1915. 214.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 461.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 384.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1920. 418.

— — Desgl. im Jahre 1920. 1922. 130.

— — Desgl. im Jahre 1921. 1922. 336.

— Die — im Jahre 1913. 1914. 465.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1915. 209.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 217.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 293.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 355.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 252.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1920. 382.

— — Desgl. im Jahre 1921. 1922. 327.

— Die Reichskriegsanleihen. 1916. 124.

— Die vierte deutsche Reichskriegsanleihe. 1917. 34.

— Die fünfte deutsche Reichskriegsanleihe. 1917. 268.

— Die sechste und siebente deutsche Reichskriegsanleihe. 1918. 234.

— Die achte und neunte deutsche Reichskriegsanleihe. 1919. 262.

— Gesamtumsätze der — im Jahre 1921. 1922. 330.

— Geschäftsbericht der — im Jahre 1920. 1921. 307.

— Notensteuer der —. 1916. 7.

— Notenumlauf der —. 1917. 448.

— Postcheck- und Reichsbankverkehr. 1919. 400.

— Stellungnahme der — zum Postcheckverkehr. 1916. 6.

— Tarifpolitik der deutschen —. 1923. 1.

Reichsbahn. Tarifpolitik und Entstaatlichungsfrage der deutschen —. 1923. 21.

— Vorwurf der Tarifiediktatur gegen den Reichsverkehrsminister. 1923. 20.

Reichsbeamtengefeß s. auch unter Gefefze.

— Auslegung des § 78 des — (Urteil des Reichsdisziplinarhofs). 1920. 79.

Reichsdisziplinarhof. Ein vom Amtsgericht erlassener Strafbefehl ist für den Disziplinarrichter nicht bindend (Entsch. des —). 1923. 361.

— Milderung der Strafen, ohne daß der Angeschuldigte ein Rechtsmittel eingelegt hat (Entsch. des —). 1923. 230.

— Unerlaubte Fernhaltung vom Amte (Entsch. des —). 1923. 54. 55. 56.

— Verweigerung des Dienstei ds (Entsch. des —). 1923. 363.

Reichseigene Grundstücke. Freilassung von — in Preußen von Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuern (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1913. 204.

Reichsfunkneß. Das — (Innerdeutscher Verkehr). 1922. 350.

Reichskriegsanleihen. Die —. 1916. 124.

— Die vierte deutsche —. 1917. 34.

— Die fünfte deutsche —. 1917. 268.

— Die sechste und siebente deutsche —. 1918. 234.

— Die achte und neunte deutsche —. 1919. 262.

— Mitwirkung der Postanstalten bei der Zeichnung der —. 1916. 128. 133.

Reichsmark. Kurs der — in der zweiten Hälfte des Jahres 1921. 1922. 329.

Reichspost. Die — beim Einbruch der Franzosen in das Reich. 1792 bis 1793. 1913. 1. 43. 85.

Reichs-Postdampferlinien. Verkehr auf den — im Jahre 1912. 1914. 461.

Reichspostfinanzgefeß. Begründung zum Entwurf des —. 1924. 19.

— Das — (endgültige Fassung). 1924. 41.

— Entstehungsgeschichte des —. 1924. 41.

— Wortlaut des — nebst Erläuterungen. 1924. 42.

— Zum Entwurf des —. 1924. 16.

Reichs-Postmuseum s. auch Postmuseum.

— Aufgaben und Zweck des —. 1922. 112.

— Die Ruhmerschen Hochfrequenzapparate für Mehrfachfernsprechen auf Leitungen im — in Berlin. 1924. 123.

— Die Sammlungen des —. 1922. 111.

— Neuerwerbungen des —. 1914. 451.

Reichspostsparkbank. Die — in Amsterdam im Jahre 1917. 1919. 156.

Reichsschahanweisungen. Die — des Deutschen Reichs. 1916. 124, 1917. 34.

Reichsschuldenverwaltung. Die Preußische Hauptverwaltung der Staatsschulden (1820 bis 1920) und die —. 1920. 294.

Reichsschuldbuchgefeß. Auszug aus dem — vom 31. Mai 1891 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 1910 (Reichs-Gefehbl. S. 840). 1914. 289.

Reichstag. Die Beratung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für das Rechnungsjahr 1913 im —. 1913. 133. 175.

— — Desgl. für das Rechnungsjahr 1914 im —. 1914. 209. 241.

Reichsverfassung. Auch nach Art. 129 Abs. 1 der — ist der Rechtsweg für den Schadensersatzanspruch eines Beamten wegen verspäteter Beförderung nicht gegeben (Entsch. des RG). 1922. 273.

— Die Weigerung eines Beamten, den Treueid auf die Reichsverfassung zu leisten, enthält ein Dienstvergehen im Sinne der §§ 10, 72 des Reichsbeamtengefeßes. 1922. 84.

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Organisation. 1913. 353.

Reichsversicherungsordnung f. a. Unfallversicherung.

- Beurteilung der Unterleibsbrüche als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. 1918. 480.
- Das zweite Buch der — (Krankenversicherung) und die neuen Satzungen der Postkrankenkassen. 1914. 621.
- Die Unfallversicherung nach der —. 1913. 581. 630.
- Einführungsgezet zur —. 1913. 643.
- Einteilung der —. 1913. 582.
- Gemeinsame Vorschriften der — für die Betriebe des Reichs. 1913. 589.
- Geschichte der —. 1913. 581.
- Herabsetzung der Altersgrenzen für Altersrenten. 1916. 457.
- Krankenbehandlung als Leistung der Unfallversicherung nach der —. 1913. 591.
- Feuerungszulagen gehören zum Entgelt im Sinne der — (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1918. 201.
- Verfahren zur Feststellung der Ansprüche nach der —. 1913. 636.
- Versicherungsbehörden nach der —. 1913. 586.
- Versicherungsfreiheit der weiblichen Beamten nach § 1234 der —. 1913. 197.
- Vorschriften über das Ineinandergreifen der Krankenversicherung und der Unfallversicherung nach dem fünften Buche der —. 1918. 318.
- Reichszuschuß** zu den Invaliden usw. Bezügen. 1917. 8.
- Reis**, Philipp, 40 Jahre Fernsprecher. 1919. 72.
- Reisegepäck**. Gültigkeit der Haftbeschränkung der Eisenbahnverwaltung bei der Aufbewahrung von — (Entsch. des RG). 1922. 247.
- Reisegepäckversicherung**. *Die — bei den preußischen Eisenbahnen. 1919. 196.
- Reisekosten**. Begriff »längere Zeit« im Sinne von § 2 Abs. 2 des preußischen Gesetzes, betr. die — der Staatsbeamten (Entsch. des RG). 1918. 455.
- Reiseverkehr**. *Der — der überseeischen Schifffahrtsgesellschaften. 1913. 479.
- Kraftwagenbetrieb der Reichspostverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Postreiseverkehrs. 1922. 173. 180.
- mit der Post in Kursachsen im 18. Jahrhundert. 1917. 24.
- Nachrichtendienst und — des deutschen Ordens um 1400. 1913. 617. 662.
- Verkehr auf den subventionierten Reichs-Postdampferlinien im Jahre 1911. 1913. 544.
- Reitposten**. Die — Hamburg-Wien 1698. 1913. 253.
- Errichtung von — im Münsterlande. 1919. 146.
- Mächtlicher Überfall auf die Thurn und Taxische — Wesel-Münster im Jahre 1657. 1920. 413.
- Relaisfäule** bei elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 328.
- Renten**. Fortlaufende — und einmalige Leistungen der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. 1915. 163.
- für Hinterbliebene nach der Angestelltenversicherung (Gesetz vom 20. Dezember 1911). 1913. 361.
- für weibliche Versicherte nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911. 1913. 363.
- Krankenbehandlung und — bei der Postkrankenkasse. 1918. 325.

Renten. Nachträgliche Erhöhung der — bei der Postkrankenkasse. 1918. 327.

- Ruhen der — nach der Angestelltenversicherung (Gesetz vom 20. Dezember 1911). 1913. 363.
- Zulässigkeit der Feststellungsklage, wenn Leistungsklage erhoben werden kann (Entsch. des RG). 1919. 158.

Rentenzahlungen. Auszahlung der auf Grund der Arbeiterversicherungen bewilligten Renten durch die Postanstalten. 1917. 8.

Resonatorspule. Die Arcosche —. 1915. 261.

Rheinhäfen. Hafenanlagen der Stadt Mannheim und Umgegend. 1915. 85.

Rheinpfalz. Die Post in der — seit 1900. 1924. 184.

Rheinschifffahrt. *Die — im Jahre 1912. 1914. 26.

Rhein-Weßer-Kanal. Eröffnung des —. 1915. 220.

Richtlinien für die örtlichen Vorschriften beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1921. 181.

Riga als Seeverkehrsplatz. 1917. 427.

Röhrenempfänger von Lorenz. 1919. 319.

Röhrensender von Dr. Erich F. Huth. 1919. 317.

— von Lorenz. 1919. 319.

Rohrpost. Apparate für den Kreisbetrieb zwischen dem alten und dem neuen Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1916. 191.

— Arbeitsweise der Luft in der —. Druckluftbetrieb. 1917. 247.

— Arbeitsweise der Luft in der —. Saugluftbetrieb. 1917. 248.

— Bau der ersten Rohrpostanlage in Berlin durch Werner v. Siemens. 1917. 167.

— Bedienung der Apparate der —. 1916. 189.

— Betriebsstellen der Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 443.

— Das Rohrpostnetz in Leipzig. 1914. 447.

— Die bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der — in den letzten 25 Jahren. 1916. 177.

— Die Berliner — im Weltkrieg. 1920. 301.

— Die Maschinenstation der Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 439.

— Die neuen Rohrpostapparate mit selbsttätiger Anzeigevorrichtung und selbsttätiger Abstellung der Arbeitsluft (Bauart 1912). 1916. 184.

— Die Signaleinrichtungen der Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 449.

— Einfluß der Verkehrsichte auf das wirtschaftliche Ergebnis der Rohrpost. 1916. 178.

— Entwicklung des Verkehrs der Berliner Rohrpost in den ersten 40 Jahren. 1916. 199.

— Erweiterung von Rohrnetzen. 1916. 195.

— Hauptteile einer Saugluftrohrpost. 1918. 93.

— Hausrohrpost im neuen Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 147. 386.

— Hausrohrpost in den Postsekamtern in Köln, Berlin und Breslau. 1918. 133. 134. 145.

— Maschinenanlage und Schaltweise der Rohrpost in Berlin-Steglitz. 1916. 197.

— Neuere Hausrohrpostanlagen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1918. 81. 133. 386.

— Neuerungen auf dem Gebiete der Stadtrhrpost. 1916. 177.

— Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 437.

— Rohrpostanlagen in Österreich im Jahre 1915. 1917. 302.

— Rohrpostbüchsen und Büchsenverschlüsse. 1918. 94.

Rohrpostbetrieb. Spareinrichtungen im —. 1923. 77.

Rohstoffgewinnung. Die — aus unbrauchbaren Kabeln und abgenutzten isolierten Drähten. 1921. 213.

Rollbahnen im Postbetriebe. 1919. 161.

Rother. Auseinandersetzung des Geh. Staatsministers — mit dem General-Postmeister von Nagler über den Bau von Eisenbahnen. 1916. 227.

Rotorschiff. *Das Fletiner —. 1924. 187.

Rückbild. Ein — auf die Arbeiten des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium. 1924. 94.

Rückgang. *Der — des amerikanischen Eisenbahnnetzes. 1923. 363.

Rückzahlung. Zur — des einmaligen Fernsprechbeitrags (Keine Aufwertung) (Urteil des RG Hamburg). 1924. 199.

Ruhegehälter. Besteuerung der aus anderen Bundesstaaten oder aus dem Reichslande bezogenen — (Entsch. des Preuß. Oberverwaltungsgerichts). 1919. 200.

— Rückstellungen für die — der im englischen Fernsprechdienst tätigen Beamten. 1921. 41.

Ruhegehaltsempfänger. Kriegsteuerungszulagen für — und Hinterbliebene von Beamten. 1920. 139.

Ruhegeld nach der Angestelltenversicherung (Gesetz vom 20. Dezember 1911). 1913. 361.

— Ruhen des — nach der Angestelltenversicherung (Gesetz vom 20. Dezember 1911). 1913. 363.

Ruhestand. Bewußt unberechtigtes Herbeiführen der Zurruheetzung durch einen von einem Unfall betroffenen Beamten. 1922. 341.

— Unzulässigkeit der gerichtlichen Nachprüfung von Mängeln des Verfahrens bei der Versetzung in den — (Entsch. des RG). 1917. 120.

Rumänien. Die deutsche Feldpost im rumänischen Feldzuge. 1918. 1.

Rundspruch. Der drahtlose — in Deutschland. 1922. 354.

Rußland. Beförderungsmittel in —. 1920. 99.

— Das Fernsprechwesen in —. 1914. 235. 331.

— Der Anteil von — am Weltkabelnetz. 1914. 379.

— *Der neue Eisenbahnknotenpunkt zwischen Schweden und —. 1916. 281.

— Deutsche Postwertzeichen im besetzten russischen Gebiet. 1916. 370. 380.

— Die deutsche Post- und Telegraphenverwaltung im Generalgouvernement in Warschau. 1916. 370.

— Die drahtlose Telegraphie in —. 1913. 475.

— Die Eisenbahnen im nördlichsten Europa. 1916. 358.

— Die Leistungen Schwedens bei der Vermittlung des deutschen Kriegsgefangenen-Postverkehrs von und nach —. 1920. 397.

— *Die Murmanbahn. 1919. 388.

— Die Orts-Fernsprechnetze in —. 1914. 332.

— Einrichtung der Feldpost in —. 1915. 330.

— *Ein Tunnel durch den Kaukasus. 1913. 614.

— Entdeckung des neuen Seewegs nach Nordrußland. 1916. 442.

— Entwicklung des Postanweisungsverkehrs mit — und der Postanweisungsstelle Thorn 2 Bhf. 1913. 248.

— Gliederung der russischen Post- und Telegraphenverwaltung vor dem Kriege. 1916. 365.

— Nachnahmeverkehr in —. 1913. 305.

— Personalverhältnisse der russischen Post- und Telegraphenbeamten. 1916. 366.

Rußland. Portofreiheitswesen in dem besetzten russischen Gebiet. 1916. 380.

— Postanweisungsverkehr des besetzten russischen Gebiets mit Deutschland. 1916. 375.

Rußeneinfall in Ostpreußen. 1917. 178.

S

Sachsen. Das Landstraßenwesen im Königreiche — bis um das Jahr 1800, auch in seiner Bedeutung für den Postverkehr. 1913. 385. 425.

— Der Postverkehr im 17. Jahrhundert im Königreich —. 1913. 399.

— Die politische Tagespresse in —. 1920. 77.

— Kartierung bei der sächsischen Post im 18. Jahrhundert. 1922. 31.

— Lose Blätter aus der Geschichte des sächsischen Postwesens im 18. Jahrhundert. 1917. 23. 65.

Samoa. Post und Telegraphie in dem deutschen Schutzgebiet — in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 451.

Sammelgegenstände des Reichs-Postmuseums in Berlin. 1914. 15.

Sammelheizanlagen. Wirkungsweise und Bauart der —. 1922. 165.

Sammlungen. Die — des Reichspostmuseums. 1922. 111.

Sagung der Krankentassen für untere Beamte. 1919. 39.

Sagungen. Änderungen der — der Postkrankentassen infolge Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung. 1914. 630.

Saugluft. Arbeitende Luft (Preßluft und —. Rohrpost und Staubsauger). 1917. 241.

— Saugluftbetrieb in der Rohrpost. 1917. 248.

Schadensersatz. Abweisung einer Schadensersatzklage wegen eines in einem Posthause erlittenen Unfalls (Urteil des Rgl. Sächsischen Oberlandesgerichts). 1913. 317.

— Reichsgerichtsentscheidung wegen — für einen Betriebsunfall (Ausgleiten eines Briefträgers auf einer mit Schnee bedeckten Eisenplatte). 1913. 28.

Schadensersatzpflicht s. auch unter Haftpflicht.

— Nebenkosten und Generalkosten bei Beschädigung von Telegraphenstangen (Urteil des RG Altenburg). 1924. 35.

Schadenversicherung. Versicherung des Reichs gegen Schäden aller Art. 1923. 427.

Schaltapparate. Bauart der — für elektromagnetisch gesteuerte Untersuchungseinrichtungen. 1913. 325.

Schaltdienst. Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost im —. 1924. 56.

Schaltskasten. Platzfrage für außerhalb der JSt aufzustellende —. 1913. 325.

Schaltsrelais. Unterbringung der — in Umgehungslinien bei den elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 332.

Schaltungen bei elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 331.

Schaltungsarten des Baudotapparats in Frankreich. 1913. 526.

Scheck. Haftung aus verfälschten — (Entsch. des RG). 1918. 328.

Scheckfälschung. Reichsgerichtsentscheidung, betreffend die Abhebung eines Teils des Bankguthabens auf Grund eines gefälschten Schecks. 1913. 405.

Scheckverkehr s. auch **Postischeckverkehr**.

- Die Rechtslage zwischen dem Bankhaus und dem Kunden bei Einlösung eines vom Kunden ausgestellten, vom Inhaber verfälschten Schecks (Entsch. des RG). 1919. 273.
- Ergebnisse des österreichischen und ungarischen Postspars und — im Kalenderjahr 1912. 1913. 694.
- Geschichte des Giro und —. 1919. 374.

Scheckwesen. Haftung der Post im Postischeckverkehr. 1919. 94.**Schenkelbrüche**. Beurteilung der — als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. 1918. 487.**Scheuerfrauen**. Versicherungspflicht der —. 1916. 457.**Schiebebahnenbetrieb** bei Postladeanlagen im Reichspostgebiet. 1916. 102.**Schiffahrt**. *Anteil der nationalen Flaggen am Hamburger Hafenverkehr. 1921. 287.

- *Auswechselbarer Frachtraum. 1920. 423.
- Baustoffe zu den Schiffen der Rauffahrteiflotte. 1916. 23.
- *Bedeutung der drahtlosen Telegraphie für die Ortsbestimmung zur See. 1918. 497.
- Vergung gesunkener Schiffe unter Benutzung von Unterwasser-Flammenschnidern. 1920. 433.
- Beschädigungen der Unterwasserkabel durch Grundschleppnetze. 1920. 404.
- Das erste Betriebsjahr des Panamakanals. 1916. 172.
- *Das Flettner-Rotorschiff. 1924. 187.
- *Das Kanalwesen in Schweden. 1916. 458.
- *Der Dieselmotor in der Seeschiffahrt. 1917. 425.
- *Der Suezkanalverkehr im Jahre 1919. 1920. 396.
- *Der Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal. 1913. 745.
- *Der Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal während des Rechnungsjahres 1913. 1915. 157.
- *Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung von Schiffbrüchigen. 1915. 285.
- *Die Eisgefahr im nordatlantischen Ozean. 1913. 286.
- *Die Entwicklung der deutschen Handelsflotte. 1914. 24.
- Die Entwicklung der deutschen Rauffahrteiflotte nach der »Statistik des Deutschen Reichs«. 1916. 17.
- *Die Rheinschiffahrt im Jahre 1912. 1914. 26.
- Die — auf der unteren Donau. 1916. 167.
- Die — der Vereinigten Staaten von Amerika in den Berichten des General-Postmeisters für die Jahre 1910 bis 1912. 1913. 681.
- Die Stadt Mannheim und ihre Hafenanlagen. 1915. 77.
- *Ein Eisenbahnboot als Eisenbahn- und Wasserfahrzeug. 1918. 499.
- *Ein neues Luftschraubenboot für unregelmäßige Gewässer. 1917. 356.
- *Ein neues Verfahren zur Hebung von Schiffen. 1921. 48.
- *Ein Riesenschwimmdock. 1923. 58.
- Entdeckung des neuen Seewegs nach Nordrußland. 1916. 442.
- Eröffnung des Rhein-Weser-Kanals. 1915. 220.
- *Erweiterungsbau des Erie-Kanals. 1919. 64.
- *Forschungen über Meerestiefen. 1916. 460.
- Französischer Schiffspostdienst. 1920. 108.
- *Frauenhaare als Nebelsignal. 1924. 130.

Schiffahrt. *Funktelegraphie auf englischen Schiffen. 1921. 176.

- *Größe der Seefrachtdampfer. 1919. 98.
 - *Größenbestimmung der Schiffe nach Tonnen. 1917. 277.
 - *Neue Häfen in Jütland. 1916. 282.
 - *Neue japanische Schiffahrtslinien. 1920. 358.
 - *Neue Verkehrswege in Afrika. 1921. 289.
 - *Norwegens — und Seefischerei im Kriege. 1916. 360.
 - Notwendigkeit guter Wasserstraßen für Deutschland. 1918. 366.
 - Postrechtliche Nebenbestimmungen in Schiffahrtsverträgen mit dem Ausland. 1918. 186.
 - *Riga als Seeverkehrsplatz. 1917. 427.
 - *Rücktritt der American Line vom Vertrag mit der amerikanischen Postverwaltung. 1921. 236.
 - Schiffsbesatzung der deutschen Rauffahrteiflotte am 1. Januar 1914. 1916. 22.
 - *Schiffsbestand der deutschen Handelsmarine. 1920. 424.
 - *Schiffsverluste im Jahre 1913/14. 1914. 616.
 - *Seeschiffe aus Eisenbeton. 1917. 324.
 - *Sicherung der — gegen Eisberge. 1923. 30.
 - *Stapellauf des Dampfers »Zeppelin«. 1914. 555.
 - Umfang der Funksprucheinrichtungen bei der deutschen Rauffahrteiflotte. 1916. 23.
 - *Unternehmungen zur Hebung gesunkener Schiffe. 1919. 160.
 - *Vergleich zwischen Schiffen aus Beton, Holz und Stahl. 1919. 342.
 - Verhältnis der Zahl der Dampfer zu der Zahl der Segelschiffe in der deutschen Rauffahrteiflotte. 1916. 19.
 - Verkehr auf den Reichs-Postdampferlinien im Jahre 1912. 1914. 461.
 - Verkehr auf den subventionierten Reichs-Postdampferlinien im Jahre 1911. 1913. 544.
 - Verkehr im Suezkanal während des Krieges. 1916. 395.
 - *Verluste der — während des Krieges. 1920. 308.
 - *Wasserbauten im Mündungsgebiet der Weichsel. 1918. 33.
 - *Weltschiffbau bis 31. März 1920. 1920. 359.
- Schiffahrtsexpedition**. *Die — nach Alt- und Neukamerun. 1913. 209.
- Schiffahrtsgesellschaften**. *Reiseverkehr der überseeischen —. 1913. 479.
- Schiffsbriefe**. Die —. 1916. 355.
- Schloßbentelverfahren** für den Telegramm- und Eilbriefbeförderungsdienst der Hamburger Straßenbahn. 1921. 104.
- Schmüdert**, der Schöpfer der preussischen Schnellposten. 1919. 449.
- Schnellposten**. Die preussischen —. 1919. 448.
- Schnelltelegraph**. Die Herstellung des Gleichlaufs beim — von Siemens & Halske. 1913. 739.
- von Siemens & Halske. 1913. 717.
 - Wirkungsweise des — von Siemens & Halske im allgemeinen. 1913. 720.
- Schnellzüge**. *Fahrtgeschwindigkeit der deutschen —. 1916. 201.
- Schreibfeder**. Ein Vorläufer des neuzeitlichen Füllfederhalters. 1920. 75.
- Schreibmaschine**. *Der Erfinder der —. 1924. 70.
- Schreibwerk**. Einschränkung des —. 1913. 81.

Schrift. *Übertragung von russischen Namen aus der kyrillischen in die lateinische Schrift. 1918. 168.

Schriftwechsel. Altes und Neues vom Kanzleistil. 1920. 102.

— des Hauses Thurn und Taxis aus Anlaß der Thronbesteigung Napoleons im Jahre 1804. 1920. 10.

Schriftwerke siehe Abt. IV.

Schulden. Begleichung einer Schuld durch bargeldlose Zahlung. 1918. 451.

Schulabteile. Bahnpostwagen mit —. 1917. 106.

Schutzgebiete. Anteil Deutschlands an den Bahnbauten in Afrika. 1914. 184.

— *Der Eisenbahnbau in den afrikanischen — des Deutschen Reichs. 1913. 109.

— *Der Handelsverkehr des Deutschen Reichs mit seinen — in Afrika während des Jahres 1911. 1913. 92.

— Die Eisenbahnen in den deutschen —. 1914. 533.

— Die Großfunkstelle Ramina (Togo). 1920. 241. 251.

— *Die Schiffsahrtsexpedition nach Alt- und Neukamerun. 1913. 209.

— Die — im Postmuseum. 1914. 455.

— *Die Straßenverhältnisse im — Togo. 1913. 284.

— Entwicklung von Post und Telegraphie in den deutschen — von 1903 bis 1914. 1921. 378.

— Erleichterungen im Verkehr mit den —. 1913. 40.

— Funkanlagen in den deutschen —. 1920. 241.

— Genehmigung für die Herstellung von Großfunkstellen in den deutschen — in Afrika. 1920. 246.

— *Kraftwagenverkehr in Togo. 1913. 413.

— Post und Telegraphie in den deutschen — in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 377. 451.

— *Volkszählung in Tsingtau. 1914. 27.

Schutzschaltungen bei Schwachstromleitungen, die von Wechselstrombahnen beeinflusst werden. 1914. 70.

Schutzvorrichtungen. *Der Blitzableiterbau. 1918. 119.

Schwachstromleitungen. Messungen an — auf der Strecke Dessau-Bitterfeld. 1914. 44.

— Schutzschaltungen bei den von Wechselstrombahnen beeinflussten —. 1914. 70.

— Störungen von — durch Wechselstrombahnen. 1914. 33.

— Technische und wirtschaftliche Bedeutung der Störungen durch Wechselstrombahnen in —. 1914. 76.

Schwachstromtechnik. Anwendung der Edelgasröhre im Gebiet der —. 1922. 317.

Schweden. Ausbau des schwedischen Eisenbahnnetzes. 1915. 349.

— *Bau der schwedischen Mittellandbahn. 1919. 159.

— Das Fernsprechwesen in —. 1914. 228.

— Das schwedische Fernsprech- und Telegraphenwesen im Jahre 1915. 1917. 74.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 98.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 82.

— Das schwedische Postwesen im Jahre 1921. 1923. 95.

— *Der neue Eisenbahnknotenpunkt zwischen — und Rußland. 1916. 281.

— Die älteste postalische Urkunde in —. 1924. 146.

— Die Eisenbahnen im nördlichsten Europa. 1916. 359.

— Die erste schwedische Post vor 300 Jahren. 1920. 377.

— *Die größte gewölbte Eisenbahnbrücke der Erde. 1920. 422.

Schweden. Die Leistungen — bei der Vermittlung des deutschen Kriegsgefangenen-Postverkehrs von und nach Rußland. 1920. 397.

— Die Post in alter und neuer Zeit (La poste dans les temps anciens et modernes. Stockholm. Förlag: P. Högren). 1924. 141.

— Die Postsparkasse in —. 1915. 47.

— Die schwedische Postsparkasse im Jahre 1914. 1916. 95.

— Geschäftsbericht der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1913. 1915. 353.

— Jahresbericht der schwedischen Telegraphenverwaltung für das Jahr 1921. 1922. 406.

— *Kanalwesen in —. 1916. 458.

— *Kraftübertragung von — nach Dänemark. 1916. 399.

— *Kraftwerke in —. 1916. 136.

— Nachnahmeverkehr in —. 1913. 305.

— *Neubauten im schwedischen Staatsbahnnetz. 1916. 136.

— *Neue Elektrifizierungspläne für die schwedischen Bahnen. 1916. 53.

— Personalverhältnisse der Fernsprech- und Telegraphenverwaltung in —. 1915. 353. 363.

— Schwedische Postbeamte als Dichter und Philosophen. 1924. 147. 148.

— Schwedisches Postwesen im Jahre 1916. 1918. 200.

— Vermittlung der Kriegsgefangenen sendungen. 1917. 141. 225.

— Wohlfahrtseinrichtungen der Fernsprech- und Telegraphenverwaltung in —. 1915. 366.

Schweizschach. *Eine neue Erfindung im —. 1920. 83.

Schweißung. *Eine neue Art der — von Eisen. 1922. 66.

Schweiz. Aus der Postgeschichte des schweizerischen Postwesens. 1919. 437.

— Ausnutzung der schweizerischen Fernleitungen. 1923. 454.

— Das Fernsprechwesen in der —. 1914. 155.

— Das Postwesen der — im Vergleich zu dem Preussens im Jahre 1828. 1917. 159.

— Das schweizerische Postwesen im Jahre 1912. 1913. 742.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1915. 271.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 448.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 352.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 410.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 333.

— Das schweizerische Telegraphen- und Fernsprechwesen im Jahre 1914. 1915. 313.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 452.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 348.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 444.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1920. 147.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1922. 266.

— *Der neue Hauensteintunnel. 1916. 283.

— Der Postauftragsdienst in der —. 1915. 144.

— Der Postverkehr in der —. 1914. 319.

— Der Postvertrag Kurbrandenburgs mit der — vom Jahre 1695. 1917. 203.

— Der von der — vermittelte Postverkehr der Kriegs- und Zivilgefangenen im Jahre 1915. 1916. 450.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 354.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 414.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 336.

Schweiz. Die schweizerische Feldpost im Jahre 1915. 1916. 450.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 354.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 414.

— Die schweizerischen bespannten Postfuhrwerke und ihr Bau zur Zeit des Kriegsausbruchs. 1920. 333.

— Einrichtung der Feldpost in der —. 1915. 274. 331.

— Entwicklung der Luftpost in der — seit 1920. 1923. 273.

— Entwurf eines schweizerischen Postsparkassengesetzes. 1915. 236.

— Ergebnisse des schweizerischen Postcheckverkehrs im Kalenderjahr 1913. 1914. 593.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1915. 275.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 245.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 319.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 363.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 310.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1920. 389.

— — Desgl. im Jahre 1920. 1921. 313.

— — Desgl. im Jahre 1921. 1922. 332.

— *Keine Zulassung des Hörerkiffens (Belinde) in der —. 1924. 131.

— Maßnahmen der schweizerischen Postverwaltung zur Einschränkung des Barverkehrs. 1914. 324.

— Nachnahmeverkehr in der —. 1913. 302.

— Überweisungsverkehr der — mit dem Ausland im Kalenderjahr 1913. 1914. 595.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1915. 278.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 248.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 321.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 365.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 313.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1920. 392.

— Vermittlung der Kriegsgefangenen sendungen. 1917. 141.

— Vertrag zwischen Deutschland, Italien und der — über den deutsch-italienischen Fernsprechverkehr im Durchgang durch die —. 1914. 507.

Schwimmdock. *Ein Riesenschwimmdock. 1923. 58.

Seefischerei. *Norwegens Schifffahrt und — im Kriege. 1916. 360.

Seefrachtdampfer. *Größe der —. 1919. 98.

v. Seegebarth. Übersiedelung des General-Postamtspräsidenten — nach Ostpreußen 1806 bis 1809. 1923. 438.

Seekabel. Die unterseeischen Kabelnlinien Deutschlands während der ersten 25 Regierungsjahre unseres Kaisers. 1913. 556.

— *Fernsprechseekabel Vancouver-Victoria. 1913. 576.

Seeschifffahrt. Bremens —. 1913. 106.

Seeunfälle. *Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. 1915. 285.

— *Schiffsverluste im Jahre 1913/14. 1914. 616.

Seeverkehr. Verkehr auf den subventionierten Reichs-Postdampferlinien im Jahre 1911. 1913. 544.

Seilpostanlagen im Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 348. 381.

Seilschwebbahnen. *Alte Vergangenheit der —. 1917. 426.

Seuchenbekämpfung und Post im Auslandsverkehr. 1918. 186.

Sibirien. *Betriebsverhältnisse auf den sibirischen Eisenbahnen. 1920. 120.

Sicherheitsvorrichtung. *Drahtlose — für fahrende Eisenbahnzüge. 1920. 423.

Sicherung. *Die — der Schifffahrt gegen Eisberge. 1923. 30.

Sicherungen bei elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 328.

— Unterbringung der — in Umgehungslinien bei der elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 332.

Siemens, Werner v., ein Blick auf sein Leben und Wirken. 1917. 165.

— seine Verdienste um die Einführung des Fernsprechers. 1919. 72.

Skandinavien. Die Eisenbahnen im nördlichsten Europa. 1916. 358.

Somigliano. Die Postmeisterfamilie —. Ein Beitrag zur Postgeschichte Hamburgs und Münchens. 1922. 217.

Sonderanlagen. Fernsprech—. 1923. 26.

Sonderfahrten der Personen-Kraftwagen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 257.

Sonnenfinsternis. *Funktelegraphie und —. 1920. 423.

Spanien. Das Fernsprechwesen in —. 1914. 235.

— Der Anteil von — am Weltkabelnetz. 1914. 379.

— Entwicklung der Luftpost in — seit 1920. 1923. 273.

— *Pyrenäentunnel zwischen Frankreich und —. 1919. 316.

— *Tunnelbau unter der Straße von Gibraltar. 1919. 63.

Spareinrichtungen im Rohrpostbetrieb. 1923. 77.

Sparkassen s. a. Postsparkassen.

— Die Entwicklung der Postsparkassen. 1914. 309.

— *Die preussischen — im Rechnungsjahre 1911. 1913. 412.

— *Die preussischen — im Rechnungsjahre 1912. 1914. 554.

— *Die — im Deutschen Reich und in Preußen. 1915. 159, 1916. 204, 1917. 355.

— *Die — im Deutschen Reich für 1915 und in Preußen für 1916. 1918. 333.

— *Die — im Deutschen Reich von 1915 bis 1917 und in Preußen von 1915 bis 1918. 1920. 308.

— *Die — im Deutschen Reich bis 1918 und in Preußen bis 1919. 1921. 417.

— Ergebnisse des Postsparkassenamts in Wien im Jahre 1919. 1921. 210.

— — Desgl. im Jahre 1920. 1922. 244.

— — Desgl. im Jahre 1921. 1923. 358.

— Zur Frage der Postsparkasse. 1923. 28.

Sparkassenwesen in der Schweiz. 1915. 237.

Sparsmaßnahmen. Die — der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr. 1924. 55.

— Wirkungen der — der Deutschen Reichspost auf die Versorgung des platten Landes. 1924. 59.

Sparbarkeit bei der Wärmewirtschaft im Post- und Telegraphenbetrieb. 1922. 33.

— Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichs-Post und Telegraphenverwaltung. 1922. 137.

Speditionsbureaus. Einrichtung der ersten —. 1917. 96.

Spernung. Kein Anspruch des Fernsprechteilnehmers auf Erstattung der Gebühren wegen — des Anschlusses für gewisse Gespräche während bestimmter Tageszeiten (FD) (Urteile des OLG und des LG in Dresden). 1923. 67.

Spitzbergen. *Ausnutzung der Steinkohlen in —. 1919. 362.

Sprachunterricht. *Deutscher — für chinesische Angestellte der deutschen Postämter in Schanghai und Hankau. 1913. 747.

— **Blamischer** — für deutsche Beamte in Belgien während der Besetzung. 1918. 183.

Sprechstellen. Öffentliche — bei Privaten. 1923. 27.

Sprengstoff. *Herstellung von — aus Zucker. 1920. 81.

Staatsangehörigkeit der Reichsbeamten in den an Polen abgetretenen Gebieten. 1920. 275.

Staatseinkommensteuer s. unter Steuer.

Staatseisenbahnen s. auch unter Eisenbahnwesen.

— Aus dem Jahresbericht über die Betriebsergebnisse der preussischen und hessischen — im Rechnungsjahre 1912. 1914. 352.

Staatsschulden. Die Preussische Hauptverwaltung der — (1820 bis 1920) und die Reichsschuldenverwaltung. 1920. 294.

Staatsstraßenwesen. Der Anfang des jetzigen —. 1913. 437.

Stadtboten. Ein Boteneid aus dem Jahre 1536. 1920. 307.

Städtewesen. Mittelalterliche städtische Telegraphie. 1920. 110.

Stahl. *Erzeugung von Duplex- und Triplex-Elektrostahl. 1920. 122.

Stahlschiffe. *Vergleich zwischen Schiffen aus Beton, Holz und Stahl. 1919. 342.

Stammteinlage. Herabsetzung der — im Postscheckverkehr. 1917. 317.

Standesaufwandsräume. Befreiung der — von der Gemeindegrundsteuer. 1916. 25.

Standziffern. Berechnung von — für die Zinseszins-Rechnung. 1920. 36.

Stapellauf des Dampfers »Zeppelin«. 1914. 555.

Stapelprivileg. Die Wirkung des — der Stadt Leipzig auf das Straßenwesen. 1913. 395.

Stark, Dr. Johann, ein Mann aus den Anfängen des österreichischen Telegraphenwesens. 1917. *322.

Starkstromanlagen. *Das staatliche Dampfstraßkraftwerk bei Hannover. 1918. 202.

— *Die Bayernwerke. 1918. 498.

— Die — im besetzten Belgien. 1918. 228.

— *Kraftübertragung von Bitterfeld nach Berlin. 1918. 498.

Starkstromleitungen. Aluminium für elektrische —. 1920. 424.

Statistik, s. a. Jahresberichte.

— Amtliche — über das schwedische Postwesen im Jahre 1921. 1923. 95.

— der nebenbahnähnlichen Kleinbahnen im Deutschen Reich im Rechnungsjahr 1913. 1915. 174.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1916. 275.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 264.

— der nebenbahnähnlichen Kleinbahnen in Preußen im Jahre 1916. 1918. 290.

— der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1913. 1915. 123.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1916. 293.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 300.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1919. 267.

— der Sparkassen im Deutschen Reich und in Preußen. 1915. 159. 1916. 7. 204. 1917. *355.

— der Sparkassen im Deutschen Reich für 1915 und in Preußen für 1916. 1918. *333.

Statistik der Sparkassen im Deutschen Reich von 1915 bis 1917 und in Preußen von 1915 bis 1918. 1920. *308.

— der Sparkassen im Deutschen Reich bis 1918 und in Preußen bis 1919. 1921. 417.

— des schweizerischen Telegraphen- und Fernsprechwesens im Jahre 1919. 1922. 266.

— Die Großherzoglich Oldenburgischen Staatseisenbahnen von 1867 bis 1917. 1918. 22.

— Die Eisenbahnen Deutschlands im Rechnungsjahre 1911. 1913. 279.

— Die Eisenbahnen der Erde am Ende des Jahres 1912. 1914. 552.

— — Desgl. am Ende des Jahres 1913. 1915. 309.

— Die Entwicklung der deutschen Rauffahrtflotte nach der »Statistik des Deutschen Reichs«. 1916. 17.

— Entwicklung des zwischenstaatlichen Telegraphen- und Fernsprechkverkehrs im Welttelegraphenverein. 1916. 439.

— Ergebnis des deutschen Postscheckverkehrs im Kalenderjahr 1912. 1913. 449.

— — Desgl. im Kalenderjahr 1913. 1914. 469.

— — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915. 1916. 325.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 325.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 421.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 405.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1921. 150.

— — Desgl. in den Jahren 1920 und 1921. 1922. 229.

— Ergebnis des schweizerischen Postscheckverkehrs im Jahre 1915. 1916. 246.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 319.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 363.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 310.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1920. 389.

— Geschäftsbericht der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1913. 1915. 353.

— — Desgl. für das Jahr 1915. 1917. 74.

— — Desgl. für das Jahr 1916. 1918. 98.

— *Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen im Jahre 1914. 1916. 459.

— *Statistik der Kraftfahrzeuge. 1913. 411.

— Statistische Angaben über den Postauftragsverkehr der Reichspostverwaltung. 1915. 118.

— *Statistische Angaben über die Sparkassen im Deutschen Reich bis 1918 und in Preußen bis 1919. 1921. 417.

— *Statistische Angaben über die von 1854 bis 1913 in Preußen durch Blißschlag getöteten Personen. 1916. 311.

— Statistisches über den Postverkehr in Belgien während der deutschen Besetzung. 1918. 177. 227.

— über Dampfkessel, Dampfmaschinen und Dampfturbinen in Preußen am 1. April 1914. 1916. *310.

— Umfang der Fernsprecheinrichtungen auf der Erde nach dem Stande vom 1. Januar 1914. 1916. 8.

— Umfang des Fernsprechwesens auf der Erde (Stand vom 1. Januar 1913). 1914. 493.

— Verkehrsstatistik der persischen Postverwaltung. 1913. 161.

— *Weltschiffbau bis 31. März 1920. 1920. 359.

Staubsauger. Arbeitsweise der Luft in den —. 1917. 252.

Stempelpflicht. Reichsgerichtsentscheidung, betreffend die Stempelpflichtigkeit von Postvollmachten. 1913. 192.

Stempelvertrieb der schwedischen Postverwaltung im Jahre 1921. 1923. 95.

v. Stephan, seine Verdienste um die Einführung des Zersprechers. 1919. 72.

— Zum 25jährigen Todestage des Staatssekretärs —. 1922. 105.

Steuern. Befreiungen von Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuern im Bereiche des preuß. Kommunalabgabengesetzes. 1916. 25.

— Besteuerung der aus anderen Bundesstaaten oder aus dem Reichslande bezogenen Ruhegehälter (Entsch. des Preuß. Oberverwaltungsgerichts). 1919. 200.

— Bewertung der Dienstwohnungen bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer. 1915. 281.

— Die Nachveranlagung des reichseigenen Grundbesitzes in Preußen zu Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuern (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 113. 421.

— Grund- und Gebäudesteuern für Teile reichseigener Grundstücke im Bereich des preußischen Kommunalabgabengesetzes. Nachforderungen an Gebühren, Beiträgen und Steuern vom Reichsfiskus. 1915. 24. 27.

— Rechtswirksamkeit der Änderung einer Umsatzsteuerordnung (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 309.

— Umsatzsteuer-Veranlagung bei Zwangsversteigerung und bei Enteignung (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 311. 312.

Steuerfreiheit der Dienstwohnungen in besonderen Wohngebäuden und der zu Dienstwohnungen gehörenden Gärten im Bereich des preußischen Kommunalabgabengesetzes. Wegfall fixierter Steuerbeträge infolge Änderung der Steuerverfassung (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1914. 18.

Stickstoff. *Chemisch reiner — aus der Luft. 1921. 417.

Stickstoffwirtschaft. *Die — Deutschlands im Kriege. 1920. 82.

Stiftung. Die — »Löcherhort« für verwaisste Töchter von Reichs-Post- und Telegraphenbeamten im Jahre 1912. 1913. 569.

— — Desgl. im Jahre 1913. 1914. 456.

— — Desgl. im Jahre 1914. 1915. 278.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 289.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 397.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 447.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 466.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1921. 121.

— — Desgl. im Jahre 1920. 1922. 61.

— — Desgl. im Jahre 1921. 1922. 295.

— — Desgl. im Jahre 1922. 1923. 482.

Störungen. Feindliche — des deutschen Postverkehrs in der Zeit von 1914 bis einschließlich 1918. 1920. 173.

— Technische und wirtschaftliche Bedeutung der — durch Wechselstrombahnen in Schwachstromleitungen. 1914. 76.

— von Schwachstromleitungen durch Wechselstrombahnen. 1914. 33.

Störungserrscheinungen. *Magnetische — durch Erdströme. 1916. 100.

Strafbefehl. Ein vom Amtsgericht erlassener — ist für den Disziplinarrichter nicht bindend (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 361.

Strafmilderung. Milderung der Strafe, ohne daß der Angeschuldigte ein Rechtsmittel eingelegt hat (Entsch. des Reichsdisziplinarhofs). 1923. 230.

Straßen. Allerlei über Wagen, Zugkraft und —. 1920. 97.

Straßenbahn. Beförderung von Paketen mit der — in Berlin. 1919. 113. 191.

— *Die Große Berliner —. 1914. 468.

— Die Hamburger — im Dienste der Telegramm- und Filbriefbeförderung. 1921. 101.

— Haftpflicht im Postbeförderungsvertrag der Reichspostverwaltung mit den Berliner — Gesellschaften. 1919. 191.

— Haftung des Eisenbahnbetriebsunternehmers der Post gegenüber auf Grund des § 12 Beamtenunfallfürsorgegesetzes bei einem Zusammenstoß zwischen — und Postwagen, der durch den Kutscher des Postwagens mitverursacht ist. Artikel 8 des Eisenbahnpostgesetzes gilt nur für Unfälle des Eisenbahnpostbetriebs (Entsch. des RG). 1924. 30.

— Kosten für die Beförderung von Paketen mit der — in Berlin. 1919. 120.

— Umfang und Weiterentwicklung der Paketbeförderung mit der Berliner —. 1919. 134.

— Wegfall einer Haftung der — durch eigenes Verschulden eines Fahrgastes (Entsch. des RG). 1920. 395.

— Entwicklung der — in Preußen im Jahre 1918. 1920. 415.

Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart. 1924. 149.

Straßenbaukunst. Die — des 18. Jahrhunderts im Königreich Sachsen. 1913. 433.

Straßenbaumwesen. Das — im 18. Jahrhundert. 1913. 425.

Straßenrecht. Telegraphenwege-Gesetz und das badische —. 1917. 410.

Straßenverhältnisse. *Die — im Schutzgebiet Logos. 1913. 284.

Straßenwesen. Die Wirkung des Stapelprivilegs der Stadt Leipzig auf das —. 1913. 395.

Streiflichter aus der Tarifpolitik der Post. 1923. 113.

Stromquellen des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 308.

Südkamerun. *Der Kraftwagenverkehr in —. 1913. 778.

Suezkanal. *Der Suezkanalverkehr im Jahre 1919. 1920. 396.

— Verkehr im — während des Krieges. 1916. 395.

Stuttgart. Straßenbahn-Postwagen in —. 1924. 149.

Z

Zagegelder. Reichsbeamte, die vorübergehend außerhalb ihres Wohnorts beschäftigt werden, haben für die Zeit eines Erholungsurlaubes keinen Anspruch auf — (Entsch. des RG). 1919. 96.

Zageslicht. *Einfluß des — auf die Wellen der drahtlosen Telegraphie. 1920. 425.

Zagespresse. Die politische — in Sachsen. 1920. 77.

Zanger. *Bahnbau von — nach Dsifar. 1920. 279.

Tarife s. unter Gebühren.

Tarifwesen. Vergleichung der Nachnahmegebühren von 1878 mit den Gebühren von 1890/92. 1913. 272.

Tastenlocher. Der — für den Schnelltelegraphen von Siemens & Halske. 1913. 722.

Taube. *Weiter Flug einer —. 1923. 231.

- Taubenposten.** Nachrichtenbeförderung durch Brieftauben in alter und neuer Zeit. 1918. 28.
- Tauschhandel** im alten Germanien zur römischen Kaiserzeit. 1919. 358.
- Taxen** s. Gebühren.
- Taxis** s. unter Thurn und Taxis.
- Technik.** Arbeitsweise der Luft beim Druckluftbetrieb in der Rohrpost. 1917. 247.
- Bauart der Sammelheizanlagen. 1922. 165.
 - Beleuchtungsanlagen von Postdiensträumen. 1923. 312.
 - *Benutzung von Aluminium für elektrische Stromleitungen. 1920. 424.
 - *Cellon und Cellonlacke als Isoliermittel. 1916. 311.
 - *Der Blitzableiterbau. 1918. 119.
 - *Die Bayernwerke. 1918. 498.
 - Die Edelgasröhre. 1922. 317.
 - *Die größte Lokomotive in Amerika. 1920. 121.
 - *Die größte Uhr Europas in Siemensstadt bei Berlin. 1922. 67.
 - *Die Härtebestimmung des Holzes. 1920. 360.
 - *Ein Eisenbahnboot als Eisenbahn- und Wasserfahrzeug. 1918. 499.
 - *Eine neue Art der Schweißung von Eisen. 1922. 66.
 - Eine neue Eisenbahnbremse. 1918. 417.
 - *Eine neue Erfindung im Schweißfach. 1920. 83.
 - *Eine Rechenmaschine von 1792. 1919. 199.
 - *Ein Ersatzstoff für Platin. 1919. 276.
 - Elektrische Ersatzbeleuchtung mit eigener Stromquelle. 1922. 72.
 - *Erzeugung von Duplex- und Triplex-Elektrostahl. 1920. 122.
 - Förderanlagen für Briefbeutel auf dem Postbahnhofe der Pennsylvaniabahn in New York. 1913. 346.
 - Fördergurtanlagen und Gleitbahn der Reichspostverwaltung in Berlin. 1919. 166. 170.
 - Joule als Maßeinheit zur Messung der lebendigen Kraft. 1918. 214.
 - Kraftübertragung von Schweden nach Dänemark. 1916. 399.
 - Lehre vom Gleichgewicht und von der Bewegung der Luft (Aerostatik und Aerodynamik). 1917. 24.
 - Maschinelle und technische Anlagen des neuen Postgebäudes am Hauptbahnhof in Dortmund. 1914. 10.
 - Maschinenanlage und Schaltweise der Rohrpost in Berlin-Steglitz. 1916. 197.
 - Rollbahnanlagen im Postbetrieb von Chemnitz. 1919. 172.
 - Rollbahn im Postbetrieb von Braunschweig. 1919. 174.
 - *Seeschiffe aus Eisenbeton. 1917. 324.
 - Umformungen der Energie. 1916. 143.
 - *Unterwasser-Flammenschneider für Bergungsarbeiten. 1920. 423.
 - *Vernickeln von Aluminium. 1922. 66.
 - *Vorrichtung zum Aus- und Einladen der Post vom fahrenden Zuge aus. 1915. 246.
 - *Wehranlage in der Weser bei Bremen. 1919. 197.
 - *Zur Frage des kalten Lichtes. 1916. 54.
- Telefunken.** Die Kathodenröhre in ihren Anwendungen. Die Erzeugnisse von —. 1919. 288.
- Telefunken-systeme.** Die heutigen —. 1914. 560.
- Telegrammaufnahme** im Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 337.
- Telegrammbeförderung.** Die Hamburger Straßenbahn im Dienste der —. 1921. 101.
- Telegrammverkehr.** Reichsgerichtsentscheidung über die Haftung eines Telegraphenbeamten für Telegrammentstellung. 1913. 609.
- Zunahme des — mit den außereuropäischen Ländern seit 1887. 1913. 562.
- Telegrammverstümmelung.** Keine Haftung der Deutschen Reichspost für Entstellung von Telegrammen (§ 21 LD) (Urteile des LG und OLG Breslau). 1924. 198.
- Telegrammzustellung** s. unter Zustellung.
- Telegraphenarbeiter.** Versicherungspflicht der —. 1916. 457.
- Telegraphenbau.** Abgeltung der Kosten für dienstliche Aufwendungen der Beamten im Telegraphenbaudienst seit Errichtung der ersten Telegraphenlinie. 1924. 106.
- Aufnahme der Bautätigkeit der Reichs-Telegraphenverwaltung nach dem Kriege. 1921. 75.
 - Bedeutung der Leitung für die Übertragung der Fernsprechströme. 1916. 137.
 - Beitrag zur Beurteilung der hölzernen Gestänge für Telegraphen- und Fernsprechlinien. 1913. 229.
 - Der Telegraphenbaubetrieb unterliegt nicht der Gewerbeordnung. 1921. 117.
 - *Eröffnung der Fernsprechleitung Berlin-Mailand. 1914. 276.
 - Eröffnung der Fernsprechverbindung New York-San Francisco. 1915. 126.
 - Fernsprechverbindung zwischen Deutschland und Italien. 1914. 501.
 - in Belgien unter deutscher Verwaltung bis Oktober 1915. 1916. 51.
 - in Polen unter deutscher Verwaltung. 1916. 378. 384.
 - Klage auf Herstellung eines Fernsprechanschlusses (Urteil des LG I Berlin). 1924. 37.
 - Kraftwagen im —. 1922. 178.
 - Telegraphenwegegesetz gilt für Antennen drahtloser Wirtschaftsrundspruchanlagen (§§ 1, 8 TWG) (Entsch. des pr. Ministers für Handel und Gewerbe). 1924. 39.
 - Verlegung einer Reichs-Telegraphenlinie auf Antrag eines nicht wegeunterhaltungspflichtigen Anliegers, der eine Zufahrt nach der Straße nachträglich anlegt (Urteil des LG Frankfurt [Main]). 1924. 38.
 - Verlegung eines Verkehrsweges. Änderung des Verkehrsweges im Sinne des § 3 Abs. 1 TWG (Entsch. des Regierungspräsidenten in Merseburg). 1924. 79.
 - Voraussetzungen für Verlegung einer Fernlinie (§ 6 Abs. 2 TWG). Linie mit Sp-Leitung ist Fernlinie im Sinne dieser Vorschrift (Urteil des LG Potsdam). 1923. 139.
 - Zur Genehmigungspflichtigkeit der Errichtung von Versuchsfunkanlagen (§§ 1, 3 Abs. 2 TWG) (Urteil des Obersten Landesgerichts München). 1923. 182.
 - Zur Genehmigungspflichtigkeit von Versuchsfunkanlagen; Begriff der Funkanlage (Urteil des OLG Braunschweig). 1923. 424.
- Telegraphenbauämter.** 1923. 278.
- Einrichtung der —. 1923. 284.
 - Zweckmäßigkeit der —. 1923. 287.

Telegraphenbetrieb. Sparsame Wärmewirtschaft im —. 1922. 33.

Telegraphengebäude f. unter Postgebäude.

Telegraphengeheimnis. Strafbarkeit von Telegraphenbeamten, die den nichtamtlich zu ihrer Kenntnis gekommenen Inhalt von Telegrammen rechtswidrig weiterverbreiten. 1915. 317.

Telegraphengeschichte f. unter Postgeschichte.

Telegraphenkabel. *Ein — zwischen Italien und Nordafrika. 1913. 615.

Telegraphenkonferenzen f. Welttelegraphenverein.

Telegraphenleitungen. Der Isolationszustand der oberirdischen — und sein Einfluß auf den Betrieb. 1914. 81.

Telegraphenrecht. Erhöhung der Gebühren für abgekürzte Telegrammanschriften im Laufe der Geltungsdauer der Anschrift. Geltung von Gebührenänderungen auf laufende Rechtsverhältnisse (Urteil des VG Dresden). 1924. 80.

— Genehmigungspflicht telegraphischer Feuer- und Unfallmeldeanlagen einer Gemeinde (Entsch. des RG in Berlin). 1919. 271.

— Hat der Telegrammauslieferer ein klagbares Recht auf Nennung des Namens von Telegraphenbeamten? (Urteil des VG Oppeln). 1924. 33.

— Keine Haftung der Deutschen Reichspost für Entstellung von Telegrammen (§ 21 ID) (Urteile des VG und OVG Breslau). 1924. 198.

— Keine Haftung der Reichstelegraphenverwaltung für falsche Auskunft am Schalter (Urteil des VG I Berlin). 1924. 36.

— Keine Haftung der Reichstelegraphenverwaltung für Schäden wegen doppelter Übermittlung von Telegrammen (§ 21 ID) (Urteil des OVG Oldenburg). 1923. 62 (Urteil des RG). 1924. 32 und (Urteil des OVG Karlsruhe). 1924. 78.

— Keine Haftung der Reichstelegraphenverwaltung für unrichtige Zustellung eines Telegramms mit unvollständiger Anschrift; Versuche des Annahmebeamten um Ergänzung der Anschrift (Urteil des VG Dresden). 1924. 32.

— Nebenkosten und Generalkosten bei Beschädigung von Telegraphenstangen (Urteil des VG Altenburg). 1924. 35.

— Schadenersatzpflicht des Reichsfiskus wegen ordnungswidriger Zurückholung eines dem Empfänger bereits zugestellten Telegramms (Entsch. des RG). 1918. 294.

— Veräußerung des Anteils des Wegeunterhaltungspflichtigen an der Anlage (§ 6 Abs. 4 des IWO) (Entsch. des RG). 1919. 195.

— Verlegung einer Reichs-Telegraphenlinie auf Antrag eines nicht wegeunterhaltungspflichtigen Anliegers, der eine Zufahrt nach der Straße nachträglich anlegt (Urteil des VG Frankfurt, Main). 1924. 38.

— Verlegung eines Verkehrsweges. Änderung des Verkehrsweges im Sinne des § 3 Abs. 1 IWO (Entsch. des Regierungspräsidenten in Merseburg). 1924. 79.

— Voraussetzungen für Verlegung einer Fernlinie (§ 6 Abs. 2 IWO). Linie mit Sp-Leitung ist Fernlinie im Sinne dieser Vorschrift (Urteil des VG Potsdam). 1923. 139.

— Zur Änderung des Telegraphenwegegesetzes vom 13. Februar 1924. 1924. 48.

— Zur Auslegung des § 3 Ziff. 3b des Telegraphenweggesetzes (Entsch. des RG). 1920. 116.

Telegraphenrecht. Zur Frage der »Ausführung einer besonderen Anlage« durch einen Wegeunterhaltungspflichtigen. Überlassung der Anlage eines Wegeunterhaltungspflichtigen an einen Dritten (§ 6 Abs. 2, 4 IWO) (Urteil des RG). 1923. 136.

— Zur Frage der Kostentragung für das Niederlegen von Telegraphenleitungen bei Baumfällungen (Urteil des VG III Berlin). 1920. 356.

— Zur Haftung der Deutschen Reichspost im Telegrammverkehr (§ 21 I ID) (Urteile des VG u. OVG Hamburg). 1924. 197.

Telegraphentechnik. Der Empfänger des Schnelltelegraphen von Siemens & Halske. 1913. 730.

— Der Sender des Schnelltelegraphen von Siemens & Halske. 1913. 724.

— Der Tastenlocher für den Schnelltelegraphen von Siemens & Halske. 1913. 722.

— Die Zentral-Anrufschranke M 11 für Telegraphenleitungen. 1913. 749.

— Schnelltelegraph von Siemens & Halske. 1913. 717.

Telegraphentechnisches Reichsamt. Beleuchtung im Post- und Telegraphenbetrieb unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Prüfungen elektrischer Lichtquellen und Lichtträger im —. 1923. 301.

Telegraphenwegegesetz. Begründung zur Änderung des — vom 13. Februar 1924. 1924. 51.

— Inhalt der Verordnung über die Änderung des — vom 13. Februar 1924. 1924. 54.

— Zur Änderung des — vom 13. Februar 1924. 1924. 48.

Telegraphenwesen. Aufhebung der Gebührenfreiheiten im Telegraphenverkehr. 1920. 207.

— *Bedeutung der drahtlosen Telegraphie für die Ortsbestimmung zur See. 1918. 497.

— Das dänische — im Jahre 1915/1916. 1917. 82.

— — Desgl. im Jahre 1916/17. 1918. 106.

— — Desgl. im Jahre 1917/18. 1919. 89.

— Das drahtlose Telegraphieren mit Hilfe der Kathodenröhre. 1919. 277. 317.

— Das neue Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1917. 491.

— Das niederländische — im Jahre 1915. 1917. 307.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 277.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 229.

— Das österreichische — im Jahre 1914. 1916. 293.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 303.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1919. 269.

— Das schwedische Telegraphenwesen im Jahre 1915. 1917. 74.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 98.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 82.

— Das — auf Island. 1914. 433.

— Das — in Belgien unter deutscher Verwaltung bis Oktober 1915. 1916. 36. 40.

— Das — in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1907 bis 1912. 1915. 33.

— Das — in der Nachkriegszeit. 1921. 25.

— Das — in der Schweiz im Jahre 1914. 1915. 313.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 452.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 348.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 444.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1920. 147.

— — Desgl. im Jahre 1919. 1922. 266.

— Das — in der Vorkriegszeit. 1921. 1.

Telegraphenwesen. Das — in Polen unter deutscher Verwaltung. 1919. 3. 9. 13. 19.

— Das — vor, in und nach dem Kriege. 1921. 1.

— Denkschrift über die Entwicklung und umfassende Ausgestaltung der drahtlosen Telegraphie für den allgemeinen Nachrichtenverkehr. 1919. 245.

— Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 137.

— Der Baudotapparat und seine Verwendung in Frankreich. 1913. 517.

— Der Isolationszustand der oberirdischen Telegraphenleitungen und sein Einfluß auf den Betrieb. 1914. 81.

— Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung im Generalgouvernement in Warschau. 1916. 370.

— Deutsche Universitätschriften über das —. 1920. 54.

— Deutsch-Österreichischer Telegraphenverein von 1850. 1916. 414.

— Die Edelgasröhre. 1922. 317.

— Die Hamburger Straßenbahn im Dienste der Telegrammbeförderung. 1921. 101.

— Die neuere Entwicklung der drahtlosen Telegraphie. 1914. 557.

— Die neueste Entwicklung der drahtlosen Telegraphie in Deutschland. 1922. 345.

— Die Rohstoffgewinnung aus unbrauchbaren Kabeln und abgenutzten isolierten Drähten. 1921. 213.

— *Dr. Julius Wilhelm Gintl und Dr. Johann Stark. Zwei Männer aus den Anfängen des österreichischen —. 1917. 322.

— Ein Jahr deutsche Post in Polen. 1916. 365. 380.

— *Ein Kreistelegramm rund um den Erdball. 1924. 130.

— *Ein neuer Blitzableiter für elektrische Anlagen. 1919. 387.

— Einwirkungen des Kriegsausbruchs auf den Telegraphenbetrieb. 1921. 11.

— Entstehung der elektrischen Telegraphie in den Sammlungen des Reichspostmuseums. 1922. 116.

— Entwicklung des Berliner —. 1917. 401.

— Entwicklung des österreichischen — im Jahre 1913. 1915. 124.

— Entwicklung des schwedischen — im Jahre 1913. 1915. 354. 358.

— Entwicklung des — im Welttelegraphenverein. 1916. 439.

— Entwicklung des — in den Niederlanden in den Jahren 1918 und 1919. 1921. 303.

— Entwicklung des — in Norwegen 1914/15. 1916. 455.

— *Erdströme. 1916. 100.

— Ergebnisse des — im Rechnungsjahre 1910/11 in Italien. 1915. 21.

— *Eröffnung einer drahtlosen Telegraphenanstalt (Telefunken) in Cachendo (Peru). 1918. 334.

— Feldtelegraphie im Kriege einst und jetzt. 1917. 275.

— Fünfzig Jahre Reichstelegraphie. 1921. 49.

— 50 Jahre Welttelegraphenverein. 1916. 413.

— Geschäftsbericht der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1913. 1915. 353.

— Gesetz über Post-, Postfach- und Telegraphengebühren vom 17. August 1923. 1924. 3.

— Gliederung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 138.

Telegraphenwesen. Jahresbericht der American Telephone and Telegraph Company 1912. 1913. 491.

— — Desgl. für 1914. 1915. 289.

— Jahresbericht der schwedischen Telegraphenverwaltung für das Jahr 1921. 1922. 406.

— in Belgien während der deutschen Besetzung im zweiten und dritten Kriegsjahre. 1918. 178. 221.

— in Ostpreußen zur Zeit der Russeneinfälle. 1917. 372.

— Mittelalterliche städtische Telegraphie. 1920. 110.

— Möglichkeit und Grenzen der Durchsetzung der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung mit privatwirtschaftlichen Grundsätzen. 1922. 249.

— Neuere Hausrohrpostanlagen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1918. 81. 133. 386.

— Niederländisches — im Jahre 1921. 1923. 123. 129.

— Örtliche Vorschriften und Einrichtungen beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1921. 177.

— Porto- und Gebührenfreiheiten und Vergünstigungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr. 1918. 37.

— Post, Telegraphie und Fernsprechwesen während der ersten 25 Regierungsjahre unseres Kaisers. 1913. 549.

— Post und Telegraphie in den deutschen Schutzgebieten und bei den deutschen Verkehrsanstalten im Ausland in den Jahren 1903 bis 1914. 1921. 377. 451.

— Rückblick auf die Arbeiten des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium. 1924. 94.

— Spareinrichtungen im Rohrpostbetrieb. 1923. 77.

— Störungen von Schwachstromleitungen durch Wechselstrombahnen. 1914. 33.

— Telegraphenbauämter. 1923. 278.

— Telegraphenwege-Gesetz und das badische Straßenrecht. 1917. 410.

— Umfang des schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverkehrs im Verhältnis zu demjenigen der übrigen europäischen Länder. 1915. 367.

— Vereinfachung der Verwaltungs- und Betriebsformen. 1922. 144.

— Vereinfachungen im technischen Telegraphenbetrieb. 1922. 159.

— Verhältnisse der deutschen Telegraphie bis 1914. 1921. 53.

— Verhältnisse der Reichstelegraphie nach dem Kriege. 1921. 70.

— Verhältnisse der Reichstelegraphie während des Weltkrieges. 1921. 59.

— Verordnung über Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren vom 22. November 1923. 1924. 4.

— Verwaltungsbericht über das — in Niederländisch Indien für 1920. 1923. 48.

— Verwendung der Funktelegraphie im internationalen Nachrichtenverkehr Deutschlands. 1924. 176.

— Vorstufe der Telegraphie im Altertum. 1915. 226.

— Werner v. Siemens, ein Blick auf sein Leben und Wirken für das —. 1917. 165.

— Wheatstonelocher mit elektrischem Antrieb. 1916. 388.

— *Zahl der in den Vereinigten Staaten von Amerika während der letzten fünf Jahre gekauften Holzstanzen. 1913. 112.

— Zwischenstaatlicher Telegraphenverkehr während des Krieges. 1921. 14.

- Telegraphenzugamt.** Vorrichtungen beim — in Berlin-Tempelhof zur Rohstoffgewinnung aus unbrauchbaren Kabeln und abgenutzten isolierten Drähten. 1921. 213.
- Telegraphie,** drahtlose, s. a. unter Funkwesen.
- Die drahtlose — in Rußland. 1913. 475.
- Telephonie,** drahtlose, s. unter Funkwesen.
- Temperatur.** Messung des Wärmegrades (Thermometer). 1918. 210.
- Testamentsvollstrecker.** Zur Frage der Stellung des — eines Fernsprechteilnehmers. (Urteil des OLG Breslau). 1923. 81.
- Teuerungszulagen** gehören im allgemeinen zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1918. 201.
- Thomsoneffekt** in Metallstäben von ungleichmäßiger Erwärmung. 1917. 219.
- Thüringen.** Der Kraftwagen-Personenpost-Verkehr in —. 1918. 152.
- Thurn und Taxis.**
- Anfänge der Taxischen Post. 1918. 195.
 - Beziehungen des Hauses — zu Napoleon im Jahre 1804. 1920. 6.
 - Das Taxische Postamt in Lübeck in den letzten Jahren seiner Wirksamkeit. 1915. 343.
 - Das Taxische Postamt in Lübeck zu Anfang des 19. Jahrhunderts. 1915. 201.
 - Der Taxis-Lübecker Postvertrag von 1819. 1915. 334.
 - Die Anfänge Taxischer Posten. 1916. 298.
 - Die Postmeisterfamilie Somigliano. 1922. 217.
 - Die — in Jüssen (Beitrag zur Postgeschichte aus dem 16. Jahrhundert). 1922. 13.
 - Die Taxis-Lübecker Verträge von 1851 und 1857. 1915. 338.
 - Einrichtungen und der Betrieb der ersten Taxischen Posten. 1916. 302.
 - Einschränkung der Geschäftstätigkeit des Taxischen Postamts in Lübeck. 1915. 1.
 - Lübeck-Taxische Poststreitigkeiten. 1914. 405.
 - Nächtlicher Überfall auf die Thurn- und Taxische Reitpost Wesel-Münster im Jahre 1657. 1920. 413.
 - Plünderung des Taxischen Postamts in Lübeck durch die Franzosen im Jahre 1806. 1915. 201.
 - Postmeister Johann von den Birghden in Frankfurt (Main). Ein Lebensbild aus dem Dreißigjährigen Kriege. 1918. 9.
 - Postverträge zwischen Lübeck und Taxis im 19. Jahrhundert und der Übergang des Taxischen Postamts an die Lübecker Stadtpostverwaltung. 1915. 334.
 - Stammtafel der Jüssen —. 1922. 30.
 - Taxischer Vergleichsvorschlag vom Jahre 1687 an die Stadt Lübeck wegen der Postbefugnisse. 1915. 3.
 - Taxisches Postwesen in Deutschland. 1917. 193. 199. 202.
 - Umfang der Taxischen Postgerechtsamen nach 1815. 1915. 103.
 - Vereinigung des städtischen Postamts mit dem Taxischen Postamt in Lübeck. 1915. 342.
 - Verhandlungen mit Kurbrandenburg wegen freien Durchganges der Taxischen Posten um 1700. 1915. 5.
 - Wiederherstellung des Taxischen Postamts in Lübeck im Jahre 1814. 1915. 205.

- Thurn und Taxis.** Württemberg und die Taxische Post ein Beitrag zur Geschichte der Taxischen Post in Deutschland. 1915. 97.
- Zur Geschichte der Poststrecke Rheinhausen-Brüssel 1921. 289.
- Töchterhort.** Die Stiftung — für verwaiste Töchter von Reichs-Post- und Telegraphenbeamten im Jahre 1912. 1913. 569.
- — Desgl. im Jahre 1913. 1914. 456.
 - — Desgl. im Jahre 1914. 1915. 278.
 - — Desgl. im Jahre 1915. 1916. 289.
 - — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 397.
 - — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 447.
 - — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 466.
 - — Desgl. im Jahre 1919. 1921. 121.
 - — Desgl. im Jahre 1921. 1922. 295.
 - — Desgl. im Jahre 1922. 1923. 482.
- Dreißig Jahre der Stiftung —. (Verwaltungsbericht für 1920.) 1922. 61.
- Todestag.** Zum 25jährigen — des Staatssekretärs von Stephan. 1922. 105.
- Tod durch Blitzschlag.** Haftet die Reichs-Telegraphenverwaltung, wenn ein Blitzschlag die Fernsprecheinrichtungen trifft und der Benutzer des Fernsprechers getötet wird? (Urteil des OLG Hamburg). 1923. 142.
- Togo.** Die Großfunkstelle Kamina (—). 1920. 241. 251.
- *Die Straßenverhältnisse im Schutzgebiet —. 1913. 284.
 - Eisenbahnbau in —. 1914. 542.
 - *Kraftwagenverkehr in —. 1913. 413.
 - Post und Telegraphie in — von 1903 bis 1914. 1921. 405.
- Trabantentpost.** Die Dragonerpost (—) Berlin-Osnabrück-Münster (Wesel-Eleve) 1647 bis 1649. 1921. 320.
- Die Dragonerpost (—) zwischen Berlin, Osnabrück und Münster im Jahre 1646. 1919. 148.
- Treueid.** Die Weigerung eines Beamten, den — auf die Reichsverfassung zu leisten, enthält ein Dienstvergehen im Sinne der §§ 10, 72 des Reichsbeamtengesetzes. 1922. 84.
- Triefst.** *Wirtschaftliche Bedeutung von —. 1918. 34.
- Triplex-Elektrostahl.** *Erzeugung von —. 1920. 122.
- Trockenlegung.** *Die — der Zuidersee. 1919. 159.
- *Die — des Dollart. 1918. 500.
- Tsingtau.** *Volkszählung in —. 1914. 27.
- Tübingen.** Beiträge zur Postgeschichte von —. 1922. 46.
- Tunnelbau.** *Der Montblanc-Durchstich. 1913. 287.
- *Der Montblanc-Tunnel. 1923. 57.
 - *Ein Kanaltunnel Calais-Dover. 1920. 121.
 - *Ein Tunnel durch den Kaukasus. 1913. 614.
 - *Pyrenäentunnel zwischen Frankreich und Spanien. 1919. 316.
 - *Tunnel unter der Straße von Gibraltar. 1919. 63.
- Türkei.** Bau der Bagdadbahn. 1918. 111.
- *Betriebsergebnisse türkischer Eisenbahnen im Jahre 1912. 1913. 288.
 - Das Fernsprechwesen in der —. 1914. 235.
 - Post und Telegraphie bei den Deutschen Verkehrsanstalten in der — von 1903 bis 1914. 1921. 459.
 - *Verkehrspläne der —. 1917. 356.

II

- Überfall.** Mächtlicher — auf die Thurn und Taxissche Reitpost Wesel-Münster im Jahre 1657. 1920. 413.
- Überfälle** auf Posten im 16. Jahrhundert. 1921. 294.
- Überfrachtporto.** Berechnung und Erhebung des — bei den Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 254.
- Überlagerungsempfang** im Funkbetrieb. 1919. 296.
- Überlandbahn.** *Die australische —. 1918. 291.
- Überlandverkehr.** Kraftwagenbetrieb der Reichspostverwaltung im —. 1922. 178.
— Ordnung und Betrieb des Postkraftwagen—. 1922. 180.
- Überfiedelung** des General-Postamtspräsidenten v. Seegebarth nach Ostpreußen 1806 bis 1809. 1923. 438.
- Überwachungsmaßnahmen.** Deutsche — im Auslandspostverkehr während der Zeit von 1914 bis einschließlich 1918. 1920. 166.
- Überweisungsverkehr** s. a. Giroverkehr.
— der Reichsbank im Jahre 1920. 1921. 312.
— Entwicklung des — im deutschen Postscheckverkehr. 1922. 231.
- Uhr.** *Die größte — Europas. 1922. 67.
— *Die Weltzeituhr. 1923. 343.
- Uhrenzeichenanlage.** Selbsttätige — beim neuen Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 305.
- Umsatzsteuer** s. unter Steuer.
- Unfall.** Abweisung einer Schadenersatzklage wegen eines in einem Posthause erlittenen — (Urteil des Königl. Sächsischen Oberlandesgerichts). 1913. 317.
— Bewußt unberechtigtes Herbeiführen der Zerrücksetzung durch einen von einem — betroffenen Beamten. 1922. 341.
- Unfälle** im Kraftwagenverkehr vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913. 1914. 492.
- Unfallfürsorge.** Berechtigung zur Erhebung künftiger Ansprüche aus dem Unfall-Fürsorgegesetz vom 18. Juni 1901 (Entsch. des RG). 1918. 167.
— Bestimmungen der Allgemeinen Dienstanzweisung für Post und Telegraphie als Grundlage für Schadenersatzansprüche (Entsch. des OLG in Köln). 1920. 393.
— Erstattung von Heilkosten in Rentenform an unfallverletzte Beamte (Entsch. des RG). 1919. 340.
— Zum Begriff der Kosten des Heilverfahrens im Sinne der Beamten-Unfallfürsorgegesetze (Entsch. des RG). 1924. 187.
- Unfallfürsorgegesetz.** Ein — in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1918. 331.
— Verjährung der auf Grund des — auf das Reich übergegangenen Schadenersatzansprüche (Entsch. des RG). 1920. 52.
- Unfallmeldeanlagen.** Genehmigungspflicht telegraphischer — einer Gemeinde (Entsch. des RG). 1919. 271.
- Unfallrente.** Verzicht auf — bei Erlangung einer mit Beamteneigenschaft verbundenen Anstellung (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1913. 772.
- Unfallschäden.** Ersatzpflicht des Postfiskus für — Dritter bei Benutzung des Fernsprechers. 1915. 149.
- Unfallversicherung.** Beginn der Leistungen der —. 1918. 319.
— Beurteilung der Unterleibsbrüche als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. 1918. 480.

- Unfallversicherung.** Beziehungen der Postkrankenkassen zur —. 1918. 318.
— Der Ersatzanspruch des Trägers der öffentlich-rechtlichen — gegen die nach bürgerlichem Rechte entschädigungspflichtigen Personen. 1914. 164.
— Die — nach der Reichsversicherungsordnung. 1913. 581. 630.
— Entwicklung in den ersten dreißig Jahren. 1917. 1.
— Gegenstand der — nach der Reichsversicherungsordnung. 1913. 593.
— Gehören die Postscheckämter zu den reichsgesetzlich der — unterliegenden Betrieben? (Entsch. des RG). 1919. 313.
— Regelung der Fürsorge für Verletzte auf Grund der —. 1913. 598.
— Träger der —. 1913. 592.
— Umfang der — nach der Reichsversicherungsordnung. 1913. 592.
- Ungarn.** Der Postauftragsdienst in —. 1915. 143.
— Einrichtung der Feldpost in —. 1915. 328.
— Ergebnisse des österreichischen und ungarischen Post-Spar- und Scheckverkehrs im Kalenderjahr 1912. 1913. 694.
— Ergebnisse des ungarischen Post-Spar- und Scheckverkehrs im Kalenderjahr 1913. 1914. 591.
— Internationaler Überweisungsverkehr im Kalenderjahr 1913. 1914. 593.
— Neuordnung des Postvertragsverhältnisses zwischen Deutschland und Österreich—. 1917. 41.
— Verhandlungen über die neuen Postabkommen zwischen Deutschland, Österreich, — und Bosnien-Herzegowina. 1917. 48.
- Universitätschriften.** Deutsche — über Post- und Telegraphenwesen. 1920. 54.
- Unpfändbarkeit** der Kriegsteuerungsbeihilfen für Beamte (Beschuß des OLG in Bamberg). 1918. 295.
- Untergrundbahn.** *Die Berliner Nord-Südbahn. 1914. 648.
— Die erste — (in London). 1913. 201.
- Unterhaltungspflicht.** Die Instandsetzungs- und — der Landstraßen in Sachsen im 18. Jahrhundert. 1913. 429.
- Unterhaltungsrundfunk.** Die Rechtsstellung der Funk-sendegesellschaften (—, drahtloser Wirtschaftsrund-spruchdienst).
— Wirtschaftsnachrichtendienst des —. 1924. 155.
- Unterleibsbrüche.** Beurteilung der — als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. 1918. 480.
- Unternehmungen** zur Hebung gesunkener Schiffe. 1919. *160.
- Unterseekabel.** Die Entwicklung der —. 1916. 434.
- Unterstützungen** der Postagenten aus Postmitteln. 1913. 296.
- Unterstützungskasse** für Angestellte der American Telephone and Telegraph Company. 1913. 498.
— für Angestellte der American Telephone and Telegraph Company und der mit ihr vereinigten Fern-sprechgesellschaften. 1915. 292.
- Untersuchungseinrichtungen.** Bauart der Schaltapparate für elektromagnetisch gesteuerte —. 1913. 325.
— Elektromagnetisch gesteuerte — in Fernsprechleitungen. 1913. 321.
— Schaltungen bei elektromagnetisch gesteuerten —. 1913. 331.

- Untersuchungseinrichtungen.** Unterbringung der Schaltrelais und Sicherungen in Umgehungslinien bei den elektromagnetisch gesteuerten —. **1913.** 332.
- Verbindungsleitungen, Relais säule und Sicherungen bei elektromagnetisch gesteuerten —. **1913.** 328.
- Verwendungsmöglichkeit der elektromagnetisch gesteuerten —. **1913.** 323.
- Unterwasser-Flammenschnaider.** *Bergungsarbeiten unter Benutzung von —. **1920.** 423.
- Unterwasserkabel.** Beschädigungen der — durch Grundschleppnetze. **1920.** 404.
- Unzulässiger Rechtsweg.** § 66 Abs. 1 und 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874/6. Mai 1880 begründet keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Der Rechtsweg ist unzulässig (Entsch. des RG). **1924.** 128.
- Urkunde.** Die älteste postalische — in Schweden. **1924.** 146.
- Urkunden** über die Postverhältnisse in Königsberg (Pr.) aus dem 16. und 17. Jahrhundert. **1921.** 351.
- über die preussische Lehnspost 1700 bis 1711. **1920.** 266.
- Urkundensälschung.** Unbefugte Anwendung des Vermerks »Feldpostbrief« als — und Betrug? (Entsch. des RG). **1918.** 197. 199.
- Urteile,** s. Entscheidungen.

B

- Vakuumreiniger** s. Staubsauger.
- Venezuela.** Der Anteil von — am Weltkabelnetz. **1914.** 380.
- Verbesserungen** auf dem Gebiete des Postwesens im Jahre 1913. **1914.** 126.
- Verbindungsleitungen** bei elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. **1913.** 328.
- Bereinfachungen.** Verbesserungen und — auf dem Gebiete des Postwesens im Jahre 1913. **1914.** 126.
- Bereinigte Staaten von Amerika** s. auch Amerika.
- Das Fernsprechwesen in den —. **1914.** 232.
- — Desgl. von 1907 bis 1912. **1914.** 467.
- Das Telegraphen- und Fernsprechwesen in den — von 1907 bis 1912. **1915.** 33.
- Der Anteil der — am Weltkabelnetz. **1914.** 376.
- Der Paketbahnhof der Americ. Expres Company in New York. **1913.** 342.
- Die Schifffahrt der — in den Berichten des General-Postmeisters für die Jahre 1910 bis 1912. **1913.** 681.
- *Die wirtschaftlichen Verhältnisse der größeren Fernspreckgesellschaften in den —. **1913.** 775.
- Einführung des Postpaketdienstes in den — und andere Neuerungen. **1913.** 53.
- Ein Unfallfürsorgegesetz in den —. **1918.** 331.
- *Erweiterungsbau des Erie Kanals. **1919.** 64.
- Fernspreckverbindung New York-San Francisco. **1915.** 126.
- Förderanlagen für Briefbeutel auf dem Postbahnhofe der Pennsylvaniaabahn in New York. **1913.** 346.
- *Gepanzerte Postwagen in den —. **1923.** 57.
- Geschäftsbericht der Postverwaltung der — für das Rechnungsjahr 1913/14. **1915.** 129.

- Bereinigte Staaten von Amerika.** Jahresbericht der American Telephone and Telegraph Company 1912. **1913.** 491.
- — Desgl. für 1914. **1915.** 289.
- *Jährliche Durchschnittspreise des Kupfers am nordamerikanischen Markte. **1913.** 257.
- Massenförderanlagen für den Paket- und Briefverkehr in New York. **1913.** 340.
- Vergütungsätze für die Seebeförderung der Post. **1913.** 688.
- Verstaatlichung der Telegraphen- und Fernspreckanlagen in den —. **1915.** 132.
- *Zahl der in den — während der letzten fünf Jahre gekauften Holzstangen. **1913.** 112.
- Verfahren** zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft. **1921.** *417.
- Vergehen.** Ursprung der Bestimmungen über das Verwaltungsstrafverfahren bei — gegen das Postgesetz. **1923.** 33.
- Verjährung** der auf Grund des Unfallfürsorgegesetzes auf das Reich übergegangenen Schadenersatzansprüche (Entsch. des RG). **1920.** 52.
- Verkehr.** Allerhand Neues über Handel und — in Persien. **1913.** 760.
- *Der — im Kaiser-Wilhelm-Kanal. **1913.** 745.
- des deutschen Ordens mit Polen um 1400. **1913.** 666.
- des deutschen Ordens mit Rom um 1400. **1913.** 668.
- des deutschen Ordens mit Ungarn um 1400. **1913.** 667.
- Verkehrsbeirat.** Rückblick auf die Arbeiten des — beim Reichspostministerium. **1924.** 94.
- Verkehrsbeziehungen** des deutschen Ordens zu den nordischen Ländern um 1400. **1913.** 662.
- des deutschen Ordens zu den westlichen Ländern um 1400. **1913.** 628.
- des deutschen Ordens zu Deutschland um 1400. **1913.** 621.
- Verkehrsbichte.** Einfluß der — auf das wirtschaftliche Ergebnis der Rohrpost. **1916.** 178.
- Verkehrsentwicklung** des Berliner Paketpostamts in den letzten 50 Jahren. **1913.** 652.
- Verkehrsgeographie.** *Weltpolitische Schnittfläche zwischen dem Bosphorus und dem Persischen Meere. **1917.** 227.
- Verkehrsumfang.** Geschäftskreis und — des neuen Postgebäudes am Hauptbahnhof in Dortmund. **1914.** 12.
- Verkehrsverhältnisse.** Die — der Länder des nördlichen Ostseebeckens. **1913.** 481.
- Verkehrswesen.** Allerlei über Wagen, Zugkraft und Straßen. **1920.** 97.
- Allgemeines über das — in Belgien vor dem Weltkriege. **1916.** 33.
- *Änderungen in der Fundordnung der deutschen Eisenbahnverwaltungen. **1920.** 124.
- *Anteil der nationalen Flaggen am Hamburger Hafenverkehr. **1921.** 287.
- Ausbau der norwegischen Eisenbahnen. **1915.** 243.
- Ausbau des schwedischen Eisenbahnnetzes. **1915.** 349.
- *Auswechselbarer Frachtraum. **1920.** 423.
- *Bahnbau von Tanger nach Dakar. **1920.** 279.
- Bau der Bagdadbahn. **1918.** 111.
- *Bau der schwedischen Mittellandbahn. **1919.** 159.
- *Baupläne der dänischen Staatsbahnen. **1917.** 208.

- Verkehrswesen.** Betriebsergebnisse der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahre 1913. **1915.** 168.
- — Desgl. im Jahre 1914. **1916.** 268.
 - — Desgl. im Jahre 1915. **1917.** 258.
 - — Desgl. im Rechnungsjahre 1916. **1918.** 285.
 - — Desgl. im Rechnungsjahre 1917. **1919.** 459.
 - — Desgl. im Rechnungsjahre 1918. **1920.** 80.
 - *Betriebsverhältnisse auf den sibirischen Eisenbahnen. **1920.** 120.
 - *Beziehungen zwischen der Post und den Eisenbahnen in Frankreich. **1919.** 198.
 - *Das Flettner-Rotorship. **1924.** 187.
 - *Das größte Flugzeug der Erde. **1924.** 71.
 - Der Brief und seine Beförderung im Altertum. **1921.** 228.
 - *Der Dieselmotor in der Seeschifffahrt. **1917.** 425.
 - Der gemeine Handelswert im eisenbahnrechtlichen Sinne (Entsch. des OLG in Hamburg). **1921.** 235.
 - Der Hohenzollerkanal Berlin-Stettin. **1914.** 515.
 - Der Kraftwagen-Personenpost-Verkehr in Thüringen. **1918.** 152.
 - *Der Montblanc-Tunnel. **1923.** 57.
 - *Der neue Eisenbahnknotenpunkt zwischen Schweden und Rußland. **1916.** 281.
 - *Der neue Hauensteintunnel. **1916.** 283.
 - *Der Suezkanalverkehr im Jahre 1919. **1920.** 396.
 - *Der Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal während des Rechnungsjahres 1913. **1915.** 157.
 - Der Verkehr im Suezkanal während des Krieges. **1916.** 395.
 - Die äthiopische Bahn Dschibuti-Dire Dawa-(Abis Ababa). **1914.** 585.
 - *Die Bagdadbahn. **1919.** 342.
 - Die bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Rohrpost in den letzten 25 Jahren. **1916.** 177.
 - *Die Berliner Nord-Südbahn. **1914.** 648.
 - Die Eisenbahnen der Erde am Schlusse des Jahres 1911. **1913.** 500.
 - — Desgl. am Ende des Jahres 1912. **1914.** 552.
 - — Desgl. am Ende des Jahres 1913. **1915.** 309.
 - Die Eisenbahnen Deutschlands im Rechnungsjahre 1912. **1914.** 490.
 - Die Eisenbahnen im innersten Afrika. **1919.** 199.
 - Die Eisenbahnen in den deutschen Schutzgebieten. **1914.** 533.
 - Die Erschließung Afrikas durch Eisenbahnen. **1914.** 177.
 - *Die erste Eisenbahn auf Island. **1919.** 98.
 - Die erste Post in Deutschland Münster (Westf.)-Worms. **1917.** 484.
 - Die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals. **1914.** 615.
 - Die Flugpost in Kolumbien. **1924.** 67.
 - Die Großherzoglich Oldenburgischen Staatsbahnen von 1867 bis 1917. **1918.** 22.
 - *Die größte gewölbte Eisenbahnbrücke der Erde. **1920.** 422.
 - *Die größte Lokomotive. **1920.** 121.
 - *Die Kraftfahrlinien der Reichspost 1920 bis 1922. **1923.** 98.
 - Die Luftpost von 1920 bis 1922. **1923.** 253.
 - *Die Murmanbahn. **1919.** 388.
 - Die preussischen Schnellposten. **1919.** 448.

- Verkehrswesen.** Die schweizerischen bespannten Postfuhrwerke und ihr Bau zur Zeit des Kriegsausbruchs. **1920.** 333.
- Die Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost und ihre Wirkungen auf den Verkehr. **1924.** 55.
 - *Dradtlose Sicherheitsvorrichtung für fahrende Eisenbahnzüge. **1920.** 423.
 - Eine neue Eisenbahnbremse. **1918.** 417.
 - Eine neue Eisenbahnlinie Tongern-Aachen. **1920.** 422.
 - Ein Fürstbischöflicher Postfuhrvertrag aus dem Jahre 1679. **1920.** 329.
 - Ein Kanaltunnel Calais-Dover. **1920.** 121.
 - Einiges von den Eisenbahnen Brasiliens. **1920.** 185.
 - *Ein neues Luftschraubenboot für unregelmäßige Gewässer. **1917.** 356.
 - *Einstellung des Balkanzuges. **1919.** 159.
 - Entdeckung des neuen Seewegs nach Nordrußland. **1916.** 442.
 - Entwicklung der Kleinbahnen in Preußen im Jahre 1918. **1920.** 414.
 - Entwicklung der Luftfahrt und ihre Bedeutung für den Postverkehr. **1920.** 212.
 - Entwicklung des Baues der Bahnpostwagen bei der preussischen und der Reichs-Postverwaltung. **1917.** 89.
 - Entwicklung des deutschen — im Ausland von 1903 bis 1914. **1921.** 380.
 - Ergebnisse der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahr 1918. **1921.** 198.
 - *Eröffnung des Panamakanals. **1914.** 649.
 - Eröffnung des Rhein-Weser-Kanals. **1915.** 220.
 - *Jahrgeschwindigkeit der deutschen Schnellzüge. **1916.** 201.
 - Fürstbischöflich Münsterische Personenposten. **1923.** 345.
 - Fürstbischöflich Münsterische »Post-Wagen-Ordnung« aus dem Jahre 1679. **1914.** 512.
 - Gemeiner Handelswert im frachtrechtlichen Sinne (Entsch. des RG). **1921.** 286.
 - General-Postmeister von Nagler und seine Stellung zu den Eisenbahnen. **1916.** 223.
 - Geschwindigkeitsmesser für Lokomotiven. **1916.** 305.
 - *Größe der Seefrachtdampfer. **1919.** 98.
 - *Größenbestimmung der Schiffe nach Tonnen. **1917.** 277.
 - Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen im Jahre 1914. **1916.** 459.
 - *Herstellung des Lippe-Seitenkanals. **1914.** 648.
 - *Heuschreckenschwärme als Verkehrshindernis. **1924.** 71.
 - *Kanalwesen in Schweden. **1916.** 458.
 - Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. **1916.** 249.
 - Lose Blätter aus der Geschichte des sächsischen Postwesens im 18. Jahrhundert. **1917.** 23. 65.
 - Nebenbahnähnliche Kleinbahnen im Deutschen Reich im Rechnungsjahre 1913. **1915.** 174.
 - — Desgl. im Jahre 1914. **1916.** 275.
 - — Desgl. im Jahre 1915. **1917.** 264.
 - *Neubauten im schwedischen Staatsbahnnetz. **1916.** 136.

Verkehrsweisen. *Neue Elektrifizierungspläne für die schwedischen Bahnen. 1916. 53.

- *Neue Häfen in Jütland. 1916. 282.
- *Neue japanische Schifffahrtslinien. 1920. 358.
- *Neue Verkehrswege in Afrika. 1921. 288.
- Nochmals die erste Post in Deutschland. 1918. 194.
- *Postmeilenäulen. 1923. 300.
- *Pyrenäentunnel zwischen Frankreich und Spanien. 1919. 316.
- Regensburger Handels- und Nachrichtenverkehr im Ausgang des Mittelalters. 1923. 467.
- Regelung der Schifffahrt auf der unteren Donau. 1916. 167.
- *Riga als Seeverkehrsplatz. 1917. 427.
- *Rückgang des amerikanischen Eisenbahnnetzes. 1923. 363.
- *Schiffsbestand der deutschen Handelsmarine. 1920. 424.
- Schiffsverkehr im Panamakanal im ersten Betriebsjahr. 1916. 174.
- *Seeschiffe aus Eisenbeton. 1917. 324.
- *Seilschwebbahnen in alter Zeit. 1917. 426.
- *Sicherung der Schifffahrt gegen Eisberge. 1923. 30.
- Tarispolitik der deutschen Reichsbahn. 1923. 1.
- Tunnelbau unter der Straße von Gibraltar. 1919. 63.
- Vergleich zwischen Schiffen aus Beton, Holz und Stahl. 1919. 342.
- Verkehr auf den Reichs-Postdampferlinien im Jahre 1912. 1914. 461.
- *Verkehrspläne der Türkei. 1917. 356.
- *Wasserbauten im Mündungsgebiet der Weichsel. 1918. 33.
- *Wirtschaftliche Bedeutung von Triest. 1918. 34.
- *Zwei große neue Kolonialbahnen, die Kap-Kongobahn und die australische Überlandbahn. 1918. 290.

Verletzung. Haftpflicht des Fernsprechteilnehmers für — des Betriebspersonals (Entsch. des RG). 1924. 200.

Verluste. *Die — der Schifffahrt während des Krieges. 1920. 308.

Vermögen. Anlage des — der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. 1915. 167.

Vernickelung. *Vernickeln von Aluminium. 1922. 66.

Verordnungen s. Gesetze.

Verzückung. Keinen Rechtsanspruch auf — in ein anderes Amt (Entsch. des RG). 1919. 31.

Versicherung der Angestellten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1913. 353.

— der im Haushalt der Beamten beschäftigten Personen. 1913. 364.

— Freiwillige — nach dem Versicherungsgezet für Angestellte vom 20. Dezember 1911. 1913. 358.

Versicherungsbehörden. Die — nach der Reichsversicherungsordnung. 1913. 586.

Versicherungsfreiheit der weiblichen Beamten nach § 1234 der Reichsversicherungsordnung. 1913. 197.

Versicherungsmarken. Bereitstellung und Verkauf der — durch die Post. 1917. 12.

Versicherungspflicht der Angestellten in Betrieben oder im Dienste des Reichs. 1913. 354.

Versicherungsträger. Beziehungen der — zueinander und zu andern Verpflichteten nach der Unfallversicherung. 1913. 630.

Versicherungswesen. Anspruch der Rassenmitglieder auf Benutzung der 3. Eisenbahnwagenklasse (Entsch. des Oberversicherungsamts in Arnberg). 1920. 396.

— Auslegung des § 177 des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Entsch. des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1919. 27. 28.

— Beschäftigung im Hauptberuf im Sinne der Angestelltenversicherung (Beschlüsse des Oberschiedsgerichts). 1918. 77. 78, (Beschluss des Rentenausschusses). 1918. 79.

— Beschluss des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung über die Versicherungspflicht einer Marktenverkäuferin. 1916. 279.

— Der Ersatzanspruch des Trägers der öffentlich-rechtlichen Unfallversicherung gegen die nach bürgerlichem Rechte entschädigungspflichtigen Personen. 1914. 164.

— Die Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. 1913. 581.

— Die Wirksamkeit der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. 1915. 161.

— Dreißig Jahre Unfall- und fünfundzwanzig Jahre Invalidenversicherung. 1917. 1.

— Entwicklung der Postkrankenassen vor und in dem Kriege. 1919. 201.

— Gehören die Postschedämter zu den reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben? (Entsch. des RG). 1919. 313.

— Kriegsteuerungszulagen als Entgelt bei der Angestelltenversicherung (Beschluss des Oberschiedsgerichts). 1918. 79, (Bescheid des Reichsversicherungsamts). 1918. 80.

— Lehrlingsbegriff und Krankenversicherungspflicht der Anwärterinnen (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1918. 495.

— *Reisegepäckversicherung bei den preussischen Eisenbahnen. 1919. 196.

— Versicherung des Reichs gegen Schäden aller Art. 1923. 427.

— Versicherungspflicht der Frau eines Postagenten als Kriegsvetreterin (Beschluss des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1918. 330.

— Versicherungspflicht einer Kriegsaushelferin (Beschluss des Schiedsgerichts für Angestelltenversicherung). 1918. 331.

— Zinseszins-Rechnung bei Lebens- und Rentenversicherungen. 1920. 42.

Versicherungszwang bei der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. 1914. 625.

Versuchsfunkanlage. Genehmigungspflichtigkeit einer — (Urteil des LG Potsdam). 1924. 40.

Verträge, Abkommen usw.

— Der Postvertrag Kurbrandenburgs mit der Schweiz vom Jahre 1695. 1917. 203.

— Der preussisch-amerikanische Postvertrag von 1852. 1920. 281.

— Deutsch-österreichischer Telegraphenverein von 1850. 1916. 414.

— Die neuen deutsch-österreichischen und deutsch-ungarischen Postabkommen. 1917. 51.

— Ein fürstbischöflicher Postfuhrvertrag aus dem Jahre 1679. 1920. 329.

— Erfüllung vor dem Kriege geschlossener Lieferungsverträge (Entsch. des RG). 1919. 158.

— 50 Jahre Welttelegraphenverein. 1916. 413.

Verträge. Neuordnung des Postvertragsverhältnisses mit Österreich-Ungarn. 1917. 41.

— Postbeförderungsvertrag zwischen der Reichs-Postverwaltung und den Berliner Straßenbahngesellschaften. 1919. 192.

— Postrechtliche Nebenbestimmungen in Staatsverträgen mit dem Auslande. 1918. 184.

— Preußen und der österreichisch-italienische Postverein vom Jahre 1850. 1917. 389.

— *Rücktritt der American Line vom Vertrag mit der amerikanischen Postverwaltung. 1921. 236.

— Schutz der Funktelegraphie durch zwischenstaatliche Verträge und durch die innere Gesetzgebung. 1919. 247.

— Telegraphenverträge der westeuropäischen Länder. 1916. 416.

— zwischen Deutschland, Italien und der Schweiz über den deutsch-italienischen Fernsprechkverkehr im Durchgang durch die Schweiz. 1914. 507.

Vertrieb der Postwertzeichen während der Zeit der großen Geldentwertung. 1924. 100.

Verwaltungsberichte s. auch unter Jahresberichte.

— Aus dem — der Reichsbank für das Jahr 1913. 1914. 465.

— der persischen Postverwaltung über das Rechnungsjahr 1911/12. 1913. 760.

Verwaltungsdiens. Erweiterung der Befugnisse der Oberpostdirektionen. 1913. 80.

Verwaltungsrecht. Der Kraftpostbetrieb unterliegt nicht der Zuweisung an die Führwerks-Berufsgenossenschaften (Entsch. des Reichsversicherungsamts). 1924. 129.

Verwaltungsstrafverfahren. Ursprung der Bestimmungen über das — bei Vergehen gegen das Postgesetz. 1923. 33.

Verwaltungsvorschriften zur Zahlung des einmaligen Fernspreckbeitrags durch die Deutsche Volksversicherung. 1922. 280.

Verzugzinsen und Gerichtskosten im Ersatzverfahren. 1914. 170.

Vogesen oder Wasgenwald? 1915. 286.

Volkswirtschaft. *Einfluß der Ersatzstoffe auf die — und ihre Zukunft. 1919. 30.

Volkszählung. *Dichtigkeit der Bevölkerung im Deutschen Reich und in den Einzelstaaten (— 1910). 1913. 208.

— *Die — in Tsingtau. 1914. 27.

Vorschriften. Örtliche — und Einrichtungen beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1921. 177.

Vortrag. Nimm Dir ein Postscheckkonto! Ein — mit Lichtbildern vom Geh. Ober-Postrat Grosse. 1917. 441.

28

Vagen. Allerlei über —, Zugkraft und Straßen. 1920. 97.

Vagenbau. Bahnpostwagenbau in Frankreich. 1914. 172.

— Die schweizerischen bespannten Postfuhrwerke und ihr Bau zur Zeit des Kriegsausbruchs. 1920. 333.

— Wagenbau im 15. Jahrhundert. 1920. 98.

Vagenklasse. Anspruch der Klassenmitglieder auf Benützung der 3. Eisenbahnwagenklasse (Entsch. des Oberversicherungsamts in Arnsherg). 1920. 396.

Wärmelehre. Dampfdruck. 1918. 219.

— Die Wärme. 1918. 209.

— Einfluß der Temperatur auf die Eigenschaften der Körper. 1918. 216.

Wärmelehre. Mechanisches Wärmeäquivalent. 1918. 214.

— Mitführung von Wärme. 1918. 219.

— Umwandlungswärme. 1918. 214.

— Wärmeleitung der Stoffe. 1918. 217.

— Wärmemenge und spezifische Wärme. 1918. 212.

— Wärmestrahlung. 1918. 218.

Wärmeleitung in Metallen. 1917. 215.

Wärmewirtschaft. Allgemeines über —. 1922. 33.

— Aufgaben der praktischen —. 1922. 36.

— Gestaltung der Brennstoff- und —. 1922. 35.

— Sparsame — im Post- und Telegraphenbetrieb. 1922. 33.

Warschau. Das deutsche Post-, Telegraphen- und Fernsprekwesen in Polen während der Besetzung. 1919. 1.

— Das neue Postgebäude in —. 1917. 281.

— Die deutsche Post- und Telegraphenverwaltung im Generalgouvernement —. 1916. 370.

— Postdienstgebäude in — während der deutschen Besetzung. 1919. 8. 20.

Wasgenwald. *Vogesen oder —? 1915. 286.

Wasserbauten. *Die — im Mündungsgebiete der Weichsel. 1918. 33.

Wasserkraft. *Die — in Preußen und in den benachbarten Staatsgebieten. 1915. 351.

Wasserpost. *Schwimmende Postboten. 1920. 422.

Wasserstraßen. Die untere Donau. 1916. 167.

Wasserwirtschaft. Die deutsche — und ihre künftige Entwicklung. 1918. 365.

— *Trockenlegung der Zuidersee. 1919. 159.

— *Trockenlegung des Dollart. 1918. 500.

— *Wehranlage in der Weser bei Bremen. 1919. 197.

Wechsel. Der — als Zahlungsmittel. 1919. 366.

Wechselordnung. Reichsgerichtsentscheidung über den Art. 88 und 91 der — (Erfordernisse des Wechselprotestes). 1915. 216.

Wechselprotest. Gesetz vom 30. Mai 1908, betreffend Erleichterung des —. 1915. 110.

— Reichsgerichtsentscheidung über die Erfordernisse des — hinsichtlich der Angabe der Proteststelle und über die Wirkung der Wohnungsangabe in der Adresse des Bezogenen und im Akzept für die Protesterhebung. 1915. 216.

Wechselstrombahnen. Störungen von Schwachstromleitungen durch —. 1914. 33.

Wechselverkehr. Verbesserungen im deutschen —. 1913. 39. 83.

Wege. Einziehung öffentlicher — in Baden. 1917. 420.

— Gesetzliche Bestimmungen über die öffentlichen — in Baden. 1917. 410.

— Unterarten der öffentlichen — in Baden. 1917. 417.

Wegeunterhaltungspflichtiger. Zur Frage der »Ausführung einer besonderen Anlage« durch einen —. Überlassung der Anlage eines — an einen Dritten (§ 6 Abs. 2, 4 ZWG). 1923. 136.

Weibliche Beamte. Verhältnisse der — bei den Beratungen des Haushalts 1914 im Reichstage. 1914. 215.

— 217. 219. 220. 242.

— Versicherungsfreiheit der — nach § 1234 der Reichsversicherungsordnung. 1913. 197.

Weichenbetrieb bei Postladeanlagen im Reichspostgebiet. 1916. 102.

Weichsel. *Wasserbauten im Mündungsgebiet der —. 1918. 33.

Wellen. Elektrische — auf Leitungen. 1916. 150.

Wellenmesser. Der Dekremeter Marconis. 1915. 301.

Wellenmesser. Der große — der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. 1915. 298.

- Der kleine — der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. 1915. 268.
- Der kleine — Marconis. 1915. 300.
- Der — von Boas. 1915. 308.
- Der — von Culver. 1915. 304.
- Der — von Drude. 1915. 262.
- Der — von Ferrié. 1915. 306.
- Der — von Franke-Dönitz. 1915. 267.
- Der — von Hirsch. 1915. 304.
- Der — von Jbes-de Forest. 1915. 264.
- Der — von Murgas. 1915. 264.
- Der — von Péri. 1915. 306.
- Der — von Peudert. 1915. 267.
- Der — von Pierce. 1915. 302.
- Der — von Rendahl. 1915. 264.
- Der — von Seibt. 1915. 264.
- Der — von Tissot. 1915. 304.
- Der — von Zenneck. 1915. 262.
- Universalwellenmesser von C. Lorenz AG. 1915. 299.

Weltkabelnetz. Das —. 1914. 373.

- Der Anteil Australiens am —. 1914. 380.
- Der Anteil Dänemarks am —. 1914. 378.
- Der Anteil der Vereinigten Staaten von Amerika am —. 1914. 376.
- Der Anteil Deutschlands am —. 1914. 380.
- Der Anteil Englands am —. 1914. 377.
- Der Anteil Frankreichs am —. 1914. 375.
- Der Anteil Italiens am —. 1914. 379.
- Der Anteil Japans am —. 1914. 380.
- Der Anteil Rußlands am —. 1914. 379.
- Der Anteil Spaniens und Portugals am —. 1914. 379.
- Der Anteil Venezuelas am —. 1914. 380.

Weltkarte. *Plan zu einer einheitlichen —. 1915. 223.

Weltkrieg s. auch unter Krieg.

- Ausführungsbestimmungen für den Postverkehr der Kriegsgefangenen und ihre Durchführung in Deutschland. 1917. 141.
- Beschränkungen des deutschen Postverkehrs in der Zeit von 1914 bis einschließlich 1918. 1920. 161.
- *Bewachung der englischen Eisenbahnen im Kriege. 1920. 392.
- Das Telegraphen- und Fernsprechwesen vor, in und nach dem Kriege. 1921. 1.
- Die Berliner Rohrpost im —. 1920. 301.
- Die deutsche Feldpost im rumänischen Feldzuge. 1918. 1.
- Die englische Feldpost. 1920. 71.
- Die Leistungen Schwedens bei der Vermittlung des deutschen Kriegsgefangenen-Postverkehrs von und nach Rußland. 1920. 397.
- Die Luftschiffahrt während des — und nach dem Kriege. 1920. 221.
- Die neue belgische Notenbank. 1917. 117.
- Die Oberpostdirektion Gumbinnen im ersten Kriegsjahre. 1917. 177.
- Die Reichskriegsanleihen. 1916. 124.
- Die vierte deutsche Reichskriegsanleihe. 1917. 34.
- Die fünfte deutsche Reichskriegsanleihe. 1917. 268.
- Die sechste und siebente deutsche Reichskriegsanleihe. 1918. 234.
- Die achte und neunte deutsche Reichskriegsanleihe. 1919. 262.

Weltkrieg. Deutsche Post in Belgien im zweiten und dritten Kriegsjahre. 1918. 169. 220.

- *Deutsches Kriegswirtschaftsmuseum in Leipzig. 1918. 245.
- Erinnerungsblätter aus dem Betriebe der Post Ostpreußens schweren Tagen. 1917. 369.
- Geschichte der Deutschen Feldpost im Kriege 1914/1922. 1.
- Leistungen der Großfunkstelle in Rauen während Krieges. 1921. 275.
- Paketverkehr des englischen Meeres in Frankreich. 1920. 46.
- Postverkehr der Kriegsgefangenen. 1917. 137. 2.
- *Stickstoffwirtschaft Deutschlands im —. 1920.
- Tätigkeit der Reichs-Telegraphenverwaltung für Seehund und Marine. 1921. 18.
- Verhältnisse der Reichspost und Reichstelegraphenverwaltung während des —. 1921. 59.
- *Verluste der Schifffahrt während des Krieges 1914/1920. 308.
- Weiterführung begonnener Friedensaufgaben Reichs-Telegraphenverwaltung während des Krieges. 1921. 24.

Weltmeer. *Ausdehnung des —. 1915. 245.

Weltpostverein. Feier des 50jährigen Bestehens des auf dem Weltpostkongreß in Stockholm. 1924. 93.

- Stephans Denkschrift, betreffend den allgemeinen Post-Congreß von 1868. 1924. 86.
- Zum 50jährigen Bestehen des —. 1924. 81.

Weltpostverkehr. Gewährleistung im —. 1923. 118.

- Gläubiger des Ersatzanspruchs im —. 1923. 1.
- Rechtsverhältnis zwischen den einzelnen Postverwaltungen im —. 1923. 122.
- Schuldner des Ersatzanspruchs im —. 1923. 119.

Weltpostvertrag. Bestimmungen des — über den Postverkehr der Kriegsgefangenen. 1917. 139.

Weltaufbau. *Der — am 31. März 1920. 1920. 3.

Welttelegraphenverein. Die Unterseekabel. 1916. 4.

- Entwicklung des Telegrammtarifs im zwischenstaatlichen Verkehr. 1916. 429.
- 50 Jahre —. 1916. 413.
- Geschäftsführung des — im Jahre 1914. 1915. 3.
- Internationales Bureau des —. 1916. 426.
- Konferenzen des — in Berlin 1885. 1916. 422, Budapest 1896. 1916. 423, in Vissabon 1908. 1916. 425, in London 1879. 1916. 422, in London 1900. 1916. 424, in Paris 1890. 1916. 423, in Petersburg 1875. 1916. 421, in Rom 1872. 1916. 420, in Wien 1868. 1916. 420.
- Statistisches über den Verkehr im —. 1916. 439.
- Vorgeschichte und Gründung des —. 1916. 413.

Weltzeituhr. *Die —. 1923. 343.

Werkstätten für Postkraftwagen. 1922. 194.

Wefer. *Wehranlage in der — bei Bremen. 1919. 1.

Westfalen. Altwestfälische Briefsammlungen (1470–1691). 1921. 189.

— Die ältesten westfälischen Briefe aus dem 9.–15. Jahrhundert. 1920. 325.

Wettbewerb der Postsparkasse mit anderen Sparkassen. 1923. 29.

Wheatstonelocher mit elektrischem Antrieb. 1916. 388.

Wien. Das Postsparkassenamt in — im Jahre 1917. 173.

- — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 191.
- — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 60.
- — Desgl. im Jahre 1918. 1920. 113.

- Bien.** Das Postspartassennam im Jahre 1919. **1921.** 210.
 — — Desgl. im Jahre 1920. **1922.** 244.
 — — Desgl. im Jahre 1921. **1923.** 358.
- Wirkungsweise** der Sammelheizanlagen. **1922.** 165.
- Wirtschaftlichkeit.** Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. **1922.** 137.
 — Die — von Papier- und Hanfbindfaden. **1922.** 80.
- Wirtschaftsergebnis.** Erhöhung des Ertrags des schweizerischen Fernleitungsnetzes von 1912 bis 1921. **1923.** 456.
 — Gegenwärtiger Ertrag des schweizerischen Fernleitungsnetzes. **1923.** 454.
- Wirtschaftsmaßnahmen.** Spareinrichtungen im Rohrpostbetrieb. **1923.** 77.
- Wirtschaftsnachrichtendienst.** Der — des Unterhaltungsrundfunks. **1924.** 155.
- Wirtschaftsrundspruch.** Telegraphenwegegesetz gilt für Antennen drahtloser — Anlagen (§§ 1, 8 ZWG) (Entsch. des pr. Ministers für Handel und Gewerbe). **1924.** 39.
- Wirtschaftsrundspruchdienst.** Rechtsverhältnisse im drahtlosen —. **1924.** 155.
- Wirtschaftswesen.** Deutsche Universitätschriften über Finanz- und Volkswirtschaft sowie über Sozialpolitik. **1920.** 61. 62.
- Wohlfahrtseinrichtungen.** Das Pösterholungsheim Schloß Nordkirchen. **1922.** 290.
 — der Fernsprech- und Telegraphenverwaltung in Schweden. **1915.** 366.
 — der vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen im Jahre 1914. **1916.** 274.
 — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 288.
 — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 464.
 — Die — für die Beamten und Arbeiter der preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahr 1918. **1921.** 204.
 — Dreißig Jahre Löcherhort, Stiftung für verwaiste Töchter von Reichs-Post- und Telegraphenbeamten (Verwaltungsbericht für 1920). **1922.** 61.
 — im neuen Haupt-Telegraphenamt in Berlin. **1918.** 396.
 — Krankenkassen für untere Beamte. **1919.** 33.
 — Stiftung »Löcherhort« für verwaiste Töchter von Reichs-Post- und Telegraphenbeamten für 1912. **1913.** 569.
 — Desgl. für 1913. **1914.** 456.
 — Desgl. für 1914. **1915.** 278.
 — Desgl. für 1915. **1916.** 289.
 — Desgl. für 1916. **1917.** 397.
 — Desgl. für 1917. **1918.** 477.
 — Desgl. für 1918. **1919.** 466.
 — Desgl. für 1919. **1921.** 121.
 — Desgl. für 1921. **1922.** 295.
 — Desgl. für 1922. **1923.** 482.
- Wohnungsfürsorgetätigkeit** der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. **1923.** 73.
- Wohnungen.** Beschlagnahme von — (Urteil des Gerichtshofs zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte). **1921.** 325.
- Wohnungsfürsorge.** Die Wohnungsfürsorgetätigkeit der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. **1923.** 73.
 — Gewährung von Arbeitgeberzuschüssen für Wohnungsbauten. **1923.** 75.

- Wohnungsfürsorge.** Reichseigene Wohngebäude für die Angestellten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. **1923.** 74.
- Wortbildungen.** Falsche — in der Amtssprache. **1923.** 296.
- Württemberg.** Beiträge zur Postgeschichte Lübingens. **1922.** 46.
 — Der Briefposttarif vom Jahre 1814. **1914.** 115.
 — Der Fahrposttarif vom Jahre 1814. **1914.** 119.
 — Die ersten Posttarife im Königreiche — vom Jahre 1814. **1914.** 113.
 — Ergebnis des deutschen Postscheckverkehrs im Kalenderjahr 1912 (—). **1913.** 471.
 — — Desgl. im Kalenderjahr 1913. **1914.** 485.
 — — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915. **1916.** 348.
 — — Desgl. im Jahre 1916. **1917.** 344.
 — — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 439.
 — — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 429.
 — — Desgl. im Jahre 1919. **1921.** 171.
 — Kriegsteuerungszulagen für Beamte, Ruhegehaltsempfänger und deren Hinterbliebene. **1920.** 146.
 — Postabkommen zwischen — und Österreich-Ungarn. **1917.** 45. 50.
 — Postscheckverkehr mit dem Reichspostgebiet und mit Bayern im Jahre 1919. **1921.** 174.
 — Straßenbahn-Postwagen in Stuttgart. **1924.** 149.
 — und die Taxische Post, ein Beitrag zur Geschichte der Taxischen Post in Deutschland. **1915.** 97.

3

- Zabern.** Vorfälle in — bei den Beratungen des Haushalts 1914 im Reichstage. **1914.** 211. 251. 254. 256.
- Zahlungsmittel.** Deutschlands besonders Preußens Geschichte und —. **1919.** 357.
- Zeit.** Begriff »längere Zeit« im Sinne des preussischen Gesetzes, betr. die Reisekosten der Staatsbeamten (Entsch. des RG). **1918.** 455.
 — *Zeitmeldungen mittels drahtloser Telegraphie. **1918.** 497.
- Zeitsignalempfänger.** Funktelegraphischer — der E. Lorenz AG. **1914.** 643.
- Zeitungsvorkehr.** Der Zeitungsdienst in Belgien während der deutschen Besetzung. **1918.** 174. 222. 228. 230.
 — Die Presse und die Post in der Vergangenheit. **1924.** 146.
 — Gegenwartsfragen des Postzeitungsvertriebs. **1924.** 61.
- Zeitungswesen.** Anfänge des — im Altertum. **1915.** 234.
 — Begleichung der Zeitungsbezugsgelder durch Abschreibung vom Postscheckkonto der Bezahler. **1918.** 432.
 — Das Postzeitungsamt. **1913.** 165.
 — Das — in Polen unter deutscher Verwaltung. **1916.** 371. 376. 382. **1919.** 2. 16.
 — Der Zusammenhang des ersten deutschen — mit der Post. **1922.** 260.
 — Die politische Tagespresse in Sachsen. **1920.** 77.
 — Entwicklung des Postzeitungswesens in Kanada. **1919.** 380.
 — Hundert Jahre Postzeitungsamt in Berlin. **1922.** 11.
 — in Belgien unter deutscher Verwaltung bis Oktober 1915. **1916.** 36. 39. 49.

- Zeitungswesen.** *Institut für Zeitungskunde an der Universität in Köln. 1922. 135.
- Postmeister von den Birghden in Frankfurt (Main) als Zeitungsherausgeber. 1918. 15.
 - Umfang des Zeitungsverkehrs der Vereinigten Staaten von Amerika im Rechnungsjahre 1913/14. 1915. 135.
- Zentral-Anrufschranke.** Die — M 11 für Telegraphenleitungen. 1913. 749.
- Zerfetzungserscheinungen.** *Eigenartige — am Gußeisen. 1917. 88.
- Ziele der Postreflake.** 1922. 394.
- Zinsezins-Rechnung** bei der Berechnung des Gegenwertes (Kapitalwertes) von Ruhegehalttern sowie bei Lebens- und Rentenversicherungen. 1920. 42.
- Etwas über —. 1920. 33.
- Zinsfuß** für Darlehen aus Darlehnskassen des Deutschen Reichs. 1916. 286.
- Zivildienstentkommen.** Ein Postanwärter, der vom Trupenteil zur Probendienstleistung im Postdienst beurlaubt worden war und infolge der Mobilmachung zur Truppe zurücktritt, hat während der Dauer des Kriegsdienstes keinen Anspruch auf Weiterzahlung des — (Entsch. des RG). 1924. 23.
- Zollabfertigung.** Dienst bei den Grenz-Ein- und Ausgangs-Postanstalten und Post-Zolldienst. 1913. 75.
- Zollwesen.** Haftung der Zollverwaltung beim Verluste von Wertpostpaketen auf dem Zollamte. 1915. 28.
- Postrechtliche Nebenbestimmungen in Staatsverträgen mit dem Ausland. 1918. 189. 190.
 - Rechtliche Natur der Zollordnungen, insbesondere der Postzollordnung. 1923. 335.
- Zubereitungsverfahren** der zum Telegraphen- und Fernsprechlinienbau verwendeten Holzstangen. 1913. 231.
- Zucker.** *Herstellung von Sprengstoff aus —. 1920. 81.
- Zugbeleuchtung.** *Eine Änderung der — auf den deutschen Bahnen. 1915. 352.

Zugkraft. Allerlei über Wagen, — und Straßen. 192. 97.

Zuidersee. *Trockenlegung der —. 1919. 159.

Zustellung. Eine Einteilung der Postzustellbezirke ist ein der Nachprüfung der Gerichte nicht unterliegende Verwaltungssache. Eine Zustellpflicht für Pakete von mehr als 5 kg Gewicht nach dem Landzustellbezirke besteht nicht (Entsch. des RG). 1918. 293.

- Schadenersatzpflicht des Reichsfiskus wegen unangewandter Zurückholung eines dem Empfänger bereits zugestellten Telegramms (Entsch. des RG). 1918. 294.

- Zustelleinrichtungen in Polen unter deutscher Verwaltung. 1919. 1. 6.

Zustelldienst. *Ein Briefträger mit einem Zustellgebiet von 380 Kilometern. 1924. 130.

Zustelldienst. Sparmaßnahmen der Deutschen Reichspost im —. 1924. 58.

Zuschüsse. Gewährung von Arbeitgeberzuschüssen für Wohnungsbauten. 1923. 75.

Zuständigkeit des Mieteinigungsamts bei Kündigung wegen nicht pünktlicher Mietzahlung (Entsch. des Mieteinigungsamts in Charlottenburg). 1918. 49.

- Die Gerichte sind nicht zuständig für die Nachprüfung von Beanstandungen gegen das von Verwaltungsbehörden bei der Verletzung in den Ruhestand eingeschlagene Verfahren (Entsch. des RG). 1917. 120.

Zwangsversteigerung. Umsatzsteuer-Veranlagung bei — (Entsch. des Oberverwaltungsgerichts). 1917. 31.

Zwerchfellbrüche. Beurteilung der Unterleibsbrüche als Unfallfolge nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. 1918. 489.

Zwischenkreis-Röhrensender von Lorenz. 1919. 325.

Zwischenverstärker in Fernsprechleitungen. 1918. 270.

Ia. Abbildungen, Kartenskizzen und Zeichnungen

Abbrennstoffen zur Rohstoffgewinnung aus alten Fernsprechkabeln beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 222.

Abdrehvorrichtung zum Abnehmen der Schutzdrähte unbrauchbarer Kabel beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 218.

Abwurfvorrichtung auf dem Postbahnhof der Pennsylvania-Bahn in New York. 1913. 348.

Albulahospiz (Graubünden) vor der Eröffnung der Albulabahn. 1920. 348.

Albulapost (Kt. Graubünden). 1920. 349.

Alpenpost. Fünfspännige —. 1920. 338.

- Fünfspännige — (Stilfserjoch) im Schnee (Juli 1910). 1920. 337.

Amerikasaal der Transradio-Betriebszentrale in Berlin. 1922. 347.

Anker-Registrierkassette. Bedruckter Kontrollstreifen der —. 1923. 228.

- Für besondere Zwecke der Postverwaltung hergerichtet —. 1923. 226.

- Muster einer mit dem Freistempel der — bedruckten Paketkarte. 1923. 228.

Anschlußbezirksgrenzen. Einteilung von Groß-Berlin in 9 Gruppen zu 100 000 Fernsprech-Leitungen (Kartenskizze). 1924. 169.

Ansicht des neuen Hauptpostgebäudes in Kopenhagen. 1914. 140.

- des neuen Postgebäudes am Hauptbahnhof in Dortmund. 1914. 6.

Antennen. Rahmenantennen im Betriebe. 1919. 303.

Antennenanlage der Großfunkstelle Ramina in Togo (Ansicht und Grundriß). 1920. 247. 249. 254.

- einer drahtlosen Fernsprechstelle mit Gegensprechbetrieb. 1919. 307.

Antenneneinführung der Hauptfunkstelle Norddeich. 1923. 364.

Antennenkondensator (Drehkondensator) von Seibt. 191. 575.

Antrieb des Vorgeleges und der eigentlichen Förderanlage beim Postamt 4 (Hauptbahnhof in Chemnitz). 1920. 181. 182.

Azetylen-Sturmjackel (äußere Ansicht). 1922. 74.

- Bagdadbahn.** Übersichtskarte über die Führung der Bahnlinie. 1918. 115.
- Bahnhof.** Leben auf einem — vor Abgang des Zuges um 1850. 1922. 123.
- Bahnpostwagen.** Briefraum eines — der Gattung IIIb. 1917. 105.
- Dreiachsiger Bahnpostpackwagen (Gattung IIc). 1917. 108.
- Dreiachsiger Brief- und Paket-Bahnpostwagen (Gattung IIb). 1917. 104.
- mit Schutzabteilen (Gattung IV). 1917. 107.
- mit Seitengang (Gattung D IV [S]). 1917. 107.
- Preussischer Eisenbahn-Postwagen (um 1866). 1917. 94.
- Teil des Inneren eines — mit Schutzabteilen (Gattung IVa). 1917. 109.
- Teil des Inneren eines — mit Seitengang (Gattung D IV [S]). 1917. 110.
- Untergestell, Grundriß und Durchschnitt eines preussischen Eisenbahn-Postwagens (um 1866) 1917. 95.
- Vereinigter Post- und Gepäckwagen. 1917. 102.
- Vierachsiger 12 m langer — (Gattung III). 1917. 104.
- Zweiachsiger Bahnpostpackwagen (Gattung Ic). 1917. 108.
- Zweiachsiger Brief- und Paket-Bahnpostwagen (Gattung Ib). 1917. 102.
- Zweiachsiges Drehgestell eines — (1883). 1917. 100.
- Bahnsteige.** Abstände der — der Postladeanlagen bei Einzel- und Doppelwagenständen. 1916. 107.
- Ansicht der —, der Brücke und der Rutschen auf dem Paketbahnhof der Americ. Express Company in New York. 1913. 345.
- Baudotapparat.** Schaltungen des — in Frankreich. 1913. 519 bis 542.
- Beleuchtung.** Beleuchtungsverhältnisse bei Drahtlampen. 1923. 302. 307. 310.
- Beleuchtungsverhältnisse bei Gasfüllungslampen. 1923. 309. 311. 312.
- Lichtverteilungskurven einer Lichtquelle. 1923. 305.
- Bergpostschlitten** am Flüela (Graubünden) 1920. 333.
- Betriebsstellen** der Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 444. 445.
- Beutel-Schwerk** bei der Postverteilungsstelle auf dem Hauptbahnhof in Karlsruhe (Baden) (Unter- und Obergeschoss). 1919. 175. 176.
- Botenfigur** aus dem Rathaus in Basel. 1922. 115.
- Briefkästen** ältester Art. 1922. 128.
- aus dem Jahre 1874. 1914. 351.
- Einige der von den Russen im Zustellbezirk des Postamts in Stallupönen zerstörten 83 —. 1917. 386.
- Erster preussischer — (1823). 1914. 344.
- Hamburger Straßenbahnbriefkästen. 1921. 111.
- Preussischer — (1850). 1914. 350.
- Briefverteiler.** Armbewegung eines — (Zeitfreislaufbild). 1923. 323.
- Bruchleiden.** Abbildungen von Leistenbrüchen. 1918. 485.
- Brücke.** Ansicht der Bahnsteige, der — und der Rutschen auf dem Paketbahnhof der Americ. Express Company in New York. 1913. 345.
- Chymometer.** Meßkreis des — von Fleming. 1915. 308.
- Dekremeter.** Ansicht des — Marconis. 1915. 301.
- Deutsch-Neuguinea.** Verkehrskarte von —. 1921. 411.
- Deutsch-Ostafrika.** Verkehrskarte von —. 1921. 385.
- Deutsch-Südwestafrika.** Verkehrskarte von —. 1921. 393.
- Diensträume.** Dienstzimmer des Postamts in Ostrow. 1916. 373.
- Distanz- und Meilen-Säulen** im Kurfürstentum Sachsen. 1913. 442.
- Doppelrelais** für elektromagnetisch gesteuerte Untersuchungseinrichtungen (Seitenansicht, Querschnitt und Grundbrett). 1913. 326.
- Drahtlampe.** Beleuchtungsverhältnisse der —. 1923. 302. 307. 310.
- Drahtpresse** mit elektrischem Antrieb beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 223.
- Drehkolbenpumpe** der Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 441.
- Edelgasröhre** von Julius Pintsch AG in Berlin (Signal-lampe). 1922. 319.
- Eisenbahnen.** König-Ludwigs-Bahn zwischen Nürnberg und Jülich. 1922. 127.
- Oldenburgisches Staatsseisenbahnnetz (Kartenskizze). 1918. 23.
- Empfangstransformator** des Telefunken Systems »Tönende Funken«. 1914. 575.
- Entladestrecke** für Funktelegraphie von D. Scheller. 1914. 638.
- Ergograph** (Kraftmesser). 1923. 327.
- Extrapostkassette.** Vierplätige — in der Schweiz. 1920. 339.
- Feldpost.** Zufahrtstraßen der — für die in Rumänien kämpfenden Truppen (Kartenskizzen). 1918. 3. 7.
- Feldtelegraphenleitungen.** Netz der — bei der Verteidigung der Großfunkstelle Kamina (Togo) (Stand vom 11. August 1914 und vom 19. August 1914). 1920. 261. 264.
- Fernamt.** Blick in einen Hof des neuen — Berlins. 1924. 174.
- Perspektivische Ansicht des neuen — Berlins. 1924. 174.
- Raumeinteilung eines Geschosses des neuen — Berlins. 1924. 173.
- Schnitt durch das neue Fernamtsgebäude in Berlin. 1924. 174.
- Fernholz-Licht-Anlage.** 1922. 78.
- Fernsprechamt.** Das — in Warschau. 1919. 14. 15.
- Fernsprechgebäude** s. unter Postgebäude.
- Fernsprech-Handamt.** Blick in ein 10 000—. 1924. 163.
- Fernsprechkabel.** Lageplan eines neuen — durch den Bodensee (Kartenskizze). 1920. 412.
- Fernkabelnetz.** Übersichtskarte über das britische —. 1923. 91.
- Fernsprechleitungen.** Gruppierungswechsel in oberirdischen —. 1914. 419. 421. 422. 423. 424. 426.
- Fernsprechlinie.** Schematische Darstellung des Verlaufs der — Dessau-Bitterfeld. 1914. 54.
- Fernsprechverstärker.** Darstellung der Stromvorgänge in luftverdünnten Räumen. 1918. 259.
- Fernsprechwesen.** Antennenanlage einer drahtlosen Fernsprechstelle mit Gegensprechbetrieb. 1919. 307.
- Drahtlose Fernsprechstelle. 1919. 306.
- Fern Tisch** geöffnet mit Relais. 1924. 173.
- mit Plakausrüstung. 1924. 173.
- mit Kosten für die Kabelführung usw. 1924. 173.
- Flackspulen** für Selbstinduktivitäten der C. Lorenz AG. 1924. 639.
- Fluglinien** in Kolumbien (Kartenskizze). 1924. 68.

Flugverkehr. Ausladen der Flugpost aus Kopenhagen in Warnemünde. 1922. 129.

Flußkabelinstandsetzung. Lageplan der beschädigten Verbindungsstelle. 1913. 60.

— Zweiteilige eiserne Schutzmuffe mit 5 mm starker Wandung. 1913. 60.

— Spannscheibe zur Verbindung der Kabelenden. 1913. 60.

— Gußeiserner Regel für die inneren Bewehrungsdrähte. 1913. 60.

— Unterlegescheibe für die inneren Bewehrungsdrähte. 1913. 60.

— Zweiteilige Trommel zur Abrundung der Verbindungsstelle. 1913. 60.

— Querschnitt der fertigen Vöstelle. 1913. 61.

— Äußere Ansicht der fertigen Vöstelle. 1913. 61.

Förderanlagen. Bandaufzug der Förderbandanlage im Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 399.

— Der Greiferwagen bei den — des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 383.

— Die Erwartfette der — beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in Chemnitz. 1920. 179.

— Die sieben-teilige Förderbandanlage im Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 398.

— Förderband der — beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in Chemnitz. 1920. 179.

— Gleisführung an der Decke des Auslandszimmers bei den — des Haupt-Telegraphenamts in Berlin (Austritt aus dem Viereck 4). 1918. 391.

— im neuen Postschekamt in Berlin (Querschnitt). 1918. 138.

— in der Kontostelle des neuen Postschekamts in Berlin. 1918. 139. 140.

— Inlandgruppe der Seilpostanlage des Haupt-Telegraphenamts in Berlin (Vorder- und Rückansicht). 1918. 387. 389.

— Seilpostdrehhalter bei den — im Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 390.

— Spann- und Schmierwagen der — des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 383.

— Verlauf der Förderbänder I und II beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in Chemnitz. 1920. 180. 181.

Förderbänder. Die Laderampe mit den — und der Sortierstelle im Obergeschloß auf dem Paketbahnhof der Americ. Express Company in New York (Quer- und Längsschnitt). 1913. 343.

Fördereinrichtungen für abgehende Briefbeutel auf dem Postbahnhof der Pennsylvaniabahn in New York. 1913. 347.

Fördergurt. Ein — in einfachster Gestalt. 1919. 162.

— Fördergurtanlagen bei den Postämtern SW 19 und S 42 in Berlin. 1919. 167. 168. 169.

Freistempel. Muster einer mit dem — der Registrierkasse bedruckten Paketkarte. 1923. 228.

Füllfederhalter im 18. Jahrhundert. 1920. 76.

Fünfnadeltelegraph von Cooke und Wheatstone 1837. 1922. 118.

Funkapparate. De Forest-Detektor (1907) (Audion). 1919. 280.

— Der Einkilowatt-Röhrensender. 1919. 297.

— Der Überlagerer. 1919. 299.

— Die ältesten Versuchsröhren für Sendezwecke. 1919. 282.

— Eine Rahmen-Empfangseinrichtung. 1919. 301.

— Empfangsverstärker (Empfänger, Verstärker und Batterien). 1919. 289.

Funkapparate. Fleming-Detektor (1905). 1919. 280.

— Gebräuchliche Muster der 200 Watt-Senderöhren. 1919. 284.

— Gleichrichterröhre (März 1916). 1919. 285.

— Große und kleine Liebenröhre, die Vorläufer der jetzigen Kathodenröhre. 1919. 281.

— Huthscher Röhrensender mit 1 kW-Antennenenergie. 1919. 321.

— Inneres des Einkilowatt-Röhrensenders von Huth. 1919. 322.

— Primär-Audion-Empfänger. 1919. 295.

— Röhrenempfänger von Lorenz. 1919. 325.

— Röhrensender mit Fernsprecher (1915). 1919. 283.

— Schutzgitterröhre nach Dr. Schottky (1915). 1919. 282.

— Telefunken-Kathodenröhre und ihre Einrichtung im einzelnen. 1919. 286. 287.

— Vierfach-Hochfrequenzverstärker. 1919. 292.

— Wehnelt-Gleichrichter (1904). 1919. 280.

— Zwanzigwatt-Röhrensender von Huth. 1919. 320.

— Zwischenkreis-Röhrensender von Lorenz (Vorderansicht, Mittelteil mit Bodenkasten, linker und rechter Seitenteil und Rückansicht). 1919. 327. 330 bis 332.

Funkstrecke beim Marconisystem. 1914. 601.

— beim Telefunken-System »Tönende Funken«. 1914. 571.

Funksendegesellschaften. Schematische Darstellung der Rechtsstellung der — im Unterhaltungsrundfunk, Wirtschaftsnachrichtendienst und Wirtschaftsrundfunkdienst. 1924. 160.

Funkstationen. Anordnung der Apparate bei einer Land- oder Schiffstation nach dem Telefunken-System »Tönende Funken«. 1914. 578.

Funkverbindungen. Von Deutschland ausgehende internationale — (Kartenskizze). 1924. 179.

Funkverkehr. Empfangshaus und 40 m hoher Holzmast mit zwei Rahmenantennen der Duplexanlage in Geltow bei Potsdam. 1921. 272.

— Lauf eines Funktelegramms von Frankfurt (Main) nach New York und umgekehrt. 1922. 349.

— Schematische Darstellung der Empfangsanlage in Geltow bei Potsdam. 1921. 273.

Funkwesen. Antennenanlage einer drahtlosen Fernsprechstelle mit Gegensprechbetrieb. 1919. 307.

— Drahtlose Fernsprechstelle. 1919. 306.

— Innere Anordnung des Röhrenempfängers von Lorenz. 1919. 326.

— Verlaufsdarstellung des ankommenden Wellenzuges der Empfangsschwingungen und des Wellenzuges des Schwebetons beim Röhrenempfänger von Lorenz. 1919. 324.

Gasfüllungslampen. Beleuchtungsverhältnisse bei — 1923. 309. 311. 312.

Geschwindigkeitsmesser für Lokomotiven (Außen- und Innenansicht). 1916. 308.

Gleichstrom-Welltonsender. Aufbau der Apparate eines — 1914. 641.

Gleisanlagen. Auflage- und Anschlußgleise der Straßenbahn für die Paketbeförderung der Berliner Postämter. 1919. 118 bis 141.

Gleisplan des Postbahnhofs der Pennsylvaniabahn in New York. 1913. 349.

Glühlichtoszillographen-Aufnahme der Schwingungsvorgänge von Professor Dr. Dießelhorst. 1914. 562.

- Glühlichtlampe** für flüssige Brennstoffe mit besonderem Druckbehälter. 1922. 78.
- Gotthardpost.** Zehnplätige — (nach dem Gemälde von R. Kohler). 1920. 335.
- Gral-Spiritus-Hängeglühlicht.** 1922. 76.
- Großfunkstelle.** Ansicht der — in Rauen. 1921. 259.
 — Antennenanlagen der — in Rauen. 1921. 269.
 — Antennenanlagen der — Ramina in Togo (Ansicht und Grundriß). 1920. 247. 249. 254.
 — Der durch Sturm umgebrochene 200 m hohe Gittermast der — in Rauen. 1921. 256.
 — Der 200-m-Mast der — in Rauen. 1921. 255.
 — Die L-Antennenanlage der — in Rauen. 1921. 257.
 — Empfänger und Telegraphistenhaus der — Ramina (Togo). 1920. 255.
 — Erster 100 m hoher Eisengittermast nebst Empfangshaus bei der — Rauen. 1921. 254.
 — Gebäude der — Rauen. 1921. 271.
 — Hauptstelle mit 400- und 130-kW-Sendern bei der — Rauen. 1921. 267.
 — Kesselanlage der — Ramina (Togo). 1920. 251.
 — Schema der Abspannung eines 260 m hohen Gittermastes mit Dachseil zur Aufhängung der Antennenbrähre bei der — in Rauen. 1921. 270.
 — Sendehaus und Antennenanlage der — Ramina (Togo). 1920. 254.
 — Senderraum der — in Rauen. 1921. 257.
 — Senderraum der — Ramina (Togo). 1920. 253.
 — Teilansicht der Senderhalle mit den Abstimmspulen bei der — Rauen (links Variometer). 1921. 264.
 — Teilansicht der Senderhalle mit Frequenztransformatoren für die 400-kW-Anlage der — Rauen. 1921. 268.
 — Turbinenraum der — Ramina (Togo). 1920. 252.
 — Turmanlage der — in Ramina (Togo). 1920. 258.
- Grundriß** der neuen Postverladestelle in Köln-Deuß. 1914. 304.
 — des neuen Hauptpostgebäudes in Kopenhagen. 1914. 139.
- Hamburger Straßenbahn.** Reg der mit Briefkasten ausgerüsteten Straßenbahnlinien. 1921. 113.
 — Plan für den Austausch der Telegramme und Eilbriefe durch Schloßbeutel. 1921. 105.
 — Plan für den Telegramm- und Eilbriefaustausch durch Straßenbahn-Botenposten. 1921. 103.
 — Plan für den Austausch der Telegramme und Eilbriefe durch Straßenbahn-Briefkasten. 1921. 108.
- Sandstempler.** Bewegungsbahn eines guten und eines mittelmäßigen —. 1923. 325.
- Sasag-Petroleumlampe** ohne Druck. 1922. 77.
- Hauptfunkstelle.** Antenneneinführung der — Norddeich. 1922. 364.
 — Gesamtansicht der — Norddeich. 1922. 363.
 — Königs Wusterhausen. 1922. 351.
 — Kraftwerk der — in Königs Wusterhausen bei Berlin. 1923. 47.
 — Teilansicht der Empfangseinrichtung der — Norddeich. 1922. 365.
 — Teilansicht des Sendeschaltraums der — Norddeich. 1922. 365.
 — Teil des Senderraums mit den 1- bzw. $\frac{1}{2}$ -kW-Röhrensendern der — Königs Wusterhausen. 1922. 358.
 — 10-kW-Houlsen sender bei der — in Königs Wusterhausen. 1922. 355.

- Hauptfunkstelle.** 10-kW-Röhrensender von Telefunken (Rundspruchsender) bei der — in Königs Wusterhausen. 1922. 359.
- Hauptpostamt.** Der Posthof des — in Brüssel. 1916. 40.
 — Deutsche Beamte des — in Brüssel während der Besetzung. 1916. 38.
 — Teilansicht der Schalterhalle im — in Brüssel. 1916. 39.
- Hauptpostgebäude.** Das neue — in Kopenhagen. Ansicht. 1914. 140.
 — Grundriß. 1914. 139.
 — Lageplan. 1914. 138.
- Haupt-Telegraphenamt.** Auslandsaal des — in Berlin. 1918. 346.
 — Eine Hughes-Tischreihe im — in Berlin. 1918. 347.
 — Führung der Leitungen von und nach den Abteilungsumschaltern beim — in Berlin. 1918. 315.
 — Gebläse für die Hausrohrpost des neuen — in Berlin. 1918. 151.
 — Gesamtübersicht über die Hausrohrpostanlage des — in Berlin. 1918. 393.
 — Grundriß des Ferndruckerzsaals im — in Berlin. 1918. 373.
 — Grundriß des Inland- und Auslandszsaals im — in Berlin. 1918. 345.
 — Grundriß des Vierecks 3 im Mittelbau des — in Berlin. 1918. 301.
 — Grundriß des Vierecks 4 im Mittelbau des — in Berlin. 1918. 385.
 — Hausrohrpostgebläse beim — in Berlin. 1918. 397.
 — Hausrohrpost in der Annahme und in der Abfertigung des neuen — in Berlin. 1918. 148. 149.
 — Hausrohrpost in der Stadtrohrpoststelle des neuen — in Berlin. 1918. 146.
 — Klopferaal des — in Berlin. 1918. 343.
 — Koppende eines Hughes-Seilpostgestells mit abgenommenen Verkleidungen im — in Berlin. 1918. 349.
 — Querschnitt eines Sammel Förderers im — in Berlin. 1918. 350. 351.
 — Rohrpoststelle des Vierecks 4 im Mittelbau des — in Berlin. 1918. 395.
 — Stadtrohrpost des — in Berlin. 1918. 400.
 — Telegramm-Aufnahme beim — in Berlin. 1918. 341.
 — Verlauf der Leitungen im neuen — in Berlin. 1918. 305.
 — Zwischensender an der Durchgangsleitstelle des neuen — in Berlin. 1918. 150.
- Hauptwerkstatt** für Postkraftwagen in Berlin-Borsigwalde (Lageplan). 1920. 3.
- Heerstraßen.** Die hohen Heer-, Stavel- und Landstraßen um 1800 in Sachsen (Kartenskizze). 1913. 388.
- Heizanlage.** Heizkesselglied einer —. 1922. 169.
 — Kessel mit unterem Abbrand. 1922. 170.
 — Querschnitt und Ansicht eines Heizkörpers. 1922. 168.
 — Reinigen eines Gliederkessels. 1922. 169.
 — Schaltbild einer —. 1922. 166.
- Hochfrequenzgenerator.** Der — 400 KW bei der Großfunkstelle Rauen. 1921. 263.
- Horizontalstoßmaschine.** Schema des Schlittens nebst Schneide- und Schlickmesser der — beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 219.

Induktionsfluß. Form der Kurven des — in den Transformatoren und Spulen der Hochfrequenzmaschine des Grafen v. Arco. 1914. 647.

Influenzstrom bei Leerlaufspannung in den Jahrdrähten der elektrischen Bahn Dessau-Bitterfeld. 1914. 47.

Kabelbeschädigungen durch Anker oder Schleppzeug eines Fischdampfers. 1920. 409.

Kamerun. Verkehrskarte von —. 1921. 401.

Kathodenröhren. Die hauptsächlichsten Huthschen —. 1919. 318.

Regel. Gußeiserner — für die inneren Bewehrungsdrähte beim Fernsprech-Flußkabel durch die Weichsel bei Thorn. 1913. 60.

Reitenspannvorrichtung der Förderanlage beim Postamt 4 (Hauptbahnhof) in Chemnitz. 1920. 180.

Riantshou-Gebiet. Verkehrskarte des Nachtgebiets von —. 1921. 457.

Kondensatoren. Schaltung von — bei der Fernsprechverbindung nach Italien, um den Anruf mit Gleichstrom zu ermöglichen. 1914. 512.

Kontaktdetektor beim Empfänger des Vieltonsystems der C. Lorenz AG. 1914. 641.

— der Telefunken-Gesellschaft. 1914. 577.

Kraftwagenverkehr. Ein achtzehnsitziger Personenpost-Kraftwagen. 1918. 156.

— Kartenskizze zu den von Hersfeld ausgehenden Kraftwagen-Personenposten. 1916. 251.

— Straßenskizze der Kraftwagenstrecke Hersfeld-Friedewald-Schenkelfeld. 1916. 259.

— Übersichtskarte über den Kraftwagen-Personenpostverkehr in Thüringen. 1918. 155.

Kreispostamt. Beamte des deutschen — in Mecheln. 1916. 48.

— Das deutsche — Lüttich. Abfertigung der Päckchen für belgische Kriegsgefangene. 1916. 49.

Kriegsschäden. Einige der von den Russen im Zustellbezirk des Postamts in Stallupönen zerstörten 83 Briefkästen. 1917. 386.

— Trümmer von Konstantinow; im Hintergrunde das zerstörte russische Postamt. 1916. 386.

— Verwüstungen am Mietposthaus in Schirwindt. 1917. 388.

— Völlig zerstörtes Posthaus in Mlowo. 1917. 380.

— Zerstörtes Posthaus in Landsberg (Ostpr.). 1917. 374.

— Zerstörtes Posthaus in Soldau. 1917. 378.

— Zerstörtes Posthaus in Tapiaw. 1917. 376.

— Zerstörtes Posthaus in Widminnen. 1917. 384.

Künstliche Leitung. Schema einer —. 1916. 145.

Kupeealandauer. Zehnplätziger — Nyon-La Cure. 1920. 334.

Kupferspirale zur Regelung der Selbstinduktion beim Marconisender. 1914. 603.

Kurvenformen der Fremdströme in durch Wechselstrombahnen beeinflussten Schwachstromleitungen. 1914. 61 bis 68.

Ladegleise. Anordnung der — bei Drehscheiben auf den Bahnhöfen. 1916. 109. 110.

Ladefran. Der — für den Bau der Großfunkstelle Ramina (Togo). 1920. 256.

Lageplan der Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 438.

— des neuen Hauptpostgebäudes in Kopenhagen. 1914. 138.

— des neuen Postgebäudes am Hauptbahnhof in Dortmund. 1914. 4.

Lageplan einer beschädigten Verbindungsstelle des Fernsprech-Flußkabels durch die Weichsel bei Thorn. 1913. 60.

Landsstraßen. Die hohen Heer-, Stapel- und — um 1800 in Sachsen (Kartenskizze). 1913. 388.

Lastkraftwagen für den Telegraphenbau. 1922. 180.

Lichtbogen sender. Schematische Darstellung des von Poulsen verwendeten —. 1914. 609.

Liebenröhre. Betriebsmäßiger Aufbau der —. 1918. 264.

— Darstellung der Stromvorgänge in den einzelnen Stromkreisen der —. 1918. 262.

— Die — als Empfangsverstärker. 1914. 581.

— zur Verstärkung von schwachen Fernsprechströmen. 1918. 259.

Lötstelle. Äußere Ansicht der fertigen — beim Fernsprech-Flußkabel durch die Weichsel bei Thorn. 1913. 61.

— Querschnitt der fertigen — beim Fernsprech-Flußkabel durch die Weichsel bei Thorn. 1913. 61.

Luftdruck. Darstellung der Wirkung des Atmosphärendrucks. 1917. 243.

— Erzeugung von Preßluft und Dünnluft in luftdicht abgeschlossenen Gefäßen. 1917. 244. 245.

— Lagerung von Gummibällen in Gefäßen. 1917. 242.

Luftleiteranordnungen beim Marconisystem. 1914. 599.

— beim Sender des Telefunken-Systems »Lönende Funken«. 1914. 565. 566. 568.

Lustpostneke. Das deutsche Lustpostnetz im Juli 1919 (Kartenskizze). 1920. 229.

— Deutsche Heeresluftposten 1918 (Kartenskizze). 1920. 225.

— Die deutschen — von 1919 bis 1922 (Kartenskizzen). 1923. 264. 265.

Lustverkehr. Auffahrt des Herrn Blancharts zur 28. seiner Lustreisen auf dem Judenbühl bei Nürnberg am 12. November 1787. 1922. 126.

Magnesiumlampe. Boehmische —. 1922. 74.

— Boehmische — mit geschlossener Laterne. 1922. 75.

Magnetdetektor. Der — beim Marconisystem. 1914. 606.

Magnetische Kraftlinien. Verlauf der — auf der elektr. Bahnstrecke Dessau-Bitterfeld. 1914. 52.

Marconikompaß. Anordnung der Apparate beim — (Radiogoniometer von Bellini und Tosi). 1914. 609.

Maschinenraum des Haupttelegraphenamts in Berlin. 1918. 311.

Maschinenstation. Ansichten der — für die Rohrpostanlage in Leipzig. 1914. 440. 441.

Meilen-Säulen. Distanz- und — im Kurfürstentum Sachsen. 1913. 442.

Mikrophonröhre (Vorder- und Seitenansicht). 1922. 322.

Mikrophonverstärker. Mikrophon und — von Siemens & Halske (innere und äußere Ansicht). 1918. 266. 267.

Multiple-Abstimmungsapparat beim Empfänger des Marconisystems. 1914. 604.

Multiplikationsstab von Elaby. 1915. 306. 307.

Münster (Westf.). Abfahrt der fünfspännigen Preussischen Personenpost Münster-Wesel von — (1802). 1923. 357.

— Der Roggenmarkt zu — um 1880. 1923. 354.

— Die vierspännige Fürstbischöfliche Personenpost Osnabrück-Münster bei der Ankunft zu — (1785). 1923. 355.

Nördliches Eismeer. Kartenskizze vom — und von den angrenzenden Ländern. 1916. 444.

Nürnberg. Nürnberger Postwagen, Kurier und Postbote aus dem Ende des 17. Jahrhunderts. 1922. 122.

Oszillogramme der Schwingungsvorgänge für zwei verschiedene Töne beim Vieltonsystem der C. Lorenz AG. 1914. 638.

Packkammern. Aufstellungsschema der Päckereihürden in den —. 1916. 121.

— Die — im neuen Postgebäude in Warschau. 1917. 289.

Paketanhängerwagen im Postkraftwagenverkehr. 1922. 189.

Paketbahnhof der Americ. Express Company in New York (Grundriß). 1913. 343.

Paketbeförderung. Netz der Berliner Straßenbahnposten zur — (Kartenskizze). 1919. 143.

Paketkraftwagen. Vierrädriger Zweitonner—. 1922. 177.

Peilverfahren. Feststellung eines Schiffsortes durch Peil-Landsendestellen. 1919. 304.

— Peilapparat mit Rahmenantenne. 1919. 305.

Pergamentrotel. Nachbildung einer — des Benediktinerstifts Sankt Lambrecht in Steiermark vom Beginn des 16. Jahrhunderts. 1922. 121.

Personen-Anhängerwagen im Postkraftwagenverkehr. 1922. 193.

Personenkraftwagen. 14sitziger Kraftomnibus der Reichs-Postverwaltung. Blick in das Innere des Wagens. 1922. 192.

— 18sitziger — der Reichs-Postverwaltung. 1922. 190.

Pfahlerweg (genannt nach dem bei der Verteidigung der Großfunkstelle Ramina (Togo) gefallenen Hauptmann Pfahler). 1920. 259.

Postbahnhof. Grundriß des Bahnsteigs 4 mit den Ladeöffnungen, den Förderbändern und dem Becherwerk auf dem — der Pennsylvaniabahn in New York. 1913. 350.

— Querschnitt des Bahnsteigs 4 auf dem — der Pennsylvaniabahn in New York. 1913. 351.

Postbauten s. Postgebäude.

Postbeförderung. Postfuhrwerk der Strecke Wielun-Clozow. 1916. 377.

Postbetrieb. Ankunft der Post vor dem Deutschen Postamt in Ronin. 1916. 381.

Postgebäude. (Fernsprech- und Telegraphengebäude.)

— Altes Oberpostamt in Tübingen nach dem Umbau im Jahre 1834. 1922. 56.

— Das alte — in Warschau am Warecki-Platz. 1917. 282. 1918. 8. 9. 10. 11.

— Das alte Posthaus in Tübingen nach dem Umbau im Jahre 1889. 1922. 58.

— Das deutsche Postamt in Ostrow (Gouv. Pomza). 1916. 372.

— Das Fernsprechamt in Warschau. 1919. 14. 15.

— Das neue — am Bahnhof in Tübingen. 1922. 60.

— Das neue — am Hauptbahnhof in Dortmund. Ansicht. 1914. 6.

— Lageplan. 1914. 4.

— Querschnitte des 1. und 2. Geschosses. 1914. 8.

— Das neue — am Warecki-Platz in Warschau. 1917. 285.

— Das Postamt im Hauptbahnhof in Lüttich. 1916. 41.

— Das Telegraphenamt in Brüssel. 1916. 43.

— Das Telegraphenamt in Warschau. 1919. 18. 19.

— Deutsches Postamt in Alexandrowo (früher russisches Eisenbahndienstgebäude). 1916. 383.

— Deutsches Postamt in Czestochau. 1916. 385.

— Deutsches Postamt in Lowitz. 1916. 375.

Postgebäude. Die Postpackkammer im Nordbahnhof in Brüssel. 1916. 42.

— Erdgeschöß und II. Geschöß des neuen — in Warschau. 1917. 286. 287.

— Fernsprechamt in Brüssel. Eingang zum Betriebsaal. 1916. 44.

— Gebäude der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in Warschau. 1916. 371.

— Grundriß vom III. Geschöß des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1917. 408.

— Hauptansicht des Haupt-Telegraphenamts in Berlin an der Oranienburger Straße. 1917. 405.

— Haupteingang des neuen Postgebäudes am Warecki-Platz in Warschau. 1919. 9.

— Haupteingang des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1917. 407.

— Innere Ansicht des belgischen Postamts in Antwerpen nach dem Abzug der Engländer aus der Festung. 1916. 50.

— Innere Ansicht des belgischen Postamts in Antwerpen unter deutscher Verwaltung. 1916. 51.

— Querschnitt vom Mittelbau des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1917. 409.

— Teilansicht der Schalterhalle im Hauptpostamt in Brüssel. 1916. 39.

— Telegraphen-Zeugamt in Mecheln Ende Oktober 1914. 1916. 45.

— Telegraphen-Zeugamt in Mecheln. Von der deutschen Verwaltung wieder in Ordnung gebrachter großer Lagerhof für Kabeltrommeln und Porzellandoppelglocken. 1916. 46.

— Verwaltungsgebäude der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in Brüssel während der Besetzung. 1916. 37.

— Vollständig ausgebranntes belgisches Post- und Telegraphenamt in Dinant. Innenansicht. 1916. 52.

— Von den Russen in Ostpreußen völlig zerstörtes Posthaus in Jllowo. 1917. 380.

— Von den Russen in Ostpreußen zerstörtes Mietposthaus in Schirwindt. 1917. 388.

— Von den Russen in Ostpreußen zerstörtes Posthaus in Landsberg (Ostpr.). 1917. 374.

— Von den Russen in Ostpreußen zerstörtes Posthaus in Soldau. 1917. 378.

— Von den Russen in Ostpreußen zerstörtes Posthaus in Tapiau. 1917. 376.

— Von den Russen in Ostpreußen zerstörtes Posthaus in Widminnen. 1917. 384.

Postgrundstück. Lageplan eines — zur Straßen- und Bauflucht (Erläuterungsskizze). 1916. 240.

Posthäuser siehe Postgebäude.

Posthausbilder aus dem Ende des 18. Jahrhunderts. 1922. 114.

Postkraftwagen. Lastkraftwagen für den Telegraphenbau. 1922. 180.

Postkraftwagenverkehr. Übergabe der Post am Kreuzungspunkt zweier Postkraftwagenlinien. 1922. 130.

Postladenanlagen am Gladbacher Wall in Köln (früherer Zustand). 1916. 72.

— am Gladbacher Wall in Köln (nach der Änderung und Erweiterung). 1916. 73.

— am Hauptbahnhof in Dortmund. 1916. 89.

— am Hauptbahnhof in Leipzig. 1916. 88.

— am Oberstadt-Bahnhof in Cassel. 1916. 94.

— auf dem Hauptbahnhof in Breslau. 1916. 87.

— auf dem Hauptbahnhof in Dresden. 1916. 74.

Postladeanlagen auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt (Main). 1916. 92.

- auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin. 1916. 76.
- auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin. 1916. 81.
- auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin. 1916. 79.
- in der Luckenwalder Straße in Berlin. 1916. 83.
- in Hamburg. 1916. 86.
- in Köln-Deutz. 1916. 90.
- in Mülhausen (Elsaß). 1916. 95.

Postoffizianten. Die Königl. Preussischen — in Staats- und Dienstuniform. 1922. 113.

Postreiter. Abbildung eines Münsterischen — (Flugblatt von 1648). 1919. 155.

- Chinesischer — auf der Strecke zwischen Peking und Tschingiang 1885. 1922. 119.

Postsachenbeförderung. Verladen der Postsachen im Postkraftwagen-Verkehr. 1922. 189.

Postschekämter. Bandaufzug und Rohrpost in der Kontostelle des — in Berlin. 1917. 478.

- Das — in Berlin. Schalterhalle. 1917. 477.
- Das — in Karlsruhe (Baden). 1917. 470.
- Die — in Deutschland (Kartenskizze). 1917. 469.
- Ein Bodenraum mit 12 Millionen Stück erledigter Zahlkarten, Schecks und Überweisungen beim — in Berlin. 1917. 483.
- Einzelstelle der Scheck-Hausrohrpost in Breslau (Prüfstelle). 1918. 145.
- Förderanlagen im neuen — in Berlin (Querschnitt). 1918. 138.
- Förderanlagen in der Kontostelle des neuen — in Berlin. 1918. 139. 140.
- Kontostelle des — in Berlin. 1917. 479.
- Rohrführung an den Zahlstellen im neuen — in Berlin. 1918. 143. 144.
- Rohrpost-Sammelstelle und Einzel-Rohrpoststelle im — in Köln. 1918. 136. 137.
- Rohrpost-Verteilstelle und Fallschächte im Erdgeschoss des neuen — in Berlin (Seiten- und Vorderansicht). 1918. 141. 142.
- Rechnungsstelle des — in Berlin. 1917. 481.

Postschekverkehr. Abschnittmuster einer Zahlkarte einer Überweisung. 1917. 457.

- Anlage zu einer Sammelüberweisung (Vordruckmuster). 1917. 459.
- Antragsmuster auf Eröffnung eines Postschekkontos. 1917. 452.
- Bildliche Darstellung der Zahl der Postschekkunden im Reichspostgebiet seit 1910. 1917. 465.
- Darstellung des Guthabens der Postschekkunden Ende 1910, 1913 u. 1916. 1917. 447.
- Durchleuchten der Umschläge. 1917. 473.
- Durchbohren der Zahlkarten. 1917. 474.
- Genehmigung des Antrags auf Eröffnung eines Postschekkontos (Vordruckmuster). 1917. 453.
- Kopf- und Liegeldruckpressen zum Bedrucken der Zahlkarten, Überweisungs- und Scheckhefte. 1917. 471.
- Muster eines Kontoauszugs. 1917. 445.
- Muster eines Lastschriftzettels. 1917. 458.
- Muster eines Postkreditbriefes. 1917. 462.
- Muster eines Postscheks für Barauszahlung. 1917. 451.
- Muster eines Verrechnungsschecks. 1917. 461.

Postschekverkehr. Schematische Darstellung des Ganges der Einzahlung mit Zahlkarte, der Barzahlung mit Scheck und der Überweisung. 1917. 467. 468.

- Unterschriftsblatt (Vordruckmuster). 1917. 455.
- Werbeaushang zur Gewinnung neuer Postschekkunden. 1919. 256.
- Zahlkartenmuster. 1917. 463. 476.
- Zellstoffscheibe zur Feststellung des Eingangstages der Zahlkarten. 1917. 475.

Poststraßen. Die — im Königreich Sachsen um das Jahr 1800 (Kartenskizze). 1913. 404.

Postverladestelle. Grundriß der neuen — in Köln-Deutz. 1914. 304.

- Übersichtsplan der älteren Postverladestellen in Köln-Deutz. 1914. 303.

Postwagen. Anbringung der vorderen und hinteren Kupplung am Gaz-Wagen zur Paketbeförderung mit der Berliner Straßenbahn. 1919. 115. 116. 117.

- der preussischen Schnellposten. 1919. 454.
- Die verschiedenen Gattungen bespannter Fuhrwerke im Besitz und Betrieb der schweizerischen Postverwaltung bei Kriegsausbruch. 1920. 350 bis 353.
- Sechsplätziger Pavillonwagen der schweizerischen Postverwaltung. 1920. 354.
- Umladen von — auf Schlitten. 1920. 347.
- Zuggabel zur Kupplung des Gaz-Wagens zur Paketbeförderung mit der Berliner Straßenbahn. 1919. 114.

Postwertzeichen. Flugpostmarken in Kolumbien. 1924. 69.

Postzeitungsamt. I Geschöß des —. 1913. 167.

- II Geschöß des —. 1913. 167.

— Kaiserliches — (Gesamtansicht). 1913. 166.

Poulsen-Lorenz-Generator neuerer Bauart. 1914. 612.

Prüf-Doppelschleifen. Verteilung von 16 Fernleitungen auf 4 —. 1913. 328.

Querschnitte des 1. u. 2. Geschosses vom neuen Postgebäude am Hauptbahnhof in Dortmund. 1914. 8.

Registriertasse s. Unter-Registrierkasse.

Regulierungsrelais zur Herstellung des Gleichlaufs beim Schnelltelegraphen von Siemens & Halske. 1913. 739. 740.

Relaissäule II bei Uelzen (Bez. Hann.) (Hauptansicht). 1913. 337.

- in Soltau (Hann.). (Hauptansicht, Quer- und Längsschnitt der Mastspitze, Kabelrohr und Innengehäuse.) 1913. 334. 335. 336.

Relaischaltungen bei elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 327. 330.

Resonanz-Tonverstärker mit Zellschreiber. 1914. 581.

Rheinhäfen. Lageplan der — in Mannheim und Umgegend (Kartenskizze). 1915. 86.

Rhein-Wefer-Kanal. Lageplan des — (Kartenskizze). 1915. 221.

Rohrpost. Darstellung der Druckverhältnisse bei Druck- und Saugluftbetrieb. 1917. 249 bis 251.

- Drucklinie und Schaltbild eines Rohrpostapparates für Luftwechsel. Druckluftbetrieb. 1916. 186.
- Drucklinie und Schaltbild eines Rohrpostapparates für Luftwechsel. Saugluftbetrieb. 1916. 187.
- Drucklinien und Schaltbild für den Kreisbetrieb zwischen dem alten und dem neuen Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1916. 192.
- Ein Teil des Schaltbildes der — im Postschekamt in Köln. 1918. 135.

Rohrpost. Einzelstelle der Scheck-Hausrohrpost in Breslau (Prüfstelle). 1918. 145.

- Empfangs- und Ausschleusfestellung beim Ausschleusen der Rohrpostbüchsen. 1916. 179.
- Gebläse für die Hausrohrpost des neuen Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 151.
- Grundriß einer Saug- und Druckluft-Hausrohrpost. 1918. 93.
- Hausrohrpostgebläse beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 397.
- Hausrohrpost in der Annahme und in der Abfertigung des neuen Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 148. 149.
- Hausrohrpost in der Stadtrohrpoststelle des neuen Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 146.
- mit Druckluftbetrieb. 1917. 246. 247.
- mit freisendem Luftstrom. 1917. 252.
- mit Saugluftbetrieb. 1917. 248.
- Rohrführung an den Zahlstellen im neuen Post-scheckamt in Berlin. 1918. 143. 144.
- Rohrpost-Sammelstelle und Einzel-Rohrpoststelle im Post-scheckamt in Köln. 1918. 136. 137.
- Rohrpoststelle des Vierecks 4 im Mittelbau des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 395.
- Rohrpost-Verteilstelle und Fallschächte im Erd-geschoß des neuen Post-scheckamts in Berlin (Seiten- und Vorderansicht). 1918. 141. 142.
- Saugluftrohrpost ohne und mit Zwischensendern. 1918. 89.
- Saug- und Druckluftbetrieb mit Kontakt-Anemo-meter zum Abstellen der Druckluft. 1918. 92.
- Schaltbild der Rohrpostanlage Berlin-Friedenau-Berlin-Steglitz. 1916. 198.
- Schaltung einer Saugluftrohrpost mit gekuppelten Sendern (Post-scheckamt Breslau). 1918. 89.
- Schaltung zweier Stellen einer Saugluftrohrpost. 1918. 87.
- Stadtrohrpost des Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 400.
- Umschaltung der Fahrrohre zwischen altem und neuem Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1916. 196.
- Vergleich des Druckverlaufs bei Handbetrieb und bei selbsttätigem Abstellen der Treibluft. 1916. 181.

Rohrpostanlagen. Ansichten der Maschinenstation für die — in Leipzig. 1914. 440. 441.

- Betriebsstellen der — in Leipzig. 1914. 444. 445.
- Drehfolbenpumpe der — in Leipzig. 1914. 441.
- Förderanlagen im neuen Post-scheckamt in Berlin (Querschnitt). 1918. 138.
- Förderanlagen in der Kontostelle des neuen Post-scheckamts in Berlin. 1918. 139. 140.
- Gesamtübersicht über die Hausrohrpostanlage im Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 393.
- Lageplan der — in Leipzig. 1914. 438.
- Schaltung der — des Telegraphenamts Leipzig. 1914. 448.

Rohrpostapparate. Ansicht einer Rohrpostbüchse mit Treiber. 1917. 246.

- Der Apparat der Bauart 1912. 1916. 183.
- Der Apparat mit Absperrbahn. 1916. 185.
- Der Apparat mit Luftwechsel. Border- und Rückansicht. 1916. 185.
- Der Apparat von Zelbinger aus dem Jahre 1876. 1916. 183.

Rohrpostapparate. Der Apparat von Hauschild aus dem Jahre 1902. 1916. 183.

- Empfangsapparat einer Saugluftrohrpost. 1918. 87.
- Handhebel des Luftwechselschiebers. Wirkungsweise des Steuer- und Abstellzylinders. 1916. 188.
- Offener Druckluftempfänger einer Hausrohrpostanlage. 1918. 91.
- Rohrpostbüchse mit Klappenverschluß. 1918. 96.
- Rohrpostbüchse mit Schließverschluß. 1918. 95.
- Sender (offene Form) einer Saugluftrohrpost und Einlaufbogen mit vergrößerter Erweiterung. 1918. 94.
- Umschalter (Wähler) für 2 Fahrrohre (Border- und Seitenansicht). 1918. 90.
- Zwischensender an der Durchgangsleitstelle des neuen Haupt-Telegraphenamts in Berlin. 1918. 150.
- Zwischensender einer Saugluftrohrpost. 1918. 88.

Rohrpostmaschinenanlage. Dieselmotorseite der Luft-pumpmaschinen der — beim Postamt N 24 in Berlin. 1923. 46.

- Luftpumpenseite der Dieselmotoren der — beim Postamt N 24 in Berlin. 1923. 46.

Rohstoffgewinnung. Abbrenngestell für Wirrkabel und alte Z-Drähte beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 224.

- Einstampfen des Kupferdrahts zu Ballen bei der — in Berlin-Tempelhof. 1921. 223.

Rollbahnen. Aufwärtsführende — mit Mitnehmern. 1919. 165.

- Die — bei der Paketumschlagstelle in Hannover-Hainholz. 1919. 173.
- Die — des Postamts 22 in Breslau. 1919. 173.
- Eine — auf hochartigen Stützen. 1919. 163.
- Eine — in Schneckenform. 1919. 165.
- Fährbare — auf Stützen mit Drehrollen und auf Rädern. 1919. 164.
- Platten-Schrägheber einer —. 1919. 181.
- Rollbahnanlagen des Postamts 16 in Dresden. 1919. 170. 171.
- Rollbahnanlagen einer Fabrik mit Gleisanschluß (Schnitt und Grundriß). 1919. 177. 178.
- Rollbahnanlagen zwischen den Geschossen einer Schreibmaschinenfabrik. 1919. 179.
- Schrägheber zwischen zwei Rollbahnteilen. 1919. 180.
- Unsteuerbarer senkrechter Heber für Aufwärts- und Abwärtsbeförderung mit Rollbahnteilen für die Zuführung und Weiterleitung der Güter. 1919. 182.
- Unsteuerbare schräge — für Aufwärts- und Abwärtsbeförderung mit Einrichtungen zur selbsttätigen Aufnahme und Abgabe der Güter. 1919. 179.

Rückansicht des Telegraphenamts in Warschau (Palais Brühl). 1919. 19.

Ruhmersche Empfangsanlage. Dreifache — für Mehrfachfernsprechen im Reichspostmuseum. 1924. 125.

- Innenansicht eines Ruhmerschen Empfängers für Hochfrequenz-Mehrfachfernsprechen auf Leitungen. 1924. 126.

Ruhmersche Sendeanlage. Dreifache — für Mehrfachfernsprechen im Reichspostmuseum. 1924. 123.

- Schwingungskreis des Ruhmerschen Senders für Hochfrequenz-Mehrfachfernsprechen auf Leitungen. 1924. 124.

Rundspruchempfangsanlage. Gleichstromneanschlußgerät, Empfänger, Zweirohrverstärker, Einrohrverstärker. 1922. 362.

- Rutschen.** Ansicht der Bahnsteige, der Brücke und der — auf dem Paketbahnhof der Americ. Expresß Company in New York. 1913. 345.
- Sachsen.** Die hohen Heer-, Stapel- und Landstraßen um 1800 in — (Kartenskizze). 1913. 388.
- Die Poststraßen im Königreich — um das Jahr 1800 (Kartenskizze). 1913. 404.
- Samoa-Inseln.** Übersichtskarte von den —. 1921. 453.
- Schälmaschine** mit Schneidevorrichtung für abgenutzte Gummiadern beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 226.
- mit Schneidevorrichtung für abgenutzte Guttaperchaadern beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 225.
- Schalterhalle.** Die — im neuen Postgebäude am Warschiplatz in Warschau. 1917. 288, 1919. 10.
- Schaltungen.** Allgemeines Schaltungsschema beim Telefunken-System »Lönende Funken«. 1914. 577.
- bei den Zentral-Anrufschranken M 11 für Telegraphenleitungen. 1913. 757 bis 759.
- beim Vieltonsystem der C. Lorenz AG. 1914. 637.
- Das Schaltungsschema und die Anordnung der Apparate beim Marconisystem. 1914. 607. 609.
- der Goldschmidtschen Hochfrequenzmaschine. 1914. 645.
- der Hochfrequenzmaschine des Grafen v. Arco. 1914. 647.
- der Kondensatoren, um den Anruf mit Gleichstrom zu ermöglichen, bei der Fernsprechverbindung nach Italien. 1914. 512.
- des Baudotapparates in Frankreich. 1913. 519 bis 542.
- des funktelegraphischen Zeitsignalempfängers der C. Lorenz AG. 1914. 645.
- Die drei Stromkreise der Kathodenröhre. 1919. 279.
- Die Huthsche Sendeschaltung für Röhrensender. 1919. 319.
- Die — des Ruhmerschen Empfängers für Hochfrequenz-Mehrfachfernsprechen auf Leitungen. 1924. 127.
- Die — des Ruhmerschen Senders für Hochfrequenz-Mehrfachfernsprechen auf Leitungen. 1924. 123.
- Die — eines Wechselstrom-Vieltonsenders für Schiffstationen. 1914. 642.
- Die Senderschaltung des Poulsen-Lorenz-Systems. 1914. 613.
- Empfängerschaltung bei Vieltonstationen. 1914. 642.
- Empfangerschaltung für das drahtlose Fernsprechen. 1919. 308.
- Grundsätzliche — des Hochfrequenzmaschinensenders bei der Großfunkstelle in Nauen. 1921. 262.
- Grundsätzliche — eines Sprechstellenapparats mit Endverstärker. 1918. 273.
- Neue Telefunken-Tastschaltung bei der Großfunkstelle Nauen. 1921. 266.
- Schaltbild der doppelten Niederfrequenzverstärkung. 1919. 291.
- Schaltbild der Feuermeldeanlage beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 300.
- Schaltbild der Kathodenröhre als Audion. 1919. 294.
- Schaltbild der Kathodenröhre als Schwingungserzeuger. 1919. 296.

Schaltungen. Schaltbild des Rahmenantennen-Empfangs. 1919. 302.

- Schaltbild des Vierfach-Hochfrequenzverstärkers. 1919. 293.
- Schaltbild für den Einfilowatt-Röhrensender von Lorenz. 1919. 329.
- Schaltbild für den Röhrenempfänger von Lorenz. 1919. 323.
- Schaltbild und Wirkungsweise der Frequenz-Doppelungs-Transformatoren bei der Großfunkstelle in Nauen. 1921. 260. 261.
- Schaltbild zum Überlagerer. 1919. 298.
- Schaltschema des Dekremeters Marconis. 1915. 303.
- Schaltschema des Meßkreises des großen Wellenmessers der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. 1915. 299.
- Schaltschema des Meßkreises des kleinen Wellenmessers der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. 1915. 268.
- Schaltschema des Meßkreises des kleinen Wellenmessers Marconis. 1915. 300.
- Schaltschema des Meßkreises des Universalwellenmessers der C. Lorenz AG. 1915. 299.
- Schaltschemas der Wellenmesser von Ferrié und Boas. 1915. 308.
- Schaltschemas der Wellenmesser von Pierce, Tissot und Hirsch. 1915. 303.
- Schaltschemas und Anordnungen der Apparate bei Meßgeräten der drahtlosen Telegraphie. 1915. 263. 265. 266.
- Schaltung der Liebenröhre und Schaulinie der Änderung des Anodenstromes in der Liebenröhre mit Gitterspannung. 1918. 261.
- Schaltung der Uhrenzeichenanlage beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 309.
- Schaltung der Zeitzeichenanlage, Speisung der Uhrenzeichenanlage, Gleichlaufreglung der Hauptuhren beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 353.
- Schaltung des Mikrophonverstärkers von Siemens und Halske. 1918. 268.
- Schaltung einer in der Telegraphen- und Fernsprechtechnik verwendeten Verstärkerröhre. 1917. 222.
- Schaltungsschema des Wheatstone-Lochers mit elektrischem Antrieb. 1916. 393.
- Schaltungsschema des Zeitsignalempfängers. 1914. 584.
- Schaltungsschema einer neuen Fernplatzschaltung mit Nummernscheibe ohne Vielfachfeld, Klinsen und Stöpsel. 1924. 172.
- Schaltungsschema eines Fernschrankes ZB 10 in Verbindung mit Vorschaltelplätzen. 1924. 172.
- Sendeschaltung für das drahtlose Fernsprechen. 1919. 309.
- Transformator-Koppelung und Tifferschaltung beim Empfänger des Poulsen-Lorenz-Systems. 1914. 615.
- Verbindungen für den unmittelbaren Verkehr der Selbstanschlußämter untereinander. Kennzeichnung der Knotenpunkte in den einzelnen 100 000-Gruppen durch doppelte Umrahmung. 1924. 171.
- Verbindung von einem Selbstanschlußamt über ein Handamt nach den übrigen Ämtern. 1924. 171.
- Wechselschaltung und Vierdrahtschaltung nach van Rasteren bei Fernsprechverstärkern. 1918. 269. 270.
- Schaumünze** des General-Postmeisters v. Nagler. 1919. 453.

- Scheibenentlader** zur Verhütung der Lichtbogenbildung von Marconi. 1914. 603.
- Schiffstation.** Aufbau einer — nach dem Vieltonsystem der C. Lorenz AG. 1914. 644.
- Schlittenpost.** Bernina — im Winter vor Eröffnung der Berninabahn. 1920. 336.
- Schnelltelegraph.** Der erste photographierende Siemens-apparat. 1913. 718.
— Empfänger des gegenwärtigen — von Siemens & Halske. 1913. 720. 731 bis 736.
— Sender des gegenwärtigen — von Siemens & Halske. 1913. 719. 726 bis 729.
- Schutzmuffe.** Zweiteilige eiserne — beim Fernsprech-Flußkabel durch die Weichsel bei Thorn. 1913. 60.
- Schutzschaltungen** durch Koppelung mit einer Schutzleitung oder mit dem Fahrdrahte einer elektrischen Bahn. 1914. 74.
— mit Abzweigkondensatoren und Resonanzableitungen. 1914. 74.
— mit Schutzwicklungen für Telegraphenapparate und mit Brückenanordnungen. 1914. 72.
- Schwachstromleitungen.** Vektorielle Zusammensetzung der Fremdströme und Fremdspannungen in den von Wechselstrombahnen beeinflussten —. 1914. 43.
— Verlauf der Influenzströme und der Induktionsströme in den von Wechselstrombahnen beeinflussten — und ihre Berechnung. 1914. 34 bis 41.
- Schwingungsbild.** Oszillographische Aufnahme des Wortes »Amerika« in englischer Aussprache. 1916. 139.
- Schwingungsvorgänge** beim gekoppelten Braun-Sender. 1914. 561.
- Selbstanschlußamt.** Ausgestaltung der Fassade des — in Hamburg. 1924. 167.
— Blick auf die Gestelle eines — mit Kabelführung. 1924. 163.
— Blick in ein — (Leipzig). 1924. 163.
— Grundrisse des neuen — in Hamburg (Keller-, Erdgeschoß, II. bis IX. Geschoß). 1924. 164. 165.
— Schnitte durch das — in Hamburg. 1924. 166.
- Selbstanschlußbetrieb.** Der alte (rechts) und der neue Vornwähler des — von Siemens & Halske. 1924. 167.
— Der jetzige Hebdrehwähler (links) und der neue (rechts) des — in demselben Maßstab aufgenommen. 1924. 167.
— Gruppenwählergestell für 30 Gruppenwähler beim —. 1924. 163.
— Leitungswählergestell mit 2×12 Leitungswählern und 12 Gruppenwählern beim —. 1924. 163.
— Nummernscheibe des —. 1924. 161.
— Schema einer Verbindung bei einem 10 000 System des —. 1924. 161.
— 10teiliger Vornwähler beim —. 1924. 161.
— 100teiliger Hebdrehwähler beim —. 1924. 161.
— 100teiliger Hebdrehwähler zum — der Autofabag. 1924. 167.
— Vergleich zwischen dem jetzigen Hebdrehwähler und dem neuen Wähler der Autofabag. 1924. 168.
— Vornwählergestell für 100 Leitungen beim —. 1924. 161.
- Senderrelais.** Polarisiertes — des Schnelltelegraphen von Siemens & Halske. 1913. 730.
- Senderkondensatoren** des Vieltonsystems der C. Lorenz AG. 1914. 639.
- Sicherungseinrichtungen** bei elektromagnetisch gesteuerten Untersuchungseinrichtungen. 1913. 331. 332.
- Sicherungsgestell** im Blizableiterraum. 1913. 328.
- Sertierstelle.** Die Laderampe mit den Förderbändern und der — im Obergeschoß auf dem Paketbahnhof der Americ. Express Company in New York (Quer- und Längsschnitt). 1913. 343.
- Spannscheibe** zur Verbindung der Kabelenden beim Fernsprech-Flußkabel durch die Weichsel bei Thorn. 1913. 60.
- Spindelpresse.** Zerstückeln unbrauchbarer Kabel mit der — und Abnahme der Schutzdrähte zur Rohstoffgewinnung im Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 217.
- Stangenbild** der Telegraphenlinie Dessau-Bitterfeld. 1914. 46.
- Starlight-Invertlampe** »Polarstern« mit Druckbehälter. 1922. 77.
- Staubsauger.** Darstellung der Arbeitsweise der Luft im —. 1917. 253. 254. 256.
— Mundstücke für —. 1917. 253.
- Stempeltische.** Neue —. 1923. 329.
- Stoßmaschine** beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof zum Aufschließen der Bleimäntel unbrauchbarer Kabel. 1921. 221.
— zum Zerstückeln unbrauchbarer Kabel beim Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof. 1921. 220.
- Straßenbahnbriefkästen.** Hamburger — (Vorder- und Seitenansicht). 1921. 111.
- Straßenbahn-Postwagen.** Beladen des oberen Raumes mit den sperrigen Paketen bei den — in Stuttgart. 1924. 151.
— Die — in Stuttgart abfahrtbereit am Motowagen. 1924. 151.
— Eingeschieben der Einsatzwagen von der Rampe über die als Brücke dienende Verschlussklappe der — in Stuttgart. 1924. 149.
- Straßenbahnwagen.** Hamburger — mit Briefkästen. 1921. 109.
- Straßenbau.** Querschnittzeichnung einer österreichischen Straße des 18. Jahrhunderts. 1913. 435.
— Regelquerschnitt einer Straße im Königreich Sachsen nach dem Straßenbaumanakat vom Jahre 1781. 1913. 437.
- Streckenbild** der elektrischen Staatsbahn Dessau-Bitterfeld. 1914. 45.
- Tastenlochapparat** für den Schnelltelegraph von Siemens & Halske. 1913. 721 bis 725.
- Tastrelaisanlage** bei der Großfunkstelle Rauen. 1921. 265.
- Telefunkenkompaß.** Richtantennen einer festen Station und der — für Schiffe und lenkbare Luftfahrzeuge. 1914. 582.
- Telegraphenamt.** Das — in Warschau. 1919. 18. 19.
- Telegraphenbau.** Deutscher Telegraphenbautrupp bei der Instandsetzung einer zerstörten belgischen Telegraphenlinie. 1916. 47.
- Telegraphenbautrupp.** Deutscher — beim Wiederaufbau zerstörter Telegraphenlinien in Polen. 1916. 379.
- Telegraphengebäude** s. unter Postgebäude.
- Togo.** Verkehrskarte von —. 1921. 407.
- Toreinfahrt** des Telegraphenamts in Warschau. 1919. 18.
- Trommel.** Zweiteilige — zur Abrundung der Verbindungsstelle beim Fernsprech-Flußkabel durch die Weichsel bei Thorn. 1913. 60.

- Übersichtsplan** der Postverladestellen in Köln-Deutz. 1914. 303.
- Uhrenzeichenanlage.** Selbsttätige — beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 307.
- Unterlegeischiebe** für die inneren Bewehrungsdrähte beim Fernsprech-Flußkabel durch die Weichsel bei Thorn. 1913. 60.
- Untersuchungseinrichtungen.** Elektromagnetisch gesteuerte —.
- Doppelrelais für — (Seitenansicht, Querschnitt und Grundbrett). 1913. 326.
 - Relaischaltungen. 1913. 327. 330.
 - Sicherungsgeßtell im Blitzableiterräum. 1913. 328.
 - Verteilung von 16 Fernleitungen auf 4 Prüf-Doppelschleifen. 1913. 328.
 - Sicherungseinrichtungen. 1913. 331. 332.
 - Relais säule in Soltau (Hann.). 1913. 334.
 - Längsschnitt der Mastspitze der Relais säule in Soltau (Hann.). 1913. 335.
 - Kabelrohr (von oben gesehen) der Relais säule in Soltau (Hann.). 1913. 335.
 - Innengehäuse der Relais säule in Soltau (Hann.). 1913. 336.
 - Querschnitt der Mastspitze der Relais säule in Soltau (Hann.). 1913. 335.
 - Relais säule II bei Uelzen (Bz. Hann.). 1913. 337.
- Variometer** für Stationen mittlerer Reichweite beim Telefunken system »Lönende Funken«. 1914. 572.
- Ventildetektor** von Fleming. 1914. 606.
- Verkehrskarte** von Persien. 1913. 763.
- Verstärkeramt.** Ansicht des — Delmenhorst. 1924. 175.
- Grundrisse des Erdgeschosses, des Obergeschosses und des Dachgeschosses vom Hauptverstärkeramt in Delmenhorst. 1924. 175.
- Verstärkeramt.** Verstärkergeßtellreihe des — Frankfurt (Main). 1924. 174.
- Verteilungsstelle.** Ansicht der — mit dem Steigband auf dem Paketbahnhof der Americ. Express Company in New York. 1913. 345.
- Vordrucke.** Gepäckscheinmuster im Postkraftwagenverkehr. 1922. 188.
- zu Fahrscheinen im Postkraftwagenverkehr. 1922. 184. 185. 186.

- Wählergeßtell** beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin. 1918. 339.
- Wasserbehälter.** Der 10 m hohe — in Ramina (Togo). 1920. 257.
- Wechselstrombahnen.** Fahrstromschleife bei —. 1914. 34.
- Lageplan über den Verlauf der Strecke Dessau-Bitterfeld und der Schwachstromleitungen. 1914. 44.
 - Streckenbild der — Dessau-Bitterfeld. 1914. 45.
- Weichenformen** für Postladeanlagen auf Bahnhöfen. 1916. 110. 111.
- Wellenmesser.** Ansicht des großen — der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. 1915. 299.
- Ansicht des kleinen — der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. 1915. 268.
 - Deckel des kleinen — der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. 1915. 269.
 - Schaltungen von —. 1915. 263. 265. 266.
 - Selbstinduktionsspulen des kleinen — der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. 1915. 269.
- Wellenmodell.** Ablauf dreier aufeinanderfolgender Stöße beim —. 1916. 153.
- Ansicht eines —. 1916. 152.
 - Teilung eines schwingenden Systems in Wellen beim —. 1916. 153.
- Weltzeituhr** zur Feststellung der Zeitunterschiede zwischen verschiedenen Orten der Erde. 1923. 343.
- Wheatstone locher.** Der gewöhnliche und der nach den Angaben des Telegraphendirektors Weyland hergestellte —. 1916. 390.
- Mit — hergestellter Stanzstreifen. 1916. 389.
- Wiensche Stoßerregung.** Schwingungsvorgang bei der —. 1914. 562.
- Zeigertelegraph** von Siemens 1856. 1922. 117.
- Zeitmessungen.** Bei der Versuchsabteilung der PTD Berlin benutztes Gerät für —. 1923. 322.
- Zeitsignalempfänger.** Außenansicht des —. 1914. 584.
- Zentral-Anruffschränke** M 11 für Telegraphenleitungen. 1913. 750 bis 753.
- Zustellgeßtalt** im neuen Postgebäude am Warendiplatz in Warschau. 1919. 11.
- Zwillingsrelais** M 11 bei Zentral-Anruffschranken zu 20 Leitungen. 1913. 754 bis 756.

Ib. Graphische Darstellungen

- Arbeiterversicherung.** Steigen und Fallen der in den Jahren 1885/86 bis 1915 durch die Reichs-Postverwaltung gezahlten Beträge an Unfallentschädigungen sowie an Invaliden- und Hinterbliebenenbezügen. 1917. 16.
- Steigen und Fallen der Stückzahl und des Gesamtwerts der in den Jahren 1891 bis 1915 von den Reichs-Postanstalten verkauften Versicherungsmarken. 1917. 21.
- Dämpfungszahlen.** Werte der — für die Frequenzen in Kabeln und in Freileitungen. 1916. 460.
- Energien.** Zeitlicher Verlauf der elektrischen und der magnetischen —. 1916. 147.
- Energieverbrauch.** Vergleich des — zwischen einer Drahtlampe und einer Gasfüllungslampe. 1923. 303.

- Fernsprechanschlüsse.** Kündigung von Hauptanschlüssen anlässlich der Gebührenerhöhung am 1. Oktober 1922. 1923. 434.
- Verteilung der Hauptanschlüsse auf die 9 Reggruppen. 1923. 431.
 - Verteilung der Haupt- und Nebenschlüsse auf die Berufsgruppen. 1923. 430.
 - Verteilung der posteigenen und privaten Nebenschlüsse auf die 9 Reggruppen. 1923. 432.
- Fernsprechgebühren.** Einnahmen aus dem vorgeschlagenen Fernsprechgebührentarif im Vergleich zu den Selbstkosten und den bisherigen Einnahmen. Anschlußgebühren. 1921. 422. Desgl. Gesprächsgebühren. 1921. 423.
- Fernsprechleitungen.** Normale Belastung der schweizerischen Fernleitungen (einfach oder mehrfach betrieben) aus 3 mm Bronzedraht. 1923. 455.

Fernsprechverkehr. Gesprächseinheiten in abgehender Richtung und Fernsprechverbindungsleitungen beim Fernamt 1 in Berlin in der Zeit von 1890 bis 1920. 1921. 415.

Flugpost. Beförderte Postsendungen von 1919 bis 1922. 1923. 267.

— Beförderte Zeitungen von 1919 bis 1922. 1923. 267.

— Zurückgelegte Flugkilometer 1919 bis 1922. 1923. 267.

Funkverkehr. Entwicklung des — zwischen Deutschland (Rauen) und Argentinien (Buenos Aires). Beginn des Empfangsverkehrs: Januar 1924; Beginn des Sendeverkehrs: Mai 1924. 1924. 184.

— Entwicklung des — zwischen Deutschland und dem europäischen Ausland über die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen vom 1. Januar 1923 bis Ende September 1924. 1924. 181.

— Entwicklung des über die Großfunkstellen Rauen und Eilbese abgewickelten — in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis 30. September 1924. 1924. 183.

Funkverkehr. Entwicklung des über die Großfunkstellen Rauen und Eilbese der Transradio AG für drahtlosen Überseeverkehr abgewickelten — nach Europa und Übersee in den Jahren 1920 bis 1923. 1924. 182.

— Entwicklung des über die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen abgewickelten — mit den Ländern Europas in den Jahren 1920 bis 1923. 1924. 180.

Gegeninduktivitäten in Abhängigkeit von der Länge des Parallelverlaufs für verschiedene Abstände nach den örtlichen Verhältnissen der elektr. Bahn Dessau-Bitterfeld. 1914. 41.

— zwischen den stromführenden Teilen der elektr. Bahn Dessau-Bitterfeld und isolierten Drähten, die auf dem Erdboden in verschiedenen Abständen von der Bahn ausgelegt waren. 1914. 55.

Gegeninduktivitätskurven für verschiedene Längen des Parallelverlaufs nach den örtlichen Verhältnissen der elektr. Bahn Dessau-Bitterfeld. 1914. 57.

Geldumsatz und barloser Verkehr im Reichspostgebiet. 1919. 435.

Influenzspannungskurven auf der elektr. Bahnstrecke Dessau-Bitterfeld. 1914. 37.

Influenzstrom und **Induktionsspannung** in zwei Telegraphenleitungen während einer Versuchsfahrt auf der elektr. Bahnstrecke Dessau-Bitterfeld. 1914. 58. 59.

Isolationswiderstände. Durchschnittliche wahre — in den einzelnen Monaten des Jahres nach den Messungen um 8 Vorm. im Winterhalbjahr und 7 Vorm. im Sommerhalbjahr (Zeitungen: Emden-Norden und Emden-Frankfurt, Main). 1914. 87.

— Häufigkeit des Vorkommens der einzelnen — bei den täglichen Messungen um 7/8 Vorm. (Zeitungen: Emden-Norden und Emden-Frankfurt, Main). 1914. 85.

Isolationswiderstände. Stündliche Messungen des — der Leitung 61 (Teilstrecke Emden-Oldenburg) im Januar 1903. 1914. 83. Desgl. im Juni 1903. 1914. 84.

Kondensator. Zeitlicher Verlauf der Spannung und Stromstärke eines —. 1916. 146.

Kuftpostnetz. Ausdehnung des — von 1919 bis 1922. 1923. 267.

Metallasche. Hundertsätze an Kupfer und Blei der in Tegel und Berlin-Tempelhof seit 1. August 1913 gewonnenen — bei der Altmaterialverwertung von unbrauchbaren Kabeln usw. 1921. 216.

Nachnahmeverkehr. Die Bewegung des deutschen —. 1913. 276.

Postanweisungsverkehr. Der Postanweisungs- und der Zahlkartenverkehr Deutschlands von 1890 bis 1915. 1917. 466.

— Entwicklung des Überweisungs-, Zahlkarten- und — von 1909 bis 1918 im Reichspostgebiet. 1919. 421.

— Vom Oktober 1915 bis Januar 1917 in Warschau ein- und ausgezahlte Postanweisungen. 1917. 291.

Posttscheckverkehr. Der Postanweisungs- und der Zahlkartenverkehr Deutschlands von 1890 bis 1915. 1917. 466.

— Entwicklung des Überweisungs-, Zahlkarten- und Postanweisungsverkehrs von 1909 bis 1918 im Reichspostgebiet. 1919. 421.

— Geldumsatz und barloser Verkehr im Reichspostgebiet. 1919. 435.

— Zunahme des Guthabens der Posttscheckkunden von Ende 1909 bis Ende 1918 im Reichspostgebiet. 1919. 419.

— Zunahme der Posttscheckkunden von 1909 bis 1918 im Reichspostgebiet. 1919. 418.

Postverkehr. In Warschau aufgelieferte und eingegangene Einschreibbriefe vom Oktober 1915 bis Januar 1917. 1917. 290.

Rohrpostverkehr. Entwicklung des Berliner — von 1876 bis 1913. 1916. 200.

Telegrammverkehr. Stand des — beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin von 1910 bis 1912 in den einzelnen Monaten. 1921. 180.

— Steigerung des — bei dem Haupt-Telegraphenamt in Berlin in den Jahren 1850 bis 1919. 1921. 179.

Überweisungsverkehr. Entwicklung des Überweisungs-, Zahlkarten- und Postanweisungsverkehrs von 1909 bis 1918 im Reichspostgebiet. 1919. 421.

Weltkabelnetz. Anteil der Hauptländer am —. 1914. 383.

Zeitungsverkehr. Im Jahre 1916 in Warschau vierteljährlich eingegangene und durch die Verlagsanstalt Warschau 1 vertriebene Zeitungsnummern. 1917. 290.

I c. Übersichten und Tabellen

Abrechnungsstellen. Umsätze im Giro- und Abrechnungsverkehr bei den — der Reichsbank für die Zeit von 1891 bis 1914. 1915. 216.

— Verkehr der Posttscheckämter des Reichspostgebiets mit den — der Reichsbank 1918. 1919. 407.

Abrechnungsstellen. Verkehr der Posttscheckämter des Reichspostgebiets mit den — der Reichsbank von 1912 bis 1918. 1919. 420.

— Verkehr der Posttscheckämter des Reichspostgebiets mit den — der Reichsbank. 1920 u. 1921. 1922. 234. 235.

Absterbeordnung für die Zinseszins-Rechnung zur Berechnung des Kapitalwerts von Ruhegehältern sowie bei Lebens- und Rentenversicherungen. 1920. 42.

American Telephone and Telegraph Company. Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der —. 1913. 497.

— Zusammenstellung über die Reineinnahmen und deren Verteilung in den Jahren 1900 bis 1912 der —. 1913. 498.

Angestellte. Zahl der bei der schwedischen Telegraphenverwaltung beschäftigten — Ende 1921. 1922. 407.

— Zahl der im schwedischen Fernsprech- und Telegraphendienst beschäftigten — im Jahre 1914. 1915. 354.

— Zahl der im schwedischen Fernsprech- und Telegraphendienst beschäftigten — im Jahre 1915. 1917. 75.

— Zahl der im schwedischen Fernsprech- und Telegraphendienst beschäftigten — im Jahre 1916. 1918. 99.

— Zahl der im schwedischen Fernsprech- und Telegraphendienst beschäftigten — im Jahre 1917. 1919. 82.

Arbeiterversicherung. Die in den einzelnen Bezirken des Reichspostgebiets im Kalenderjahre 1915 gezahlten Beträge an Unfallentschädigungen sowie an Invaliden- und Hinterbliebenenbezügen. 1917. 17.

— Die von der Reichs-Postverwaltung in den Jahren 1885/86 bis 1915 gezahlten Beträge an Unfallentschädigungen sowie an Invaliden- und Hinterbliebenenbezügen. 1917. 15.

— Verteilung der Empfänger und Abhebungen auf die einzelnen Arten von Zahlungen auf Grund der —. 1917. 7.

— Zahl der auf die einzelnen Oberpostdirektionsbezirke entfallenden Empfänger und einzelnen Abhebungen der im Kalenderjahre 1915 gezahlten Beträge an Unfallentschädigungen sowie an Invaliden- und Hinterbliebenenbezügen. 1917. 18.

— Zahl der im Jahre 1915 in den einzelnen Oberpostdirektionsbezirken gefertigten Abrechnungen mit den Trägern der Unfall- sowie der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. 1917. 19.

Arbeitsvorgang an der Sylbeschen Stempelmaschine. 1923. 321.

Bahnpostwagen. Bahnpostwagenbestand der Reichs-Postverwaltung Ende 1914. 1917. 112.

— Zusammenstellung der Gattungen des Bahnpostwagenparks der Reichs-Postverwaltung. 1917. 92. 101. 111.

Beamtenausschüsse. Sachweiser zum Erlaß über Bildung und Aufgaben der — im Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. 1922. 391. 392.

Beförderungsdauer der ersten Tarisschen Posten. 1916. 301.

Beförderungsmittel. Vermehrung der — von 1887 bis 1912. 1913. 554.

Beiträge, Invalidenrente oder Ruhegeld der Postagenten nach der Reichsversicherungsordnung (RVO), dem Versicherungsgefeße für Angestellte (VVG) und dem Entwurfe des Postagentenverbandes zu einer Versicherungsordnung für eine Pensionskasse. 1913. 299.

— Monatliche — gemäß Versicherungsgefeße für Angestellte vom 20. Dezember 1911 nach dem Jahresverdienst der Versicherten. 1913. 358.

Beleuchtungskörper. Angaben über die hauptsächlichsten in den Handel gebrachten — und ihre Eignung für bestimmte Beleuchtungsarten. 1923. 308.

Bellgesellschaften. Zusammenstellungen über Durchschnitts- und Verhältniszahlen aus den Betrieben der vereinigten — in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1913. 494. 495.

Bellunternehmungen. Entwicklung der Betriebe der vereinigten amerikanischen —. 1915. 296.

— Geschäftsumfang und Vermögensstand der vereinigten amerikanischen —. 1915. 294.

— Übersicht über die Durchschnitts- und Verhältniszahlen aus den Betrieben der vereinigten amerikanischen —. 1915. 295.

Besoldungen der Beamten des Tarisschen Postamts in Lübeck zu Anfang des 19. Jahrhunderts. 1915. 207.

Betriebsergebnisse. Übersicht über die — der Kraftwagen-Personenposten im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 264. 265.

Blisschäden. Zahl der — in Preußen während der Jahre 1904 bis 1912. 1915. 381.

Briefposttarif. Übersicht über den württembergischen — vom 1. Juli 1814 ab. 1914. 118.

Dämpfungsexponenten. Werte der — für pupinierte Leitungen. 1914. 505.

Dämpfungsverhältnis in pupinierten und nichtpupinierten Leitungen von ungleichem Durchmesser. 1914. 506.

Dienstleistungen. Leistung der schweizerischen Fernbeamtinnen. Mittelwert der Ergebnisse jedes Amtes für das Jahr 1922. 1923. 465.

— Leistung der schweizerischen Fernbeamtinnen in den vier Vierteljahre des Jahres 1922. 1923. 463.

Dienstunkosten. Vergütung der Postagenten einschließlich der Entschädigung für — (Stand: 1. August 1912). 1913. 297.

Durchschnittspreise. Jährliche — des Kupfers am nordamerikanischen Markte für die Zeit von 1884 bis 1912. 1913. 257.

Einnahmen. Bare — der Stiftung »Töchterhort«. 1913. 569.

— Bare — der Stiftung »Töchterhort«. 1914. 456.

— Zusammenstellung der — und Ausgaben der American Telephone and Telegraph Company. 1913. 497.

Eisenbahnbau. Stand der Eisenbahnbauten in den Schutzgebieten des Deutschen Reichs am Anfang und am Ende des Kalenderjahrs 1912. 1913. 110.

Eisenbahnen. Betriebsergebnisse der Großherzoglich Oldenburgischen Staatseisenbahnen. 1918. 24. 25. 26.

— Betriebsergebnisse der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Jahre 1914. 1916. 270 bis 272.

— — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 260 bis 263.

— — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 286 bis 288.

— — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 460 bis 462.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1921. 200 bis 202.

— Entwicklung des Großherzoglich oldenburgischen Eisenbahnnetzes. 1918. 22.

— Fuhrpark der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Jahre 1914. 1916. 270.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1921. 199.

Eisenbahnen. Länge und örtliche Verteilung der im Betriebe befindlichen nebenbahnähnlichen Kleinbahnen und der übrigen — Preußens im Jahre 1914. **1916.** 276. 277.

— Übersicht der Eisenbahnen in den deutschen Schutzgebieten. **1914.** 535.

— Übersichten über die Gesamtlänge der von der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnverwaltung betriebenen —. **1916.** 268.

— Umfang des Bahngebiets der preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahre 1913. **1915.** 168.

— — Desgl. im Jahre 1915. **1917.** 258.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 285.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 459.

— — Desgl. am 31. März 1919. **1921.** 198.

— Unfälle beim Eisenbahnbetrieb der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Jahre 1914. **1916.** 269.

— — Desgl. im Jahre 1915. **1917.** 259.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 286.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 462. 463.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1921.** 202. 203.

— Verhältnis der Eisenbahnlänge zur Flächengröße und zur Bevölkerungszahl der Staaten Europas Ende 1913. **1915.** 311.

— Verhältnis der Gesamtlänge der Eisenbahnen zur Länge der Staatsbahnen, nach Ländern geordnet, Ende 1913. **1915.** 312.

— Zahl der Angestellten bei den vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen nach dem Stande von 1914. **1916.** 273.

— — Desgl. nach dem Stande von 1915. **1917.** 262.

— — Desgl. nach dem Stande von 1916. **1918.** 289.

— — Desgl. nach dem Stande von 1917. **1919.** 463.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1921.** 203.

— Zuggeschwindigkeiten bei den einzelnen deutschen Eisenbahnverwaltungen. **1916.** 202.

— Zusammenstellung der Länder mit einem Eisenbahnnetz von mehr als 10 000 km. **1914.** 553. **1915.** 310.

— Zusammenstellung der schnellsten Züge bei den deutschen Staatsbahnverwaltungen. **1916.** 203.

Eisenbahnnetz. Anteil der wichtigsten Staaten am — der Erde. **1913.** 501.

Eisenbahnunfälle im Betrieb der preussischen und hessischen Staatsbahnen in den letzten Jahren. **1915.** 169.

Ergebnis. Finanzielles — der österreichischen Postverwaltung 1912/1913. **1915.** 126.

— Geldliches — der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung 1913/14. **1916.** 297.

— Gesamtergebnis des niederländischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetriebs im Jahre 1916. **1918.** 281 bis 284.

— Gesamtergebnis des Wirtschaftsbetriebs der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung in den Jahren 1890 bis 1914 (I. Halbjahr). **1917.** 304. 305.

— Wirtschaftsergebnis der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung in den Jahren 1913 bis 1918. **1921.** 70.

Expressegut. Erhöhung der Frachtsätze für — bei der deutschen Reichsbahn. **1923.** 20.

Jahrpreise. Erhöhung der Normalfahrpreise der deutschen Reichsbahn. **1923.** 14.

— Übersicht über die — im Flugverkehr von Kolumbien. **1924.** 69.

Feldpost. Portofreiheiten und Portovergünstigungen im Feldpostverkehr. **1918.** 38 bis 50.

Fernkabel. Zusammenstellung der wichtigeren englischen Fernkabel. **1923.** 94.

Fernsprechanlagen. Entwicklung der — in der Schweiz Ende 1914. **1915.** 314. 315.

— Steigerung der Kosten für die Hauptteile der englischen — gegen die Vorkriegskosten. **1921.** 47.

— Umfang der — der Gesellschaften des Bellsystems und der unabhängigen Gesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika. **1915.** 41.

— Umfang der — in den einzelnen Ländern der Erde am 1. Januar 1913. **1914.** 494 bis 497.

— — Desgl. am 1. Januar 1914. **1916.** 10 bis 13.

— Zunahme der jährlichen laufenden Kosten für die englischen — seit der Vorkriegszeit. **1921.** 48.

Fernsprechan schlüsse. Kündigungen und Neuanmeldungen von Hauptanschlüssen zum 1. Oktober 1922. **1923.** 436. 437.

— Kündigung von Hauptanschlüssen anlässlich der Gebührenerhöhungen am 1. Oktober 1922 und am 1. Januar 1923. **1923.** 436. 437.

— Kündigung von Nebenanschlüssen anlässlich der Gebührenerhöhung am 1. Oktober 1922. **1923.** 436. 437.

— Verteilung der Haupt- und Nebenanschlüsse auf Berufsgruppen. **1923.** 436. 437.

— Verteilung der Haupt- und Nebenanschlüsse auf die 9 Bezugsgruppen. **1923.** 436. 437.

Fernsprechanstalten. Zahl der — in der Schweiz Ende 1914. **1915.** 316.

Fernsprechbeamte. Arbeitsleistung der schwedischen — bei den verschiedenen Betriebsarten. **1915.** 363.

Fernsprechbetrieb. Umfang des staatlichen und des privaten — in den Hauptverkehrsändern Europas. **1914.** 236. 237.

Fernsprecher. Übersicht über die Verbreitung des — Ende 1911 in den wichtigsten Gebieten Großbritanniens. **1913.** 490.

— Übersicht über die Verbreitung des — in Großbritannien 1911. **1913.** 489.

Fernsprechgebühren im englisch-französischen Fernsprechverkehr. **1914.** 23.

— Übersichten über die neuen englischen Fernsprechgebührensätze. **1921.** 98 bis 100.

— Vergleichende Übersicht über die Erhöhungen der — seit 1914. **1921.** 448. 449.

— Vorgeslagene neue englische —. **1921.** 82.

— Wirkung der neuen englischen — in geldlicher Beziehung (Ertragsberechnung). **1921.** 94.

Fernsprechgesellschaften. Einnahmen und Ausgaben der größeren amerikanischen — in den Jahren 1907 und 1912. **1915.** 44.

— Zusammenstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der größeren — in den Verein. Staaten von Amerika. **1913.** 776. 777.

— Staatliche — in Rußland. **1914.** 336.

— Von Privatunternehmern und Stadtverwaltungen auf Grund von Konzessionen in Rußland betriebene —. **1914.** 337.

Fernsprechneze. Umfang der — in den europäischen Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern (ausschl. Konstantinopel). 1914. 499.

- Umfang der — in den wichtigsten europäischen Städten (ausschließlich Konstantinopel). 1916. 15.
- Zusammenstellung der bedeutenderen staatlichen — in Rußland. 1914. 332.
- Zusammenstellung der Dichtigkeit der — in den größeren Orten Großbritanniens. 1913. 488.
- Zusammenstellung der vom russischen Staate konzeßionierten privaten —. 1914. 333.

Fernsprechstellen. Vergleichende Übersicht über die Zunahme der Zahl der — in den wichtigsten Städten Großbritanniens. 1913. 489.

Fernsprechverkehr. Anwachsen der Bezüge der englischen Fernsprechbeamten vom Rechnungsjahre 1913/14 bis 1920/21. 1921. 39.

- Ausnutzung der schweizerischen Fernleitungen in den vier Viertelsjahren des Jahres 1922. 1923. 459.
- Ausnutzung der schweizerischen Fernleitungen. Mittelwert aus den Ergebnissen der einzelnen Ämter für das Jahr 1922. 1923. 461.
- Beispiel für das in der Schweiz eingeführte Beobachtungsverfahren in Fernleitungen. 1923. 457.
- Entwicklung des — in Niederländisch-Indien im Jahre 1920. 1923. 52 bis 54.
- Entwicklung des niederländischen — in den Jahren 1918 und 1919. 1921. 306. 307.
- Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des englischen — in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1920/21. 1921. 38.
- Gesprächszählungen für englische Anschlußleitungen. 1921. 86. 87.
- Länge der Leitungen, Zahl der Fernsprechanschlüsse und Zahl der Gespräche 1902, 1907 und 1912 in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1914. 467.
- Statistische Angaben über den englischen Fernsprechdienst für das Rechnungsjahr 1920/21. 1921. 97.
- Übersicht über die Entwicklung des Fernsprechwesens im Deutschen Reich in den Jahren 1900 bis 1920. 1921. 450.
- Umfang des niederländischen — im Jahre 1921. 1923. 129 bis 131.
- Umfang des Verkehrs der größeren amerikanischen Fernsprechunternehmen. 1915. 42. 43.
- Verbreitung des Fernsprechers in den Städten und auf dem flachen Lande in Europa nach dem Stande vom 1. Januar 1913. 1914. 498.
- — Desgl. nach dem Stande vom 1. Januar 1914. 1916. 14.
- Verteilung der Hauptanschlüsse (Hausgebühren- und Grundgebührenanschlüsse zusammen) nach ihrem Verkehrsumfang. 1921. 447.
- Voraussichtliche Ausgaben und Einnahmen des Fernsprechbetriebs nach dem Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1924 (nach den Säzen des vorgeschlagenen Tarifs). 1921. 450.
- Wirtschaftliches Ergebnis des englischen — während der Rechnungsjahre 1912/13 bis 1915/16. 1921. 36. 37.
- Zahl der Sprechstellen im Verhältnis zur Einwohnerzahl in den wichtigsten europäischen Städten. 1914. 95.
- Zusammenstellung der Fernsprechteilnehmer nach Berufsgruppen. 1923. 435.

Fernsprechverkehr. Zusammenstellung der vorhandenen, von London ausgehenden britischen Fernleitungen. 1923. 90.

Fernsprechwesen. Betriebs- und Verkehrszahlen nach dem Stande von 1913 in Rußland und im Deutschen Reich. 1916. 369.

- Dichtigkeit des Fernsprechnetzes in Schweden. 1915. 364.
- Entwicklung des niederländischen — im Jahre 1915. 1917. 309.
- — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 280.
- — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 231.
- Entwicklung des norwegischen — 1914/15. 1916. 455 bis 457.
- Entwicklung des — in Österreich im Jahre 1913. 1915. 125.
- — Desgl. im Jahre 1914. 1916. 297.
- — Desgl. im Jahre 1915. 1917. 303.
- — Desgl. im Jahre 1916. 1919. 270.
- Entwicklung des schweizerischen — im Jahre 1915. 1916. 452 bis 455.
- — Desgl. im Jahre 1916. 1917. 349 bis 351.
- — Desgl. im Jahre 1917. 1918. 444 bis 447.
- — Desgl. im Jahre 1918. 1920. 148 bis 154.
- — Desgl. im Jahre 1919. 1922. 267 bis 272.
- Entwicklung des staatlichen Fernsprechnetzes und des Fernsprechverkehrs in Schweden von 1887 bis 1913. 1915. 356. 357.
- Vergleichende Übersicht über das Telegraphen- und — in den Vereinigten Staaten von Amerika 1907 und 1912. 1915. 46.
- Verkehrsentwicklung des deutschen — in Polen. 1919. 21.
- Überschüsse der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1913. 1915. 366.
- Übersicht über die Gesamtkosten des englischen Fernsprechdienstes. 1921. 80. 81.
- Übersichten über den Umfang und die Entwicklung des — in Schweden für das Jahr 1921. 1922. 407 bis 412.
- Umfang des deutschen Telegraphen- und Fernsprechbetriebs in der Vorkriegszeit. 1921. 2.
- Umfang des — in den wichtigsten europäischen Ländern. 1915. 368. 369.
- Umfang und Entwicklung des dänischen — im Jahre 1915/16. 1917. 82. 86. 87.
- — Desgl. im Jahre 1916/17. 1918. 106. 109 bis 111.
- — Desgl. im Jahre 1917/18. 1919. 89. 91 bis 93.
- Umfang und Entwicklung des — der Vereinigten Staaten von Amerika, nach Bezirken und nach Staaten geordnet. 1915. 38. 39.
- Umfang und Entwicklung des schwedischen Fernsprech- und Telegraphenwesens im Jahre 1915. 1917. 76 bis 81.
- — Desgl. im Jahre 1916. 1918. 100 bis 105.
- — Desgl. im Jahre 1917. 1919. 83 bis 88.
- Finanzergebnisse der Postämter in Dortmund.** 1914. 14.
- Flugpostverkehr.** Entwicklung des — in Kolumbien von 1920 bis 1923. 1924. 68.
- Fuhrkosten** im Reich von 1875 bis 1921. 1924. 116.
- in Preußen. 1924. 115.
- Funkeinrichtungen.** Umfang der — der deutschen Kaufahrteiflotte. 1916. 24.
- Funverkehr.** Entwicklung des niederländischen — im Jahre 1916. 1918. 279.

Funkwesen. Umfang der drahtlosen Telegraphie in den Vereinigten Staaten von Amerika 1907 und 1912. 1915. 36.

Fußweg-Kilometerentschädigungen im Reiche vom 1. Januar 1922 an. 1924. 117.

Gebühren. Die — für Sonderfahrten der Postkraftwagen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. 1916. 257.

— Die wichtigsten, seit Kriegsbeginn ergangenen Entscheidungen über Porto- und Gebührenfreiheiten im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr. 1918. 51 bis 77.

— für Ferngespräche nach Italien im Durchgang durch die Schweiz. 1914. 509. 510.

— Vergleichung der Nachnahmegebühren von 1878 mit den — von 1890/92. 1913. 272.

Gebührentarif des Pariser Telegraphenvertrags von 1855. 1916. 430.

Gefangenensendungen. Umfang der durch die schwedische Postverwaltung vermittelten — nach und von Rußland von 1914 bis 1918. 1920. 402. 403.

Gehaltsverhältnisse der russischen Beamten und Unterbeamten. 1916. 368.

Geldbriefverkehr. Übersicht über die Verkehrssteigerung im — und Postanweisungsverkehr mit Rußland in den Jahren 1904 bis 1912. 1913. 251.

Gesamteinnahmen der Stiftung »Töchterhort« in der Zeit von 1890 bis 1915. 1916. 290.

— — Desgl. von 1892 bis 1916. 1917. 398.

— — Desgl. von 1890 bis 1912. 1913. 571.

— — Desgl. von 1892 bis 1913. 1914. 458.

— — Desgl. von 1892 bis 1914. 1915. 279.

Geschäftsergebnis der American Telephone and Telegraph Company. 1915. 297.

Geschäftsumfang. Zusammenstellungen über den — der zum Vellsystem vereinigten Unternehmungen in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1913. 492. 493.

Giroverkehr s. a. Überweisungsverkehr.

— der Reichsbank von 1900 bis 1914. 1915. 214.

— Umfang des — der Reichsbank in den Jahren 1900, 1905 und 1910 bis 1915. 1916. 221. 222.

— Umfang des schweizerischen Überweisungsverkehrs mit dem Ausland in den Jahren 1913 bis 1917. 1918. 365.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1919. 313.

— Umsätze im Giro- und Abrechnungsverkehr bei den Abrechnungsstellen der Reichsbank für die Zeit von 1891 bis 1914. 1915. 216.

Güterbeförderung auf den preußischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahre 1913. 1915. 172.

Gütertarife. Erhöhung der —. 1923. 3. 4.

Güterverkehr der Stadt Mannheim. 1915. 83.

Häfen. Übersicht über die Einzelhäfen von Hamburg. 1919. 26.

Hinterbliebenenrente. Höhe des Ruhegeldes und der — nach 10 und 25 Beitragsjahren gemäß Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911. 1913. 362.

Holzarten. Zusammenstellung der in den Vereinigten Staaten von Amerika beim Telegraphenbau zu Stangen verwendeten —. 1913. 241.

Holzstangen. Holzart der in den letzten fünf Jahren von den Vereinigten Staaten von Amerika gekauft —. 1913. 112.

Holzstangen. Mittlere Lebensdauer der im Telegraphenbau verwendeten rohen Hölzer und der zubereiteten Stangen. 1913. 246. 247.

— Übersicht über die durchschnittliche Lebensdauer der im Telegraphenbau verwendeten —. 1913. 231.

Invalidenrente. Beiträge, — oder Ruhegeld der Postagenten nach der Reichsversicherungsordnung (RVO), dem Versicherungsgesetz für Angestellte (ABG) und dem Entwurfe des Postagentenverbandes zu einer Versicherungsordnung für eine Pensionskasse. 1913. 299.

Isolationswiderstand der Glöden im trockenen und im feuchten Zustand. 1914. 81.

Kabinettspostamt. Anzahl der vom — in Berlin in den Jahren 1906, 1907 und 1908 ausgeführten Kurierreisen. 1920. 26.

Kapitalvermögen. Vermehrung des — der Stiftung »Töchterhort« seit 1890 bis Ende 1912. 1913. 572.

Kauffahrteiflotte. Entwicklung und Bestand der deutschen — im Jahre 1914. 1916. 17 bis 20.

— Umfang der Funksprucheinrichtungen der deutschen —. 1916. 24.

— Verteilung der — auf das Ost- und das Nordseegebiet. 1916. 22.

Kleinbahnen. Betriebsergebnisse der nebenbahnähnlichen — des Deutschen Reichs 1913. 1915. 177.

— — Desgl. 1915. 1917. 266. 267.

— Betriebsergebnisse der nebenbahnähnlichen — in Preußen im Jahre 1914. 1916. 278. 279.

— Entwicklung der nebenbahnähnlichen — in Preußen im Jahre 1916. 1918. 290.

— — Desgl. im Jahre 1918. 1920. 414. 415.

— Gesamtlänge der nebenbahnähnlichen — in Preußen nach Provinzen geordnet. 1915. 176.

— Länge und örtliche Verteilung der im Betriebe befindlichen nebenbahnähnlichen — und der übrigen Eisenbahnen Preußens im Jahre 1914. 1916. 276. 277.

— Länge und örtliche Verteilung der im Betriebe befindlichen nebenbahnähnlichen — im Deutschen Reich 1915. 1917. 265.

— Unfälle beim Betrieb der nebenbahnähnlichen Kleinbahnen im Deutschen Reich 1915. 1917. 268.

Kraftfahrzeuge. Gegenüberstellung der Verwendungsarten der — (1. Januar 1910 und 1913). 1913. 411.

— Zahl der ausländischen —, die die Reichsgrenze in der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1912 überschritten haben. 1913. 412.

Kraftwagenverkehr. Entwicklung des — der Reichspost 1920 bis 1922. 1923. 98. 99.

Krankenkassen. Gesamtergebnisse der — für untere Beamte in den Jahren 1913 bis 1917. 1919. 53.

— Geschäftsergebnisse der 41 — für untere Beamte des Reichspostgebiets im Jahre 1917. 1919. 54 bis 59.

— Mitgliederbeiträge der — für untere Beamte 1914 und 1918. 1919. 52.

Krankenversicherungsgesetz. Zusammenstellung der Paragraphen des — und der entsprechenden Paragraphen der Reichsversicherungsordnung. 1914. 622 bis 624.

Kriegsanleihen. Anteil der Darlehnskassen an der Zeichnung der 1., 2. und 3. Kriegsanleihe. 1916. 288.

— des Deutschen Reichs im Jahre 1914. 1915. 211.

— Gesamtergebnis der ersten drei — in Deutschland. 1916. 135.

Kriegsanleihen. Gesamtergebnis der ersten fünf — in Deutschland. **1917.** 39.

— Gliederung der Ergebnisse der deutschen — einschließlich der achten und neunten. **1919.** 263. 264. 265.

— Gliederung der Ergebnisse der deutschen — nach Zeichnungsbeträgen. **1918.** 242.

— Gliederung der Zeichnungen auf die vierte Reichskriegsanleihe. **1917.** 35. 36.

— Gliederung und Ergebnisse der deutschen — einschließlich der sechsten und siebenten. **1918.** 238. 239. 241.

— Gliederung der Zeichnungen auf die ersten drei — nach den Beträgen. **1916.** 130. 134.

— Gliederung der Zeichnungen auf die fünfte Reichskriegsanleihe. **1917.** 269 bis 271.

— Gliederung der Zeichnungen bei der Reichs-Postverwaltung auf die 2. und 3. Reichskriegsanleihe nach Beträgen. **1916.** 132.

— Mitwirkung der Deutschen Reichspost bei den Zeichnungen auf die 2. bis 9. —. **1919.** 267.

— Zeichnungen der 2. und 3. Reichskriegsanleihe bei den drei deutschen Postverwaltungen. **1916.** 131.

— — Desgl. auf die 4. und 5. Reichskriegsanleihe. **1917.** 37. 271.

— — Desgl. auf die 6. und 7. Reichskriegsanleihe. **1918.** 240.

— — Desgl. auf die 8. und 9. Reichskriegsanleihe. **1919.** 266.

Kriegsgefangenen sendungen. Postverkehr der Kriegsgefangenen und der bürgerlichen Gefangenen im Reichspostgebiet vom 6. bis 12. November 1916. **1917.** 154. 155.

— Postverkehr der Kriegsgefangenen und der bürgerlichen gefangenen Deutschen vom 15. bis 21. Januar 1917. **1917.** 153. 154.

— Umfang der —. **1917.** 149 bis 152.

— Umfang der von der Schweiz bearbeiteten —. **1919.** 336.

— Umfang des von Schweden 1916 vermittelten Postverkehrs der Kriegsgefangenen. **1917.** 225 bis 227.

— Umfang des von den Niederlanden 1915 und 1916 vermittelten Postverkehrs der Kriegsgefangenen. **1917.** 225.

Kriegsenernungszulagen für Beamte im Dienst. **1920.** 129.

— für Beamte im Dienst und im Ruhestand sowie für Hinterbliebene usw. in Bayern. **1920.** 145.

— für Beamte im Dienst und im Ruhestand sowie für Hinterbliebene usw. in Württemberg. **1920.** 146.

— für Beamte im Ruhestand und Hinterbliebene von Beamten usw. **1920.** 139.

— für Lohnangestellte. **1920.** 141.

— für Postagenten und Postagentinnen. **1920.** 136.

Kupfer. Jährliche Durchschnittspreise des — am nordamerikanischen Markte für die Zeit von 1884 bis 1912. **1913.** 257.

Landzustelldienst. Jährliche Kosten für den — der Vereinigten Staaten von Amerika. **1915.** 136.

Nichtquellen. Übersicht über die als Ersatzbeleuchtung verwendbaren —. **1922.** 79.

Luftpostverkehr. Übersicht über die in den Jahren 1920 bis 1922 betriebenen Luftpostlinien. **1923.** 260. 261.

Luftschiffahrt. Fahrplan der von Berlin ausgehenden Luftpostlinien nach dem Stande vom 20. Juli 1919. **1920.** 230.

Mitgliederbeiträge der Krankenkassen für untere Beamte 1914 und 1918. **1919.** 52.

Nachnahmeverkehr der einzelnen Staaten Europas im Jahre 1910. **1913.** 300.

— Gegenüberstellung der eingegangenen Postauftragsbriefe und Postnachnahmesendungen nach Oberpostdirektionsbezirken geordnet. **1915.** 122.

— Im Jahre 1910 im Deutschen Reich aufgelieferte oder eingegangene Nachnahmesendungen nach oder aus dem Auslande. **1913.** 310.

— Übersicht über den — im Reichspostgebiet für die Jahre 1878 bis 1910. **1913.** 274.

— Vergleichung der Nachnahmegebühren von 1878 mit den Gebühren von 1890/92. **1913.** 272.

Nachrichtenverkehr. Vergleichende Zusammenstellung über Zahl und Art der Nachrichten in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika 1911. **1913.** 492.

— Verteilung des — in den europäischen Staaten auf den Fernsprech-Telegramm- und Briefpostdienst. **1914.** 500.

Paketverkehr. Zahl der in Chemnitz nebst Vororten aufgelieferten und eingegangenen Pakete in den Jahren 1911 bis 1919. **1920.** 177.

Personalverhältnisse der amerikanischen Fernsprechgesellschaften mit einer Jahreseinnahme von 5 000 Dollar und mehr. **1915.** 45.

— der italienischen Post- und Telegraphenverwaltung 1910/11. **1915.** 17. 18.

— der österreichischen Postverwaltung 1912/13. **1915.** 125.

— der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung 1913/14. **1916.** 297.

— — Desgl. 1914/15. **1917.** 304.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1919.** 270.

— der preussischen und hessischen Staatsbahnen im Jahre 1913. **1915.** 174.

— Die — der niederländisch-indischen Postverwaltung. **1923.** 48.

— Übersichten über die — bei der niederländischen Post- und Telegraphenverwaltung für die Jahre 1917 bis 1919. **1921.** 297.

— — Desgl. Ende 1921. **1923.** 124.

— Zahl der Arbeitskräfte bei der Post- und Telegraphenverwaltung in Warschau. **1917.** 292.

— Zunahme des Post- und Telegraphenpersonals im Jahre 1915 im besetzten Polen. **1916.** 372. 376.

Personenbeförderung auf den preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahre 1913. **1915.** 171.

Personenverkehr. Abwanderung des — in die unteren Wagentklassen in den Jahren 1913, 1921 und 1922. **1923.** 13.

— auf den Reichs-Postdampferlinien im Jahre 1912. **1914.** 461. 463.

— auf den subventionierten Reichs-Postdampferlinien der Ostafrika-Linie im Jahre 1911. **1913.** 546.

— auf den subventionierten Reichs-Postdampferlinien des Norddeutschen Lloyd im Jahre 1911. **1913.** 544.

Platzbeleuchtung. Werte für — durch eine 16kerzige Drahtlampe bei verschiedenen Aufhängehöhen. **1923.** 314.

Postagenten. Beiträge, Invalidenrente oder Ruhegeld der — nach der Reichsversicherungsordnung (RVO), dem Versicherungsgesetz für Angestellte (VAG) und dem Entwurf des Postagentenverbandes zu einer Versicherungsordnung für eine Pensionskasse. **1913.** 299.
— Übersicht über das Ausscheiden von — in den Rechnungsjahren 1909, 1910 und 1911. **1913.** 298.
— Vergütung der — einschließlich der Entschädigung für Dienstunkosten, (Stand: 1. August 1912.) **1913.** 297.

Postanweisungsverkehr. Entwicklung des — im Reichspostgebiet seit 1850. **1917.** 442.

— Entwicklung des Überweisungs-, Zahlarten- und — im Reichspostgebiet von 1909 bis 1918. **1919.** 420.
— Übersicht über die Verkehrsteigerung im Geldbrief- und — mit Rußland in den Jahren 1904 bis 1912. **1913.** 251.
— Umfang des — in den Vereinigten Staaten von Amerika. **1915.** 134.
— Vergleichsbeispiel der Unkosten im — und im Poststreckverkehr. **1917.** 443.

Postauftragsverkehr. Entwicklung des — der Reichs-Postverwaltung in den Jahren 1872 bis 1910. **1915.** 120, 121.

— Gegenüberstellung der eingegangenen Postauftragsbriefe und Postnachnahmesendungen nach Oberpostdirektions-Bezirken geordnet. **1915.** 122.
— Nachweisungen über den Umfang des inneren Geld-einzahlungsdienstes der wichtigsten Länder Europas. **1915.** 142, 143.
— Übersichten über den zwischenstaatlichen — des Deutschen Reiches. **1915.** 140, 141.

Postgebühren. Übersicht über die auf Grund des Gesetzes über Post-, Poststreck- und Telegraphengebühren vom 17. August 1923 erlassenen Verordnungen und Verfügungen zur anderweiten Festsetzung der —. **1924.** 4.
— Übersicht über die Entwicklung der Gebühren im Postverkehr von 1914 bis 1. April 1923. **1923.** 215 bis 225.

— Übersicht über die Entwicklung der — vom 1. April bis 1. Dezember 1923. **1924.** 6 bis 15.
— Übersicht über die nach dem Gesetz vom 21. Juni 1916 zu erhebenden Gebühren für die von den Reichs-abgaben betroffenen Postsendungen. **1923.** 179.
— Übersicht über die nach dem Gesetz vom 26. Juli 1918 zu erhebenden Gebühren für die von den Reichs-abgaben betroffenen Postsendungen. **1923.** 180.
— Vergleichende Übersicht über die Entwicklung der Gebühren für Brieffsendungen von 1916 bis 1919. **1923.** 181.
— Zusammenstellung der — für Flugsendungen in Kolumbien. **1924.** 69.

Postgiroverkehr s. a. Überweisungsverkehr.

— Ergebnis des — mit dem Ausland im Kalenderjahr 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 460, in Bayern. **1913.** 471, in Württemberg. **1913.** 475.
— — Desgl. im Kalenderjahr 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 480, in Bayern. **1914.** 485, in Württemberg. **1914.** 488.
— Internationaler — in den Jahren 1910 bis 1912. **1914.** 329.

Postkraftwagenverkehr. Betriebsergebnisse des — in Thüringen. **1918.** 158, 159.
— Entwicklung des bayerischen — von 1908 bis 1914. **1922.** 174.

Postkraftwagenverkehr. Umfang des — im Reichspostgebiet. **1922.** 179.

— Wirtschaftsergebnisse des — in Thüringen. **1918.** 160.

Postkrankenkassen. Beitragsätze und satzungsmäßige Leistungen der — von 1910 bis 1917. **1919.** 204, 224, 225.

— Laufende Reinausgaben und das Vermögen der — in den Jahren 1910, 1913, 1915 und 1917. **1919.** 207, 216 bis 223.

— Laufende Reineinnahmen der — von 1910 bis 1917. **1919.** 206, 214, 215.

— Übersichten über die Krankheitsfälle, Krankheitstage und Sterbefälle bei den — seit 1910. **1919.** 205, 212, 213.

— Zahl der Mitglieder der — von 1910 bis 1917. **1919.** 203, 208 bis 211.

Postladeanlagen. Übersicht über die — im deutschen Reichspostgebiet. **1916.** 70.

Postliteratur. Verzeichnis der —. **1923.** 420.

Postsachenbeförderung. Übersicht über die zur — mitbenutzten Privat-Kraftwagenverbindungen im Oberpostdirektionsbezirk Cassel. **1916.** 267.

Poststreckkonten s. a. Poststreckrechnungen

— Zahl der — Ende 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 449, in Bayern. **1913.** 461, in Württemberg. **1913.** 471.

— — Desgl. Ende 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 470, in Bayern. **1914.** 481, in Württemberg. **1914.** 485.

— Zahl der — im Reichspostgebiet, nach Ländern und Provinzen geordnet, im Jahre 1912. **1913.** 452, in Bayern. **1913.** 462.

— — Desgl. im Jahre 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 472, in Bayern. **1914.** 483.

— — Desgl. im Jahre 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 156, in Bayern. **1921.** 166, in Württemberg. **1921.** 173.

— Zahl der — in den Jahren 1920 und 1921 im Reichspostgebiet. **1922.** 236.

— Zahl der — und der darauf entfallenden Gut- und Lastschriften in den Jahren 1918 und 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 151, 154, in Bayern. **1921.** 164, 165, in Württemberg. **1921.** 171.

Poststreckkunden in Orten mit 100 000 und mehr Einwohnern des Reichspostgebiets 1920 und 1921. **1922.** 239.

— Stand und Beruf der — im Reichspostgebiet in den Jahren 1920 und 1921. **1922.** 237, 238.

— Stand, Beruf und Verteilung der — im Jahre 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 157, 162, 163, in Bayern. **1921.** 166, in Württemberg. **1921.** 173.

Poststreckrechnungen s. a. Poststreckkonten.

— Zahl der —, nach Ländern und Provinzen geordnet, in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 326, 329, in Bayern. **1916.** 342, 344, in Württemberg. **1916.** 351.

— — Desgl. im Jahre 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 330, in Bayern. **1917.** 340, in Württemberg. **1917.** 346.

— — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 426, in Bayern. **1918.** 434, in Württemberg. **1918.** 441.

- Postschekrechnungen.** Zahl der —, nach Ländern und Provinzen geordnet, im Jahre 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 410, in Bayern. **1919.** 424, in Württemberg. **1919.** 439.
- Postschekverkehr.** Bargeldloser Verkehr in den Jahren 1914 bis 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 336.
- — Desgl. in den Jahren 1915, 1916 und 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 422.
 - — Desgl. in den Jahren 1916 bis 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 407, in Bayern. **1919.** 422, in Württemberg. **1919.** 429.
 - — Desgl. in den Jahren 1917 bis 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 153, in Bayern. **1921.** 164.
 - — Desgl. in den Jahren 1919 bis 1921 im Reichspostgebiet. **1922.** 234.
 - Beteiligung der Postschekämter an dem Umsatze der Reichsbank-Abrechnungsstellen im Jahre 1920. **1922.** 132. 133.
 - — Desgl. im Jahre 1921. **1922.** 338. 339.
 - — Der — zwischen dem Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg im Kalenderjahr 1912. **1913.** 474.
 - — Desgl. im Kalenderjahr 1913. **1914.** 488.
 - — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915. **1916.** 352. 353.
 - — Desgl. im Jahre 1916. **1917.** 348.
 - — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 442.
 - — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 417. 432.
 - — Desgl. im Jahre 1919. **1921.** 174.
 - — Einnahmen und Ausgaben im — des Reichs-Postgebiets während der Kalenderjahre 1909 bis 1911 nebst Erläuterungen dazu. **1914.** 287. 288.
 - — Entwicklung des deutschen — in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 325, in Bayern. **1916.** 341, in Württemberg. **1916.** 348, im Deutschen Reich. **1916.** 351.
 - — Desgl. in den Jahren 1915 und 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 328, in Bayern. **1917.** 338, in Württemberg. **1917.** 344.
 - — Desgl. in den Jahren 1916 und 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 424, in Bayern. **1918.** 433, in Württemberg. **1918.** 439.
 - — Desgl. in den Jahren 1917 und 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 408, in Bayern. **1919.** 423, in Württemberg. **1919.** 429.
 - — Entwicklung des — in Belgien während der deutschen Besetzung vom Oktober 1916 bis Juni 1917. **1918.** 231.
 - — Entwicklung des Überweisungs-, Zahlkarten- und Postanweisungsverkehrs im Reichspostgebiet von 1909 bis 1918. **1919.** 420.
 - — Ergebnisse des niederländischen — in den Jahren 1918 und 1919. **1921.** 300. 301.
 - — Ergebnisse des österreichischen — im Jahre 1914. **1916.** 30 bis 32.
 - — Ergebnisse des österreichischen und ungarischen Postspars- und — im Kalenderjahr 1912. **1913.** 694 bis 698.
 - — Desgl. im Kalenderjahr 1913. **1914.** 590 bis 593.
 - — Ergebnis des — im Deutschen Reich in den ersten zehn Jahren. **1919.** 434.
 - — Ergebnis des — im Reichspostgebiet, in Bayern und in Württemberg in den Jahren 1915, 1916 und 1917. **1918.** 409.
 - — Ergebnis des — im Reichspostgebiet in den Jahren 1919 bis 1921. **1922.** 233 bis 236.

- Postschekverkehr.** Ergebnis des — in den Jahren 1910, 1911 und 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 451, in Bayern. **1913.** 463, in Württemberg. **1913.** 472, im Deutschen Reich. **1913.** 473.
- — Desgl. in den Jahren 1911 bis 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 471, in Bayern. **1914.** 482, in Württemberg. **1914.** 487, im Deutschen Reich. **1914.** 489.
 - — Desgl. in den Jahren 1913 bis 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 340, in Bayern. **1916.** 343, in Württemberg. **1916.** 349, im Deutschen Reich. **1916.** 354.
 - — Desgl. in den Jahren 1914 bis 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 327, in Bayern. **1917.** 339, in Württemberg. **1917.** 345, im Deutschen Reich. **1917.** 347.
 - — Desgl. in den Jahren 1915 bis 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 423, in Bayern. **1918.** 438, in Württemberg. **1918.** 440, im Deutschen Reich. **1918.** 443.
 - — Desgl. in den Jahren 1916 bis 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 406, in Bayern. **1919.** 428, in Württemberg. **1919.** 431, im Deutschen Reich. **1919.** 433.
 - — Desgl. in den Jahren 1917 bis 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 152, in Bayern. **1921.** 170, in Württemberg. **1921.** 172, im Deutschen Reich. **1921.** 175.
 - — Ergebnisse des — in der Schweiz im Jahre 1912. **1913.** 745.
 - — Desgl. im Jahre 1913. **1914.** 594. 595.
 - — Desgl. von 1906 bis 1912. **1914.** 326 bis 328.
 - — Ergebnisse des Schekverkehrs beim Postsparkassenamt in Wien im Jahre 1915. **1917.** 174 bis 176.
 - — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 191 bis 194.
 - — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 60 bis 62.
 - — Desgl. im Jahre 1918. **1920.** 114 bis 116.
 - — Desgl. im Jahre 1919. **1921.** 211. 212.
 - — Desgl. im Jahre 1920. **1922.** 245. 246.
 - — Desgl. im Jahre 1921. **1923.** 359 bis 361.
 - — Ergebnisse des schweizerischen — im Jahre 1914. **1915.** 276 bis 278.
 - — Desgl. im Jahre 1915. **1916.** 246 bis 248.
 - — Desgl. im Jahre 1916. **1917.** 320 bis 322.
 - — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 363. 364.
 - — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 312.
 - — Desgl. im Jahre 1919. **1920.** 390 bis 392.
 - — Desgl. im Jahre 1920. **1921.** 314. 315.
 - — Ergebnis des Überweisungsverkehrs mit dem Ausland in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 341, in Bayern. **1916.** 348, in Württemberg. **1916.** 351, im Deutschen Reich. **1916.** 352. 353.
 - — Desgl. im Jahre 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 337, in Bayern. **1917.** 341, in Württemberg. **1917.** 346.
 - — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 432, in Bayern. **1918.** 435, in Württemberg. **1918.** 441.
 - — Desgl. im Jahre 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 417, in Bayern. **1919.** 425, in Württemberg. **1919.** 430.
 - — Desgl. im Jahre 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 163, in Bayern. **1921.** 167, in Württemberg. **1921.** 173.

Postcheckverkehr. Ergebnis des Überweisungsverkehrs mit dem Ausland im Reichspostgebiet in den Jahren 1920 und 1921. **1922.** 242.

— Ersparnisse von Porto und Gebühren im — gegenüber den Ausgaben im Postverkehr. **1917.** 456.

— Finanzielles Ergebnis des — im Kalenderjahr 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 459, in Bayern. **1913.** 470.

— — Desgl. im Kalenderjahr 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 479, in Bayern. **1914.** 484.

— Finanzielles Ergebnis des — in der Schweiz 1906 bis 1910. **1914.** 330.

— Geldliches Ergebnis des — in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 328, in Bayern. **1916.** 348.

— — Desgl. im Jahre 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 329, in Bayern. **1917.** 341.

— — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 425, in Bayern. **1918.** 435.

— — Desgl. im Jahre 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 409, in Bayern. **1919.** 425.

— — Desgl. im Jahre 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 155, in Bayern. **1921.** 167.

— — Desgl. in den Jahren 1920 und 1921 im Reichspostgebiet. **1922.** 241.

— Guthaben der Kontoinhaber Ende 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 458, in Bayern. **1913.** 470, in Württemberg. **1913.** 474.

— — Desgl. Ende 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 478, in Bayern. **1914.** 483, in Württemberg. **1914.** 486.

— Guthaben der Postscheckkunden im Reichspostgebiet von 1909 bis 1918. **1919.** 419.

— Guthaben und Anlage des Guthabens der Postscheckkunden des Reichspostgebiets in den Jahren 1920 und 1921. **1922.** 240. 241.

— Gutschriften im — des Reichspostgebiets in den Jahren 1919 bis 1921. **1922.** 234. 235.

— — Desgl. nach Monaten und Postscheckämtern geordnet, im Kalenderjahr 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 454. 455, in Bayern. **1913.** 466. 467.

— — Desgl. im Kalenderjahr 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 474. 475.

— — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 332. 333. 336. 337, in Bayern. **1916.** 346. 347, in Württemberg. **1916.** 350.

— — Desgl. im Jahre 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 332. 333, in Bayern. **1917.** 342. 343.

— — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 428. 429, in Bayern. **1918.** 436. 437.

— — Desgl. im Jahre 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 412. 413, in Bayern. **1919.** 426. 427.

— — Desgl. im Jahre 1918 und 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 154. 158. 159, in Bayern. **1921.** 165. 168. 169, in Württemberg. **1921.** 171.

— Lastschriften im — des Reichspostgebiets in den Jahren 1919 bis 1921. **1922.** 234. 235.

— — Desgl. nach Monaten und Postscheckämtern geordnet, im Kalenderjahr 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 456. 457, in Bayern. **1913.** 468. 469.

— — Desgl. im Kalenderjahr 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 476. 477.

Postcheckverkehr. Lastschriften im —, nach Monaten und Postscheckämtern geordnet, in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 334. 335. 338. 339, in Bayern. **1916.** 346. 347, in Württemberg. **1916.** 350.

— — Desgl. im Jahre 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 334. 335, in Bayern. **1917.** 342. 343.

— — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 430. 431, in Bayern. **1918.** 436. 437.

— — Desgl. im Jahre 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 414. 415, in Bayern. **1919.** 426. 427.

— — Desgl. im Jahre 1918 und 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 154. 160. 161, in Bayern. **1921.** 165. 168. 169, in Württemberg. **1921.** 171.

— Postkonten Ende 1917 und 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 405, in Bayern. **1919.** 417. 422, in Württemberg. **1919.** 417. 429.

— Postscheckkunden in Orten mit 50 000 und mehr Einwohnern des Reichspostgebiets (Stand vom 31. Dezember 1918). **1919.** 416.

— Stand und Beruf der Kontoinhaber im Kalenderjahr 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 453, in Bayern. **1913.** 465.

— — Desgl. im Kalenderjahr 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 473, in Bayern. **1914.** 483.

— — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 330. 331, in Bayern. **1916.** 344. 345.

— — Desgl. im Jahre 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 331, in Bayern. **1917.** 340.

— — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 427, in Bayern. **1918.** 434, in Württemberg. **1918.** 441.

— — Desgl. Ende 1917 im Reichspostgebiet, in Bayern und in Württemberg. **1918.** 410.

— — Desgl. im Reichspostgebiet in den Jahren 1920 und 1921. **1922.** 237. 238.

— — Desgl. im Jahre 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 411, in Bayern. **1919.** 424, in Württemberg. **1919.** 430.

— — Desgl. im Jahre 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 157, in Bayern. **1921.** 166, in Württemberg. **1921.** 173.

— Stand und Beruf der Scheckkunden beim Postsparassenamt in Wien im Jahre 1917. **1919.** 63.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1920.** 115.

— Übersicht über die Anlage des Guthabens der Postscheckkunden Ende 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 458, in Bayern. **1913.** 470.

— — Desgl. Ende 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 478. 479, in Bayern. **1914.** 484.

— — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 327. 328, in Bayern. **1916.** 345.

— — Desgl. im Jahre 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 329, in Bayern. **1917.** 341.

— — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 425, in Bayern. **1918.** 435.

— — Desgl. im Jahre 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 409, in Bayern. **1919.** 425.

— — Desgl. im Jahre 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 155, in Bayern. **1921.** 167.

— Übersicht über die Ergebnisse des schweizerischen — von Ende Dezember 1916 bis Ende Dezember 1918. **1919.** 311.

— Umfang des — im Reichspostgebiet in den Jahren 1920 und 1921. **1922.** 232.

Postcheckverkehr. Umfang des — im Reichspostgebiet 1914, 1915 und 1916. **1917.** 317.

— Umfang des — in Bayern 1914, 1915 und 1916. **1917.** 318.

— Umfang des — in Württemberg 1914, 1915 und 1916. **1917.** 318.

— Umfang des — in den Ländern mit Postcheckeinrichtung Ende 1921. **1922.** 243.

— Umfang und Ergebnis des schweizerischen — im Jahre 1921. **1922.** 333 bis 335.

— Vergleichsbeispiel der Unkosten im Postanweisungsverkehr und im —. **1917.** 443.

— Verkehr der Postcheckämter des Reichspostgebiets in den Abrechnungsstellen der Reichsbank 1918. **1919.** 407. Desgl. von 1912 bis 1918. **1919.** 420.

— Zahl der bei den Postcheckämtern des Reichspostgebiets von 1909 bis 1918 vorhanden gewesenen Postkonten. **1919.** 418.

— Zahl der Gut- und Lastschriften sowie Durchschnittsbeträge 1912 im Reichspostgebiet. **1913.** 450, in Bayern. **1913.** 462.

— — Desgl. 1913 im Reichspostgebiet. **1914.** 470, in Bayern. **1914.** 481, in Württemberg. **1914.** 486.

— Zahl der Postcheckrechnungen und der darauf entfallenden Gut- und Lastschriften in den Jahren 1918 und 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 151. 154, in Bayern. **1921.** 164. 165, in Württemberg. **1921.** 171.

— — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 326. 327, in Bayern. **1916.** 342.

— — Desgl. in den Jahren 1915 und 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 326. 327, in Bayern. **1917.** 338, in Württemberg. **1917.** 344.

— — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 421. 422, in Bayern. **1918.** 432, in Württemberg. **1918.** 439.

Postsparkassen. Entwicklung der Reichspostsparkbank in Amsterdam im Jahre 1913. **1915.** 179 bis 181.

— — Desgl. im Jahre 1914. **1916.** 97 bis 99.

— — Desgl. im Jahre 1915. **1917.** 39. 40.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 165 bis 167.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 156. 157.

— Entwicklung der — in Schweden von 1884 bis 1913. **1915.** 47. 48.

— Ergebnisse der schwedischen — im Jahre 1914. **1916.** 95. 96.

— Vergleich der Postsparkassen der verschiedenen Länder Europas im Jahre 1914. **1916.** 96.

— Vergleich der schwedischen — mit älteren europäischen Postsparkassen. **1915.** 49.

— Vergleichende Übersicht des durchschnittlichen Guthabens bei den — und bei anderen Sparkassen in verschiedenen Ländern. **1915.** 238.

Postsparkassenverkehr. Internationaler — im Jahre 1910. **1914.** 311.

— Sparverkehr beim Postsparkassenamt in Wien im Jahre 1915. **1917.** 173.

— — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 191.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 60.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1920.** 113.

— — Desgl. im Jahre 1920. **1922.** 244.

— — Desgl. im Jahre 1921. **1923.** 358.

— Übersicht über die Anlegung des Vermögens der Postsparkassen (Guthaben der Sparer usw.) nach dem Stande von Ende Dezember 1910, **1914,** 316, 317.

Postsparkassenverkehr. Übersicht über die Entwicklung der wichtigeren europäischen Postsparkassen in den Jahren 1901, 1906 und 1910. **1914.** 314. 315.

— Ergebnisse des österreichischen — im Jahre 1914. **1916.** 29.

— — Desgl. im Jahre 1919. **1921.** 210.

— Ergebnisse des österreichischen und ungarischen — im Kalenderjahr 1912. **1913.** 694 bis 698.

— — Desgl. im Kalenderjahr 1913. **1914.** 589. 591.

Postverkehr. Betriebsergebnisse des schwedischen Postwesens im Jahre 1921. **1923.** 95 bis 97.

— Entwicklung des — in den Niederlanden in den Jahren 1918 und 1919. **1921.** 298. 299. 301. 302.

— Entwicklung des — in Niederländisch Indien im Jahre 1920. **1923.** 49. 51.

— Entwicklung des — in Persien 1918/19. **1921.** 319.

— Ergebnisse des — der Schweiz im Jahre 1912. **1913.** 742.

— Ersparnisse an Porto und Gebühren im Postcheckverkehr gegenüber den Ausgaben im —. **1917.** 456.

— Übersicht über die Entwicklung der Gebühren im — von 1914 bis 1. April 1923. **1923.** 215 bis 225.

— Übersicht über die Entwicklung der Postgebühren vom 1. April bis 1. Dezember 1923. **1924.** 6 bis 15.

— Umfang des niederländischen Postbetriebs im Jahre 1921. **1923.** 126 bis 128. 131.

— Umfang des — im Februar 1916 im Generalgouvernement Warschau. **1916.** 380.

— Umfang des — in Belgien während der deutschen Besetzung im Jahre 1915 u. 1916. **1918.** 177. 182. 227.

— Vergleichende Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika in verschiedenen Jahren **1915.** 130.

— Zusammenstellung der Verbesserungen und Vereinfachungen auf dem Gebiete des Postwesens im Jahre 1913. **1914.** 126.

Post- und Telegraphenverkehr der Stadt Mannheim. **1915.** 83.

Postverladestellen. Durchschnittskosten der Verschiebung eines Wagens bei den Postladeanlagen. **1916.** 105.

— Geländebedarf bei den drei Betriebsarten der Postladeanlagen. **1916.** 108.

— Verkehrsumfang der — im Reichspostgebiet. **1916.** 102.

Postwagen. Verzeichnis der Wagenbestandteile für die schweizerischen sechsplätigen Pavillonwagen. **1920.** 355.

Postwagen-Tarif. Übersicht über den württembergischen — für Contanti oder Bargeldsendungen und diejenigen Aufgaben, welche hiernach taxiert werden müssen (Auszug). Vom 1. Juli 1814 ab. **1914.** 123.

— Übersicht über den württembergischen —, soweit das Porto nach dem Gewicht berechnet wird (Auszug). Vom 1. Juli 1814 ab. **1914.** 124.

Postwertzeichen. Übersicht über die im Jahre 1923 herausgegebenen Überdruckmarken (Freimarken und Dienstmarken). **1924.** 105.

Postwesen. Betriebs- und Verkehrszahlen nach dem Stande von 1913 in Rußland und im Deutschen Reiche. **1916.** 369.

— Entwicklung des ägyptischen — bis 1912. **1920.** 51. 52.

— Entwicklung des niederländischen — im Jahre 1915. **1917,** 306, 307.

Postwesen. Entwicklung des niederländischen — im Jahre 1916. **1918.** 275 bis 277.
 — — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 227. 228.
 — Entwicklung des österreichischen — im Jahre 1913. **1915.** 123. 124.
 — — Desgl. im Jahre 1914. **1916.** 294 bis 296.
 — — Desgl. im Jahre 1915. **1917.** 300 bis 302.
 — — Desgl. im Jahre 1916. **1919.** 267 bis 269. 270.
 — Entwicklung des schwedischen — im Jahre 1916. **1918.** 200. 201.
 — Entwicklung des schweizerischen — im Jahre 1917. **1918.** 411 bis 415.
 — — Desgl. im Jahre 1915. **1916.** 448 bis 451.
 — — Desgl. im Jahre 1916. **1917.** 352 bis 354.
 — — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 334. 335.
 — Verkehrsentwicklung des deutschen — in Polen. **1919.** 21.

Reichsbank. Abrechnungsverkehr der — in den letzten 4 Jahren. **1914.** 490. 491.
 — — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 386. 387.
 — — Desgl. im Jahre 1919. **1920.** 419 bis 421.
 — — Desgl. im Jahre 1920. **1922.** 132 bis 134.
 — — Desgl. im Jahre 1921. **1922.** 337 bis 339.
 — Geschäftsverkehr der — im Jahre 1913. **1914.** 465 bis 467.
 — — Desgl. im Jahre 1916. **1917.** 296 bis 300.
 — — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 357 bis 362.
 — — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 260 bis 262.
 — — Desgl. im Jahre 1919. **1920.** 386 bis 389.
 — Verkehr der Postcheckämter des Reichspostgebiets in den Abrechnungsstellen der Reichsbank 1918. **1919.** 407. Desgl. von 1912 bis 1918. **1919.** 420.
 — Wirtschaftsergebnisse der — im Jahre 1920. **1921.** 309 bis 313.
 — — Desgl. im Jahre 1921. **1922.** 330 bis 332.

Reichsversicherungsordnung. Zusammenstellung der Paragraphen des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, vom 30. Juni 1900 und des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes sowie der entsprechenden Paragraphen der —. **1913.** 583.
 — Zusammenstellung der Paragraphen des Krankenversicherungsgesetzes und der entsprechenden Paragraphen der —. **1914.** 622 bis 624.

Reisegepäck. Erhöhung der Frachtsätze für — bei der deutschen Reichsbahn. **1923.** 19.

Reisekosten der Telegraphenbeamten bis zum Jahre 1922. **1924.** 118. 119.

Reiseverkehr. Statistik über den — in Persien 1911/12. **1913.** 765.

— Übersicht über die von den überseeischen Schiffsahrtsgesellschaften im Jahre 1912 beförderten Fahrgäste. **1913.** 479.

Rentenzahlungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in den letzten 5 Jahren. **1915.** 164. 165.

Rohstoffgewinnung. Übersicht der beim Strafgefängnis in Tegel seit 1912 abgebrannten Rabelmengen nebst Ergebnissen. **1921.** 214.

— Übersicht der verkauften Mengen Metallasche nebst Erlösen. **1921.** 215.

Ruhegeld. Beiträge, Invalidenrente oder — der Postagenten nach der Reichsversicherungsordnung (RVO), dem Versicherungsgesetz für Angestellte (VVG) und dem Entwurfe des Postagentenverbandes zu einer Versicherungsordnung für eine Pensionskasse. **1913.** 299.

Ruhegeld. Höhe des — und der Hinterbliebenenrente nach 10 und 25 Beitragsjahren gemäß Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911. **1913.** 362.

Rußland. Übersicht über die Verkehrssteigerung im Geldbrief- und Postanweisungsverkehr mit — in den Jahren 1904 bis 1912. **1913.** 251.

Schiffahrt. Bestandsveränderungen der Dampfschiffe seit 1909. **1916.** 21.

— Entwicklung und Bestand der deutschen Kauffahrteiflotte im Jahre 1914. **1916.** 17 bis 20.

— Schiffsbestand der deutschen Handelsmarine. **1920.** 424.

— Verteilung der Kauffahrteischiffe auf das Ost- und das Nordseegebiet. **1916.** 22.

Schiffsbau. Hauptbaustoffe der Schiffe in den Jahren 1909 bis 1914. **1916.** 23.

— Weltschiffbau am 31. März 1920. **1920.** 359.

Schiffsverkehr. Anteil der nationalen Flaggen am Hamburger Hafenverkehr 1920. **1921.** 287.

— Entwicklung des Rigaer — in der Zeit von 1805 bis 1912. **1917.** 427.

— Entwicklung des — auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal im Rechnungsjahre 1913. **1915.** 157. 158.

— Gegenüberstellung der Schiffsankünfte in Bremen und Hamburg. **1913.** 107.

— in den Mannheimer Hafenanlagen. **1915.** 81.

— Personenverkehr auf den Reichs-Postdampferlinien im Jahre 1912. **1914.** 461. 463.

— Staatsangehörigkeit der in Bremen angekommenen Schiffe in den Jahren 1906 und 1911. **1913.** 108.

— Verkehr im Suezkanal in den Jahren 1913 bis 1915. **1916.** 396.

Schiffsverluste im Jahre 1913/14. **1914.** 617.

— Verluste der Schiffahrt während des Krieges. **1920.** 309.

Schnellzugszuschläge. Erhöhung der — bei der deutschen Reichsbahn. **1923.** 15.

Schulen. Zeichnungen der — auf die vierte Reichskriegsanleihe. **1917.** 36.

— — Desgl. auf die fünfte Reichskriegsanleihe. **1917.** 269.

— — Desgl. auf die sechste Reichskriegsanleihe. **1918.** 239.

Schutzgebiete. Stand der Eisenbahnbauten in den — des Deutschen Reichs am Anfang und am Ende des Kalenderjahres 1912. **1913.** 110.

Seebeförderung. Vergütungssätze für die — der Post in den Vereinigten Staaten von Amerika. **1913.** 689. 690.

Sparfassen s. a. Postsparfassen.

— Entwicklung der — im Deutschen Reich und in Preußen. **1917.** 355. 356.

— — Desgl. im Deutschen Reich im Jahre 1915 und in Preußen im Jahre 1916. **1918.** 333. 334.

— — Desgl. im Deutschen Reich von 1915 bis 1917 und in Preußen von 1915 bis 1918. **1920.** 308.

— — Desgl. im Deutschen Reich von 1915 bis 1918. **1921.** 418.

— — Desgl. in Preußen von 1915 bis 1919. **1921.** 418.

— Entwicklung der — seit Einführung der Postsparfassen in verschiedenen Ländern. **1915.** 239. 240.

— Vergleichung der Ergebnisse der — im Deutschen Reich mit den Post- und Privatsparfassen Englands. **1914.** 318.

- Sprechstellen.** Verhältnis der — zur Einwohnerzahl beim Fernsprechverkehr in Rußland. **1914.** 331.
 — Verteilung der — in Rußland auf die einzelnen Arten der Fernsprecheinrichtungen. **1914.** 334.
Stammtafel der Jüßener Taris. **1922.** 30.
 — der Postmeisterfamilie Somigliano. **1922.** 226.
Standziffern für die Zinseszins-Rechnung. **1920.** 37.
Stempelvertrieb. Anteil der schwedischen Postverwaltung am — im Jahre 1921. **1923.** 97.
Störungen. Übersicht der von 1906 bis 1912 auf der Strecke Hersfeld-Friedewald-Schenkflengsfeld aufgetretenen —. **1916.** 261.
Straßenbahnen. Entwicklung der — in Preußen im Jahre 1918. **1920.** 415 bis 417.
Tagegelde im Reiche von 1875 bis 1921. **1924.** 116.
 — im Reiche vom 1. Januar 1922 an. **1924.** 117.
 — in Preußen. **1924.** 115.
Tarife s. a. Gebühren.
 — auf der äthiopischen Bahn Dschibuti-Dire Dawa-(Abis Abeba). **1914.** 587.
Tarifwesen. Vergleichung der Nachnahmegebühren von 1878 mit den Gebühren von 1890/92. **1913.** 272.
Taris. Stammtafel der Jüßener —. **1922.** 30.
Telegrammverkehr der preußischen und hessischen Staats-eisenbahnen im Rechnungsjahre 1913. **1915.** 173.
 — Entwicklung des schwedischen Telegrammverkehrs in den letzten Jahren. **1915.** 358.
 — Übersicht über die 1887 und 1912 beförderten Telegramme nach außereuropäischen Ländern. **1913.** 562.
Telegraphenanlagen. Entwicklung der — in der Schweiz Ende 1914. **1915.** 314, 315.
Telegraphenanstalten. Zahl der — in der Schweiz Ende 1914. **1915.** 316.
Telegraphenbau. Mittlere Lebensdauer der im — verwendeten rohen Hölzer und der zubereiteten Stangen. **1913.** 246, 247.
 — Übersicht über die durchschnittliche Lebensdauer der im — verwendeten Holzstangen. **1913.** 231.
 — Zusammenstellung der in den Vereinigten Staaten von Amerika beim — zu Stangen verwendeten Holzarten. **1913.** 241.
Telegraphenbauämter. Übersicht über den durchschnittlichen Arbeiterbestand der — 1921/22. **1923.** 286.
Telegraphenverkehr. Entwicklung des — in Niederländisch Indien im Jahre 1920. **1923.** 52 bis 54.
 — Umfang des niederländischen — im Jahre 1921. **1923.** 129, 131.
Telegraphenwesen. Betriebs- und Verkehrszahlen nach dem Stande von 1913 in Rußland und im Deutschen Reiche. **1916.** 369.
 — Entwicklung des niederländischen — im Jahre 1915. **1917.** 307, 308.
 — — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 277 bis 279.
 — — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 229, 230.
 — — Desgl. in den Jahren 1918 und 1919. **1921.** 303 bis 305.
 — Entwicklung des norwegischen — 1914/15. **1916.** 455 bis 457.
 — Entwicklung des österreichischen — im Jahre 1913. **1915.** 124, 125.
 — — Desgl. im Jahre 1914. **1916.** 296.
 — — Desgl. im Jahre 1915. **1917.** 303.
 — — Desgl. im Jahre 1916. **1919.** 269, 270.
 — Entwicklung des schweizerischen — im Jahre 1915. **1916.** 452 bis 455.

- Telegraphenwesen.** Entwicklung des schweizerischen — im Jahre 1916. **1917.** 349 bis 351.
 — — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 444 bis 447.
 — — Desgl. im Jahre 1918. **1920.** 148 bis 154.
 — — Desgl. im Jahre 1919. **1922.** 267 bis 272.
 — Vergleichende Übersicht über das — und Fernsprechwesen in den Vereinigten Staaten von Amerika 1907 und 1912. **1915.** 46.
 — Verkehrsentwicklung des deutschen — in Polen. **1919.** 21.
 — Übersichten über den Umfang und die Entwicklung des — in Schweden für das Jahr 1921. **1922.** 407 bis 412.
 — Übersicht über den Umfang des — in den Vereinigten Staaten von Amerika 1907 u. 1912. **1915.** 35.
 — Umfang des deutschen Telegraphen- und Fernsprechbetriebs in der Vorkriegszeit. **1921.** 2.
 — Umfang des — in den wichtigsten europäischen Ländern. **1915.** 368, 369.
 — Umfang und Entwicklung des dänischen — im Jahre 1915/1916. **1917.** 82 bis 85.
 — — Desgl. im Jahre 1916/17. **1918.** 106 bis 109.
 — — Desgl. im Jahre 1917/18. **1919.** 89 bis 91.
 — Umfang und Entwicklung des schwedischen Fernsprech- und — im Jahre 1915. **1917.** 77 bis 81.
 — — Desgl. im Jahre 1916. **1918.** 101 bis 105.
 — — Desgl. im Jahre 1917. **1919.** 83 bis 88.
Töchterhort. Anwachsen des Kapitalvermögens der Stiftung — bis zum Jahre 1919. **1921.** 123.
 — — Desgl. bis Ende 1920. **1922.** 65.
 — Aus den Mitteln der Stiftung — gezahlte Unterstützungen bis 1915. **1916.** 291, 292.
 — — Desgl. bis 1916. **1917.** 399.
 — — Desgl. bis 1917. **1918.** 450.
 — — Desgl. bis 1918. **1919.** 468.
 — Bare Einnahmen im Jahre 1912. **1913.** 569.
 — Beteiligung der Bezirksausschüsse an den laufenden und einmaligen Einnahmen 1921. **1922.** 296.
 — — Desgl. 1922. **1923.** 483.
 — Einnahmen der Stiftung — im Geschäftsjahr 1920. **1922.** 62.
 — Entwicklung der Stiftung — bis zum Jahre 1914. **1915.** 279 bis 281.
 — Gesamteinnahmen der Stiftung — bis 1912. **1913.** 571.
 — — Desgl. bis 1913. **1914.** 458.
 — — Desgl. in den dreißig Jahren ihres Bestehens. **1922.** 63.
 — — Desgl. seit ihrer Begründung bis zum Jahre 1919. **1921.** 122.
 — Gesamtsumme der von 1891 bis 1913 aus den Mitteln der Stiftung — gezahlten Unterstützungen. **1914.** 460.
 — Gesamtsumme der von der Stiftung — gezahlten Unterstützungen seit ihrer Begründung. **1922.** 64.
 — Geschäftsergebnis der Stiftung — für das Geschäftsjahr 1922. **1923.** 482.
 — Gezahlte Unterstützungen bis zum Jahre 1912. **1913.** 572.
 — — Desgl. bis zum Jahre 1913. **1914.** 459.
 — Übersicht über die Einnahmen der Stiftung — im Geschäftsjahr 1913. **1914.** 456.
 — — Desgl. von 1892 bis 1918. **1919.** 467.
 — — Desgl. in der Zeit von 1890 bis 1915. **1916.** 290.

Töchterhort. Übersicht über die Gesamteinnahmen der Stiftung — in der Zeit von 1892 bis 1916. **1917.** 398.

— Übersicht über die laufenden Beiträge der Stiftung — im Jahre 1917. **1918.** 449.

— Unterstützungsstätigkeit der Stiftung — für verwaisste Töchter von Reichs-Post- und Telegraphenbeamten im Geschäftsjahre 1921. **1922.** 299.

— — Desgl. im Geschäftsjahre 1922. **1923.** 485.

— Vergleichende Übersicht über den Anteil der Bezirksausschüsse an den laufenden Beiträgen 1913 und 1921. **1922.** 297.

— — Desgl. 1921 und 1922. **1923.** 485.

— Vermehrung des Kapitalvermögens seit 1890 bis Ende 1912. **1913.** 572.

— Vermehrung des Vermögens der Stiftung — in den Jahren 1890 bis Ende 1914. **1915.** 280. 281.

— — Desgl. von 1890 bis Ende 1916. **1917.** 400.

Übernachtungsgelder im Reiche vom 1. Januar 1922 an. **1924.** 117.

Überschüsse. Reine — der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung von 1888 bis 1912. **1913.** 568.

Überweisungsverkehr s. auch Giroverkehr.

— der Reichsbank von 1900 bis 1920. **1921.** 312.

— der Schweiz in den Jahren 1913 bis 1920. **1921.** 316.

— der Schweiz mit anderen Ländern von 1913 bis 1921. **1922.** 335.

— Entwicklung des — im deutschen Postverkehr von 1900 bis 1921. **1922.** 231.

— Entwicklung des Überweisungs-, Zahlkarten- und Postanweisungsverkehrs im Reichspostgebiet von 1909 bis 1918. **1919.** 420.

— Ergebnis des — mit dem Ausland in den Jahren 1920 und 1921 im Reichspostgebiet. **1922.** 242.

— — Desgl. in den Jahren 1914 und 1915 im Reichspostgebiet. **1916.** 341, in Bayern. **1916.** 348, in Württemberg. **1916.** 351, im Deutschen Reich. **1916.** 352. 353.

— — Desgl. im Jahre 1916 im Reichspostgebiet. **1917.** 337, in Bayern. **1917.** 341, in Württemberg. **1917.** 346.

— — Desgl. im Jahre 1917 im Reichspostgebiet. **1918.** 432, in Bayern. **1918.** 435, in Württemberg. **1918.** 441.

— — Desgl. im Jahre 1918 im Reichspostgebiet. **1919.** 417, in Bayern. **1919.** 425, in Württemberg. **1919.** 430.

— — Desgl. im Jahre 1919 im Reichspostgebiet. **1921.** 163, in Bayern. **1921.** 167, in Württemberg. **1921.** 173.

— Umsatz im — der Reichsbank von 1900 bis 1921. **1922.** 331.

Unfallversicherung. Zusammenstellung der Paragraphen des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, vom 30. Juni 1900 und des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes sowie der entsprechenden Paragraphen der Reichsversicherungsordnung. **1913.** 583.

Universitätschriften. Zusammenstellung von — über Post- und Telegraphenwesen. **1920.** 54 bis 64.

Unterhaltungspflicht. Übersicht über die Träger der öffentlich-rechtlichen — nach dem badischen Straßenrecht. **1917.** 412.

Unterseekabel. Übersicht über das internationale Kabelnetz. **1916.** 437 bis 439.

Unterstützungen. Gesamtbetrag der aus den Mitteln der Stiftung »Töchterhort« gezahlten — im Jahre 1916. **1917.** 399.

— — Desgl. im Jahre 1917. **1918.** 450.

— — Desgl. im Jahre 1918. **1919.** 468.

— — Desgl. von 1891 bis 1913. **1914.** 460.

— — Desgl. von 1891 bis 1915. **1916.** 292.

— Gezahlte — an Waisen im Jahre 1912 aus den Mitteln der Stiftung »Töchterhort«. **1913.** 572.

— — Desgl. im Jahre 1913. **1914.** 459.

Vereinigte Staaten von Amerika. Jährliche Durchschnittspreise des Kupfers am nordamerikanischen Markte für die Zeit von 1884 bis 1912. **1913.** 257.

— Zusammenstellung der in den — beim Telegraphenbau zu Stangen verwendeten Holzarten. **1913.** 241.

Vergütung der Postverwaltung an die Staatseisenbahnen für Überlassung von Bahnanlagen im Jahre 1913. **1915.** 173.

Vergütungen der Postagenten einschließlich der Entschädigung für Dienstkosten. (Stand 1. August 1912). **1913.** 297.

— Sonderregelungen 1 und 2 der — für Beamte der Stufe I im Telegraphenbaudienst und im Störungssucherdienst. **1924.** 118 bis 121.

— Sonderregelungen 3 und 4 der — für die bei der Herstellung und Unterhaltung der Reichs-Telegraphen-, Fernsprech- und Funkanlagen beschäftigten Beamten sowie — für Nahreisen. **1924.** 120 bis 122.

Verkehrsanstalten. Zahl der italienischen Post- und Telegraphenanstalten 1910/11. **1915.** 17.

— Zahl der — der niederländischen Post- und Telegraphenverwaltung in den Jahren 1917 bis 1919. **1921.** 296.

— Zahl der — der niederländischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechverwaltung Ende 1921. **1923.** 126.

— Zahl der — der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung 1912 und 1913. **1915.** 354. 355.

— Zahl der — der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1915. **1917.** 75.

— Zahl der — der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1916. **1918.** 99.

— Zahl der — der schwedischen Fernsprech- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1917. **1919.** 82.

Verkehrsentwicklung der chinesischen Postverwaltung im Jahre 1911. **1913.** 673. 674.

— des Berliner Paketpostamts seit 1864. **1913.** 653.

Verkehrsumfang der Postämter in Dortmund. **1914.** 13.

Vermögensstand. Übersicht des — der American Telephone and Telegraph Company. **1915.** 297.

Vermögensübersicht. Zusammenstellung der Aktiva und Passiva 1912 der American Telephone and Telegraph Company. **1913.** 497.

Versicherungsmarken. Gesamtwert der im Kalenderjahr 1913 in den einzelnen Ober-Postdirektionsbezirken verkauften —. **1917.** 22.

— Zahl und Gesamtwert der von den Reichs-Postanstalten in den Jahren 1891 bis 1915 verkauften —. **1917.** 20.

— Zahl und Wert der im Jahre 1913 von den Reichs-Postanstalten verkauften —. **1917.** 14.

Versicherungswesen. Übersicht über die Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in den letzten 5 Jahren. **1915.** 163.

Wasserkräfte. Zusammenstellung der vorhandenen und der ausgenutzten — in Preußen und in den benachbarten Staaten, nach Stromgebieten geordnet. **1915.** 351.

Wege. Zusammenstellung der Veränderungen in der Klasseneinteilung der öffentlichen — in Baden. **1917.** 413.

Weltkabelnetz. Anteil der wichtigsten Länder am — von 1898 bis 1913. **1914.** 382.

— Zahl und Länge der im Privatbesitz befindlichen Kabel in den Jahren 1903 bis 1913. **1914.** 386. 387.

— Zahl und Länge der im Staatsbesitz befindlichen Kabel in den Jahren 1903 bis 1913. **1914.** 384. 385.

Weltpostverkehr. Entwicklung des internationalen Postverkehrs von 1875 bis 1922. **1924.** 84.

Welttelegraphenverein. Die im Jahre 1914 dem — angehörenden Staaten. **1916.** 427.

— Entwicklung der Telegraphie im —. **1916.** 440.

— Entwicklung des Fernsprechwesens im —. **1916.** 441.

Wohlfahrtseinrichtungen. Beiträge und Leistungen der — bei den vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Jahre 1918. **1921.** 204 bis 208.

Zeitungswesen. Täglicher Durchschnittsverkehr des Postzeitungsamts in Berlin in den Jahren 1898, 1901, 1906 und 1911. **1913.** 175.

— Verkehrssteigerung des Postzeitungsamts in Berlin von 1896 bis 1911. **1913.** 174.

Zinsszins-Rechnung. Berechnung des Deckungskapitals für Ruhegehalter am Tage des vollendeten 65. Lebensjahrs. **1920.** 44.

— Steigerung des Kapitals im Laufe der Jahre bei 4 v H Verzinsung. **1920.** 39.

— Tilgungsbeträge in Hundertteilen der anfänglichen Schuld bei 5 v H jährlichen Zinsen. **1920.** 41.

— Tilgungsform bei der Prämienanleihe. **1920.** 45.

II. Namenverzeichnis der Verfasser

Anton, Postamtman, Berlin. **1923.** 301.

Appel, W., Ober-Postsekretär, Berlin. **1914.** 533.

Appel, W., Ministerialsekretär, Berlin. **1920.** 404.

Babendererde, Ober-Postpraktikant Dr. Paul, Berlin. **1913.** 617. 662, **1916.** 167. 442.

Bachmann, Posttrat, Berlin. **1923.** 145.

Beiniker, Postdirektor, Berlin. **1913.** 647.

Bergener, Posttrat, Hannover. **1913.** 321.

Best, Postinspektor, Dortmund. **1914.** 1.

Bettac, Ober-Postinspektor, Berlin. **1913.** 253.

Boas, Ober-Postinspektor Dr., Berlin. **1914.** 145. 188. 222.

Böhle, Telegraphensekretär, Hamburg. **1921.** 101.

Böhm, Telegraphendirektor, Berlin. **1921.** 414.

Bornemann, Dipl.-Ing., Posttrat, Berlin. **1922.** 80.

Brauns, Telegrapheningenieur D., Berlin. **1914.** 33.

Breißig, Geh. Posttrat Prof. Dr., Berlin. **1916.** 137, **1920.** 33.

Breithaupt, Gerichtsassessor Dr., Berlin. **1920.** 275.

Breithaupt, Posttrat Dr., Berlin. **1921.** 117.

Buhl, Postinspektor, Berlin. **1923.** 278.

Buttler, Telegrapheninspektor, Berlin. **1923.** 429.

Cauße, Ministerialamtman, Berlin. **1923.** 73.

Dreibach, Posttrat H., Oldenburg (Oldb.). **1914.** 81.

Ehrhard, Ober-Postinspektor, Berlin. **1913.** 97. 156, **1913.** 760.

Evenius, Postassessor Dr. jur., Düsseldorf. **1923.** 118.

Fedner, Posttrat, Berlin. **1922.** 111.

Feldhaus, Franz M., Berlin-Friedenau. **1920.** 28.

Feuerhahn, Ober-Postpraktikant, Berlin. **1913.** 749.

Fickert, Königlich Bauamtman Richard, Plauen (Vogtland). **1913.** 385. 425.

Fiedler, Rud., Berlin. **1924.** 123.

Fischer, Ober-Postpraktikant Rudolf, Erfurt, **1913.** 517.

Franck, Vize-Postdirektor, Berlin. **1920.** 20.

Franck, Posttrat, Berlin. **1924.** 141.

Frentag, Ober-Archivrat Dr. Rudolf, Regensburg. **1920.** 6, **1921.** 141. 289, **1922.** 13. 217.

Friederici, Dr. phil. Erich, Neukölln. **1921.** 228. 260.

Fries, Posttrat R., Speyer. **1924.** 184.

Gebbe, Posttrat, Berlin. **1922.** 277.

Gerbeth, Ober-Postinspektor, Berlin. **1917.** 41.

Giesecke, Ober-Postinspektor, Berlin. **1917.** 401, **1918.** 297. 337. 381.

Giesecke, Posttrat, Berlin. **1920.** 102. 301.

Giesecke, Wirklicher Geheimer Rat, Berlin. **1920.** 125, **1921.** 280, **1922.** 105.

Gießler, Ober-Postassistent, Erfurt. **1918.** 152.

Grallert, Ober-Posttrat, Berlin. **1921.** 1.

Grätich, Ober-Postinspektor, Trier. **1914.** 437.

Gregor, Postinspektor, Berlin. **1923.** 253.

Grosse, Geh. Ober-Posttrat D., Berlin. **1917.** 441.

Haas, Dr., Heidenheim (Wenz). **1914.** 113.

Haedel, Amtsgerichtsrat Julius, Potsdam. **1914.** 389.

Heise, Ober-Postsekretär, Danzig. **1913.** 59.

Heim, Ober-Postinspektor, Berlin. **1918.** 37.

Hennig, Dr. phil. Richard, Berlin-Friedenau. **1916.** 172. 395.

Hennings, Ober-Postpraktikant, Leipzig. **1913.** 681.

Hempel, Postsekretär, Breslau. **1914.** 271.

Hering, Postdirektor, Berlin. **1922.** 173.

Herzog, Posttrat H., Schmerin (Mecklb.). **1916.** 298, **1917.** 188, **1918.** 9. 28. 194.

Herzog, Posttrat H., Berlin. **1919.** 183. 376. 437, **1920.** 65. 108. 294. 377, **1921.** 49.

Herzog, Präsident der Oberpostdirektion Frankfurt (Oder) H. **1924.** 81.

Heß, Posttrat, Oppeln. **1913.** 33. 74.

Höpfner, Telegrapheningenieur, Berlin. **1918.** 257.

Horstmann, Ober-Posttrat, Potsdam. **1919.** 357.

Horstmann, Posteleve Erwin. **1920.** 112.

Ihle, Geheimer Posttrat, Berlin. 1920. 1.
Immanuel, Oberst. 1917. 273.

Jahn, Rechnungsrat L., Berlin. 1920. 161.
Jentsch, Ober-Posttrat Otto, Oppeln. 1914. 557. 596. 636, 1915. 257. 298.
Jesse, Posttrat, Potsdam. 1920. 97.

Kasten, Postbauinspektor, Berlin. 1913. 340.
Kasten, Baurat, Berlin. 1916. 177, 1918. 81. 133, 1922. 33. 69. 165, 1923. 44. 77.

Kehr, Geh. Posttrat, Berlin. 1921. 177.
Kellersberger, Adjunkt bei der schweizerischen Oberpostdirektion A., Bern. 1920. 333.

Kempf, Rechnungsrat Dr., Ober-Postkassenrendant, Karlsruhe (Baden). 1915. 77.

Kiezkalt, Postsekretär E., Nürnberg. 1913. 407.
Klar, Ober-Postinspektor H., Berlin. 1913. 201. 277. 475. 481. 672. 742. 1914. 90. 427.

Klaus, Geh. Ober-Posttrat, Berlin. 1920. 201.
Koenig, Dr. P., Referent im Auswärtigen Amt, Berlin. 1920. 49.

Korzendorfer, Ober-Regierungsrat Adolf, Regensburg. 1923. 467.

Kownakki, Hermann, Köln. 1923. 377.
Krämer, Posttrat, Lübingen. 1922. 46.
Krause, Ministerialrat, Berlin. 1924. 55.
Kropp, Ministerialsekretär H., Berlin. 1920. 212.
Krudow, Ministerialrat A., Berlin. 1924. 161.
Kuhne, Ober-Postsekretär, Erfurt. 1914. 170.
Kunert, Posttrat, Oldenburg (Oldb.). 1920. 411.

Latke, Ober-Postsekretär Fritz, Berlin. 1914. 172, 1917. 89.

Ledat, Ober-Postinspektor, Berlin. 1914. 341.
Lenz, Postinspektor, Zwickau (Sachsen). 1917. 23. 65.
Leiche, Baurat, Berlin. 1917. 241.
Lorek, Ober-Postinspektor, Berlin. 1913. 380.

Mayer, Ober-Baurat M., Stuttgart. 1924. 149.
Menny, Postassessor Dr. jur., Berlin. 1923. 335.
Meyer, Telegrapheningenieur Dr. Alfons, Berlin. 1917. 209, 1918. 209, 1919. 65, 1920. 155.

Meyer, Bize-Postdirektor, Bremen. 1916. 355.
Möckli, A., Bern. 1923. 454.

Moll, Dr. Friedrich, Berlin-Südende. 1913. 229.
Müller, Postinspektor Alfred, Berlin. 1917. 1.
Müller, Rechnungsrat Eugen, Münster (Westf.). 1914. 512, 1917. 484, 1918. 469, 1919. 144, 1920. 307. 325. 329. 413, 1921. 189. 320. 322, 1922. 290, 1923. 345.

Müller, Postassessor Dr. jur. Paul, Berlin. 1922. 367.
Müller, Dr. P. G., Hamburg. 1920. 110.

Neugebauer, Ober-Posttrat Dr., Berlin. 1921. 473.
Neugebauer, Ministerialrat Dr., Berlin. 1922. 339, 1923. 81, 1924. 48. 152. 186.
Nickau, Ober-Postinspektor Dr., Berlin. 1913. 65.

Nieffertorn, Posttrat, Berlin. 1923. 193, 1924. 1.
Poppe, Ober-Postpraktikant Dr., Berlin-Steglitz. 1913. 16. 261. 300, 1915. 65. 97. 107. 137.

Preuß, Posttrat, Berlin. 1917. 177.
Puche, Geheimer Ober-Posttrat W., Berlin. 1921. 377. 451.

Püschel, Rechnungsrat, Berlin. 1918. 318.

Raab, Ober-Postpraktikant, Köslin. 1914. 164.

Rabanus, Postassessor, Berlin. 1922. 317.

Raddag, Ober-Postinspektor, Berlin. 1916. 69. 101, 1919. 161.

Richter, Ober-Postpraktikant, Köln. 1914. 301.

Richter, Postmeister Fritz, Barranquilla (Kolumbien). 1924. 67.

Ringel, Ober-Postinspektor, Warschau. 1917. 281.

Roscher, Telegrapheninspektor Dr. Max, Berlin. 1914. 373.

Roscher, Telegraphendirektor Dr., Berlin. 1920. 241.

Rüger, Prof. Dr. C., Dresden. 1915. 225.

Sautter, Ministerialrat, Berlin. 1922. 249, 1923. 113.

Sautter, Ober- und Geh. Posttrat a. D., Berlin. 1913. 1. 43. 85, 1916. 223, 1917. 155. 169. 203. 389, 1918. 490, 1919. 448, 1920. 281.

Scharringhausen, Ober-Postinspektor D., Berlin. 1923. 291.

Scheda, Geh. Ober-Posttrat, Berlin. 1918. 451, 1919. 94, 1920. 207, 1922. 227, 1924. 41.

Scheunemann, Telegrapheninspektor, Hamburg. 1916. 388.

Schiforowski, Ober-Postpraktikant, Berlin. 1916. 305.

Schmidt, Rechnungsrat R., Berlin. 1920. 128.

Schneider, Postdirektor L., Berlin. 1923. 316.

Schoele, Rgl. Seehandlungsbuchhalter Otto, Berlin. 1916. 1.

Schönfeld, Ministerialamtmann W., Berlin. 1924. 106.

Schulke, Posttrat, Berlin. 1919. 113. 191.

Schulz, Ministerialamtmann H., Berlin. 1924. 100.

Schumach, Ober-Postinspektor, Berlin. 1913. 581. 630.

Schwellenbach, Ober-Postinspektor Dr., Berlin. 1913. 417.

Sebastiani, Ober-Postinspektor, Berlin. 1924. 176.

Snell, Posttrat A., Darmstadt. 1922. 394.

Springer, Rechnungsrat, Königsberg (Pr.). 1920. 361, 1921. 329.

Springer, Rechnungsrat, Ober-Postkassenrendant, Bremen. 1923. 438.

Staedler, Ober-Postinspektor Dr., Berlin. 1920. 54.

Staedler, Posttrat Dr., Berlin. 1920. 266, 1920. 397.

Staedler, Regierungsrat Dr., Berlin. 1923. 33.

Sturm, Geh. Posttrat, Chemnitz. 1920. 176.

Teubner, Ober-Postinspektor, Königsberg (Pr.). 1914. 405, 1915. 1. 193. 201. 334. 344. 370.

Thilo, Posttrat, Berlin. 1920. 75.

Thilo, Ministerialrat, Berlin. 1924. 61.

Thomas, Telegraphendirektor, Berlin-Tempelhof. 1921. 213.

Thurn, Bize-Telegraphendirektor H., Berlin. 1919. 277. 317.

Thurn, Posttrat, Berlin. 1921. 253, 1922. 345.

Trasdorf, Postinspektor Curt, Berlin. 1924. 94.

Triest, Ober-Postinspektor Dr., Berlin. 1917. 137. 224.

Triloff, Geheimer Posttrat Dr., Berlin. 1919. 33.

Wesfelmeier, Ober-Postsekretär Ed., Berlin. 1913. 165.

Weiland, Ober-Postinspektor, Berlin. 1914. 309, 319, 501.

Weiland, Ober-Posttrat, Berlin. 1922. 229.

Wenz, Telegraphendirektor, Konstanz. 1917. 410.

Wernecke, Geh. Regierungsrat, Zehlendorf (Wannsee). 1913. 573, 1920. 46. 71.

Wichmann, Postinspektor, Berlin. 1923. 226.

Wittiber, Telegrapheninspektor, Berlin. 1914. 331, 1915. 33.

Wittich, Ober-Postinspektor, Berlin. 1914. 585, 1915. 11. 16.

Wittichen, Telegrapheningenieur, Frankfurt (Main). 1913. 717.

Wolf, Ober-Postsekretär Ernst, Chemnitz. 1920. 77.

Wolf, Postinspektor Ernst, Chemnitz. 1921. 515, 1922. 31.

III. Nachrufe

Aschenborn, Direktor im Reichspostministerium, Berlin. 1920. 31.

Bernhardt, Wirklicher Geheimer Ober-Posttrat, Raumburg (Saale). 1913. 196.

Fischer, Unterstaatssekretär a. D., Wirklicher Geheimer Rat Dr., Berlin. 1920. 125.

Franck, Unterstaatssekretär und Wirklicher Geheimer Rat Robert, Berlin. 1922. 412.

Galle, Geheimer Posttrat und Vizedirektor des Internationalen Büros des Weltpostvereins, Wiesbaden. 1920. 83.

Hennicke, Wirklicher Geheimer Ober-Posttrat, Berlin. 1913. 63.

König, Ministerialdirektor Dr., Berlin. 1922. 32.

Meunty, Wirklicher Geheimer Ober-Posttrat, Berlin. 1920. 279.

Münch, Wirklicher Geheimer Ober-Posttrat, Berlin. 1921. 123.

von Poddieski, Staatssekretär des Reichs-Postamts, Staatsminister und Generalleutnant Viktor, Berlin. 1916. 55.

Preßel, Direktor im Reichs-Postamt a. D., Wirklicher Geheimer Rat Czjellenz, Berlin. 1923. 187.

Schrade, Ministerialrat Karl, Berlin. 1922. 67.

Schrader, Geheimer Ober-Posttrat, Berlin. 1920. 186.

Slaby, Prof. Dr. Adolf, Geheimer Regierungsrat, Charlottenburg. 1913. 319.

Wagner, Wirklicher Geheimer Ober-Posttrat, Berlin-Friedenau. 1915. 51.

Wernecke, Geheimer Ober-Posttrat, Berlin. 1916. 400.

IV. Bücherschau und Literaturnachweise

Ambrosius, J., Oberposttrat. Der Fernsprech-Selbstanschlußbetrieb (Automatische Telephonie). 1923. 428.

— Kapazität und Selbstinduktion in der Telegraphen- und Fernsprechtechnik. 1913. 211.

— Kapazität und Selbstinduktivität in der Telegraphen- und Fernsprechtechnik. Zweite Auflage. 1924. 23.

Anderle, Franz, Oberstleutnant. Lehrbuch der drahtlosen Telegraphie und Telephonie. Fünfte Auflage. 1923. 344.

Apitz, H., Verlag techn. Zeitschriften. Handbuch der Reichs-, Privat- und Kleinbahnen. 1923. 189.

Aufsätze. Nachweis von — und Mitteilungen über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums. 1913. 115. 212. 503. 701, 1914. 97. 358. 518. 651, 1915. 52. 181. 247. 382, 1916. 56. 206. 313. 401, 1917. 125. 228. 357. 429, 1918. 120. 245. 368. 458, 1919. 99. 233. 343. 470, 1920. 84. 186. 310. 426, 1921. 125. 240. 361. 516, 1922. 88. 201. 301. 413, 1923. 99. 240. 364. 486, 1924. 25. 72. 132. 189.

Barolin, Johannes C. Der Hundertstündentag. Vorschlag zu einer Zeitreform unter Zugrundelegung des Dezimalsystems, im Anschluß an ein analoges Bogen- und Längemaß. 1914. 588.

Beckmann, Carl, Oberingenieur. Telephon- und Signalanlagen. 1914. 78.

— Telephon- und Signal-Anlagen. Ein praktischer Leitfaden für die Errichtung elektrischer Fernmelde- (Schwachstrom-)Anlagen. Dritte, verbesserte Auflage. 1923. 234.

Bein, J., Lehrer. Anleitung zum Einüben der Morse-schrift in vierzehn Übungslektionen für Lehrer, Telegraphisten, Post- und Eisenbahnbeamte. 1918. 457.

Benischke, Prof. Dr. Gustav. Die asynchronen Drehstrommotoren, Induktions- und Kommutatormotoren. 1923. 31.

— Der Parallelbetrieb von Wechselstrommaschinen. Zweite verbesserte Auflage. 1920. 239.

— Die Porzellanisolatoren. 1921. 419.

— Die Schutzvorrichtungen der Starkstromtechnik gegen atmosphärische Entladungen und Überspannungen. Dritte erweiterte Auflage. 1924. 24.

— Die Transformatoren. Zweite Auflage. 1923. 32.

— Die wissenschaftlichen Grundlagen der Elektrotechnik. Dritte Auflage. 1914. 340.

— Die wissenschaftlichen Grundlagen der Elektrotechnik. Vierte vermehrte Auflage. 1919. 232.

— Die wissenschaftlichen Grundlagen der Elektrotechnik. Fünfte vermehrte Auflage. 1921. 237.

- Benischke**, Prof. Dr. Gustav. Die wissenschaftlichen Grundlagen der Elektrotechnik. Sechste vermehrte Auflage. 1923. 239.
- Bitterling**, Dr. Richard, **Fischer**, Professor Heinrich, **Kellen**, L., **Wächter**, Ernst, und **Weule**, Professor Dr. R. Erdbüchlein. Kleines Jahrbuch der Erdkunde für 1920. 1920. 240.
- Bollinger**, Dr. A. Die Hochspannungs-Gleichstrommaschine. 1923. 32.
- Borcht**, Dr. R. van der, Kaiserl. Präsident a. D. Das Verkehrsweisen. Zweite Auflage. 1913. 114.
- Breitfeld**, Prof. Dr. E. Berechnung von Wechselstrom-Fernleitungen. (Elektrotechnik in Einzeldarstellungen XVII). Zweite, erweiterte Auflage. 1923. 192.
- Brunner**, Johann. Bayerns Postwertzeichen 1849 bis 1920. 1924. 131.
- Bußer**, Dr. jur. Jakob. Geschichte der schweizerischen Posttagengesetzgebung. 1914. 29.
— Die rechtliche Stellung der Postanstalt nach schweizerischem Recht. 1914. 240.
- Canter**, D., Geh. Postrat a. D. Elektrizität und Elektromagnetismus. Lehrbuch für Elektrotechniker und Telegraphenbeamte. 1917. 125.
- Dalsheim**, Dr. Friedrich. Das Bankgeheimnis der privaten Bankinstitute und die neueste Finanzgesetzgebung. 1923. 31.
- Demuth**, Walter, Oberingenieur. Die Materialprüfung der Isolierstoffe der Elektrotechnik. 1920. 280.
- Deutsch-Asiatische Gesellschaft**. Asiatisches Jahrbuch 1913. 1914. 403.
- Deutsches Beamten-Archiv**. Deutsches Beamten-Taschenbuch mit Überblick von Reichsminister Dr. Höfle. Dritte verbesserte Auflage. 1924. 72.
- Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft G. V.** Der Friedensvertrag und Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. 1921. 357.
- Diels**, Hermann. Antike Technik. Sechs Vorträge. 1915. 320.
- Effenberger**, Eduard, R. R. Hofrat d. R. Geschichte der österreichischen Post. 1914. 28.
- Engel**, Eduard. Entwöschung, Verdeutschungswörterbuch für Amt, Haus, Schule, Leben. 1918. 295.
— Gutes Deutsch. Ein Führer durch Falsch und Richtig. 1918. 457.
- Engel**, Dr. med. Hermann. Die Beurteilung von Unfallsfolgen nach der Reichsversicherungsordnung. 1913. 415.
- Englram**, Michael, Rgl. Postrat. Das Postwesen in der Rheinpfalz seit 1816. 1914. 402.
- Fischer**, Dr. jur. P. D., Wirklicher Geheimer Rat. Der internationale Nachrichtenverkehr und der Krieg. 1915. 128.
- Fisser**, Dr. Johann Volkmar. Die Luftfahrt als Verkehrsmittel. 1923. 58.
- Fries**, Postrat R. Drucksachen. 1922. 201.
- Geronimi**, Ferd. u. Obè, Telemaco. Chronique Illustrée du Concours International de Télégraphie Pratique. 1913. 448.
- Glasewald**, A. E. Die Post im Kriege. Beiträge zur Geschichte der Feldpost. 1914. 239.
- Graetz**, Dr. L., o. ö. Professor an der Universität München. Die Elektrizität und ihre Anwendungen. Siebente Auflage. 1915. 287.
- Grosse**, Oskar, Geh. Postrat. Die deutsche Feldpost im Weltkrieg. 1916. 284.
— 40 Jahre Fernsprecher, Stephan — Siemens — Rathenau. 1917. 486.
- Große Verkehrs- und Handelskarte** von Süddeutschland und Republik Österreich. Fünffarbige Ausführung. Zusammenge stellt aus dem Koch- und Opikischen Verkehrs atlas. 1920. 240.
- Günther**, Hanns (W. Debaas). Dynamomaschinen und Elektromotoren. 1913. 96.
— Elektrisches Licht, elektrische Wärme, elektrische Wellen, Elektroinduktion, Meßinstrumente für Elektrizität (Der elektrische Strom. Bd. IV). 1913. 700.
— Elektrotechnik für Alle. Eine vollständige Darstellung der Lehre vom elektrischen Strom und der modernen Elektrotechnik. Dritte vermehrte Auflage von »Der elektrische Strom«. 1920. 238.
— Laten der Technik. Ein Buch unserer Zeit. 1923. 190, 1924. 71.
— Wellentelegraphie. Ein radiotechnisches Praktikum. 1921. 359.
- Haaß**, Dr. Friedrich. Weltpostverein und Einheitsporto (Welt-Pennyporto). 1914. 142.
- Hausmeister**, Dr. Paul. Deutsche Eisenbahnkunde. 1913. 259.
- Hennig**, Dr. Richard. Die Hauptwege des Weltverkehrs. 1914. 144.
— Weltverkehr und Weltwirtschaft. Monatschrift für Wissenschaft und Politik des Weltverkehrs und der Weltwirtschaft. 1913. 447. 579. 647. 748, 1914. 30. 80. 175. 206. 339. 403. 617, 1915. 30. 96.
- Hennig**, Prof. Dr. R. Primitive Telegraphen und ihre geographische Verbreitung (Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1920, XI. Jahrgang, Heft 11 u. 12). 1921. 237.
- Herzog**, Postrat H., und **Gerbeth**, Ober-Postinspektor P. Post-Teitfaden. Ein Hilfsbuch für Post- und Telegraphenbeamte. 5. Auflage. 1920. 124.
- Hettner**, Dr. Alfred, o. Professor. Grundzüge der Länderkunde. I. Band: Europa. Zweite Auflage. 1923. 235.
- Holstein**, Dr. Günther. Die Lehre von der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkung. 1922. 274.
- Jentsch**, D., Oberpostdirektionspräsident, **Conradi**, Oberpostrat J., und **Endermann**, Postrat D. Handbuch zur Vorbereitung auf die Prüfungen der Telegraphenbeamten von Noebels, Schludewier und Jentsch. Fünfte Auflage. 1924. 25.
- Ille mann**, W., Oberpostsekretär. Der Zahlungsverkehr durch Post und Bank (Postcheckverkehr). 1917. 488.
- Juraschek**, J. von, und **Schullern**, Professor Dr. Hermann R. von. Otto Hübners Geographisch-Statistische Tabellen aller Länder der Erde. 1921. 420.
- Rahn**, Ernst, Handelsredakteur der Frankfurter Zeitung. Dringliche Wirtschaftsfragen. Heft I. Gegen den Bargeldverkehr. 1916. 248.

- Rittel, Dr. Th., Ministerialrat.** Der Staatsvertrag über die Reichseisenbahnen (Reichsgesetz vom 30. April 1920). 1921. 236.
- Aleemanni, Dr. Kurt.** Die Sozialpolitik der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung gegenüber ihren Beamten, Unterbeamten und Arbeitern. 1914. 338.
- Klingendorff, Dr. jur. et rer. pol. Hans.** Die Gesetzgebung über Beschlagnahme, Ausfuhr und Handel ausländischer Wertpapiere. 1921. 237.
- Koenigsmann, Bernhard.** Militärelektrotechnik. Handbuch und praktischer Ratgeber. 1913. 212.
- König, Dr. Walter,** Professor der Physik an der Universität Gießen. Paul Drudes Physik des Aethers auf elektromagnetischer Grundlage. Zweite Auflage. 1913. 210.
- Kosack, Dipl.-Ing. Emil.** Elektrische Stromanlagen. Maschinen, Apparate, Schaltungen, Betrieb. 1914. 404.
- Köstler, Rudolf, k. k. a. ö. Universitätsprofessor und k. k. Postkommissär.** Österreichisches Postgesetz und Postordnung. 1917. 488.
- Krebs, Kurt.** Das Kurzsächsische Postwesen zur Zeit der Oberpostmeister Johann Jacob Rees I und II. 1915. 95.
- Landesgewerbeamt, Preussisches.** Staatsbürgerliche Belehrungen in der Kriegszeit. 1915. 288.
- Langhans, Prof. Paul.** Vogels Karte des Deutschen Reichs und der Alpenländer. 1914. 32.
- Lehmann, Wilhelm, Dipl. Ing.** Die Elektrotechnik und die elektromotorischen Antriebe. Ein elementarisches Lehrbuch für technische Lehranstalten und zum Selbstunterricht. 1923. 238.
- Lemp, Postirat.** Sicherung der Reichs-Telegraphenanlagen gegen elektrische Starkstromanlagen. 1917. 278.
- Lenz, Dipl.-Ing.** Die Rechenmaschine und das Maschinenrechnen. Zweite Auflage. 1924. 189.
- Perche, Julius.** Der Güterberg. Briefe aus dem Lande der Arbeit und der Arbeitsfreude. 1922. 135.
- Pertes, Dr. P.** Die drahtlose Telegraphie und Telephonie. Zweite verbesserte Auflage. 1924. 24.
- Viebernackel, Dr. jur. Woldegar.** Die Rechtsverhältnisse beim Post-Zeitungsvertrieb. 1914. 516.
- Literaturnachweis,** siehe auch Nachweis von Aufsätzen und Mitteilungen.
— zur deutschen Postgeschichte. 1913. 407.
- Maeder, E., Postinspektor.** Das Postscheckgesetz vom 26. März 1914 und die Postscheckordnung vom 22. Mai 1914 nebst den Ausführungsbestimmungen. 1916. 100.
- Magyar, Dr. Géza von.** Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit im Völkerbunde. 1923. 31.
- Maier, Bernhard, Ober-Postinspektor.** Bargeldlos, zur Erläuterung und Anwendung des Scheckgesetzes. 1923. 188.
- Maier, Bernhard, Ober-Postkassenbuchhalter.** Der Postscheckverkehr, erläutert an praktischen Musterbeispielen. 1919. 469.
- Miethe, Geh. Reg.-Rat Dr. A., Professor.** Die Technik im zwanzigsten Jahrhundert. Viertes Band: Das Verkehrswesen. Die Großfabrikation. 1913. 443.
- Miller, Konrad.** Itineraria Romana. Römische Reisewege an der Hand der Tabula Peutingeriana. 1918. 335.

- Mitteilungen.** Nachweis von Aufsätzen und — über das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums. 1913. 115. 212. 503. 701, 1914. 97. 358. 518. 651, 1915. 52. 181. 247. 382, 1916. 56. 206. 313. 401, 1917. 125. 228. 357. 429, 1918. 120. 245. 368. 458, 1919. 99. 233. 343. 470, 1920. 84. 186. 310. 426, 1921. 125. 240. 361. 516, 1922. 88. 201. 301. 413, 1923. 99. 240. 364. 486, 1924. 25. 72. 132. 189.
- Mosler, Dipl.-Ing. Dr. phil. Hugo, a. o. Professor.** Einführung in die moderne drahtlose Telegraphie und ihre praktische Verwendung. 1921. 328.
- Nachweis** von Aufsätzen und Mitteilungen über das Post-Telegraphen- und Fernsprechwesen aus der Zeitschriftensammlung der Bücherei des Reichspostministeriums. 1913. 115. 212. 503. 701, 1914. 97. 358. 518. 651, 1915. 52. 181. 247. 382, 1916. 56. 206. 313. 401, 1917. 125. 228. 357. 429, 1918. 120. 245. 368. 458, 1919. 99. 233. 343. 470, 1920. 84. 186. 310. 426, 1921. 125. 240. 361. 516, 1922. 88. 201. 301. 413, 1923. 99. 240. 364. 486, 1924. 25. 72. 132. 189.
- Natalis, Dr.-Ing. Fr.** Die Berechnung von Gleich- und Wechselstromsystemen. 1921. 238.
- Neefe, Prof. Dr. M.** Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. Neunzehnter Jahrgang. 1913. 578.
— Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. Zwanzigster Jahrgang. 1915. 32.
— Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. 21. Jahrgang. 1917. 123.
- Neugebauer, Ministerialrat Dr. Eberhard.** Junkrecht. 1924. 188.
- Niggel, Dr. jur. Arthur, Postirat.** Das Postrecht. Die wichtigsten Vorschriften des inländischen und des internationalen Postrechts mit Erläuterungen. 1914. 77.
- Olshausen, Regierungsrat Dr. Th. v.** Handbuch zum Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907. 1917. 280.
- Peitgen, J., Postinspektor.** Jahrbuch für Verkehrswissenschaften. 1913. 414, 1914. 78.
- Platzmann, Dr. Joseph.** Jahrbuch der Naturwissenschaften 1912 bis 1913. Achtundzwanzigster Jahrgang. 1913. 577.
— Jahrgang der angewandten Naturwissenschaften 1914 bis 1919. Dreißigster Jahrgang. 1920. 237.
- Polasek, M.** Leitfaden für den elektrotechnischen Fachschulunterricht unter besonderer Berücksichtigung der Funktelegraphie. I. Teil: Elektrotechnik. II. Teil: Hochfrequenztechnik. 1924. 25.
- Postgeschichte.** Literaturverzeichnis zur deutschen —. 1913. 407.
- Preussisches Landesgewerbeamt.** Staatsbürgerliche Belehrungen in der Kriegszeit. Band 2. 1918. 208.
- Rein, Dr.-Ing. Hans.** Lehrbuch der drahtlosen Telegraphie. Nach dem Tode des Verfassers herausgegeben von Dr. R. Witz, o. Professor. 1918. 207.
- Reisendorfer, Dr. G., Ingenieur.** Weltwirtschaftlicher Stand und Aufgaben der Elektroindustrie. 1921. 360.
- Riegl, Wolfgang.** Das Nachrichtenwesen des Altertums mit besonderer Rücksicht auf die Römer. 1913. 778.

- Riemenschneider, Kurt, und Welter, Eduard**, Elektroingenieure. Elektrische Umformer und Gleichrichter, ihre Theorie und Betriebsverhältnisse. 1916. 364.
- Mies, Dr. Chr.** Die elektrischen Eigenschaften und die Bedeutung des Selens für die Elektrotechnik. 1913. 416.
- Rieser, Heinrich.** Jahrbuch der technischen Zeitschriften-Literatur (Technischer Index). Auskunft über Veröffentlichungen der technischen Fachpresse nach Sachgebieten, mit Technischem Zeitschriftenführer für das Jahr 1916. Ausgabe 1917. 1919. 32.
- Technischer Index. Jahrbuch der technischen Zeitschriften-, Buch- und Broschüren-Literatur. Ausgabe 1918. 1920. 84.
- Technischer Index. Jahrbuch der technischen Zeitschriften-, Buch- und Broschüren-Literatur. Band VI und VII. 1923. 344.
- Ring, Hugo.** Die symbolische Methode zur Lösung von Wechselstromaufgaben. 1921. 419.
- Rohrbach, Dr. Paul, und Jäckh, Dr. Ernst.** Das größere Deutschland, Wochenschrift für deutsche Welt- und Kolonialpolitik. 1914. 435.
- Roscher, Postrat Dr. Max.** Deutschland in der Weltwirtschaft. Jubiläumsschrift der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft E. B. anlässlich des zehnjährigen Bestehens 1914 bis 1924. 1924. 189.
- Ruhmer, Ernst.** Konstruktion, Bau und Betrieb von Funkeninduktoren und deren Anwendung. 1913. 258.
- Konstruktion, Bau und Betrieb von Funkeninduktoren und deren Anwendung. 4. und 5. Lieferung. 1913. 578.
- Sax, Dr. Emil, o. ö. Professor der politischen Ökonomie i. R.** Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft. Zweite Auflage. I. Band. Allgemeine Verkehrslehre. 1919. 435.
- Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft. Zweite Auflage. Zweiter Band: Land- und Wasserstraßen, Post, Telegraph, Telephon. 1921. 124.
- Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft. Zweite Auflage. Dritter Band: Die Eisenbahnen. 1923. 231.
- Schlatterer, Dr. August.** Jahrbuch der angewandten Naturwissenschaften 1920 bis 1921. 32. Jahrgang. 1924. 24.
- Schliemann.** Methode zur Selbsterlernung fremder Sprachen. Französisch. 1914. 79.
- Schluckebier und Jentsch, Posträte, und Hartung, Postdirektor.** Handbuch zur Vorbereitung auf die Prüfungen der Postbeamten. Vierte Auflage. 1913. 32.
- Schmidt, Dr. F., ord. Professor.** Der bargeldlose Zahlungsverkehr in Deutschland und seine Förderung. 1918. 35.
- Der nationale Zahlungsverkehr. Zweite erweiterte Auflage. 1921. 124.
- Internationaler Zahlungsverkehr und Wechselkurs. 1921. 125.
- Schwaighofer, Dipl.-Ing. Dr. Hans, Oberpostinspektor.** Rohrpost-Fernanlagen. Ein Beitrag zur Rationalökonomie und Technik des Großstadtverkehrs. 1916. 205.
- Sieblitz, D., Abteilungsdirektor.** Lehrbuch der französischen Sprache für die deutschen Post- und Telegraphenbeamten. Erster Teil. Vierte verbesserte Auflage. 1922. 68.
- Sieblitz, D., Abteilungsdirektor.** Französisch für die Assistentenprüfung der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung und für die Aufnahmeprüfung der Postanwärter. 1923. 188.
- Spießer, Dr.-Ing. Friedrich, Diplomingenieur.** Die Abhängigkeit des erfolgreichen Fernsprechanrufs von der Anzahl der Verbindungsorgane. 1913. 780.
- Staedler, Oberpostinspektor Dr.** Zusammenstellung deutscher Universitätschriften über Post- und Telegraphenwesen. 1920. 54.
- Steindorff, Ulrich.** Teubners Kriegstaschenbuch. Ein Handlexikon über den Weltkrieg. 1917. 122.
- Strecker, Professor Dr. Karl, Geh. Ober-Postrat.** Die Telegraphentechnik. Ein Leitfaden für Post- und Telegraphenbeamte. Sechste Auflage. 1918. 205.
- Jahrbuch der Elektrotechnik. Siebenter Jahrgang. 1920. 238.
- Hilfsbuch für die Elektrotechnik. Achte Auflage. 1913. 113.
- Struß, Dr. jur. Georg, Senatspräsident.** Handausgabe des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 in der Fassung vom 24. März 1921 und 11. Juli 1921 nebst den Ausführungsbestimmungen und den Vorschriften über die Rücklagen nach § 59a sowie die Einkommensteuer vom Arbeitslohn. Dritte vermehrte Auflage. 1922. 87. Nachtrag dazu. 1922. 276.
- Studler, Rud., Sektionschef.** Das Rechnungs- und Kassenwesen der Schweizerischen Postverwaltung. 1917. 427.
- Thomälen, Dr. Adolf, Elektroingenieur, a. o. Professor.** Kurzes Lehrbuch der Elektrotechnik. 1914. 404.
- Kurzes Lehrbuch der Elektrotechnik. Achte Auflage. 1920. 239.
- Kurzes Lehrbuch der Elektrotechnik. 9. verbesserte Auflage. 1923. 239.
- Thurn, Postrat H.** Der funkentelegraphische Wetter- und Zeitzeichendienst. 1923. 237.
- Das drahtlose Telegraphieren und Fernsprechen mit Hilfe von Kathodenröhren. Unter besonderer Berücksichtigung der bei der Reichs-Telegraphenverwaltung gebräuchlichen Empfänger und Röhrensender. 1922. 300.
- Universitätschriften.** Zusammenstellung deutscher — über Post- und Telegraphenwesen. 1920. 54.
- Bidmar, Dr. techn. Milan, ord. Professor.** Die Transformatoren. 1922. 343.
- Bogels Karte des Deutschen Reichs und der Alpenländer im Maßstabe von 1 : 500 000.** 1913. 547, 1914. 208, 1915. 160. 288.
- Wagner, Dr. Oskar, Ober-Postpraktikant.** Die Frau im Dienste der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung unter besonderer Berücksichtigung Bayerns, Württembergs und des Auslandes. 1913. 616.
- Wef, Hermann, Rechtsanwalt.** Deutsches Luftrecht. 1913. 698.
- Weiland, J., Ober-Postinspektor.** Das Postscheckgesetz vom 26. März 1914. 1914. 338.
- Die Postscheckordnung vom 22. Mai 1914. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. 1914. 588.
- Willers, Hans B., Oberingenieur.** Die Nebenstellen technik. 1921. 327.

Wimmer, Dr. jur. W., Sekretär bei der Ober-Postdirektion Bern. Bundesgesetz, betreffend das schweizerische Postwesen. 1913. 548.

— Die Bestimmungen der Postverträge und Abkommen von Rom, betreffend die Ersatzpflicht der Postverwaltungen. 1914. 240.

Winkler, E. Die Funkentelegraphie an Bord von Frachtschiffen. 1917. 124.

— Funkentelegraphie und Sicherheit des Menschenlebens zur See. 1917. 124.

Wirz, Dr. R., Radiotelegraphisches Praktikum von Rein. 3. Auflage. 1921. 238.

Wirz, Dr. Ing. Emil. Beitrag zur Theorie und Untersuchung der Ferrarismessgeräte. 1913. 64.

Würzburger, Professor Dr. Eugen, und Grävell, Dr. Walter. Otto Hübners Geographisch-Statistische Tabellen aller Länder der Erde. 67. Jahrgang. 1924. 72.

Zenneck, Dr. J., Professor der Physik an der Techn. Hochschule in Danzig. Lehrbuch der drahtlosen Telegraphie. 1913. 414.

Zoepfl, Professor Dr. Gottfried, Geh. Ober-Regierungsrat. Mitteleuropäische Verkehrspolitik. 1918. 206.

383 05
GERR.

Archiv für Post und Telegraphie

Gesamtinhaltsverzeichnis
der Jahrgänge 41 bis 52
(1913—1924)



Herausgegeben
im Auftrage des Reichspostministeriums

Berlin 1926

Gedruckt in der Reichsdruckerei

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA



3 0112 107774595